

1. Jahrgang

Jahrbuch

der

deutschen Jugendfürsorge in Böhmen

« 1908 »



Jubiläumswerk der Zentralstelle
für deutsche Waisepflege und
Jugendfürsorge in Böhmen.

Bearbeitet von Hugo Heller



Stiftung

an

K. k. Hofrath. Herr k. k. Rathsbrat
Herr. Theodor Altschul
in Prag.

Zentralstelle für deutsche Waisenpflege
und Jugendfürsorge in Böhmen.

Prag, 10. Juli 1908.

Den
deutschen Bezirksvertretungen
Böhmens,

den Gründern und Förderern der
Zentralstelle für deutsche Waisen-
pflege u. Jugendfürsorge in Böhmen,

— dankbar gewidmet —

vom Vorstande:

Dr. J. Titta,
Trebniß.

Dr. A. Kluge,
Trautenau.

Dr. Viktor Maczak v. Ottenburg,
Prag.

MUDr. Rud. Biermann, Prag.

JUDr. Karl Srengl, Falkenau.

JUDr. Wenzel Graf v. Gleispach,
Smichow.

E. W. Gröschl, Tetschen.

Hugo Heller, Prag.

Karl Hofmann, Bgl. Weinberge.

LGR. Franz Janisch, Friedland.

Karl Jarsch, Prag.

A. Kießlich, Prag.

JUDr. Rud. Ritter Lodgman v.
Auen, Auffig.

Jul. Pohl, Smichow.

Franz Schiffner, Haida.

Dr. Jos. Zaus, Bgl. Weinberge.

Dr. Robert Zilchert, Prag.



Vorwort.

Das vorliegende Jahrbuch will einem vielfach empfundenen Bedürfnisse Rechnung tragen; es will den in den letzten Jahren so zahlreich und voll Begeisterung in die Reihen der Jugendfürsorger eingetretenen Mitarbeitern und allen Sonstigen an dem großen Werke „Für's Kind!“ Anteil Nehmenden eine verlässliche Übersicht über den jetzigen Stand der Jugendfürsorgearbeiten, soweit sie die deutsche Jugend Böhmens betreffen, bieten und dadurch das Urteil darüber in nützlicher Weise beeinflussen, wo es zunächst des Eingreifens aller Hilfsbereiten bedarf. Wie unsere Zentralstelle selbst bemüht war, jeder weitergehenden Zersplitterung der deutschen Arbeitskräfte und Geldmittel Einhalt zu thun zu helfen und zu gunsten einer einheitlichen Durchführung der nötigen Arbeiten sich selbst willig in die seitens der Landeskommission für Kinderchutz und Jugendfürsorge geplante Organisation einreihen wird, hofft sie durch das vorliegende Werk mit dazu beizutragen, daß unsere zukünftige Arbeitsteilung unter weitgehender Würdigung und Berücksichtigung des auf den einzelnen Arbeitsgebieten bereits Geleisteten erfolge. Ist Selbstlosigkeit auch das wesentlichste Charakterverfordernis eines Jugendfürsorgers, so verdient doch wenigstens sein Werk von den Mitarbeitern gerechte Würdigung. Wir haben in dieser Hinsicht in Böhmen viel nachzuholen und es soll eine wichtige Aufgabe der künftigen Jahrgänge unseres Jahrbuches bleiben, das Andenken der Wohltäter unserer deutschen Jugend unverdienter Vergessenheit zu entreißen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf die Wohlfahrts Einrichtungen Böhmens, gedenken jedoch über wichtige Erfolge und Schöpfungen des In- und Auslandes entsprechende Jahresübersichten zu bringen.

Die Statuten der verschiedenen Vereine wurden keineswegs abgedruckt, um den Platz, den wir so notwendig für anderes gebraucht hätten, zu füllen, sondern weil sie wesentlich zu einer klaren Beurteilung der betreffenden Anstalten und Vereine gehören. In den weiteren Jahrgängen werden bloß etwaige Änderungen der Statuten hervorgehoben werden, doch sollen die Statuten jener wichtigen Vereine, die für diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, nachgetragen werden. Diese Übersicht wird es erleichtern, alle vorhandenen Hilfsquellen für unsere deutsche Jugend nutzbar zu machen und überflüssige Neugründungen zu vermeiden.

Wer einen Einblick in die große Schwierigkeit hat, den zerstreuten und oft schwer zugänglichen Stoff zu sammeln und so zu verwerten, daß alles Nötige und Wesentliche zur Geltung kommt, wird die mannigfachen Unvollkommenheiten unseres Werkes, deren wir uns sehr wohl bewußt sind, gewiß entschuldigen. Die einzelnen Abschnitte konnten für diesmal keine gleichmäßige Behandlung finden. Es war uns darum zu tun, zunächst die Grundlage zu schaffen für eine gedeihliche Weiterarbeit in den folgenden Jahrgängen und

sind fest überzeugt, daß unsere zahlreichen anerkannten Fachmänner uns ihre Unterstützung, um die wir schon jetzt freundlich bitten, hierbei nicht versagen werden. Einzelne Abschnitte konnten in diesem Jahrgange überhaupt keine Behandlung mehr finden, nachdem wir den Umfang des ohnehin starken Buches nicht noch vergrößern wollten; doch haben wir dessenungeachtet die einer Darstellung harrenden Stoffe in den Inhaltsrahmen mit eingeordnet, um ihre Zugehörigkeit gleich jetzt anzudeuten. Die Anordnung des Stoffes soll in den einzelnen Jahrgängen die gleiche bleiben, um die Handhabung zu erleichtern.

Den einzelnen Abschnitten entsprechen die mit denselben Ordnungszahlen gezeichneten Literaturnachweise, aus denen auch zu ersehen ist, welche Werke bei der Verfassung des Jahrbuches benützt worden sind; die Jahresberichte und sonstigen Schriften der Anstalten und Vereine wurden nicht angegeben. Besondere Berücksichtigung fanden in einzelnen Abschnitten die Arbeiten Prof. Dr. H. Rauchbergs, vor allem dort, wo die Jugendfürsorge als volkswirtschaftliche Angelegenheit zur Behandlung kam; wir glauben damit den Absichten Prof. Dr. Rauchbergs entsprochen zu haben, wenn wir zur Besserung der in seinen wissenschaftlichen Abhandlungen dargestellten Uebelstände auch die Jugendfürsorger aufrufen, soweit sie in deren Arbeitsgebiet fallen. Die Veröffentlichung der statistischen Erhebungen Seite 493 war unbedingt nötig, weil sie die unerläßliche Grundlage bilden für die richtige Beurteilung der Frage: bezirksweise Regelung der Waisenfürsorge oder einheitliche Landesorganisation, sowie der richtigen Bewertung einer gemeinschaftlichen öffentlichen Waisenversicherung. Die hierauf bezüglichen Arbeiten und Vorschläge unserer Zentralstelle werden im nächsten Jahrgange enthalten sein.

Herzlichen Dank statten wir unseren lieben Mitarbeitern ab, deren Namen wir auf dem Titelblatte verzeichnet haben. Zudem wir das Werk den deutschen Bezirksvertretungen Böhmens widmen, erfüllen wir nur eine Pflicht der Dankbarkeit für die uns gewordene Unterstützung.

Jubiläumswerk

nennen wir es, um zum Ausdruck zu bringen, daß es ein kleiner Beitrag sein soll zu dem großen Werke, das der erlauchte Jubilar auf Oesterreichs Kaiserthron nicht bloß im 60. Jahre seiner Regierung, sondern sein ganzes Leben hindurch geschaffen hat, dem Lebenswerke „Für's Kind!“ Mögen die Segnungen dieses edlen Werkes der Liebe des greisen Monarchen zu der Jugend auch unserem deutschen Kinde in Böhmen zu teil werden und möge das begeisterte Vorbild unseres erlauchten Kaisers recht viele Herzen hilfsbereit machen zum Wohle unserer bedürftigen deutschen Jugend und damit zum Wohle unseres geliebten deutschen Volkes.

Prag, Juni 1908.

Der Vorstand.

Einleitung.

Wir fassen in den folgenden Darstellungen den Begriff „Jugendfürsorge“ im weitesten Sinne auf, verstehen also darunter alle in ihr Gebiet unmittelbar oder mittelbar gehörigen Angelegenheiten und betrachten als zeitliche Grenze etwa das Alter der erreichten Erwerbsfähigkeit, welche letztere im allgemeinen eine weitere Fürsorge entbehrlich macht. In jenen Fällen freilich, wo eine Erwerbsfähigkeit des Zöglings außergewöhnlich spät oder überhaupt nicht zu erwarten steht, muß eine künstliche Grenze gezogen werden, die gewöhnlich von Fall zu Fall eine andere ist. Keinesfalls wird sich die Jugendfürsorge mit über 20 Jahre alten Zöglingen zu beschäftigen haben, sondern es sind diese der allgemeinen Armenpflege zu überweisen.

Die Hilfsbedürftigkeit der Jugend kann ihre Ursache in

- I. wirtschaftlichen,
- II. körperlichen,
- III. geistigen,
- IV. erziehlischen,
- V. gesellschaftlichen Umständen

haben.

Die Abhilfe den letzteren gegenüber obliegt der Gesellschaft als solcher. Der Einzelne, ja auch eine große Vereinigung von Förderern der Jugendfürsorge vermag bloß miterziehend zu anderen besseren Anschauungen zu wirken, so lange, bis diese Gemeingut eines größeren, maßgebenden Theiles der Bevölkerung geworden sind und ein Übergang in die Gesellschaftsordnung, in Recht und Gesetz möglich ist.

Bei der aus wirtschaftlichen, körperlichen, geistigen oder erziehlischen Umständen hervorgegangenen Hilfsbedürftigkeit der Jugend trugen bis jetzt die Eltern die ausschließliche und vollständige Verantwortlichkeit; die private und die autonome Fürsorge — eine staatliche kennen wir ja nicht — beschäftigten sich größtenteils mit jenen, man möchte sagen: komplizierten Fällen, wo zu der erwähnten Hilfsbedürftigkeit noch das Moment der Verwaisung hinzutrat. Es bricht sich aber langsam die Erkenntnis Bahn, daß man damit das Übel nicht aus der Welt geschafft oder auch nur einer Besserung zugeführt habe, wenn man Eltern Verpflichtungen auferlegt, die über ihre Kräfte gehen und man beginnt sich auch nach jenen Kindern umzusehen, die zwar scheinbar der Fürsorge nicht angehören, weil ihre Eltern leben, die aber oft an Bedürftigkeit keineswegs hinter den ihrer Ernährer beraubten Kindern zurückstehen. Stellen wir nach jenem oben erwähnten Einteilungsgrunde den im folgenden zu behandelnden Stoff zusammen, so ergibt sich folgende Inhaltsübersicht.

I n h a l t.

Vorwort	Seite V
Einleitung	VII

I.

1. Säuglingsfürsorge	1
a) Statistische Grundlagen für Böhmen	1
b) Aufgaben der Säuglingspflege	4
c) Säuglingsfürsorge in Ungarn	6
2. Findelwesen	8
a) Allgemeines über Findelanstalten	8
b) Die kgl. Böhm. Landesgebär- und Findelanstalt	9
c) Zur künftigen Organisation der Findelpflege	13
d) Die Findlingspflege in Steiermark	17
3. Waisen, Halbwaisen, Verlassene	19
a) Allgemeines	19
b) Die Waisenanstalten in Böhmen	19
c) Berichte von Waisenanstalten	26
d) Die Familienpflege	29
Waisenanstaltungen des Bundes der Deutschen i. B.	29
Zusammenfassung und Wirksamkeit der Deutschen Waisenträte der Zentralstelle f. d. B. u. J. i. B.	36
e) Die katholische Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen	39
f) Die evangelische Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen von Pfarrer lic. Dr. R. Zilchert	39
g) Die jüdische Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen von Dir. Schwager	41
h) Die Waisensorge und Jugendfürsorge der evangel. Bräderkirche	41
i) Die Regelung der Aufsicht über die in Außenpflege befindlichen Kinder, Referat von Dr. Alois Kluge	46
k) Anstalts- und Familienpflege	49
l) Koedukation in Anstalten und Familien	51
4. Bildung und Fortbildung der Jugend	54
a) Volksschulen	54
b) Schulen für die männliche Jugend	54
Bürgerschulen	54
Landwirtschaftliche Schulen	55
" Winter Schulen	55
" Fortbildungsschulen	55
Forstwirtschaftliche Schulen	56
Gewerbliche Fortbildungsschulen	56
Fachschulen für Holzindustrie	57
" " Elektrotechnik	57
" " Metallindustrie	57
" " Keramik, Malergewerbe, Zeichnen	57
" " Glasindustrie, Gürtlerei	57
" " Textilindustrie	57
" " Stickerei, Spitzenindustrie, Posamenten	58
" " Musikinstrumentenerzeugung	58

	Seite
Besondere Schulen und Kurse	58
Schulen f. Bau- und mechanische Gewerbe	58
Kaufmännische Fortbildungsschulen	58
Handelschulen	58
Musikschulen	58
Lehrerbildungsanstalten	58
Gymnasien	59
Realgymnasien	59
Realschulen	59
Hochschulen	59
c) Schulen für die weibliche Jugend	59
Bürger Schulen	59
Mädchenfortbildungsschulen	60
Fachschulen	60
Handelschulen	60
Wirtschaftsschulen	60
Höhere Mädchenschulen	61
Lehrerinnenbildungsanstalten	61
Musikschulen	61
Krankenpflege	61
d) Knabenhandarbeit	61
5. Hilfseinrichtungen für die bedürftige Schuljugend	62
a) Vorschulpflichtige Jugend	62
b) Tagesheimstätten	62
c) Suppenanstalten	65
d) Weihnachsbescherungen und Merkblatt für Unterstützungen	66
e) Studienunterstützungen	67
6. Fürsorge für die schulentlassene Jugend	68
a) Berufswahl	68
b) Weitere Fürsorge für die männliche Jugend	69
Waisenbüchlein des Bundes d. D. i. B.	70
c) Mädchenfürsorge	79

II.

7. Kranke Kinder	80
Allgemeines	80
Bericht über die Kinderheilstätten der Stadt Wien von Dr. Weiser	80
Elisabethkinderhospital in Bad Hall	83
Maria Theresia-Seehospiz in Pelagio bei Novigno	85
Kaiser Franz Josef-Kinderhospiz in Sulzbach	86
8. Sieche Kinder	87
Vinzentinum	87
Normalbestimmungen des Landesausschusses über Siechenhäuser	91
9. Krüppelkinder	92
Allgemeines	92
Erhebungsblätter	93
10. Blinde	96
Allgemeines	96
Statuten und Aufnahmebedingungen der Klarischen Blindenanstalt, Prag III	97
Zweck und künftige Ziele der Klarischen Blindenanstalt	103
Gebet den Blinden Arbeit	106
An die Eltern sehender und blinder Kinder	110
Privat-Erziehungs- und Heilinstitut für blinde Kinder und Augenranke, Prag IV	113
11. Taubstumme	113
Allgemeines	113
Über die Notwendigkeit der Errichtung von Landesanstalten für Taubstumme von	
A. Rindemann, Taubstummenlehrer	114
Statut des Diözesan-Taubstummeninstitutes zu Leitmeritz	131
" " " " " Budweis	133
" " " " " Königgrätz	134

	Seite
12. Jugendspiele, Sport, Wanderungen	138
Allgemeines	138
Satzungen des Vereines „Wanderer“	140
13. Ferienkolonien	146
Allgemeines	146
Bericht des Deutschen Vereins für Ferienkolonien	146
14. Sanitäre Fürsorge für die Jugend	153
Schul- und Fürsorgeärzte	153
Alkoholfrage	154
Alkoholmerkblatt	155
Sexuelle Aufklärung	155
Merkblätter der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	156

III.

15. Geistig abnormale Kinder	159
Geistig Minderbegabte	164
Schwachsinnige	164
Zustand der Schwachsinnigenpflege in Böhmen von MUDr. E. Herfort	165
Ernestinum Prag IV	174
Blödsinnige	185
Geistesranke	185
16. Epileptiker	185
Allgemeines	185
Deutscher Verein für Epileptikerfürsorge	186
Utraqu. Verein zum Wohle epilept. Kranter	188
Valentinum	191
17. Kindererforschung	195
Allgemeines	195
Österr. Gesellschaft für Kinderforschung	195

IV.

18. Sittlich Gefährdete	197
Allgemeines	197
Fürsorgeheime	197
19. Sittlich Verwahrloste	198
Allgemeines	198
Der gegenwärtige Stand der Fürsorge für die sittlich gefährdete und verwahrloste Jugend in Böhmen von Dir. Rabauer, Grulich	198
Landesbesserungsanstalt in Grulich	210
„ Kostenblatt	216
Organisation der Besserungsanstalten in Ungarn	221
Die ungar. Besserungsanstalt zu Kassa	227
20. Jugendliche	231
Utraqu. Verein zum Wohle entlassener Züchtlinge in Prag	231
Verein für Zwangserziehung und Fürsorge	235
VI. Vollversammlung des Vereins für Zwangserziehung und Fürsorge	235
21. Prostitution	240

V.

22. Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge	240
a) Uneheliche	241
Statistische Grundlagen	241
Aufgaben der Fürsorge für Uneheliche	243
b) Vormundschaftswesen	244
Allgemeines	244
Über unser Vormundschaftswesen von ODr. Franz Janisch	246

	Seite
c) Fürsorgeerziehung	252
Allgemeines	252
Ursachen der Verwahrlosung der Jugend in Böhmen von LGH. Franz Janisch	253
Bestrebungen der österr. Gesetzgebung zur Schaffung eines Jugendfürsorgegesetzes von Dr. H. Reicher	277
Entwurf eines Fürsorgeerziehungsgesetzes von Dr. H. Reicher	282
Sicherung guter Erziehungsergebnisse und die Stellungnahme der Lehrerschaft zur Fürsorgeerziehung von DL. A. Brbka	295
Verhandlungen des I. Österr. Kinderschutzkongresses über die Fürsorgeerziehung	304
Schulksammlungen	307
d) Rechtspflege und Jugendfürsorge	308
Rede des Justizministers Erz. Dr. F. Kleins anlässlich der Eröffnung des I. Ö. R.-R. Verhandlungen des I. Ö. R.-R. über den Schutz der sanitären und moralischen Integrität der Jugend	308
Erlässe und Verordnungen des Justizministeriums bezüglich der Jugendfürsorge	314
e) Jugendstrafrecht	321
Verhandlungen des I. Ö. R.-R. über das Jugendstrafrecht	347
f) Jugendgerichte	347
23. Kindermisshandlung	356
24. Kinderarbeit	357
Allgemeines	359
Erhebungen des k. k. arbeitsstatistischen Amtes über die Kinderarbeit	359
25. Jugendfürsorge und Sozialreform	361
a) Mutterschutz	371
b) Hauspflegevereine	371
c) Wohnungsreform	371
Statuten des Vereins zur Förderung der Wohnungsreform	371
d) Nationaler Jugendschutz	371
e) Ausbildung von Hilfskräften zur sozialen Fürsorge	371
26. Organisation der Jugendfürsorge	371
Allgemeines	371
Organisation in den Land- und Stadtgemeinden	372
Der Gemeindevorstand von Dr. G. Werner-Haida	373
Die vormundtschaftliche Fürsorge durch den Gemeindevorstand in Österreich von LGH. Franz Janisch	377
Jugendfürsorge und Kinderschutz in Reichenberg von Stadtrat Anton Pfeiffer	393
Anstalten für Jugendfürsorge in Prag und Wirksamkeit des Ortsausschusses Prag und Umgebung der Zentralstelle für d. B. u. J. i. B. von JUDr. Viktor Maczaf von Ottenburg	397
Übersicht der bestehenden Kinderschutzvereine in Deutschböhmen	403
Berichte der Kinderschutzvereine	405
Die Zentralstelle für deutsche Waisensorflege und Jugendfürsorge in Böhmen	432
Die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag	447
Die Tätigkeit des Landesausschusses auf dem Gebiete der Jugendfürsorge	449
Die gemeinschaftlichen Waisentassen	480
Das Reichsgesetz vom 3. Juni 1901	483
Das Landesgesetz für Böhmen vom 29. Oktober 1902	484
Die Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Wien	490
Über eine zukünftige gesetzliche Regelung der Jugendfürsorgeangelegenheiten	490
27. Vorträge, Konferenzen, Kongresse über Angelegenheiten der Jugendfürsorge	490
28. Statistik	493
Erhebungen der Zentralstelle für deutsche Waisensorflege und Jugendfürsorge in Böhmen über den Stand der Armenfonde, deren Ertragnisse, die jährlichen Gesamtausgaben für Armenzwecke und die Zahl der zu unterstützenden Kinder in den deutschen Bezirken Böhmens	493
29. Schriftwesen über die Jugendfürsorge	519
Bibliographie	519
Beischriften	543

1. Säuglingsfürsorge.

Es kann bei der geplanten übersichtlichen Darstellung für diesmal nicht unsere Aufgabe sein, über diesen Gegenstand, sowie über die folgenden, ins ärztliche Fachgebiet einschlägigen Fragen ausführliche wissenschaftliche Abhandlungen zu veröffentlichen. Wir haben vielmehr darzustellen, wie die Verhältnisse gegenwärtig in Deutschböhmen liegen, haben die Fragen, die eine fachmännische Erörterung nötig machen, hervorzuheben, zur Diskussion seitens berufener Fachmänner zu stellen und hauptsächlich — einer befriedigenden Lösung entgegenführen zu helfen.

Man hat der Säuglingsfürsorge bei weitem nicht immer das gegenwärtige Interesse, das natürlich nicht alle Völker in gleicher Weise beseelt, entgegengebracht. Sitten und Anschauungen der Völker sind diesbezüglich die verschiedensten, ja selbst innerhalb derselben Nation wechseln die Ansichten über die Notwendigkeit, Intensität und die Mittel einer entsprechenden Säuglingsfürsorge ganz gewaltig. Solange man der Anschauung huldigt, daß durch die hohe Säuglingssterblichkeit eine Auslese im Sinne Darwins stattfindet und dadurch die Wertigkeit der Überlebenden gewinnt oder solange man sich vor einer Übervölkerung fürchtet, wird sich die Säuglingspflege im allgemeinen keiner besonderen Fürsorge zu erfreuen haben. Beeinflussen derartige Auffassungen des Problems hauptsächlich die Stellungnahme der leitenden und maßgebenden Kreise, so machen andererseits die verschiedensten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unmittelbar ihre Wirkung auf die Säuglingspflege geltend. Wohnungselend, Teuerung, Arbeitsnot, Krankheiten, Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, Schwinden des Familiensinns, Schwankungen des moralischen Verantwortungsgefühls, falsche oder mangelhafte Aufklärung der weiblichen Jugend: das und vieles andere wirkt tief auf die Säuglingsverhältnisse ein.

Österreich wird in Europa bezüglich seiner Säuglingssterblichkeit nur von Rußland übertroffen; es sterben in Österreich durchschnittlich 20·9% der lebend Geborenen.*)

In Böhmen liegen die Verhältnisse wie folgt:**)

Die Anzahl der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen ist in den deutschen Teilen Böhmens verhältnismäßig größer als in den tschechischen; es sind von je 100 Frauen im gebärfähigen Alter (Stand 1900):

in deutschen Bezirken	493
„ gemischten Bezirken mit deutscher Mehrheit . .	378
„ „ tschechischer „	461
„ tschechischen Bezirken	469

*) Deutsches Reichsarbeitsblatt 1905 Nr. 3.

**) Vgl. Dr. Heinrich Raubberg, Der nationale Besitzstand der Deutschen in Böhmen, Leipzig 1906.

Zahl der Heiratsfähigen (1900).

Auf je 1000 ortsanwesende Männer Frauen
treffen Heiratsfähige:

in deutschen Bezirken	305	342
„ gem. Bezirken mit deutscher Mehrheit	298	323
„ „ tschechischer „	303	346
„ tschechischen Bezirken	290	332

Zahl der Eheschließungen.

Es treffen 1891—1900 Eheschließungen auf je 1000

	männl. Heiratsfähige	weibl. Heiratsfähige
in deutschen Bezirken	557	467
„ gem. Bezirken mit deutscher Mehrheit	436	391
„ „ tschechischer „	506	417
„ tschechischen Bezirken	545	451

Deutsche Bezirke mit höchster Heiratsziffer.

Es heiraten von je 1000 Heiratsfähigen in den Bezirken:

Brüx	30·2	Reichenberg Land	29·5
Friedland	30·0	Gablonz	28·9
Teplitz	29·8	Aussig	28·5

Deutsche Bezirke mit geringster Heiratsziffer.

Es heiraten von je 1000 Heiratsfähigen in den Bezirken:

Tepl	18·7	Krummau	21·0
Leitmeritz	19·8	Luditz	21·0
Kaplitz	20·0	Eger	22·0
Reichenberg Stadt	20·2	Poderšam	22·6

Zahl der Geburten überhaupt.

Es treffen 1891—1900 auf je 1000 Gebärfähige:

in deutschen Bezirken	1496	Geborene
„ gemischten Bezirken mit deutscher Mehrheit	1587	„
„ „ tschechischer „	1430	„
„ tschechischen Bezirken	1432	„

Deutsche Bezirke mit höchster Geburtenziffer.

Auf je 1000 Gebärfähige treffen Geborene (1881—1900) in den Bezirken:

Brüx	208	Joachimstal	183	Friedland	173
Graslitz	190	Aussig	181	Poderšam	171
Teplitz	189	Raaden	177	Luditz	170
Falkenau	186	Bischofteinitz	174	Saaz	170

Deutsche Bezirke mit geringster Geburtenziffer.

Auf je 1000 Gebärfähige treffen Geborene (1881—1900) in den Bezirken:

Stadt Reichenberg	97	Schluckenau	135
Rumburg	126	Braunau	138
Tepl	131		

Zahl der Totgeborenen.

Von je 1000 Geborenen wurden (1891—1900) tot geboren:

in deutschen Bezirken	38
" gemischten Bezirken mit deutscher Mehrheit	30
" tschechischen Bezirken " tschechischer "	29
" tschechischen Bezirken	31

Deutsche Bezirke mit höchster Zahl der Totgeborenen.

Auf je 1000 Geborene fallen Totgeburten in den Bezirken:

Reichenberg Stadt	84	Letzchen	41
Friedland	61	Schluckenau	40
Reichenberg Land	59	Karlshad	40
Gablonz	50	Dauba	37
Rumburg	47	Falkenau	36
Gabel	43	Graslik	36
D.-Leipa	42	Saaz	36

Unter 15 Bezirken nur ein tschechischer: Stadt Prag 52!

Deutsche Bezirke mit geringster Zahl der Totgeborenen.

Auf je 1000 Geborene fallen Totgeburten in den Bezirken:

Bischosteinik	24
Kaplitz	27
Komotau	27

Unter 15 Bezirken nur 3 deutsche!

Säuglingssterblichkeit.

(Kinder bis zu einem Jahre.)

Von je 1000 Gestorbenen trafen 1881—1900 Sterbefälle:

	Kinder bis zu 1 Jahre	Kinder bis zu 5 Jahren	andere Personen
in deutschen Bezirken	223	290	292
" gem. Bezirken mit deutscher Mehrheit	235	306	289
" tschechischer "	164	231	286
" tschechischen Bezirken	176	250	284

Deutsche Bezirke mit höchster Säuglingssterblichkeit.

Vor Ablauf des ersten Lebensjahres starben 1891—1900 von 1000 Lebendgeborenen in den Bezirken:

Friedland	367	B.-Leipa	318
Schluckenau	336	Saaz	316
Reichenberg Land	331	Braunau	308
Trautenau	330	Tepliz	301
Rumburg	324	Gablonz	300
Gabel	320		

Unter 15 Bezirken nur 4 tschechische!

Deutsche Bezirke mit geringster Säuglingssterblichkeit.

Vor Ablauf des ersten Lebensjahres starben 1891—1900 von 1000 Lebendgeborenen in den Bezirken:

Asch	164
Tachau	207
Tepl	214

Unter 15 Bezirken nur 3 deutsche!

Stellen wir die eben herausgehobenen Ziffern übersichtlich zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der im Gebirgigen alter lebenden Brauen	Zahl der Verätz- fähigen	Zahl der Ehe- schließungen	Zahl der Geburten	Zahl der Totgeburten	Säuglings- sterblichkeit	Kindes- sterblichkeit überhaupt	Zahl der Unheilbaren
Deutsche Bezirke	493	342	467	1496	38	223	290	181
Gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	378	323	391	1587	30	235	306	136
Gemischte Bezirke mit tschechischer Mehrheit	461	346	417	1430	29	164	231	113
Tschechische Bezirke	469	332	451	1432	31	176	250	119

Die Verhältniszahlen für die Vorbedingungen eines entsprechenden Bevölkerungsnachwuchses sind in den deutschen Landesteilen entschieden günstiger als in den tschechischen, die Resultate dagegen in jeder Hinsicht ungünstiger.

Die Notwendigkeit einer rationellen Säuglingsfürsorge in Deutschböhmen findet durch die obigen Darstellungen gewiß einen Berufungsgrund mehr. Es ist hier nicht der Ort, die staatswirtschaftliche Bedeutung einer hohen Sterblichkeit eingehender Würdigung zu unterziehen.

Bisher konnten wir in Deutschböhmen von einer weitergehenden Säuglingsfürsorge nicht sprechen. Anfänge hiezu sind gemacht worden in einigen Fabrikunternehmungen, über welche im nächsten Jahrbuche eine Zusammenstellung erscheinen wird. Sie verdanken ihre Entstehung denselben Ursachen, die eine soziale Wohlfahrtspflege der Großindustriellen überhaupt geschaffen haben: der Not an Arbeitskräften und dem Bestreben, die Arbeiterschaft an das Unternehmen zu fesseln, ortsansässig zu erhalten, sie dem Unternehmer in gewissem Sinne moralisch zu verpflichten.

Insbesondere wird diese Fürsorge bezüglich der Säuglinge durch Stillrippen wirksam.

Das Problem einer rationellen Säuglingsfürsorge liegt hauptsächlich in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Dazu ist nötig, den Säuglingen zunächst ihren Platz an der Mutterbrust zurückzuerobern.

Der Weg dazu besteht in der Aufklärung der Mutterwerdenden, Kampf gegen: Leichtsin, Hang zu Vergnügungen, Eitelkeit, unlautere Reklame von Fabriken für ihre Ersatzmittel der natürlichen Säuglingsnahrung als Ursachen der Entziehung der Mutterbrust. In positiver Hinsicht: Gewährung von Stillprämien, billige oder unentgeltliche Verabreichung von Nahrungsmitteln an stillende Mütter; Beistellung von Hauspflegerinnen während des Wochenbetts, gesetzlicher Schutz der Arbeitskraft der Mutter eine entsprechende Zeit vor und nach dem Rindsbette; Erwägung eines gesetzlichen Stillzwanges, Errichtung von Säuglingsberatungsstellen; geschulte Aufsicht der unehelichen und ehelichen Säuglinge durch Ärzte und Pflegerinnen; gesetzliche Regelung der Säuglingsfürsorge überhaupt.

Die Durchführung des größten Teiles dieser Arbeiten wäre Aufgabe der sozialen Fürsorgearbeit der Frauen unter der Leitung von Ärzten.

Die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage der Säuglingspflege kam auch auf dem I. D. R. R. wiederholt zum Ausdruck. Dr. Riether-Wien verlangte unter anderem die Schaffung eines Reichsrahmengesetzes zur Regelung des Ziehkindeswesens mit Berücksichtigung folgender Punkte:

- a) Schutz vor der Geburt durch Unterstützung der in der letzten Zeit der Schwangerschaft minder erwerbsfähigen, zugleich im Interesse des Kindes von schwerer Arbeit fernzuhaltenen Mütter;
- b) Schutz für den Zeitpunkt der Geburt selbst durch Ermöglichung einer Entbindung unter sanitär günstigen Verhältnissen, unter sachverständigem Beistande und ohne hohe Kosten;
- c) Schutz für die Zeit nach der Geburt, unter besonderer Rücksichtnahme auf die Ermöglichung des Selbststillens;
- d) Krankenversicherung für Schwangere und Wöchnerinnen.

Zu diesem Gegenstande sprach wiederholt Prof. Dr. Epstein-Prag, dessen Ausführungen an anderer Stelle berücksichtigt wurden.

Prof Dr. Escherich-Wien beantragte:

Die besonderen Verhältnisse der Säuglingsfürsorge erfordern die Errichtung einer Zentralstelle für Säuglingsfürsorge. In größeren Gemeinden wird die praktische Durchführung derselben am besten nach dem Muster des in Wien bestehenden Vereines „Säuglingschutz“ geleistet.

Dr. Sperk-Wien:

1. Die Erlaubnis zum Ammengewerbe soll nur dann erteilt werden, wenn die Mutter ihr eigenes Kind durch mindestens 6 Wochen natürlich ernährt hat.
2. Die Amme hat nachzuweisen, daß für die Pflege ihres Kindes entsprechende Vor Sorge getroffen worden ist.
3. Die Kinder der Ammen sollen ständig von ärztlichen Organen überwacht werden.

4. Die Ammenbureaux sind einer strengen amtsärztlichen Kontrolle zu unterziehen.
5. Die Kosten dieser Maßregeln sollen durch eine besondere Ammensteuer eingehoben werden, die als Lurussteuer anzusehen ist.

Dr. Hochfinger - Wien:

1. Es muß unbedingt gefordert werden, daß jeder in Haltepflege kommende Säugling einmal unmittelbar vor der Abgabe und ein zweites Mal spätestens nach Ablauf der ersten Woche seines Aufenthaltes in der fremden Pflege amtsärztlich untersucht wird.
2. Syphilis oder Syphilisverdacht schließt die Möglichkeit der Abgabe in die Außenpflege aus. Solche Kinder müssen in Kinderpitäler abgegeben werden.
3. In jenen Landeshauptstädten, welche keine eigenen Kinderpitäler besitzen, müssen zumindest Spitalsabteilungen für franke Säuglinge errichtet und den öffentlichen Spitälern oder Entbindungsanstalten angegliedert werden.
4. In den Pflegeschäftsbüchern muß auf die Gefahr einer möglichen Einschleppung der Syphilis aufmerksam gemacht werden, insbesondere muß in denselben der Vormerk enthalten sein, daß jede Schnupfenerkrankung, jeder Hautausschlag, jede Knochenauftreibung beim Säugling syphilisverdächtig ist und daher die sofortige Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe erfordert.
5. Ärztliche Hilfe der Haltefinder muß unentgeltlich seitens der zuständigen Gemeinde beige stellt werden.
6. Der Gesundheitszustand der Haltefinder muß bis zum Ablauf des dritten Lebensmonates allwöchentlich ärztlich festgestellt werden.
7. Die Feststellung des Syphilisausbruches bei Haltekindern zwingt zur sofortigen Abgabe solcher Kinder in Spitalsbehandlung.
8. Alle im Pflegeschäftshause zurückbleibenden Gebrauchsgegenstände des syphilitischen Kindes müssen durch Siedehitze sterilisiert oder verbrannt werden.
9. Alle Kinderpitäler sollen mit Säuglingsabteilungen und besonderen Zimmern für syphilitische Kinder ausgestattet sein.

Zum Vergleiche mit den bei uns herrschenden Verhältnissen folgt ange schlossen ein Bericht über die

Säuglingsfürsorge in Ungarn.

In Ungarn ist die Säuglingsfürsorge staatlich geregelt und wird von 18 über den ganzen Staat verteilten Kinderasylen aus auf Staatskosten durchgeführt. In das ungarische Kinderasyl wird das Kind ohne jede behördliche Prüfung, ohne jedes Schriftstück aufgenommen, wenn es die Existenz des Kindes verlangt. Als oberster Grundsatz gilt jedoch hiebei, daß ein Säugling nur dann als gerettet zu betrachten ist, wenn es gelingt, ihm seine Mutter zu erhalten. Um dies zu ermöglichen, stehen zwei Wege zur Verfügung; erstens: die Unterstützung der Mutter während der Zeit des Säugens, zweitens: die Aufnahme von Mutter und Kind gemeinschaftlich in das Asyl und später in die Außenpflege.

In das Asyl werden auch frühgeborene Kinder, welche eine Couveuse-Behandlung erfordern, oder schwer an Darmkatarrh erkrankte Säuglinge aus Familien aufgenommen, deren Kinder sonst nicht das Recht auf staatliche Fürsorge genießen.

Vor der Aufnahme der Kinder, in sehr dringenden Fällen auch nach derselben, erfolgt die Prüfung der Familienverhältnisse durch das Waisenamt, welches zu entscheiden hat, ob das Kind der staatlichen Fürsorge bedürftig ist oder nicht.

Jede Mutter, die mit ihrem Kinde in das Kinderasyl aufgenommen wird, ist verpflichtet, ihr Kind solange zu stillen, als die Gesundheit des Kindes dies erfordert; ausgenommen sind jene Fälle, wo die Mutter nicht

stillen kann oder hygienische Ursachen es verbieten, daß eine Pflegemutter das Kind stillt, z. B. angeborene Syphilis. Aus dem staatlichen Kinderasyl werden die Mütter mit ihren Säuglingen gegen ein monatliches Pflegegeld von 14 K in eine Pflegefamilie aufs Land geschickt, wo sie sich in der Hauswirtschaft und Feldarbeit nützlich zu machen haben. Dieses Verpflegsgeld wird durch 9 Monate erteilt. An andere Pflegemütter werden Kinder zur Säugung übergeben, wenn sie durch Zeugnisse vom Kinderkoloniarzte nachweisen, daß sie zur Säugung geeignet und nicht schwanger sind und daß ihr eigenes Kind wenigstens 6 Monate alt und zur Entwöhnung geeignet oder gestorben ist. Sämtliche Kinder werden in der Regel in eigenen Kinderkolonien untergebracht; in jeder Kinderkolonie ist ein Koloniarzt (meist der Bezirksarzt) gegen Bezahlung angestellt, der die strenge Kontrolle der in seinem Rayon untergebrachten Kinder durchzuführen hat. Die oberste Aufsicht über die Tätigkeit der Kinderasyle führt der Landesjanitätsinspektor für das Armenwesen. Die nicht durch die eigene Mutter genährten Säuglinge werden in der Zentrale (dem Kinderasyl) regelmäßig untersucht und gewogen. Außer durch die Koloniarzte wird die Aufsicht durch Aufsichtsdamen ausgeübt. Die Pflegeeltern oder Mütter erhalten zu ihren Reisen in die Anstalt und aus derselben Freikarten, welche der Direktor des Kinderasyls auf den von der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellten Formularen ausstellt. Die Belehrung zur Säuglingspflege geschieht mündlich und praktisch im Asyl, durch Broschüren und Flugblätter und öffentliche Vorträge.

Nach den Darstellungen Dr. A. Szanas, Chefarztes im Findelhause zu Temesvár, besteht die Charakteristik des ungarischen Systems der Fürsorge für die in Außenpflege stehenden Kinder in folgendem:*)

1. In der Zentrale werden Stammbücher geführt über die Gesundheitsverhältnisse, Entwicklung und Gewichtsverhältnisse aller Kinder. Diese Daten liefern die Kontrollen.
2. Die Kontrollen sind nicht zufällige, sondern nach bestimmten Prinzipien bestimmte, indem bei der letzten Kontrolle stets der Zeitpunkt der nächsten festgesetzt, deren pünktliche Einhaltung durch das Evidenzhaltungsbuch ermöglicht wird.
3. Säuglinge, die nicht durch die eigene Mutter genährt werden, werden in der Zentrale erst wöchentlich, bei befriedigender Entwicklung später seltener gewogen.
4. Über vier bis fünf Kinder wird eine Dame mit der vormundschaftlichen Beaufsichtigung betraut, und diese Dame referiert der Zentrale auf unseren Druckforten durch einfaches Unterstreichen, wogegen sie von allen auf das Kind Bezug habenden Daten verständigt wird. Nur notfalls wird über mehrere Kinder eine bezahlte Aufsichtsdame angestellt.
5. Über die Pflegeeltern wird ein Stammbuch geführt, in dem alle auf dieselben Bezug habenden Daten eingetragen werden.

Die Vorzüge des Systems über die bisher angewendeten und in der Fachliteratur besprochenen Systeme bestehen darin:

- a) die verantwortungspflichtige Zentrale vermag täglich über die Entwicklung eines jeden einzelnen Kindes Rechenschaft zu geben;
- b) die Zahl und Zeit der Kontrollen setzt stets ein Arzt auf Grund der Gesundheitsgeschichte des Kindes fest;
- c) Pflegemutter, Koloniarzt und Aufsichtsdame sehen, daß ihre Wirksamkeit betreffs jeden einzelnen Kindes kontrolliert wird;
- d) durch das Wiegen der Säuglinge in der Zentrale ist es mit Sicherheit zu vermeiden, daß das Kind bei einer ungeeigneten Pflegemutter bleibe. Und zwar wird die Ungeeignetheit durch das Wiegen zu einer Zeit konstatiert, in der Hilfe noch möglich ist, während mit freiem Auge zu meist nur mehr die nicht wieder gut zu machende Schädigung wahrgenommen werden kann.

*) Dr. A. Szana, „Über die Beaufsichtigung der in unentgeltliche Außenpflege gegebenen Kinder u. s. v.“, „Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege“, XXXIV. Band, 2. Heft.

Damit dieses System mit all seinen Vorzügen angewendet werden könne, sind in das Aufsichtstatut folgende Punkte aufzunehmen:

- I. Über jedes Kind wird ein Gesundheitsstammblatt auf Grund der Kontrollresultate geführt.
- II. Die Bestimmung der Kontrollzeit erfolgt in der Centrale durch den Arzt auf Grund des letzten Befundes und wird in das Kontrollterminbuch eingetragen.
- III. Das obligate Wiegen der nicht durch die eigene Mutter genährten Säuglinge in der Centrale.
- IV. Die Ernennung und Verwendung der Aufsichtsbamen in der beschriebenen Weise.
- V. Die Führung eines Stammbuches über die Pflagemütter.

2. Findelwesen.

Das Findelwesen in Böhmen hat des öfteren ausführliche Behandlung in Wort und Schrift gefunden. Wir verweisen zwecks gründlicher Belehrung über dieses Kapitel auf die im Literaturnachweise angeführten Werke, insbesondere auf diejenigen von Prof. Dr. Epstein, k. k. Obersanitätsrat Dr. Dvořák, Prof. Dr. Raudnitz, Adalbert Franz.

Daß die auf verschiedenen Enquêtes zur gründlichen Besserung der Mängel unseres Findelwesens gefaßten Entschließungen, abgegebenen Gutachten, Bittschriften usw. noch zu keinem nennenswerten praktischen Resultate besonders bezüglich der Außenpflege der Findlinge geführt haben, ist auf dieselben Gründe zurückzuführen, die bei uns jede großzügige volkswirtschaftliche Aktion unmöglichen machen: die triste Finanzlage des Landes und äußerst mangelhaftes Verständnis der Bevölkerung für sozialpolitische Arbeit.

Uns obliegt es, die breite Öffentlichkeit über das Wesen der Findelanstalt und die Haupterfordernisse einer Neuordnung der Findelverhältnisse zu dem Zwecke aufzuklären, um durch verständnisvolle Mitarbeit der Bevölkerung, ohne welche manche Frage überhaupt nicht zu lösen ist, zu einer rascheren Durchführung der nötigen Reform zu gelangen.

Die Findelanstalten in Österreich sind eine Gründung Kaiser Josephs II. Nach dem Muster der im Jahre 1784 gegründeten ersten Findelanstalt in Wien wurden in kürzerer Zeit in sämtlichen Ländern Österreichs, außer in Salzburg, Kärnten, Schlesien und der Bukowina staatliche Findelanstalten ins Leben gerufen.

Während der Jahre 1861—1868 gingen die staatlichen Findelanstalten in die Verwaltung der Länder über, sie wurden also Landesinstitute und der Staat behielt sich bloß die Oberaufsicht vor.

Eine Folge dieser Überweisung an die Länder war die, daß man in den meisten Ländern die Findelanstalten wegen der hohen Erhaltungskosten auflöste. Von 1882 ab bestanden in Österreich nur mehr 2 große Findelanstalten: in Wien und Prag. 1899 trat die Grazer Findelanstalt nach neuem Statut wieder ins Leben, so daß gegenwärtig 3 Findelanstalten bestehen: in Wien, Prag, Graz. Außerdem gibt es noch 5 kleinere in Dalmatien (zu Ragusa, Sebenico, Cattaro, Spalato und Zara).

Die Prager Findelanstalt

(Neustadt, Karlshof)

stammt aus dem Jahre 1789. Sie steht in Verbindung mit der Landesgebär-
anstalt zu St. Apollinar. Ihre Pflegerordnung wurde uns von der Di-
rektion der königl. Landesfindelanstalt zur Verfügung gestellt und erscheint
im nachfolgenden abgedruckt.

A. Vorschriften für die Pflegepartei der in normaler Pflege befindlichen Findlinge.

I. Ausgabe der Findlinge. Die Findlinge werden in der Landesfindelanstalt an
verheiratete Frauen oder Witwen an jedem Wochentage in die Pflege gegen Entgelt abgegeben.

Die Pflegefrauen, welche ein Kind zur Pflege erhalten wollen, haben sich mit einem
reinen und hinreichend großen Federbettchen und einem großen Wolltuche zwischen 8 und 9 Uhr
früh in der Verwaltungskanzlei der Findelanstalt persönlich einzufinden und sind verpflichtet,
zum Beweise der guten Pflege und Erziehung ein vom Gemeinde- und Pfarramt beglaubigtes
und vom Distrikts- oder Gemeindefürsorge bestätigtes Befähigungszugnis beizubringen, sowie
auch die neuen Vorschriften für die Pflegeeltern der Findlinge, welche die Pflegepartei bereits
besitzt, damit in dasselbe der Name des Kindes, welches ihr wieder anvertraut wird, eingetragen
werden könne.

Der Arzt bestätigt die physische Befähigung der Familie, besonders die Eignung der
Pflegefrau zum Stillen sowie auch die Beschaffenheit der Wohnung, das Gemeinde- und Pfarr-
amt die Wohlverhaltung und sittliche Unbescholtenheit und auch den Umstand, daß die Familie
mit Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse nicht bloß auf das Kostgeld für das Findelkind
angewiesen ist.

Im Falle das Gemeinde- oder Pfarramt die bezüglichlichen Amtsvorschriften nicht beachten
würde und die Ausstellung von Zeugnissen für die Pflegeparteien und die Aufnahme der
Findelkinder in das Gemeindegebiet auf grundsätzlichen Widerstand dieser Unter stoßen sollte,
haben sich die Pflegeparteien an die k. k. Bezirkshauptmannschaft zu wenden.

Brustkinder werden von der Anstalt in der Regel nur an stillende Pflegefrauen abgegeben,
welche jenen um Flaschenkinder sich meldenden immer bevorzugt werden.

Die Anstalt ist bemüht, das natürliche Band zwischen der Mutter und dem Kinde auf-
recht zu erhalten und soweit es die Umstände erlauben und der Ausübung der Mutterpflichten
nichts im Wege steht, die natürliche Ernährung durch die eigene Mutter zu unterstützen.

Die Anstaltsdirektion gibt daher die Kinder in die Pflege ab:

1. den eigenen Müttern — mit der Beschränkung auf ein Kind;
2. den von den Müttern empfohlenen Anverwandten und Bekannten nach vorher gepflogener
Erhebung über ihre Verhältnisse;
3. anderen von der Mutter bezeichneten und befähigten Pflegeeltern, wenn sie den gestellten
Bedingungen entsprechen.

Auch in dem letzten Falle werden für Brustkinder nur Brustparteien berücksichtigt. Erweist
es sich, daß die Pflegemutter ihr vom Pfarr- und Gemeindefürsorge beglaubigtes Befähigungs-
zeugnis einer anderen Partei, für welche dasselbe nicht ausgestellt war, zum Zwecke der Über-
nahme eines Findlings in die Pflege geliehen hat, wodurch sie sich des Betruges schuldig
gemacht hat, so wird das Kind nicht nur der Partei, welche den Betrug begangen hat, sondern
auch der, für welche das Zeugnis ausgestellt wurde, abgenommen und die Anzeige hievon dem
k. k. Bezirksgerichte erstattet.

II. Die pflichtgemäße Anmeldung. Nach erfolgter Übernahme eines Kindes hat
sich die Pflegepartei sogleich zu dem Ortsfürsorge ihrer Pfarrgemeinde und zum Gemeindefür-
sorger zu begeben, damit dieselben das Kind in die Matrik oder ihre Vormerkbücher ein-
tragen und die Anmeldung des Findlings in dem Pflegschaftsbuche durch die Unterschrift des
Pfarrers und Gemeindefürsorgers bestätigen können.

Ebenso hat jede Pflegepartei, wenn ihr ein Findling von der Anstalt in die eigene
unentgeltliche Pflege und Erziehung überlassen wird, oder wenn sie einen solchen Findling
infolge Auftrages der k. k. Landesfindelanstalt zurückgestellt oder seinen Eltern, Anverwandten
oder auch einer anderen fremden Partei zur weiteren Pflege und Erziehung übergeben hat,
hievon umgekehrt die Anzeige bei ihrer Pfarr- und ihrem Gemeindefürsorge zu machen, damit
dieselben den Abfall des Findlings in ihren Vormerkbüchern antragen können.

Ohne schriftliche Bewilligung der Findelhansdirektion ist die Übergabe des Findlings
an die leibliche Mutter, an Verwandte, auf welche Zeit immer, sowie die Überlassung desselben

andern, fremden Erziehern oder Übersetzung zu einer anderen Familie und Auswanderung samt dem Findling ins Ausland bei Strafe der Zahlungseinstellung verboten.

III. Übersiedlung. Die Pflegepartei hat eine jede erfolgte Übersiedlung oder Wohnungsveränderung, selbst in das Nachbarhaus, ferner etwaige Sterbefälle oder Wiederverhehlchung eines oder des anderen der Pflegeeltern ohne Ausnahme nicht nur bei dem Pfarramte, sondern auch in der kgl. böhmischen Landesfindelanstalt sofort zu melden.

IV. Pflege des Findlings. Dem übernommenen Kinde ist jene Treue, Gewissenhaftigkeit und Pflege zu widmen, welche Eltern ihren leiblichen Kindern schuldig sind, daher dasselbe in allem wie das eigene zu halten ist; ebenso sind die Pflegeeltern verpflichtet, allen Anordnungen der Anstalt in Bezug auf das ihrer Pflege anvertraute Kind pünktlichst und unverzüglich nachzukommen.

V. Vernachlässigung oder Mißhandlung. Jede erwiesene Vernachlässigung, Verwahrlosung oder Mißhandlung des von der Anstalt anvertrauten Findlings wird nicht nur mit der sofortigen Abnahme desselben, sondern überdies nach Maßgabe der Art und Beschaffenheit des Vergehens nach den §§ 114 und 130 des II. Theiles des Strafgesetzbuches bestraft werden.

VI. Schulbesuch. Sobald das Kind das 6. Lebensjahr angetreten hat und dasselbe in der weiteren Pflege seiner Erzieher verbleibt, ist hievon bei der Ortsschule die Anzeige zu machen, welche dasselbe in das Verzeichniß der schulpflichtigen Kinder eintragen und in die betreffende Schulklasse einweisen wird. Zum Schulbesuche ist das Kind von der Pflegepartei fleißig anzuhalten.

VII. Unentgeltliche Pflege. Wenn leibliche Eltern oder Verwandte eines Findlings, oder wenn auch ganz fremde Parteien sich in der Findelanstalt melden, welche einen namhaft gemachten Findling in ihre unentgeltliche Pflege übernehmen zu wollen erklären, so ist die Pflegepartei desselben verpflichtet, auf jedesmaliges Verlangen der Anstaltsverwaltung den Findling zurückzustellen, wobei bemerkt wird, daß bei der Übernahme der Findlinge in unentgeltliche Pflege den leiblichen Eltern immer der Vorzug vor der Pflegepartei zukommt, daß ferner dieser Vorzug auch den übrigen Verwandten des Kindes, jedoch nur in dem Falle eingeräumt wird, wenn sie sich vor dem erreichten 4. Lebensjahre desselben melden; nach dieser Zeit erhält die Pflegepartei, wenn sie selbst den Findling in unentgeltliche Pflege übernehmen will, vor allen Verwandten und Fremden den Vorzug, ohne daß sie verpflichtet wäre ein neues Zeugnis vorzulegen.

Die Pflegeeltern können gelegentlich der wegen Erreichung des Normalalters oder Übernahme in die eigene unentgeltliche Pflege erfolgten Rückstellung des Findelkindes in die Findelanstalt einen anderen im 1. Lebensjahre befindlichen Findling wieder erhalten, wenn sie zu diesem Behufe ein neues Befähigungszeugnis des Gemeinde- und Pfarramtes und die „Vorschriften für die Pflegeparteien“ vorweisen.

VIII. Weiterer Aufenthalt der Kinder nach dem 6. Lebensjahre bei ihren Pflegeeltern. Die Pflegeeltern des Findlings können denselben nach seinem vollendeten 6. Lebensjahre in ihrer ferneren unentgeltlichen Pflege und Erziehung behalten und können denselben später zu Feld- oder Hausarbeit, Handwerk, Kunst, Handel oder sonstigen Erwerbsbeschäftigung verwenden, ohne ihm ein Erbteil zusichern zu müssen, wenn dies nicht ihr eigener freier Wille ist. Damit sich jedoch der Findling auch nach dem erreichten Normalalter bei den Pflegeeltern weiter aufhalten könne, wird von ihm der Heimatschein von jener Gemeinde besorgt, in welcher seine Mutter zuständig ist und dem Gemeinbeamte seiner Aufenthaltsgemeinde zugefendet.

IX. Rückstellung des Kindes in die Findelanstalt. Wenn aber die Pflegeeltern das Kind nach dem erreichten 6. Lebensjahre in unentgeltlicher Pflege nicht weiter behalten wollen, so müssen sie dasselbe ordentlich und mit Rücksicht auf die Jahreszeit gehörig gekleidet, 8 Tage vor seinem erreichten 6. Lebensjahre der Findelanstalt rückstellen, wobei sie zugleich auch das Pflegschaftsbuch, den Heimatschein und das Impfzeugnis des Findlings mitbringen müssen. Nach dem 6. Jahre darf die Pflegepartei das Kind nicht mehr der Anstalt zurückstellen, sondern ist verpflichtet es auf eigene Kosten in seine Zuständigkeitsgemeinde zu schicken.

Auf jüngere Findlinge kann die Pflegepartei jederzeit u. zw. entweder schriftlich oder mündlich die vierwöchentliche Kündigung geben und wird ihr im Pflegschaftsbuche oder schriftlich der Tag bekannt gemacht, wann sie das ordentlich und gehörig bekleidete Kind der Anstalt zurückstellen soll.

X. Rückberufung des Kindes in die Findelanstalt. Der kgl. böhmischen Landesfindelanstalt wird das Recht vorbehalten, zu jeder Zeit, nach vorausgegangener beliebiger amtlicher Auffündigung, den der Pflegepartei in die Pflege übergebenen Findling zurückzunehmen

und ist die Pflegepartei verpflichtet, den ihr zur Restitution bestimmten Tag strenge einzuhalten und wird Pflegegebühr nur bis zu jenem Tage ausbezahlt, auch wenn sie das Kind wann immer später zurückgestellt hätte. Sollte jedoch die bestimmte Frist dennoch überschritten worden sein, so muß, wenn die Pflegepartei nicht des Anspruchs auf Zahlung der Pflegegebühr verlustig werden soll, entweder mittels eines ärztlichen Zeugnisses nachgewiesen werden, daß das Kind wegen Krankheit nicht restituirt werden konnte, oder vom Gemeindeamte der sonstige Grund angegeben werden, aus welchem die Restituierung zur festgesetzten Zeit nicht möglich war.

Sollte die Pflegepartei wegen eingetretener Erkrankung oder wegen anderer bei ihr eingetretener nicht zu beseitigender Hindernisse den in ihrer entgeltlichen Pflege stehenden Findling ohne vorausgegangene vierwöchentliche Ankündigung der Anstalt sogleich zurückzustellen genötigt sein, so hat sie sich entweder mit dem Zeugnisse eines öffentlichen Arztes oder mit dem von ihrem Pfarramte legalisierten Zeugnisse ihres Ortsvorstandes, welches Zeugnis diese Ursache ausdrücklich enthalten muß, in der fgl. böhmischen Findelhausamtskanzlei auszuweisen.

Bei der Rückstellung des Findlings in die Anstalt erhält die Pflegepartei eine Pauschalvergütung der Reisekosten.

XI. Erkrankung des Findlings. Für die den Findlingen gewährte ärztliche Hilfe und Medikamente wird von den Pflegeeltern keine Zahlung geleistet. Sobald ein Findling erkrankt oder beschädigt wird, ist auf dem Lande sogleich das Gemeinde- oder Pfarramt zu ersuchen, die zur ärztlichen Behandlung des Findlings nötige Anweisung für den nächsten Arzt auszustellen.

Die betreffende Anweisung kann lauten:

„Das Findelkind B. Nr. . . . , wohnhaft in Nr. . . .
wird zur ärztlichen Behandlung angewiesen. Um die Anweisung hat angesucht.

Gemeinde- (Pfarr-) Amt in , am 190 .“

Die mit dem Amtssiegel und der Unterschrift versehene Anweisung wird dem Arzte übergeben, welcher nur auf Grund derselben den betreffenden Findling in seine ärztliche Behandlung übernehmen kann. Eine Ausnahme von dieser Regel ist nur in dem Falle, wenn Gefahr im Verzuge wäre, zulässig.

Die auf Grund der Anweisungen verschriebenen Rezepte werden nicht mehr bestätigt und verbleiben entweder in jener Apotheke, wo die Arznei verfertigt wurde, oder in Händen des Arztes, der dieselbe selbst verabfolgt hat. Der Arzt behält aber stets die Anweisungen als Beleg zu seiner Rechnung. (Landesgesetz vom Jahre 1903 VIII. Nr. 28.)

XII. Verhehlung der Kindesmutter. Die Findelsverpflegung des Kindes hört in der Regel mit dem Tage der Verhehlung der Mutter auf und ist die verheiratete Mutter verpflichtet, das Kind sogleich in ihre eigene unentgeltliche Pflege zu übernehmen.

Die Verhehlung der Mutter des Kindes sowie auch ihr Ableben ist unverzüglich der Findelanstalt anzuzeigen.

XIII. Ableben des Findlings. Im Sterbefalle eines Findlings ist von dem Arzte die Gattung der Krankheit und der Tag des Ablebens und der geschehenen unentgeltlichen Beerdigung auf Seite 4 des Pflegschaftsbuches anmerken zu lassen. Sollte vielleicht das Kind auf dem Wege aus der Findelanstalt nach Hause oder auf dem Wege in die Findelanstalt sterben, so darf sein Leichnam nicht in die Findelanstalt zurückgebracht, sondern muß in dem Orte, wo dasselbe verschieden ist, vom Arzte beschaup und dortselbst beerdigt werden, wovon der Anstaltsverwaltung unverzüglich die Anzeige zu erstatten ist.

Das Pflegschaftsbuch muß mit den vorgeschriebenen Bestätigungen versehen, sobald als möglich, längstens aber binnen 14 Tagen in die Findelhauskanzlei überbracht werden, damit der Verstorbene gehörig in Abgang gebracht werden könne. Die absichtliche Verhehlung des Ablebens eines Findlings, oder die Angabe eines späteren Todestages desselben würde als eine betrügerische Handlung nach dem Gesetze strenge geahndet werden. Die Totenbeschau der verstorbenen Findlinge wird von den Ärzten, die Beerdigung von den Seelsorgern und Totengräbern unentgeltlich besorgt, und erhalten auch die Pflegeeltern keine Vergütung der Beerdigungskosten, nachdem die Findlinge wie Gemeindearme zu behandeln sind. Nur für den Sarg wird eine Entschädigung von einer Krone geleistet.

XIV. Kostgeld. Bei Erfüllung vorstehender Verbindlichkeiten werden der Pflegepartei von der Findelanstalt, insoweit nicht eine andere Bestimmung erfolgt,

- a) für ein Kind bis zum vollendeten ersten Jahresalter monatlich 12 Kronen,
- b) von vollendeten ersten bis zum zurückgelegten zweiten Lebensjahre monatlich 8 Kronen,
- c) vom zurückgelegten 2. bis zur Erreichung des vollen 6. Jahresalters monatlich 6 Kronen ausbezahlt.

d) Nebst diesen Pflegegebühren erhält die Partei nach Verlauf des 1. Jahres, wenn der Findling in ihrer Pflege das erste Lebensjahr vollendet hat und wenn sie denselben durch

volle 8 Monate gepflegt hat, eine Remuneration von 8 Kronen 60 Heller. Diese Remuneration wird jedoch nicht besonders, sondern erst mit der nächstmonatlichen Verpflegungsgebühr ausgezahlt.

Weiter bekommt jede Pflegemutter, welcher ein Kind in die Pflege anvertraut wird, den Ersatz der Rückreisepfesen in der Höhe, in welcher derselbe für jeden Bezirk ausgemessen ist.

XV. **Auszahlung des Kostgeldes.** Vorstehende Verpflegungsbeträge werden den Pflegeparteien bloß gegen jedesmalige pfarramtliche Lebens- und Aufenthaltsestättigung des Findlings, welche dessen Tauf- und Zunamen, dann den Namen der Pflegeeltern und die Zeichennummer enthalten muß, in dem Findelanstaltsgebäude in Prag „u Karlova“ Nr. 455—II, ausgezahlt.

Zu jeder Auszahlung ist eine von den im Pflegekassabuche eingebundenen Lebensbestätigungen mit dem Datum zu versehen, mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Seelsorgeamtes zu beglaubigen, vorsichtig aus dem Büchel heranzureißen und der Anstaltsverwaltung vorzulegen bzw. nach Anklebung der Briefmarke einzufenden.

Das Kostgeld wird nur an den unten festgesetzten Tagen während der Amtsstunden von 8—12 Uhr vormittags ausgezahlt.

Beträge, welche über ein volles Jahr unerhoben bleiben, werden als verfallen angesehen und können nur mit Bewilligung des Landesauschusses ausgezahlt werden. Im Sterbefalle eines Findlings oder bei dessen Rückstellung oder Übernahme in die unentgeltliche Pflege kann jedoch die Pflegepartei die rückständige Verpflegungsgebühr gegen Vorbringung des bestätigten Pflegekassabuches sogleich erheben.

XVI. **Leibwäsche.** Jede Partei erhält bei der Übernahme eines Kindes bis zum vollendeten ersten Lebensjahre mit dem Zeichen der Findelanstalt versehene Leibwäsche u. zw.:

2 leinene Windeln und 4 Hemdchen.

XVII. **Besondere Remuneration.** Außer der im Abschnitte 14 näher bezeichneten Abstillungsremuneration, welche nach Vollendung des 1. Lebensjahres ausgezahlt wird, können gewissen- und musterhafte Pflegemütter gemäß der mit dem Landesanschusserlasse vom 30. Mai 1905, Z. 45.696, genehmigten Vorschriften eine besondere Remuneration aus dem vom Landesauschusse für solche Pflegemütter bestimmten Fonds beanspruchen.

B. Vorschriften für die Kindesmutter und die Großeltern.

Die eigene Mutter und die Großeltern können den Findling mit Genehmigung des Landesauschusses des Königreiches Böhmen auch in eigene entgeltliche Pflege übernehmen, wenn sie sich mit zwei Dritteln des gewöhnlichen Verpflegungsgeldes zufrieden stellen und zugleich verpflichten, das Kind nach seinem vollendeten 4. Lebensjahre unentgeltlich weiter zu behalten.

Die Mutter ist verpflichtet das in ihre Obsole übernommene Kind bis zu der festgesetzten Dauer, d. i. wenigstens bis zum 6. Lebensmonat des Kindes, an der Brust zu ernähren, hat demselben die ganze mütterliche Sorge zu widmen und darf es ohne schriftliche Bewilligung der Anstaltsdirektion weder fremden Parteien noch den Großeltern anvertrauen.

Wer einen Findling ohne Bewilligung und mit absichtlicher Verheimlichung der Blutsverwandtschaft gegen gewöhnliches Kostgeld zur Pflege übernimmt, wird wegen Betrug gerichtlich verfolgt und mit Geldstrafe geahndet.

Die Abschnitte 1, 2, 3, 5, 10, 11, 12, 13, 15 und 16 der Vorschriften für fremde Pflegeparteien gelten auch für die Mutter und die Großeltern der Findlinge und sind sowohl die Mutter als auch die Großeltern verpflichtet, alle in den genannten Abschnitten enthaltenen Anordnungen pünktlichst einzuhalten.

Kostgeld für das der eigenen Mutter oder den Großeltern in die sogenannte Zweidrittelpflege anvertraute Kind wird an monatlicher Unterstützung ausgezahlt:

im 1. Jahre 8 K, im 2. Jahre 5 K 33 h, im 2. und 3. Jahre 4 K.

Reisegeld. Eigene Mütter und Großeltern erhalten keine Vergütung der Reisekosten.

An die hochwürdigen Pfarrämter.

Die Lebensbestätigung des Findlings ist mit dem Datum und der eigenhändigen Unterschrift und durch Beilegung des Amtssiegels zu beglaubigen, wozu immer nur ein abtrennbares Blatt (Coupon) in diesem Büchel verwendet werden darf.

Ist die Lebensbestätigung nicht mit dem letzten Tage des Monats datiert, wird für diesen Monat nicht ausgezahlt. Das Vorausdatieren ist unzulässig.

Verheimlichung der Kindesmutter hat das Seelsorgeamt, sobald es hievon Kenntnis erhält, unverzüglich der Anstaltsdirektion anzuzeigen.

Das Ableben des Findlings ist auf der 4. Seite des Pflegschaftsbuches unter Angabe des Todes- und Beerdigungstages einzutragen, wo auch der Arzt das Ableben und die Todesursache zu bestätigen hat. Das Pflegschaftsbuch ist dann entweder direkt oder im Wege des Gemeindeamtes längstens binnen 14 Tagen der Anstaltsdirektion einzulenden.

An die Gemeindeämter.

Die Gemeindeämter werden ersucht ihr Augenmerk besonders auf die Abschnitte 1, 2, 3, 6, 10, 11, 12 und 13 der Vorschriften für fremde Pflegeeltern zu richten und unfähigen Pflegemüttern die Zeugnisse mit ihren Unterschriften nie zu bestätigen.

Die Pfarr- und Gemeindeämter als Ortsaufsichtsorgane vermitteln lediglich die Über- setzung des Kindes durch Aussuchung und Anempfehlung von in ihrem Sprengel wohnhaften und geeigneten Pflegeeltern, sie dürfen aber grundsätzlich — sowie die bisherigen Pflegeeltern — kein Kind selbständig und ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung der Direktion zu keiner anderen Pflegepartei übersetzen.

Ausnahmsweise und stets nur gegen nachträgliche Genehmigung der Direktion der Findel- anstalt können die Pfarr- und Gemeindeämter nach gegenseitiger Übereinkunft nur in solchen Fällen die Findlinge zu anderen Pflegeparteien übersetzen, wenn jeder Verzug die Kinder in physischer oder moralischer Hinsicht gefährden würde.

Nach jeder stattgefundenen Übersetzung ist der Direktion der Findelanstalt als dem Ober- aufsichtsorgane das gehörig bestätigte Pflegschaftsbuch der früheren Pflegeeltern unter Angabe des Tages der Übersetzung, ferner das Befähigungszeugnis der neuen Pflegepartei und das ärztliche Parere über den Gesundheitszustand des Kindes vorzulegen.

Den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und Gubernial-Erlässen gemäß sind die Gemeinde- und Pfarrämter in Findelangelegenheiten gleich verantwortliche Ortsaufsichtsorgane und als solche gleichwertig.

Ihre Pflichten und Aufgaben in Findelangelegenheiten sind ziemlich gleich und ergänzen sich gegenseitig, weshalb im Interesse der guten Sache gelegen ist, immer und überall in ihrer gegenseitigen Mitwirkung die beste Harmonie und Eintracht zu beobachten. (Erlaß des Landes- ausschusses vom 3. Juni 1905, Z. 112.937.)

Wenn auch schon angedeutet worden ist, daß der Kernpunkt bei der Durchführung von Reformen des Findelwesens in einer zeitgemäßen Ausgestaltung der Evidenzhaltung und Aufsicht über Find- linge und Pflegeeltern liegt, so ist es doch keineswegs einfach, die ver-wickelten Fach- und Rechtsangelegenheiten, die dadurch berührt werden, in knapper, gemeinverständlicher Form zur Darstellung zu bringen.

Die Direktion der Findelanstalt hat die bestehenden Verhältnisse durch schriftliche Umfragen bei Pfarr-, Gerichts- und Schulbehörden erhoben und überdies zur Besprechung derselben 2 Enqueten abgehalten. Das Ergebnis der ersten Enquete waren folgende Anträge an den Landesauschuß:

1. Zur Aufsicht über die Findlinge sind die Ärzte mit besonderer Berücksichtigung der Distriktsärzte heranzuziehen.
2. Der Zentralverein tschechischer Frauen werde um Mitteilung ersucht, wie er sich die Organisation der Aufsicht durch Frauen vorstelle; eventuell möge derselbe eine Instruktion für die Aufseherinnen ausarbeiten.
3. Bei der Prager Findelanstalt möge die Errichtung von Kursen für Pflegerinnen behufs Heranbildung von Wärterinnen für kranke Kinder, eventuell von geschulten Aufseherinnen ermöglicht werden.
4. Es möge an den Landtag ein Gesuch um Bewilligung des Betrages von 400 K behufs Verteilung von Belohnungen an gewissenhafte Pflege- mütter gerichtet werden.
5. Die Enquete anerkennt die Notwendigkeit, daß für eine ordentliche Erziehung und Versorgung der Findlinge auch nach dem 6. Lebensjahre Sorge getragen werde und der Landtag möge erwägen, auf welche Weise dieser For- derung Rechnung getragen werden könnte.

Schließlich wurde hervorgehoben, daß die Erhöhung des Pflegegeldes unbedingt nötig sei.

Der Landesausschuß faßte über die Punkte 2, 3 und 4 zustimmende Beschlüsse. Punkt 1 versprach er nach Regelung der Tarifffrage mit den Distriktsärzten zu lösen, Punkt 5 wurde dem Departement IV zur weiteren Behandlung überwiesen. In einem Berichte an den Landtag wird später seitens des Landesausschusses hervorgehoben, es möge bei der geplanten Reform des öffentlichen Armenwesens besondere Rücksicht auf jene Findlinge genommen werden, die den Gemeinden nach dem 6. Lebensjahre zur weiteren Verjorgung übergeben werden.

Mit der Überweisung dieses Antrages an die Budgetkommission hat eine vorläufig 7 Jahre dauernde „Ablagerungsfrist“ begonnen.

Bei der Neuordnung der Findelverhältnisse wird es sich hauptsächlich handeln:

1. um Schaffung der Möglichkeit, die Findelpflege in den Rahmen der Fürsorge für die schutzbedürftige Jugend überhaupt einzupassen;

2. um Erziehung und Vermittlung passender Pflegefamilien, eventuell um Schaffung von Bezirks-, Distrikts- oder Kreisasylen für kranke Pfleglinge oder solche, deren Pflegeeltern aus irgend einem Grunde nicht mehr in der Lage sind, das Kind einwandfrei zu pflegen;

3. um Erhöhung der Pflegegelder und Ermöglichung freier Hin- und Rückreise der Pflegefamilien auf Grund der von der Direktion der Findelanstalt ausgestellten Formulare;

4. entsprechende Evidenzhaltung der Findlinge und deren kräftige Rechtsvertretung gegen den Kindesvater (eventuell freiwillige Unterstützung seitens seiner Verwandten);

5. Organisation der Aufsicht in ärztlicher und erzieherischer Hinsicht.

Hiezu ist zu bemerken: Es geht nicht an, die Findelpflege überhaupt von der Armenkinderverjorgung (wir können nach unseren Gesetzen bis jetzt höchstens von einer solchen sprechen, und nicht von jener des schutzbedürftigen Kindes) zu trennen. Mit dem 6. Lebensjahre hört die Verantwortung der Findelanstalt überhaupt auf; mit diesem Jahre übergehen die Findlinge in die öffentliche Armenfürsorge. Es läßt sich nun aber sehr schwer eine Begründung des jetzigen Modus finden, wornach der Findling bis zum 6. Lebensjahre eine (wenn auch keineswegs ausreichende und entsprechende) Verjorgung auf Kosten des Landes findet, während dies bei der gleichaltrigen Halbwaise, die nicht in der Gebäranstalt zur Welt gekommen ist, ja nicht einmal bei der Wollwaise, der Fall ist. Das ist eine Folgenrichtigkeit, die entschieden verschwinden muß. Der Hauptgrund für die Einrichtung einer besonderen Institution für diese Kinder war doch wohl die Rücksichtnahme auf die eminente Lebensgefahr, in der sich der Säugling bei mangelnder Pflege befindet; eine Gefahr, welche es vollständig rechtfertigt, daß zunächst für dieses Kind gesorgt wird und nachher eventuell erst Verhandlungen wegen der Erbschaftsprüche stattfinden. Dieser Gefahr ist aber doch der Säugling einer sonst gleich bedürftigen Mutter, der es nicht möglich war, die Gebäranstalt aufzusuchen, auch ausgesetzt, und es darf die Inanspruchnahme der Gebäranstalt, selbst bei Berücksichtigung der klinischen Notwendigkeit der letz-

teren, keine soweit gehende Prämitierung finden, wenn nicht in einem halbwegs gerechten Verhältnisse auch für die anderen schutzbedürftigen gleichaltrigen Kinder gesorgt wird. Insbesondere sollte uns nicht die Rücksichtnahme auf eine seinerzeit vielleicht gerechtfertigte, aber in die neuen Zeitverhältnisse nicht mehr recht hineinpassende Institution in der Durchführung notwendiger Reformen stets in der Weise beeinflussen, daß wir nur hie und da etwas zubauen, dort etwas einreißen, aber doch niemals einen wirklich entsprechenden Bau schaffen. Auch kann es der Neuordnung unserer Jugendfürsorgeangelegenheiten absolut nicht zum Nutzen gereichen, wenn wir bezüglich der Erziehungshaltung und Aufsicht einen mehrfachen Parallelismus einführen, welche Gefahr gegenwärtig recht nahe liegt, wie aus den späteren Ausführungen über diesen Gegenstand zu ersehen sein wird.

Betrachtet man die Findelanstalt als die berufene Fachanstalt zur Pflege und Fürsorge über das Kind im Säuglingsalter, dann würde die gegenwärtig geübte Praxis der Obflege über den Findling bis zum vollendeten 6. Lebensjahre entschieden eine Einschränkung erfahren müssen, indem es vollständig genügte, der Findelanstalt Kinder bloß bis zum vollendeten 2. Lebensjahre zu übergeben; dagegen hätte sich die Obflege nicht bloß auf die in der Gebäranstalt zur Welt gebrachten Kinder, sondern auf sämtliche Kinder bis zum 2. Lebensjahre zu erstrecken, denen das Recht auf Armenversorgung zukommt, wobei zu bemerken ist, daß die jetzigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches hierüber einer Abänderung bedürfen.

Dann würde auch die Fürsorge der Findelanstalt für die in Außenpflege befindlichen Kinder eine ganz andere werden können. Will man bessern, dann muß man dort ansetzen, wo der Fehler liegt, und der lag gewiß nicht in dem musterhaften Betriebe der internen Findelpflege, sondern stets in der Außenpflege. Die Anzahl der im Dienste der Findelanstalt stehenden Ärzte müßte eine bedeutend höhere sein, doch würden die Kosten — abgesehen von dem Betriebe etwa nötiger Asyle — zum großen Teile durch die freiverdenden Verpflegungsgelder der Kinder von 2—6 Jahren, die man der Findelanstalt nicht entziehen dürfte, hereingebracht werden.

Die weiteren oben erwähnten Erfordernisse einer zeitgemäßen Findelpflege treffen nicht nur diese, sondern die Jugendfürsorge im allgemeinen und werden deshalb auch gleichzeitig mit der Besprechung dieser Angelegenheit ihre Erörterung finden. Es wurden wiederholt Vorschläge gemacht, wie eine Neuorganisation der Findelpflege durchgeführt werden soll; man erinnerte an alle jene Faktoren, die auf Grund von verschiedenen Gubernialverordnungen und Hofdekreten zur Findlingsaufsicht verpflichtet erscheinen: Seelsorger, Herrschafts- und Stadtarzt oder Wundarzt, Gemeinden, weltliche Gemeindevorsteher, Distrikts- und Gemeindeärzte, Landesfürstliche Ärzte, Landärzte, Bezirksärzte, Findlingsaufseher, k. k. Bezirkshauptmannschaften, Gendarmerieposten, Lehrer, Bezirksausschüsse, Direktion der Findelanstalt, Staatsverwaltung.

An verpflichteten Behörden und Personen hat es wahrlich nicht gefehlt — und welch armselige Resultierende hat sich aus dem Zusammenwirken dieser Komponenten ergeben!

Wir sehen in dieser Vielseitigkeit keinen Vorteil, sondern bloß Nachteile. Unser Vorschlag ist: statt vieler unverantwortlicher Ehrenaufsichtsorgane lieber weniger zahlreiche, aber dafür öffentlich verantwortliche, bezahlte Berufsaufsichtsorgane!

Die Begründung dieser Forderung erfolgt im Zusammenhange mit der Beiprechung einer einheitlichen Organisation der Jugendfürsorge.

Von den sonst erwähnten Angelegenheiten ist die Evidenzhaltung der Findlinge mehr eine interne, wenn auch sehr wichtige Verwaltungssache. Von großer Bedeutung dagegen ist die Rechtsvertretung des Findlings dem unehelichen Vater gegenüber.

Steiermark kann das Verdienst in Anspruch nehmen, durch Gründung einer Rechtsschutzabteilung auch in dieser Hinsicht vorbildliche gearbeitet zu haben.

Unter Rücksichtnahme auf die günstigen Erfolge in Steiermark kam es in Böhmen zu dem Erlasse des Landesauschusses vom 17. September 1904, Z. 88.633, mittels welchem der Direktion der Findelanstalt aufgetragen wurde, in Zukunft regelmäßig und ausnahmslos dem Vormundschaftsgerichte, d. i. dem k. k. Bezirksgerichte für die obere Neustadt in Prag regelmäßige Wochen- oder Monatsberichte über jede Geburt eines lebenden, unehelichen Kindes in der Gebäranstalt zu erstatten.

Eine weitere wichtige Folge dieser Aktion war ein Ministerialerlaß, in welchem es u. a. heißt:

„ . . . Nach dem Hofdekret vom 7. August 1822, JGS. Nr. 1888, vertritt die Findelhausdirektion bei allen unter ihrer Objsorge stehenden Kindern die Stelle des Vormunds. Nach Wortlaut und Tendenz dieses Hofdekrets hat die Findelhausdirektion nach allen Richtungen die Rechte und Pflichten eines Vormunds.

Die Bestimmungen dieses Hofdekretes geben nach Ansicht des Justizministeriums eine genügende gesetzliche Basis, um einen vollwirksamen Schutz der Anstaltspfleglinge zu organisieren und namentlich auch die Rechte der unehelichen Kinder auf Anerkennung der Vaterschaft, Unterhalt und Versorgung der Verwirklichung zuzuführen. Es besteht insbesondere kein gesetzliches Hindernis, daß die Anstaltsdirektion mit Ermächtigung des Vormundschaftsgerichtes (§ 233 a. b. GB.) die Vaterschafts- und Alimentationsklage erhebt. Hierzu würde sich allerdings empfehlen, daß die Direktion eine besondere Rechtsschutzabteilung errichte, die namens der Direktion den Verkehr mit den Gerichten und anderen Behörden pflegt, die erforderlichen Informationen beschafft und den zur Vertretung des Kindes allenfalls nach § 64, Z. 4, LPSD., bestellten Vertreter übermittelt.

Insofern hiebei auch Ansprüche des Landesfonds geltend zu machen sind, wird ihr nicht verwehrt sein, als Streitgenosse des unehelichen Kindes am gerichtlichen Verfahren teilzunehmen. Die Identität der Interessen des Kindes und der Anstalt verbürgt die nachhaltige Geltendmachung der Interessen des Kindes. Insofern etwa das Statut der Findelanstalt oder die Aufnahmebedingungen der Verfolgung der Rechte des Kindes gegen den Willen der Mutter entgegenstehen, wird es dem Landesauschuß überlassen bleiben müssen, dieses Hindernis zu beseitigen.

Insofern hiernach zur Erzielung solchen Erfolges die Mitwirkung des Landesauschusses des Königreiches Böhmen erforderlich erscheint, hat sich das k. k. Oberlandesgerichtspräsidium unter Einem an denselben gewendet“

In Gemäßheit dieses Erlasses werden von der Direktion der Findelanstalt die entsprechenden Wochenansweise an die Obervormund-

2. Aus dem Depot in die Außenpflege überstellt

Angaben über die Pflegepartei			Datum der Übergabe in die entgeltliche Pflege: Tag, Monat, Jahr	Austritts- tag aus der entgeltlichen Pflege	Ursache des Austritts	Eventuelle Ver- antwortung der Pflegepartei mit dem Findling	Anmerkungen
Vor- und Zuname	Beruf	Aufenthalts- gemeinde, Bezirk und Land					

3. Beendigung der Findelversorgung durch Tod am in
durch Austritt infolge Zeitablauf am
durch Übergabe in die unentgeltliche Pflege am an

Rückseite:

II. Angaben über die Mutter des Findlings.

Zuname Vorname
Aufgenommen in die Gebäranstalt am mit Prot.=3.
Beendigung des Aufenthalts in der Gebäranstalt am Tage:
Geburtsjahr Zivilstand: ledig verwitwet
Beruf Nr. Vermögenslage
Lohnverhältnisse ohne Verdienst seit Zeitdauer
Zahl der übrigen Kinder davon gestorben
Der Pflegling war schon früher in der Gebäranstalt im Jahre unter Prot.=3.
Mutter leistet einen monatlichen Beitrag zur Versorgung von K.

Die Mutter	Gemeinde	Bezirk	Land
ist gebürtig			
ist zuständig			
hatte letzten Aufenthalt			
nächster Aufenthalt			

III. Angaben über die Angehörigen der Mutter des Findlings.

1. Für den Fall, daß die Mutter des Findlings ehelicher Abstammung ist:
Aufenthaltsgemeinde Bezirk Land
Beruf: Vater Nr. Mutter Nr.
Am Leben sind: von den Eltern von den Geschwistern

2. Für den Fall, daß die Mutter des Findlings unehelicher Abstammung ist:
Aufenthaltsgemeinde Bezirk Land
Beruf Nr. Geschwister
3. Für den Fall, daß die Mutter des Findlings von Zieheltern aufgezogen wurde:
Aufenthaltsgemeinde Bezirk Land
Beruf Nr.
4. Für den Fall, daß die Mutter des Findlings verwitwet ist:
Des verstorbenen Gatten:
Aufenthaltsgemeinde Bezirk Land
Beruf Nr.

Auch die steiermärkische Findelpflege läßt den außerhalb der Gebäranstalt geborenen unehelichen, sowie den der Pflege oft geradeso bedürftigen ehelichen armen Kindern keinen Schutz angedeihen. Die Rechtsansprüche des Findlings scheinen nun auch bei uns in gleich energischer Weise vertreten zu werden. Von mancherlei Vorteil scheint die Führung des Findelkastasters durch das statistische Landesamt zu sein. Auf den Individualblättern bedeutet das Fehlen jedweder Angabe über den Findlingsvater einen Mangel.

Eine vollständig befriedigende Lösung des Problems bedeutet auch die steiermärkische Findelpflege gegenwärtig nicht.

3. Waisen, Halbweisen, Verlassene.

Diese 3 Kategorien bedürftiger Kinder gehören organisch zusammen und es ist gut, daß der Begriff „Waise“ in der Praxis eine recht weite Fassung erhalten hat. Selbstverständlich gehört zur Bervollständigung des Anrechtes auf öffentliche Fürsorge noch das Prädikat „arm“ zu dem Momente der Verlassenheit von den natürlichen Ernährern und es werden die vermögenden Waisen, Halbweisen und Verlassenen, wenn auch diese keineswegs einer richtigen Erziehung und Pflege durch unbeeinflusste Fürsorger länger entbehren sollten, aus der folgenden Betrachtung ausgeschaltet.

Bei der Betätigung humanitären Empfindens hat sich das Hauptinteresse stets den Waisen zugewendet. Die Erbauung eines Waisenhauses, die Errichtung von Stiftungsplätzen für Waisenkinder: das war lange Zeit das Non plus ultra der Jugendfürsorge. Auch bei uns in Böhmen hat die Waisenspflege von allen Zweigen der Jugendfürsorge bis jetzt die tatkräftigste Förderung erhalten und es bestehen außer zahlreichen Stiftungen zur Erhaltung von Waisen folgende deutsche Anstalten in Böhmen:

Aussig: Kaiser Franz Josef I.-Asyl und Waisenhaus.

Brüx: St. Josefsheim.

Budweis: Waisen- u. Erziehungsanstalt der Barmherigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus.

Bürgstein: Gräfl. Rinskysches Armen- und Waisenhaus zu St. Joh. v. Nepomuk.

Dauba: Mädchenwaisenhaus der evang. Brüderkirche.

Eger: Waisenhausstift.

Einiedl b. Marienbad: Waisenhaus für den Gerichtsbezirk Marienbad.

Falkenau: Kinderasyl des kath. Frauenvereins für Falkenau und Umgebung.

Georgswalde: St. Josefsheim.

St. Georgental: Anstalt des Klosters der göttl. Vorsehung.

Graupen: St. Josefsheim.

Grottan: Kinderasyl zum hl. Josef.

Kaaden: St. Josefsweisenhaus des Elisabethinerinnenklosters.

Komotau: Waisenhaus der Schwestern vom hl. Kreuze.

Krummau: Knaben- und Mädchenarbeitschule.

B.-Leipa: Städtisches Waisenhaus.

Leitmeritz: Waisenhaus der Barmherzigen Schw. vom hl. Karl Borromäus.

Niederjohansdorf b. Landskron: Dr. Karl Schücker-Waisenheim des

Bundes der Deutschen in Böhmen.

Neudorf b. Pilsen: Waisenheim des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Neudorf: Waisenhaus.

Nissegg: Waisenhaus der Deutschen Hilfs-Gesellschaft für Kinder. *)

Prag: Waisenhaus zu St. Joh. d. Efr.

Reichenberg: 1. Vereinigte Krippe, Kleinkinderbewahr- und Waisenanstalt.

2. Deutsches Kinderheim.

3. Kinderasyl „Vincentinum“.

4. Kinderasyl der Marie Pauline Freiin von Liebig.

5. Marienkrippe.

Saaz: Städtisches Waisenhaus.

Schluckenau: Barbara Kumpfsche Asyl- und Waisenhausstiftung.

Warnsdorf: Marienanstalt.

Wies b. Eger: Waisenhaus für den Vertretungsbezirk Eger.

Wittal b. Großpriesen: Evangelisches Waisenhaus.

Teils im Bau begriffen, teils im Prinzipie beschlossen sind folgende Anstalten:

Arnau

Asch

Brüx-Katharinaberg

Budweis-Bierhöf

Friedland

Grasliß

Haber b. Auscha

Hohenelbe

Karlsbad

Leitnowitz b. Budweis

Marischendorf

Saaz: Kinderheim

Schönlinde

Reichenberg Stadt

Reichenberg Landbez.

Von den genannten Anstalten erstrecken die folgenden jagungsgemäß ihre Tätigkeit über den ganzen Bezirk (Bezirkswaisenhäuser):

Einfiel b. Marienbad für den Gerichtsbezirk Marienbad.

Wies b. Eger für den Vertretungsbezirk Eger von den in Aussicht genommenen Neugründungen;

Asch

Brüx-Katharinaberg

Friedland

Grasliß

Hohenelbe

Karlsbad

Marischendorf

Reichenberg (Landbezirk).

Gelingt es, die in den betreffenden Bezirken befindlichen Waisenanstalten zu Bezirksweisenanstalten auszubauen (in vielen Fällen lassen dies die

*) Gegenwärtig „Fürsorgeheim für Knaben“ der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag.

Satzungen allerdings kaum zu!), dann wären noch folgende deutsche Vertretungsbezirke in Böhmen ohne Waisenanstalten:

Auscha	Oberplan
Bensen	Petſchau
Bilin	Pfauenberg
B.-Ramniß	Plan
Braunau	Platten
Buchau	Poderſam
Dauba	Poſtelberg
D.-Gabel	Preßnitz-Weipert
Dobrzan	Roſchliß
Elbogen	Roſitniß
Gablonz	Ronsperg
Görkau	St. Joachimſtal
Grägen	Schaglar
Grulich	Staab
Hainſpach	Stecken
Hartmaniß	Tachau
Hohenfurt	Tannwald
Hoſtau	Tepl
Jechniß	Tepliß
Kalſching	Tetſchen
Karbiß	Trautenau
Königswart	Tuſchkau
Kraßau	Weckelsdorf
Loboſiß	Wegſtädtl
Ludiß	Weſeriß
Mies	Wildſtein
Neuern	Zwickau
Niemes	

ſowie folgende gemiſchte Bezirke mit deutſcher Mehrheit (oder großen deutſchen Minderheiten):

Bergreichenſtein	Krumm au
Biſchofteiniß	Prachatiß
Budweis	Manetin
Königinhof	Winterberg

Inſaſſamt gibt es demnach in Böhmen gegenwärtig 55 rein deutſche und 8 Bezirke mit großen deutſchen Minderheiten in denen keine Waisenanſtalten beſtehen, wenn die in Ausſicht genommenen ſchon als errichtet betrachtet werden. Ohne dieſe, ſowie in dem Falle, als die beſtehenden Anſtalten ſich nicht zu Bezirksanſtalten einrichten laſſen, gibt es 88 Bezirke ohne Bezirkswaiſenhäuſer und nur 2 Bezirke mit ſolchen.

Über die Wirkſamkeit der bereits beſtehenden Waiſenanſtalten folgt nachſtehende Überſicht:

Die deutschen Waisen-

O r t	N a m e	Gründungs- jahr	Fassungs- raum	Stand	
				Knaben	Mädchen
Auffig	Kaiser Franz Josef I. Asyl und Waisenhaus	1888	40 im Waisenhaus 120 im Kinderasyl	23	14
Brüx	St. Josefsheim	1899	80	50	—
Budweis	Waisen- und Erziehungsanstalt der Barmherzigen Schwestern v. heiligen Karl Borromäus	1868	160	65	80
Bürgstein	Gräfl. Rinskysches Armen- u. Waisen- haus zu St. Johann von Nepomuk	1759		7	—
Danba	Mädchenwaisenhaus der evangelischen Brüderkirche	1898	20	1	16
Eger	Waisenhausstift	1716		7	3
Einriedl	Verein zur Erhaltung des Waisenhauses für den Gerichtsbezirk Marienbad	1904	30	27	
Falkenan	Kinderasyl des kathol. Frauenvereines für Falkenan und Umgebung	1900	45	45	
St. Georgental	Kloster zur göttlichen Vorsehung	1874		38	
Georgswalde	St. Josefsheim				
Graupen	St. Josefsheim	1907			
Grottan	Kinderasyl zum heiligen Josef	1896	24	10	11
Raaden	St. Josefs-Waisenhaus des Elisabethine- rinnenklosters	1852	80	75	
Romotau	Waisenhaus der Schwestern v. heil. Krenz	1888	130	61	44

anstalten in Böhmen.

Mindest- bedarf pro Kopf	Erhalter	Leiter (Oberin, Orden)	Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf:
80 Heller täglich	Misl- und Waisenhaus- verein	Oberlehrer Eduard Wagner	In erster Reihe f. d. Stadt, dann f. d. Bezirk, wenn Platz für ganz Böhmen
6—8 Kronen monatlich	Beiträge seitens d. Elstern, Heimatsgemeinde, Stadt Brüx, Sparkassa	Maria Panglisch, Oberin	Für ganz Böhmen
21 Kronen per Monat	Beiträge seitens der Ange- hörigen, Gemeinde u. v. Mutterhaufe i. Prag	Barmh. Schwestern Valeria Stoy, Oberin	
260 Kronen jährlich		Oberin Schwester Kunigunde	
77 Heller täglich	Pflegegeelder u. Beiträge aus den Kreisen der Brüderkirche	Eugen Schmidt, Pfarrer	Ganz Böhmen
97 Heller täglich		Stadttrat Eger	Für den Bezirk Eger
	Beiträge d. Angehörigen, Mitgliedsbeiträge, Bezirks- gemeinden, d. Bezirksfond	Das Kuratorium	Für den Bez. Marienbad
12 Kronen monatlich	Frauenhilfsverein, Bei- träge v. Gemeinden, Ange- hörigen d. Zöglinge	Präsidentin Marie Peter	Falkenau und Umgebung, wenn Raum ganz Böhmen
	Beiträge v. geistlichen u. weltlichen Behörden, Heimatsgemeinde	Schwester Seraphine Hoffmann, Vor- steherin	Aus der nächsten Umge- bung
		Siegfr. Spittmann, Oberin.	
		Schwester M. Laurentia	
80—90 Heller täglich	Frauenhilfsverein für Grottau und Umgebung	Johann Ohmann, Katechet	Zunächst für Grottau, wenn Platz auch andere
45 Heller täglich	Beiträge d. Gemeinden, aus dem Landeswaisenfond	Geistliche Schwestern	Unbeschränkt, nur uneheliche Kinder nicht, wenn die Mutter lebt.
144 Kronen im Jahre	Kongregation d. Schwestern vom heil. Kreuze	Oberin Bonavent. Schwarze	Arme verwaisste oder ver- lassene Kinder kath. Kon- fession, sonst unbeschränkt

O r t	N a m e	Gründungs= jahr	Fassungs= raum	Stand	
				Knaben	Mädchen
Krumman	Knaben- und Mädchen-Arbeitschule	1817		5	7
B.-Leipa	Städtisches Waisenhaus	1898	32	12	6
Leitmeritz	Waisenhaus der Barmherz. Schwestern v. heiligen Karl Borromäus				
Neudorf bei Dobruza	Waisenheim d. B. d. D. i. B.	1906	20	17	
Offegg*)	Waisenhaus der deutschen Hülfsgesellschaft für Kinder	1904	50	12	14
Prag	Privatwaisenhaus zu St. Johann der Täufer	1773	70	62	
Reichenberg	Kleinkinder-Bewahr- und Waisenanstalt	1860		17	15
Saaz	Städt. Waisenhaus	1881		12	12
Schluckenau	Barbara Kumpfsche Asyl- und Waisenhausstiftung	1887	18	9	9
Wernsdorf	Marienanstalt				
Wies	Waisenhaus für den Vertretungsbezirk Eger	1905	17	11	6
Neudek	Waisenhaus „Anna Bernhard-Stiftung“	1898	12	6	3
N.-Johnsdorf b. Landskron	Dr. Karl Schücker Waisenheim d. B. d. D. i. B.	1908	40-200	2	

*) Diese Anstalt wurde am 12. Februar 1908 von der Landeskommission für Kinderschutz neu eröffnet.

Täglicher Mindest- bedarf pro Kopf	Erhalter	Leiter (Oberin, Orden)	Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf:
200 Kronen im Jahre	Stiftungsvermögen in der Verwaltung der Stadt- gemeinde Krumman	Anton Čáp, Geistlicher	
80 Heller täglich	Stadtgemeinde u. Waisen- hausverein	Adolf Neumann	Stadt Böhm.-Leipa
		Hilaria Dengler, Oberin	
20 Kronen monatlich	Bund der Deutschen in Böhmen	Emil Weißkopf Waisenvater	Ganz Böhmen
80 Heller täglich	Deutsche Hilfs-Gesellschaft für Kinder	Lehrer Alois Raßler	Bezirk Dux
500 Kronen im Jahre	Privatvermögen, verwaltet durch einen Vorstand, Präs. Univ.-Prof. Dr. Max Grünert	Ferd. Burde, Schuldirektor	Ganz Böhmen
300 Kronen im Jahre	Zinsen d. Fonds, Erzie- hungsbeiträge, Beiträge der Stadtkassa	Raim. Mugrauer, Schulschwester	
300 Kronen im Jahre		Ferdinand Kriesch, Waisenhausver- walter	
90 Heller täglich	Stadtgemeinde aus dem Stiftungskapital	Schwestern v. heil. Karl Borromäus	Pfarrgemeinde
	Erziehungsbeiträge aus d. Landeswaisenfond, der Ge- meinden, Angehörigen	Eusebia Beinlich, Oberin	
60 Heller täglich	Bezirksausschuß Eger	Johann Waidhas, Oberlehrer	Vertretungsbezirk Eger
4 Kronen täglich	Stammfond	Frau Bürgermeister Marie Kunzmann	Evangel. u. andere christl. Waisen von Reudok und Umgebung
20 Kronen monatlich	Bund der Deutschen in Böhmen	Karl Lässig, Waisenvater	Ganz Böhmen

und Jugendfürsorge in Prag angekauft und am 12. April d. J. als „Fürsorgeheim für Knaben“

Von einigen Anstalten erscheinen nachfolgend Einzelberichte. Es ist geplant, diese Einzeldarstellungen von Jahr zu Jahr zu vervollständigen und auch die Geschichte der betreffenden Anstalten entsprechend zu berücksichtigen.

Budweis.

Das Waisenhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus in B.-Budweis wurde von der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Prag unter dem Laurenzberge im Jahre 1868 gegründet und am 17. Oktober desselben Jahres eröffnet. Die Räumlichkeiten waren zur Aufnahme und zum Unterrichte der Waisen- und Kostkinder beiderlei Geschlechtes bestimmt. Anfangs diente jedoch dieses Haus als Kleinkinderbewahranstalt und Arbeitsschule für Mädchen — laut hoher Genehmigung, datiert: Prag, 30. Oktober 1868, Z. 58.045.

Die Kleinkinderbewahranstalt zählte an 200 Kinder beiderlei Geschlechtes im Alter vom 2. bis zum 6. Lebensjahre. Die Anzahl der Waisen- und Kostkinder betrug im Jahre 1874 über 30.

Eine Erweiterung der Anstalt geschah im Jahre 1875 durch den Ankauf des Tuchmacherzwingers von Herrn Josef Mrázek.

Mit dem Jahre 1879 wurde an Stelle der bisher neben der Kleinkinderbewahranstalt erhaltenen einklassigen Privatschule mit tschechischer Unterrichtssprache eine solche mit deutscher Unterrichtssprache errichtet — laut hohen Erlasses vom 14. Dezember 1879, Z. 26.827, LSK. und 23. Jänner 1879, Z. 1, BSK. Budweis.

In den Jahren 1886—1887 wurde der zweistöckige Neubau in der Vereinsgasse trotz der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten aufgeführt und laut Bewilligung des löbl. Bürgermeisteramtes vom 20. Jänner 1887 bezogen. Das zum Neubau nötige Kapital wurde von der hiesigen Sparkassa geliehen.

Dem Neubau wurde die Krone aufgesetzt, als die Kongregation 1888 ein Kirchlein anbauen ließ.

Die Einweihung und Konsekrierung des schönen Gotteshauses vollzog am 3. Juni 1888 Se. Bischöfl. Gnaden Dr. Martin Josef Riba.

Mit dem Jahre 1889 erweiterte sich die einklassige Privatschule zu einer zweiklassigen, welche Erweiterung dem hiesigen k. k. BSK. in den Berichten vom 14. September 1889 und 16. Oktober 1889 angezeigt wurde — laut Zuschrift vom 24. Oktober 1889, Nr. 2647, BSK.

Laut hohen Erlasses des k. k. LSK. vom 4. März 1891, Z. 3695 und Ministerial-Erlasses vom 6. Feber 1891, Z. 2133 erhielt die zweiklassige Privatschule das Öffentlichkeitsrecht. — Gemäß hohen Erlasses vom 18. Juli 1885, Z. 21.023, LSK. wurden nach vorgelegtem Lehrplan diese 2 Klassen als 6. und 7. Klasse achtklassiger Volksschulen eingerichtet. Am 3. September des Jahres 1895 bei Gelegenheit der Herbstmanöver zeichnete Se. Majestät Kaiser Franz Josef I. in Begleitung Sr. Exzellenz des Herrn Statthalters von Prag, Grafen Thun die Anstalt durch den Allerhöchsten Besuch aus. Bei dieser Gelegenheit geruhte Seine Majestät Allerhöchst seinen Namen in das Gedenkbuch der Anstalt einzutragen, welches an diesem Tage gestiftet wurde.

Am 11. September selben Jahres würdigte auch Ihre Kaiserliche Hoheit Frau Erzherzogin Valerie — und am 16. September die Kronprinzessinwitwe, Frau Erzherzogin Stephanie mit erlauchtem Töchterchen Erzherzogin Elisabeth die Anstalt ihres hohen Besuches und geruhten ihre Namen ins Gedenkbuch einzutragen.

Aus Anlaß des am 10. September 1898 durch ruchlose Mörderhand erfolgten Todes Ihrer Majestät der geliebten Kaiserin Elisabeth von Oesterreich fand in unserem Kirchlein ein feierliches Requiem statt. Nebstdem wurde auch in diesem Jahre ein Trauerspiel, betitelt „Trauer-Huldigung“, ein Andenken an die teure Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, von den Anstaltszöglingen dem Budweiser Publikum vorgeführt.

Mit dem Jahre 1901 wurde beim hohen LSK. um die Erweiterung der bisher zweiklassigen Privatschule durch die als 8. geltende 3. Klasse eingereicht.

Laut hohen Erlasses des LSK. Prag, 10. Oktober 1901, Z. 37.340, int. durch den BSK. dto. 17. Oktober 1901, Z. 1727, wurde die Erweiterung auf eine 8klassige Volksschule bewilligt mit der Einrichtung der 3 Klassen auf das 6., 7. und 8. Schuljahr 8klassiger Volksschulen.

Am 19. Juni 1903 kam vom hohen Landesauschuß an das Waisenhaus eine Mitteilung, daß derselbe 20 Kinder unter gewissen Bedingungen erhalten wolle.

Am 7. Oktober l. J. lief die Bewilligung zur Aufnahme ein, mit 67 h per Kopf für einen Tag — laut Zuschrift vom 15. September 1903, Z. 75.489.

Eine Erweiterung der Anstalt geschah durch die Baubewilligung der Bauverwaltung der Stadt Budweis dto. 20. Jänner 1904, Z. 16.852.

Die Bauführung des neuen Hauses begann am 8. April l. J. mit dem Ausstecken und am 12. d. M. — Osterdienstag — mit dem Anshub der Fundamente und der Grundsteinlegung.

Der am 19. Juni 1905 unter vielen Schwierigkeiten vollendete Bau wurde am 21. Juni l. J. — St. Moiskusfest — von Sr. bischöfl. Exzellenz Herrn Dr. Martin Ríha unter großer Affistenz eingeweiht. Der Hausweibe wohnten viele hohe Persönlichkeiten bei.

Am 3. Juli l. J. wurde der Neubau bezogen, nachdem die Bewilligung vom Herrn Bürgermeister hiezu erteilt worden war.

Mit Beginn des Schuljahres 1905—06 ist die Fortbildungsschule eröffnet worden, um deren Errichtung am 21. Juni 1905 beim hohen k. k. BSK. eingereicht wurde — laut hohen Erlasses vom 7. Oktober 1905, Z. 2161 und BSK. dto. 24. Oktober, Z. 2250/1905.

Der Zweck derselben, den der Schulpflicht entwachsenen Mädchen in Religion, Handarbeit, Französisch und auf Verlangen der Eltern noch in anderen Fächern zu vermitteln, konnte jedoch nicht zur gänzlichen Ausführung gelangen, da als hauptsächlichster Wunsch von Seite der meisten Eltern angegeben wurde, den Kindern vorzüglich genügende Fertigkeit in weiblichen Handarbeiten beizubringen, weshalb die Fortbildungsschule im Verlaufe des Jahres 1906 in eine Nählschule aufgelöst wurde.

Im Hinblick auf die den sanitären Anforderungen vollkommen entsprechenden Räumlichkeiten und die steigende Schüleranzahl wurde von der Kongregation am 6. März 1905 beim h. k. k. BSK. um Erweiterung der 3klassigen in eine 4klassige Privatschule eingereicht und laut h. Erl. des k. k. BSK. vom 23. Feber 1898, Z. 40.226, der festgesetzte Lehrplan für 8klassige Volksschulen zur Begutachtung vorgelegt.

Am 10. April l. J. fand laut Bericht v. k. k. BSK. dto. 4. April, Z. 598/1905 aus Anlaß des Ansuchens um Errichtung einer 4. Klasse eine kommissionelle Erhebung behufs Feststellung über die Eignung der erforderlichen Räumlichkeiten statt.

Auf ein Gesuch der Anstalt an den h. Landesauschuß vom 11. Oktober 1905, Z. 403, gibt dieser dto. 19. Dezember 1904, Z. 119.328/IV bekannt, daß vom 1. Jänner 1906 an für die Kinder vom Landesauschuß statt 67 h per Kopf jezt 75 h gezahlt werden.

In der Pflege und Verköstigung der Kinder geschieht zwischen den Waisen und Zöglingen kein Unterschied; alle sind bei demselben Tische, spielen und arbeiten gemeinschaftlich. Schulpflichtige Zöglinge und Waisen besuchen in der Regel die Hauptschule; auf besonderen Wunsch der Eltern oder deren Stellvertreter werden sie auch in die Stadtschulen als: Bürgerschulen, Gymnasien, Realschulen und in Lehrerinnenbildungsanstalten geschickt.

Knaben, welche Mittelschulen besuchen, werden frühzeitig aus unserer Anstalt entlassen, so daß sie nur in den ersten Klassen in derselben verbleiben.

Die Mädchen dagegen sind öfter hier bis zur Vollendung der Studien, so daß sie auch als Erzieherinnen und Lehrerinnen die Anstalt verlassen.

Für weniger begabte Waisenknaben werden von hier aus Meister von passendem Handwerk und für Mädchen Dienste in guten Häusern aufgesucht; beide jedoch verbleiben in beständigem Verkehre mit dem Waisenhanse.

Die ob erwähnte Hauptschule ist deutsch; trotzdem wird aber viel Fleiß zur Bildung der Kinder in der tschechischen Sprache verwendet. In der Anstalt spricht man in beiden Landessprachen in der Absicht, damit die tschechischen Kinder deutsch, die deutschen tschechisch sprechen lernen.

Erziehung und Pflege der Kinder besorgen gemeinsam die Barmherzigen Schwestern, in der Schule unterrichten an öffentlichen Lehrerbildungsanstalten geprüfte Lehrerinnen aus derselben Kongregation; eine aus ihnen ist Leiterin der Schule.

Das Waisenhaus und die Erziehungsanstalt leitet die Schwester Oberin — von der Generaloberin der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus im Prager Mutterhause ernannt — welcher sie auch verantwortlich ist.

Die Kongregation erhält die Anstalt vom Kostgelde der Zöglinge, den Beiträgen für die Verpflegung der Waisen, welche oft sehr gering sind und den Gaben der Wohltäter. Trotzdem werden jährlich 10—15 Waisen unentgeltlich verpflegt.

Außer dem Unterrichte in der Schule erhalten die Zöglinge auch Unterricht im Violin-, Klavier- und Zitherspiel und im Malen.

Der Gesundheitszustand der Waisen und Zöglinge ist durchschnittlich ein erfreulicher. Ausnahme machen einige Waisenkinder, welche in Ermangelung der nötigen Ernährung und Pflege schon kränklich und meist strolchlos der Anstalt übergeben wurden. Zur Erholung der Kinder werden fleißig Spaziergänge und in der warmen Jahreszeit auch Ausflüge gemacht.

Alljährlich erhalten die Waisen auch ihre Gaben bei der Christbescherung und bei dieser Gelegenheit wird von denselben den edlen Wohltätern zum Danke ein deutsches und ein tschechisches Weihnachtsspiel aufgeführt.

Gegenwärtig beträgt die Anzahl der Kinder der Anstalt 138 — davon 60 Knaben, 78 Mädchen — außerdem 115 Auswärtige in den 4 Klassen und der Nählschule.

Wenn die Anstalt über Fonds, Freiplätze und größere Einkünfte zu verfügen hätte, könnte sie ihre Wirksamkeit für das Wohl der Waisen noch weiter ausdehnen und geheißlicher machen.

Waisen- und Erziehungsanstalt der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Budweis, den 10. Feber 1908.

Anna Valeria Stoy, b. J. Oberin.

Falkenau.

Das Waisenhaus, erbaut im Jahre 1900 und erweitert im Jahre 1906 beherbergte, durchschnittlich 45 Pfleglinge, durchaus Angehörige deutscher Gemeinden Böhmens. Die Pfleglinge erhalten von der Anstalt eine gute Verpflegung (fünfmal im Tage), Wäsche, Kleider, Schuhe, Betten, Unterricht in den öffentlichen Volksschulen und Hausunterricht, ärztliche Behandlung. Als Entgelt dafür zahlen die Heimatsgemeinden oder die Angehörigen der Waisen den Höchstbetrag von 12 Kronen monatlich. Die Anstalt erstreckt ihre Fürsorge auch auf die Zeit nach Vollendung der Schulpflicht. Sie legt großes Gewicht darauf, daß ihre Zöglinge nicht gewöhnliche Lohn- oder Fabrikarbeiter werden, sondern daß die Knaben einem Handwerke und die Mädchen dem häuslichen Dienste zugeführt werden. Für die Lehrzeit der Knaben kommt die Anstalt mit einem Kleidungs- und Wäschebeitrage denselben zu Hülfe. Ebenso werden die Aufnahms- und Freisprechgebühren der Genossenschaften von der Anstalt beglichen.

Der Aufwand für das Waisenhaus betrug im Berichtsjahre 11.544 K 47 h. Was durch die Einkünfte des Hauses nicht gedeckt wurde, ist durch die Zuschüsse des Frauenhilfsvereines und durch Subventionen der Gewerkschaften ersetzt worden.

In der Anstalt ist ferner ein Kindergarten untergebracht, der von durchschnittlich 50 Kindern, ausnahmslos der ärmeren Volksklassen angehörend, besucht wurde.

Die ambulante Krankenpflege, die der Verein eingerichtet, weist folgende Ziffern aus:

Im Jahre 1907:

Nachtwachen	173	Stundenpflegen	698
Ganze Tagespflegen	22	Besuche und Hülfeleistungen	820
Halbe "	37	Halbe Nachtwachen	18

Die Schule für weibliche Handarbeiten, die den Unterricht in Schnittzeichnen, Kleidernähen, Weisnähen, Sticken, Brandmalerei usw. vermittelt, zählte 40 Zöglinge.

Marie Peter,

bz. Präsidentin des Frauenhilfsvereines.

St. Georgental.

Die Anstalt in St. Georgental führt den Namen „Kloster zur göttlichen Vorsehung“ und wurde im Jahre 1874 gegründet.

In derselben besteht 1. eine Kinderbewahranstalt. Es wurden in den 33 Jahren ihres Bestehens 2220 Kinder meist unentgeltlich unterrichtet. Für Kinder, deren Eltern nicht ganz arm sind, werden 60 h bis 1 K pr. Monat gezahlt.

Gegenwärtig besuchen 38 Kinder die Bewahranstalt.

2. Werden arme Mädchen in die Anstalt aufgenommen, in derselben verpflegt, unterrichtet und erzogen, bis selbe im Stande sind, sich durch Dienen oder auf eine andere Weise ihr Brot zu verschaffen. Für manche derselben zahlt die Heimatsgemeinde einen kleinen Verpflegungsbeitrag; für die meisten wird nichts gezahlt und es werden die Verpflegungskosten durch eine von geistlicher und weltlicher Behörde bewilligte Sammlung gedeckt. Es wurden seit dem Eröffnungsjahre 1875 im ganzen 396 aufgenommen und verpflegt. Die Zahl scheint klein, weil die meisten Pfleglinge mehrere Jahre in der Anstalt bleiben und weil im alten Hause Raum für nur höchstens 10 Mädchen zu Gebote stand.

Gegenwärtig und dies seit dem Neubau befinden sich durchschnittlich 20 Mädchen in Pflege.

3. Werden auswärtige Mädchen in allen weiblichen Handarbeiten unterrichtet. Es wurden in den 33 Jahren 1690 Mädchen teils unentgeltlich, teils gegen eine kleine Entlohnung unterrichtet. Die Arbeitsschule wird nur in den Ferien stark besucht; während des Schuljahres von nur einigen der Schule erwachsenen Mädchen, weil die Bevölkerung meist aus Fabrikarbeitern besteht, deren Kinder nach vollendeter Schulpflicht gleich in die Fabrik gehen.

4. Werden der Schule erwachsene Mädchen an Sonntagen nachmittags in weiblichen Handarbeiten unentgeltlich unterrichtet. Im ganzen wurden 480 solcher Mädchen unterrichtet. Gegenwärtig besuchen ungefähr 18 Mädchen die Sonntagschule.

Raaden.

Das „Waisenhaus St. Josef“ in Raaden, welches im Garten des Elisabethinen-Klosters steht, beiläufig 200 Schritte von letzterem entfernt, auf erhöhtem freien Platze, und in den Jahren 1852 und 1853 erbaut worden ist nach wohlthätigen Geldspendungen aus dem Allerhöchsten Kaiserhause, von anderen hohen Wohlthätern und Bürgern aus der Stadt Raaden, und Sammlungen aus den umliegenden Bezirken und der Diözese Leitmeritz, mit Hilfe von gespendetem Baumaterial aus Raaden und den umliegenden Ortschaften, wurde von der geist-

lichen und weltlichen Behörde im Einverständnisse mit der Stadt Kaaden, welche die Anregung zu dieser Gründung gegeben hatte, der unbeschränkten Leitung des Elisabethinen-Klosters in Kaaden übergeben. Am 20. September 1853 wurden die ersten 3 Pflöglinge aufgenommen, deren Zahl von Jahr zu Jahr zunahm, so daß in den letzten Jahren jährlich 75 bis 80 theils Ganz- theils Halbwaisen verpflegt wurden. Eine Beschränkung der Aufnahme von Waisenkindern auf bestimmte Orte und Gegenden ist nicht festgesetzt, jedoch ist in Anbetracht des Zweckes und der Verhältnisse des hiesigen Waisenhauses bestimmt, daß das Alter der Aufzunehmenden in die Zeit vom 4. bis 10. Lebensjahre fallen soll, und daß solche uneheliche Kinder, deren uneheliche Mutter noch am Leben und unverheiratet ist, in der Regel nicht aufzunehmen sind. Aufgenommen werden sowohl Knaben wie Mädchen, welche jedoch außer der Schulzeit von einander getrennt im Hause wohnen. Sie erhalten hier bei katholischer deutscher Erziehung Kost, die notwendige Kleidung, Verpflegung in Krankheit, und auch im Hause selbst den vorgeschriebenen Volksschulunterricht. Es besteht im Hause eine zweiklassige Privatvolksschule, in welcher 2 als Volksschullehrerinnen geprüfte, und eine geprüfte Handarbeitslehrerin, geistliche Schwestern aus dem nebengelegenen Kloster angestellt sind. Außerdem sind während des Tages beständig 3 andere geistliche Schwestern im Waisenhause angestellt zur unmittelbaren Aufsicht und Verpflegung der Kinder, und leiten dieselben nach entsprechender geistiger und körperlicher Erholung an zu den gewöhnlichen leichteren häuslichen Arbeiten. Nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre werden die Kinder, da sie nun nicht mehr schulpflichtig sind, und einem Lebensberufe sich widmen sollen, entlassen, und der betreffenden Heimatsgemeinde, oder mit deren Einverständnis Knaben einem sich meldenden Lehrmeister, Mädchen einer empfehlenswerten Hausfrau übergeben. Auch ist das Waisenhaus schon mehreren Pflöglingen behilflich gewesen zum Priesterstande, von welchen 3 noch lebend, als Priester in der Seelsorge arbeiten. Seit Gründung des Hauses wurden in demselben mehr als 600 Kinder theils längere, theils kürzere Zeit verpflegt. Die religiös-sittliche Erziehung wird beaufsichtigt von einem im Waisenhause angestellten Priester, welcher auch den Religionsunterricht in der Waisenschule erteilt, in der Klosterkirche den Schulgottesdienst hält, und für das Waisenhaus die notwendigen Kanzleiarbeiten verrichtet. Die Kosten für die Verpflegung der Waisenfinder müssen von den Beiträgen bestritten werden, welche von jenen geleistet werden, welche die Pflöglinge dem Waisenhause übergeben. Seit einigen Jahren werden jedoch auch für einige Kinder des hiesigen Waisenhauses die Verpflegskosten von dem Landeswaisenfonde des Königreiches Böhmen bestritten.

Saar.

Vom 1. Jänner 1907 bis 18. August 1907 wurden in der Anstalt 12 Waisenfinder verpflegt und zwar: 8 Waisenfinder vom Landeswaisenfond und 4 Waisenfinder von der städtischen Waisenhausestiftung.

Vom 18. August 1907 wurden in der Anstalt 9 Waisenfinder aufgenommen und 3 Waisenfinder wurden davon vom Landeswaisenfond in Verpflegung aufgenommen.

Vom 1. Juli 1907 wurden 5 Waisenfinder aus der Anstalt entlassen.

Verbleiben bis 30. Dezember 1907 in der Anstalt 16 Waisenfinder, davon werden 9 Waisenfinder vom Landeswaisenfond und 7 Waisenfinder von der städtischen Waisenhausestiftung verpflegt.

Schluckenan.

„Das Barbara Kumpffsche Asyl- und Waisenhaus in Schluckenan“ ist eine Stiftung der am 28. Feber 1875 verstorbenen Jungfrau Barbara Kumpf, welche in ihrer letztwilligen Anordnung vom 14. August 1874 den weitaus größten Teil ihres Vermögens zur Errichtung einer städtischen Pflège- und Erziehungsanstalt für verwaisete oder verwahrloste Kinder in Schluckenan bestimmte.

Nachdem das hinterlassene Wohnhaus Nr.=C. 111 zu einem modernen Anstaltsgebäude nahezu gänzlich umgebaut war, fand am 29. September 1887 durch den hochwürdigen Herrn Bischof Schöbel die Einweihung dieses Stiftshauses statt und wurden die Pflöglinge bei einem Stände von 6 Knaben und 8 Mädchen in die Pflège der Barmherzigen Schwestern von der Kongregation des hl. Borromäus übergeben.

Die in einer zehnjährigen Bestandsbauer gemachten Erfahrungen ließen eine Erweiterung der Anstaltsräume als sehr notwendig erscheinen und es konnte diesem Bedürfnisse durch Zukauf des Nachbarhauses Nr.=C. 112 und gänzlichen Umbau desselben, bzw. Anbau an das bestehende Anstaltsgebäude abgeholfen werden, so daß gegenwärtig das Anstaltsgebäude mit seiner 30 Meter Front und seinen eben so tiefen Seitenflügeln nicht bloß allen Anforderungen als Waisenhaus, sondern auch als Asyl auffichtsloser Kinder entspricht.

Anspruchsberechtigt zur Aufnahme ins Barbara Kumpffsche Asyl- und Waisenhaus sind zunächst Kinder aus den stifterischen Familien Kumpf und Klette; sodann Kinder, zuständig in die Gemeinde Schluckenan, und nach Zulaß des Namens, Kinder zuständig in eine der Gemeinden des Pfarrsprengels Schluckenan.

Knaben verbleiben bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, Mädchen bis zum vollendeten 15. Lebensjahre in der Anstalt.

In der Pflege des Barbara Kumpffschen Waisenhauses befanden sich seit der Eröffnung:

Im Jahre	1887	—	14 Kinder	Im Jahre	1898	—	20 Kinder
"	"	1888	— 16 "	"	"	1899	— 21 "
"	"	1889	— 19 "	"	"	1900	— 20 "
"	"	1890	— 20 "	"	"	1901	— 18 "
"	"	1891	— 18 "	"	"	1902	— 13 "
"	"	1892	— 18 "	"	"	1903	— 18 "
"	"	1893	— 15 "	"	"	1904	— 18 "
"	"	1894	— 13 "	"	"	1905	— 18 "
"	"	1895	— 16 "	"	"	1906	— 18 "
"	"	1896	— 16 "	"	"	1907	— 18 "
"	"	1897	— 17 "				

Epidemisch auftretende Kinderkrankheiten sind im Waisenhaus nur sporadisch aufgetreten, oder auch nur vorübergezogen; im laufenden Jahre kam der erste Sterbefall eines Pfleglings vor und zwar infolge bereits angeborener Rachitis.

Die Aufsicht und Verwaltung des Waisenhauses erfolgt durch ein Kuratorium, bestehend aus dem Stadtrate, dem Stiftungsrepräsentanten und dem Ortsseelsorgevorstande; die Anstaltsrechnung wird vom städtischen Rechnungsführer mitgeführt.

Gegenwärtiger Stiftungsrepräsentant ist Herr Stadtrat und Kaufmann Pius Kumpf.

Eine vollständige Geschichte dieser Anstalt wird erst nach stattgefundener Banabrechnung und durchgeführter Verbriefung nach dem gegenwärtigen Stande erscheinen.

Eger.

Egerer Bezirksweisenhaus in Wies. Im Oktober 1903 empfahl der Bezirksausschuß Eger den Gemeinden seines Vertretungsbezirkes aufs wärmste die Inanspruchnahme von Stipendien aus dem Landesweisenfonds.

Auf grund der diesbezüglichen Gesuche gab der Landesausschuß des Königreiches Böhmen unterm 4. Feber 1904 die Erklärung ab, daß vorläufig 10 verwaiste, verlassene oder verwahrloste Kinder aus den Gemeinden des Vertretungsbezirkes auf Kosten des Landesweisenfonds übernommen werden. Gleichzeitig wurde der Bezirksausschuß angewiesen, im Einvernehmen mit dem k. k. Bezirksgerichte Eger wegen Übergabe dieser Waisenkinder in Pflege Vorschläge zu erstatten.

Der Umstand, daß gegen die Unterbringung dieser Waisenkinder bei Pflegeeltern mancherlei Bedenken obwalten und mit dem Stadt Egerer Waisenhaus nicht gerechnet werden konnte, brachte den Bezirksobmann Herrn Kaspar Krämling auf den Gedanken, in einer Dorfgemeinde des Bezirkes eine Waisenkolonie zu errichten. Nachdem sich auch der Leiter des k. k. Bezirksgerichtes Eger für diese Idee ausgesprochen hatte, entwickelte der Herr Bezirksobmann seine Ansicht in der Sitzung der Bezirksvertretung am 22. April 1904.

Die Ausführungen des Herrn Bezirksobmannes fanden allseitige Zustimmung und die von ihm gestellten, vom Bezirksausschuße vorher beratenen Anträge einstimmige Annahme.

Die Wahl des Ortes fiel auf Wies. Dieser Ort ist eine Wegstunde von Eger entfernt, besitzt eine Kirche und eine 2klassige Volksschule. Seiner gesundheitlichen Lage wegen wird der Ort schon seit langen Jahren von Sommerfrischlern gerne besucht.

Am 31. August 1904 wurde das Haus samt Garten, MC. 38 Wies-Gehaag, käuflich erworben, sodann entsprechend adaptiert und eingerichtet.

Der Ankaufspreis, die Einrichtungs- sowie die jährlichen Erhaltungskosten wurden vom Vertretungsbezirke übernommen, da die Anstalt hauptsächlich den verwaisten Kindern vom Lande zugute kommt und die Heimatsgemeinden von weiteren Auslagen als vielleicht den Kosten der Beschaffung der Kleider für die Waisen nicht getroffen werden. Der Landesausschuß gewährte eine Verpflegstaxe von 70 Heller per Kopf und Tag.

Das Waisenhaus umfaßt 3 Schlafräume, 1 Krankenzimmer, 1 Arbeits- zugleich Speisezimmer, 1 Küche und einen Wohnraum für den Waisenvater.

Am 1. Jänner 1905 wurde das Waisenhaus eröffnet.

Mit Schluß des Jahres 1907 sind 17 Waisen untergebracht.

Eine Hausordnung regelt das Verhalten, die Überwachung, die Schlafenszeit, die Mahlzeiten, die Arbeits- und freie Zeit, die körperlichen Reinigungen, den Kirchenbesuch der Waisenkinder, das Lüften der Wohnräume u. a. m.

Für die Verpflegung und Erziehung der Waisen ist ein Waisenvater bestellt.

Gegenwärtiger Waisenvater: Josef Planer.

Die unmittelbare Leitung des Waisenhauses geschieht unentgeltlich durch den mit der Oberaufsicht betrauten Oberlehrer in Wies.

Gegenwärtiger Leiter: Johann Waidhas.

Die weitere Leitung geschieht durch den Bezirksausschuß.

An die Erweiterung der Anstalt wird im Jahre 1908 geschritten.

Das Waisenhaus wurde am 10. Juli 1907 durch den Landessekretär Herrn Dr. Anton Tuma aus Prag einer Besichtigung unterzogen und äußerte sich derselbe über die Unterbringung der Waisen in sehr befriedigender Weise.

Durch Spenden, insbesondere der Familie des Bezirksobmannes Herrn Kaspar Krämpling und des Bezirksausschusses wurde es alle Jahre ermöglicht, eine Christbaumfeier zu veranstalten und die Waisenkinder zu beschenken.

Außer der Anstaltspflege bezeugen wir bei uns in Böhmen auch der

offenen Waisenpflege in Pflegefamilien

u. zw. teils in geschlossenen Ansiedlungen, teils zerstreut. Die letztere Art der Waisenpflege wird in großem Maßstabe von der Verwaltung des Landeswaisenfonds durchgeführt, worüber ein eigener Artikel folgt. Auch die meisten Kinderschutzbereine, sowie die Gemeinden sorgen auf diese Weise für die Erziehung ihrer Waisen. Der große Mangel, der dieser Art der Waisenfürsorge anhaftet, ist in der schlechten oder meist überhaupt fehlenden Aufsicht über die Pflegeeltern zu suchen. An dieser mangelnden Beaufsichtigung der Erziehung und Verpflegung der Kinder leidet ja unsere gesamte Jugendfürsorge schwer. Aus der Berücksichtigung der großen Notwendigkeit einer entsprechenden Kontrolle der Pflegeeltern und einer ständigen Aufsicht über die Zöglinge in erzieherischer und gesundheitlicher Hinsicht sind die

Waisenanfiedlungen

hervorgegangen. Es gebührt dem Bunde der Deutschen in Böhmen das Verdienst, derartige Ansiedlungen im Jahre 1898 zuerst ins Leben gerufen und von Jahr zu Jahr weiter entwickelt zu haben.

Die erste Waisenanfiedlung des Bundes der Deutschen in Böhmen entstand in Trebnitz bei Lobositz, welche gegenwärtig noch besteht. Dazu kamen später die Anfiedlungen: Liebenau (für Mädchen), Böhmisch-Micha und Leitnowitz (für Knaben).

Die Anfiedlungen werden vom sog. Waisenvater geleitet. Die Bestimmungen, nach welchen die offene Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen gehandhabt wird, erscheinen im nachfolgenden abgedruckt.

Bestimmungen für die Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Der Unterausschuß für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen bildet eine Unterabteilung des Bundes; es wird sonach aus Mitgliedern dieses Vereines gebildet und hat seinen Sitz in Prag.

Die Aufgabe des Unterausschusses für Waisenpflege ist die Aufnahme verwaister deutscher Kinder und die Fürsorge für leibliche Pflege und völkische Erziehung derselben.

Der Unterausschuß für Waisenpflege des B. d. D. i. B. ist der Bundesleitung untergeordnet. Er besteht aus dem Vorsitzenden, dem Zahlmeister, dem Schriftführer, dem Erziehungsvorstand und einigen Beiräten, die nach Bedürfnis von der Bundesleitung bestimmt werden.

Die Amtsdauer währt ein Jahr und sind die Neuwahlen stets unmittelbar nach der ordentlichen Hauptversammlung des Bundes der Deutschen in Böhmen vorzunehmen.

Die ordentlichen Sitzungen finden regelmäßig in den vom Unterausschuß festgesetzten Zeitabschnitten, jedoch wenigstens einmal monatlich statt.

Im Bedarfsfalle steht dem Vorsitzenden das Recht zu, auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Über die Sitzungen wird eine Verhandlungsschrift geführt.

Alljährlich im Hartungs findet eine Jahresitzung statt, an welcher auch die Waisenväter mit beratender Stimme teilnehmen.

Der Unterausschuß für Waisenpflege sorgt:

1. Für die Vermögensgebarung und die wirtschaftlichen Angelegenheiten.
2. Für die Aufnahme der Kinder.
3. Für die Auswahl der Pflegeorte und Pflegeeltern.
4. Für die Ernennung der Waisenväter.
5. Er führt die oberste Aufsicht über leibliche Pflege, Unterricht und Erziehung der Kinder.
6. Er sorgt für die Überwachung der Pflegestellen und Waisenheime.
7. Er führt ein Grundbuch (Matrik).
8. Er gibt einen Jahresbericht heraus.
9. Er erstattet über seine Tätigkeit der Bundesleitung jährlich einen Bericht.

Die Kosten für die Pflege und Erziehung der Kinder werden durch Stiftungen und Spenden beigestellt.

Als stiftende Mitglieder sind jene Gemeinden, Orte, Vereine oder Personen anzusehen, die sich verpflichten:

- a) einen jährlichen Betrag von 400 K ö. W. mindestens für die Zeit der Erziehung eines Stiftilings zu zahlen;
- b) welche ein einmaliges Kapital einzahlen, dessen Zinsertragnis für jeden Fall 400 K ergibt.

Bei Privatpersonen ist eine entsprechende Sicherstellung nötig.

Eine solche Stiftung trägt den Namen des Stifters, solange die Stiftung besteht und berechtigt zur Verleihung des Stiftungsplatzes.

Sollte sich bei der Vermögensgebarung einer solchen Stiftung ein Überschuß ergeben, so wird er dem Kapitale der Stiftung nicht zugeschlagen, sondern verfällt dem Waisengrundstocke.

Beiträge von Waisenfrenden, welche nicht als Stiftungen anzusehen sind, bilden den Waisengrundstock.

Die den Waisengrundstock bildenden Gelder werden möglichst sicher zinsbringend angelegt. Das Zinsertragnis darf nur zur Errichtung weiterer Stiftungsplätze und zur Bestreitung damit zusammenhängender Auslagen verwendet werden, insbesondere zur Deckung allenfalliger Abgänge im Zinsertragnisse bereits bestehender Stiftungen.

Spenden an Naturalien wie: Tuch, Leinwand, Schulbücher, Schreibrequisiten zc. werden im Wirtschaftsfonds verzeichnet.

Die Vermögensgebarung ist im Jahresberichte des Bundes d. D. i. B. auszuweisen.

Aufnahme der Kinder.

Aufnahme finden verwaiste deutsche, christliche Kinder beiderlei Geschlechtes in der Regel nach vollendetem 6. bis zum vollendeten 11. Lebensjahre.

Die Kinder müssen zur Zeit ihrer Aufnahme körperlich gesund sein. Das Gesuch um Aufnahme eines Kindes ist an den Unterausschuß für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen zu richten.

Beizulegen sind: 1. Der Taufschein, 2. der Heimatschein, 3. der Totenschein der Eltern, 4. das Impfungszeugnis, 5. das bezirksärztliche Gesundheitszeugnis, 6. Das letzte Schulzeugnis, 7. das Armutzeugnis.

Pflegeorte.

Als Pflegeorte sind Orte mit einer Schule und einer Kirche auszusuchen. Das Klima der Gegend muß den Kindern zuträglich sein. In besonders günstigen Orten ist eine größere Anzahl von Kindern unterzubringen.

Pflegeeltern.

Da die Wahl geeigneter Pflegeeltern von der allergrößten Wichtigkeit ist, muß bei derselben mit großer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorgegangen werden. Insbesondere sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Kinder kommen ausschließlich zu deutschen Eltern. Eine andere Umgangssprache als die deutsche ist nicht gestattet.
2. Die Pflegeeltern müssen in gutem Einvernehmen und in geordneten Verhältnissen leben.
3. Die Anzahl der Kinder in einer Pflegefamilie darf einschließlic der übernommenen Kinder 5 nicht übersteigen.
4. Personen, welche als „Arme“ zu bezeichnen sind, können als Pflegeeltern nicht in Betracht kommen.
5. Das Kostgeld der Waisen ist nicht als Unterstützungsbeitrag für die Pflegeeltern zu betrachten, sondern es ist zum Unterhalte des Kindes bestimmt.

6. Familien, welche dem Kinde nur eine ungesunde, lichtarme, feuchte Wohnung zur Verfügung stellen können, sind zur Waisenpflege nicht geeignet.

7. Es ist der Waisenverwaltung vorbehalten, das Kind in andere Pflege zu geben, sobald es für nötig befunden wird.

8. Eltern, welche Waisenkinder in Pflege nehmen wollen, haben sich in einem Gesuche an den Unteranschuß für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen zu wenden. Sie haben im Besitze des dortigen Waisenvaters einen Fragebogen auszufüllen und dem Gesuche beizulegen. Die so ausgestatteten Gesuche sind dem Waisenvater zur weiteren Amtshandlung zu übergeben.

Pflichten der Pflegeeltern.

A. Moralische Pflichten.

Die Pflegeeltern haben ihre Pfleglinge mit jener Liebe und Treue zu erziehen, wie es gewissenhafte Eltern ihren eigenen Kindern gegenüber jederzeit tun. Alle ihre erzieherischen Handlungen haben im Interesse des Kindes zu geschehen.

Das Kind soll sich nicht fremd fühlen, sondern soll bei den Pflegeeltern jene Stätte wiederfinden, von der das Schicksal es entführt — es soll ein Vaterhaus finden.

Die Pflegeeltern erwerben sich nicht bloß in moralischer Beziehung gegenbringende Verdienste; sie leisten auch ihrem Volke einen Dienst, indem sie ihm tätige Mitglieder schaffen. Damit aber dieser Zweck erreicht werde, ist es nötig, daß die Pflegeeltern ihre Pflicht dem Kinde gegenüber gewissenhaft erfüllen.

Auf die Charaktereigenschaft des Kindes ist Rücksicht zu nehmen; notwendige Strafen sind nach der Eigenart des Kindes anzuwenden. Das sittliche und das religiöse Gefühl des Kindes muß gepflegt und entwickelt werden. Von den Pflegeeltern sind vor allem auch jene Gedanken mit in des Kindes Herz zu legen, die es zu einem unentwegt treuen, verlässlichen und tätigen Mitgliede seines Volkes und der menschlichen Gesellschaft machen.

B. Pflichten bezüglich der leiblichen Pflege.

1. Die Pflegeeltern haben das Kind gewissenhaft zu ernähren, sowie für dessen körperliches Wohlbefinden Sorge zu tragen.

2. Das Kind muß die Schule regelmäßig besuchen und die gewissenhafte, fleißige Anfertigung seiner Arbeiten für die Schule als strengste Pflicht betrachten. Zur Fertigstellung derselben muß dem Kinde die nötige Zeit und der nötige Raum angewiesen werden.

3. Ist es mit den Arbeiten für die Schule fertig, dann soll es zu leichteren häuslichen Arbeiten herangezogen werden; doch muß dem Kinde täglich genügende Erholungszeit und Zeit zu freier Bewegung übrig bleiben. Auch darf durch dieselbe keine Möglichkeit vorhanden sein, daß Gesundheit, Gesittung oder Schulbesuch beeinträchtigt werden könnte. Ebenso ist jede Ausnützung des Kindes zu persönlichen Vorteilen der Pflegeeltern auszuschließen.

4. Die Pflegeeltern haben den Anordnungen des Waisenvaters Folge zu leisten.

5. Erkrankt ein Kind, dann ist sofort der Waisenvater zu verständigen, der über die Zuziehung des Arztes entscheidet. Das Kind verbleibt in häuslicher Pflege. Bei schweren und dauernden Krankheiten kann die Überführung in ein Krankenhaus stattfinden. Die Behandlungskosten, sowie allenfallsige Begräbniskosten werden von der Waisenverwaltung bestritten.

6. Jeder Wohnungswechsel ist sofort dem Waisenvater anzuzeigen.

7. Bezüglich der sonstigen Leibespflege gilt als Grundsatz: „Es ist eine schlechte Erziehung, die das Kind verwöhnt.“ Infolgedessen soll das Kind in keiner Weise bedient werden. Man gewöhne das Kind an eine bestimmte Hausordnung; man halte es an, stets sanfter herumzugehen, dulde keine beschmutzten oder zerrissenen Kleider, sorge überhaupt dafür, daß die Kinder den vorteilhaftesten Eindruck machen. Insbesondere ist auch auf bescheidenes, höfliches, freundliches Wesen, auf Gehorsam und Ehrerbietung gegen Pflegeeltern und Vorgesetzte hinzuwirken.

Gesundheitspflege.

Die Kinder unterstehen in gesundheitlicher Beziehung der Aufsicht eines von der Waisenverwaltung bestimmten Arztes. Sie haben monatlich einmal beim Arzte zu erscheinen, damit jedem sich zeigenden Schaden zeitig entgegengewirkt werden könne. Bei Erkrankungen der Kinder sind keine Hausmittel zu gebrauchen, sondern es ist der Waisenvater zu verständigen, der über die Inanspruchnahme des Arztes entscheidet. Die Arzneien sind von den Pflegeeltern zu besorgen und die Ausgaben mit dem Waisenvater zu verrechnen.

Aufsicht.

Die unmittelbare Aufsicht über die Kinder wird von der Waisenverwaltung von Fall zu Fall bestimmt. In jedem Pflegeorte wird ein Waisenvater erwählt. Da die Pflichten eines

Waisenvaters umfangreich und anstrengend sind, kann dieses Amt nicht als bloßes Ehrenamt angesehen werden. Jeder Waisenvater erhält eine Entlohnung, außer, wenn er freiwillig darauf verzichtet. Die Pflichten des Waisenvaters enthält die „Vorschrift für den Waisenvater“.

Der Unterausschuß für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen übt eine unmittelbare Aufsicht aus durch den Erziehungsvorstand, der jährlich einigemal die Pflegestätten bereist und über seine Wahrnehmungen Bericht erstattet.

Seine Obliegenheit enthält die „Vorschrift für den Erziehungsvorstand“.

Unterricht.

Die Waisenkinder besuchen die deutsche Schule ihres Aufenthaltsortes. Für das ortsübliche Schulgeld hat die Waisenverwaltung aufzukommen.

Die Schulbücher, Schreibhefte und sonstigen Lernbehelfe hat ebenfalls die Waisenverwaltung zu besorgen, welche die erforderlichen Gegenstände an den Waisenvater zu senden hat.

Die vierteljährlichen Zeugnisse der Waisenkinder sind vom Waisenvater gesammelt an den Unterausschuß für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen zu übersenden. Eine Abschrift davon ist im Grundbuche zu besorgen.

Austritt aus der Pflege.

Die Zöglinge bleiben bis zu eigener Erwerbsfähigkeit in der Pflege des Unterausschusses.

Kleidung und Wäsche.

Jedes Kind wird bei der Übernahme in die Pflege mit folgenden Gegenständen ausgestattet:

Knaben.

1 Sonntagsanzug,	3 Handtücher,	6 Paar Socken,	1 Kleiderbürste,
2 Werktagsanzüge,	3 Hemden,	2 Paar Stiefel,	1 Schuhbürste,
1 Überrock,	3 Hosen,	1 Paar Pantoffel,	1 Paar Hosenträger,
1 Hut und 1 Mütze,	6 Taschentücher,	1 Zahnbürste,	1 Kamm.

Mädchen.

1 Sonntagsanzug,	1 Wintershawl,	3 Handtücher,	1 Zahnbürste,
2 Werktagsanzüge,	3 Hemden,	6 Schürzen,	1 Kleiderbürste,
1 Winterjacke,	3 Hosen,	1 P. Strumpfbänder,	1 Schuhbürste,
1 Sommerjacke,	6 Taschentücher,	2 Paar Schuhe,	1 Kamm.
1 Sommerhut,	6 Paar Strümpfe,	1 Paar Hausschuhe,	

Kleider und Wäsche sind stets in sauberstem Zustande zu halten, im Koffer des Kindes aufzubewahren und bei einer Nachschau auf Verlangen vorzuweisen.

Jährliche Neuanschaffungen werden vom Unterausschuße für Waisenpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen veranlaßt. Über die dem Kinde verabreichten Kleidungsstücke, sowie über die Wäsche ist von diesem ein Verzeichnis zu führen.

Nötige kleinere Ausbesserungen in Wäsche und Kleidern sind selbstverständlich von den Pflegeeltern vorzunehmen. Ausbesserungen des Schuhwerks besorgt über Veranlassung des Waisenvaters ein Ortschuster.

Jedes Kind erhält ein Bett, über welches sich die Waisenverwaltung das Verfügungsrecht vorbehält.

Kostgeld.

Das monatlich zu zahlende Kostgeld wird nach Übereinkommen mit den Pflegeeltern von der Waisenverwaltung festgesetzt. Es ist monatlich im vorhinein zu zahlen und ist für alle Monate gleich.

Der Empfang des Kostgeldes ist von den Pflegeeltern eigenhändig zu bestätigen. Das Kostgeld ist erst dann auszahlend, wenn der regelmäßige Schulbesuch im Büchlein bestätigt worden ist.

Vorschrift für den Waisenvater.

1. Der Waisenvater hat die Gesuche der Pflegeeltern zu übernehmen, die Ausfüllung der Fragebogen zu überwachen und die Gesuche sodann mit seinem schriftlichen Gutachten über die zu wählende Pflegefamilie an die Waisenverwaltung einzusenden.

Bei Niederschrift seines Gutachtens hat er die Absätze 1—6 der allgemeinen Vorschriften (bezüglich der Pflege) besonders zu beachten.

2. Der Waisenvater muß den persönlichen Verkehr mit den Pfleglingen und Pflegeeltern unterhalten. Die Kinder sind von der Waisenverwaltung zunächst dem Waisenvater vorzuführen. Dieser vermittelt dann die Übergabe des Kindes an die Pflegeeltern.

Der Waisenvater hat über die Verhältnisse des Kindes, seiner verstorbenen Eltern (Todesursache etc.), sowie über die etwa wahrgenommenen Charaktereigenschaften des Kindes Aufklärung zu erhalten. Bei Erkrankungen hat er sein Gutachten abzugeben, ob der Arzt zu verständigem sei, eventuell selbst bei ganz leichtem Unwohlsein den Eltern Verhaltensmaßregeln zu geben.

Todesfälle sind sobald als möglich der Waisenverwaltung zur Anzeige zu bringen. Die Beerdigung ordnet der Waisenvater an; dieselbe hat in einfacher, würdiger Weise auf Kosten der Waisenverwaltung zu geschehen.

Der Waisenvater beurteilt die körperliche Verpflegung des Kindes und überzeugt sich öfters von der Reinlichkeit und der häuslichen Beschäftigung des Kindes mit der nötigen Rücksicht auf das Zartgefühl der Pflegeeltern.

Insbesondere ist auf Reinlichkeit des Leibes, der Kleidung, des Bettes und der Wohnung zu bringen.

Erziehung und Schulbesuch insbesondere werden dem besonderen Augenmerke des Waisenvaters empfohlen.

Die Kinder sollen auch in ihrer freien Zeit nützlich beschäftigt sein. Im Hause sollen sie sittlich und religiös erzogen werden.

Geschäftliches.

Der Waisenvater wendet sich in allen Angelegenheiten an die Waisenverwaltung. Er erstattet dem Erziehungsvorstand bei jeder Nachschau mündlichen Bericht. Zu Ende des Schuljahres ist ein Hauptbericht über die während des Jahres gemachten Erfahrungen der Waisenverwaltung einzusenden, u. zw.

1. Fragebogen.
2. Kostbücher.
3. Krankenscheine.
4. Ein Auszug aus dem Kleiderverzeichnis der Kinder.
5. Schulbücher.
6. Sonstige Lernbehelfe und Bedarfsgegenstände.

Er erhält 1. das monatliche Kostgeld zur Auszahlung an die Pflegeeltern. 2. Das vierteljährliche Schulgeld. 3. Einen Vorschuß für laufende Ausgaben, der nachhinein zu verrechnen ist. 4. Seine Remuneration (jährlich nachhinein, bzw. nach Wunsch des Waisenvaters.)*

Sämtlicher Empfang ist auf Zahlungsbogen zu bestätigen.

Sämtliche Einkäufe müssen ausschließlich bei Deutschen besorgt werden.

An ihn gelangen die Aufträge für das Neuanfertigenlassen der Kleidungsstücke bei dem hiezu ausersehenen Schneider.

Bei Schuhwerkverbesserungen haben sich die Pflegeeltern an ihn zu wenden. Er fertigt einen Bestellzettel aus und schickt damit die Eltern zum Schuhmacher.

Diese Bestellzettel sind vom Schuhmacher als Belege der Monatsrechnung beizulegen. Der Schuhmacher übersendet die Rechnung vorher dem Waisenvater. Dieser prüft sie auf ihre Richtigkeit und übermittelt sie der Waisenverwaltung.

In ähnlicher Weise hat auch die Verrechnung sonst etwa nötiger Auslagen zu geschehen. Bezüglich der nötig gewordenen Arzneien sammelt er die Rezepte, auf denen der Preis ersichtlich sein muß und übersendet sie monatlich der Waisenverwaltung.

Bei Begräbnissen sendet er Rechnung, Bericht und Totenschein binnen einer Woche an die Waisenverwaltung.

Das Kostgeld hat er am ersten eines jeden Monats den Pflegeeltern gegen Quittung zu übergeben und den Eltern bloß dann auszufolgen, wenn bezüglich des Schulbesuches des Kindes kein Anstand vorliegt. Die Bestätigung des regelmäßigen Schulbesuches muß im Kostgeldbuchein ersichtlich sein.

Wünsche und Beschwerden sind an die Waisenverwaltung zu richten. Der Waisenvater verpflichtet sich, bei einer alljährlich einzuberufenden Jahresitzung der Waisenverwaltung zu erscheinen und mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Auslage für die Reise wird ihm von der Waisenverwaltung aus vergütet.

Vorschrift für den Erziehungsvorstand.

1. Der Erziehungsvorstand hat über die gedeihliche Erziehung und die Pflege der Kinder zu wachen. Ihm unterstehen die Waisenväter, die seine Anordnungen durchzuführen haben.

*) Die Waisenväter verzichten allerdings meist auf jede Entlohnung.

2. Er hat die Pflegeorte mindestens vierteljährig einmal zu besuchen.
 3. Er führt das Grundbuch (Matrif).
 4. Er nimmt an den Sitzungen der Waisenverwaltung mit beschließender Stimme teil.
 5. Er erstattet der Waisenverwaltung in ihren Sitzungen Berichte über seine Wahrnehmungen. Alljährlich gibt er einen Hauptbericht heraus.
 6. Er fordert von der Verwaltung die nötigen Lernbehelfe für die Waisenknaben.
- Bei seinen Inspektionen hat er besonders zu beachten:
1. Ob die leibliche Pflege der Kinder eine gute ist. Als Richtschnur hiezu siehe „Gesundheitspflege“.
 2. Ob in der Schule keine Klagen vorliegen.
 3. Er hat mit den Waisenvätern über wirtschaftliche Verhältnisse Rücksprache zu halten.
 4. Er soll mit den Kindern persönlich verkehren, um mit ihnen bekannt zu werden, um geistige und leibliche Entwicklung beobachten zu können, eventuell Lob und Tadel auszusprechen.
 5. Er hat die Pflegeeltern im Erziehungswerke durch Anteilnahme an ihren Darlegungen zu unterstützen.

Der Erziehungsvorstand hat auch bei Auswahl der Pflegeeltern mitzuwirken.

Auch die Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen führte die offene Waisensorge ein und unterhält gegenwärtig Waisensorge-ansiedlungen in: S o f i e n t a l (bei Taus), B e n e ſ k o (bei Hohenelbe), T r e b n i ſ z bei Lobositz.

Die Leitung dieser Ansiedlungen erfolgt durch einen sog. deutschen Waisenrat nach folgenden Bestimmungen.

Zusammensetzung und Wirksamkeit eines „Deutschen Waisenrates der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen“.

§ 1.

Der „Deutsche Waisenrat“ ist ein Hilfsorgan der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen.

§ 2.

Er besteht aus dem Obmanne und den Beiräten.

§ 3.

Sämtliche Mitglieder des „Deutschen Waisenrates“ sind korrespondierende Mitglieder der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen und werden vom Vorstande derselben ernannt.

§ 4.

Die Sitzungen des Waisenrates sind vom Obmanne nach Bedarf einzuberufen; dieselben sind bei Anwesenheit von 5 Mitgliedern beschlußfähig. Der Waisenrat faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit und entscheidet auch über Streitigkeiten im Waisenrate.

§ 5.

Sämtliche Gelbbewilligungen (Ansuchen um solche) gehen durch die Sitzung. Die Voranschläge sind vom Obmanne, dem Kassier und dem antragstellenden Beiräte zu fertigen.

§ 6.

Die Rechte der Mitglieder des Waisenrates sind die in § 6 der Satzungen der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen enthaltenen.

§ 7.

Die Pflichten der Mitglieder des Waisenrates sind folgende:

1. Als Mitglieder der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen haben sie nach § 6 der Satzungen die Zwecke derselben nach besten Kräften zu fördern.

2. Als Hilfsorgane der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen für die Mitwirkung derselben den Vormundschaftsgerichten gegenüber resultieren die entsprechenden Pflichten aus den §§ 189, 217 und 178 a. b. GB. Die aus dem genannten Verhältnisse erwachsenden Pflichten enthält eine besondere Anleitung.

3. Pflichten besonderer Art.

Dieselben bestehen z. B. gegenwärtig für den deutschen Waisenrat Sossental in der Leitung der daselbst bestehenden Waisenanfiedlung der Zentralstelle.

§ 8.

Zur Durchführung dieser Aufgabe werden für die einzelnen Verwaltungsfächer Beiräte (Referenten) ernannt. Jeder Beirat ist in seinem Fache selbständig und nur dem Obmann gegenüber verantwortlich, der selbst wieder dem Vorstande der Zentralstelle gegenüber Verantwortung trägt. Die übernommenen Ämter sind gewöhnlich Ehrenämter. Inwieweit für einzelne Amtswalter Entlohnungen bewilligt werden, wird vom Vorstande der Zentralstelle bestimmt.

§ 9.

Der Waisenrat besteht demnach aus

dem Obmann,

dem Beiräte für Baulichkeiten (Einrichtung, Garten, Wohnungskontrolle),

" " " Bekleidung und Wäsche,

" " " Beföstigung,

" " " Erziehung,

" " " ärztliche Angelegenheiten,

" " " Rechts- und statistische Angelegenheiten,

" " " Lehrlingswesen und weitere Versorgung der Zöglinge,

" " " Kassaangelegenheiten.

§ 10.

Der Obmann.

Der Obmann übernimmt dem Vorstande der Zentralstelle gegenüber die Verantwortung für sämtliche in der Ansiedlung untergebrachten Waisen.

Er beruft die Sitzungen des Waisenrates ein und führt in denselben den Vorsitz.

Er überwacht die Tätigkeit der Beiräte, die ihm Verantwortung schulden und seinen Anordnungen Gehör schenken.

Alle in die Ansiedlungen eintretenden und die Ansiedlung verlassenden Kinder sind ihm zunächst vorzuführen; er hat die weitere Unterbringung durch den Wohnungsbeirat zu veranlassen.

§ 11.

Wohnungsbeirat.

Seine Tätigkeit bezieht sich auf die Kontrolle der Wohnungen, in welchen die Waisenkinder untergebracht sind. Er hat die entsprechenden Pflegeeltern ausfindig zu machen; die Waisenkinder in dieselben einzuführen; dafür zu sorgen, daß jedes Kind eine eigene Bettstelle besitze und in gesunden Räumen untergebracht sei; er hat von Zeit zu Zeit die Wohnung der Pflegeeltern zu besuchen, auf die daselbst herrschende Reinlichkeit und Ordnung zu achten und bei nicht entsprechenden Verhältnissen einen Wechsel der Pflegepartei zu veranlassen.

§ 12.

Bekleidungsbeirat.

Dem Beiräte obliegt die Sorge für Kleidung und Wäsche der Zöglinge.

Hiebei ist im allgemeinen folgender Stand anzustreben:

2 Wochenanzüge,	1 Paar Handschuhe,	3 Handtücher,
1 Sonntagsanzug,	4 Hemden od. Trikots,	1 Kamm,
2 Paar Schuhe,	3 Paar Unterhosen,	1 Zahnbürste,
1 Mütze,	6 B. Strümpfe od. Socken	1 Kleiderbürste,
1 Hut,	6 Taschentücher,	2 Schuhbürsten.

Bei der Neuananschaffung ist auf möglichste Economy der Kasse Rücksicht zu nehmen.

Es empfiehlt sich monatlich eine gründliche Kleiderrevision vorzunehmen und die Pflegereltern zu veranlassen, ein Kleiderinventar anzulegen, in welches alle Neuausschaffungen samt dem Anschaffungspreis einzutragen sind.

Der monatliche Bedarf ist unter Berücksichtigung des § 5 einen Monat vorher an die Zentralstelle bekannt zu geben und wird ein Monat nach eingesandter Rechnung beglichen.

Alle Anschaffungen und Reparaturen sind ausschließlich bei deutschen Meistern zu besorgen.

§ 13.

Beköstigungsbeirat.

Die Obforge desselben erstreckt sich auf strenge Kontrolle der den Kindern gebotenen Nahrung; zu diesem Zwecke sind öftere Besuche der Pflegefamilien zu den Mahlzeiten erforderlich.

Nähere Aufklärung erfolgt in einer eigens zu diesem Zwecke verfaßten Schrift.

§ 14.

Erziehungsbeirat.

Derselbe ist die maßgebende Autorität in allen die Kinder betreffenden Erziehungs- und Schulfragen. Er hat die Charaktereigenschaften und Lernerfolge der Kinder zu überwachen und den Pflegeeltern bei ihrem Erziehungswerte mit Rat und Tat beizustehen.

Aller Aufwand für Schulgeld, Lernmittel u. a. ist von ihm zu beantragen. Er überwacht insbesondere auch das Strafverfahren der Pflegeeltern.

Nähere Aufklärung über diese Aufgaben und die Anlage einer Kinderseelenkunde enthält eine eigens zu diesem Zwecke verfaßte Schrift.

§ 15.

Ärztlicher Beirat.

Derselbe unterzieht die Kinder mindestens monatlich einmal einer gründlichen Untersuchung und behandelt sie gegen Kostenverrechnung in Krankheitsfällen.

Beim Eintritte in die Ansiedlung spricht er sein Urteil über die gesundheitliche Eignung des Kindes aus.

Nähere Weisungen über das für statistische Zwecke zu sammelnde Material enthält eine eigens hierfür verfaßte Schrift.

§ 16.

Rechtsbeirat.

Die Aufgabe desselben besteht in der Aufklärung der Mitglieder des Waisentrates und der Pflegeeltern in allen Rechtsangelegenheiten der Kinder, sowie im diesbezüglichen Verkehr mit der Zentralstelle. Bei ihm erliegen die Dokumente und Zeugnisse der Kinder. Lehrverträge werden von ihm veranlaßt. Eine genauere Darstellung der in sein Ressort einschlägigen Aufgaben hat noch zu erfolgen.

§ 17.

Lehrbeirat.

Derselbe macht die entsprechenden Vorschläge und stellt die zweckentsprechenden Anträge über die weitere Versorgung der Zöglinge nach erfüllter Schulpflicht und zwar mindestens drei Monate vorher.

Während der Lehrzeit unterstehen ihm sämtliche in der Lehre stehenden Zöglinge, über deren Führung und Leitung noch genauere Darstellungen folgen werden.

§ 18.

Kassabeirat.

An ihn gehen sämtliche Zahlungen der Zentralstelle. Seine Aufgabe ist es, gemeinschaftlich mit den übrigen Mitgliedern des Waisentrates Mitglieder der Zentralstelle zu werben, die Beiträge (nach besonders zu erlassenden Weisungen) einheben zu lassen und an die Zentralstelle abzuliefern; auf Mittel und Wege zu sinnen, wie der Zentralstelle geldliche Unterstützungen aus dem Orte zugeführt werden könnten; Vereine zu ersuchen, für dieselbe Veranstaltungen abzuhalten usw.

Alle Rechnungen sind von ihm zu viduieren und an die Zentralstelle einzusenden (bis 25. eines jeden Monats). Die Bezahlung erfolgt einen Monat nach der Präsentierung.

Das Kostgeld wird monatlich nachhinein an den Kassabeirat abgesandt. Der monatliche Bedarf ist bis 25. jedes Monats der Zentralstelle bekannt zu geben, worauf am 1. des folgenden Monats die beanspruchte Zahlung erfolgt.

Die Pflegeeltern haben den Empfang des Kostgeldes zu bestätigen.

§ 19.

Die in vorliegenden Entwürfen enthaltenen Bestimmungen können jederzeit von der Zentralstelle abgeändert oder ergänzt werden.

§ 20.

Die Funktionsdauer eines Mitgliedes des Deutschen Waisenrates erlischt

a) durch freiwilligen Rücktritt,

b) durch Entziehung der Funktion über Zuschrift des Vorstandes der Zentralstelle.

Im Falle b) ist eine Beschwerde an die Hauptversammlung der Zentralstelle zulässig, welche jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

Offene Waisenanfiedlungen in Böhmen.

Ort:

Benetko h. Hohenelbe,
B.-Micha,
Leitnowitz
Liebenau,
Sofiental,
Třebnič 1,
" 2.

Erhalter:

Zentralstelle,
Bund der Deutschen i. B.,
" " " "
" " " "
Zentralstelle,
Bund der Deutschen i. B.,
Zentralstelle.

Wie die Armenpflege überhaupt, war auch die Waisenpflege durch lange Zeit mit der Kirche resp. den Kultusgemeinden in enger Verbindung. Mit Rücksicht darauf, daß der weitaus größte Teil der in Böhmen bestehenden Anstalten unter konfessioneller Leitung steht, war es naheliegend, die Tätigkeit der bei uns vertretenen Konfessionen auf dem Gebiete der Waisenpflege näher zu betrachten.

Die katholische Jugendfürsorge in Böhmen.

Von Prof. Dr. Josef Zaus, k. k. Univ.-Professor, Prag.

(Erscheint im nächsten Jahrgange.)

Evangelische Waisenpflege und Jugendfürsorge.

Von Pfarrer lic. theol. Dr. Robert Zilchert, Prag.

Wie Hiob im Rückblick auf die Tage seines Glückes sagt: „Man rühmte mich, denn ich errettete den Armen, der da schrie und den Waisen, der keinen Helfer hatte“ und wie der Psalmist mahnt: „Schaffet Recht dem Armen und Waisen und helfet dem Elenden und Dürftigen zum Recht“, hat die evangelische Kirche allezeit in der Fürsorge für die Verlassenen und Verwaisten nicht eine heilige Pflicht nur, auch eine heilige Freude gesehen.

Das oft gebrauchte, etwas abgegriffene Wort: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, hat mit seiner ewigen Wahrheit nun weiteste Kreise ergriffen, denen auf einmal klar wird: Verwilderung und Verwahrlosung unserer Jugend — was soll das mit den Jahren und in der Zukunft werden?

Das große Problem wird nun von allen Seiten angepackt, verschiedene Wege aufgezeigt, gute Köpfe befassen sich mit allen einschlägigen Fragen, und es ist zu hoffen, daß die rege, menschenfreundliche Tätigkeit nicht ohne Segen bleibt.

In der evangelischen Kirche und im Kronlande Böhmen ist in allerlester Zeit ein kleines Heim für verwaiste und verwahrloste Kinder von Pfarrer Sattlow in Krammel-Obersiedlitz in Wittal errichtet worden, das derzeit 20 Kinder beherbergt. Das Pflegegeld beträgt K 25.— monatlich, selbstverständlich werden gefährdete Kinder auch ohne Zahlung aufgenommen.

Ein anderer Plan, in Haber bei Auscha ein Waisenhaus zu errichten, ist noch nicht verwirklicht. Doch sind hiefür etwa K 6000.— gesammelt worden. Die Superintendentur in Auffig verwaltet einen Fonds von rund K 22.000.— für ein „Waisen- und Konfirmandenheim“. ¹⁾ Aus den Zinsen dieses Kapitals erhalten einige Waisenkinder Unterstützungen. Viele verwaiste oder verwahrloste Kinder wurden bisher in die in den andern Kronländern bestehenden Anstalten gebracht u. zw.: Waisenhaus in Wien mit 115 Böglingen und 71 Unterstützten; Mädchenheim in St. Pölten (27 Böglinge); die Waisenhäuser in Bielitz und Biala, Graz, Rußitz (Gräfin La Tour). In Salzburg bestehen Stiftungen für Waisen, die die italienische Generalwitwe Leopoldine von Recagni geb. Gräfin Firmian errichtete, um damit gut zu machen, was der Bischof Firmian in Salzburg gegen die Protestanten gesündigt hat (Vertreibung der Salzburger 31. Oktober 1731). Das Presbyterium der evang. Gemeinde verwaltet das Vermögen, das sich auf K 84.600.— beläuft.

Eine andere Stiftung in der Salzburger evang. Gemeinde, die zum Teil auch für die Jugend verwendet werden kann, ist die Kleiningische Stiftung mit K 421.600.

Evangelisch-erziehlische Anstalten bestehen in Goisern (D.-D.), ²⁾ Weiskersdorf (D.-D.), Baiern (Kärnten), Stanislaw (Galizien).

In allen genannten Instituten ist die deutsche Sprache die Umgangssprache. In der evangelischen Kirche tschechischer Zunge gibt es auch Waisenhäuser und Erziehungsanstalten. Näheres darüber kann nachgesehen werden in Witz: Evangelische Vereins- und Liebestätigkeit. Magensfurt 1905.

Waisenhaus in Neudek.

Das in Neudek bestehende Waisenhaus wurde anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums unseres erhabenen Kaisers und Herrn im Jahre 1898 von Frau Anna Gräfin von der Asseburg gestiftet und mit Anna Bernhard-Stiftung benannt.

Nach dem Stiftisbriefe können 12 Waisen im Alter vom 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre Aufnahme finden und haben in erster Linie evangelisch-lutherische und in Ermangelung solcher, andere Kinder christlichen Glaubensbekenntnisses, welche in den Ortschaften der ehemaligen Herrschaft Neudek als Neudek, Neuhammer, Eibenberg, Hirschenstand, Sauerjatz, Trunkaifen, Hochofen, Bernau und Mühlberg — heimatberechtigt sind — das Recht in diesem Waisenhaus aufgenommen zu werden.

Zur Bestreitung der Kosten für die Erhaltung und Verpflegung der Waisenkinder einschließlich des Personales hat die Stifterin einen Betrag von K 80.000.— zur Erhaltung des Gebäudes einen Betrag von K 3000.— fruchtbringend angelegt.

¹⁾ Inzwischen hat der Superintendentenaußschuß beschlossen, anlässlich des Regierungsjubiläums in Haber ein Waisenhaus zu errichten und in allen deutschen evang. Gemeinden Böhmens Sammlungen angeordnet.

²⁾ Vor kurzem eingeweiht, nachdem Herr L. Wittgenstein zur Erweiterung und materiellen Sicherung bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Gegenwärtig sind 9 Waisenkinder u. zw. 6 Knaben und 3 Mädchen untergebracht und beträgt der tägliche Mindestbedarf per Kopf K 4.—.

Die Leitung des Waisenhauses liegt gegenwärtig in den Händen der Frau Bürgermeister Maria Kunzmann in Neudek und steht ihr als Pflegerin (Waisenuutter genannt) Theresia Krieglstein zur Seite.

Über die Aufnahmen und Entlassungen sowohl der Waisenkinder als auch des Personales entscheidet der jeweilige Bürgermeister der Stadt Neudek, der katholische Pfarrer in Neudek, dann der Pastor in Karlsbad und der evangelische Vikar in Neudek.

Jüdische Waisspflege und Jugendfürsorge.

Von Direktor J. Schwager, Prag, Weinberge.

Derzeit bestehen in Prag und Vororten 4 jüdische Waisenhäuser und zwar:

1. Das israel. Knabenwaisenhaus der Kultusgemeinde Prag in der Krafauergasse, welches am Ende des 16. Jahrhunderts von Mordehaj Meisl gegründet wurde. Heute werden daselbst 20 nach Prag zuständige Waisenknaben erzogen.

2. Das Waisenhaus des „Privatfrauenvereines zur Erziehung armer israel. Waisenmädchen in Prag“, Jerusalemsgasse 5, gegründet im Jahre 1856, welches 30 Waisenmädchen beherbergt und dieselben bis zu ihrer erlangten Erwerbsfähigkeit versorgt.

3. Das Kaiser Franz Josef I. Jubil.-Mädchenwaisenhaus in Rgl. Weinberge, Buchmajergasse, wurde im Jahre 1895 vom „Kreuzerverein zur Unterstützung armer israel. Waisenmädchen des Königreiches Böhmen“ gegründet, in welchem 34 Waisenmädchen erzogen und bis zur erlangten Erwerbsfähigkeit versorgt werden.

4. Das vom „Vereine zur Errichtung und Erhaltung eines israel. Knabenwaisenhauses für Böhmen“ erhaltene Kaiser Franz Josef I. Jubil.-Knabenwaisenhaus in Rgl. Weinberge, Komenskýgasse 14 und 16, beherbergt im Jahre 1907 60 Waisenknaben und unterstützt und beaufsichtigt auch die schulmündigen Jöglinge bis zur erlangten Selbstständigkeit.

Außerdem verleiht der bereits erwähnte Kreuzerverein zur Unterstützung armer israel. Waisenmädchen des Königreiches Böhmen jährlich 110 armen Waisenmädchen Stipendien im Betrage von K 120.— bis 140.—.

Die Repräsentanz der Landesjudenschaft für das Königreich Böhmen verleiht jährlich etwa 160 Stipendien im Betrage von K 100.— bis 160.— teils schulpflichtigen Waisenkindern, teils solchen Waisenkindern, welche sich einem Handwerke widmen.

Es bestehen auch noch in Prag je ein Heim für jüdische Handwerkslehrlinge und für jüdische Handlungslehrlinge.

Die Waisspflege und Jugendfürsorge der evangel. Brüderkirche

findet im heurigen Jahrbuche ihre Berücksichtigung durch den Bericht über das Mädchenwaisenhaus der evangel. Brüderkirche zu Dauba und eine Entstehungsgeschichte der Waisenanstalten der evangelischen Brüderkirche. Die Anstalten der Brüderkirche zu Böhm.-Rotwasser und Pottenstein sind tschechisch.

Kurze Nachricht von dem Mädchen-Waisenhause der evangel. Brüderkirche in Dauba.

Am Anfang des Jahres 1907 hatten wir 15 Kinder in Pflege, am Schluß desselben 18; von diesen ist aber ein größeres Mädchen nur auf

kürzere Zeit bei uns aufgenommen, um hier den Konfirmations-Unterricht mit genießen zu können.

Es trat nur 1 Mädchen aus und ging in den Dienst; sie ist jetzt in ihrer Heimat im Ysergebirge.

Dagegen traten 4 neue Kinder ein, darunter eben jene Konfirmandin.

Eine kurze Zeit hatten wir auch ein früheres Waisenkind wieder im Hause, ehe sie einen neuen Dienst antrat.

Der eine Waisenknabe, dessen wir uns angenommen haben, ist auch am Schlusse des Jahres wie am Anfang desselben in seiner Familienpflege.

Die letzten Monate behielten wir uns ohne eine „Tante“ (Gehilfin der Hausmutter), da die für einige Monate eingestellte Gehilfin sich nicht bewährte, doch suchten wir wieder eine solche.

Von Krankheitsnot erfuhren wir Gott Lob wenig. In allen Krankheitsfällen besorgte der Distriktsarzt Herr Dr. R. Müller unsere Kranken in dankenswerter Weise.

Auch mit dem Betragen unserer Kinder konnten wir zufrieden sein und ebenso erhielten dieselben in der Schule fast durchgängig gutes Lob als artige und fleißige Kinder.

Die ganze Einrichtung unseres Waisenhauses und die Weise unserer Erziehung wurde mehrfach von berufener Seite als gut und richtig anerkannt, so z. B. von seiten des Kinderschutzesvereines des Bezirkes Dauba.

Der Gefertigte als Vertreter unseres Hauses nahm auf erfolgte Einladung auch teil an der 1. deutschböhmisches Konferenz für Kinderschutz in Prag am 23. und 24. Feber, sowie an dem 1. österreichischen Kongreß für Jugendfürsorge in Wien am 18. bis 20. März d. J.

Auf letzterem konnte er auch über die wohl ernst religiösen aber doch auch freisinnigen Erziehungsgrundsätze unserer Kirche einige Worte reden.

Der stille Gang unseres Hauses in den Ferien wurde durch einen Ausflug unterbrochen, welcher den Kindern große Freude bereitete. Am 19. August d. J. wurde nämlich zu Wagen, und mit Eisenbahn und Dampfschiff ein Ausflug ins Elbetal unternommen. Die immerhin nicht unbedeutenden Kosten desselben wurden durch eine gerade für solche Zwecke gespendete reiche Gabe einer Sonntagsschulklasse der Brüdergemeinde Bethlehem in Nord-Amerika gedeckt.

Manche der Kinder hatten noch kaum eine Eisenbahn geschweige ein Dampfschiff gesehen; da gab es zu schauen und zu staunen.

Noch ist mit Dank gegen Gott und Menschen zu berichten, daß wir an dem Notwendigen zum Leben trotz der teuren Zeit keinen Mangel litten, ja es konnte auch wieder eine Summe von der Hauschuld abgezahlt werden; freilich beträgt dieselbe noch immer über 4000 Kronen. Besonderen Dank schulden wir darin auch dem hohen Landesauschuß, welcher eine ganze Anzahl unserer Kinder aus dem Landeswaisenfonds unterstützt.

Wieder ein Jahr durften wir Gottes Beistand und Hilfe erfahren. Im Vertrauen auf ihn und gestützt auf die Teilnahme treuer Freunde wollen wir unser Werk getrostes Mutes weiterführen.

Dauba, den 17. Dezember 1907.

Eugen Schmidt,
Pfarrer,
als Vorsteher des Waisenhauses.

Die Entstehung der Waisenhäuser der evangelischen Brüderkirche in Böhmen.

Die Waisenspflege in Böhmen ist der evangelischen Brüderkirche schier wider ihren Willen in die Hände gelegt worden; man erkannte erst allmählich, daß die Umstände unter Gottes Leitung bestimmt darauf hindeuteten.

Br. Wilhelm Hartwig (oder wie er sich damals unrichtig schrieb: Hattwig) ist der erste Anfänger dieser Arbeit. Er war seit dem Jahre 1863 als Reiseprediger (Diaspora-Arbeiter) für das östliche Böhmen angestellt. Bis zu dem österreichisch-preussischen Kriege im Jahre 1866 hatte er eine reichgelegnete Tätigkeit innerhalb der evangelischen Gemeinden ausgeübt, aber bei Beginn des Krieges mußte er das Land verlassen. Obnehin war er schon als preussischer Spion verhaftet, aber von dem höheren Offizier, der ihn in Geiersberg verhörte, bald als völlig harmlos entlassen worden.

Nach Beendigung des Krieges kehrte Br. Hartwig gleich nach Böhmen zurück und zwar nach Böhmisches-Rothwasser bei Landskron. Dort war ein kleiner Kreis Erweckter, mit dem er sich nahe verbunden fühlte. Diese nahmen ihn mit Freuden wieder auf, sonst aber fand er vieles verändert. Die Abneigung gegen ihn als Preußen, als einen von der feindlichen Seite, war an manchen Orten sehr spürbar, und so fehlte es zunächst an genügender Arbeit für ihn. Wohl hätte sich im Laufe der Zeit alles wieder geebnet — damit trösteten sich Br. Hartwig wie seine Vorgesetzten in dem Böhmisches-mährischen Komitee und der Unitäts-Direktion.

Aber der Herr hatte andere Arbeit für ihn.

1. Das Anabenwaisenhaus in Böhmisches-Rothwasser.

Infolge des Krieges herrschte an vielen Orten, zumal auch in den Weberdörfern des böhmisch-mährischen Grenzgebietes, der Gegend von Böhmisches-Rothwasser, sehr viel Armut und große Not. Besonders litten die vielen verwaisenen Kinder darunter.

Jedem menschlich fühlenden mußte das Herz wehe tun beim Anblick dieser armen, zerlumpten Kleinen, deren sich niemand, wirklich niemand annahm; sie mußten betteln gehen. Wie gern hätten die lieben erweckten Freunde geholfen, aber sie waren selbst arm; doch redeten und beteten sie mit Br. Hartwig oft im Hinblick auf diesen schweren Nothstand. Endlich aber (es war im Winter 1866 auf 1867) meinte Br. Hartwig, selbst Hand anlegen zu müssen, lag doch gerade ein recht betrübender Fall vor. Ein ganz verwaisener Knabe, der kleine Vinzenz Balcar aus Böhmisches-Rothwasser, trieb sich in traurigstem Zustande im Dorfe herum, von Haus zu Haus bettelnd; seiner nahm sich nun Br. Hartwig an und gab ihn rechtschaffenen Leuten gegen geringes Entgelt in Pflege. Im Frühjahr 1867 ereignete sich ein ähnlicher Fall; da starben schnell nach einander einem Josef Bestar (Beischkar) beide Eltern fort, und er stand ganz verlassen da. Diesmal fand sich auch keine passende Familie, der Br. Hartwig das Kind überlassen konnte, und so nahm er es, elend und voll Ungeziefers wie es war, selbst zu sich. Am 4. Juni 1867 zog dieser erste Waisenknabe zu Br. Hartwig.

Die reformierte Gemeinde, in deren Schulgebäude sich Br. Hartwig eine Stube samt Kammer gemietet hatte, wendete nichts dagegen ein, daß er dieses und noch einige Waisenkinder bei sich aufnähme.

Zu den Kosten der Errichtung eines Waisenhauses, wie sie es jetzt plant, hofften Br. Hartwig und seine lieben einsältigen Freunde vielleicht den König von Preußen ansprechen zu dürfen. Derselbe könnte ja von seiner reichen Kriegsschädigung so seine 4000 bis 6000 Taler dazu schenken. Br. Hartwig schrieb wirklich an den König und bekam auch durch die Gesandtschaft in Wien ein Antwortschreiben, aber natürlich kein Geld.

Ernsthe Einwendungen gegen diesen ganzen Waisenplan erhob aber Br. Hartwigs kirchliche Behörde. Das Böhmisches-mährische Komitee in seiner überwiegenden Mehrzahl fand es nämlich verkehrt, daß Br. Hartwig, dessen Erzieher-Talent in keiner Weise erprobt war, sich dieser neuen Aufgabe unterzog. Diese mußte ihn ja unbedingt von seinem eigentlichen Beruf als Reiseprediger abziehen, denn er konnte doch nun seine Waisenknaben nicht für längere Zeit verlassen; die zur Hilfe angenommene einfache Witwe aus dem Dorfe war eben noch weniger zur Erziehung der Knaben geeignet.

Doch ein Mitglied des Böhmisches-mährischen Komitees, und zwar ein besonders tätiges, Br. Theobald Wunderling, damals Prediger in Gnadenfrei (Preussisch-Schlesien), gab Br. Hartwig darin recht, daß er seine Waisenkinder nicht wieder auf die Gasse schicken dürfe. Da sich auf andere Weise nichts erzielen ließ, so bildete sich, dank Br. Wunderlings Bemühungen, in Gnadenfrei ein eigenes kleines Komitee, welches für Deckung der Kosten dieser kleinen Waisenspflege sorgte. Dieselben waren anfangs sehr gering, denn die Waisenfamilie war gleich ihrem Hansvater äußerst genügsam. Für Kleider und besonders Schuhwerk wurde fast nichts gebraucht, das Essen war aufs allereinfachste eingerichtet. Als Schlafraum der Kinder diente ein alter Stall, zu dem sie über den Hof in allem Wetter gehen mußten; war das Wetter aber gar zu kalt und unfreundlich, so blieben sie in Br. Hartwigs einziger Stube auf dem Boden liegen.

Das Böhmisches-mährische Komitee erklärte sich schließlich auch mit dieser Arbeit einverstanden, wobei jedoch betont wurde, daß es nur ein Privatwerk sei ohne inneren Zusammenhang mit dem eigentlichen Werke der Evangelisation und der Pflege der Erwerbslosen, zu dem allein man anfangs unsere Bräderkirche hier in Böhmen berufen glaubte. Ebenso wurde ernstlich darüber gehalten, daß es nur ganz wenige Kinder sein dürften.

Br. Hartwig hat aber neben seinem Hausvater-Amte noch fortgesetzt und bis heute fleißig in Versammlungen und Besuchen hier und da gearbeitet und sein Waisenhaus wurde je länger desto mehr zum nützlichen Stützpunkte aller Evangelisations- und Gemeinarbeit in jener Gegend.

Festeren Halt bekam diese Waisenspflege, als Br. Hartwig im Frühjahr 1868 in Ludomilla geb. Samek eine tüchtige und energische Frau heimführte. Wunderbar hatte der Herr selbst sie ihm zugeführt. An verschiedenen Orten hatte sich Br. Hartwig umgesehen, aber nirgends eine passende Gehilfin gefunden; da zeigte ihm der Herr im Traum ein Mädchen, das er vor Jahren in Kloster bei Königgrätz gesehen hatte, von dem er aber jetzt nicht einmal wußte, wo es sich befand. Durch Br. Wunderling, den unermüdblichen und sündigen Helfer, wurde es wirklich in Breslau aufgespürt. Freilich hatte Ludomilla zunächst gar keine Neigung zur Heirat und auch keinen Zug zur Bräderkirche, sie wollte Diakonissin werden. Aber Br. Wunderling wußte sie zu überzeugen, daß es so des Herrn Weg mit ihr sei; sie ergab sich in die Verlobung und Aufnahme in die Bräderkirche. Eigentümlich war freilich wie gleich Finden, so auch ihr gegenseitiges Bekanntwerden. Noch ziemlich fremd und ohne sich gleich in einander finden zu können, zogen sie nach der Hochzeit zusammen ab, aber die Folge hat gezeigt, daß diese beiden fernigen Naturen bestens zu einander paßten und sich ergänzten. Die Waisenknaben — damals schon 11 an Zahl — bekamen in Schw. Hartwig eine strenge, aber gute Mutter.

Lange ging es aber nicht in dem Schulgebäude; der Raum war zu klein; seit der Verheiratung war nur gespart ein Wohnraum dazu gekommen, doch gleich der Kammer nicht heizbar. Die eine große Stube diente auch als Raum für die Versammlungen, die Br. Hartwig fleißig hielt und die so stark besucht wurden, daß die Menge einmal den Ofen eindrückte. Da gab es denn öfters kleine Anstände mit der Schulleitung, und deshalb wurde es im Jahr 1870 zur Notwendigkeit, ein eigenes Haus zu kaufen. Der Bauergutsbesitzer Balcar verkaufte sein gut gebautes Wohnhaus mit daran gelegenem Acker für 4500 fl., die auch bald durch Gaben des jetzt schon großen Freundeskreises zusammenkamen.

Mancherlei mußte ja daran noch geändert und eingerichtet werden; endlich im Sommer 1873 aber war alles fertig. Da brach am 17. September desselben Jahres ein Feuer aus, gerade an der Stelle, wo beide Gehöfte zusammentrafen, wohl in Balcars Scheune, und äscherte beide Anwesen ein; von unserm Waisenhanse blieben jedoch die unteren Mauern ziemlich unversehrt stehen. Leider zeigte sich aber bei diesem Brand arge Feindschaft; in ihrer groben Weise wollten einige Feinde am liebsten den Br. Hartwig in die Flammen werfen; er habe das Feuer selbst angelegt und was der verkehrten Neben mehr waren. Und doch war gerade er aufs Tiefste gebeugt und betroffen. Er ebenso wie seine Feinde sahen schon das Ende des Waisenhanse voraus.

Aber so war es nicht bestimmt! Reichlich, fast überreich flossen die Gaben von allen Seiten und viel schöner und größer wurde das Haus aufgebaut, nun nicht wie früher nur einstöckig, sondern mit einem zweiten Stockwerk und kleinem Türmchen.

Damals beherbergte es 14 Waisenkinder. Nur sehr allmählich durfte die kleine Schar wachsen, denn immer noch erschien es manchen bedenklich, ob nicht dem eigentlichen Evangelisationswerke dadurch Gaben und Kräfte entzogen würden. Doch zeigte es sich je länger desto mehr, daß im Gegenteil eben durch die Waisenspflege die teilnehmenden Blicke vieler auf unser böhmisches Werk gezogen wurden, auch gerade solcher, die demselben sonst teilnahmslos gegenüber gestanden hätten.

Heute (im Herbst 1904) herbergt das Waisenhaus in Böhm.-Rothwasser mehr als 40 Knaben in zwei Abteilungen. Noch immer stehen die Hauseltern Hartwig in dieser Arbeit, die jetzt schon manchmal über ihre Kräfte gehen will, sodaß sie wohl bald einer Hilfe oder Ablösung bedürfen. (Am 1. Dezbr. 1904 ist der treue Hausvater ohne jede Krankheit mitten aus seiner Arbeit heraus, fast 74jährig, infolge eines Schlaganfalls heimgerufen worden.)

2. Das Waisenhaus für Mädchen in Pottenstein.

Im Laufe der Jahre wurde auch öfters dringend um Aufnahme von Waisenmädchen in das Rothwasserer Waisenhaus gebeten. Allerdings werden kleine Mädchen eher Familien finden, als Knaben. Doch sind solche Pflegeorte öfters wenig empfehlenswert. Da Mädchen ansehnlicher als Knaben sind, so werden sie häufig zur Versorgung kleiner Kinder und zu sonstigen häuslichen Dienstleistungen benützt, die oft weit über ihre Kräfte gehen. Deshalb erscheint uns Familienwaisenspflege eher für Knaben empfehlenswert als für Mädchen; für letztere sind kleine Waisenhäuser, in denen eingehend familienmäßig erzogen wird, noch nötiger als für die Knaben.

Das erkannten die Leiter des B.-Rothwasserer Waisenhanſes immer mehr, aber unmöglich erſchienen die Errichtung eines Mädchen-Waiſenhanſes wegen der fehlenden Geldmittel; kamen doch manchmal die für Rothwaſſer nötigen Gaben ſammlen.

Neben dem Pottenſteiner Prediger, welcher ſeit Jänner 1882 ſchon für dieſen Zweck einlauſende Gaben ſammelte, war eine Schw. Marie Szatlatnay dafür begeistert. Dieſe Schweiſter ſtammt aus einer böhmischen Predigerfamilie, hatte ſich dann in Herrnhut der Brüderkirche angeſchloſſen und war dort wie in Neuwied als Erzieherin in den dortigen Schweiſterhäuſern tätig geweſen. Dann lebte ſie bei ihren Verwandten in Böhmen. Durch ſie wurde auch ihre Freundin Schw. Helene Hartlaub († 1887 in Herrnhut) dafür gewonnen, und als derſelben nach dem Tode ihres Vaters genügende Geldmittel zuſielen, bot ſie dem Böh.-mähr. Komitee an, für 3 Jahre je 1000 Mark zu zahlen, wenn daſſelbe ein Mädchen-Waiſenhaus errichten wolle. Das wirkte.

Ohnehin ſchaute das Komitee gerade damals hoffnungsfreudiger betreffs der Geldmittel in die Zukunft, da eben in der Pottenſtein-Landskroner Gemeinde ein Weberei- und Verſandgeſchäft errichtet werden ſollte, von deſſen Erträgen man nach ca. 3 Jahren viel erhoffte. Kurz, man ging darauf ein. Zunächſt wurde Dauba als Ort für ins Auge faſſt, da dort im Pfarrhauſe Raum zur Verfügung ſtand. Dem dortigen Prediger erſchien jedoch der Geldbetrag zu gering, um ein ſolches Unternehmen in der Stadt Dauba anzufangen. So überlegte man wegen Pottenſtein. Das Komitee ſtellte aber auch dort die Bedingung, daß die nötigen Räume nur gemietet und nicht gekauft werden dürften.

Wie ſich das nun wunderbar fügte! Wo hätte man in dem armen und ſtockkatholiſchen Pottenſtein etwas Paſſendes finden können! Aber der Herr hatte vorgeſorgt.

Durch allerlei Umſtände darauf geführt, beſonders auch um für das Verſandgeſchäft Raum zu ſchaffen, hatte der Prediger auf eigenes Riſiko das Haus Nr. 6 im Jahr zuvor gekauft. Daſſelbe lag nicht weit vom Pfarrhauſe entfernt an der ins Nachbar Dorf Jamiel führenden Straße. Einige Strich Feld gehörten dazu. Das Verſandgeſchäft wurde aber ſchließlich nicht in Pottenſtein ſondern in Böh.-Rothwaſſer errichtet und ſpäter nach Landskron verlegt. So ſtand das Pottenſteiner Haus faſt ungebraucht da und drohte ein Sorgenſtein des Predigers zu werden.

Da kam dieſe Frage, und nun war's klar, wozu das alles geſchehen war, denn dieſes Haus eignete ſich ſeiner Lage nach wie kein anderes im Orte zu dieſem Zwecke.

Am 26. Mai 1886 zog das erſte Waiſenmädchen ein, die Waiſenmutter, die ledige Schw. Dorothea Koblisch aus Prag, war ſchon 14 Tage früher gekommen. Bei der feierlichen Einweihung am Fuſtage, dem 6. Juli, waren denn ſchon die 4 Mädchen alle eingetroffen, auf welche die Zahl derſelben zunächſt beſchränkt bleiben ſollte. — Jetzt werden in demſelben gewöhnlich 20 Mädchen erzogen.

Schw. Koblisch verheiratete ſich ſpäter mit Br. W. Medacek, dem Gehilfen des Predigers, und beide leiteten dann mehrere Jahre als Hauſelternpaar das Waiſenhaus. Seit Schw. Medaceks Abgang im Jahre 1896 iſt wieder eine ledige „Tante“ als Hausmutter angeſtellt; ſie wird von einigen der Schule entwachſenen Mädchen unterſtützt. Die Aufſicht und Leitung des Hauſes wie auch des Waiſenhanſes in B.-Rothwaſſer liegt ſeit Prediger Schmidts Weggang in den Händen ſeines Nachfolgers, des Predigers Theophilus Reichel.

Schon nach 2 Jahren waren Haus und Grundſtück ſchuldenfreies Eigentum der Brüderkirche; wunderbar hatte der Herr auch darin geholfen. Ja ſo reichlich floſſen die Gaben für beide Waiſenhäuſer, daß jetzt auch der Gehalt der Hauſeltern Hartwig in Böh.-Rothwaſſer daraus gedeckt werden konnte, den früher die Böhmiſche Kaſſe zahlen mußte. So war die Sorge des lieben Br. Hartwig beſchämt, der gegenüber der Errichtung eines zweiten Waiſenhanſes für ſein erſtes bangte.

Immer nötiger erſcheint freilich ein Neubau oder Umbau des Pottenſteiner Waiſenhanſes. Beſonders möchten beſſere Schlafräume beſchafft werden. Von Anfang an wurde darauf zu geſpart, aber noch lange nicht iſt die nötige Summe beizammen.

3. Die Waiſenpflege in Dauba.

Im Jahre 1889 wurde der Prediger Eugen Schmidt, welcher das Mädchen-Waiſenhaus in Pottenſtein angefangen und ſeit 1872 die Aufſicht über das Böh.-Rothwaſſer Haus geführt hatte, nach Dauba verſetzt. Selbſt für die Waiſenpflege als einen wichtigen Zweig unſers böhm.-mähr. Brüderwerkes begeistert, freute er ſich hier in ſeiner neuen Gemeinde Verſtändnis und reges Intereſſe dafür vorzufinden. Auch wurde ſchon damals in einer Familie in Sattai bei Dauba ein Waiſenknaabe gegen ganz geringes Entgelt erzogen. Bald kam ein zweiter in Hühnerwaſſer dazu.

Immer wieder fanden ſich auch deutſche Waiſenkinder, welche untergebracht werden wollten. Tat man ſie aber nach Böh.-Rothwaſſer oder Pottenſtein in ganz böhmische (ſiechtiſche) Gegend und Häuſer, ſo verlernten ſie ihre Mutterſprache ganz, und das erſchien den deutſchen Verwandten und der Heimatſgemeinde nicht erwünſcht. Im Blick auf dieſe Kinder,

ebenso wie im Interesse der Gemeinde, die es lernen muß, im Werke des Herrn selbst mitzuarbeiten, wünschte der Prediger, wie auch das Altesten-Kollegium sehr, ebenfalls in Dauba eine geordnete Waisenspflege unserer Bruderkirche einzurichten. Das Böhm.-mährische Komitee verhielt sich jedoch zunächst ablehnend dagegen. Ebenso stand die Leitung der beiden älteren Waisenhäuser dem Plane etwas bedenklich gegenüber, aus ähnlichen Gründen, wie sie weiland Br. Hartwig gegenüber der Errichtung des Pottensteiner Waisenhauses gefürchtet hatte.

Auf wiederholtes Drängen des Predigers hin wurde ihm aber im Jahre 1895 gestattet, daß er einige wenige Knaben in Familien zur Erziehung auf Kosten unsrer Waisenkasse unterbringen durfte.

Das war ja schon ein Anfang; aber wichtiger erschien es, ein eigenes Waisenhaus und zwar für Mädchen zu erhalten. Dies wurde nun wirklich dadurch möglich, daß bei Gelegenheit der Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums unsers Kaisers von diesem hohen Herrn gerade Errichtung ähnlicher humaner Anstalten gewünscht wurde.

Unsre Bruderkirche durfte da nicht zurückbleiben, und so erhielt Prediger Schmidt die Erlaubnis zum Anfang einer solchen kleinen Waisenanstalt.

Am 2. Dezember 1898, eben diesem Landesfesttage, wurde die Eröffnungsfeier mit drei Waisen-Mädchen gehalten. Die Waisennutter, Witwe Sophie Franz aus Zittau, kam einige Tage früher an. Die ersten 2 Jahre war die kleine Anstalt im Pfarrhause untergebracht. Als sich aber hier der Raum bei wachsender Kinderzahl als unzulänglich erwies, wurde am 16. Juli 1900 ein sehr baufälliges, aber gut gelegenes Haus in der Nähe unsers Pfarrhauses dafür gekauft. Im gleichen Jahre noch wurde es notdürftig hergerichtet und am Jahresfest, am 1. Advent 1900, eingeweiht. Dabei zeigte sich erfreuliche Teilnahme der katholischen Nachbarn, wie auch schon früher bei Gelegenheit des Brandes eines nebenstehenden Hauses, wobei auf wunderbare Weise unser im Bau befindliches Haus bewahrt blieb. Im Jahre 1903 und 1904 wurde weiter allerlei an dem Hause umgebaut, sodaß dies weiland vielleicht am meisten verwahrloste Haus in Dauba zu einem recht freundlichen Heim unsrer jetzt 14 Waisenkinder umgestaltet wurde.

Frau Franz mußte wegen einer im Auslande nicht erhältlichen Altersversorgung im Frühjahr 1902 nach Zittau zurückkehren, andere traten aber an ihre Stelle, jetzt eine ältere Waisennutter, eine Witwe unsrer Gemeinde, und eine jüngere lebige „Tante“.

Noch stehen leider ca. 7000 Kronen Schulden auf unserm Hause, und es wäre sehr zu wünschen, daß es bald gelingen möchte, diese drückende Last abzutragen.

Für das Bestehen des Hauses war es von großer Bedeutung, daß wir als Erfolg jahrelangen Bemühens zunächst für das Daubaer Waisenhaus der Bruderkirche, aber nach ihm auch für unsre beiden andern Häuser eine ansehnliche Unterstützung aus dem böhmischen Landeswaisenfonds erhielten. Gewiß würden wir auch die gleiche Unterstützung erhalten, wenn wir, wie wir hoffen, für unsre jetzt nur in Familien erzogenen deutschen Waisenknaben auch einmal ein eigenes Waisenhaus errichten könnten.

Eine sehr dankenswerte Hilfe erhalten unsre Waisenhäuser auch durch den im Jahre 1900 entstandenen Verein „Waisenhilfe“, welcher sich gerade die Unterstützung unsrer böhmischen, brüderlichen Waisenhäuser zur Aufgabe gesetzt hat.

Fast noch wichtiger aber als diese Unterstützungen war es, daß die General-Synode der Brüder-Unität vom Jahre 1899 als Abschluß der so viel umstrittenen Frage über den Wert der Waisenspflege für unser Böhm.-mähr. Werk folgenden Beschluß faßte: General-Synode spricht aus, daß sie die Waisenspflege als wichtigen Teil unsers Böhm.-mähr. Wertes ansieht.

Ja das ist sie und wird es bleiben unter Gottes Segen, ein wichtiges, von Gott unsrer Bruderkirche anvertrautes Werk!

Der wundeste Punkt unserer gegenwärtigen Außenpflege ist und bleibt die Aufsicht. Der I. D. R. R. beschäftigte sich mit dieser ungemein wichtigen Frage unter dem Titel: „Welche Maßnahmen wären zum Schutze der bei fremden Personen in Pflege stehenden Kinder (Zieh-, Halte- und Kostkinder) einzuleiten und welche Rechte wären den Pflegeeltern in Ansehung dieser Kinder zu gewähren?“ Eine Vorbesprechung dieses Gegenstandes fand auf der Ersten deutschböhmischen Jugendfürsorgekonferenz zu Prag statt; das von ZUDr. Alois Kluge erstattete Referat lautete folgendermaßen:

Vor wenigen Wochen wurde aus Anlaß eines politisch denkwürdigen Tages von höchster Seite im kaiserlichen Kabinett der Ausspruch getan: Es ist eine Freude, jetzt zu leben! Wir Österreicher von der Gilde der Jugendfürsorge, deren Herzen warm für die Kinder des Volkes schlagen, können auf humanitären Gebieten mit gleicher Berechtigung ausrufen, es ist eine Freude, jetzt zu leben! Denn überall in Österreich regt und reißt sich alles, überall tritt das Bestreben zu Tage, lang Versäumtes nachzuholen und den bei fremden Leuten untergebrachten

Kindern die fehlende elterliche Pflege zu ersetzen und den notwendigen Unterhalt zukommen zu lassen.

Eine große Literatur ist über die Frage der Jugendfürsorge in den letzten Jahren entstanden. Die gesetzgeberischen Arbeiten mit Ausnahme des Kinderschutzgesetzes vom 4. September 1896 für das Herzogtum Steiermark haben mit dieser Literatur gleichen Schritt nicht eingehalten, und es kann auch nicht anders sein, weil die Anschauungen in der Literatur selbst noch auseinander gehen und weil doch das für alle Verhältnisse Passende noch nicht endgültig als feststehend anerkannt werden kann. Für den in der Praxis stehenden aufmerksamen Beobachter und Mitarbeiter auf dem Gebiete der Jugendfürsorge steht das Eine fest, daß alle in einer Gemeinde befindlichen, bei fremden Leuten untergebrachten Kinder unter einheitliche Aufsicht zu stellen sind. Wir haben in Österreich mit der Einführung des Elberfelder Armensystems sehr gute Erfahrungen gemacht und kann die Stadt Trautentau mit Stolz darauf hinweisen, daß sie die erste Stadt in Österreich war, welche ihre Armenpflege nach dem Elberfelder System einrichtete. Der Grundgedanke des Elberfelder Armensystems ist die Individualisierung jedes einzelnen Armen, der mündliche und persönliche Verkehr zwischen Armenpfleger einerseits und dem Armen andererseits. Dieser Individualisierung der Armenpflege hat das Elberfelder Armensystem so große Fortschritte, so rasche Anerkennung zu verdanken. Ganz ähnlich, wie es bei diesem Armensystem ist, muß auch die Individualisierung der bei fremden Leuten untergebrachten Kinder zur Durchführung gelangen. Wie wäre dieses bei der Jugendfürsorge zu veranlassen? Die deutschen Städte Danzig, Halle an der Saale, Dresden und Leipzig haben in der Jugendfürsorge am intensivsten eingeleitet; bei uns in Österreich ist ein wesentlicher Fortschritt derzeit noch nicht zu verzeichnen.

Vom Standpunkte der Praxis, auf langjährige Erfahrung mich berufend, ist in jeder Gemeinde oder Vereinigung von Gemeinden zur Ausübung der Aufsicht ein Organ mit dem Namen Gemeindevorstand oder Zentralstelle für Waisenspflege zu schaffen, dem als Unterorgan ein Ziehkindarzt und besoldete Waisenspflegerinnen beizugeben sind. Der Ziehkindarzt hat in seinen wöchentlichen Sprechstunden diejenigen Kinder auf ihren Körperzustand zu untersuchen, welche in die Fürsorge neu aufgenommen werden. Alle halben Jahre sind sämtliche Kinder, welche der Fürsorge unterstehen, dem Ziehkindarzt zur periodischen Untersuchung vorzuführen. Die besoldeten Waisenspflegerinnen haben von jedem in ihrem Bezirke wohnenden Ziehkinde Mitteilung von der Geschäftsstelle für Beaufsichtigung der Kinder durch ein Formular zu erhalten, in welchem der Name, der Geburtstag des Kindes, die Namen und der Wohnort der Pflegeeltern verzeichnet sind. Mit diesem Formulare ist der Auftrag verbunden, binnen acht Tagen über die Wohnung, Beschaffenheit des Gesundheitszustandes des Kindes sowie über die Betten, Wäsche und Nahrung desselben Bericht zu erstatten. Lautet dieser Bericht auf Grund der persönlichen Erfahrung an Ort und Stelle, auf Grund des Berichtes über den Leinwand der Pflegeeltern günstig, so wird den Pflegeeltern die Erlaubnis zum Halten eines Ziehkinde erteilt und denselben eine diesbezügliche Druckförmel eingehändigt.

Bei der Wochenpredstunde des Ziehkindarztes hat die Waisenspflegerin die aus ihrem Bezirke aufweisenden Kinder, welche bis zum 2. Jahre oder wenigstens bis zum ersten Jahre 1stägig gewogen werden sollen, dem Ziehkindarzt vorzustellen und ihm über den Zustand und sonstige wissenswerte Verhältnisse Bericht zu erstatten. Auch die Ziehmütter haben der Untersuchung des Arztes beizuwohnen und die Fragen des Ziehkindarztes nach der Nahrung des Kindes, nach der Art und Weise, wie Milch-, Gries-, Mehl- und Haferluppen bereitet und genommen werden, Antwort zu geben und weitere Anweisungen für die Ernährung des Kindes durchzuführen. Die Waisenspflegerinnen haben die ihnen überwiesenen Kinder alle 3 Wochen wenigstens 1mal zu besuchen und sich zu überzeugen, wie die Kinder genährt, gebettet, gewaschen, gekleidet und in welcher Weise sie behandelt werden, dazu gehört namentlich die Kontrolle über die Sauberkeit der Saugflaschen und Sauger, sowie die Reinhaltung der Geschirre, der Anweisung über die Mischung der Milch mit Wasser und anderen Zutaten und die Aufsicht über die Lüftung der Schlaf- und Wohnräume und das Austragen der Kinder ins Freie. Die Pflegerinnen dürfen sich durch ansteckende Krankheiten nicht abschrecken lassen, das kranke Kind zu besuchen und sind gehalten, durch Wechseln der Kleidung die Übertragung von Krankheiten zu verhüten. Kranken Kindern ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sind die Kinder selbst bei der Wochenvorstellung dem Arzte vorzuführen. Durch diese ständige Beaufsichtigung sammelt die Waisenspflegerin auch Erfahrung, das Nötige zu veranlassen, um einer beginnenden Krankheit im Keime entgegenzutreten. Die praktische Erfahrung wird das Richtige finden, um eine Instruktion für die Waisenspflegerinnen anzuarbeiten und nötigenfalls zu verbessern. Jedenfalls ist durch eine solche Beaufsichtigung für das körperliche Wohl der der Jugendfürsorge unterstehenden Kinder hinreichend gesorgt, und die notwendige Folge wird eine Herabminderung des Sterblichkeitsprozentes der unehelichen und sonstigen Waisenkinder sein.

Verzieht eine Ziehmutter in einen anderen Bezirk, so erfordert diese Übersiedelung eine neuerliche Erhebung über die Eignung der Wohnung und eine neuerliche Bewilligung zum Halten von Kindern.

Sind die bei fremden Leuten untergebrachten Kinder körperlich entwickelt und im Alter des Schulbesuches, hört die regelmäßige Überwachung der Kinder durch die Waisenspflegerinnen

auf und tritt an deren Stelle die Aufsicht der Kinder, besonders in sittlicher und erzieherischer Richtung, durch den Gemeindevorstand und seine bestellten Personen. Die Individualisierung des Oberfelder Systems, der periodische Kontakt zwischen Gemeindevorstand und Pflegling dauert fort, solange es nötig und bis der Pflegling selbsternährungsfähig geworden ist.

Es soll der ehrenamtlichen Tätigkeit der Frauen durch die Anstellung der besoldeten Waisenspflegerinnen keineswegs nahegetreten werden; denn amtliche Aufgabe und freie Liebestätigkeit müssen nebeneinandergehen und sich in der Weise ergänzen, daß amtlicherseits das notwendige, vereinsseitig das darüber hinaus Wünschenswerte geleistet werde. Notwendig ist die gründliche Aufsicht aller bei fremden Leuten untergebrachten Kinder; der Liebestätigkeit bleibt dann noch eine Fülle von Aufgaben übrig, bei denen sich die Frauen segensreich betätigen können. Eine Regelung der Jugendfürsorge ist durch ein Reichsgesetz in die Bahnen zu lenken. Bis jetzt ist weder in Deutschland, noch in Österreich ein solches Reichsgesetz in Geltung, doch ist die Ausarbeitung eines Jugendfürsorgegesetzes für unser Vaterland in Aussicht genommen.

Die Kinderschutzvereine, welche bisher in unserem Kronlande allenthalben in den Bezirken, teils von amtlichen Personen, teils von Privatpersonen gegründet sind, haben sich in den Gemeinden bestens bewährt, Gutes geschaffen und dieser Erfolg ist gewiß nur der Individualisierung der Jugendfürsorge auf jeden einzelnen Fall zu verdanken, was gewiß nicht möglich gewesen wäre, wenn die körperliche und geistige Erziehung der bei fremden Leuten untergebrachten Kinder beim Alten geblieben wäre.

Es wird noch die Frage gestellt: Wo sind die Mittel, um die Jugendfürsorge auf breiter Basis durchzuführen zu können? Auch diese Frage muß gelöst werden; denn des Staates kostbares Gut ist der Mensch. In erster Reihe dürften zur Tragung der Kosten der Jugendfürsorge die Gebärungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen herangezogen werden, und würde es sich empfehlen, dieselben direkt jedem Bezirke, in welchem Bezirks- oder Gemeindevorstände mit den besoldeten Waisenspflegerinnen fungieren, zuzuweisen. Die Verwaltung derselben zieht keine Kosten nach sich, denn nach wie vor wird die administrative Verwaltung der Jugendfürsorge gewiß von den einzelnen Personen ehrenamtlich durchgeführt werden. Weitere Mittel werden seitens des Staates aufgebracht werden müssen, denn die Heranziehung der bei fremden Leuten untergebrachten Kinder zu ordentlichen, gesunden Arbeitern und Bürgern des Staates ist gewiß eine der Hauptaufgaben des Staates selbst. Ein Augenmerk wäre darauf zu legen, daß die Knaben dem Handwerkerstande, die Mädchen der häuslichen Tätigkeit zugeführt werden; nur in den Fällen, wo besondere geistige Begabung vorhanden ist, könnte das Studium eines Knaben ermöglicht werden.

Was die Frage anbelangt: Welche Rechte wären den Pflegeeltern in Ansehung dieser Ziehkinder zu gewähren? so ist darauf zu erwidern, daß diesen Pflegeeltern alle jene Rechte zukommen, welche den Eltern bei der Erziehung der Kinder zustehen. Sie haben auch bei ihrerzeitiger treuen Pflichterfüllung auf regelmäßige Auszahlung der zugesicherten Unterstützungen Anspruch.

Ich habe nur in kurzem die aufgeworfenen Fragen einer Erörterung unterzogen. Die weiteren Beratungen und Vergleiche mit den Erfahrungen anderer Personen werden uns gewiß den Weg zeigen, welcher zum Segen und Heile der hilfsbedürftigen Kinder führt. Daß dieses recht bald stattfinden möge, das wolle Gott.

Für den I. D. R. R. waren zu diesem Gegenstande Gutachten seitens folgender Referenten abgegeben worden:

Dr. Gustav Riether-Wien,
Hofrat Dr. Paul v. Vittorelli-Wien,
Obersanitätsrat Dr. Dvořák-Prag.

Standpunkt der Referenten:

Dr. v. Vittorelli: Wie jedes Pflégschaftsverhältnis, auch bei anscheinend gleichen Voraussetzungen, schon mit Rücksicht auf die Beteiligten verschieden zu beurteilen ist, so wird auch die Frage wegen Übertragung der Vormundschaft oder einzelner natürlicher oder vormundschaftlicher Rechte nie einseitig gelöst, vielmehr immer nur individualisierend behandelt werden können. Den Pflegeeltern weitergehende Rechte einzuräumen, fehlt gegenwärtig die Möglichkeit, es liegt aber hiezu auch kein Grund vor. Was da lege ferenda erstrebt werden soll, ist einzig die gesetzliche Grundlage, die Pflegemutter zur Vormünderin bestellen zu dürfen; im übrigen kann das, was gegebenen Falles im Interesse der Pflegeeltern vorgekehrt werden soll, an der Hand des heutigen Gesetzes geschehen und dies dürfte auch völlig genügen, um allen mit dem Schutzbedürfnisse der Pflegebefohlenen überhaupt vereinbarlichen Wünschen der Pflegeeltern gerecht zu werden.

Dr. Riether: 1. Die Schutzmaßnahmen sind auf alle Fälle der Unterbringung eines Kindes in fremder Pflege bis zum Ende des schulpflichtigen Alters auszu dehnen, wobei unter

„fremder Pflege“ alle Fälle verstanden werden sollen, in denen sich das Kind nicht in der Pflege der eigenen Eltern befindet, ohne Unterschied, ob diese Pflege eine entgeltliche oder unentgeltliche ist;

2. die Abgabe eines Kindes in fremde Pflege, ebenso wie die Übernahme eines fremden Kindes in Pflege ist von einer behördlichen Erlaubnis abhängig zu machen;

3. auf Grund der von den Gemeinden zu führenden Verzeichnisse der Pflegekinder ist eine ständige Überwachung der Pflege und eine periodische ärztliche Untersuchung der Kinder vorzunehmen;

4. ärztliche Hilfe und Medikamente für Pflegekinder sind unentgeltlich beizustellen und der Bezug einwandfreier Kindernahrung ist zu erleichtern;

5. behufs Sicherstellung des Kostgeldes durch Heranziehung der Alimentationspflichtigen sind die Ziehkinderämter, bzw. Waisenträte mit der Generalvormundschaft über die Pflegekinder auszustatten;

6. bei unzulänglicher Pflege ist die Abnahme des Kindes, bei besonders sorgfältiger Pflege aber eine Belohnung der Pflegeeltern zu veranlassen.

Aus der langen Debatte seien aus Böhmen hervorgehoben:

Dr. Dvůrak: Gründliche Reform des Findelwesens, Unzulänglichkeit der Pflegegelder und dadurch Mangel an Pflegeeltern, Reformbedürftigkeit des Vormundschaftswesens, gesetzliche Regelung des Pflegekinderwesens überhaupt.

Dr. Epstein: Schutz des Kindes auch in der eigenen Familie. Maßnahmen zur Sicherstellung des Pflegegeldes.

L.-M.-B. Adamek-Prag: Pflichten der Regierung und der Landtage bezüglich sozial-politischer Arbeit. Überlastung der Länder, Notwendigkeit staatlicher Zuschüsse; ferner

Dr. Fiala-Ried: Keine Konzession zur Haltung von Kindern (entgegen Dr. Riether) Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen hinsichtlich der Alimentation, Schaffung eines Not-fondes zur Bestreitung der Alimentationskosten.

Ergebnis in der Plenarsitzung.

Richtigkeit der von den Referenten vertretenen Anschauungen mit Aus-schluß der Konzessionierung des Haltens von Pflegekindern.

Anstalts- und Familienpflege.

Solange es Waisenanstalten gibt, solange besteht auch die Streitfrage: Anstalts- oder Familienpflege. Wenn man nun auch vorläufig zu dem Kompromisse: Anstalts- und Familienpflege gekommen ist, so ist damit die Angelegenheit noch keineswegs erledigt. Hauptsächlich ist bei der ganzen Sache deswegen kein Ende abzusehen, weil jeder neue Mitarbeiter auf diesem Gebiete, ohne sich um das bereits hundertmal Ausgesprochene oder Widerlegte zu kümmern, wieder von vorne anfängt, wie denn auch eine Menge von Neugründungen nur aus Unkenntnis der Erfahrungen anderer durchgeführt werden, deren unausbleibliche Resultate dann wieder als etwas ganz Neues, Niedagewesenes betrachtet werden. Und doch ist gerade in dieser Sache so wenig mehr zu sagen, was nicht in irgend einem Lande, in irgend einer Form schon gesagt worden wäre. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, diese ganze Streitfrage nochmals breitzutreten, sondern wir stellen das Wichtigste, was für und gegen die beiden Systeme spricht, in einer Übersicht zusammen mit der Bitte, alle Freunde und Förderer des Kinderschutzes mögen ihre darin noch nicht zum Ausdruck gekommenen Erfahrungen zur Verfügung stellen. Diese Übersicht — jährlich vervollständigt und geläutert — soll ständig abgedruckt werden und so beiden Systemen zum Menetekel dienen. So werden wir ganz bestimmt unsere Ansichten selbst klären und auch zur Beseitigung oder wenigstens zur gewissenhaften Beobachtung aller Mißstände beitragen.

Es wird einem späteren Kapitel vorbehalten bleiben, die aus der nachfolgenden Übersicht gewonnenen Resultate entsprechend zu verwerthen.

Familienpflege.

Vorteile:

Keine Baukosten.
 Keine Erhaltungskosten der Gebäude.
 Keine oder unbedeutende Regiekosten.
 Ersatz der Familie.
 Bessere Gemütsausbildung.
 Bessere praktische Ausbildung fürs Leben.
 Bessere Berücksichtigung der Individualität des Zöglings.
 Durchschnittlich billigere Verpflegskosten.
 Der Zögling hat auch nach seinem 14. Lebensjahre oft ein „Daheim“ in der Pflegefamilie.
 Möglichkeit einer Adoption des Kindes.
 Stärkung des Familien sinnes.
 Natürlichkeit der Erziehung und Erhaltung des gesellschaftlichen „Milieus“, dem das Kind entstammt.
 Beschränkte Wirkung des bösen Beispiels.
 Geringere Gefahr geistlicher Verirrungen.

Nachteile:

Schlechtere intellektuelle Ausbildung.
 Schlechtere, oft eigennützige Pflege und Erziehung.
 Möglichkeit einer Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft.
 Mangelhafte Aufsicht.
 Häufiges Versagen bei der Ausbildung, körperlich, geistig und moralisch nicht gesunder Kinder.
 Verhältnismäßig beschränkte Zahl aufopfernder Pflegeeltern.
 Ungenügende Beratung derselben durch Facherzieher.

Anstaltspflege

Vorteile:

Bessere intellektuelle Ausbildung.
 Gediegenere, uneigennütziger Erziehung und Pflege.
 Schonung der kindlichen Arbeitskraft.
 Bessere Aufsicht.
 Gediegenere Ausbildung des körperlich, geistig und moralisch nicht gesunden Kindes in Fachanstalten.

Nachteile:

Bedeutende Kosten der Baulichkeit.
 Große Erhaltungskosten des Baues.
 Große Regiekosten (Personal, Beheizung, Beleuchtung usw.).
 Mangelhafter Ersatz der Familie.
 Schlechtere Gemütsausbildung.
 Schlechtere Ausbildung fürs Leben.
 Schlechtere Berücksichtigung der Individualität des Zöglings.
 Durchschnittlich höhere Verpflegskosten.
 Die Anstalt bietet dem Zöglinge nach dem Austritt kein „Daheim“.
 Unmöglichkeit einer Adoption des Kindes.
 Schwächung des Familien sinnes.
 Plötzliches Hinaufheben von Kindern in ein gesellschaftliches „Milieu“, in dem sie sich später nicht behaupten können.
 Verderbliche Macht des bösen Beispiels.
 Gefahr der Auswüchse des geistlichen Lebens.

Koedukation in Anstalten und Familien.

Man versteht unter Koedukation die gleichzeitige gemeinsame Erziehung beider Geschlechter in Anstalten und Familien, insofern sie nicht Geschwister betrifft. Unseres Wissens ist eine derartige Erziehung in Böhmen außer in der Volksschule in einigen Tagesheimstätten und hie und da in der Privatfamilienpflege eingeführt. Die Erziehung von Knaben und Mädchen in demselben Institute in der Art, daß beide Geschlechter vollständig getrennte Räume bewohnen und auch sonst höchstens in der Kapelle zusammenkommen, wie es in vielen Klosteranstalten der Fall ist, kann man nicht Koedukation nennen.

Wir schalten die Koedukation in der Schule aus und erwähnen, daß man auch in der Waisenpflege mit der Koedukation in manchen Ländern gute Erfahrungen gemacht hat. Auch in Österreich sprechen die praktischen Erfahrungen nach den Berichten Lydias von Wolfring für eine Koedukation, besonders im Familiengruppensystem.

Lydias von Wolfring führt als Stützgründe der Koedukation an, daß bei den Knaben Sitten und Empfinden verfeinert, bei den Mädchen Selbstständigkeit und geistige Anregung gefördert würden; selbst bei verwahrlosten Kindern sei die Koedukation mit Erfolg durchzuführen und nur die anormal Veranlagten seien von der Koedukation auszuschließen; frühzeitige Triebe würden bei normal veranlagten Kindern durch die Koedukation nicht geweckt.

Mit theoretischem Für und Wider kommt man unseres Erachtens der angeregten Sache nicht bei. Es sprechen keinerlei sachlichen Gründe weder für das eine, noch gegen das andere. Es kommt einzig und allein auf die praktischen Erfahrungen an. Entschieden müßte davor gewarnt werden, in größeren Erziehungsgemeinschaften Knaben und Mädchen gleichzeitig zu erziehen. Die Familienverhältnisse, aus denen die bedürftigen Kinder in eine geordnete Pflege übernommen werden, sind oft so bedenkliche, daß die Unbefangenheit und der reine Sinn der Kinder verloren gehen mußten; ein solches Kind bedeutet aber stets eine Gefahr für die übrigen. Wenn es auch die erste Zeit zurückhalten wird, bei ihm passender Gelegenheit wird sein bedauerliches Wissen doch zu Tage treten. Und nichts ist schlimmer zu vermissen in einer Erziehungsanstalt als kindlich reines unbefangenes Gemüt, nichts schwerer wieder auszurotten als vorzeitige sexuelle Anwandlungen in irgend einer Form. Wir erinnern uns eines Falles, wo der Eintritt eines 18jährigen Dienstmädchens in ein Erziehungsheim bei einem 10jährigen Jungen plötzlich derartige Erinnerungen in lebhaftester Weise auslöste; diese plötzlich geweckte Vorstellungsmasse beherrschte das gesamte Wesen des Knaben mit elementarer Gewalt und wäre in einer größeren Anstalt gewiß auch für andere verderblich geworden.

Gegenwärtig machen wir Versuche, wie sich die Koedukation fremder Knaben und Mädchen innerhalb von Pflegefamilien bewährt.

Vorläufig ist die Frage für uns nur deswegen aktuell, weil es scheint, als wollten unsere Bezirke ihre gesamten Waisen in Bezirkswaisenhäusern erziehen; da wird man denn wohl vorläufig bei der alten Anlage der Anstalten (in Quer- oder Längsschnitt geteilt) bleiben müssen.

**Zahl der deutschen Vollwaisen, Halbwaisen und verlassenen Kinder im schulpflichtigen Alter in Böhmen
am 31. Jänner 1902 (nach Aufnahmen des statistischen Landesamtes).**

Schulbezirke	Vollwaisen		Halbwaisen						Verlassene		Zusammen				
	Knaben	Mädchen	Zusam.	mutterlos			vaterlos			Knaben	Mädchen	Zusam.	Knaben	Mädchen	Zus- geamt
				Knaben	Mäd- chen	Zu- sam.	Knaben	Mäd- chen	Zu- sam.						
In sämtl. tschech. Schulbezirken	31	23	54	12	15	27	36	27	63	34	18	52	113	83	196
Misch	17	14	31	2	6	8	34	27	61	8	10	18	61	57	118
Aussig	44	32	76	6	11	17	88	31	119	18	12	30	156	86	242
Bischofsteinitz	25	12	37	6	9	15	36	26	62	13	17	30	80	64	144
Böhm.-Leipa	50	37	87	20	11	31	37	28	65	26	15	41	133	91	224
Braunau	34	30	64	17	10	27	28	24	52	17	14	31	96	78	174
Brüx	25	24	49	12	7	19	26	15	41	16	4	20	79	50	129
Budweis	13	11	24	—	5	5	9	15	24	6	5	11	28	36	64
Dauba	19	16	35	15	10	25	13	16	29	6	5	11	53	47	100
Deutschbrod	8	7	15	5	2	7	8	3	11	9	4	13	30	16	46
Dux	25	15	40	10	8	18	53	30	83	13	6	19	101	59	160
Eger	51	29	80	11	9	20	45	77	122	18	18	36	125	133	258
Falkenau	41	57	98	19	19	38	96	54	150	13	10	23	169	140	309
Friedland	21	24	45	5	3	8	14	13	27	5	4	9	45	44	89
Gabel	17	23	40	7	7	14	36	21	57	10	8	18	70	59	129
Gablonz	65	73	138	20	13	33	63	78	141	13	11	24	161	175	336
Grazitz	29	40	69	31	17	48	68	44	112	19	11	30	147	112	259
Hohenelbe	43	34	77	23	23	46	65	65	130	33	29	62	164	151	315
Joachimsthal	24	22	46	3	6	9	33	31	64	4	9	13	64	68	132
Kaden	44	41	85	8	14	22	31	24	55	11	10	21	94	89	183
Kapitz	54	40	94	16	18	34	102	90	192	33	33	66	205	181	386
Karlsbad	37	53	90	5	14	19	65	77	142	11	12	23	118	156	274

Kattau	12	24	3	6	33	21	54	5	6	11	53	42	95
Romota	46	85	9	19	54	37	91	6	6	12	115	92	207
Rögnitzhof	6	16	6	12	8	9	17	6	8	14	26	33	59
Rosalowitz	6	7	1	3	1	—	1	2	4	6	10	8	18
Rumman	25	45	6	12	28	16	44	9	8	17	68	50	118
Landstern	13	25	6	8	12	8	20	12	4	16	43	26	69
Leitmeritz	63	85	10	19	22	10	32	8	7	15	103	48	151
Leitomischl	21	36	7	16	11	11	22	12	18	30	51	53	104
Luditz	17	34	5	4	25	22	47	9	6	15	56	49	105
Mies	19	34	6	11	17	20	37	8	6	14	50	46	96
Neubaus	27	50	10	17	43	46	89	21	21	42	101	97	198
Plan	30	55	8	14	25	18	43	13	8	21	76	57	133
Poderham	19	43	12	19	25	32	57	5	3	8	61	66	127
Politzsch	2	9	6	6	10	14	24	13	8	21	31	29	60
Prachwitz	31	53	17	32	43	26	69	19	21	40	110	84	194
Reichenberg Land	29	72	11	17	27	21	48	15	6	22	83	76	159
Rumburg	24	54	8	26	66	69	135	16	29	45	114	146	260
Saaz	10	26	4	10	13	11	24	2	5	7	29	38	67
Schlusenan	23	48	17	22	33	30	63	10	11	21	83	71	154
Schützenhofen	16	36	1	9	27	26	53	17	14	31	61	69	130
Seuffenberg	34	71	21	41	79	65	144	39	34	73	173	156	329
Tachau	11	23	11	18	35	29	64	5	5	10	62	53	115
Taus	11	24	—	—	7	4	11	3	—	3	21	17	38
Tepf	15	32	4	6	48	24	72	10	4	14	77	47	124
Tepitz	18	43	5	12	27	29	56	5	6	11	55	67	122
Tesschen	38	75	14	33	87	70	157	14	20	34	153	146	299
Trantenau	63	117	17	41	61	80	141	18	25	43	159	183	342
Wrag	13	17	8	17	48	26	74	4	1	5	73	40	113
Weidenberg	11	19	5	11	15	11	26	1	4	5	32	29	61
Summe	1370	2632	491	958	1916	1601	3517	644	563	1207	4421	3893	8314

4. Bildung und Fortbildung der Jugend.

a) Volksschulen.

In Böhmen bestehen 50 deutsche, 64 tschechische und 17 national geteilte Schulbezirke.

Die Anzahl der deutschen Volksschulen betrug im Jahre 1900 2459; davon waren 2353 öffentliche und 106 private.

Auf je eine öffentliche deutsche Volksschule trafen durchschnittlich 154 Schulkinder; nachdem insgesamt 6.959 vollbeschäftigte Lehrkräfte an öffentlichen deutschen Volksschulen wirkten, entfielen auf eine Lehrkraft durchschnittlich 52 Kinder. Die Zahl der schulpflichtigen deutschen Kinder betrug 1900 377.977.

Von diesen Kindern blieben 1.306 wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen ohne Unterricht!

Nach dem Glaubensbekenntnisse waren:

römisch- oder griechisch-katholisch	360.857
evangelisch A. B.	8.013
H. B.	246
israelitisch	5.745
sonstige	3.116 Kinder.

Allgemeine Schulbesucherleichterungen benützten von 52.907 hiezu berechtigten 9.454, individuelle von 88.240 berechtigten 13.504 Kinder.

Vom Schulgeld ganz befreit waren	36.6%
teilweise befreit	1.0%
nicht befreit	62.4%

Es wurden betteilt 1899/1900

mit Kleidern	11.2%
mit Nahrungsmitteln	4.3%
mit Vermitteln	34.2%
insgesamt	49.7% der schulbesuchenden Kinder.

b) Schulen für die männliche Jugend.

Deutsche Knabenbürgerschulen in Böhmen.

Alt-Ehrenberg	Braunau	Falkenau
Alt-Rohlau	Brüx	Fischern
Asch	Buchau	Friedland
Auscha	Budweis 2	Gabel, D.
Auffig 3	Chodau	Gablonz 2
Bärzingen	Dauba	Georgsvalde
Benjen	Dobruzan	Gießhübel
Bergreichenstein	Dörfel	Görfau
Bilin	Dux	Graslitz
Bischofteinitz	Eger	Grazen
Bodenbach	Eisenstein	Graupen
Böhmisch-Micha	Eulau	Grotttau

Grulich	Marſchendorf	Ruppersdorf
Gaida	Morchenſtern	Saaß
Gaindorf	Neubiſtritz	Schazlar
Gainspach	Neudek	Schlaggenwald
Gayd	Neuern	Schlackenwert
Hohenelbe	Neuſtadt a. T.	Schluckenau
Joachimſtal	Niedergrund B. N. B.	Schmiedeberg
Joſeſtal	Nieder-Rochlitz	Schönbach a. G.
Kaaden	Niemes	Schönlinde
Kamnitz, Böhml.	Nixdorf	Staab
Kaplitſ	Obergeorgental	Steinſchönaue
Karbitz	Oberleutensdorf	Tachau
Karlsbad 2	Oberplan	Tannwald
Kladrau	Oſſegg	Tepl
Kloſtergrab	Peterswald	Teplitz-Schönaue
Kolleſchowitz	Petſchau	Tetſchen
Komotau	Pilſen	Trautenaue
Königsberg a. G.	Plan	Trebnitz (Priv.)
Krakau	Poderſam	Türmitz
Krummaue	Polaun	Wallern
Kufus	Poſtelberg	Warnsdorf
Landſtron	Prag-Altſtadt	Wegſtädtel
Leipa, Böhml.	Preßnitz	Weipert
Leitmeritz	Radonitz	Wernſtadt
Liebenaue	Reichenaue	Wildſtein
Loboſitz	Reichenberg	Winterberg
Luditz	Rokitnitz	Zwickau i. B.
Maffersdorf	Roßbach	
Marienbad	Rumburg	

Landwirthſchaftliche Schulen.

Budweis: Deutſche Ackerbau- und Flachsbereitungſchule.
 Eger: Ackerbauſchule.
 Friedland: Volkereichſchule (für Mädchen).
 Kaaden: Deutſche königliche Landesmitteliſchule.
 Leipa: Ackerbauſchule.
 Leitmeritz: Ackerbau-, Obſt- und Weinbauſchule.
 Tetſchen-Liebwerd: Deutſche königliche böhmische Landwirthſchaftliche Akademie.
 Trautenaue: Ackerbau- und Flachsbauiſchule.
 Troja: Pomologiſches Landesinſtitut.

Landwirthſchaftliche Winterſchulen.

Friedland	Reichenberg	Schluckenau
Großdorf bei Braunaue	Saaß	Staab
Kaaden		

Landwirthſchaftliche Fortbildungſchulen.

Biſchofteinitz	Dehlau	Deutſch-Gabel
Böhmisch-Rahn	Deutſch-Biela	Deutſch-Molken
Böhmisch-Poſtau	Deutſch-Beneſchau	Dlaſchkowitz

Dörsndorf	Littnitz	Schildern
Glashütten	Loboitz	Schweß
Grafengrün	Lufawetz	Sebussein
Haslau	Mertendorf	Tschachwitz
Hermannstal b. Reichenbg.	Niederreut	Tschernoschin
Karbitz	Rehorn	Tschernowitz
Königswald	Reischdorf (Nieder- und	Wildstein
Lichtenstein	Ober-)	Woken
Liebotitz	Riegerischlag	

Forstwirtschaftliche Schulen.

Budweis: Deutsche Forstschule.

Eger: Waldbauschule.

Reichstadt: Höhere Forstlehranstalt.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Albrechtsdorf	Haindorf	Niemes
Alt-Ehrenberg	Hohenelbe	Oberaltstadt
Arnau	Hohenfurt	Oßegg
Bärzingen	Joachimstal	Paraschnitz
Benjen	Josfstal bei Gablonz	Peterswald
Bilin	Jungbuch	Pilnikau
Bischofteinitz	Kaaden	Plan
Bodenbach	Karbitz	Poderjam
Böhm.-Ramnitz	Kaplitz	Postelberg
Böhm.-Leipa	Katharinenberg	Preßnitz
Brandau	Klostergrab	Prachatz
Bruch	Klösterle	Radonitz
Brüx	Kolleschowitz	Raspenau
Buchau	Komotau	Reichenau
Budweis	Königswart	Reichenberg
Chiesch	Krakau	Röchlitz
Chodau	Kreibitz	Ronsperg
Chotieschau	Kriegern	Rudig
Dauba	Krummrau	Rumburg
Deutsch-Gabel	Kufan	Schaglar
Dobrzan	Ladowitz	Schlackenwert
Duppau	Landsfron	Schmiedeberg
Dux	Liebenau	Schönaue bei Schlackenau
Eichwald	Lobendau	Schönbach bei Eger
Eisenstein	Luditz	Schönlinde
Elbogen	Lauterbach	Schönwald
Eulau	Maffersdorf	Seestadt
Falkenau a. Eger	Marienbad	Sonnenberg
Falkenau-Gillemühl	Mariafchein	Staab
Gablonz	Marischendorf I.	Tachau
Georgswalde	Marischendorf IV.	Tannwald
Görfau	Mies	Tepl
Graslitz	Morchenstern	Teplitz
Grottau	Neubistritz	Tiefenbach
Haida	Neudek	Trautenau

Trebnitz
Turnitz
Turn
Tuschkau

Unter-Polaun
Warnsdorf
Weipert
Wernstadt

Wiesental bei Gablonz
Winterberg
Zwickau

Fachschulen.

Holzindustrie.

Bergreichenstein: f. f. Fachschule für Holzindustrie
Bleistadt: f. f. Fachschule für Korbflechterei.
Grulich: f. f. Fachschule für Holzbearbeitung.
Königsberg a. Eger: f. f. Fachschule für Tischlerei.
Tachau: f. f. Fachschule für Drechslerei.
Wallern: f. f. Fachschule für Holzbearbeitung.

Elektrotechnik.

Komotau: f. f. Fachschule für Maschinengewerbe und Elektrotechnik.
Teplitz: Städtisches Elektrotechnikum.

Metallindustrie.

Rixdorf: f. f. Fachschule für Metallindustrie.

Keramik, Malergewerbe, Zeichnen.

Glasindustrie, Gürtlerei.

Teplitz: f. f. Fachschule für Keramik und verwandte Kunstgewerbe.
Oberleutensdorf: f. f. fachliche Modellierschule für Keramik und verwandte Gewerbe.
Haida: f. f. Fachschule für Glasindustrie.
Jalkenau a. B. N. B.: fachliche gewerbliche Fortbildungsschule.
Steinschönau: f. f. kunstgewerbliche Fachschule für Glasindustrie.
Gablonz: f. f. kunstgewerbliche Fachschule.
Reichenau: Filiale der Gablonzer f. f. Fachschule.

Textilindustrie:

Nisch: f. f. Lehranstalt für Textilindustrie.
Hohenelbe: f. f. Fachschule für Weberei.
Landskron: dto.
Neubistritz: dto.
Reichenberg: dto.
Rochlitz: dto.
Rumburg: dto.
Schluckenau: dto.
Schönlinde: f. f. Fachschule für Wirkerei.
Starkstadt: dto.
Warnsdorf: dto.

Fortbildungsschulen für Weberei in:

Nisch

Krakau

Parischnitz

Zwickau

Stickerei, Spitzenindustrie, Posamenten.

Grasliß: k. k. Fachschule für Hand- und Maschinensstickerei.

Weipert: Fachliche Fortbildungsschule für Posamentierer.

Musikinstrumentenerzeugung.

Grasliß: k. k. Fachschule für Musikinstrumentenerzeugung.

Schönbach: dto.

Besondere Schulen und Kurse.

Tetschen: Schifferschule.

Prag: Erste öffentliche Braufachschule.

Brennereischule.

k. u. k. Infanterie-Kadettenschule mit Abteilung für Train.

Bau- und mechanische Gewerbe.

Tetschen: k. k. Staatshandwerkerschule.

Pilsen: k. k. Staatsgewerbeschule.

Prag: k. k. Staatsgewerbeschule; k. k. Kunstgewerbeschule.

Reichenberg: k. k. Staatsgewerbeschule.

Kaufmännische Fortbildungsschulen.

Aussig

Bilin

Bodenbach

Brüx

Budweis

Dux

Falkenau a. G.

Gablonz

Grasliß

Raaden

Karlsbad

Komotau

Leitmeritz

Pilsen

Prag

Reichenberg

Rumburg

Teplitz

Tetschen

Trautenau

Warnsdorf

Weipert

Winterberg

Handelschulen.

Aussig: Handelsakademie.

Brüx: Öffentliche Kommunalhandelschule.

Budweis: Öffentliche deutsche Kommunalhandelschule.

Gablonz: Handelsakademie.

Pilsen: Handelsakademie.

Prag: Handelsakademie.

Reichenberg: Handelsakademie.

Reichenberg: Zweiklassige Handelsschule.

Teplitz: Kommunal-Handelslehranstalt.

Warnsdorf: Städtische Handelsschule.

Musikschulen.

Petschau: k. k. behördlich konzessionierte Musikschule.

Preßnitz: Öffentliche städtische Musikschule.

Prag: Konservatorium der Musik.

Lehrerbildungsanstalten.

Budweis

Eger

Komotau

Leitmeritz

Mies

Prag

Reichenberg

Trautenau

Gymnasien in Böhmen.

1. Arnau	10. Krummrau	19. Prag—II. Stephans-
2. Auffsig	11. Landskron	gasse
3. Braunau	12. Leipa	20. Prag—III.
4. Brüx	13. Leitmeritz	21. Reichenberg
5. Budweis	14. Mies	22. Rumburg
6. Eger	15. Pilsen	23. Saaz
7. Raaden	16. Prachaticz	24. Smichow
8. Karlsbad (städtisch)	17. Prag—I.	25. Teplitz
9. Komotau (städtisch)	18. Prag—II. Graben	26. Weinberge

Realgymnasien.

Gablonz — Tetschen

Realschulen.

Budweis	Leitmeritz	Prag—III.
Eger	Pilsen	Reichenberg
Elbogen	Plan	Teplitz
Karolinental	Prag—II. Nikolanderg.	Trautenau
Leipa, Böhmisches	Prag—II. Heinrichsgasse	Warnsdorf

Hochschulen.

Prag: k. k. Universität.

k. k. technische Hochschule.

Příbram: k. k. Bergakademie.

Tetschen-Liebwerd: Königliche böhmische Landwirtschaftliche Akademie.

c) Schulen für die weibliche Jugend.

Deutsche Mädchenbürgerschulen in Böhmen.

Alt-Chrenberg	Elbogen	Königsberg
Alt-Rohlau	Falkenau a. d. E.	Krakau
Arnau	Friedland	Krummrau
Asch	Fischern	Landskron
Auffsig 3	Gabel	Leipa, Böhm.=
Benfen	Gablonz 2	Leitmeritz
Bergreichenstein	Georgswalde	Liebenau
Bischofsteinitz	Graslitz	Lobositz
Bilin	Grottan	Luditz
Bodenbach	Grulich	Maffersdorf
Braunau	Haida	Marienbad
Brüx	Hainzspach	Mies
Budweis 2	Hohenelbe	Morchenstern
Chodau	Joachimsthal	Neubistritz
Dauba	Raaden	Neudorf
Dobrujan	Ramnitz, Böhm.=	Neustadt
Dux	Karlsbad	Niedergrund
Eger	Komotau	Nieder-Rochlitz

Niemes	Reichenau	Tachau
Nixdorf	Reichenberg	Tannwald
Oberleutensdorf	Rumburg	Tepl
Pilsen	Saaz	Tepliz
Plan	Schazlar	Teichen
Poderjam	Schlaggenwald	Trautenau
Postelberg	Schluckenau	Türmitz
Prachatic	Schönbach a. G.	Warnsdorf
Prag-Altstadt	Schönlinde	Weinberge (Priv.)
Prag, k. k. Übg. B. Sch.	Smichow	Weipert
Prag-Karolinental	Staab	Winterberg
Preßnitz	Steinschönau	Zwiczau

Mädchenfortbildungsschulen.

Arnau	Neudorf (für Spitzen- klöppelei)
Brüx	Rumburg
Komotau	Saaz
Leitmeritz	Warnsdorf
Mies	

Fachschulen für Mädchen.

Gossengrün: K. k. Fachschule für Spitzenindustrie.
 Grasslitz: K. k. Fachschule für Hand- und Maschinenstickerei.
 Prag: K. k. Kunstgewerbeschule: Damenkurse für Zeichnen und Malen;
 k. k. Kunstgewerbeschule: Spezialschule für Kunststickerei.
 Schulen des deutschen Frauenerwerbvereins. Kurse für: Handnähen,
 Maschinennähen, Stopfen, Flicker, Zuschneiden, Schlingen Weißsticken.
 Steinschönau: Zeichenkurs für Mädchen an der k. k. Fachschule für Glas-
 industrie.
 Teplitz: Zeichen- und Malkurs für Mädchen an der k. k. Fachschule für
 Keramik.

Handelschulen für Mädchen.

Aussig: Handelskurs für Mädchen an der Handelsakademie.
 Brüx: Zweiklassige Handelsschule für Mädchen. Einjähriger Handelsfachkurs
 für Mädchen.
 Budweis: Kaufmännischer Fachkurs für Mädchen an der deutschen Privat-
 Mädchenfortbildungsschule.
 Gablonz: Einjähriger Handelsfachkurs für Mädchen an der städt. Handels-
 akademie.
 Pilsen: Handelskurs für Mädchen an der deutschen Handelsakademie.
 Prag: Handelsschule des Frauenerwerbvereins mit dem Kurs für Kinder-
 gärtnerinnen fürs Haus.
 Teplitz: Mädchenabteilung an der Teplitzer Kommunalhandelslehranstalt.
 Warnsdorf: Einjähriger Handelskurs für Mädchen an der städt. Handels-
 schule.

Wirtschaftsschulen.

Budweis: Haushaltungsschule.
 Friedland: Haushaltungsschule und Molkerei.
 Trebnitz: Deutsche Wirtschaftsschule.

Höhere Mädchenschulen.

Aussig: Höhere Töchter Schule.
 Budweis: Deutsches Mädchenlyzeum.
 Eger: Höhere Mädchenschule.
 Karlsbad: Höhere Mädchenschule.
 Pilsen: Höhere deutsche Mädchenschule.
 Prag: Deutsches Mädchenlyzeum mit gymnasialer Abteilung.
 Reichenberg: Höhere Mädchenschule.

Lehrerinnenbildungsanstalten.

Aussig: Privatanstalt.
 Budweis: Privatanstalt.
 Eger: Privatanstalt.
 Leitmeritz: Privatanstalt.
 Prag: R. k. Lehrerinnenbildungsanstalt mit Bildungskurs für Handarbeits-
 Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen.

Musikschulen.

Petřchau: R. k. behördlich konzeffionierte Musikschule.
 Preßnitz: Öffentliche städtische Musikschule.
 Prag: Konservatorium der Musik.

Krankenpflege.

Lehrkurs veranstaltet von den Zweigvereinen des Frauenhilfsvereins
 vom Roten Kreuze in
 Prag (II., Korngasse)
 Reichenberg (Wienerstraße 29).
 Hebammenkurs in Prag (jährlich ein Monatskurs an der kgl. böhm.
 Gebäranstalt).
 Deutsche Hebammenschule geplant!

d) Knabenhandarbeit.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Knabenhandarbeit seitens der Lehrerschaft in Deutschland auf einem Lehrertage scharfe Ablehnung gefunden hat. Aber gerade das Gegenteil in der Entwicklung des Handarbeitsunterrichtes ist eingetreten. Ein ganz ungeahnter Aufschwung war der Knabenhandarbeit beschieden, man würdigte ihre Bedeutung für die Heilerziehung, ihre soziale und pädagogische Bedeutung überhaupt, man verband sie mit dem Schulunterricht, man stellte sie in den Dienst des naturwissenschaftlichen Unterrichtes an höheren Schulen, man wurde ihr in gesetzlichen Bestimmungen gerecht in Schweden, Frankreich, England, Japan, Nordamerika usw.

Die Tätigkeit der österreichischen Vereine und Freunde zur Förderung der Knabenhandarbeit ist eine sehr befriedigende und die österreichischen Kongresse für Knabenhandarbeit sind von bestem Einflusse auf die richtige Weiterentwicklung des Handarbeitsunterrichtes. Auch in Böhmen gibt es eifrige Förderer dieser Bewegung unter der Lehrerschaft, wenn sie sich auch noch nicht

zu einer vollständigen Organisation zusammengeschlossen haben. Ein zukünftiger Artikel wird den Stand der Knabenhandarbeit in Böhmen ausführlich zur Darstellung bringen.

5. Hilfseinrichtungen für die bedürftige Schuljugend.

a) Hilfseinrichtungen für die vorschulpflichtige Jugend.

Hiezu gehören außer speziellen Einrichtungen für die Säuglingspflege die Krippen, Kleinkinderbewahranstalten und Kindergärten.

Bei dem Kapitel Säuglingspflege wurde bereits der Notwendigkeit gedacht, auch über diese Anstalten eine zweckentsprechende Übersicht zu bieten. Wiederum muß es einem zukünftigen Artikel vorbehalten bleiben, diese Wohlfahrtseinrichtungen auf ihren gegenwärtigen Stand, ihre Notwendigkeit und ihre Ausgestaltungsfähigkeit zu untersuchen.

b) Tagesheimstätten.

Dieselbe Wichtigkeit, die Krippen und Kleinkinderbewahranstalten für die vorschulpflichtige Jugend besitzen, haben die Tagesheimstätten für die schulbesuchende Jugend. Man muß nur in die Wirtschafts- und Wohnungsverhältnisse unserer ärmeren Bevölkerung etwas Einblick haben, um den Segen eines Tagesheims für Kinder einzusehen.

In vielen Familien müssen Vater und Mutter frühzeitig, lange vor Schulbeginn, in die Arbeit. Die Kinder werden in der Wohnung entweder sich selbst überlassen, oder aber die Wohnung abgesperrt, die Kinder der Straße preisgegeben. Oft gibt es weder ein warmes Frühstück, noch ein warmes Mittagsbrot für die Kinder. Die schulfreien Stunden verbringen solche Kinder nicht selten auch bei dem schlechtesten Wetter auf der Straße, da sie vor dem Abende niemanden zu Hause finden. Noch trauriger wird die Sache, wenn die Schule vom Wohnorte weit entfernt ist, die Kinder kein Mittagsbrot finden und höchstens aus Mitleid in der Schulklasse bis zum Nachmittagsunterricht zurückbleiben dürfen. Es ist überflüssig auf die Schäden eines solchen Lebens in gesundheitlicher und moralischer Beziehung hinzuweisen.

Die Tagesheimstätte bezweckt, derartigen Kindern in den schulfreien Stunden einen angenehmen Aufenthaltsort zu bieten, wo sie nicht nur ihre Schulaufgaben zu machen haben, sondern auch Verköstigung, Beschäftigung, Unterhaltung finden. Das Heim wird den Eltern nur in den dringendsten Fällen kostenlos zur Verfügung gestellt, sonst zahlen sie eine tägliche Verpflegungsgebühr, welche im allgemeinen zwischen 20 und 30 Hellern schwankt; je billiger, desto besser.

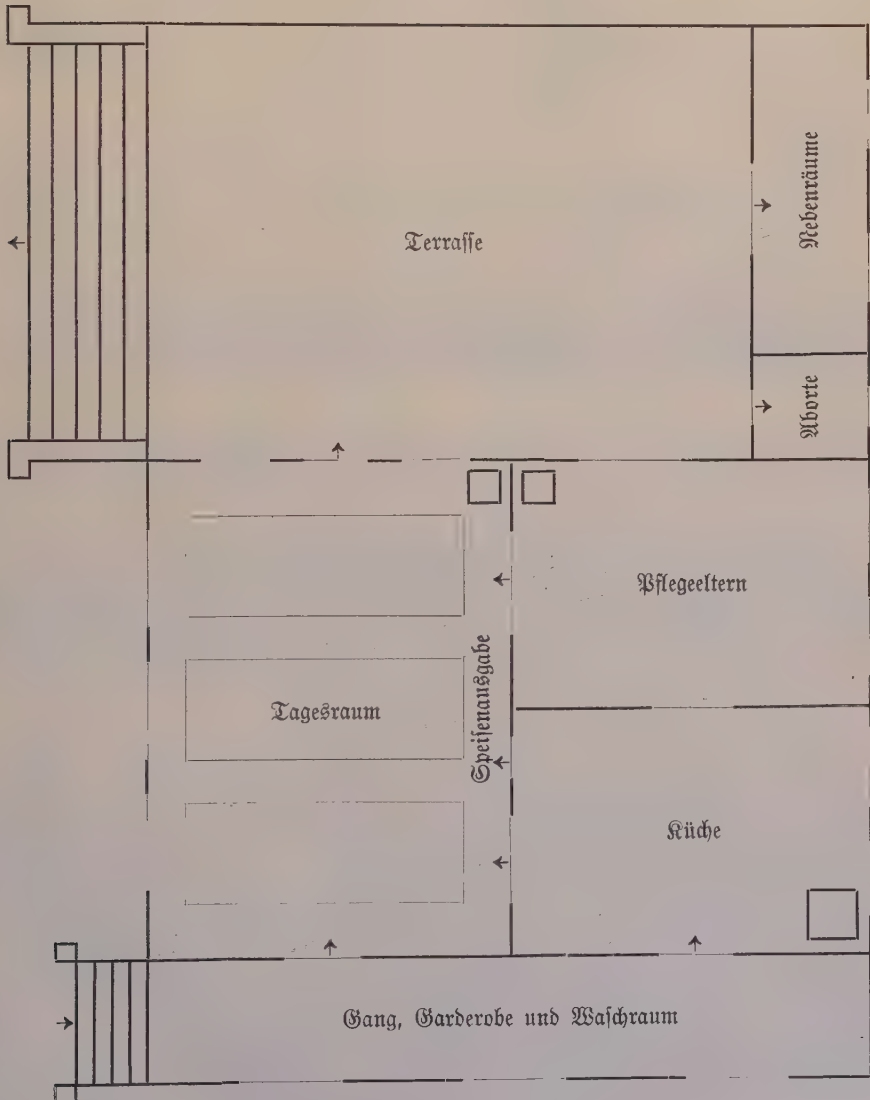
Ob nun die Tagesheimstätte mit der Schule in unmittelbarer Verbindung steht oder nicht, in jedem Falle ist eine leitende Person in der Tagesheimstätte unerlässlich. Am besten eine pädagogisch gebildete; es tut's aber auch eine sonst verlässliche Pflegefamilie.

Bei Neuerrichtung von Tagesheimstätten empfiehlt es sich auf folgendes Rücksicht zu nehmen. Unbedingt nötig ist ein großer Platz für Spiel und

Arbeit im Freien, womöglich Gelegenheit zur Blumenpflege und Gemüsebau; für das schlechte Wetter eine offene, oben gedeckte Veranda und ein großer Tagesraum; überdies eine Küche und ein Wohnraum für die Pflegeeltern. Als Pflegeeltern wären tüchtige Handwerkerfamilien anzustellen, welche natürlich ihr Handwerk weiterbetreiben und für die Leitung der Tagesheimstätte freie Wohnung und Verköstigung erhalten. Sämtliche Zahlungen gehen durch die Stadt- oder Gemeindevertretung oder den Vereinsvorstand, welcher das Heim verwaltet und die Aufnahme von Kindern verfügt.

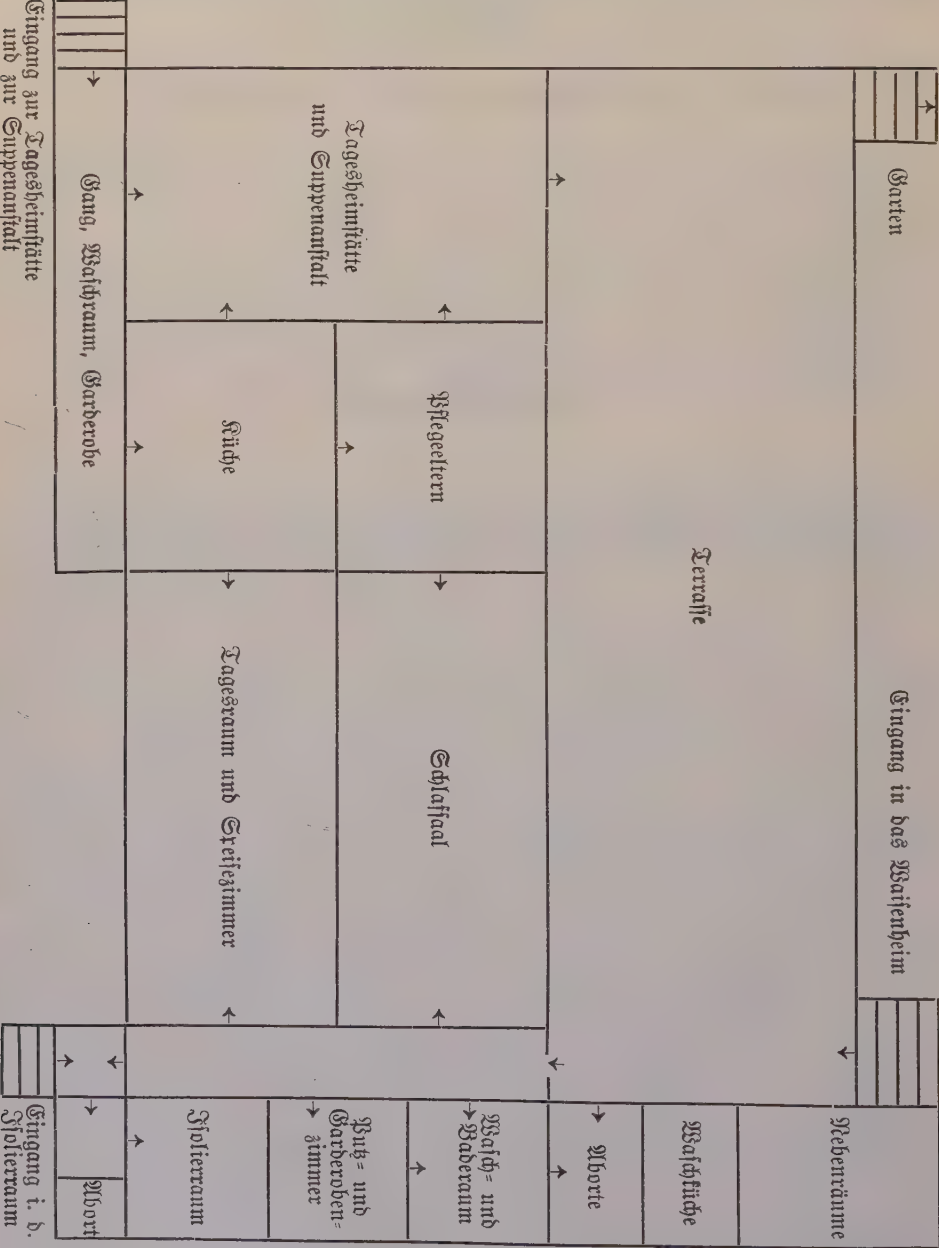
Es entsteht im allgemeinen folgende Raumverteilung:

Tagesheimstätte.



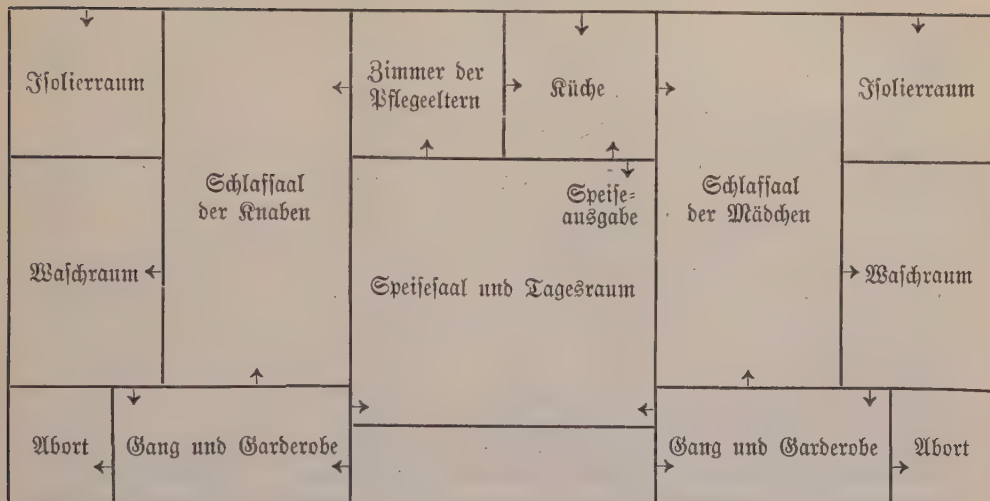
Bei gleichzeitiger Verbindung mit einem ständigen Waisenheim ergibt sich folgende Anordnung.

Tagesheimstätte in Verbindung mit Waisenheim
und Suppenanstalt.



Plan einer größeren Tagesheimstätte

für 50—60 Kinder (Knaben und Mädchen).



Bei den voranstehenden Skizzen wurde auch auf die gleichzeitige Verwendung der Tagesheimstätten als Suppenanstalten Rücksicht genommen. Die Ausführung ist im Halbgeschoß und ebenerdig möglich.

Wegen des Ausmaßes der Räume können keine bestimmten Angaben beigelegt werden, nachdem sich dieselben nach den zur Verfügung stehenden Mitteln richten.

In neuen, großangelegten Anstalten rechnet man für die Arbeits- und Schlafräume durchschnittlich für ein Kind 10—12—18 m³ Raum und 3—6 m² Fläche. Es empfiehlt sich die Räume etwa 4 m hoch zu bauen. Für 24—30 Kinder stellen sich die Raumerfordernisse in Tagesraum und Schlafsälen auf etwa 12 m Länge und 6 m Breite; darnach richten sich die übrigen Räume.

c) Suppenanstalten.

Unter diesem Namen faßt man die Einrichtungen zur Verabreichung einer einfachen Mittagsmahlzeit oder auch anderer Mahlzeiten an bedürftige Kinder zusammen. Die Anregung zur Errichtung von Suppenanstalten ging meistens von Schulen und Lehrern aus. Die nötigen Kosten werden durch Sammlungen, aus Gemeindemitteln oder durch eigene Vereine und Hilfskomitees aufgebracht. Auch staatliche Unterstützungen werden in den letzten Jahren durch die k. k. Statthalterei zu diesem Zwecke erteilt. Die Schutzvereine, insbesondere der Bund der Deutschen in Böhmen haben den Suppenanstalten lebhafteste Förderung angedeihen lassen; der letztgenannte Schutzverein verausgabte jährlich über 1000 Kronen für Suppenanstalten. Die Kosten stellen sich nach den Preisverhältnissen der betreffenden Gegenden verschieden hoch, sind aber im allgemeinen unbedeutend. Wir schließen im folgenden einige Voranschläge über die Erhaltung von Suppenanstalten an.

Kosten und Dauer von Suppenanstalten.

	Dauer der Suppenanstalt	Anzahl der Kinder	Preis einer Suppe in Hellern	Gesamtkosten K
B.-Petersdorf	1./1. — 31./3.	70	4	140
Deschenitz	1./12. — 31./3.	40	10	450
Deschney	15./12. — 15./3.	130	5	300
D.-Giezhübl	11./11. — 15./3.	90	3 $\frac{1}{2}$	250
Wichstahl	1./1. — 31./3.	25	4	55
Olaschkowitz	15./12. — 15./2.	70	10	261
Drajschen	1./12. — 28./2.	25	8	120
Glöckelberg	1./1. — 15./3.	180	6	200
Hartmanitz	1./11. — 1./3.	110	5	350
Röstelwald	15./11. — 15./4.	139	3	300
Mühlberg	1./12. — 15./3.	24	5—7	50—70
Nieder-Heidisch	1./1. — 31./3.	40	8·66	207
Sofiental	1./12. — 15./3.	90	6	300
Stecken	3./11. — 31./3.	40	8	220

In der obenstehenden Übersicht sind Orte aus den verschiedensten Teilen Böhmens aus mehreren Hunderten von Katasterblättern ausgewählt worden. Kosten und Betrieb der übrigen Suppenanstalten bewegen sich innerhalb der obigen Grenzen.

Die billigen Betriebskosten und die große Wohltat, die der armen Kinderwelt und deren Eltern erwiesen wird, sollten die öffentliche Suppenanstalt zu einer allgemeinen Wohlfahrts Einrichtung auch des ärmsten Dorfes machen.

Für die Aufnahme in die Suppenanstalt oder Kindervolksschule gelten folgende Grundsätze:

1. Kein Kind darf aufgenommen werden, ohne daß man die Verhältnisse des Elternhauses genau kennt.
2. Kein Kind, das zu Hause Mittagskost findet und ohne Unterstützung genügend ernährt werden kann, darf aufgenommen werden, denn jedes derartige Kind nimmt bedürftigeren den Platz weg.
3. Bei großer Not gebe man Freikarten, schnell, gerne und reichlich.
4. Freikarten erhalten Kinder nur: bei Krankheit des Vaters oder der Mutter, falls dadurch Notstand hervorgerufen wurde; bei Arbeitslosigkeit der Ernährer; bei wirtschaftlichen Krisen in der Familie; falls in der Familie mittags nicht gekocht werden kann mangels Not der Ernährer.
5. Außerhalb der Anstalt werden Speisen nur gegen volle Bezahlung und Lösung von Karten abgegeben.

d) Weihnachtsbescherungen.

Auch diese Veranstaltungen gehören, man möchte sagen „leider“, mit in den Rahmen der Jugendfürsorge. Die Zeiten, wo ein einfaches Christbäumchen mit ein paar billigen Stückchen Zuckerwerk und sonstige Kleinigkeiten auch in sonst wohlbestelltesten Familien vollständig genügten, um Fröhlichkeit und Glück zu erzeugen, sind wohl dahin. Heutzutage tut's nicht mehr der Sinn, der den Gaben innewohnt, sondern der Wert und die Menge. Und wie verleidet wird einem erst ein solches Christfest für die Armen, wenn dazu nationaler Schacher-

geist und unverschämte Begehrlichkeit treten. Viel Schuld daran tragen jene, die eine benachbarte Veranstaltung stets durch ein Mehr zu übertrumpfen suchten und so die Anmaßung großzogen. Und wieviel Unwürdige drängen sich dabei in die Reihen der wirklich Bedürftigen! Vor allem sollten wir auf Abschaffung der öffentlichen Schaustellungen bei derartigen Festen dringen. Das Weihnachtsfest sollte das ureigenste Familienfest sein. Wieder sollte die Rechte nicht wissen, was die Linke tut.

Es ist kein richtiger Vorgang, wenn die Kinder zur Überzeugung geführt werden: meine Eltern können mir das und jenes nicht bieten; aber aus diesem und jenem Grunde bekommen wir es von einem Vereine. Viel Zartgefühl bei Eltern und Kindern wird durch diese öffentlichen Beschenkungen vernichtet. Besser, man sendet den Eltern oder Pflegeeltern die Gaben oder eventuell das bare Geld und läßt sie selbst ihr Weihnachtsfest besorgen; auch bei Waisenkindern, die in Pflege stehen. Sind die Pflegeeltern sonst verläßlich, so sind sie es auch in dieser Hinsicht und im gegenteiligen Falle sollten sie überhaupt keine Pflegeeltern sein.

Alles, was darnach angetan ist, den Familiensinn zu schädigen oder zu zerstören, sollte mit allem Ernste bekämpft werden. Die öffentliche Weihnachtsbescherung ist eine derartige Erscheinung. Die Verhältnisse der Familie werden da bloßgestellt und Leuten Einblick gewährt, die nicht immer dazu berufen sind.

Weiters sollte man eine strenge Auswahl unter den zu unterstützenden Eltern oder Kindern treffen. Armut allein ist nicht immer ein genügender Grund für die Notwendigkeit einer Unterstützung. Wir berühren damit das Gebiet der Armenpflege und das Armenunterstützungsweise überhaupt, das aber außerhalb des Rahmens unseres Jahrbuches liegt. Wir schließen diese Betrachtung mit dem auch für die Weihnachtsbescherungen gültigen Merks-
b latte für Unterstützungen.

1. Gib nie über das dringend Gebotene hinaus.
2. Verschaffe dir vorher genaue Kenntnis über den ganzen Zustand des Bedürftigen.
3. Fürsorge für die Seele ist die Seele der Fürsorge.
4. Besser Arbeit denn Geld.
5. Suche vor allem der Armut vorzubeugen.
6. Wenn die gebotene Unterstützung nichts nützt, dann schadet sie.
7. Unterstütze keinen Haus- oder Straßenbettel, insbesondere keinen Kinderbettel, ohne von unbedingter Notwendigkeit der Unterstützung überzeugt zu sein; gib auch nicht, ohne daß du die Wahrheit der Erzählung von Bettlern geprüft hast.
8. Wenn du mißtraust, dann gib nicht.
9. Suche die Scheu vor der Annahme von Unterstützungen seitens des Bedürftigen zu erhalten.
10. Sei ein verschwiegener, aufrichtiger, hilfsbereiter Armenfreund.

e) Studienunterstützungen.

Es ist allgemein erkannt und wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß unser gesamtes Stiftungsweisen einer Reform dringend bedürftig ist. Es wurde auf den Anachronismus bei der Verwaltung von Stiftungen aus anno dazumal hingewiesen, auf die Unfruchtbarkeit so vieler Stiftungen usw. usw. Freilich wird man sich im allgemeinen mit dieser Reform aus naheliegenden

Gründen nicht sonderlich beeilen. Sicher könnte aber aus einer zeitgemäßen Umwandlung verschiedener Stiftungen der Armenpflege ganz bedeutend aufgeholfen werden. Bei der gewaltigen Menge von Stiftungen aller Art, ja selbst von Studienstiftungen allein, ist es uns selbstverständlich unmöglich, über diesen Gegenstand ausführlich zu werden. Wir verweisen diesbezüglich auf das von der k. k. Statthalterei herausgegebene Werk „Studienstiftungen“. Ein nächster Jahrgang unseres Jahrbuches soll eine Darstellung des Studienstiftungswesens enthalten u. zw. sollen in dieser Zusammenstellung alle der deutschen Jugend Böhmens zugänglichen Stiftungen und Begünstigungen übersichtlich angeführt werden. Zu den Studienunterstützungen gehört auch die Wirksamkeit privater Organisation auf diesem Gebiete: die verschiedenen Studienunterstützungsvereine an den Hochschulen; die Stipendien der deutschen Bezirke und Städte für das Studium und den Eintritt deutscher Beamten in den Landes- oder Staatsdienst; die Tätigkeit der Sparkassen für diese Zwecke; die Studentenheime; die Schülerladen; die Studienunterstützungen der deutschen Schutzvereine; die Tätigkeit des deutschen Volksrates für die Heranbildung deutscher Beamten.

Gerade so umfangreich wird das Kapitel jener Studienunterstützungstätigkeit werden, die noch geleistet werden muß! Es fehlt uns in Böhmen im allgemeinen nicht an deutschen Schulen — außer an Handwerker Schulen; aber es fehlt uns gegenwärtig daran, die vorhandenen Schulen sämtliche besuchen zu lassen.

Für Prager Verhältnisse ist insbesondere eine Regelung des Wohnungswesens der Studenten und die Errichtung billiger deutscher Kosthäuser, weiters die Einstellung deutscher Hörer in gewisse utraquistische wichtige Bildungsanstalten eine unbedingte Notwendigkeit.

6. Fürsorge für die schulentlassene Jugend.

a) Berufswahl.

Eine bei uns vollständig vernachlässigte wichtige Aufgabe der Jugendfürsorge ist die Unterstützung unserer schulmündigen Burschen und Mädchen bei der Berufswahl. Eines sachverständigen Rates hiebei bedürfen nicht bloß die armen Kinder, sondern oft auch diejenigen gutgestellter Familien, denn gerade auf diesem Gebiete herrscht eine höchst bedauerliche Unwissenheit. Erst wenn das der Schule entwachsene Kind seinen Neigungen und Fähigkeiten, insbesondere aber auch seiner körperlichen Eignung und den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechend ins Leben eingestellt wird und sich infolgedessen in seiner Stellung behaupten, sich selbständig fortbringen kann, ist das Erziehungswerk zur Zufriedenheit beendet.

Dort, wo die Sorge der Eltern oder getreuer selbstloser Vormünder, Freunde und Erzieher die Berufswahl leitet, ist wohl nur eine Aufklärung über die jeweiligen Aussichten im gewählten Berufe nötig. Doch in wie wenig Fällen ist derartige gewissenhafte Fürsorge zu finden. Die Familie des armen Kindes läßt sich gewöhnlich durch eine möglichst zeitig bezahlte Arbeit verlocken, das Kind auch sofort mit erreichter Schulmündigkeit „ungerlernnten Berufen“ zuzuführen. Der Jugendfürsorger erblickt jedoch eine für

die Zukunft des Zöglings beruhigende Ausbildung vor allem in einem gelernten Berufe.

Die Folgen der vollständig unregelmäßigen Berufswahl machen sich bei uns in Deutschböhmen in allen Berufszweigen in bedauerlichster Weise fühlbar. Wenn wir gegenwärtig in fast keinem Stande mehr den nötigen Nachwuchs einstellen können und die entstehenden Lücken durch Tschechen ausgefüllt werden müssen, so ist allerdings daran auch der mit unserer kulturellen Entwicklung in keinem Einklange stehende Bevölkerungsmangel schuld. Wir sind nicht mehr im Stande, das, was wir ins Leben gerufen haben, mit unseren eigenen Leuten zu betreiben. Umso mehr sind wir verpflichtet, dahin zu arbeiten, daß unser Bevölkerungsnachwuchs nicht eine soziale Abwärtsentwicklung durchmache, während dem völkischen Gegner die sozial höher bewerteten Berufe zufallen.

Die unregelmäßige Berufswahl hat ihren ersten Grund darin, daß unsere Bevölkerung über die Art der verschiedenen Berufe, die Voraussetzungen für den Eintritt in dieselben, die Aussichten, die vorhandenen Hilfen zur Ausbildung usw. nicht aufgeklärt ist.

Wir betrachten es als sehr notwendige Aufgabe, einen Ratgeber zur Berufswahl für schulumündige Kinder herauszugeben. Es besteht allerdings das ganz vorzügliche Werk Josef Fritsches, Bürgerschuldirektors in Niedergrund a. d. B. N. B., über diesen Gegenstand. (Siehe Bibliographie.) Doch ist dieses allen Jugendfürsorgern und Eltern aufs wärmste zu empfehlende Buch eigentlich schon der zweite Teil des von uns geplanten Werkes: eines Ratgebers für die Ausbildung in den niederen Berufen und dem Handwerkerstande. Das Werk wird zunächst einen allgemeinen Teil über die Anforderungen der verschiedenen Gewerbe an die körperliche Eignung und den Gesundheitszustand enthalten, weiters einen speziellen Ratgeber für die einzelnen Berufe unter Berücksichtigung folgender Fragen:

Erfordernisse,
Körperliche Gefahren,
Ausbildung,
Aussichten,

Weiterbildung,
Wohlfahrtseinrichtungen,
Gesetzliche Vorschriften.

Der Ratgeber wird sich weiters in den Dienst der nationalen Erziehung unseres Nachwuchses stellen und dieser Aufgabe einen eigenen Teil widmen.

Die praktische Durchführung der Raterteilung bei der Berufswahl ist in die Hände der Eltern, der Lehrer, der Gemeindevorstände, der Kinderschutzevereine, der Ortsgruppen der Schutzvereine zu legen.

Durch die Schule hätte die entsprechende Belehrung womöglich in eigenen Unterrichtsstunden auf der letzten Altersstufe oder wenigstens in gelegentlichen Berufskonferenzen zu erfolgen.

Die Vermittlung der Lehrstellen muß durch eine wohlorganisierte, kostenfreie, auf nationaler Grundlage errichtete Stellenvermittlung erfolgen.

b) Weitere Fürsorge für die männliche Jugend.

Mit der Einflußnahme auf die Berufswahl ist die Fürsorge für die schulentlassene Jugend nicht beendet. Es handelt sich vielmehr um eine stete Leitung und Beaufsichtigung während der Lehr- und Studienzeit, um ihre Charakterbildung, um Ausbildung ihres Volksbewußtseins. Das erstgenannte ist zwar Aufgabe des Vormundes; aber eben weil die Vormünder zum großen Teile ihren Pflichten in dieser Hinsicht nicht nachkommen, muß auf die Mitwirkung freiwilliger Fürsorger, der Kinderschutzevereine, der nationalen Schutz-

vereine gezählt werden. Insbesondere sollten sämtliche Erziehungsanstalten ihre Zöglinge nicht mit dem 14. Jahre vollständig entlassen, sondern unter ständiger Kontrolle bis zu erreichter Erwerbsfähigkeit behalten. Wäre der Kinderchub so organisiert, daß sich in jeder Gemeinde ein Gemeindevaisenrat oder ein Vertrauensmann befände, dann wäre auch diese Überwachungs- und Führungstätigkeit leicht durchzuführen. Nachdem aber unsere Organisation eine zu mangelhafte ist, halfen sich jene Vereine, welche eine Erziehung der Jugend bis zur vollständigen Erwerbsfähigkeit durchführen, mit der Bestellung von Beiräten und mit schriftlichen Berichten der Zöglinge. Die entsprechende Anleitung hiezu erfolgt z. B. seitens des Bundes der Deutschen in Böhmen in einem sogenannten Waisenhüchlein, einer Art Lebenspaß, dem wir folgende Stellen entnehmen.

Waisenhüchlein

für

Zögling der Waisenaufzucht

des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Zusammengestellt von Hugo Heller.

Liebes Kind!

Mit dem heutigen Tage verlässest du die Schule und trittst hinaus ins Leben; du nimmst Abschied von deinen Mitschülern und deinen Mitzöglingen, von all den jüngeren und älteren Freunden deines jetzigen Aufenthaltsortes, ja du mußt auch deinen Pfllegeeltern Lebewohl sagen und in einen ganz neuen Kreis von Menschen eintreten. Aber laß dir darob nicht bange werden, denn auch in deinen neuen Aufenthaltsort begleitet dich unsere Fürsorge und du hast es in deiner Macht, dir unsere beständige Hilfe und Unterstützung zu verdienen. Die Mittel, mit denen du das zu Wege bringst, wollen wir dir in diesem Hüchlein angeben. Lies es oft und aufmerksam durch; es soll dir für jede schwere Lage, in die du geraten kannst, Aufklärung und Rat geben. Stellt dir das Leben einmal eine so schwierige Frage, daß du in dir selbst keine Antwort mehr darauf findest, dann nimm dein Waisenhüchlein zur Hand und sag auch das dir noch keine genügende Antwort, dann findest du darin wenigstens den Namen und die Anschrift von wohlmeinenden Freunden, die du um Rat fragen sollst.

Eltern.

Du bist ein Waisenkind und wirst von Jahr zu Jahr mehr verstehen lernen, was dieses Wort alles in sich schließt. Deine Eltern ruhen lange schon in kühler Erde und nichts vermag sie dir auch nur eine Stunde zurückzubringen; und doch werden noch oft in deinem Leben Augenblicke kommen, wo du mit schmerzlicher Sehnsucht nach Vater und Mutter rufen wirst, sei es, daß du sie als Tröster brauchst, wenn dir das harte Leben Schweres brachte, sei es, daß du dir in einer recht glücklichen Stunde denkst: „Ach, könnten jetzt Vater und Mutter mich sehen.“ Du wirst die beneiden, die sich in jeder Lebenslage zu ihren Eltern flüchten können und in deinem Herzen werden alle Erinnerungen an deine Eltern erwachen, die aus deiner Kindheit darin noch schlummern; vielleicht bist du so beklagenswert, daß deine Eltern so früh starben, daß du sie gar nicht kennen gelernt hast; tröste dich dann mit dem Gedanken, daß leider noch viele andere mit dir so unglücklich waren, wie dir das folgende Gedicht so lieb und traurig erzählt:

Sie mußten dich zur Ruhe legen,
Oh' mich dein bleicher Mund geküßt;
O, Mutter, deinen letzten Segen,
Auf meinen kranken, wirren Wegen
Wie hab' ich schmerzlich ihn vermißt!

Ich bin allein seit manchen Jahren
Und trag' es klaglos, wie ich muß!
Nur hätt' ich gerne doch erfahren,
Wie kind auf früh ergrauten Haaren
Liegt einer Mutter Scheidekuß.

Und weiter geh' ich ach, alleine!
 Und dunkel ist's, wohin ich seh' —
 Und wenn ich Klage nicht, noch weine,
 Mein ganzes Leben ist ja eine
 Tiefbange Klage und ein Weh!

J. J. David.

Glaube dann fest daran, daß du ja deine Eltern eines Tages wiedersehen sollst und dieser feste Glaube wird dich stets davor zurückhalten, etwas zu tun, weswegen du dich vor deinen Eltern schämen müßtest.

Das Beste ist, auf dich allein zu bauen,
 Doch wo nicht klar genug die Augen schauen,
 Und dich verläßt das mutige Vertrauen,
 Aus eigner Kraft den Knoten zu durchhauen —
 Den Rat der Männer suche ohne Grauen.

Wenn aber Zweifel dir am Herzen nagen,
 Dann gehe zu ihr mit deinem bangen Bagen,
 Die unter ihrem Herzen dich getragen,
 Und frage dich, kannst du sie selbst nicht fragen:
 Was würde wohl die Mutter dazu sagen?

Albert Träger.

Denke auch daran, daß auch dich deine Eltern über alles in der Welt geliebt haben und daß sie in ihrer Todesstunde gewiß bei Gott für dich gebetet und dich gesegnet haben. Dieser Segen deiner Eltern begleitet dich durch dein ganzes Leben; bewahre dir ihn gut und verliere ihn nicht durch schlechten Lebenswandel.

Dein stilles „Gott behüte“,
 Du gutes Mütterlein,
 Zieht laus durch mein Gemüte
 Wie Sonntagsmorgenschein.

's wird in der Ferne bleiben
 Für mich ein Talisman,
 Der selbst im tollsten Treiben
 Noch Wunder üben kann.

Es tönt durch meine Träume
 Des Nachts so süß und lind,
 Es flüstern's zu die Bäume
 Am Tage deinem Kind.

Der, will vom Weg ich schreiten,
 Gleich mahnt an meine Pflicht,
 Es bleibt durch alle Zeiten
 Mein Führer und mein Licht.

Dein stilles „Gott behüte“,
 Du gutes Mütterlein,
 Grub sich in mein Gemüte
 Ja unverfügbar ein.

Anna Stirn-Nivière.

Erwähnt man im Gespräche deiner Eltern oder sprichst du von ihnen, dann denke an Gottes Gebot und Sorge dafür, daß dies stets mit Hochachtung und in liebevollem Gedenken geschehe. Erzählt dir jemand etwas Unehreverbietiges von ihnen, dann weise diesen Menschen scharf ab und glaube es nicht, denn es gibt gar viele übelrederische, verleumderische Menschen auf der Welt.

Erlauben es dir einmal deine Verhältnisse und bist du ein vernünftiger junger Mann geworden, dann besuche in der Heimat das Grab deiner Eltern. Erwinnere dich an den Krieger in dem Gedichte „Ein Friedhofsbesuch“ von F. M. Vogl, das du gewiß in der Schule gelernt hast, und weile so würdig wie dieser an dem Grabeshügel, der jene Herzen deckt, die am heißesten für dich geschlagen. Kannst du soviel entbehren, um etwas zur Herrichtung des vielleicht schon ganz verfallenen Grabes zu tun, dann veräume es ja nicht; du zeigst dich dann als ein würdiges Kind und es wird dir eine selige Freude bereiten, zu sehen, daß auch dein lieber Vater, deine geliebte Mutter ein gepflegtes Grab haben, wie alle die andern auf dem weiten Kirchhofe.

Und eh es fort zur Fremde geht,
 Zu ihrem stillen Hügel schreite,
 Von Blumen, die du drauf gesäet,
 Nimm dir die schönste mit ins Weite.
 In fremde Welt, in fremdes Land
 Nimm von dem Grab ein Stückchen Erde,
 Daß es dir zur Erinnerung werde,
 Wenn dich ein Menschenherz verkannt,
 Wie sie dich hat geliebt!

Und kehrest du einst, des Wanderns müd',
 Dahin zurück, wo du geboren,
 Verschmerz' es, wenn kein Aug' dich sieht,
 Dein Gruß verklingt vor tauben Ohren.
 Vielleicht ist noch ein Plätschen klein,
 Da, wo die Mutter liegt, zu haben,
 Und will man dort auch dich begraben,
 Wird deine Ruhe selig sein
 Bei der, die dich geliebt.

Hans W. Mertens.

Verwandte.

Hast du noch Geschwister, dann schließe dich fest an sie an, denn sie sind nach deinen Eltern deine nächsten Verwandten. Nachdem es aber sein könnte, daß du Brüder oder Schwester noch gar nicht gekannt oder lange Jahre nicht gesehen hast, sei vorsichtig und vertraue dich ihnen nicht früher ganz an, bevor du nicht weißt, daß sie offen und aufrichtig zu dir sind. Wenn man so jung ist wie du, glaubt man, alle Menschen müssen gut und brav sein. Das ist aber leider nicht der Fall; oft machen schlechte Gesellschaften, ein schlechtes Gemüt, oder Notlage gute Menschen auch böse. Wenn du aber siehst, daß deine Geschwister brave, rechtschaffene Menschen geworden sind, dann freue dich darüber, schreibe ihnen oft und besuche euch gegenseitig. Sollte dich eines deiner Geschwister um eine Geldunterstützung ersuchen, so hast du zu sagen oder zu schreiben, daß du über dein erspartes Geld erst mit deiner Entlassung aus unserer Pflege entscheiden darfst; wären sie aber in großer Notlage, aus denen du ihnen gerne hilffest, dann wende dich mit einem sorgsam aufgesetzten Gesuche an den „Bund der Deutschen in Böhmen“, dessen Anschrift du jederzeit von deinem Beiräte erfährst. Sei auch gegen deine sonstigen Verwandten entgegenkommend, besonders wenn sie dir vielleicht früher in irgend einer Beziehung zu etwas behilflich waren.

Die größte Dankbarkeit erhoffen jedoch deine

Pflegeeltern.

Sie haben an dir Elternstelle vertreten, haben dich gewissenhaft gepflegt und waren bemüht, so manchen Fehler in deinem Charakter zu verbessern; du hast Leid und Freud im Kreise deiner Pflegeeltern miterfahren, als wärest du ihr eigenes Kind gewesen. Denke dir immer, daß ein sehr gutes Herz dazu gehört, sich eines Waisenkindes so liebevoll anzunehmen, wie sie es taten und sei recht dankbar dafür. Deine Dankbarkeit vermag vielleicht dir deine Pflegeeltern fürs ganze Leben zu gewinnen; durch Undankbarkeit aber würdest du vielen andern Kindern in ebenso hilfloser Lage, wie du sie kennen lerntest, schaden, denn immer weniger fänden sich dann, die ein Waisenkind in Pflege nehmen wollten. Du mußt auch im fernsten Lande mit deinen Pflegeeltern in Verkehr bleiben und wirst ihnen deswegen von Zeit zu Zeit schreiben. Das erfordert nicht bloß die Dankbarkeit, die du schuldest, sondern das wäre schon eine bloße Höflichkeitspflicht. Wir sind der festen Überzeugung, daß du dieser Pflicht stets gerne nachkommen wirst und daß durch einen solchen steten brieflichen Verkehr die herzlichsten Gefühle, die dich an deine Pflegeeltern knüpfen, erhalten bleiben werden. Unser Herr Waisenvater wird sich über diesen Briefwechsel öfters erkundigen.

Du schuldest weiters deinem

Herrn Waisenvater

Dankbarkeit. Große Verantwortlichkeit, Mühe und Plage lastete auf seinen Schultern und du weißt am besten, in wie viel Angelegenheiten du kamst, ihn zu plagen.

Er war unser Vertreter in deinem Pflegeorte und bleibt als solcher dein Vorgesetzter bis zu deiner Entlassung aus unserer Pflege. Auch er nimmt lebhaften Anteil an deinem Geschicke und du wirst ihm von Zeit zu Zeit Nachricht über dein Wohlergehen senden.

Vergiß auch nicht, dir deine sonstigen Freunde in deinem Pflegeorte durch einige freundliche Zeilen, die du ihnen he und da zukommen läßt, zu erhalten. Erinnere dich an jeden, der dir mit Güte entgegenkam, besonders deiner Lehrer und bewahre ihnen ein dankbares Andenken.

Der Unterausschuß für Waisennpflege des Bundes der Deutschen in Böhmen

bleibt nach wie vor dein Beschützer, wenn du dich würdig beträgst. Er hat nicht nur bis zum heutigen Tage für dich gesorgt, sondern wird dich solange leiten, bis du seiner Unterstützung nicht mehr bedarfst.

Wir machen es dir zur strengen Pflicht, zu Beginn eines jeden Monats an denselben einen Bericht zu senden. Was derselbe enthalten soll, erfährst du auf Seite (22) dieses Büchleins. Bis zu deiner Entlassung aus unserer Pflege haben wir über dich aber auch alle Rechte der Eltern.

Geradeso wie wir, falls du dich brav hältst, alles für dich tun werden, was in unseren Kräften steht, um an deinem Glücke mitbehilflich zu sein, würden wir alle Mittel, auch die strengsten anwenden, dich zu bessern oder zu strafen, falls dein Betragen unseren Erwartungen nicht entspräche. Damit wir stets über dich unterrichtet sind, auch wenn du es, was wir nicht hoffen wollen, verabsäumtest, regelmäßig den vorgeschriebenen Bericht einzulenden, haben wir einen Herrn in deinem Aufenthaltsorte gebeten, unsere Stellvertretung in deiner Überwachung zu übernehmen. Dieser Herr ist dein Ratgeber in allen Zweifeln; den Namen und die Wohnung dieses Herrn Beirates findest du auf Seite (21). Du hast diesen deinen Wohltäter zu Beginn

eines jeden Monates zu besuchen und hast ihm den fertiggestellten Bericht an uns zu übergeben. Ebenso hast du dich in allen dringenden Angelegenheiten an ihn zu wenden und dir sein Wohlwollen durch besonders liebenswürdiges und aufrichtiges Benehmen zu verdienen.

Die Pflichten gegen deinen

Lehrherrn

wird dir dieser selbst auseinandersetzen. Bemühe dich, ihn recht bald und recht genau zu verstehen und sei in jeder Beziehung ein musterhafter Lehrling. Folgsamkeit und Zuvorkommenheit deinem Meister und deinen Vorgesetzten gegenüber, sowie Aufständigkeit, Lernfreude, Arbeitsseifer werden dich bald beliebt machen und werden dir auch über schwierigere Sachen, die du in deinem Handwerke zu erlernen hast, leichter hinweghelfen. Schau jedem frisch und munter ins Gesicht, geh niemals gedrückt herum oder denke dir vielleicht, daß du nicht so frei und fröhlich wie die anderen in die Welt gucken darfst, weil du ein Waisenkind bist. Armut und unverschuldetes Unglück ist für niemanden eine Schande. Sei glücklich darüber, daß du gesunde Glieder hast und arbeiten kannst, denn ohne Arbeit wärest du ein Bettler. Hunderte von Krüppeln würden mit heißem Danke deine Arbeit übernehmen, wenn sie es könnten. Wenn dir also in deiner Arbeit etwas recht schwer fällt, dann denke daran, wieviel unglücklicher du wärest, wenn du nicht arbeiten könntest. Bedenke weiter, daß du nicht für deinen Meister lernst, sondern für dich; heutzutage ist die Welt streng und fordert von jedem Menschen gute Arbeit; lerne darnach, damit auch du gute Arbeit leistest. Das, was du lernst, ist ja der einzige Reichtum, den du besitzt. Durch eigene Kraft haben es die ärmsten und verlassenen Menschen zu hervorragenden Stellungen gebracht. Suche auch du, dich möglichst hoch hinaufzuarbeiten, aber stets durch ehrliche Arbeit, niemals mit Benützung unehrlicher Hilfsmittel. Über die Fortschritte, die du in deiner Arbeit machst, über neue Pflichten, die dir übertragen wurden, hast du an uns zu berichten. Sieh besonders auch darauf, daß alle deine Arbeiten sauber und nett aussehen und halte an deinem Arbeitsplatz die größte Ordnung. Gegen deinen Lehrherrn und seine Familie sei von größter Ehrerbietung, gegen deine Mitgenossen bei der Arbeit freundlich und hilfsbereit.

Manchesmal wird dir deine Ungeschicklichkeit oder Unaufmerksamkeit harte Worte, vielleicht auch empfindlichere Zurechtweisungen eintragen; schneide alsdann keine Gesichter und trage dem Strafenden keinen Groll im Herzen nach; bitte vielmehr, man möge dir das Vorgefallene entschuldigen und verspricht, ein nächstesmal achtsamer zu sein. Sollte dich von den Leuten in der Werkstatt oder den sonstigen Personen, mit denen du zusammenkommst, jemand barsch oder grob behandeln, vielleicht gar schlagen oder mißhandeln, dann weiche diesem Menschen vorsätzlich aus und berichte es deinem Lehrherrn; sollte auch dieser keine Abhilfe schaffen und sagt dir dein Gewissen, daß du unschuldig bist an einer solchen Behandlung, dann ist es deine Pflicht, es uns mitzuteilen. Ebenso kannst du es uns ruhig schreiben, wenn dir von seiten deines Lehrherrn eine nach deinem Empfinden zu harte, grobe Behandlung zu teil wird, besonders hast du sofort an uns zu schreiben, falls du einmal durch eine Strafe körperlich verletzt worden wärest, oder wenn man dich für ein Vergehen hart bestraft, an dem du unschuldig bist. Hüte dich jedoch vor einem falschen Berichte an uns, denn Lügen haben kurze Beine und die Wahrheit kommt halb aus Tageslicht. Sprich auch mit niemandem von deinen Arbeitsgenossen über deinen Lehrherrn und seine Familie, außer wenn es etwas Schönes und Gutes ist. Böse Menschen nützen oft unser Vertrauen aus und schaden uns durch Verdrehen unserer Worte. Deine Lehrzeit soll dich aber nicht bloß in dem von dir gewählten Handwerke weiter bringen, sie soll auch den Menschen in dir weiter bilden. Der beste Grund zur Ausbildung deines Geistes und deines Gemütes wurde ja in der Schule gelegt. Jetzt freilich wird es dir an so sorgsamem Lehrern, wie du sie in der Schule hattest, fehlen. Aber dafür bist du um vieles selbständiger geworden und kannst dich selber weiter ausbilden.

Erweitere deine Kenntnisse wie du kannst. Gute Bücher werden dir dabei behilflich sein. Lies aber nicht jeden Schund, der dir in die Hände kommt, sondern frage, ob eine Bücherei in deinem Aufenthaltsorte ist. Solltest du Lust haben, dir von dort Bücher auszuleihen und hast du Zeit, sie zu lesen, ohne daß du deine sonstigen Pflichten versäumst, so teile uns dies in einem Monatsberichte mit; wir werden bemüht sein, die Kosten dafür zu begleichen. So mancher lange Abend wird dir auch Gelegenheit bringen, deine Schulkenntnisse aufzufrischen; bemühe dich weiters, deine Schrift so viel als möglich zu verbessern. Eine schöne Handschrift empfiehlt dich bei jedermann und wird dir insbesondere beim Militär sehr zu statten kommen, denn Leute mit hübscher Schrift verwendet man nach der Ausbildung gerne in den Kanzleien, wodurch der Dienst für die Betreffenden viel leichter wird. Hast du Gelegenheit, fremde Sprachen zu erlernen, so nütze es gründlich aus; selbstverständlich wird dir deine Muttersprache immer über alles heilig und teuer bleiben; das hindert aber nicht, daß du fremde Sprachen, die zu deinem Fortkommen dienlich sein können, erlernst.

Wenn du während deiner Schulzeit Musikunterricht genossen hast, dann laß deine Kenntnisse nicht einrosten, sondern übe fleißig weiter. Die Musik ist eine herrliche Kunst, die dir über manche trübe Stunde hinweghelfen kann und mit der du dich bei andern leicht beliebt machen kannst. „Musik ist eine Sprache,“ sagt der Dichter Bauernfeld, „die weiter reicht, als die mit

Worten redet, und die der ganzen Welt verständlich ist.“ Halte dich überhaupt stets an das Wahre und Schöne. Weiche sorgfältig allem Gemeinen aus.

Leibespflege.

Haben wir dir in den vorhergehenden Zeilen von der Ausbildung deines Geistes gesprochen, so wollen wir dich nun erinnern, daß du auch deinem Körper besondere Pflege schuldig bist, denn nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. Es ist wohl nicht nötig, dich erst auf peinliche Sauberkeit aufmerksam zu machen; dein Handwerk zwingt dich zu recht fleißiger Reinigung des Körpers; nichts macht einen Menschen mehr zuwider als Unreinlichkeit. Du mußt soviel Eitelkeit besitzen, nach Schluß deiner Tagesarbeit sofort eine gründliche Reinigung vorzunehmen, auch wenn du zu Hause bleibst; gewöhne dich recht an das Wasser. Reizige täglich deine Zähne; wechsle mindestens jede Woche deine ganze Leibwäsche, habe so oft du kannst. Veräume aber auch nicht, frische Luft zu genießen, wenn dich dein Handwerk tagsüber in geschlossene Räume zwingt. Sollte die Nahrung, die du erhältst, dir in der Menge nicht genügen, und solltest du Hunger leiden müssen, dann hast du uns sofort zu benachrichtigen. Ist dein Nachtlager so beschaffen, daß du darin keine ungestörte Nachtruhe finden kannst, dann melde es ebenfalls in deinen Berichten. Rauchen und Biertrinken wirst du unterlassen, weil es unnützes Geld kostet und der Gesundheit schadet.

Kleidung und Wäsche

wirst du gewiß stets in ordentlichem Zustande halten. Du mußt jederzeit folgende Ausrüstung besitzen:

- | | |
|--------------------|--------------------|
| 1 Sonntagsanzug | 6 Paar Socken |
| 2 Werktagsanzüge | 2 Paar Schuhe |
| 1 Überrock | 1 Paar Hausschuhe |
| 2 Hüte oder Mützen | 1 Zahnbürste |
| 3 Handtücher | 1 Kleiderbürste |
| 4 Hemden | 2 Schuhbürsten |
| 3 Hosen | 1 Paar Hosenträger |
| 6 Taschentücher | 1 Kamm, |

außerdem mußt du deine Arbeitskleider (Schürzen, Leibchen usw.) stets in gutem Zustande haben. Deine Sachen hast du im Koffer aufzubewahren und nirgends herumliegen zu lassen. Dein Kleider- und Wäschezustand muß immer im Kleiderverzeichnis (Seite 36—49) ersichtlich sein.

Ist dir von Kleidung und Wäsche etwas zu klein oder unbrauchbar geworden, so hast du es im Monatsberichte zu melden und um Nachschaffung dieses Stückes zu bitten. Das ausgeschiedene Stück brauchst du deswegen nicht wegzwerfen, sondern wirst es abtragen.

Wegen des Flickens deiner Kleider, des Ausbesserns und Reinigens deiner Wäsche wende dich mit freundlicher Bitte an deine Kostfrau, die uns ihre Auslagen verrechnet. Schone jedoch deine Kleidung soviel als möglich, halte sie stets ohne Flecken, sieh darauf, daß keine Knöpfe fehlen und lege nichts unausgeputzt in deinen Koffer. Wir werden uns gelegentlich von der Ordnung, die du in deiner Kleidung hältst, überzeugen.

Erkrankungen.

Solltest du, was Gott verhüten möge, einmal erkranken, so hast du uns sofort zu verständigen. Dein Lehrherr wird in einem solchen Falle schon alles nötige veranlassen.

Geld.

Hast du eine nötige Auslage für etwas und benötigst du Geld dafür, dann hast du im Berichte anzugeben, wofür es bestimmt ist und wieviel du brauchst. Bekommst du für Botengänge Taschengeld, trägt dir deine Arbeit etwas ein, erhältst du ein Geldgeschenk, dann gib es nicht wieder für Unnützes aus, sondern spare! Jeder Heller, den du dir ersparst, wird dir später zu statten kommen, besonders beim Militär. Das beste wäre es, wenn du von Zeit zu Zeit dein erspartes Geld an deinen früheren Waisenvater schicktest, der dir es am besten verwaltet. Deine Ersparnisse aus der Schulzeit samt den jährlich zu Weihnachten dazu kommenden Beträgen erhältst du erst mit deiner Entlassung.

Sollten wir erfahren, daß du in deiner Geldwirtschaft unordentlich bist, werden wir dich natürlich mit strengen Mitteln Ordnung lehren. Bezüglich des Taschengeldes, das du monatlich bekommst und dessen Verwendung, erhoffen wir in den Monatsberichten wahrheitsgetreue Aufklärung.

Verkehr.

Du wirst dich natürlich stets nur guten Menschen anschließen. Daß du in kindlich aufrichtiger Weise deinem Lehrherrn und dessen Familie entgegenkommen sollst, haben wir dir schon gesagt. Oft und oft ist es vorgekommen, daß Lehrlinge in ihren Meistern einen zweiten Vater wiedergefunden haben und ihnen für das ganze Leben anhänglich geblieben sind. Sollte das auch bei dir der Fall sein, dann wäre es für dich ein großer Gewinn und für uns eine herzliche Freude. Aber außer deinem Lehrherrn wirst du noch mit anderen Menschen in Verkehr treten. Findest du liebe, gute und aufrichtige Menschen unter deinen Bekannten, dann schliesse dich ihnen recht herzlich an und vergift ihnen ihre Teilnahme an dir durch doppelte Zuneigung.

Ein Freundesherz ist ein so felt'ner Schatz,
Die ganze Welt bent nicht dafür Ersatz;
Ein Kleinod ist's voll heil'ger Wunderkraft,
Das nur bei festem Glauben Wunder schafft —
Doch jedes Zweifels Hauch trübt seinen Glanz,
Einmal zerbrochen wird's nie wieder ganz.

Bodenstedt.

Sei dann aber auch vollkommen aufrichtig und wahr zu deinen Freunden. Wie du selbst nie andere verleumben oder verschwärzen wirst, so darfst du es nicht dulden, daß man deine Freunde verunglimpft. Glaube nicht alles, was dir die Leute über den oder jenen erzählen, sondern überzeuge dich erst von der Wahrheit.

Wenn eines Menschen Seele du gewonnen
Und in sein Herz hast tief hineingeschaut
Und ihn befunden einen klaren Brunnen,
In dessen reiner Flut der Himmel blaut: —

Laß deine Zuversicht dann nichts dir rauben,
Und trage lieber der Enttäuschung Schmerz,
Als daß du grundlos ihm entziehest den Glauben: —
Kein größ'rer Glüd als ein vertrauend Herz!

Laß adlermutig deine Liebe schweifen
Bis dicht an die Unmöglichkeit hinan:
Kannst du des Freundes Tun nicht mehr begreifen,
So fängt der Freundschaft frommer Glaube an!

Felix Dahn.

... Würdest du dem ärmsten Bettler gleich,
Bleibt dir ein Freundesherz, so bist du reich,
Und wer den höchsten Königsthron gewann
Und keinen Freund hat, ist ein armer Mann.

Bodenstedt.

Freundschaft ist das anbetungswürdigste Gefühl in der Menschenbrust. Lieber hundert Feinde haben als gar keinen Freund.

Carmen Sylva.

D an den Freunden, die dein Herz erwählt,
An denen halte liebend, treu und stark.
Dem Baum, des treue Zweige abgeschält,
Dem dorret bald das tiefste Lebensmark.
So düster ist's im liebeleeren Herzen,
Wie in dem lang verlass'nen Gotteshaus:
Erloschen sind des Feiertienstes Kerzen,
Und Glaub' und Hoffnung flohen lang hinaus. —

Weh' dir, wenn du in sternlos-düst'rer Nacht
Umsonst am Himmel und im Herzen späht,
Und nirgend dir ein Licht der Liebe lacht,
Mit deiner öden Brust du einsam stehst! —
Wohl übt dein Stolz an deinem Schmerz Gewalt:
Und ruft: „Ich bin genug mir ganz allein.“
Wehmütig klagend aber widerhallt
Ein Echo dir im Herzen: „Ganz allein!“

Felix Dahn.

Vor schlechter Gesellschaft hüte dich wie vor ansteckenden Krankheiten; ehe du es ahntest, wärest du um alles gekommen, was dich liebenswürdig und glücklich macht, um die Reinheit deines Herzens, vielleicht auch um die Gesundheit deines Körpers.

Charaktereigenschaften.

Sei beständig bemüht, dich zu verebeln. Lies dir die folgenden Aussprüche oft und mit Verständniß durch, dann wirst du selbst herausfinden, welche Eigenschaften du dir erwerben mußt.

Ob sie dich als ersten, ob als letzten stellten,
Auf den Ort kommt weiter gar nichts an;
Aber wo du stehst als Vester gelten,
Daran zeig' der Welt den ganzen Mann.

Karl Böttcher.

Mit des Zufalls Nadeln,
Mit des Schicksals Messern
Will Gott dich adeln,
Will Gott dich bessern.

Ernst Ziel.

Im Glück nicht stolz sein und im Leid nicht zagen,
Das Unvermeidliche mit Würde tragen,
Das Rechte tun, am Schönen sich erfreuen,
Das Leben lieben und den Tod nicht scheuen
Und fest an Gott und bess're Zukunft glauben,
Heißt leben, heißt dem Tod sein Bittres rauben. Karl Streckfuß.

Ernsthaft streben,
Heiter leben,
Vieles schauen,
Wenigen trauen —

Deutsch im Herzen,
Tapfer und still,
Dann mag kommen
Was da will!

J. B. von Scheffel.

Gott dienen in getreuem Sinn
Ist aller Weisheit Anbeginn.

Freidank.

Drei Pflanzen pfleg' in deinem Garten:
Gott über alles vertrauen,
Auf eigenes Können bauen
Und von den Menschen nichts erwarten!

Ernst Ziel.

Allzeit fröhlich ist gefährlich;
Allzeit traurig ist beschwerlich;
Allzeit glücklich ist betrüglich;
Eins uns and're ist vergnüglich.

Altdeutsch.

Was du tun sollst, tu'
Ohne Raht und Ruh',
Sei's auch noch so schwer!
Doch was gegen Pflicht
Dich verlockt, tu' nicht,
Lock's auch noch so sehr!

Bodenstedt.

Nur nicht hängen, nicht verzagen,
Schlug dir fehl ein redlich Müh'n.
Hohem Ziele hohes Wagen,
Sei getrost und hoffnungsfühn!

Rühre tapfer deine Schwingen,
Und der schöne Morgen tagt,
Da ein Flug dir wird gelingen,
Wo dir jetzt die Kraft verlaget.

Edwin Hermann.

Echtes ehren,
Schlechtem wehren,
Schweres üben,
Schönes lieben!

Paul Heyse.

Genieße froh, was Gott beschieden,
Entbehre gern, was du nicht hast!
Ein jeder Stand hat seinen Frieden,
Ein jeder Stand hat seine Last.

Gellert.

Beleidigt der Schwache dich oder der Flache,
Ist Mitleid deine edelste Rache.

Ernst Ziel.

Von Gold das Herz, der Sinn von Erz,
In Freud und Schmerz stets himmelwärts.
Kaiser Max von Mexiko.

Dein Geheimniß sage nicht!
Was du weißt, das frage nicht!
Geht dir's schlecht, so klage nicht!
Trau auf Gott und zage nicht!

Daniel Sanders.

Kannst du nicht wie der Adler fliegen,
Klettre nur Schritt für Schritt bergan;
Wer mit Mühe den Gipfel gewann,
Hat auch die Welt zu Füßen liegen.

B. Blüthgen.

Nicht dem Unglück, noch dem Glücke
Gib dahin dein ganzes Herz:
Eine Träne halt' im Glücke
Und ein Lächeln dir im Schmerz.

Widenburg-Almasy.

Zwei Dinge mußt du zu vermeiden trachten:
Dich selbst vergöttern und dich selbst verachten.

Arnold Säger.

Vielen theile deine Freuden,
Allen Munterkeit und Scherz;
Wenig Eblen deine Leiden,
Auserwählten nur dein Herz.

Salis.

Das wahre Glück ist die Genügsamkeit
Und die Genügsamkeit hat überall genug.

Goethe.

Sei rücksichtslos und ohn' Bedenken
Im Kampfe um dein gutes Recht,
Und acht' es nicht, wenn dich zu kränken
Scheinheil'ger Tadel sich erfrecht;
Denn nicht bloß dir hilfst du damit zum Siege,
Du wehrst dadurch auch, daß das Recht erliege.

Oskar Welten.

Solltest du dir

nach beendeter Lehrzeit

vom Besuche einer Fachschule Nutzen versprechen oder wolltest du zur weiteren Ausbildung irgend einen Kurs besuchen, eine Reise unternehmen, in einer bestimmten Stadt arbeiten usw., dann hast du rechtzeitig in einem Monatsberichte darum zu bitten und wir werden vernünftige und zweckdienliche Bitten gerne erfüllen.

Hast du ausgelernt und bist du demnach imstande, dich selbständig weiter zu bringen, dann kannst du um Entlassung aus unserer Pflege ansuchen. Mit dem Tage deiner Entlassung hört die Verpflichtung, an uns zu berichten, auf.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß wir nun keine Nachricht mehr von dir erwarten. Wir werden uns im Gegenteile herzlich freuen, recht oft von dir zu hören, besonders wirst du dafür sorgen, daß wir stets wissen, wo du dich aufhältst. Von diesem schriftlichen Verkehr mit uns wird es abhängen, ob wir dir auch zum

Selbständigmachen

helfreiche Hand bieten. Im Falle du dich nämlich zu einem braven, tüchtigen jungen Manne herangebildet hast und deine Militärdienstzeit (ohne Waffenübungen) hinter dir liegt, werden wir dir auch noch zum Ankaufe nötiger Werkzeuge bei Einrichtung einer Werkstatt zur selbständigen Ausübung deines Handwerkes oder Gewerbes das Geld zu schenken oder zu leihen bemüht sein.

Wir machen dich aufmerksam, daß du dich zu Beginn des Jahres, in welchem du 21 Jahre alt wirst, bei dem Bürgermeisteramte oder Gemeindevorstande deines Aufenthaltsortes als wehrpflichtig zu melden hast und dann gewöhnlich im Monate März oder April die Aufforderung erhältst, dich zur Assentierung einzufinden; der Ort, an dem du zu erscheinen hast, ist auch auf dem Zettel angegeben. Bist du aber weit von deiner Heimat entfernt, so darfst du auch bei deiner Heimatsgemeinde ansuchen, damit du dich in deinem Aufenthaltsbezirke stellen darfst.

Bevor wir unsere Worte an dich schließen, erinnern wir dich eindringlichst, daß du ein

deutsches Kind

bist und ein

deutscher Mann

zu werden hast. Deine deutschen Eltern und Tausende von edlen deutschen Herzen, die durch Spenden und Unterstützungen mitgeholfen haben an deiner Ausbildung, verlangen das von dir, und Schmach und Schande würden sich an deinen Namen heften, wenn du einmal anders fühltest als deutsch! So wie wir jetzt mit liebevollem Herzen dich pflegen und erziehen, würden wir dich mit Verachtung aus unseren Reihen stoßen, wenn du dein deutsches Volk einmal vergäßest. Gedanke stets dieser ersten Worte und sei deutsch in deiner Sprache, deiner Gesinnung und deinem ganzen Wesen.

Wir glauben nun über alles wichtige mit dir gesprochen zu haben. Beherzige die wohlgemeinten Ratschläge, sie werden dir nur zum Glück gereichen. Denke, daß es Worte sind, die dir deine Eltern durch uns mit auf deinen Lebensweg geben und halte sie so in Ehren, als wären sie aus einem Briefe, den Vater und Mutter an dich geschrieben.

Nach oben lerne allzeit hoffend schauen
 In felsenfestem, stillem Gottvertrauen:
 Zur Erde blicken, daß dein Herz genießt
 Die Lust von allem, was da grünt und sprießt.

Triffst dich ein Leid, mit festem, graden Blicke
 Sieh in das Auge jedem Mißgeschicke;
 Und rückwärts schauen laß die Erinnerung —
 Dann bleiben Herz und Seele frisch und jung.

Emil Rittershaus.

In allen Angelegenheiten, in denen du einen Rat oder eine Aufklärung brauchst, worüber dir dein Meister, deine Bekannten, dein Herr Beirat keine Aufklärung geben können, wendest du dich an uns. Jede Änderung unserer Anschrift (Adresse) geben wir dir bekannt und du hast diese Änderung sofort auf dieser Seite zu verzeichnen:

Unterausschuß für Waisenspflege des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Prag II., Krakauergasse 11.

Deinen Herrn

Beirat

unsern Stellvertreter in deinem Aufenthaltsorte, hast du zu Beginn eines jeden Monats zu besuchen und hast ihm den Monatsbericht zu überbringen.

Sollte ein Wechsel in der Person oder in der Wohnung deines Herrn Beirates eintreten, werden wir dich verständigen und du hast diese Änderung sofort hier einzutragen, den früheren Namen aber nicht durchzustreichen, sondern nur den neuen darunter zu setzen:

Beantworte in deinem Monatsberichte immer wahrheitsgetreu folgende Fragen.

An den

Unterausschuß für Waisenspflege des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Bericht

für den Monat

1. Warst du im verflossenen Monate krank? (Welche Krankheit, welchen Arzt, gebrauchst du Medizin, Stärkungsmittel usw.)
2. Wie ist dein gegenwärtiger Gesundheitszustand?
3. Wie lange lernst du bis jetzt?
4. Wie lange hast du noch zu lernen?
5. Welche neue Arbeiten hast du im verflossenen Monate gelernt?
6. Strengt dich deine Arbeit vielleicht zu sehr an oder glaubst du, daß sie deiner Gesundheit schadet?
7. Wie lange dauert deine Arbeitszeit?
8. Was machst du nach Schluß derselben?

9. Wo und wie schläfst du? (Ob in einer Kammer, Werkstatt usw., hast du ein eigenes Bett, schläfst du gut?)
10. Wie behandelst man dich?
11. Was verdienst du monatlich?
12. Wie verwendest du dein Geld?
13. Wieviel Geld hast du dir im ganzen schon erspart?
14. Sollen wir dir vielleicht in deiner Kost etwas aufbessern?
15. Wie steht dein Kleider- und Wäschevorrat? (Die Stückzahl hast du aus dem Kleiderverzeichnis abzuschreiben.)
16. Um was für Kleider oder Wäschestücke bittest du?
17. Mußtest du ein Kleidungsstück oder ein Wäschestück ausmerzen, hast du etwas geschenkt bekommen, hast du dir selbst etwas angeschafft?
18. Hast du deinem Lehrherrn einen Schaden angerichtet?
19. Wann mußt du aufstehen, wann gehst du schlafen?
20. Besuchst du eine Schule? (Welche? Wann?)
21. Wann hast du zuletzt an deine Pflegeeltern, an deinen Herrn Waisenvater geschrieben?
22. Warst du verreist? (Zu wem, wann, weshalb, wie hat man dich aufgenommen?)
23. Welche besonderen Anliegen hast du an uns?

Die einzelnen bezüglich der weiteren Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend in Betracht kommende Angelegenheiten müssen späterer Erörterung vorbehalten bleiben; es gehören dazu:

Lehrlingsheime.
 Einwandfreie Schlafstätten.
 Schutz des Lehrlings vor Ausbeutung
 seiner Arbeitskraft.
 Lehrling und Gesetz.
 Der Lehrvertrag.
 Kaufmännisches Personal.
 Landwirtschaftliche Hilfskräfte.
 Selbständigmachen von Handwerkern.
 Nationale Jugenderziehung.
 Die Jugendblinde.
 Geselligkeitspflege der Jugend.

Die körperliche Ausbildung der schulentlassenen Jugend, Turnen und Sport.
 Jugend und Sozialdemokratie.
 Jugend und Alkohol.
 Sexuelle Aufklärung der Jugend.
 Jugend und Familiensinn.
 Auf der Wanderschaft.
 Der Sonntag.
 Auswanderung.
 Spareinrichtungen.
 Vor und nach der Militärzeit.
 Fortbildung in Schulen und Kursen.

c) Mädchenfürsorge.

Da die Berufsorganisation der Frauen noch ganz in den Anfängen der Entwicklung begriffen ist, sind sie der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft mit ganz besonderer Härte ausgesetzt. Ja, es will fast scheinen, als wäre eine gesunde Mädchenfürsorge auch für die sonst nicht gerade bedürftigen Familien eine unbedingte Notwendigkeit. Es wird auch in dieser Hinsicht der bereits erwähnte Ratgeber zur Berufswahl alle einschlägigen Fragen einer gründlichen Erörterung unterziehen. Sehr bedauerlich ist es nur, daß so viele Tausende edelsinniger, warmführender deutscher Damen noch nicht dem Rufe der bedürftigen Mädchenwelt nach Schutz Folge geleistet haben. Das Feld zu jegensreicher sozialer Betätigung ist hier ein so großes und befriedigendes, daß eine lebhaftere Beteiligung der Frauenwelt sehr zu wünschen wäre. Dazu ist keineswegs die Schaffung einer eigenen Organisation nötig, sondern nur das Eintreten in die bestehenden Jugendfürsorgeorganisationen.

Aus dem weiten Tätigkeitsgebiete seien nur folgende Angelegenheiten hervorgehoben:

Mädchenfortbildungsschulen.
 Mädchenheime.
 Mädchenherbergen.
 Fürsorge für Fabrikmädchen.
 Unentgeltlicher Unterricht der schul-
 entlassenen Mädchen für die Haus-
 wirtschaft.
 Verein der Freundinnen junger
 Mädchen.
 Dienstbotenschulen.
 Kindergärtnerinnen.
 Wirtschaftsschulen.
 Förderung höherer Bildung und Er-
 werbsfähigkeit.
 Fürsorge für das weibliche kaufmännische
 Personal.
 Bahnhofsmission.
 Unentgeltliche Stellenvermittlung.

Bereine für vorübergehende Hilfe im
 Haushalte (Hauspflegevereine).
 Mädchen und Frauen als soziale
 Helferinnen.
 Settlementsbestrebungen.
 Frauenarbeitschulen.
 Schutz weiblicher Angestellter.
 Hygiene der Frauenarbeit.
 Altersversorgung von Frauen.
 Sexuelle Aufklärung.
 Fürsorge für Gefallene.
 Mutterschutz.
 Säuglingspflege.
 Zuschneide-, Näh- und Bügellurse.
 Obstverwertung.
 Kochlurse.
 Das Rote Kreuz.
 Frauenheime.

7. Kranke Kinder.

Die Zahl der Wohlfahrtseinrichtungen für kranke Kinder ist in Böhmen sehr gering. Wir besitzen das Kaiser Franz Josef-Kinderspital in Prag, die Kinderheilstätte in Drevitzsch (geöffnet vom 7. Juli bis 7. September).

Eine Lungenheilstätte für Kinder wird gegenwärtig in Zwickau geschaffen.

Außerdem bestehen noch Begünstigungen und Freiplätze für kranke Kinder beim Landesausschusse und der k. k. Statthalterei, über welche wir im nächsten Jahrbuche eine Zusammenstellung veröffentlichen werden.

Das Deutsche Reich verpflegt gegenwärtig

1.009 Kinder in Lungenheilstätten,
 6.279 in Seebädern,
 17.085 in Ferienkolonien,
 9.106 sonst aus Gesundheitsrücksichten auf dem Lande,
 7.328 in Tageserholungsstätten!

Wir schließen einen Bericht an über die Kinderheilstätten der Stadt Wien, der uns von Herrn Magistratsrat Dr. Weiser freundlichst zur Verfügung gestellt wurde und dessen Abdruck aus dem 78. Hefte seiner Schriften der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit gütigst gestattet hat. Er ist für uns auch deswegen von besonderem Interesse, weil an den darin behandelten Erholungsheimen auch Stipendien in Böhmen (beim kgl. böhm. Landesausschusse) bestehen.

Bericht über die Kinderheilstätten der Stadt Wien.

Von Magistratsrat Dr. Weiser.

Wenn man die Fürsorge für arme kranke Kinder in Wien mit der Pflege dieses Gebietes in Deutschland einem flüchtigen Vergleiche unterzieht — eine eingehendere Parallele

kann leider nicht die Aufgabe dieses Berichtes sein — so dürfte der wesentlichste Unterschied darin liegen, daß Deutschland den Vorzug der gleichmäßigen Spezialisierung, Wien jenen der Intensität hat. Mit anderen Worten: In Deutschland ist die Vielseitigkeit dieses Gebietes rühmendswert, Seehospize, Solbäder, Ferienkolonien, Waldschulen usw. sind schon seit Jahren nahezu in allen größeren Städten Deutschlands Gegenstand einer praktischen Anteilnahme der öffentlichen oder privaten Wohltätigkeit geworden. In Wien und Niederösterreich hat die Tatsache, daß sich die Zahl skrofulöser und rachitischer Kinder angesichts der stetig zunehmenden Bevölkerung von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise vergrößerte, in erster Linie zur Abwehr herausgefordert. Diese Aktion, welche in der zweiten Hälfte des verfloßenen Jahrhunderts und zwar als Ausfluß humanitärer Bestrebungen privater Vereine einsetzte, forderte allmählich die Aufmerksamkeit öffentlicher Körperschaften, der Stadt- und Landesvertretung heraus, die sich Jahre hindurch in der ausgiebigen Subventionierung der Vereine, schließlich aber als Folgeerscheinung der weitblickenden, schrankenlosen Wohlfahrtspolitik der Wiener Gemeindevertretung in der Verstadtbildung privater Heilstätten äußerte. In zweiter Linie erst trat die Fürsorge für die Kräftigung der Kinder hervor, daher die — von der Subventionierung verschiedener Ferienkolonievereine abgesehen — erst in einem späteren Zeitpunkte eintretende öffentliche Betätigung auf dem Gebiete der Erholungsstätten. Hierher gehört die in den letzten Jahren erfolgte Gründung von Tageserholungsstätten, welche zuvörderst der Landesvertretung von Niederösterreich zu danken ist, und der Säuglingschutz, der sich seit zwei Jahren der ausgiebigsten Förderung der Gemeinde Wien erfreut.

Die Intensität der Heilspflege, die ich demnach als den wesentlichsten Unterschied der heimischen Fürsorge von der in Deutschland bezeichnet habe, zeigt sich eben in der besonderen Berücksichtigung skrofulöser und rachitischer Kinder, jener ärmsten unter den kranken Kindern, die in den Kinder Spitälern deswegen einer entsprechenden Behandlung nicht zugeführt werden können, weil der Platzmangel in diesen Anstalten die so langwierige, oft viele Monate zählende Pflege derartiger Kinder ausschließt. Die ununterbrochene (Dauer-) Behandlung ist es also, welche die großen, derzeit im Eigentume der Gemeinde Wien stehenden Anstalten in San Pelagio-Rovigno, Sulzbach-Jüchl und Bad Hall allen ähnlichen Anstalten voraus haben, und welche im Vereine mit der chirurgischen Behandlung und speziellen Heilfaktoren (Meerwasser-, Salz- oder Sod-Solenbädern) die Bürgschaft für jene überraschenden, in diesen Heilstätten erzielten Erfolge bieten.

Es sind mehr als 40 Jahre verstrichen seit dem Zeitpunkte, wo die Gemeinde Wien ihre Fürsorge auch auf arme kranke Kinder ausdehnte. Es dürfte sich empfehlen, bevor ich in die Darstellung des heutigen Standes der Kinderheilspflege der Stadt Wien eingehe, ein kurzes Bild der Entwicklung dieses Gebietes der Wohlfahrtspflege zu geben.

Im Jahre 1865 beschloß der Wiener Gemeinderat, arme skrofulöse Kinder in das Kaiserin Elisabeth-Kinderhospital zu Bad Hall, eine Heilstätte, zu entsenden, welche im Jahre 1856 gegründet worden und infolge der kräftigen Wirkung der dortigen Jodsolquellen rühmlichst bekannt war. Die Zahl dieser Kinder betrug im ersten Jahre 13; sie erhöhte sich im Laufe der Jahre bis auf jährlich 70. Besondere Fälle skrofulöser Erscheinungen, deren Behandlung mit Schwefeltherme erwünscht schien, wurden durch Beschickung des Spitals für skrofulöse Kinder in Baden bei Wien berücksichtigt. Seit dem Jahre 1884 stehen der Gemeinde Wien dorfselbst 12 Plätze zur Verfügung, welche die Aufnahme von jährlich zirka 36 Kindern ermöglichen. Die im letzten Drittel des verfloßenen Jahrhunderts an der österreichischen Küste errichteten Seehospize in Grado (in der Nähe des alten Aquileja) und in Triest forderten zur Beachtung der durch Seebäder und klimatisch günstige Einflüsse erzielten besonders günstigen Erfolge bei jenen Kindern heraus, die das Opfer schlechter Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse geworden waren.

Es beschloß daher die Wiener Gemeindevertretung, auch in diese Heilstätten Kinder abzugeben, nach Grado vom Jahre 1884, nach Triest vom Jahre 1887 ab. Die Beschickung dieser Hospize erfolgte bezüglich Grados bis zum Jahre 1905 (jährlich 60 Kinder), bezüglich Triest bis zum Jahre 1900 (jährlich 50 Kinder), in welchem Jahre das letztere Hospiz infolge von Hafenarbeiten aufgelöst werden mußte.

Im Jahre 1886 gelang es der Tatkraft des Universitätsprofessors und Kinderarztes Dr. Mojs Monti, unter dem Protektorate der Erzherzogin Maria Theresia in Wien einen Verein ins Leben zu rufen, der sich die Errichtung und Förderung von Seehospizen und Asylen für arme kranke, insbesondere skrofulöse und rachitische Kinder zur Aufgabe stellte. Die erste Schöpfung dieses Vereins war das Erzherzogin Maria Theresia-Seehospiz in San Pelagio bei Rovigno an der westlichen Küste Istriens, welches im Jahre 1888 errichtet wurde. Dieser Anstalt reihte sich das im Jahre 1893 eröffnete Kaiser Franz Josef-Kinderhospiz in Sulzbach-Jüchl an. Diesen Hospizen, insbesondere dem ersteren, kommt nicht nur durch ihre außerordentlich geschützte Lage, sondern auch durch ihre mustergültige Verwaltung und die insbesondere auf chirurgischem Gebiete hervorragende ärztliche Pflege eine außerordentliche Bedeutung zu, auf welche ich im weiteren Verlaufe zurückkommen werde.

Es sei hier nur kurz erwähnt, daß in die lehterwähnten Anstalten sofort nach ihrer Errichtung von der Gemeinde Wien Kinder entsendet wurden, und daß im Jahre 1904 mit

dem Vereine ein Übereinkommen abgeschlossen wurde, welches der Gemeinde Wien die Unterbringung von Kindern in 60, das ganze Jahr besetzt zu haltenden Plätzen im Seehospiz San Pelagio in einem zu diesem Zwecke auf Kosten der Stadt Wien adaptierten Pavillon „dem Kinderheim der Stadt Wien“ sicherte.

Vorübergehend, und zwar als Ersatz für das im Jahre 1900 außer Betrieb gesetzte Seehospiz in Triest, wurden bis zum Jahre 1905 jährlich gegen 100 Kinder in das Ladislauß-Kinderheim zu Girkvenice im ungarischen Litorale, einer recht segensreich wirkenden Schöpfung des Erzherzogs Josef, entendet.

Im Jahre 1904 hatte die Gemeinde Wien in den vorerwähnten Anstalten allein 387 Kinder untergebracht und mit Rücksicht auf die mehrwöchige, ja in vielen Fällen mehrmonatige Behandlung die überwiegende Anzahl derselben der Heilung zugeführt.

Die stetig wachsende Inanspruchnahme der Gemeinde Wien auf diesem Gebiete, der Mangel eines entsprechenden Einflusses auf diese Anstalten, welche von der Privatwohlthätigkeit ins Leben gerufen und erhalten wurden, die Abhängigkeit der Entsendung einer größeren Anzahl von Kindern von dem jeweiligen Stande der Pfleglinge in einer Anstalt hatten schon vor einigen Jahren in den maßgebenden Kreisen der Wiener Gemeindeverwaltung den Gedanken wachgerufen, die vom Standpunkte der Heilerfolge wichtigste Frage der Entsendung von Kindern in Seehospize durch die Errichtung einer eigenen Anstalt der Gemeinde Wien zu lösen.

Das wesentlichste Hindernis, welches jedoch der Erreichung des Zieles im Wege stand, lag in der Entfernung der hierfür geeigneten Örtlichkeiten. Eine mindestens 16stündige Bahnfahrt und eine mindestens 12stündige Seefahrt mit schwerkranken Kindern mußte von vornherein außer Betracht kommen. Näher gelegene, alle Vorteile eines Aufenthaltes an der See in sich fassende Örtlichkeiten waren aber nicht ausfindig zu machen.

Mitten unter diesen Verjuchen gelang es, auf einem anderen Gebiete einen überraschenden Erfolg zu erzielen. Das verständnisvolle und tatkräftige Eingreifen des Vizebürgermeisters Dr. Neumayer, der durch viele Jahre als Kassaverwalter des Vereins zur Erhaltung des Kaiserin Elisabeth-Kinderhospitals zu Bad Hall eine ebenso verdienstliche wie einflußreiche Wirksamkeit entfaltete, führte dahin, daß im Jahre 1905 diese Anstalt und ihr Vermögen der Gemeinde Wien unter der Bedingung übergeben wurde, daß letztere die Ausgestaltung des Spitals durch Aufführung eines Erweiterungsbaues zur Ermöglichung der Dauerbehandlung (Sommer- und Winterkur) übernehme.

Das Kinderhospital zu Bad Hall war die erste Heilanstalt, welche die Gemeinde Wien überhaupt besaß, und sie hat durch die Übernahme derselben die erste Absicht bekundet, ohne irgend eine rechtliche Verpflichtung auf diesem bisher nur im Rahmen der privaten Wohlthätigkeit gepflegten Gebiete der Armenfürsorge selbständig vorzugehen.

Dieser Aktion reihte sich aber bald eine weit bedeutsamere an, welche auch die ursprünglichen Absichten der Gemeinde Wien verwirklichte. Die besondere Aufmerksamkeit, welche die Gemeinde Wien dem Seehospiz San Pelagio-Rovigno schon seit dem Inslebenreten desselben gewidmet und welche auch zu der oben erwähnten Schöpfung des Kinderheimes der Stadt Wien geführt hatte, veranlaßte den Verein, welcher diese Anstalt und das Hospiz in Sulzbach im Eigentume hatte, sich an die Gemeinde Wien mit der Bitte um eine größere finanzielle Unterstützung zu wenden. Die Wiener Gemeindevertretung, eingedenk des von ihr schon lange gehegten Wunsches, ein selbständiges Seehospiz zu gründen, faßte nun den Entschluß, die an das Seehospiz in San Pelagio arrondierenden Grundstücke zu erwerben, ein Seehospiz dortselbst zu errichten und den Betrieb desselben dem Seehospizvereine zu übergeben, wodurch letzterem auch die notwendige Entlastung geboten worden wäre.

In Ausführung dieses Beschlusses wurde ein circa 18 Hektar großer Grundkomplex in Rovigno von der Gemeinde Wien käuflich erworben. Bevor jedoch ernstlich die Frage der Erbauung des neuen Hospizes in Erwägung gezogen wurde, traten Umstände ein, welche die Entschlüsse der Gemeinde Wien in andere Bahnen lenkten. Der Verein trat an den n.-ö. Landesausschuß und die Gemeinde Wien mit der Bitte heran, ihm die Mittel zur Erbauung eines neuen Wirtschaftsgebäudes zur Verfügung zu stellen, da die von Jahr zu Jahr sich mehrende Anzahl von Pflieglingen eine Erweiterung des Belagranges gebieterisch erheischte. Bürgermeister Dr. Lueger erkannte mit richtigem Blicke, daß die geplante Ausgestaltung des Seehospizes nur mit bedeutenden finanziellen Opfern möglich wäre, zu welchen sich keine Körperschaft ohne irgend eine Sicherstellung herbeilassen könne. Angesichts der vor kurzem erfolgten Übernahme des Kaiserin Elisabeth-Kinderhospitals in Bad Hall gelangte er zu dem Entschlusse, mit dem Hospizvereine wegen Übernahme der Anstalten in San Pelagio und Sulzbach durch die Gemeinde Wien zu verhandeln. Maßgebend war hierbei der Gedanke, durch den Besitz dieser drei großen Anstalten die Frage der Heilbehandlung Skrofusler, Lymphatischer und anämischer Kinder in größtem Stile zu lösen und so der Gemeinde Wien die Möglichkeit zu geben, ohne Inanspruchnahme staatlicher Spitäler und der Privatwohlthätigkeit die überwiegende Zahl dieser so bedauernswerten Geschöpfe der Heilung oder Besserung zuzuführen.

Die entgegenkommende Haltung der Vereinsleitung erleichterte die Verhandlungen und schon am 2. Juli 1906 genehmigte die Generalversammlung des Vereins das bezügliche Über-

einkommen, welches der Gemeinde Wien das Eigentum der Anstalten unter der Bedingung einer sachgemäßen Erweiterung einräumte.

Hiermit war die Aktion auf dem Gebiete der Heilpflege erfolgreich abgeschlossen.

Die vom Standpunkte der Präventive nicht minder bedeutungsvolle Beobachtungnahme auf schwächliche, zu Tuberkulose neigende Kinder fand ihre Betätigung in der Errichtung der sogenannten Tageserholungsstätten. Diese, eine vom Lande Niederösterreich mit Unterstützung der Gemeinde Wien ins Leben gerufene Institution, dienen dazu, nach Niederösterreich, einschließlich Wien zuständigen, erholungsbedürftigen, also in erster Linie anämischen bzw. lymphatischen, chlorotischen, skrofulösen, in der Ernährung zurückgebliebenen oder infolge überstandener schwerer Krankheiten körperlich herabgekommenen und daher zur Erkrankung an Tuberkulose neigenden Kindern im schulpflichtigen Alter in der warmen Jahreszeit während der Tagesstunden Aufenthalt in reiner Waldluft unter entsprechender Aufsicht und Beschäftigung nach ärztlicher Anleitung zu ermöglichen und denselben während dieses Aufenthaltes die zu ihrer Kräftigung erforderliche Nahrung zu bieten.

Die erste Tageserholungsstätte wurde im Jahre 1904 in Pöbleinsdorf, einem im Nordwesten Wiens klimatisch vorzüglich gelegenen und als Sommerfrische außerordentlich beliebten Teile des Gemeindegebietes von Wien, errichtet. Im Jahre 1905 folgte die Eröffnung der zweiten Tageserholungsstätte in Mariabrunn, einer an der westlichen Grenze des Gemeindegebietes von Wien gelegenen waldbelichten Sommerfrische. Für beide Erholungsstätten wurde seitens der Gemeinde Wien der Grund unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Betriebsführung übernahm der Verein „Kinderschutstationen“, ein unter der Patronanz der Gemeinde Wien entstandener Verein, der sich die Unterbringung von verlassenen und verwahrlosten Kindern in Schutstationen und Tagesheimstätten zur Aufgabe gestellt hat und für seine, die Armenfürsorge der Gemeinde außerordentlich unterstützende Tätigkeit die namhafte Subvention von jährlich 100.000 Kronen erhält.

Seitens der Gemeinde Wien wurde übrigens dieses Gebiet im heurigen Jahre auch Gegenstand einer selbständigen Betätigung, indem sie innerhalb des Gemeindegebietes auf dem sogenannten „Gänsehäufel“, einer Insel des (nicht regulierten) Donaustromes, unter besonderer Beobachtungnahme auf die sonnige mit Sanddünen ausgestattete Beschaffenheit dieser Örtlichkeit dortselbst für anämische und skrofulöse Kinder eine Sommererholungsstätte ins Leben rufen wird.

Nach diesen allgemeinen Gesichtspunkten soll nun auf diese Anstalten selbst, auf die Pflege, Heilmethode und die Erfolge derselben des Näheren eingegangen werden.

Kaiserin Elisabeth-Kinderhospital in Bad Hall (Oberösterreich).

Diese Anstalt, eine der ältesten Kinderheilstätten Österreichs, liegt am Ostrande der Hochebene von Bad Hall, die in das Sulzbachtal abfällt. Im Süden erblickt man hinter waldbigen Vorbergen die mächtige Kette des Sengsengebirges und des Toten Gebirges. Im Westen und Norden überragt und geschützt von sanften Höhen, gegen Süden frei bis zu den Alpen, hat das Kinderhospital die schönste und denkbar günstigste Lage in Hall.

Das Areal der Anstalt umfaßt 15.633 m². Es befinden sich daselbst ein geräumiger, einen Stock hoher Haupttrakt, ein Seitentrakt, ein freistehender Erweiterungsbau und ein Isolierpavillon für zusammen 160 Kinder. Als das zweckmäßigste Gebäude erscheint der im Jahre 1906 von der Gemeinde Wien sofort nach Übernahme des Hospitals mit einem Aufwande von 140.000 Kronen hergestellte Erweiterungsbau für 50 Kinder, der die Einführung der Dauerbehandlung (Winterkur) ermöglichte, die sich für schwere Fälle als unumgänglich notwendig erwies, jedoch bei der baulich schlechten Beschaffenheit der alten Objekte, welche im Winter nicht benützt werden können, bisher nicht ins Leben treten konnte.

Die Heilmethode besteht in der chirurgischen Behandlung und in dem Gebrauche der jodbromhaltigen Sole, und zwar sowohl zu Badezwecken, wie auch zur Trinkkur. Der Aufenthalt in dem großen, herrlich gelegenen Anstaltsgarten fördert naturgemäß den Heilungsprozeß. In dem Hospitale sind ständig ein Primararzt und ein Sekundärarzt tätig. In der stärksten Belagzeit (den Sommermonaten) wird noch eine ärztliche Hilfskraft herangezogen.

Die Wartung der Kinder besorgen im Sommer 19, im Winter 10 Schwestern der Kongregation der Barmherzigen Schwestern nach der Regel des heiligen Vincenz von Paul.

Für die Pfleglinge der Anstalt gilt, wenn nicht der Krankheitszustand derselben eine besondere Veranordnung notwendig macht, die gleiche Diätform, und zwar:

Morgens.

Im Winter um 8 Uhr, im Sommer um 7 Uhr.
 $\frac{1}{4}$ Liter Milchkafee, dazu für Kinder unter 5 Jahren ein Brot zu 50 Gramm und für ältere Kinder zwei solche Brote.

Vormittags.

Im Winter um 10 Uhr, im Sommer um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ein Stück Brot zu 50 Gramm mit entsprechender Zutat (Butter, Schinken usw.) für Kinder unter fünf Jahren und zwei solche Brote für Kinder im Alter über fünf Jahre.

Mittags.

Im Winter um 1 Uhr, im Sommer um 12 Uhr.

$\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{4}$ Liter eingekochte Suppe, 10–12 Deka Fleisch mit einem Schöpflöffel gekochten Gemüses, ein Brot, $\frac{1}{8}$ Liter Rotwein. Dreimal wöchentlich außerdem Mehlspeise, Braten oder Fische.

Nachmittags.

Im Winter um 4 Uhr, im Sommer um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Milchkaffee und Brot in derselben Menge wie morgens.

Abends.

Im Winter um 6 Uhr, im Sommer um 7 Uhr.

Einmal wöchentlich 10–20 Deka Fleisch gebraten oder gedünstet mit Gemüse oder Mehlspeise.

Zweimal wöchentlich Milchspeise.

Dreimal wöchentlich Mehlspeise.

Einmal Eierpeise oder Eier.

Benötigen einzelne Kinder eine kräftigere Nahrung, so ist dem Primararzt, beziehungsweise den Sekundärärzten gestattet, für dieselben eine Extraverschreibung vorzunehmen.

Für Fiebernde und anderweitig erkrankte Pfleglinge des Seehospizes gelten folgende Diätnormen:

1. Leere Portion:

morgens	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch je nach dem Alter des Kindes;
vormittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter leere Fleischsuppe;
mittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter leere Fleischsuppe;
nachmittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch;
abends	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter lautere Fleischsuppe.

2. Schwache Portion:

morgens	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch oder Milchkaffee mit einem Brot zu 50 Gramm;
vormittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter lautere Fleischsuppe;
mittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Suppe;
nachmittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch oder Milchkaffee mit einem Brot zu 50 Gramm;
abends	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Suppe.

3. Viertel-Portion.

morgens	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch oder Milchkaffee mit einem Brot zu 50 Gramm;
vormittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Suppe mit einem Brot zu 50 Gramm;
mittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Suppe, dann
	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Mehlspeise;
nachmittags	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter Milch oder Milchkaffee mit einem Brot;
abends	$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$	Liter eingekochte Suppe mit einem Brot.

4. Ganze Portion

ist die für die Pfleglinge des Seehospizes eingangs angeführte normale Diätvorschrift.

Die vorstehenden Diätnormen können die Anstaltsärzte je nach der im einzelnen Fall vorliegenden Indikation noch durch folgende Extraverschreibungen ergänzen und abändern:

Eine Portion russischen Tee mit Milch ($\frac{1}{8}$ Liter Tee mit $\frac{1}{8}$ Liter Milch) oder statt letzterer mit einem Kaffeelöffel Rum.

Eine Portion Reis- oder Gerstenkleim, $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Huhn oder eine Portion à zehn Deka Schinken, $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$ Liter Wein usw.

Für die Kosten der Verpflegung kommen auf die Gemeinde Wien für die nach Wien zuständigen, die Landesauschüsse für die in anderen Orten heimatsberechtigten Kinder. Außerdem wird eine größere Anzahl von Kindern auf Grund wohlthätiger Stiftungen verpflegt. Zur Deckung der Betriebsanlagen bestehen auch Zahlplätze für Kinder vermöglicher Parteien.

Die Ausweise des Jahres 1906 geben ein anschauliches Bild der Tätigkeit der Anstalt und der Vielseitigkeit der Krankheitsformen, die zur Behandlung kamen.

Im Jahre 1906 wurden im Spitale aufgenommen und standen in Behandlung: 501 Kinder, und zwar 219 Knaben und 282 Mädchen.

Hiervon wurden:

geheilt entlassen	392	= 84 1/2%
gebessert entlassen	55	= 11 8/10%
ungeheilt entlassen	17	= 3 4/10%
sind gestorben	3	= 0 6/10%

	467	
Mit Ende 1906 verblieben	34	und zwar 17 Knaben und
Summe	501	17 Mädchen

Mit Rücksicht auf die Gesamtsumme der Betriebsanlagen per 44.450 Kronen 36 Heller stellt sich die Verpflegungsgebühr pro Kopf und Tag auf 180 1/2 Heller.

Erzherzogin Maria Theresia-Seehospiz in Pelagio bei Rovigno.

Diese seit Mai 1888 bestehende Anstalt ist, wie schon erwähnt, eine Schöpfung des Vereins zur Errichtung und Förderung von Seehospizen und Asylen für arme kranken- und rhachitische Kinder.

Sie befindet sich an der westlichen Küste Istriens in der kleinen Bucht von San Pelagio, gegenüber der Stadt Rovigno. Unter 45° 5' nördlicher Breite gelegen, somit fast im gleichen Abstand vom Nordpole und dem Äquator, hat dieser ins Meer vorspringende Küstenstrich, welcher zudem gegen Norden durch eine sanft ansteigende Hügelkette geschützt ist, ein mildes und gleichförmiges, dem in den Ortschaften am Mittelländischen Meere herrschenden ähnliches Klima. Das Hospiz umfaßt 28 Hektar. Durch den früher erwähnten Kauf der arrondierenden Grundstücke durch die Gemeinde Wien ist dasselbe auf 20 Hektar erweitert und eine geräumige Bucht ins offene Meer für die Anlage eines zweiten großen Bades gewonnen worden.

Das Terrain, mit roter Erde bedeckter Karstboden, wird für die Kultur von Wein und Oliven benützt. Der alte Besitz der Anstalt ist heute ein herrlicher Garten, der die mannigfachen Arten von Koniferen-, Lorbeer- und Eucalyptus-Gestrüchen und Palmen enthält. Der von der Gemeinde Wien erworbene Annex wurde sofort aufgeforstet und wird sich im Laufe weniger Jahre gewiß in derselben üppigen Weise entfalten.

Die Wasserversorgung muß bei dem außerordentlichen Quellenmangel, der in Istrien herrscht, durch große Zisternenanlagen erfolgen. Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß die Bemühungen der Stadtgemeinde Rovigno vom Erfolge gekrönt und süßwasserhaltige Quellen erhoben werden.

Die Anstalt besteht aus einem zweistöckigen, im einfachen italienischen Stile aufgeführten Hauptgebäude, das 150 Betten für Pflöglinge, ein Dormitorium für 30 Klostersehwestern (Kongregation der Schwestern vom göttlichen Heiland), die mit der Pflege der Kinder und Führung des Haushaltes betraut sind, und die nötigen Wirtschaftsräume enthält. An das Gebäude schließt sich, vom Fürsten Schwarzenberg dem Vereine gewidmet, ein Holzpavillon an, der die Kapelle, einen Raum für den Wiederholungsunterricht der Pflöglinge und den Speisesaal enthält. Ein Isolierpavillon für infektiöse Erkrankte und ein einstöckiger Pavillon für 60 Pflöglinge, das sogenannte „Kinderheim der Stadt Wien“, im Jahre 1904, also unmittelbar vor der Verstadtlung der Vereinsanstalten für Wiener Pflöglinge errichtet, vervollständigen die Baulichkeiten des Hospizes. In der Anstalt sind zwei Primärärzte und zwei Sekundärärzte tätig, welche auch dortselbst wohnhaft sind. Gleichwie in Bad Hall ist die chirurgische Heilmethode der wichtigste Bestandteil der ärztlichen Behandlung. Von besonderer Bedeutung für San Pelagio sind die Meerwasserbäder. Die Kinder baden im Sommer im offenen Meere; in der übrigen Jahreszeit werden ihnen die Meerwasserbäder in großen Bassins im Hause verabreicht. Hierzu kommt der kontinuierliche Aufenthalt in der milden Seeluft, welcher den Kindern selbst an den kältesten Tagen mindestens während der Mittagszeit ermöglicht ist.

Die Diätnorm ist gleich der in der Anstalt von Bad Hall bestehenden.

Die Anstalt besitzt das Öffentlichkeitsrecht, d. h. es muß jedes zur Aufnahme geeignete Kind, ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit, aufgenommen werden, und haben die Landesvertretungen jener Kronländer, in denen die Heimatgemeinde liegt, im Falle der Zahlungs-

unfähigkeit erhaltungspflichtiger Anverwandter für die Bestreitung der Verpflegskosten, die übrigens sehr niedrig (1 Krone 62 Heller pro Kopf und Tag) bemessen sind, aufzukommen.

Mit Ende Dezember 1905 sind im Erzherzogin Maria Theresia-Seehospiz zu San Pelagio 205 Kinder (93 Knaben, 112 Mädchen) in Behandlung verblieben.

Im Jahre 1906 wurden 336 Kinder (160 Knaben, 176 Mädchen) neu aufgenommen. Somit wurden im ganzen 541 Kinder (253 Knaben, 288 Mädchen) verpflegt.

Von diesen wurden während des Jahres 1906 329 Kinder in Abgang gebracht, und zwar:

geheilt entlassen	262	Kinder	(122	Knaben,	140	Mädchen)	= 79%
gebessert	44	"	(23	"	21	")	= 14%
ungeheilt	14	"	(5	"	9	")	= 4.25%
gestorben sind	9	"	(4	"	5	")	= 2.75%

Am Jahreschlusse 1906 verblieben 212 Kinder (98 Knaben, 114 Mädchen).

Die Gesamtauslagen betrugen 162.902 Kronen 38 Heller.

Die Verpflegskosten pro Kopf und Tag stellten sich auf 1 Krone 99 Heller.

Für die Gemeinde Wien ist der Besitz dieser mit so großem Grundbesitz ausgestatteten und von der Natur so sehr begünstigten Anstalt von der größten Bedeutung. Er bietet ihr die Möglichkeit, die von ihr inangurierte Pflege skrofultöser Kinder vollkommen auszugestalten.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat bereits die Pläne für die Erbauung eines großen Pavillons für 150 Kinder, wovon 50 auf selbstzahlende Pfleglinge entfallen sollen, eines Wirtschaftsgebäudes und verschiedener Nebengebäude genehmigt. Die hierfür erforderlichen Kosten im approximativen Betrage von 800.000 Kronen werden von der Gemeinde aus eigenen Mitteln bestritten. Wenn diese Objekte ausgebaut sind, erhöht sich der Pfleglingsstand auf 450. Das Seehospiz San Pelagio wird dann eines der größten des Kontinentes sein, ja es wird in seiner Eigenschaft als eine im Sommer und Winter im Betriebe stehende Anstalt einzig dastehen.

Kaiser Franz Josef-Kinderhospiz in Sulzbach.

Das Kaiser Franz Josefs-Kinderhospiz in Sulzbach bei Föchl in Oberösterreich, die zweite Anstalt des Vereins zur Errichtung und Förderung von Seehospizen und Mähen für skrofultöse und rhachitische Kinder, verdankt seine Gründung der Initiative einer edelsinnigen Dame, der vor kurzem verbliebenen Rosa Prinzessin Turn-Taxis, welche durch Spenden den Betrag für die Errichtung dieser Anstalt aufbrachte und denselben dem genannten Vereine übergab. Im Jahre 1893 wurde das Kaiser Franz Josefs-Kinderhospiz der Benützung übergeben. Sulzbach, ein kleiner Weiler bei der Bahnstation Laufen, drei Viertelsstunden von Föchl entfernt, befindet sich in einem klimatisch außerordentlich geschützten Tale am Ufer der Traun, in unmittelbarer Nähe des durch seine Naturschönheiten berühmten Sohlenweges. Das Gebiet der Anstalt umfaßt 2.8 Hektar, und zwar Wiesen, einen Obst- und Gemüsegarten und Spielplätze für die Kinder. Die Behandlung der Pfleglinge obliegt zwei Ärzten, welche für die Anstalt bestellt sind und von denen einer in der Anstalt wohnt. Auch in Sulzbach werden auf chirurgischem Wege die besten Erfolge erzielt. Hierzu kommt als Spezifikum die Anwendung von Solbädern. Die erforderliche Sole wird seitens der staatlichen Salinenwerke beigestellt. Einen besonderen Heilfaktor bietet auch hier die ungewöhnlich günstige Lage. Die milde Luft ermöglicht den Kindern, selbst im Winter an reinen Tagen sich im Freien aufzuhalten. In der besseren Jahreszeit werden mit den Kindern nach Zulässigkeit Spaziergänge in die reizende Umgebung Föchls unternommen.

Die Diätnorm ist gleich der in Bad Hall.

Auch Sulzbach genießt, gleichwie San Pelagio, das Öffentlichkeitsrecht; die Verpflegungsgebühr ist mit 1 Krone 65 Heller bemessen.

Im Jahre 1906 wurden im Kaiser Franz Josefs-Kinderhospiz in Sulzbach 191 Kinder (77 Knaben, 114 Mädchen) verpflegt.

Ende Dezember 1905 waren 51 Kinder (18 Knaben, 33 Mädchen) verblieben und im Laufe des Jahres 1906 wurden 140 Kinder (59 Knaben, 81 Mädchen) neu aufgenommen.

Von diesen wurden während des Jahres 1906 136 Kinder (51 Knaben, 85 Mädchen) in Abgang gebracht, und zwar:

geheilt entlassen	109	Kinder	(39	Knaben,	70	Mädchen)	= 80.14%
gebessert	22	"	(9	"	13	")	= 16.17%
ungeheilt	2	"	(1	"	1	")	= 1.47%
gestorben sind	3	"	(2	"	1	")	= 2.21%

Mit Schluß des Jahres 1906 verblieben 55 Kinder (26 Knaben, 29 Mädchen).

8. Siehe Kinder.

Für diese Bedürftigen gibt es bei uns in Böhmen keine Anstalt. Es ist der Bau eines Hauses der Barmherzigkeit in Welchau, ein Lebenswerk des dortigen Pfarrers Baumgärtel, leider mangels ausreichender Unterstützung noch immer nicht zur Vollendung gediehen.

Der utraquistische Verein vom heiligen Vinzenz de Paul, dessen Satzungen angeschlossen erscheinen, erhält ein Siechenhaus Vincentinum in Prag nach folgendem Statut.

Statuten der Versorgungs-Anstalt „Vincentinum“ des Vereins vom hl. Vinzenz de Paul.

§ 1.

Der Verein vom hl. Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege im Königreiche Böhmen gründet, leitet und verwaltet eine Anstalt unter dem Namen „Vincentinum“ mit dem Zwecke, in demselben solche arme franke Personen ohne Unterschied des Geschlechts, der Konfession und der Nationalität zu versorgen, welche nach Böhmen zuständig und wegen der chronischen Beschaffenheit, Unheilbarkeit ihres Zustandes, zur Aufnahme in einem öffentlichen Krankenhause nicht geeignet sind, mit Ausnahme von Idioten, dann mit Infektions-Krankheiten befallener oder epileptischer Personen.

§ 2.

Die Kosten der Bewohnung und Verpflegung, dann die Heilkosten, sowie eventuell die Begräbniskosten der Anstaltspflegerlinge werden aus einem eigenen Fonds bestritten, welcher jedoch einen Teil des Vermögens des St. Vinzenz-Vereins bildet.

§ 3.

Die Kosten des Transportes von Pfleglingen in die Anstalt besorgt diejenige Konferenz des St. Vinzenz-Vereins von Paul, welche um die Aufnahme angeht.

§ 4.

Die oberste Aufsicht über das Vincentinum steht dem Zentralrate des St. Vinzenz-Vereins zu.

§ 5.

Zur unmittelbaren Leitung der Anstalt wird vom Zentralrat ein Ausschuss „Vincentinum-Komitee“ bestellt, welches aus dem Präsidenten des St. Vinzenz-Vereins und aus acht tätigen Mitgliedern des St. Vinzenz-Vereins besteht, von welchen sechs als tätige Mitglieder, zwei jedoch als Ersatzmänner fungieren.

§ 6.

Das Vincentinum-Komitee verwaltet den Fonds des Vincentinums, überwacht die Verpflegung und die Wirtschaftsgebarung im Vincentinum, und ist berechtigt, dem Zentralrat des St. Vinzenz-Vereins Anträge zu stellen.

§ 7.

Dem jeweiligen Präsidenten des St. Vinzenz-Vereins steht das Recht zu, den Vorsitz im Vincentinum-Komitee zu führen.

§ 8.

Das Vincentinum-Komitee wählt aus seiner Mitte einen Obmann, einen Obmannsstellvertreter, einen Hausinspektor, einen Kassier und einen Schriftführer.

§ 9.

Der Obmann beruft die Versammlungen des Vincentinum-Komitees ein, führt im Verhinderungsfalle des Vereinspräsidenten in demselben den Vorsitz und fertigt alle vom Komitee ausgehenden Schriftstücke.

§ 10.

Der Stellvertreter des Obmannes vertritt denselben im Verhinderungsfalle.

§ 11.

Der Hausinspektor führt die unmittelbare Aufsicht über die Anstalt, überwacht die Pflege der aufgenommenen Personen, die Reinhaltung, Beheizung und Beleuchtung der Lokalitäten und die Reinigung der Wäsche, und hat zu diesem Behufe die Anstalt regelmäßig zu besuchen, führt die Hausrechnung, verwahrt die Hauskassa und empfängt Vorschüsse aus der Fondskassa. Derselbe hat im Vincentinum-Komitee über die gemachten Wahrnehmungen zu berichten und erforderlichen Falles Anträge zu stellen.

§ 12.

Dem Kassier liegt die Verwahrung der Fondskassa ob.

§ 13.

Der Schriftführer führt in den Versammlungen des Komitees das Protokoll, besorgt die Kanzleigeschäfte des Komitees und führt ein Stammbuch über die Pflinglinge, sowie ein Inventar über die Einrichtungstücke der Anstalt.

§ 14.

Über die Aufnahme in das Vincentinum entscheidet der Zentralrat des Vinzenz-Vereines, wenn eine Konferenz dieses Vereines um die Aufnahme einer Person angesucht und das Vincentinum-Komitee einen diesbezüglichen Antrag beim Zentralrat gestellt hat. Die Konferenz hat dem Aufnahmgesuche ein vollständiges Rationale, ein ärztliches Zeugnis, ein Wohlverhaltens- und Armutzeugnis und den Nachweis der Heimatszuständigkeit der zur Aufnahme beantragten Person beizulegen.

§ 15.

Von jeder erfolgten Aufnahme ist binnen 3 Tagen die Anzeige an die k. k. Polizeidirektion zu erstatten.

§ 16.

Jede in das Vincentinum aufgenommene Person genießt freie Wohnung nebst Beheizung, Beleuchtung und Benützung der Bettwäsche, sowie Verköstigung mit Benützung des Eßgeschirres, im Krankheitsfalle unentgeltliche ärztliche Behandlung und Medikamente, hat im Falle des Ablebens im Vincentinum eventuell Anspruch auf Kosten der Anstalt beerdigt zu werden, ist dagegen verpflichtet, sich ordentlich und friedfertig zu benehmen, Ordnung und Reinlichkeit zu beobachten, dem Hausinspektor Gehorsam zu leisten, und jedwede von demselben ihr auferlegte angemessene Arbeit in und außer dem Hause zu verrichten.

§ 17.

Pflinglingen, welche den Austritt aus der Anstalt wünschen, wird derselbe unbedingt gestattet, jedoch nur nach erfolgter gehöriger Anmeldung.

§ 18.

Dem Zentralrat des Vinzenz-Vereines steht es zu, wenn das Vincentinum-Komitee es beantragt, aus welchem Grunde immer Pflinglinge aus der Anstalt zu entlassen, jedoch muß diejenige Konferenz, über deren Ansuchen die Aufnahme geschehen war, durch das Vincentinum-Komitee von der Entlassung verständigt werden.

§ 19.

Der Zentralrat des Vinzenz-Vereines hat das Recht, über Antrag des Vincentinum-Komitee mit zwei Drittel-Majorität der Anwesenden das Vincentinum aufzulösen. Im Falle

der Auflösung des Vincentinums wird gemäß § 2 der Fond desselben, die Kassa und das Inventar dem Vermögen des St. Vinzenz v. Paul-Vereines einverleibt.

Statuten des Haupt-(Zweig-)Vereines vom heiligen Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege.

§ 1. Der Name des Vereines. Es konstituiert sich ein Verein katholischer Männer unter dem Namen: „Verein vom heiligen Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege für das Königreich Böhmen.“

§ 1. Der Name des Zweigvereines. Es konstituiert sich als Zweigverein des Vereines vom heiligen Vinzenz von Paul, welcher mit dem Hauptvereine in Prag in Verbindung steht, unter dem Namen:

§ 2. Zweck des Vereines ist, seinen Mitgliedern Gutes zu tun, indem er dieselben in den Werken der Liebe übt. Diese sind: Der Besuch der Armen, namentlich armer Familien ohne Unterschied der Konfession und Nationalität in ihren Wohnungen, die Unterstützung derselben mit Naturalien nach Bedürfnis und zugleich Aufrichtung derselben in sittlicher Beziehung, Belehrung; ferner Anlage von Bibliotheken, sodann die Einwirkung auf eine gute Pflege und Erziehung armer Kinder. Der Verein stellt es sich ferner zur Aufgabe, nach Möglichkeit „Häuser für Arme“ und ähnliche Anstalten zu gründen. Derselbe befaßt sich aber niemals und unter keinem Vorwande mit Politik.

§ 3. Als Mittel hiezu sollen dienen: a) Die Vereinigung zu gemeinsamem Gebete. b) Die Ausübung der im § 2 erwähnten Liebeswerke. c) Vier Quartalsvereinsverhandlungen an bestimmten Festtagen zur Erstattung der Berichte über die vollbrachten Arbeiten des Vereines und zu ermunternden, sich auf die Nächstenliebe beziehenden Ermahnungen.

§ 4. Die Aufnahme in den Verein geschieht über Vorschlag eines Mitgliedes durch den Präsidenten unter Zurateziehung der Ausschussmitglieder; ebenso der Ausschluß ohne Angabe des Grundes. Der Austritt steht jedem Mitgliede frei und geschieht durch Meldung beim Präsidenten.

§ 5. Der Sitz des Vereines ist in Prag.

§ 5. Der Sitz des Zweigvereines ist in

§ 6. Jedes Mitglied hat das Recht an den Versammlungen und Vereinsfesten teil zu nehmen und christliche Liebeswerke zur Ausführung in Vorschlag zu bringen. Jedes Vereinsmitglied verpflichtet sich, die ihm übertragenen Liebeswerke pünktlich zu erfüllen, in den berufenen Sitzungen über deren Vollzug zu berichten und am Schlusse derselben zur abgehaltenen Kollekte eine Gabe beizutragen.

§ 7. Der Verein kann auch Teilnehmer ohne Unterschied der Konfession haben; dieselben sind nicht Mitglieder des Vereines, haben aber als dessen Wohltäter Anspruch auf sein Gebet.

§ 8. Die Organe der Vereinsleitung sind: Der Verwaltungsrat und der aus dessen Mitte ernannte Ausschuß.

§ 9. Der Verwaltungsrat besteht aus einem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Sekretär, einem Kassier und nach Maßgabe des Bedürfnisses aus einem Bibliothekar, einem Bewahrer der Kleiderkammer oder anderen Beamten, und beschäftigt sich mit den Werken und wichtigen Maßnahmen, welche den Verein im allgemeinen angehen. Das erstmal findet die Wahl des Präsidenten durch sämtliche Vereinsmitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit statt; in späteren Fällen wird derselbe durch den Verwaltungsrat ernannt.

§ 10. Der Präsident ernennt die Mitglieder des Verwaltungsrates und sonach aus demselben und über dessen Anhörung den Vizepräsidenten, den Sekretär und Kassier, und falls es das Bedürfnis erheischt, den Bibliothekar oder andere Beamte, leitet dessen Verhandlungen, nimmt Vorschläge entgegen, trägt dieselben vor, beruft, so oft dies nötig, den Verwaltungsrat und führt den Vorsitz in den Versammlungen. Der Präsident, der Vizepräsident, der Sekretär und Kassier bilden einen ständigen Ausschuß, welcher die laufenden Geschäfte besorgt und seinen Sitz in Prag hat.

§ 10. Der Präsident ernennt die Mitglieder des Verwaltungsrates und sonach aus demselben und über dessen Anhörung den Vizepräsidenten, den Sekretär und Kassier, und falls es das Bedürfnis erheischt, den Bibliothekar oder andere Beamte, leitet dessen Verhandlungen, nimmt Vorschläge entgegen, trägt dieselben vor, beruft, so oft dies nötig, den Verwaltungsrat und führt den Vorsitz in den Versammlungen. Der Präsident, der Vizepräsident, der Sekretär und Kassier bilden einen ständigen Ausschuß, welcher die laufenden Geschäfte besorgt und seinen Sitz in hat.

§ 11. Gültige Beschlüsse werden nur von dem Verwaltungsrate mit absoluter Stimmenmajorität gefaßt und Ausfertigungen und Bekanntmachungen vom Präsidenten unterschrieben.

§ 12. Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse werden durch den Präsidenten bei Anhörung des Verwaltungsrates geschlichtet.

§ 13. Der Verwaltungsrat vertritt den Verein nach außen durch seinen jeweiligen Präsidenten. In Abwesenheit oder Verhinderung des Präsidenten tritt der Vizepräsident als Stellvertreter ein.

§ 14. Über die Auflösung des Vereines entscheidet der Verwaltungsrat und zwar bei Anwesenheit von wenigstens drei Vierteln seiner Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 15. Im Falle der Vereinsauflösung ist das Vereinsvermögen unter die vom Vereine in die Pflege aufgenommenen Armen zu Ende zu verteilen.

§ 16. Abänderung der Statuten. Über die Abänderung der Vereinsstatuten entscheidet der Verwaltungsrat bei Anwesenheit der Majorität seiner Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 17. Teilung des Vereines in Konferenzen. Wird der Verein mit Gottes Hilfe so zahlreich, daß eine einheitliche Leitung Schwierigkeiten bietet, so wird er sich in einzelne Abteilungen teilen, die den Namen „Konferenzen“ führen. Jeder Konferenz steht ein Präsident vor, welcher in Verhinderungsfällen von einem Vizepräsidenten der einzelnen Konferenz vertreten wird. Sowohl die Präsidenten als auch die Vizepräsidenten der einzelnen Konferenzen ernannt der Präsident des Vereines.

Die Konferenzen versammeln sich wöchentlich, halten Beratungen über die Aufnahme der Mitglieder und über die Armenpflege und erstatten dem Verwaltungsrate Bericht, so oft er es verlangt. Der Verwaltungsrat verfügt über die Geldgebarungen der einzelnen Konferenzen. Die jeweiligen Präsidenten und Vizepräsidenten sind Mitglieder des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat besteht nach der Teilung des Vereines in Konferenzen außer den im § 9 erwähnten Mitgliedern noch aus den jeweiligen Präsidenten und Vizepräsidenten der einzelnen Konferenzen.

§ 18. Bildung der Zweigvereine. Der Verein hat das Recht auf dem Lande Zweigvereine zu errichten, die sich nach den Statuten des Hauptvereines richten, denselben gemäß ihren Vorstand wählen und sich, wenn es die Mitgliederanzahl erheischt, in Konferenzen teilen.

§ 19. Der Vorstand des Zweigvereines hat dem Vorstände des Hauptvereines, der in Prag seinen Sitz hat, den Jahresausweis der Tätigkeit der Filiale bis Ende Jänner eines jeden Jahres vorzulegen. Der Verwaltungsrat des Hauptvereines heißt Oberverwaltungsrat.

Hauptverein vom heiligen Vinzenz von Paul, Prag, 12. Jänner 1878.

§ 14. Über die Auflösung des Vereines entscheidet der Verwaltungsrat und zwar bei Anwesenheit von wenigstens drei Vierteln seiner Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit. Die beschlossene Auflösung ist dem Hauptvereine und der Regierungsbehörde anzugeigen.

§ 15. Im Falle der Vereinsauflösung geht das Vermögen des Vereines in das Eigentum des Hauptvereines über und im Falle jener auch des Hauptvereines ist es unter die von der Konferenz versorgten Armen zu verteilen.

§ 16. Abänderung der Statuten. Über die Abänderung der Vereinsstatuten entscheidet der Verwaltungsrat bei Anwesenheit der Majorität seiner Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit. Die beschlossenen Statutenänderungen treten jedoch erst nach ihrer Genehmigung durch den Verwaltungsrat des Hauptvereines und durch die kompetente Regierungsbehörde in Rechtskraft.

§ 19. Der Vorstand des Zweigvereines hat dem Vorstände des Hauptvereines, der in Prag seinen Sitz hat, den Jahresausweis der Tätigkeit der Filiale bis Ende Jänner eines jeden Jahres vorzulegen.

Zweigverein vom heiligen Vinzenz von Paul

Vielleicht ist es nicht unangebracht, an dieser Stelle an die Bestimmungen zu erinnern, welche der Böhmisches Landesausschuß über die Errichtung von Siechenhäusern erlassen hat.

Normalbestimmungen

über die Errichtung und Erhaltung von Siechenhäusern im Königreiche Böhmen, gemäß Landtagsbeschlusses provisorisch gültig bis zur definitiven, auf Grund besonderer gesetzlicher Normen erfolgenden Regelung des Siechenhauswesens.

1. Die Gründung von Siechenhäusern wird der freien Entschließung derjenigen Kreise (vornehmlich der Bezirke und Gemeinden) überlassen, denen an dem Bestande einer solchen Anstalt unmittelbar gelegen ist.

Soll jedoch ein zu errichtendes Siechenhaus nach der Absicht der Gründer der Begünstigung theilhaftig werden, daß zu den **Erhaltungskosten** desselben auch das Land mitbeizutragen habe, so wird in jedem eintretenden Falle der beabsichtigten Gründung eines solchen Siechenhauses hievon dem Landesauschusse die Anzeige zu erstatten und hiebei nachzuweisen sein:

- a) daß die Anstalt für den betreffenden Ort oder Bezirk in der That notwendig ist;
- b) daß sich das Gebäude für Zwecke dieser Anstalt eignet, eventuell daß das Bauprojekt nach den vorzulegenden Plänen den zu stellenden Anforderungen entspricht;
- c) daß der Bau- und Einrichtungsaufwand seitens der Gründer der Anstalt vollständig gesichert erscheint;
- d) endlich werden für eine jede derartige Anstalt spezielle Verwaltungsregeln zu verfassen und dem Landesauschusse zur Genehmigung vorzulegen sein.

2. In die Siechenhäuser können aufgenommen werden:

- a) auf öffentliche Kosten:

Arbeitsunfähige Sieche, deren Gebrechen nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften die Aufnahme derselben in ein öffentliches Krankenhaus nicht gestattet, oder ihre Entlassung aus dem öffentlichen Krankenhause bedingt; ferner auch blödsinnige Personen, sofern ihr Zustand keine besondere Beaufsichtigung erfordert.

Solche Personen dürfen nur dann aufgenommen werden, wenn sie in Böhmen heimatberechtigt sind und in die dauernde Armenversorgung einer hiesigen Gemeinde gehören, und die Gemeinde diesen Personen eine mit den Grundsätzen der Humanität vereinbarte Unterkunft und Pflege nicht leisten kann.

Nach Zulaß des Raumes können in die Siechenhäuser auch solche Personen aufgenommen werden, welche in dem betreffenden Bezirke nicht heimatberechtigt sind; doch haben dieselben im Bedarfsfalle den Einheimischen Platz zu machen.

Zur Aufnahme in die Siechenanstalt ist die Zustimmung derjenigen Gemeinde erforderlich, welcher auf Grund der Bestimmungen des Armen-, bzw. Heimatsgesetzes die Sorge für den betreffenden Siechen obliegen würde.

Sollte bei der Einlieferung des Siechen seine Heimatgemeinde nicht bekannt sein, so sind die erforderlichen Schritte zur Ermittlung derselben unverzüglich einzuleiten.

- b) Nach Zulaß der Raumverhältnisse können auch solche mit Gebrechen behaftete und in eine derartige Anstalt gehörige Personen Aufnahme finden, welche der Anstalt von ihren Familien, Verwandten, Wohltätern oder von einer Korporation gegen Bezahlung einer bestimmten Verpflegungsgebühr übergeben werden.

3. Zu den Erhaltungskosten der Siechenhäuser steuern die Gemeinden für ihre in diesen Siechenhäusern verpflegten armen Angehörigen durch Zahlung einer niedrig bemessenen Tage bei.

Dieser Beitrag der Gemeinden hat mindestens 10 kr. und höchstens 20 kr. per Kopf und Tag zu betragen.

Innerhalb dieser Grenzen wird in jedem einzelnen Bezirke und Falle das Maß der von den betreffenden Gemeinden für ihre siechen Angehörigen zu leistenden Beisteuer festgesetzt werden.

Die Gemeinde ist verpflichtet, dem Siechen bei seiner Einlieferung in die Anstalt Kleidung, Wäsche und Schuhwerk nach Maßgabe der für die einzelne Anstalt erlassenen Verwaltungsregeln mitzugeben.

Der durch diese Beiträge und durch die eigenen Einnahmen unbedeckt gebliebene Aufwand wird in der Regel zu gleichen Teilen (mit je 50%) auf das Land und den Bezirk verteilt.

In rücksichtswürdigen Fällen können Ausnahmen von dieser Regel zugelassen werden.

4. Die näheren Vorschriften über die innere Organisation der gemäß dieser Grundsätze errichteten Siechenanstalten, beziehungsweise über ihre Leitung, Verwaltung und Gebahrung, dann in bezug auf die Bewilligung der Aufnahme von Siechen in die Siechenhäuser, sowie in betreff der vom Landesauschusse über diese Anstalten zustehenden Aufsicht werden mittelst spezieller Verwaltungsregeln festgestellt, welche der Landesauschuß für jede einzelne Anstalt genehmigt, welche jedoch bis zur Erlassung eines Normalstatutes vorläufig bloß eine provisorische Geltung haben sollen.

Dieses Normalstatut wird der Landesauschuß auf Grund der bei der Aktivierung der Siedheanstalten zu gewärtigenden Erfahrungen entwerfen und seinerzeit dem Landtage vorlegen.

9. Krüppelkinder.

Für rhachitische und verkrüppelte Kinder besteht bei uns in Böhmen außer der tschechischen Rosenkranzanstalt in Prag kein Heim. Im übrigen Österreich bestehen folgende Anstalten.

Lanzendorf bei Wien: Kaiserin Elisabeth-Asyl für verkrüppelte Kinder (vom 3. Lebensjahre).

Budapest: Nyomórek gyermekek otthona (Kinder zwischen 6 und 14 Jahren).

Graz: Krüppelasyll, eine Gründung Dr. Wittels.

Außerdem besteht zur Krüppelfürsorge der Verein „Leopoldinum“ in Wien, der sich die Aufgabe gestellt hat, Heimstätten für Krüppel beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, in ganz Österreich ins Leben zu rufen. Das fortgeschrittenste Land bezüglich der Krüppelfürsorge ist der Staat Minnesota in Nordamerika. Hier ist die Krüppelfürsorge gesetzlich geregelt.

Es heißt u. a. in dem betreffenden Gesetze von 1897:

... „Die Leitung der Staatsuniversität wird bevollmächtigt, Fürsorge und ärztliche Behandlung in einem oder mehreren Krankenhäusern für jedes bedürftige Kind, welches mindestens ein Jahr lang im Staate wohnt, zu beschaffen. Die aufzunehmenden Kinder müssen verkrüppelt oder deformiert sein oder an einer Krankheit leiden, welche zur Verkrüppelung führen kann. Die Kinder haben ärztliche oder chirurgisch-orthopädische Behandlung von seiten der Mitglieder des Medizinalkollegiums zu erhalten, und diese Hilfe ist von seiten der Ärzte unentgeltlich zu leisten. Es sind seitens der Regierung geregelte Bestimmungen zu erlassen, betreffend die Aufnahme, Entlassung, Versorgung, Pflege, Behandlung und Erziehung der in Frage kommenden Kinder ...“

In Deutschland bestehen gegenwärtig 33 Privatanstalten für Krüppelpflege mit 3300 Plätzen und eine staatliche in München mit 200 Plätzen.

Nach der bis jetzt durchgeführten Krüppelstatistik entfallen etwa 6 Promille der Bevölkerung auf Krüppel. Der Anteil schwankt zwischen 3·2‰ und 8·6‰; auf die Erwachsenen (über 14 Jahre) kommen dabei durchschnittlich 4·8‰ mit den Grenzwerten 2·4‰ und 7·1‰, für die Kinder 1·2‰ mit den Grenzwerten 0·8‰ und 1·9‰.

Darnach gäbe es in Böhmen bei einer Bevölkerungszahl von 2.337.013 Deutschen (1900) durchschnittlich **11.217** deutsche Krüppel (zwischen 5608 und 16.592); davon wären durchschnittlich **2804** deutsche Kinder bis zu 14 Jahren (zwischen 1869 und 4440).

Im allgemeinen kann man nach den bisherigen Erhebungen in Deutschland annehmen, daß etwa 94% der erwachsenen und etwa 92% der jugendlichen Krüppel geistig vollständig gesund und bildungsfähig sind.

Die statistischen Erhebungen über die Krüppel wären im allgemeinen nach folgendem Muster durchzuführen, dem die reichsdeutschen Erhebungsarten zu grunde gelegt erscheinen.

Verlauf der Zählkarten.

(Vorderseite)

Zählkarte für das einzelne Krüppelkind.

(Erläuterungen auf der Rückseite.)

Zählung der Krüppelkinder im Monat 1908.

Diese Karte ist bis zu senden an Herrn

Bezirk: Gemeinde:

1. Vor- und Zuname des Krüppelkindes:
2. Geboren am (Tag, Monat, Jahr):
Nationalität:
Konfession:
3. Stand und Beruf der Eltern:
Leben Vater und Mutter?
4. Sind die Eltern in guten Vermögensumständen oder in bedrängten?
(Zutreffendes unterstreichen.)
5. Haben Vater, Mutter, ausreichenden Erwerb?
6. Falls Vater oder Mutter oder beide gestorben sind, wer sorgt für den
Krüppel? Stiefeltern (Stiefvater, Stiefmutter) oder andere Verwandte oder
wer sonst? Pfleger?
(Zutreffendes unterstreichen.)
7. Wo hält sich der Krüppel auf? (Genauere Adresse):
In einer öffentlichen, privaten (Kranken- oder Pflegeanstalt)?
Hat er Anspruch auf öffentliche Armenversorgung?
8. Wer unterhält den Krüppel? ausreichend, kümmerlich?
(Zutreffendes unterstreichen.)
Außerdem noch private oder öffentliche Unterstützung? (Kirche, Armenpflege.)
(Zutreffendes unterstreichen.)
Wie hoch ist diese jährliche Beihilfe?
Erwirbt der Krüppel selbst mit? und wieviel jährlich?
Durch welche Tätigkeit? Betteln?
Schaustellung?
9. Betrifft die Verkrüppelung Kopf, Rumpf, rechten, linken Arm, rechte, linke
Hand, rechtes, linkes Bein, rechten linken Fuß? (Zutreffendes unterstreichen.)
Genauere Bezeichnung des krüppelhaften Leidens (wenn irgend möglich, vom
Arzt zu erfragen):
Ist die Verkrüppelung angeboren oder später (in welchem Lebensjahr?)
und wodurch entstanden? (wenn irgend möglich, vom Arzt zu erfragen):
.
10. Ist der Krüppel geistig gesund? oder gar hervorragend
befähigt? oder besteht sonst Schwachsin, Blödsinn, Stumpfsinn, Reizbar-
keit, Neigung zu Böswilligkeit und Verbrechen? (Zutreffendes unterstreichen.)
Ist bei allgemeinem Schwachsin eine oder mehrere (musikalische, rechnerische,
technische) Fertigkeiten vorhanden? Ja! Nein! (Zutreffendes unterstreichen.)
.

11. Leidet der Krüppel an epileptischen Krämpfen, oder Muskelzuckungen oder dauerndem Muskelkrampf? (Zutreffendes unterstreichen.) Oder Lähmungen einzelner und welcher Glieder?
 An Nervenschwäche? An Taubstummheit, Blindheit?
 (Zutreffendes unterstreichen.)
 Sonstigen chronischen Krankheiten? welchen?

12. Hat der Krüppel Unterricht in einer Schule (höhere Schule, Volksschule) erhalten? oder Privatunterricht? oder in einer Schule für Schwachbefähigte?
 (Zutreffendes unterstreichen.)
 Wie lange? Welchem Alter eines geistig normalen Kindes entspricht seine Schulbildung?
 Ist er noch gar nicht unterrichtet? Warum nicht?
 Hat er Handfertigungs-Unterricht erhalten? welchen?
 Mit oder ohne Erfolg?
13. Sind bei leiblichem Vater, Mutter, Schwester, Bruder, Großvater, Großmutter, bei blutsverwandtem Onkel, Tante beobachtet Verkrüppelungen? welche? Schwachsinn, Blödsinn, Epilepsie, Taubstummheit, Blindheit? (Zutreffendes unterstreichen.)
 Sind die leiblichen Eltern miteinander blutsverwandt?
 Wie?
14. Sind Heilungsversuche unternommen? Wann?
 Von wem? Wo?
 Wie lange? Wodurch? Operation (an Knochen, Muskeln, Sehnen?) Verbände (Gips, Streckverband, Korsetts, künstliche Glieder, Schienenapparate?) Ist der Krüppel geheilt (soweit sein Leiden heilbar ist), gebessert, ungeheilt, in Behandlung? (Zutreffendes unterstreichen.)

Unterschrift und Adresse des Auskunftsgewäbers.

.

(Rückseite.)

Erläuterungen.

Krüppelkinder sind Kinder, welche infolge angeborener Fehler oder durch Verlust, Verkrümmung oder Lähmung oder Muskelkrampf einzelner Körperteile in der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit ihrer Gliedmaßen dauernd beeinträchtigt sind.

Gezählt werden nur Krüppelkinder, die am das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Als Gemeinde, in welcher das Krüppelkind gezählt wird, ist sein Aufenthaltsort maßgebend, nicht der Wohnsitz der Familie, zu welcher es gehört.

In den Antworten ist möglichste Genauigkeit und Ausführlichkeit unbedingt nötig.

Für jedes krüppelhafte Gebrechen gibt es eine ganz bestimmte Krankheitsbezeichnung. Um für die Statistik Einheitlichkeit in der Benennung zu erzielen, ist es dringend wünschenswert, die nachstehenden Bezeichnungen zu gebrauchen:

1. Schiefhals.
2. Trichterbrust.
3. Hühnerbrust.
4. Hochgradige Verkrümmung des Brustkorbes nach Brust- und Rippenfellentzündung.
5. Hochgradige Verkrümmung der Wirbelsäule nach hinten (Buckelbildung, Kyphose).
6. Hochgradige seitliche Verkrümmung der Wirbelsäule (Skoliose).
7. Tuberkulose der Wirbelsäule mit Buckelbildung (Spondylitis).
8. Angeborener Hochstand des Schulterblattes.
9. Angeborenes oder erworbenes Fehlen
 - a) des ganzen Armes,
 - b) des Vorderarmes,
 - c) der Hand,
 - d) einzelner Finger.
10. Angeborene oder erworbene Verrenkung des Ellbogengelenkes.
11. Angeborenes Fehlen eines Vorderarmknochens (Klumpband).
12. Verkrümmung des Vorderarms infolge von Wachstumsstörungen an den Vorderarmknochen.
13. Angeborene oder erworbene Verrenkung des Handgelenkes.
14. Angeborene oder erworbene Versteifung des Handgelenkes.
15. Angeborene oder erworbene Beugstellung eines oder mehrerer Finger.
16. Angeborene seitliche Verschiebung der Fingergelenke.
17. Angeborene oder erworbene Verwachsung einzelner Finger.
18. Überzählige Finger oder fingerähnliche Gebilde.
19. Angeborene Verrenkungen des Hüftgelenkes.
20. Verbiegung des Schenkelhalses (Coxa vara).
21. Versteifung oder knöcherne Verwachsung des Hüftgelenkes oder falsche Stellung und Verkürzung des Beines nach Hüftgelenkentzündung.
22. Verkrümmung des Oberschenkels infolge englischer Krankheit.
23. Angeborenes oder erworbenes Fehlen
 - a) des Oberschenkels,
 - b) des Unterschenkels,
 - c) des Fußes,
 - d) einzelner Beine.
24. Angeborenes Fehlen der Kniescheibe.
25. Angeborene oder erworbene Verrenkung des Kniegelenkes.
26. Hochgradige Verkürzung des Beines
 - a) angeboren,
 - b) als Folge von Wachstumsstörungen,
 - c) nach Entzündungen,
 - d) nach Verletzungen.
27. Starke Ausbiegung des Knies nach hinten (Genu recurvatum).
28. Starkes X-bein.
29. Starkes O-bein.
30. Verkrümmung des Unterschenkels infolge englischer Krankheit.
31. Angeborenes Fehlen des Schienbeins (angeborener Klumpfuß).
32. Angeborenes Fehlen des Wadenbeins (angeborener Plattfuß).
33. Angeborener oder erworbener Klumpfuß.
34. Hochgradige Einwärtsstellung der Füße.
35. Spitzfuß.
36. Hackenfuß.
37. Hochgradiger Plattfuß.
38. Hohlfuß.
39. Versteifung oder Verwachsung des Fußgelenkes nach Entzündungen und Verletzungen.
40. Hochgradige Auswärtsdrehung der großen Zehe.
41. Hammerzehe.
42. Klumpzehe.
43. Überzählige Zehen.
44. Angeborene oder erworbene Verwachsung einzelner Zehen.
45. Zwergwuchs.
46. Schlottergelenk.
47. Wassertopf.
48. Muskelunruhe (Athetose, Tic).
49. Krampf einzelner Muskeln.
50. Angeborene Gliederstarre (Little'sche Krankheit).
51. Muskelstartrampf (Tetanie).
52. Lähmung einzelner Muskeln.
53. Angeborene Lähmungen (Cerebrale Kinderlähmungen)
 - a) hemiplegische — halbseitige,
 - b) diplegische — doppelseitige.
54. Erworbene Lähmungen (Spinale Kinderlähmungen)
 - a) der Arme,
 - b) der Beine,
 - c) des Rückens.
55. Verkrümmung der Glieder infolge von Knochenbrüchen und Verrenkungen.
56. Angeborene vielfache Verkrümmung und Versteifung der Gelenke.
57. Verkrümmung und Versteifung der Gelenke nach Gelenkheumatismus.
58. Verkrümmung und Schwäche der Glieder nach Muskelschwund (Progressive Muskelatrophie).
59. Folgezustände nach hochgradiger allgemeiner englischer Krankheit.

Falls noch mehr Krüppelkinder in der Gemeinde sind, wird gebeten, mittels Postkarte von dem Herrn eine entsprechende Anzahl von weiteren Zählkarten zu verlangen.

Wortlaut des Beiblattes.

(Vorderseite.)

Beiblatt für den Gemeindevorstand.

Zählung der Krüppelkinder im Monat 1908.

Dieses Blatt mit der zugehörigen Karte ist bis 1908 zu senden
an den Herrn

A. Erläuterungen.

(Auch auf der Rückseite der Einzelkarte vorhanden.)

(Folgt derselbe Wortlaut, wie auf der Rückseite der Einzelkarte, bis einschließlich Nr. 22 der Krankheitsbezeichnungen.)

(Rückseite.)

(Rest des Textes von der Rückseite der Einzelkarte.)

B. Auskunft des Gemeindevorstandes.

Im ganzen sind in der Gemeinde vorhanden:

Männliche Krüppelkinder

Weibliche "

Zusammen:

für welche die Einzelkarten ausgefüllt beigelegt werden

oder:

In der Gemeinde ist kein Krüppelkind vorhanden.

(Nicht Zutreffendes ist zu durchstreichen.)

(Ort u. Datum):

Der Gemeindevorstand.

Unterschrift:

.

10. Blinde.

Über das Blindenwesen in Böhmen zu schreiben, ist niemand mehr berufen, als Direktor Emil Wagner, der Leiter der Klarschen Blindenanstalt in Prag, der sich als Fachmann eines weit über die Grenzen unseres Landes und Reiches hinausreichenden Rufes erfreut. Es war dem Genannten in Folge seiner großen Arbeitsüberbürdung und mit Rücksicht darauf, daß er an einer Geschichte der Klarschen Blindenanstalt arbeitet, diesmal nicht möglich, unserer Bitte nachzukommen, über den gegenwärtigen Stand der Blindenfürsorge in

Böhmen zu berichten. Wir schließen deshalb im heurigen Jahrgange nur einige wichtige Belehrungen über die bei uns bestehenden Blindenanstalten, sowie einige Flug- und Merkblätter bei.

Es bestehen für Blinde in Böhmen:

die Klar'sche Blindenanstalt samt Kindergarten, Prag III,
das Privat-Erziehungs- und Heilinstitut für arme blinde
Kinder und Augenfranke, Prag IV,
das Blinden-Alters-Versorgungshaus Francisco-Josephinum, Prag-Smichow.

Geplant ist die Errichtung einer Blindenschule in Aussig und einer Blindenarbeitskolonie in Reichenberg.

Statuten des Vereines zur Erziehung, bzw. Beschäftigung und Versorgung von Blinden in Böhmen

unter dem Namen:

Klar'sche Blindenanstalt.

§ 1. Der Verein, welcher seinen Sitz in Prag hat, ist die Gesamtheit der Personen, welche durch ihre Mitwirkung die bereits bestehende Vereins-Blindenanstalt erhalten, für die Bedeckung der vorkommenden Auslagen, sowie für die bleibende Erhaltung der Anstalt sorgen und das vorhandene Vereinsvermögen verwalten.

§ 2. Diese Vereins-Blindenanstalt, welche als Hauptanstalt bezeichnet wird, hat den Zweck, den Blinden eine hinreichende Schulbildung und die notwendige Berufsbildung zu gewähren, den erwerbsfähig gewordenen Blinden eine entsprechende Fürsorge zu sichern und ihnen im Falle der Erwerbsunfähigkeit die erforderliche Versorgung zu vermitteln.

§ 3. Zur Erreichung dieses Zweckes steht dem Vereine nach Maßgabe der vorhandenen Mittel das Recht zu:

1. die Errichtung und Erhaltung von Kindergärten zur Erziehung von blinden Kindern im vorschulpflichtigen Alter;

2. die Gründung und Erhaltung von Blindenvolksschulen zur Vermittlung der für das Leben notwendigen allgemeinen Berufsbildung;

3. die Gründung und Erhaltung von Handwerkerschulen zur Heranbildung „erwerbsfähiger“ Blinden;

4. die Errichtung und Erhaltung von Blindenwerkstätten und Blindenkolonien und Schaffung anderer der Fürsorge der Blinden dienenden Unternehmungen;

5. die Übernahme erwerbsunfähiger Blinden in Blindenanstalt und Gründung spezieller Versorgungsanstalten für erwerbsunfähige Blinde.

§ 4. Die gemäß des § 3 etwa errichteten Zweiganstalten in Böhmen, ob im örtlichen Zusammenhange mit der Hauptanstalt oder nicht, führen den Namen: „Kindergarten“ (Volksschule, Werkstätte oder Kolonie) der Klar'schen Blindenanstalt in K. (eventuell gegründet oder errichtet von N. N.) und können als solche auch ein eigenes für einen der bestimmten Zwecke gewidmetes Vermögen, sowie Stiftungen erwerben, Spenden annehmen und sammeln.

Die Zweiganstalten unterliegen, falls in einzelnen Fällen kein besonderes Statut aufgestellt wird, dem der Hauptanstalt.

§ 5. Die Versorgung der Pfleglinge erstreckt sich auf die Unterkunft im Hause, auf die Verabreichung einer gesunden, nahrhaften Kost, auf die Beschaffung der nötigen, den Jahreszeiten angemessenen Kleidung und Wäsche, im Falle der Erkrankung auf die erforderliche Pflege, Wartung und ärztliche Hilfe, auf den Religionsunterricht, die Erweiterung und Vermehrung ihrer Kenntnisse und die erforderliche Erheiterung und Erholung mit möglichster Rücksicht auf die Persönlichkeiten der Versorgten. Die Versorgung soll sich aber stets nur auf das Notwendigste beschränken und dem Blinden dagegen Ermunterung und Gelegenheit gegeben werden, sich durch Arbeitsverdienst seine Lage und sein Einkommen möglichst zu verbessern.

§ 6. In Hinsicht der Zeitverwendung der Blinden wird unablässig darauf gesehen werden, daß alle Blinden — ohne Unterschied ihres verschiedenen Alters und ihrer ungleichen Vorbildung, Kenntnisse und Fertigkeiten — sich jederzeit nützlich beschäftigen, in abwechselnder Tätigkeit erhalten und vor dem so verderblichen Müßiggange bewahrt werden.

§ 7. Bei der Wahl der Beschäftigungsarten an sich werden immer die nuzbringendsten, aus Erfahrung oder in anderen Blindenanstalten als vorteilhaft anerkannten und eingeführten

Arbeiten mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Anstalt gewählt werden. Wären die Orts- oder Zeitverhältnisse aber selbst so geartet, daß von allen Beschäftigungen für die Anstalt kein Vorteil erwartet werden könnte, so werden diese dennoch fortbetrieben, weil die Anstalt nicht des Gewinnes wegen, sondern nur deshalb ins Leben getreten ist, um die Blinden, und selbst dann, wenn es mit einigem Nachtheil für die Anstalt verbunden wäre, bei ihrer Verpflegung angemessen zu beschäftigen. Insbesondere sollen die verschiedenen Erfordernisse der Anstalt, so wie es nur möglich ist, von den Blinden im Hause selbst gefertigt und gearbeitet werden.

§ 8. Die gelieferten Erzeugnisse oder erworbenen Fertigkeiten werden daher verwendet werden:

- a) zum Bedarf der Anstalt als Stricken, Spinnen, Schnüre-, Bänder- und Gurtenschlagen, Koffhaarzupfen, Stroh- und Schilfflechten, Fortepianostimmen zc. oder
- b) zum Absatz durch Verkauf, als: Flechtarbeiten, Flechten von Teppichen, Backkörben, Feuerlöschkörben, Brotschüsseln, Körben aus Weiden, Flechten von Schuhen und Teppichen, auch Tuchen und Lizen, Papparbeiten zc., wobei, wenn rätlich, die Handwerke: Seilerei, Bürstenbinderei, Schusterrei, Tischlerei zc. gelehrt werden;
- c) auch Musik und Gesang sollen — soweit es die Möglichkeit und die Kräfte zulassen — gepflegt werden, um einestheils den Gottesdienst der Anstaltskirche zu verherrlichen, andernteils öffentliche Produktionen und Akademien veranstalten zu können.

§ 9. Obwohl die Blinden nicht genug Beschäftigungsarten erlernen können, so sollen sie doch eine oder die andere sich besonders zu eigen machen, um es darin zur möglichsten Vollkommenheit zu bringen.

Aufnahme in die Anstalt.

§ 10. Obwohl die Anstalt vorzugsweise für arme Blinde aus Böhmen errichtet ist, können ausnahmsweise, so lange es der Raum gestattet, auch Blinde aus anderen Ländern Österreichs Aufnahme finden und denselben Stiftungsplätze verliehen werden.

§ 11. Zur Aufnahme in die Anstalt und Verleihung einer Blindenstiftung ist, falls im letzteren Falle der betreffende Stifter nicht etwas anderes angeordnet hat, erforderlich:

- a) der Nachweis der Armut;
- b) die Beibringung des Tauf- oder Geburtscheines, wobei das Aufnahmsalter: für den Kindergarten das 4.—8. Lebensjahr, für die Beschäftigungsanstalt das 14.—30. Lebensjahr, für die etwa errichtete Volksschule das 8.—14. Lebensjahr und für eine Werkstätte oder Kolonie von der Erwerbsfähigkeit bis zum 50. Lebensjahre festgesetzt wird;
- c) daß der Aufzunehmende wirklich und unheilbar blind, nicht bloß schwachichtig, sonst aber an Geist und Körper vollkommen gesund, d. h. mit keiner ansteckenden, Ekel oder Abscheu erregenden, unheilbaren, oder auch nur langwierigen oder unsicher heilbaren Krankheit behaftet ist, welches alles durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen und bei der Aufnahme durch eine Untersuchung des Anstaltsarztes bestätigt sein muß;
- d) jener Blinde, der in einer Erziehungsanstalt war, hat zu seinem Aufnahmsgesuche das Zeugnis dieser Anstalt in originali oder in beglaubigter Abschrift beizulegen;
- e) die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten hat der Bittwerber in seinem Gesuche umständlich anzugeben;
- f) das Zeugnis über gute Sitten und unbescholtenen Lebenswandel;
- g) die kurze, jedoch treue Angabe der Ursachen, Zeit und Art der erfolgten Erblindung.

Die Aufnahme geschieht:

§ 12. a) unentgeltlich, und zwar: auf Grund eines Direktoriumsbeschlusses und auf Grund einer verliehenen Stiftung;

b) gegen Ertrag eines bestimmten jährlichen Kostgelbes.

§ 13. Jeder aufgenommenen Blinde hat bei seinem Eintritte in die Anstalt 60 K an Kleider- und Wäscheaufschale ein für allemal zu erlegen. Dieses Pauschale kann nicht zurückgefordert werden.

§ 14. Die Aufnahme von unentgeltlichen Pfleglingen in die Anstalt beruht auf dem Beschlusse des Direktoriums (§ 35), dagegen kann die Aufnahme von Zahlpfleglingen ausnahmsweise vom Direktor verfügt werden; eine solche ausnahmsweise Aufnahme ist jedesmal dem Direktorium in der nächsten Versammlung bekannt zu machen.

Für die Verleihung einer Stiftung sind vorerst die Bestimmungen des bezüglichlichen Stiftsbriefes maßgebend; sonst gelten hinsichtlich der Aufnahme von Stiftlingen in die Anstalt die Bestimmungen dieser Statuten.

§ 15. Durch die Aufnahme zahlender Individuen darf die Zahl der unentgeltlich zu unterbringenden nicht geschmälert oder benachteiligt werden und es soll als unabweislicher Grundsatz gelten, daß zahlende nur dann Unterkunft finden dürfen, wenn nach Zulaß des Vereinsvermögens so viele Gesichtlose unentgeltlich untergebracht sind, als es immer möglich ist.

§ 16. Der Aufzunehmende wird vom Direktor rücksichtlich seiner Kenntnisse und Fertigkeiten geprüft; die förmliche Aufnahme aber ist durch eine sechsmonatliche Probezeit bedingt,

binnen welcher es dem Direktorium frei steht, den Blinden, wenn er den gehegten Erwartungen nicht entspricht, jederzeit zu entlassen.

§ 17. Der Genuß von Stiftungen hat, wenn und insolange die Stifflinge den Anforderungen der Anstalt entsprechen, in der Regel bis zur vollendeten anstaltsgemäßen Ausbildung zu dauern (§ 12, 11b).

§ 18. Ungeachtet dessen, daß die Entlassung eines bleibend aufgenommenen Blinden aus der Anstalt ganz außer dem Plane derselben liegt, so muß hievon doch ausdrücklich erwähnt werden.

Die Entlassung erfolgt:

- a) auf eigenes Ansuchen des Versorgten, seiner Eltern, Anverwandten oder Wohltäter;
- b) von Seite der Anstalt als Strafe, wenn dieselbe von dem Direktorium mit $\frac{2}{3}$ Majorität der in der Sitzung Anwesenden beschlossen wird;
- c) ebenso kann dem unentgeltlich verpflegten Blinden der Aufenthalt in der Anstalt vierteljährig gekündigt werden, wenn er ein Vermögen zur freien Disposition erworben, dessen Ertrag zur festgelegten Befreiung der Verpflegskosten zureichen würde, die Zahlung dieser Verpflegskosten aber verweigert.
- d) Bei Zahlden erfolgt außerdem noch die Entlassung, sobald das Jahresgeld nicht pünktlich erlegt wird oder die Verhältnisse der Anstalt sich so ändern, daß Zahlende nicht mehr in derselben behalten werden können; indes hat in diesen Fällen von beiden Seiten eine vierteljährige Aufkündigung stets voranzugehen.

§ 19. Bei jeder Entlassung ist über den Ausretenden ein Zeugnis auszufertigen.

Daselbe ist bei Blinden, welche gegen Zahlung aufgenommen wurden, jenem, der die Zahlung des Verpflegsgeldes leistete, sonst aber den Pfléglingen selbst auszufolgen.

§ 20. Wird die Entlassung von dem Pensionär freiwillig angelucht, so kann sie vom Direktor oder dessen Stellvertreter sogleich vollzogen werden, nachdem das Verlangen der Entlassung zweifellos festgestellt wurde.

§ 21. Die Einnahmequellen des Vereines bilden:

- a) die Zinsen von Kapitalien, die mit der Verpflichtung zur bleibenden Begründung von Blindenstiftungen erlegt werden, worüber stiftungsbehördlich bestätigte Stiftsbriefe ausgefertigt werden,
- b) die Spenden der Beförderer, Beiträge der Mitglieder und anderer Wohltäter des Vereines,
- c) der Ertrag von musikalischen Akademien und Konzerten,
- d) Vermächtnisse und Geschenke zum Besten des Vereines,
- e) der Ertrag von den verkauften oder geleisteten verschiedenen Arbeiten,
- f) Kostgeld für die Verpflegung der gegen Zahlung versorgten Blinden,
- g) die im Wege einer im ganzen Lande eingeleiteten Sammlung eingehenden Beträge,
- h) anderweitige allenfällige Einnahmen.

§ 22. Von den über auswärtige Bestellungen von den Blinden verfertigten Arbeiten fällt ein Teil des Gewinnes, welchen das Direktorium zu bestimmen hat, der Vereinskassa, der Rest den Blinden zu.

Mitgliederschaft.

§ 23. Die Mitglieder des Vereines sind:

- a) gründende,
- b) befördernde,
- c) wirkende,
- d) beitragende und
- e) Ehrenmitglieder.

§ 24. Gründende Mitglieder sind jene, welche in den ersten drei Monaten nach erfolgter allh. Bestätigung der ersten Vereinsstatuten dem Vereine ein Geschenk von wenigstens 200 fl. R.-M. zugewendet haben.

§ 25. Beförderer wird jener, der dem Vereine 500 K auf einmal zuwendet, oder eine Blindenstiftung bei einer Vereinsanstalt gründet.

§ 26. Die vom Direktorium aufgenommenen wirkenden Mitglieder übernehmen die Verpflichtung, das Beste des Vereines im Bereiche ihrer Verhältnisse zu fördern als: beitragende Mitglieder zu gewinnen und alle Anlässe zu benützen, um dem Vereine eine wie immer geartete Einnahme zu verschaffen.

§ 27. Ein beitragendes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, dem Vereine jährlich einen Betrag von 100 K in ganz- oder halbjähriger Vorauszahlung zuzuwenden. Geringere Beiträge werden ebenfalls dankbar angenommen, jedoch erlangen die Geschenkgeber nicht die Mitgliedschaft des Vereines, sondern werden als Wohltäter des Vereines betrachtet.

§ 28. Zu Ehrenmitgliedern sind nur jene Menschenfreunde vom Direktorium zu ernennen, die sich durch eine Reihe von Jahren durch die werktätige und erfolgreichste Unterstützung um den Verein ausgezeichnete Verdienste erworben haben und denen die dankbare Anerkennung nur auf diese Weise an den Tag gelegt werden kann.

§ 29. Das Protektorat und das Ehrenpräsidium des Vereines sollen jederzeit Menschenfreunde bekleiden, die sich in Böhmen immer oder doch zum größten Teile aufhalten, deren hoher Sinn und Charakter verbürgen, daß es ihnen innigste Herzensangelegenheit ist, der leidenden Menschheit Hilfe und Rettung zu bringen und dem Vereine bei Verfolgung des Vereinszweckes mit allen ihren Kräften behilflich zu sein.

Das Direktorium hat die für diese Ehrenposten geeigneten Personen über Vorschlag des Direktors um die Annahme zu eruchen.

§ 30. Mit der Nichtleistung der übernommenen Verpflichtung durch ein Jahr hört man auf, wirkendes oder beitragendes Vereinsmitglied zu sein.

Organe des Vereines.

§ 31. Der Verein wird nach außen durch das Direktorium vertreten.

Die Vereinsanstalt wird durch das Direktorium und den Direktor geleitet.

Das Direktorium, welches mit Einschluß des Direktors aus wenigstens 6 Herren und 2 Frauen bestehen soll, hat mindestens alle viertel Jahre eine Sitzung abzuhalten, in welcher die Angelegenheiten des Vereines beraten werden.

§ 32. Das Direktorium wird aus sämtlichen Vereinsmitgliedern durch Berufung gebildet. Das Recht zu dieser Berufung hat das jeweilig bestehende Direktorium.

§ 33. Jedes Mitglied des Direktoriums hat Sitz und Stimme und ist verpflichtet, die auf ihn übertragenen Geschäfte gemäß des Beschlusses zu übernehmen und gewissenhaft auszuführen. Keinem Mitgliede können jedoch auf diese Weise Zumutungen gemacht werden, welche mit seinen sonstigen Amts- oder Berufspflichten unvereinbar sind oder es zu Ausgaben verpflichten.

Das Amt des Direktionsmitgliedes ist unentgeltlich.

§ 34. Das Direktorium wählt aus seiner Mitte einen Obmann und einen Obmannstellvertreter auf die Funktionsdauer von je drei Jahren.

Der Obmann hat den Verein in Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten nach außen zu vertreten, er beruft die Sitzungen des Direktoriums ein, führt in denselben den Vorsitz und sorgt für den Vollzug der Beschlüsse des Direktoriums.

In Verhinderungsfällen vertritt den Obmann der Obmannstellvertreter und falls auch dieser verhindert sein sollte, ein Mitglied des Direktoriums in der durch die Dauer der Funktion bestimmten Reihenfolge.

Bei gleicher Funktionsdauer entscheidet das Alter.

Rechtsverbindliche Urkunden werden für den Verein in der Art gezeichnet, daß dem Titel derselben der Name des Obmannes oder dessen Stellvertreters und eines Mitgliedes des Direktoriums beigelegt wird. Kundmachungen erfolgen am schwarzen Brette, eventuell durch die vom Direktorium zu bestimmenden Zeitungen.

§ 35. Dem Beschlusse des Direktoriums werden vorbehalten:

- a) die Aufnahme und Ausscheidung der Direktionsmitglieder (§§ 32 und 38b));
- b) die Aufnahme von wirkenden und der Ehrenmitglieder, sowie die Ernennung des Protektors und des Ehrenpräsidenten (§§ 26, 28, 29);
- c) die Anstellung, Befolgung und Entlassung der nötigen männlichen und weiblichen Beamten;
- d) die Feststellung und Abänderung der Beschäftigungsarten der Blinden, sowie die Feststellung oder jeweilige Bestimmung der Beträge, welche von dem Gewinn aus den gelieferten Arbeiten der Vereinskassa und den beteiligten Blinden zuzufallen haben (§ 22);
- e) die Feststellung des Präliminars und Bewilligung aller Ausgaben über dasselbe, sowie die Prüfung und die Entscheidung über die gelegte Jahresrechnung;
- f) die Feststellung und Abänderung der Art und Weise der Verpflegung der Blinden;
- g) die Beurteilung der Leistungen der männlichen und weiblichen Beamten;
- h) die Festsetzung der Hausordnung für die Vereinsanstalt;
- i) die Aufnahme der Blinden in die Vereinsanstalt und die Entlassung aus derselben nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 14, 18b), c), d);
- k) die Anlegung oder Einziehung des dem Vereine gehörigen Kapitalsvermögens, die Verschuldung, Belastung oder Veräußerung, jede wesentliche Änderung in dem unbeweglichen Vermögen des Vereines;
- l) alle Abänderungen der Vereins-Statuten;
- m) die Entscheidung über Beschwerden gegen den Direktor oder die Beamten des Vereines;
- n) die Feststellung des für eine Blindenstiftung erforderlichen Kapitals, sowie die Festsetzung des für die gegen Zahlung aufzunehmenden Pfleglinge zu entrichtenden Kostgeldes;
- o) die Ernennung des Direktors.

§ 36. Der Beschluß über die bei der Einladung zur Sitzung des Direktoriums besonders bekannt zu machenden Gegenstände findet in der Regel in den abzuhaltenden Sitzungen statt, in welchen die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder entscheidet.

Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit des Obmannes oder seines Stellvertreters und zweier Direktionsmitglieder erforderlich; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die Stimme des Obmannes.

Nur bei den im § 35, lit. a), e), h), i), k), l), m) angegebenen Gegenständen ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Direktionsmitglieder notwendig.

Betrifft ein Beratungsgegenstand das persönliche Interesse eines Mitgliedes des Direktoriums, so hat dasselbe bei der Beratung und Beschlussfassung sich zu entfernen, nachdem es die ihm abverlangten Aufklärungen erteilt hat.

§ 37. In jeder Sitzung des Direktoriums sind die Beschlüsse und Verabredungen in das Protokoll aufzunehmen, welches die erschienenen Mitglieder nachweist, und von diesen unterfertigt werden muß. Das Protokoll ist bei der nächsten Sitzung vorzulegen.

§ 38. Von den Obliegenheiten eines Direktorsstellvertreters oder Direktionsmitgliedes wird man enthoben:

- a) nach gegebener rechtzeitiger Anzeige des Austrittes und
- b) als ausgetreten angesehen, wenn man an den Versammlungen des Direktoriums durch ein Jahr sich nicht beteiligt.

§ 39. Bei den mit Dekret des Direktoriums angestellten Vereinsbeamten regelt deren Rechte und Pflichten der mit ihnen geschlossene Vertrag.

Das übrige Dienstpersonale wird von dem Direktor aufgenommen und entlassen.

§ 40. Bei dem Vereine ist ein eigenes Stammbuch zu führen, in dem die einzelnen Vereinsmitglieder, Institutsseelsorger, Beamte und Lehrer anzuführen sind.

Ferner hat ein Buch zu bestehen, wo alle aufgenommenen Gesichtlosen samt ihrer Biographie und der Art der Erblindung angeführt sind.

§ 41. Am Schlusse jeden Jahres ist von dem, mit der Rechnungslegung betrauten Beamten die Geld- und Naturalrechnung zu legen, und bis Ende Jänner des nächsten Jahres abzuliefern, welche der Direktor dem Direktorium zur Prüfung und Genehmigung vorlegt. Ein Extrakt aus dieser Jahresrechnung ist durch den jedesmaligen Jahresbericht zu veröffentlichen, in welchem zugleich über die Fortschritte und die Wirksamkeit der Vereinsanstalt Kenntnis gegeben, dann ein Verzeichnis der eingegangenen Beiträge, Vermächtnisse, Geschenke u. dgl. mitgeteilt wird.

§ 42. Bei einer im Monate November jeden Jahres abzuhaltenden Sitzung des Direktoriums ist das Geld- und Naturalienpräliminare für das nächstfolgende Jahr festzustellen; Ausgaben, die außer dem Präliminare notwendig würden, können nur nach eingeholter Zustimmung des Direktoriums bestritten werden.

§ 43. In unvorhergesehenen, dringenden Fällen kann der Direktor, beziehungsweise sein Stellvertreter nicht präliminierte Beträge verausgaben, hat jedoch nachträglich die Approbation des Direktoriums einzuholen.

§ 44. Das gesamte Vereinsvermögen darf nur zu dem statutengemäß festgesetzten Zwecke verwendet werden.

§ 45. Die errichteten Blindenstiftungen bilden den Stiftungsfond, welcher stets abgesondert zu verrechnen ist.

§ 46. Das Direktorium soll wenigstens einmal im Jahre die Revision des eigentlichen Vereinsvermögens, sowie des Stiftungsfondes vornehmen.

Kassakontrollierungen sind durch eine von dem Direktorium autorisierte Kommission öfters durchzuführen.

§ 47. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vereins-Verhältnisse ist ein Schiedsgericht berufen. Jeder der streitenden Parteien wählt zwei Schiedsrichter, welche zusammen einen fünften als Obmann zu wählen haben. Können sich die Schiedsrichter hinsichtlich der Person des Obmannes nicht einigen, so bestimmt diesen der Obmann des Direktoriums.

§ 48. Im Falle der Auflösung des Vereines kann über das Vereinsvermögen nur in dem Sinne mittelst eines Direktionsbeschlusses, für welchen eine $\frac{2}{3}$ Majorität notwendig ist, verfügt werden, daß dasselbe nur zum Wohle von Blinden in erster Reihe in Böhmen, eventuell auch von Blinden in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern verwendet wird.

Bezüglich des Vermögens der bei der Anstalt bestehenden und dortselbst auch in Verrechnung stehenden Stiftungen gelten die betreffenden stiftsbrieflichen Bestimmungen, bzw. entscheidet, was mit dem gedachten Stiftungsvermögen zu geschehen habe, die kompetente Stiftungsbehörde.

§ 49. Eine Auflassung oder Änderung der Bestimmungen der §§ 44 und 48 über die Verwendung des Vereinsvermögens zu einem anderen Zwecke als dem, des Wohles von Blinden, ist unstatthaft und ist der Auflösung des Vereines gleichzuhalten.

Die übrigen Bestimmungen des § 48 werden hiedurch nicht berührt.

Bedingungen zur Aufnahme in die Klar'sche Blindenanstalt.

1. Als aufnahmefähiges Alter wurde die Zeit vom 15.—30. Lebensjahre festgesetzt und finden Aufnahmen im Monate Juni oder Juli immer nur für den Anfang des Schuljahres, d. i. am 14. September statt.

2. Gesuche um Aufnahme sind zu belegen mit dem Tauf- oder Geburtscheine, dem Heimatschein, dem Impfungszeugnisse, dem event. Schulzeugnis, Armutszeugnis, dann einem bezirks- oder distriktsärztlichen Zeugnis über die Blindheit, jedoch sonstige Gesundheit, sowie geistige und körperliche Bildungsfähigkeit.

3. Alle Aufnahmen sind provisorisch auf ein halbes Jahr und erfolgt nach dieser Zeit bei festgestellter Bildungsfähigkeit und Gesundheit die definitive Aufnahme durch den Anstaltsdirektor.

4. Das jährl. Verpflegungsgeld beträgt 900 K., das einmalige Kleiderpauschale 60 K.

5. Eine Ermäßigung oder ein Nachlaß dieses Kostgeldes kann nur durch Beschluß des Gesamtdirektoriums bewilligt werden.

6. Den Gesuchen um Ermäßigung des eingangs erwähnten Kostgeldes muß eine Erklärung der Verwandten oder aber ein Auszug aus dem Gemeinderats- oder Bezirksauschuß-Sitzungsprotokolle beigeichlossen werden, wornach sich die Verwandten, die Gemeinde, resp. der Bezirk oder beide zu einem Beitrage und in welcher Höhe auf die Dauer von 5—6 Jahren verpflichten, welche Zeit zur Erlernung eines Blindenhandwerkes notwendig ist.

Bedingungen zur Aufnahme in den Blinden-Kindergarten der Klar'schen Blindenanstalt in Prag.

1. Das aufnahmefähige Alter wurde mit dem vollendeten 4. Lebensjahre festgesetzt und finden Aufnahmen im Monate Juni oder Juli immer nur für den Anfang des Schuljahres, d. i. am 15. September statt.

2. Gesuche um Aufnahme sind zu belegen mit dem Tauf- oder Geburtscheine, dem Heimatschein, dem Impfungszeugnisse, Armutszeugnis, dann einem bezirks- oder distriktsärztlichen Zeugnis über die Blindheit, jedoch sonstige Gesundheit, sowie geistige und körperliche Bildungsfähigkeit.

3. Alle Aufnahmen sind provisorisch auf ein halbes Jahr und erfolgt nach dieser Zeit bei festgestellter Bildungsfähigkeit und Gesundheit die definitive Aufnahme durch den Anstaltsdirektor.

4. Das jährl. Verpflegungsgeld beträgt 600 K., das einmalige Kleiderpauschale 40 K.

5. Eine Ermäßigung oder ein Nachlaß dieses Kostgeldes kann nur durch Beschluß des Gesamtdirektoriums der Klar'schen Blindenanstalt bewilligt werden.

6. Den Gesuchen um Ermäßigung des eingangs erwähnten Kostgeldes muß eine Erklärung der Verwandten oder aber ein Auszug aus dem Gemeinderats- oder Bezirksauschuß-Sitzungsprotokolle beigeichlossen werden, wornach sich die Verwandten, die Gemeinde, resp. der Bezirk oder beide zu einem Beitrage und in welcher Höhe auf die Dauer von 4 Jahren verpflichten, welche Zeit zum Unterrichte eines blinden Kindes in dem Kindergarten notwendig ist.

Gegenwärtiger Zweck der Klar'schen Blindenanstalt und ihre künftigen Ziele.

Blind geboren — Reich geboren!

und wären die Blinden auch noch so reich, so wären sie doch die bedauernswertesten Geschöpfe, welche es überhaupt gibt.

Leider sehen dies viele erst dann ein, wenn die Blindheit einmal in der eigenen Familie Einzug gehalten hat und wundern sich dann, wie wenig und wie unzulängliche Wohlfahrtseinrichtungen für Blinde bisher bestehen.

Viele Eltern sehender Kinder denken gar nicht an das Elend und den Jammer, der über sie gekommen wäre, wenn ihre Kinder statt sehend blind wären und daß dieses Unglück auch über sie kommen kann; sie empfinden immer nur das, was sie und ihre Familie unmittelbar betrifft.

Blind geboren — Reich geboren!

Wie lange ist es wohl schon her, seitdem dieses Sprichwort nicht mehr zutrifft? Wohl so lange, als in den blinden Sehern des Altertums höher begabte Wesen verehrt und ernährt wurden. Seitdem dieser Nimbus von ihnen gewichen ist, sind die Blinden zu ihrem Übel zumeist auch noch ganz arm.

Leider leistet der Staat für das Blindenwesen gar Nichts. Von den Ländern tragen allerdings einige, jedoch zufolge der beschränkten Mittel trotz des besten Willens nur unzureichend zur Förderung der Blindenanstalten bei.

Wir haben in Österreich keine aus Staats- und nur eine ganz aus Landesmitteln erhaltene Blindenanstalt in Nieder-Österreich; alle anderen 21 Blindeninstitute sind Privatanstalten, resp. solche, welche vom Staate oder Lande aus eigenen Fonds verwaltet werden.

Glücklicherweise aber sind teils von Natur aus, teils durch eigenes, teils durch fremdes Leid und Unglück angeregt, Menschenliebe, Gelseninn und Opferwilligkeit noch nicht ausgestorben und diesen drei Eigenschaften der Menschheit ist es fast ausschließlich zuzuschreiben und zu danken, daß für Blinde bisher überhaupt etwas geschehen konnte.

Wie gering aber ist das Vollbrachte und wieviel bleibt in dieser Hinsicht noch zu tun übrig!

Mit bangem Zagen denkt der eingeweihte Menschenfreund an die Unsumme der noch zu bewältigenden Arbeit als eines schier unüberwindlichen Hindernisses, das sich unüberbrückbar in den Weg stellt, bis dasjenige Mindestmaß an Wohlfahrtseinrichtungen für Blinde erreicht sein wird, auf welches diese, wie andere Gebrechliche, von Seite der menschlichen Gesellschaft berechtigten Anspruch haben.

Wieviele Blinde zählte Böhmen im Jahre 1900 gegenüber Niederösterreichs, wieviele sind versorgt und unverorgt?

In Niederösterreich	1250	Blinde =	100%
hievon versorgt	527	" =	42·16%
" unverorgt	723	" =	57·84%
In Böhmen	3295	" =	100%
hievon versorgt	416	" =	12·62%
" unverorgt	2879	" =	87·38%

Aus welchen Zweigen besteht das moderne Blindenwesen und wie weit sind dieselben in Böhmen vertreten?

	Erfordernis		Bestehende Einrichtungen		Fehlende	
	Blinde	%	Blinde	%	Blinde	%
1. Von d. Geburt bis 4 Jahre (Kinderkrippen)	für 27 = 0'819		für — —		für 27 = 0'819	
2. Von 4—8 Jahr. (Kindergärten)	" 46 = 1'396		" 11 = 0'334		" 35 = 1'062	
3. Von 8—15 Jahr. (Volksschule)	" 151 = 4'583		" 60 = 1'821		" 91 = 2'762	
4. Von 15—20 Jahr. (Handwerkeranstalten)	" 149 = 4'522		" 43 = 1'305		" 106 = 3'217	
5. Von 20—55 Jahr. (Fürsorge für Ausgelernte, Männer- u. Frauenheime, Werkstätten)	" 1269 = 38'513		" 120 = 3'642		" 1149 = 34'871	
6. Von 55 bis über 70 Jahr. (Altersversorgung)	" 1653 = 50'167		" 182 = 5'524		" 1471 = 44'643	
	für 3295 = 100%		für 416 = 12'626		für 2879 = 87'374	

Welchen Zwecken dient gegenwärtig die Klar'sche Blindenanstalt?

Dem des Kindergartens, der Handwerkeranstalt und teilweise der Fürsorge Ausgelernter, sowie der Versorgung.

Wer erhält die Klar'sche Blindenanstalt?

Die Auslagen für 137 Pfleglinge werden bestritten:

aus den Zinsen der Stiftungen mit	K 28.500.—
" " Beiträgen des Landes mit	" 14.200.—
" " Sammlungsergebnissen von der Privatwohlthätigkeit mit	" 38.500.—
" " Kostgeldern mit	" 8.300.—
" " Zinsen des eigenen Vermögens mit	" 16.300.—
" " verschiedenen Einnahmen mit	" 200.—
Summe	K 106.000.—

Worin bestehen die nächsten Ziele der Klar'schen Blindenanstalt?

In der Gründung einer deutschen Volksschule mit Kindergarten im deutschen, einer tschechischen im tschechischen Sprachgebiete Böhmens zur fachlichen Erziehung von 126 Kindern, welche heute dieses Unterrichtes noch entbehren; sowie in der Erweiterung der gemischtsprachigen Handwerkeranstalt in Prag für weitere 100 Blinde.

Worin bestehen die weiteren Ziele der Klar'schen Blindenanstalt?

In der Gründung von Kinderkrippen in Verbindung mit Kindergärten, sowie in der Ausgestaltung der Fürsorge für Entlassene durch Errichtung von Männer- und Frauenheimen, sowie Werkstätten als Arbeits- und Wohngelegenheiten unter fachlicher Leitung.

Wie groß sind die Kosten der Errichtung einer Volksschule samt Kindergarten für 60 Kinder?

Mindestens K 400.000.—.

Wieviel betragen die jährlichen Erhaltungskosten einer solchen Schule?

Beiläufig K 50.000.—.

Auf welche Weise sollen die Mittel beschaffen werden?

Durch größere freiwillige Beiträge, sowie durch die Sammlungsergebnisse von Sammelkassetten. Bis jetzt wurden im deutschen Sprachgebiete 983 Stück, im tschechischen Sprachgebiete 106 Stück abgenommen und zur Aufstellung gebracht.

Bedarf die Klar'sche Blindenanstalt weiterer Unterstützungen?

Ja, und zwar für die Hauptanstalt, weil sie ohne die obigen Einnahmen von der Privatwohlthätigkeit als der Hauptrubrik ihrer Empfänge nicht existieren kann;

für zu gründende Zweiganstalten, weil der Prozentsatz der versorgten Blinden Böhmens von 12.62% gegenüber 42.16% Niederösterreichs so gering ist und alle Kraftanstrengungen gemacht werden müssen, um das Blindenelend in Böhmen bestehend aus 87.38% Unversorgten nach Möglichkeit zu lindern.

Wie werden der Klar'schen Blindenanstalt zugewendete Beträge verwendet?

Spenden und Widmungen ohne nähere Bestimmung fallen der gemischt-sprachigen Hauptanstalt zu. Sonstige Zuwendungen fließen je nach der Bestimmung des Sponsors entweder nur deutschen oder nur tschechischen Unternehmungen der Anstalt zu.

Auf welche Art kann die Klar'sche Blindenanstalt, sowie ihre Unternehmungen unterstützt werden?

1. Durch freie Legate bei Vermächtnissen in das frei verfügbare Vermögen der Anstalt für einen allgemeinen oder besonderen Zweck. (Die Kosten als Erbgebühren betragen zirka 12%.)

2. Durch Stiftungserrichtungen bei Lebzeiten. (Kosten der Stiftungserrichtung beiläufig 12%.) (Ein vollgezahlter Stiftungsplatz erfordert dzt.

K 16.000.— Kapital

„ 1.920.— 12% Stiftungsgebühren

in Summa K 17.920.—.)

3. Durch Stiftungslegate entweder in voller Höhe oder in geringerem Betrage, wobei die Zinsen solange zuwachsen, bis die volle Kapitalshöhe eines Stiftungsplatzes erreicht wird. (Kosten = 12% Gebühren des vermachten Betrages.)

4. Durch Geschenke in Barem oder Naturalien. (Verursachen keine Kosten.)

5. Durch Geschenke mit Nutzgenuß bis an das Lebensende des Schenkenden oder einer für den Nutzgenuß eingesetzten Person. (Verursachen keine Kosten.)

6. Durch Sammlungen mit oder ohne Sammelkassetten

1. für eine künftige deutsche oder tschechische Volksschule;

2. einer Arbeitskolonie oder Werkstätte.

(Sammelbüchsen werden kostenlos von der Klar'schen Blindenanstalt beigeestellt.)

7. Durch Veranstaltungen zu Gunsten der Haupt- oder einer bestimmten deutschen oder tschechischen Zweiganstalt.

(Hervorragende Wohltäter und Stiftungsgründer werden für immerwährende Zeiten in den Gedenkbüchern und auf den Marmortafeln der Anstalt verewigt.)

Vielleicht kommt auch für die Blinden Böhmens einmal die Zeit, wo man zwar nicht sagen kann: „Blind geboren — Reich geboren“, aber doch auch wieder nicht sagen wird: „Verdorben, Gestorben“, sondern: „Belehrt und ernährt“!

Gebet den Blinden Arbeit!

Wißt dem Blinden Glück du bringen,
Leg' ihm Arbeit in den Schoß!
Täglich Brot sich selbst erringen,
Gilt ihm als sein schönstes Loß.

Arbeit mindert seine Bürde;
Arbeit stillt so manchen Schrei.
Arbeit gibt ihm Kraft und Würde;
Gott macht ihn durch Arbeit frei. —
J. Matthies.

Bis vor kurzer Zeit war das Betteln das Hauptgewerbe des armen Blinden; ob daselbe durch eine Drehorgel, eine Harmonika oder ein anderes Instrument unterstützt wurde, bleibt der Sache nach ganz gleich.

Wem wären nicht die verschiedenen Straßenfiguren bekannt, welche unter widerlichem Geschrei ihr Unglück ausposaunen und marktchreierisch eine milde Gabe erzwingen wollen, oder mit Hilfe eines Musikinstrumentes sich an das Mitleid ihrer Mitmenschen wenden.

Diese Art des Broterwerbes ist, da das Geschäft in einer halbwegs größeren Stadt oder an sonstigen volkreichen Orten meistens blüht, allerdings die kürzeste und einfachste Lösung der brennenden Blindenfragen mit ihren vielen Kapiteln, wenn sie auch in moralischer und ethischer Beziehung dem heutigen Stande des Blindenwesens geradezu Hohn spricht.

Außerdem ist dem nach Innen gefehrten, abgeschlossenen, zurückhaltenden Wesen des Blinden nichts so widersprechend, als wie die Form der sich breit machenden Aufdringlichkeit. Letztere, eine Folge systematischer Heranbildung, tritt erst dann immer unverkämter hervor, bis alles Gute allmählich abgetötet und das betreffende Individuum durch die ganze Tonleiter des Sinkens von Stufe zu Stufe hindurchgegangen ist und dem Abischaume der Menschheit angehört.

Um dieses Bild des Jammers zu einem freundlicheren zu gestalten, geht der mühevolle Weg der theoretischen und technischen Blindenbildung dahin, das moralische Selbstbewußtsein des Blinden derart zu heben, daß daselbe von der Überzeugung erfüllt wird: „Ich will arbeiten, ich will das bittere Brot des Bettelstabes nicht milden Gaben meiner Mitmenschen verdanken, das ich dann arbeitsunfähigen, alten, armen Krüppeln entziehen würde, denn ich bin arbeitsfähig wie jeder Sehende, wenn auch in beschränktem Maße. Ich ziehe den kärglichen, mühsam erworbenen Lohn meiner Hände- oder Geistesarbeit dem reichsten Almosen vor und bin stolz darauf, meinen

Lebensunterhalt vom eigenen Verdienste bestreiten zu können. — Ich will nicht Betteln gehen!"

So denkt der moderne, in Blindenanstalten herangebildete Blinde, und deshalb sehen wir die Zahl der blinden Wegelagerer, insoferne sie nicht zugleich gelähmt, idiotisch oder taubstumm, daher bildungsunfähig sind, sich immer mehr vermindern.

Für die Erziehung der Blinden im zartesten Alter sorgt der Blindenkindergarten der Klar'schen Blindenanstalt, für die während der Schulzeit das Gradischiner Erziehungsinstitut, für die technische Ausbildung wiederum die Klar'sche Hauptblindenanstalt und für die Versorgung erwerbsunfähiger Blinder das „Francisco-Josephinum“ nach ihren Raumverhältnissen und Mitteln.

Durch diese 4 Anstalten, die sämtlich ihre Entstehung und ihren weiteren Bestand zum allergrößten Teile nur der Privatwohlthätigkeit verdanken und welche mit Ende 1899 einen Gesamtblindenstand von 321 Blinden aufweisen, ist aber für das ganze Blindenwesen kärglich vorgesorgt.

Wies doch die vorlezte Blindenzählung in Böhmen im Jahre 1894 4125 Blinde aus. Aus der Gegenüberstellung der angeführten Zahlen ergibt sich die noch auszufüllende große Lücke!

Es ist daher der Weg zur vollständigen Ausgestaltung des Blindenwesens noch ein sehr dornenreicher.

Damit sind wir wieder bei dem Kapitel: „Gebet den Blinden Arbeit!“ angelangt, welches die Fürsorge des Blinden nach seinem Austritte aus einer Blindenanstalt behandelt und sich mit dem weiteren Fortkommen des Blinden befaßt.

Um mit den Worten eines gewiegten Blindenlehrers zu sprechen, wäre es weit gefehlt, dem Blinden beim Austritte aus der Anstalt nur mit den heißesten Segenswünschen für sein weiteres Fortkommen das leztmal die Hand zu drücken und ihn sich selbst zu überlassen.

Damit wäre in den meisten Fällen der Blindenerziehung der Liebe Mühe umsonst angewendet, denn mit diesem Augenblicke beginnt erst eine der wichtigsten Aufgaben der Blindenheranbildung: die Fürsorge, ohne welche die ganze Erziehung meistens vergeblich ist.

Dem austretenden Pflegling, der sich getraut, auf eigenen Füßen zu stehen, muß, abgesehen von seiner Ausrüstung, sein Lebenspfad derart geebnet werden, daß er unter angesehenen Ortsinsassen seiner Heimat einen Obzorger erhält, welcher sich der Anstalt gegenüber verpflichtet, sich um den Blinden zu kümmern, ihm Arbeit zuzuführen, beziehungsweise ihm beim Absage seiner Erzeugnisse behilflich zu sein.

Dies geht bei manchen männlichen Blinden, die Unternehmungsgeist und etwas Betriebskapital besitzen, was jedoch der seltenste Fall ist; bei eltern- oder verwandtenlosen Mädchen und Vermögenslosen, Unternehmungsunfähigen aber läßt sich dieser Vorgang nicht anwenden.

Für vermögens- und unternehmungslose junge Männer, die auch nicht auf eigene Füße gestellt werden können, muß so vorgesorgt werden, daß diese Art Blinder bei einzelnen Familien in Wohnung gegeben werden und diese männlichen Arbeiter gegen Vergütung der Kost des morgens in die Blindenanstalt zur Arbeit kommen und daselbst bis abends auf eigene Rechnung arbeiten.

Blinde, alleinstehende Mädchen aber bedürfen wieder einer anderen Art der Versorgung, indem in der Nähe der Anstalt eine unter Aufsicht der Anstalt stehende Kolonie gegründet wird, in welcher solche Mädchen ihre Wohnung erhalten, von welcher sie gleich den jungen Männern in die Anstalt zur Arbeit gehen.

Sichtlich der Kolonieneinrichtung sei kurz eingeschaltet, daß alle Erfahrungen darauf hinweisen, keine großen Schlafsäle zu machen, da es dem Wesen blinder Mädchen entspricht und ihre heftigste Sehnsucht bildet, wenn auch noch so klein, so doch ihr eigenes Zimmer, ihr eigenes Heim zu besitzen, auf dessen Aus schmückung sie ihre ganze Sorgfalt verwenden.

Die schwierige Hauptarbeit, welche Blindenbeschäftigungsanstalten durch die Entwicklung dieser 3 Formen der Fürsorge erwächst, tritt immer mehr in den Vordergrund, wenn man erwägt, was dieselbe alles in sich schließt. Nachdem die organisch sich entfaltende Fürsorge nach der Auslehnung den größten Teil des Lebenslaufes bis zur eintretenden Arbeitsunfähigkeit umfaßt, fällt die größte Zahl aller Blinden in diese Kategorie. Daraus erwächst für die Beschäftigungsanstalten die Aufgabe, immer mehr Raum für Werkstätten und Speiseräume in der Anstalt zu schaffen und die Kolonie für blinde Mädchen so ausdehnungsfähig anzulegen, daß eine möglichst große Zahl derselben darin Unterkunft finden kann.

Selbstverständlich sind nicht alle Arbeiter gleich geschickt, und nur ein Bruchteil ist in der Lage, seinen Lebensunterhalt vollständig von seiner Hände Arbeit zu bestreiten.

Um diesen Minderfähigen den Rest zu ihrem Lebensunterhalte zuzubereiten, dafür sorgen in Ländern mit wohlorganisiertem Blindenwesen Unterstützungsfonds, wie z. B. die Dresdner Anstalt einen solchen von 1,800.000 Mark besitzt. Wir in Böhmen haben leider keinen solchen Unterstützungsfonds.

Als weitere Folgeerscheinung dieses Fürsorge systems tritt die Wichtigkeit der Arbeitsbeschaffung immer mehr hervor.

Durch die stetig zunehmende Zahl der Kolonisten werden große Mengen fertiger Waren hergestellt, die dazu zwingen, auch das Absatzgebiet zu vergrößern, und muß der Absatz zu verhältnismäßig guten Preisen doch gefunden werden, wenn auch manchmal eine Überproduktion an fertigen Waren eintritt. Wir dürfen nicht wie im „Zauberlehrling“ der Überschwemmung Einhalt tun, im Gegenteil, wir müssen die Arbeitsfähigkeit jedes Einzelnen bis zu seiner höchsten Leistungsfähigkeit nur noch steigern; wir müssen unseren Blinden Brot durch ihrer Hände Arbeit schaffen, damit sie unausgesetzt arbeiten können und nicht betteln müssen.

Bei diesem unaufhaltbaren Drange nach Absatz gerät aber die Blindenanstalt zwischen 2 Feuer, und zwar das der sehenden Konkurrenz und das der Konkurrenz mit den ehemaligen eigenen blinden Pfleglingen, die in ihrer Heimat ihrem Gewerbe nachgehen.

Das erstere Feuer muß man selbstverständlich ruhig brennen lassen und nur das zweite löschen, indem die Blindenanstalt als die stärkere und leistungsfähigere überall da, wo sie auf die Konkurrenz Blinder stößt, zurücktritt und im Gegenteil Blinden, welche sich an einem bestimmten Orte ansiedeln, Kunden überläßt; wie es überhaupt selbstverständlich ist, daß die Industrieertragnisse den Blinden, nicht aber der Anstalt zugute kommen.

Diese Verhältnisse zwingen die Blindenbeschäftigungsanstalten zu immer größerer Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit, legen aber auch der großen Öffentlichkeit die Pflicht auf, die Anstalt, so wie ihre armen Mitmenschen durch Arbeitszuwendungen zu unterstützen und dabei nicht zu verlangen, daß der blinde Arbeiter, weil er blind ist und in seinem Handwerk langsam vorwärtskommt, besser und billiger sein soll, als der Sehende.

Soweit wäre nun alles in Ordnung, nur fehlt uns in Böhmen auch noch die Kolonie für blinde Arbeiterinnen, so daß wir nur junge Männer und solche Mädchen entlassen können, welche, wenn sie einen Rückhalt in ihren Familien haben, auf eigene Füße gestellt werden können, und die 10

oder 12 vollkommen ausgebildeten Koloniekandidatinnen müssen auf das Ideal ihrer Selbstständigkeit verzichten, als Pfléglinge aber so lange in der Anstalt bleiben und anderen Lernbegierigen den Platz wegnehmen, bis ein edler Menschenfreund uns einmal ein Haus für eine Mädchenkolonie schenkt, oder wir sonst eine solche begründen können.

Anderwärts ist die ganze Organisation deshalb anders, weil Staat oder Land es als ihre Pflicht ansehen, sämtliche Blinden-Erziehungs- und Bildungsanstalten zu begründen und zu erhalten, wodurch diese der Mühe überhoben sind, ihre Existenzmittel selbst zu beschaffen und unabhängig dastehen. Dies ist bei uns leider nicht der Fall.

Anderwärts übernehmen über das ganze Land in Sektionen getheilte Vereine die Fürsorge in ihrem ganzen Umfange und erhalten aus der Privatwohlthätigkeit diejenigen Spenden und Beiträge, welche hier den Blindeninstituten zufließen, und ohne welche letztere nicht bestehen können. Bei uns kann man einen Fürsorgeverein also einmal deshalb nicht gründen, weil er den bestehenden Blindenanstalten das Brot vom Munde nähme, und zweitens wäre unter den bestehenden Verhältnissen ein utraquistischer Verein — und das müßte er sein — ein totgeborenes Kind. Aus diesen Gesichtspunkten ist es notwendig, daß jede Blindenbildungsanstalt die Fürsorge für aus der Anstalt Austretende selbst, so gut es eben geht, einrichtet, und muß sie sich deshalb immer und immer wieder an die Privatwohlthätigkeit anklammern, weil ihr nichts anderes übrig bleibt.

Daß dadurch die Aufgaben, welche unseren heimischen Blindenanstalten gegenüber anderen zu fallen, ins Ungemeßene wachsen, ist eine natürliche Folge unserer Verhältnisse. Bei entsprechender Würdigung dieser Bestrebungen werden auch die erwähnten Schwierigkeiten hoffentlich überwunden werden.

Somit scheint die traurige Lage des Blindenwesens in seiner ganzen Ausdehnung doch endlich erschöpft zu sein. Leider ist dies aber nicht der Fall; denn einmal sprach Schreiber dieser Zeilen noch gar nicht über die Erziehung im Blindenkindergarten, der literarischen und musikalischen Schule, der handwerksmäßigen, also technischen Ausbildung und der Altersversorgung, weil dafür, wenn auch lange nicht so vollkommen, als es der Fall sein sollte, aber doch teilweise vorgesorgt ist.

Wenn aber alle diese großen Fragezeichen in der Entwicklung unseres heimischen Blindenwesens aufgehört haben werden zu bestehen, und wir uns auf diesem Gebiete z. B. auf die Höhe des heutigen Standes des Königreiches Sachsen oder Preußen aufgeschwungen haben werden, bis wohin noch viel, viel Wasser die Moldau und Elbe hinab geflossen sein wird, wird man in obigen Ländern schon wieder viel weiter sein, und eine Lücke wird immer noch bleiben: die Vorsorge für alle diejenigen Blinden, welche außer der Blindheit taubstumm, idiotisch oder gelähmt sind, welche alle von der Aufnahme in heute bestehende Blindenanstalten wegen ihrer Bildungsunfähigkeit und der Schwierigkeit ihrer Wartung ausgeschlossen sind.

Zum Naheliegenden und Wichtigsten der Blindenarbeit zurückkehrend, möge sich ein jeder der freundlichen Leser und Leserinnen, die sich ein Herz für die Leiden ihrer blinden Mitmenschen bewahrt haben, und denen ihr Glück aus den Augen ihrer gesunden Kinder entgegenlacht, auch bewogen fühlen, bei sich ergebenden Gelegenheiten ihrer blinden Mitmenschen, sowie unserer Blindenanstalt zu gedenken.

Die *Karlsruhe Blindenanstalt*, Kleinseite, Bruckgasse Nr. 131—III., hält ein Verkaufslokale im Institute für die Erzeugnisse ihrer blinden Pfléglinge den ganzen Tag geöffnet.

Zum Verkaufe gelangen alle Gattungen von Körben, Bürsten, Fußabstreifern aus Kokosgarn und Rohrspänen, weiblichen Handarbeiten, und werden daselbst Rohrstühle zum Ausflechten übernommen und auch aus der Wohnung kostenfrei abgeholt und diese sowie alle anderen Aufträge am Prager Plage kostenlos zugestellt.

Die Anstalt führt auch Bestellungen außerhalb Prags in 5 Kilo-Pakets oder als Frachtsendung genau und gewissenhaft aus.

Weiters übernehmen wir das Auslegen von Kirchen mit Kokosmatten nach Maß.

An die Eltern sehender und blinder Kinder.

I.

Was sollen die Eltern tun, um ihre sehenden Kinder vor der Blindheit zu behüten?

Sind Euere Kinder sehend, so danket Gott und wachet darüber, daß ihr Augenlicht keinen Schaden leide.

1. Wenn ein Kind geboren wird, so haltet die Hebamme dazu an, daß sie sofort nach der Geburt die Augen des Kindes gehörig reinige, wie es ihr die Dienstordnung vorschreibt. Dann untersucht auch selbst während der ersten Lebenswoche täglich die Augen des Kindes und wenn sich an deren Lidern die geringste Rötung oder Eiterung zeigt, ruft sofort den Arzt herbei, und befolget genau dessen Vorschriften. Sollte der Arzt nicht alsbald zur Stelle sein, so reiniget die Augen des Kindes, so oft sich in denselben nur eine Spur von Eiter zeigt, mit einem in kaltes vorher ausgekochtes Wasser getauchten reinen Leinwandläppchen, indem Ihr hierbei immer von der Nase zur Schläfenseite zu über die Lidspalte wischt. Ferner müßt Ihr fortgesetzt feine Leinwandläppchen auf das Auge legen, welche durch Eintauchen in Eiswasser oder durch Auflegen auf Eisstücke recht kalt gemacht worden sind. Diese Läppchen dürfen jedoch nicht zu naß sein und müssen, sobald sie etwas wärmer geworden, sofort durch kalte ersetzt werden. Wenn nur ein Auge entzündet ist, so hütet Euch, mit den Fingern, dem Läppchen, Schwämmchen oder Wasser, womit das kranke Auge gereinigt wurde, das gesunde zu berühren. Diese „Augenentzündung der Neugeborenen“ ist eine sehr gefährliche Krankheit; wenn nicht sofort die richtigen Mittel angewandt werden, dann zerstört sie in den meisten Fällen die Sehkraft gänzlich. Von je 100 jugendlichen Blinden haben 25 durch diese Krankheit ihr Augenlicht verloren. Wenn Ihr aber sofort den Arzt herbeiruft, und genau seine Anordnungen befolgt, dann könnt Ihr sichere Hoffnung hegen, daß Euere Kinder die Sehkraft erhalten bleibe.

2. Duldet nie, daß Euere Kinder mit Gegenständen spielen oder solche auch nur in die Hand nehmen, durch welche die Augen leicht verletzt werden können, wie Messer, Nägel, Pfriemen, Gabeln, Glasteile, Knallpistolen, Flixbogen, Sprengstoffe, Zündhütchen (Kapseln) u. dgl. Neun Perzent aller jugendlichen Blinden haben ihr Augenlicht durch Verletzung mit derartigen Gegenständen verloren. Wenn auch nur ein Auge verletzt ist, so ist große Gefahr vorhanden, daß auch das andere durch Mitentzündung erblindet. Suchet daher in allen derartigen Fällen sofort ärztliche Hilfe nach.

3. Wenn Euere Kinder an Masern, Scharlach, Diphtheritis, Blattern, Gehirnentzündung oder Typhus erkranken, so verpfleget sie genau nach Vorschrift des Arztes, auch wenn die Krankheit schon nachgelassen hat. Denn

jede Vernachlässigung kann die Erblindung herbeiführen; von je 100 blinden Kindern haben 9 durch derartige Krankheiten ihr Augenlicht verloren. Wenn Ihr im Verlaufe der Krankheit merkt, daß die Augen in Mitleidenhaft gezogen werden, so machet sofort den Arzt darauf aufmerksam.

4. Wenn Euere Kinder einen schwächlichen Körper haben, namentlich an sogenannten Skrofeln leiden, so ist Gefahr vorhanden, daß sie auch augenkrank und blind werden. Acht Prozent aller jugendlichen Blinden sind dadurch ihres Lichtes beraubt worden. Sorget also, daß Euere schwachen und skrofulösen Kinder gut gepflegt werden, eine reichliche und leicht verdauliche Nahrung (Milch, Eier, Fleisch u. dgl.) zu sich nehmen und sich viel in frischer Luft bewegen, damit sie bald gesund und kräftig werden.

5. Lasset nie zu, daß Euere Kinder im Zwielicht oder bei schlechter Beleuchtung die Augen durch Lesen, Stricken, Nähen oder sonstige feinere Arbeit anstrengen; sie werden dadurch schwach und kurzsichtig und können großen Schaden an ihrer Sehkraft erleiden.

6. Duldet nicht, daß Euere Kinder Brillen tragen, bevor der Arzt die Augen untersucht und angeordnet hat, ob eine Brille und welche Sorte nötig ist.

Schließlich wird dringend geraten, bei jedem ernstern Augenleiden, welcher Art es auch sein möge, sofort ärztliche Hilfe zu suchen.*)

II.

Wie sollen die Eltern ihre blinden Kinder in der ersten Jugend zu Hause behandeln und erziehen?

Wenn Ihr ein blindes Kind habt, so denket, Gott habe Euch dasselbe geschenkt, damit Ihr dasselbe mit besonderer Liebe und Aufmerksamkeit behandelt. Wenn Ihr dasselbe richtig verpflegt und erziehet, so wird daraus ein tüchtiger und glücklicher Mensch werden, der seine Stellung im Leben ausfüllt und Euch Freude bereitet; wenn Ihr dagegen dasselbe vernachlässigt oder verzärtelt, so wird es ein armes Geschöpf bleiben, das Euch und sich selbst zur Last ist.

Beachtet daher folgende Regeln:

1. Behandelt das blinde Kind gerade so als wenn es sehend wäre, und suchet möglichst früh seine Glieder und Sinne in Tätigkeit zu setzen und zu üben. Sobald es anfängt, die Hände zu regen, so geht ihm allerlei Gegenstände, namentlich kleinere Spielsachen, zum Greifen, Festhalten und Spielen; sein Gehör und seinen Geist weckt durch Vorsprechen, Vorsingen sowie durch tönende Spielsachen.

2. Lehret das Kind in demselben Alter gehen, in welchem auch sehende Kinder dieses lernen.

3. Lasset das Kind nie lange allein und unbeschäftigt auf einer Stelle sitzen, sondern haltet es an, daß es im Zimmer, im Hause, später auch im Hofe und noch weiter umhergehe und alle Gegenstände seiner Umgebung durch Betasten kennen lerne.

4. Sobald als möglich lehret das Kind sich selbst an- und ausziehen, sich waschen und kämmen, seine Kleider ordnen und aufbewahren, beim Essen Löffel, Gabel und Messer richtig gebrauchen. Das blinde Kind kann das

*) Über die Bornaahme des Grebeschen Verfahrens hat die Karlsche Anstalt eine Belehrung von Prof. Dr. Czermak herausgegeben, welche über Verlangen kostenlos an Lehrer, Geistliche, Ärzte und Hebammen zugesandt wird.

ebenso gut, wie das sehende, nur müßt Ihr dies mit ihm wiederholt einüben, da es durch Absehen daselbe nicht erlernen kann.

5. Wachtet sorgfältig über die körperliche Haltung des Kindes; weil es nicht sehen kann, wie sich andere benehmen, so nimmt es leicht üble Gewohnheiten an, die später für seine Umgebung unerträglich werden; es wiegt oder dreht mit dem Kopfe, es bohrt mit den Fingern in die Augen, es verzieht sein Gesicht, es schaukelt mit den Armen, es hält beim Gehen den Kopf und Oberkörper vornüber, es nimmt beim Gehen eine gebückte Stellung ein usw. Sobald Ihr derartiges an Euerm Kinde bemerkt, müßt Ihr dasselbe mit Entschiedenheit davon abzubringen suchen; denn wenn es ihm zur Gewohnheit geworden ist, so reicht oft eine jahrelange Schulung zur Besserung nicht aus.

6. Lasset das blinde Kind soviel als möglich mit sehenden Kindern spielen und sich auch mit ihnen viel im Freien herumtummeln. Gehet fleißig mit ihm spazieren und gebt ihm auch Gelegenheit, kleine Turnübungen zu machen. Wenn es still sitzen muß, so gebt ihm Spielzeug in die Hand, das hauptsächlich auf das Gefühl und Gehör berechnet ist, wie Bälle, Puppen, Steinchen, Baukasten, eine Harmonika u. dgl.

7. Um das Kind über die Außenwelt zu belehren, müßt Ihr es alle erreichbaren Gegenstände der Umgebung betasten und die Räume und Entfernungen durch Begehen und Befühlen ausmessen lassen. Zur besonderen Übung seines Tastsinnes gebt ihm verschiedene Zeugstoffe, Holzarten, Pflanzen, Münzen u. dgl. in die Hand.

8. Lasset das Kind so früh als möglich an häuslichen Beschäftigungen teilnehmen: lasset es Knöpfe oder Perlen aufreihen, Bohnen, Erbsen und Nüsse enthüllen und auslesen, Möbel und Geräte abwischen, Geschirre spülen, Kaffeebohnen mahlen, Kartoffeln schälen, Obst im Garten pflücken, die Hühner, Tauben, Hunde und Katzen und sonstige Haustiere füttern. Auch mit leichteren Handarbeiten, wie mit Garnwickeln, Popsflechten, groben Strickarbeiten, könnt Ihr es passend beschäftigen.

9. Sprechet oft und viel mit Euerm Kinde; denn da dasselbe Euch Euer zärtliche Fürsorge am Gesichte nicht ablesen kann, so hat es das Bedürfnis, um so häufiger Euer liebe Stimme zu hören. Fragt es oft aus über das, was es in seiner Umgebung hört oder fühlt, und gebt ihm recht häufig Anlaß, darüber nachzufragen.

10. Hütet Euch, in Gegenwart des blinden Kindes etwas zu sprechen, was gegen Anstand und gute Sitte verstößt; denn das blinde Kind ist aufmerksamer auf alles, was es hört, und behält es besser, als das sehende.

11. Drückt in Gegenwart des Kindes nie Euer Bedauern über seine Blindheit aus und lasset es auch nicht zu, daß dies ein anderer tue; denn solche Mitleidsäußerungen können das Kind nur entmutigen und niederdrücken. Suchet vielmehr dasselbe immer aufzuheitern und zu fröhlicher Tätigkeit anzuhalten, damit es mit Lust und Mut voranstrebe, sich später im Leben eine selbständige Stellung erringe und fremden Trost und fremde Hülfe entbehren könne.

12. Gebet dem Kinde häufig Gelegenheit, sein Gedächtnis zu üben; denn ein gutes Gedächtnis wird ihm später vorzügliche Dienste leisten. Laßt es Sprüche, kleine Gedichte und Erzählungen auswendig lernen, was es meistens mit großem Vergnügen tun wird.

13. Das blinde Kind kann ebenso frühzeitig zur Religion und Sittlichkeit erzogen werden wie das sehende; richtet Euch darnach!

Für kleine blinde Kinder im Alter zwischen 4—8 Jahren, welche sonst geistig und körperlich gut entwickelt sind, besteht bei der Klarschen Blindenanstalt in Prag ein Kindergarten — suchet rechtzeitig um Aufnahme an!

Sobald das Kind das Alter von 8 Jahren erreicht hat, trachtet, es in die Blinden-Erziehungsanstalt am Gradschin in Prag zu unterbringen. Damit es dort Aufnahme finde, müßt Ihr frühzeitig, etwa 1 Jahr vorher, bei der Direktion dieser Anstalt ein Aufnahmgesuch einbringen und werden Euch über eventuelle Anfragen von der Direktion alle nötigen Auskünfte bereitwilligst erteilt werden.

Sollte es nicht möglich sein, das Kind in die Blindenerziehungsanstalt unterbringen zu können, so laßt es, sobald es 8 Jahre alt ist, regelmäßig die Volksschule Eures Ortes mit den sehenden Kindern besuchen und bittet den Herrn Lehrer, sich an die Klar'sche Blindenanstalt in Prag zu wenden, damit er von derselben nähere Anweisungen zu dem Unterrichte des blinden Kindes sowie auch die nötigen Lehrmittel, namentlich Bücher in Blindenschrift und einen Klein'schen Blindenscheibapparat zum Selbstkostenpreise erhalte.

Privat-Erziehungs- und Seilsinstitut für arme blinde Kinder und Augenkranke am Gradschin in Prag.

Die Aufnahme neuer Zöglinge in dieses Blinden-Erziehungsinstitut am Gradschin findet im Monate Juni, der Eintritt selbst im Monate September statt.

Der Aufnahmsbewerber hat nachzuweisen, daß er:

1. unheilbar blind, sonst aber geistig und körperlich gesund und bildungsfähig ist;
2. die Impfung überstanden hat;
3. nicht unter 8 aber auch nicht über 12 Jahre alt ist;
4. in einer Gemeinde in Böhmen heimatständig ist.

Im Gesuche ist die Beschäftigung der Eltern, deren Vermögens- und sonstige Verhältnisse, die Anzahl ihrer Kinder anzugeben, gleichzeitig zu bemerken, zu welchem Jahresbeitrage sie oder ein anderer Wohltäter sich herbeilassen würde.

Bei Waisen ist die nähere Verwandtschaft und deren Verhältnisse anzuführen.

Den Gesuchen um unentgeltliche Aufnahme ist ein legales Mittellosigkeitszeugnis beizuschließen.

11. Taubstumme.

Der Erziehung und Ausbildung von Taubstummen dienen in Böhmen 4 Anstalten:

das Privat-Taubstummeninstitut Prag-III,	
das Diözesan-Taubstummeninstitut zu Leitmeritz,	
" " " " " " " "	Budweis,
" " " " " " " "	Königgrätz.

Über diese verschiedenen Anstalten folgen nachstehend die Organisationsstatute, bzw. Aufnahmebedingungen. Einem heimischen, rühmlich bekannten Arbeiter auf diesem Gebiete, dem Taubstummenlehrer A. Rindemann, verdanken wir den angeschlossenen Bericht über die Notwendigkeit der Errichtung

von Landesanstalten für Taubstumme, den der Verfasser auf dem Taubstummenkongresse zu Wien, Ostern 1908, erstattete.

Notwendigkeit und Errichtung von Landestaubstummenanstalten im Königreiche Böhmen.

Vortrag, gehalten von J. Rindlmann, Lehrer am Prager Taubstummen-Institute, am 3. allgemeinen österreichischen Taubstummenlehrertag in Wien (Ostern 1908).

Tue deinen Mund auf für die
Stummen und für die Sache
aller, die verlassen sind. (Sprüche
Sal 21, 8.)

Eine geraume Zeit mußte vergehen, bevor man die in diesem Spruche vor etwa 3000 Jahren ausgesprochene Ermahnung in jenem Grade befolgte, wie es das Wohl der Taubstummen erforderte.

Die hochgebildeten Völker des Altertums, Ägypter, Griechen und Römer, hielten eine Bildung der Taubstummen bekanntlich für ausgeschlossen. Das griechische Wort *ωωπος* — taub, hieß in seiner früheren Bedeutung soviel wie stumpf, abgestumpft, unempänglich, dumm. Daraus ersehen wir schon, welche Meinung die alten Griechen von den Taubstummen hatten. Sie setzten sie ganz einfach mit den Stumpfsinnigen in ein und dieselbe Kategorie.

Der erste Schriftsteller, der überhaupt von den Taubstummen berichtet, ist Herodot. Er erzählt nämlich im 1. Buch, Kap. 34, daß Krösus zwei Söhne hatte, von denen der eine taubstumm war. Aristoteles, sowie der pestheilende Hippokrates rechneten die Taubstummen zu den Blödsinnigen.

Die Talmudisten machten keinen Unterschied zwischen Tauben und Irren.

Bei den Römern scheint man zwar einzelne Taubstumme in den bildenden Künsten unterrichtet zu haben und wenn uns auch Plinius der Ältere *) in seiner *naturalis historia*, lib. XXXV, cap. 4, mitteilt, daß der Redner Marcus Valerius Messala Corvinus einen taubstummen Knaben, namens Quintus Pedius, in der Malerkunst unterrichten ließ und dieser darin große Fortschritte gemacht habe, so kann hier keinesfalls von einer allgemeinen Taubstummenfürsorge die Rede sein.

Erst dem Christentume war es vorbehalten, sich dieser Unglücklichen anzunehmen und ihnen wenigstens das zu ersetzen zu trachten, was ihnen der Schöpfer versagt oder wieder genommen hat. Doch mußten noch 14 Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung verstreichen, bis man sich zu der Ansicht, daß die Taubstummen bildungsfähig sind, bekannte.

Sogar der bedeutende Kirchenlehrer, der hl. Augustinus, war der Ansicht, daß die Taubstummen der religiösen Erkenntnis nicht fähig seien, weil der Glaube aus dem Anhören der Predigt komme. Diese aber könne man, ohne sie zu hören, nicht verstehen. Hierbei berief er sich auf die Briefe des Apostel Paulus an die Römer, in welchen es heißt: „Wie werden sie nun den anrufen, an den sie nicht glauben? Wie werden sie an den glauben, von welchem sie nicht gehört haben? Wie werden sie hören ohne Predigt?“ (Röm. 10, 14.) Und ferner: „So kommt also der Glaube vom Anhören, das Anhören aber von der Predigt des Wortes Christi.“ (Röm. 10, 17.)

*) Plinius erkannte auch, daß die Stummheit eine Folge der Taubheit ist. So sagt er in seiner Naturgeschichte (lib. X., cap. 69): *auditus cui homini prima negatus est, huic et sermonis usus ablatas, nec sunt naturaliter surdi ut idem sint et muti*, dem Menschen, dem von Geburt an das Gehör fehlt, steht auch nicht die Sprache zu Gebote und kein Taubgeborener findet sich, der nicht zugleich stumm ist.

Im Mittelalter erfuhr die traurige Lage der Taubstummen keine Besserung. Im Gegenteil! Die von Aberglauben und Hexenwahn durchtränkte Menschheit hatte noch ihr ohnehin jammervolles Dasein verschlimmert. Einen Taubstummen aus seinem, von Gott über ihn verhängten Zustande reißen zu wollen, war eine Gotteslästerung, war ein Verbrechen.

Aus gleichem Grunde brachten auch die ersten Jahrhunderte der Neuzeit keine Änderung zu gunsten der Taubstummen. So lesen wir noch in der Maximilianischen Notariatsverordnung vom Jahre 1512, tit. II, § 4 und 5, bezüglich der Testamente folgendes:

„1. Item: es gehört zu einem jeden Testamente, daß der oder die, so Testamente machen, mit verständlichen Worten reden oder aber schreiben können, denn welcher keines könnte, der wird darin einem Toten gleich geachtet 2c.“

Damit die armen Notare diesen „lebendigen Toten“ ja nicht auf den Leim gehen, heißt es weiter:

„Die Notare sollen sich auch hüten vor allen denen, die weder verständlich reden noch schreiben können 2c.“

Sogar in dem berühmten Code Napoleon, dem späteren Code civil des français, welcher von den ersten Juristen Frankreichs verfaßt wurde, ist die Beurteilung des Taubstummen keine günstigere. Im 3. Buche, Tit. 2, Kap. 4, Art. 936, heißt es: „Die des Schreibens unkundigen (also damals fast alle) Taubstummen sind in gleiche Kategorie mit den Minderjährigen zu stellen.“ (Also nicht viel besser, als sie für Tote ansehen.)

Im 16. und 17. Jahrhundert wurden die Unterrichtsversuche an Taubstummen immer häufiger und wir finden schon in den verschiedenen Ländern Taubstummenlehrer von bedeutendem Rufe. So in Spanien Pedro de Ponce, in Holland Hellmont und Amman; in Frankreich im 18. Jahrhunderte Pereira, Ernaud und Abbé Deschamps und in demselben Jahrhunderte die ersten Gründer von Taubstummenanstalten, die gefeierten und hochverdienten Männer um das Taubstummenbildungsweisen Abbé de l'Épée und Samuel Heinicke.

Obwohl nach dem Gesagten die Anfänge der Taubstummenbildung nicht in die ersten Entwicklungsperioden der allgemeinen Pädagogik reichen, liegt heute immerhin eine Geschichte des Taubstummenbildungswezens hinter uns und sind Erfolge zu verzeichnen, daß deshalb sich auch dieser Teil der Pädagogik wohl auf der Höhe unserer Zeit befinden könnte. Daß trotz der Fortschritte der allgemeinen Pädagogik die Taubstummenbildung verhältnismäßig spät begann und lange Zeit in zerstreuten Versuchen bestand, auch heute sich noch nicht auf alle Taubstummen erstreckt, hatte seinen Grund unter anderem auch in dem sehr verbreiteten und schon erwähnten Zweifel an der intellektuellen Anlage und Bildungsfähigkeit der Taubstummen. Heute ist wohl von der Bildungsfähigkeit des Taubstummen jeder Gebildete überzeugt.

Immerhin sind bei uns die Verhältnisse auf dem Gebiete des Taubstummenbildungswezens noch immer derartige, daß es noch lange mit vereinten Kräften zu arbeiten gilt, bevor von geordneten österreichischen Taubstummenbildungsverhältnissen die Rede sein kann. Namentlich einige Kronländer werden aus ihrer bisherigen Lethargie erwachen und auch diesem sachwichtigen Gebiete der Pädagogik ihre Fürsorge zuwenden müssen.

Vom humanitären, rechtlichen und national-ökonomischen Standpunkte aus ist der Staat verpflichtet, allen heranwachsenden Gliedern der Gesellschaft die Mittel zur Erfüllung der Gesellschaftspflichten zu bieten, die Bedingungen zu einem relativ glücklichen Dasein zu schaffen. Und nachdem alle Bewohner eines geordneten Staatswezens von der Regierung fordern können, daß dieselbe die zur Erfüllung ihres Berufes notwendigen Mittel und Bedingungen und mit diesen in erster Linie die Erziehung ihnen beistelle und garan-

tiere, so dürfen auch die Taubstummen von dieser allgemeinen Regel keine Ausnahme bilden. Die Ausgaben für sonstige Schulen werden von allen gebilligt, die sich für unsere Kultur interessieren; aber wir müssen uns auch jener Unglücklichen annehmen, welche die Bildung am meisten nötig haben, sollen sie nicht zur Last der menschlichen Gesellschaft werden. Diese Armen und Elenden sind auf die Fürsorge ihrer Mitmenschen angewiesen und sind in volkswirtschaftlicher Hinsicht als verloren gegangenes Arbeitskapital zu betrachten. Durch Erziehung und Unterricht allein können diese Unglücklichen aus ihrem nahezu tierischen Zustande befreit und befähigt werden, verständige, arbeitame und lebensfrohe Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.

Die Gesellschaft ist zweifellos auf dem Standpunkte, jede humane Idee zu verwirklichen, wenn es nur gefordert wird. Und ist auch nur zu oft Eitelkeit, die Mode, die Triebfeder zu philanthropischen Taten, so tut das nichts, wenn nur Gutes geschaffen wird. Fast jeder das Dasein des Menschen veredelnde, verbessernde Gedanke hat seine Vertreter, hat seine Tempel. Auch den abnorm geschaffenen oder gewordenen Menschen, den Taubstummen, hat man im allgemeinen Drange zu helfen nicht ganz vergessen, ja hie und da hat man erfreulicherweise schon erschöpfend geholfen, so z. B. in unseren Kronländern: Nieder-Osterreich, Ober-Osterreich, Salzburg, Mähren und in der Stadt Triest mit Gebiet. Die in letzter Zeit mit großer Energie an die Ordnung der Taubstummenbildung schreitende Markgrafschaft Mähren verdient für die anderen Länder vorbildlich genannt zu werden.

Bis zum Herbst vorigen Jahres besaß Mähren drei Taubstummenanstalten und zwar eine deutsche und zwei tschechische. Mit 1. Oktober 1907 wurde in Olmütz der 1. Jahrgang einer neuen deutschen Taubstummenanstalt mit 15 Schülern, vorläufig als Provisorium, eröffnet und zu gleicher Zeit auch mit dem Baue einer tschechischen Taubstummenanstalt in Wallachisch-Meseritsch begonnen. Beide Landesanstalten sind für einen achtjährigen Bildungskursus berechnet. Mähren wird also ehestens im Besitze von fünf Taubstummenanstalten sein, von denen vier aus Landesmitteln erhalten werden. So sehen die Verhältnisse in unserem taubstummenfreundlichen Nachbarlande Mähren aus.

Ganz anders liegen jedoch die Verhältnisse in anderen Kronländern, so z. B. in Böhmen. Daß das Taubstummenbildungsweisen im Königreiche Böhmen nicht auf der Höhe unserer Zeit steht und schon seit Jahrzehnten nicht mehr in Entwicklung begriffen ist, darüber herrscht wohl unter allen Anwesenden und Einsichtigen kein Zweifel. Ja, die Zustände, wie sie jetzt stehen, sind für die Dauer unhaltbar und bedeuten für unser in volkswirtschaftlicher Hinsicht so kräftiges Königreich eine soziale Gefahr.

Der § 26 der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung sagt: „Im allgemeinen haben auch die nicht vollsinnigen, jedoch bildungsfähigen Kinder, insbesondere die blinden und taubstummen, sofern sie nicht in eigenen, für die Pflege und Erziehung derartiger Kinder bestimmten Anstalten untergebracht werden, am Volksschulunterrichte teilzunehmen; für ihren Unterricht sind an der Volksschule, soweit es angeht, besondere Einrichtungen zu treffen.“ Glaubte vielleicht Böhmen von diesem „Rotparagraphen“ sich etwas versprechen zu dürfen? Allem Anscheine nach, ja! Auf den Wert der Bestimmung dieses Paragraphen in bezug auf die Taubstummenbildung werde ich später zu sprechen kommen.

§ 20 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, durch welches die Grundsätze des Unterrichtswezens bezüglich der Volksschulen festgestellt werden, bestimmt: „Die Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen

Volksschulen vorgegeschrieben ist.“ — Dieser Paragraph mit dem § 1 desselben Gesetzes (die Volksschule hat zur Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen, deren Geistestätigkeit zu entwickeln, sie mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlage für Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen) spricht, sophistisch aufgefaßt, allerdings auch für Taubstumme; denn kleine, in einem gewissen Alter stehende Taubstumme sind Kinder, bildungsfähig, bildungsbedürftiger als die Vollsinnigen und können den Forderungen, die an die Volksschule gestellt werden, im allgemeinen entsprechen.

Im § 23 heißt es aber: „Von der Verpflichtung, die öffentliche Schule zu besuchen, sind zeitweilig oder dauernd entbunden: Kinder, denen ein dem Unterrichtszwecke oder Schulbesuche hinderndes geistiges oder schweres körperliches Gebrechen anhaftet usw.“

Taubheit, natürlich nicht in Verbindung mit einem geistigen Gebrechen, ist weder dem Unterrichtszwecke, noch dem Schulbesuche hinderlich. Der Zweck ist bei Taubstummten und bei Vollsinnigen derselbe. Auch der Taubstummtenunterricht basiert auf allgemeinen pädagogischen Grundsätzen; — aber die wichtigsten Verkehrsmittel, Gehör und Sprache fehlen dem Taubstummten, daher taugt die öffentliche Volksschule für diese Kinder gar nicht, sie brauchen eigene Erziehungsanstalten, eigene Schulen.

Das Schwimmen lernt man eben nur im Wasser. Die Volksschule kann also unmöglich die Taubstummenschule ersetzen. Falls sich aber dennoch die Volksschule des Taubstummten annimmt und gar nach irgend einer Anleitung zu artikulieren beginnt, so hat die Erfahrung gelehrt, daß hier das Gegenteil erreicht wird. Mit der Entwicklung der Lautsprache sollte also der Volksschullehrer unbedingt nicht beginnen, denn er kann nur viel schaden und sehr wenig nützen. Nichts erfordert mehr Übung, nichts kann man so wenig aus Büchern lernen als gerade den Artikulationsunterricht. Der angehende junge Taubstummtenlehrer kann zwar bald nach der Anleitung erfahrener Kollegen am Unterrichte sich nützlich beteiligen; allein zu einem vollständigen Artikulationslehrer befähigt ihn nur langjährige Praxis. Befaßt sich dennoch ein Elementarlehrer mit der Entwicklung der Lautsprache beim taubstummten Kinde, so findet man fast nie sein Bemühen von gutem Erfolge gekrönt. Der Schüler eignet sich eine fehlerhafte, unverständliche Aussprache an, die sich während seines jahrelangen Schulbesuches so festsetzt, daß es dem Taubstummtenlehrer später beinahe unmöglich wird, dieselbe zu verbessern. Der Taubstumme behält vielmehr eine undeutliche, für die Zuhörer äußerst unangenehme Sprache und statt eines Vorteiles ist für ihn nur ein Nachteil aus der mühevollen Arbeit des Lehrers erwachsen.

Bedenkt man nun noch, daß der Artikulationsunterricht selbst in der Taubstummenschule einen ganz bedeutenden Teil der Unterrichtszeit einnimmt, daß aber der Volksschullehrer soviel Zeit seinen Schülern nicht entziehen kann, so muß man zu der Einsicht kommen, daß die Volksschule unmöglich bei Taubstummten in Betracht kommen kann.

Wem obliegt aber die Errichtung der für die Taubstummten notwendigen Spezialanstalten?

Da in Konsequenz des Volksschulgesetzes kein Staatsbürger im bildungsfähigen Alter von der Schule oder dem Genuße eines anderweitigen, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Unterrichtes zurückgehalten werden darf, so hat, wie schon früher erwähnt, der Staat die Pflicht, Anstalten und Vorkehrungen zu treffen, daß jeder bildungsfähige Taubstumme im Staate in

einer für ihn geeigneten Weise jene Bildung genieße, die von Staats wegen von jedem anderen Staatsangehörigen gefordert wird.

Nach § 59 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 beziehungsweise vom 2. Mai 1883, der da sagt: „Ebenso kommt es der Landesgesetzgebung zu, in betreff der Errichtung der für das Land notwendigen Schulen und Erziehungsanstalten für nicht vollsinnige Kinder die geeigneten Anordnungen zu treffen,“ überläßt aber leider der Staat die Lösung der Taubstummensbildungsfrage ganz den einzelnen Kronländern. Da die meisten Kronländer den Forderungen des § 59 des RVG. entsprochen haben, so wird wohl im „Zeitalter der Humanität“ auch dem Königreiche Böhmen kein anderer Ausweg offen stehen, als, dem Beispiele der anderen Kronländer und namentlich Währens folgend, auch endlich einmal „die geeigneten Anordnungen zu treffen“.

Immerwährend weist Böhmen auf den traurigen Zustand der Landesfinanzen hin, klagt über eine bestehende Schuldenlast von 105 Millionen Kronen, welche, wenn noch die oberschwebenden Darlehen bewilligt werden sollten, auf 120 Millionen Kronen anwachsen werden und meint, von dem mit Gebärungsüberschüssen von 146 Millionen Kronen arbeitenden Staat die Sanierung beanspruchen zu können. (Da auch der Staat den einzelnen Ländern große Aufgaben auferlegt und beispielsweise das Tabakmonopol allein eine Summe von 233 Millionen Kronen, also viermal soviel, als die direkten Steuern, einträgt, wäre diese Forderung gewiß nicht unbegründet.) Das Land würde also am liebsten die Regelung der Taubstummensbildungsangelegenheit dem Staate überlassen. Tatsächlich werden schon andere Versuche in diesem Sinne unternommen. So war z. B. seinerzeit die Zwangsarbeitsanstalt in Prag, Gradschin, eine Staatsanstalt. Später wurde diese vom Lande übernommen und heute trachtet abermals das Land die Verstaatlichung genannter Anstalt durchzusetzen. (Auch diese Forderung des Landes ist berechtigt, denn meistens werden die Sträflinge von der k. k. Strafanstalt entlassen und kurze Zeit darauf von der Zwangsarbeitsanstalt aufgenommen.)

Nach dem soeben Erwähnten steht es mit der Taubstummensfürsorge in Böhmen folgendermaßen: Der Staat verläßt sich auf das Land. Das Land verläßt sich auf den Staat. Beide verlassen sich auf die Privatwohlthätigkeit und somit sind, bis auf einen kleinen Teil, die Taubstummens Böhmens gründlich verlassen.

Das Königreich Böhmen besitzt also bis heute, so sonderbar es klingt, nicht eine einzige Landestaubstummensanstalt und mit einer unzureichenden Subventionierung der im Lande befindlichen, für alle schulpflichtigen, taubstummen Kinder nicht ausreichenden vier Privattaubstummensinstitute (Prag, Leitmeritz, Budweis und Königgrätz) glaubt es seiner Pflicht nachgekommen zu sein.

Im Jahre 1871 stand in den Tages- und Fachblättern die Nachricht, daß das Prager Taubstummensinstitut dem sicheren Vernehmen nach vom Lande übernommen werde. Wie weit die diesbezüglichen Verhandlungen des Landes mit dem Institute gediehen und warum es nicht zur Durchführung dieser so an der Hand liegenden Idee kam, konnte ich leider nicht erfahren. Daß seit dieser Zeit in dieser Hinsicht nichts mehr geschah und bis heute nicht einmal die Schule des Prager Taubstummensinstitutes vom Lande übernommen wurde, muß mich, wo es sich um die größte und zweitälteste Anstalt von Österreich handelt, wundernehmen. Gewiß würde das Prager Taubstummensinstitut, welches für eine ganz bedeutende Menge armer taubstummer Kinder zu sorgen hat, durch Übernahme der Schule und der Lehrerschaft seitens des Landes bedeutend entlastet werden. Daß auch ferner der Lehrer-

schaft genannten Institutes in bezug auf Gehalt, Vorrückung und andere Rechte nie zu unterschätzende Vorteile erwachsen würden, ist sicher.

Einige Jahre nach der angeblich geplanten Verländerung des Prager Taubstummeninstitutes, wandte sich der böhm. Landesauschuß an die Oberdirektion der genannten Anstalt und verlangte Vorschläge bezüglich Errichtung von Landestaubstummenanstalten. Dies geschah!

Die Oberdirektion der Prager Taubstummenanstalt machte dem Lande den Vorschlag, sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu wenden und zu versuchen, ob nicht eine Gemeinde den Baugrund oder ein passendes Objekt für den fraglichen Zweck dem Lande zur freien Verfügung stellen würde. Mit diesem Vorschlag war die Sache erledigt. Bis heute geschah noch nichts! —

Was die vom Lande erfolgende Subventionierung der vier in Böhmen befindlichen Taubstummeninstitute betrifft, so erhalten:

A. Das Prager Taubstummeninstitut:

1. Für 30 Stipendien	8820 K
2. Für Lehrkräfte	8000 "
3. Aus der Erzherzogin Gisela-Stiftung für 10 Zöglinge zusammen	4000 "
Summe	20.000 K

Überdies erhält das Prager Taubstummeninstitut für 10 Zöglinge aus dem Landeswaisenfonds eine Verpflegungsgebühr von 1 K 30 h per Kopf und Tag.

B. Das Taubstummeninstitut in Leitmeritz:

1. Für 20 Stipendien	5000 K
2. Für 10 Stipendien	3000 "
3. Für 4 Lehrkräfte	6000 "
Summe	14.000 K

C. Das Taubstummeninstitut in Budweis:

1. Subvention	6000 K
2. Für 10 Stipendien	3000 "
3. Für Lehrkräfte	6000 "
Summe	15.000 K

(VAD. vom 16. Oktober 1906, Z. 116.899.)

D. Das Taubstummeninstitut in Königgrätz:

1. Für 36 Stipendien	10.800 K
2. Für Lehrkräfte	6000 "
Summe	16.800 K

3. Ein außerordentlicher, vom Jahre 1906 angefangen von dem früheren jährlichen 5000 K auf 7000 K erhöhter Betrag zum Baue eines neuen Gebäudes auf die Dauer von 40 Jahren (8. Rate) 7000 K

Die jährlichen Ausgaben, welche dem Lande durch die Taubstummenfürsorge erwachsen, betragen also rund 80.000 K.

Wenn man bedenkt, daß das Taubstummeninstitut in Klagenfurt dem armen Lande Kärnten jährlich 40.000 K und das Grazer Taubstummeninstitut dem Lande jährlich 80.000 K Kosten verursacht, so muß für Böhmen genannter, der Taubstummenfürsorge zugute kommender Betrag, mit Rücksicht

Taubstumme außerhalb der Taubstummen- und anderen Heil- und Versorgungsanstalten in den Jahren 1902—1905.

Laufende Nummer	Bezirkshauptmannschaft	Absolute Zahl	Auf 10.000 Einwohner entfallen	Laufende Nummer	Bezirkshauptmannschaft	Absolute Zahl	Auf 10.000 Einwohner entfallen
1	Misch	36	9'0	52	Moldauten	17	9'8
2	Aussig	49	4'8	53	Mühlhausen	40	10'6
3	Beneškan	70	10'1	54	Münchengrätz	28	7'2
4	Bischsteinitz	48	10'2	55	Nachod	37	6'8
5	Blatna	50	10'3	56	Neubřezov	68	12'1
6	Böhmischbrod	36	7'7	57	Neuhauz	71	13'3
7	Böhmisch-Teipa	60	8'3	58	Neupaka	48	7'7
8	Braunau	23	4'1	59	Neustadt	43	8'9
9	Brüg	42	5'3	60	Parbubitz	69	7'4
10	Budweis	66	6'1	61	Pilgram	65	12'6
11	Chotěboř	68	14'7	62	Pilsen	56	4'2
12	Chrudim	77	8'5	63	Pisek	58	7'4
13	Časlau	73	11'4	64	Plan	18	5'4
14	Danba	10	4'2	65	Poděbrad	53	6'8
15	Deutschbrod	108	14'2	66	Poderšam	16	3'7
16	Dux	32	3'8	67	Polička	68	20'1
17	Eger	60	9'6	68	Prachatic	135	18'3
18	Falkenau	66	7'5	69	Prešmitz (später errichtete Bezirkshauptm.)		
19	Friedland	28	5'6	70	Preštitz	36	8'4
20	Gabel	20	6'1	71	Přibram	67	9'6
21	Gablonz	33	3'9	72	Rakonitz	33	6'7
22	Graßlitz	41	7'6	73	Randniz	34	6'7
23	Hohenelbe	31	6'7	74	Reichenau	61	12'0
24	Hohenmaut	85	13'0	75	Reichenberg	35	4'2
25	Horowitz	43	6'2	76	Rositzan	46	7'9
26	Jicin	44	6'4	77	Rumburg	28	4'2
27	Jochimstäl	27	9'2	78	Saaz	30	6'1
28	Jungbunzlau	60	8'5	79	Schlan	69	6'4
29	Kaaden	58	8'0	80	Schluckenau	25	4'7
30	Kamenitz a. L.	33	9'2	81	Schüttenhofen	113	21'1
31	Kaplitz	83	15'6	82	Selčan	75	13'1
32	Karlshad	24	2'8	83	Semil	71	12'2
33	Karolinentäl	42	3'6	84	Senftenberg	88	14'6
34	Kladno	31	4'4	85	Smichow	55	3'8
35	Klattau	109	14'5	86	Starckenbach	32	6'4
36	Kolin	50	7'0	87	Strakonitz	105	14'1
37	Komotau	30	4'6	88	Tabor	127	16'0
38	Königgrätz	39	3'9	89	Tachau	39	9'4
39	Königshof	43	6'6	90	Taus	46	9'8
40	Kralowitz	30	8'7	91	Tepl	10	3'2
41	Krummäu	89	14'9	92	Teplitz	36	4'0
42	Kuttenberg	49	7'4	93	Tetschen	47	4'3
43	Landstron	69	10'7	94	Trautenau	44	5'3
44	Lann	29	6'5	95	Turnau	57	11'7
45	Lebeč	77	15'6	96	Kgl. Weinberge	75	5'8
46	Leitmeritz	40	4'6	97	Wittingau	45	9'3
47	Leitomischl	99	19'5	98	Zizkow	40	4'7
48	Luditz	18	6'3	99	Brag Magristat	43	1'9
49	Marienbad	22	7'4	100	Reichenberg Magistr.	13	3'8
50	Melnik	33	7'7				
51	Mies	36	5'4				
Königreich Böhmen . .						5034	7'67

auf die hohe Zahl der im Lande lebenden Taubstummen, recht unzureichend genannt werden.

Nach der Statistik für das Sanitätswesen für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder vom Jahre 1902 für das Jahr 1899, gab es unter den in Böhmen gezählten 5113 Taubstummen 747 taubstumme schulpflichtige Kinder, die in keines der bestehenden Taubstummeninstitute Aufnahme fanden.

Im Jahre 1901 betrug die Gesamtzahl der Taubstummen Böhmens 5569; im Jahre 1902 5546; im Jahre 1903 5526 und im Jahre 1904 5463.

Im Berichte über die sanitären Verhältnisse und Einrichtungen des Königreiches Böhmen in den Jahren 1902—1905, verfaßt von Dr. Ignaz Pelc, k. k. Hofrat und Sanitätsreferent, zählt, wie nachstehende Tabelle zeigt, das Königreich Böhmen in den genannten Jahren 5034 außerhalb der Taubstummen- und anderen Heil- und Versorgungsanstalten befindliche Taubstumme.

In Bezug auf die Landesbevölkerung kamen auf 10.000 Einwohner im Jahre 1902 8'09; im Jahre 1903 7'83; im Jahre 1904 7'65 und im Jahre 1905 7'51 Taubstumme.

Das männliche Geschlecht ist überwiegend und zwar im Durchschnitte 4'8% (1899/1901 um 5'4%).

Über die Verbreitung der Taubstummen in den einzelnen Bezirken gibt vorstehende Tabelle die gewünschte Auskunft. Nach derselben beträgt der Landesdurchschnitt 1902/1905 7'81 auf 10.000 Einwohner. Die meisten Taubstummen kamen im Jahre 1905 im politischen Bezirke Schüttenhofen (21'1 auf 10.000 Einwohner) vor, die wenigsten in Prag (1'92 auf 10.000 Einwohner). In den letzten 4 Jahren waren durchschnittlich nur 413 Taubstumme in den Fachanstalten untergebracht, während 5056 sich außerhalb derselben befanden.

Da in den letzten Jahren die Taubstummengesamtziffer eine ziemlich konstante ist, so dürfte seit dem Jahre 1899 sich auch die, auf in keiner Anstalt untergebrachte Kinder bezughabende Zahl kaum wesentlich verändert haben.

Überraschend sind daher die Zahlen, die ich dem „Jahresberichte des k. k. Landesschulrates für Böhmen über den Zustand des Volksschulwesens im Königreiche Böhmen für das Jahr 1906“ entnommen habe und welche ich, nach Schulbezirken zusammengestellt, hier folgen lassen:

Anzahl der ohne jeden Unterricht gebliebenen taubstummen Kinder.

(Stand vom 31. Dezember 1906.)

Laufende Nummer	Schulbezirke	Knaben	Mädchen	Laufende Nummer	Schulbezirke	Knaben	Mädchen
1	Müch	—	1	13	Chotěboř	6	3
2	Aussig	6	3	14	Chrudim	9	3
3	Benetšau	3	—	15	Čáslav	6	1
4	Bischofsteinitz	1	—	16	Dauba	1	—
5	Blatna	—	—	17	Deutsch-Brod (deutsch)	1	1
6	Böhmisches Brod	—	1	18	Deutsch-Brod (tschech.)	2	2
7	Böhmisches Leipa	2	1	19	Deutsch-Wabel	1	1
8	Braunau (deutsch)	—	1	20	Dux	2	3
9	Braunau (tschech.)	—	—	21	Eger	1	2
10	Brüx	2	1	22	Falkenau	7	3
11	Budweis (deutsch)	1	1	23	Friedland	—	1
12	Budweis (tschech.)	—	5	24	Gablonz	1	2

Laufende Nummer	Schulbezirke	Knaben	Mädchen	Laufende Nummer	Schulbezirke	Knaben	Mädchen
25	Braslitš	4	5	73	Plan	—	—
26	Hohenelbe	1	2	74	Bodebrad	1	2
27	Hohenmant	3	6	75	Bodersam	1	1
28	Horowitz	—	2	76	Boličeta (deutsch)	—	2
29	Jicin	2	—	77	Boličeta (tschech.)	6	—
30	Jungbunzlau	—	1	78	Brachatiš (deutsch)	3	4
31	Kaaden	—	1	79	Brachatiš (tschech.)	4	3
32	Kaplitš	2	2	80	Brag (deutsch)	—	—
33	Kamenitz a. L.	5	1	81	Brag (tschech.)	—	—
34	Karlsbad	2	1	82	Bresnitz	3	3
35	Karolinenthal	2	1	83	Brestitz	4	3
36	Kladno	3	1	84	Břibram	2	1
37	Klattau (deutsch)	1	4	85	Rafonitz	1	—
38	Klattau (tschech.)	1	3	86	Raudnitz	—	1
39	Kolin	5	—	87	Reichenau a. R.	7	—
40	Komotau	4	1	88	Reichenberg Land	3	3
41	Königgrätz	—	1	89	Reichenberg Stadt	—	—
42	Königinhof (deutsch)	1	—	90	Rokitzan	2	—
43	Königinhof (tschech.)	—	—	91	Rumburg	1	2
44	Kralowitz (deutsch)	—	1	92	Saaz	1	1
45	Kralowitz (tschech.)	1	—	93	Schlan	2	3
46	Krummhou	3	9	94	Schluckenau	—	1
47	Krummhou (tschech.)	2	—	95	Schützenhofen (deutsch)	1	2
48	Kuttenberg	4	2	96	Schützenhofen (tschech.)	2	5
49	Landskron (deutsch)	2	1	97	Seltšchan	3	—
50	Landskron (tschech.)	1	—	98	Semil	—	3
51	Lann	—	—	99	Senftenberg (deutsch)	2	1
52	Lebetsch	3	5	100	Senftenberg (tschech.)	—	—
53	Leitmeritz	1	4	101	Smichow	4	3
54	Leitomischl (deutsch)	1	1	102	Starckenbach	1	—
55	Leitomischl (tschech.)	3	3	103	St. Joachimstal	1	2
56	Lubitz	—	2	104	Strakonitz	4	4
57	Martenbad	—	—	105	Tabor	3	2
58	Melnsitz	1	1	106	Tachau	5	—
59	Mies	2	5	107	Taus (deutsch)	—	—
60	Moldauten	—	—	108	Taus (tschech.)	2	2
61	Mühlhausen	2	2	109	Tepl	1	—
62	Münchengrätz	—	—	110	Teplitz	1	3
63	Nachod	1	1	111	Letšchen	2	1
64	Neubydžom	1	—	112	Trautenau (deutsch)	1	3
65	Neubaus (deutsch)	2	2	113	Trautenau (tschech.)	—	—
66	Neubaus (tschech.)	1	2	114	Turnau	1	1
67	Neu-Bata	—	3	115	Rgl. Weinberge	1	5
68	Neustadt a. M.	—	—	116	Wittingau	3	2
69	Pardubitz	3	2	117	Zizkow	—	—
70	Pilgram	1	2		Summe	208	189
71	Pilsen	3	4		in deutschen Schulbezirken	78	91
72	Pisef	3	—		in tschechischen Schulbezirken	130	98

Nach dieser vom Landeschulrate veranlaßten Zählung sind im Jahre 1906 gegen 400 schulpflichtige taubstumme Kinder ohne Unterricht geblieben.

Rechnen wir die in der Volksschule dahinbrütenden, (und deren soll es in Böhmen ziemlich viele geben) sowie die irrthümlich zu den Schwachsinigen gezählten taubstummen Kinder hinzu, so sind wir von der im Jahre 1902 für das Jahr 1899 ermittelten Zahl 747 nicht weit entfernt.

Diesen über 700 in keiner Anstalt untergebrachten, taubstummen schulpflichtigen Kindern stehen ca. 400 in den vier Privat-Taubstummenanstalten befindliche gegenüber und zwar befinden sich derzeit:

im Taubstummeninstitut zu Prag*)	173
" " " Leitmeritz**)	52
" " " Budweis***)	103
" " " Königgrätz†)	80
Zusammen:	408

Böhmen zählt mithin gegen 1100 schulpflichtige taubstumme Kinder und ist somit die totale Unzulänglichkeit der im Lande bestehenden 4 Taubstummenanstalten erwiesen.

Aber auch für die in den genannten 4 Instituten untergebrachten Kinder ist nicht in einer, den Forderungen dieses speziellen Gebietes der Pädagogik entsprechenden Weise gesorgt. So sind z. B. die einzelnen Klassen oft so überfüllt, daß auf einen Lehrer mehr als 20 Schüler entfallen. Infolge des großen Andranges können ferner nicht die Gesuche aller Aufnahmebewerber rechtzeitig berücksichtigt werden und es gelangen die Kinder leider oft erst im 12. Lebensjahre zur Aufnahme. Klassen mit Kindern großen Altersunterschiedes sind hievon die natürlichen und den Hemmschuß beim Unterrichte bildenden Folgen.

Die im 12. Lebensjahre eintretenden taubstummen Kinder bringen es, da ihre Sprachorgane infolge ihrer Untätigkeit ungenutzt geworden sind, nie zu einer reinen, verständlichen Aussprache und neigen oft zu den verschiedenartigsten Lungenleiden. Übrigens bleibt bei gar zu spätem Eintritte aller Unterricht, alle Erziehung ein Stückwerk. Das schon krumm verwachsene Bäumchen läßt sich nur schwer und mit großem Zwange gerade ziehen. Die Jahre geistiger Untätigkeit und Verkümmern, mangelnder Erziehung und Belehrung haben in der Kinderseele einen Boden geschaffen, auf welchem die Arbeit des Erziehers versagt.

Alle Achtung vor Böhmens Privat-Taubstummenanstalten — ich denke stets an den Ausspruch Heinrich Schöffes: „Jede Taubstummenanstalt ist ein ehrwürdiges Monument der Menschlichkeit“ — und will ihnen in keiner Weise nahe treten. Bis heute waren es ja in Böhmen nur die Privat-Taubstummenanstalten, die sich der armen Taubstummen angenommen und wären nicht diese, so würde es heute in unserem an Taubstummen gesegneten Königreiche Böhmen mit diesen kaum besser als in China ausgesehen haben. Heute aber genügen sie nicht mehr und können, auch wenn sie in genügender Anzahl vorhanden wären, Landes-Taubstummenanstalten nicht ersetzen. — Als Privatanstalten zum großen Teile auf

*) Der große Wohltäter der leidenden Menschheit, Kaiser Josef II., welcher die direkte Veranlassung zur Gründung der Wiener Anstalt bot, gab dieselbe mittelbar zur Errichtung einer gleichen Anstalt in Prag. Die Freimaurerloge zu den „9 Sternen“ wollte irgend einen größeren Wohltätigkeitsakt durchführen und legte (1786) die Entscheidung hierüber dem Monarchen vor. Der Ausspruch des Kaisers lautete auf „Gründung einer Taubstummenanstalt“. Sogleich schritt man an die Durchführung desselben. Die Eröffnung der neuen Anstalt fand am 7. Dezember 1786 mit 6 Zöglingen statt.

**) Die Taubstummenanstalt zu Leitmeritz wurde vom Bischöfe Bartholomäus Hille im Jahre 1858 gegründet.

**) Die Gründung des Budweiser Taubstummeninstitutes erfolgte im Jahre 1871 durch den damaligen Bischof Johann Valerian Jiršik.

†) Das Taubstummeninstitut in Königgrätz wurde aus Anlaß der im Jahre 1881 erfolgten Vermählung des verewigten Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stephanie vom Bischöfe Josef Hais gegründet und führt den Namen „Rudolfinum“. Die Anstalt wurde am 4. Oktober 1881 mit 15 Zöglingen eröffnet.

die Privatwohlthätigkeit angewiesen, nehmen sie im Sinne der Wohltäter in erster Linie darauf Bedacht, möglichst vielen Unglücklichen die Wohltat der Bildung zugänglich zu machen, obgleich die Substanzmittel nicht dem Unterzwecke vollkommen entsprechend vorhanden sind. Aus genanntem Grunde besitzen die Taubstummenanstalten Böhmens nur einen 5jährigen Bildungsfursus.

Bei so bewandten Umständen kann nur einer von den beiden Fällen möglich sein: entweder bleibt die Taubstummenanstalt weit hinter ihrer Aufgabe zurück, oder es müssen in derselben die Kräfte aufs äußerste gespannt, die täglichen Arbeitsstunden vermehrt, die Erholungstunden eingeschränkt werden, sowie Lehrer und Schüler mit einer wahren Fieberhaft arbeiten. Es werden ihnen wenig Ruhepunkte vergönnt, daß sie sich sammeln und mit geordnetem Sinne von Stufe zu Stufe weiterschreiten können.

Was sind aber die Folgen dieses ruhelosen Vorwärtsdrängens? — „Wie gewonnen, so zerronnen.“

Raum hat ein Zögling die Räume der Anstalt für immer verlassen, so hat er die Hälfte der vermeintlich erworbenen Kenntnisse verloren. Ein alter didaktischer Erfahrungssatz lehrt: Der Kopf hat die Natur des Magens; er braucht wie jener Zeit zur Verdauung und darf nicht überladen werden, wenn der eingenommene Nahrungstoff in Fleisch und Blut übergehen soll.

Niemand verlangt ferner von dem vollsinnigen Kinde nach 8jährigem Besuche der Volksschule einen fertigen, verstandesreifen, sprach- und geschäftstüchtigen Menschen.

Abgesehen von dem gesellschaftlichen Verkehr, der fort und fort an der Erweiterung seines geistigen Gesichtskreises und Bereicherung seiner Lebenserfahrung arbeitet, errichtet man ihm noch Fach- und Fortbildungsschulen usw.

Der Taubstumme dagegen soll während der 5 Schuljahre unter den schon genannten Übelständen sich soviel geistigen Fond erwerben, daß er sein Leben lang daran zu zehren im stande ist.

Wie ein Land, wie Böhmen, das nach allen Weltrichtungen von Ländern mit vorbildlicher Taubstummenfürsorge umgeben ist, angesichts dieser tristen Zustände auf diesem wichtigen Gebiete der Heilpädagogik, anderen Kronländern gegenüber, so weit zurückbleiben konnte, ist einfach unerklärlich. Die Taubstummenbildung ist eine öffentliche Angelegenheit und muß insolgedessen auch als solche behandelt werden. Die Privat-Taubstummenanstalten Böhmens haben, so gut sie nur konnten, ihre Pflicht getan und werden in gleicher Weise ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen; aber jetzt im 20. Jahrhundert „im Jahrhundert des Kindes“, wäre es endlich an der Zeit, daß auch das Land sich aufraffe und dem Beispiele anderer Kronländer folgend, energisch an die bis jetzt nur der Privatwohlthätigkeit überlassenen Regelung der Taubstummenbildungsfrage schreite.

Herr Anton Hein, Stadtrat in Reichenberg, war so liebenswürdig und ließ mir einige Daten, welche für die Errichtung einer deutschen Taubstummenanstalt in Reichenberg sprechen, zukommen.

Indem ich Herrn Hein an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank auszusprechen mich veranlaßt fühle, lasse ich seine Mitteilungen hier folgen:

In Reichenberg bestehen nachstehende teils für Taubstumme, teils für Taubstumme und Blinde bestimmte Stiftungen:

1. Franz Tilk Taubstummen- und Armenstiftung im Betrage von 135.637 K 47 h (gegenw. Stand). Zweck: Die Zinsen sollen zur Unterstützung oder Unterbringung von Taubstummen, welche nach Reichenberg zuständig

sind, verwendet werden. Die nichtverbrauchten Zinsen werden an Reichenberger Arme nach den Bestimmungen des Stadtrates verteilt.

2. Franz Wilhelm Neradt Blinden- und Taubstummenstiftung im Betrage von 1457 K 40 h. Die Zinsen sollen alljährlich am 21. Juli an zwei nach Reichenberg zuständige Blinde oder Taubstunme verteilt werden. In Ermangelung Genannter werden diese an 2 verarmte Bürger verteilt.

3. Ein Fond zur Errichtung einer Taubstummenanstalt im Betrage von 2123 K 66 h. Derselbe wurde von der am 23. April 1885 in Prag verstorbenen Privaten Theresia Holetschek gegründet.

4. Dr. Josef Müllersche Taubstummenstiftung im Betrage von 6392 K 55 h. Dieselbe hat die Bestimmung, in erster Linie arme taubstumme Kinder in eine Anstalt zu unterbringen. Sollten keine Reichenberger Kinder vorhanden sein, so können auch arme taubstumme Kinder aus dem Bezirke den Nutzen erhalten, eventuell können arme, alte taubstumme Personen unterstützt werden.

Da die meisten deutschen taubstummen Kinder sich im westlichen Böhmen vorfinden, so wäre, mit Rücksicht auf seine Lage, Eger für die Errichtung einer deutschen Taubstummenanstalt ebenfalls sehr geeignet.

Für die Errichtung einer tschechischen Taubstummenanstalt wäre in erster Linie Pilsen zu empfehlen.

Der Kostenpunkt darf bei der Errichtung von Taubstummenanstalten kein Hindernis bilden. Das Geld, das man bei der Taubstummenanstalt erspart, wird man bei der Strafanstalt und beim Armenhaus mehrfach bezahlen müssen.

Gegen Tierquälerei haben die Behörden Mittel, um gegen Roheit einzuschreiten, um aber die Taubstummen gegen körperliches und geistiges Verkommen zu schützen, ist ihnen keine Handhabe gegeben.

Darum obliegt es uns Taubstummenlehrern zu arbeiten und wir werden nicht ruhen, bis der Ruf nach Errichtung von Taubstummenanstalten und nach Schulzwang in Erfüllung gegangen ist. Wir kennen am besten die leidliche und geistige Not des nichtunterrichteten Taubstummen in ihrer ganzen Größe und sind die geborenen Sachwalter dieser Unglücklichen.

Der Engländer Mrs. Powell schildert das Los der taubstummen Kinder in China mit folgenden Worten: „Wer wünschte sich ein taubstummes Kind? Jrgend ein Fluch tritt mit ihm über die Schwelle des Hauses. Armes Kind! Es ist eine Last in allen Tagen seines Lebens. Hier wird es gestoßen, dort geschlagen, aufgespießt, verflucht. In neun von zehn Fällen muß es das Leben eines Bettlers führen, bis irgend eine häßliche Krankheit es hinwegnimmt. Sein Totenbett ist dann ein Gebirgsspalt.“

Aber auch bei uns ist das Leben der nichtunterrichteten Taubstummen die reinste Folter. —

Die Frage, welchen Wert die Bildung des Taubstummen für ihn selbst und für die Gesellschaft besitzt, ist längst durch die Wissenschaft und Erfahrung beantwortet worden. Die Bildung hat für den Taubstummen, von den geistigen Genüssen und materiellen Vorteilen, die das Gehör bietet, abgesehen, denselben Wert wie für den Vollsinnigen. Sie macht ihn zu einem denkenden, sittlichen Wesen; sie entwickelt seine Fähigkeiten bis zu jenem Grade, daß er im Bewußtsein seiner Menschenwürde seine Bestimmung und seine Pflichten als Mensch kennen lernt und mit vollem Eifer bestrebt ist, sich seinen glücklicheren Stammesgenossen ebenbürtig zu zeigen.

Die Bildung befähigt ihn ferner nicht nur, sich nach eingetretener Mündigkeit den Lebensunterhalt selbst zu verschaffen, wodurch dem Staate eine Last abgenommen wird, die er im entgegengesetzten Falle zu tragen hätte, sondern sie schafft und entwickelt auch in dem Taubstummen eine produktive

Kraft, so daß er, wie jeder andere arbeitsfähige und schaffenslustige Staatsbürger den Staatsreichtum vermehren hilft.

In Würdigung dieser Tatsachen hat auch das Gesetz dem gebildeten Taubstummen, gegenüber dem ungebildeten, mit Recht so manche Vorrechte zuerkannt. Als Beispiel diene nur folgendes: Unter § 883 des bürgerlichen Gesetzbuches findet sich folgende Anmerkung: „Alle Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche unter Lebenden von Blinden oder von Tauben — die nicht lesen können — oder von Stummen — die nicht schreiben können — errichtet werden, sofern dieselben das Rechtsgeschäft in eigener Person schließen, sind nur gültig durch Aufnahme eines Notariatsaktes über dieselben.“

Diese charakteristische Bemerkung spricht ganz genau den Vorteil aus, welchen das Gesetz dem mit Erfolg unterrichteten Taubstummen zuerkennt.

Also Bildung den Taubstummen! Bildung lehrt Pflichten; Bildung macht glücklich!

Und nun komme ich zur Besprechung der in den Taubstummenanstalten Böhmens noch immer gepflegten „Frostischen Methode“, die ja gewiß auch nicht als auf der Höhe unserer Zeit stehend bezeichnet werden kann und sich nur unter den bereits genannten Übelständen auf dem Taubstummenbildungsgebiete in Böhmen bis heute behaupten konnte.

Gelegentlich des am 1. April im Jahre 1902 in Wien abgehaltenen I. allg. österr. Taubstummenlehrertages machte Herr Kollege Pipek (Graz) folgende Bemerkung: „In einzelnen anderen Anstalten huldigt man noch jetzt der Frostischen Methode, ob dies aus Pietät für den Begründer geschieht oder aus wirklich praktischen Gründen, das wollen wir hier unbeantwortet lassen.“

Herr Kollege Pipek hat recht! Die Pietät und heute noch praktische Gründe sind es, deretwegen man in Böhmen noch heute der Frostischen Methode huldigt.

Obwohl mich eigentlich ein Eingehen auf die Frostische Methode zu weit führt, halte ich es dennoch für notwendig, mich des Näheren über die erwähnte Methode auszusprechen und dies um so mehr, als es auf diesem Boden das erste und vielleicht auch das letztemal erfolgt. — Ich bitte also meine verehrten Zuhörer noch um ein wenig Geduld!

In allen Instituten, wo man heute noch nach der Frostischen Methode unterrichtet, sind Priester an der Spitze und, mit Ausnahme des Prager Taubstummeninstitutes, gibt es in denselben auch keine weltlichen Lehrer. Die Pietät für Frost, der ja bekanntlich auch Priester war und teilweise etwas Neues, Originelles brachte, wird dadurch leicht begreiflich.

Was das praktische Moment betrifft, so muß man entschieden sagen, daß unter den jetzigen elenden Verhältnissen auf dem Gebiete des Taubstummenbildungswesens in Böhmen die Frostische Methode ein ganz guter Notbehelf ist. Solange diese traurigen Verhältnisse nicht eine Besserung erfahren, wird sich die Frostische Methode in Böhmen auch fernerhin behaupten und wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen an eine deutsche Methode nicht zu denken.

Dies beweist Rußland! Schon ungefähr vor 20 Jahren regte sich dort ein heiliger Eifer für die Taubstummenfrage. Damals kamen nach Deutschland alljährlich Taubstummenlehrer, um sich in der deutschen Methode auszubilden. Heute aber ist schon dieser heilige Eifer erkaltet; die guten Anfänge sind wieder eingegangen und die deutsche Methode ist infolge ungesunder Taubstummenbildungszustände wieder aufgegeben.

Bei einem utraquistischen Institute, wie z. B. Prag, mit 173 Kindern und oft über 20 Schüler zählenden Klassen bei einem 5jährigen Bildungsfursus, kann wohl von einer rein deutschen Methode nicht die Rede sein.

Wir müssen also Frostianer bleiben, auch wenn wir es nicht wollten — „der Not gehorchend und teilweise auch noch dem eignen Trieb“ — denn was wir Jahrzehnte geübt und liebgewonnen, hat festen Fuß gefaßt, ist mit uns verwachsen und läßt sich nicht wechseln, wie ein Feind.

Die damals in Böhmen nicht minder als heute traurigen Taubstummens-bildungsverhältnisse hatte Frost, bei dem Verstand und Gemüt auf gleicher Höhe standen, durch eine Methode, die den Weg zwischen der deutschen und der französischen einschlug, auszugleichen gesucht. Sein Scharfsinn, seine reiche Phantasie und unerschöpfliche Liebe und Geduld befähigten ihn vorzugsweise für ein Fach, dem er auch den größten Teil seines Lebens geweiht hat. Mit einer seltenen Lebhaftigkeit und Anlage für die gebärdliche Ausdrucksweise, die Muttersprache des Taubstummen, verband er das richtige Verständnis des Wertes derselben für die Geistes- und Herzensbildung dieser Unglücklichen. Frost gebührt also entschieden ein Blatt in der Geschichte der österreichischen Taubstummensbildung.

Beim Sprachunterrichte hatte Frost anfangs seine eigene Methode, doch lehnte er sich in dieser mehr oder weniger an die grammatische Lehrweise an; später verließ er diesen Weg und nahm vollständig die Grundsätze Halls an. Im Religionsunterrichte bildete er sich seine eigene Methode aus auf Grund des Prinzips: „Die natürliche Gebärde ist die eigentliche Muttersprache des Taubstummen, durch welche man am raschesten und sichersten auf Gemüt und den Verstand derjenigen wirken kann, für welche der Weg durch das Ohr verschlossen ist.“

Nach Amoch ist Frosts Zuegang folgender: „Der Begriff von Staat und Kirche, von Schule und Tempel ist ein gesonderter. In der Volksschule steht der Religionslehrer neben dem eigentlichen Schullehrer, in noch gesteigertem Verhältnisse ist der gleiche Unterschied in einer Anstalt für Taubstumme zu machen, namentlich in Oesterreich, wo in allen Anstalten ein besonderer Priester, sei er zugleich Direktor oder nicht, als Katechet angestellt ist. In Oesterreich gilt das weise Gesetz, daß insbesondere die hl. Religionswahrheiten in der Muttersprache vorgetragen werden sollen. Die Muttersprache des Taubstummen ist die natürliche Gebärde; in dieser soll also der Unterricht in der Religion erteilt werden. Denn eben diese Sprache ist ja jene Sprache, welche als allgemeines Verständigungsmittel zwischen der Mutter und dem taubstummen Kinde dient und welche dieses in die Anstalt bringt, wo es vom Katecheten an Eltern statt übernommen wird. In dieser verständigt er sich schon in den ersten Tagen mit seinen Schulgenossen“ und weiter heißt es: „Ist die natürliche Gebärde eine wirklich zur Beibringung abstrakter Begriffe geeignete?“

Ja, denn wo die Erfahrung spricht, wo unleugbare Tatsachen sprechen, da hört jedes Bedenken, jede theoretische Einwendung auf. Die Fähigkeiten liegen nicht in der Sprache, sondern im menschlichen Geiste, der sich ebenso gut auf den Fittichen der chinesischen Sprache, welche ebenfalls eine Wortsprache ohne grammatische Konstruktion ist, wie auf jenen der türkischen oder einer anderen menschlichen Sprache, darum aber auch in der Gebärde über die Welt erheben kann.“

Daß es dem menschlichen Geiste möglich ist, sich auf den Fittichen einer Sprache ohne grammatische Konstruktion z. B. der chinesischen, über die Erde zu erheben, bezweifle ich nicht. Ja, für die Taubstummen soll die chinesische Sprache noch einen anderen Vorteil besitzen. Nach Aussage der Gründerin und Leiterin der ersten chinesischen Taubstummenanstalt in Tsefoo, Frau Mills, soll nämlich unter allen Sprachen der Welt keine sich so für Taubstumme eignen, als die einsilbige chinesische Sprache. Leider kann hier nur

China in Betracht kommen; denn der menschlichen Gesellschaft wiedergegeben, ist ein nur die chinesische Sprache beherrschendes Kind in Böhmen nicht, gleich wie es der Taubstumme ohne Lautsprache auf Grund der Gebärde nicht ist.

Allerdings sagt Frost weiter: „Mittels der Gebärdensprache der Muttersprache des Taubstummen ist dieser zu Gott zu führen und in seinem Verhältnis zu Gott hat man ihm diese Sprache zu lassen. In seinem Verhältnis zu den Menschen muß er sich diesen anbequemen und mit ihnen durch Worte reden.“

Dies ist aber viel von dem Taubstummen verlangt. Mit Gott verkehrt der Taubstumme in einer Sprache ohne grammatische Konstruktion, also in seiner Natursprache, der Gebärde, im Verkehr mit den Menschen soll er jedoch eine Sprache mit grammatischer Konstruktion erlernen. Da die Gebärde die „Natursprache“ des Taubstummen ist, so ist es natürlich, daß er es in dieser, wenn sie kultiviert wird, in kurzer Zeit bis zur Virtuosität bringt und diese der Lautsprache immer vorzieht.

(Ich habe absichtlich statt des Wortes „Muttersprache“ das Wort „Natursprache“ gewählt. Weil die Gebärde das erste Auskunftsmittel und Verständigungsmittel des taubstummen Kindes ist, deshalb muß sie noch nicht die „Muttersprache“ sein. Nur bei taubstummen Kindern taubstummer und gebärdender Eltern könnte von einer Gebärdensprache als Muttersprache die Rede sein.)

Bei der Erlernung der Lautsprache kommt es, wenn die Gebärde nebenbei kultiviert wird, zu einem hartnäckigen Kampfe des „Agrammatismus“ mit dem „Grammatismus“ und da ersterer dem Taubstummen angeboren ist, wird der letztere immer den kürzeren ziehen, d. h. der Taubstumme spricht agrammatisch, nämlich so, wie er deutet.

Die Ansicht Frosts, die Gebärde arbeitet der Erlernung der Lautsprache nicht entgegen, ist selbstverständlich falsch.

Daß auch der Zugang zur Schriftsprache durch die Gebärde viel schwieriger als durch die Lautsprache erfolgt und es umgekehrt oft unmöglich ist, einen geschriebenen Satz mit allen seinen Beziehungen in der Gebärdensprache wiederzugeben, ohne daß durch die mangelhafte Gebärdensprache allerlei Mißverständnisse und Unklarheiten entstehen, ist allen Taubstummenlehrern zur Genüge bekannt. Ferner ist die Gebärdensprache als natürliche Gebärdensprache nicht einmal für alle konkreten und um so weniger für abstrakte Begriffe ausreichend und endlich, was die Hauptsache ist, ist sie nicht geeignet, demjenigen, der sich ihrer ausschließlich bedient, das charakteristische Merkmal des Menschen aufzuprägen.

Ich will durchaus nicht ganz den Stab über die Gebärdensprache brechen und will auch hier dem alten Spruche *suum cuique* seine Rechte angedeihen lassen.

Bei den kleinen, neueintretenden Zöglingen, bei Minderbegabten und Schwachfünnigen, darf sie als erstes und unentbehrliches Hilfsmittel gebraucht werden, wie unser grundlegender Hill sagte, als ein „Fenster“, durch welches es möglich ist, einen Blick zu werfen in das verschlossene Haus des Geisteslebens unserer Taubstummen.

Der von seiner Schwärmerei für die Gebärde in Amerika so gründlich geheilte Heidsieck drückt sich über diese in folgender Weise aus: „Die Gebärdensprache verträgt sich während der Schuljahre nicht mit der Wortsprache und wo dieser Fuchs im Hühnerstall geduldet wird, da mag man sich noch ausdrücklich zur reinen Lautsprachmethode bekennen, in Wirklichkeit sind diese Institute weder Fisch noch Fleisch, sie sind methodenlos.“

Der Generalinspektor der französischen Wohltätigkeitsanstalten Claveau spricht sich über die Gebärde folgendermaßen aus: „Der Lehrer, welcher der Gebärde versagt, ist einem klugen Gärtner zu vergleichen, der die Entwicklung eines überflüssigen Triebes zurückhält, um alle Säfte auf das nützliche Erzeugnis hinzulenken.“

Beachtenswert ist ferner der Ausspruch des Direktors des Pennsylvania-Institutes in Mt. Airy, Dr. Grouter, der da lautet: „Es gibt nur zwei Methoden des Taubstummenunterrichtes, die Oral- oder Sprechmethode und die Manual- oder Zeichenmethode. Alle Methoden, die nicht im Prinzip und in der Praxis Lautsprachmethoden sind, sind manual. Der Versuch, diese beiden Methoden beim Unterrichte desselben Schülers zu verbinden, worunter man die „gemischte Methode“ versteht, ist entschieden ein Fehlgriff. Sie — (die Lautsprachmethode und die Zeichenmethode) — verbinden sich nicht, wollen und können sich nicht verbinden.“

Italien geht viel schärfer gegen die Gebärde vor als wir, läßt sie noch nicht einmal für die neueintretenden Zöglinge gelten.

Der französische Unterrichtsminister hat durch besondere Verfügung die Lautsprache als Unterrichtssprache eingeführt.

In den meisten Taubstummenanstalten Nordamerikas ist sie ebenfalls alleinige Unterrichtssprache.

In London hat man eine besondere Anstalt, worin Lehrer ausgebildet werden, um in der Oralmethode unterrichten zu können. (Training College for teachers of the association for the oral-instruction of deaf and dumb.)

Fügen wir noch hinzu, daß die Taubstummen selbst die Lautsprache nicht missen wollen, daß ihre Gegner, falls es noch welche gibt, selbst ihre Unentbehrlichkeit anerkennen, daß der internationale Kongreß in Mailand sich für die Oralmethode ausgesprochen hat und heute die rein deutsche Methode von der ganzen Welt als die allein richtige Methode beim Taubstummenunterrichte anerkannt ist, so können wir jedem denkenden Menschen überlassen, sich sein Urteil selbst zu bilden.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Frostsche Methode sich unmöglich wird in Böhmen auf die Dauer behaupten können und unter den gegenwärtigen traurigen Zuständen auf dem Gebiete des Taubstummenbildungswesens, nur als ein vorzüglicher Nothbehelf angesehen werden muß.

Vielleicht ist mancher, die Frostsche Methode verehrende Kollege nicht meiner Ansicht, doch ist es eine Tatsache, daß es der Frostschen Methode, St. Pölten abgesehen, bis heute noch nicht gelang, über die Grenzen von Böhmen sich zu verbreiten, ja, man nicht einmal unter den Anstalten Böhmens selbst von einer einheitlichen Frostschen Methode sprechen kann.

Und nun, hochgeehrte Versammlung, bin ich hiermit am Ende meiner Mitteilungen und der Gedanken, die ich Ihnen auszusprechen vorhatte. Indem ich nur noch um Annahme der an den hohen Landtag Böhmens gerichteten und den Einladungen zu entnehmenden Resolution bitte, wünsche ich vom ganzen Herzen, daß unsere aufrichtigen, selbstlosen, gemeinsamen Bestrebungen vom besten Erfolge gekrönt sein mögen.

Wolle das Regierungsjubiläumsjahr Seiner Majestät unseres vielgeliebten Monarchen und edlen Wohltäters der Leidenden Menschheit für die 700 armen verlassenen taubstummen Kinder Böhmens den Anfang einer glücklicheren Zukunft bedeuten.

Resolution:

Durch eine mehr als hundertjährige Erfahrung erscheint die Tatsache in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise bestätigt, daß die mit dem folgenschweren Doppelgebrechen der Taubstummheit behafteten Menschen durch eine sorgfältige Erziehung und einen speziellen Unterricht für die Welt gewonnen und zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft herangebildet werden können.

Ebenso lehrt die Erfahrung, daß Taubstumme bei vernachlässigter Erziehung sowohl psychisch, wie auch physisch gänzlich verkommen und ihr Leben lang erwerbsunfähig bleiben. Diese ohne ihre Schuld Verkommenen, zum bloßen Vegetieren und unstillen Umherirren Verurteilten, bilden für das Land eine soziale Gefahr und müssen in volkswirtschaftlicher Beziehung als verloren gegangenes Arbeitskapital betrachtet werden.

Es ist daher Aufgabe der Vertreter der Gemeinsamkeit, sich dieser Unglücklichen, denen die allgemeinen Volksbildungsstätten — die Volksschulen — keine entsprechende Erziehung zu bieten vermögen, anzunehmen; ihnen obliegt es, auch dafür zu sorgen, daß durch die Errichtung von speziellen Schulen und Anstalten allen Taubstummen ihr Recht auf Erziehung und Bildung gewahrt bleibe und die Gesellschaft vor dem Heranwachsen von unnützen, beziehungsweise schädlichen Elementen geschützt werde.

Diese ebenso humane, wie schöne Aufgabe der Vertretungskörper findet ihren legislativen Ausdruck im § 59 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, beziehungsweise vom 2. Mai 1883, wofolbst es heißt: „Ebenso kommt es der Landesgesetzgebung zu, in betreff der Errichtung der für das Land notwendigen Schulen und Erziehungsanstalten für nicht vollsinnige Kinder . . . die geeigneten Anordnungen zu treffen.“

Zahlreiche Landesvertretungen sind bereits in höchst aner kennenswerter Weise dieser gesetzlichen Forderung nachgekommen und haben, indem auf Grund ihrer Beschlüsse aus Landesmitteln Taubstummenanstalten errichtet wurden, für die Erziehung und den Unterricht der taubstummen Kinder gesorgt. In mehreren Ländern Österreichs ist das bereits in so ausreichendem Maße geschehen, daß daselbst kein einziges taubstummes Kind mehr ohne geeignete Bildung bleibt.

Recht ungünstig liegen dagegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Taubstummenfürsorge Böhmens, wofolbst sich das Taubstummenbildungs wesen im Gegensatz zu vielen anderen Kronländern Österreichs und wohl auch im Gegensatz zu dem hohen Kulturgrade beider das Land bewohnenden Nationen noch in einem bedeutenden Rückstande befindet. An Taubstummen neben Galizien das „gesegnetste“ Land, besitzt Böhmen, wie jenes, keine einzige Landesanstalt für die Erziehung der Gehörlosen, es hat nur vier Privatanstalten (Budweis, Königgrätz, Leitmeritz und Prag), die aber bei weitem für die Unterbringung der großen Zahl der schulpflichtigen taubstummen Kinder nicht hinreichen. Viele Hunderte dieser armen Unglücklichen müssen daher ohne jede instruktive Behandlung aufwachsen, dem geistigen Tode verfallen und einem trostlosen Leben voller Elend und Widerwärtigkeiten entgegengehen.

Nach der Statistik für das Sanitätswesen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern vom Jahre 1902 gab es im Jahre 1899 unter den in Böhmen gezählten 5113 taubstummen Personen 747 Kinder im bildungsfähigen Alter, die in keiner der vorhin genannten vier Taubstummenanstalten Aufnahme fanden und diese traurigen Verhältnisse haben sich seither nicht wesentlich geändert.

Aber auch für die in den Instituten untergebrachten Kinder machen sich infolge des großen Andranges nicht zu unterschätzende Ubelstände fühlbar. Als solche müssen bezeichnet werden: Überfüllung der Klassen, wodurch die Lehrerfolge beeinträchtigt werden; verspäteter Eintritt der Zöglinge, wodurch in den einzelnen Abteilungen große Altersunterschiede der Schüler hervorgerufen werden, die das Erziehungsgeschäft und den Unterricht erschweren; Verkürzung der Bildungsdauer, zu welchem Mittel häufig gegriffen werden muß, um einesteils anderen Kindern Platz zu machen, andernteils um solche, die in einem höheren Alter eingetreten sind, noch rechtzeitig, aber leider ohne abgeschlossene Bildung einem praktischen Berufe zuzuführen.

In Erwägung der vorstehend geschilderten Verhältnisse erklärt der in Wien versammelte III. allgemeine österreichische Taubstummenlehrertag, daß zur endlichen Ordnung des rückständigen Taubstummenbildungswesens in Böhmen, die Errichtung von Landestaubstummenanstalten eine dringende und unabsehbare Notwendigkeit ist, und gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, die hohe Landesvertretung Böhmens werde bei der aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät unseres erhabenen Kaisers vorausichtlichen und den Allerhöchsten Intentionen entsprechenden Ausgestaltung und Vermehrung der Wohlfahrtseinrichtungen des Landes sich auch jener unglücklichen Geschöpfe, denen ein grausames Geschick Gehör und Sprache zugleich versagt hat, erinnern und ihnen das Beste bieten, was ihnen zu teil werden kann, nämlich eine sorgfältige Erziehung und, durch sie begründet, ein menschenwürdiges Dasein.

„Gens magna, quae providet miseris!“

(In formeller Beziehung beantragt der Referent, die Leitung des III. allgemeinen österreichischen Taubstummenlehrertages werde beauftragt, diese Resolution an den Landtag Böhmens zu leiten und diese hohe Körperschaft zu bitten, sie möge die Errichtung von Landesanstalten für Taubstumme wohlwollend in Erwägung ziehen.)

Bischöfliches Taubstummeninstitut in Leitmeritz.

I.

Der Gründer der Anstalt für taubstumme Kinder aus der Leitmeritzer Diözese ist der hochverdiente Bischof Augustin Bartholomäus Hille (geb. in Schönan 1786, gest. zu Leitmeritz 1865).

Der Hochwürdigste Begründer hat sich und seinen Nachfolgern die autonome Leitung dieser Anstalt vorbehalten. Infolge dieser Vorbehaltung ist stets der jeweilige Bischof der Leitmeritzer Diözese zugleich auch Protektor der Taubstummenanstalt.

Die Verwaltung des Institutsvermögens ist in den Händen des Hochwürdigsten bischöflichen Konsistoriums resp. des Verwaltungsrates, der aus einem Oberverwalter und zwei Verwaltungsräten besteht. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von dem Protektor selbst ernannt und dieselben übernehmen dies Ehrenamt unentgeltlich und auf unbestimmte Zeit.

Das Institut wird aus eigenen Mitteln, welche im Laufe der Zeit durch hochherzige Geschenke, Legate und Stiftungen zustande gebracht wurden, erhalten.

Unter den Wohltätern der Anstalt ist an erster Stelle der hochlöbl. Landesauschuß, beziehungsweise der hohe Landtag des Königreiches Böhmen zu nennen. Derselbe bewilligt nämlich dem Leitmeritzer Taubstummeninstitute u. zw. stets auf die Zeit von 6 zu 6 Jahren an Landessubvention: a) den Betrag von 5000 K für 20 Landesfreiplätze und 5000 K für 3 Lehrkräfte seit dem Jahre 1866; b) den Betrag von 3000 K für 10 Landesfreiplätze und 1000 K für eine 4. Lehrkraft seit dem Jahre 1902.

Nebstdem erhält das Land Böhmen seit dem Jahre 1873 sieben Zöglinge, welche als Erzherzogin Gisela-Stiftlinge — und seit dem Jahre 1903 fünf Zöglinge, welche als Landes-waisenfondspfleger geführt werden.

II.

In das Taubstummeninstitut zu Leitmeritz können aufgenommen werden:

- a) taubstumme oder
- b) hochgradig schwerhörige Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren, welche geistig und körperlich gesund, bildungsfähig und in die Leitmeritzer Diözese zuständig sind und zwar:
 1. vollkommen unentgeltlich auf Grund des Armutszugnisses;
 2. für ein ermäßigtes Jahresentgelt auf Grund des Mittellosigkeitszeugnisses und
 3. für das ganze Jahresentgelt per 300 K.

Nebst den Böglingen, welche volle Verpflegung im Institute genießen, gewährt die Anstalt auch taubstummen Kindern, welche außer der Anstalt wohnen, ganz unentgeltlich Gelegenheit zur Ausbildung.

Den stempelfreien Gesuchen um Aufnahme, die entweder an das bischöfliche Konsistorium oder an die Instituts-Direktion zu richten sind, ist beizulegen:

1. der Tauffchein des Kindes;
2. das Impfzeugnis;
3. der Heimatschein;
4. das Armutszugnis oder Mittellosigkeitszeugnis;
5. das ärztliche Zeugnis, daß das Kind mit keinem ansteckenden Ausschlage behaftet ist.

Die Aufnahme neuer Böglinge findet immer nach 2 Jahren u. zw. gewöhnlich Ende Juli statt. Jedes Kind, um dessen Aufnahme angelucht wird, muß behufs Sicherstellung seiner Bildungsfähigkeit dem Institutsdirektor vorgestellt werden.

Das in die Anstalt aufgenommene Kind hat beim Eintritte (= am Anfange des Schuljahres) wenigstens doppelte Kleidung, doppeltes Schuhwerk und fünffache Leibwäsche mitzubringen.

Von der erfolgten Aufnahme des Kindes in die Anstalt werden die Eltern oder Vormünder mittels eines Aufnahmscheines, in dem alles Nötige noch näher angegeben ist, verständigt werden.

Das Kind wird gewöhnlich auf 5 Schuljahre aufgenommen. Am Schlusse jedes Schuljahres ist der Bögling am festgesetzten Tage aus der Anstalt abzuholen. Über die Hauptferien verbleibt also das Kind bei seinen Angehörigen.

Nach einer fünfjährigen Bildungszeit in der Anstalt erhalten die männlichen Böglinge ein Entlassungszugnis und lernen dann, gewöhnlich in ihrer Heimat, ein Handwerk oder treten in eine Fachschule ein.

Die weiblichen Böglinge bleiben meistens bei ihren Angehörigen und sind aus ihnen entweder sorgsame Feld- und Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen und Haushälterinnen oder geschickte Kleider- und Weißwäschenerinnen, Kunststickerinnen, Modistinnen.

III.

Die Leitmeritzer Taubstummen-Anstalt hat eine zweifache Bestimmung, sie ist nämlich:

1. eine Lehr- und Erziehungsanstalt für taubstumme Kinder, und
2. eine Lehrstätte für Priester- und Lehramtskandidaten des vierten Jahrganges, in der dieselben Gelegenheit haben, sich mit dem Unterrichte und Erziehung taubstummer Kinder bekannt zu machen. Denselben werden im II. Semester eines jeden Schuljahres zweimal in der Woche eigene theoretisch-praktische Vorträge über den Taubstummen-Unterricht gehalten.

Der Unterricht in den einzelnen Lehrgegenständen wird nach dem für das Leitmeritzer Taubstummen-Institut verfaßten und vom k. k. Landes Schulrate in Prag genehmigten Lehrplane erteilt. (Erlass vom 17. März 1900, Z. 10.406.)

Die Unterrichtsgegenstände sind: 1. Religion; 2. Sprachunterricht (Lautier-Anschauungs-, Sprech-, Lese- und Sprachformenunterricht, sowie Aufsatzübungen); 3. Rechnen; 4. Geographie (Orts-, Bezirks-, Heimats- und Vaterlandskunde); 5. Geschichte, 6. Naturkunde (Naturgeschichte und Naturlehre); 7. Zeichnen; 8. Schreiben und 9. Turnen.

Außerdem werden die älteren Knaben in freier Zeit in den Fertigkeiten des Schuhmacherwerkes, in den Papparbeiten, sowie in Kertschnittarbeiten und Modellieren unterrichtet. Der Handfertigkeitsunterricht wird von drei Lehrmeistern in sechs wöchentlichen Stunden erteilt. Überdies werden sämtliche Böglinge auch zu den für ihr Alter und Geschlecht passenden Haus- und ökonomischen Arbeiten angeleitet.

An dem Industrial-Unterrichte beteiligen sich sämtliche Mädchen. Dieselben erhalten Unterweisung in Häfel-, Strick- und Knüpfarbeiten, in Kreuzstickererei, im Nähen und Ausbessern der Wäsche, in Tillarbeit und Sticken.

Der Lehrkörper zählt gegenwärtig samt dem Direktor drei männliche Lehrkräfte und zwei Lehrerinnen, von denen eine zugleich Institutsmutter ist.

Im Schuljahre 1907/08 betrug die Zahl der Zöglinge 53, davon 26 Knaben und 27 Mädchen, welche in 3 Klassen unterrichtet wurden.

Grundsätze und Bedingungen zur Aufnahme in das Diözesan-Taubstumm-Institut zu Budweis.

1. Der Endzweck des Institutes ist, gehör- und sprachlose Kinder beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Religion und der Nationalität religiös und moralisch zu bilden, ihnen den Unterricht und Übung in den zum Fortkommen im Leben unentbehrlichen Kenntnissen zu verschaffen, damit sie in den Stand gesetzt werden, brauchbare Glieder der Gesellschaft zu werden und sich selbst ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Daher bilden die Unterrichtsgegenstände der Volksschule auch den Unterrichtsstoff des Taubstumm-Institutes. Den Zöglingen wird somit der nötige Unterricht in der biblischen Geschichte, Religion, Laut- und Schriftsprache, Rechnen, Lesen, Schreiben, Zeichnen, Naturgeschichte, Geographie geboten.

2. Diesen Zweck sucht die Anstalt dadurch zu erreichen, daß sie eine Anzahl taubstummer Kinder, zunächst aus der Budweiser Diözese, gegen Entgelt, und soweit die Institutsmittel hinreichen, teilweise oder ganz umsonst in gänzliche Verpflegung und Unterricht, oder aber nur zur Teilnahme am dem Unterricht aufnimmt.

3. Die Anzahl der aufzunehmenden Kinder richtet sich nach den jeweiligen Vermögenskräften der Anstalt und den Räumlichkeiten des Institutsgebäudes.

4. Da die Tonsprache als ein notwendiges Hilfsmittel beim Unterrichte der Taubstummten anerkannt, und als Verständigungsmittel mit den übrigen hörenden und sprechenden Menschen von ganz unleugbarer Wichtigkeit ist, so sollen die aufzunehmenden Zöglinge in einem Alter sein, wo ihre Sprachwerkzeuge noch biegsam sind. Das beste Alter ist das von 8 bis 12 Jahren; daher Kinder, welche das 13. Lebensjahr bereits erreicht haben, in der Regel nicht mehr aufgenommen werden.

5. Wirklich Blödsinnige, oder außer der Taubstummheit mit anderen körperlichen Gebrechen behaftete Kinder sind zur Aufnahme nicht geeignet.

6. Wer ein taubstummtes Kind als Zögling aufgenommen zu haben wünscht, hat sich an den Institutsvorstand schriftlich zu wenden. Dem Gesuche ist nebst dem Taufscheine, resp. Geburtscheine und Impfungszeugnisse auch das ärztliche Zeugnis beizulegen, daß es von chronischen Krankheiten, bösartigen Hautausschlägen und anderen körperlichen Gebrechen frei sei. Das gehörig belegte Gesuch bewirkt, daß der Kandidat in die Vormerkung kommt, in welcher er so lange bleibt, bis die wirkliche Aufnahme erfolgen kann.

7. Wird kein taubstummtes Kind aufgenommen, wenn nicht nach vorausgegangener Untersuchung dessen Lernfähigkeit von dem Lehrdirektor, sowie dessen Gesundheit von dem Institutsphysikus anerkannt wurde.

Zu diesem Behufe haben die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder ihre Schützlinge gelegentlich im Laufe des Schuljahres dem Lehrdirektor persönlich vorzuführen. Nur in einzelnen Ausnahmefällen kann die Lernfähigkeit durch Beantwortung eigener von der Direktion der Partei vorzulegender Fragen schriftlich bestimmt werden.

8. Da das Stammvermögen des Institutes zu seiner Selbsterhaltung bei weitem nicht hinreicht, sondern größtenteils durch wohlthätige Beiträge fortbesteht, so muß in der Regel für den Unterricht und die Verpflegung eines jeden Kindes ein Verpflegsgeld entrichtet werden.

Falls das ganzjährige Verpflegsgeld, welches derzeit 300 K. D. W. beträgt, nicht geleistet werden kann, so ist ein mäßiger, den Vermögenskräften der Eltern, Verwandten oder Wohltäter sowohl, als den Verhältnissen und Preisen der Dinge angemessener Geldbetrag zu entrichten. Dieser Umstand ist jedoch unter Beibringung eines legalen Vermögensausweises im Gesuche zu bemerken.

Für Taubstumme, welche nur den Unterricht im Institute erhalten sollen, wird das jährliche Unterrichtsgeld auf 40 K. D. W. festgestellt.

Alle Kinder werden nach einem und demselben Maßstabe verpflegt und nur jene ganz armer Eltern, wenn Stiftungsplätze frei sind, unentgeltlich aufgenommen.

9. Über jede Aufnahme in die Pflege ist ein Kontrakt mit jenen zu errichten, denen die infolge der Aufnahme übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen oder zu sichern obliegt.

10. Die durch den Vertrag stipulierten Verpflegsbeiträge müssen stets halb- oder vierteljährig vorausbezahlt werden. Sollte ein Zögling vor Verlauf des Halb- oder Vierteljahres, für welches die Antizipatzahlung geleistet wurde, mit Tod abgehen, aus dem Institute austreten oder aus demselben entlassen werden, so wird von dem empfangenen Verpflegsbeiträge

kein Teil zurückerstattet. Ebenso findet keine Rückerstattung statt, wenn ein oder der andere Zögling während des Jahres auf einige Ferialtage außer dem Hause bei seinen Eltern oder Bekannten sich aufhalten sollte.

11. Da das Institut keine Versorgungs- sondern eine Lehranstalt ist, so verbinden sich die Eltern, Vormünder oder Wohltäter der Kinder bei der Aufnahme schriftlich, den übergebenen Schilling nach dessen Ausbildung, oder wenn solcher aus dem Institute eines besonderen Grundes wegen entlassen werden mußte, wieder in eigene Oborge zu nehmen.

12. Zwei Monate im Jahre bilden die Ferialzeit, in welcher die Zöglinge, wenn kein besonderes Übereinkommen getroffen ist, sich nach Hause zu begeben haben.

13. Vor Ablauf des Schuljahres, welches mit einer öffentlichen Prüfung geschlossen wird, werden über Vorschlag des Lehrdirektors von der Direktoriumsversammlung sowohl die nach der Prüfung zu entlassenden, als auch die für das neue Schuljahr aufzunehmenden Zöglinge bestimmt.

14. Die Bekleidung der Zöglinge haben die Eltern oder ihre Stellvertreter zu besorgen. Jedes Kind hat bei der Aufnahme die nötigen Betten, Kleidung und Wäsche mitzubringen. Die Kleidung soll doppelt und die Wäsche vierfach sein.

15. Von der erfolgten Aufnahme, von der Zeit des Eintrittes in die Anstalt und von den Bedingungen wird die Partei in der Regel durch das hochwürdige Seelsorgamt verständigt.

16. Die Direktion des Institutes wird es sich angelegen sein lassen, ihre Zöglinge männlichen Geschlechtes während der freien Zeit nützlich zu beschäftigen. Vorzüglich soll diese Beschäftigung in Verwendung bei der Pflege des Institutsgartens stattfinden, oder wo möglich die Erlernung eines Handwerkes vorbereiten und erleichtern. Die Zöglinge des weiblichen Geschlechtes werden angehalten, nicht nur ihrem Alter und ihren Kräften angemessen sich bei der Besorgung der Hauswirtschaft zu beteiligen, sondern auch die größtmögliche Fertigkeit im Stricken, Häkeln, Nähen, Flickern, Kleidermachen, Nähen auf der Nähmaschine u.s.w. zu erwerben.

17. Da das Institut die größtmögliche Unterstützung aller Stände und Klassen beanspruchen muß, so bleibt nur der Direktion übrig, den Wunsch auszusprechen, edel gesinnte Menschen mögen recht häufig das Institut besuchen und sich mit dem Fortgang und der Unterrichtsweise in demselben bekannt machen.

Statut der Königgräzer Diözesan-Taubstummen-Anstalt (Rudolfinum) in Königgrätz.

§ 1.

Diese zum Andenken an die Vermählung des Durchlauchtigsten österreichischen Kronprinzenpaares, Ihrer k. k. Hoheiten Rudolf und Stephanie vom Königgräzer Bischofe und seiner Diözese im Jahre 1881 gegründete Anstalt hat den Zweck: gehör- und sprachlose Kinder aus der Königgräzer Diözese ohne Unterschied der Konfession und Nationalität nach einer eigenen Lehrart zu bilden, ihnen Unterricht in den unentbehrlichsten Kenntnissen zu verschaffen, damit sie instande seien, später sich selbst den Lebensunterhalt zu erwerben.

Die Anstalt ist ein Internat, und deshalb erhalten die Zöglinge männlichen und weiblichen Geschlechtes in derselben nebst dem Unterrichte und Erziehung auch die ganze Verpflegung.

§ 2.

Der Unterricht wird nach einem von dem h. k. k. Landes Schulrate genehmigten Lehrplane in fünf Jahreskursen erteilt.

§ 3.

In die Taubstummen-Anstalt können nur gesunde, taubstumme Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren aufgenommen werden.

Kein taubstummes Kind kann in die Taubstummen-Anstalt eintreten, bevor nicht dessen Vernunftigkeit vom Institutsdirektor und dessen Gesundheitszustand vom Institutsarzte untersucht, und das Kind zur Bildung für geeignet erkannt worden ist.

Blödsinnige oder außer der Taubstummheit mit anderen Gebrechen behaftete Kinder sind zur Aufnahme in das Institut nicht geeignet.

§ 4.

Für den Unterricht und die ganze Verpflegung eines taubstummen Zöglings kommt für ein Jahr der Betrag von 150 fl., und für die Abnützung der Betten und der Hausmobilien

ein Betrag von 10 fl., also im ganzen ein Betrag von jährlichen 160 fl. ö. W. an die Anstalt zu entrichten, welcher Betrag stets halb- oder vierteljährig im vorhinein berichtet werden muß.

Sind die Eltern des Zögling's arm, so kann vom Kuratorium der jährliche Verpflegsbetrag ermäßigt oder auch ganz nachgelassen werden, insoweit es die Geldmittel der Anstalt gestatten.

Doch muß jeder eintretende Zögling in die Anstalt eine dreifache Kleidung, vierfache Wäsche und andere kleinere Utensilien mitbringen.

§ 5.

Außer den Internisten, das ist jenen Zöglingen, welche in der Anstalt wohnen und daselbst verpflegt werden, können auch Externisten, das ist taubstumme Schüler, welche bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen, die Anstalt besuchen und daselbst Unterricht genießen.

§ 6.

Bei der Aufnahme taubstummer Kinder in die Anstalt verbinden sich die Eltern, Vormünder, Wohltäter derselben oder ihre Stellvertreter, die Kinder in eigene Ob Sorge zu nehmen, sobald sie aus der Taubstummenanstalt entlassen werden; denn das Taubstummeninstitut ist keine Versorgungs- sondern eine Lehr- und Erziehungsanstalt.

§ 7.

Die Taubstummenanstalt ist eine Anstalt der Diözese, und wird daher auch von der Diözese erhalten, zu welchem Behufe alljährlich am 11. Sonntage nach Pfingsten in allen Pfarrkirchen der Diözese Spendensammlungen stattfinden.

§ 8.

Die aus der Diözese kommenden Sammelgelder, welche mit Einschluß der Spenden besonderer Wohltäter bis jetzt in runder Summe 65.000 fl. ö. W. betragen, werden unter der Aufsicht eines Kuratoriums dem Zwecke entsprechend verwaltet und verwendet.

Dazu gehören auch die Beiträge von welcher immer Art und die allfalls erzielten Ersparnisse.

§ 9.

Das Kuratorium, welches sich unter dem Vor sitze des hochwürdigsten Herrn Bischofs oder seines Stellvertreters regelmäßig viermal im Jahre und überdies jedesmal, wenn es eine wichtige Angelegenheit der Anstalt erheischt, versammelt, besteht aus 8 Mitgliedern.

Diese Mitglieder sind:

a) In Vertretung der Diözesangeistlichkeit der bischöfliche Generalvikar (oder in dessen Ermangelung der jeweilige Domdechant) und zwei Domkapitulare. Der bischöfliche Generalvikar oder der Domdechant fungiert zugleich als Vizepräsident und nimmt in Abwesenheit oder Verhinderung des Hochwürdigsten Herrn Bischofs bei den Beratungen den Vorsitz ein.

b) Weiter werden als Vertreter der Laien der Diözese zum Eintritte ins Kuratorium vom Hochwürdigsten Herrn Bischof erbeten:

der jeweilige Bürgermeister von Königgrätz, ein Advokat oder Notar als Rechtsfreund und der Institutsarzt.

c) Zum Mitgliede des Kuratoriums wird auch vom hohen Landesaussschusse ein Vertrauensmann oder Delegat bestellt und endlich ist auch

d) der Institutsdirektor Mitglied des Kuratoriums, dieser jedoch nur mit einer beratenden Stimme.

§ 10.

Über Antrag des Kuratoriums werden aus dessen Mitte vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ein Kassaverwalter und ein Kassakontrollor, zugleich Rechnungsrevident ernannt und es ist das Amt dieser Funktionäre so wie überhaupt die Stelle eines jeden Mitgliedes im Kuratorium ein Ehrenamt.

§ 11.

Bei den Beratungen des Kuratoriums, zu welchen der Vorsitzende die sämtlichen Mitglieder jedesmal zeitgehörig einzuladen hat, werden die Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit der versammelten Mitglieder, von denen wenigstens 5 anwesend sein müssen, gefaßt.

Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Votum des Vorsitzenden.

§ 12.

Der Direktor der Anstalt, welcher zugleich Religionslehrer ist, und die übrigen Lehrkräfte werden über Antrag des Kuratoriums vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ernannt und diese Ernennungen der h. k. k. Landeseschulbehörde zur Bestätigung vorgelegt.

§ 13.

Mit Ausnahme des Religionsunterrichtes wird der sonstige Unterricht den Zöglingen der Anstalt von befähigten Mitgliedern der ehrwürdigen Kongregation der armen Schulschwestern der Notre-Dame, welche in Horazdiowitz in Böhmen das Mutterhaus hat, nach Maßgabe der bestehenden staatlichen Verordnungen erteilt, und überdies wird auch von dieser Kongregation der ganze Haushalt unter der Aufsicht des Institutsdirektors besorgt.

Zu diesem Behufe ist mit der besagten Kongregation ein Vertrag abgeschlossen worden, mittelst dessen sich dieselbe verpflichtet hat:

- a) lehrbefähigte Mitglieder behufs deren Präsentation (§ 12) und deren Bestätigung von Seite der h. k. k. Landeseschulbehörde, sowie
- b) geeignete Mitglieder, Ordensschwestern oder Ordenskandidatinnen zur Besorgung des Haushaltes an die Anstalt abzusenden, und
- c) die durch Krankheit oder anderweitig unfähig gewordenen Kongregations-Mitglieder ohne Anspruch auf eine Pension ins Mutterhaus zurückzunehmen.

Sowohl die für das Lehrfach als auch die für die Haushaltung bestimmten Ordensschwestern oder Ordenskandidatinnen haben die Wohnung und die ganze Verpflegung im Institute und ihr Gehalt beziehungsweise ihre Entlohnung ist in dem erwähnten Vertrage festgesetzt worden.

Eine etwaige Änderung des Vertrages erfordert das Einverständnis des Kuratoriums und der ehrwürdigen Kongregation und unterliegt der Bestätigung des Hochwürdigsten Herrn Bischofes.

§ 14.

Der Direktor der Anstalt, welcher, wie schon oben § 12 angeführt, zugleich Religionslehrer ist, erhält von der Anstalt eine aus zwei Zimmern bestehende Wohnung samt Beheizung, die ganze Verköstigung, die Wäsche und die nötige Bedienung, sowie auch einen seiner Stellung und seinen beiderseitigen Leistungen entsprechenden, von dem Hochwürdigsten Herrn Bischofe nach Einnahme des Kuratoriums bestimmten Gehalt.

§ 15.

Dem hohen Landesausschusse kommt das Recht zu, die von dem hohen Landtage für die Anstalt begründeten Landesstiftungsplätze über Vorschlag des Kuratoriums zu besetzen.

§ 16.

Dem Delegaten oder Vertrauensmanne, welcher von dem hohen Landesausschusse zum Mitgliede des Kuratoriums (§ 9) bestellt wird, steht es frei, in die Vermögensgebarung und Institutsrechnung jeder Zeit Einsicht zu nehmen.

§ 17.

Was die Vertretung der Anstalt nach außen betrifft, dieselbe liegt dem Kuratorium ob, welches überhaupt die Interessen der Anstalt zu wahren und zu fördern, das Institutsvermögen durch zwei aus seiner Mitte vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ernannte Funktionäre (Kassaverwalter und Kassakontrollor, § 10) zu verwalten, für die Erhaltung und eventuelle Erweiterung des Institutes zu sorgen und über die Aufnahme oder Entlassung der Zöglinge, sowie über die allfällige Ermäßigung des Verpflegsbetrages für arme Zöglinge zu entscheiden hat.

§ 18.

Die innere Leitung der Anstalt, das ist die Leitung des Unterrichtes und der Haushaltung, kommt dem Institutsdirektor zu.

Er hat die mit dem Unterrichte der Zöglinge betrauten Ordensschwestern in der Ausübung des Lehramtes zu überwachen und mit Rat ihnen beizustehen.

Weiter liegt ihm ob: die Führung der Geschäftsbücher und amtlichen Korrespondenzen, die Verwaltung des Institutsinventars, die Anschaffung der Schulerfordernisse, die Ausstellung

der Schulzeugnisse und die Führung der Hausrechnung, welche er am Schlusse eines jeden Jahres dem Kuratorium zur Revision und Approbation vorzulegen hat.

Auch hat der Direktor im Laufe des Monates Juni jeden Jahres die eingelaufenen Bittgesuche um Aufnahme in die Anstalt dem Kuratorium vorzulegen und hierbei die entsprechenden Anträge über die Aufnahme neuer Zöglinge, sowie auch über die Entlassung älterer Zöglinge zu stellen.

Schließlich hat der Direktor am Schlusse eines jeden Schuljahres den vorgeschriebenen Schulbericht in den beiden Landessprachen zu verfassen.

§ 19.

Das Schuljahr beginnt und schließt in der Anstalt zur selben Zeit, wie an den öffentlichen Gemeinde- oder Bürgerschulen und die bei diesen Schulen bestehende vorgeschriebene Schul- und Disziplinarordnung wird als integrierender Bestandteil des Institutsstatutes erklärt.

§ 20.

Das Aufsichtsrecht über das Institut wird von den kompetenten k. k. Behörden ausgeübt.

§ 21.

Das Institut ist in einem Gebäude untergebracht, welches der bischöfliche Gründer auf seine Kosten durch Ankauf, Umbau und Neubau der drei bräuberechtigten Häuser Nr. 186, 190 und 191 in der königlichen Leihgedingstadt Königgrätz errichtet und die Bestimmung getroffen hat, daß die auf diese 3 Häuser entfallenden Dividen den von dem jährlichen Erträgnisse des Bürgerlichen Bräuhauses in Königgrätz, da sie eine jährlich sich wiederholende Einnahmequelle bilden, vom Jahre 1887 anfangen, auf die Erhaltung und die nötigen Reparaturen des Institutsgebäudes unter Aufsicht des Kuratoriums verwendet und die sich ergebenden Überschüsse alljährlich fruchtbringend angelegt werden, um für größere Reparaturen oder für die allfällige Erweiterung des Institutsgebäudes einen Fond in Bereitschaft zu haben.

Alle sonstigen tatsächlichen und eventuellen Einnahmen (§§ 4, 7 und 8) sind auf die Förderung der Zwecke des Institutes, als Lehr- und Erziehungsanstalt zu verwenden.

§ 22.

Behufs der Geharungsnachweisung ist im Monate Jänner jeden Jahres von dem Kassaverwalter unter Vorlage der dokumentierten Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des verfloffenen Jahres, der Bericht über den Stand des ganzen Institutsvermögens überhaupt und über den Stand des Gebäudeerhaltungsfondes (§ 21) insbesondere, mittels des Kuratoriums an den Hochwürdigsten Herrn Bischof zu erstatten.

Die revidierte und vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe approbierte Jahresrechnung ist jobann in der Institutskassa aufzubewahren.

§ 23.

Zu einer Änderung dieser in vorstehenden 22 Paragraphen enthaltenen Statuten ist ein mit zwei Drittel-Stimmenmajorität gefaßter Beschluß des Kuratoriums, die Gutheißung des Hochwürdigsten Herrn Diözesanbischofes und die Genehmigung der hohen k. k. Statthalterei notwendig.

§ 24.

Im Falle der Auflösung oder Transferierung dieser Königgräzer Diözesan-Taubstummenanstalt kommt dem jeweiligen Hochwürdigsten Herrn Bischofe von Königgrätz das Recht, beziehungsweise die Pflicht zu, das aus den drei im § 21 dieser Statuten genannten Häusern errichtete Institutsgebäude samt dem diesen drei Häusern gebührenden Bräuhäusnützungsrechte und samt dem Erhaltungsfonde, im Einvernehmen mit dem Domkapitel zu einem anderen wohlthätigen Diözesanzwecke und Wahrung der ursprünglichen loyalen Intention des Gründers und demzufolge unter Beibehaltung des Namens „Rudolfinum“ zu bestimmen.

Dagegen soll das dem Institute als Lehr- und Erziehungsanstalt gehörige Vermögen in Geld und Mobilien, unter Vorbehalt der von einzelnen Wohlthätern gemachten und gesetzlich zulässigen Bestimmungen, auf immerwährende Zeiten ausschließlich und unwiderruflich auf die Erziehung und Bildung taubstummer Kinder der Königgräzer Diözese verwendet und nach dem Stande zur Zeit der Auflösung oder Transferierung des Institutes von dem Kuratorium an die betreffenden gesetzlichen Organe zur weiteren Verwaltung übergeben werden.

Nach finanzieller Konsolidierung des Institutes wird vom Kuratorium unter Vorsitz des Hochwürdigsten Herrn Bischofes der Diözöe nach erfolgter Ausscheidung der entbehrlichen Barichaften und Werteffekten zur Gründung von Stammkapitalien für das Institut geschritten, welche als ein Stiftingsvermögen zu behandeln sind und als solches der behördlichen Aufsicht unterstehen werden.

12. Jugendspiel, Sport, Wanderungen.

Auf diesem Felde der Jugendfürsorge hat es schon seit langer Zeit bei uns in Böhmen nicht an reger Beteiligung gefehlt. Vor allem sind Professor Dr. Hueppe und Sanitätsrat Dr. Altshul als weit und breit anerkannte Autoritäten berufen über diese Angelegenheiten und den gegenwärtigen Stand derselben in Böhmen zu berichten.

Die Bewegung für das Jugendspiel und den Sport nahm in Böhmen hauptsächlich von Prag ihren Ausgang. Der ersteren widmete sich insbesondere der deutsche pädagogische Verein in Prag, dessen Tätigkeit für das Jugendspiel mit einer ihm zu dankenden Neugründung: dem „deutschen Vereine zur Pflege von Jugendspielen“ einen rühmlichen Abschluß fand. Als praktische Fachmänner und Leiter der Prager Jugendspiele haben sich Bürgerschuldirektor Franz Mohaupt und Lehrer August Malley in Prag große Verdienste erworben. Der erstere ist geradezu als der Begründer des Jugendspiels in Prag zu betrachten.

Dem Berichte des deutschen Vereines zur Pflege von Jugendspielen in Prag für 1906—07 entnehmen wir folgende Angaben:

Gründendes Mitglied kann jede physische oder juristische Person werden, die ein für allemal einen Gründungsbeitrag von mindestens 200 Kronen erlegt.

Ordentliches Mitglied kann jeder ohne Unterschied des Geschlechtes und des Wohnsitzes werden, welcher sich zur Zahlung eines Jahresbeitrages von mindestens 1 Krone verpflichtet. Die Mitgliedsbeiträge sind jährlich im vorhinein zu Beginn des Vereinsjahres zu entrichten.

Der Austritt aus dem Vereine kann jederzeit durch schriftliche Austrittserklärung erfolgen. Bei einjähriger Rückständigkeit der Mitgliedsbeitragsleistung kann der Ausschuß die Streichung des rückständigen Mitgliedes mit oder ohne zwangsweise Eintreibung des Rückstandes beschließen.

Das Vereinsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des nächsten Kalenderjahres.

Der diesjährige Jahresbericht läßt nur auf eine überaus erfolgreiche Tätigkeit zurückschließen. Die Anzahl der Spieltage und dadurch auch die Zahl der Spielteilnehmer haben eine Höhe erreicht, wie sie seit dem Bestande unseres Vereines noch niemals verzeichnet werden konnte. Dieser erfreuliche Aufschwung war durch das Zusammentreffen vieler glücklicher Momente verursacht: in erster Linie durch die stetig zunehmende Beliebtheit der Jugendspiele bei unserer deutschen Schuljugend, dann durch die Einführung von Sonntagsspielen, Ferial- und Herbstspielen, durch die den letzteren besonders günstigen Witterungsverhältnisse und nicht in letzter Reihe durch die Möglichkeit, gleichzeitig auf fünf Spielplätzen den Spielbetrieb ausüben zu können. Aber gerade bezüglich der Erhaltung unserer Spielplätze müssen wir der nächsten Zukunft mit banger Sorge entgegensehen.

Die im Berichte des Vorjahres ausgesprochene Befürchtung, daß wir durch die fortschreitende Bebauung der peripheren Teile der Stadt Weinberge unseren größten und am besten gepflegten Spielplatz im Bökauergarten, einen Musterplatz, verlieren werden, wird sich leider voraussichtlich in diesem Jahre erfüllen — der schöne Platz, der Lieblingsplatz unserer deutschen Schuljugend und auch unser einziger, praktikabler Eislaufplatz geht uns verloren.

Wir haben diese unvermeidbare Eventualität seit Jahren vorhergesehen und waren, wie aus den Vereinsberichten der Vorjahre zu ersehen ist, nicht untätig geblieben.

Wir haben bei der hohen Unterrichtsverwaltung und beim hohen Reichkriegsministerium schriftlich und auch mündlich (durch eine Deputation unseres Vereinsausschusses) rechtzeitig die entsprechenden Vorstellungen erhoben und die künftliche Erwerbung verkäuflicher fortifikatorischer Grundparzellen mit aller Energie angestrebt.

An Verirpfechungen und Zuzagen hat es bisher nicht gefehlt, über einen greifbaren Erfolg können wir aber leider nicht berichten. Wir wollen neuerdings versuchen, mit Rücksicht auf den Verlust unseres größten Spielplatzes die schwebende Angelegenheit zu urgieren, wir lehnen aber heute schon mit aller Entschiedenheit jede Verantwortung dafür ab, wenn in der kommenden Spielzeit die Jugendspiele wesentlich eingeschränkt werden müssen, da wir nach Verlust des größten unserer Spielplätze unmöglich die große Zahl der spielfreudigen deutschen Schuljugend unterzubringen im Stande sind.

Wir haben uns redlich bemüht, einen Ersatz für diesen Verlust durch Kauf oder Pachtung zu finden, aber mit Ausnahme der fortifikatorischen Gründe war kein geeignetes Terrain zu erwerben und nachdem all unsere Bemühungen bei den hohen Behörden die unaufsiehbare Aktion nicht zu beschleunigen vermochten, trifft unserem Ausschusse bezüglich der betrübenden Notwendigkeit der Spieleinschränkung gewiß keine Schuld.

Auf unseren Spielplätzen herrscht ein kräftiges, bewegtes Spielleben. „Freiheit“ heißt das Lebensselement des jugendlichen Spiels. Unsere Spielleiter besitzen das rechte Verständnis und den frischen Eifer für das Jugendspiel; ohne die Geduld zu verlieren, hören sie es willig an, wenn Spieler mit kleinlichen Streitereien kommen und treffen mit sicherem Blick die rechte Entscheidung und gleichen mit einem Scherz den Streit aus, kurz, sie verstehen mit der Jugend selbst jung zu sein. Die Spieler werden nach Altersstufen gruppiert. Die einzelnen Spielgruppen stehen unter einem Leiter, den sich die Spieler selbst wählen, einem größeren Mitspieler, der das betreffende Spiel gut versteht. In bezug auf die Auswahl der Spiele bleibt den Kindern nahezu uneingeschränkte Freiheit; sie können sich eins wählen, was sie wollen; so ist es von jeher gewesen und hat sich bewährt. Nur die eine Bestimmung besteht, daß jede Spielabteilung bei dem einmal gewählten Spiele wenigstens eine halbe Stunde bleiben muß und erst nach Ablauf derselben wechseln darf; denn sonst würde allzuleicht zu oft gewechselt und damit die Zeit verträddelt werden; ein längeres Verweilen bei einem und demselben Spiele ist jederzeit gestattet. Den Spielleitern liegt nur daran, daß flott und tüchtig gespielt wird, einerlei, welches Spiel, daß sich die Jugend dabei gehörig tummelt und Freude daran hat.

Daß der leichte Sinn der Jugend von selbst gern einmal nach etwas Neuem begehrt, ist selbstverständlich und wird natürlich von dem Spielleiter eher gefördert als gehindert. Es wurden im Laufe des Sommers einige neue Spiele eingeübt. An einem heißen Sommertage lassen sich z. B. die Schlagballspieler sehr gern zu einer Partie Faustball abruufen, umgekehrt findet bei kühler Witterung, wenn den Schlägern und Fängern schon die Finger vor Kälte steif zu werden anfangen, der Vorschlag zu einem Korbball- oder Laufspiele sehr großen Anklang. Auf diese Weise sorgen die Spielleiter unvermerkt und zwanglos für die erforderliche Abwechslung.

Gespielt wurde im Jahre 1907 vom 15. April bis 6. Juli auf fünf Spielplätzen an allen Wochentagen von 1/6—7, beziehungsweise an dem Mittwoch und Samstag von 1/5 bis 8 Uhr abends; vom 3. Juli bis 13. September während der großen Schulkurien am Montag, Mittwoch und Freitag früh von 8 bis 10 Uhr und vom 18. September bis 2. November an den freien Nachmittagen, Mittwoch, Samstag und Sonntag von 3 bis 5 Uhr.

Eine neue Einführung traf heuer der Ausschuss dadurch, daß an allen Sonn- und Feiertagen der Weinberger Spielplatz von 3 bis 7 Uhr der Jugend zum Besuche offen stand und daß unter Aufsicht des Geschäftsführers Herrn August Malley Volks-, Bürger- und Mittelschüler spielen konnten. Massenhaft strömten Kinder und Eltern herbei, um den freien Sonntag-nachmittag auf grüner Wiese bei fröhlichem Spiele in gesunder Luft verbringen zu können. Besonders erfreulich war die eifrige Beteiligung der Mädchen an den Spielen. Die vier schönen Tennisplätze wurden von den Mittelschülern und erwachsenen Mädchen fleißig benutzt und die erforderlichen Kaskets und Bälle vom Verein unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

An 352 Spieltagen fanden sich auf allen fünf Spielplätzen 84.073 Spielteilnehmer ein, um 16.573 mehr als im Vorjahre.

Auch der Sport hat sich bei uns in Böhmen innerhalb weniger Jahre zu einer ganz bedeutenden Höhe entwickelt. Der nächste Jahrgang unseres Jahrbuches soll über diese in vieler Hinsicht geradezu vorbildliche Entwicklung des Jugendspiels und Sports in Böhmen eine gründliche Würdigung bringen. Es wird dabei auch Gelegenheit sein, die Betätigung auf diesem Gebiete in der Provinz in den Kreis der Betrachtung zu ziehen und in bezug auf die Anforderungen, die man vom nationalen Standpunkte an beide stellen muß, zu beleuchten.

Die Wanderungen haben mit der eben gekennzeichneten Entwicklung des Jugendspiels und des Sports nicht gleichen Schritt gehalten. Ein Aufschwung dürfte nun auch ihnen bevorstehen, da sich ein eigener Verein

„Wanderer“

zur Förderung dieser Zwecke gebildet hat.

Der Verein gedenkt seine Tätigkeit vorläufig auf Deutschböhmen zu erstrecken. Da vor allem unsere begeisterungsfähige Jugend dazu berufen erscheint, den völkischen Gedanken in sich aufzunehmen, so wird der Verein mit seiner Tätigkeit direkt in Schülerkreisen einsetzen. Zu diesem Behufe werden von der Vereinsleitung (Prag) Hand in Hand mit den Ortsgruppen regelmäßige Wanderungen unternommen werden. Abgesehen von den bei diesen Anlässen abzuhaltenden belehrenden Vorträgen, sollen altdeutsche Spiele, Speerwerfen, Armbrustschießen usw. die äußeren Behelfe sein, mittelst deren der Verein das nötige Interesse und einen festen Zusammenschluß seiner jungen Anhängerschaft zu erreichen gedenkt. Insbesondere soll auch minder bemittelten oder unbemittelten Kindern, sowie Kindern armer Gegenden überhaupt Gelegenheit geboten werden, an diesen Übungen teilzunehmen und sich bei den regelmäßig wiederkehrenden Wettspielen um den Siegeskranz zu bewerben. Dabei wendet sich der junge Verein um eine tatkräftige Unterstützung vor allem an die deutsche Lehrerschaft, um eine wohlwollende Haltung an die völkischen Schutzvereine, in deren eigenstem Interesse derselbe arbeitet, sowie um freundliche Aufnahme an die gesamte deutschböhmiſche Bevölkerung. In der am 31. Eismonds (Jänner) stattgefundenen Vollversammlung wurden gewählt die Herren: Hochschulprofessor Dr. Wilh. Gintl zum Obmann, Landesgerichtsrat Hans Krczka zum Obmannstellvertreter. Anfragen sind zu richten an die genannten Ausschußmitglieder oder an den Schriftführer und Geschäftsleiter Herrn Rechnungssoffizial A. Fahrner, Rgl. Weinberge, Palachystraße 39. Im nachfolgenden sind die Satzungen dieses Vereines abgedruckt.

Satzungen des Vereines „Der Wanderer“.

1. Abschnitt.

§ 1. Name und Sitz des Vereines.

Der Verein führt den Namen „Der Wanderer“ und hat seinen Sitz in Prag. Seine Wirksamkeit erstreckt sich auf Böhmen. Die Mitglieder können sich nach den Bestimmungen des II. Abschnittes dieser Satzungen zu Ortsgruppen vereinigen.

§ 2. Sprache des Vereines.

Die Geschäftssprache des Vereines ist die deutsche.

§ 3. Zweck des Vereines.

Der Verein hat den Zweck, bei der Jugend durch Wanderungen im Vaterlande die Liebe für dasselbe zu erwecken und durch Errichtung von Spielplätzen für die körperliche Wohlfahrt der Jugend zu sorgen. Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind namentlich:

- a) Herausgabe einer Vereinszeitung.
- b) Vorträge, Gründung einer Bücherei.
- c) Veranstaltungen von geselligen Unterhaltungen, Bällen und Konzerten.
- d) Zuwendung materieller Unterstützungen aus dem Vereinsvermögen an die Mitglieder.

- e) Verbreitung von Druckschriften eigenen und fremden Verlages.
 - f) Vermittlung von Jugendspielplätzen.
- Jede politische Tätigkeit ist ausgeschlossen.

§ 4. Mitglieder des Vereines.

Mitglieder des Vereines sind: a) wirkende, b) gründende, c) Ehrenmitglieder.

a) Wirkende Mitglieder sind diejenigen, welche sich entweder bei den Einberufungen (Proponenten) bei Gründung des Vereines angemeldet haben oder später von dem Ausschusse aufgenommen werden. Wirkendes Mitglied des Vereines kann ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters jeder unbescholtene Deutsche werden.

b) Gründende Mitglieder sind diejenigen, welche einen einmaligen Betrag von mindestens 25 Kronen zu Vereinszwecken entrichten.

c) Ehrenmitglieder sind diejenigen, welche wegen ihrer hervorragenden Verdienste um den Verein über einhelligen Antrag des Vereinsausschusses hiezu von der Vollversammlung durch Zuruf ernannt werden.

§ 5. Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Alle Vereinsmitglieder haben das Recht, an den jahungsmäßigen Vereinsversammlungen teilzunehmen und die von dem Vereine geschaffenen Einrichtungen zu benützen.

Das aktive und passive Wahlrecht steht nur den in Prag und den Vororten wohnenden wirkenden Mitgliedern zu.

Letztere zahlen den von der Vollversammlung jährlich festgesetzten Beitrag zur Gänze, die außerhalb Prags und der Vororte wohnenden zur Hälfte.

§ 6. Aufnahme von Mitgliedern.

Die Mitglieder haben um Aufnahme in den Verein anzusuchen. Die Aufnahme in den Verein kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden.

§ 7. Erlöschen der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft erlischt:

1. durch den Tod,
2. durch freiwilligen, dem Ausschusse schriftlich angezeigten Austritt,
3. durch Ausschließung aus dem Vereine seitens des Vereinsausschusses.

Letztere kann erfolgen, wenn ein Mitglied die Vereinsinteressen schädigt oder seinen Verpflichtungen dem Vereine gegenüber trotz wiederholter Mahnungen nicht nachkommt. In beiden Fällen steht die Berufung an die Vollversammlung offen.

§ 8. Vereinsleitung.

Die Leitung des Vereines steht einem sechzehngliedrigen Ausschusse zu, dessen Mitglieder durch die Vollversammlung auf die Dauer eines Jahres gewählt werden. Bei der Wahl, welche durch Stimmzettel erfolgt, entscheidet die Stimmenüberzahl.

§ 9. Amtswalter des Ausschusses.

Der Ausschuss hat sich binnen acht Tagen nach der Vollversammlung, in welcher die Wahl stattfand, zu bilden.

Die Wahl der Amtswalter des Ausschusses erfolgt mit absoluter Stimmenmehrheit durch Abgabe von Stimmzetteln.

Gewählt werden:

1. der Obmann,
2. der Obmannstellvertreter,
3. drei Schriftführer,
4. drei Zahlmeister,
5. ein Bücher- und Zeitungswart,
6. ein Hausverweiser.

§ 10. Ersatzmänner.

In gleicher Weise wie die Ausschussmitglieder werden von der Vollversammlung sechs Ersatzmänner auf die Dauer eines Jahres gewählt, welche im Bedarfsfalle in den Ausschuss einberufen werden.

§ 11. Vollversammlungen.

Die ordentliche Vollversammlung wird durch den Obmann oder dessen Stellvertreter alljährlich im Monate Jänner einberufen.

Diese Einberufung ist in den deutschen Tagesblättern Prags mindestens drei Wochen vor der Vollversammlung zu verlautbaren.

Eine außerordentliche Vollversammlung ist einzuberufen:

1. wenn es der Ausschuß für notwendig erachtet,
2. wenn mindestens zwanzig wirkende Mitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes darum ersuchen.

§ 12. Wirkungskreis der Vollversammlung.

In den Wirkungskreis der Vollversammlung gehört:

1. die Genehmigung des Jahresberichtes und des Rechnungsabchlusses nach Erstattung des Berichtes der Rechnungsprüfer,
2. die Beschlußfassung über die Festsetzung des Jahresbeitrages,
3. die Beschlußfassung über Anträge des Ausschusses oder der Mitglieder,
4. die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
5. die Genehmigung oder allfällige Abänderung der vom Ausschusse verfaßten Geschäftsordnung,
6. die Beschlußfassung über die Abänderung der Satzungen, sowie über die Auflösung des Vereins,
7. die Wahl des Vereinsausschusses.

§ 13. Beschlußfähigkeit und Tagesordnung der Vollversammlung.

Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens fünfzig stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Kommt zur festgesetzten Stunde diese Anzahl nicht zusammen, so ist nach Ablauf einer halben Stunde die Vollversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig.

Freie Anträge, über welche in der Vollversammlung verhandelt werden soll, müssen wenigstens 14 Tage vorher schriftlich an den Ausschuß geleitet sein.

Die Vollversammlung faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende hat stets mitzustimmen.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Eine Zweidrittelmehrheit erfordert die Beschlußfassung über eine Satzungsänderung, sowie über Auflösung des Vereines.

Die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände der Vollversammlung wird vom Ausschuß bestimmt.

§ 14. Wirkungskreis des Ausschusses.

In den Wirkungskreis des Ausschusses gehören alle Angelegenheiten, welche nicht in den Wirkungskreis der Vollversammlung fallen.

Insbesondere:

1. die Beschlußfassung über die zur Erreichung der Vereinszwecke erforderlichen Maßnahmen,
2. die Beschlußfassung über die von Vereinsmitgliedern schriftlich eingebrachten Anträge und Beschwerden,
3. die Zusammenstellung des Jahresberichtes, des Rechnungsabchlusses und des Voranschlages für das nächste Vereinsjahr,
4. die Einberufung der Vollversammlungen,
5. die Pflege von Verbindungen mit ähnlichen inländischen Vereinigungen zur Wahrung gemeinsamer Interessen,
6. die Handhabung der Geschäftsordnung nach erfolgter Genehmigung derselben durch die Vollversammlung.

§ 15. Ausschusssitzungen.

Die Ausschusssitzungen sind nach Bedarf abzuhalten.

Im Falle fünf Ausschußmitglieder die Einberufung einer Ausschusssitzung verlangen, hat der Vereinsobmann binnen acht Tagen diesem Verlangen nachzukommen. Dieselben sind beschlußfähig, wenn mindestens acht Mitglieder anwesend sind.

Der Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 16. Vertretung nach außen.

Der Obmann oder sein Stellvertreter vertritt den Verein nach außen. Schriftstücke und Urkunden sind vom Obmann oder dessen Stellvertreter und einem der Schriftführer zu unterfertigen.

§ 17. Rechnungsprüfer.

Behufs Überwachung der Geldgebarung des Ausschusses werden von der Vollversammlung zwei Rechnungsprüfer auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Dieselben haben über ihre Tätigkeit der Vollversammlung Bericht zu erstatten.

§ 18. Schiedsgericht.

Streitigkeiten, welche zwischen den Vereinsmitgliedern entstehen und aus dem Vereinsverhältnisse entspringen, entscheidet das Schiedsgericht.

In dieses werden von der Vollversammlung fünf Schiedsrichter und zwei Ersatzmänner auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Das Schiedsgericht tritt über Einladung des Vereinsobmannes zusammen, sobald ein Mitglied die Einberufung desselben verlangt und wählt vor der Verhandlung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden.

Das Schiedsgericht faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende stimmt mit und seine Stimme entscheidet bei Stimmengleichheit.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes findet keine Berufung statt.

Niemand kann zugleich Mitglied des Ausschusses und des Schiedsgerichtes sein.

§ 19. Vereins- und Rechnungsjahr.

Das Vereins- und Rechnungsjahr schließt mit 31. Dezember ab.

§ 20. Auflösung des Vereines.

Im Falle der behördlichen Auflösung fällt das Vereinsvermögen einem Vereine zu, der sich binnen drei Jahren neu bildet und die §§ 1—3 in seine Satzungen aufnimmt.

Sollte binnen der Zeit ein derartiger Verein nicht gegründet werden, so fällt das Vereinsvermögen ebenso wie in dem Falle der freiwilligen Auflösung einem deutschen wohltätigen Zwecke zu.

2. Abschnitt.

§ 21. Ortsgruppen.

In jedem Orte in Böhmen, wo wenigstens 5 Mitglieder des Vereines „Der Wanderer“ wohnen, können dieselben zur Förderung der Vereinszwecke eine Ortsgruppe bilden. Mitglieder aus benachbarten Orten können sich zu einer Ortsgruppe vereinigen.

In Prag und den Vororten ist die Ortsgruppenbildung ausgeschlossen. Die Ortsgruppen benennen sich nach ihrem Sitze.

Sie führen den Namen des Vereines und fügen den Namen der Ortsgruppe bei.

§ 22. Geldmittel und deren Aufbringung.

Die Geldmittel der Ortsgruppe werden aufgebracht durch Beiträge der Mitglieder, freiwillige Spenden und Veranstaltung von Unterhaltungen.

Die Beiträge der Mitglieder der Ortsgruppe sind in Form eines Zuschlages zum Vereinsbeitrage einzuhoben.

§ 23. Mitglieder der Ortsgruppen, ihre Rechte und Pflichten.

Mitglieder der Ortsgruppen sind Vereinsmitglieder, welche sich bei der gründenden Vollversammlung der Ortsgruppe angemeldet haben oder später vom Vorstande der Ortsgruppe aufgenommen werden.

Bei der Anmeldung oder bei der Aufnahme durch den Vorstand ist die Mitgliedschaft des Vereines „Der Wanderer“ auszuweisen.

Die Mitglieder der Ortsgruppen haben nebst den im § 3 genannten Rechten und Pflichten, das aktive und passive Wahlrecht in der Ortsgruppe und die Verpflichtung zur Entrichtung des von der Vollversammlung der Ortsgruppe jährlich festgesetzten Zuschlages zum Mitgliedsbeitrage.

Die Mitgliedschaft erlischt durch Aufhören der Mitgliedschaft im Vereine, durch freiwilligen dem Vorstande schriftlich angezeigten Austritt aus der Ortsgruppe und durch Ausschluss aus derselben.

Derselbe kann vom Vorstande aus wichtigen Gründen verfügt werden.

Berufung an die Vereinsleitung in Prag ist zulässig.

§ 24. Versammlungen der Ortsgruppen.

Zur gründenden Versammlung der Ortsgruppen werden die Vereinsmitglieder durch die Vereinsleitung oder einen Bevollmächtigten derselben eingeladen.

Die ordentliche Vollversammlung ist alljährlich in der ersten Hälfte des Monats Jänner vom Vorstande einzuberufen. Eine außerordentliche Vollversammlung ist einzuberufen, wenn es der Vorstand für notwendig erachtet, wenn wenigstens $\frac{1}{3}$ der Mitglieder der Ortsgruppe schriftlich unter Angabe des Grundes darum ansucht oder die Vereinsleitung in Prag es verlangt. Die Versammlungen sind beschlussfähig, wenn sie 8 Tage vorher auf ortsübliche Weise kundgemacht und einberufen worden sind. In den ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen der Ortsgruppen führt der Obmann oder sein Stellvertreter den Vorsitz.

In den Wirkungskreis der ordentlichen Vollversammlung gehört die Genehmigung des Jahresberichtes und des Rechnungsabchlusses nach Erstattung des Berichtes der Rechnungsprüfer, Wahl des Vorstandes und die Beschlussfassung über die Festsetzung des Jahresbeitrages der Mitglieder der Ortsgruppen. Jede Vollversammlung ist berufen die Mitteilungen der Vereinsleitung entgegenzunehmen und über Anträge des Vorstandes oder der Vereinsmitglieder, über Änderungen der Satzungen und über die Auflösung der Ortsgruppe zu beschließen. Die Mitglieder sind berechtigt, in der Vollversammlung Vereinsangelegenheiten nach jeder Richtung hin zu erörtern und Wünsche dazubringen, welche, wenn ihnen die Vollversammlung beitrifft, durch den Vorstand an die Vereinsleitung zu gelangen haben. Anträge für die Vollversammlung müssen wenigstens 4 Tage vorher dem Vorstande angezeigt werden. Über die Beschlussfassung in Vollversammlungen gelten die Bestimmungen des § 13, Abs. 4, 5 und 6 der Vereinsstatuten. Die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmt der Vorstand.

§ 25. Vorstand der Ortsgruppen.

Die Ortsgruppe wählt einen Vorstand, welcher aus dem Obmann, einem Schriftführer und einem Zahlmeister, bei größeren Ortsgruppen auch aus Stellvertretern dieser Amtswalter und aus weiteren gewählten Mitgliedern besteht. Die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder darf jedoch zwölf nicht überschreiten.

Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes steht dem Vorstande das Recht zu, für dasselbe bis zur nächsten ordentlichen Vollversammlung aus den Mitgliedern der Ortsgruppe einen Ersatzmann zu wählen. Der Vorstand hat seine Geschäftsordnung selbst festzustellen.

§ 26. Rechte und Pflichten des Vorstandes der Ortsgruppe.

In den Wirkungskreis des Vorstandes fallen alle Angelegenheiten, welche nicht der Vollversammlung vorbehalten sind. Insbesondere obliegt ihm die Aufnahme von Vereinsmitgliedern in die Ortsgruppe, Einhebung von Beiträgen für den Verein und die Ortsgruppe, Zusammenstellung des Jahresberichtes, des Rechnungsabchlusses und des Voranschlages der Ortsgruppe für das nächste Jahr, Einberufung der Vollversammlungen, Beschlussfassung über die zur Förderung der Vereinszwecke erforderlichen Maßnahmen und über die von Mitgliedern eingebrachten Anträge und Beschwerden. Der Vorstand vermittelt den Vereinsmitgliedern die Mitgliedsarten und die Veröffentlichung des Vereines und vermittelt den Verkehr zwischen den Mitgliedern der Ortsgruppe und der Vereinsleitung. Der Vorstand hat den Jahresbericht der Ortsgruppe an die Vereinsleitung in Prag gelangen zu lassen. Über Befragen der Vereinsleitung sind Gutachten und Äußerungen zu erstatten.

§ 27. Auflösung der Ortsgruppe.

Die Auflösung der Ortsgruppe tritt ein:

- a) im Falle als die Zahl der Mitglieder unter 5 herabsinkt;
- b) über Beschluss der Ortsgruppe selbst.

§ 28. *Schlussbestimmung.*

Die näheren Bestimmungen über die Ortsgruppen enthält die einen Bestandteil der Satzungen bildende Musterfatzung für Ortsgruppen. Änderungen der Satzungen kann die Ortsgruppe nur nach eingeholter Zustimmung der Vereinsleitung beschließen.

Musterfatzungen für Ortsgruppen.

Satzungen

der Ortsgruppe.....

des

Vereines „Der Wanderer“.

§ 1. Die Ortsgruppe besteht als ein Unterverband (Zweigverein) des Vereines „Der Wanderer“ auf Grund seiner Satzungen.

Sie führt den Namen: „Verein „Der Wanderer“, Ortsgruppe . . .“ und hat ihren Sitz in . . .

§ 2. Die Geschäftssprache der Ortsgruppe ist die deutsche.

§ 3. Die Ortsgruppe ist berufen, die satzungsmäßigen Aufgaben des Vereines (§ 3 der Vereinsfatzungen) zu fördern.

Dieser Zweck soll namentlich erreicht werden:

1. Durch Abhaltung von Wanderungen, Vorträgen, Bezug von wissenschaftlichen Werken und Zeitschriften, Gründung einer Bücherei, Veranstaltung von geselligen Unterhaltungen, Ballen und Konzerten. Verteilung von Unterfützungen aus dem Vermögen der Ortsgruppe an ihre Mitglieder und Vermittlung von Jugendspielplätzen.

2. Durch Erstattung von Äußerungen, Gutachten, Berichten und Anträgen über Vereinsangelegenheiten an die Vereinsleitung in Trag. Dieser bleibt die Herausgabe der gemeinsamen Vereinszeitung vorbehalten. Politische Tätigkeit entwickelt die Ortsgruppe nicht.

§ 4. Die erforderlichen Geldmittel werden im Sinne des § 22 der Vereinsfatzung aufgebracht.

§ 5. Die Bildung und Erneuerung der Ortsgruppe erfolgt nach den Satzungen des Vereines „Der Wanderer“; nach denselben bestimmen sich auch die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Ortsgruppe (§§ 1, 21, 23).

§ 6. Die Angelegenheiten der Ortsgruppe werden besorgt:

a) durch die Vollversammlung;

b) durch den Vorstand.

§ 7. Den Wirkungskreis der Versammlungen der Ortsgruppe und die Erfordernisse gültiger Beschlusfatzungen bestimmt § 24 der Vereinsfatzungen.

§ 8. Der Vorstand der Ortsgruppe wird von der Vollversammlung gewählt. Er besteht aus einem Obmann, einem Schriftführer, einem Zahlmeister . . . und . . . weiteren Vorstandsmitgliedern.

Dem Vorstand steht im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes das Recht zu, für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Vollversammlung aus den Mitgliedern der Ortsgruppe einen Ersatzmann zu wählen.

Der Vorstand setzt seine Geschäftsordnung selbst fest.

§ 9. Der Vorstand tritt über Einberufung durch seinen Obmann oder über Verlangen der Hälfte seiner Mitglieder zu einer Sitzung zusammen. Im letzten Falle hat der Obmann die Sitzung binnen 8 Tagen einzuberufen. Bei Beschlusfatzungen entscheidet die unbedingte Stimmenmehrheit der Anwesenden.

Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluß, für welchen der Vorsitzende sich ausspricht.

§ 10. Der Obmann vertritt die Ortsgruppe innerhalb des ihr nach § 3 dieser Satzungen zustehenden Wirkungskreises nach außen.

§ 11. Alle Rechtsurkunden und sonstige schriftlichen Ausfertigungen sind vom Obmann und dem Schriftführer, im Verbindungsfall von ihren Stellvertretern zu fertigen; die Art und Weise der Bekanntmachungen bestimmt der Vorstand nach seinem Ermessen.

§ 12. Behufs Überwachung der Geldgebarung des Vorstandes werden von der Vollversammlung zwei Rechnungsprüfer auf die Dauer eines Jahres gewählt. Dieselben haben über ihre Tätigkeit der Vollversammlung Bericht zu erstatten.

§ 13. Streitigkeiten, welche zwischen den Mitgliedern der Ortsgruppe aus der Zugehörigkeit zur Ortsgruppe entstehen, entscheidet gleichwie die Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse überhaupt das im § 18 der Vereinsfatzungen genannte Schiedsgericht.

Sein Beschluß kann nicht angefochten werden.

§ 14. Für die Auflösung der Ortsgruppe ist der § 27 der Vereinsstatuten maßgebend.

§ 15. Wird die Ortsgruppe aus welchem Grunde immer aufgelöst, so fällt ihr gesamtes Vermögen dem Vereine „Der Wanderer“ zu.

Der ausführlichen Behandlung dieses Gegenstandes wird auch eine vollständige Übersicht über die Studentenherbergen und andere Wanderbegünstigungen beigegeben werden.

13. Ferienkolonien.

Für die Errichtung von Ferienkolonien war der Prager „deutsche Verein für Ferienkolonien“ vorbildlich. Naturgemäß mußte das Bedürfnis nach einer solchen Wohlfahrtseinrichtung aus den Verhältnissen der Großstadt hervorgehen und es war geradezu überraschend, als auch verhältnismäßig gesunde Landstädte Ferienkolonien einrichteten.

Der deutsche Verein für Ferienkolonien ist mittelbar ebenfalls eine Gründung des „deutschen pädagogischen Vereins in Prag“. Er wurde am 26. Feber 1882 gegründet und hat eine ungemein segensreiche Tätigkeit entfaltet; der Bericht über das Jahr 1906 wird im nachfolgenden auszugsweise angegeschlossen, damit auch weitere Kreise Einblick in die Arbeit dieses Vereins erhalten.

Es besteht in Prag weiters ein Verein für jüdische Ferienkolonien, über dessen Tätigkeit in der Folge berichtet werden soll.

Verein für deutsche Ferienkolonien in Prag.

Mit dem diesjährigen Jahresberichte blickt der Verein für deutsche Ferienkolonien in Prag auf ein Vierteljahrhundert segens- und erfolgreicher Arbeit im Dienste der Humanität zurück. 25 Jahre — ein langer Zeitabschnitt — ein tüchtiges Stück Arbeit hat der Verein hinter sich und er kann mit Stolz auf seine Wirksamkeit und deren Erfolge zurückblicken. 7000 schwächlichen und armen deutschen Prager Schulkindern hat er unvergessliche Ferien geschaffen. Hunderten armen deutschen Eltern hat der Verein in der körperlichen, geistigen und moralischen Entwicklung ihrer Kinder kräftig beigegeben. Gesundheit und Leben hat er der Jugend gegeben. Unentwegt hat der Verein das verborgene Elend der Großstadt aufgesucht und bekämpft und von der bekannten Voraussetzung ausgehend, daß jedes Übel bei der Wurzel gefaßt werden muß, wandte er seine opferwillige Tätigkeit unserer armen deutschen Jugend zu. Ach, diese Jugend! Der Eindruck, den diese Kinder bei ihrer Aufnahme auf die untersuchenden Ärzte machen, ist ein geradezu niederschlagender. Geringe Ernährung, menschenunwürdige Wohnungs- und oft auch die traurigsten Familienverhältnisse, welche aus Not und Sorge entsprangen, haben das ihre getan, um das arme Kind, die Blüte des Menschengeschlechtes, zu einem Schatten, zu einer Jammergestalt zu machen. Es ist das stumme Elend, das die Menschheit anseht, anklagt: „Soll ich zum Welken geboren sein?“

Diese Kinder zu retten, geistig, körperlich, seelisch, ist der erhabene Zweck des Vereines gewesen und er hat ihn treulich durch ein Vierteljahrhundert erfüllt. Fünfundzwanzigmal sind die Schützlinge des Vereines vom Lande aus frischer Luft, aus den verschiedenen Kolonien heimgekehrt. Lachend, singend, sprudelnd, paßbaftig und braungebraunt wurden sie den glücklichen Eltern wieder gebracht. Aber der Nutzen des Aufenthaltes bestand nicht nur in diesen Eigenschaften der Kinder, sondern weit mehr noch in der dauernden Kräftigung ihres Körpers und in der Hebung ihres Gemütszustandes, vornehmlich ihrer Energie und Lebensfreude, sowie der Widerstandskraft gegen Krankheit im folgenden Winter. Neben der Erweiterung des geistigen Horizontes muß insbesondere der erziehlche Einfluß auf die Kinder hervorgehoben werden. Sinn für Zucht, Ordnung und Reinlichkeit, wird in den Kindern ebenso geweckt, wie viele erst auf der Kolonie sich an- und auskleiden, beherrschen und sogar erst mit Gabel und Messer

essen lernen. Verträglichkeit und Gehorsam hat mancher erst in der Kolonie gelernt. Da die Kolonien sich in reindeutschen Gegenden befinden, so kann und wird das nationale Gefühl geweckt und entwickelt werden, so daß diese Kinder ihrem Volkstume nicht so leicht entfremdet werden können. Um den geschäftigen Lesern dieses Jahresberichtes ein Bild des Lebens und Treibens auf einer Kolonie zu geben, sei ein Tag aus dem Kolonieleben der Knaben-Kolonie Politz herausgegriffen.

Die Strahlen der Frühsonne fallen durch die Oberlichtfenster in den langen und hohen zementierten Gang des kaiserlichen Schlosses in Ober-Politz. Es ist 6 Uhr morgens, alles ist still und das Klämpchen des Ganges erlischt eben freischend. Da tritt der Kolonieleiter durch eine der den ganzen Gang flankierenden Türen und läßt ein kräftiges „Auf“ erschallen, welches in den hohen Gang widerhallt. In jedem Zimmer ertönt der Ruf vom Zimmerkommandanten wiedergegeben und nun beginnt ein munteres Treiben. In der Waschabteilung des Ganges werden unter Aufsicht des „Waschkommandanten“ Bänke und Waschbecken aufgestellt und letztere mit Wasser gefüllt. Bald stehen Kolonisten nach Vorschrift mit nahtem Oberkörper und waschen sich Brust, Hals und Gesicht. Andere sitzen am Boden des Ganges im Kreise herum und putzen ihre Stiefel. Der Zimmerkommandant hat die Fenster geöffnet und schreibt eben auf seinem Tischchen, welches mit vielen Büchern belegt ist, die Wäscheliste seines Zimmers. Sein Stellvertreter überwacht das Schuhe- und Kleiderputzen, „die Zimmertour“ kehrt das Zimmer aus, während andere Kolonisten ihr Bett nach militärischer Vorschrift in Ordnung bringen. Das singt, plaudert, lacht, kommandiert und läuft durcheinander, bis endlich der Ruf „Zimmer-rapport“ alles zum Schweigen bringt. Jeder Zimmerkommandant läßt seine Leute im Zimmer antreten und überzeugt sich, ob alle Betten vorchriftsmäßig gemacht, alle Kolonisten in Ordnung sind. Ebenso überzeugt er sich von der Ordnung im Zimmer, ob gut ausgekehrt, frisches Öl in den Lampen ist, ob alle Kleider aus dem Schlafzimmer auf die im Gange stehenden Rechen gehängt wurden, ob keine Schuhe im Zimmer geblieben und ob keine Bettmäßer zu melden sind. Hierauf erfolgt vom Zugskommandanten, dem Stellvertreter des Kolonieleiters das Kommando „Antreten“ und die Kolonisten stellen sich der Größe nach in einer Reihe am Gange auf. Sie werden nun in den Speisesaal zu ebener Erde geführt. Hier hat die aus drei Kolonisten bestehende „Tagesinspektion“ die Tische gedeckt und nun wird gefrühstückt. Es ist 7 Uhr. Nach dem Essen treten die Kolonisten bei schönem Wetter zum „Frührapport“ vor dem Schlosse an. Nachdem der Zugskommandant dem Kolonieleiter gemeldet hat, daß der Rapport angetreten ist, begibt sich dieser vor die Front. Der Zugskommandant kommandiert: „Habt acht! Zug rechts schaut! Herr Kolonieleiter, ich melde 49 Mann. Ein Mann marod. 3 Mann Tagesinspektion.“ Nun geht der Kolonieleiter, vom Zugskommandanten gefolgt, die Front ab. Kleider und Schuhe werden besichtigt, fehlende Knöpfe, „zerbrochene“ Hosen, von einem Überzieher listig verdeckt, reklamiert, aufmunternde aber auch tadelnde Worte fallen, bis die Front abgegangen ist. Hierauf folgt das Kommando „Habt acht! Ruht!“ „Wer eine Bitte oder Beschwerde hat, vortreten!“ Es werden nun solche gehört und erledigt. Doch kommen solche selten vor. Hierauf tritt der Kolonieleiter vor die im rechten Winkel zur Hauptfront stehenden Zimmerkommandanten, welche über Vorfälle in den Schlafzimmern Meldung erstatten. Nun kommt der schönste Augenblick des Tages für die Kolonisten: die Anstellung der „Post“. Welche Freude verbreitet sich auf den Gesichtern jener, welche vorgelesen einen zärtlichen Brief der Mutter erhalten. Zum Schlusse wird den Kolonisten, welche beim Kolonieleiter Geld in Aufbewahrung haben, ein kleiner Betrag ausgefolgt und hierauf den Kolonisten das Programm des Tages mitgeteilt: „1,9 Uhr Abmarsch auf die Waldteichwiese bei Waldeck unter Mitnahme des Zehnerbrotes. 12 Uhr Eintreffen in der Kolonie zum Mittagstisch. Von 2—1/4 Uhr Baden mit Schwimmlektionen bei der Müllerinsel. 4 Uhr Pause und dann Abmarsch auf die Waldwiese bei Neugrund. Dort Fuß- und Torball. 7 Uhr Nachtmahl. Nachher Gesang unter den Linden. Der „Marode“ bekommt Gurgelwasser und einen Präknikumschlag und muß zu Hause bleiben. Der Rapport tritt ab und der Kolonieleiter, gefolgt von den Zimmerkommandanten, inspiziert die Schlafräume, welche dann abgesperrt werden, da niemand übertags dieselben betreten darf. Die Fenster bleiben den ganzen Tag geöffnet. Die Kolonie rückt nun mit Gesang in den Wald aus. Es werden Schmetterlinge und Käfer gefangen, Beeren und Schwämme gesucht und das herrlichste: Indianer wird gespielt. Der ganze Wald ist lebendig. Vor dem Essen spricht ein Kolonist ein kurzes Tischgebet. Da klappern die Gabeln und klappern die Messer. Berge von Knödeln, Kübel mit Suppe und Zuspelze wandern in den Speisesaal und alles verschwindet, wie die üppigste Flur unter dem Heuschreckenschwärm. Die größte Freude ist wohl das Baden im Flusse. Auch das Fußballspiel findet leidenschaftliche Anhänger. Wenn die Abendglocken läuten, ertönt das „O sanctissima“ der Kolonisten unter den Linden vor dem Schlosse und dann werden die Kinder zur Ruhe geführt. Es ist 10 Uhr. Der Mond scheint in die Schlafräume. Der Kolonieleiter geht noch einmal alle Zimmer ab. Alles schläft, der eine lächelt, er träumt von der Mutter, der andere ruft im Traum: „Goal, unser Goal,“ oder auch „Verstieß dich, sie kommen, die Indianer.“ — Oh, selige, goldene Jugendzeit!

Unvergesslich bleiben den Kindern solche Ferien und heiß müßte es jedem Wohltäter in der Brust aufsteigen, würde er diese Seligkeit, diese Freude und Frische der Kleinen sehen. Solche Freude, solchen Segen hat der Verein 25 Jahre gespendet und die Erreichung dieses

erhebenden Zieles verdankt er edlen Wohltätern und seiner eigenen eifrigen Arbeit, über $\frac{1}{2}$ Million Kronen, eine Riesensumme hat der Verein durch Sammlungen und Veranstaltungen sowie Spenden, Nachlässe und Subventionen zusammengebracht und auf die Erhaltung, Erweiterung und Vermehrung der Kolonien verwendet. Nachdem der Verein im Jahre 1901 anlässlich seiner 20jährigen Wirksamkeit über seine Entwicklung, Organisation und Erfolge äußerst ausführlich in dem diesbezüglichen Jahresberichte sich verbreitet hat, soll es vermieden sein, sich zu wiederholen und es soll hier nur noch von einer segensreichen Neuerung gesprochen werden, welche der Verein durch das rastlose Streben seines nimmermüden Obmannes geschaffen hat. Es ist dies die im Jahre 1904 erfolgte und seither mit außerordentlichen Erfolgen sich bewährende Errichtung einer Kinderheilstätte für zur Tuberkulose disponierte Kinder im eigenen Hause in Drowitsch. Auch hier wieder hat der Verein gezeigt, daß ein Abel am erfolgreichsten in seiner Wurzel bekämpft werden kann, in dem er auf Grund von Vereinbarungen und Unterstützung seitens des segensreichen deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen eine Kinderheilstätte in Drowitsch und damit erfreuliche Erfolge auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose schuf.

Doch was nützt der aufreibende Fleiß, die eifrigste Arbeit, das edelste Streben eines Einzelnen, wenn nicht alle Hände sich regen. Durch die Neugründung verschiedener Wohltätigkeitsvereine hat sich das Interesse vieler edler Wohltäter diesen zugewendet und ist der Verein für die deutschen Ferienkolonien in den Hintergrund getreten. Das humane und zugleich nationale Ziel dieses Vereines verdient ungeteiltes, intensives Interesse. Statt daß die Einnahmen größer werden, vermindern sie sich bedauerlicherweise stetig. Viele Kinder müssen, wenn auch mit schwerem Herzen, abgewiesen werden, da die Mittel nicht reichen. Es ergeht daher an alle edlen Wohltäter der dringende Mahnruf, mitzutun beim edlen Werke, mitzuhelfen bei der Kräftigung, Beglückung und Erhaltung unserer armen deutschen Jugend durch Spenden, Vermächtnisse und Sammlungen.

Der Entschluß des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen, sich an der Ausstellung in Reichenberg zu beteiligen, gab auch unserem Verein für deutsche Ferienkolonien in Prag die willkommenen Gelegenheit, in einer Sonderausstellung in dem großen Separat-Pavillon des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke, sowohl die Tätigkeit unseres Vereines in den verfloffenen 25 Jahren in graphischen Tabellen und ausgestellten Publikationen ersichtlich zu machen, als auch unsere durchaus günstig gelegenen, meist auch schönen Koloniehäuser in guten Originalaufnahmen zur Geltung zu bringen.

Diese unsere Ausstellung in Reichenberg hat nicht bloß das Interesse der Laien, sondern auch der Fachleute erregt und fand auch ihre wohlverdiente Anerkennung in der Prämierung mit der Staatsmedaille in Bronze. Das Arrangement in Reichenberg besorgte in musterghltiger Weise Herr Dr. Richard Taussig und Herr akademischer Maler Klar, welchen an dieser Stelle der herzlichste, wohlverdiente Dank ausgesprochen sei. Unser Ferienkolonien-Verein hat sich auch an der in Prag veranstalteten deutschen Vereinsausstellung beteiligt.

Aus den Sitzungsprotokollen sei nachstehendes angeführt. Nachdem der langjährige, verdienstvolle Kolonieleiter von Drowitsch, Herr Lehrer Michael Dötsch, um seine Enthebung vom Koloniendienste angelucht hatte, wurde demselben für seine eifrige, von den besten Erfolgen begleitete Tätigkeit die volle Anerkennung ausgesprochen und ihm dies schriftlich bekannt gegeben. Mit der Leitung der genannten Kolonie wurde die Professorswitwe Frau Leopoldine Plank betraut und bestimmt, daß der Kolonienaufenthalt für Drowitsch 10 Wochen betragen wird. Die Kolonien Adersbach und Starkstadt wurden der Kolonie Weitentrebitsch einverleibt und zu einer Mädchen-Doppeltkolonie unter Leitung der Adersbacher Kolonieleiterin umgestaltet. Der Verein beteiligt sich als Aussteller an der Reichenberger Ausstellung. Das Ausstellungskomitee setzt sich aus nachgenannten Herren zusammen: Herr Reg.-Rat Prof. Dr. Theodor Petrina, Herr Dr. von Ottenburg, Herr Dr. Adolf Taussig und Herr akademischer Maler Klar. Am eigenen Koloniegebäude wird die Vornahme verschiedener Reparaturen beschlossen.

Die interne Tätigkeit des Vereines erstreckte sich auf 12 verschiedene Sitzungen, darunter eine mit Heranziehung der Koloniewirtschaftsleiterinnen zur Feststellung eines einheitlichen Vorgehens zwecks Erparungen, zwei zur Beschlußfassung über die Beschickung der Reichenberger Ausstellung und drei zur Auswahl der von den Direktionen (Leitungen) vorgeschlagenen, zur ärztlichen Untersuchung und Abwägung zugelassenen Kinder. Die ärztliche Untersuchung und Abwägung der Kinder wurde nach Geschlechtern getrennt im deutschen Mädchen-Lyzeum vorgenommen. Einen Teil dieser Untersuchung bildete das Abwägen der Kinder. Hierauf wurden die Kinder den einzelnen Kolonien zugewiesen und ihnen die Legitimationen übergeben. Ebenso erhielten die Kinder gedruckte Instruktionen, welche Bestimmungen über ihr Gepäck und ihre Rechtsverhältnisse auf der Kolonie enthalten. Zum Schlusse hielt der Obmann Herr Reg.-Rat Prof. Dr. Petrina eine kernige Ansprache an Eltern und Kinder, in welcher er die Eltern und Kinder über den Zweck und das Verhalten gegenüber dem Vereine belehrte, und entließ die Kinder mit Segenswünschen für ihr Gedeihen. Nachstehende Tabelle der Koloniebewegung gibt ein getreues Bild von der Tätigkeit des Vereines während der Ferien, in welche auch die verschiedenen Inspezierungsreisen in die einzelnen Kolonien einzureihen sind.

Die gewissenhafte ärztliche Untersuchung, ein zeitraubendes Stück Arbeit an 354 Kindern nahmen vor: Die Herren Regierungsrat Professor Petrina, Dr. Kroupa, Dr. Kohn, Dr. Tauffig. Die für Dřewitsch unserer Lungenheilstätte bestimmten Kinder wurden von den Herren Ärzten des Zweigvereins Prag des Landeshilfsvereines für Lungenkranke Sanitätsrat Dr. Altschul und Dr. Weiß sowie Professor Petrina und Dr. Tauffig untersucht. Das Verproviantieren der abfahrenden Kolonien, das Gepäc und die reservierten Waggon's für dieselben besorgte die Seele des Wirtschaftskomitees Fräulein Marie von Werfin, ohne Rücksicht auf Zeit und Arbeit mit wahren Ameisenfleiß, die rechte Hand der Kolonieleiter.

Es wurden 354 Kinder, und zwar 183 Mädchen und 171 Knaben in die Kolonien entsendet. Die Gesamtauslagen für alle diese Pflęglinge betrugen 17.666'51 K. Die zum Tagesgespräch gewordene Tenierung brachte es mit sich, daß nur mit großem Sparen die Verpflegs-kosten herabgesetzt werden konnten.

Kolonie	Anzahl der Kolonisten	Betrag pro Kopf und Tag K	Gesamt- Ausgabe K
Weitentřebetitsch	157	1.13	4999
Neudorf	62	1.29	2256
Politz	100	1.47	4119.50
Dřewitsch	35	1.46	3577.65
Summa . . .	354	1.32	14952.15

Die Gesamteinnahmen, inkl. 3000 K vom Landeshilfsverein für Lungenkranke, für die Kolonie Dřewitsch, betragen 23.711'99 K.

- An größeren Zuwendungen an den Verein seien hier besonders hervorgehoben:
Spende der Böhmischem Sparkassa 2000 K
Subvention des hohen Landtages des Königreiches Böhmen 800 K

Hier sei wohl auch dankbar erwähnt, daß die k. u. k. Güterdirektion in Prag dem Vereine 11 prachtvolle Räume für Koloniezwecke im kaiserl. Schlosse zu Ober-Politz überließ und die Kolonie in jeder Weise auf das bereitwilligste fördert. Ebenso hat die P. T. Firma Hielle und Dittich in Schönlinde unserem Vereine das ehemals gräflich Salmsche Schloß zu Weiten-třebetitsch bei Pöderlam zu Koloniezwecken überlassen und wie bisher die Kolonie in jeder Weise unterstützt.

Bevor die einzelnen Kolonieberichte folgen, seien nachstehende allgemeine Bemerkungen vorausgeschickt, die wir den Wochenberichten der einzelnen Kolonien entnehmen.

Der Hauptfaktor, von welchem die Kolonien in erster Linie abhängen, ist wohl das Wetter. Mit diesem steht und fällt der Erfolg und die Annehmlichkeit des Kolonieaufenthaltes. Die Witterung war heuer eine solche, daß man wohl in allen Kolonien sehr zufrieden sein konnte. Deshalb waren die Kinder den ganzen Tag im Walde, auf der Spielfiese, kurz in freier Luft und es fehlte ihnen daher nicht an planmäßiger, körperlicher Bewegung. Neben dem Bewegungsspiele wurden Marsch und Spaziergang gepflegt. In kurzer Zeit konnte man auch die Folgen der gehobenen Blutzirkulation und des Aufenthaltes an den gebräunten Gesichtern und an der Lebhaftigkeit der Kolonisten erkennen. Die gründliche, ärztliche Untersuchung und die Abwägung der Kinder stellten durchgehends eine bedeutende Kräftigung und Gewichtszunahme fest. Das prächtige Aussehen der Kinder und die Wirkung desselben auf die am Bahnhofe versammelten Eltern bei der Rückkehr aus den Kolonien beobachten zu können, mußte herzliche Freude und tiefe Befriedigung bei den Vereinsmitgliedern hervorrufen.

Von den 354 Kindern waren die Kolonien nachstehend belegt:

	Kolonie: I.	II.
Mädchenkolonien:		
Weitentřebetitsch	78	79
Knabenkolonien:		
Neudorf	31	31
Politz	47	53
Kinderheilstätte:		
Dřewitsch	35	(26 Mädchen, 9 Knaben).

Es betrug daher, die vom Vereine hinausgesendete Zahl der Mädchen 183, die der Knaben 171.

Der zweite wichtige Faktor für den Koloniaufenthalt unserer Kinder ist wohl die Kost, denn die schlechte Luft der Großstadt trägt wohl einen bedeutend geringeren Teil der Schuld an dem schlechten Aussehen, als die unzumessige und offen gesagt unzureichende Kost der armen Kinder. Soll also der Zweck der Kolonie erreicht werden, so müssen die kleinen Mäuler gut bedient werden. „Gutfüttern“ ist die Lösung. Die ersten zwei bis drei Tage des Koloniaufenthaltes sind die Kinder infolge der neuen Situation und Kost gänzlich appetitlos. Viele weisen die Fleischsuppe, fast alle die Milch zurück. Es ist gar keine Frage, daß der Appetit auch durch die seelische Störung, das Heimweh, stark beeinflusst wird. Nach vier Tagen steigert sich der Appetit zum Wolfshunger. Erst nach drei bis vier Wochen sind die Kinder „erfüllt“, das heißt sie essen normale Portionen. Von diesem Momente werden sie ruhiger, gleichmütiger und finden an dem leidenschaftlichen Herumtollen keine Freude mehr, sie „richten“ sich im Kolonieorte ein, als sollten sie für immer hier bleiben. Was Kost anbelangt, hat der Verein auch heuer sein Möglichstes in der Verabreichung einer kräftigen und schmackhaften Hausmannskost getan, trotzdem er von der Teuerung und seinem finanziellen Stande hart bedrängt war.

Auf die erziehlische Seite legt der Verein ein Hauptgewicht. Dies ist schon daraus zu ersehen, daß die Leitung der Kolonien pädagogisch geschulten und erfahrenen Kräften, also Lehrern anvertraut ist. Das sittliche Verhalten der Kolonisten war laut Meldung der einzelnen Kolonieleiter ein sehr zufriedenstellendes. Es wurde hier die sehr interessante Wahrnehmung gemacht, daß Kinder, welche eine mindere Sittennote in der Schule erhalten hatten, auf der Kolonie äußerst brav und artig waren. Da dies auch bei Kindern konstatiert wurde, welche ihren Klassenlehrer zum Kolonieleiter hatten, so läßt sich dies nur dadurch erklären, daß die Kinder einerseits mangels des nötigen Austobens in der Schule von einem gewissen Übermutzmaximum geplagt waren, andererseits vom Elternhause aus nicht in den richtigen erziehlischen Verhältnissen standen. Ein Beweis mehr für den hohen erziehlischen Wert der Kolonien. Schon die andauernd selige Stimmung muß jedes Herz zum Guten bekehren und unter einem immer heiteren Himmel der Lust und Freude können keine „Giftpilze“ gedeihen und wenn einer einmal von seinem Kameraden einen gutgemeinten Ruff erwischt, es wird ihm in dem allgemeinen frohen Treiben keine Zeit und Gelegenheit gelassen, um sein pechschwarzes Ei der Rache ausbrüten zu können.

Gewichtszunahmen der Kolonisten.

K o l o n i e	Zahl der Kolonisten	Alter in Jahren von									Zunahme in den Kolonien überhaupt	Zunahme in kg bis					Größte Zun.	Keine Zun.	Abnahme
		7—8	8—9	9—10	10—11	11—12	12—13	13—14	über 14	1		2	3	4	5				
		Zunahme in kg										1	2	3	4	5			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
M ä d c h e n: Weitentrebetitsch	157	0'9	1'8	1'7	2'0	2'0	1'9	2'1	2'1	2'2	47	59	39	7	5	6'4	1	—	
K n a b e n: Neudorf . . .	62	0'6	1'2	1'0	1'2	1'6	1'5	1'2	1'8	1'3	9	29	18	4	2	5	2	—	
Politz	100	0'7	1'2	1'3	1'0	1'6	1'2	2'2	2'0	1'4	29	34	28	6	3	6	2	—	
überhaupt .	319	0'7	1'2	1'1	1'1	1'6	1'3	1'7	2'0	1'4	85	122	85	17	10	5	0'6	—	

Siezu noch die 35 Drevitscher; zusammen 354.

Siezu noch die 35 Drevitscher; zusammen 354.

Wie es mit den häuslichen Verhältnissen vieler Eltern bestellt ist, zeigen die jährlich vorkommenden Fälle von Bettlässigen. Es stellte sich heraus, daß dieses Übel im Schoße mancher Familie fast gar keine Bekämpfung findet und nur in der Vernachlässigung des Kindes seinen Grund hat. Um so verwerflicher ist die Rücksichtslosigkeit solcher Eltern, Kinder dieser Art einer Kolonie aufzubürden, welche für ein gemeinsames Zusammenleben von Menschen nicht reif sind. Dieser

Punkt sei nur als einer jener angeführt, welche zu ihrer Bekämpfung eine pädagogische Kraft als Kolonieleiter erfordern.

Ebenso notwendig ist ein Pädagoge als Leiter, um die Erweiterung des geistigen Horizontes der Kinder zu fördern. Es ist charakteristisch für die meisten unserer zum erstenmal in die Kolonie geschickten Kinder, daß sie Grillen für Küchenschaben, kleine Schmetterlingsarten für Motten, Blindschleichen und Ringelnattern für Kreuzottern ansehen, während sie Würfelnattern, die der Kreuzotter sehr ähnlich sehen, ohneweiters gefangen haben. Von einer auch nur der primitivsten Kenntnis von Schmetterling, Käfer, Schwamm oder blühender Pflanze kann natürlich mangels jeder direkten Anschauung keine Rede sein. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß unsere Prager Schuljugend auch nicht die Spur einer nationalen Erziehung aufweist und dies ist wohl eines der dankbarsten Gebiete für den Kolonieleiter. Es mögen nun die einzelnen Kolonieberichte folgen.

a) Mädchenkolonie.

Kolonie Weitentretetisch bei Podersam. Kolonieleiterin Fräulein Emma Heinrich. (I. 78 — II. 79.) Die P. T. Firma Hille und Dittrich hatte auch heuer wieder in alter Koloniefreundlichkeit das schöne Schloß Weitentretetisch, ein Dienzenhoferscher Renaissanceschloß, zur Verfügung gestellt und dadurch die Unterbringung einer Doppelkolonie ermöglicht. Die großen lustigen, hohen Räume und die Parkanlage beim Schlosse machten den Aufenthalt sehr angenehm. Da weit und breit keine Fabrik sich befindet, hat dieser Kolonieort eine prächtige, klare Luft und eine an Wiesen, Gärten, kleinen Wäldungen und ausgedehnten Hopfen-Anlagen abwechslungsreiche landschaftliche Umgebung. Die Fahrt beider Kolonien ging glücklich vonstatten. Die Mädchen beider Abteilungen betrugten sich musterhaft. Die Erholung der Pfleglinge war infolge des fortwährenden Aufenthaltes im Freien, begünstigt durch schöne Witterung, welche ermöglichte, häufige kleinere und größere Spaziergänge zu unternehmen, eine höchst erfreuliche. Es wurde auch ein ganztägiger Ausflug nach Deutsch-Rust unternommen. Der Erfolg des Aufenthaltes kann als ganz zufriedenstellend bezeichnet werden, trotz einer großen Gefahr, welche der Kolonie durch Einschleppung von Röteln (wohl von Prag aus, wo sie herrschten) drohte. Die schnelle Separierung der ersten Fälle und Unterbringung derselben in einem abgesonderten Flügel des Schlosses, sowie die vollkommene Isolierung der Kranken und strenge Kontrolle der übrigen gesunden Kolonistinnen, durch den Herrn Amtsarzt Dr. Müller, der auch die Behandlung der Erkrankten übernahm, brachten es glücklich dahin, daß die sonst so leicht übertragbaren Röteln sich nur auf 9 Fälle beschränkte und bei 15 Fällen noch eine leichte Angina zur Beobachtung kam. Die erkrankten Mädchen erholten sich auch bald und kamen frisch und gesund mit den übrigen Kolonistinnen nach Hause. Sehr erfreuliche Zunahmen an Körpergewicht wurden in beiden Kolonien von Weitentretetisch erzielt.

Dazu trug wohl auch der Umstand bei, daß die Herrschaft selber der Kolonie jedes benötigte Quantum Milch lieferte. Herr Dr. Taussig sowie der Präsident des Vereines Herr Regierungsrat Professor Petzina besuchten die Kolonie. Der Verein sieht sich veranlaßt, der P. T. Firma Hille und Dittrich seinen wärmsten Dank auszusprechen. Besonderer Dank gebührt ferner den Beamten dieser Firma:

Herrn Zentraldirektor Sprongel, Herrn Wirtschaftsdirektor Knotek und Herrn Gutsverwalter Jahn, als besonderen Förderer der Kolonie — Herr Bezirksarzt Dr. Müller hat sich den wärmsten Dank durch die unermüdliche ärztliche Betreuung der Kolonie erworben.

b) Knabenkolonien.

1. Kolonie Ober-Politz. (Böhm.-Leipa—Bodenbach.)

Kolonieleiter Herr Lehrer Robert Schmeißer. (I. 47 — II. 53 Kolonisten.) Diese Kolonie wurde infolge der hochgeschätzten Gönnerschaft des Chefs der Böhmischen Nordbahn Herrn k. k. Regierungsrat Dr. Baudis mit Regiearten befördert. Für diese, sowie für das lebenswürdige Entgegenkommen des Stationsvorstandes Herrn Weiskitz in Politz und des Herrn Stationsvorstandes in Jungbunzlau sei hier der herzlichste Dank ausgesprochen. Das Wetter in Politz war einfach herrlich und hatte die Kolonie nur zwei ausgeprochene Regentage zu verzeichnen. Die Kolonisten suchten den Hutberg, die Wiberklamm, Bodenbach-Teichen, die Wäldungen von Neugrund, Sandau, das romantische Franzental, den Wunderbaum bei Schossendorf und die Forellenzüchterei des Herrn Wiesner in Waltersdorf auf. Von weiteren Ausflügen mußte aus finanziellen Gründen abgesehen werden. Auch heuer wurde wieder fleißig gebadet und erteilte der Kolonieleiter an 23 Kolonisten Schwimmlektionen am Gurt, mit dem Erfolge von 11 Frei- und 8 Halbschwimmer. Herr Franz Weiskaupt überließ seine prächtige Waldwiese zum Fuß- und Torballspiele und es wurden daselbst von den Kolonisten 4 Goaltore errichtet. Im Walde vergnügten sich die Kinder mit Beeren- und Schwämmejuchen und

dem besonders beliebten Indianerspiel. Die in Politz weilende Theatergesellschaft Hornitz gab der Kolonie eine Theatervorstellung, welche mit Koloniewiken reich gespickt, großen Anklang fand. Wiederholt begab sich die Kolonie zum Steinbach und widmete sich im Interesse der frischeingelegten Forellen dem Krebsfange mit überraschendem Erfolg. Es wurden im ganzen über 200 Krebse gefangen und die größeren gekocht und verpeift.

Herr Lehrer und Chormeister Schönsfeld und der Kolonieleiter studierten mit den Kolonisten die Messe von Schubert mit Einlagen ein und wurde diese beim Frühgottesdienste am Sonntage von den Kolonisten aufgeführt. Eine besondere Wohltat erwies Herr Riedel der Kolonie durch die gütige Überlassung seines Kiefernwaldchens als Spiel- und Tummelplatz, wofür dem Herrn der herzlichste Dank gesagt sei. Das sittliche Verhalten der Kolonisten war im allgemeinen tadellos und war heuer ein besonders freundschaftliches Verhältnis mit der Politzer Jugend zu konstatieren, die sich häufig am Spiel und an dem Haus-theater der Kolonisten beteiligte. Zum Allerhöchsten Geburtstages Seiner Majestät rückte die Kolonie mit Eichenlaub und Fäbue zum Festgottesdienste aus. Außerdem wurde ein Telegramm an das Allerhöchste Hoflager nach Jßhl geschickt, in welchem die Kolonisten Seiner Majestät als ihren Allerhöchsten Hausherrn die ehrfurchtsvollsten Glück- und Segenswünsche unterbreiteten. Für dieselben erging im Allerhöchsten Auftrage von der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Böhmischo-Leipa, Zahl 371, der Allerhöchste Dank Seiner Majestät an den Kolonieleiter. Von der ersten Kolonie blieben 22 Kolonisten auf weitere 4 Wochen in Politz. Der Gesundheitszustand war im allgemeinen sehr zufriedenstellend. Die Erholung der Kinder war bedeutend und deutlich sichtbar, ebenso die Gewichtszunahme. Besonders erwähnt sei die Koloniefreundlichkeit der sympathischen Politzer Bevölkerung. Es sei nun unserer Dankespflicht genügt, indem der Verein der k. u. k. Fondsgüterdirektion in Prag, Herrn Hofrat Arch, Herrn k. u. k. Forstmeister Urbanek und Herrn k. u. k. Forstverwalter Storch seinen herzlichsten Dank für die unentgeltliche Überlassung der Kolonieräume, beziehungsweise für die liebenswürdige Förderung der Kolonie ausdrückt. Herrn Dr. Martin sei als langjährigem gewissenhaften Koloniearzt, Herrn Müller Hruschka für die Überlassung des Badeplatzes und Herrn Oberförster Schimke für die Übernahme des Inventars herzlich gedankt. Besonders erfreulich und dankenswert war das Entgegenkommen der im Schlosse wohnenden Beamten. Insbesondere danken wir der Frau Gutsverwalter Stach, welche die Kolonisten oft und reichlich mit Obst beschenkte, und Herrn Förster Faber, der den Kolonisten zwei Kirchbäume zur Blünderung überließ, was gründlich besorgt wurde.

2. Kolonie Neudorf (Konstantinsbad).

Herr Fachlehrer Franz Hauptmann. (I. 31, II. 31.) Diese Kolonie bestand in der Mehrzahl aus kleinen, oft kaum 7jährigen Knaben. Dies hatte mancherlei Uebelstände zur Folge, wie Unselbstständigkeit, Unreinheit und für viele die Unmöglichkeit an größeren Ausflügen teilzunehmen. Das Verhalten war im allgemeinen recht zufriedenstellend, lustig aber folglos. Die erste Kolonie spielte viel Fußball und war auch recht gesungelustig. Vier Violinspieler ermöglichten manches kleine Konzert. Die II. Kolonie mußte, da zu viele kleine waren, viel gegängelt, Spiele und Lieder mußten erst eingeübt werden.

Der Gesundheitszustand war, von einigen leichten Erkältungen in der II. Kolonizeit abgesehen, sehr günstig. Das Wetter war bis auf einige Gewitter und kühlere Regentage in der zweiten Hälfte sehr schön. Ausflüge und alltägliche Spaziergänge machten die Kolonisten mit der näheren und weiteren Umgebung des Kolonieortes bekannt. Die Wälder von Neudorf, Pottin und Wostrowa mit ihrem Beerenreichtum, die Ruinen Schwanenberg und Guttenstein, der Löwensteinsche Tiergarten und Schippin, sowie das prächtige Mühlthal entzückten die Kinder. Besondere Freude machte der ganztägige Ausflug per Leiternwagen nach Tschernoschin und dem Wolfsberg mit der Ruine Wolfsstein, dem Goetheßitz usw. Ein Freudentag für die Kolonie war der 4. August. Frau Dr. Lenz bewirtete die Kolonisten in der Kolonnade, wobei viele Kurgäste (Damen) bei der Auspeisung halfen. Es war ein wahres Festmahl. Recht häufig wurde das Mühlthal aufgesucht und die dortige Badegelegenheit ausgenützt.

Das blühende Aussehen und die Gewichtszunahme bildeten den sichtbaren Erfolg des Aufenthaltes, welcher in der günstigen Lage des Koloniehauses, in staubreiner Luft in der Höhenlage, im steten Aufenthalte im Freien, in der freien Bewegung und in der Benützung der dortigen Stahlfäuerlinge seine Ursachen hatte.

Die Kolonie wurde wiederholt von den Ausschußmitgliedern Frau Direktor Hefler und einmal vom Herrn Dr. Tausig inspiziert und alles in Ordnung befunden. Wie in den Vorjahren fand auch heuer die Kolonie zahlreiche Freunde und Förderer. Herr Obergeringenieur Thomas Winkler aus Prag spendete der Kolonie 30 K zu einem Ausfluge nach dem Wolfsberge, zu welchem die Badeverwaltung unentgeltlich den Leiternwagen und Herr Gutsverwalter Dürr in Weseitz die Pferde beistellten. Mehrere Gönner in Weseitz sammelten anlässlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers 10 K, welche bei dem Ausfluge der Kinder nach Schippin Verwendung fanden. Herr und Frau Grünhut und Frau und Fräulein Schwarz aus Prag übergaben der Kolonie je 10 K zum Ankaufe von Obst. Für alle diese Spenden sei hiemit der wärmste Dank gesagt.

Besonderer Dank gebührt insbesondere dem Besitzer von Konstantinsbad Herr Md. Dr. Benz, der nicht bloß die Kolonieräume unentgeltlich zur Verfügung stellte, sondern auch die Gepäckwagen beistellte und den erkrankten Kolonisten seine ärztliche Hilfe zuteil werden ließ, sowie seiner Frau Gemahlin, welche die Kinder bewirtete.

Rinderheilstätte Dřewitzsch.

Nach den günstigen Resultaten der verfloßenen zwei Jahre 1904 und 1905 hat unser Verein auch heuer subventioniert vom deutschen Landeshilfsverein für Lungenfranke in Böhmen eine stattliche Zahl von Skrofulöser und mit Tuberkulose hereditär belasteter Kinder, 35 im ganzen (25 davon vom Zweigverein Prag des Deutschen Landeshilfsvereines für Lungenfranke in Böhmen), nach unserem so schön und hygienisch so gesund gelegenen eigenen Koloniehaus in Dřewitzsch entsendet. Auch heuer wurde diese Kolonie schon anfangs Juli zur Aufnahme der Pflöglinge bereit gestellt und am 6. Juli mit letzteren 26 Mädchen und 9 Knaben belegt. Die kleinen Pflöglinge langten unter Obhut einer Pflegerin des roten Kreuzes, welche unserem Vereine auch diesmal über Ansuchen unseres Vereinspräsidenten, Ihre Exzellenz Frau Gräfin Goudenhove unserer Rinderheilstätte auf das bereitwilligste für die ganze Zeit kostenlos zur Verfügung stellte, ein. Diese geschulte Pflegerin war für unsere Rinderheilstätte von größtem Nutzen und mit rührender Anhänglichkeit dankten unsere Klein-Pflöglinge der Schwester M. ihre sorgsame Obhut und Pflege.

Wärmsten und innigsten Dank sagen wir an dieser Stelle der hochherzigen Präsidentin vom Frauenhilfsverein vom roten Kreuze, Ihrer Exzellenz Gräfin Goudenhove, für diese wiederholte, so segensreiche Unterstützung unserer Vereinsbestrebungen in unserer ersten Rinderheilstätte „Dřewitzsch“.

Im Juli fand im Deutschen Mädchenlyzeum die eingehende ärztliche Untersuchung der für Dřewitzsch sowohl vom Zweigvereine Prag des Deutschen Landeshilfsvereines für Lungenfranke als auch von unserem Deutschen Ferienkolonie-Verein ausgewählten fränklichen Kinder unserer deutschen Schulen durch Sanitätsrat Dr. Altshul, Dr. Weiß, Regierungsrat Professor Petřina und Dr. Tauffig statt. Am 6. Juli verließen die ausgewählten Kinder Prag.

Kurz nach der Ankunft der Pflöglinge in Dřewitzsch wurden diese von dem Koloniearzt Dr. Kuchinka in Starkstadt untersucht und von da an in ärztliche Obhut genommen.

Die Kolonie, welche aus kleinen schwächlichen Kindern bestand, hatte günstiges Wetter und dadurch war es selbst den Zartesten unter den Kleinen ermöglicht, fast den ganzen Tag in dem schönen nahen Wald oder auf der sonnigen Wiese des Hausgartens zuzubringen.

Der Gesundheitszustand der Kinder war alle die zehn Wochen ein vorzüglicher. Außer einzelnen leichten Halskatarrhen kamen keine ernstern Erkrankungen vor. — Das sittliche Verhalten der Kinder war nach Angabe der Kolonieleitung ein musterhaftes.

Der Erfolg, den wir mit der Rinderheilstätte heuer erzielt, war ein sehr günstiger. Sowohl das frische Aussehen als auch die Kräftigung des Gesamtorganismus fielen bei der Untersuchung nach der Rückkehr vor allem auf und die Gewichtszunahmen von $\frac{1}{2}$ — $4\frac{1}{2}$ Kilo sprechen für die Obhut und Pflege.

Nicht minder wie die Körpergewichtszunahmen waren auch die Erfolge betreffs des lokalen Befundes an den Lungen und den Drüsen der hinausgesandten Kinder sehr günstig.

Auch heuer konnten wir die überaus segensreiche Wirkung gesunder Waldluft und guter Verpflegung an unseren Pflöglingen beobachten und uns neuerdings bestärkt fühlen, in dem ernstesten Streben all unsere Mühen darauf zu verwenden, möglichst vielen hilfsbedürftigen und fränklichen deutschen Schulkindern Prags diesen monatelangen Landaufenthalt unter ärztlicher Obhut und rationeller Pflege zu ermöglichen.

Damit dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann, bedarf es möglichst ausgedehnter Unterstützung seitens unserer Vöner und der abermaligen Subventionierung unserer Rinderheilstätte durch den deutschen Lungenverein.

14. Sanitäre Fürsorge für die Jugend.

Schul- und Fürsorgeärzte.

Wie den hygienischen Angelegenheiten in Österreich überhaupt, ist auch dieser für die Jugendfürsorge so hochwichtigen Frage nur eine ganz langsame

Weiterentwicklung bechieden. Mit der Errichtung eines „Gesundheits-Reichsamtes“ im Ministerium des Innern dürfte nun aber doch endlich der erste wirklich erfolgreiche Schritt nach vorwärts getan worden sein. Hoffen wir, daß wir bereits im nächsten Jahrbuche — nicht der Theorie der Schulärztefrage, denn darüber wurde bereits genug verhandelt — sondern der Praxis, der freudigen Tatsache ihres Wirkens ein recht ausführliches Kapitel widmen können.

Der I. D. R. R. beschäftigte sich ebenfalls mit dieser Frage und stellte zur Diskussion:

„Welche besonderen sanitären Verhältnisse kommen in den Fragen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in Betracht und welche Maßnahmen sind hier in erster Linie zur Anwendung zu bringen?“

Gutachter: Dr. Artur Schattenfroh:

Säuglingspflege! Absichtlich vernachlässigte Pflege. Unterernährung und Folgen. Tuberkulose. Überanstrengung. Schulkrankheiten. Spezifische Schädigungen in einzelnen gewerblichen Berufen. Heimatarbeit. Einfluß der Pubertät. Psychologie des Kindes und Jugendlichen. Verwahrlosung und Mißhandlung der Jugendlichen. Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten. Kurfuscherie. Krankheit oder Subsistenzlosigkeit der Eltern, Mittellosigkeit der Eltern und Verwandten, die ein Zuziehen des Arztes verhindern. Notwendigkeit der Fürsorgeärzte.

Leitsätze: 1. Schaffung eines Fürsorgeerziehungsgesetzes mit weitgehender Berücksichtigung der gesundheitlichen Fragen und Ausdehnung der Fürsorgeerziehung bis zum 21. Jahre.

2. Schaffung einer staatlichen Zentralstelle für Säuglingsfürsorge.

3. Regelung des Findlingswesens und Einführung des Kindergruppensystems an Stelle der Familieneinzelpflege.

4. Regelmäßige ärztliche Überwachung und Kontrolle aller der Fürsorgeerziehung zugewiesenen Kinder und Jugendlichen durch besondere „Fürsorgeärzte“.

5. Gesetzliche Regelung der Heimarbeit, des Lehrlingswesens, des Dienstbotenwesens und Verbot, beziehungsweise Einschränkung der Kinderarbeit.

6. Allgemeine Einführung des Schularztes in den Volksschulen, höheren Schulen und gewerblichen Fortbildungsschulen (Handelschulen), speziell Schaffung des Lehrlingschularztes.

7. Schaffung von staatlichen schulärztlichen Zentralstellen bei der Landes-schulbehörde und im Ministerium für Kultus und Unterricht, denen die Organisation des schulärztlichen Dienstes, gleichzeitig auch die ärztliche Kontrolle aller Unterrichts- und Erziehungsanstalten zufiele.

Antrag Dr. Josef Orthner-Schärding:

Der I. Österreichische Kinderschutzkongreß möge an die Staatsverwaltung das Ansuchen stellen, dieselbe wolle durch die gesetzliche Einführung einer Geborenenbeschau und durch die Einreihung der Gemeindeärzte als Vorstände des Gemeindegesundheitsamtes in die staatliche Sanitätsorganisation den Bestrebungen im Interesse des Kinderschutzes und der öffentlichen Kinderfürsorge staatliche Sanitätsorgane zur Verfügung stellen.

Alkoholfrage.

Die Abstinenzbewegung hat in Böhmen einen hervorragenden Anwalt in Stadtarzt Dr. Gustav Rösler in Reichenberg gefunden. Ihm ist die Alkoholgegnerschaft ein unentbehrliches Mittel zur Selbsterneuerung der Ein-

jelsen und des Volkes und er faßt, von der Enthaltensamkeit ausgehend, alle auf die Herbeiführung der neuen sozialen Reformen und neuer ethischer Kultur abzielenden Arbeiten unter dem Titel „Deutsche Tüchtigkeitsbestrebungen“ zusammen. Zu diesen Fragen nahmen unter mehreren anderen auch besonders Prof. Dr. Hueppe-Prag und Dr. Holitscher-Birkenhammer Stellung.

Die Förderer der Jugendfürsorge werden auch diesen Bestrebungen die größte Förderung zu teil werden lassen, denn sie werden ja in ihrer Schutztätigkeit am deutlichsten von den unheilvollen Wirkungen starken Alkoholgenusses auf die Nachkommenschaft überzeugt.

Wir verbreiten anschließend an diesen Gegenstand vorläufig das Alkoholmerkblatt des Deutschen Vereins abstinenter Lehrerinnen. (Zu beziehen durch Elise Röhn, Berlin N 54 Lothringerstraße 112, 100 Stück 1.50 Mk., 1000 Stück 10 Mk., 10.000 Stück 75 Mk.)

Ein Mahnwort an die Mütter!

1. Alkohol ist in geistigen Getränken (Bier, Wein, Branntwein usw.) enthalten.

2. Der Alkohol ist ein Zellgift. Nach dem Genuß kommt er sofort in den Blutstrom, dringt durch die Zellwände in die Zellen und zerstört das Zelllebewesen. Er fügt den feinsten Zellen, z. B. den Gehirn- und Nervenzellen größeren Schaden zu als den größeren Zellen.

3. Er schädigt fast alle Organe und verursacht daher viele Krankheiten: Leber-, Nieren- und Herzkrankheiten, Gicht, Katarhe und Geisteskrankheiten. Er raubt dem Körper seine Widerstandsfähigkeit gegen ansteckende Krankheiten, z. B. Lungentuberkulose.

4. Durch Alkoholgenuss leiden die Kinder in ihrem Wachstum; ihr Appetit wird von der ihnen zuträglichen Nahrung — Milch, Suppen, Obst, süße Speisen — abgelenkt.

5. Der Alkohol hat keinen Nährwert. Das Bier enthält zwar einen Nahrungsstoff, das Malz, aber in sehr geringem Maße. Ein Seidel Bier von $\frac{3}{10}$ bis $\frac{4}{10}$ l enthält ebenso viele Nährstoffe wie ein Stück Würfelzucker. Im Bier müssen wir diese 10- bis 25mal so teuer bezahlen wie im Brot und Zucker.

6. Der Alkohol stärkt und wärmt auch nicht. Im Gegenteil er erschläft die Muskel-tätigkeit und setzt die Arbeitskraft herab, dem ersten täuschenden Gefühl der Wärme folgt bald eine Verringerung der Körperwärme.

7. Der Alkohol vermindert die Nervenarbeit. Er macht denkfaul und dumm. Die Kinder, die Alkohol genießen, lernen schwerer und langsamer.

8. Der Alkohol beeinflusst auch das Gemüt und den Willen. Die Kinder werden durch Alkoholgenuss reizbar, freisinnig, leichtsinnig und nachlässig. Sie verlieren die Herrschaft über sich selbst. Auch ihre Sittlichkeit leidet Gefahr.

9. Aus Kindern, die von Jugend auf an starken Alkoholgenuss gewöhnt worden sind, werden oft Trinker und Verbrecher.

10. Der Genuß von Alkohol macht den Einzelnen und das ganze Volk arm.

11. Prof. Dr. Max Gruber in Wien sagt: Man kann vom Alkohol gar nicht genug schlecht denken: er ist, auch in mäßigen Mengen genossen, immer schädlich.

12. Darum, ihr Frauen und Mütter, schützt eure Kinder vor dem Alkoholgift. Wendet das Geld für eine dem Kindesalter angemessene Nahrung an! Dann werdet ihr ein nüchternes und sittliches Geschlecht heranziehen, das ihr beruhigt in das Leben entlassen könnt.

Sexuelle Aufklärung.

Im allgemeinen verhält sich Deutschböhmen dieser Frage gegenüber passiv. Außer in einigen Zeitungsartikeln und vereinzelt in Vorträgen in Vereinen, besonders in Lehrervereinen hat die Angelegenheit bei uns wenig Erörterung gefunden. Die Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt in jüngster Zeit in Wien eine Enquete ab, auf welcher auch dieses Kapitel ausführliche Erörterung fand. Wir werden auf die Tätigkeit der Gesellschaft und die Ergebnisse der Enquete im nächsten Jahrgange zu sprechen kommen. Für diesmal veröffentlichen wir hauptsächlich zur Einsichtnahme und eventuellen Weiterverbreitung für die mit der Leitung von Jugendorganisationen, Lehrlingsheimen usw. betrauten Jugendfürsorger

die beiden Merkblätter der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Berlin W 35, Potsdamerstraße 105 a).

Merkblatt der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

1. Enthaltbarkeit im geschlechtlichen Verkehr ist nach dem übereinstimmenden Urteil der Ärzte im Gegensatz zu einem viel verbreiteten Vorurteil in der Regel nicht gesundheitschädlich. Nüchternes Leben und körperliche Bewegung im Freien (Wandern, Turnen, Schwimmen, Rudern, Schlittschuhlaufen usw.) können ein Überhandnehmen des Geschlechtstriebes verhindern.

2. Die sogenannten „venerischen“ oder „Geschlechtskrankheiten“ sind in allen Kreisen der Bevölkerung sehr verbreitet. Die wichtigsten sind Tripper (Gonorrhoe) und Syphilis.

Der Tripper beginnt einige Tage nach der Ansteckungsgelegenheit mit Ausfluß aus der Harnröhre des Mannes, resp. aus den Geschlechtssteilen der Frau, oft mit, oft aber auch ohne Schmerzen, Brennen oder Jucken. Er kann besonders bei Frauen ganz unbemerkt bleiben und führt in vielen Fällen zu sehr verschiedenen, manchmal schweren Folgekrankheiten. Er kann auch dann noch vorhanden und ansteckend sein, wenn die Patienten sich schon längst ganz gesund glauben. Sie können dann unwissentlich die Krankheit auf andere übertragen. Sehr häufig werden auf diese Weise die Frauen in der Ehe angesteckt — viele schwere Frauenkrankheiten, die Kinderlosigkeit sehr vieler Ehen sind auf Tripper zurückzuführen. Das Krankheitsgift kann auch bei der Geburt in die Augen der Neugeborenen einbringen und führt, wenn nicht sofort für sorgfältigste Behandlung gesorgt wird, zur Erblindung.

Die Syphilis beginnt mit einer kleinen Abschürfung, einem Knötchen oder einem Geschwür oft erst mehrere Wochen nach der Ansteckung und führt im weiteren Verlauf zu Hautausschlägen, Halsentzündungen usw. Nachdem diese geschwunden sind, treten im Laufe der nächsten 3—4 Jahre, manchmal sogar noch viel später, in allen möglichen Organen die verschiedensten Krankheitserscheinungen auf, welche bei geeigneter Behandlung meist recht milde und gutartig verlaufen, in manchen Fällen aber, besonders wenn die Krankheit vernachlässigt wurde, außerordentlich ernste und folgenschwere Leiden darstellen. Die Krankheit ist jahrelang hindurch ansteckungsfähig und kann auch auf die Nachkommenschaft übertragen werden, selbst wenn die Kranken gar nichts mehr von ihr bemerken.

3. Die — direkte oder indirekte — Hauptquelle der venerischen Krankheiten ist der Verkehr mit den Prostituierten, d. h. mit Mädchen, welche sich für Geld mehreren Männern hingeben. Diese Mädchen werden meist nach kurzer Zeit mit Tripper oder Syphilis oder mit beiden Krankheiten angesteckt und verbreiten sie dann weiter. Selbst die ärztliche Untersuchung der Prostituierten schützt nicht mit Sicherheit; namentlich die jungen Prostituierten sind sehr gefährlich. Aber auch Frauen, welche sich nicht prostituieren, sind, wenn sie einen irgendwie unregelmäßigen Geschlechtsverkehr pflegen, der Ansteckungsgefahr ausgesetzt und daher ebenfalls sehr oft ansteckend. Auch sie können krank sein, ohne eine Ahnung davon zu haben und ohne daß man ihnen irgendwelche Krankheitserscheinungen anmerkt.

4. Jeder außerordentlich Geschlechtsverkehr kann gefahrbringend sein. Die Gefahr wird zwar durch Reinlichkeit, desinfizierende Waschungen, sowie durch die Anwendung besonderer Schutzmittel wesentlich verringert, aber nicht ganz aufgehoben.

5. Eine außerordentlich große Anzahl von venerischen Ansteckungen kommt im Rausch zustande; viele werden durch Alkoholgenuß verschlimmert. Auch dadurch richtet der Alkoholismus viel Unheil an.

6. Syphilitische Ansteckung kann auch ohne Geschlechtsverkehr, namentlich durch Küsse zustande kommen. Auch von Fremden benutzte Gebrauchsgegenstände wie Gefäß- und Trinkgeräte, Pfeifen, Rasierpinsel sind, da sie die Krankheit übertragen können, möglichst zu meiden. Die Indienstnahme ärztlich nicht untersuchter Ammen, sowie umgekehrt das Säugen und Pöppeln ärztlich nicht untersuchter Kinder ist unbedingt zu unterlassen.

7. Jede, auch die scheinbar unbedeutendste Wunde, Entzündung, Schleimabsonderung an den Geschlechtssteilen kann hochgradig ansteckend sein. Wer solche an sich trägt, darf selbstverständlich unter keiner Bedingung geschlechtlich verkehren, sondern soll sich sofort durch einen staatlich anerkannten Arzt (nicht Kurpfuscher) untersuchen lassen. Durch frühzeitige Erkennung und sachgemäße ärztliche Behandlung kann schweren Leiden oft vorgebeugt werden. Die allermeisten Fälle sind vollständig heilbar, manche ireilich erst nach Jahren.

8. Der Tripper- oder Syphilis-Kranke selbst kann nicht erkennen, ob er wirklich geheilt ist oder nicht. Geschlechtskranke müssen sich Monate, oft Jahre lang immer wieder von einem Arzt untersuchen lassen, damit dieser den Verlauf der Krankheit verfolgen und sie im richtigen Augenblick wieder behandeln kann.

Man lasse sich nicht durch die in den Anzeigen der Kurpfuscher und „Naturheilkundigen“ enthaltenen Warnungen von der Quecksilberbehandlung bei der Syphilis abschrecken. Diese

Behandlung ist nach allgemeinem ärztlichen Urteil notwendig, außerordentlich heilsam und in der Hand eines sachverständigen Arztes unschädlich.

Wer daher, ohne seinen Arzt ausdrücklich zu befragen, Behandlung oder Beobachtung unterbricht, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er (oft erst nach langer Zeit!) wieder von Krankheitserscheinungen befallen wird. Durch eine solche Vernachlässigung schädigt er aber nicht bloß sich selbst, sondern auch sehr häufig andere Menschen. Wer vor oder nach scheinbarem Ablauf einer venerischen Krankheit, ehe er von seinem Arzte als nicht mehr gefährlich erklärt ist, einen anderen Menschen ansteckt oder auch nur der Ansteckungsgefahr aussetzt, macht sich eines, unter Umständen zivil- und strafrechtlich zu ahnenden schweren Vergehens schuldig. Dieses Vergehen ist selbstverständlich nicht weniger schwer, wenn es Prostituierten gegenüber begangen wird.

Ganz besonders muß jeder, der Tripper oder Syphilis gehabt hat, sich hüten zu heiraten oder, wenn er schon verheiratet ist, den ehelichen Verkehr wieder aufzunehmen, ehe ihm der Arzt dies ausdrücklich gestattet hat. Überhaupt sind alle venerisch Kranken zur sorgfältigen Reinhaltung ihres Körpers verpflichtet; besonders die Syphilitischen müssen sich immer bewußt bleiben, daß sie auch ohne geschlechtlichen Verkehr ihre Krankheit durch Unachtsamkeit verbreiten und auf unschuldige Frauen und Kinder übertragen können.

9. Wer einmal eine venerische Krankheit gehabt hat, soll allen ihn später behandelnden Ärzten davon offen Mitteilung machen; es kann das für die Erkennung und Behandlung späterer Krankheiten von wesentlicher Bedeutung sein.

Merksblatt für Frauen und Mädchen.

Dieses Blatt wendet sich besonders an Mädchen, welche noch jung in das Erwerbsleben eintreten und keine geeigneten Berater haben.

Zu den schwersten Gefahren, die diesen Mädchen drohen, gehört der außereheliche Geschlechtsverkehr, dem sie oft durch scheinbar harmlose Freuden, z. B. den Tanzboden, zugeführt werden.

Der Verkehr mit jungen Männern, deren leichtsinnigen, oft sogar unredlichen Versprechungen die unerfahrenen Mädchen zu viel Glauben schenken, die Verführung durch leichtfertige Freundinnen, sowie der Genuß berauschender Getränke, das sind die Verlockungen, denen Tausende von Mädchen zum Opfer fallen.

Für die Mädchen enthält der Geschlechtsverkehr vor der Ehe eine doppelte Gefahr, die Gefahr der Schwangerschaft und die der Geschlechtskrankheit.

Schwangerschaft.

Das schwangere Mädchen ist in der Arbeit behindert. Es verliert vielfach seine Stelle. Es gerät in Schande und Not. Die Not steigert sich, wenn ein Kind zur Welt gekommen ist. Das Mädchen sinkt dann leider oft genug bis zur Dirne und Verbrecherin.

Obgleich der Vater gesetzlich verpflichtet ist, für den Unterhalt seines außerehelichen Kindes bis zu dem vollendeten 16. Lebensjahr zu sorgen, so entzieht er sich doch oft durch Schliche aller Art dieser Pflicht oder ist wirtschaftlich an der Erfüllung derselben verhindert.

Außer allen anderen Lasten fallen dann auch die Unterhaltungskosten für das Kind der jungen Mutter zu, deren geschwächte Gesundheit eine gesteigerte Arbeitsleistung meistens unmöglich macht.

Geschlechtskrankheiten.

Männer, die außerehelichen Geschlechtsverkehr suchen, verkehren der Regel nach mit mehreren Mädchen, insbesondere auch mit Prostituierten. Dies hat zur Folge, daß der größte Teil dieser Männer an einer Geschlechtskrankheit leidet oder gelitten hat. Der einmal geschlechtlich Erkrankte steckt aber oft noch an, wenn er auch äußerlich gesund erscheint, in vielen Fällen sogar dann, wenn er selbst sich für bereits geheilt hält.

Bei der großen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Männern ist jedes Mädchen, das auch nur einmal mit einem Manne geschlechtlich verkehrt, der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt; Mädchen, die den Liebhaber öfter wechseln, erkranken fast ansnahmslos.

Die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Geschlechtskrankheiten sind die Syphilis und der Tripper (Gonorrhoe). Letzterer schädigt den Körper der Frau weit mehr als den des Mannes.

Der Tripper bringt bei der Frau in die inneren Teile des Unterleibs bis zum Bauchfell und erzeugt dort schwere Entzündungen und Vereiterungen. Der Tripper schafft bei der Frau oft dauerndes Siechtum, dauernde Arbeitsunfähigkeit. Das Krankheitsgift kann auch bei der Geburt in die Augen des Neugeborenen eindringen und kann zur Erblindung des Kindes führen.

Die Syphilis ist eine meist jahrelang währende Krankheit, welche den ganzen Körper durchseucht und nicht selten zu den schwersten Verunstaltungen und Nachkrankheiten führt. Auch Totgeburten sind eine häufige Folge der Syphilis.

Selbst wenn die Kranke nichts mehr von ihrem Leiden gewahr wird, kann dasselbe noch auf die Nachkommenschaft übertragen werden und erzeugt da schwere Krankheitsformen.

Daher sind die folgenden Ratschläge in höchstem Maße beherzigenswert:

I.

Seid stets auf Eurer Gut, daß nicht eine einzige Stunde des rausches Euch um Ehre, Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Lebensglück bringt!

Vereschließt Euer Ohr dem Zureden kupplerischer Frauen. Diese Frauen finden ihren Vorteil in Eurem Verderben!

Seid mäßig beim Genuß von Bier und anderen berauschenden Getränken, aber vermeidet sie besser ganz, insbesondere bei jedem Zusammensein mit Männern, vor allem beim Tanz!

II.

Solltet Ihr Euch doch einmal einem Manne hingegeben haben, so müßt Ihr auf nachteilige Folgen, die daraus erwachsen können, stets gefaßt sein.

Beobachtet alsdann Euren Körper lange Zeit auf das Sorgfältigste.

Stellen sich Zeichen der Schwangerschaft ein, so offenbart Euch sofort einer wohlgesinnten Frau. In allen größeren Städten gibt es auch Vereine, die einem Mädchen in dieser Lage helfend zur Seite stehen, die auch zwischen ihr und ihren Eltern, sowie dem Verführer vermitteln.

Ein Brennen und Jucken in den Geschlechts teilen, vor allem ein vordem nicht beobachteter Ausfluß lassen auf eine Erkrankung an Tripper (Gonorrhoe) schließen. Bei jeder Hautabschürfung und jedem Knötchen oder Geschwür an den Geschlechts teilen, bei allen Hautausschlägen und Halsentzündungen ist an Ansteckung mit Syphilis zu denken.

Bei diesen Anzeichen, die oft erst nach 3–4 Wochen auftreten, geht sofort zum Arzt (und zwar zu einem staatlich approbierten Arzt oder einer Ärztin, zu keinem Naturheilkundigen oder Kurpfuscher!).

Kommen diese Leiden sofort in die richtige Behandlung, so ist ihr Verlauf gewöhnlich ein günstiger. Es tritt dann, aber nur dann, meist sogar vollständige Genesung ein.

Es genügt selbstverständlich nicht, daß Ihr den Arzt aufsucht. Ihr müßt auch seine Verordnungen, insbesondere seine Anweisungen über die peinlichste Sauberkeit, in allen Punkten streng befolgen.

Mitglieder von Krankenkassen haben übrigens auch bei Geschlechtskrankheiten Anspruch auf unentgeltliche Behandlung durch den Kassenarzt, und, so lange sie am Arbeiten verhindert sind, auch auf Krankengeld.

III.

Seid Ihr von einer Geschlechtskrankheit befallen, so habt Ihr weiter folgendes zu beachten:

1. Bis Euch der Arzt für vollständig genesen erklärt hat, ist jeder weitere Geschlechtsverkehr streng verboten. Verstößt Ihr hiergegen, so verliert Ihr jeden Anspruch auf Teilnahme, so handelt Ihr verbrecherisch und verfallt unter Umständen hohen Strafen.

2. Ihr dürft dann auch erst heiraten, wenn es Euch der Arzt erlaubt hat. Andernfalls kann Euer Mann durch Euch erkranken, könnt Ihr kranke Kinder in die Welt setzen.

Jedes Mädchen sollte aber auch sich davon zu vergewissern suchen, daß ihr künftiger Gatte an keiner Geschlechtskrankheit leidet.

3. Bei jeder späteren Erkrankung, bei jeder Schwangerschaft, bei jeder Erkrankung eines Kindes müßt Ihr in Eurem eigenen oder des Kindes Interesse, dem behandelnden Arzt Mitteilung von der früheren Geschlechtskrankheit machen. Der Arzt ist gesetzlich zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet; Ihr könnt Euch rückhaltlos ihm anvertrauen. Die Mitteilung wird aber dem Arzt in vielen Fällen erst die richtigen Wege zur Erkennung des neuen Leidens, zur Behandlung der Schwangerschaft zeigen.

IV.

Ist ein Geschlechtsverkehr für Euch ohne Schwangerschaft und ohne Krankheit verlaufen, so laßt Euch dadurch nicht in Sicherheit wiegen. Die Warnung dieses Merkblattes bleibt trotzdem begründet.

V.

Syphilitische Ansteckung kann auch ohne Geschlechtsverkehr zustande kommen. Z. B. kann eine gesunde Amme durch ein syphilitisches Kind, ein gesundes Kind durch eine syphilitische Amme angesteckt werden; darum müssen vor Annahme einer solchen Stellung Amme und Kind zu beiderseitigem Schutz ärztlich untersucht werden.

Syphilis kann auch durch einen Kuß, durch den gemeinschaftlichen Gebrauch von Ess- und Trinkgefäßen, der Tripper durch Handtücher, Leibbinden, Bettwäsche, Schwämme, Irrigatoren u. dgl. übertragen werden.

Deshalb seid auch hier auf Eurer Hut. Übt immer die peinlichste Sauberkeit.

Beherrzt die Ratschläge, die Euch dies Merkblatt gibt. Euer Glück und Eure Gesundheit ruht in Eurer eigenen Hand!

15. Geistig abnormale Kinder.

Wir stellen bei der Einteilung der in bezug auf ihren Geisteszustand einer Fürsorge bedürftigen Kinder die 4 Gruppen auf:

1. Geistig Minderbegabte,
2. Schwachsinrige,
3. Blödsinnige,
4. Geistesfranke.

Die Fürsorge für geistig Minderwertige ist bei uns bedauerlicherweise ein fast vollständig unbestelltes Gebiet. Es fehlt hauptsächlich noch an einer richtigen Erkenntnis, an Einblick und Urteil über das Vorhandensein geistiger Minderwertigkeit. Das Hauptwort wird hierbei allerdings der Arzt zu sprechen haben, doch liegt ebensoviel an dem richtigen Verständnis des Lehrers für diese Angelegenheit. Woher soll aber gegenwärtig dieses so nötige Verständnis des Lehrers kommen, wie soll er „psychologisch gestimmt“ sein, wenn zu seiner fachlichen Ausbildung hiezu nicht das geringste geschieht. R. f. Bezirkschulinspektor Anton Michalitschke machte in einem Vortrage im Deutschen Verein zur Pflege von Jugendspielen auf die Wichtigkeit der Fürsorge für geistig Minderwertige und die Errichtung von Hilsschulen und Förderklassen aufmerksam und Lehrer Heller widmete der Interesselosigkeit für die Fragen der Kindererforschung in seinem Vortrage über „Kinderschutz und Jugendfürsorge“ auf dem Lehrertage zu Detzchen folgende Worte:

„Man denkt bei den Worten „Jugendfürsorge und Kinderschutz“ gewöhnlich bloß an den praktischen Teil der ganzen Bewegung auf diesem Gebiete, also jenen, der sich hauptsächlich die Jugendfürsorge nach dem leiblichen und wirtschaftlichen Sein und Können des Kindes zur Aufgabe gestellt hat. Man nennt diesen Teil der Jugendschutztätigkeit wohl auch Jugendfürsorge im engeren Sinne und hebt noch einen Abschnitt derselben unter dem Namen „Kinderschutz“ besonders heraus, worunter man den Schutz des Kindes vor Mißhandlungen und den Schutz der kindlichen Arbeitskraft vor Ausbeutung versteht.“

Gleich wichtig jedoch ist der andere Teil, der sich mit der Fürsorge nach dem seelischen Sein und Können der Jugend beschäftigt, der gleichsam die Vorbedingungen zu einer planmäßigen Arbeit auf dem anderen Gebiete schafft und der im allgemeinen Kinderforschung oder Kinder„er“forschung genannt wird. Nach dem alten primum vivere deinde philosophari geht freilich auch im Leben der praktische Teil diesem theoretischen voran. Es ist bezeichnend, daß in Deutschland die Jugendfürsorgekongresse gegenwärtig hauptsäch-

lich der Kindererforschung gewidmet sind, während wir in Österreich, da wir ja erst am Anfange des ganzen Entwicklungsprozesses der Fürsorgetätigkeit stehen, ausschließlich mit deren praktischen Angelegenheiten und Bedürfnissen beschäftigt sind.

Wenn nun auch meine Darlegungen hauptsächlich das Praktische berücksichtigen werden, möchte ich doch nicht verabsäumen, Sie bei dieser Gelegenheit auf die große Bedeutung der Kinderforschung für Unterricht und Erziehung und damit für eine zeit- und naturgemäße Jugendfürsorge nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Allgemein spricht man von der großen Unruhe, die gegenwärtig auf erzieherischem Gebiete herrscht und die sich bemerkbar macht durch das Aufwerfen von Fragen, die die Gestaltung des Schulwesens, die Familie und das der Erziehung unterworfenen Einzelwesen, sowie das gegenseitige Verhältnis dieser drei Beteiligten tief beeinflussen, — ich erinnere nur an die Schulreform — die geschlechtliche Aufklärung, die Kunst im Leben des Kindes, die „Freie“ Schule u. a. Die Magnetnadel unseres pädagogischen Strebens war wohl seit jeher Schwankungen unterworfen und nie wird sie sich wohl in den Meridian des ewig Unveränderlichen, der „Vollkommenheit alles menschlichen Strebens“ einstellen! Je nach den Kräften, die bald den einen Pol, die unterrichtliche Seite, bald den anderen, die Erziehung, beeinflussten, waren ihre Schwankungen geringer oder erheblicher. Gewiß waren aber derartige Fernwirkungen, wie sie sich gegenwärtig bemerkbar machen, noch selten wirksam — und sie stammen aus Kraftmittelpunkten, die am allergeeignetsten sind, unser Erziehungsweisen nachhaltig zu beeinflussen: den Geheimnissen der Kinderseele — und den hochgespannten Strömen des sozialen Lebens. Das sind zwei gewaltige Kräfte, die unserer Pädagogik wohl für lange Zeit die Richtung vorschreiben werden.

Da ist es denn umsomehr zu verwundern, daß wir mit unseren für das Große und Erhabene so leicht entzündlichen Lehrerherzen diesen Fragen gegenüber im allgemeinen kühl bis ans Herz hinan geblieben sind! Und doch sind sie so recht geeignet, die Pädagogik aus einer großen Gefahr zu befreien, in die sie geraten war. Sie, die tiefste und edelste aller Wissenschaften, die bis zu den äußersten Grenzen der Geheimnisse der Menschenseele vorzudringen berufen ist — die in den Vollkommenheiten die höchste Bewunderung, in ihren Unvollkommenheiten und Schattenseiten die tiefsten Fragen suchen und finden sollte — sie war ja im besten Zuge, ganz zu verknochern! In was für schreckliche Systeme hat man doch die Seele gezwängt und in was für gekünstelte Paragraphen ihr so unerforschliches, Ewigkeiten tiefes Empfinden und Denken gegossen. Hat man uns nicht selbst mit dieser abstrakten Schulpädagogik oder Schuldidaktik für die erste Zeit unserer Lehrtätigkeit ganz um den richtigen Begriff des Seelenlebens und seiner Beziehung zum Unterrichte gebracht? Und so wird man ausgerüstet mit dem gar nicht aus der Person des Kindes und seiner sozialen Umwelt abgeleiteten Erziehungs- und Unterrichtslehren auch zu so einem Pädagogen, der — so wie es ihn gelehrt worden ist — hineinruft in den Wald der Kinderseelen und zufrieden ist, wenn das möglichst sicher wieder herauskommt, was eben hineintrompetet wurde.

Da lehrt nun die Kinderforschung, einmal recht Einblick zu suchen in das ureigene Walten und Weben dieses geheimnisvollen Reiches der Kinderseele. Und tatsächlich gehts einem da wie Siegfried im Walde — es erschließt sich einem das Verständnis für Stimmen, an denen man sich vielleicht vorher auch gefreut hat, aber ohne ihren tiefen Sinn zu erfassen — oder um mit dem Realisten zu sprechen: man lernt die Aufgaben erfassen, die dem Lehrer in einem unbegabten, minderwertigen oder verwaehrlosten Kinde gestellt ist;

man findet langsam Zugang dazu und erspart sich so auf diesem höheren Standpunkte des pädagogischen „Schauens“ gar viel unnützen Ärger und schädliche Aufregung. Hat doch ein Pädagog mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Kinderforschung gesagt: Die Pädagogik wolle nach jahrhundertlangen Irrfahrten endlich die richtigen Bahnen einschlagen und sich von dem Seelenleben des Kindes den Weg zum Ziele zeigen lassen! Und einer der angesehensten Schulmänner Deutschlands meinte auf dem Giekenner Kongresse für experimentelle Psychologie im vorigen Jahre, es könne eine Zeit nahen, in der es möglich und gerechtfertigt sein werde, den Pädagogen, der gegen die Gesetze des kindlichen Seelenlebens verstößt, ebenso zur Verantwortung zu ziehen, wie den Techniker, der bei der Ausführung eines Bauwerkes etwas verzieht! Und werden wir uns vorläufig auch so weitgehenden Erwartungen nicht anschließen, so ist doch schon mit der Verbreitung der Erkenntnis ein großer Schritt geschehen: das Ziel des Unterrichtes und der Erziehung kann nicht in der gegenwärtig geübten Schablonisierung bestehen, sondern in weitgehender Individualisierung, d. h. darin, das Kind zu lehren, von seinen eigenen geistigen und körperlichen Fähigkeiten den besten Gebrauch zu machen und zu einer diesen Fähigkeiten entsprechenden Stellung im Leben zu gelangen. Sind diese Fähigkeiten unter dem Durchschnitt geblieben, dann ist das Kind der „Heilerziehung“ zuzuführen; ist diese nicht möglich oder erfolglos, dann wäre es die weiteste Aufgabe der Jugendfürsorge, diese Wesen, in denen sich Wirkungen der Entartung bemerkbar machten, von der Kette der „Zeugenden“ auszuschließen, denn es bleibt auch hier der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Mit der Stellungnahme zu solchen Dingen berühren wir das Gebiet der Sozialpathologie. Schon der Hinweis auf die Beeinflussung der Pädagogik von dieser Seite und die hiebei an das Wissen und die Erkenntnis des Lehrers gestellten Anforderungen, noch mehr aber die sich aus unseren weiteren Erörterungen ergebenden Rückfolgerungen, lassen es für notwendig erscheinen, daß die Ergänzung und Erweiterung der Bildung des Lehrers der kommenden Zeiten über die fachliche Ausbildung hinaus auf einem Gebiete liegen müsse, wo wir sie im allgemeinen bis jetzt nicht gesucht haben: nämlich auf dem heilkundlichen, besonders dem der heilkundlichen und Versuche durch erläuterten Seelenlehre — einerseits und dem volkswirtschaftlichen andererseits; denn nur sie vermögen uns Verständnis und Rüstzeug zu bieten für jene Zeitforderungen, die dem Lehrstande im weiteren Sinne die Jugend von der Geburt bis zur Erwerbsfähigkeit noch in ganz anderer Art anvertraut wissen wollen, als dies bis jetzt der Fall war und die zudem den Lehrstand, um diesen Gedanken noch abzuschließen, als den beständigen Kulturvermittler in Stadt und Land betrachten, seinen Wirkungskreis also noch viel weiter ziehen und damit seine Bedeutung für die Gesellschaft ganz außerordentlich erhöhen. Diese wird ja — und das ist der wundervollste Ausblick in die Zukunft unseres Standes — umso mehr wachsen, je mehr einestheils die Kirche ihre im Anpassen an die Entwicklung der Menschheit und der Menschenseele gelegene Aufgabe erkennt und anderenteils die Bestrebungen der Friedensfreunde, die Macht des Militarismus, der ebenfalls den rascheren kulturellen Fortschritt erschwert, niederringen wird.

Um von diesen Ausblicken zu meinem Stoffe zurückzukommen: Die Ergebnisse der Kinderforschung werden uns in den Stand setzen, die Erziehungspflichten gegen die unter dem Namen: „Nicht vollsinnige“ zusammengefaßten Kinder mit dem richtigen Geiste zu erfüllen und mitzuhelfen, daß auch diese Kinder nicht ganz hungrig vom Tische des Lebens gehen müssen. Sie üben zum anderen einen gewaltigen Einfluß aus auf die Beurteilung und Behand-

lung des sittlich entarteten Kindes, seine Straffälligkeit und der Vorkehrungen zur Verhinderung der sittlichen Entartung: also des Jugendstrafrechtes und der Jugendfürsorgeerziehung.

Wir stehen mit der Forderung nach endlicher Erfüllung der Staatspflichten diesen Kindern gegenüber auf dem Boden des Reichsvolksschulgesetzes, welches im § 59 die Landesgesetzgebung verpflichtet: „in betreff der Errichtung der für das Land notwendigen Schulen und Erziehungsanstalten für nicht vollsinnige, ferner von solchen für sittlich verwahrloste Kinder . . . die geeigneten Anordnungen zu treffen.“ Mit dem nächsten Jahre werden 25 Jahre verflossen sein seit der Erteilung dieses Auftrages an die Landesgesetzgebung, ohne daß von ihr auch nur das geringste für diese Kinder geschehen wäre. Es ist eben viel billiger und einfacher gewesen, diese Kinder, wie es auch die neue Schul- und Unterrichtsordnung tut, ganz einfach der allgemeinen Volksschule zu überweisen. Die Schul- und U.-O. bestimmt in §§ 6 und 26, daß im allgemeinen auch die nicht vollsinnigen, jedoch bildungsfähigen Kinder, insbesondere die blinden und taubstummen, sofern sie nicht in eigenen Anstalten untergebracht werden, am Volksschulunterricht teilzunehmen haben; im Nachsatz bemerkt § 26, daß für ihren Unterricht an der Volksschule, soweit es angeht, besondere Einrichtungen zu treffen sind. Dieser Nachsatz wird im Ministerial-Erlaß vom 29. September 1905 dahin erklärt, daß es sich hierbei um die Errichtung eigener Hilfsklassen für nicht vollsinnige Kinder sowie um Förderklassen für schwächer veranlagte Kinder handelt. Zur Errichtung solcher Hilfseinrichtungen wird damit die Ermächtigung erteilt, doch wird gleichzeitig bemerkt, die Landesschulbehörden mögen bezüglich der Errichtung von Förderklassen reichliche Überlegung walten lassen.

Die Kinder, denen ein dem Unterrichtszwecke oder Schulbesuche hinderliches geistiges oder schweres körperliches Gebrechen anhafet, sind nach § 23 des RVO. von der Verpflichtung zum Schulbesuche entbunden. Die Schul- und Unterrichtsordnung bestimmt in § 24, daß zwar auch diese Kinder in die Schulmatrik gehören, daß sie jedoch mit Erreichung des schulmündigen Alters ohneweiters aus dieser zu streichen sind. Das ist alles. Demnach werden blödsinnige, fallsüchtige (epileptische) und körperlich schwer verunstaltete Kinder ohne weitere Barmherzigkeit oder gesetzliche Fürsorge den bedauernswerten Eltern überlassen, die nur in den aller seltensten Fällen im Stande sind für die Erhaltung des Kindes in einer Anstalt aufzukommen. Und was erst, wenn ein solches Wesen verwaist! Wahrlich, es wäre besser ungeboren geblieben! Ich weiß nicht, ob Sie schon Gelegenheit hatten, in eine Idiotenanstalt, in ein Krüppelheim Einblick zu nehmen oder schwer fallsüchtige Kinder in ihren Anfällen zu sehen. Es kommt einem beim Anblick von soviel Elend und Qual nur der eine Gedanke, ob nicht wenigstens in solchen Fällen dem Arzte gestattet sein sollte, ein solches Leben wieder auszulöschen . . . Und wenn unsere Zeit mit ihren oft verkehrten Ansichten von „Menschlichkeit“ nichts davon wissen will, dann sollte sie es wenigstens ermöglichen, daß diese Wesen irgendwo fern von Spott und Menschenroheit im Verkehr mit der Natur, der einzigen großen Trösterin, die gleich liebevoll allen Bedürftigen lächelt, unter der Pflege edler guter Menschen ihr Leben, diese schreckliche Nöte, verbringen können.

Bezirksweise Aufnahmen der Zentralstelle für deutsche Waisensorflege und Jugendfürsorge in Böhmen liefern schrecklich traurige Tatsachen auf diesem Gebiete zu Tage; sie sollen nach ihrem Abschluß der Öffentlichkeit übergeben werden. Bis jetzt besitzen wir in Böhmen für bildungsunfähige, blödsinnige Kinder gar keine, für fallsüchtige Kinder und Krüppel nur überhaupt je eine

tischehische Anstalt, in welcher also Kinder aus deutschen Gemeinden keine Aufnahme finden.

Noch größer als die Schar dieser Kinder, denen kein inneres Sehen und Hören geschenkt ist, ist die Zahl jener, denen der äußere Gesicht- und Gehörsinn verjagt geblieben ist. Troz der für Blinde im allgemeinen (also nicht bloß für blinde Kinder) in Böhmen bestehenden beiden Blindenanstalten sowie der 4 Taubstummenanstalten gibt es noch immer eine große Anzahl von Blinden und Taubstummen, die in keiner Anstalt Aufnahme finden. Rückfichtlich der schulpflichtigen Kinder wurde der Mangel einer Blindenschule besonders lebhaft empfunden.

Übergehen wir von diesen Kindern, für welche unsere Schulgesetze von vornherein keine Verpflichtung zur Ausbildung anerkennen, zu jenen, für welche die Mitwirkung der Schule in Aussicht gestellt ist, die Schwachsinrigen und Verwahrlosten. Die Fürsorge für die ersteren wiro im allgemeinen als „Hilfsschulwesen“ bezeichnet. Sie wissen alle, daß wir in Österreich überhaupt, in Böhmen insbesondere, über die allerersten Anfänge, die auf diesem Felde in Wien gemacht wurden, nicht hinausgekommen sind. Alle österreichischen Kronländer haben zusammen nur die Hälfte von den Schwachsinrigenklassen der Stadt Hamburg! Es ist der größte Teil der geistig nicht begabten Kinder derzeit entweder ohne jeden Unterricht oder er belastet die allgemeinen Volksschulen. In Deutschland z. B. gibt es hiefür 81 geschlossene Anstalten, die den Kindern neben der Bildung auch die ganze Erziehung geben und die gewöhnlich nur den schweren Fällen ihre Tätigkeit widmen; Hilfsschulen, d. h. eigene Klassen, die dem Volksschulkörper angeschlossen sind, bestehen bereits in 180 Städten, mit 583 Klassen für 6623 Knaben und 5300 Mädchen und überdies gibt es Sonderklassen im Sinne Dr. Sickinger's in Mannheim, d. h. eigene Klassen im Volksschulkörper, die die Kinder mit geringeren geistigen Mängeln behandeln, in 22 Städten. Dazu kommt, daß man in kleineren Städten an die Einrichtung von Nachhilfestunden für solche Kinder geht und daß man den Lehrern Gelegenheit bietet, sich mit der Theorie und der Praxis der Heilpädagogik vertraut zu machen. Diese Einrichtung wäre auch bei uns ohne wesentliche Kosten und ohne technische Schwierigkeiten zu schaffen und es wäre ein jegenvoller Anfang für die Ausgestaltung des Hilfsschulwesens auch bei uns gemacht.“

Es sei keineswegs die Schwierigkeit verkannt, die Fürsorge für die geistig minderwertige Jugend praktisch durchzuführen. Eine Vereinigung aller in Betracht kommenden Kinder an einer Schule innerhalb eines Bezirkes z. B. läßt sich nicht durchführen, noch viel weniger an einer Landesanstalt. Ein gangbarer Weg wäre damit beschritten, wenn die Lehrerschaft zunächst in Ferial-, Bezirks- oder ständigen Kursen an der Prager Universität mit dem Hilfsschulwesen vertraut gemacht würde und den mit einem Zeugnisse ausgestatteten Lehrern gegen entsprechende Vergütung die Erziehung geistig minderwertiger Kinder in eigenen Nachstunden übergeben würde. Es wird ja früher oder später zu einer Einrichtung von Kursen für die berufliche Ausbildung in der Fürsorge geschritten werden müssen. Vielleicht wäre auf diese Art ein guter Anfang gemacht.

Einen eigenen Verein zur Förderung dieser Ziele zu gründen etwa nach Art des Wiener Vereins „Fürsorge für Schwachsinrige“ empfiehlt sich bei uns nicht, nachdem wir unter einer Überfülle von Vereinen zu leiden haben. Es wäre die Lösung der Aufgabe innerhalb einer Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Angriff zu nehmen. Die Aufgaben dieser Sektion wären etwa die folgenden:

Sektion für geistig minderbegabte Kinder.

Die Sektion hat den Zweck, Interesse und Verständnis für die Ausbildung und Erziehung der geistig minderwertigen Kinder zu wecken und zu beleben, sowie an der geistigen, leiblichen, sittlichen und wirtschaftlichen Förderung derselben mitzuwirken.

Diesem Zwecke dienen:

1. Vorträge und Diskussionen über einschlägige Fragen aus dem Unterrichts-, Erziehungs- und Rechtswesen, insbesondere dem gegenwärtigen Stande der Fürsorge für die geistig minderwertige Jugend im In- und Auslande, Beschreibung von Musterinstituten und Musterorganisationen in der Sektion, in anderen Vereinen, in öffentlichen Versammlungen;
2. die Besprechung der einschlägigen Literatur, der Erlässe und Verordnungen;
3. die wissenschaftliche Bearbeitung der einschlägigen Fragen, Herausgabe geeigneter Lehrmittel, Erörterungen in der Fach- und Tagespresse;
4. der Besuch von Musteranstalten für die Erziehung geistig Minderwertiger, von Verbandsversammlungen und Kongressen;
5. die Errichtung einer Zentral- und Auskunftsstelle;
6. die Einflußnahme auf die Errichtung von Kursen zur Heranbildung von Lehrern für den Unterricht geistig Minderwertiger;
7. die praktische Fürsorge; sie bezweckt für geistig Minderwertige:
 - a) die Ermöglichung besserer Pflege, Kleidung, Nahrung,
 - b) Errichtung von Anstalten und geeigneter Ferienpflege,
 - c) Unterbringung bedürftiger Kinder in Anstalten oder Familien,
 - d) Bestellung besonderer Fürsorger,
 - e) Einflußnahme auf die Berufswahl,
 - f) Auswahl geeigneter Lehrstellen,
 - g) Fürsorge während der Lehrzeit,
 - h) Ermöglichung einer Fortbildung während derselben,
 - i) Ermöglichung eines Bestandes in allen Gefahren und Notlagen, die ihnen infolge ihres Geisteszustandes drohen.

Schwachsinnige.

In diese Gruppe fassen wir die in gewissem Grade bildungsfähigen Idioten zusammen; gegen die vorangehende Gruppe handelt es sich um eine gesteigerte Intensität der geistigen Minderwertigkeit, die mit der Unfähigkeit zur Ausbildung in die nächstfolgende Gruppe übergeht. Ein bekannter Fachmann für die Schwachsinnigenpflege in Böhmen ist MUDr. Karl Herfort, der Direktor des Ernestinums in Prag-IV. Das Ernestinum wird vom St. Anna Frauenvereine erhalten und ist gegenwärtig die einzige in Böhmen bestehende Schwachsinnigenanstalt.

Das Hauptverdienst zur Begründung einer Schwachsinnigenfürsorge in Böhmen gebührt Dr. Karl Amerling (gest. 1884).

Direktor Herfort lieferte im 1. Hefte (Jahrg. 1908) der Zeitschrift „Eos“ einen wertvollen Beitrag über

Dr. Karl Amerling,

der auch auf die Entwicklung der Schwachsinnigenfürsorge in Böhmen überhaupt Bedacht nimmt und den wir im nachfolgenden mit gütiger Erlaubnis des Verfassers und des Verlages zum Abdrucke bringen. *)

*) „Eos“, Vierteljahresschrift für die Erkenntnis und Behandlung jugendlicher Abnormen, Heft 1, 1908.

Dr. Karl Amerling.

(Ein Beitrag zur Geschichte der Schwachsinningenfürsorge in Böhmen.) Zur Feier seines 100. Geburtstages verfaßt von MUDr. Karl Herfort, Direktor der Pflege- und Erziehungsanstalt für schwachsinrige Kinder „Ernestinum“ in Prag.

Die Schwachsinningenfürsorge in Böhmen begann, wenn wir von der Unterbringung der Idioten in Irrenanstalten und Siechenhäusern absehen, in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts.

Als Altvater der Idiotenfürsorge in Böhmen ist MUDr. Karl Amerling zu nennen, der als erster auf die Errichtung einer Idiotenanstalt hinarbeitete, und zur Verwirklichung seiner Pläne den St. Anna-Frauenverein gewann, der im Jahre 1871 eine Idiotenanstalt in Prag gründete.

Aus der Literatur*) und aus mündlichen Mittheilungen konnte ich über Dr. Amerling folgende biographische Skizze zusammenstellen.

MUDr. Karl Amerling wurde den 18. September 1807 zu Klattau in Böhmen als der Sohn des k. k. Oberbäckmeisters, nachher Besitzer des großen Gast- und Einkehrhauses „Zur Sonne“, geboren. Im 4. Lebensjahre kam der Knabe zu seinem Großvater mütterlicherseits, Vinzenz Zellinek, in Pflege, der, ursprünglich Theologe, nach dem Ableben seines Vaters, eines wohlhabenden Bürgers und Tuchmachers in Chudenitz, die Wirtschafft und das Gewerbe nach diesem übernahm. Hier blieb der Knabe bis zu seinem 13. Lebensjahre und kehrte dann in seine Vaterstadt Klattau zurück, wo er immer als erster die sechs Gymnasialklassen absolvierte. Hierauf ging er nach Wien, um hier die zwei Jahrgänge der „Philosophie“ durchzumachen; in Wien lebte er in den kümmerlichsten Verhältnissen und mußte sich durch Privatstunden das Nötigste zu seinem Lebensunterhalte sichern. Nach Hause zurückgekehrt, wollte er in Budweis Theologie studieren, gab diesen Plan jedoch auf und nahm die Stelle eines Hofmeisters in einem reichen Patrizierhause in Prag an, wo er zwei Jahre verblieb und seinen ebenfalls in Prag studierenden jüngeren Bruder unterstützte. Seine große Vorliebe für die Naturwissenschaften bestimmte ihn, sich dem Studium der Medizin zu widmen. In den letzten zwei Jahren seines medizinischen Studiums vertrat er die Stelle eines Assistenten der Mineralogie und Botanik an der Prager Universität bei Professor J. S. Preßl, welche Stelle er durch vier Jahre (1833 bis 1837) versah. Im Jahre 1836 wurde Karl Amerling zum Doktor der gesamten Heilkunde promoviert und kurz darauf vom Grafen Kaspar Sternberg zum Sekretär ernannt und ihm die Einrichtung und Anordnung seiner großen naturwissenschaftlichen Sammlungen übertragen. Diesen anstrengenden Posten versah Dr. Amerling durch zwei Jahre. Nach Reisen durch Osterreich, Deutschland, Italien, die Schweiz, das ganze adriatische Gebiet und den griechischen Archipel wandte er sich der medizinischen Praxis in Prag zu. Doch saß und arbeitete er beständig an einem Plane zur Hebung und Veredlung seines Volkes. Zu diesem Zwecke gründete er in den Jahren 1839 bis 1842 Eck der Korn- und Tonnengasse in Prag eine Schule, „Budeč“ genannt, die eine tschechoslawische Erziehungsanstalt für Volkslehrer, eine Gewerbeschule zur gründlicheren und umfangreicheren Ausbildung von Indu-

*) Unter den zahlreichen Biographien Dr. Amerlings dienten mir besonders als Quellen: Eine kurze Aufzeichnung über das Leben und Wirken des Med. Dr. Karl Amerling von seiner Geburt bis zu dem am 2. November 1884 erfolgten Ableben. Mit Photographie desselben. Prag. Selbstverlag 1887 (in deutscher Sprache geschrieben von seiner Gattin). Die beiden zwei Biographien Amerlings, beide in tschechischer Sprache, stammen von Ferdinand Censký (Osvěta, XV, 1885, Heft 5) und J. V. Jahn (Chem.-technol. knihovn., Bd. I, 1893). Ferner benützte ich Ottův Slovník naučný sub Artikel Amerling und Budeč,

striessen und ein Pädagogium zur Heranbildung von Erzieherinnen, Müttern und Hausfrauen sein sollte. Zur Errichtung dieser Schule erhielt Amerling vom Grafen Leo Thun 9000 Gulden, von Kavaliern wurden 65.000 Gulden subskribiert, außerdem wurde eine Lotterie veranstaltet, von der sich Amerling viel versprach. Er baute zu obigem Zwecke ein eigenes Haus mit einem großen Garten, das nebst Lehrzimmern auch ein Laboratorium, Werkstätten, eine Buchdruckerei, Naturalienkabinette, einen kleinen astronomischen Turm, ja selbst eine hydropathische Heilanstalt enthielt. Doch kehrten sich gleich im ersten Jahre viele Freunde und Gönner von ihm ab — als Ursache wird der Besuch des russischen Ministers Uwarow in seiner Heilanstalt angeführt — so daß Dr. Amerling nur unter den größten finanziellen Schwierigkeiten und mit Aufwand seines ganzen Vermögens den Bau im Jahre 1842 beenden konnte.

In dieser Lehranstalt, die wegen beständiger finanzieller Schwierigkeiten nie in rechten Gang kam, wirkte Dr. Amerling durch volle zehn Jahre und unterrichtete mit einer Reihe von Lehrern seine Schüler nicht nur in Handwerken und dem Gewerbe überhaupt, sondern hielt auch Vorträge über Anthropologie, Psychologie, Physiologie und Pädagogik. Auch Mädchen und Frauen wurden hier unterrichtet; als im Jahre 1848 aus finanziellen Gründen die Anstalt „Budeč“ aufgehoben werden mußte, gründete Amerling ein Privat-erziehungsinstitut für Mädchen, das nach drei Jahren die Bewilligung der Ausgestaltung zu einer höheren Töchter Schule erhielt und von seiner Frau bis zum Jahre 1870 geleitet wurde. Im Jahre 1848 wurde Amerling zum Direktor der neugegründeten ersten k. k. Musterhauptschule mit böhmischer Unterrichtssprache in der Herrngasse in Prag und später auch zum Direktor der dieser Unterrichtsanstalt angeschlossenen ersten staatlichen Lehrerbildungsanstalt mit böhmischer Unterrichtssprache ernannt. Hier wirkte er durch volle 20 Jahre und trat 1868 in den Ruhestand. Im Jahre 1869 gründete er in Prag eine physisokratische Gesellschaft, deren Programm er unter großem Beifalle auf dem 37. Kongresse der Naturforscher und Ärzte in Karlsbad im Jahre 1862 vortrug. Seit 1871 war Amerling als Direktor und behandelnder Arzt in der vom St. Anna-Frauenvereine auf seine Anregung gegründeten Idiotenanstalt in Prag tätig und versah diesen Posten bis an sein Lebensende, den 2. November 1884, ganz unentgeltlich.

Dr. Amerling war Philosoph, Arzt und Erzieher zugleich, ein Mann von großem Wissen, seltenem Fleiße und ebensolcher Ausdauer, selbständig und originell in seinen Ansichten und Schriften, in vielem seiner Zeit voraus. Er war literarisch ungemein tätig. Die Mehrzahl seiner in böhmischer Sprache geschriebenen zahlreichen Werke und kleineren Abhandlungen ist der Popularisierung der Naturwissenschaften gewidmet, als bestes Werk gilt eine unter dem Namen „Promyslný posel“ in Gesprächsform geschriebene populäre Chemie. Außer einer großen Reihe kleinerer zoologischer, botanischer, mineralogischer, chemischer, technologischer, pädagogischer und philosophischer Abhandlungen in den verschiedensten böhmischen Zeitschriften seiner Zeit sei sein „Orbis pictus“ erwähnt, eine Fortsetzung des gleichnamigen Werkes Komenského, von dem aber nur das Prodromum erschien, die Herausgabe des ganzen Werkes scheiterte wegen Unerreichbarkeit der Kosten. Sein langgehegter Plan, ein Konversationslexikon in böhmischer Sprache herauszugeben, kam nicht zur Verwirklichung. Als Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Prag gab er eine Reihe von Anschauungsbildern für Schulen heraus (aus dem Tier- und Pflanzenreiche, geographische und geologische Karten, verschiedene Handwerke).

Seine Schriften, selbst die populären besonders aber seine später genannten philosophischen Werke haben wie die Werke Oken's, in dessen Fußstapfen er trat, einen gekünstelten, oft geradezu unverständlichen Stil, weshalb sie nicht die Verbreitung fanden, die sie verdient hätten, und dies ist auch der Grund, warum er von seinen Zeitgenossen nicht genügend verstanden und gewürdigt wurde.

In deutscher Sprache schrieb er:

Biologisch-harmonisches Natursystem, 1852. (Er schien nur autographiert.)
Gesammelte Aufsätze aus dem Gebiete der Naturökonomie und Physiokratie.

Prag, Fr. Rivaň 1868.

Einiges über das Qualitative und Quantitative in der Natur, 1870.

Der Gott des Christentums als Gegenstand streng wissenschaftlicher Forschung unter dem Pseudonym Dr. Justus Rei. Prag, Fr. Rivaň 1880.

Vermächtnis an mein engeres und weiteres Vaterland und an die Menschheit, 1877.

Nach dem Tode Amerling's im Jahre 1891 ließ die von ihm begründete physiokratische Gesellschaft sein im Jahre 1874 geschriebenes Werk:

„Die Orientierungslehre oder Diasophie“ mit Porträt und Biographie des Verfassers (von Professor Julian Walter) auf ihre Kosten drucken.

In der vom Vereine „Lotos“ herausgegebenen naturwissenschaftlichen Zeitschrift gleichen Namens erschienen in den Jahren 1856 bis 1868 zahlreiche naturwissenschaftliche Aufsätze aus seiner Feder.

Seit 1840 war Amerling außerordentliches Mitglied der Prager königl. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, in deren Sitzungen er zahlreiche naturwissenschaftliche Vorträge hielt.

Im Jahre 1868 wurde er auf Grund einer Arbeit über Akriden zum Mitgliede der ärztlich-naturwissenschaftlichen Gesellschaft Leopoldina-Karolina ernannt.

Der Schwachsinningenfürsorge widmete sich Amerling erst nach dem 60. Lebensjahre, seit dem Jahre 1866, in welchem Jahre auf seine Veranlassung der St. Anna-Frauenverein gegründet wurde, der, ebenfalls von ihm beeinflusst, im Jahre 1871 in Prag eine Idiotenanstalt gründete, deren erster Direktor er bis zu seinem Tode (1884) war.

Als solcher leistete Amerling Hervorragendes und verdient daher im vollsten Maße, daß er speziell in Österreich in der Schwachsinningenfürsorge immer unter den ersten genannt werde.

Als Direktor der Prager Idiotenanstalt schrieb Dr. Amerling in deutscher Sprache:

1. Die Idiotenanstalt in Prag. Allgemeine medizinische Wochenschrift, 1875 (4 Seiten).
2. Die Idiotenanstalt des St. Anna-Frauenvereines nach ihrem zwölfjährigen Bestande vom Jahre 1871 bis 1883. Prag, Selbstverlag. 1883 (152 Seiten).

Ich möchte Dr. Amerling den österreichischen Sengelmann nennen. Wenn wir auch heute bei der Lektüre des eben zitierten Werkes aus dem Jahre 1883, in der dieser Forscher seine großen Erfahrungen über die Schwachsinningen in ärztlicher und pädagogischer Richtung zusammengestellt hat, vieles belächeln, so können wir doch unserer Bewunderung nicht genug Ausdruck geben, daß dieser erfahrene Pädagoge zumal als Arzt die Erziehung der Schwachsinningen schon damals richtig erfaßt hat. Dr. Amerling verlangte für die Heranbildung des Schwachsinningen nur ein „Necessaire de la vie

humaine“, legte bei dessen Erziehung ein Hauptgewicht auf den Anschauungsunterricht, wenn er auch heute in seinen Modellen und Lehrmitteln oft kleinlich und komisch erscheint. Sein in der Prager Idiotenanstalt eingeführter Handfertigkeitsunterricht kann als modern bezeichnet werden, er lehrte die Knaben Korbflechterei, Bürstenbinderei, Kartonnage und Anstreicharbeiten und propagierte die Verwendung arbeitsfähiger Idioten in Land- und Feldwirtschaft. Jedenfalls sind seine nur wenig gewürdigten zwölfjährigen Beobachtungen in der Prager Idiotenanstalt ein klassisches Werk der Idiotologie.

Noch eines Werkes muß hier erwähnt werden, das eine Lebenslehre auf christlich-religiöser Grundlage zur Erziehung der Schwach sinnigen sein sollte, das schon oben zitierte „Der Gott des Christentums als Gegenstand streng wissenschaftlicher Forschung“, das Amerling im Jahre 1880 unter dem Pseudonym Dr. Justus Rei veröffentlichte.

In seinem Werke „Die Idiotenanstalt des St. Anna-Frauenvereines in Prag nach ihrem zwölfjährigen Bestande“ schreibt er darüber folgendes (pag. 89 u. ff.): „Die Entstehung dieser Schrift ist dem im Jahre 1871 einzuführenden Idioteninstitute zuzuschreiben. Man suchte einfach für die Schwach sinnigen und besonders sehr Gedächtnis- und Besinnungs schwachen eine Art Lebenslehre, die nicht erst tiefere Kombinationen, jahrelanger per Schrift und Laut, mühsamer Herumschweife per pädagogische Aufbauten zc. bedürfen, sondern kurz und direkte das wenige Gedächtnis mit kurzen Regeln für jeden Lebensaugenblick, jeden Ort, jeden Tag, jeden Monat und jedes Jahr, jedes Geschlecht, für alle Eltern und Brüder, so wie überhaupt Menschen, sogar beziehungsweise Tiere und Wesen präzis und strikte einrichtet, damit diese armen Wesen stets sich zu orientieren wissen, was sie zu tun und zu unterlassen haben . . .

kurz gesagt, man fand bei dem Suchen des Einfachsten, des Verständlichsten und Fassbarsten für die Schwächsten der Menschen, für die Idioten, eine Lehre, die allen Menschen von Haus aus, von Kindheit an für das sich Zurechtfinden in der Welt beizubringen ist, ja eine Lehre, eine tiefe physikalische Funktionsnorm, deren schon die Eltern vor der Zeugung vollkommen und ernstlich bewußt sein sollten . . .“

Dieses von Amerling selbst so gepriesene Werk ist wegen seines, geradezu gesagt, unmöglichen Stiles wenigstens mir ganz unverständlich und für die Heilpädagogik unbrauchbar. Hier gelten die Worte seines Biographen F. Censký: „Je tiefer Amerling in sein Thema eindrang, um so unklarer und abstrakter wurden seine Auseinandersetzungen, bis sie sich in einen Nebel einhüllten, durch den selbst der um den Inhalt sich am meisten interessierende Leser beim besten Willen zum Ende und Ziele sich nicht durcharbeiten konnte, da dem Verfasser selbst dieses Ziel in unerreichbarer Ferne in Nebel, ja in voller Nacht verschwand.“

Wenden wir uns nun zur Geschichte der Prager Idiotenanstalt selbst und des St. Anna-Frauenvereines als ihres Gründers und Erhalters, die, mit dem Leben und Trachten Amerlings eng verknüpft, erst ein vollkommenes Bild dieses großen Mannes entwerfen.

Leider ist damit die Geschichte der Schwach sinnigenfürsorge in Böhmen erschöpft, denn bis auf zirka 50 Landesfreiplätze in der Prager Idiotenanstalt, eine Staats- und Landesubvention, einige Legate und die bedeutende Unterstützung der Anstalt durch die Böhmisches Sparkasse, nicht zu vergessen zweier Hilfsschulen in Prag, ist die Schwach sinnigenfürsorge in Böhmen auf die humanen Bestrebungen des St. Anna-Frauenvereines beschränkt und ist daher die Tätigkeit der Ausschußdamen dieses Vereines und seiner Mitglieder um so höher anzurechnen. Der St. Anna-Frauenverein*) trat im Jahre 1866 auf Veranlassung Dr. Amerlings zusammen. Sein Programm war „das Wohl der Familie durch eine zweckmäßige Erziehung der Jugend auf sittlich-religiöser Basis zu begründen“. Sein Bestreben ging dahin, „der Frau eine

*) Diese geschichtlichen Aufzeichnungen sind aus den von Dr. Amerling verfaßten ersten Jahresberichten des St. Anna-Frauenvereines meist wörtlich genommen.

Richtung zu geben, die das Bewußtsein der wahren Idealität des Weibes bekundet." Diesen Zweck suchte der Verein, wie wir in seinem ersten Jahresberichte aus dem Jahre 1870 lesen, auf doppelte Weise zu erreichen:

1. Durch Belehrung und Anleitung, indem er durch die ersten vier Jahre seines Bestehens von hervorragenden Fachmännern Prags gehaltene Vorträge über psychische und physische Erziehung arrangierte (uns interessiert besonders, daß MUDr. Snejdársek zwei Vorträge über Idiotismus und Idiotenanstalten im Jahre 1870 hielt.)

2. „Sich durch die Erlösung der Armen am Geiste sittlich zu betätigen“ trachtete, indem er die Gründung einer Humanitätsanstalt für schwachsinrige Kinder auf sein Programm setzte.

Laut Jahresbericht aus dem Jahre 1870 stellte die damalige Geschäftsleiterin und Sekretärin des Vereines, Frau Franziska Svatava Amerling, Gattin des Dr. Karl Amerling, den Antrag, der St. Anna-Frauenverein möge eine Humanitätsanstalt für schwachsinrige Kinder gründen, der angenommen wurde. In demselben Jahre erhielt der Verein nach vorgelegtem Pläne die behördliche Genehmigung und die Bewilligung zur Herbeischaffung der nötigen Mittel, einen Aufruf an die Gesamtbevölkerung ergehen zu lassen, wobei die Bezirkshauptmannschaften und Bezirksvertretungen in Kenntnis gesetzt wurden, den Verein durch ihre amtliche Mitwirkung zu unterstützen. Die so veranstaltete Geldsammlung in ganz Böhmen trug mit Einschluß eines Bajas 13.000 Gulden ein.

Mit diesem kleinen Kapital entschloß sich der Verein in seiner am 5. April 1871 abgehaltenen Sitzung, noch im Laufe des Sommers 1871 eine Idiotenanstalt zu eröffnen. Interessant ist folgender Zusatz, im Vereinsjahresberichte 1871: „Obgleich die Notwendigkeit einer solchen Anstalt das Publikum noch nicht so recht durchdrungen, um so mehr, als sogar Fachmänner deren Dringlichkeit anzweifeln, daher auch die Spenden dem Vereine spärlich zufließen.“ Im selben Jahre erwählte der Verein zwei Kuratorien, ein ärztliches und ein pädagogisches, welche beide bei der alljährigen Aufnahme der Pflöglinge in die Idiotenanstalt, die auf den Monat September festgesetzt wurde, die in die Anstalt aufzunehmenden Individuen nach genauer Erwägung und Prüfung dem Vereine zur Aufnahme in die Anstalt in Vorschlag bringen sollten.

Das ärztliche Kuratorium bestand aus MUDr. Jakob Físchel, Professor und Direktor des Prager Irrenhauses, MUDr. Cejp v. Beclinovec, Sekundärarzt im Irrenhause, MUDr. Steiner, Professor und Direktor des Kaiser Franz Josef-Kinderhospitals, MUDr. Franz Rákenbeck, MUDr. Franz Snejdársek und MUDr. Karl Amerling.

Das pädagogische Kuratorium bildeten: MUDr. Karl Amerling, Domkapitular Dr. theol. Karl Schwarz, P. Wenzel Kofátko, Direktor der Prager Taubstummenanstalt, und P. Karl Rmoch,*) Katechet der Prager Taubstummenanstalt.

Nach dem Gutachten dieser zwei Kuratorien mietete der St. Anna-Frauenverein eine Lokalität in Prag in der Oberen Neustadt in der Katharinen-gasse, vis-à-vis dem Irrenhause, mit zwei anstoßenden Gärten und einer Milchwirtschaft. Nach Bekanntmachung in den öffentlichen Blättern erschienen am 12. April 1871 70 Individuen zur Aufnahme, von diesen wurden von beiden Kuratorien die jüngsten zur Aufnahme anempfohlen, worauf der Verein die Anstalt am 17. Juni 1871 mit sechs Böglingen eröffnete.

Die Anstalt gliederte sich folgendermaßen:

Direktor und Anstaltsarzt Dr. Karl Amerling, Katechet P. Karl Rmoch; den Hausstand bildeten: eine Hausmutter, ein Wärter, ein Unterwärter, zwei weibliche Diensthöten, ein Gärtner.

Die Aufsicht über das innere Gebaren der Anstalt in administrativer Hinsicht führten die zwölf Ausschußdamen des St. Anna-Frauenvereines, und zwar so, daß je eine Dame einen Monat die Beaufsichtigung des Haushaltes sowie der Pflege der Zöglinge überhaupt übernahm, was bis heute der Fall ist.

Bis Ende 1871 wurden 205 Idioten angemeldet. Mit Rücksicht darauf, mehr noch durch den Umstand veranlaßt, daß der Kontrakt der bloß in Pacht genommenen Lokalitäten schon mit Termin Galli 1872 ausging, entschloß sich der Verein, einen Baugrund anzukaufen, auf welchem eine neue Idiotenanstalt aufgebaut werden könnte. Die hochverdiente erste Präsidentin des St. Anna-Frauenvereines, Gräfin Desfours-Walderode, weiter Erzell. Gräfin Rothkirch-Panthen und Frau Rosa Sacher erklärten sich bereit, die fehlende Summe so lange unverzinst dem Vereine vorzustrecken, bis derselbe in der Lage sein dürfte, das geliehene Kapital sukzessive rückzuzahlen. Durch diesen Akt hochedler Gesinnung war es dem Vereine möglich, vor dem Korn-tore in Prag Baugründe per 7946 Quadratklastern im Werte von 36.000 Gulden käuflich an sich zu bringen. Doch erwies sich diese Baustelle als nicht geeignet wegen Mangels an gesundem Trinf- und Röhrenwasser, und da auch der Pacht des gemieteten Hauses für die Idiotenanstalt bald zu Ende ging, fand sich der Ausschuß bestimmt, von der Absicht, selbst einen Bau auszuführen, abzulassen und nach einem zweckentsprechenden fertigen Objekte sich umzusehen. Als solches wurde das mit gutem Trinf- und Röhrenwasser versehene Graf Sternberg'sche Palais auf dem Gradschin als geeignet gefunden. Trotz der hohen Kaufsumme von 120.000 Gulden ging der Verein am 15. Mai 1872 den Kaufvertrag mit dem Besitzer Heliodor Heidl ein, nachdem der Verein durch die Bemühungen des ständigen Beirates und Förderers desselben, Emanuel Ritter von Zdekauer, die angekauften Baugründe sehr günstig um 97.388 Gulden verkauft hatte, wodurch dem Vereine ein Reingewinn von über 60.000 Gulden zufiel. In dieses Palais übersiedelte die Anstalt am 1. November 1872 mit 13 Zöglingen, deren Anzahl bis 31. Dezember 1872 auf 30 sich vermehrte. Ursprünglich war nur ein Teil dieses Riesengebäudes, in welchem vom Jahre 1821 bis 1847 Sammlungen des böhmischen Museums, dann bis zum Jahre 1871 die Gemälbegalerie patriotischer Kunstfreunde untergebracht war, Anstaltszwecken gewidmet, der übrige Teil war an Parteien vermietet. Seit dem Jahre 1894 dient das ganze Gebäude bis zum heutigen Tage nur Anstaltszwecken und wurde in den letzten Jahren durch teure Adaptierungen, ein neues modernes Spital, schön eingerichtete Bade- und Waschlokalitäten, einer modernen Anstalt gerecht.

Unter den Wohltäterinnen des St. Anna-Frauenvereines seien drei Ausschußdamen besonders genannt, die in der Schwachsinnigenfürsorge Bedeutendes geleistet und denen die Anstalt am meisten zu verdanken hat. Es sind:

1. Franziska Gräfin Desfours-Walderode, erste Präsidentin des Vereines, bis zu ihrem Ableben im Jahre 1879.

2. Fürstin Ernestine Aueršperg, Präsidentin des St. Anna-Frauenvereines vom Jahre 1879 bis 1901, jetzt Dechantin des k. k. adeligen Damenstiftes; ihr zu Ehren erhielt die Prager Idiotenanstalt im Jahre 1898 den Namen „Ernestinum“.

3. Prinzessin Ernestine Aueršperg, die jetzige Präsidentin des Vereines; ihr verdankt das Ernestinum in erster Linie alle seine Erfolge und Fortschritte in den letzten Jahren, besonders das neue Spital, das sie im Jahre 1906 auf ihre Kosten bauen ließ und dessen kostspielige Einrichtung sie durch den Ertrag einer wohltätigen Sammlung ermöglichte.

*) Gegenwärtig Direktor der Prager Taubstummenanstalt.

Zur Vervollständigung des Ganzen sei hier noch kurz folgendes angeführt: Nach dem Tode Dr. Karl Amerlings im Jahre 1884 übernahm seine ausgezeichnete Gattin Franziska Svatava Amerling die Leitung des Ernestinums und versah diesen Posten bis zu ihrem Tode, den 5. Oktober 1887. Seit Gründung des Vereines bis an ihr Lebensende war sie eine gewissenhafte Geschäftsleiterin des St. Anna-Frauenvereines und unterstützte tätig ihren Gatten in dessen humanen Bestrebungen um das Wohl der Schwachsinnigen. Am 15. November 1887 wurde vom Vereine ein Neffe des Gründers, Vinzenz Amerling, zum Anstaltsdirektor ernannt und die Führung der Hauswirtschaft seiner Schwester Marie Amerling übertragen. Seit 15. Okt. 1902 leitet das Ernestinum MUDr. Karl Herfort, seit 1. Jänner 1901 Hausarzt dieser Anstalt, zuvor Assistent der Physiologie an der Prager böhmischen Universität, dann Sekundärarzt der königl. böhmischen Landesirrenanstalt in Dobřan. Vom 1. November 1903 wurden vom Vereine zur Führung der Hauswirtschaft, als Lehrerinnen*) und Pflegerinnen Lehrschwestern vom hl. Kreuz aus dem Institut Menzingen in der Schweiz angestellt.

Im Anschlusse an diese biographische Skizze will ich zur Ehrung Dr. Amerlings und zu seiner Charakteristik aus seinem oben erwähnten Werke über die Prager Idiotenanstalt das 30. Kapitel, das ich für die Geschichte der Schwachsinnigenfürsorge Österreichs für interessant und wichtig halte und das wohl den meisten Lesern ganz unzugänglich ist, wörtlich zum Abdrucke bringen.

„Österreichischer Verdienstanteil an der Sorge für das Idiotenwesen.“

Von Dr. Karl Amerling.

Bezüglich der Verdienste Österreichs um die Hebung der Fürsorge für eine ordentliche Behandlung des Idiotenwesens dürfen die Unternehmungen in der Zentrale des Reiches in und um Wien herum aus den Jahren 1856 — nicht unerwähnt gelassen werden. Sie geschahen mit großem Vorbedacht und wirklicher, damals fachmännisch möglicher Vorbereitung, die freilich von Ausländern ausging, und zwar von:

Georgens, einem Bälzer (bei Dürkheim), dem eigentlichen Gründer der Idiotenanstalt in Piesing bei Wien,

von Jeane Marie von Gayette aus Pilau an der Ostsee, einer begeisterten Schriftstellerin im belletristischen und pädagogischen Fache,

und von Heinrich Deinhardt, einem Thüringer, der als philosophisch gründlich nach Fichte gebildeter Pädagoge, Ästhetiker und Nationalökonomie das Möglichste leistete. Der böhmische Adel hat alle diese drei am liberalsten unterstützt.

Georgens war eigentlich durch vier Jahre in Nemysl Erzieher der zehn Kinder des Grafen Deym, der, mit den Erziehungsansichten Georgens sehr einverstanden, sicher noch weiteren Anteil genommen hätte, wenn er selbst nicht vorzeitig gestorben wäre.

Indes ersetzte die Gräfin Deym, geborene Buquoy, alles durch wirkliche Mittel, die eben Georgens und seinen zwei Mitunternehmern es möglich machten, noch vor der Einlangung der hochortigen Bewilligung eine pädagogische Reise durch ganz Deutschland nach allen Anstalten mit ähnlichen Zwecken genetischer Anthropologie zu unternehmen, wobei selbst auf die schwe-

*) Die tschechischen Kinder werden von weltlichen Lehrerinnen unterrichtet.

bische Heilgymnastik des Jahn, auf den Fröbelschen Kindergarten, auf Pestalozzis Bestrebungen und auf die medizinischen Studien mit Prof. Dr. Löblich und Prof. Dr. Mauthner nicht vergessen wurde. Georgens fünfzehnjährige schriftstellerische und praktische Wirksamkeit ließ das Beste von dem sehr liberal unterstützten Gründer hoffen.

Jeanne Marie v. Gayette, eine Generals-tochter, von Pilau nach Breslau verlegt, seit 1844 schriftstellerisch, in Poesie und Erziehungsfach sehr gebildet, ward brieflich 1854 mit Georgens und 1856 persönlich bekannt; durch ihre Vermählung geschah auch die ausgezeichnete Diplomierung durch die älteste deutsche kaiserliche Akademie Karolina-Leopoldina, deren Sitz damals in Breslau war, an alle drei Mitunternehmer der Idiotenanstalt bei Wien.

Deinhardt, ein philosophisch und pädagogisch gebildeter Fichtianer, ward 1856 mit Georgens in Weimar bekannt und schon 1857 im Piesinger Schloß, wo eben die neue Anstalt unter dem Namen Levana (im Jean Paulschen Sinne getauft) entstanden ist. Deinhardt arbeitete die Details im Fichteschen und Pestalozzi-Fröbelschen Geiste aus.

Im Jahre 1856 am 11. Juni kam der erste Zögling der Anstalt, eine elfjährige Tochter der Gräfin K., deren sekundäre Idiotie (infolge von Onanie) bald behoben, eine gute Pama für den Anfang der Anstalt bewirkte; später kamen noch aus Tief-Ungarn sowie über Bemühungen vieler Ärzte und Pädagogen Zöglinge aus anderen Anstalten, die mit jenen nichts weiter anzufangen wußten; selbst der damalige Kultus- und Unterrichtsminister, Graf Leo Thun, und der Sekretär Ihrer Majestät der Kaiserin (v. Beyer) eiferten im Auftrage des kaiserlichen Hofes an, wobei selbst die typographisch-literarisch-artistische Ausstellung durch L. G. Zamarski und C. Ditmarsch es nicht unterließ, möglichst viele chromotypische Zeichnungen der Fröbelschen Prozeduren sowie Xylographien und selbst gute Lithographien von zwölf Zöglingen nebst ihren Kopffonturen sowie nötige Musikstücke nebst Gebärdebedarstellungen beizufügen. Selbst die Widmung des ersten Buches der Anstalt Levana („Die Erziehung und Heilung der Idioten, medizinisch-pädagogische Erfahrungen und Studien“, zweite wohlfeile Ausgabe), der k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien gewidmet, gibt einen hinlänglichen Beweis, welcher sozusagen großartig wissenschaftlichen Anlauf die Sache zum Wohle der Idioten nahm.

Und doch nach wenigen Jahren sehen wir Piesing verlassen und der Prager St. Anna-Frauenverein mußte den siebenten zurückgelassenen Zögling, den Emanuel, nicht mehr aus der Anstalt, sondern von dem dortigen Anstaltsgärtner übernehmen.

Für Österreichs Bis- und Transleithanien ist es wichtig, den Ursachen unparteiisch nachzugehen, welche jenes freilich nur privat so schön, so umsichtig und teilnahmsvoll begonnene Unternehmen so ganz ohne Fortsetzung und Besserung veranlaßt haben. *)

Die erste Ursache scheint die Neuheit, Unbekanntheit und eigene Unversuchtheit der Sache in ganz Österreich gewesen zu sein. Nur die Waghälse wagten es, erhielten von Expektanten die Erlaubnis und nur einige Enthusiasten Theoretiker, Philanthropen nahmen warmen Anteil und — verbluteten unter der Erschöpfung der voluntären Anfangskräfte der materiellen Mittel.

Die zweite Ursache waren die am Ende sich nicht bestätigenden Theorien über die Mittel zur Abhülfe und sogar zur gewünschten Heilung bestimmten Wege, nach welchen das Individuum wieder dem öffentlichen Leben übergeben werden könnte. Wohl sind ziemliche Erfahrungen

*) Ich habe den im kleinen Druck nun folgenden Teil, mit dem die heutigen Ärzte und Pädagogen wohl nicht einverstanden sein können, dennoch aus dem Grunde abgedruckt, da gerade diese Stellen so recht die ganze Denk- und unnatürliche, vielfach unverständliche Schreibweise Amerlings charakterisieren und daher im Anschlusse an seine Biographie zur Vervollständigung seines Bildes ganz gut passen.

und Beispiele da, und zwar seit uralten Zeiten, an einem Asop, Sokrat, ja in der neuen, pädagogisch sehr verdienstlichen Zeit das Beispiel eines Pestalozzi, der selbst ein häßliches Individuum wie Sokrat war, und selbst gar nicht selten sind die Beispiele in der neuesten Zeit, wo der Arzt, der Kraniostoke, genau erratet, ob eine Hirnentzündung, ein Hydrocephalus in der Jugend vorhanden war oder nicht. Die Phsyiokratie, die eben naturgewältigende Wissenschaft, nennt diese Art Köpfe die 13. Type, die, meist ein Minetypus, aus der Krankheit sich selbst herausarbeiten und nachher einen ganz tüchtigen Kopf liefern, aber diese Beobachtungen, selbst über die Asops- und Monimusköpfe, stehen noch zu vereinzelt da, um eine reiche Induktion von Fällen zu bilden und von ihnen, den einzelnen, kann man doch auf alle durchaus noch nicht schließen. Vitia primae formationis, welche die Teratologie behandelt, sind nicht heilbar, selbst wenn sie das chirurgische Messer entfernt oder öffnet oder zusammennähet zc., denn sie stehen gewöhnlich bei Idioten nicht einzeln für sich da, sondern mehr oder weniger befinden sie sich komplexologisch und histologisch in allen sieben vasomotorischen Systemen des Körpers, während die anderen animalischen fünf Systeme bei den Kretins noch mehr leiden, als jene vasomotorischen.

Die dritte Ursache des Nichtgelingens war die damalige Fichte'sche, Pestalozzi'sche Zeitströmung, die aus der Ich-Theorie nicht nur die eigentümliche Aus zichzelfbildung des menschlichen Charakters, sondern in ihrer Selbstüberhöhung selbst in der ganzen umgebenden Welt, ja selbst des Schöpfers ableiten und bewirken zu können glaubte.

Diese Art Philosophie hört sich recht hübsch und menschenhebend an, aber nach den bisherigen psychiatrischen und pädagogischen Erfahrungen will der Psychiater und der nüchterne Erzieher nicht viel davon wissen; beide sprechen vielmehr von voraus nötigen Massenvorstellungen, um den Menschen zur Erkenntnis seiner Persönlichkeit, seines Ichs zu bringen, und wünschen angeborene, wenigstens entwickelbare Anlagen und Nachhaltigkeit zc. Nun bei den Idioten gar bei ihrer sensuellen Schwäche, bei ihrem ungemein schwachen Gedächtnis und Gedächtnisse, wo sollten die Massenvorstellungen herkommen und besonders jene straffen, männlichen Begriffs- und beherrschenden Willensdurchblingungen, die zu ungemein vielen sinnlichen Gefühlen, wahren Einbildungen und Ausführungen nötig sind?

Die heute und morgen, ja gar oft nur heute gültigen Einwirkungen, Eindrücke und Vorstellungen des Lehrers sind bei den wirklich blöden Kindern oft schon morgen vollkommen verloren, selbst wenn ein Fröbel, ein Pestalozzi selbe einzuprägen suchen würde. Besonders jene Methoden Fröbels, die vergeudenisch mit dem Gedächtnisse meist nur für Spiele und Fabrikbedürfnisse des Stubenstädtlers eingerichtet sind, um dessen Erwerb zu erleichtern, sind auf den ersten Blick des Kenners nur für gesunde Kinder, sogar nur für starke Kinder anwendbar, indem sie eine starke Portion Geisteskräfte für Industrie vergeuden, in lauter Vorbereitungen, Einübungen, ohne daß ihnen etwas für das Necessaire de la vie, für das Alleinnotwendige im Leben, übrig bleiben würde. Fröbel hatte nur die einquartierte städtische Stubenfamilie bezüglich ihres baldigsten Erwerbes in den Fabriken im Augenmerk gehabt und vergaß nur zu sehr und zu bald an das Werk seines Meisters, des Philosophen Krause, der in seinem, in jeder Familie sein und wirken sollenden Buche „Urbild der Menschheit“ nicht nur das für den fabrikenierten Städter so erwünschte Gärtchen gehöriger Art würdigt, sondern hauptsächlich gleichsam die Dreieinigkeit des Haus- und Familienlebens betont, gleich vorausschickt und zwar die Beachtung des Hauses als des Kopfes, dann des Hofes als des Herzens und endlich des Gartens als des Ortes für die Arbeit der Hände und des Körpers überhaupt.

Die vierte Ursache des Nichtgelingens jener so gut ausgedachten Pläne zur Erziehung und Heilung der Idioten war das unüberlegte Verlangen der Eltern und überhaupt der halbgebildeten Welt, damit auch die Idioten ehestens lesen, schreiben, rechnen lernen, ja auch ehestens in weiteren Schulen oder gleich auch in den Kanzleien wenigstens als Mundanten fäßen. Der gar zu weitschweifige Weg der bisherigen Elementarschulen, die mit dem Beibringen der 24 bis 30 Klein- und Großbuchstaben, für Kurrent und Latein, für Fraktur, mit dem Lesen und Sprechen, Rechtschreiben und Stilisieren, so viel Aufwand und Wesens, ob wegen Kinderschwäche (?) machen, daß wahrlich für das eigentliche Leben nur ein paar moralische Erzählungen, etwas Rechnen und Katechismus übrig bleiben. Vier und mehr dicke Lesebücher von Bildern im Text und, von Bilderwerken begleitet, werden fort in jedem Jahre erklärt, examiniert zc., aber der Ernst des Lebens des schwer zur Schule geschickten Kindes wird wirklich zu wenig berücksichtigt, und zwar leider selbst im Leben der großen erwachsenen Menschen. Vor 40 bis 50 Jahren lernte das Kind von einem Kiferistafelchen seine 23–30 Klein- und Großbuchstaben in 15–17 Stunden, las gleich sein Vaterunser, Ave Maria und das apost. Glaubensbekenntnis auf der Rehrleite des Tafelchens und hiemit war das Haus- und Gassenbild, seine Pflichtenlehre für jeden Augenblick des Lebens als Kind und Mann zugleich besorgt; kurz die straffere, die männlichere, rüstigere Generationszeit war selbst bei den Kindern da, während jetzt bei der laxeren Moral im Volke besonders bei der halbgebildeten Mittellasse, je weiter desto mehr Idioten aller Art entstehen, und zwar als eine große Last für Familien, Schulen und das öffentliche Leben.

Für einen Idioten, einen ausgeprägten Schwächling, ist dieser Elementar-Schulweg durchaus schädlich, und wenn je erreichbar und erreicht, so doch erreichbar mit einer Er-

erschöpfung der wenigen Schwachsinnskräfte auf lauter Umwegen per Luft (Worte), Lautzeichen auf Tafel und Papier, Zeichenzusammenstellungen, Lesen, Nachschreiben, Sprachenlernen zc. zc. zc., es zum eigentlichen Verständnis der ersten Lebenssache kommt, und dann erst ist die Frage, welcher Sache des Lebens, deren Verschaffung der Schul- und Stundenlehrer eigentlich im Hause als geschehen voraussetzt, gedient ist, im Hause aber leider wegen lauter Erwerberei, Erholerei und Teilnehmerei am politischen und sozialen Leben außerhalb des Hauses gar nicht stattfindet, und auch nicht stattfinden kann.

Noch als eine fünfte Ursache des Nichtgelingens jener Anstalt muß die bezeichnet werden, daß die Psychiatrie besonders bei Kindern nach Fäulen, Weitzanz, bei eintretender Epilepsie durchaus nicht jene anstrengenden Geistes-, wenn auch nur Vorbereitungsarbeiten gestatten darf, welche der gewöhnliche Lehrer zu seinen Leistungen beansprucht, indem sie ebenso durch jene Parquetier-Patron-, Muster- und Croiszeichnungen, Färbungen, planloses Stäbchenlegen jene psychotischen Kreis- und Schwindelfiguren kennen lernen, die eben bei und vor Eintritt der Anfälle den armen Geschöpfen vor den Augen schweben, ja sogar beim Zeichnen so fixiert erscheinen, daß sie beim Schafe z. B. alle vier Füße unter den Hals hängen oder beim Hauszeichnen die Türen und Fenster aufs Dach versetzen.

Diesen Kindern ist das gesündeste die patriarchale Natur selbst, das elterliche Haus, die uralte Tagesordnung, eben diese Wirklichkeit, aus welcher seit Jahrtausenden gesunde, wenn auch nicht immer Genies und starke Menschen, so doch brauchbare und einem selbst höheren Leben nicht entfremdete Menschen hervorgegangen sind, deren Tabulae rasae und ihre Volks- und Symbolzeichen in den Kalendern zc., in den Händen eines begeisterten Lehrers viel entwicklungs- und erbauungsfähiger sind, als alle jene Leserei verschaffen kann, und die endlich für die eigentliche Not des Lebens nichts weiter leisten, als leider bei den Mittel- und Unterlassen der Menschen ein Studieren der Kriminalgeschichten, ein sehr unkorrektes Brieffschreiben, ein Lesen von Romanen und Literaturmagazinen, welche im Vergleich mit einem durchaus tief befestigten Lebensnecessair nichts als Zeitverlust, Feinschmuckerei, leichte Vielwisserei, Vielsprecherei und alle Ansprücherei auf ein soziales Genießen des Lebens hervorbringen.

Nachdem es aber leider nicht mehr solche patriarchalische Wirtschaften und Familien gibt, so bleibt dem Psychiater und Pädagogen nichts anderes für diese Art unglücklicher Geschöpfe übrig, als solche teils gemeinschaftliche und teils nach Gheelerischer und sächsischer Wirtschaftsart, wieder von neuem in der Nähe der österreichischen Reichszentrale, etwa wieder am Fuße des Wiener Waldes in Riefing, Rodaun zc. in der Nähe schöner erhebender Orte, wie Laxenburg, Schönbrunn, Brühl, in dem alten Schloßtrio weiter mit erneuerten Kräften fortzusetzen.

Zwar haben schon seit 1856 mehrere Private und selbst Vereine sich bemüht, Idiotenanstalten zu gründen und zu unternehmen, in Wien selbst, in Budapest, in Bruck an der Leitha, welche aber privat und in vielen Fällen nur auf die Selbsterhaltung der Unternehmer beschränkt bleiben; es steht jedoch in der glücklichen Austria die Hoffnung fest, daß das Ethnagogium Österreichs auch diese Anstalt für alle Armen am Geiste ins Leben rufen wird, denn die erst unlängst vom Herrn Baron von Hye und seinen edelmütigen Freunden in den Zeitungen mitgeteilten Nachrichten werden sicher von dem Himmel reichlich gesegnet werden.

Dem Jahresberichte 1907 des

Ernestinums, Prag-IV.,

entnehmen wir folgendes:

Bei Erstattung des Berichtes über die Wirksamkeit des St. Anna Frauen-Vereines und der von ihm erhaltenen Pflanz- und Erziehungsanstalt für schwachsinige Kinder „Ernestinum“ in Prag erachten wir zunächst als unsere Pflicht allen denen den tiefgefühltesten Dank abzustatten, welche im lebendigen Mitgefühl für das traurige Schicksal unserer geisteschwachen Böglinge dem Vereine die Mittel zur Verfügung gestellt haben, daß derselbe seine humane Tätigkeit für die verlassensten unter den verlassenen Kindern entfalten konnte.

In erster Linie müssen wir hier der durchlauchtigsten Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses für die auch im vergangenen Jahre uns zugekommenen hochherzigen Spenden unseren untertänigsten Dank zu Füßen niederlegen.

Mit aufrichtigem Danke erwähnen wir der jährlichen Staatsubvention von 4000 Kronen, der Landesubvention von 3000 Kronen und besonders der löblichen Sparkassa, die unseren Verein mit dem Jahresbeitrage von 7000 Kronen in hochmünzfigenter Weise bedacht hat.

Unsere Dankesworte gehen auch an alle übrigen zahlreichen Gönner und Wohltäter, welche durch ihre Beiträge und Spenden unser gemeinnütziges Streben in edelster Weise gefördert haben. Ein Spezialverzeichnis der Wohltäter bildet einen besonderen Abschnitt des Berichtes. Wenn wir einen Rückblick auf unser abgelaufenes Vereinsjahr werfen, so müssen wir vor allem mit dankendem Herzen einer edlen Tat gedenken, durch welche sich die um unsere Anstalt und die Schwachsinningensfürsorge überhaupt so hochverdiente Vizepräsidentin, Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg, ein bleibendes Denkmal für ihr rastloses von Mitgefühl und Mildtätigkeit für die leidende Menschheit durchdrungenes Wirken gesetzt hat.

Die Unterbringung der körperlich kranken Zöglinge war bis vor kurzem eine ungenügende, indem ein einziges Krankenzimmer vorhanden war, das körperlich kranke Zöglinge ohne Rücksicht auf Geschlecht und Krankheit beherbergte; man half sich aus, so gut es eben ging. Dieser Übelstand unserer Anstalt bewog Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg durch eine reiche Zuwendung von 23.328⁷⁴ Kronen einen Zubau zum Zwecke einer neuen Krankenabteilung zu ermöglichen. Es ist das besondere Verdienst des um die innere Ausgestaltung der Anstalt so hochverdienten und im Interesse des St. Anna Frauen-Vereines unermüdet arbeitenden Herrn k. k. Regierungsrates Josef Klöckner, einen passenden Ort für diesen Neubau gefunden und auf Grund seiner großen Erfahrungen den Wunsch der edlen Spenderin in schönster Weise zur Verwirklichung gebracht zu haben.

Der Neubau, dessen Giebel die weithin sichtbare Aufschrift „Ernestinum“ trägt, befindet sich oberhalb des Einganges und Vestibüles des Anstaltsgebäudes. Der hier früher befindliche Dachboden wurde abgetragen und ein Ziegelbau in der Höhe des alten Gebäudes aufgesetzt, ohne im geringsten die schöne Bauart des Sternbergischen Palais zu stören oder irgendwie den Eindruck eines gekünstelten Anbaues zu machen. Die neue Krankenabteilung bildet ein für sich abgeschlossenes Ganze, das zwischen Ost- und Südtrakt des Anstaltsgebäudes liegt und daher sowohl von der Haupttreppe als auch getrennt von der Knaben- und Mädchenabteilung begangen werden kann. Das Spital besteht aus 2 Abteilungen zu je 2 geräumigen, hohen, luftigen Zimmern, Zimmer 1 und 2 ist für operierte und nicht infektiöse Kranke, Zimmer 3 und 4 für Infektionskrankheiten, besonders Tuberkulose bestimmt. Die von außen heizbaren, mit Eichenfußböden versehenen Krankenzimmer sind von einem mit Terrazzo gepflasterten, gut lüftbaren Gange her zugänglich, auf dem auch das Operationszimmer, der Baderaum, ein Ausgang und der Abort münden. Das Operationszimmer bildet einen mit hohen Fenstern versehenen teilweise auf Traversen ruhenden erkerförmigen Ausbau, besitzt ein Terrazzo-pflaster mit zentralem Abflusfloche, und zwei moderne Waschbecken mit Warm- und Kaltwasserleitung, Zerstäubungshähnen und Kniehebeln. Alle Räume sind elektrisch beleuchtet. Die innere, weiß emaillierte nette Einrichtung des Spitals, besonders des Operationszimmers, die von der Firma J. Gottwald beschafft wurde, entspricht den modernsten Anforderungen. Jedes Bett besitzt sein eigenes Glas- und Trinkgeschirr aus Nickel, Thermometer und Spatel, Gläser, Bierbecher und Leibschüssel, die alle die Nummer des betreffenden Bettes eingraviert haben zum Zwecke der größtmöglichen Isolierung der Kranken.

Doch woher das Geld zur inneren kostspieligen Ausgestaltung des neuen Spitals? Ja, das mußte der Verein selbst nicht, als er den Neubau begann.

Wieder ist es Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg, die eine Sammlung veranstaltete und durch ihr rastloses Bemühen 11.400 Kronen zusammenbrachte.

Der edlen Sammlerin und allen hochherzigen Spendern sei hier ein herzliches „Vergetts Gott“ ausgesprochen.

Bei der inneren Ausgestaltung des neuen Spitals standen uns die bewährten Freunde unserer Anstalt, Herr MDr. Karl Stompfe und MDr. Richard Imhofer als erfahrene ärztliche Ratgeber zur Seite, wofür wir sowie für ihre zahlreichen ärztlichen, besonders operativen Dienste auch im vergangenen Vereinsjahre hier unseren innigsten Dank aussprechen.

Die Krankenabteilung wurde durch hochwürdigsten Herrn Kanonikus Georg Glojaner am 10. November 1906 unter Beisein der Präsidentin Ihrer Erlaucht Frau Gräfin Bdenka Schönborn, der Ausschüßdamen und zahlreichen Mitglieder und Gönner des Vereines feierlich eingeweiht. Die Gründerin der neuen Krankenanstalt Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg hielt an die Anwesenden eine Festrede, in der sie besonders die großen Verdienste des Herrn Regierungsrates Josef Klöckner hervorhob und dann die Krankenabteilung in die Hände der Anstaltsleitung und der Kreuzschwestern übergab.

Erwähnt muß werden, daß im Neubau oberhalb des Spitals noch ein ebenfalls elektrisch beleuchtetes Stockwerk geschaffen wurde, wo das Zimmer der Krankenschwester und Garderoben untergebracht wurden.

Ein zweiter wichtiger Fortschritt in unserer Anstalt ist die Einführung der elektrischen Beleuchtung, ein schon viele Jahre gehegter Wunsch des Ausschusses, der im abgelaufenen Vereinsjahre zur Verwirklichung gelangte. Die musterghltige Installation der elektrischen Beleuchtungsanlage wurde durch die Firma Defert und Homolka besorgt. Zum erstenmale wurde die Anstalt am 27. Mai 1906 zur größten Freude der Zöglinge elektrisch beleuchtet. Die große Geldsammlung Ihrer Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg ermöglichte auch die Einführung des elektrischen Lichtes in die Kapelle und den Neubau im Herbst des vergan-

genen Jahres. Mit besonderer Freude können wir darauf hinweisen, daß im vergangenen Vereinsjahre unsere Anstalt nicht nur in ihrer inneren Ausgestaltung große Fortschritte aufzuweisen hat, sondern sie trat auch aus ihrem bisher mehr lokalen Wirkungskreise heraus, in dem sie sich und das mit großem Erfolge an der 2. österreichischen Konferenz der Schwachsinnigenfürsorge in Wien und dem Kongresse für Kinderforschung und Jugendfürsorge in Berlin mit einer Exposition beteiligte.

Wir können mit innerer Befriedigung darauf hinweisen, daß unsere Anstalt in den letzten Jahren nicht nur in Österreich sondern auch im Auslande sich eines guten Rufes erfreut, wozu besonders die Wiener und Berliner Ausstellung beigetragen haben.

Die Beteiligung unserer Anstalt an der Wiener Konferenz im Vorjahre ist ein Verdienst Ihrer Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg, die auch in Anbetracht ihrer Verdienste um die Schwachsinnigenfürsorge Österreichs überhaupt zur Protektorin der Spezialausstellung in Wien ernannt wurde.

Die vom Hofphotographen Eckert angefertigten Bilder von Schwachsinnigentypen, abnormen Händen und Füßen, abnormen Ohrformen, die schönen Arbeiten der Böglinge riefen allgemeine Bewunderung hervor, die in der Tagespresse und den Fachzeitschriften zum Ausdruck kam.

Ein besonderes Interesse erweckten die von MUDr. Alois Wachsmann hergestellten Gypsabgüsse von abnormen Gebissen schwachsinniger Böglinge. Für die kostenlose Herstellung dieser Modelle sprechen wir hier Herrn MUDr. Alois Wachsmann unseren innigsten Dank aus.

Der Anstaltsdirektor Herr MUDr. Herfort hielt auf der Wiener Konferenz einen Vortrag „Die Ausgestaltung der Schwachsinnigeninstitute“; auf Grund der im Ernestinum gemachten Erfahrungen trug auf dieser Konferenz Herr MUDr. Imhofer über Ohren- und Rachenkrankheiten bei Schwachsinnigen vor. Herr MUDr. Imhofer veröffentlichte überdies im Vorjahre in der Zeitschrift für Heilkunde die sehr interessante Arbeit aus unserer Anstalt „Die Ohrmuschel bei Schwachsinnigen“.

Auch die interessanten Befunde am Gebisse schwachsinniger Kinder bildeten den Inhalt eines Vortrages, den Herr MUDr. Zizka auf Grund seiner Untersuchungen im Ernestinum auf dem 6. Kongresse böhmischer Zahnärzte im Dezember 1906 in Prag hielt.

Wie im Jahre 1905 wurden auch im vergangenen Vereinsjahre die Böglinge durch die Herren Universitätsdozenten MUDr. Hermann Ulbrich, MUDr. Richard Imhofer und MUDr. Josef Zizka spezialistisch untersucht, wofür wir genannten Herren unseren innigsten Dank aussprechen.

Eine ganz besondere Anerkennung verdient das Wirken der Lehrschwestern vom heiligen Kreuze im Ernestinum; bietet doch die Pflege und Erziehung schwachsinniger Kinder alle Widerwärtigkeiten und Unannehmlichkeiten eines schweren Krankendienstes und fordert eine durch nichts zu hemmenden Hingebung für den leidenden Mitmenschen, die größten Opfer an Geduld, Ausdauer und Selbstverleugnung. Diesen Erfordernissen kommen unsere Klosterschwwestern im vollsten Maße nach und sei daher ihnen allen, besonders ihrer ausgezeichneten Oberin, ehrwürdigen Schwester Maria Emilia, für ihre mustergültige Mühewaltung unser innigster Dank ausgesprochen.

Im Juni des verflossenen Jahres beehrten die wohllethwürdige Frau Generaloberin des Institutes Menzingen, Schwester M. Paula Beck und Ehrwürden Schwester Chiarina, Oberin des Institutes Santa Maria in Bellinzona, unsere Anstalt mit ihrem Besuche. Mit aufrichtigem Bedauern müssen wir hier zweier Kreuzschwwestern gedenken, die in ihrem schweren Berufe erkrankt sind und ins Mutterhaus abberufen werden mußten, der Krankenschwester Adelwina und der Vorschullehrerin und Abteilungsschwester Leonissa. Auch ihnen gilt unser dankbares Vergeltis Gott, dem sich der aufrichtige Wunsch baldiger Besserung anschließt.

Ein warmer Nachruf sei jenen Mitgliedern gewidmet, welche im verflossenen Jahre durch den Tod abgegangen sind, sowie dem vieljährigen Anstaltskatecheten, dem hochwürdigen Herrn Anton Reberle, fürsterzbischöflichen Rat und Notar, dem wir am 29. September das letzte Geleit gaben.

Im vergangenen Jahre hat der Ausschuß 2 Sitzungen abgehalten. Die Inspektion wurde von den Ausschußdamen während des ganzen Jahres besorgt.

Bei der am 21. April 1906 stattgefundenen Generalversammlung wurden in den Ausschuß wiedergewählt: Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg, Frau Gräfin Toni Coreth, Frau Baronin Laura Dercsenyi, Ihre Durchlaucht Frau Fürstin Anna Lobkowitz, Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Wilhelmine Lobkowitz, Frau Baronin Fanny Ringhoffer, Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Christine Schwarzenberg-Schönborn; neugewählt: Frau Gräfin Marie Westphalen, ferner zu Revisoren: Herr k. k. Regierungsrat Josef Mlčánek und MUDr. Eugen Eiselt.

Statuten des St. Anna Frauen-Vereines.

§ 1.

Zweck des Vereines ist, das Wohl der Familie durch eine zweckmäßige Erziehung der Jugend auf sittlich-religiöser Basis zu begründen und zu fördern.

§ 2.

Der Sitz des Vereines ist Prag.

§ 3.

Die Mittel zur Erreichung des Zweckes sollen sein:

- a) Belehrende Vorträge aus einschlägigen Wissenschaften durch Fachmänner für Mütter und Erzieherinnen.
- b) Gründung, beziehungsweise Erhaltung und Verwaltung der bereits bestehenden Anstalt zur Pflege und Erziehung für Geisteschwache (Idioten).

§ 4.

Die materiellen Mittel werden beschafft:

- a) aus den Beiträgen der Mitglieder,
- b) aus Geschenken.

§ 5.

Der oberste Protektor des Vereines ist der jeweilige hochwürdigste Fürst-Erzbischof zu Prag, welcher sich bei dem Ausschusse durch einen Stellvertreter vertreten lassen kann.

§ 6.

Mitglieder des Vereines sind:

- a) ordentliche,
- b) beitragende,
- c) wirkende,
- d) Gründer und
- e) Ehrenmitglieder.

Ordentliche Mitglieder sind alle jene, welche mindestens mit einem Jahresbeitrag von fl. 3.— ö. W. dem Vereine beitreten.

Beitragende Mitglieder sind alle jene, welche mindestens einen Jahresbeitrag von 50 fr. ö. W. leisten.

Wirkende Mitglieder sind solche, welche durch ihre besondere Tätigkeit den Vereinszweck fördern, wie: Ärzte, Rechtsanwälte etc.

Gründer des Vereines sind jene, die einen Betrag von mindestens 100 fl. ö. W. dem Vereine widmen.

Ehrenmitglieder werden wegen ihrer besonderen Verdienste um den Verein auf Antrag des Ausschusses von der Generalversammlung ernannt.

§ 7.

Alle Mitglieder werden bei ihrer Aufnahme in ein Mitgliederverzeichnis eingetragen und erhalten die Mitgliedskarte.

Sie haben das Recht bei den Vorlesungen, sowie bei den Generalversammlungen zu erscheinen und bei letzteren Anträge zu stellen und mitzustimmen.

Jedes ordentliche und beitragende Mitglied ist verpflichtet, seinen Jahresbeitrag pünktlich zu leisten und überdies die Zwecke des Vereines, so viel in seinen Kräften liegt, zu fördern.

§ 8.

Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) durch den Tod,
- b) freiwilligen Austritt, der dem Ausschusse schriftlich anzuzeigen ist, und
- c) durch Ausschließung jener ordentlichen oder beitragenden Mitglieder, welche ihre Jahresbeiträge trotz erfolgter schriftlicher Mahnung nicht leisten.

§ 9.

Die Angelegenheiten des Vereines werden geleitet und besorgt:

- a) von der Generalversammlung,
- b) dem Ausschusse,
- c) der Direktion der Idiotenanstalt, und
- d) von den Revisoren.

§ 10.

Die Generalversammlung tritt regelmäßig im Monate März jeden Jahres zusammen, doch steht es dem Ausschusse frei, dieselbe außerordentlicher Weise auch in wichtigen Fällen zu anderen Zeiten einzuberufen. Der Ausschuss muß aber eine solche einberufen, wenn 10 Mitglieder dieses unter Angabe des Programmes schriftlich begehren.

§ 11.

Die Einberufung der Generalversammlung geschieht vom Ausschusse durch dessen Präsidentin; die Einladung muß mindestens 8 Tage vor Zusammentritt derselben unter Angabe des Ortes und der Zeit des Zusammentrittes, sowie der Gegenstände der Beratung kundgemacht werden.

§ 12.

Die Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens 20 Mitglieder anwesend sind.

Sie wird von der Präsidentin oder in deren Verhinderung durch die Stellvertreterin der Präsidentin oder ein anderes Mitglied des Ausschusses geleitet, und faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit.

Wahlen werden durch Stimmzetteln vorgenommen. Die Präsidentin stimmt bloß bei gleichgetheilten Stimmen mit und ihre Stimme gibt sodann den Ausschlag.

§ 13.

Ist die Generalversammlung nicht beschlußfähig, so wird eine neuerliche einberufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist, doch darf dieselbe nur über solche Gegenstände beschließen, die auf dem Programme der vertagten Generalversammlung standen.

§ 14.

Gegenstände der Generalversammlung sind:

1. Genehmigung des Jahresberichtes.
2. Prüfung und Erledigung der Rechnung.
3. Wahl der Präsidentin, der Ausschussmitglieder, der Direktion der Idiotenanstalt und zweier Rechnungsrevisoren.
4. Ernennung von Ehrenmitgliedern.
5. Errichtung einer neuen oder Verlegung und Auflassung der bestehenden Idiotenanstalt.
6. Änderung der Statuten.
7. Auflösung des Vereines, und
8. Beratung und Beschlußfassung über Anträge der Mitglieder, wenn sie mindestens 3 Tage vor der Generalversammlung dem Ausschusse schriftlich bekannt gegeben wurden.

Beschlüsse über Auflassung der bestehenden Idiotenanstalt sowie Änderung der Statuten und Auflösung des Vereines können nur mit einer Mehrheit von drei Viertel der Anwesenden und nur in Anwesenheit von 20 Mitgliedern gefaßt werden und bedürfen der Zustimmung der k. k. Behörden und muß ein solcher Antrag auf dem Programme der Einladung zur Generalversammlung enthalten sein.

§ 15.

Der Ausschuss besorgt die unmittelbare Leitung des Vereines und repräsentiert denselben nach außen.

Derselbe besteht aus der Präsidentin, Vizepräsidentin, dem Stellvertreter des obersten Protektors und aus 15 Ausschussmitgliedern.

Die Präsidentin wird auf 3 Jahre gewählt.

Von den Ausschussmitgliedern tritt alle Jahre ein Drittel aus, und zwar die ersten zweimal durch das Los, später nach dem Alter der erfolgten Wahl.

Die austretenden Mitglieder sind wieder wählbar.

Nachdem sich der Ausschuß konstituiert hat, wählt derselbe aus seiner Mitte die Stellvertreterin der Präsidentin, welche die Präsidentin im Falle ihrer Verhinderung in allen Angelegenheiten zu vertreten hat.

Desgleichen wird vom Ausschusse die Kassiererin, welche sämtliche Gelder in Empfang zu nehmen und für deren rechtzeitige Einbringung zu sorgen hat, gewählt.

§ 16.

Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn außer der Präsidentin, welche den Ausschuß einberuft und den Vorsitz führt, oder in deren Verhinderung der Stellvertreterin der Präsidentin mindestens 5 gewählte Mitglieder anwesend sind.

Die Fassung der Beschlüsse erfolgt wie bei der Generalversammlung (§ 12). Der Ausschußsitzung können auch Mitglieder des Vereines mit beratender Stimme beigezogen werden.

§ 17.

Der Ausschuß hat über die Aufnahme der ordentlichen, beitragenden und wirkenden Mitglieder des Vereines zu entscheiden; der Ausschuß hat insbesondere die Aufsicht und die Oberleitung der Idiotenanstalt, er beschließt über die Veränderungen in der Einrichtung derselben. Ihm steht die Bestimmung der Zahlung für die Pfleglinge in der Idiotenanstalt zu. Desgleichen hat der Ausschuß über die unentgeltliche Aufnahme der Pfleglinge in die Idiotenanstalt zu beschließen.

§ 18.

Die Direktion der Idiotenanstalt wird durch ein Mitglied des Ausschusses, wenn sich ein solches hierfür erbietet, und von dem Ausschusse bestätigt wird, oder durch einen angestellten Direktor besorgt.

Der Direktion liegt die spezielle Leitung der Idiotenanstalt ob, sie hat die Aufnahme der Pfleglinge und des nötigen Dienstpersonales zu besorgen, und stellt den Antrag über die Zahlungen der ersten und die Bezüge der letzteren, welche der Ausschuß zu bestimmen hat.

Die Leitung der Direktion wird durch eine Instruktion geregelt, für welche der Ausschuß zu sorgen hat.

Die Direktion hat allmonatlich über den Stand der Pfleglinge sowie über die Kosten der Verpflegung einen Ausweis an den Ausschuß zu Händen der Präsidentin zu überreichen.

§ 19.

Die Prüfung der Jahresrechnungen und des Vermögensstandes erfolgt durch zwei von der Generalversammlung aus den Mitgliedern zu wählende Revisoren. Für dieses Amt dürfen dem Ausschusse angehörige Mitglieder nicht gewählt werden. Dieselben werden alljährlich neu gewählt.

§ 20.

Die Ausfertigung von Urkunden und Bekanntmachungen erfolgen rechtsgültig von der Präsidentin oder deren Stellvertreterin. Die Einberufung zur Generalversammlung hat durch spezielle Einladungen oder durch die amtliche Prager Zeitung zu erfolgen.

§ 21.

Streitigkeiten, die unter den Vereinsmitgliedern aus den Vereinsverhältnissen entstehen, werden durch ein Schiedsgericht mit Ausschluß der Berufung und des Rechtsweges entschieden. Das Schiedsgericht wird derart zusammengestellt, daß den Parteien das Recht zusteht, je einen Schiedsrichter aus der Reihe der Vereinsmitglieder zu wählen. Den Obmann des Schiedsgerichtes nominirt die Präsidentin ebenfalls aus der Mitte der Vereinsmitglieder.

§ 22.

Der Staatsbehörde wird der gesetzlich zustehende Einfluß hiemit ausdrücklich gewährt.

§ 23.

Im Falle der Auflösung des Vereines wird das Vereinsvermögen einem anderen öffentlichen Vereine, welchen die Generalversammlung bestimmt, übergeben.

Diese Statuten wurden mit dem Erlasse der hohen k. k. Statthalterei v. 24. April 1890 Z. 39.747, genehmigt,

Prospekt der Pflege- und Erziehungsanstalt für schwachsinige Kinder „Ernestinum“ Prag, Gradschin 57.

(Gegründet im Jahre 1871 und erhalten vom St. Anna Frauenvereine in Prag.)

Wissenschaft und Praxis sind längst zu der Überzeugung gelangt, daß für ein schwachsiniges Kind die beste Erziehungsstätte eine den modernen Anforderungen der Schwachsinigen-erziehung entsprechende Anstalt ist, während die Familienpflege nach Ansicht hervorragender Ärzte und Pädagogen in den meisten Fällen sich als ungeeignet erweist, da den Eltern und Lehrern die zur Erziehung eines solchen Kindes nötigen Kenntnisse und Erfahrungen mangeln. In der gewöhnlichen Schule kann ein schwachsiniges Kind dem Unterrichte nicht folgen, und dient seinen Schulgenossen als Zielscheibe des Spottes und Gelächters, andererseits trägt der Privatunterricht eines solchen bedauernswerten Geschöpfes die Fehler des Privatunterrichtes überhaupt, möge der Lehrer in der Schwachsinigenerziehung noch so erfahren sein. Seine eigentliche Heimat findet das schwachsinige Kind nur in der Anstalt, wo es unter den ihm geistig nahestehenden Kindern sich viel heimischer fühlt, als zu Hause und in der gewöhnlichen Gesellschaft; der Unterricht, die ganze Erziehung ist seiner Minderwertigkeit angepaßt und nur so kann das Kind geistig gedeihen und erwerbsfähig werden.

Die vom St. Anna Frauen-Vereine erhaltene Schwachsinigenanstalt „Ernestinum“ besteht schon seit dem Jahre 1871; ihre Leitung ruht seit einigen Jahren in der Hand des in der Anstalt wohnenden Direktors, eines sachmännisch gebildeten Arztes, und bietet vor allem dadurch die Gewähr, daß alle Fortschritte der Idiotenpflege ebenso wie die der Medizin überhaupt den Zöglingen der Anstalt zugute kommen; überdies steht es den Angehörigen der Pflanzung frei, im Einverständnisse mit dem Direktor auf eigene Kosten auch Konsilien mit anderen Ärzten zu veranlassen.

Das Anstaltsgebäude, das ehemalige Palais Sternberg auf dem Gradschin, gewährt durch seine von allem Straßenlärm abgeschiedene, ruhige Lage die Vorteile eines Landaufenthaltes. Das vorgenannte Palais wurde zu dem Zwecke der Anstalt sehr glücklich adaptiert, da die ungewöhnlich hohen luftigen Räume, die herrliche, freie Lage inmitten eines großen Parkes den Anforderungen der Anstalt vollkommen gerecht werden, zumal der St. Anna-Frauen-Verein keine Mittel gescheut hat, um einerseits durch modern eingerichtete Bade- und Waschkloakalitäten und zahlreiche Ventilationsvorrichtungen, andererseits durch peinliche Reinlichkeit den Anforderungen der Hygiene zu entsprechen.

Außer einem dem Vereine gehörenden Garten steht den Zöglingen der größte Teil des oberen Hirschgrabens zur anschließlichen und freien Verfügung, den Seine Majestät der Kaiser in landesväterlicher Fürsorge unserer Anstalt überlassen hat, wo die Zöglinge in freien Stunden die nötige Erholung finden.

Die Anstalt strebt bei den Zöglingen eine sittlich-religiöse Erziehung in ihrer Muttersprache an, sorgt gewissenhaft für das körperliche Gedeihen der Zöglinge und für eine den körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung derselben.

Die Zöglinge werden in vier Abteilungen unterrichtet:

1. Kindergarten für die ganz kleinen Zöglinge. Beschäftigung der Kinder sind verschiedene Kinderpiele und einfache Fröbelarbeiten.

2. Vorschule, als Vorbereitung für den eigentlichen Schulunterricht. Täglicher Sprachunterricht in der Muttersprache und Lautübungen nach Art der Taubstummenschulen zur Beseitigung der zahlreichen Sprachgebrechen schwachsiniger Kinder. Farben- und Formenunterricht. Fröbelarbeiten und einfachster Handfertigkeitsunterricht.

3. Schule nach den modernen Prinzipien der Heilpädagogik. Fortsetzung der Sprach- und Lautübungen. Täglicher Handfertigkeitsunterricht der Knaben in Kartonage, Modellieren, Laubsägearbeiten, Holzweberei, Wäscheileverfertigung, der Mädchen im Stricken, Nähen, Sticken und Ausnähen.

4. Fortbildungsschule für Zöglinge, welche schon das schulpflichtige Alter überschritten haben und für eine Erwerbsbeschäftigung vorbereitet werden. Dieser Unterricht, zweimal wöchentlich, ist mehr eine Auffrischung des früheren Schulunterrichtes. Die eigentliche Beschäftigung finden solche Zöglinge in den unter sachmännlicher Aufsicht stehenden Werkstätten (Korbflecherei, Tischler-, Schuster- und Matratzenwerkstätte). Außerdem arbeiten die erwachsenen Zöglinge als Gärtnergehilfen im Parke, wo ein großer Gemüsegarten unter Aufsicht des Anstaltsgärtners von ihnen besorgt wird.

Die erwachsenen Mädchen finden in der Anstaltsküche, im Bügelzimmer und bei den verschiedenen Hausarbeiten Verwendung.

Aufnahmebedingungen.

1. Das Ernestinum hat den Zweck, bildungsfähige, schwachsinige Kinder beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nation unter entsprechender Trennung der

Geschlechter in Pflege zu nehmen, sie sittlich religiös zu erziehen und möglichst zur Erwerbsfähigkeit heranzubilden.

Schwere, bildungsunfähige Idioten können nur bedingungsweise aufgenommen werden. (Siehe Punkt 14.)

2. Zur Aufnahme geeignet sind schwachsinige Kinder beiderlei Geschlechtes, welche in der Regel das 6. Lebensjahr vollendet und das 13. nicht überschritten haben. Ausnahmen von dieser Regel bestimmt lediglich der Ausschuss des St. Anna Frauen-Vereines.

3. Die Aufnahme kann nur erfolgen entweder auf persönliche ärztliche Untersuchung des Aufzunehmenden durch den Anstaltsdirektor oder auf Grundlage eines ärztlichen Zeugnisses unter Verwendung des von der Anstaltsdirektion zu beziehenden Formulares (ärztlicher Fragebogen).

4. Dem Aufnahmgesuche sind folgende Personaldokumente beizuschließen:

- a) Taufschein oder Geburtschein,
- b) Heimatschein,
- c) das Impfzeugnis,
- d) vorhandene Schulzeugnisse und andere pädagogische Berichte.

5. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind:

- a) blinde, taubstumme oder sonst mit einem schweren körperlichen Gebrechen behaftete,
- b) in höherem Grade epileptische oder geisteskrante Kinder.

6. Die Verpflegungsgebühr beträgt für einen Zahlgögling für ein Jahr 700 Kronen, wofür der aufgenommene Zögling die Wohnung einschließlich Beheizung und Beleuchtung im Anstaltsgebäude, ein komplettes Bett samt Bettwäsche, entsprechende, nahrhafte Kost unter Ausschluß von alkoholhaltigen Getränken, Wartung und Bedienung, Reinigung und Ausbesserung von Wäsche und Kleidern und eine entsprechende ärztlich-pädagogische Behandlung zu beanspruchen hat.

Außerdem wird bei der Aufnahme eine Kaution in der Höhe der $\frac{1}{4}$ jährigen Alimentationsgebühr erlegt, welche fruchtbringend angelegt und bei Austritt des Zöglings samt den aufgelaufenen Interessen der Partei — die Erfüllung aller Verbindlichkeiten, für welche die Kaution haftet, vorausgesetzt — wieder ausgefolgt wird.

7. Für unreine Zöglinge wird außer der ausbedungenen Alimentationsgebühr ein Bettreinigungsgeld und Erhaltungspauschale von jährlichen 50 Kronen gezahlt.

8. Die oberrwähnte Alimentationsgebühr ist in $\frac{1}{4}$ jährigen Antizipat-raten am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober kosten- und portofrei an die Anstaltskassa zu entrichten. Wenn Zöglinge innerhalb des Quartales eintreten, so wird die Verpflegungsgebühr vom Tage des Eintrittes zunächst bis zum Vierteljahrsanfang zum Tagesfasse von 1.94 Kronen berechnet.

9. Über die Bedingungen der Aufnahme eines Zöglings in die Pflege der Anstalt wird ein besonderer Vertrag errichtet.

10. Jeder Zögling hat bei Eintritt in die Anstalt mindestens mitzubringen:

- | | | |
|--|---------------------------|----------------------|
| 6 Taghemden, | 4 Paar Sommer- und 4 Paar | 2 Badetücher, |
| 2 lange Nachthemden, | Winterstrümpfe, | 2 Paar Stiefel, |
| 6 Paar Unterhosen, | 6 Handtücher, | 1 Paar Hausschuhe, |
| 4 Nachtsachen und 4 Unter-
röcke bei Mädchen, | 6 Servietten, | 2 Wochentagskleider, |
| | 12 Taschentücher, | 2 Arbeitsschürzen. |

Diese Ausstattung von Wäsche und Kleidungsstücken muß sich in gutem, sauberen Zustande befinden. Sollte einem Zöglinge die hier angeführte Anzahl und Gattung der Kleidungs- und Wäschestücke nicht mitgegeben werden oder nicht genügen, so komplettiert die Anstalt das Erforderliche auf Kosten des Zöglings. Ebenso wird das uniforme Sonntagskleid, der Hut und Mantel zu möglichst billigen Preise von der Anstalt beigegeben. Sämtliche Auslagen für Bekleidung, Wäsche und Beschuhung sind jedoch in der Verpflegungsgebühr nicht eingerechnet, und werden vierteljährig nebst einer Nachricht über das Befinden der Zöglinge den Angehörigen zur Begleichung ausgewiesen.

11. Die Entlassung der Pfleglinge erfolgt nach freiem Ermessen der Anstalts-Direktion in folgenden Fällen:

- a) wenn der Zögling das 18. Lebensjahr erreicht hat;
- b) wenn der Pflegling vor dem 18. Lebensjahre soweit körperlich und geistig entwickelt ist, daß er unter entsprechender Leitung andernwärts nützlich verwendet werden kann;
- c) wenn derselbe sich als bildungsunfähig oder sonst wie als für die Anstalt ungeeignet erweist;
- d) wenn der Pflegling von einer chronischen und die Umgebung gefährdenden oder Ekstase erregenden Krankheit befallen wird;
- e) wenn der Zögling mit der Zahlung der Alimentationsgebühr 4 Wochen nach deren Fälligkeit im Verzuge ist.

Wird ein Zögling aus obstehenden Ursachen von der Anstalts-Direktion entlassen, so wird die Verpflegungsgebühr pro Tag (inkl. Austrittstag à 1 K 94 h berechnet, von der Quartalsgebühr abgezogen, und der Überrest dem Unterbringer rückerstattet.

Die Heimbeförderung eines Zöglings erfolgt unter allen Umständen auf seine Kosten. 12. Außerdem steht sowohl dem St. Anna Frauen-Vereine, als auch dem Unterbringer das Recht der vierteljährigen Kündigung in den im Abhänge 8 festgesetzten Terminen zu.

Wenn der Unterbringer vor Ablauf dieser Kündigungsfrist die Entlassung des Zöglings verlangt, so verfällt die ganze Quartalsgebühr zu gunsten der Anstalt.

13. Die durch schwere oder längere Krankheit bei außerordentlichen Anforderungen der Unterbringer des Zöglings erwachsenden Kosten haben die Unterbringer zu zahlen.

Im Falle des Absterbens des Zöglings wird der Vertrag aufgelöst und verfällt die für das Sterbequartal bereits gezahlte Alimentationsgebühr der Anstalt zur Deckung der Leichenkosten; der Mehrbetrag ist von den Unterbringern zu bestreiten.

14. Über Wunsch kann ein Zögling gegen entsprechende Erhöhung der Verpflegungsgebühr, soweit die Räume reichen, ein separates Zimmer und eigenes Pflegepersonal erhalten. Die Höhe der Verpflegungsgebühr bestimmt von Fall zu Fall der Ausschuss des St. Anna Frauen-Vereines. Unter diesen Modalitäten können auch bildungsunfähige Idioten im Eruestinum Unterkunft finden.

Ärztlicher Fragebogen über die Untersuchung eines schwachsinigen Kindes.

I. Personalien.

1. Zuname, Vorname.
2. Alter, Geburtsdatum, Religion.
3. Geburtsort und Land.
4. Zuständigkeitsort und Land.

II. Status praesens.

5. Körperlänge und Gewicht des Kindes.
6. Körperliche Beschaffenheit.
Körperbau, Hautbeschaffenheit, Fettreichtum, Muskulatur, Schädelumfang, Schädelform, besondere Charakteristik des Schädelbaues (Asymmetrien, Zustand der Nähte, Folgen von Verletzungen), Haarzustand, Gesichtsbildung, Gesichtsfarbe, Zähne, Hals, Brustkorb, Unterleib, Genitalien, Extremitäten.
Ist Mißbildung, Verkrümmung der Wirbelsäule, Kropf, Skrofuloze, Rachitis usw. vorhanden?
Besondere Untersuchung des Zirkulationssystems, Herz, Puls, Verteilung und Füllung der Gefäße an der Haut.
7. Sinnesorgane.
Zustand des Gesichtes- und Gehörinnes, des Geschmacks und Geruches, der Tastempfindung.
Schießt das Kind?
Ist Ptosis vorhanden?
Pupillenreflexe, Differenzen der Pupillen?
8. Sprachvermögen.
Ist die Sprache artifiziert oder unartifiziert oder fehlt sie ganz?
Spricht das Kind in zusammenhängenden Sätzen oder in abgerissenen Worten?
Spricht es von sich in der ersten Person?
Spricht es in Infinitiven?

Spricht es viel oder wenig?

Spricht es deutlich oder undeutlich, stammelnd oder stotternd?

9. Bewegungsvermögen.

Wie ist das Stehen, der Gang, die Bewegung des Kindes?

Bewegt es sich viel und lebhaft oder wenig und träge?

Leidet das Kind gegenwärtig an Krämpfen, epileptischen Anfällen oder choreatischen Zuckungen?

Sind Kontrakturen oder Lähmungen vorhanden?

Reflexe (Kniephänomene, Fußklonus, andere Reflexe).

10. Geistiger Zustand.

Wie ist das Auffassungs-, Urteils- und Erinnerungsvermögen?

Zeigt das Kind Aufmerksamkeit, oder ist es stumpfsinnig und zerstreut?

Kennt es Namen?

Hat es Wiedererkennungsgabe?

Hat es Nachahmungstrieb?

Kann es Gegenstände und Bilder unterscheiden?

Kennt es Farben, Formen, Zahlen?

Unterscheidet es die Einheit von der Mehrheit?

Hat es einen Begriff von der Zeit?

Hat es Sinn für Musik?

Hat das Kind Unterricht genossen?

Welchen? Wie lange?

Kann es lesen, schreiben, rechnen?

11. Gemütsart.

Ist das Kind apathisch oder reizbar und aufgeregt?

Ist es willig oder unfolgsam, gutmütig oder böshaft, still oder lebhaft?

Ist es wahrheitsliebend oder lügenhaft?

12. Verhalten.

Hält sich das Kind reinlich und meldet seine Notdurft an oder hat es unwillkürliche Entleerungen der Harnblase und des Darmes, nässt und verunreinigt es regelmäßig das Bett oder nur manchmal?

Kann es sich selbst ankleiden und waschen?

Kann es selbst essen und in welcher Weise?

Außert es eine übermäßige Eßbegier?

Hat es Speichelfluß?

Beschäftigt es sich und spielt es gern?

Lacht oder weint oder schreit es viel?

Außert es Vernichtungstrieb, Sammeltrieb, Neigung zum Entweichen, zur Onanie usw.?

Hat es auffallende Gewohnheiten und Sonderbarkeiten?

Ist es gesellig oder abgeschlossen?

III. Anamnese.

13. Name, Alter, Beschäftigung des Vaters und der Mutter? Gesundheitszustand und geistige Qualitäten der Eltern?
 Krankheiten derselben, Infektionskrankheiten, besonders Lues, Tuberkulose.
 Insbesondere: Sind die Eltern unter einander blutsverwandt und in welchem Grade?
 Sind sie dem Trunke ergeben?
 Leiden sie an Epilepsie, Hysterien, an anderen Nervenkrankungen oder an Geistesstörung? Kriminalität?
 Eventuell: In welchem Alter und an welcher Krankheit starben sie?
 Das wie vierte Kind?
14. Hat das Kind Geschwister?
 Wie viele?
 Wie alt sind diese?
 Wie ist ihr Gesundheitszustand?
 Kommen bei ihnen Fälle von Idiotie, Epilepsie, Weitschmerz und anderen Nervenkrankungen oder von Geistesstörung vor?
 Litten welche an Fräsen?
 In welchem Alter lernten sie gehen und sprechen?
 Eventuell: In welchem Alter und an welcher Krankheit starben sie?
15. Sind unter den Verwandten der Eltern (Großeltern, Onkel, Onkel, Tanten und deren Kinder) Nervenkrankungen, namentlich Epilepsie, Weitschmerz, Hysterie, sind Geistesstörungen, Blödsinn, Schwachsinn bekannt?
 Sind in der Familie Fälle von Selbstmord vorgekommen?
16. Wie verlief die Schwangerschaft der Mutter?
 Wie war die Geburt des Kindes?
 War die Ernährung eine natürliche oder künstliche?
 Wie ging das Zahnen vor sich?
 Wann lernte das Kind gehen?
 Wann lernte es sprechen?
17. An welchen Krankheiten hat das Kind gelitten?
 Hat es speziell Fräsen, Epilepsie, Weitschmerz gehabt?
18. In welcher Zeit zeigten sich die ersten Spuren der Idiotie; ist der Zustand angeboren oder erworben?
 Trat er plötzlich oder allmählich auf?
 Zeigt er einen progressiven, stationären oder retrograden Charakter?
19. Auf welche Ursache wird die Idiotie zurückgeführt?
 Schädigung durch Unfälle, schreckhafte Ereignisse, Not?
 Infektionen, Intoxikationen?
20. Wie sind die gesundheitlichen Verhältnisse des Aufenthaltsortes des Kindes in Hinsicht auf Luft und Bodenbeschaffenheit, Trinkwasser, Wohnungsverhältnisse und auf endemische Krankheiten?

IV. Gutachten.

21. Eignet sich das untersuchte Kind zur Aufnahme in die Lehr- und Beschäftigungsanstalt für bildungsfähige schwachsinige Kinder?

Speziell:

- a) Ist es schwachsinig?
- b) Ist es entwicklungs- und erziehungsfähig?
- c) Ist es pflegebedürftig?

Ort und Datum der Ausstellung:

Anmerkung: Dieser Fragebogen muß, von einem Arzte beantwortet, dem Gesuche um Aufnahme eines Zögling's ins Ernestinum beiliegen.

Direktion der Pflege- und Erziehungsanstalt für Schwachsinige „Ernestinum“ in Prag 57-IV.

MDr. Karl Herfort.

Blödsinnige.

Bei diesen unglücklichen Wesen kann es sich selbstverständlich um keinerlei Ausbildung handeln. Die Hauptaufgabe der Fürsorge für blödsinnige Kinder besteht darin ein Heim zu schaffen, in welchem sie geduldige Pflege und mechanische Beschäftigung im möglichsten Anschlusse an die Natur und an ein Leben im Freien finden.

Bis jetzt gibt es für uns in Böhmen noch keinen Ort, wo man derartige Kinder unterbringen könnte. Sie verkommen elend und sind nicht selten — besonders als Brandstifter — eine Gefahr für die Gemeinde.

Geisteskranke.

Die geisteskranken Kinder finden bei uns Unterkunft und Behandlung in den allgemeinen Irrenanstalten. Eine ausführliche Darstellung der Verhältnisse, besonders in bezug auf Statistik, Vererbung, Heilmethoden und Erfolg muß berufenen Fachmännern vorbehalten bleiben.

16. Epileptiker.

Der Epileptikerfürsorge dienen in Böhmen 2 Vereine: der deutsche Verein für Epileptikerfürsorge (Obmann: Hofrat Prof. Dr. A. Pick) und der utraquistische Verein zum Wohle epileptischer Kranker (Obmann: Prof. Dr. Severoch). Der letztgenannte Verein erhält eine Anstalt für Epileptiker in Prag-VIII. „Valentinum“, über welches im nachfolgenden die Aufnahmebedingungen und die Hausordnung veröffentlicht werden. Die Anstalt, welche eine unbedingte Notwendigkeit war, wird tjehechisch geführt und erfreut sich eines weitgehenden Entgegenkommens seitens der Verwaltung des Landes-

weisenfonds. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß auch den deutschen Gemeinden die schwere Sorge für die ihnen zur Last fallenden Epileptiker abgenommen würde. Die vom deutschen Vereine für Epileptikerfürsorge durchgeführte statistische Erhebung über die Verhältnisse der Epileptiker in Böhmen ist noch nicht abgeschlossen.

Vor allem ist es nötig, den deutschen Verein für Epileptikerfürsorge, dessen Leitung in den berufensten Händen liegt, derart zu unterstützen, daß er seine wohldurchdachten, segensreichen Pläne verwirklichen kann. Der deutsche Verein hat folgende Statuten.

Statuten des deutschen Vereines für Epileptikerfürsorge in Prag.

§ 1. Name und Sitz des Vereines.

Der Name des Vereines lautet: „Deutscher Verein für Epileptikerfürsorge in Prag“; derselbe hat seinen Sitz in Prag.

§ 2. Zweck des Vereines.

Der Verein widmet sich der Fürsorge für unbemittelte Epileptiker, ohne Rücksicht auf deren Geschlecht, Glaubensbekenntnis oder Volkszugehörigkeit und zwar:

- a) durch unentgeltliche ärztliche Behandlung und unentgeltliche Verabreichung von Medikamenten;
- b) durch Errichtung von Versorgungs- und Krankenanstalten sowie von Kolonien, in denen arme Epileptiker auf Kosten des Vereines, bemittelte Epileptiker aber auf eigene Kosten, versorgt, ärztlich behandelt und gepflegt werden;
- c) durch Einrichtungen und Maßnahmen, die zum Zwecke des Vereines dienen.

§ 3. Vereinsmittel.

Die Mittel des Vereines werden aufgebracht durch:

- a) Mitgliederbeiträge;
- b) Spenden, Stiftungen, Legate, Sammlungen etc.;
- c) Erträge der vom Vereine errichteten Anstalten;
- d) Erträge des Vereinsvermögens.

§ 4. Verwendung der Vereinsmittel.

Die Mittel des Vereines werden zu dem in § 2 bezeichneten Zwecke verwendet.

§ 5. Vereinsmitglieder.

Der Verein besteht aus:

- a) Ehrenmitgliedern,
- b) stiftenden Mitgliedern,
- c) gründenden Mitgliedern,
- d) ordentlichen Mitgliedern.

Zu Ehrenmitgliedern werden über Vorschlag des Vereinsausschusses von der Generalversammlung Personen ernannt, die sich entweder um den Verein selbst oder die Epileptikerfürsorge im allgemeinen hervorragende Verdienste erworben hatten.

Der Mindestbeitrag für stiftende Mitglieder beträgt 2000 K, für gründende Mitglieder 200 K; ordentliche Mitglieder haben einen Jahresbeitrag von mindestens 1 K zu leisten.

§ 6. Wahlen.

Die Wahlen erfolgen durch die Vereinsmitglieder mit absoluter Majorität.

§ 7. Vereinsausschuß.

Der Ausschuß wird von der Generalversammlung gewählt und besteht aus 6 Mitgliedern, nämlich dem Obmann, dem Obmannstellvertreter, dem Kassier, dem Schriftführer und zwei Beisitzern.

Die Funktionsdauer der Ausschußmitglieder beträgt drei Jahre; Wiederwahl ist gestattet.

§ 8. Tätigkeit des Vereinsausschusses.

Der Vereinsausschuß leitet in regelmäßigen Sitzungen die Tätigkeit des Vereines. An seiner Spitze steht der Obmann, der die Ausschuß- und Vereinsitzungen einberuft und leitet und den Verein nach außen und vor den Behörden vertritt. Falls der Obmann verhindert ist, übernimmt seine Funktionen der Obmannstellvertreter, eventuell das an Lebensjahren älteste Ausschußmitglied.

Der Kassier verwaltet das Vereinsvermögen, führt die Rechnungen und Bücher des Vereines und ist verpflichtet, alljährlich bei der Generalversammlung einen Kassabericht zu erstatten.

Der Schriftführer verfaßt die Schriftstücke des Vereines und führt die Sitzungsprotokolle. Alle Urkunden und Schriftstücke müssen vom Obmann, beziehungsweise dessen Stellvertreter und einem Ausschußmitgliede gezeichnet sein.

Die Ausschußmitglieder üben ihre Funktionen unentgeltlich aus.

Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Ausschußmitglieder in der Sitzung anwesend ist. Seine Beschlüsse werden mit absoluter Majorität gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 9. Revisoren.

Von der Generalversammlung werden zwei Revisoren auf drei Jahre gewählt, welche die Pflicht haben, die Vereinsrechnungen zu prüfen und sich von dem Stande des Vermögens und der Art seiner Verwaltung durch Einsichtnahme der Geschäftsbücher zu überzeugen.

Die Revisoren haben der Generalversammlung über die Vermögensgebarung des Vereines während des abgelaufenen Geschäftsjahres schriftlich Bericht zu erstatten und sich über die Richtigkeit des von dem Kassier erstatteten Kassaberichtes zu äußern. Das Vereinsjahr fällt mit dem Kalenderjahre zusammen.

§ 10. Generalversammlung.

Die Generalversammlung findet alljährlich in den ersten Monaten, spätestens bis Ende März, statt und wird vom Ausschusse durch Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände in Prager deutschen Tagesblättern einberufen.

Der Generalversammlung sind die Berichte des Ausschusses, des Kassiers und der Revisoren vorzulegen; sie entscheidet über Anträge des Ausschusses und nimmt die Wahl der Ausschußmitglieder und Revisoren vor.

Jedes Mitglied hat das Recht, in der Generalversammlung Anträge zu stellen.

§ 11. Schiedsgericht.

Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern aus dem Vereinsverhältnisse entscheidet endgültig und ohne Gestattung eines Rechtszuges der Vereinsausschuß als Schiedsgericht.

Wenn derlei Streitigkeiten jedoch zwischen dem Vereinsausschusse und einem Vereinsmitgliede entstehen, sind dieselben von einem aus Vereinsmitgliedern gebildeten Schiedsgerichte endgültig und ohne Gestattung eines Rechtszuges zu entscheiden, für welches sowohl der Vereinsausschuß als auch das Vereinsmitglied je zwei Schiedsrichter ernannt.

Sollte diese Bestellung nicht erfolgen, so hat der nicht säumige Teil alle vier Schiedsrichter zu bestellen. Die Schiedsrichter wählen mit Stimmenmehrheit den Vorsitzenden; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 12. Geschäftssprache.

Die Sprache des Vereines ist ausschließlich sowohl im inneren als äußeren Verkehre die deutsche. Ein Antrag auf Aenderung dieses Paragraphen bedingt die Auflösung des Vereines.

§ 13. Auflösung des Vereines.

Über die Auflösung des Vereines entscheidet die Generalversammlung, ebenso über die Verwendung des Vermögens im Falle der Auflösung.

Diese Satzungen sind mit Erlaß der k. k. Statthalterei in Böhmen ddto. Prag, den 27. Feber 1905, Z. 411.901 genehmigt worden.

Es folgen weiters die Statuten des utraquistischen Vereins zum Wohle epileptischer Kranker und Wissenswerthes über das Valentinum.

Statuten des Vereines zum Wohle epileptischer Kranker.

§ 1. Name und Sitz des Vereines.

Der Verein zum Wohle epileptischer Kranker hat seinen Sitz in Prag.

§ 2. Tendenz des Vereines.

Die Tendenz des Vereines ist eine utraquistische.

§ 3. Zweck des Vereines.

Der Verein hat den Zweck die Lage armer Epileptiker zu verbessern, was in nachstehender Weise angestrebt wird;

1. durch Errichtung einer Versorgungs-Anstalt für arme Epileptische in Prag und durch Errichtung von Erziehungsanstalten für epileptische Kinder;
2. durch Errichtung von Beschäftigungsanstalten und Kolonien für erwachsene Epileptiker;
3. durch andere zweckentsprechende Einrichtungen.

§ 4. Mittel des Vereines.

Diese sind:

1. Mitgliederbeiträge;
2. Geld- und Sachspenden, Stiftungen, Legate u. dgl.;
3. Sammlungen, Feste und dgl. behördlich gestattete Veranstaltungen;
4. Kostgelder zahlender Zöglinge der Vereinsanstalt;
5. Arbeitsertrag der Zöglinge.

§ 5. Verwendung der Einnahmen.

Beiträge der beitragenden Mitglieder, Zinsen der angelegten Kapitalien, Sachspenden, Kostgelder der zahlenden Zöglinge und der Arbeitsertrag bilden die laufenden Einnahmen, wovon die Vereinsanslagen zu decken sind; die übrigen Einnahmen sollen soviel als möglich zur Bildung eines Stammvermögens verwendet werden, zu welchem der in einem oder dem andern Jahre sich ergebende Überschuß den laufenden Einnahmen zuzuschlagen ist.

§ 6. Protektorat.

Protektor des Vereines ist Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal, Fürsterzbischof von Prag.

§ 7. Mitglieder.

Der Verein besteht aus: Ehrenmitgliedern, Stiftern, gründenden, tätigen und beitragenden Mitgliedern.

Ehrenmitglieder werden über Antrag des Verwaltungsausschusses für ihre Verdienste um den Verein von der Generalversammlung ernannt.

Stifter des Vereines sind jene physischen oder moralischen Personen, welche zum Wohle des Vereines auf einmal 5000 Kronen spenden.

Gründende Mitglieder sind jene, welche zu Vereinszwecken mindestens Kronen 500 widmen. Das Andenken sowohl der Ehrenmitglieder, wie auch der Stifter und gründender Mitglieder wird bleibend auf angemessene Art in den Anstalten gewahrt.

Tätige Mitglieder werden jene, welche sich beim Verwaltungsausschusse als solche anmelden und jährlich mindestens 5 Kronen erlegen.

Beitragende Mitglieder werden solche, welche sich beim Verwaltungsausschusse als solche anmelden und mindestens 2 Kronen beitragen.

§ 8. Wohltäter des Vereines.

Wohltäter des Vereines sind jene, welche zwar nicht Mitglieder des Vereines sind, aber denselben mit einer Spende bedenken. Der Verwaltungsausschuß führt zum dauernden Andenken ein Verzeichnis der Wohltäter und ihrer Spenden.

§ 9. Die Vereinsverwaltung.

Der Verwaltungsausschuß besorgt die gänzliche Verwaltung des Vereines. Den ersten Verwaltungsausschuß bilden die bisher tätigen Mitglieder auf Grund ursprünglicher Vereinsstatuten. Die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses darf nicht unter 15 sinken, aber die Zahl 21 auch nicht übersteigen.

Neue Mitglieder des Verwaltungsausschusses werden über Antrag des Exekutivkomitees vom bestehenden Verwaltungsausschusse gewählt und dies aus den Reihen der tätigen Vereinsmitglieder.

Ein Mitglied des Verwaltungsausschusses wird der Mitgliedschaft verlustig, wenn

1. selbes aus dem Verwaltungsausschusse oder dem Vereine austritt,
2. wenn ein solches in 6 nacheinanderfolgenden Sitzungen nicht anwesend war, ohne sich aus wichtigen Gründen entschuldigt zu haben. Über die Stichhaltigkeit der Entschuldigung entscheidet das Exekutivkomitee.

3. Wenn selbes über Antrag des Exekutivkomitees mit $\frac{3}{4}$ der Stimmenzahl des Verwaltungsausschusses aus dem Vereine ausgeschlossen wurde.

Der Verwaltungsausschuß wählt aus seiner Mitte ein 7gliedriges Exekutivkomitee, wobei die absolute Majorität entscheidet, u. zw. den Präsidenten, 2 Vizepräsidenten, den Geschäftsleiter, Kassier und 2 Schriftführer, u. zw. auf 3 Jahre. Das Exekutivkomitee hat das Recht, alles durchzuführen, dessen die Verwaltung der Anstalt dringend benötigt, muß dies aber stets in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zur nachträglichen Genehmigung vorlegen; in allen anderen Fällen sind die Vereinsangelegenheiten im Verwaltungsausschusse zu verhandeln und deren Durchführung zu beschließen.

Das Exekutivkomitee beantragt dem Verwaltungsausschuß die Aufnahme neuer Mitglieder desselben u. zw. durch Kooptation aus den Reihen der tätigen Mitglieder oder die Anschließung der Verwaltungsausschußmitglieder, beantragt ferner die Abhaltung der Generalversammlung, die Ernennung von Ehrenmitgliedern und wählt im Bedarfsfalle auch den Vorsitzenden des Schiedsgerichtes.

§ 10. Die Dauer der Funktionstätigkeit.

Die Mitglieder des Exekutivkomitees werden auf 3 Jahre gewählt. Resigniert ein Mitglied des Exekutivkomitees oder erfolgt sein Abgang durch den Tod, wird an seiner statt aus dem Verwaltungsausschusse die Zahl der nominierten Mitglieder ergänzt u. zw. auf den Rest der noch laufenden dreijährigen Funktionsdauer.

§ 11. Pflichten der Vereinsfunktionäre.

Der Präsident beruft die Vereinsitzungen, führt den Vorsitz und leitet die Vereins-tätigkeit; derselbe hat die Obergewalt über die Vereinsanstalten, repräsentiert den Verein nach außen und gegenüber den Behörden und fertigt alle Schriften des Vereines rechtsgültig.

Die Vizepräsidenten unterstützen den Präsidenten in seiner Vereins-tätigkeit und vertreten denselben im Falle seiner Abwesenheit, oder Unpäßlichkeit, oder sonstiger Verhinderung.

Der Geschäftsleiter empfängt alle Zuschriften und Urkunden, welche den Verein betreffen, führt die Vereinsagenda, unterfertigt mit dem Präsidenten alle Vereinsurkunden, berichtet über die Tätigkeit des Exekutivkomitees dem Verwaltungsausschusse und stellt den Jahresbericht für die Generalversammlung zusammen.

Der Vereinskassier führt die Verwaltung des Vereinsvermögens und berichtet im Verwaltungsausschusse über den Stand der Kassa, desgleichen auch in der Generalversammlung. Die Rechnungen und Anweisungen kann derselbe nur dann honorieren, wenn sie vom Präsidenten und Geschäftsleiter gemeinschaftlich oder vom vertretenden Vizepräsidenten mit dem Geschäftsleiter unter der Vereinsstempelung gefertigt sind.

Die Schriftführer führen in jeder Sitzung das Protokoll in beiden Landessprachen, einer führt das Mitgliederverzeichnis, der andere ein Verzeichnis über die Spenden der Wohltäter und beide stehen dem Geschäftsleiter in den schriftlichen Arbeiten zur Seite.

§ 12. Von der Generalversammlung.

Die Generalversammlung wird jedes Jahr einmal einberufen u. zw. im Monate März; die Zeit und der Ort, wo selbe abgehalten wird, wird in den Tagesblättern vom Geschäftsleiter rechtzeitig veröffentlicht. An der Generalversammlung können nicht nur alle Mitglieder, sondern auch Vereinswohltäter teilnehmen; das Wahlrecht steht aber nur den Vereinsmitgliedern zu.

Die Generalversammlung kann nur dann abgehalten werden, wenn mindestens 30 Mitglieder anwesend sind. Sollten aber 30 Mitglieder nicht anwesend sein, so wird die Generalversammlung eine Stunde später ohne Rücksicht auf die anwesende Mitgliederanzahl abgehalten.

Der Generalversammlung steht das Recht zu, den Geschäfts-, Kassa- und Revisionsbericht nebst Angabe der Mitgliederanzahl zur Kenntnis zu nehmen.

Die Generalversammlung wählt 2 Revisoren und über Antrag des Verwaltungsausschusses die Ehrenmitglieder.

Die Generalversammlung entscheidet über Antrag des Verwaltungsausschusses, ob der Verein aufgelöst werden soll oder nicht. Der Antrag ist dann als angenommen zu betrachten, wenn $\frac{2}{3}$ der anwesenden Mitglieder hierfür stimmen.

Die Generalversammlung hat das Recht, über eingebrachte freie Anträge zu beschließen und hat deren Ausführung der Verwaltungsausschuss in reifliche Erwägung zu ziehen.

Über die während der Verhandlung gestellten Anträge wird nicht sogleich verhandelt, sondern selbe werden dem Verwaltungsausschuss zugewiesen.

Die freien Anträge für die Generalversammlung müssen aber dem Präsidenten mindestens 14 Tage vor Abhaltung dieser Sitzung schriftlich zukommen, wenn über selbe verhandelt werden soll. Alle später eingebrachten Anträge bleiben unberücksichtigt.

§ 13. Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Exekutivkomitees.

Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses werden nach Möglichkeit jeden Monat abgehalten. Die Sitzungen des Exekutivkomitees ruft der Präsident nach Bedarf öfter ein. Eine außerordentliche Sitzung des Exekutivkomitees ruft der Präsident dann ein, wenn mindestens 3 Mitglieder desselben eine solche wünschen; desgleichen wird eine Sitzung des Verwaltungsausschusses dann einberufen, wenn mindestens 8 Mitglieder desselben darum ansuchen.

§ 14. Die Verhandlungen des Vereines.

Die Verhandlungen jeder Sitzung leitet der Präsident; ihre Beschlüsse geschehen auf Grund einfacher Mehrheit. Damit sowohl der Verwaltungsausschuss als auch das Exekutivkomitee beschlussfähig werde, ist mindestens die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder notwendig. Über dringende Angelegenheiten kann der Präsident auch per rollam die Abstimmung veranlassen.

Urkunden und Vereinschriften haben nur dann ihre Gültigkeit, und werden erst dann rechtswirksam, wenn dieselben mit der Vereinsstempelpfle, der Unterschrift des Präsidenten oder Vizepräsidenten und derjenigen des Geschäftsleiters versehen sind.

§ 15. Revisoren.

Die Revisoren werden von der Generalversammlung auf ein Jahr gewählt und dies aus der Mitte jener Mitglieder, welche dem Verwaltungsausschuss nicht angehören. Die Revisoren haben stets das Recht, wenn sie die Notwendigkeit einer Revision für geboten halten, selbe vorzunehmen, und die Pflicht aber mindestens einmal im Jahre sowohl die Bücher, als auch den Vermögensstand des Vereines zu prüfen und hievon nicht nur dem Verwaltungsausschuss, sondern auch der Generalversammlung Bericht zu erstatten.

§ 16. Schiedsgericht.

Über zwischen Vereinsmitgliedern aus dem Vereinsverhältnisse entstandene Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht, in welches jede der streitenden Parteien zwei Vertrauensmänner aus Vereinsmitgliedern wählt. Die Vertrauensmänner wählen aus den Reihen des Verwaltungsausschusses ihren Obmann. Falls eine Einigung nicht erzielt werden sollte, erneunt das Exekutivkomitee diesen Obmann selbst. Jeder Streit muß, ehe zur Wahl der Vertrauensmänner geschritten wird, dem Präsidenten angezeigt werden. Im Falle eines Streites zwischen dem Ausschuss und den Vereinsmitgliedern, wählen beide Parteien ebenfalls die Vertrauensmänner in das Schiedsgericht. Sollen sich dieselben über die Person des Obmannes des Schiedsgerichtes nicht einigen, entscheidet das Los unter den Vorgeslagenen.

Der Obmann des Schiedsgerichtes bestimmt den Parteien und den Vertrauensmännern Zeit und Ort der Verhandlung. Das Nichterscheinen einer Partei spricht zu Gunsten der erschienenen Partei. Ebenso wenn die von einer Partei gewählten Vertrauensmänner die Wahl anzunehmen oder das Amt auszuüben sich weigern sollten.

Gegen den Urteilspruch des Schiedsgerichtes ist jede Berufung ausgeschlossen.

§ 17. Statutenänderung.

Über Antrag des Exekutivkomitees beschließt der Verwaltungsausschuss mit $\frac{2}{3}$ Stimmenzahl der Anwesenden die Änderung der Statuten.

§ 18. Auflösung des Vereines.

Der Antrag auf Auflösung des Vereines kann vom Exekutivkomite aber nur im Einverständnisse mit dem Herrn Protektor gestellt werden. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsausschuß und es ist dieser Antrag nur dann als angenommen zu betrachten, wenn $\frac{2}{3}$ der Mitglieder des Verwaltungsausschusses bei Anwesenheit von mindestens $\frac{3}{4}$ der Mitglieder hierfür stimmen.

Ebenso entscheidet in diesem Falle der Verwaltungsausschuß mit $\frac{2}{3}$ Majorität, was mit dem Vereinsvermögen zu geschehen habe. Diese Anträge aber müssen der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt werden, welche über dieselben mit absoluter Majorität zu beschließen hat.

Diese Statuten wurden von der h. k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen mit dem Erlasse vom 11. Mai 1906, Nr. 107.728 bestätigt.

Bestimmungen betreffend die Aufnahme von Pfleglingen in das Epileptiker-Heim „Valentinum“ in Prag-VIII.

1.

Als Pfleglinge werden epileptisch Kranke beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nationalität aufgenommen u. zw. vom 8. Lebensjahre an. Ausgeschlossen sind Personen, die mit geistigen Gebrechen behaftet sind.

2.

Pfleglinge werden aufgenommen 1. gegen Zahlung, 2. unentgeltlich.

Der Verpflegungsbetrag für die I. Klasse wird berechnet mit jährlich 1200 Kronen, für die II. Klasse mit 600 Kronen. Pfleglinge der III. Klasse werden gegen geringere Zahlungen, in besonderen Fällen unentgeltlich aufgenommen. Die Verpflegungsgelder werden in der Kanzlei des Heims in vierteljährigen Antizipatraten eingezahlt. Die 1. Rate ist demgemäß beim Eintritte in das Heim zu entrichten. Zur Deckung besonderer Auslagen ist ein Vorschuß in der Höhe der $\frac{1}{4}$ -jährigen Verpflegstaxe zu leisten. Ist dieser Vorschuß verausgabt, so muß derselbe über Aufforderung sofort erneuert werden.

Im Todes- oder Entlassungsfalle des Pfleglings wird der Verpflegungsbetrag zum Tage des Todes oder der Entlassung berechnet und der Rest sowie der Rest des Vorschusses nach Abzug der erwachsenen Auslagen dem Vertreter ausgezahlt.

Der Verein hat das Recht, die Verpflegstaxen jährlich zu prüfen und nach Gutdünken zu ändern.

Findet sich der Ausschuß bestimmt, die Verpflegstaxen zu erhöhen, so gibt er dies durch ein rekommandiertes Schreiben bekannt und bezeichnet auch den Tag, an welchem die Erhöhung in Kraft tritt. Gibt der Vertreter binnen 14 Tagen nach Übergabe dieses Schreibens der Post keine Kündigung, so wird angenommen, daß er mit der Erhöhung einverstanden ist.

3.

Das Gesuch (ungestempelt) um Aufnahme hat jene Person eigenhändig zu unterschreiben und zu überreichen, welche sich zur Erhaltung des Pfleglings verpflichtet und ihn der Anstalt gegenüber vertritt (der Vertreter des Pfleglings).

Dem Gesuche ist beizugeben:

1. der Tauf- oder Geburtschein, der Heimatschein und das Impfszeugnis des Kranken;
2. ein ärztliches Zeugnis nach dem beiliegenden Fragebogen.
3. Jene, welche um Aufnahme in die III. Verpflegsklasse ansuchen, haben ein amtlich beglaubigtes Armutzeugnis der Eltern beizulegen.

Das Gesuch ist zu richten an Prof. Heberoch, Prag 251—I.

4.

Jeder Kranke, der um Aufnahme ansucht, muß sich an dem ihm bestimmten Tage und Orte zur ärztlichen Untersuchung einfinden.

Über die Aufnahme des Pfleglings entscheidet das Exekutivkomitee des Vereines; Gründe, warum der Kranke nicht aufgenommen wurde, müssen der betreffenden Partei nicht bekanntgegeben werden.

Das Aufgenommene kann sofort in das Heim eintreten.

5.

In Angelegenheit des Pfleglings verhandelt die Anstalt ausschließlich mit dem Vertreter, der nach § 3 um die Aufnahme des Pfleglings angeht hat.

6.

Der aufgenommene Kranke muß folgende Ausstattung in gutem Zustande mitbringen:
Der Knabe:

einen Feiertagsanzug, einen Wochentagsanzug, ein Paar Beinkleider, einen Winterrock, 2 Paar Schuhe, 2 Hüte (Mützen), 6 Taghemden, 3 Nachthemden, 4 Paar Unterhosen, 6 Paar Strümpfe, 6 Taschentücher, 2 Arbeitschürzen, einen Kamm, eine Zahnbürste, ein Paar Pantoffel.

Das Mädchen:

einen Feiertagsanzug, einen Wintermantel, 2 Blusen, 2 Oberkörbe, 2 Paar Schuhe, 3 Kopftücher, 6 Hemden, 6 Paar Strümpfe, 6 Taschentücher, 6 Schürzen, einen Kamm, eine Zahnbürste, ein Paar Pantoffel.

Bei Kranken der II. Klasse fällt die Sorge um die weitere Bekleidung den Angehörigen zu, bei Kranken der III. Klasse sorgt hierfür der Verein.

7.

Der Verein zum Wohle epileptisch Kranker bietet den Pfleglingen in seinem Heime Wohnung und Kost, die notwendigen Medikamente, er sorgt für ihre ärztliche Behandlung, ihre Erziehung und die Ausbildung in irgend einem Handwerke. Die Wahl der Beschäftigung des Kranken bleibt der Direktion des Heimes überlassen. Der Ertrag der von allen Kranken geleisteten Arbeiten fällt dem Vereine zu.

8.

Der aufgenommene Kranke darf gegen eine $\frac{1}{4}$ -jährige Kündigung seines Vertreters (§ 3.) austreten. Hat der Kranke ohne Kündigung die Anstalt verlassen, so fällt das $\frac{1}{4}$ -jährige Verpflegungsgeld vom Tage des Abganges oder der Kündigung an gerechnet zu Gunsten des Vereins. Der Verein hat das Recht, Kranke, welche zum Verbleiben im Heime nicht geeignet sind, nach $\frac{1}{4}$ -jähriger Kündigung oder nötigenfalls sofort zu entlassen; in diesem Falle wird nach Abzug der erwachsenen Kosten der restliche Vorschuß sowie das Verpflegungsgeld vom Tage des Austrittes an zurückgezahlt. Der Verein hat das Recht, Kranke, welche irrsinnig und dadurch der Anstalt gefährlich geworden sind, in eine Irrenanstalt überführen zu lassen, sofern sich die Familie die Überführung in ein Sanatorium nicht ausbedungen hat.

Im Falle, daß sich der Geisteszustand des Kranken gebessert hat, kann dieser auf Grund eines neuen Besuches ins Heim wieder aufgenommen werden.

Gesuche zur Aufnahme von Jünglingen:

Löblicher

Verein zum Wohle epileptischer Kranker in Prag.

Der Unterzeichnete bittet, daß geboren in
Bezirk, zuständig nach, Bezirk, in das
Epileptiker-Heim „Valentinum“ als Pflegling aufgenommen werde.

Dem Unterzeichneten sind die Aufnahmebestimmungen und die Hausordnung vollinhaltlich bekannt, und er unterzieht sich denselben in ihrem vollen Umfange.

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, wie dies in den betreffenden Bestimmungen vorgeschrieben ist, in der Kanzlei des Heims einen Verpflegungsbetrag von jährlich K in vierteljährigen Antizipattaten zu zahlen.

Der Unterzeichnete ist auch bereit, alle besonderen Mehrauslagen, welche dem Vereine in Angelegenheit des Pfleglings erwachsen, aus eigenen Mitteln zu begleichen und erlegt zu diesem Zwecke einen Vorschuß von K, den er im Falle erfolgter Aufforderung zu erneuern sich verpflichtet.

., am 190

(Unterschrift und Adresse:)

Die Richtigkeit der Unterschrift bestätigt das Gemeindeamt:

L. S.

Hausordnung des Epileptiker-Heims „Valentinum“.

1.

Die Hausordnung gilt für Pfleglinge, Angestellte, Besucher und alle jene, welche das Heim betreten.

2.

Der neu eintretende Kranke stellt sich dem Verwalter des Heims vor. Dieser trägt ihn in das Hauptprotokoll ein, bestimmt die Bettstätte, besorgt das Nötige und gibt dem Vertreter des Pfleglings Tag und Stunde der Besuchszeit an.

3.

Wer den Pflegling besuchen will, muß sich hiezu bei dem Verwalter des Heims oder dessen Vertreter die Erlaubnis erwirken. Die Dauer des Besuches darf die angelegte Frist nicht überschreiten. Der Besucher darf im Heim nicht rauchen, darf dem Pfleglinge weder Geld noch alkoholische Getränke noch Tabak mitbringen.

4.

Alle, die im Heime wirken, sind zur Verschwiegenheit über die Vorkommnisse dafelbst verpflichtet. Auch von den Besuchern wird vorausgesetzt, daß sie ihre berechtigten Meinungen vertrauensvoll der Direktion oder der Verwaltung mitteilen und selbe nicht der Öffentlichkeit preisgeben; dadurch wird Mißverständnissen vorgebeugt und den Pfleglingen nur gedient.

5.

Jeder Pflegling hält sich in den ihm angewiesenen Räumen auf und betritt nicht zwecklos andere Räumlichkeiten. Das Verweilen der Pfleglinge in Räumen, die dem anderen Geschlechte angewiesen sind, ist untersagt.

6.

Ohne Erlaubnis des Verwalters dürfen weder Pfleglinge noch Angestellte das Heim verlassen.

7.

Wünsche oder Beschwerden tragen die Pfleglinge oder Angestellte dem Verwalter oder allenfalls einem der Direktoren des Heims vor.

8.

Vom 1. Oktober bis zum 30. April wird im Heim um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom 1. Mai bis zum 30. September um 6 Uhr aufgestanden. Die Pfleglinge waschen und kleiden sich an, betten ihr Lager auf und besorgen das Lüften; zur bestimmten Zeit begeben sie sich an ihre Beschäftigung.

9.

Das Aufstehen am Morgen und das Aufräumen der Speisen aus der Küche wird durch Glockenzeichen angekündigt.

10.

Der ärztliche Direktor bestimmt jedem einzelnen Kranken Stunde und Dauer der Spaziergänge und des Verweilens im Garten.

11.

Die Kranken begeben sich um 9 Uhr zur Ruhe. Bei Tage das Bett benutzen ist nicht gestattet.

12.

Den Angestellten gewährt der Verwalter wöchentlich einen halbtägigen Ausgang.

13.

Jedem Pfleglinge wird wöchentlich ein Reinigungsbad verabfolgt. Die Wäsche wird an bestimmten Tagen gewechselt und in der Waschküche der Anstalt gewaschen.

14.

Der Genuß alkoholhaltiger Getränke und das Rauchen in der Anstalt ist verboten.

15.

In allen Räumen des Hauses ist die größte Reinlichkeit strengstens zu wahren; alle Räume müssen hinlänglich gelüftet werden.

16.

Zur Verhütung etwaiger Feuersgefahr ist die größte Vorsicht zu beachten.

17.

Der Verwalter des Heims stellt für je eine Woche den Speisezettel zusammen, der der Direktion zur Genehmigung vorgelegt wird. Bis 6 Uhr abends muß täglich der Speisezettel der Köchin abgegeben sein.

18.

Bei Verteilung der Speisen muß der Verwalter des Heims zugegen sein und sich von der Beschaffenheit und der genügenden Menge der Speisen überzeugen. — Alle Speisereste werden gesammelt und auf einem hiezu bestimmten Orte aufbewahrt. In der Küche darf mit Ausnahme der darin beschäftigten oder zum Austragen der Speisen bestimmten Personen niemand verweilen.

19.

Fremde dürfen nur mit Genehmigung der Direktion das Heim besichtigen.

Ärztlicher Bericht

über den Kranken, der um die Aufnahme in das Epileptikerheim „Valentinum“ bittlich wird.

(Dieser Bericht wolle detailliert von einem Arzte ausgefüllt und eventuell direkt vom Arzte an das „Valentinum“, Prag-VIII., zugesandt werden.)

Name und Vorname des Kranken:

Geburtsort:

Zuständigkeitsort:

Religion:

Adresse der Eltern oder des Kurators:

Letzter Aufenthaltsort:

Beruf:

Tag und Jahr der Geburt:

Stand:

A. Ätiologie der Epilepsie.

- I. Erbllichkeit (Epilepsie, Hysterie, Chorea, Trunksucht, Selbstmord, Verbrechen, Nerven- und Geisteskrankheiten der Eltern, der Geschwister oder der übrigen Blutsverwandten; waren die Eltern blutsverwandt? Das Alter der Eltern zur Zeit der Geburt des Kranken; wann und woran sind sie gestorben?)
- II. Andere Ursachen: Litt der Kranke an Fraisen? Welche Krankheiten hat er bisher durchgemacht? Erleidet er einen Unfall? Litt er an psychischen Aufregungen und an welchen? Welche Ursache wird für die Entstehung seiner Epilepsie angeführt?

B. Entwicklung und Zustand des Kranken.

- I. Körperliche Entwicklung des Kranken: (Verlauf der Schwangerschaft, der Niederkunft, Art der ersten Ernährung, Dentitionsperiode, körperliche Konstitution, somatische Degenerationszeichen.) Welche Krankheiten hat der Kranke durchgemacht?
- II. Geistesentwicklung des Kranken: (Wann fing er an zu gehen, zu sprechen, reinlich zu sein? Liebt er das Spiel? War er geistig normal, entwickelt oder verkümmert? Ist er in seiner Entwicklung zurückgeblieben? Wann? Wie prosperierte er in der Schule?)
- III. Derzeitiger Geisteszustand des Kranken: Ist er aufgeweckt? Wie ist seine Aufmerksamkeit, Gedächtnis, wie seine Urteilskraft; wie ist er hinsichtlich des Gefühles (ruhig, reizbar, sensitiv, heftig); wie ist sein Charakterzustand (arbeitsam, ordnungsliebend, reinlich, gehorsam, willig, andächtig, gutmütig, egoistisch, wahrheitsliebend, lügnerrisch, unruhig, ungesellig usw.)?

Ist er nicht schwachsinzig oder sogar blöde?

IV. Körperlicher Zustand des Kranken:

C. Über die Epilepsie.

- I. Wann sind die ersten Erscheinungen dieser Krankheit aufgetreten? Wie war der Anfang? (Schwindel, Zuckungen, Krämpfe?)

- II. Wie entwickelte sich die Krankheit?
- III. Was geht den Anfällen voran? Beschreibung des Anfalles; Dauer desselben. Welche Erscheinungen werden an dem Kranken nach dem Anfall beobachtet? (Schläfrigkeit, Gereiztheit, Fluchtlucht, Toblucht, Zerrinn?)
- IV. Wie oft und in welcher Stärke treten die Anfälle auf? Bei Tag, bei Nacht? Wird er dabei naß, zungenbissig?
- V. Wie wurde der Kranke bis jetzt behandelt? Mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolge?

D. Arbeitsfähigkeit des Kranken.

Zu welcher Arbeit ist der Kranke befähigt, welche verrichtet er am liebsten? Wie lange hält er bei einer Arbeit aus?

Wird die Ausnahme des Kranken ins Epileptikerheim „Valentinum“, dessen Zweck dahin geht, die Kranken in einem Handwerke auszubilden und für das praktische Leben vorzubereiten, empfohlen?

Anmerkungen:

Ort und Datum:

Unterschrift des Arztes:

17. Kindererforschung.

Es wurde bereits mit Bedauern darauf hingewiesen, daß sich die Kindererforschung bei uns so spärlicher Pflege erfreut. Gerade von diesem Boden aus ist eine intensive Einflußnahme auf die Heilerziehung verschiedener Kategorien bedürftiger Kinder zu erwarten. Der Rahmen für eine Betätigung auf diesem Gebiete ist — insoferne sich die Tätigkeit nicht in einer eigenen Sektion der Landeskommision für Kinderschutz und Jugendfürsorge, wie es am praktischesten wäre, durchführen ließe — in den Satzungen der Österreichischen Gesellschaft für Kindererforschung gegeben.

Mit Rücksicht auf die Übersülle von Stoff, die das Kapitel „Kindererforschung“ enthält, können wir es erst im nächsten Jahrbuche ausführlicher behandeln.

Statut der Österreichischen Gesellschaft für Kinderforschung.

§ 1. Name und Sitz des Vereines.

Der Verein führt den Namen: „Österreichische Gesellschaft für Kinderforschung“ und hat seinen Sitz in Wien.

§ 2. Zweck des Vereines.

Der Verein ist ein nicht politischer und bezweckt die Vereinigung aller jener wissenschaftlichen Forschungen, welche die körperliche und seelische Eigenart der Kinder, die aus deren Entwicklung sich ergebenden Erscheinungen und die damit in Verbindung stehenden medizinischen, pädagogischen und juristischen Probleme zum Gegenstand haben.

§ 3. Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes.

Als Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes dienen:

- a) die Abhaltung von Vorträgen und Jahresversammlungen;
- b) die Unterstützung und Förderung aller die Jugendfürsorge betreffenden Bestrebungen;
- c) die Herausgabe einer periodischen Druckschrift bei entsprechendem Stand des Vereinsvermögens.

§ 4. Aufbringung der Vereinsmittel.

Die erforderlichen Geldmittel werden aufgebracht:

- a) durch Beiträge der Mitglieder;
- b) durch freiwillige Spenden.

§ 5. Mitgliedschaft.

Mitglied des Vereines kann jedermann werden, der sich für Kinderforschung im allgemeinen oder für eine Spezialdisziplin derselben interessiert. Die Anmeldung und Abmeldung erfolgt bei einem Mitglied des Vorstandes. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages bestimmt alljährlich die Generalversammlung. Jedes Mitglied hat das Recht, den Versammlungen mit Sitz und Stimme beizumohnen.

§ 6. Generalversammlung.

Alljährlich findet eine Generalversammlung statt. Die Generalversammlung ist bei jeder Zahl von Mitgliedern beschlußfähig und muß 10 Tage vorher in geeigneter Weise kundgemacht werden.

Gegenstände der Generalversammlung sind:

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Vereinsjahr;
2. Neuwahl des Vorstandes;
3. Beschlußfassung über die Höhe des Mitgliedsbeitrages;
4. Beschlußfassung über Anträge, die vor Beginn der Versammlung zu handen des Vorsitzenden schriftlich eingebracht und von einem Mitglied unterzeichnet worden sind.

Bei den Wahlen und Anträgen entscheidet die absolute Stimmenmehrheit.

§ 7. Leitung des Vereines.

Der Vereinsvorstand besteht aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und zwei Schriftführern, von denen einer die Funktionen des Kassenverwalters zu übernehmen hat. Der Vorstand gibt sich selbst eine Geschäftsordnung. Ausfertigungen und Bekanntmachungen des Vereines bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers.

Der Verein wird nach außen durch den Präsidenten, in dessen Verhinderung durch einen der Vizepräsidenten vertreten.

§ 8. Schiedsgericht.

Jede der beteiligten Parteien wählt einen Schiedsrichter. Diese wählen einen Obmann. Sollten sie sich über die Person desselben nicht einigen, so entscheidet das Los. Falls eine Partei binnen vierzehn Tagen, nachdem sie vom Vorstand hierzu aufgefordert wurde, ihren Schiedsrichter nicht namhaft

macht, hat der Vorstand das Recht, diesen zu bestimmen. Das Schiedsgericht fällt seinen Ausspruch mit absoluter Stimmennmehrheit. Der Ausspruch des Schiedsgerichts ist inappellabel.

§ 9. Auflösung des Vereines.

Im Falle der Auflösung beschließt die Generalversammlung über das Vereinsvermögen.

18. Sittlich Gefährdete.

Es muß mit Konsequenz darauf hingewiesen werden, daß die beiden Kindergruppen „Sittlich Gefährdete“ und „Sittlich Verwahrloste“ in ihrer Behandlung streng auseinanderzuhalten sind. Ein Zusammenbringen beider Kategorien in eine Anstalt wäre für die erste Gruppe von entschiedenem Nachteile, für die zweite von keinem Nutzen.

Die sittliche Gefährdung entsteht im allgemeinen durch die Schuld der Erziehungsverpflichteten, die sittliche Verwahrlosung hat überdies und vielleicht manchmal auch allein ihren Grund in einer Disposition des Zöglings für die Verwahrlosung. Es handelt sich also nicht bloß um den Grad der Verwahrlosung.

Der Sittlich Gefährdete ist durch Versetzen in eine neue entsprechende Umgebung, durch Einwirkung persönlich erziehender Kraft, durch Hinlenken seiner eigenen überschüssigen Kraft auf eine seinem Wesen entsprechende, den Erziehungszweck fördernde Arbeit gewöhnlich vollständig zu bessern.

Der Sittlich Verwahrloste ist viel schwerer zu behandeln; es sollte das stets mit viel größerer Berücksichtigung seiner Eigenart geschehen.

Sittlich Gefährdete werden im allgemeinen der Familienpflege anvertraut werden können. Bei Sittlich Verwahrlosten sollte ein genaues Studium ihres Charakters durch Erzieher und Psychologen in einer Anstalt jeder weiteren Maßregel vorangehen.

Beide Kategorien von Kindern werden der Fürsorgeerziehung teilhaftig werden.

Insofern das so sehnlich erwartete Gesetz hierüber nicht zur Tatsache geworden ist, wird die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge die Obforge über die sittlich gefährdete und die sittlich verwahrloste Jugend durchführen. Zu diesem Zwecke ist die Schaffung von Fürsorgeheimen in Aussicht genommen. Das

Fürsorgeheim zu Oßegg

ist am 12. April dieses Jahres eröffnet worden. Es ist für Knaben bestimmt, während für Mädchen ein Fürsorgeheim zu Oberleutensdorf geschaffen werden wird. Die Freunde der Jugendfürsorge müßten es lebhaft begrüßen, wenn diese Fürsorgeheime für die verwahrloste Jugend bestimmt würden, nachdem es für diese an den nötigen Unterkunftsstätten fehlt, während für Sittlich Gefährdete besonders durch die Familienpflege genügend Erziehungsstellen zur Verfügung stehen.

19. Sittlich Verwahrloste.

Dr. Dannemann, Gießen, theilte die Gesamtheit der in Preußen zur Fürsorgeerziehung bestimmten Zöglinge in folgende 4 Gruppen ein:

A. Geistig Normale.

- I. Zöglinge mit gutem Intellekt und gesunder ethischer Veranlagung, bei denen aus äußeren Gründen eine Fürsorge angebracht erscheint, ohne daß sie Zeichen von Verderbtheit hervortreten ließen, also durch mißliche Verhältnisse gefährdete geistig Normale.
- II. Zöglinge mit gutem Intellekt und gesunder ethischer Veranlagung, welche infolge von Erziehungsmängeln bereits verwilderten, bei denen also schon von einem sittlichen Verderben gesprochen werden kann und bei denen ein Verfall in völliges Verderben verhindert werden soll.

B. Geistig Abnorme.

- III. Zöglinge mit gutem Intellekt und hinreichend entwickeltem Urteilsvermögen, aber anästhetisch auf dem Gebiete der Moral.
- IV. Psychopathisch Veranlagte. Imbezille mäßigen Grades, Epileptische in weiterem Sinne mit reizbarer Schwäche, Hysterische etc.

Tendenz der Beurteilung bei IV. weniger der Intellekt als das Gefühls- und Willensleben!

Es ist dies die beste Einteilung, die wir in der großen Literatur über die Fürsorgeerziehung gefunden haben. Sie weist gleichzeitig die Kompetenz bei der Beurteilung und Behandlung des Falles. Die Gruppen I, II, III gehören hauptsächlich in die Hand des Pädagogen, die Gruppe IV in jene des Psychologen und Psychiaters. Gruppe I und II in Familienpflege, jedoch streng von einander getrennt, schwere Fälle der Gruppe II, sowie die Gruppen III und IV in fachliche Anstaltspflege.

Mit den im vorstehenden angedeuteten Fragen werden wir uns noch oft und gründlich zu beschäftigen haben. Über den gegenwärtigen Stand der

Fürsorge für die sittlich gefährdete und sittlich verwahrloste Jugend in Böhmen

schließen wir einen Originalbericht des Direktors der Grulicher Landesbesserungsanstalt Josef Kadauer, eines anerkannten Fachmannes auf diesem Gebiete, bei.

Der gegenwärtige Stand der Fürsorge für die sittlich verwahrloste männliche Jugend in Böhmen.

Von Josef Kadauer, Direktor der Besserungsanstalt in Grulich.

Die Fürsorge für die sittlich verwahrloste Jugend ist im Königreiche Böhmen eigentlich erst neueren Datums. Es existieren nur zwei sich mit der verwahrlosten Jugend befassende Vereine, welche auf einen längeren Bestand zurückblicken können und das sind der im Jahre 1839 gegründete

Verein zum Wohle entlassener Züchtlinge in Prag und der Verein zum Wohle hilfsbedürftiger Kinder, welcher im Jahre 1842 in Wirksamkeit getreten ist. Dagegen gibt es in Böhmen viele Anstalten für verlassene und hilfsbedürftige Jugend, welche schon durch Jahrhunderte ihr segensreiches Wirken den Hilfsbedürftigen angedeihen lassen, so das aus dem 17. Jahrhunderte stammende Waisenhaus für Knaben israelitischer Religion in Prag, das im Jahre 1773 gegründete Knaben-Waisenhaus zum hl. Johannes dem Täufer in Prag, die im Jahre 1786 entstandene Taubstummenanstalt in Smichow usw. Für die sittlich verwahrloste Jugend sind Besserungs- und Rettungsanstalten erst später entstanden und zwar im Jahre 1883 die Erziehungsanstalt der kgl. Hauptstadt Prag in Lieben und im Jahre 1888 die Landes-Besserungsanstalt in Kostenblatt, welch' letztere in Folge der Ausscheidung der männlichen Jugendlichen aus der Landes-Zwangsarbeitsanstalt in Prag entstanden ist.

Es hatte sich eine Verwahrlosung der Jugend noch nicht in dem Maße fühlbar gemacht, daß der Staat oder die Länder in einem größeren Maße auf die Besserung der sittlich verwahrlosten Jugend hätten Bedacht nehmen müssen. Auch der aus der Privatwohlthätigkeit hervorgegangene Verein zum Wohle entlassener Züchtlinge führt seine Entstehung nicht auf eine um sich greifende Verwahrlosung der Jugend zurück, sondern wurde nur zu dem Zwecke ins Leben gerufen, um den bereits gefallenen Jugendlichen wieder aufzuhelfen und sie vor einem weiteren Rückfalle zu bewahren. Die Gründer des Vereines lassen hier einer bestimmten Klasse der verlassenen Jugendlichen, nämlich den bereits abgestraften, welche sich bessern wollen, ihre Hilfe angedeihen. Auch der Verein zum Wohle hilfsbedürftiger Kinder hatte sich bei seiner Gründung nicht den sittlich verwahrlosten sondern den verlassenen armen Kindern zugewendet. Wenn er seine Hilfe auch sittlich verwahrlosten angedeihen läßt, so begründet sich diese Hilfe nur in seinen Satzungen, welche in der sittlichen Verwahrlosung keinen Ausschießungsgrund findet, wenn Armut und Verlassenheit bestehen.

Da meine kurzen Darlegungen nur den Zweck haben sollen, das Publikum im allgemeinen über den Stand der Fürsorge für die verwahrloste Jugend in der neuesten Zeit zu informieren, so hieße es, leeres Stroh dreschen, wollte ich die Ursachen und Erscheinungsformen der sittlichen Verwahrlosung hier zur Sprache bringen, welche nicht nur in den Schriften des 1. österr. Kinderschutzkongresses niedergelegt, sondern auch in allen Tagesblättern unzählige Male behandelt erscheinen. Auch ist es nicht meine Aufgabe, etwa über den Erfolg der Wirksamkeit der verschiedenen Anstalten und Vereine ein Urtheil abzugeben. Ich beschränke mich hier auf eine kurze Information über die dermalen im Lande bestehende Fürsorge für die sittlich verwahrloste männliche Jugend und will über die bestehenden Anstalten und Vereine nur die notwendigsten Daten liefern, damit das Publikum über deren Bestehen und Art des Wirkens informiert werde.

Um nun auf die historische Entwicklung der Fürsorge für die verwahrloste Jugend zurückzukommen, hat sich der Landesauschuß im Jahre 1892 bewogen gefunden, die Landes-Besserungsanstalt in Dpatowiz a. G. zu errichten, um dahin die männlichen jugendlichen Korrigenden zu verlegen, nachdem man sich entschlossen hatte, die weiblichen Jugendlichen von der k. k. Strafanstalt in Kepy, wo sie bisher untergebracht waren, zu trennen und in einer eigenen Anstalt u. zw. in dem zu einer Besserungsanstalt adaptierten gräfl. Ledeburschen Schlosse in Kostenblatt unterzubringen, welches bisher als Besserungsanstalt für jugendliche Korrigenden gedient hatte.

Da sich die Ansuchen um Aufnahme in die Besserungsanstalten immer mehrten, mußte auch die Dpatowitzer Anstalt erweitert werden. Im Jahre 1896 entschloß man sich, eine neue Anstalt zu errichten, um die schulpflichtigen Knaben von den bereits strafmündigen Korrigenden zu trennen. So wurde im Jahre 1898 die Landes-Besserungsanstalt für jugendliche Korrigenden (Pfleglinge) in Grulich eröffnet. Das Land Böhmen hat demnach seither drei Besserungsanstalten für die sittlich verwahrloste Jugend u. zw. die Besserungsanstalt in Grulich für männliche Jugendliche im Alter von 6—14 Jahren, die Besserungsanstalt in Dpatowiz a. C. für männliche Jugendliche im Alter von 14—18 Jahren und die Besserungsanstalt in Kostenblatt für weibliche Jugendliche.

In diesen Anstalten finden nicht nur die auf Grund der bestehenden Gesetze in einer Besserungsanstalt anzuhaltenden, sondern auch solche verwahrloste Jugendliche Aufnahme, deren gesetzliche Vertreter im Einvernehmen mit der Pflégischaftsbehörde um deren Aufnahme in die Besserungsanstalt beim Landesauschusse ansuchen.

Außer diesen Landes-Besserungsanstalten bestehen noch mehrere öffentliche Erziehungsanstalten für die sittlich verwahrloste Jugend, welche in erster Linie für Prag und deren Vorstädte bestimmt sind. Es sind dies die bereits früher erwähnte Erziehungsanstalt der Hauptstadt Prag in Lieben, das 1886 gegründete Erziehungshaus Elisabethinum für die Bezirke Kgl. Weinberge und Žižkow, die im Jahre 1896 errichtete Erziehungsanstalt Oliväum in Říčany und das Asyl zum hl. Josef in Kgl. Weinberge, welches im Jahre 1899 eröffnet worden ist. Von diesen Anstalten nimmt nur die Erziehungsanstalt in Lieben Jugendliche auf, deren Anhaltung auf Grund gerichtlichen Ausspruches oder über Verfügung der Sicherheitsbehörde erfolgen soll, falls dieselben ein Alter von 16 Jahren nicht überschritten haben. Im Asyl zum hl. Josef finden Aufnahmen nur im schulpflichtigen Alter statt. Die Erziehungsanstalten Elisabethinum und Oliväum nehmen nur Kinder unter 10 Jahren auf.

Um die Geschichte der Jugendfürsorge halbwegs zu ergänzen, muß erwähnt werden, daß in Prag auch mehrere Vereine zum Wohle verwahrloster und verlassener Mädchen ins Leben gerufen worden sind, welche seither die regste Tätigkeit entfalten. Es sind dies in erster Linie die Vereine: Ochrana opuštěných a zanedbaných dívek v Praze, gegründet 1886 und Ochrana pro opuštěné dívky v Praze II, Na Slupi, gegründet 1899.

Was die Wirksamkeit dieser bisher genannten Besserungs- und Erziehungsanstalten anbelangt, so ist dieselbe eine außerordentlich segensreiche. Insbesondere in den Anstalten für schulpflichtige Jugend sind die Besserungserfolge vorzüglich zu nennen. Und wenn unter diesen die Privatanstalten den Landes-Besserungsanstalten den Rang ablaufen, so hat dies hauptsächlich seinen Grund darin, daß die Landesanstalten einerseits die allerverdorbensten Kinder aufnehmen, andererseits die Aufnahmen bis zur Grenze des schulpflichtigen Alters stattfinden müssen, während die anderen Anstalten in der Regel nur Kinder bis zu 10 Jahren aufnehmen und sich auch unter diesen noch auswählen, abgesehen davon, daß gänzlich verdorbene Elemente, welche für die Mitzöglinge besonders gefährlich sind, wieder entlassen und den gesetzlichen Vertretern oder der Heimatgemeinde rückgestellt werden können. Sowohl in den Landes-Besserungsanstalten als auch selbstverständlich in den anderen Erziehungsanstalten wird den Zöglingen die humanste Behandlung zuteil; und wenn in den ersteren Anstalten noch die körperliche Züchtigung mit der Rute (nicht mit dem Stocke) besteht, so wird dieselbe

dennoch selten angewendet und auf jene Fälle beschränkt, wo alle anderen Strafmittel erfolglos bleiben. In allen Erziehungs- und Besserungsanstalten wird jedem einzelnen Böglinge die seinem Charakter entsprechende Behandlung und Erziehung zuteil; es wird individualisiert. Aber nicht etwa, weil jetzt vom individualisieren so viel gesprochen und geschrieben wird oder weil die Schulvorschriften es verlangen, sondern weil es in der Erziehungsanstalt gar nicht anders geht. Jedes Kind hat einen andern Charakter und zwar einen schon stark ausgeprägten. Und wenn man mit den Kindern überhaupt etwas richten will, muß man sie einzeln nach ihrem Charakter behandeln und zwar nicht nur in der Schule sondern auch außer der Schule.

Den Erziehungs- und Besserungsanstalten werden vielfach Mängel vorgeworfen, welche längst nicht mehr bestehen. Auch in den Schriften des Kinderschutzkongresses finden sich eine Menge Angriffe, versteckte und offene, gegen die Erziehungsanstalten vor und konnte ich mich nicht enthalten, bei diesem Kongresse gegen die vorgeworfenen Mängel entschieden Stellung zu nehmen und sie auf das richtige Maß zurückzuweisen. Daß es noch viele Mängel gibt, wird ja niemand leugnen. Diese werden aber erst dann behoben werden können, bis ein brauchbares Fürsorgegesetz zu stande gekommen sein wird.

Nachdem sich im Laufe der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die sozialen Verhältnisse bedeutend geändert hatten und es sich gezeigt hatte, daß dieselben auf die Moral des Volkes einen sehr verderblichen Einfluß geübt hatten, indem insbesondere unter der Jugend die Kriminalität immer mehr zunahm, mußte man auch auf die Abwehr dieser üblen Folgen, welche sich in der menschlichen Gesellschaft fühlbar machten, mehr bedacht sein. Demzufolge mußten nicht nur Staat und Länder, welchen die Sorge um das öffentliche Wohl und die Sicherheit anvertraut ist, durch Erweiterung und Vermehrung öffentlicher Anstalten Sorge tragen, sondern es kam auch die Gesellschaft selbst zur Einsicht, daß hier die geringe öffentliche Hilfe nicht hinreiche, sondern daß die Privatwohlthätigkeit, welche sich der Verlassenen schon seit Menschengedenken angenommen hatte, ihren Schutz und ihre Hilfe auch der sittlich verwahrlosten und gefährdeten Jugend angedeihen lassen müsse, zumal es ja bekannt, daß die Verwahrlosung in den meisten Fällen in dem Verlassensein seine Ursache hat. So entstanden über Anregung menschenfreundlicher Männer und Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten eine Menge humanitärer Vereine, welche ihren Wirkungskreis hauptsächlich auf die verlassene und sittlich gefährdete Jugend erstrecken. Es sind dies die Kinderschutz- und Jugendfürsorge-Vereine. Der größte Teil dieser Vereine wurde erst in den letzten 8–10 Jahren und zwar meist von warm-fühlenden Richtern ins Leben gerufen. In die Zeit von 1890–1896 fällt auch die Gründung der im Lande Böhmen bestehenden Sträflingsfürsorge-Vereine, deren hier ebenfalls zu erwähnen ist, da sie sich ja insbesondere der jugendlichen Gefallenen annehmen.

Aus der neuesten Zeit ist das Institut der Gemeinde-Waisenträte, welches allseits solchen Anklang gefunden und sich so gut bewährt hat, daß ihm die weiteste Verbreitung zuteil geworden ist. Fast alle Gemeindewaisenträte in Böhmen sind nach dem Muster des vom Bezirksrichter Franz Janisch gegründeten Sebastianberger Waisentrates errichtet.

Infolge der Überlassung der Quoten aus den Gebahrungsüberschüssen der kumulativen Waisenkassen an die Länder, welche im Jahre 1890 stattfand, ist den Ländern ein bedeutender Zuschuß zum Zwecke der Hebung der Fürsorge für die verwaisete, verlassene und verwahrloste Jugend

erwachsen, welche in einigen Ländern zur Errichtung von Waisen- und Erziehungsanstalten, im Lande Böhmen aber zur Subventionierung der bestehenden Besserungs- und Erziehungsanstalten, dann hauptsächlich zur Versorgung verwaister und verlassener Kinder in geeigneten Familien, sowie zur Unterstützung anderer humanitärer, auf den Schutz und die Erziehung der Jugend abzielender Institutionen verwendet werden. Der Landeswaisenfond war infolge dieser Zuschüsse in den Stand gesetzt worden, sich in wirklich ausgiebiger Weise der verlassenen Jugend anzunehmen.

Hier muß auch der Verein für Zwangserziehung und Fürsorge Erwähnung finden, dem ein großer Teil der an den Erziehungs-, Besserungs- und Strafanstalten Böhmens angestellten Funktionäre als Mitglieder angehören, und welcher den Zweck hat, die Zwangserziehung und das Fürsorgewesen kräftigst zu fördern.

Schließlich erübrigt noch, zweier über das ganze Königreich Böhmen verbreiteter Institutionen zum Wohle der verlassenen sowie auch der sittlich gefährdeten Jugend zu erwähnen, welche durch ihr großzügiges Wirken schon jetzt nach kaum einjährigem Bestande erkennen lassen, daß sie berufen sind, auf dem Gebiete der Jugendfürsorge bedeutendes zu leisten. Es sind dies die Zentralstelle für deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge in Böhmen und die beiden Sektionen der Landeskommision für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. Deren Zweck und Wirken gelangen an anderer Stelle zur Besprechung.

Mit diesen Zeilen glaube ich die Geschichte der Fürsorge für die verwahrloste Jugend in Böhmen hinreichend skizziert zu haben, soweit es der Zweck der Orientierung erheischt, und bringe nun im nachstehenden die verschiedenen Anstalten und Vereine für die sittlich verwahrloste Jugend zur Ausführung, wobei ich nur die wichtigeren Anstalten etwas ausführlicher behandle, während bei den Vereinen Zweck und Wirken nur im allgemeinen Erwähnung finden.

I. Landesbesserungsanstalten.

Vgl. böhm. Landesbesserungsanstalt für jugendliche Korrigenden (Pfleglinge) in Grulich.

Um die in der kgl. böhm. Landesbesserungsanstalt in Opatowitz a. G. angehaltenen männlichen Jugendlichen zu teilen, wurde die Anstalt im Jahre 1898 errichtet und am 14. Juni 1898 eröffnet.

Die Anstalt hat den Zweck, für die moralische und religiöse Erziehung sowie für den Schulunterricht der angehaltenen sittlich verwahrlosten Knaben Sorge zu tragen und sie in einer ihren Fähigkeiten angemessenen, ihrem künftigen Lebensunterhalte dienlichen Beschäftigung zu unterweisen.

In die Anstalt werden aufgenommen sittlich verwahrloste Knaben im Alter von 6 bis 14 Jahren

a) nach Ausspruch der Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt seitens des Gerichtes (§ 8, 1 Gesetz vom 24./5. 1885, RGW. Nr. 89),

b) über Verfügung der Sicherheitsbehörde (§ 8, 2 Gesetz vom 24./5. 1885, RGW. Nr. 89) und

c) über Antrag der gesetzlichen Vertreter (§ 16, 2 Gesetz vom 24./5. 1885, RGW. Nr. 90).

In der Anstalt ist Raum für 140 Pfleglinge.

Die im schulpflichtigen Alter stehenden Pflöglinge erhalten den durch die geltenden Gesetze vorgeschriebenen Schulunterricht in ihrer Muttersprache, insolgedessen eine deutsche und eine böhmische Anstaltschule unterhalten wird, an deren jeder ein Oberlehrer und ein Lehrer den Unterricht erteilen. Der Schulunterricht unterliegt der Aufsicht der staatlichen Schulbehörden.

Außer dem Schulunterrichte werden die Pflöglinge nach dem Grade ihrer körperlichen Entwicklung mit Arbeiten im Hause, im Anstaltsgarten und in den Schulwerkstätten beschäftigt.

Für die Handwerke sind eingerichtet Werkstätten für: Schneider, Schuster, Schlosser, Tischler, Spengler, Anstreicher, Buchbinder.

Weiters besteht eine Schule für Handfertigkeit, in welcher Kerbschnitzerei und Kartonage betrieben werden.

Auch in der Maurerei werden Knaben beschäftigt.

In dem großen, 3 Hektar umfassenden Anstaltsgarten werden Sommer und Winter viele Pflöglinge mit Blumen- und Gemüsezucht, dann Obstbaumkultur beschäftigt, so daß sie Gelegenheit haben, sich in allen Zweigen der Gärtnerei auszubilden.

Der Schulunterricht und die Arbeit dauern von 8—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags.

Dem Turnunterrichte wird ein besonderes Augenmerk zugewendet.

Die freie Zeit bringen die Pflöglinge mit Spazierengehen, Spielen im Freien oder in den Spielzimmern, sowie Lesen von Unterhaltungsbüchern zu.

Zur Sommerszeit werden häufig Spaziergänge in Feld und Wald sowie auch einige weitere Schulausflüge unternommen.

Die Anhaltung in der Anstalt dauert solange als es der Zweck erheischt; es können daher im vorgeschrittenen Alter eingelieferte Pflöglinge, bei welchen eine Besserung zu erwarten steht, auch über das 14. Lebensjahr hinaus in der Anstalt belassen werden. Die Anhaltung darf jedoch keinesfalls über das 18. Lebensjahr hinaus ausgedehnt werden. Vor dem vollendeten 14. Lebensjahre findet eine Entlassung in der Regel nicht statt.

Die Entlassung kann eine unbedingte oder eine bedingte mit dem Vorbehalte des Widerrufs sein.

In den meisten Fällen wird die bedingte Entlassung angewendet, nach welcher Pflöglinge, deren Verhalten am Lehr- oder Dienstplatze zu Klagen Anlaß gibt, wieder in die Anstalt rückberufen werden.

Wenn die Aufführung des Pflöglings, ob in der Anstalt selbst oder im Falle der bedingten Entlassung außerhalb derselben eine derartige ist, daß sie auf eine anhaltende Besserung schließen läßt, kann die definitive Entlassung beantragt werden.

Die bedingt entlassenen Pflöglinge stehen unter der Aufsicht der Anstaltsdirektion, welche zu diesem Behufe nicht nur mit dem Lehr- oder Dienstherrn, den Eltern, dem Fürsorger im innigen Kontakte steht, sondern sich auch von Zeit zu Zeit durch Inspektionen selbst die Überzeugung verschafft, wie die Aufführung des Pflöglings beschaffen ist, ob auch der Lehr- oder Dienstherr seinen Verpflichtungen nachkommt, kurz ob die Unterbringung als zweckmäßig betrachtet werden kann oder nicht, wobei sich dem Inspizierenden auch Gelegenheit ergibt, neue verlässliche Lehr- und Dienstherrn ausfindig zu machen. Der zweckmäßigen Unterbringung der zur Entlassung gelangenden Pflöglinge sowie der Überwachung des Entlassenen wird die größte Sorgfalt zugewendet.

Rgl. böhm. Landesbesserungsanstalt in Opatowitz a. G.

Die Anstalt wurde im Jahre 1872 errichtet, nachdem der Landesausschuß des Königreiches Böhmen beschlossen hatte, die Landesbesserungsanstalt in Kostenblatt, in welcher jugendliche Korrigenden beiderlei Geschlechts untergebracht waren, nach Geschlechtern zu trennen, insofern die Korrigendinnen in Kostenblatt belassen, während die gesamten männlichen Jugendlichen nach Opatowitz überstellt worden sind. — Seit dem Errichtungsjahre ist die Anstalt vielfach umgeändert worden; in ihrer gegenwärtigen Gestalt und Verfassung besteht sie erst seit dem Jahre 1898.

Zweck der Anstalt ist, für die sittliche Erziehung der jugendlichen Korrigenden sowie für deren Unterweisung in solchen Beschäftigungen Sorge zu tragen, welche ihren Fähigkeiten angemessen und geeignet sind, ihrem künftigen Lebensunterhalte zu dienen.

In die Anstalt werden aufgenommen Minderjährige im Alter von 14 bis 18 Jahren

a) bei denen die gesetzlichen Bedingungen für die Abgabe in eine Besserungsanstalt nach den Vorschriften der Gesetze vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89 und 90 vorhanden sind,

b) welche noch vor erreichtem 14. Lebensjahre eine strafbare Handlung begangen haben, welche infolge Strafunmündigkeit nur als Übertretung bestraft werden kann, wenn zugleich die Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt ausgesprochen worden ist,

c) über Antrag der gesetzlichen Vertreter.

Die Anstalt hat einen Belagraum für 200 Köpfe.

Die Beschäftigung der Korrigenden erfolgt nach Maßgabe ihrer Anlagen bei Arbeiten im Haushalte, in den Werkstätten für Tischler, Schlosser, Schuhmacher, Schneider, Bürstenbinder, Buchbinder und Anstreicher, oder bei Arbeiten für fremde Unternehmer. Die Verdingung der Korrigenden geschieht meist an Ökonomen oder Bauunternehmer.

Die Anstalt hat eine eigene Ökonomie und Gartenwirtschaft, in welchen ein großer Teil der Korrigenden zweckentsprechend beschäftigt wird.

Den Korrigenden, welche keine oder sehr mangelhafte Schulkenntnisse aufweisen, wird auch der nötige Unterricht erteilt, welcher sich jedoch darauf beschränken muß, nur solche Kenntnisse zu vermitteln, welche den Korrigenden zu ihren weiteren Fortkommen unentbehrlich sind.

Die Anhaltung in der Anstalt dauert solange als es der Besserungszweck erheischt, darf jedoch über das 20. Lebensjahr nicht ausgedehnt werden.

Die Entlassung ist entweder eine definitive oder eine bedingte gegen Widerruf, bei welcher letzterer jener Korrigend, welcher sich am Dienst- oder Lehrplaze nicht zufriedenstellend aufführt, wieder in die Anstalt eingeliefert werden kann. Die definitive Entlassung erfolgt, wenn die Aufführung des Korrigenden eine derartige ist, daß auf eine dauernde Besserung geschlossen werden kann.

Einer zweckmäßigen Unterbringung der Korrigenden in Lehr- und Dienstorte wird die größte Sorgfalt zugewendet.

II. Sonstige Erziehungsanstalten und Vereine für sittlich verwahrloste Jugend.

Erziehungsanstalt in Lieben

Vychovatelna král. hlav. města Prahy v Libni.

Die Anstalt wurde im Jahre 1883 errichtet und hat den Zweck, sittlich verwahrloste Jugendliche männlichen Geschlechtes vor einem moralischen und körperlichen Untergange zu retten. Der Zweck wird zu erreichen gesucht durch Erziehung, Schulunterricht und Angewöhnung an Arbeitsamkeit.

Aufgenommen werden Jugendliche im Alter von 10—16 Jahren, welche nach Prag zuständig sind.

Für die Schulpflichtigen besteht eine zweiklassige Volksschule.

Die älteren Zöglinge genießen Fortbildungsunterricht.

Außerhalb der Schule werden die Zöglinge mit Werkstättenarbeit und zwar Tischlerei, Schneiderei, Schusterei und Schlosserei sowie mit Gartenarbeiten beschäftigt. Zur Unterweisung der Zöglinge in den verschiedenen Arbeitszweigen sind Meister angestellt, welchen auch das Recht der Aufdingung und Freisprechung von Lehrlingen zusteht. Jenen Zöglingen, welche vor der Freisprechung entlassen werden, wird die in der Anstalt zugebrachte Lehrzeit entsprechend angerechnet.

Bei der Entlassung werden die Zöglinge an verlässliche Lehr- und Dienstherren übergeben, deren Ausmittlung der Anstaltsdirektion obliegt.

Über das 18. Lebensjahr hinaus darf kein Zögling angehalten werden.

Nachdem das alte Anstaltsgebäude dem Zwecke nicht mehr entsprach, hat die Stadt Prag in der Nähe einen geeigneten Besitz erworben und auf diesem inmitten eines schönen Parkes auf einer Anhöhe ein neues, schloßartiges Anstaltsgebäude errichtet und zwei bestandene Objekte zu Anstaltszwecken adaptiert. Das Hauptgebäude war im November 1907 bereits fertig gestellt und eingerichtet und wurde Mitte Dezember 1907 bezogen.

Diese neue Anstalt ist vollkommen modern und mit einem gewissen Komfort eingerichtet. Der größte Teil der Einrichtung wurde von den Zöglingen in den letzten Jahren angefertigt.

Das Familiensystem bildet die Grundlage in der Einteilung der Anstaltsräume.

Die Anstalt hat Raum für 72 Zöglinge.

Erziehungsanstalt „Oliväum“ in Řičan.

(Vychovatelna Olivových v Řičanech.)

Die im Jahre 1896 eröffnete, auf einer Anhöhe bei Řičan wunderschön gelegene, von Wald umgebene Anstalt verdankt ihre Entstehung dem Wohltätigkeitsfinne des im Jahre 1899 verstorbenen Prager Bürgers und Großkaufmannes Alois Oliva, welcher im Jahre 1890 mit seiner Gattin Louise Oliva der Gemeinde Prag den Antrag machte, auf seine Kosten eine Anstalt zur Rettung der verwahrlosten und verlassenen Jugend zu errichten. Die Stadt Prag nahm dieses hochherzige Anerbieten an und verpflichtete sich, die geeigneten Baugründe und die Einrichtung der Anstalt beizustellen. So entstand die prächtig eingerichtete, herrliche Anstalt, welche im Herbst 1896 eröffnet worden ist.

Dem Wunsche des Gründers gemäß besteht der Zweck der Anstalt darin, sich vor allem der sittlich verwahrlosten Kinder anzunehmen. Erst in zweiter Reihe sollen verlassene, verwaiste und arme Kinder Aufnahme finden.

In der Anstalt ist Platz für 40 Knaben und 80 Mädchen.

Aufnahme finden nur Kinder unter 10 Jahren, welche von christlichen Eltern stammen und nach Böhmen zuständig sind, wobei nach Prag zuständige den Vorrang haben. Diese Kinder müssen geistig und körperlich vollkommen gesund sein.

Die Verpflegsgelühren, welche auch gänzlich erlassen werden können richten sich nach dem Vermögen der Angehörigen des Zögling.

Die Zöglinge bleiben solange in der Anstalt, als es der Erziehungszweck erfordert, keinesfalls aber über das vollendete 18. Lebensjahr hinaus.

Alle entlassenen Zöglinge werden auf zweckmäßigen Lehr- oder Dienstplätzen untergebracht, wofür die Anstaltsdirektion Sorge zu tragen hat. In der Regel werden die Knaben meist bald nach beendeter Schulpflicht, die Mädchen gewöhnlich im 16. oder 17. Lebensjahre entlassen. Ausnahmen finden statt, wenn ein Zögling in einer anderen Anstalt oder Familie eine zweckentsprechende Unterkunft findet oder wenn ein Zögling derart verkommen ist, daß zur Besserung die der Anstalt zur Verfügung stehenden Erziehungsmittel nicht ausreichen, in welchem Falle die Rückgabe des Zögling an die Heimatgemeinde oder gesetzlichen Vertreter stattfindet, wobei denselben die Abgabe in eine Besserungsanstalt empfohlen wird.

Knaben und Mädchen erhalten beim Abgehen an einen Lehr- oder Dienstplatz eine angemessene Ausstattung an Kleidung, Wäsche und Beschuhung.

In der Anstalt genießen die Zöglinge in erster Linie den vorgeschriebenen Schulunterricht, welchem natürlich das Hauptaugenmerk zugewendet wird. Die Schule ist eine 3klassige mit böhmischer Unterrichtsprache und hat seit 1901 das Öffentlichkeitsrecht.

Für die der Schule entwachsenen Mädchen besteht ein Fortbildungskurs, in welchem außer Sittenlehre, Lesen, Schreiben und Rechnen noch Gesundheitspflege, Kinderpflege und Haushaltung als Vorbereitung für das praktische Leben insbesondere der dienenden Klasse vorgenommen werden.

Turnunterricht und Spiele werden besonders gepflegt.

Sowohl die der Schule entwachsenen als auch die noch schulpflichtigen stärkeren Zöglinge werden zur Arbeit herangezogen, welche teils in Hausarbeiten (Reinigung, Waschen, Bügeln, Kochen), teils in handwerksmäßiger Arbeit (Schneiderei, Weiznäherei), dann in Garten- und Feldarbeit besteht. Die Beschäftigung ist immer der körperlichen Entwicklung angemessen.

Die Besserungserfolge der Anstalt müssen als sehr gute bezeichnet werden, da von den im Laufe des 10jährigen Bestandes der Anstalt aus der derselben entlassenen 34 Knaben nur einer und von 26 entlassenen Mädchen nur eines auf Abwegen geraten und schlecht geworden ist. 3 Knaben und 1 Mädchen weisen ein nicht ganz zufriedenstellendes Verhalten auf, ohne jedoch eine strafbare Handlung begangen zu haben.

Ahl zum hl. Josef (Útulék sv. Josefa)

für verlassene und verwahrloste Kinder in Rgl. Weinbergen.

Das im Jahre 1899 gegründete Ahl ist ein Erziehungshaus für verwahrloste, sittlich gefährdete und verlassene Kinder beiderlei Geschlechtes im Alter von 6—14 Jahren, um dieselben zu einem geordneten Leben und zur Arbeitsamkeit zu erziehen.

Die schulpflichtigen Zöglinge besuchen die öffentliche Volksschule.

Stand der Vereinszöglinge: 80.

Seit 1907 besteht eine Filialanstalt in Böhm.-Motwasser.

Bei der Entlassung aus der Anstalt werden die Zöglinge auf zweckmäßigen Lehr- und Dienstplätzen untergebracht.

Erzherzogin Elisabeth Erziehungsanstalt in Kgl. Weinbergen.

(Vychovatelna arcivévodkyně Alžběty na Král. Vinohradech.)

Gegründet im Jahre 1886.

In dieselbe werden aufgenommen nach Maßgabe des Raumes arme verlassene und verwahrloste Knaben aus den Bezirken Kgl. Weinberge und Zizkow und zwar nur im Alter von 6 bis 10 Jahren.

Dermalen sind in der Anstalt 24 Knaben untergebracht.

Die Entlassung findet mit dem vollendeten 14. Lebensjahre statt.

Zweck der Anstalt ist, durch Schulunterricht und angemessene Erziehung es dahin zu bringen, daß sich die Zöglinge im späteren Alter selbstständig fortbringen können.

Außer der Schule werden die Zöglinge mit häuslichen Arbeiten und zur Sommerszeit mit Gartenarbeit beschäftigt.

Nach der Entlassung aus der Anstalt werden die Knaben auf geeigneten Lehrplätzen untergebracht.

Die erzielten Verbesserungserfolge sind nach den statistischen Ausweisen vorzügliche.

Über die Aufnahme in die Anstalt entscheidet das Kuratorium, welchem die Anstalt in allem unterstellt ist. Aufgenommen werden nur geistig und körperlich gesunde Kinder.

Berein zum Wohle entlassener Züchtlinge in Prag.

Jednota pro blaho propuštěných káránců (mladistvých).

Zweck des Vereines ist, aus Straf- und Korrekptionsanstalten entlassene männliche Jugendliche durch Erziehung zur Ehrlichkeit und Arbeitsamkeit vor einem Rückfall zu bewahren. Dieser Zweck wird zu erreichen gesucht durch Unterbringung in Handwerk und Dienst, durch Angewöhnung an ein religiös-sittliches Leben, durch persönliche Beaufsichtigung und endlich durch Gewährung von Unterstützungen, durch Kleidung, Werkzeug, Verpflegung zc., niemals aber durch Geldgeschenke.

Der Verein, welcher im Jahre 1839 gegründet wurde, unterhält in seinem in Prag, Buchmayergasse, befindlichen Hhyle eine eigene, mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattete Schule.

Stand der Vereinszöglinge: ca. 30.

Berein zum Wohle hilfsbedürftiger Kinder.

Gegründet im Jahre 1842 zu dem Zwecke, um arme Kinder, welchen es an der elterlichen und verwandtschaftlichen Fürsorge gebricht, in eine ordentliche Pflege und Erziehung unterzubringen. In die Obforgen werden nicht nur verlassene, sondern auch verwahrloste Kinder genommen ohne Unterschied der Religion und des Alters, wobei in erster Linie auf die aus Prag und den Vorstädten stammenden Kinder Rücksicht zu nehmen ist.

Die in Obforgen genommenen Kinder werden redlichen braven Familien zur Verpflegung und Erziehung übergeben und von Vereinsmitgliedern überwacht.

Die Fürsorge dauert so lange, bis der Pflegling anderweitig versorgt oder in Stand gesetzt ist, sich selbst fortzubringen.
Der Verein hat durchschnittlich 100 Kinder in seiner Obforge.

III. Kinderschutz- und Jugendfürsorge-Verein.

Sämtliche Vereine, welche sich mit Kinderschutz und Jugendfürsorge befassen, verfolgen den Zweck, den Gefahren entgegen zu wirken, welchen die Kinder durch Handlungen oder Unterlassungen Erwachsener insbesondere infolge vernachlässigter Erziehung oder Mißbrauch elterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Dieser Zweck wird von den Vereinen zu erreichen gesucht durch

- a) Ermittlung, Beobachtung und Beaufsichtigung schutzbedürftiger Kinder;
- b) Einleitung der zur Abhülfe notwendigen Schritte durch Inanspruchnahme geeigneter Hilfsorgane;
- c) Anschluß an die Behörden und Vereine mit verwandten Bestrebungen;
- d) Unterbringung schutzbedürftiger Kinder in hierzu geeigneten Familien und Anstalten;
- e) Unterstützung der Kinder behufs Erwerbung der für den künftigen Beruf notwendigen Kenntnisse und sonstigen Erfordernisse;
- f) Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu gunsten rechter Erziehung, Behandlung und Pflege der Kinder.

Obwohl die Kinderschutz- und Jugendfürsorge-Vereine sich mehr mit den verlassenen und sittlich gefährdeten Kindern befassen, so nehmen sie sich doch in allen Fällen der sittlich Verwahrlosten an und bewirken deren zweckmäßige Unterbringung in Anstalten und Familien, sowie sie auch bereitwilligst die Überwachung der aus Erziehungs- und Besserungsanstalten entlassenen Pfleglinge übernehmen.

Sträflingsfürsorge-Vereine.

Derzeit bestehen nachbezeichnete Sträflingsfürsorge-Vereine:

Unterstützungs- und Fürsorge-Verein für entlassene Sträflinge (Spolek pro podporování a zaopatření propuštěných káránců) in Prag;

Unterstützungs- und Fürsorge-Verein für entlassene Sträflinge aus dem Sprengel des k. k. Kreisgerichtes Böhm.-Leipa;

Verein zur Unterstützung entlassener besserungsfähiger Sträflinge für den Sprengel des k. k. Kreisgerichtes Budweis;

Spolek ku podporování propuštěných trestanců v Chrudimi;

Spolek ku podporování a zaopatření propuštěných trestanců v Jičíně;

Spolek ku podporování a zaopatření propuštěných káránců v Jičíně;

Spolek ku podporování propuštěných trestanců v Mlad. Boleslavě;

Spolek ku podporování a zaopatření propuštěných trestanců v Kutné Hoře;

Unterstützungs- und Fürsorge-Verein für entlassene Sträflinge in Pilsen;

Spolek ku podporování propuštěných trestanců v Písku;

Spolek ku podporování a zaopatření propuštěných trestanců v Táboře;
Reichenberger Sträflings-Fürsorgeverein in Reichenberg.

Diese Vereine haben den Zweck, solchen entlassenen Sträflingen, welche mit Rücksicht auf ihr Verhalten während der Strafverbüßung, auf die begangene strafbare Handlung sowie auf ihre Individualität zu der Hoffnung berechtigten, wieder ordentliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden,

die Möglichkeit zu bieten, durch eigene Tätigkeit sich redlich zu ernähren und sie nach Möglichkeit vor einem Rückfalle zu bewahren. Dieser Zweck wird zu erreichen gesucht durch

1. Arbeitsbeschaffung;
2. Ratserteilung;
3. Unterstützung mit Kleidung, Werkzeugen, Verpflegung, ausnahmsweise mit Geld zur Reise an den neubesetzten Dienstort;
4. Vermittlung der Nachsicht verschiedener Straffolgen;
5. Beschaffung geeigneter Arbeits- und Lehrplätze für Jugendliche;
6. Überwachung der Vereinschützlinge insbesondere der Jugendlichen.

Bezirks-Waisenräte.

Jede Bezirksvertretung fungiert auch als Waisenamt oder Waisenrat, indem sie nicht nur die Obliegenheit hat, über Waisenangelegenheiten Bericht zu erstatten und Waisenfinder, welche auf Kosten des Landes-Waisenfondes verpflegt werden, in geeigneten Familien unterzubringen, sondern auch über die im Bezirke auf Kosten des genannten Fondes Verpflegten die Verrechnung zu führen und die bezüglichen Ausweise zu verfassen.

Einzelne Bezirksvertretungen, wo keine Jugendfürsorge-Vereine oder Gemeindewaisenräte bestehen, übernehmen auch die Überwachung der aus

Erziehungs- und Besserungsanstalten entlassenen Pfleglinge.
Gemeinde-Waisenräte.

Die Institution des Gemeinde-Waisenrates war zu Anfang des Jahres 1907 im Königreiche Böhmen in 64 Gerichtsbezirken eingeführt oder in der Einführung begriffen. Fast alle Gemeinden dieser Bezirke haben sich dasselbe zu eigen gemacht.

Der Gemeinde-Waisenrat ist ein Hilfsorgan des Vormundschaftsgerichtes. Derselbe hat darüber zu wachen, daß die Vormünder für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und körperliche Pflege pflichtgemäß Sorge tragen. Wahrgenommene Pflichtwidrigkeiten hat er abzustellen und wenn notwendig dem Vormundschaftsgerichte anzuzeigen.

Eine Überwachung der Eltern steht dem Waisenrate nicht zu. Er hat jedoch die ihm zur Kenntnis gelangten Fälle, wo das Vormundschaftsgericht hinsichtlich eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes zum Einschreiten berufen ist, dem Vormundschaftsgerichte anzuzeigen.

Außer diesen Aufgaben übernehmen die Gemeinde-Waisenräte in Fällen, wo sie darum ersucht werden, bereitwilligst die Überwachung von aus Erziehungs- und Besserungsanstalten entlassenen Pfleglingen.

Der Gemeinde-Waisenrat besteht aus dem Gemeindevorsteher oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, dem jeweiligen Pfarrer und dem Schulleiter und drei Mitgliedern des Gemeindeausschusses als Waisenräten.

Es folgen weiters die Statuten

der Landesbesserungsanstalt in Grulich,
der Landesbesserungsanstalt in Kostenblatt,
sowie ein Bericht über die Organisation der Besserungsanstalten in Ungarn.

Statut der königl. böhmischen Landes-Besserungsanstalt für jugendliche Korrigenden (Pfleglinge) in Grulich.

§ 1. Zweck der Anstalt.

Die königl. böhmische Landesbesserungsanstalt in Grulich hat den Zweck, für die moralische und religiöse Erziehung sowie für den Unterricht der in dieselbe aufgenommenen, sittlich verwahrlosten Knaben im Alter vom beendeten 6. bis 14. eventuell 18. Jahre Sorge zu tragen und sie in einer ihren Fähigkeiten angemessenen, ihrem künftigen Lebensunterhalte dienlichen Beschäftigung zu unterweisen.

§ 2. Aufnahme der Pfleglinge.

In die königl. böhmische Landesbesserungsanstalt in Grulich können aufgenommen werden:

1. Unmündige, die sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, welche nach den Bestimmungen des Strafgesetzes nur wegen Unmündigkeit des Täters nicht als Verbrechen zugerechnet, sondern als Übertretung bestraft werden kann, wenn das Strafgericht im Urtheile gleichzeitig die Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt ausspricht. (§ 8, Absatz 1, Gesetz vom 24. Mai 1885, Nr. 89 RGV. und §§ 2 lit. d, 237 und 269—272 Strafgesetz.)

2. Unmündige, welche ein Vergehen oder eine Übertretung begangen haben, deren Ahndung nach der Bestimmung des § 273 Str.=G. der Sicherheitsbehörde überlassen wurde, wenn sie gänzlich verwahrlost sind und kein anderes Mittel zur Erzielung einer ordentlichen Erziehung und Beaufsichtigung derselben ausfindig zu machen ist. (§ 8 al. 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGV. Nr. 89.)

3. Unmündige, deren Abgabe in die Anstalt von ihren gesetzlichen Vertretern mit Zustimmung der Pflegschaftsbehörde beantragt und vom Landesauschusse bewilligt wurde. (§ 16 al. 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGV. Nr. 90.)

Die Abgabe der sub 1. und 2. genannten Unmündigen darf nur auf Grund des Ausspruches der in Gemäßheit des § 7 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGV. Nr. 90 eingesetzten Landeskommission erfolgen.

Die Entscheidung über die Aufnahmen jugendlicher Individuen, nach alin. 3, welche über Antrag ihrer gesetzlichen Vertreter in die Landes-Besserungsanstalt für jugendliche Pfleglinge abgegeben werden sollen, bleibt dem Landesauschusse vorbehalten.

§ 3. Erhaltungskosten.

Die Verpflegskosten der nach § 2 Abs. 1—2 aufgenommenen Pfleglinge sind vom Lande zu bestreiten, welches jedoch berechtigt ist, den Ersatz der gemäß §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGV. Nr. 90 mit Zustimmung der politischen Landesbehörde festgestellten Verpfleggebühr vom Pflegling, oder von den zur Sorge für denselben gesetzlich verpflichteten Personen, beziehungsweise wenn der zahlungsunfähige Pflegling nicht in Böhmen heimatsberechtigt ist, von dem betreffenden Lande zu fordern.

Für Pfleglinge, welche nach § 2 Abs. 3 dieses Statutes aufgenommen wurden, findet die Zahlung der Verpflegskosten aus öffentlichen Mitteln nicht statt. Doch behält sich in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen der Landesauschuß vor, die Verpfleggebühr für solche Pfleglinge ganz oder teilweise zu erlassen.

Wenn die im § 2 Abs. 1 erwähnten Unmündigen nach ihrer Verurteilung gleich zur Abbüßung ihrer Strafe in die Anstalt gelangen, werden die Kosten während der Strafzeit, wenn der Verurteilte vom Gerichte als zahlungsunfähig erkannt wurde, vom Staate (Justizfonde) getragen.

Die Kosten für die anschließende Korrektionsdauer trägt das Land.

§ 4. Leitung und Verwaltung der Anstalt.

Die oberste Leitung und Verwaltung der Anstalt steht dem Landesauschusse des Königreiches Böhmen zu, welcher dieselbe nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften und diesbezüglichen Beschlüsse des Landtages führt. Dadurch wird jedoch an dem der Staatsverwaltung vorbehaltenen Rechte der obersten polizeilichen Aufsicht und Überwachung nichts geändert.

§ 5.

Die unmittelbare Leitung der Anstalt ist nach Maßgabe dieses Statutes, der Hansordnung (§ 14) und der Dienstinstruktion dem Direktor (Anstaltsleiter) übertragen, dessen Er-

nenennung dem Landesaussschusse des Königreiches Böhmen zusteht. Die Ernennung des Direktors (Anstaltsleiters) bedarf der Genehmigung der Staatsverwaltung. Der Direktor (Anstaltsleiter) hat die Lehrbefähigung für den Unterricht verwahrloster Kinder nach Maßgabe des § 8, Absatz 3 dieses Statutes nachzuweisen.

Während der Dauer der Unhaltung eines Pfleglings in der Besserungsanstalt übernimmt der Direktor (Anstaltsleiter) die Rechte und Pflichten des Vaters beziehungsweise des Vormundes und hört alle diesfällige Einflußnahme dritter Personen für die Zeit des Eintrittes eines Pfleglings bis zu dessen Entlassung auf.

In einzelnen Fällen kann die Anstaltsleitung im Sinne der §§ 177 und 178 des BGB. den Beistand der kompetenten Gerichte anrufen, damit die Väter der Pfleglinge der väterlichen Gewalt für verlustig erklärt und an deren Stelle taugliche Vormünder bestellt werden.

§ 6.

Dem Direktor (Anstaltsleiter) werden zur Besorgung der Verwaltungsgeschäfte ein, oder im Falle des Bedarfes mehrere Beamte beigegeben.

§ 7. Seelsorge.

Die Vernehmung der Seelsorge und die Erteilung des Religionsunterrichtes für die katholischen Pfleglinge obliegt dem vom Landesaussschusse ernannten Anstaltsseelsorger.

Bezüglich solcher Pfleglinge, welche dem römisch-katholischen Glauben nicht angehören, wird nach Bedarf im Einvernehmen mit den betreffenden Kultus-Vorständen durch Bestellung von Seelsorgern ihrer Konfession Vorsorge getroffen.

§ 8. Schulunterricht.

Die im schulpflichtigen Alter stehenden Pfleglinge erhalten in der k. böhm. Landesbesserungsanstalt den durch die geltenden Gesetze vorgeschriebenen Schulunterricht in ihrer Muttersprache.

Jene Pfleglinge, welche das 14. Lebensjahr überschritten und das Volksschulentslassungszeugnis erworben haben, können einen, insbesondere auf die Winterabende zu verlegenden Wiederholungs- und Fortbildungsunterricht in gewerblicher und landwirtschaftlicher Richtung genießen.

Zum Zwecke der Unterrichtserteilung in der Anstalt bestellt der Landesaussschuß die hiezu nötige Zahl von geschäftlich befähigten beider Landessprachen mächtigen Lehrkräften. Dieselben haben die Lehrbefähigung für den Unterricht verwahrloster Kinder nachzuweisen. (Befähigung für Volksschulen und spezielle Prüfung nach Art. V., Abs. 2 der Prüfungsvorschrift vom 31. Juli 1886 Z. 6032 Verordnungsblatt des Ministeriums für Kultus und Unterricht Nr. 52) oder Lehrbefähigung im Sinne des § 70 P 1 des Reichsvolksschulgesetzes.)

Insoferne dadurch die erfolgreiche Verfolgung des im § 1 angedeuteten Zweckes nicht gefährdet wird, kann der Unterricht in den Wiederholungs- und Fortbildungs-Stunden auch auswärtigen Lehrkräften gegen eine Remuneration übertragen werden.

Der schulmäßige Unterricht in der Anstalt unterliegt der Aufsicht der staatlichen Schulbehörde.

Der Unterricht muß den Pfleglingen in deren Muttersprache erteilt werden.

§ 9. Sanitätsdienst.

Behufs ärztlicher Untersuchung der in die Anstalt eingelieferten Pfleglinge und Hilfeleistung an Erkrankte, sowie behufs Überwachung der Sanitätsverhältnisse der Anstalt überhaupt, wird vom Landesaussschusse ein qualifizierter Arzt bestellt.

§ 10. Pflege der Kranken und Begräbnis der Verstorbenen.

Für die Unterbringung, Pflege und ärztl. Behandlung erkrankter Pfleglinge sind in der Anstalt entsprechend eingerichtete Krankenlokale beizustellen.

Pfleglinge, welche an akuten Infektionskrankheiten, insbesondere Blattern, Scharlach, Masern, Diphtherie (Croup), Flecktyphus, Abdominaltyphus oder Dysenterie erkrankt oder einer solchen Krankheit verdächtig sind, sind nach ärztl. Anordnung in der Anstalt in einem hiefür bereit zu haltenden, vollkommen isolierten Krankenlokale (Isolierlokale) unterzubringen und da selbst der isolierten Pflege und Behandlung zu unterziehen.

Die Überführung eines solchen Kranken aus der Anstalt darf in der Regel nur mit Bewilligung oder im Auftrage der zuständigen politischen Bezirksbehörde unter Einhaltung der von derselben anzuordnenden Maßregeln stattfinden.

Nur in den Fällen dringendster Notwendigkeit z. B. zum Zwecke der Vornahme einer lebensrettenden Operation kann die Überführung über Anordnung des Anstaltsarztes unmittelbar unter Beobachtung der vom letzteren anzuordnenden Vorsichtsmaßregeln gegen sofortige Anzeige an die zuständige politische Bezirksbehörde vorgenommen werden.

Im übrigen ist für die Durchführung der hinsichtlich der übertragbaren Krankheiten im allgemeinen und hinsichtlich der Tuberkulose und Cholera im besonderen erlassenen behördlichen Vorschriften die entsprechende Vorsee zu treffen.

Stirbt ein Pflegling in der Anstalt, so hat der Direktor (Anstaltsleiter) unverzüglich eventuell telegraphisch die nächsten Angehörigen des Verstorbenen hiervon in Kenntnis zu setzen, veranlaßt sodann die Totenbeschau durch den hiezu berechtigten Arzt, sowie die Todesfallaufnahme.

Von dem Todesfalle wird das zuständige Seelsorgeamt, beziehungsweise das Gemeindeamt wegen Beistellung eines Grabes verständigt.

Die Leiche wird mit Wäsche und einem Zwillingshänge bekleidet, und in einen einfachen schwarz angestrichenen Sarg gelegt.

Die Beerdigung findet nach dem Ritus jener Konfession, der der Verstorbene angehörte, statt. Das Leichenbegängnis findet ohne jedes Gepränge statt, doch steht es den Angehörigen eines verstorbenen Pfleglings frei, die Ausfolgung der Leiche zu verlangen, wenn dagegen keine sanitären Bedenken obwalten.

Die Angehörigen des Verstorbenen können auf ihre eigenen Kosten ein mehr oder weniger feierliches Leichenbegängnis vom Direktor (Anstaltsleiter) erbitten.

Die Kosten des von der Anstalt veranstalteten Leichenbegängnisses werden aus den ersparten Prämien und dem etwa vorhandenen Deposite, eventuell durch den Erlös für verkaufte Privateffekten des Verstorbenen gedeckt. Im Falle diese Mittel nicht ausreichen, werden diese Kosten von den Angehörigen des Verstorbenen, wenn selbe zahlungsfähig sind, oder von der Zuständigkeitsgemeinde einbringlich zu machen gesucht.

Wenn keiner der Verpflichteten zahlungsfähig ist, trägt die unbedeckten Kosten der Landesfond.

§ 11. Aufsichtspersonale.

Zur ununterbrochenen und unmittelbaren Beaufsichtigung der Pfleglinge und zu ihrer Unterweisung in den unterschiedlichen Arbeiten ist ein Oberaufseher und die nötige Anzahl von Aufsehern zu bestellen.

§ 12. Hauskonferenz.

Alle Beamte der Anstalt, ferner der Seelsorger, der Arzt und die Lehrkraft oder Lehrkräfte haben jeden Monat wenigstens einmal unter Vorsitz des Direktors (Anstaltsleiters) eine Hauskonferenz abzuhalten über die Fortschritte und Aufführung der Pfleglinge, über ihre Klassifizierung und die Auswahl der Beschäftigung für sie, sowie überhaupt über alles, was zur Hebung der Disziplin und leichteren Erreichung des Anstaltszweckes beizutragen im Stande ist. Über diese Beratungen sind Protokolle zu führen.

Die Mitglieder der Hauskonferenz haben nur eine beratende Stimme.

Die Entscheidung steht dem Direktor (Anstaltsleiter) zu, doch hat jedes Mitglied der Hauskonferenz das Recht, zu verlangen, daß seine Anschauung im Protokolle Aufnahme finde.

§ 13. Hauskommission.

Mindestens einmal in zwei Monaten findet in der Anstalt eine Hauskommission statt.

Dieselbe hat den Zweck, über alle Verhältnisse der Anstalt und alle Angelegenheiten der Pfleglinge, welche mit der Erreichung des im § 1 angedeuteten Zweckes zusammenhängen, Beratungen zu pflegen, die Beschieden und Bitten der Pfleglinge entgegen zu nehmen, wegen Entlassung der Pfleglinge (§ 21) Anträge zu stellen und dem Landesauschusse in solchen Angelegenheiten Vorschläge zu erlaten, bei welchen sein Eingreifen oder eine Aenderung der bestehenden Vorschriften und Regeln wünschenswert erscheint.

Die Hauskommission besteht aus dem Landesauschussebeisitzer, welcher Referent in Angelegenheiten der Zwangsarbeits- und Besserungs-Anstalten ist, oder aus einem hiezu besonders bevollmächtigten Landesauschussebeamten als Vorsitzenden, aus einem landesfürstlichen, von der k. k. Statthalterei delegierten Beamten, aus dem Direktor der Anstalt (Anstaltsleiter), dem ersten Verwaltungsbeamten, dem Seelsorger, dem Lehrer, oder den Lehrern und dem Arzte.

Wenn sich in der Anstalt nach Maßgabe des § 2 al. 3, in dieselbe abgegebene Pfleglinge befinden, ist behufs Beurteilung der Behandlung dieser Pfleglinge von der Abhaltung der Hauskommission jeweils auch das Bezirksgericht, in dessen Sprengel die Anstalt liegt, zu verständigenden, damit dasselbe ein Mitglied zur Kommission entsende, in Vertretung der Pflégenschaftsbehörde.

Die Beschlüsse der Kommission sind zu protokollieren. Jedes Mitglied derselben hat das Recht, seine Meinung auszusprechen und Anträge zu stellen, sowie die Aufnahme derselben in das Protokoll zu fordern.

§ 14. Hausordnung und Dienstinstruktion.

Eingehende Bestimmungen bezüglich der Regelung des gesamten Lebens in der Besserungsanstalt von der Aufnahme der Pfleglinge bis zu ihrer Entlassung, sowie die Regeln für das Verhalten und die Pflichten der Pfleglinge, werden durch die Hausordnung festgelegt.

Die Hausordnung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der k. k. Regierung (§ 11 Gesetz vom 24. Mai 1885, Z. 90 RGBl.).

Die Hausordnung wird jedem Pfleglinge gleich bei seiner Einlieferung in die Anstalt vorgelesen und erläutert; ein gedrucktes Exemplar wird in jedem Schlaßsaale angeschlagen.

Der Landesauschuß hat für den Direktor (Anstaltsleiter), Verwaltungsbeamten, Seelsorger, Lehrer und Arzt, sowie für die Aufseher Dienstinstruktionen zu erlassen.

Die Dienstinstruktion des Direktors (Anstaltsleiters) ist in einer Weise zu verfassen, damit derselbe nicht durch Funktionen administrativer Natur überbürdet sei und seine Kräfte im ausgedehntesten Maße der Aufgabe der Anstalt — eine Besserung der Pfleglinge herbeizuführen — widmen könne.

§ 15. Beschaffung der Lebensbedürfnisse der Pfleglinge.

Die Kost wird in der Anstalt den Pfleglingen verabfolgt; dieselbe soll quantitativ und qualitativ jenem Maße entsprechen, welches zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft erforderlich ist.

Die Kost wird in eigener Regie der Anstalt zubereitet; auch die Viktualien sind nach Tunlichkeit in eigener Regie der Anstalt zu beschaffen.

§ 16.

Die Speisennorm für gesunde Pfleglinge setzt der Landesauschuß fest. Die Krankenkost schreibt der Arzt mit Genehmigung des Direktors (Anstaltsleiters) vor. Kleidung, Wäsche, Beschuhung, Bettzeug und andere Bedürfnisse der Pfleglinge werden nach besonderen diesbezüglich vom Landesauschuße zu erlassenden Vorschriften beschafft.

§ 17. Einteilung der Pfleglinge.

Die Pfleglinge werden mit Rücksicht auf deren sittliche Beschaffenheit, nach dem Grade der Verwahrlosung und Alter, in Gruppen (Familien) eingeteilt; jede Gruppe steht — außer des Schulunterrichtes — bei der Arbeit und im Schlaßsaale unter unmittelbarer Aufsicht eines Aufsehers.

Die Zuteilung in einzelne Gruppen, die Bestimmung der Disziplinarklasse vollzieht der Direktor (Anstaltsleiter) nach Anhörung der Hauskonferenz.

Die Pfleglinge sind in drei Disziplinarklassen einzuteilen, und zwar in der Weise, daß jeder neuzugewachsene in die 3. Klasse eingereiht wird, aus welcher er, je nach Fleiß und Betragen, in die zweite und erste vorrückt.

Die mit der Einreihung in eine Disziplinarklasse verbundenen Vorteile sind in der Hausordnung festgesetzt. (§ 16, H.D.)

§ 18. Beschäftigung der Pfleglinge.

Die Bestimmung der Art und des Umfanges der in der Landesbesserungsanstalt zu betreibenden Beschäftigungszeige wird nach Einvernahme des Direktors (Anstaltsleiters) vom Landesauschuße getroffen.

Die Pfleglinge sind außer der Schule zu beschäftigen:

1. bei den Hausarbeiten der Anstalt,
2. im Anstaltsgarten,
3. in den Schulwerkstätten, wobei darauf zu achten ist, daß zunächst die Bedürfnisse der Anstalt selbst durch die Arbeit der Pfleglinge gedeckt werden,
4. bei Arbeiten für fremde Unternehmer.

Grundsätzlich ist ausgeschlossen:

1. Die Verwendung der Pfleglinge zu Arbeiten jedweder Art außerhalb der Anstalt, von welchen dieselben nicht einmal auf die Nacht in die Anstalt heimkehren könnten.

2. Das Verdingen der Pfleglinge zum fabriksweisen Betriebe solcher Arbeiten, welche nach den Vorschriften der Gewerbeordnung unter die handwerksmäßigen gehören; ebenso der Betrieb solcher Arbeiten auf eigene Rechnung der Anstalt.

Es ist namentlich jeder Pflingling täglich soweit als möglich im Freien zu beschäftigen, und die größeren Pflinglinge wenigstens zur Winterszeit zu einer ihren Fähigkeiten angemessenen gewerbmäßigen Arbeit anzuhalten.

Der Direktor der Anstalt (Anstaltsleiter) bestimmt, welche Art der Beschäftigung einem jeden Pflingling mit Rücksicht auf seine Fähigkeiten und körperliche Beschaffenheit zugewiesen werden soll.

Insofern es die Art der Arbeit zuläßt, wird jedem Pflingling täglich eine bestimmte, seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Leistung aufgegeben.

Einen Anspruch auf irgend welchen Lohn haben die Pflinglinge selbst dann nicht, wenn sie die Arbeit in oder außerhalb der Anstalt für Rechnung fremder Unternehmer verrichten; es kann ihnen jedoch, falls sie ihre Aufgabe vollständig ausgeführt oder noch mehr geleistet haben, zur Ermunterung des Fleißes eine angemessene Verdienstprämie bewilligt werden, über deren Höhe in der Hausordnung allgemeine Bestimmungen erlassen werden. Dieser Verdienst wird zwar auf den Namen des betreffenden Pflinglings verzeichnet, übergeht jedoch nicht in sein Eigentum; vielmehr behält der Direktor (Anstaltsleiter) das Recht der freien Verfügung hierüber nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statutes und der Hausordnung. Aus demselben werden die vom Pflingling verursachten Schäden ersetzt. Dem Direktor (Anstaltsleiter) steht das Recht zu, die Verwendung eines angemessenen Teiles dieses Verdienstes — jedoch nie mehr als $\frac{1}{3}$ — zur Aufbesserung der Kost des betreffenden Pflinglings bei geeigneten Anlässen zu bewilligen.

Der Überschuß wird monatlich fruchtbringend angelegt. Die Interessen von diesen Geldern gehören dem Fonde.

Welche Genüsse den Pflinglingen zur Aufbesserung gewährt werden können, bestimmt der Landesausschuß. Ganz unzulässig sind Tabak und geistige Getränke.

§ 19. Entweichung der Pflinglinge.

Wenn ein Pflingling entweicht, so ist hievon die Anzeige unverzüglich dem Landesausschuße und nebstdem zugleich mit einer genauen Personbeschreibung auch der politischen Bezirksbehörde und den nächsten Gendarmerie-Posten zu erstatten.

§ 20. Belohnungen und Strafen.

a) Belohnungen.

Pflinglinge, die sich durch besondern Fleiß und brave Aufführung auszeichnen, können auf Belohnungen rechnen.

b) Strafen.

Jede Verletzung der Hausordnung oder der vom Direktor (Anstaltsleiter) speziell erlassenen Verordnungen und Vorschriften, sowie die Verübung von im Strafgesetze bezeichneten strafbaren Handlungen wird unbeschadet der allfälligen strafrechtlichen Verfolgung, sowohl an dem unmittelbaren Täter, als auch an dem auf was immer für eine Art Mitschuldigen mit Disziplinarstrafen geahndet. Nähere Bestimmungen über die Belohnungen und Strafen sind in der Hausordnung (§ 17) enthalten.

Begeht ein Pflingling ein Verbrechen, so ist er dem zuständigen k. k. Bezirksgerichte im Wege des Gendarmerie-Posten-Kommando zu übergeben.

§ 21. Anhaltungs-dauer der Pflinglinge.

Die Pflinglinge können in der Landesbesserungsanstalt so lange angehalten werden, als es der Zweck, zu welchem die Anhaltung erfolgte, erheischt; demgemäß können solche Pflinglinge, welche in vorgeschrittenem Alter in die Anstalt eingetreten sind und zufolge der Kürze ihrer Anhaltung bei Vollendung ihres 14. Lebensjahres noch nicht gebessert erscheinen, deren Besserung jedoch bald zu erwarten steht, auch über das angegebene Alter hinaus angehalten werden.

Die Anhaltung darf jedoch über das 18. Lebensjahr des Pflinglings nicht ausgedehnt werden.

Über die Entlassung derjenigen jugendlichen Pflinglinge, welche im § 2 alin. 1—2 dieses Statutes angeführt sind, entscheidet jene nach § 7 Gesetz vom 24. Mai 1885, Z. 90 RGV. eingeleitete Kommission, welche deren Einlieferung beschlossen hat. Über die Entlassung der im § 2 alin. 3 angeführten Pflinglinge entscheidet der Landesausschuß, welcher die Aufnahme des bezüglichen Pflinglings bewilligt hat.

Die Entlassung kann eine unbedingte, oder eine bedingte mit dem Vorbehalte des Widerrufes sein.

a) Bedingte Entlassung.

Diese kann dann eintreten, wenn das bisherige Verhalten des Pflinglings in der Anstalt zwar begründete Hoffnung auf Besserung gewährt, wobei jedoch noch nicht sämtliche Voraussetzungen der endgültigen Entlassung zutreffen.

Die bedingte Entlassung kann während der ganzen Zeit, während welcher die Anhaltung des betreffenden Pfleglings in der Anstalt zulässig ist, widerrufen werden, wenn das Verhalten des bedingt Entlassenen außerhalb der Anstalt nicht klaglos ist.

Die Anstaltsleitung hat solche bedingt Entlassene zu überwachen.

Den Widerruf der bedingten Entlassung beschließt die Hauskommission.

In dringenden Fällen, insbesondere wenn der Pflegling dem Arbeitsgeber entweicht, ist die Anstaltsleitung berechtigt, die vorläufige Einlieferung des Pfleglings in die Anstalt nötigenfalls mit behördlicher Intervention gegen nachträgliche Genehmigung der Hauskommission durchzuführen.

Der Widerruf der bedingten Entlassung hat die weitere Anhaltung des bezüglichen Pfleglings in der Anstalt zu Folge; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß ein solcher Pflegling nochmals bedingt entlassen werden kann.

Die Versorgung dieser bedingt Entlassenen mit allem Notwendigen obliegt dem Arbeitsgeber; nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen kann ein solcher Pflegling aus der zu diesem Zwecke vom Landtage bewilligten Dotation unterstützt werden.

b) Definitive Entlassung.

Zur definitiven Entlassung wird von der Hauskommission ein Pflegling in Antrag gebracht:

1. wenn bei demselben ein Anstand eingetreten ist, welcher ihn nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Mai 1885 RGW. Z. 90 zur Aufnahme in die Anstalt untauglich machen würde, oder

2. wenn die Aufführung des Pfleglings, ob in der Anstalt selbst, oder im Falle der bedingten Entlassung außerhalb derselben, eine derartige ist, daß selbe auf eine anhaltende Besserung schließen läßt.

§ 22. Unterbringung der entlassenen Pfleglinge.

Hat der Direktor (Anstaltsleiter) beziehungsweise die Hauskommission die Absicht, die Entlassung eines gebesserten Pfleglings zu beantragen, so hat der Direktor (Anstaltsleiter) falls weder vertrauenswürdige Verwandte des bezüglichen Pfleglings, noch die Zuständigkeitsgemeinde sich dieser Aufgabe unterziehen wollten, vorerst im geeigneten Wege durch Vermittlung der politischen, autonomen oder geistlichen Behörden, eventuell von zu diesem Behufe etwa gegründeten Vereinen, dafür Sorge zu tragen, daß der betreffende Pflegling eine zu seiner Ernährung hinreichende Beschäftigung bei einem unbescholtenen und gewissenhaften Arbeitsgeber finde, oder bei einem verlässlichen Meister in die Lehre aufgenommen werde u. ä., überhaupt, daß derselbe in solche Verhältnisse komme, in welchen die drohende Gefahr eines Rückfalles möglichst beschränkt wäre.

In jedem Unterbringungsfalle ist ein schriftlicher Lehr- oder Dienstvertrag abzuschließen.

Der Direktor (Anstaltsleiter) hat darauf zu achten, daß sich in dem Orte, wohin der entlassene jugendliche Pflegling gelangt, eine oder mehrere unbescholtene Personen finden, welche freiwillig die Beaufsichtigung des Pfleglings übernehmen und sich bereit erklären, ihn zu besuchen und darauf zu sehen, daß er nicht neuerdings dem Verderben ver falle.

Die Direktion hat überhaupt auf das Verhalten der in Arbeitsorten untergebrachten Pfleglinge bis zur Beendigung ihrer Lehrzeit Einfluß zu nehmen und sich darüber nach Bedarf zu erkundigen.

§ 23. Ausstattung der entlassenen Pfleglinge.

Dem entlassenen Pfleglinge ist eine angemessene Kleidung entweder aus seinem eigenen Vorrat mitzugeben, oder es wird — falls dieser einer Ergänzung bedarf, und weder der Pflegling selbst eigenes Vermögen hat, noch andere zahlungspflichtige und zahlungsfähige Personen vorhanden sind — das Erforderliche aus dem Ertrage seiner Arbeitsprämien und wenn auch diese nicht hinreichen aus der betreffenden Anstaltsdotationsung angekauft.

Wenn nach Ankauf der Kleidungsstücke noch ein Überschuß aus den Arbeitsprämien übrig, wird derselbe nach Bedarf zu Gunsten des Pfleglings, z. B. zum Erlage des Lehrgeldes oder zu anderen notwendigen und nützlichen Auslagen nach Antrag derjenigen Personen verwendet, welche nach den Bestimmungen des vorangehenden Paragraphen die Beaufsichtigung des Pfleglings übernommen haben.

§ 24. Statutänderung.

Die Änderungen dieses Statutes unterliegen gemäß § 11 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGW. Nr. 90 der Genehmigung der Staatsverwaltung.

Statut der kön. böhm. Landeszwangsarbeits- und Besserungsanstalt für weibliche Zwänglinge in Kofienblatt.

§ 1. Zweck der Anstalt.

Die k. b. Landeszwangsarbeits- und Besserungsanstalt für weibliche Zwänglinge hat den Zweck, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen dahin abgegebenen weiblichen Zwänglinge zu bessern und durch Anhaltung zur angemessenen Arbeit und durch Erteilung eines entsprechenden Unterrichtes zu arbeitsamen religiös-sittlichen Menschen umzuwandeln.

§ 2. Die Zwänglinge.

In diese Anstalt können aufgenommen werden :

1. Personen weiblichen Geschlechtes ohne Unterschied des Alters, soferne die gesetzlichen Bedingungen für deren Abgabe in eine Zwangsarbeits- resp. Besserungsanstalt nach den Vorschriften der RG. vom 24. Mai 1885 Nr. 89 und 90 vorhanden sind.

2. Unmündige weiblichen Geschlechtes, die sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, welche nach den Bestimmungen des Strafgesetzes nur wegen Unmündigkeit des Täters nicht als Verbrechen angerechnet, sondern als Übertretung bestraft wird (§§ 2, lit. d, 237 und 269—272 StG.), wenn das Strafgericht die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt ausgesprochen hat (§ 8, Absatz 1, Gesetz vom 24. Mai 1885, RG. Nr. 89).

3. Unmündige, welche ein Vergehen oder eine Übertretung begangen haben, deren Abwendung nach der Bestimmung des § 273 StG. der Sicherheitsbehörde überlassen wurde, wenn sie gänzlich verwahrloßt sind und kein anderes Mittel zur Erzielung einer ordentlichen Erziehung und Beaufsichtigung derselben ausfindig zu machen ist, vorausgesetzt, daß die Sicherheitsbehörde ihre Abgabe in eine Besserungsanstalt verfügt hat (§ 8, Abs. 2, Ges. vom 24. Mai 1885, RG. Nr. 89).

4. Abgegeben von den angeführten Fällen können auch minderjährige Personen weiblichen Geschlechtes, welche das Alter von 18 Jahren noch nicht überschritten haben, über Antrag ihrer gesetzlichen Vertreter und mit Zustimmung der Pflegschaftsbehörde in die Anstalt aufgenommen werden. (§ 16, al. 2, Gesetz vom 24. Mai 1885, RG. Nr. 90.)

Die Abgabe in diese Anstalt in den sub 1—3 angeführten Fällen kann nur auf Grund eines Beschlusses der nach § 7 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RG. Nr. 90 gebildeten Landeskommission erfolgen.

Die Entscheidung über die Aufnahme der sub 4 angeführten jugendlichen Individuen, welche über Antrag ihrer gesetzlichen Vertreter in die Anstalt abgegeben werden sollen, bleibt dem Landesausschusse des Königreiches Böhmen vorbehalten.

§ 3. Erhaltungskosten.

Die Erhaltungskosten für die in dieser Anstalt detenierten Zwänglinge werden aus Landesmitteln bestritten, vorausgesetzt, daß weder die Zwänglinge selbst Vermögen besitzen, noch daß dritte Personen vorhanden sind, welche nach den Gesetzen hiezu verpflichtet und zahlungsfähig sind.

Hat der Zwängling selbst Vermögen, oder sind Personen vorhanden, die für ihn zahlungspflichtig und dazu fähig sind, so werden die Erhaltungskosten in der Form einer Verpflegstaxe bemessen, deren Höhe der Landesausschuß festsetzt.

Hiebei hat der Landesausschuß darauf zu sehen, daß nicht mehr aufgerechnet werde, als der tatsächliche Aufwand beträgt. Eine zur Gänze oder zum Teile auf Landeskosten zu erfolgende Anhaltung der Zwänglinge, die in die Anstalt auf Ansuchen ihrer gesetzlichen Vertreter aufgenommen werden, kann vom Landesausschusse des Königreiches Böhmen in besonders dringenden Fällen gestattet werden.

§ 4. Leitung und Verwaltung der Anstalt.

Die oberste Leitung und Verwaltung der Anstalt steht dem Landesausschusse des Königreiches Böhmen zu, welcher dieselbe nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften und diesbezüglichen Beschlüsse des hohen Landtages führt.

Dadurch wird jedoch an dem der Staatsverwaltung vorbehaltenen Rechte der obersten polizeilichen Aufsicht und Überwachung nichts geändert.

§ 5.

Die unmittelbare Leitung und Verwaltung der Anstalt wird dermalen auf Grund eines besonderen Übereinkommens der Kongregation der barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Boromäus übertragen und erfolgt durch die jeweilige als Hausoberin bestellte Ordensfrau.

Die innere Aufsicht über die Zwänglinge und deren Beschäftigung ist den Ordensfrauen anvertraut.

Die Hausoberin sowie die übrigen in der Anstalt beschäftigten Ordensfrauen sind in Ansehung ihrer Dienstesverrichtungen als zur Beforgung von amtlischen Geschäften angestellte Personen anzusehen.

Die Bestellung der Hausoberin bedarf zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung der Staatsverwaltung.

§ 6.

Behufs Beisehung der Seelsorge und zur Erteilung des Religionsunterrichtes wird in der Anstalt für die katholischen Zwänglinge ein katholischer Geistlicher bestellt.

Werden auch in der Anstalt Zwänglinge anderer Konfessionen angehalten, hat der Landesauschuß mit den Vorständen der betreffenden Konfessionen eine entsprechende Verfügung zu treffen, und beim h. Landtage die Bewilligung der zu diesem Zwecke erforderlichen Dotationen zu beantragen.

§ 7.

Den Unterricht in den Gegenständen der Volksschule, welcher den noch im schulpflichtigen Alter stehenden Zwänglingen in dem durch die geltenden Gesetze normierten Umfange zu erteilen ist, besorgt eine womöglich mit dem Lehrerzeugnisse ausgestattete Ordensfrau. Der Unterricht wird in beiden Landessprachen erteilt.

Behufs Ergänzung der Schulbildung der in dieser Richtung vernachlässigten Zwänglinge können auch nicht mehr im schulpflichtigen Alter stehende Zwänglinge über ihre Bitte diesem Unterrichte beizohnen.

Der schulmäßige Unterricht an der Anstalt unterliegt der Inspektion der staatlichen Schulbehörde.

§ 8.

Behufs ärztlicher Untersuchung der in der Anstalt eingelieferten Zwänglinge und Hilfeleistung an Erkrankte, sowie behufs Überwachung der Sanitätsverhältnisse der Anstalt überhaupt, wird vom Landesauschuße ein qualifizierter Arzt gegen eine vom Landtage zu bestimmende Remuneration ernannt.

§ 9.

Zur Beforgung des Kapellenorgeldienstes, sowie zur Unterweisung der Zwänglinge im Kirchengesange wird ein Organist gegen eine vom Landtage zu bestimmende Remuneration vom Landesauschuße bestellt.

§ 10.

Zur Versehung der Tag- und Nachtwache sowie zur Unterdrückung eventueller Erzeffe, zur Beaufsichtigung der außerhalb der Anstalt beschäftigten Zwänglinge, ferner zur Eskortierung von Zwänglingen wird vom Landesauschuße eine Anzahl von Aufsehern bestellt.

Die Zahl der Aufseher, deren Uniformierung, Ausrüstung und Entlohnung bestimmt der Landesauschuß nach Maßgabe der im Landesvoranschlage genehmigten Summen.

Das Wachpersonal untersteht in erster Linie dem Landesauschuße und ist der Anstaltsleitung zum Gehorsam verpflichtet.

§ 11. Hauskommission.

Mindestens einmal in zwei Monaten findet in der Anstalt eine Hauskommission statt. Dieselbe hat den Zweck, über alle Verhältnisse der Anstalt und alle Angelegenheiten der Zwänglinge, die mit der Erreichung des im § 1 angedeuteten Zweckes zusammenhängen, Beratungen zu pflegen, die Beschwerden und Bitten der Zwänglinge entgegenzunehmen, der Landeskommission wegen Entlassung der Zwänglinge (§ 26) Anträge zu stellen und dem Landesauschuße in solchen Angelegenheiten Vorschläge zu erstatten, bei welchen sein Eingreifen oder eine Änderung der bestehenden Vorschriften und Regeln wünschenswert erscheint.

Die Hauskommission besteht aus dem Landesauschußbeisitzer, der Referent in Angelegenheiten der Zwangsarbeitsanstalten ist, oder aus einem hierzu besonders bevollmächtigten Landesauschußbeamten, aus einem landesfürstlichen, von der k. k. Statthalterei belegierten Beamten, aus der Hausoberin, dem Seelsorger, dem Arzte, der den Unterricht erteilenden

Ordensfrau, eventuell auch dem Lehrer, wenn ein solcher ausschließlich für die Anstalt bestimmt ist.

Wenn sich in der Anstalt nach Maßgabe des § 2 in dieselbe abgegebene Unmündige befinden, ist behufs Beurteilung der Behandlung dieser Unmündigen von der Abhaltung der Hauskommission jeweils auch das Bezirksgericht, in dessen Sprengel die Anstalt liegt, zu verständigen, damit dasselbe ein Mitglied zur Kommission entsende.

Die Beschlüsse der Kommission sind zu protokollieren. Jedes Mitglied derselben hat das Recht, seine Meinung auszusprechen und Anträge zu stellen, sowie die Aufnahme derselben in das Protokoll zu fordern. Die Protokolle sind in Abschrift dem Landesauschusse periodisch vorzulegen.

§ 12. Hauskonferenz.

Die Hausoberin, der Seelforger, Arzt, die Lehrerin, eventuell der Lehrer, haben jeden Monat zweimal unter Vorsitz der Hausoberin eine Hauskonferenz abzuhalten zur Beratung über die Fortschritte und Aufführung der Zwänglinge, über ihre Klassifizierung und die Auswahl der Beschäftigung für sie, sowie überhaupt über alles, was zur Hebung der Disziplin und leichteren Erreichung des Anstaltszweckes beizutragen im Stande ist.

§ 13. Hausordnung und Dienstinstruktion.

Eingehende Bestimmungen bezüglich der Regelung des gesamten Lebens in der Anstalt von der Aufnahme des Zwänglings bis zu seiner Entlassung, sowie die Regeln für das Verhalten und die Pflichten der Zwänglinge werden durch die in beiden Landessprachen abzufassende Hausordnung festgesetzt.

Die Hausordnung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der k. k. Regierung (§ 11 Gesetz vom 24. Mai 1885 RGB. Nr. 90). Die Hausordnung wird jedem Zwänglinge gleich bei seiner Entlassung in die Anstalt vorgelesen und erläutert; ein gedrucktes Exemplar wird in jedem Arbeits- und jedem Schlaf-Saale angehängt.

Der Landesauschuß hat für die Anstaltsleiterin (Hausoberin), den Seelforger, Arzt, sowie für die Lehrerin, eventuell für den Lehrer, ferner für die Aufseher Dienstinstruktionen zu erlassen.

§ 14. Beschaffung der Lebensbedürfnisse der Zwänglinge.

Die Kost wird in der Anstalt in der Regel nur den Zwänglingen verabfolgt; dieselbe soll quantitativ und qualitativ jenem Maße entsprechen, welches zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft erforderlich ist.

Die Kost wird in eigener Regie der Anstalt zubereitet; auch die Viktualien sind nach Tunlichkeit in eigener Regie der Anstalt zu beschaffen.

§ 15.

Die Speisennorm für gesunde Zwänglinge setzt der Landesauschuß fest. Die Krankenkost schreibt der Arzt mit Genehmigung der Anstaltsleiterin vor. Kleidung, Wäsche, Beschuhung, Bettzeug und andere Leibesbedürfnisse werden den Zwänglingen von der Anstaltsleitung beigegeben.

§ 16. Einteilung und Klassifizierung der Zwänglinge.

Die Zwänglinge sind mit gehöriger Rücksichtnahme auf Alter und individuellen Charakter in Schlaffälle einzuteilen und darf ein diesbezüglicher Wechsel eigenmächtig von den Zwänglingen nicht vorgenommen werden.

Die Zuteilung geschieht durch die Anstaltsleitung und zwar in zwei von einander nach Tunlichkeit ganz getrennte Abteilungen:

- A. der volljährigen und
- B. der minderjährigen Zwänglinge.

Abgesehen von dieser Einteilung sind sämtliche Zwänglinge nach Fleiß und Aufführung in Disziplinarlassen einzureihen. Jeder neuzugewachsene Zwängling kommt in die dritte Klasse, aus welcher er je nach Fleiß und Aufführung in die zweite und aus derselben in die erste befördert werden kann.

Die Zwänglinge der zweiten Klasse erhalten höhere Verdienstprämien als die Zwänglinge der dritten Klasse; die Zwänglinge der ersten Klasse wieder höhere als jene der zweiten Klasse.

Die Überführung aus einer ungünstigeren in eine günstigere Klasse, sowie die Rückversetzung in eine ungünstigere Disziplinarklasse bei schlechter Aufführung beschließt die Hauskonferenz.

Die Rückversetzung in eine ungünstigere Disziplinarklasse hat den Charakter einer schweren Disziplinarstrafe.

§ 17. Beschäftigung der Zwänglinge.

Die Zwänglinge sind nach Maßgabe ihrer Anlagen und ihrer Befähigung zu beschäftigen:

1. bei den Hausarbeiten der Anstalt,
2. bei den Arbeiten, welche in eigener Regie der Anstalt, sei es für eigene Bedürfnisse oder für auswärtige Besteller unternommen werden.

3. Arbeiten für fremde Unternehmer.

Im allgemeinen hat als Regel zu gelten, daß eine allzu einseitige Beschäftigung, welche die Erwerbsmöglichkeit bei der Entlassung beschränken würde, zu vermeiden ist, vielmehr sind solche Beschäftigungen zu wählen, deren Aneignung die Zwänglinge befähigt nach ihrer Entlassung aus der Anstalt, ihren Lebensunterhalt zu besorgen.

Es ist, wenn tunlich, jeder Zwängling wenigstens teilweise in freier Lust zu beschäftigen. Jeder Zwängling, der schon längere Zeit in der Anstalt interniert war, ist insbesondere vor seiner Entlassung gründlich im Waschen und Glätten der Wäsche zu informieren, falls dies nicht schon früher erfolgt wäre.

§ 18.

Nebst den für die Hauswirtschaft der Anstalt erforderlichen Arbeiten (in der Küche, bei der Wäsche, Reinigung der Lokalitäten, kleinen Reparaturen, Banherstellungen) hat die Beschäftigung mit erwerbsmäßigen Arbeiten für eigene Rechnung der Anstalt die Regel zu bilden und dies namentlich in folgenden Richtungen:

- a) in Gärten und auf den Feldern,
- b) in den Anstaltsarbeitsstätten.

Sollten diese Arbeiten den Zwänglingen nicht genügende Beschäftigung bieten, so ist es gestattet, dieselben auf Rechnung fremder Unternehmer zu beschäftigen, und zwar zunächst wieder in der Anstalt selbst, wobei zu berücksichtigen ist, daß durch die Verwendung der Arbeitskraft der Zwänglinge die heimische gewerbliche Produktion nicht geschädigt werde.

Zu Arbeiten außerhalb des Anstaltsrayons können nur ausnahmsweise Zwänglinge, die nicht fluchtverdächtig sind, und diese bloß in Gruppen unter Aufsicht und in Begleitung einer genügenden Anzahl von Aufsehern zugelassen werden.

Unmündige Zwänglinge werden zu solchen Arbeiten überhaupt nicht zugelassen.

§ 19.

Grundsätzlich ist ausgeschieden:

1. die Verwendung der Zwänglinge zu Arbeiten jedweder Art außerhalb der Anstalt, von welchen dieselben nicht einmal über die Nacht in die Anstalt heimkehren können;
2. das Verdingen der Zwänglinge zum fabrikmäßigen Betriebe solcher Arbeiten, welche nach den Vorschriften der Gewerbeordnung unter die handwerksmäßigen gehören; ebenso der fabrikmäßige Betrieb solcher Arbeiten auf eigene Rechnung der Anstalt.

§ 20.

Die Anstaltsleitung entscheidet nach Anhörung der Hauskonferenz, welche Art der Beschäftigung einem jeden Zwänglinge mit Rücksicht auf seine Fähigkeiten und körperliche Beschaffenheit zugewiesen werden soll.

Insofern es die Art der Arbeit zuläßt, wird jedem Zwänglinge eine bestimmte, seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Leistung aufgetragen.

Sinen Anspruch auf irgend welchen Lohn haben die Zwänglinge selbst dann nicht, wenn sie die Arbeit in oder außerhalb der Anstalt für Rechnung fremder Unternehmer verrichten; es kann ihnen jedoch, falls sie ihre Aufgabe befriedigend ausgeführt haben, zur Ermunterung des Fleißes eine angemessene Verdienstsprämie bewilligt werden, über deren Höhe in der Hausordnung allgemeine Bestimmungen erlassen werden. Dieser Verdienst wird zwar auf den Namen des betreffenden Zwänglings verrechnet, übergeht jedoch nicht in sein Eigentum; vielmehr behält die Hausoberin das Recht der freien Verfügung hierüber nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statutes und der Hausordnung. Aus demselben werden die von dem Zwänglinge verursachten Schäden ersetzt. Der Anstaltsleitung steht das Recht zu, die Verwendung eines angemessenen Teiles dieses Verdienstes — jedoch nie mehr als $\frac{1}{3}$ — zur Aufbesserung der Kost des betreffenden Zwänglings bei geeigneten Anlässen zu bewilligen.

Bei verheirateten Zwänglingen oder solchen, die Kinder besitzen, kann ein Teil nach Maßgabe des Bedarfes zur Unterstützung der Familienglieder verwendet werden.

Der Überschuß wird monatlich fruchtbringend in Anstalten angelegt, welche über Antrag der Anstaltsleitung der Landesauschuß bestimmen wird. (Postsparkassa.)

Welche Genüsse den Zwänglingen zur Aufbesserung gewährt werden können, wird durch die Hausordnung bestimmt. Ganz unzulässig sind spirituose Getränke.

§ 21. Pflege der Kranken und Begräbnis der Verstorbenen.

Schwer kranke Zwänglinge oder solche, die mit einer ansteckenden Krankheit befallen sind, werden bis zu ihrer Genesung auf Kosten des Landes der nächsten öffentlichen Krankenanstalt übergeben; doch steht dem Lande rücksichtlich der im § 3, Abs. 2 genannten Personen der Erlassanspruch zu.

Leichtere Kranke werden in einem abgesonderten Raume in der Anstalt gepflegt.

Verstorbenen Zwänglingen hat die Anstalt ein einfaches Begräbnis auszustatten, dessen Kosten, wenn die Verstorbenen aus Landesmitteln erhalten wurde, ebenfalls aus Landesmitteln bestritten werden, soferne der Verdienst der Verstorbenen aus den Arbeitsprämien dazu nicht ausreicht.

§ 22. Entweichung der Zwänglinge.

Wenn ein Zwängling entweicht, so ist hievon die Anzeige unverzüglich dem Landesauschusse und nebstdem zugleich mit einer genauen Personbeschreibung auch der politischen Bezirksbehörde und den nächsten Gendarmereiposten zu erstatten.

§ 23. Belohnungen, Strafen.

Andauernder Fleiß und gute Aufführung werden belohnt. Unfleiß, schlechte Aufführung und Verletzungen der Hausordnung werden bestraft.

Die näheren Modalitäten der Belohnungen und Strafen enthält die Hausordnung. Rüksichtlich der Strafen gelten im allgemeinen die Bestimmungen des Min.-Erlasses vom 4. Juli 1860 B. 175 RGW., insoweit dieselben noch in Geltung stehen.

§ 24. Requirierung des k. u. k. Militärs.

In der Regel soll die Anstaltsleitung behufs Erhaltung der Disziplin und Ordnung mit der festgesetzten Zahl der Aufseher sein Auskommen finden. Ergibt sich in unabwieslichen Fällen die zwingende Notwendigkeit einen außergewöhnlichen militärischen Beistand herbeizurufen, so wird der damit verbundene Aufwand aus Landesmitteln bestritten.

§ 25. Entlassung der Zwänglinge.

Die Anhaltung eines volljährigen Zwänglings in der Anstalt darf ununterbrochen nicht länger als drei Jahre dauern.

Tritt die Besserung früher ein, so kann die Angehaltene vor Ablauf dieser Zeit entlassen werden (§ 9, Gesetz vom 24. Mai 1885 Nr. 90).

Die sub § 2, Abs. 2, 3 und 4 angeführten jugendlichen Zwänglinge können in der Anstalt so lange angehalten werden, als es der Zweck, zu welchem die Anhaltung erfolgte, erheischt; die Anhaltung darf jedoch über das 20. Lebensjahr des Zwänglings nicht ausgedehnt werden. (§ 14, Gesetz vom 24. Mai 1885 RGW. Nr. 90.)

Über die Entlassung der Zwänglinge entscheidet die nach § 7 Gesetz vom 24. Mai 1885 RGW. Nr. 90 eingesetzte Kommission.

Die Hauskommission kann die Entlassung nur dann beantragen:

1. wenn bei dem Zwänglinge ein Umstand eingetreten ist, welcher ihn nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Mai 1885 RGW. Nr. 90 zur Anhaltung in der Anstalt untauglich erscheinen läßt, oder

2. wenn sich der Zwängling in dem Maße gebessert hat, daß seine Entlassung begründet erscheint.

Jugendliche, über Antrag der gesetzlichen Vertreter und mit Genehmigung der Pflschaftsbehörde in die Anstalt eingelieferte Personen, können auch über pflschaftsbehördlich genehmigtes Ansuchen der gesetzlichen Vertreter entlassen werden.

Hat die Hauskommission die Absicht, die Entlassung eines gebesserten Zwänglings zu beantragen, so hat die Anstaltsleitung vorerst im geeigneten Wege (politische, autonome, geistliche Behörden, humanitäre Vereine) zu vermitteln, daß der Zwängling nach seinem Austritte aus der Anstalt einen angemessenen Lebensunterhalt finde. Rüksichtlich jugendlicher Zwänglinge ist insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die zu Entlassende eine zu ihrer Ernährung hinreichende Beschäftigung bei unbescholtenen gewissenhaften Arbeitsgebern finde, überhaupt in solche Verhältnisse gelange, in welchen die Gefahr eines Rückfalles nicht vorhanden ist.

Wenn es tunlich ist, soll darauf geachtet werden, daß in dem Orte, wohin der entlassene jugendliche Zwängling gelangt, eine oder mehrere unbescholtene Personen ausfindig gemacht werden, die freiwillig die Beaufsichtigung desselben übernehmen, und sich bereit erklären, ihn zu besuchen und darauf zu sehen, daß er nicht neuerdings rückfällig werde.

§ 27.

Dem zu entlassenden Zwänglinge ist eine angemessene Kleidung entweder aus seinem eigenen Vorrathe oder aus dem Ertrage seiner Verdienstprämien beizustellen. Aus dem Ueberreste seiner Verdienstprämien ist ihm so viel auszufolgen, als derselbe zu seiner Fortbringung an den Bestimmungsort dringend benötigt.

Erübrigt dann noch etwas, ist der Rest jener k. k. politischen Behörde, in deren Sprengel sich der Entlassene begibt, mit dem Ersuchen einzusenden, das Geld der Entlassenen nach Umständen und Bedarf in Teilbeträgen zu erfolgen, beziehungsweise durch den Gemeindevorsteher ausfolgen zu lassen, und im Falle neuerlicher Bestrafung des betreffenden Zwänglings oder im Todesfalle desselben, den bis dahin noch nicht ausbezahlten Betrag an die Anstalt zurückzustellen.

Findet sich bei jugendlichen Zwänglingen eine im vorangehenden Paragraphen erwähnte beaufsichtigende Vertrauensperson, ist derselben dieser restliche Ueberdienstprämienbetrag zur Verwendung im eben angedeuteten Sinne zu übersenden.

Solchen erwachsenen Zwänglingen, die über Beschluß der nach § 7 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90, gebildeten Kommission vor Ablauf von zwei Jahren seit ihrer Entlassung in die Anstalt entlassen werden, ist bei der Entlassung die Bestimmung des letzten Absatzes des § 9 dieses Gesetzes in Erinnerung zu bringen.

Die Organisation der Besserungsanstalten in Ungarn.

Die Veröffentlichungen über die ungarische Jugendfürsorge erscheinen mit verschwindenden Ausnahmen nur in ungarischer und französischer Sprache. Die folgende Darstellung ist dem vom ungarischen Justizministerium herausgegebenen Werke von Dr. Béla Kun und Dr. Stephan Ládai: „A fiatalkornak kriminalitása ellen való küzdelem Magyarországon“ entnommen. Es enthält dieses Werk hauptsächlich das alte Organisationsstatut und es wird die Veröffentlichung des neuen Statutes dann in Aussicht gestellt, bis dasselbe auch in den letzten zwei nach dem alten Statut geleiteten Anstalten eingeführt sein wird. Wir glaubten den Lesern unseres Jahrbuches Gelegenheit bieten zu sollen, sich über die verschiedensten Einrichtungen auf dem Jugendfürsorgegebiete unterrichten zu können und wenn es uns auch nicht möglich sein wird, so groß angelegte Anstalten zu errichten, wird sich doch bei Neubauten von Anstalten vieles Praktische aus den ungarischen Anstalten verwerten lassen.

Das Statut der Anstalten haben wir nicht mit in die Übersetzung einbezogen; doch wird im nächsten Jahrbuche das neue Organisationsstatut übersetzt werden, wobei auf das alte Statut Rücksicht genommen werden wird.

Aufnahme. Die Aufnahme von Böglingen (zwischen dem 7. und 20. Lebensjahre) erfolgt über Auftrag oder Bewilligung des Justizministeriums u. zw.:

1. wenn der Jugendliche im Alter zwischen 12 und 16 Jahren auf Grund des § 84 StGB. zur Korrekptionsanstalt bestimmt wird oder auf Grund des § 42 bei Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren vom Gefängnis zur Korrekptionsanstalt begnadigt wird.

2. Über Bitten des Vaters, der Mutter oder des Vormundes im Einverständnisse mit der Vormundschaftsbehörde.

Der Neueingetretene wird vom Direktor in Empfang genommen, der ihn freundschaftlich über seine Vergangenheit und seine Familienverhältnisse ausfragt. Falls der Jugendliche nicht aufrichtig ist oder seine Straftaten nicht anerkennt, werden sie ihm vom Direktor aus den Akten mitgeteilt und

es wird ihm der Grund seiner Einlieferung in die Anstalt bekanntgegeben. Er hält ihm vor, daß es keine Heldentat sei, sich der Straftaten zu rühmen und daß es an ihm liege, den Seinen zu zeigen, daß er nicht verloren, sondern nur verirrt sei. Der Direktor bemüht sich, zu erkennen, von welcher Seite der Zögling am empfänglichsten sei.

Der Zögling wird sodann gemessen, gewogen und photographiert. Sein Standesblatt wird ausgefüllt. Dann geht es an eine gründliche Reinigung. Die erste Ausrüstung besteht in 2 Anzügen (Sommer und Winter), 3fache Wäsche, 2 Paar Schuhe, Zahnbürste, Kamm und sonstige Toiletteartikel. Sachen, welche der Zögling verliert oder mutwillig zerstört, werden aus seinem Monatsgelde neu angeschafft.

Der Arzt überprüft den Zögling auf den Gesundheitszustand. Kranke Zöglinge werden zunächst in Isolierzellen behandelt, gesunde in die Prüfungsfamilie oder direkt in eine Pflegerfamilie abgegeben. Um zu verhüten, daß die während des Schuljahres in die Anstalt eintretenden Zöglinge den Unterricht in den Werkstätten erschweren, wurde angeordnet, daß die Neueintretenden solange in der Prüfungsfamilie zu verbleiben haben, bis neue Kurse beginnen. Die Ansammlung aller dieser Zöglinge während des Schuljahres in einem Zentralhause hat sich nicht bewährt.

Die Familien. Jede Familie besteht aus 20 Zöglingen, welche unter die Leitung eines „Familienvorstandes“ gestellt sind. Diese Familienvorstände sind ehemalige Volks- oder Bürgerschullehrer; auch können bewährte Werkführer der Besserungsanstalten zu Familienvorständen ernannt werden.

Ausgenommen die Arbeitsstunden, verbringen die Zöglinge ihre ganze Zeit innerhalb der Familie. Der Familienvorstand hat sich nach besten Kräften zu bemühen, seine Zöglinge kennen zu lernen und herauszufinden, mit welchen Mitteln die Besserung ihres inneren Wesens erreicht werden könne.

Den Hauptwert hierbei der Arbeit zuerkennend, bringt er die Zöglinge zum Bewußtsein, daß das Leben ohne Arbeit leer und schal ist. Er sucht alle antisozialen Neigungen des Zöglings zu entwurzeln und ihn an die menschliche Gesellschaft, in der er als nützliches Glied wieder erscheinen soll, zu gewöhnen. Es wird nicht als unausweichliches Ziel betrachtet, alle Zöglinge zu bescheidenen, vollständig rechtschaffenen, demütigen, edlen Menschen zu machen, sondern nur zu erreichen, daß sie aufhören, ein Schaden für die menschliche Gesellschaft zu sein.

Auch während der Werkstättenarbeit sind die Zöglinge nach ihren Familien in Gruppen geteilt und werden von ihrem Familienvorstande überwacht.

Religionsunterricht. Die Religion ist in den meisten Fällen eine starke Macht, um den Leidenschaften Zügel anzulegen. Religions- und Moraleunterricht werden von Religionslehrern der betreffenden Kulte erteilt. Die Gebete sind für sämtliche Zöglinge gleich u. zw. etwa in folgender Fassung:

Morgengebet: Mein erster Gedanke sei dir geweiht, gütiger, allmächtiger Gott, der du mich und meine Kameraden während der vergangenen Nacht von Übel und Gefahren bewahrt hast. Gib uns, himmlischer Vater, Kraft und Ausdauer, den heutigen Tag, diese kurze Spanne Zeit in unserem kurzen Erdenleben zu deiner Ehre, zu unserem Heile, zur Zufriedenheit unserer Vorgesetzten zu verbringen! Ehre sei dir, Vater, in der Höhe und Frieden den Menschen allen auf Erden. Amen.

Vor der Mahlzeit. Segne, Herr, die Mahlzeit, die du uns in deiner unendlichen Güte heute besichert hast. Segne alle, die uns diese Speisen

in deinem Namen bieten und gib allen Menschen auf Erden, auch den Ärmsten und Bedürftigsten, Speise und Trank. Amen.

Nach der Mahlzeit. Allmächtiger Gott, der du die Blumen des Feldes kleidest und die Vögel des Himmels nährst; ich danke dir dafür, daß du auch meiner nicht vergessen hast. Segne, gütiger Vater, die Speisen, die wir durch deine milde Hand genießen durften, auf daß sie unseren Körper stärken, dessen Kräfte wir alle in deinen Dienst stellen wollen. Amen.

Abendgebet. Güter Vater im Himmel! Wieder ist ein Tag verfloßen, den wir nach deinen Geboten verbringen sollten. Rechne es unserer Unvollkommenheit zu gute, wenn wir in der Erfüllung unserer Pflichten gefehlt haben, laß deine Augen, gütiger Vater, auch während dieser Nacht über unserm Lager sein und beschütze auch unsere Mitmenschen vor allem Ungemach. Amen.

Unterricht: Nach dem neuen Programm werden die Lehrkurse in den Besserungsanstalten in einen niederen, mittleren und höheren eingeteilt u. zw. jeder Kurs in zwei Klassen. Diese Einteilung gilt nicht für Gesang, Musik, Turnen und militärisches Exerzieren. Vielmehr erfolgt die Einteilung in diese Gegenstände nach der Geschicklichkeit und Eignung.

Die Gegenstände des Unterrichtes sind: 1. Religion und Moralunterricht, 2. Lesen, Rechtschreiben, Sprachlehre und Stil, Übungen im mündlichen Sprachausdrucke, Intelligenzübungen und Übungen in der Verfassung von Aufsätzen. 3. Geographie, Nationalgeschichte, allgemeine Weltgeschichte, Verfassungslehre. 4. Rechnen, Geometrie, Buchhaltung. 5. Naturgeschichte, Physik, Chemie. 6. Physiologie und Gesundheitslehre, Landwirtschafts- und Gartenbaulehre; weiters Schönschreiben, Zeichnen, Gesang, Musik, Turnen. Dem Turnen angeschlossen erscheinen militärische Übungen mit hölzernen Gewehren in der Art, daß die austretenden Zöglinge vollständig für das Exerzieren im Heere ausgebildet sind; überdies lernen die Zöglinge Feuerwehrdienst.

Jeder Familienvorstand unterrichtet seine Zöglinge nach einem von der Direktion verfaßten Stundenplane selbständig. An Sonn- und Feiertagen finden Konferenzen mit den Zöglingen statt.

Die Bibliothek ist Sonntag für den Austausch der Bücher geöffnet. Die Auswahl erfolgt durch die Familienvorstände.

Jeder Schüler besitzt ein „Fleißbüchlein“, in welches die Noten von sämtlichen Lehrern eingetragen werden.

Kein Schüler darf „strafweise“ um eine Klasse „rückversetzt“ oder zum Wiederholen der Klasse angehalten werden.

Stundenverteilung.

	1.	2.	3.	4. Jahr
	wöchentliche Unterrichtsstunden			
1. Religion	2	2	2	2
2. Sprachunterricht	2	2	2	2
3. Korrespondenz und Buchhaltung	—	—	1	1
4. Arithmetik, Warenkunde	2	2	2	1
5. Geometrie, Zeichnen und Schönschreiben	3	2	—	—
6. Freihandzeichnen	4	2	2	—
7. Berufszeichnen und besondere Kenntnisse	—	3	4	4
Theorie	13	13	13	10
Praktische Übungen	47	47	47	50
Summe:	60	60	60	60

Werkstättenarbeit. Diesen Arbeiten wird die größte Bedeutung beigelegt. Nicht nur daß eine gründliche Ausbildung im Handwerk zu den unerläßlichen Vorbedingungen für ein entsprechendes Fortkommen des Zögling im Leben gehört, ist die Arbeit sehr oft das einzige Mittel, welches im stande ist, die bösen Erinnerungen im Leben eines solchen Zögling zu verwischen. Doch ist ein bleibender Erfolg nur zu erzielen, wenn es gelingt, den Zögling zur „Arbeitsfreudigkeit“ zu erziehen; wenn es gelingt, in ihm Ehrgeiz und Eigenliebe wachzurufen; wenn es gelingt, ihn zur Erkenntnis zu bringen, daß die Arbeit zu den notwendigsten Bedingungen eines glücklichen, geordneten Lebens gehört; wenn er einsehen lernt, daß die Arbeit ein so nötiges Bedürfnis ist, wie Kleidung und Nahrung. Erkennt der Zögling, daß er nicht deswegen arbeiten soll, weil er dazu gezwungen wird, sondern daß die Arbeit etwas Edles, daß sie eine Grundbedingung für die Gesundheit der Gesellschaftsordnung ist, dann hat der Erzieher vollständig gewonnenes Spiel.

Die Arbeitsgewöhnung beginnt mit der Ordnung in Familie und Haus. Die Zöglinge haben alle Arbeiten in Haus und Familie selbst zu verrichten, selbst bei Reparaturen überall mitzuhelfen.

Außer diesen täglichen Arbeiten hat jeder Zögling ein Handwerk oder Gewerbe gründlich zu erlernen. Diese Ausbildung erfolgt im Feldbau, Gartenbau oder Gewerbe.

Feldbau ist von den ungarischen Besserungsanstalten bloß in Aszód eingeführt, Gartenbau in sämtlichen Anstalten, besonders ausgedehnt in Kaschau.

In der gewerblichen Ausbildung sind gewisse Neuerungen wichtig. Nach dem alten Programm erfolgte die Ausbildung im Handwerk nur praktisch, ohne Theorie u. zw. für kleine Verhältnisse. In dem neuen Programm ist auch die Theorie entsprechend berücksichtigt und es sind alle modernen Werkzeuge und Maschinen in den Handwerksbetrieb eingeführt worden.

Um die Zöglinge arbeitseifrig zu machen, erhalten sie bei gutem Betragen Monatsprämien bis zu 3 Kronen; diese Prämien werden in der Postsparkassa angelegt.

Hausordnung. Erste Pflicht: größte Ordnung und Sauberkeit. Genaue Zeiteinteilung für den ganzen Tag. Es ist strenge verboten, die Zöglinge ohne Erlaubnis des Direktors zu Privatdiensten zu verwenden. Beginn und Ende jeder Arbeit werden durch Glockenschläge bekanntgegeben. Die Zöglinge versammeln sich stets familienweise und werden vom Familienvorstande begleitet.

Am Morgen wird der Oberkörper gewaschen und jeder Zögling vom Familienvorstande in bezug auf seine Reinlichkeit kontrolliert. Im Sommer baden sie wöchentlich zweimal, im Winter einmal.

Die Strohsäcke werden jährlich einmal frisch gestopft. Jeder Zögling hat sein Eisenbett mit Kissen und Decke, Wasserglas, Bürsten, Kamm, Handtücher. Diese Utensilien werden täglich vom Familienvorstande revidiert.

Ausflüge und Spaziergänge erfolgen nur unter Führung des Familienvorstandes.

Alle Beschwerden gehen zunächst an den Familienvorstand. Kein Kamerad befiehlt dem anderen oder bedient ihn. Nach Beendigung jeder Arbeit hat der

Zögling Arbeitsplatz, Arbeitsgeräte und sich selbst in vollständige Ordnung und Sauberkeit zu bringen.

Im Schlaßaal hat kein Kamerad unmittelbar neben einem andern zu liegen.

In der Schule, während der Vefestunden, im Speisesaale, Schlaßsaale und der Kirche ist das Reden untersagt.

Über die Reinigung im Hause ist von den Familienvorständen monatlich ein Verzeichnis im vorhinein dem Direktor zu übergeben.

Befuche in der Anstalt bedürfen der Bewilligung des Justizministers oder des Direktors.

Sämtliche Briefe gehen durch die Hand des Direktors. Kein Besuch darf in der Anstalt nädhtigen.

Disziplin. Jeder Schüler, der sich gegen die Hausordnung vergeht, der ungehorsam oder unartig ist, erhält eine Disziplinarstrafe. Schüler von beständig gutem Betragen erhalten Begünstigungen und Belohnungen u. zw. gelten als solche:

Lob, Amt eines Aufsehers, Besorgungen zu machen im Interesse der Familie anfangs innerhalb der Anstalt, später auch außerhalb, 3 Tage Urlaub zu Ferienzeiten zum Besuche der Verwandten, Bücher zur Belehrung und Unterhaltung, Erhöhung der Arbeitsprämie, versuchsweise Entlassung.

Etrafen: Vorstellungen; Ermahnungen; Entfernung von den gemeinsamen Mahlzeiten und Ausschluß von gemeinschaftlichen Spielen; Verlust erhaltener Begünstigungen (Besuche zu empfangen, Briefe zu schreiben, außerhalb der Umfriedung spazieren zu gehen); Fasten; Ausschluß aus der Familie; Isolierung; körperliche Züchtigung in Gegenwart des Arztes bis zu 12 Rutenstreichen.

Die körperliche Züchtigung wird bloß vom Direktor veranlaßt; die übrigen Strafen werden vom Familienvorstande verhängt.

Bedroht ein Kamerad das Leben eines andern, verletzt er ihn, oder greift er ihn an, dann wird sofort die Anzeige an das Justizministerium erstattet, ebenso im Falle von Entweichungen.

Nahrung und Kleidung. Jeder Zögling erhält täglich 900 g Schwarzbrot in 4 Portionen; zum Frühstück 35 cl abgekochte Milch; Mittag: 4mal wöchentlihd 52 cl Einbrennsuppe und täglich ebensoviele Gemüse, 3mal wöchentlihd Fleischsuppe und zum Gemüse 87.5 g Rindfleisch; einmal wöchentlihd kann das Gemüse durch eine Mehlspeise ersetzt werden. An Festtagen werden je 350 g Schweine- oder Kalbsbraten verabreicht. Zur Pause erhalten sie 30 cl Milch oder 35 g Butter oder Früchte, zum Nachtmahl 3mal 52 cl Suppe und 2mal Gemüse.

Nachdem sich ergab, daß die so festgesetzte Speisemenge bei der anstrengenden Arbeit und mit Rücksicht auf die Wachstumsperiode der Zöglinge nicht genügte, wurde mit dem 13. Juli 1903 angeordnet, daß versuchsweise den Anstalten die Verköstigung in eigener Regie überlassen werde, unter der Bedingung, daß die Kost einfach bürgerlich aber nahrhaft sei und für den Zögling pro Tag nicht mehr als 55 Heller verausgabt werden. Man machte mit dieser Neueinführung die besten Erfahrungen und verbraucht durchschnittlich

pro Kopf und Tag 53·28 Heller. Für 240 Zöglinge werden in Kassa beipieisweise 4200 Kronen verausgabt.

Als Ausrüstung erhalten die Zöglinge: die nötigen Bücher und Werkzeuge; Geschirr: Zinnshale, Löffel, Gabel, Messer, Trinkglas, Milchbecher, Waschbecken, Zahnbürste, 2 Kämme, 2 Bürsten, Wachsichachtel und Federfett; 2 Winteranzüge, 2 Sommeranzüge, Schuhe, Gürtel, 2fache Wäsche, 1 blaue Arbeitschürze, 1 Eisenbett mit Strohsack, Kissen, Leintuch, Sommer- und Winterdecke.

Gesundheitspflege. In den Größenverhältnissen und der Anlage der Anstalten ist auf alle praktischen Erfahrungen diesbezüglich Rücksicht genommen. Jede Anstalt besitzt ein Krankenhaus — und hat einen Arzt zur Verfügung, der täglich alle Räume zu inspizieren hat.

Kosten. Die Besserungsanstalten wurden auf Staatskosten, aus den Strafgeldern und den Zinsen des Fonds derselben errichtet; die letzteren betragen jährlich 1,200.000 K.

Für das Jahr 1904 war folgende Aufstellung erfolgt:

Einnahmen:

Strafgelder	1,040.000 K
Zinsen des Kapitals	87.700 "
Erträgnis von Immobilien	9.800 "
Erträgnis der Arbeit	12.846 "
Verpflegungsgelder	4.732 "
Verschiedene Einnahmen	40 "
Summe	1,155.118 K.

Ausgaben

für die Erhaltung der Besserungsanstalten:

Gehalte, Aufsichtsorgane	198.961 K
Erhaltung der Gebäude	18.700 "
Bureau, Bibliothek	9.600 "
Verköstigung	177.115 "
Kleidung	65.033 "
Dienerchaft	13.027 "
Heizung, Beleuchtung	36.334 "
Arbeitsprämien	9.400 "
Verschiedene Ausgaben	18.560 "
Justizpalast Budapest Beitrag	187.466 "
Besserungsanstalten (Baukosten)	354.922 "
Erhaltung Freigewordener	62.000 "
Buchhaltung (Gratifikation)	4.000 "
Summe	1,155.118 K.

Berechnung. Die Berechnung erfolgt auf Grund des Gesetzes XX vom Jahre 1897 nach der Staatsverrechnungsfunde u. zw. das Geldwesen durch den Direktor und den Kurator, die Materialien durch den Kurator und den Werkstättenvorstand. Es sind folgende Bücher im Gebrauche:

Raffabuch für den Hausbedarf;	
" " die Kanzleien;	
" " " Gärtnerei (Landwirtschaft etc.);	
" " " Werkstätten;	
" " Arbeitsprämien;	
" " Zahlzöglinge;	
" " Unterstützung freigewordener Zöglinge.	
Materialienbuch für Diverse;	
" " Werkstätten;	
" " Bekleidung (Stoffe, neue Kleider, gebrauchte, schlechte);	
" " Kanzleien und Quittungen;	
" " Lebensmittel.	

Die Erzeugnisse der Anstalt werden zunächst innerhalb derselben verwendet; der Überschuß wird verkauft.

Entlassung. Die Dauer des Aufenthaltes in der Anstalt hängt ganz von dem Betragen des Zöglings ab. Hat er sich soweit gebessert, daß er entlassen werden kann, dann erfolgt ein diesbezüglicher Bericht an das Justizministerium. Wenn die Eltern des Zöglings nicht mehr leben oder ein unmoralisches Leben führen, dann wendet sich der Direktor an die Behörden, Gewerbege nossenschaften, landwirtschaftliche Verbände, Kinderschutzvereine um Unterstützung bei der Beaufsichtigung des Zöglings. Die Entlassung ist bedingt oder unbedingt. Definitiv entlassen werden die Zwanzigjährigen und jene, welche ihre bestimmte Zeit hinter sich haben; auf die Definitiventlassenen steht der Anstalt keinerlei Gewalt mehr zu.

Bedingt entlassen werden diejenigen, deren Verhalten dies erlaubt oder fränkliche Zöglinge, die einen längeren Urlaub brauchen. Die Bedingtentlassenen werden womöglich in der Umgebung der Anstalt untergebracht; ist dies nicht möglich, dann wird in ihrem Aufenthaltsorte ein Fürsorger bestellt. Über die außerhalb der Anstalt befindlichen Zöglinge werden genaue Berichte eingeholt, in den Kataster eingestellt und in Abschrift dem Justizministerium mitgeteilt.

Es bestehen gegenwärtig folgende Besserungsanstalten in Ungarn: Aszód, Kolozsvar, Stuhlweißenburg, Kaschau, Rákos-Palota (für Mädchen).

Um eine Übersicht über die Anlage und den Betrieb dieser Anstalten im Detail zu bieten, folgt noch eine Skizze über die Besserungsanstalt in Kaschau (männliche Zöglinge).

Die Besserungsanstalt zu Kaschau in Ungarn.

Die Anstalt wurde im Mai 1902 eröffnet. Sie ist für 240 männliche Zöglinge bestimmt und besteht aus folgenden Gebäuden:

Direktionsgebäude und Zellenhaus,
Kirche und Tempel,
6 Familienhäuser,
Krankenhaus,
Vorrathshaus,
3 Werkstätten,
1 Heizhaus,

Treibhaus,
Gartenmagazin,
Bienenstand,
Stall,
Remise,
Heizdepot,
5 Beamtenhäuser.

Die Baukosten beliefen sich wie folgt:

Bauplatz (Geschenk der Stadt Kaschau)	27.029'80 K
Grundstücke (vom Staat gekauft)	80.312'49 "
Direktionsgebäude, Familienhäuser, Beamtenhäuser und Kirche	769.225'20 "
Werkstätten	144.396'30 "
Gärtnerwohnung	10.484'84 "
Treibhaus	39.128'95 "
Gartenmagazin	3.000'— "
Brunnenbohrung	1.964'— "
Gemüsekeller	29.180'73 "
Garteneinrichtung	12.300'— "
Bachregulierung	733'20 "
Elektrisches Licht	12.254'02 "
Heizeinrichtung des Treibhauses	12.228'04 "
Telephon	8.811'76 "
Elektrisches Licht in den Werkstätten	3.062'27 "
Dampfheizung daselbst	31.026'68 "
Material, Werkzeug	84.791'46 "
Material und Werkzeug für den Garten	51.947'28 "
Material und Werkzeuge für die Werkstätten	192.543'43 "
Summe	<u>1,514.420'45 K</u>

Personal:

1 Direktor, 1 Direktorstellvertreter, 1 Kurator, 1 kath. Pfarrer, 1 luth. Pastor, 1 kalv. Pastor, 2 Ambulanten, 1 Rabbiner, 1 Werkstättenmeister, 14 Familienvorstände, 1 Hülfsvorstand, 1 Arzt, 1 Hauptgärtner, 25 Werkführer, 1 Kommiss, 1 Kopist, 1 Bureaudiener, 1 Krankenwärter, 2 Zellenwächter, 1 Pförtner, 2 Wächter, 1 Köchin, 1 Kutsher, 2 Wäscherinnen, 2 Dienstmägde. Zusammen 67 Personen.

Der größte Teil des Personals wohnt innerhalb der Anstalt und ist einer bestimmten Hausordnung unterworfen.

Die Zöglinge sind in 12 Familien zu 20 eingeteilt u. zw. in folgender Art:

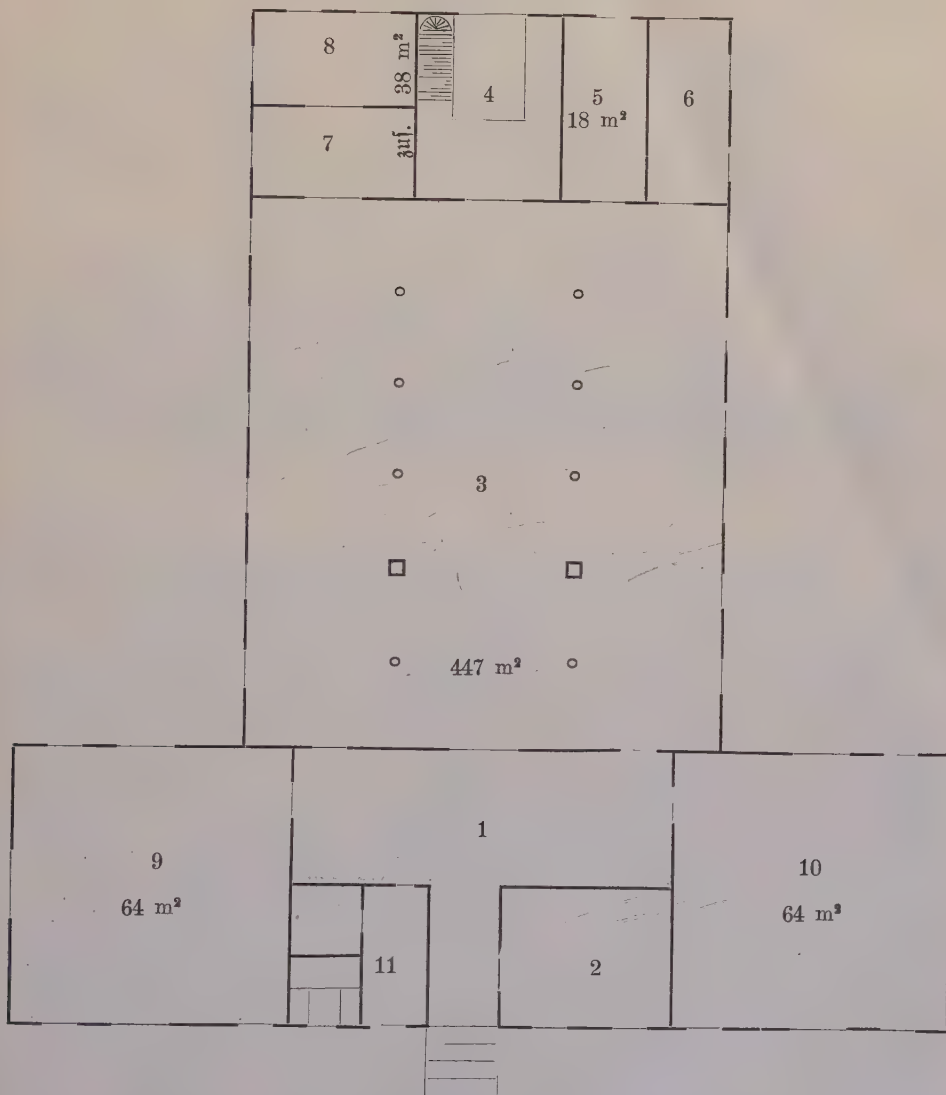
1 Prüfungsfamilie	20 Zöglinge
2 Gärtnerfamilien	40 "
3 Familien für Holzindustrie	60 "
3 Familien für Lederindustrie	60 "
3 Familien für Textilindustrie	60 "
Zusammen	<u>240 Zöglinge</u>

Werkstättenunterricht. In Kaschau erfolgt eine Fachausbildung in Holzindustrie (Tischlerei, Drechslerei, Kunstschneiderei); Lederindustrie (Schuhmacherei, Sattlerei, Taschnerei, Kunstlederarbeiten) und Textilindustrie.

Der Lehrplan ist etwa derjenige guter Fachschulen, wie überhaupt der ganze Werkstättenunterricht fachschulmäßig geregelt ist. Es entfällt daher in unserer Skizze die Einteilung und das Ausmaß des Lehrstoffes.

Die Werkstätten sind ebenerdig nach folgendem Plane angelegt:

Werkstätte für Holzbearbeitung.



1. Eingang.
2. Kanzlei.
3. Werkstätte.
4. Lackiererei.

5. Trockenstube.
6. Werkmeister.
7. Leimstube.
8. Leimtrockenstube.

9. Drechslerei.
10. Holzschnitzerei.
11. Abort.

Höhe der Räume 4 m.

Die Gärtnerei verfügt über ein Terrain von 26 $\frac{1}{2}$ Joch, davon

14	Joch	Rüchengarten,
4	"	Baumſchule,
3 $\frac{1}{2}$	"	Obſtbau,
3	"	Spalier- und Zwergobſt,
2	"	Blumengarten.

Der Rüchengarten hat 4fache Fruchtfolge. Der Park bietet Gelegenheit zur Teppichgärtnerei.

Erhaltungskosten:

Personal	87.615 K
Erhaltung der Gebäude	3.700 "
Kanzlei, Schule, Bücherei	5.000 "
Beföstigung der Aufsichtsorgane	13.870 "
Beföstigung der Familien	50.388 "
Bekleidung der Familien	24.000 "
Heizung, Beleuchtung	24.000 "
Medikamente	600 "
Transportkosten	9.704 "
Arbeitsprämien	4.200 "

223.077 K für 240 Bög-

linge, also etwa 920 Kronen jährlich für 1 Bögling.

Zahl der sittlich verwahrlosten deutschen schulpflicht. Kinder

am 31. Jänner 1902 (nach Aufnahmen des statistischen Landesamtes).

Schulbezirk	Kna- ben	Mäd- chen	Zu- ſam.	Schulbezirk	Kna- ben	Mäd- chen	Zu- ſam.
Sämtl. tſchech. Schul- bezirke	6	3	9	Übertrag . . .	200	94	294
Aſch	5	2	7	Krumman	9	2	11
Auſſig	17	5	22	Landſtron	5	2	7
Biſchofteinitz	7	7	14	Leitmeritz	8	6	14
Böhm.-Leipa	5	2	7	Leitomischl	4	1	5
Braunau	1	3	4	Luditz	3	1	4
Brüg	5	4	9	Mieß	5	1	6
Budweis	4	.	4	Neuhauſ	6	7	13
Dauba	2	2	4	Plan	1	1	2
Deutſchbrod	1	.	1	Robeſam	2	2	4
Dux	1	1	2	Politiſchta	4	1	5
Eger	11	5	16	Prachatiſ	6	.	6
Falkenau	27	21	48	Reichenberg (Land)	2	1	3
Friedland	9	.	9	Rumburg	6	7	13
Gabel	3	1	4	Saaz	1	.	1
Gablonz	3	2	5	Schludenau	4	2	6
Graſlitſ	8	5	13	Schüttenhofen	6	2	8
Hohenelbe	11	9	20	Senftenberg	6	7	13
Jochimſtal	8	7	15	Tachau	23	3	26
Kaaden	13	.	13	Taus	4	2	6
Kaplitſ	27	10	37	Tepl	7	.	7
Karlsbad	15	3	18	Teplitſ	6	2	8
Klattau	1	1	2	Teſchen	6	3	9
Komotau	5	.	5	Trautenau	14	5	19
Königſthof	2	.	2	Prag	1	.	1
Kralowitſ	3	1	4	Reichenberg (Stadt)	3	.	3
Fürtrag . . .	200	94	294	Summe . . .	342	152	494

20. Jugendliche.

Aus der Vereinstätigkeit für Jugendliche veröffentlichen wir im ersten Jahrgange die Statuten des utraquistischen Vereins zum Wohle entlassener Züchtlinge in Prag, sowie einen Auszug aus dem Berichte des Unterstützungs- und Fürsorgevereins für entlassene Sträflinge in Prag.

Statuten des Vereines zum Wohle entlassener (jugendlicher) Züchtlinge in Prag.

§ 1. Sitz, Zweck und Siegel des Vereines.

Der Verein hat seinen Sitz in Prag und hat den Zweck, sittlich herabgekommene, vor allem schulpflichtige Knaben, und dann jene, welche aus den Straf- und Zwangsanstalten entlassen wurden, vor neuem Falle zu schützen.

Diesen Zweck strebt der Verein dadurch an:

a) daß er die aufgenommenen Zöglinge in seinem Schutzhause „zum guten Hirten“ nach Art seines geordneten Familienlebens verpflegt und erziehen läßt und ihnen in seiner mit dem Öffentlichkeitsrechte versehenen Volksschule den Unterricht angedeihen läßt;

b) daß er sie unterschiedliche Gewerbe lernen läßt unter persönlicher Überwachung und Obforge eines jedem einzelnen Zehrlinge bestellten besonderen Kurators.

Diese Obforge dauert solange, bis der Pflegling einer weiteren Fürsorge nicht mehr bedarf, oder bis er selbst oder sein gesetzlicher Vertreter auf die weitere Fürsorge von Seite des Vereines verzichtet, oder endlich, wenn nach dem bisherigen Benehmen des Pfleglings jede Hoffnung verschwunden ist, daß der Verein seinen Zweck bei ihm erreichen würde.

Als Siegel führt der Verein das Wappen des böhmischen Löwen mit dem Titel des Vereines zum Wohle entlassener (jugendlicher) Züchtlinge.

§ 2. Mittel hiezu.

Zur Deckung der hiemit verbundenen Auslagen dienen Mitgliederbeiträge, Geschenke, Legate, Staats- oder Landessubventionen, Erträge aus Wohltätigkeitsvorträgen, Vorstellungen u.

§ 3. Mitglieder.

Die Mitglieder sind gründende, wirkliche, beiträgende, wirkende und Ehrenmitglieder.

Gründende Mitglieder werden jene, welche dem Vereine auf einmal wenigstens 200 K widmen, wirkliche, welche mindestens 10 K, und beiträgende, welche mindestens 5 K jährlich leisten.

Es können dies nicht nur physische Personen, sondern auch Vereine sein.

Wirkende Mitglieder werden jene, welche die Vereinszwecke durch persönliche Tätigkeit fördern, z. B. namentlich unentgeltlich die persönliche Obforge und Überwachung über einen Pflegling auf sich nehmen, sowie auch jene, welche Pfleglingen des Vereines Unterricht erteilen, oder denselben ärztlichen Beistand leisten.

Zu Ehrenmitgliedern werden jene Persönlichkeiten ernannt, die sich um den Verein oder dessen Zwecke besondere Verdienste erworben haben und als solche gewählt wurden.

Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet die Vereinsdirektion; lebendig Ehrenmitglieder werden über Antrag der Vereinsdirektion von der Generalversammlung durch einfache Stimmenmehrheit ohne Debatte gewählt.

Aufgenommene Mitglieder werden in das Mitgliederverzeichnis eingetragen und denselben die Diplome eingehändigt.

Wohlthäter des Vereines sind jene, welche, obzwar sie nicht Vereinsmitglieder sind, denselben Beiträge an Geld oder sonst an Naturalien leisten.

§ 4. Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Sämtliche Mitglieder sind berechtigt:

- a) an den Vereinsitzungen, Debatten und Beschlüssen teilzunehmen,
- b) Anträge zu stellen,
- c) im Vereine zu wählen und gewählt zu werden.

Wirksame und beitragende Mitglieder sind verpflichtet, die oben angeführten Beiträge rechtzeitig zu leisten und sämtliche Mitglieder überhaupt sind gebunden, den Vereinsstatuten, den Beschlüssen und Verfügungen der Vereinsdirektion und den Ansprüchen des Schiedsgerichtes Folge zu leisten.

§ 5. Erlöschen der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) durch den Tod,
- b) durch Austrittserklärung, welche jedoch der Vereinsdirektion schriftlich angezeigt werden muß
- c) durch Ausschluß.

Die Direktion ist berechtigt, jene Mitglieder auszuschließen, welche:

- a) die Mitgliedspflichten nicht erfüllen;
- b) den Anspruch des Schiedsgerichtes nicht beachten.

Wer sich eine anderweitige Schädigung der Vereinsinteressen zu Schulden kommen ließ, kann durch Beschluß der Generalversammlung ausgeschlossen werden.

§ 6. Leitung.

Die Vereinsangelegenheiten leitet die Generalversammlung und die aus 9 Mitgliedern und drei Ersatzmännern bestehende Vereinsdirektion.

Die Anzahl der Direktionsmitglieder kann jedoch je nach Beschluß der Direktion oder der Generalversammlung vergrößert oder verringert werden.

Außerdem fungieren in den Statuten festgesetzten Angelegenheiten zwei Rechnungs-Revisoren.

Diese Ämter sind unentgeltliche Ehrenfunktionen.

Zur Besorgung der Kanzleiarbeiten, des Unterrichtes und der Pflege der Zöglinge können gezahlte Beamten und Diener aufgenommen werden.

Die Direktionsmitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, dann den Vereinskassier, Rechnungsführer und den Institutsinspektor mit einfacher Stimmenmehrheit und bestimmen ihren Wirkungsbereich.

Falls ein Direktionsmitglied während des Verwaltungsjahres stirbt oder austritt, so wird an dessen Stelle in der durch das Los bestimmten Reihenfolge ein Ersatzmann berufen.

§ 7. Generalversammlung.

Die ordentliche Generalversammlung wird jedes Jahr vom Vorsitzenden auf Grund des Direktionsbeschlusses einberufen.

Falls es die Direktion für angemessen erachtet, oder falls es wenigstens 10 Mitglieder unter gleichzeitiger Angabe der zu verhandelnden Gegenstände verlangen, so wird eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.

In solchen Fällen ist die Generalversammlung längstens binnen vier Wochen, jedenfalls aber so schnell einzuberufen, daß der Zweck des Antrages nicht vereitelt werde.

Die Einberufung der Generalversammlung besorgt der Vorsitzende mindestens 14 Tage vorher unter Angabe des Programms durch Verlautbarung im böhmischen und deutschen Prager Amtsblatte, dann nach eigenem Ermessen in einigen öffentlichen Zeitungen, außerdem auch durch besondere Einladung aller Mitglieder, deren Wohnorte in Prag und Umgebung bekannt sind.

Gegenstände, welche im Programme nicht angeführt waren, dürfen nicht zur Verhandlung gebracht werden. Zur gültigen Beschlußfassung der Generalversammlung ist die Gegenwart von 15 Mitgliedern erforderlich.

Falls zur festgesetzten Stunde nicht so viel Mitglieder zugegen wären, wird nach Ablauf einer halben Stunde die zweite Generalversammlung mit demselben Programme, diesmal ohne von einer bestimmten Anzahl von Gegenwärtigen abhängig zu sein, abgehalten.

Für Wahlen und Beschlüsse genügt die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Die Direktionsmitglieder können in Fragen, welche sie selbst einzeln oder gemeinschaftlich betreffen, nur informierend auftreten.

Dasselbe gilt von den Revisoren.

Der Vorsitzende der Generalversammlung stimmt und wählt in der Regel nur dann, wenn ohne seine Stimme keine Stimmenmehrheit vorhanden wäre.

Die Abstimmung erfolgt bei den Wahlen mittels Stimmzetteln oder Affirmation, bei Beschlüssen durch Handaufheben, oder, wenn dies notwendig, mit Namensaufruf, worüber die Generalversammlung entscheidet.

§ 8.

Der Generalversammlung steht zu:

- a) die Wahl von 9 Direktionsmitgliedern und 2 Rechnungsrevisoren auf 3 Jahre, weiter von 3 Ersatzmännern der Direktionsmitglieder und von 2 Ersatzmännern der Rechnungsrevisoren auf 1 Jahr,
- b) die Wahl der Ehrenmitglieder,
- c) die Wahl von 2 Verifikatoren aus den bei der Generalversammlung anwesenden zur Verifizierung des Protokolles derselben,
- d) die Genehmigung des Jahresberichtes und Rechnungsabschlusses,
- e) die Erteilung des Absolutatoriums dem Direktorium,
- f) die Entscheidung und Beschlußfassung über die Anträge der Direktion und der Mitglieder, insbesondere die hiemit der Generalversammlung ausdrücklich vorbehaltene Entscheidung:
 1. über Ankauf und Verkauf des Immobilienvermögens des Vereines, oder über Übernahme von größeren Bauherstellungen, welche den Betrag von 5000 K übersteigen,
 2. über Ausschluß von Mitgliedern (§ 5 letzter Absatz),
 3. über Abänderung der Statuten,
 4. über Auflösung des Vereines und über die Art, wem in einem solchen Falle das Vereinsvermögen zugewendet werden soll.

Selbständige freie Anträge der Vereinsmitglieder haben dieselben der Direktion und zwar, falls sie in dem Gesuche um Einberufung der Generalversammlung nicht enthalten waren, wenigstens 8 Tage vor der Generalversammlung schriftlich bekannt zu geben.

Über die Verhandlung der Generalversammlung wird binnen 14 Tagen vom Vorsitzenden ein Protokoll ausgearbeitet, welches die von derselben gewählten zwei Verifikatoren zum Beweise der Richtigkeit zugleich mit dem Vorsitzenden und Schriftführer fertigen.

§ 9. Direktion.

Die Direktion zählt 9 Mitglieder, welche auf drei Jahre gewählt werden, wovon jedoch jedes Jahr ein Drittel abtritt, was im ersten und zweiten Jahre nach der Statutenänderung durch das Los bestimmt werden wird. Wer an Stelle eines ausgetretenen oder gestorbenen Mitgliedes gewählt wurde, nimmt an den Direktionsitzungen nur ins solange Anteil, als sein Vorgänger dieses Amt noch versehen hätte.

Abtretende Mitglieder können wieder gewählt werden.

Die Vereinsdirektion leitet sämtliche Vereinsgeschäfte, welche nicht der Generalversammlung ausschließlich vorbehalten sind, insbesondere:

- a) beruft sie die ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen und bestimmt die Gegenstände, welche ihnen zur Verhandlung vorgelegt werden sollen,
- b) verwaltet das Vereinsvermögen,
- c) stellt die nötigen Beamten und Diener an und bestimmt ihre Gehalte,
- d) entscheidet über die Aufnahme und Entlassung der Zöglinge, sowie über die Art der Pflege, welche den einzelnen Zöglingen angedeihen zu lassen wäre,
- e) bestimmt die Geschäftsordnungen und vollzieht die Beschlüsse der Generalversammlung,
- f) nimmt Mitglieder auf,
- g) entscheidet über den Verlust der Mitgliedschaft in den im § 5 ad a), b) angeführten Fällen.

Die Direktion ist beschlußfähig, wenn wenigstens 5 Direktionsmitglieder oder Ersatzmänner anwesend sind, den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mitgerechnet. Die durch das Los in der Reihenfolge bestimmten Ersatzmänner sind zwar berechtigt, an allen Sitzungen teilzunehmen, das Stimmrecht steht ihnen jedoch lediglich in der ihnen durch das Los bestimmten Reihenfolge an Stelle der bei der Sitzung nicht erschienenen Direktionsmitglieder zu. Es entscheidet die bloße Stimmenmehrheit, der Vorsitzende stimmt jedoch nur dann, wenn ohne seine Stimme keine Stimmenmehrheit vorhanden wäre. Die Abstimmung über eine Verwaltungsmaßregel kann auch schriftlich durchgeführt werden; in einem solchen Falle muß der betreffende Antrag allen in Frage anwesenden Direktionsmitgliedern zur Äußerung gestellt werden. Verweigert ein Direktionsmitglied die Abgabe einer solchen, so gilt dies als eine Ablehnung von seiner Seite.

Die Tätigkeit der Vereinsdirektion endigt stets mit dem vierzehnten Tage nach der Generalversammlung, bei welcher neue Wahlen vorgenommen wurden.

§ 10. Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende führt in den Generalversammlungen und Direktionsitzungen den Vorsitz, überwacht die Vereinsverwaltung und Kassagebarung, vertritt die Direktion und den Verein nach außen, namentlich vor Gericht und öffentlichen Behörden, und unterschreibt die vom Vereine ausgehenden Urkunden.

Solche Urkunden, mit welchen Vereinsvermögen veräußert wird, oder dem Vereine Verbindlichkeiten auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit noch der Unterschriften zweier Direktionsmitglieder.

Der Vorsitzende beruft die Direktion, so oft er es für nötig findet. In dringenden Fällen trifft er selbständig die nötigen Verfügungen, welche er sobald als möglich der Direktion zur Genehmigung vorlegt, bei deren Verweigerung jedoch er allein für das Veranlaßte dem Vereine verantwortlich bleibt.

In Verhinderungsfällen vertritt den Vorsitzenden der gewählte Stellvertreter, und wenn auch dieser verhindert wäre, jenes Direktionsmitglied, bei welchem ein solcher Hinderungsgrund nicht vorhanden ist und welches am längsten in der Direktion sitzt.

§ 11. Rechnungsrevisoren.

Die Rechnungsrevisoren prüfen den Kassastand und die Rechnungen, dann den Vermögensstand des Vereines mit Ende eines jeden Verwaltungsjahres und sind, falls ihnen dieselben längstens binnen 14 Tagen nach Ablauf des Verwaltungsjahres nicht vorgelegt werden sollten, gebunden, auf Vorlage derselben zu dringen und über das Resultat der Prüfung längstens binnen 4 Wochen der Direktion einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

An Stelle des ausgetretenen oder verstorbenen Rechnungsrevisors beruft die Direktion dessen Ersatzmann.

§ 12. Schiedsgericht.

Streitigkeiten der Mitglieder aus dem Vereinsverhältnisse mit Ausnahme von privatrechtlichen Prozessen können nur durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden.

Gegen den Ausspruch des Schiedsgerichtes ist keine weitere Berufung zulässig.

Das Schiedsgericht besteht aus 3 Mitgliedern; jede der streitenden Parteien wählt einen Schiedsrichter, diese wählen dann einen Obmann. Können sie sich über denselben nicht einigen, so entscheidet zwischen den Vorge schlagenen das vom Vereinsvorsitzenden gezogene Los. Sämtliche 3 Funktionäre des Schiedsgerichtes müssen aus jenen Vereinsmitgliedern gewählt werden, welche zur Zeit nicht Direktionsmitglieder sind.

Verweigert eine Partei die Wahl eines Schiedsrichters, oder weigert sich der von einer Partei gewählte Schiedsrichter die ihm obliegende Funktion auszuüben, so entscheidet der von der anderen Partei gewählte Schiedsrichter allein.

Der Ausspruch des Schiedsgerichtes wird vom Vereinsvorsitzenden in Vollzug gesetzt.

§ 13. Vereinsauflösung.

Im Falle der Auflösung des Vereines bestimmt die hierüber beschließende Generalversammlung wenigstens mit $\frac{2}{3}$ Majorität, welchem anderen gemeinnützigen Zwecke das vorhandene Vereinsvermögen zugewendet werden soll (§ 8 lit. f., Abs. 4).

Erfolgt die Auflösung des Vereines von Seite der Behörde, so fällt das Vermögen der Prager Stadtgemeinde zu dem Ende zu, daß sie dasselbe zu gemeinnützigen, den Intentionen des Vereines möglichst nahekommen den Zwecken verwende.

Der Unterstützungs- und Fürsorge-Verein für entlassene Sträflinge in Prag

hielt am 28. Feber 1907 unter Vorsitz des Obmannes, des Herrn *II. Dr. Franz Grafen Thun*, die XII. ordentliche Generalversammlung ab. Dem vom Geschäftsleiter Herrn Dr. Maximilian Melnik vorgetragenen Jahresberichte entnehmen wir, daß der Verein 359 ordentliche Mitglieder und ein Vermögen von 8533 K besitzt. Der Verein erwirkte 37 Schülern Freifahrten auf der Eisenbahn, 23 Arbeitsbücher, einem die Aufhebung der Polizeiaufsicht, einem Handlungsreisenden eine Reiselegitimation, 3 Schülern wurden in die Lehre gegeben, 18 wurde Rat erteilt, 28 erhielten Kleider, Wäsche oder Schuhe; 3 erhielten Werkzeuge; 13 Zinsbeiträge, 7 wurden verfehte Gegenstände ausgelöst, 213 erhielten Dienst oder Arbeit. Unter den Unterbrachten befanden sich 59 männliche und 15 weibliche Jugendliche, 1 aus einer Militärstrafanstalt, 4 aus Besserungsanstalten. 169 Schülern erhielten zusammen Geldunterstützungen von 1934 K. Der Jahresbericht und der von Herrn Baron Ludwig erstattete Kassabericht wurden genehmigt. In den Ausschuß wurden folgende Herren wiedergewählt: *II. Dr. Franz Graf Thun*, Dr. Ludwig Bendiner, Advokat, Reg.-Rat Rudolf Brechler Ritter von Trostowitz, Georg Dörfel, Statthalterei-Vizepräsident, Dr. Hugo Grab, Großindustrieller, Jaromir Janota, Oberdirektor der Strafanstalt Panitzsch, Professor Dr. Alexander Risch, Rabbiner und Feld-

prediger, Konstantin Krticzka Ritter v. Zarden, Landesauschussrat, Karl Krizava, k. k. Hofrat und Polizeidirektor, Karl Freiherr von Ludwig, Direktor der Hypothekbank, Ladislaus Malek, Edler von Wertensfeld, Hofrat und Landesgerichts-Vizepräsident i. R., Dr. Maximilian Melnik, Advokat, Miroslav Werhant, Hofrat und Oberstaatsanwalt, M. Novotny, k. k. Rat, Friedrich Perutz, Kommerzialrat und Großindustrieller, Karl Tichy, k. k. Rat und Fabrikant, Dr. Viktor Wotawa, Hofrat und Strafgerichtspräsident. Neugewählt wurde Herr Georg Janša, Sekretär der Hypothekbank.

Die Förderung des gesamten Zwangserziehungs- und Fürsorgewesens hat sich der

Verein für Zwangserziehung und Fürsorge

zur Aufgabe gestellt. Der genannte Verein hielt im Jahre 1907 seinen Verbandstag in Prag ab, was uns veranlaßt, über diese Tagung einen eigenen Bericht (erstattet von Direktor Josef Kadauer) zu bringen.

VI. Vollversammlung des Vereines für Zwangserziehung und Fürsorge.

Der Verein für Zwangserziehung und Fürsorge, welcher im Jahre 1900 vom jetzigen Direktor der kgl. b. Landesbesserungsanstalt in Grulich Josef Kadauer als „Verein der Beamten der österr. Landes- und sonstigen öffentlichen Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten“ ins Leben gerufen worden ist und im Jahre 1906 den gegenwärtigen Namen angenommen hat, ohne seinen Zweck, welcher in der Ermöglichung eines regen Meinungsaustausches der Mitglieder zur Förderung der Zwangserziehung und des Fürsorgewesens besteht, zu ändern, hat in der Zeit vom 25. bis 27. Nov. 1907 in Prag seine Vollversammlung abgehalten, an welcher sich nicht nur eine stattliche Anzahl von Vereinsmitgliedern, die sogar aus Ostgalizien und Dalmatien kamen, sondern auch viele Vertreter der Behörden beteiligten.

Der Vorsitzende, Landesrat Dr. Franz Hueber aus Wien, eröffnete die Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch! auf Se. Majestät den Kaiser, skizzierte dann kurz die Geschichte des Vereines, der anfangs so ziemlich isoliert dastand, aber durch die Förderung einflußreicher Faktoren zu seiner heutigen Bedeutung gelangt sei, und begrüßte dann die anwesenden Vertreter der politischen und administrativen Behörden sowie die erschienenen Vereinsmitglieder.

Über Antrag des Oberdirektors Anton Marcovich wird ein Ergebenheitstelegramm an Se. Erz. den Justizminister Dr. Klein gegeben.

Hierauf wurden die eingelangten Begrüßungsschreiben u. a. auch eines von der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen verlesen.

Sodann erstattet Direktor Josef Kadauer (Grulich) den Rechenschaftsbericht und Kontrollor Johann Jaroschek (Brünn) den Kassabericht für das abgelaufene Vereinsjahr.

Das erste Referat erstattet Direktor Josef Kadauer (Grulich) u. zw. über „Die verschiedenen Entwürfe des Fürsorgegesetzes vom Standpunkte der Erziehungs- und Besserungsanstalten aus betrachtet.“ Der Referent nimmt in seinem ausführlichen Vortrage Stellung zu den verschiedenen Fürsorge-Gesetzesentwürfen und zu den im Kinderschutzkongresse aufgestellten Forderungen, welche der Praktiker im Fürsorge-

wesen und in der Erziehung der verwahrlosten Jugend nicht immer gerade als zweckmäßig bezeichnen kann. Derselbe behandelt in außerordentlich sachlicher Weise die verschiedenen zu Tage getretenen Ansichten und stellt nachstehende Anforderungen an das zu schaffende Fürsorgegesetz, welche er jede einzeln eingehend begründet. Diese Forderungen sind:

Die oberste Leitung der Fürsorgeerziehung steht dem Justizminister zu.

Über das Eintreten der Fürsorgeerziehung beschließt das Vormundschaftsgericht.

Die beschlossene Unterbringung in die Fürsorge ist sofort durchzuführen.

Die vorläufige Unterbringung wird von der Landeskommission nachträglich bestätigt oder verworfen.

Die Unterbringung hat immer in die nächstgelegenen Anstalten zu geschehen.

Abtrennung der Vormundschaftsgerichte von den Bezirksgerichten und Aufstellung selbständiger Vormundschaftsgerichte, denen auch die Gerichtsbarkeit über die Jugendlichen übertragen werden soll.

Die vormundschaftsgerichtliche Fürsorgekommission hat aus dem Vormundschaftsrichter und dem betreffenden Gemeindevorsteher, dem der Gemeindevorsteher, der Seelsorger, der Lehrer und der amtliche Fürsorger angehören, zu bestehen.

Die Sorge um das weitere Fortkommen des Zöglings nach der Entlassung ist dem Anstaltsleiter bzw. dem Fürsorger zu überlassen, die auch die Oberaufsicht über die aus der Fürsorge bedingt entlassenen Pfleglinge führen, wobei denselben selbstverständlich die verschiedenen Fürsorgevereine eine tatkräftige Unterstützung angeheißen lassen sollen.

Das Vormundschaftsgericht hat strenge darüber zu wachen, daß die auf Fürsorgeerziehung lautenden Beschlüsse sogleich durchgeführt werden. Trennung der Fürsorgeanstalten nach Geschlecht, Alter und Grad der Verwahrlosung.

Eine vorläufige Unterbringung in Armenhäusern ist entschieden zu verwerfen.

Bei Platzmangel in den Anstalten soll der Zögling in einer andern Familie untergebracht werden.

Der Anstaltsleiter ist in Anstalten für Jugendliche unter 14 Jahren in der Regel eine Lehrperson; in Anstalten für ältere Zöglinge kann die Leitung auch anderen geeigneten Personen übertragen werden.

Vom Aufsichtspersonale, welches neu aufgenommen wird, soll eine erhöhte Intelligenz gefordert werden.

In allen Anstalten sollen zur Heranbildung des Aufsichtspersonales als Mitehrlicher Erzieherkurse abgehalten werden.

Jede Erziehungsanstalt soll ihre eigene, mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattete Schule haben.

Alle bereits sittlich verwahrlosten Jugendlichen, daher auch die nach § 85 der Schul- und Unterrichtsordnung aus der Volksschule ausgeschlossenen, sind in Erziehungsanstalten unterzubringen. Bei Jugendlichen, wo die Gefahr einer Verwahrlosung besteht, hat immer Familienerziehung Platz zu greifen.

Die Pflegegebühren sind zu erhöhen.

Sittlich gefährdete Jugendliche können auch alleinstehenden, unbescholtenen und erfahrenen Frauen in Pflege gegeben werden.

Die Polizeibehörde ist in der Fürsorgeerziehung gänzlich auszuhalten.

Im Fürsorgegesetze sollen die notwendigen Verfügungen zur Prophanlage der Verwahrlosung, dann eine Bestimmung Aufnahme finden, nach welcher die Eltern ihre Kinder ehestens einem angemessenen Berufe zuzuführen haben.

Die Beaufsichtigung von Mädchenerziehungsanstalten, welche von Männern geleitet werden, wäre auch wieder Männern zu übertragen.

Vermehrung der Lehrkräfte an den Volksschulen und Ausstattung des Volksschullehrers mit einem zweckmäßigeren Strafrechte.

An die mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen höchst interessanten Ausführungen Direktor Rabauers schloß sich eine Diskussion, an welcher sich Landesgerichtsrat Dr. v. Sedláček (Prag), Direktor Lang (Messenhof), Direktor Hajek (Olbersdorf), Landesauschußbeisitzer Mayer (Wien) und Landessekretär Dr. Rodemannich (Graz) beteiligten.

Nach Verlesung der Begrüßungsschreiben des Landesauschußbeisitzers und Herrenhausmitgliedes Dr. Eppinger und des Landesgerichtspräsidenten Dr. Schramek wurde die 1. Sitzung geschlossen.

Nachmittags erfolgte die Besichtigung der k. k. Männerstrafanstalt in Banská, bei welcher Herr Landesgerichtsrat Dr. v. Sedláček und Herr Oberdirektor Janota die Führung übernahmen.

Zu Beginn der Sitzung des 2. Versammlungstages verliest der Vorsitzende das vom Justizminister eingelangte Denktelegramm sowie ein Begrüßungsschreiben Sr. Erz. des Statthalters Grafen Coudenhove und erteilt sodann dem Strafanstalts-Oberdirektor Anton Marcovich das Wort zu seinem Vortrage: „Ist es berechtigt und zweckmäßig die Bestrafung solcher Jugendlichen, die infolge vernachlässigter Erziehung im Alter unter 18 Jahren ein Vergehen oder Verbrechen begangen haben, durch rationelle Nach- oder Zwangserziehung zu ersetzen, die solange andauern soll, bis der angestrebte Zweck erreicht ist?“

Referent sieht die Ursache der Verwahrlosung in dem materiellen Tiefstande verschiedener Klassen der Bevölkerung, die Armut könne der Erziehung der Kinder nur eine geringe Fürsorge zuwenden. Auch die Volksbildung entspreche nicht den Anforderungen der Zeit. Die Volksschulen sollen Fertigkeiten vermitteln, welche für jenes Milieu passen, in dem die heranwachsende Jugend sich ihr Brot erwerben müsse. Die sittliche Verkommenheit beruhe hauptsächlich auf ungünstigen, äußeren Verhältnissen, welche vor allem behoben werden müssen. Die bisherige Behandlungsart der straffälligen Jugend sei Mitursache der sich ausbreitenden Verwahrlosung. Das heutige Jugendstrafrecht bedeute bei dem Mangel an Fürsorgeeinrichtungen eine weitere Schädigung der Betroffenen, da dasselbe in allem noch den Gedanken der Vergeltung aufweise und die Folgen der Verurteilung durchs ganze Leben anhaften. Die kurzzeitigen Strafen seien verderblich, weil die Zeit mangle, bessernd einzuwirken. Auch die allzu niedrig gehaltene Strafmündigkeitsgrenze sei Mitursache der Verwahrlosung.

Redner verlangt, daß einerseits die Strafmündigkeitsgrenze bedeutend hinaufgerückt werde, andererseits an Stelle der Kerkerstrafe in allen Fällen, wo es sich um eine vernachlässigte Erziehung handle, die Nach- oder Zwangserziehung trete, welche so lange anzudauern habe, als es der Besserungszweck erheische, und verweist auf das Vorgehen in anderen Staaten, wie Frankreich, England, Amerika, wo die Vergeltungsidee längst

dem Grundsätze der Besserung gewichen sei und nachahmungswürdige Fürsorgeeinrichtungen sowie eigene Gerichtshöfe für Jugendliche sich bereits einer segensreichen Wirksamkeit erfreuten. Zum Schluß weist Redner auf die erfreuliche Förderung des Kinderschutzes durch die österreichische Regierung, insbesondere aber auf den wirksamsten Förderer desselben den Justizminister Dr. Klein hin, dessen energischem und zielbewußtem Vorgehen es zu danken sei, daß auch in Österreich Kinderschutz und Jugendfürsorge in die richtigen Bahnen eingelenkt werden.

Dem an Gedanken und Anregungen reichen Vortrage folgte stürmischer Beifall.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Landessekretär Dr. Rodemannsch, die Direktoren Kadauer (Grulich, Hajek (Olbersdorf) und Lang (Messendorf), dann der Universitäts-Professor Graf Gleispach.

Sodann sprach Kontrollor Josef Jaroschek aus Brünn über den „Arbeitsbetrieb in den österreichischen Haftstätten“. Derselbe führt aus, daß die Klagen der Gewerbetreibenden, die Straßhausarbeit mache den heimischen Industrien Konkurrenz, immer wieder auftauchen. Auf Grund seiner Erfahrungen rege er an, in den österreichischen Haftstätten Artikel zu erzeugen, die bisher vom Auslande bezogen werden mußten. Natürlich müßten in den Anstalten Fachmänner zur Unterweisung der Sträflinge in diesen Arbeiten angestellt werden. Außerdem wären den Unternehmern gewisse Benefizien zu gewähren. Manche Artikel ließen sich gewiß auch in Eigenregie einführen. Als eine weitere geeignete Beschäftigung nennt Redner die Feldarbeit und die Einführung der künstlichen Zucht des Mastgeflügels und schließt mit der Bemerkung, daß bei Lösung dieser Frage sowohl das Wohl des Staates als auch die vitalen Interessen des einzelnen Berücksichtigung finden müßten.

Zu dem gebiegenen, mit Beifall aufgenommenen Vortrage machte Direktor Lehmann (Karthaus) einige auf den Arbeitsbetrieb bezughabende Bemerkungen.

Das Vereinsmitglied Paul Schiff bringt einen schriftlichen Antrag ein, dahin lautend, daß in der nächsten Versammlung von Fachmännern Referate erstattet werden, ob die Zwangsarbeitsanstalten ihrem Zwecke entsprechen oder nicht.

Der Antrag wurde angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Nachmittags wurde die Erziehungsanstalt in Lieben besichtigt, wobei Herr Stadtverordneter Pinz und Herr Magistratsrat Schneidauf die Führung übernahmen.

Am letzten Versammlungstage sprach zuerst Direktor August Lang (Messendorf) über die „Überwachung der Zwänglinge während der Außenarbeit“.

Sowohl die Strafanstalten wie verhältnismäßig noch mehr die Zwangsarbeitsanstalten beschäftigen ihre Häftlinge vielfach im Freien unter der Aufsicht der bestimmten Aufseher. Diese Beschäftigung sei die zweckmäßigste, da sie nicht allein die gesündeste sondern auf das Gemüt des Zöglings von ungemein günstiger Einwirkung sei. Die Aufgabe des Aufsehers sei freilich hierbei eine schwierige, weil er beaufsichtigen und in der Arbeit unterweisen müsse, noch schwieriger aber dann, wenn die Zwänglinge in einem Walde oder auf einem weiten Raume zerstreut arbeiten. Diese Arbeiten geben auch am

meisten Gelegenheit zur Entweichung, welche der Aufseher bei bestem Willen nicht zu verhindern im Stande sei. Die Entweichung lasse sich nur dadurch vermeiden, daß man nur verlässliche Arbeiter zur Außenarbeit gibt, was man aber nicht immer berücksichtigen könne, denn man müsse die Arbeit nehmen, wo man sie finde, und könne sie nicht deshalb zurückweisen, weil man nicht lauter verlässliche Leute habe. Die Bewaffnung der Aufseher mit Schußwaffen verhindere die Entweichung auch nicht.

Zu dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage bemerkt Direktor Zahn (M.-Schönberg), daß der Revolver sich als Bewaffnung der Aufseher nicht bewähre.

Hierauf erstattet Direktor Alois Hajek (Obersdorf) sein Referat über die „Beschäftigung und Erholung in Erziehungs- und Besserungsanstalten“.

Von psychologischen Erfahrungstatsachen über das Wesen und den Nutzen der Arbeit in den Erziehungsanstalten ausgehend sagt Redner, daß nicht die geistige Ausbildung allein sondern vor allem die auf die praktische Erfassung der Dinge gerichtete Erziehung durch körperliche Arbeit das Kind für die Anstrengungen und Forderungen des Lebens reif machen. Es handle sich darum, in welcher Art und Weise diese praktische Ausbildung vorgenommen werden solle, damit sie den Zweck erfülle. Es wäre falsch, in einer Erziehungsanstalt die Arbeit betriebs- und geschäftsmäßig zu machen, aber auch ebenso falsch, die Arbeit als Spiel aufzufassen. Häusliche Arbeiten, Werkstattarbeit, Handfertigkeitsunterricht, Garten- und Landwirtschaftliche Arbeiten sollen in der Erziehungsanstalt vertreten sein und möglichst mit einander abwechseln. Der Zusammenhang zwischen verbrauchter Kraft und deren Ersatz fordere regelmäßige Ruhe- und Erholungspausen. Tägliche Spaziergänge und häufige Fußwanderungen seien nicht nur das beste Erholungsmittel, sondern tragen auch zur körperlichen Ausbildung bei. Die Wichtigkeit des Spieles sei nicht zu unterschätzen. Beides aber, Arbeit und Erholung, erfordere gründliches Studium, damit es richtig und zweckmäßig angewendet und verteilt werde, wenn es zur Förderung der Erziehung beitragen soll.

Die außerordentlich interessanten Ausführungen wurden mit lautem Beifalle aufgenommen.

An den Vortrag knüpfte sich eine Debatte, an welcher Anstalts- seelsorger A. Schubert (Korneuburg) und Oberdirektor J. Janota (Bantrah) sich beteiligten.

Zum Programmpunkt „Freie Anträge“ stellte Kontrollor Jaroschek den Antrag, die nächste Vollversammlung in Wien abzuhalten, welcher einstimmig angenommen wurde.

Mit den üblichen Dankesworten an die Presse für ihre Unterstützung, an die Vortragenden für ihre ausgezeichneten Ausführungen, an den Vorsitzenden für seine umsichtsvolle Amtsführung und an alle Behörden, Körperschaften und Persönlichkeiten, die sich um den schönen Verlauf des Kongresses verdient gemacht haben, wurde die VI. Vollversammlung geschlossen.

Nachmittags reisten die Kongreßteilnehmer nach Grulich ab, um daselbst die k. b. Landesbesserungsanstalt in Grulich und im Anschlusse die mährische Landeserziehungsanstalt für Mädchen in Mügglitz zu besichtigen.

21. Prostitution.

Eine eigene Scheu hält die Öffentlichkeit vor der Rettung gefallener Mädchen zurück. Wir besitzen eine Landesanstalt in Kostenblatt, in welcher zur Not auch solche Mädchen Aufnahme finden; eine deutsche Privatanstalt oder einen deutschen Privatverein hiefür gibt es nicht. Ein tschechischer Verein in Prag „Heimat“ hat den Versuch gemacht, ein derartiges Rettungshaus zu schaffen; er klagt bitter über die Teilnahmslosigkeit des Publikums an seinen Bestrebungen und leider auch über die Unfruchtbarkeit und Mühjeligkeit dieses Liebeswerkes.

Vor allem täte freilich ein anderes not: Strenges ins Gericht gehen mit jenen, welche ein Mädchen bis zur Prostitution treiben. Der moralische Urheber dieses Untergangs einer menschlichen Existenz, er wäre zu fassen und verantwortlich zu machen für sein Werk, insoferne ihm nicht die „geborene Dirne“ in die Hände gefallen ist — seien es nun Eltern, Vormünder, Wüstlinge. Eine planmäßige Erziehungsob Sorge vom Säuglingsalter bis zur erreichten Erwerbsfähigkeit für alle bedürftigen Kinder wäre die beste Präventivmaßregel auch gegen die Prostitution und den Mädchenhandel.

In jüngster Zeit hat sich in Prag ein Damenkomitee gegründet, welches sich vorläufig in den Dienst der Bahnhofsmision stellt und über dessen Tätigkeit in der Folge berichtet werden wird.

22. Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge.

Die Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge gehen in Österreich einer gründlichen Neugestaltung entgegen. Vor allem dürfte die strafrechtliche Behandlung und der strafrechtliche Schutz Jugendlicher in kürzester Zeit durch ein diesbezügliches Gesetz in bester Weise geregelt werden. Weiters sind bedeutsame Änderungen in diesen Angelegenheiten durch die Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehen, insbesondere betreffs des persönlichen Schutzes jener Personen, welche sich unter der Gewalt der Eltern oder der Vormundschaft oder der Kuratel befinden, wobei das Bestreben kennzeichnend ist, beide Geschlechter bezüglich der Ausübung des Vormundschafts- und Kuratelsrechtes gleich zu stellen.

Hoffentlich finden auch die besonders bedauernswerten Verhältnisse der unehelichen Kinder eine entsprechende Berücksichtigung. Der Gesamtorganisation der Jugendfürsorge dürften auch die vorgesehenen Bestimmungen über den Waisenrat besonders zum Vorteile gereichen.

Auch dem Schutze des Kindes vor Ausbeutung seiner Arbeitskraft trachtet die Gesetzgebung Österreichs nunmehr durch Schaffung zeitgemäßer Gesetze vollkommen gerecht zu werden.

So verlockend es nun auch für uns wäre, die vorliegenden Regierungsentwürfe bereits in den Kreis unserer Betrachtungen zu ziehen, mußten wir uns für dieses Jahr doch damit begnügen, zunächst den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Wir begrüßen mit großer Freude die Regsamkeit der Gesetzgebung für die Rechtsverhältnisse der bedürftigen Jugend und freuen uns, im nächsten

Jahrgänge den zu Gesetzen gewordenen Entwürfen ausführliche Würdigung zu teil werden lassen zu können.

Die folgenden Darstellungen geben eine Übersicht über den gegenwärtigen Rechtszustand und die Arbeiten des verflossenen Jahres, besonders des I. Österr. Kinderschutzkongresses für die Besserung der Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge.

Uneheliche.

Die Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder tragen im üblen Sinne des Wortes ein gutes Stück Mittelalter an sich.

Nach unserem bürgerlichen Gesetzbuche hat das uneheliche Kind eine rechtliche Stellung nur gegenüber seiner mütterlichen Familie; es hat weder Anspruch auf den Familiennamen des Vaters, noch auf den Adel, das Wappen und andere Familienrechte des Vaters; es führt den Geschlechtsnamen der Mutter. Es steht nicht unter der väterlichen Gewalt seines Erzeugers, sondern unter der der Mutter, der ein Vormund beizugeben ist. Der Vater ist zwar verbunden, für die Verpflegung des unehelichen Kindes aufzukommen, doch steht es den Eltern frei, sich über Unterhalt, Erziehung und Versorgung des Kindes zu vergleichen; ist der Vater nicht im stande, seiner Pflicht nachzukommen, dann fällt diese Verbindlichkeit allein auf die Mutter. Zu diesen rückständigen Rechtsverhältnissen treten im allgemeinen noch die ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Zur Zeit liegen für Böhmen diesbezüglich noch keine genauen Untersuchungen vor. Die Grundlagen zu weiteren Arbeiten auf diesem Gebiete wurden erst durch die Volkszählung von 1900 beschafft. Professor Rauchberg hat in seinem Werke „Der nationale Besitzstand der Deutschen in Böhmen“ die Wichtigkeit dieser Frage für die Deutschen in Böhmen gekennzeichnet und er erübrigt nun, von der durch Professor Rauchberg geschaffenen Basis ausgehend, die Verhältnisse der Unehelichen etwa in der Art der Untersuchungen Dr. Spanns und Dr. Klumfers über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt am Main weiter zur Darstellung zu bringen.

Dem Werke Dr. Rauchbergs entnehmen wir folgende wichtige und interessante Zahlen, die sehr zum Nachdenken anregen.

	1891—1900 wurden in der Ehe geboren	außer der Ehe geboren
I. Deutsche Bezirke	553.820	122.103
II. Gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	106.890	16.765
III. Gemischte Bezirke mit tschechischer Mehrheit	207.060	26.424
IV. Tschechische Bezirke	1.046.719	141.647

	Es treffen 1891—1900 auf je 1000 verheiratete	unver- heiratete	
	Gebärfähige ehelich Geborene	Gebärfähige unehelich Geborene	Gebärfähige Geborene überhaupt
I. Deutsche Bezirke	2494	531	1496
II. Gem. Bezirke mit deutscher Mehrheit	2719	434	1587
III. Gem. Bez. mit tschechischer Mehrheit	2691	306	1430
IV. Tschechische Bezirke	2528	341	1432

Bedauerlicherweise überwiegt also die Zahl der Unehelichen in den deutschen Landesteilen jene in den tschechischen ganz bedeutend.

Es galt nun zu untersuchen, ob diese Differenzen ihre Begründung in der nationalen oder beruflichen Gliederung der Bevölkerung finden.

Prof. Rauchberg stellt zunächst je 15 Bezirke mit höchster und geringster Zahl der Unehelichen auf.

a) Bezirke mit höchster Zahl der unehelich Geborenen.

Politische Bezirke	Es treffen im jährl. Durchschn. 1891-1900 auf je 1000		Von je 1000 Personen gehören 1900 an			Von je 1000 anwesenden österr. Staatsangehörigen sprechen	
	unverheir. Gebürf. hige	Geborene	der Land- wirtschaft	der In- dustrie	anderen Berufen	deutsch	tschech.
	unehelich	Geborene					
Graslitz	96'3	298	205	666	129	1000	—
Stadt Prag	88'5	474	7	438	555	102	895
Falkenau	85'3	231	159	657	184	989	10
St. Joachimstal	81'4	252	230	578	192	999	1
Luditz	70'1	220	587	251	162	987	13
Kaaden	67'2	211	318	439	243	995	5
Böberlam	66'9	212	594	240	166	970	30
Karlshad	64'8	234	184	546	270	997	3
Brüx	63'6	151	129	641	230	755	245
Blau	63'4	215	509	269	222	997	3
Friedland	62'0	155	205	637	158	999	1
Gabel	59'0	193	223	600	177	999	1
Saaz	58'0	197	456	298	246	948	52
Komotau	56'8	167	230	492	278	979	20
Tetschen	54'0	193	180	551	269	988	12

b) Bezirke mit geringster Zahl der unehelich Geborenen.

Politische Bezirke	Es treffen im jährl. Durchschn. 1891-1900 auf je 1000		Von je 1000 Personen gehören 1900 an			Von je 1000 anwesenden österr. Staatsangehörigen sprechen	
	unverheir. Gebürf. hige	Geborene	der Land- wirtschaft	der In- dustrie	anderen Berufen	deutsch	tschech.
	unehelich	Geborene					
Strakonitz	17'2	63	615	218	167	2	998
Seltshan	17'9	65	654	182	164	1	999
Příbram	18'0	58	323	483	194	2	998
Blatna	18'9	61	599	250	151	—	1000
Beneschau	19'3	62	589	233	178	3	996
Stadt Reichenberg	19'4	123	5	522	473	922	76
Tabar	22'0	81	562	252	186	—	1000
Königgrätz	22'6	87	431	326	243	14	984
Königinhof	24'3	96	332	421	247	303	694
Kgl. Weinberge	24'4	97	232	444	324	28	972
Kolin	25'0	81	467	319	214	1	999
Hohenelbe	25'3	93	222	620	158	973	27
Mühlhausen	25'8	84	660	137	203	1	999
Pilsen	26'3	87	248	494	258	46	953
Budweis	26'4	108	340	345	315	216	782

Die Verfolgung dieser Ziffern führt Dr. Rauchberg dazu, in der erwähnten Tatsache des Überwiegens der unehelichen Bevölkerung im deut-

ischen Teile Böhmens keine Reflexwirkung der beruflichen Gliederung, sondern unerfreulicher nationaler Eigentümlichkeiten zu erblicken.

Gewiß ist es ein ungemein schwieriges Kapitel, eine entsprechende Erklärung dieses Problems durch Berücksichtigung der Rasse- und Stammeseigentümlichkeiten, der Lebensgewohnheiten, der Lebensauffassung, der gesamten Lebensmoral, der wirtschaftlichen Verhältnisse usw. zu bieten.

Das Verhältnis der ehelich Geborenen zu den unehelich Geborenen stellt sich wie folgt:

	1891—1900	
	ehelich Geborene	unehelich Geborene
1. Deutsche Bezirke	553.820	122.103
2. Gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	106.890	16.765
3. tschech.	207.060	26.424
4. Tschechische Bezirke	1.046.719	141.647
Von je 1000 Geborenen sind		
	1891—1900	
	ehelich	unehelich
1. Deutsche Bezirke	819	181
2. Gemischte Bezirke mit deutscher Mehrheit	864	136
3. tschech.	887	113
4. Tschechische Bezirke	881	119

Über die Sterblichkeit der Unehelichen, die bekanntlich stets höher ist als jene der Ehelichen bietet Dr. Rauchberg folgende Übersicht:

	Ehelich Geborene		Unehelich Geborene	
	lebend= geboren	tot= geboren	lebend= geboren	tot= geboren
1. Deutsche Bezirke	965'2	34'8	957'4	42'6
2. Gem. Bezirke mit deutscher Mehrheit	972'2	27'8	963'5	36'5
3. tschech.	973'2	26'8	967'4	32'6
4. Tschechische Bezirke	971'2	28'8	958'3	41'7

Die Aufgaben, die der Jugendfürsorge bezüglich der Unehelichen gestellt sind, wären folgende:

I. Erhebung der Verhältnisse Unehelicher in folgender Zusammenstellung:

1. Mutter, ledig geblieben, alleinstehend, erzieht das Kind selbst;
2. Mutter, ledig geblieben, das Kind wird in der Familie der Mutter oder des Vaters erzogen;
3. Mutter, ledig geblieben, übergibt das Kind anderen zur Pflege;
4. Mutter hat einen andern Mann geheiratet als den Vater des unehelichen Kindes — Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs;
5. Mutter gründet eine Stiefvaterfamilie, doch wird das Kind wo anders erzogen;
6. aufgelöste Stiefvaterfamilie;
7. nicht legitimierte Kinder, nachträglich verheiratete wirkliche Eltern (voreheliche Kinder);
8. Kinder deren Eltern im Konkubinate leben;
2. andere Verhältnisse.

II. Einwirkung auf die Besserung der Rechtsverhältnisse der Unehelichen: Gleichstellung mit den Ehelichen.

III. Regelung des Vormundschaftswesens der Unehelichen.

Berufs- oder Generalvormundschaft.

IV. Weitere Fürsorge für die Unehelichen überhaupt.

Vormundschaftswesen.

Über unser Vormundschaftswesen urteilt Dr. Reicher-Wien wie folgt: Das Vormundschaftswesen ist auf dem Standpunkt des Jahres 1811 stehen geblieben und bezweckt hauptsächlich eine Pupillarvermögensverwaltung, beziehungsweise Kontrolle, wird jedoch sozialpolitischen Ansprüchen betreffend den Schutz mittelloser Kinder in keiner Weise gerecht. Vormundschafts- und Armenverwaltung gehen nebeneinander her, der Einfluß der Armenverwaltung aber, die ja auch zu zahlen hat, prävaliert. Dem Vormund kommt allerdings ein Beschwerderecht gegen unzumutbare Versorgung durch die Armenpflege zu, Abhilfe wird in der Errichtung der Berufsvormundschaft und der organischen Verbindung von Armen- und Vormundschaftsverwaltung gesucht.

Die Frage fand auf dem I. Österr. Kinderschutzkongresse ausführliche Erörterung. Es war für dieses Thema die Fassung gewählt worden:

„Empfiehl es sich, gewissen Vereinen und Anstalten oder Körperschaften, in deren Obforge ein Kind sich befindet, die Rechte und Pflichten der Vormundschaft zu übertragen, eventuell unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen empfiehlt sich dies?“

Es lagen dem Kongresse Gutachten vor von:

Ministerialrat Dr. Hugo Schauer,
Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein,
Dr. Richard Weiskirchner,
Dr. Heinrich Reicher,
Dr. Othmar Spann.

Der Standpunkt der einzelnen Referenten war folgender:

Dr. Schauer: Vorsichtige Zurückhaltung hinsichtlich der Gewährung der Vereins- und Anstaltsvormundschaft, Beschränkung der Individualvormundschaft zugunsten der von Organen der öffentlichen Verwaltung zu führenden Generalvormundschaft.

Prinz Liechtenstein empfiehlt folgende Punkte der Berücksichtigung:

1. Zur Sicherung der Kinder gegen ein ihnen nachteiliges Geltendmachen der Rechte ihrer Eltern oder Vormünder empfiehlt es sich, daß der Verein, die Anstalt oder Körperschaft, die ein Kind in Obforge übernimmt, bei dem Pflégschaftsgerichte eine Verfügung im Sinne der §§ 178 und 216 a. BGB. erwirkt, derzufolge das Kind ohne gerichtliche Zustimmung nicht aus der Versorgung des Vereines usw. entzogen werden darf. Der Übertragung der Rechte und Pflichten der Vormundschaft bedarf es zu diesem Behufe nicht.

2. Es empfiehlt sich, durch eine Änderung des Gesetzes die Möglichkeit zu schaffen, daß der Leitung von Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten, von Erziehungs- und Pflégeanstalten, die ein staatlich genehmigtes Statut besitzen und unter öffentlicher Aufsicht stehen, die Rechte der Vormundschaft hinsichtlich jener Zöglinge übertragen werden können, die in der Anstalt oder unter der Aufsicht der Anstaltsleitung außerhalb der Anstalt untergebracht sind, unbeschadet des Rechtes des Vormundschaftsgerichtes, für den einzelnen Zögling einen besonderen Vormund zu bestellen oder im Amte zu belassen, wenn es in seinem Interesse liegt. Die Berechtigung zur Übernahme der Rechte der Vormundschaft wäre in das Anstaltsstatut aufzunehmen.

3. Es ist notwendig, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit den im Verordnungswege näher zu bezeichnenden Organen der Verwaltung die Generalvormundschaft übertragen werden kann über Kinder, für die geeignete,

zur Übernahme des Amtes bereite Vormünder nicht zur Verfügung stehen, sowie über mittellose und uneheliche Kinder.

1. Die Zuerkennung der Vormundschaftsrechte an einen Verein geschieht über Ansuchen desselben nach freiem Ermessen der Landesstelle nach gepflogener Einvernehmung mit dem Landesgerichte und dem Landesauschusse. Über Refurse entscheidet das Ministerium des Innern einvernehmlich mit dem Justizministerium.

2. Bei Stellung des Ansuchens muß der Nachweis erbracht werden, daß der Verein wenigstens eine Anstalt besitzt, in welcher Kinder im schulpflichtigen Alter wohnen (nächtigen) und ohne Unterstützung ihrer Eltern oder sonst Alimentationspflichtigen unterhalten werden. Ob der Verein einen Ersatz seiner Kosten ganz oder teilweise von den Landesverwaltungen, Heimatgemeinden oder von irgend anderen Personen (inbegriffen nicht alimentationspflichtige Angehörige) erhält, ist belanglos.

3. Die Vormundschaftsrechte des Vereines erstrecken sich auf alle in solchen Anstalten ohne Unterstützung der Eltern oder sonst Alimentationspflichtigen untergebrachten Kinder und auf jene, die ein solcher Verein außerhalb der Anstalt unter seiner Aufsicht hält, und dauern ebenso lange wie bei den Zöglingen der öffentlichen Anstalten mit Vormundschaftsrecht.

4. Die Berechtigung des Vereines zur Führung der Vormundschaft muß bei Übernahme des Kindes dem gesetzlichen Vertreter desselben schriftlich bekannt gegeben werden, und muß der Verein auf Verlangen einen Nachweis erbringen können, daß der gesetzliche Kindesvertreter diese Berechtigung des Vereines zur Kenntnis genommen hat.

5. Der Verein übt seine Vormundschaftsrechte durch seinen Obmann und bestimmte Ausschußmitglieder aus, deren Wahl der politischen Behörde erster Instanz fallweise anzuzeigen und von dieser zu bestätigen ist.

6. Der Verein untersteht in Ausübung seiner Vormundschaftsrechte der Vormundschaftsbehörde in gleicher Weise wie ein anderer Vormund.

7. Die früheren gesetzlichen Vertreter des Kindes sind berechtigt, beim Vormundschaftsgerichte Anzeige gegen den Verein wegen Mißbrauches der Vormundschaftsrechte zu erheben, sofern ihnen die väterliche Gewalt nicht selbst auf Grund eines gerichtlichen Ausspruches nach §§ 177 und 178 a.B.G.B. abgesprochen worden ist.

8. Dem Vereine kann von der Landesstelle wegen Mißbrauches des Vormundschaftsrechtes eine Verwarnung erteilt werden. Nach dreimaliger rechtskräftiger Verwarnung kann dem Vereine das Recht der Vormundschaft auch wieder entzogen werden.

Zur Vermeidung von irrthümlichen Auffassungen will ich noch ausdrücklich betonen, daß ich der Verleihung von Vormundschaftsrechten an Fürsorgeanstalten, die nicht in Verwaltung eines Vereines stehen, sondern die eventuell von einer Privatperson ins Leben gerufen und geleitet werden, oder welche einer geistlichen Kongregation gehören, nicht befürworten könnte.

Dr. Weiskirchner: Ist für die Übertragung der Generalvormundschaft an die Gemeinde als Armenbehörde auf alle im Ortsbereiche befindlichen unehelichen, auf die (vater-) elternlosen in Armenversorgung stehenden und auf die nicht in öffentlichen Anstalten untergebrachten (über die in öffentlichen Anstalten untergebrachten soll die Anstaltsdirektion Generalvormund sein) obligatorisch oder fakultativ.

Dr. Reicher: Einrichtung der Gesamtvormundschaft.

Das Berufsamt, welches an Stelle des Ehrenamtes tritt, wäre derart zu organisieren, daß allen Minderjährigen im ganzen Reiche eine wirksame

Vormundschaft vermittelt wird. Die zweckentsprechende Organisation der Gesamtvormundschaft erschöpft sich nicht in dem Ersatze der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft durch eine Berufsvormundschaft, bei deren Organisation ein Hauptaugenmerk darauf zu richten sein wird, daß diese Einrichtung vor bureaukratischer Einseitigkeit zu schützen ist. Es wird sich hierbei um eine Verbindung der in dem Gemeindewaisenamte tätigen ehrenamtlichen Kräfte mit dem Berufsvormunde handeln, welche sich mit diesem in die der Vormundschaft gestellten Aufgaben zu teilen haben.

Die Organisation der Gesamtvormundschaft kann in zweckmäßiger Weise ihren Ausbau erhalten durch den Anschluß jener Organisation, welche sich die Überwachung der entgeltlichen Pflege fremder Kinder vermittelt der Inanspruchnahme des Sanitätsdienstes in den Gemeinden, der Gemeindeärzte und weiblicher Aufsichtskräfte zur Aufgabe stellt.

Verbindung der Organisation der Gesamtberufsvormundschaft mit den Bestimmungen über die Verwendung der Überschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen nach dem Jahre 1910.

Verbindung der Armenaufsicht mit der Vormundschaft.

Gesamtergebnis in der Plenarsitzung:

1. In erster Linie die bisherige Einzelvormundschaft für alle Fälle, in welchen die Anstalts- oder Vereinsvormundschaft nicht Platz hat und ein geeigneter Vormund zur Verfügung steht.

2. Vormundschaft von Anstalten und Vereinen innerhalb der angegebenen Grenzen, eventuell daneben ein Einzelvormund als Gegenpfleger.

3. Die allgemeine Generalvormundschaft für alle Kinder, für welche weder ein Einzelvormund bestellt werden kann, noch die Vormundschaft einer Anstalt oder eines Vereines eintritt.

OGN. Franz Janisch hatte zu dieser Frage auf der I. Ob. J. K. in folgender Weise Stellung genommen.

I.

Für Österreich ist die Vormundschaft in den §§ 187 bis 284 des a.BGB. geregelt. Hiernach ist die Vormundschaft eine unentgeltliche, ehrenamtliche Einzelvormundschaft. Eine Generalvormundschaft oder eine berufsamtliche Vormundschaft gibt es nicht.

Eine Anstaltsvormundschaft ist ausnahmsweise durch das Hofdekret vom 17. August 1822 Nr. 1888 ZGS. und Hofkanzleidekret vom 16. Juni 1823 Nr. 1948 ZGS. für die in den Findel- und Waisenanstalten befindlichen Kinder gegeben. Hiernach vertritt die Waisen- und Findelhaus-Direktion bei allen unter ihrer Obforge stehenden Kindern die Stelle des Vormundes. Die Anstaltsdirektion gibt nach den bestehenden Vorschriften bei Entlassung der Findlinge aus der Anstaltspflege, das ist nach Beendigung des 6. Lebensjahres, dem Vormundschaftsgerichte Nachricht über die Kinder. Das obervormundschaftliche Gericht hat daher diesen Kindern, solange sie im Waisen- oder Findelhause sich befinden, oder außer demselben unter der Aufsicht der Direktion verpflegt und erzogen werden, in der Regel keinen Vormund zu bestellen. Erbt jedoch ein Waisen- oder Findelkind ein unbewegliches oder bedeutendes bewegliches Vermögen, so ist dasselbe nicht von Amts wegen aus der Findelanstalt zu entlassen, sondern es wird zur Verwaltung dieses Vermögens ein eigener Vormund vom Vormundschaftsgerichte bestellt und dieser hat dann den geeigneten Antrag wegen Entlassung des Kindes aus der Anstalt zu stellen. Bis zu einem Betrage von 1000 K jedoch bleibt die Verwaltung des Vermögens der Findelhausdirektion, welche in Gemäßheit des § 230 a.BGB. mit dem Vermögen zu verfahren hat.

War für ein Kind schon vor Aufnahme in das Waisenhaus ein Vormund bestellt, oder war die Vermögensverwaltung eines Waisen- oder Findelkindes vom Gerichte einem Vormunde anvertraut, so hat dieser Vormund auf die Erziehung des Mündels, solange dasselbe unter der Aufsicht der Waisen- oder Findelhaus-Direktion steht, keinen Einfluß zu üben.

Nach § 72 Zl., Gesetz vom 1. August 1895, Nr. 111 RGW. unterstehen diese Kinder während ihrer Anstaltspflege dem allgemeinen Gerichtsstande dieser Anstalt.

Beim Austritte des unehelichen oder vaterlosen Kindes aus der Obforge der Waisen- oder Findelhaus-Direktion, in der Regel im Alter von 6 Jahren, muß demselben entweder ein Vormund bestellt oder der schon früher bestellte Vormund die Obforge über die Person des Mündels übernehmen. Hierzu ist der Gerichtsstand der Mutter zur Zeit des Austrittes des Kindes aus der Anstaltsversorgung, wenn aber dieser nicht bekannt ist und bei Findelkindern überhaupt, das ordentliche Gericht des Bezirkes berufen, in welchem das Kind, für welches der Vormund bestellt werden soll, seinen Aufenthalt hat.

Die Anstaltsvormundschaft der Waisen- und Findelhäuser in Österreich wurde in der Praxis durch Außerachtlassung der notwendigen Fürsorge so weit ausgedehnt, daß diesen Anstalten nicht nur die Vormundschaft, sondern auch Funktionen des Vormundschaftsgerichtes zukommen, indem während der Anstaltspflege das Vormundschaftsgericht über die Mündel bezüglich der persönlichen Verhältnisse derselben in keiner Weise mitentscheidet, vielmehr die Anstaltsdirektion über die Mündel uneingeschränkt bezüglich ihrer Erziehung verfügt und beim Vormundschaftsgerichte erst nach Entlassung des Findlings oder Waisenkindes aus der Anstalt die Vormundschaft desselben anhängig gemacht wird. *)

Das Findelkind wird in oder außerhalb der Anstalt untergebracht, und der außereheliche Vater des unehelichen Kindes wird in keiner Weise zu seiner ihm durch das Gesetz auferlegten Verpflichtung, zur Leistung von Unterhaltsbeiträgen herangezogen. Das ist eine arge Schädigung für die Erziehung des Findelkindes, weil bei Austritt desselben aus der Anstaltspflege die materiellen Verhältnisse des Kindesvaters sich direkt ins Schlechtere verkehrt haben können, demnach materielle Mittel für die Erziehung des unehelichen Kindes nicht zur Verfügung stehen und daher auch nicht aufgewendet werden können, so daß das Kind um die Unterhaltsbeiträge gebracht wird.

Und wohin wird das Findelkind durch die Anstalt in Pflege gegeben? Dorthin, wo am wenigsten zu zahlen ist, oft zu Pflegeeltern, die das Mindestmaß dessen, was man an Anforderungen an die Pflegeeltern stellen muß, nicht leisten, so daß die Kinder manchmal verwahrlost aus der Anstaltspflege der Mutter zurückgebracht werden. Findelkinder werden oft auch bei Anstaltspflegern untergebracht, welche die Sprache der Mutter gar nicht kennen, so daß das Findelkind ohne Erlernung der Muttersprache zu seiner Mutter zurückkommt. Das ist ein Unrecht. Das Kind muß doch in der Sprache erzogen werden, welche die Mutter spricht. Die unglückliche Mutter muß daher ihr 6 Jahre altes Kind erst wieder die Muttersprache lehren. Das Kind, in die heimatliche Schule geschickt, kann dem Unterrichte nicht folgen, erhält daher nicht die notwendige Schulbildung, kann mit Seinesgleichen und den Gemeindegemeinschaften mangels Kenntnis ihrer Sprache nur notdürftig verkehren, findet bei der Mutter deshalb auch nicht Liebe, es verwahrlost.

*) Seit 1904 erstattet die Prager Findelanstalt regelmäßig und ausnahmslos dem Vormundschaftsgerichte, d. i. dem Bezirksgerichte für die Obere Neustadt in Prag Berichte über jede Geburt eines lebenden illegitimen Kindes in der Gebäranstalt.

Eine Ausnahme bildet die auf Grund des Gesetzes vom 26. Juni 1898 Nr. 58 RGB. mit 1. Jänner 1899 errichtete öffentliche Findelanstalt des Landes Steiermark in Graz. Nach Art. XXIV, betreffend die Geltendmachung der Rechte der Findelkinder, pflegt die Anstalt Erhebungen nach dem Kindesvater und sonst unterhaltspflichtigen Personen, und zwar auf Grund des § 19 des Statutes der öffentlichen Findelanstalt durch ein Rechtsschutzorgan dieser Anstalt.

Eine dem Landesauschuß unmittelbar unterstellte juristisch gebildete Person stellt das Rechtsschutzorgan der Anstalt dar, dem es obliegt, die Vormundschaft für die Findelkinder zu übernehmen, ihre Ansprüche auf Verpflegung, Erziehung und Versorgung durch Erhebung des Kindesvaters und Heranziehung desselben zur Unterhaltsleistung festzustellen.

In der Prager Findelanstalt geht man seit dem Jahre 1905 daran, die Vaterschaft des unehelichen Kindes sicher zu stellen und den Kindesvater zur gesetzlichen Erfüllung der Vaterschaftspflichten heranzuziehen.

Im Friedländer Gerichtsbezirke wurde mit 1. Juli 1906 in 11 Gemeinden für die unehelichen Kinder Generalvormünder eingeführt. Diese Art der Generalvormundschaft ist eine Kollektivvormundschaft in Händen eines Mitgliedes eines Hilfsorganes für die Ausführung der den Vormundschaftsgerichten obliegenden Einrichtungen, des Waisenvrates. Die Generalvormünder üben die Vormundschaft für alle in einer Gemeinde befindlichen unehelichen Kinder, welche nicht einen Einzelmünd von den mütterlichen Verwandten erhalten können, in der Regel aus. Die Bestellung der Generalvormünder für die unehelichen Kinder erfolgte in den Gemeinden dadurch, daß sich über Anregung des Vormundschaftsgerichtes Mitglieder des Gemeindevaisenvrates zur Übernahme dieses Amtes bereit erklärten.

Dies ist in kurzem der Stand der Vormundschaft in Österreich.

II.

Auch in Deutschland besteht die öffentliche Fürsorge für verwaiste, verlassene und uneheliche Kinder außer in den allgemeinen Kinderschutzmaßnahmen in der Einzelmündschaft.

Die Bestimmungen des BGB. für das Deutsche Reich vom 18. August 1896 in den §§ 1733—1895 stellen nur die Einzelmündschaft fest und erwähnen in keiner Weise die Generalvormundschaft.

Jetzt geht man in Deutschland auch daran, das Fürsorgeproblem in der Weise zu lösen, daß an die Einzelmündschaft eine bis zur Volljährigkeit andauernde Berufs- oder Generalvormundschaft tritt, weil der Einzelmünd seine Aufgaben nicht zu lösen vermag.

In der Erkenntnis der richtigen Sachlage haben mehrere Städte des Deutschen Reiches Ziehkinderrämter errichtet, welche alle Pflegestätten der unehelichen und sonstigen Pflegekinder einer erzieherischen Überwachung unterwerfen. Bahnbrechend in dieser Beziehung war die Stadt Leipzig. Durch eine vom Armenamte mit dem kgl. Justizministerium getroffene Vereinbarung im Sinne der Erlasse des Justizministeriums vom 11. Mai 1886 und 8. Oktober 1889 wurde in Leipzig die sogenannte Generalvormundschaft des Armenamtsvorstehers eingeführt. Hiernach werden von den beiden Armenamtsvorstehern in Leipzig bevormundet:

- a) die der Leipziger Ziehkinderranstalt unterstellten, unehelich geborenen, sogenannten Ziehkinder, soweit sie beim Amtsgerichte bevormundet werden,
- b) die auf Kosten des Armenamtes untergebrachten, beim kgl. Amtsgerichte Leipzig bevormundeten Minderjährigen,

c) diejenigen an sich unter väterlicher Gewalt stehenden Minderjährigen, für welche jedoch gesetzlich eine Bevormundung angeordnet ist.

Die Vorsteher des Armenamtes werden, sobald sie ihr Amt antreten, ein für alle mal als Vormünder aller der Kinder verpflichtet, für welche in Zukunft die unter a—c bezeichneten Voraussetzungen eintreten werden oder eingetreten sind, und was die Zukunft betrifft, in jedem einzelnen Falle dadurch zum Vormunde bestellt, daß sie von Zeit zu Zeit dem Amtsgerichte ein Verzeichnis derjenigen Minderjährigen übersenden, welche in einem bestimmten Zeitraume in Waisepflege genommen oder der Ziehkindernanstalt unterstellt worden sind. Für jedes dieser Kinder erhalten sie ein Vormundschaftsdekret. Das Amt des Generalvormundes endet, sobald die Voraussetzungen wegfallen oder er dies beantragt. Andererseits kann der Generalvormund, sofern und so lange er es will, Vormund bleiben, auch wenn die Voraussetzungen der Generalvormundschaft weggefallen sind, wenn nur überhaupt eine Altersvormundschaft noch zulässig ist.

Demgemäß sind nun tatsächlich der Generalvormundschaft von den bezeichneten Minderjährigen unterstellt gewesen: die Ziehkinder, so lange als sie von der Ziehkindernanstalt überwacht wurden, das heißt, bis sie in die Schule eintraten, die anderen, so lange sie auf Kosten des Armenamtes verpflegt wurden, jedenfalls nicht länger, als bis sie nach Erfüllung der Schulpflicht aus der Waisepflege entlassen wurden.

Wiewohl das BGB. vom 18. August 1896 für das Deutsche Reich in keiner Weise der Generalvormundschaft Erwähnung tut, so bestimmt doch der Art. 136 des Einführungsgesetzes, daß die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben, nach welchen:

1. der Vorstand einer unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder ein Beamter alle oder einzelne Rechte oder Pflichten eines Vormundes für diejenigen Minderjährigen hat, welche in der Anstalt oder unter der Aufsicht des Vorstandes oder des Beamten in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt werden, und der Vormund, die Anstalt oder der Beamte auch nach der Beendigung der Erziehung oder der Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels diese Rechte und Pflichten behält, unbeschadet der Befugnis des Vormundschaftsgerichtes, einen anderen Vormund zu bestellen;

2. die Vorschriften des Punktes 1 bei unehelichen Minderjährigen auch dann gelten, wenn dieselben unter der Aufsicht des Vorstandes oder des Beamten in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden;

3. Der Vorstand einer unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder ein von ihm bezeichneter Angestellter der Anstalt oder ein Beamter vor den nach § 1776 des BGB. als Vormünder berufenen Personen zum Vormunde der in Punkt 1 und 2 bezeichneten Minderjährigen bestellt werden kann;

4. im Falle einer nach den Punkten 1—3 stattfindenden Bevormundung ein Gegenvormund nicht zu bestellen ist und dem Vormunde die nach § 1852 des BGB. zulässigen Befreiungen zustehen.

Es mußte also die Landesgesetzgebung eingreifen, wenn anders die Generalvormundschaft durch das BGB. für das Deutsche Reich nicht verschwinden sollte, obgleich die Generalvormundschaft insbesondere zu Leipzig bereits zehn Jahre vor Inkrafttreten des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches mit vollem Erfolge eingeführt war. Und so hat denn auch das Einführungs-gesetz vom 18. Juni 1898 für Sachsen folgendes bestimmt:

§ 37: Die Gemeinde kann mit Genehmigung des Justizministeriums den Vorstand einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Ver-

pflegungsanstalt oder einen Beamten bestimmen, dem die Rechte und Pflichten eines Vormundes oder Pflegers über alle oder über gewisse Minderjährige zustehen, die in der Anstalt oder unter der Aufsicht des Vorstandes oder des Beamten in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt oder soweit sie unehelich sind, in der mütterlichen Familie erzogen und verpflegt werden.

§ 38: Tritt eine Vormundschaft oder Pflegschaft nach § 37 ein, so endet das Amt des bisherigen Vormundes oder Pflegers von selbst. Ein Gegenvormund wird nicht bestellt. Dem Vorstande oder Beamten stehen die nach § 1852 des BGB. zulässigen Befreiungen zu.

Der Vorstand oder Beamte behält, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, die Rechte und Pflichten des Vormundes oder Pflegers auch nach Beendigung der Erziehung oder Verpflegung.

Dem zuständigen Vormundschaftsgerichte bleibt unbenommen, für den Minderjährigen einen anderen Vormund oder Pfleger zu bestellen. Es hat einen solchen zu bestellen, wenn der Vorstand oder Beamte es beantragt.

§ 39: Soweit der Vorstand einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder ein Beamter zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes für Minderjährige der im § 37 bezeichneten Art als Vormund bestellt ist, gilt er von dieser Zeit an als gesetzlicher Vormund oder Pfleger im Sinne der §§ 37 und 38. Die für den Umfang und die Dauer der Bevormundung getroffenen Bestimmungen bleiben unberührt.

Die Stadtgemeinde Leipzig hat sich nun entschieden, die nach vorstehenden Bestimmungen mit Einführung des BGB. für das Deutsche Reich zur Geltung gekommene gesetzliche Vormundschaft, damit die bisherige Generalvormundschaft als gesetzliche Vormundschaft aufrechterhalten bleiben soll, einzuführen.

Die Stadt Leipzig hatte ein unbedingtes Interesse für die gesetzliche Vormundschaft bezüglich unehelich geborener Kinder, solange dieselben das 7. Lebensjahr nicht erreicht haben.

Dies ist in großen Umrissen der Stand der Vormundschaft im Deutschen Reich.

III.

Den Eltern steht über die in ihrer Erziehung befindlichen Kinder ein Maß von Rechten und Pflichten nach dem Gesetze zu, das wir mit der elterlichen oder väterlichen Gewalt bezeichnen. Dem Vormunde, welcher seine Mündel erzieht und verpflegt, steht ebenfalls eine gesetzlich festgelegte Gewalt zu. Derselbe hat hiernach Rechte und Pflichten, die sogenannte vormundschaftliche Gewalt. Wenn nun Anstalten oder Körperschaften nach dem Gesetze die öffentliche Fürsorge über Pflegekinder übertragen wird und sie deren Erziehung zu leiten haben, so erfordert diese Gleichstellung mit Eltern und Vormündern auch, daß diesen Anstalten oder Körperschaften bei Ausübung ihrer Erziehungspflicht die gleichen Rechte und Pflichten zur Seite stehen wie den ersteren. Denn nur hierdurch erscheinen alle Kinder ihren Erziehern gegenüber, die in einem Falle die Eltern, im andern Falle den Vormund und wieder im andern Falle die Anstalt ist, gleichgestellt.

Wie Dr. Reicher in seinem epochemachenden und für die Jugendfürsorge in Österreich geradezu unentbehrlichen Werke: „Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend“ im 2. Bande treffend ausführt, entspricht das System der unentgeltlichen, ehrenamtlichen Vormundschaft den heutigen Bedürfnissen und Verhältnissen nicht mehr.

Soll nicht der vom Gesetze den Pflegebefohlenen zugedachte Schutz illusorisch bleiben, dann muß strenge Pflichterfüllung der Vormünder gefordert und sichergestellt werden. Denn der Vormund versieht ein Amt, wichtig für

die Gemeinde, den Staat und die Gesellschaft. Reicht dabei das Ehrenamt nicht aus, so muß das Amt des Vormundes zur Berufspflicht des Beauftragten gemacht werden.

Die Gemeinden betrachten in Österreich es als Recht ihrer freien Selbstbestimmung, mit der Erziehung der armen Kinder sich so billig wie nur möglich abzufinden. Durch diese Auffassung finden die Interessen des Staates und der Gesellschaft bei der Erziehung armer Kinder keine Berücksichtigung. Bei solchen Verhältnissen ist in Österreich, führt Dr. Reicher aus, die Reform des Vormundschaftswesens nach dem Vorbilde der Stadt Leipzig durch Einführung der Generalvormundschaft nicht erreichbar.

Die Lösung des Problems muß vielmehr in der Bestellung berufsämthlicher Organe für die Vormundschaftsverwaltung gesucht werden, etwa nach Analogie der staatsanwaltschaftlichen Funktionäre.

Es ist somit dargetan, daß für uneheliche, arme, verwaiste, verlassene und sonst schutzbedürftige Kinder eine Berufsvormundschaft im allgemeinen notwendig ist, so daß auch dann, wenn diese Kinder sich bei Körperschaften und Anstalten in Ob Sorge befinden, die Notwendigkeit der Berufsvormundschaft oder Anstaltsvormundschaft besteht. Daß die Berufsvormundschaft bei in Ob Sorge von Körperschaften oder Anstalten befindlichen Kindern am einfachsten und zweckmäßigsten dadurch ausgeübt wird, wenn man denselben die Rechte und Pflichten der Vormundschaft selbst überträgt, ist klar und eine notwendige Folge ihrer Tätigkeit, daß sie über diese Kinder die öffentliche Fürsorge pflegen.

Daß die österreichische Anstaltsvormundschaft der Findelhäuser zumeist nicht von Erfolg begleitet war, darf uns nicht abschrecken, dennoch die Anstaltsvormundschaft zu verlangen. Das Versagen der Erfolge der Anstaltsvormundschaft der meisten Findelhäuser in Österreich hatte vielmehr darin seinen Grund, daß die Findelhäuser nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, den Findelkindern nicht eine gründliche Erziehung, Pflege und Aufsicht zuteil wird, die Kinder dieser Anstalten gar nicht der gerichtlichen Obervormundschaft unterstellt werden und die Anstalten sich nicht in dem Maße um die persönlichen Verhältnisse der ihnen anvertrauten Kinder kümmern, wie es nach dem Gesetze vorgeschrieben erscheint. Dies bestätigen auch die Gutachten des Leiters der niederösterreichischen Findelanstalt in Wien, Dr. Gustav Reicher, (Seite 1 und 71) und des Direktors der böhm. Findelanstalt in Prag, Dr. Dvořák (Seite 35 und 77) im 2. Bande der Kongressschriften des 1. österreichischen Kinderschutz-Kongresses Wien 1907. Doch nicht nur die Anstalten unterließen die persönliche Fürsorge ihrer Pflegebefohlenen, sondern auch die Pfl egschaftsgerichte selbst, wie bekannt, haben ja erst in jüngster Zeit die Vormundschaftsgerichte der Überwachung der persönlichen Verhältnisse der Pflegebefohlenen ein größeres Augenmerk zugewendet und hierdurch erst einen Wandel zum Besseren der schutzbedürftigen Kinder geschaffen. Dies kann wohl auch für die Anstaltsvormundschaft der Findelhäuser teilweise als Entschuldigung dienen.

Die Erfolge in Leipzig sprechen vielmehr entschieden für die Einführung der Anstaltsvormundschaft. Das kgl. Amtsgericht Leipzig hat diesbezüglich dem Räte der Stadt Dresden im Jahre 1900 mitgeteilt, daß sich die in Leipzig befindliche Anstaltsvormundschaft (seit 1886) und die Generalvormundschaft über die der öffentlichen Fürsorge anheimgefallenen Waisen vorzüglich bewährt. Deshalb geht man auch in jüngster Zeit daran, in Dresden und Köln nach Leipziger Muster die Anstaltsvormundschaft, jetzt genannt die gesetzliche Vormundschaft, zur Einführung zu bringen. Es bricht sich in Deutschland immer mehr die Überzeugung Bahn, daß man dort,

wo man überhaupt geneigt ist, der Frage der Einführung der gesetzlichen Vormundschaft näher zu treten, einem im öffentlichen Gemeindeamte stehenden Beamten diese Funktion wird übertragen müssen, der in alle einschlagenden Rechte und tatsächlichen Verhältnisse naturgemäß einen ganz anderen Einblick als der Privatmann gewinnen kann.

Die Voraussetzungen und Bedingungen, unter welchen die Anstaltsvormundschaft zu gewähren ist, würden vor allem anderen sein, daß der Anstalt die Rechte und Pflichten der Vormünder und nur diese übertragen werden, nicht aber weniger oder größere Rechte; ferner daß die Anstalt unter das vormundschaftliche Gericht ihres Standortes gestellt und von diesem als Vormundschaftsgericht überwacht wird. Die Erteilung der Anstaltsvormundschaft dürfte nicht allgemein, sondern über Antrag des Vormundschaftsgerichtes durch das Justizministerium nur an Anstalten erfolgen, deren Statuten und Hausordnungen die Genehmigung der Staatsverwaltung erhielten und welche vermögen, ein Rechtsschutzorgan zur Ausübung der Vormundschaftsgeschäfte aufzustellen. Immerhin muß es dem Vormundschaftsgerichte auch freigestellt bleiben, statt der Anstaltsvormundschaft in besonderen Fällen auch einen Einzelvormund für die der Anstalt unterstellten Kinder zu bestellen. Die Dauer der Anstaltsvormundschaft wäre auf die Dauer der Anstaltspflege zu beschränken. Ausnahmsweise könnte der Anstaltsvormund, auch dann, wenn das Kind aus der Anstaltspflege tritt, vom Vormundschaftsgerichte die Weiterführung der Vormundschaft erhalten. Würden Pflegekinder während der Anstaltspflege außerhalb der Anstalt bei Pflegeeltern untergebracht, dann wäre ebenfalls die Entscheidung des zuständigen Vormundschaftsgerichtes einzuholen, wie auch bei allen nach § 233 a. BGB. vorzulehrenden wichtigen Veränderungen der Pflegebefohlenen, welche nicht zu dem ordentlichen Wirtschaftsbetriebe gehören und von größerer Wichtigkeit sind.

In Kürze zusammengefaßt: Es empfiehlt sich gewiß, Körperschaften die Generalvormundschaft und Anstalten, in deren Obforgen ein Kind sich befindet, die Rechte und Pflichten der Anstaltsvormundschaft zu übertragen, jedoch nur unter bestimmten einschränkenden Voraussetzungen und Bedingungen.

Über die Heranziehung der Frauen zur Vormundschaft sprach Dr. Max Lederer in Prag in einigen Versammlungen. Das Resultat seiner Bestrebungen ist uns nicht bekannt geworden. Im Interesse unserer schutzbedürftigen Jugend wäre seinen Bemühungen aller Erfolg zu wünschen.

Fürsorgeerziehung.

Die Fürsorgeerziehung ist der Angelpunkt der gesamten Jugendschutz-tätigkeit. Von der gedeihlichen Lösung dieser Frage hängt Wohl und Wehe unserer schutzbedürftigen Jugend ab. Der großen Wichtigkeit entsprechend, fand das Thema „Fürsorgeerziehung“ in Österreich während der letzten zwei Jahre gründliche Erörterung in Wort und Schrift. Das bedauerliche ist nur, daß das Fürsorgeerziehungs-gesetz, das uns so not tut, solange auf sich warten läßt.

Wir beschäftigten uns in Böhmen mit dem Gegenstande „Fürsorgeerziehung“ hauptsächlich auf der I. deutschböhmisches Jugendfürsorgekonferenz. Es berichteten:

Landesgerichtsrat Franz Janisch-Friedland: Über die Ursachen der Verwahrlosung der Jugend in Böhmen.

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reicher-Wien: Über die Bestrebungen der österr. Gesetzgebung zur Schaffung eines Jugendfürsorgegesetzes.

Oberlehrer A. Brčka-Znaim: Über die Sicherung guter Erziehungsresultate und die Stellungnahme der Lehrerschaft zur Fürsorgeerziehung.

Über diesen Gegenstand berichtete ferner:

Lehrer Hugo Heller-Prag auf dem Lehrertage in Tettschen.

Direktor Josef Kadauer-Grulich besprach im Vereine für Zwangserziehung und Fürsorge die verschiedenen Entwürfe des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom Standpunkte der Erziehungs- und Besserungsanstalten.

Da die erstgenannten Arbeiten für unsere weitere Tätigkeit grundlegend sind und der Konferenzbericht bereits vergriffen ist, bringen wir diese 3 Vorträge in unserem Jahrbuche zum Abdruck und schließen dem 2. Vortrage den Reicherschen Gesetzesentwurf bei; derselbe erhielt zwar in der Regierungsvorlage Abänderungen, doch war eine Veröffentlichung der Regierungsvorlage gegenwärtig noch nicht möglich.

LGK. Franz Janisch-Friedland:

Ursachen der Jugendverwahrlosung in Böhmen.

Bericht an das Komitee des I. österreichischen Kinderschutzkongresses Wien 1907.

Ich will über die Ursachen der Jugendverwahrlosung in Böhmen sprechen. Dieses Thema habe ich für den I. österreichischen Kinderschutzkongreß in Wien bearbeitet und wurde dasselbe bereits im 1. Bande der Kongreßschriften abgedruckt. Es ist somit die Drucklegung und Veröffentlichung des Berichtes über die Jugendverwahrlosung in Böhmen dem heutigen Vortrage vorausgeeilt, während im Regelfalle Abdruck und Veröffentlichung einem Vortrage folgen.

Deshalb erscheint es mir am zweckmäßigsten, wenn ich in engem Anschlusse an den abgedruckten Bericht über die Jugendverwahrlosung in Böhmen den Vortrag bespreche. Quellen des Berichtes über die Jugendverwahrlosung in Böhmen sind nicht einzig und allein die Statistik, weil erst in jüngster Zeit intensiver und umfangreicher die Statistik über die Jugend gepflogen wurde, bisher nicht lückenlos erscheint, so daß man auf Grund statistischen Materials allein nicht zu einwandfreien Ergebnissen gelangen kann.

Quellen dieses Berichtes sind hauptsächlich 733 erstattete Gutachten, und zwar 418 deutsche und 315 tschechische. Die Gutachten wurden erstattet von Bezirkschulräten, Bezirksgerichten als Vormundschaftsbehörden. Schulbehörden — als: Direktionen der Mittelschulen, Handels- und Fachschulen, der Bürgerschulen und von Leitern der Volksschulen —, Gemeinden, Gemeindevorständen, Pfarren, der k. k. Polizeidirektion in Prag, der Direktion der kgl. böhm. Landesbesserungsanstalt für jugendliche Korrigenden in Grulich und von Kinderschutzvereinen. Die größte Zahl der Gutachten rührt von den Volks- und Bürgerschulen her. Dieselben gaben 566 Gutachten ab, hiervon 311 deutsche und 255 tschechische, worunter jedoch die Gutachten solcher Schulen nicht gezählt sind, auf Grund welcher ein Gutachten von dem zuständigen Bezirkschulrate verfaßt wurde. Die meisten dieser Gutachten sind sehr ausführlich, mit vielem Fleiße und großer Genauigkeit ausgearbeitet und mit vielen überzeugenden Beispielen belegt.

Unter Benützung und Verarbeitung dieser Quellen schreite ich zur Beantwortung der einzelnen Fragen und zwar zuerst zur Erörterung der Ursachen der Verwahrlosung Kinder und Jugendlicher.

I.

Die Ursachen der Verwahrlosung lassen sich verschieden einteilen. Man kann von körperlicher und geistiger Verwahrlosung, von Verwahrlosung aus dem Verschulden von Personen und durch Verhältnisse sprechen, von Verwahrlosung, welche sich auf Verlassenheit von Kindern und Jugendlichen gründet, doch unter Zugrundelegung einer bestimmten Einteilung die Ursachen der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen zu behandeln, erscheint bei sachlicher Erörterung der einzelnen Ursachen der Verwahrlosung nicht von Vorteil und zwar schon deshalb, weil mehrere Verwahrlosungsursachen in einer Person zusammentreffen können und deshalb schwer gesondert der Besprechung unterzogen werden können. Es erscheint daher sachgemäßer, die einzelnen Ursachen der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen unbekümmert um eine feste Einteilung zu behandeln.

1. Eine der Hauptursachen der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen ist die Verlassenheit derselben. Durch Nichtbeaufsichtigung von seiten der Eltern infolge vorliegender Verhältnisse. Vor allem gestattet die durch die Umbildung unseres gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, durch die geänderten Lebens- und Erwerbsverhältnisse und durch die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung bedingte Art des Erwerbes den Eltern nicht, ihre Kinder zu beaufsichtigen und die Erziehung derselben zu leiten.

Die modernen Arbeitsformen sind es zumeist, welche dem Familienbunde vielfach verderblich geworden sind. Die große Entwicklung und das Fortschreiten der Industrie hat einen Teil selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender zu Arbeitern in industriellen Unternehmungen gemacht, die Heimarbeit wurde zum Teile auch zur Fabrikarbeit. Aber auch die Teuerung in den Lebensverhältnissen nimmt zu.

Das große Angebot Arbeitssuchender und die nicht gleiche Nachfrage nach denselben steigert die Konkurrenz und drückt hierdurch die Entlohnung der Arbeit herab. Das Familienhaupt vermag nicht mehr die in der Regel zahlreiche Familie durch seiner Hände Arbeit allein zu ernähren, die Gattin muß ihn in dem Erwerbe unterstützen; sie, die doch die Erziehung der Kinder und das Hauswesen leiten und besorgen soll, verläßt den ihr von der Natur zugedachten Beruf und geht tagsüber gleichfalls der Arbeit fern vom Hause nach und findet in dem Erwerbe um das tägliche Brot nicht mehr die Zeit, ihre Kinder zu erziehen und zu pflegen. Oft sind die Eltern nicht einmal im Wohnorte ihrer Familie als Fabrikarbeiter beschäftigt, sondern lassen, weil sie außerhalb desselben in Arbeit stehen, ihre Kinder ganz unbeaufsichtigt oder bei ungenügender Aufsicht zurück, so daß nach Tagen, ja des Öfteren erst nach Wochen, die Kinder ihre Eltern sehen.

Die Kinder werden sich selbst überlassen, manchmal sogar in die Wohnung eingeschlossen, oder, wenn schon ein übriges geschieht, der Aufsicht der älteren schulpflichtigen oder ihrer kaum der Schule erwachsenen Geschwister übergeben oder in Obforge von Familien gebracht, welche die geringste Zahlung verlangen, ohne daß über deren Ruf Erkundigungen eingeholt werden, unfähigen Aufsichtsorganen, eigennütigen Pflegern, welche ob des geringen Entgeltes die Kinder körperlich und geistig vernachlässigen, sie zu Arbeiten oder häuslichen Verrichtungen über das Maß ihrer Kräfte hinaus verwenden und jeglichen günstigen Einflusses auf diese Kinder bar sind.

Die Kinder, sich selbst überlassen und ohne alle Aufsicht, suchen in schulfreier Zeit die Gasse auf, denn ihr Geselligkeitstrieb duldet sie nicht in den öden Wohnräumen. Die Gasse ersetzt ihnen das Heim, das Elternhaus, oft

auch die Schule, die sie schwänzen. Auf der Gasse tummeln und toben sie mit anderen, gleichgearteten Kameraden herum und kommen von dort in die Schule in einer Verfassung, welche sie zur Aufnahme des Unterrichtes unfähig macht. Auf der Gasse sind sie, da jede Kontrolle des Umganges und zweckmäßiger Beschäftigung mangelt, den mannigfachsten Verführungen ausgesetzt, treiben hier mit ihren Leidensgenossen nicht nur allerhand Unfug, sondern geraten auch nur zu leicht auf den Weg der strafbaren Handlungen. Und selbst wenn sie die Gasse nicht auffuchen, finden sich verlotterte größere Kinder zu Hause ein und machen ihren verderblichen Einfluß geltend.

Die Folgen einer solchen Erziehung treten zumeist bei diesen Kindern auch im Mangel eines Heimgefühles und eines Familienfinnes, im Gange zum Nichtstun, ferner bei Abgang der für jeden Lebenslauf erforderlichen moralischen Selbstzucht, im stumpfen Hasse gegen alle sozial besser gestellten Mitmenschen in Erscheinung. Diese Kinder werden ungehorsam, drohen bei der geringsten Mahnung oder Rüge von seiten der Eltern das Haus zu verlassen oder verlassen es wirklich und entziehen sich oft tagelang der elterlichen Aufsicht.

Wenn die Mutter Witwe ist, leidet bei solchen Verhältnissen besonders die Erziehung der Kinder, wie das folgende Beispiel zeigt: Eine Witwe mit 4 Kindern ist Fabrikarbeiterin und als solche tagsüber in der Fabrik beschäftigt. Um 6 Uhr früh verläßt sie ihre Kinder. Die zwei schulpflichtigen, ein Mädchen von 10 Jahren und ein Knabe von 8 Jahren, müssen die anderen Geschwister ankleiden, ihnen das Frühstück geben und sie ins Asyl bringen, wo sie bis 6 Uhr abends bleiben. Die beiden schulpflichtigen Kinder, welche die Schule zwar regelmäßig besuchen, sind täglich 5 bis 6 Stunden ohne Aufsicht. Zu Mittag genießen sie das Brot, welches ihnen die Mutter mitgegeben hat, während der Wintermonate erhalten sie eine Suppe, sehr häufig haben sie aber kein Mittagessen, wenn nicht mitleidige Menschen sich ihrer erbarmen. Das Mädchen verlegt sich auf das Betteln, verschafft sich betrügerischer Weise Geld, um sich Nahrungsmittel oder Naschwerk zu kaufen, der Knabe beginnt zu stehlen und führt mit zwei anderen Schulknaben größere Diebstähle aus. So verwahrlosen die Kinder durch die Nichtbeaufsichtigung von seiten der Mutter.

Das Arbeiten der Eltern tagsüber außerhalb des Hauses schwächt ebenso wie die durch diese Verhältnisse bedingte Kürze des täglichen Beisammenseins die wechselseitige Liebe zwischen Kindern und Eltern. Dies kommt dann oft in Mißhandlung und mangelhafter Ernährung solcher Kinder zum Ausdruck, was im Gemüte der letzteren Verbitterung oder stumpfe Apathie hervorruft und die moralischen Impulse ertötet.

Bei der Armut der Eltern und der hierdurch bedingten Arbeit um das tägliche Brot für eine zahlreiche Familie erscheint das Weib körperlich aufs höchste entkräftet und kümmert sich nach vollbrachter Tagesarbeit um Häuslichkeit, Reinlichkeit und Kindererziehung nicht. Müde und abgespannt kehren diese Leute von der Arbeit heim und finden so keine Lust, sich Kindern zu widmen, verlangen vielmehr Ruhe von ihnen. Das Glück und den Segen des Familienlebens kennen solche Menschen nicht. So sieht es bei einem großen Teile der Kinder und Jugendlichen der Fabrikarbeiter aus.

Die Verhältnisse bei den Berg- und Hüttenarbeitern liegen ähnlich. Auch sie befinden sich den ganzen Tag über auf der Schicht, und deren Kinder bevölkern die Gassen in Stadt und Umgebung in Gesellschaft von Faulenzern, Bummlern und moralisch verkommenen Individuen, spielen um Geld, rauchen, naschen, trinken Branntwein und führen solche unmoralischen Reden, daß man sich mit Abscheu von ihnen abwendet, bewerfen Vorübergehende mit Steinen

und beschimpfen jeden, der sie ermahnt. Nach Beendigung des vorgeschriebenen Schulbesuches treten die Kinder der Berg- und Hüttenarbeiter in die Hütten- und Bergwerke ein, wo sie dasjenige lernen, was sie zu ihrem moralischen Verderben noch brauchen. Und so wird die Berg- und Fabrikarbeit oft nicht nur der leibliche, sondern auch der geistige und speziell der sittliche Ruin der Jugend.

Aber auch Bauarbeiter, wie Maurer, Zimmerleute, Handlanger und Tagelöhner sind wegen nicht hinreichend lohnender Arbeit während der Bauzeit gezwungen, ihren Heimatsort und ihre Familie zu verlassen und ihre Kinder der mütterlichen Obhut allein anzuvertrauen. Auch die Kinder land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter trifft ein gleiches Los. Besonders aber die Arbeiter auf Wirtschaftshöfen können sich infolge des häufigen Wechsels ihres Arbeitsortes der Pflege und Erziehung ihrer Kinder nicht widmen.

Im Erzgebirge sind die Gehilfen der Vieh- und Gänsehändler, welche auf Grund eines sogenannten Wandergewerbescheines ihren Handel bei oft wechselndem Wohnsitze in Deutschland betreiben, das ganze Jahr hindurch mangels hinreichender Beschäftigung auf heimatlicher Erde die Woche über vom Hause abwesend und überlassen das Wohl und Wehe ihrer Kinder der mütterlichen Leitung. Hierdurch mißraten wohl auch manche Kinder in ähnlicher Weise wie die Kinder der in Arbeit abwesenden Fabrik- und Bergarbeiter, doch ist dies seltener der Fall, weil die aufsichtsführende Mutter doch teilweise erziehlisch bei ihren Kindern eingzugreifen vermag und rechtzeitig ihrem verderblichen Treiben Einhalt gebieten kann.

In der Besserungsanstalt zu Grulich befinden sich unter den im Jahre 1905 dortselbst untergebrachten 145 jugendlichen Pfleglingen 51, welche infolge der Außenarbeit ihrer Eltern zu verwahrlosten drohten, sogar über 35%.

Bei solcher Sachlage erscheint es daher dringend notwendig, für zeitweise aufsichtslose schulpflichtige Kinder, deren Eltern außer Hause ihren Berufsarbeiten nachgehen, die ihnen während dieser Zeit mangelnde Erziehung durch die Eltern dadurch zu ersetzen, daß man sie in Tagesheimstätten unterbringt, damit sie die schulfreien Stunden, die sie sonst auf der Gasse oder unbeaufsichtigt zu Hause oder in unpassender Gesellschaft verbringen würden, unter erziehlicher Aufsicht und Leitung einer Hausmutter in der Heimstätte verbringen können.

2. Einen zweiten Grund der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen bilden die schlechten Wohnungsverhältnisse, hervorgerufen durch die Anhäufung der Bevölkerung in den großen Städten und durch die Erwerbsverhältnisse der Eltern. Die Wohnung ist das Band der Zivilisation. Aus ihr gehen alle jene Einflüsse hervor, die zum Guten oder Bösen führen, Einflüsse, die besonders auf das Gemüt des Kindes veredelnd oder zerstörend einwirken.

Durch die in Großstädten herrschende Teuerung, namentlich aber die der Mietzinsen, sind die armen Leute gezwungen, zum größten Teile Wohnungen, die in gesundheitlicher Beziehung in keiner Weise entsprechen, zu mieten. In Kellernwohnungen, Dachwohnungen oder Wohnräumen in ungesunden Hofgebäuden findet man sie zusammengepfercht; Erwachsene beider Geschlechter sind mit Kindern und Jugendlichen beisammen, und zum Überflusse werden noch Bettgeher und Kostgänger gehalten. In Fabrikorten gibt es ebenfalls solche Massenquartiere und Massenschlafstellen, durch das System der Bettgeher und Kostgänger noch mit jungen, fremden Leuten zahlreicher bevölkert. Beim Rübenbaue, zur Zeit des Hopfenpflückens oder zur Erntezeit leben die landwirtschaftlichen Arbeiter aus Mangel an Mitteln in Massen in einer Stube beisammen. Welch schreckliche Zustände zeitigen insbesondere die men-

schemunwürdigen Massenwohnungen der Meierhöfe. An Körper und Seele nehmen die Kinder hier Schaden.

In Wohnungen, worin die Armut ihren Einzug gehalten, findet man oft nur die allernotwendigsten Haus- und Zimmergeräte, welche außerdem schadhast und beschmutzt in allen Winkeln umherliegen. Die Betten, wenn überhaupt solche vorhanden sind, bestehen aus mehr oder weniger zerrissenen Stücken, die Fensterscheiben sind blind und selten alle unverfehrt, die Räume eng und niedrig, und für die notwendige Lüftung ist keinerlei Vorkehrung getroffen. Die Kinder treiben sich halbnackt, schmutzig und unbeschäftigt im Zimmer umher oder liegen, besonders im Winter, um sich vor der Kälte zu schützen, tagsüber in Fegen gehüllt im Bette. Ihre Gesundheit wird durch diese Räume untergraben und bei Tag und Nacht sehen sie Dinge, welche ihren Sinn für Wohlanständigkeit und Sitte vollständig abstumpfen und sie die abscheulichsten Handlungen als nichts Unfittliches erkennen lassen; sie werden nur zu früh, ja sogar im zartesten Alter mit den Lasten der Erwachsenen bekannt und hören Gespräche, die ihr Gemüt verkehren und Haß und Groll gegen achtbare Menschen entfachen.

Ja, es gibt Massenquartiere, wo zehn und noch mehr Männer, Frauen und Kinder beider Geschlechter wohnen. In einem Falle hatten dreizehn Personen verschiedenen Alters und Geschlechtes den einzigen Wohnraum mit nur drei Schlafstellen inne. Nicht wesentlich besser sind in vielen Fällen die Wohnungen der Kleingewerbetreibenden beschaffen, da sie zum Wohnen und zum Gewerbebetriebe zugleich Verwendung finden, ohne daß Küche und sonstige Nebenräume vorhanden sind.

So werden auch diese ungesunden, schlechten und räumlich aufs äußerste beschränkten Wohnungsverhältnisse Kindern und Jugendlichen zum körperlichen, geistigen und sittlichen Verderben und die Prager Polizeidirektion weiß zu berichten, daß in Großstädten in diesen Höhlen auch direkte Verführung sehr erleichtert wird, daß dieser Nährboden Prostituierte im Alter von schon neun und elf Jahren und Taschen- und Bodendiebe im selben Alter nicht selten hervorbringt.

Die Wohnungspolizei hat hier schon manche Übelstände beseitigt und seit 10 bis 15 Jahren haben sich die Verhältnisse in den Massenquartieren der Fabriken bedeutend gebessert, doch immer noch bestehen die geschilderten Verhältnisse in ziemlicher Ausdehnung fort.

3. Arbeit der Kinder und Jugendlichen über das Maß ihrer Kräfte hinaus und ihre Verwendung zu Leistungen, welche sie sittlich gefährden, bilden ebenfalls ein trauriges Kapitel im Jugendleben.

In industriellen Gegenden werden die Kinder auch frühzeitig zur Arbeit in Fabrikbetrieben weit über ihre Körperkräfte hinaus, selbst zur Nachtzeit, herangezogen, um einen bestimmten Teil ihres Verdienstes für ihren Unterhalt an die Eltern abliefern zu können, oft auch an fremde Pfleger, bei denen sie untergebracht sind oder bei denen sie sich aus eigenem Antriebe Wohnung und Verpflegung genommen haben.

Dadurch nehmen sie an ihrem Körper Schaden, erlangen aber auf diese Weise frühzeitig eine gewisse Selbstständigkeit, die ihnen, da ihre Charaktereigenschaften noch nicht genügend gefestigt sind, nicht selten gefährlich wird. Mit dem ihnen überlassenen restlichen Lohne besuchen sie Gasthäuser und andere öffentliche Schanklokale, wo sie nicht allein Bekanntschaft mit geistigen Getränken, sondern auch frühzeitig mit dem weiblichen Geschlechte machen. Dieser frühzeitige „Eintritt ins Leben“ läßt sie die Gewohnheiten Erwachsener annehmen, läßt sie mit denselben in gemeinsamer Arbeit sein, wo dann ungeziemende Reden

sie nachteilig beeinflussen und die in der Schule erworbene sittliche und auf religiöser Grundlage beruhende Erziehung verloren geht. Die Burschen greifen zu Zigarren, Pfeifen und Kartenspiel und schwärmen zur Nachtzeit herum, die Mädchen verlieren allen Sinn für Sparsamkeit, kümmern sich nicht um die Häuslichkeit und verwenden ihren Lohn auf Putz und eitlen Tand.

Die Fabrikarbeit sofort nach Vollendung der Schulpflicht, wodurch Jugendliche nach ihren Begriffen gleich eine gut bezahlte Arbeit erhalten und nun mit dem Wochenlohn in der Tasche eigene Herren sind, steigert in Industriegegenden die Unlust zur Erlernung eines Handwerkes, welches ihnen als Lehrlingen bei einem Meister durch mehrere Jahre ohne Entgelt nur Arbeit und schließlich noch den Besuch der Fortbildungsschule bringt. Ähnlich ist es bei Mädchen, welche die besser gezahlte Fabrikarbeit der gesünderen landwirtschaftlichen oder häuslichen Arbeit vorziehen, was Dienstmotens bei den Landwirten zur Folge hat. Dieser Dienstmotensmangel zwingt die Landwirte, Kinder armer Eltern noch während ihrer Schulzeit in Dienst zu nehmen, was nicht schadet, wenn sie zum regelmäßigen Schulbesuche gehalten und bei gesunder und kräftiger Kost leichtere Feldarbeiten verrichten. Doch da geschieht es wieder sehr oft, daß dem Jungen, damit er dem Landwirte nicht aus dem Dienste genommen wird oder selbst geht, alle Unarten, tollen Streiche und selbst schlechte Handlungen geduldet werden. Weniger vermögende Landwirte können kein Gesinde halten, weil an Kürze der Arbeitszeit, an Kost und Lohn übermäßige, industriellen Arbeitern gleiche Ansprüche gestellt werden, weshalb diese statt des Gesindes ihre eigenen schulpflichtigen Kinder oder Kinder armer Leute zu den meisten Gesindearbeiten unter Vernachlässigung ihres Schulbesuches zum Schaden ihrer körperlichen und geistigen Kräfte verwenden.

Andere arme Leute himmwidernum senden ihre Kinder zum Verkaufe von Zündhölzchen, Blumen, Papierschachteln und dergleichen mehr aus, oder in abgenützten, mitleiderregenden Kleidern auf die Gasse und in Gasthäuser, um unter dem Deckmantel des Zündhölzchen-, Blumen- oder Rettichverkaufes zu betteln, und bestimmen sie, sich zu mancherlei Diensten an öffentlichen Orten, wie Bahnhöfen usw. anzutragen. Solche Kinder führen gewöhnlich ihren Verdienst nicht im ganzen an ihre Eltern ab, werden durch den zurückbehaltenen Rest in die Lage versetzt, schon in sehr frühem Alter ihre Gelüste zu befriedigen, werden liederlich und frech und selbst zum Betteln und Stehlen gebracht; sie verwahrlosen.

4. Die Vernachlässigung der Erziehung der Kinder und Jugendlichen durch schuldhaftes Verhalten der Eltern und Erzieher und deren Stellvertreter ist ein weiterer Hauptgrund der Verwahrlosung. Den Grund zur Sittlichkeit und Wohlerzogenheit der Kinder muß das Elternhaus geben, denn die Familie ist und bleibt der erste Erziehungsfaktor. Nicht selten ist aber das Familienleben, wo das Kind jene erforderlichen Grundsätze aufzunehmen hat, welche es durch sein ganzes Leben begleiten und zu einem tauglichen und nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft heranbilden sollen, derart gelockert und von der Bahn des Guten und Rechten so weit entfernt, daß das Kind in diesem nur jene unreine Quelle findet, aus der die verdammungswürdigsten Grundsätze fließen, die es nur allzu leicht aufnimmt und regelmäßig auch für immer behält.

Unkenntnis, Schwäche, Sorglosigkeit und Uneinigkeit der Eltern oder Pflegeeltern bei der häuslichen Erziehung sind Ursachen für die Verwahrlosung ihrer Kinder. Der eine Elternteil stützt zuweilen das Kind in dessen Unrecht oder schützt es gegen die gebotene Strenge des andern Elternteiles,

der Schule, des Lehrmeisters, der Ortspolizei oder anderen Erziehungsfaktoren.

Wenn schon dies den Kindern und Jugendlichen verderblich ist, um wie viel mehr ist dies erst die Arbeits scheu und Verwahrlosung vieler Eltern selbst, ihr Mangel an Bildung, die Lieblosigkeit, das schlechte Beispiel, die Sittenlosigkeit, ihre Genußsucht und ihr Eigennutz. Dies alles trägt schuld daran, daß die Kinder Dinge sehen, hören und erleben, die ihr Herz vergiften, ihr Gemüt verrohen, ihr Schamgefühl ertöten. Die natürlichen Folgen solcher betäubenden Erscheinungen im Familienleben, der Auflösung oder Verödung desselben, sind Verwilderung, Verrohung und Verwahrlosung der Kinder. Plato sagt schon: „Wo die Alten schamlos sind, ist die Zügellosigkeit der Jugend umso größer.“ Wenn auch die Schule mit ihren Erziehungsmaßnahmen nach Möglichkeit ausgleichend, oft selbst noch rettend eingreift, den stärkeren verderblichen Einflüssen des Elternhauses gegenüber zeigt sie sich leider nur zu oft ganz machtlos.

Der Vater ist arbeits scheu, hat sein väterliches Erbe in kurzer Zeit vergeudet und zieht seit Jahren mit seiner Familie bettelnd und stehend im In- und Auslande umher, wird mit derselben in die Heimat abgeschoben, wo ihm dreimal Arbeit vermittelt wurde, doch ohne Erfolg; seit einem halben Jahre arbeitet er nichts mehr, die Frau bestreitet als Prostituierte den größten Teil des Unterhaltes der Familie und führt in Gemeinschaft mit ihren vier Kindern von 9—14 Jahren Diebstähle aus, wofür sie eine dreiwöchentliche Arreststrafe zu verbüßen hat. Wie muß dies schlechte Beispiel der Eltern die Kinder verderben.

Rohe und ungebildete Eltern sind überhaupt nicht fähig, ihre Kinder zu erziehen; sie betrachten dieselben als eine ihnen auferlegte Last, behandeln sie deshalb hart und ungerecht, mißhandeln sie auch und kümmern sich um ihre Pflege und Erziehung nicht. Dieser Behandlungsweise und der lässig empfundenen Verlassenheit sucht das Kind zu entinnen. Das Kind wird zum Ausreißer, entweicht oder treibt sich mehr oder minder planlos umher. Erst später tritt die Absicht hinzu, sich durch das Ausreißern Befriedigung irgend welchen empfundenen Bedürfnisses zu verschaffen. Später kommt als erste Stufe der Kriminalität der Bettel dazu und bald auch der Diebstahl, der, da das Kind bei der vernachlässigten Erziehung auch nur Not, Elend und Paster schaute, mit einer solchen Schlaueit und Gewandtheit verübt wird, daß man darüber erstaunt. Hierdurch ist die verbrecherische Laufbahn betreten, welche mit wenig Ausnahmen jene, die sie betreten, auch festhält. Weibliche Jugendliche verfallen zumeist der Prostitution. So ist das Beispiel und Vorbild der Eltern wie der gesamten Umgebung des Kindes und der Jugendlichen für die Erziehung, die körperliche und geistige Entwicklung und für das Gedeihen derselben von außerordentlicher Bedeutung, denn: „Wie die Alten tun, so zwitschern auch die Jungen.“ Jeder Mensch ist mehr oder weniger das Produkt seiner Umgebung. Daß dem so ist, lehrt aus der Erfahrung folgender Fall: Ein Kind, welches aus angesehener Familie stammend die Verbrechenslaufbahn betreten und in in- und ausländischen Gefängnissen abwechselnd sein Leben fristet, wagt es, seinem Vater zuzurufen: Ich als Sohn danke meinem Vater nur eine total vergiftete Jugend und war schon als fünfzehnjähriger Junge gezwungen, meinen Vater, der die Ideale des Familienlebens mit Füßen trat, nur bedauern zu müssen.

5. Und wird noch des Teufels Gift, der Dämon Alkohol, in die Familie getragen, so tritt, abgesehen von den schädlichen Wirkungen desselben auf Körper und Geist, die gänzliche Verwilderung der Jugend ein.

Der Vater ist oft ein unverbesserlicher Trinker, ja es kommt vor, daß auch die Mutter dem Trunke ergeben ist. Dann sind nächtliche Szenen, Zank und Streit, brutale Gewalt, Kindermißhandlung und gemeine Reden an der Tagesordnung. Das Kind ist anfangs entsetzt, doch langsam gewöhnt sich die vom Laster vergiftete Gemütsart an dieses Leben. Die Erziehung in solcher Weise vollendet das böse Werk. Schmutz, Sittenlosigkeit, Roheit, Diebereien, Frechheit und viele andere schimpfliche Eigenschaften paaren sich zu einem wirklichen Bilde der Verwahrlosung. Das Kind wächst heran und mit ihm die Laster. Ist es erstarkt, so ergreift es gewöhnlich die Partei der Mutter und wird ein Kampfgenosse gegen den eigenen Vater. Die Autorität schwindet, es anerkennt kein Gesetz und Recht, verletzt auch bald das Gesetz, die erste Strafe folgt, bis dann die Stufenleiter zum Verbrechen erreicht ist.

Es kam der Fall vor, daß sich beiden dem Trunke ergebenden Eltern alle Bande frommer Scheu lösten. Ihr elfjähriger Knabe, welcher mit einem siebenjährigen Mädchen geschlechtlich verkehrte, deshalb von seinem Lehrer zur Rede gestellt, gab an, nur das getan zu haben, was er von seinen Eltern selbst gesehen. Und welche sittliche Verderbnis befundet ein weiterer Fall! Ein zwölfjähriger Knabe an der Spitze einiger Gassenjungen sieht seinen eigenen Vater trunken die Straße dahertaumeln, eilt zu ihm, bewirft ihn mit Steinen und erwidert spottend und hohnlachend die Schimpfworte seines trunkenen Vaters.

Wo die Eltern der Trunksucht ergeben sind, gewöhnen sich auch die Kinder und Jugendlichen das Trinken oft an. Schon dadurch, daß die Kinder von den Eltern in das Gasthaus nach Brauntwein geschickt werden, werden sie an dieses Getränk gewöhnt, da sie es verkosten. Jeder Tagarbeiter, jeder Holzhacker trinkt seinen Schnaps und die Kinder trinken ihn mit. Es kam vor, daß ein Lehrer einmal einen total betrunkenen Schüler in die Schule erhielt und ein zweiter Schüler im gleichen Zustande bewußtlos in dem Garten des Elternhauses lag. Doch nicht genug an dem; selbst Kinder, die noch getragen werden, ja sogar Säuglinge erhalten Brauntwein zu trinken.

Es muß leider gesagt werden, daß die Trunksucht, welche in allen Ständen bei Arm und Reich zu finden ist, eine sehr große Ausdehnung erreicht hat und eine der Hauptursachen der Verwahrlosung für Kinder und Jugendliche bildet. Mit vollem Rechte wird daher allgemein Abhülfe verlangt, um die Trunksucht und ihre verderblichen Folgen eindämmen zu können. Die Beschränkung des Verkaufes von Alkohol, besonders an Samstagen abends, Sonntagen und Montag früh und bei Alkoholisten die Umwandlung der gewöhnlichen Strafstadt in eine verlängerte Anhaltung in Trinkerasylen gesetzlich für zulässig zu erklären, dürften wirksame Mittel gegen die Trunksucht abgeben.

6. Wie steht es bei den sogenannten „besseren Ständen“. Hier ist die Verwahrlosung Kinder und Jugendlicher ausgeschlossen, wenn die Eltern ihre Pflichten gegenüber ihren Kindern mit Bezug auf Pflege und Erziehung erfüllen, was sie vermöge der materiellen, gesellschaftlichen und Erwerbsverhältnisse leicht vermögen. Aber auch bei diesen Ständen ist es oft der Fall, daß der Mann seinem Berufe obliegen muß, sein Amt oder Geschäft seine geistige Tätigkeit in hohem Maße in Anspruch nimmt und es ihm auch an Zeit mangelt, sich mit den Kindern erziehlisch und bildend zu befassen, sodaß es daher der Mutter zukommt, die Pflege und Erziehung der Kinder zu leiten.

Wie grundverschieden fassen aber die Frauen die Mutterpflichten auf! Die eine sieht die Mutterpflichten als eine Spekulation für ihr eigenes Wohlbefinden an und als Mittel zum Zweck, das Opfer, das sie mit der Heirat gebracht hatte, durch äußeren Glanz, große Gesellschaften, Vergnügungen,

Buß, Sport und anderes mehr aufzuwiegen; sie glaubt denselben vollständig zu genügen, wenn sie einer Bonne, einer Gouvernante oder einem Hauslehrer die körperliche Pflege und die Erziehung ihrer Kinder überträgt; die Erziehung, zu der sie selbst die nötige Vorbildung nicht besitzt oder sie als etwas Lästiges ansieht, das ihr nicht zukommt. Durch die Bonne läßt sie alles tun, während sie in gesellschaftlichen Repräsentationspflichten aufgeht oder außer Hause Zerstreuungen sucht und pflegt. Die andere Frau wieder — und das ist, was freudig begrüßt wird, die Mehrzahl — geht ganz und gar in ihren Kindern auf, sorgt unermüdlich mit eigenen Händen für deren leibliches Wohl, pflegt aber auch mit selbstloser Hingabe und tiefem Verständnis ihre geistigen Anlagen. Dem kleinen Sanguiniker, der es mit der Wahrheit oft nicht genau nimmt, tritt sie mit mütterlichem Ernste entgegen; mit Liebe und Geduld, aber auch mit einem unbeugsamen Willen behandelt sie die cholerischen Kinder; aufheiternd und liebevoll begegnet sie dem melancholischen Kinde und trachtet, da die meisten Unarten bei Kindern aus Mangel an Beschäftigung entstehen, bei den Kindern, besonders bei dem phlegmatischen Kinde, den Müßiggang zu bannen. — Hier schaut man verschüchterte, ziemlich stumpfsinnige, nur für Buß und Spielzeug eingenommene Kinder, dort leben- und geistprühende, für Naturschönheiten enthusiastisierte Kinder mit den tadellosen Manieren und der trotzdem bewahrten echten, herzerfrischenden Kindlichkeit. Wohl mag Veranlagung auf beiden Seiten mit im Spiele sein, die Hauptsache ist und bleibt doch bei der Erziehung das liebevolle, verständnisinnige Versenken in die Kindesseele.

Ärger noch ergeht es den Kindern solcher Mütter, welche in gesellschaftlichen Verpflichtungen oder schöngeistiger Lektüre aufgehen, Musik treiben, malen oder schriftstellern und ebenfalls nicht die Zeit zur Erziehung der Kinder finden, andererseits infolge beschränkter materieller Verhältnisse nicht einmal Bonnen und Hauslehrern, sondern gewissenlosen Dienstboten ihre Kinder zur Erziehung überlassen, von denen sie häßliche Schimpfworte und Redensarten, auch Naschen und Lügen, wenn nicht noch Schlimmeres lernen. Daß diese Mißerfolge dort, wo der wichtigste Teil des Erziehungsgeschäftes von solchen unfähigen Aufsichtsorganen besorgt wird, eintreten müssen, ist zweifellos.

7. Und was zeitigt die Affenliebe der Eltern für Früchte! Die Eltern lassen den Kindern vollkommene Freiheit und die „Genuße“, welche einer späteren Zeit vorbehalten sein sollten, bleiben unverwehrt. Der Gehorsam, die erste und wichtigste Grundlage der ganzen Erziehung, wird nicht durch richtige und rechtzeitige Strafe erzielt, sondern öfter durch Versprechungen, Mäschereien und anderes von den Erziehern förmlich erbettelt. Trotz und Eigensinn der Kinder sind nicht angeboren und wird durch falsche Liebe der Eltern und Erzieher oft selbst verschuldet. Gegen die Ausbildung des Wahrheitsgefühles wird gleichfalls oft gesündigt. Man belustigt sich über die erste unbewußt falsche Aussage eines Kindes und freut sich über das sogenannte Aufschneiden bei den Erzählungen mancher Kinder, was denn doch nur das Kind ans Lügen gewöhnt.

Das Kind wird stets in Schutz genommen und für unfehlbar betrachtet, was von den verderblichsten Folgen für die Jugend ist. Anstatt die Kinder frühzeitig an kleine Entbehrungen zu gewöhnen, verfallen viele Eltern in den Fehler, daß sie ihre Kinder durch Verabreichung von Speise und Trank in reichlichen Mengen, durch Zumwendung von Lackerbissen und Mäschereien, durch Mitnahme in Vergnügungsorte zur Genußsucht verleiten. Ebenso verfehlt ist es, wenn den Kindern viel Taschengeld verabfolgt wird, ohne daß sie über die Verwendung desselben Rechenschaft ablegen müssen. Wie viele Kinder

erhalten allen Willen und werden bei dem Leben der Eltern „über die Verhältnisse“ auch weit „über die Verhältnisse“ erzogen, sodaß sie an eine ernste Arbeit, eine schaffensfreudige Tätigkeit niemals denken, sie werden verwöhnt, müssen studieren ohne die Fähigkeiten dazu zu besitzen und werden so Müßiggänger, Taugenichtse, Menschen ohne Lebensstellung, durchgefallene Studenten, die vom Gelde ihrer Eltern ihr Leben fristen.

Der erwachsene Sohn rechtlicher Eltern wird durch seine Großeltern verhätschelt, lehnt sich gegen seine Stiefmutter auf, stiehlt seinem Vater Geld, verflucht seine Angehörigen und verbringt die teure Zeit seiner Jugend bei Bier und Kartenspiel. Dies ein Beweis für die verderblichen Folgen elterlicher Affenliebe.

8. Wie viele Kinder gibt es, die einer führenden Hand entbehren, die elternlos in der Welt dastehen, welche die Liebe der Eltern, welche ein Vaterhaus nicht kennen. Diese Verlassenheit ist vor allem bei den verwaisten und außerehelichen Kindern vorhanden und bildet auch eine Ursache der Verwahrlosung. Den verwaisten Kindern soll deshalb in erster Linie eine besondere Fürsorge zu teil werden, um ihnen das Elternhaus, die Liebe der Mutter, die elterliche Erziehung zu ersetzen, um sie zu tauglichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranzubilden und sie vor Verwahrlosung zu schützen.

Wie in allen modernen Staaten, so wird auch in Österreich dem verwaisten Kinde, weil ihm die Sorge des Vaters nicht zustatten kommt, der besondere Schutz durch den Vormund gewährt, der vorzüglich für die Person des verwaisten Kindes zu sorgen, aber auch dessen Vermögen zu verwalten hat und in wichtigen vormundtschaftlichen Angelegenheiten an die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes gebunden ist. Doch nicht alle Vormünder tun ihre Pflicht. Verwandte und Freunde des verstorbenen Vaters des verwaisten Kindes gewähren gewöhnlich gern dem Waisenkinde den Schutz als Vormund, während einem fremden verwaisten Kinde nur gezwungen der vormundtschaftliche Schutz geleistet wird. Das hat zur Folge, daß die Vormundschaftspflichten oft gröblich verletzt werden, indem sich um die Pflege und Erziehung des verwaisten Kindes weder der Vormund noch sonst jemand kümmert. Der Vormund sucht sich der Last des verwaisten Kindes zumeist dadurch zu entledigen, daß er es Pflegern überantwortet, gewissenlosen Menschen, die in dem verwaisten Kinde nur eine billige Arbeitskraft erblicken und das Kind ohne gehörige Pflege und entsprechende Ernährung und ohne Erziehung lassen. Die Pfleger eines solchen verlassenen Kindes trachten es zu ihrem Vorteil auszunützen, verwenden es zu den verschiedensten Arbeiten, lassen es die Schule vernachlässigen oder führen es gar dem Bettel oder Diebstahle zu. Niemand kann helfend eingreifen, weil es an den nötigen Mitteln fehlt und Waisenhäuser nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen. Ein solches Kind ist von Geburt an vernachlässigt und verwahrlost in der Zeit immer mehr und mehr.

Besonders in armen Gemeinden ist die Waisenpflege eine heikle Sache. Bei Abgang unterstützungspflichtiger Verwandten hat geleglich die Heimatgemeinde die Pflicht, die Armenversorgung der Waisen zu leisten. Doch wie schaut es um unsere öffentliche Armenpflege aus, besonders auf dem Lande! Solche armen Waisen werden entweder von Haus zu Haus in der Gemeinde notdürftig ernährt, kaum bekleidet und beschuht, geschweige denn zu ordentlichen und nützlichen Menschen herangezogen, vielmehr von den Dorfbewohnern wegen der auf sie verwandten unbedeutenden Auslagen allgemein gehaßt oder sie werden, wie es in den Dorfgemeinden üblich ist, an den Meistbietenden

„verpachtet“, selbst gegen eine jährliche Entlohnung von 20 bis 30 K, wofür niemand die Kinder ernähren, kleiden und um ihre Pflege sich kümmern kann. Oft kommt ein solches „Gemeindekind“ noch zu einer anrührigen Familie, die wegen verschiedentlich begangener strafrechtlicher Delikte unter Polizeiaufsicht steht, und dann ist das Kind vollends verloren. Das Mitgefühl der Mitmenschen auf dem Lande mit Kindern, die ihnen „zur Last fallen“, ist so gering, daß sich niemand eines solchen in jeder Hinsicht verlassenen und vernachlässigten Kindes annimmt. Und solche Gemeindekinder sind im zartesten Kindesalter nicht Kinder, dürfen nicht einmal spielen, verkümmern körperlich und geistig und werden nur ausgenützt.

Folgende Beispiele geben Zeugnis von der traurigen Lage verwaister Kinder: Es gibt Waisen, die bis zur Aufnahme in eine Anstalt noch in keinem Bette geschlafen, die wegen mangelhafter Ernährung der Zähne entbehren und nur Kauleisten besitzen, die länger als ein Jahr mit einem Strolche die Schnapsflasche und den Straßengraben als Nachtlager geteilt, die von früher Jugend an unter Prügeln so schwere Lasten tragen mußten, daß ihr Knochenystem verkrüppelte, die in jedem Wetter ohne wärmere Kleidung auf der Weide Vieh hüten und in keinem geschützten Lager, sondern in einer Wagenremise schlafen mußten. — Ein Waisenkind sollte als einziger Leidtragender dem Sarge seiner Mutter folgen, hatte aber keine Kleidung, war halb nackt und konnte seiner traurigen Kindespflicht erst dann nachkommen, bis ihm die mitleidige Totengräbersfrau aus dem Stücke des Kleides der im Sarge liegenden Mutter, das in den Sarg nicht hineinwollte, schnell ein Röcklein zusammenflikte.

Ein Mädchen aus gutem Hause, ja aus so gutem Hause, daß es im Wagen zur Schule fahren konnte, geriet, plötzlich verwaist, in die Hände eines Weibes, das es bei dem Böpfchen packte und, den Hader in Tauche getaucht, es ins Gesicht schlug, bis es davonlief und zur Dirne wurde. *)

Und wie ergeht es den armen Kindern, die den Makel der unehelichen Geburt an sich tragen! Sie trifft ein gleiches Schicksal wie die meisten verwaisten Kinder. Ein Teil der unehelichen Kinder erblickt in der Findelanstalt das Licht der Welt. Das Vormundschaftsgericht kann sich mit der Fürsorge über dieselben nicht befassen, weil die Anstaltsdirektion auf die Dauer der Objsorge die Stelle des Vormundes vertritt. Das Findelkind wird in oder außerhalb der Anstalt untergebracht und der außereheliche Vater dieses Kindes wird in keiner Weise zu seiner ihm durch das Gesetz auferlegten Verpflichtung zur Leistung von Unterhaltsbeiträgen herangezogen. Das ist oft eine arge Schädigung für die Erziehung des Findelkindes, weil bei Austritt desselben aus der Anstaltspflege die materiellen Verhältnisse des Kindesvaters sich direkt ins Schlechtere verkehrt haben können, dennoch materielle Mittel für die Erziehung des unehelichen Kindes nicht zur Verfügung stehen und daher auch nicht aufgewendet werden können, so daß das Kind um die Unterhaltsbeiträge gebracht wird.

Und wohin werden die Findelkinder in Pflege gegeben? Dorthin, wo am wenigsten zu zahlen ist, oft zu Pflegeeltern, die das Mindestmaß dessen, was man an Anforderungen an die Pflegeeltern stellen muß, nicht leisten. Unerzogen, manchmal auch vernachlässigt, werden die Findelkinder aus der Anstaltspflege der Mutter zurückgebracht. In Böhmen werden leider deutsche Findelkinder sehr oft bei tschechischen Anstaltspflegern untergebracht, so daß sie die Sprache der Mutter gar nicht lernen. Das ist ein Unrecht. Das Kind

*) Aus der Verhandlungsschrift über die am 29. Oktober 1905 stattgefundene Konferenz der Obmänner der deutschen Bezirksvertretungen Böhmens.

muß doch in der Sprache erzogen werden, die die Mutter spricht, das ist das Geringste, was man von einer Erziehung überhaupt fordern muß. Die Mutter hat nach Jahren nicht nur ein ihr fremd gewordenen Kind zurückerhalten, sondern auch ein Kind, mit dem sie sich nicht verständigen kann, welches seine Muttersprache nicht kennt. Dies bildet eine Hauptursache für die Verwahrlosung der Findelkinder. *) Die unglückliche Mutter muß ihr sechs Jahre altes Kind erst wieder die Muttersprache lehren; das Kind, in die heimatische Schule geschickt, bleibt zurück, kann dem Unterrichte nicht folgen, verläßt die Schule ohne die notwendige Schulbildung, kann mit den Gemeindegossen und seinesgleichen mangels der Kenntnis ihrer Sprache nur notdürftig verkehren, findet bei seiner eigenen Mutter nicht die verständnisinnige Mutterliebe, ja wird von der Mutter deshalb nicht weiter als ihr Kind betrachtet, nicht erzogen, und verwahrlost.

Für uneheliche Kinder, welche nicht in die Obforge einer Findelanstalt gegeben werden, wird ein Vormund bestellt. Auch ein uneheliches Kind hat das Recht, von seinen Eltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung, Erziehung und Versorgung zu fordern, und ist vorzüglich der Vater hierzu verbunden. Deshalb ist es die Pflicht des Vormundes, den außerehelichen Vater zu Unterhaltungsbeiträgen heranzuziehen. Ist der Vormund ein Verwandter der Kindesmutter, dann wird er in der Regel alles veranlassen, um die Verpflegung und Erziehung des unehelichen Kindes sicherzustellen; ist es jedoch ein Fremder und die Vormundschaft ihm nur eine mit Auslagen und Gängen zu Gericht verbundene Last, dann wird er sich passiv verhalten und

*) Die Ausführungen des Direktors der böhmischen Landesfindelanstalt in Prag M. N. Dr. Johann Dvořák im 2. Bande der Kongressschriften des I. österreichischen Kinderschutzkongresses, Wien 1907, auf Seite 37 und 38 bedürfen einer Richtigstellung.

Die Ausführung des Berichterstatters über die Jugendverwahrlosung in Böhmen, daß deutsche Findelkinder bei böhmischen Anstaltspflegern untergebracht, die Sprache der Mutter nicht lernen, die unglückliche Mutter nach Jahren ein ihr fremd gewordenen Kind zurückerhält, mit dem sie sich nicht verständigen kann, welches in die heimatische Schule geschickt dem Unterrichte nicht folgen und die Schule ohne die notwendige Schulbildung verlassen muß und deshalb verwahrlost, ist nicht dessen persönliche Ansicht, sondern beruht auf einer notwendigen und zwingenden Folgerung aus den 733 erstatteten Gutachten von Behörden und Vertrauenspersonen, insbesondere den 418 eingelangten deutschen Gutachten, zumeist jedoch den Gutachten der Schulbehörden.

Diese Tatsache wird auch nicht dadurch abgeschwächt oder gar entkräftet, daß Dvořák behauptet, deutsche Pfleger seien nicht zu finden, da dies auf keinen Fall die Übergabe deutscher Kinder an böhmische Anstaltspfleger entschuldigen kann.

Auf Grund der Statistik des Jahres 1906, wonach von den 2905 in der Prager Findelanstalt verpflegten Müttern 137 Mütter deutscher Nationalität waren, von der 25 ihre Kinder sofort in ihre eigene Pflege übernahmen, 20 entweder nach einer Totgeburt oder nach dem frühzeitigen Tode ihres Kindes die Anstalt verließen und ein Kind bloß direkt einer deutschen Pflegerin übergeben wurde, muß Dr. Dvořák zugeben, daß 67 deutsche Kinder an böhmische Pfleger übergeben „werden mußten“.

Nachdem nach Dvořák gemäß der neuesten Statistik von den Findelkindern der Prager Anstalt bis zum 6. Lebensjahre 50% durch den Tod dahingerafft wurden, 30,5% von der Mutter oder von Verwandten vor dem Normalalter in Pflege übernommen werden und nur 13,5% bei den Pflegern das 6. Lebensjahr erreichen, so gelangt Dr. Dvořák zu dem Schlusse, daß es sich in der Prager Findelanstalt in einem sechsjährigen Zeitraume um 9 Kinder handelt, welche die deutsche Muttersprache in den Kinderjahren nicht erlernen.

Wenn dieser Schluß Dvořáks auch auf untrüglichen Prämissen aufgebaut wäre — die 30,5% der deutschen Findelkinder, welche von der Mutter oder Verwandten vor dem Normalalter in Pflege übernommen werden, bleiben ganz unberücksichtigt — und wenn es jährlich nur ein Kind wäre, welches so erzogen wird, daß es die Sprache seiner Mutter nicht kennt, so ist trotzdem die Ursache der Verwahrlosung solcher Kinder gegeben. Kein Vormundschaftsgericht kann nach den bestehenden Gesetzen eine solche Erziehung eines Findelkinds gutheißen, noch auch gestatten.

muß vom Vormundschaftsgericht mitunter auch durch Androhung gesetzlicher Zwangsmittel zu seiner Pflicht als Vormund verhalten werden.

Das außereheliche Zusammenleben tritt in Industriegegenden bereits als Massenerscheinung auf und hat wiederum eine bedeutende Vermehrung unehelicher Geburten zur Folge. Der ungehinderte Verkehr beider Geschlechter in Fabrik- oder sonstiger Arbeit, das Zusammenleben in einer Stube, das Verlassensein der Kinder und Jugendlichen, ihre Unbildung, das schlechte Beispiel der Eltern und Pfleger selbst und die materielle Not, die bei dem alleinstehenden Manne das Bedürfnis wachruft, seine Lage zu verbessern, weshalb er in verhältnismäßig jungen Jahren ein Mädchen derselben Volksschicht zu sich nimmt, auf eine förmliche Eheschließung verzichtet und in wilder Ehe lebt, begünstigen das Konkubinatsleben derart, daß es Mütter von 15 Jahren gibt und Jugendliche, welche noch nicht bei der Stellung waren, bereits mehrere uneheliche Kinder besitzen. Deshalb muß die Fürsorge für uneheliche Kinder eine intensivere werden und sich ununterbrochen und fortwährend gestalten, um den unehelichen Kindern die zu ihrer Verpflegung und Erziehung notwendigen Unterhaltsbeiträge oder Abfindungssummen von Seite des Kindesvaters zuwenden oder ihnen ihre Eltern geben zu können.

Das außereheliche Zusammenleben wird auch ohne triftige Gründe Jahre hindurch fortgesetzt, selbst wenn demselben bereits mehrere Kinder entsprossen sind. An die Legitimierung der Kinder wird nicht oder erst dann gedacht, wenn ein Elternteil auf dem Sterbebette liegt; früher findet man nicht die Zeit und hat nicht das Geld, um seine eigenen Kinder seines Namens teilhaftig werden und ihnen die Vorrechte ehelicher Geburt einräumen zu lassen. Hier muß das Vormundschaftsgericht mit den ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Machtmitteln Wandel schaffen. Im Friedländer Gerichtsbezirke hat sich durch die getroffenen Maßnahmen das Konkubinatsleben vermindert und die Legitimationen unehelicher Kinder durch nachfolgende Verhehlchung ihrer Eltern haben eine Ausdehnung erhalten, die früher niemals vorhanden war. Vom Jahre 1901 bis 1906 erfolgten im Friedländer Gerichtsbezirke über 600 Legitimationen unehelicher Kinder durch nachfolgende Eheschließung ihrer Eltern, so daß von den durchschnittlich in einem Jahre erfolgenden 199 unehelichen Geburten 110 durch Legitimation dem Leben der normalen ehelichen Familie zugeführt wurden.

Können die außerehelichen Eltern sich nicht ehelichen oder befindet sich die uneheliche Kindesmutter verlassen und in Armut ohne Unterhaltsbeiträge von seiten des vermögenslosen, ungenannten oder unbekannt wo abwesenden Kindesvaters, dann ist es um die Pflege und Erziehung des unehelichen Kindes schlecht bestellt. Weil die Strenge des Vaters fehlt und die uneheliche Kindesmutter tagsüber außer dem Hause der Arbeit um ihr Brot nachgehen muß, und sie die Pflege und Erziehung des unehelichen Kindes fremden Pflegern anvertraut, welche ob der geringen Entlohnung sich in der Regel nicht um das Kind kümmern.

Und noch schlechter ergeht es unehelichen Kindern, wenn die Mutter dieser Kinder sich selbst in der Welt kümmerlich erhalten muß. Selbst wenn sie den ehrlichen Willen hat, für das Kind zu sorgen, ist sie dies zu tun häufig nicht imstande oder ihr Aufenthalt unbekannt. Fast jede Gemeinde hat einige solcher Kinder. Ein solches Kind ist in der Heimatgemeinde fast ganz fremd, wird in gleicher Weise wie das arme, ganz verwaiste Kind „Gemeindekind“ und erleidet ein gleiches Schicksal, nur daß es noch wegen der unehelichen Herkunft verlacht, geschmäht und verachtet wird. Diese Verlassenheit ist wohl die allerschlimmste Ursache der späteren Verkommenheit des Kindes.

Verlassen sind auch uneheliche Kinder in der Ehe. Sie bilden einen steten Grund zu Vorwürfen und Streitigkeiten und haben schließlich unter dem Unwillen beider Teile zu leiden.

Solche verwaiste und uneheliche Kinder, die nie ein liebevolles, mitleidiges Auge sahen, kein freundliches, aufheiterndes Wort hörten, sondern unter dem Hohne, Spotte und den Vorwürfen der Mitmenschen zu leiden haben, wachsen in Haß und in Verachtung gegen die Mitmenschen, ja gegen die ganze Menschheit auf und verkümmern mangels jeder Herzens- und Geistesbildung für die Zukunft moralisch derart, daß aus ihnen die gefährlichsten Verbrecher gegen Eigentum und Menschen werden.

9. Zur Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen führt auch die Vernachlässigung der Schulbildung, die unzulänglichen Strafmittel der Schule gegen Kinder und Jugendliche und die Vernachlässigung der religiösen Erziehung. Vielen Eltern fehlt noch immer die Erkenntnis der Notwendigkeit einer guten Schulbildung für ihre Kinder. Solche Eltern schicken die Kinder nur deshalb in die Schule, damit sie nicht gestraft werden. Manche Eltern lassen sich auch wiederholt strafen und schimpfen dann vor den Kindern auf Schule und Lehrer. Der Wert eines so oft unterbrochenen und erzwungenen Schulbesuches ist ein sehr geringer. Ein Beispiel aus dem Leben wird dies bestätigen: Ein recht talentiertes Mädchen, das Kind arbeitscheuer Eltern, sinkt in letzter Zeit rapid. Die Eltern haben ihr Häuschen, um Geld zu bekommen, vermietet und bezielten sich als Wohnräume nur den Stall, in welchem sie auf Stroh schlafen. Die Eltern sind junge, rüstige Leute, kümmern sich aber um ihre Tochter nicht und schicken sie nicht mehr in die Schule. Der Lehrer verlangte die Mutter zu sprechen. Nach mehrmaliger Aufforderung kam sie, brachte das Mädchen und übergab es dem Lehrer, sagte jedoch, wenn sie dasselbe in die Schule schicken müsse, könne er es auch „füttern“. Der Lehrer tat dies auch und veranlaßte, daß ihn der Pfarrer hierbei unterstützte. Beide gaben dem Kinde die notwendige Kleidung und täglich die Kost unter der Bedingung, daß es in die Schule gehe. Zwei Monate besuchte das Mädchen die Schule, dann blieb es plötzlich aus und auf seine Nachfrage erhielt der Lehrer von der Mutter die Botschaft, daß sie sich damit, daß dem Kinde Kleidung und Nahrung gegeben werde, wenn es die Schule besuche, nicht zufrieden geben könne; der Lehrer und Pfarrer sollten auch sie, die Mutter, verköstigen, dann werde das Kind wieder in die Schule kommen.

Die Kinder achten auch oft die Schule und ihre Lehrer nicht. Der Fortgang derselben ist deshalb mangelhaft, sie lernen nichts, und hierdurch sinkt die Bildung der Kinder und bald gewöhnen sich dieselben infolge mangelhafter Schulbildung Unarten und Unsittlichkeiten an.

Auch die Schulbesuchserleichterungen bilden einen Grund zur Verwahrlosung der Kinder. Die vom Schulbesuche befreiten Kinder verdingen sich als Hirten oder zu sonstigen Feld- und Waldbarbeiten, kommen in innigste Berührung mit Knechten und Mägden, nehmen in kurzer Zeit deren Sitten, vielmehr Unsitten an, und das, was die Schule in einer Reihe von Jahren mühsam aufgebaut hat, wird in kurzer Zeit zerstört. Das Schlimmste dabei ist jedoch, daß solche Kinder nach der Schulbefreiung wieder in die Schule kommen und dann wie Sauerteig zersetzend wirkend.

Eine einwandfrei Schulbildung kann aber auch dann nicht erreicht werden, wenn die einzelnen Schulklassen mit Kindern überfüllt sind und dadurch eine auf die Persönlichkeit gerichtete Erziehung unmöglich wird; auch dann nicht, wenn der Lehrer seine Pflicht als erfüllt betrachtet, sobald er die Unterrichtsstunden nach gesetzlicher Vorschrift abgehalten hat und sich außerhalb

der Schule um das Kind und dessen häusliche Erziehung nicht weiter kümmert. Der Lehrer hat sich auch außerhalb der Schule der Kinder anzunehmen, dessen Eltern und deren häusliche Verhältnisse kennen zu lernen, die Anlagen der Kinder zu erforschen und auf Grund der hierdurch erworbenen Erfahrungen durch möglichst individuelle Behandlung das Kind in seinen Bestrebungen zu unterstützen, sich dessen Liebe und Zuneigung gleich einem väterlichen Freunde zu erwerben und ihm auf diese Weise den Weg zu einer gründlichen und vollständigen Schulbildung zu ebnen.

Unleugbar ist auch die Notwendigkeit der religiösen Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Die Religion ist und bleibt eine der Grundfesten der Menschheit, ohne die ein Mensch nicht zum Wohle seiner Mitmenschen und der menschlichen Gesellschaft zu leben vermag. Doch der Rückgang der Religion und des Glaubens hat leider bereits sehr große Fortschritte gemacht und beeinflusst auch nachtheilig die sittliche Erziehung Kinder und Jugendlicher in verschiedener Weise. Die Religion wird verspottet, in den Staub gezerzt und die Religionslehrer verachtet. Die Kinder müssen religiös erzogen werden und unsere Zeit fühlt das Bedürfnis dafür besonders sehr; deshalb muß der religiösen Erziehung wieder ihr volles Recht werden. Es wäre aber auch eine dankbare Aufgabe der Geistlichkeit aller Kirchen und Religionsgesellschaften, anstatt unfruchtbarer Dogmatik in ihrer Lehrthätigkeit den Eltern die wichtigsten Erziehungsgrundsätze zu entwickeln und die allgemein gültigen Religionsgesetze der verschiedensten Religionen zu betonen.

Wie bei der Erziehung im Elternhause ohne Strafmittel sehr oft die Erziehung der Kinder und Jugendlichen nicht durchgeführt werden kann, so ist dies auch bei der Erziehung in der Schule der Fall. Die in der Schule zu Gebote stehenden Disziplinarmittel reichen aber oft nicht aus. Der unverbesserliche, lügenhafte und trozige Junge soll fürchten müssen, daß er, wenn alle anderen Erziehungsversuche nichts fruchten, endlich auch körperlich gezüchtigt werden kann. Durch das Verbot der körperlichen Züchtigung in der Schule wurde auch die Zuchtrute in vielen Elternhäusern, und zwar zumeist gerade dort, wo sie am meisten not thäte, verdrängt. Die Eltern selbst greifen nicht strafend ein; die Kinder verlieren, wenn sie in solchen Fällen in Schutz genommen werden, die Achtung vor jeder Autorität. Der strafwürdige Knabe triumphiert, findet bei seinesgleichen Bewunderung und Nachahmung, gewinnt durch das Bewußtsein der Straflosigkeit Anregung zu neuen bösen Streichen und Schlechtigkeiten, während die Furcht vor am eigenen Leibe empfundener Strafe die Mehrzahl der Kinder vor neuen Fehltritten zurückschrecken würde, so daß sie sich nicht schon vor erreichtem 14. Lebensjahre an allerlei Schlechtigkeiten gewöhnen.

Die Vernachlässigung Kinder und Jugendlicher tritt daher bei Vernachlässigung ihrer Schulbildung und bei den unzulänglichen Strafmitteln der Schule, sowie bei dem Mangel einer religiösen Erziehung in gleicher Weise ein wie durch schuldhaftes Verhalten und Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen durch die Eltern.

10. Auch das Lesen schlechter Bücher trägt bei Kindern und Jugendlichen sehr schlechte Früchte, stiftet viel Unheil und läßt sie auch deshalb oft der Vernachlässigung entgegengehen. Die Lektüre schlechter Bücher läßt bei Kindern und Jugendlichen falsche Lebensanschauungen aufkommen und verdirbt im Vereine mit den gewöhnlich beigegebenen frivolen Abbildungen die Jugend entsetzlich. Das Kind hört in der Familie die vorgelesenen Schauergerichten, in denen Gemeinheit, Roheit und Sittenlosigkeit vorherrschen, die wahre Tugend aber im Gewande der Väterlichkeit vorgeführt

wird; es liest, angeeifert und neugierig geworden durch das Gehörte, Räuber- und Verbrechergeschichten und hört, wie öfters in den Zeitungen das Gute und Edle in den Kot gezerrt wird. Die Gewissenlosigkeit marktchreierischer Reklame, durch welche ebenso unter den kitzelndsten Titeln und prickelndsten Titelbildern Laszivitäten der ärgsten Art unter die Menge geworfen werden, schafft denselben, sogar mit Wissen der Eltern, Eingang bei der Jugend und eine geradezu erstaunliche Verbreitung. Sittliche Verirrungen, Ausschweifungen, ja Mord und Selbstmord sind die Früchte, welche eine verderbliche Lektüre zu zeitigen vermag.*)

11. Nicht minder verderblich ist der frühzeitige Besuch von Tanzmusikern und Gasthäusern, das frühzeitige Rauchen und der Verkehr der Jugend mit dem anderen Geschlechte.

Der Weg aus der Schule geht fast durchgehends auf den Tanzboden und ins Gasthaus. Es ist ein großer Krebschaden für die Jugend, daß die der Schule kaum entlassenen Knaben und Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren schon dem Tanzvergnügen in ausgiebigstem Maße huldigen dürfen, wodurch sie bisweilen in Jugendsünden verfallen, unanständige Gespräche und Pieder hören, unsittliche Handlungen zu beobachten Gelegenheit finden und an ihrer Gesundheit Schaden nehmen. Der ungehinderte Verkehr Jugendlicher beider Geschlechter, besonders auf Tanzböden, mitunter auch in Rocken- und Hutschenstuben, und das hiermit verbundene sittenlose Treiben der Jugend zur Nachtzeit bringt frühzeitigen geschlechtlichen Umgang mit sich, häufig auch übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke. Was die Schule durch Jahre mühsam aufgebaut, reißt der Tanzsaal an einem Abende nieder, und die Jugend sinkt immer tiefer bis zum Verderben.

Ein anderer nagender Wurm für die männliche Jugend ist das frühzeitige Rauchen. Wie gegen den Alkohol, so sollte man auch mit gleichem Eifer gegen die Unsitte des Rauchens bei der Jugend zu Felde ziehen. Kaum ist der Knabe von der Schulbank weg, kommt die Zigarre oder Pfeife in den Mund, bevor der Junge noch in den Stand gesetzt ist, sich etwas zu verdienen und die Auslagen des Rauchens zu bestreiten. Körperlich unentwickelt, nur um zu zeigen, daß er der Schule nicht mehr angehört und seinen eigenen Willen hat, greift er, noch ein halbes Kind, zur Zigarre. Die Wirkungen dieses frühzeitigen Tabakgenusses lassen nicht lange auf sich warten. Die Gesundheit wird erschüttert, die Schaffensfreudigkeit und Arbeitslust des kranken Körpers erlahmt, und körperliche Gebrechen, die eine verminderte Arbeitsfähigkeit zur Folge haben, treten ein.

12. Die Verwahrlosung der Kinder und Jugendlicher hat auch ihre Ursache in der Nichtachtung der Autoritäten. Die Sucht nach Unabhängigkeit gibt sich durch Scheu vor Gehorsam kund. Dort, wo die Autorität, in welcher Form oder unter welchem Namen immer, sich zeigt, wird sie als eine die natürliche Freiheit beengende Fessel angesehen und empfunden; dort, wo der Unabhängigkeitsfönn sich schrankenlos zu erheben stets gewillt ist und der Autorität des Thrones, der Staatsgewalt und des Rechtes die Anerkennung versagt, kann selbstredend die Notwendigkeit des Gehorsams und der Unterordnung in der kindlichen Seele nicht geweckt und gefestigt werden. Die Eltern, Kinder und Jugendlichen der Arbeiterbevölkerung sind größtenteils mit der

*) Im Jahre 1907 verübte ein 17jähriger Gehilfe, welcher infolge Lesens spiritistischer Bücher zur fixen Idee gebracht wurde, er habe nur das Arbeitshaus zu erwarten, Selbstmord und ein 20jähriger Bahnarbeiter, welcher sich fort und fort mit vielen freidenkerischen Werken beschäftigte und in deren Studium aufging, wurde von Sozialisten zum Anarchisten und Atheisten, suchte die Priester als Feinde der Menschheit zu töten, eilte in die Kirche, um gegen den missethenden Priester eine tobbringende Kugel zu entfeinden.

derzeit bestehenden Ordnung unzufrieden, betrachten einen jeden in öffentlichen Diensten Angestellten als ihren Feind; in Tagesblättern und Flugschriften wird alles Mögliche angegriffen und beschimpft. Die Kinder und Jugendlichen hören und lesen, wie die Staats-, Gemeinde- und Schulbehörden, die ganze öffentliche Verwaltung oft auf das Gröblichste beschimpft wird, wie staatliche Gesetze, religiöse Vorschriften, erzieherische Maßnahmen öffentlich getadelt, wie öffentlich wirkende Personen oft ohne allen Grund angefeindet und verunglimpft werden, und da sie keine gründliche Bildung besitzen und nicht wissen, ob auch die Angriffe auf Behörden und Anstalten auf Wahrheit beruhen, glauben sie in ähnlicher Weise gegen sie vorgehen zu müssen und sich in Zügellosigkeit und Unbotmäßigkeit gegen dieselben ergehen zu können. Dies hebt die Achtung vor den Vorgesetzten und vor der Obrigkeit herab, verleitet Kinder und Jugendliche zum Ungehorsam, der Quelle vielen Übels, und untergräbt so die Grundfesten des Erziehungsgebäudes. Auf daß die Übung der Autorität der unverrückbare Grundstein der echten und rechten Volks-erziehung bleibe, müssen Mittel und Wege gefunden werden.

13. Einer der traurigsten Abschnitte im Kindes- und Jugendleben, nämlich die Mißhandlung Kinder und Jugendlicher, kommt hier nur insoweit zur Erörterung, als Kindermißhandlungen in einigen Fällen auch Ursache der Verwahrlosung werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Kürze des täglichen Beisammenseins der Eltern und Kinder infolge der Außenarbeit ersterer die gegenseitige Liebe schwächt, die Kinder den Eltern entfremdet und zu Mißhandlungen der Kinder führt; daß rohe und ungebildete Eltern nicht fähig sind, ihre Kinder zu erziehen, sie als eine ihnen auferlegte Last betrachten, sie deshalb auch hart und ungerecht behandeln, quälen und mißhandeln. Mißhandelte Kinder entbehren nicht nur der Elternliebe, sondern sind auch oft Gegenstand unnatürlichen Hasses und brutaler Gewalt.

An Findelkindern, welche nach mehreren Jahren erst der Mutter zurückgegeben oder an unehelichen Kindern, die fern v. d. Mutter in den ersten Lebensjahren erzogen werden, sowie an Stiefkindern werden meistens Mißhandlungen verübt. Diese Kinder, denen keine wahre Liebe entgegengebracht wird, weil sie störend in das geträumte Familienleben eingreifen, und oft an gern vergessene und vergangene Zeiten und Begebenheiten erinnern, werden lästig und deshalb gequält. Vielfach müssen diese bedauernswerten Wesen für die Sünden ihrer Eltern büßen. Der sogenannte Stiefvater oder die mit dem Vater im gemeinsamen Haushalte lebende „fremde Frau“ lassen die wehrlosen Kleinen das entgelten, wofür sie selbst Strafe verdienen.

Auch die Sucht, leicht hin und in Genuß zu leben, bringt Eltern auf den Gedanken, daß sie dies ohne die Kinder besser zu tun vermöchten, sehen deshalb in den Kindern nur ein Hindernis und verfahren grausam mit ihnen.

Wenn Kinder infolge der Mißhandlungen nicht zu Tode gequält und in einem Alter sich befinden, wo sie den unausgesetzten Qualen zu entrinnen vermögen, tun sie dies bei der ersten Gelegenheit, werden Ausreißer, fürchten und hassen das Eltern- oder Pflegehaus und die elterlichen Peiniger oder die pflichtvergeßenen Pflegeeltern und ziehen unstät umher, erbetteln sich oder stehlen die zu ihrem Unterhalte notwendigen Nahrungsmittel, besuchen keine Schule, landstreichern, verwahrlosen.

14. Auch die Prostitution bildet in mancher Beziehung eine Ursache für die Verwahrlosung der Jugend. Es wurde bereits besprochen, daß drückende Noth, Massenwohnungen, der Besuch des Tanzbodens, der Verkehr mit pflichtvergeßenen Erwachsenen und der frühzeitige Verkehr mit dem anderen Geschlechte, das schlechte Beispiel von Eltern und Erziehern sich oft als Ursache der Ver-

wahrlosung darstellen, und die Prostitution in solchen Fällen eine Frucht der sittlichen Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen ist. Genuß- und Buzucht, Hang zu Müßiggang und Wohlleben bedingen ebenfalls das Ergreifen des Schandgewerbes durch die Jugend. Das heranreifende Mädchen sucht häufig, um der harten Not des täglichen Lebens, in der es aufgewachsen ist, sobald wie möglich zu entrinnen, einen Erwerb zu finden, der ihm äußere Abwechslung bietet und wo es nicht gezwungen ist, eine schwere oder grobe Arbeit zu verrichten, und gibt sich, um eine Art „Glück“ zu genießen, der Prostitution hin. In der Großstadt gibt es sogar Eltern, die ihre Tochter hierzu treiben und ausnützen. Daß das schmähliche Treiben von Kupplerinnen und Kupplern für die weibliche unerfahrene und hilflose Jugend von einer großen Gefahr ist, da diese sie unter Vorpiegelung von Dienst- und Heiratsvermittlungen in öffentliche Häuser, aus denen sie schwer oder nie herauskommen, verkaufen und sie ihrem sittlichen Verfallen und Verderben preisgeben, ist leider nur zu häufig der Fall.

Im Erzgebirge wurden junge Mädchen manchmal unter dem Vorwande, sie als Musikerinnen bei Damenkapellen gegen mehrjährige Verpflichtung im Oriente glänzend unterzubringen, ihren Eltern entrisen und dort zur Unzucht verleitet oder in Bordelle geschleppt, von wo selten die herzerreißenden Verzweiflungsschreie einer solchen im ganzen Lande fremden Unglücklichen gehört wurden und Befreiung brachten, vielmehr nach körperlichem Siechtum der Tod die Arme, verlassen und fern der Heimat, erlöste. Aber auch Jugendliche, um sich und ihre Angehörigen besser ernähren zu können, als Musikerinnen durch einen einheimischen Musikführer für den Orient oder in zumeist überseeische Länder sich anwerben lassen, verkommen oft als Prostituierte. Die Musikerinnen kommen zuweilen in fremden Ländern in geradezu fürchterliche Situationen durch eigene Schuld oder die Pflichtvergessenheit anderer. Es ereignet sich, daß diese armen Mädchen von ausländischen gewissenlosen Musikführern unter listigen Vorpiegelungen von der heimischen Musikgesellschaft abgezogen und für eine andere Gesellschaft, die unter diesem Deckmantel unlautere Geschäfte treibt angeworben werden. In solchen Fällen tritt meistens rasch und unvermutet Not und Elend ein. Die Armen sind schnell aller Mittel bar, können mangels eines Reisegeldes in ihre Heimat nicht zurückkehren und sind der Verzweiflung nahe, werden in öffentliche Häuser gebracht oder sonst zu gewerbsmäßiger Unzucht verleitet, verwahrlosen. Das Bezirksgericht Schastiansberg hat deshalb seinerzeit bei pflegebefohlenen Musikerinnen veranlaßt, daß erst nach vormundschaftsbehördlicher Bewilligung zum Antritte der Reise der Reisepaß erfolgt wird. Die Bewilligung zur Reise wird den pflegebefohlenen Musikerinnen erst dann gegeben, wenn durch ein Zeugnis der Nachweis erbracht ist, daß die Musikerinnen musikalisch ausgebildet sind, der Musikführer eine Kaution beim Waisenrate oder bei Gericht erlegt hat, über welche das Gericht frei verfügt, insbesondere für die anstandslose Rückreise des Mündels sorgt und vor allem die Gewähr gegeben ist, daß die minderjährigen Musikerinnen weder in körperlicher noch in sittlicher Beziehung Schaden nehmen. Durch die Regelung dieser Frage des Mädchenschutzes, nämlich die Bewahrung der jugendlichen Musikerinnen vor dem moralischen Verderben wurde von seiten des Pfllegschaftsberichtes und der Gemeindevaisenträte der Lösung einer brennenden Frage nähergetreten. Auch die österreichische Liga zur Bekämpfung des Mädchenhandels hat im Jahre 1903 in Präsidialsitzungen des Öfteren behandelt und trat bereits dafür ein, damit diesem Übel gesteuert werde.

Hier kommt nur noch die Prostitution zur Besprechung, soweit sie eine sittliche Gefährdung der Jugend in sich birgt. Nicht selten ereignet es sich, daß

Familien mit heranwachsenden Kindern Dirnen bei sich als Mieterinnen aufnehmen, oder wie es in den böhmischen Grenzbezirken allgemein üblich ist, Prostituierte in sogenannten „Limonadenschenken“, wozu die Bewilligung nicht mit denselben Schwierigkeiten verbunden ist wie zur Erlangung eines Kaffeehanfes oder einer Gasthauskonzession, als Kellnerinnen oder Dienstmädchen halten. Manche Eltern verwenden ihre Kinder zu Dienstleistungen für Prostituierte oder geben sie zur Bedienung in solchen Unzuchtstätten her. Andere Jugendliche werden wieder auf die Weise in alle Verhältnisse der Prostitution eingeweiht, daß ihre eigene Mutter mit der Dirne intim verkehrt, die Kinder mit ihr spazieren gehen oder gar verreisen läßt. Solche Kinder, welche keinen Verkehr mit den Limonadenschenken haben, hören viel von ihren Mitschülern, die dortselbst im Verkehre sind, so daß nach und nach viele Kinder von dem unsittlichen Treiben in den Limonadenschenken Kenntnis erhalten. Es kam sogar vor, daß Kinder von 6 bis 9 Jahren dem Treiben der Dirne von einem Dache aus zusahen. Aus solchen Kindern wird das Mädchen zur Dirne, der Knabe zum Zuhälter, der nicht selten die Prostituierte zur Teilnahme an Verbrechen verleitet oder zu denselben anstiftet, so daß in solchen Höhlen des Lasters Verabungen oder gar Morde ihre Entstehung haben.

Das sind die Ursachen der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen in Böhmen, wodurch außer mehreren Tausenden verlassener, vorschulpflichtiger Kinder über 26.000 arme, verwaiste, verlassene und sittlich verwahrloste Kinder im schulpflichtigen Alter und viele Jugendliche zu leiden haben.

Bei minderwertigen Kindern und Jugendlichen sind die Ursachen der Verwahrlosung wohl im allgemeinen in allen Ländern Österreichs die gleichen und wurden schon deshalb nicht einer speziellen Besprechung unterzogen.

Typische Erscheinungsformen der Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen.

Die typischen Erscheinungsformen der Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich stets in gleichen und immer wiederkehrenden Formen, nicht nur in Beziehung auf die Erziehung dieser Kinder und Jugendlichen, sondern auch in bezug auf ihren Körper, ihre äußere Erscheinung.

Verwahrloste Kinder zeigen schon in ihrer äußeren Erscheinung eine gewisse Vernachlässigung. Wegen ihrer Unreinlichkeit am Körper, an Wäsche und Kleidung werden sie schon von ihren Mitschülern gemieden, neben ihnen will in der Schule niemand sitzen, ihre Schulbücher sind meist in Unordnung, ihre Schrift nachlässig, die Haltung schlecht und auch in Gebärde und Sprache sind bei solchen Kindern gewisse, jedermann auffällige, unschöne, ja widerliche Nachlässigkeiten und Roheiten wahrzunehmen. So zeigen sich verwahrloste Kinder nicht nur von armen Eltern, sondern auch solche aus wohlhabendem Hause.

Oft sind solche infolge der schlechten Ernährung schwächlich, ihr Körper krank, nicht widerstandsfähig und unfähig, eine mehr Kraft erfordernde Arbeit zu verrichten.

Bei verwahrlosten Kindern zeigt sich hauptsächlich Unlust zu geregelter Tätigkeit in Haus und Schule, beim Lehrern oder Arbeitgeber. Diese Kinder bleiben nicht aufmerksam bei der Sache, machen jede Arbeit schleudergast, sind bald träg und faul. Sie ziehen lieber auf der Gasse umher oder in Feld und Wald, besuchen daher unregelmäßig die Schule oder bleiben des öfteren von den Arbeitsstätten fern. Jede Zeiteinteilung für Arbeit, Spiel und Unterricht außerhalb der Schule fehlt ihnen. Sie sind auch, was Verstellung anbelangt, groß und können selbst Erwachsene irreführen. So wurde

ein verwahrloster Junge von einem vierjährigen Mädchen durch einen Steinwurf gestreift, er klagte und schrie ohrenbetäubend, fiel zu Boden, wie wenn er sich nicht mehr aufrecht erhalten könnte und tat, als wäre ihm das Bein gebrochen, so daß die herbeigeeilte Menschenmenge den Knaben sehr bedauerte. Sein Lehrer eilte, die Verstellung des Knaben ahnend, herzu, und als der Knabe seinen Lehrer sah, sprang er eilends auf und lief lachend davon.

Gegen Ermahnungen und Belehrungen sind solche Kinder unempfindlich, sind frech und trotzig, üben auf Mitschüler und Kameraden keinen günstigen Einfluß aus, entweichen aus dem Elternhause, übernachten im Freien, liegen tagsüber auf der Gasse oder treiben sich gar bettelnd herum.

Fast täglich kann man sich überzeugen, daß verwahrloste Kinder fremdes Eigentum boshaft beschädigen, indem sie Mauern, Häuser, Kirchen, Schulen und öffentliche Denkmäler bekritzeln oder verunreinigen, Ruhebänke beschneiden und dortselbst höchst entehrende Zeichnungen und Wörter anbringen, mutwillig Anpflanzungen und Gartenanlagen niederstampfen, Halme auf Getreidefeldern niedertreten oder abstreifen, Äste der Bäume, besonders der Obstbäume, abbrechen und so Freude an jedem Verderben zeigen.

Verwahrloste Kinder zeigen sich unempfindlich gegen andere, nehmen Vogelnester aus oder zünden sie an und verzehren die Eier. Zur Grausamkeit gesellen sich Schadenfreude und Rachsucht, welche, wenn sie einmal das kindliche Gemüt erfaßt haben, sogar zu verbrecherischen Handlungen führen. Wie weit die Rachsucht bei einem verwahrlosten Kinde gehen kann, geht aus folgendem Vorfall hervor: Ein neunjähriger verwahrloster Knabe fahrender Leute wurde in einem Dorfe von mehreren Kindern mit Steinen beworfen. Aus Rache legte er in einem Zeitraume von 19 Tagen an 11 Gebäude, wo diese Kinder wohnten, Feuer, welches in 7 Fällen ausbrach und die ganze Gemeinde, da der Täter längere Zeit nicht ermittelt werden konnte, in Furcht und Unruhe versetzte.

Die Steigerung zur bewußten Unwahrheit, welche gewöhnlich in der fehlerhaften sittlichen Erziehung begründet ist, tritt hervor, das Kind beharrt mit unglaublichem Starrsinn auf seinen lügenhaften Ansprüchen und leugnet frech jede überwiesene Wahrheit ab. Die Lüge, welche aus Eigennutz gebraucht wird, führt naturgemäß in ihrer weiteren Folge zum Diebstahl.

Die Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit bei einem Kinde zu wecken, ist eine schwierige Erziehungsaufgabe. Wo die Erziehung verderblich ist, kann das Rechtsgefühl und die Achtung vor fremdem Eigentum nie Wurzel fassen. Das Kind stiehlt zuerst Eßwaren, kleinere Geldbeträge und Feldfrüchte, geht in dieser bis zur Leidenschaft sich steigenden Begierde, fremdes Eigentum sich zuzuwenden, immer weiter und schreckt vor dem Einschleichen in Wohnungen und vor dem Einbruche in versperrte Räume, um Diebstähle zu begehen, nicht zurück. Der Gang zum Stehlen entwickelt sich bei verwahrlosten Kindern in erschreckender Weise, sie gehen bei Verübung von Diebstählen mit großer Schlaueit und Gewandtheit und so planmäßig vor, daß man darob erzittert.

Der Betrug folgt dem Diebstahle, indem vorerst gefundene Gegenstände von verwahrlosten Kindern verheimlicht werden.

Die Unfolgsamkeit und Unbotmäßigkeit gegen Ermahnungen der Eltern, Erzieher, Lehrer, Lehrherren und auch Behörden, der Ungehorsam gegen Autoritäten, der Kampf gegen Grundlagen gesunder gesellschaftlicher Verhältnisse, gegen Religion, Wissenschaft, Recht und Gesetz sind gleichfalls typische Erscheinungsformen der Verwahrlosung. Die Kinder anerkennen keinen Vorgesetzten, anstatt zu grüßen verhöhnen und verspotten sie Erwachsene ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Stand und tun dies dann schon gar, wenn

diese bei wahrgenommenen Ungezogenheiten gröberer Art ein warnendes, tadelndes oder rügendes Wort sprechen.

Gegen die Religion tritt eine Gleichgiltigkeit zu Tage, die jede kindliche Herzensbildung gänzlich vermissen läßt. Das Bemühen, das religiöse Gefühl bei solchen Kindern anzuregen, bleibt in der Regel auch ohne Erfolg. Aus dem Mangel der Religiosität, des religiösen Empfindens, gehen auch viele Untugenden, wie Lüge, Diebstahl und Gefühllosigkeit, die schließlich in Verbrechen ihren Gipfelpunkt erreichen, hervor.

Schamlosigkeit und Unsittlichkeit, sowie die unnatürliche Befriedigung des Geschlechtstriebes mit all den vielen Begleiterscheinungen, der Untergrabung körperlicher und geistiger Gesundheit, treten bei verwahrlosten Kindern und Jugendlichen in solcher Ausdehnung und Dreistheit auf, wie es nur eine allgemeine Verrohung und Vorbildung des menschlichen Gemütes zu zeitigen vermag. Knaben von 13 bis 14 Jahren verführten ein 11 Jahre altes, schulpflichtiges Mädchen, welches allerdings von Hause aus ebenfalls verdorben war. Bei Mädchen ist die Ausübung der Prostitution schon in einem Alter von 10 bis 14 Jahren eine nicht mehr seltene Erscheinung.

Auffällig ist auch die steigende Tendenz leichter und schwerer Körperverletzungen, wie dieselben durch Werfen von Steinen und Gläsern, Messerstiche und dergleichen mehr zugefügt werden und die ein eigentümliches Streiflicht auf die Verwilderung und Verrohung der Jugend werfen.

Auch der übermäßige Genuß von Alkohol und Nikotin tritt bei verwahrlosten Kindern und Jugendlichen oft in Erscheinung und ist dies nicht zu verwundern, wenn man sieht, wie sie gleich nach beendeter Schulpflicht Gasthäuser, Schänken und Tanzmusiken aufsuchen und im Hange zum Nichtstun und in der Gier nach gestohlenen Näschereien von der Genußsucht immer mehr beherrscht werden.

In der Landesbesserungsanstalt für jugendliche Korrigenden in Grulich zeigten sich bei 145 in Anhalt gestandenen Knaben betreffs der Art der Verwahrlosung nachstehende typische Erscheinungsformen:

1. Gang zum Bagieren	bei 67 Knaben
2. Unregelmäßiger Schulbesuch	" 24 "
3. Bettel	" 14 "
4. Diebstahl	" 98 "
5. Einbruchsdiebstahl	" 2 "
6. Brandlegung	" 11 "
7. Mord	" 1 "
8. sittliche Verdorbenheit	" 19 "

Die vorstehenden Erörterungen über die typischen Erscheinungsformen der Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen zusammengefaßt ergeben folgende hauptsächlich typischen Erscheinungsformen der Verwahrlosung als:

1. Unreinlichkeit und Krankheit des Körpers;
2. Nachlässiger Schulbesuch und Abgehen jeden religiösen Empfindens;
3. Fehlen jeden moralischen Empfindens und Schamlosigkeit;
4. Das Nichtbereuen der begangenen bösen Tat;
5. Nächtliches Herumlungern außerhalb des Elternhauses, Entweichen, Landstreicherei und Bettel;
6. Übermäßiger Genuß von Alkohol und Nikotin;
7. Arbeitscheu;
8. Ungehorsam gegenüber Autoritäten, ein Kampf gegen Religion, Wissenschaft, Recht und Gesetz und die sonstigen Grundlagen gesunder, gesellschaftlicher Verhältnisse;

9. Roheit des Gemütslebens und Unempfindlichkeit gegen Leiden anderer;

10. Obftfrevel, Zerstörungstrieb, Haß, Neid, Genußsucht und Müßiggang;

11. Diebstahl, Sittlichkeitsdelikte, Betrügereien, Veruntreuungen, Körper- und Eigentumsbeschädigungen, Brandlegung, Selbstmord und Mord.

Die Ausbreitung der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen.

Die von den verschiedenen Behörden und gesellschaftlichen Organisationen für Jugendfürsorge und Kinderschutz erstatteten gutächtlichen Äußerungen über die Ausbreitung der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen waren nicht so einheitlicher Natur wie bezüglich der Ursachen und typischen Erscheinungsformen der Verwahrlosung. Einige Gutachten gehen dahin, daß sie nicht in der Lage sind, über die Ausbreitung der Verwahrlosung ein Urteil zu fällen, weil ihnen ein erschöpfendes, sorgfältig gesichtetes Material nicht zur Verfügung steht; ein Teil der Gutachten beschränkt sich darauf, zu sagen, daß die Zunahme der Verwahrlosung sporadisch vorkommt oder eine Zunahme nicht wahrzunehmen sei. Der größte Teil der eingeholten Gutachten jedoch, es dürften rund 89% sein, stellt die Ausbreitung der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen als unzweifelhaft und feststehend hin. Ja eine geringe Anzahl der letzteren Gutachten spricht sogar von einer erschrecklichen, geradezu bedrohenden Ausbreitung der Verwahrlosung Kinder und Jugendlichen. Die angegebenen Prozente für die Ausbreitung der Verwahrlosung Kinder und Jugendlichen bewegen sich zwischen 2% und 10% bei Kindern und zwischen 8% bis 33%, ja sogar bis 60% bei Jugendlichen.

Aus allen erstatteten Gutachten läßt sich jedoch untrüglich folgern, daß die Ausbreitung der Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen in steter und fortschreitender Zunahme begriffen ist. Nicht die Ziffern der Statistik über das Alter der Angeklagten und der Verurteilten, welche teilweise auch auf die Vermehrung der Tatbestände und des häufigeren Einschreitens der behördlichen Organe und die aus Anlaß einer lebhaft betriebenen Kinderschutzbewegung vermehrte Anzahl der Anzeigen zurückzuführen ist, führen zu diesem Schlusse, sondern dieser Schluß ist aufgebaut auf den gesammelten zahlreichen und langjährigen Erfahrungen von vielen Hunderten von Männern, die in maßgebenden Stellungen stehen, des vollsten Vertrauens würdig sind und auch stets Gelegenheit hatten, vollauf Wahrnehmungen in dieser Richtung zu machen, ist aufgebaut auf einem unumstößlichen Naturgesetze, daß Kinder und Jugendliche, welche nicht die von der Natur geforderte notwendige Erziehung durch ihre Eltern oder deren Stellvertreter erhalten, der Verwahrlosung entgegengehen und durch ihr Auftreten das Zusammenleben der Menschen erschweren oder gar unmöglich machen.

Nachdem nun die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse und die modernen Arbeitsformen viele Eltern, welche der Arbeitsklasse oder der Klasse der Angestellten angehören, zwingen, außer Hause ihren Berufsarbeiten nachzugehen, weshalb sie sich um die Kindererziehung nicht kümmern können, nachdem aus schuldhaftem oder entschuldbarem Verhalten der Eltern aus den verschiedensten Ursachen und Gründen, beispielsweise aus Armut, Trunksucht, Verrohung oder Pflichtvergeffenheit der Eltern, der Pfleger und Erzieher die Erziehung der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt wird oder eine Erziehung überhaupt nicht erfolgt, steht untrüglich fest, daß die Ausbreitung der Verwahrlosung Kinder und Jugendlichen in fortwährender Zunahme, in fortschreitender Ausbreitung begriffen ist, weil nicht umfassende und allgemeine

Vorkehrungen für alle diese nicht erzogenen Kinder und Jugendlichen von seiten des Staates, des Landes, der Gemeinden oder gesellschaftlicher Organisationen vorhanden sind, welche die Erziehung dieser nicht oder schlecht erzogenen Kinder und Jugendlichen bewerkstelligen und den Mangel der Erziehung bei denselben ersetzen.

Andererseits treten infolge der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse viele Jugendliche zeitiger und daher weniger widerstandsfähig ins wirtschaftliche Leben, oft mit mangelhafter oder bereits vernachlässigter Erziehung, weshalb sie auch leichter der Verwahrlosung erliegen.

Wenn sich auch ein Teil der Straftaten Jugendlicher als Buben- oder Mädchenstreiche darstellt, die leider nach unserem Strafgesetze Ahndung finden müssen und den Rückschluß auf eine vorhandene oder drohende Verkommenheit nicht zulassen, so ist doch aus obenerwähnten unbestrittenen Tatsachen und Erfahrungen erwiesen, daß die Ausbreitung der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen in steter Zunahme begriffen ist.

Die Jugendlichen letzterer Art wird man auch nicht gleich in Fürsorgeerziehung nehmen, aber allen Kindern und Jugendlichen, welche die von Natur aus geforderte ordentliche elterliche Erziehung nicht erhalten, wird man im Interesse der Menschheit und der menschlichen Gesellschaft diese mangelnde Erziehung notwendigerweise ersetzen müssen, um sie nicht zu Auswüchsen der Menschheit, nicht zu Verbrechern, nicht zum Schrecken der Mitmenschen werden zu lassen. Um ein Beispiel zu geben, wird man Kindern, welche tagsüber in der schulfreien Zeit verlassen sind und ohne jegliche Aufsicht sich befinden, weil ihre Eltern in Fabrikarbeit tätig sind, die Ernährung und Erziehung in Tagesheimstätten angeheißen lassen müssen, wo die zeitweise unbeaufsichtigten, schulpflichtigen Kinder während der schulfreien Stunden, die sie sonst auf der Gasse oder unbeaufsichtigt zu Hause oder in unpassender Gesellschaft verbringen würden, unter erzieherischer Aufsicht und Leitung einer Hausmutter verpflegt werden und angemessene Erholung und Beschäftigung finden.

Die Verwahrlosung erstreckt sich größtenteils auf die arbeitenden und ärmsten Klassen und nimmt mit der Verarmung des Volkes zu. Doch auch in den sogenannten besseren Ständen ist dieselbe vorhanden.

Aus den abgegebenen Gutachten erhellt weiters, daß die Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen in Großstädten eine verhältnismäßig große Ausdehnung gefunden hat und immer mehr in Zunahme begriffen ist. In dem Elende der Großstädte ist sie vorzugsweise zu treffen. Als Beweis hierfür kann die überhandnehmende Unsicherheit der Großstädte dienen, welche zumeist durch Banden Jugendlicher gefährdet werden. In Paris nennen sie sie Apachen, in Wien Platten, in Prag haben sie keinen speziellen Namen, sind aber tatsächlich vorhanden. Erst im Jahre 1905 wurde in Prag eine Bande Jugendlicher dingfest gemacht, die bewaffnet Straßenüberfälle verübte. Eine zweite Bande kleiner, kaum der Schule entwachsener Burschen ist in Prag als eine gefährliche Taschendiebbande genugsam bekannt. In Prag gibt es z. B. eine Auswahl von 16 polizei- und gerichtsbekannten Jugendlichen im Alter von 11 bis 16 Jahren, von denen vier Knaben im Alter von 11 bis 14 Jahren gerichtsbekannte gefährliche Taschendiebe, und zwei Mädchen im Alter von 14 und 16 Jahren als Dirnen und Diebinnen bekannt sind. Leider kann von den Genannten, die aus einer großen Anzahl herausgesucht wurden, nicht angegeben werden, in welchem Alter ihre erste strafbare Handlung verübt wurde.

In Industriegegenden ist die Ausbreitung der Verwahrlosung bei weitem größer als in Gegenden, wo nur Ackerbau und Gewerbe betrieben werden. Auch in den Städten hat die Verwahrlosung eine größere Ausdehnung genommen als auf dem flachen Lande, doch weiß wohl jede Gemeinde von einer oder mehreren Familien zu erzählen, deren Kinder verwahrlost sind. Auch unter den landwirtschaftlichen Schichten ist die Verwahrlosung vorhanden, besonders wenn der Notstand dieselben schon in jungen Jahren in die Arme des Alkohols getrieben hat.

Häufiger ist die Verwahrlosung bei der fluktuierenden landwirtschaftlichen oder industriellen Bevölkerung als bei der sesshaften, häufiger unter der männlichen als unter der weiblichen Jugend. Regelmäßig ist auch Verwahrlosung wahrzunehmen bei Waisen, insbesondere aber bei Findel- und unehelichen Kindern.

Die Ausbreitung der Verwahrlosung erstreckt sich schon vom schulpflichtigen Alter bis zum Alter von 18 bis 20 Jahren.

Was insbesondere die Verwahrlosung Kinder und Jugendlicher in Industriegegenden angeht, so läßt sich sagen, daß die Ausbreitung der Verwahrlosung mit dem Fortschreiten und der Ausdehnung der Industrie Hand in Hand geht; je mehr die Industrie vorherrscht, desto zahlreicher sind die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen. Dies hat hauptsächlich seinen Grund darin, daß die Eltern tagsüber infolge der Arbeit in Fabriken, Berg- und Hüttenwerken von Hause abwesend sind, und hierdurch die Kinder und Jugendlichen in ihrer Erziehung vernachlässigt werden, oder dieselben ganz ohne Erziehung aufwachsen.

Die Verwahrlosung nimmt in demselben Maße zu, je mehr das Familienleben zurückgeht, und das ganze Leben zu einer nervösen Jagd nach Besitz und Genuß ausartet.

Zum Schlusse ein Bild der verwahrlosten Jugend in Böhmen: Bei den Launer Erzeffen beteiligen sich auch 5 Volksschüler und werden zu 3 Wochen Arrest verurteilt. In Prag exzedieren etwa 150 Lehrlinge abends nach Beendigung des Unterrichtes in der Fortbildungsschule und leisten den Anordnungen der Wache nicht Folge. In Krakau verüben Schulknaben einen Einbruchsdiebstahl. In der Berggasse auf der oberen Neustadt in Prag versucht ein 15jähriger Maurerlehrling ein 11½ Jahre altes Mädchen zu vergewaltigen. Die Waldungen bei Reichenberg werden durch verwegene Raubanfälle eines 18jährigen Tagelöhners unsicher gemacht. Ein 13 Jahre alter Bürgerschüler stiehlt in Tepliz aus versperrter Wohnung 160 K. In der Ortschaft Dobra bei Unhost legt ein 14jähriger Bursche viermal Feuer und freut sich des einfachen Brandes. In Reichenberg verschafft sich ein 9jähriger und ein 12jähriger Knabe tagsüber durch Betteln den Unterhalt, des Nachts haben diese beiden Knaben kein Quartier und schlafen in einem Kanale. In Friedland verübt ein Sechzehnjähriger Diebstähle auf verwegene Art, hält bei keiner Arbeit aus, flieht oft tagelang das Elternhaus, mißhandelt die ermahnende Mutter, so daß die Eltern flehentlich bitten, ihren ungeratenen Sohn in einer Besserungsanstalt unterzubringen.

So ist vollauf und unumstößlich dargetan, daß die Verwahrlosung Kinder und Jugendlicher in steter Zunahme begriffen ist und für den Staat und die menschliche Gesellschaft gefahrdrohend erscheint, weshalb es nicht nur ein Akt der Nächstenliebe und humaner Gesinnung, sondern ein Akt der Selbsterhaltung von Volk und Staat, ein Akt der Notwehr ist, derselben mit allen verfügbaren Mitteln unverweilt und energisch zu begegnen.

Bestrebungen der österr. Gesetzgebung zur Schaffung eines Jugendfürsorgegesetzes.

Von Prof. Dr. Heinrich Reicher, k. k. Univ.-Professor, Wien.

Hilflos wie ein Kind! Damit bezeichnet der Volksmund den höchsten Grad menschlicher Hilfsbedürftigkeit.

Die Familie ist die natürliche Schutzorganisation für das Alter der Kindheit.

Natur, Sitte und Recht begründen die Pflicht der Familie, dem Kinde den Unterhalt zu gewähren, und die Erziehung ist nur die Fortsetzung der Erzeugung.

Dazu ward dem Vater die väterliche Gewalt, den Eltern die elterliche Gewalt gegeben. Diese Gewalt bedeutet nach österr. Recht nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht.

Die väterliche Gewalt ist kein Eigentumsrecht, kein Recht, die Kinder zu beliebigen Zwecken zu mißbrauchen, sondern ein durch den Erziehungszweck begründetes und bedingtes Herrschaftsverhältnis. Das österr. Recht beruht also auf der deutschrechtlichen Auffassung der elterlichen Gewalt als einer Schutzgewalt; im Gegensatz zu der römisch-rechtlichen Auffassung der *Patria potestas*, als eines absoluten Herrschaftsverhältnisses, welche der Gesetzgebung der romanischen Staaten, so insbesondere Frankreichs zu Grunde liegt. Im Deutschen Reiche ist erst durch das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich die Rechtsinheit im Sinne der deutschrechtlichen Auffassung hergestellt worden. Bis dahin folgte die landesrechtliche Gestaltung des Familienrechts z. T. dem Allgem. Preuß. Landrecht, z. T. dem Code civil. Jenen anerkannte die staatliche Schutzgewalt, die über der Familie steht und allenfalls ihre Spitze auch gegen die Familie richten kann, an; dieses räumt der Familie nahezu unumchränkte Gewalt ein.

Das a. B.G.B. sichert im § 21 allen Minderjährigen den besonderen Schutz der Gesetze zu!

Der weise Gesetzgeber erblickt nach Hofrat v. Zeitler in der Familie eine Pflanzschule für brauchbare Bürger.

Die Annahme des Gesetzgebers, daß die Schutzorganisation der Familie in der Regel ausreichen werde, die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Kindes zu sichern, hat sich als trügerisch erwiesen. Die Familie besitzt in weiten Kreisen des Volkes die erzieherische Kraft nicht mehr. Die diesen Volkskreisen entstammenden Kinder erfahren, von ihrem Eintritt in das Leben angefangen, statt Fürsorge Verwahrlosung; statt unter Aufsicht zu stehen, sind sie aufsichtslos den Gefahren der Straße, dem Müßiggange, d. h. dem Anfang aller Laster, preisgegeben, oder aber es sind diese Kinder im kindlichen Alter bereits mit Arbeit überbürdet, in der jugendlichen Arbeitskraft ausgebeutet; statt des Geschütztheins ein schutzloses Ausbeutungsobjekt!

Verschiedene Ursachen wirken hier zusammen, die Vernachlässigung der Erziehung, Verwahrlosung des Kindes herbeizuführen. Es ist hier zunächst noch gar nicht vom schuldhaften Verhalten der Eltern die Rede, für welche das a. B.G.B. in den §§ 176—178 wertvolle Schutzbestimmungen getroffen hat; es handelt sich hier zunächst um Zustände im Gefolge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, welche zur Zerstörung des Familienlebens geführt haben.

Der freie Arbeitsvertrag hat die frühere Gebundenheit des wirtschaftlichen und sozialen Lebens abgelöst. Er wurde als die Morgenröte einer neuen, besseren Zeit begrüßt. Bald erwies sich aber das Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze des schwächeren Vertragsteiles in der Arbeiterschutzgesetzgebung als notwendig. Die Unzulänglichkeit des Lohn Einkommens des

Mannes zum Lebensunterhalte der Familie führte zur Heranziehung der Frau zum Erwerbe des Lebensunterhaltes der Familie. Die Erwerbsarbeit der Frau außer dem Hause aber entfremdet diese ihrem Berufe am häuslichen Herde. Die Erwerbsarbeit der Eltern fern vom Hause hat die Aufsichtslosigkeit der Kinder und damit die Gefährdung des Kindes zur Folge. Der Aufsichtslosigkeit der Kinder abzuhelpen, ist ein dringendes Gebot; diesem zu entsprechen, ist zunächst eine Aufgabe der sozialen Hülftätigkeit.

Diese besteht in Einrichtungen, welche es gewissenhaften Eltern, die außer stande sind, ihrer Aufsichts- und Erziehungspflicht nachzukommen, ermöglichen, ihren Kindern die Aufsicht und erzieherische Leitung zu sichern, diese vor den Gefahren der Aufsichtslosigkeit zu schützen. Das Aufsichtsbedürfnis besteht während des ganzen kindlichen Alters, nicht bloß in dem schulpflichtigen Alter während der schulfreien Zeit, sondern bereits im vor-schulpflichtigen Alter wie auch nach der Entlassung aus der Volksschule!

Die Schutzgewalt des Staates sollte es sich angelegen sein lassen, die soziale Hülftätigkeit in planmäßiger und einheitlicher Weise zu fördern und zu ergänzen.

Bisher haben wir es nur mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen als Ursachen der Aufsichtslosigkeit und der mangelnden erzieherischen Leitung zu tun.

Diese Verhältnisse führen aber nicht nur zur Heranziehung der Frau zur Erwerbsarbeit, sondern auch zu einer frühzeitigen Inanspruchnahme der kindlichen Arbeitskraft, welche die harmonische Entwicklung des Kindes stört und den kindlichen Organismus schädigt, das leibliche und geistige Wohl des Kindes gefährdet, statt Arbeitsfreudigkeit Arbeitsunlust und frühzeitige Arbeitsunfähigkeit erzeugt. Die staatliche Schutzgewalt wird diesem Raubbau an der Arbeitskraft unserer Jugend im Gesetzgebungswege Einhalt tun.

Daher die Forderung: Schutz der kindlichen Arbeitskraft! Die dringendste Aufgabe ist der Kampf gegen die Verwahrlosung!

Zu den Ursachen der Verwahrlosung sozialer Natur tritt das schuld-hafte Verhalten der Eltern: Mißbrauch der elterlichen Gewalt, Mißhandlung, Verleitung des Kindes zu Bösem und Schlechtem, ein den Kindern durch ein ehrloses und unsittliches Verhalten ihrer Erzieher gegebenes schlechtes Beispiel. Das Kind, das in einem solchen Milieu aufwächst, erhält gar nie jene sittliche Qualifikation, die das Leben von ihm fordert. Das schlechte Beispiel seiner Erzieher überträgt sich auf das Kind und wirkt wie eine ansteckende Krankheit. Das sittliche Empfinden des Kindes wird im Keime erstickt. Hier ist von Erziehung, von einer Angewöhnung des Rechts- und Pflichtbewußtseins keine Rede. Das Kind wächst in dieser verderblichen Umgebung in sein eigenes Verderben hinein, wird von seinen eigenen Eltern dem Verbrechen und der Schande in die Arme geführt.

Diesen Zuständen gegenüber ergibt sich die Forderung an die staatliche Obervormundschaft: Befreiung des Kindes aus dem Machtbereiche entarteter Eltern. Wird ein Kind solcher Eltern in der Folge straffällig und macht die strafende Staatsgewalt ihren Strafanspruch geltend, dann büßt dieses jugendliche Geschöpf für eine fremde Schuld: für die Schuld seiner Eltern. Der beschränkte Untertanenverstand wird in dieser Ordnung der Dinge vergeblich das Recht suchen, er wird darin vielmehr ein Unrecht erblicken.

Daher die weitere Forderung: bevor die strafende Staatsgewalt gegenüber straffälligen Jugendlichen ihre Rechte geltend macht, hat die fürsorgende Staatsgewalt den bisher verkürzten Erziehungsanspruch des jugendlichen Rechtsbrechers zur Erfüllung zu bringen.

Das geltende Recht berücksichtigt diesen Zusammenhang zwischen der Straffälligkeit jugendlicher Personen und der Vernachlässigung der elterlichen Erziehungspflicht in ganz unzulänglicher Weise. Ebenjowenig wird der Pflégischastchutz in den Fällen schuldhaften Verhaltens der Eltern den hierdurch mit Verwahrlosung bedrohten Minderjährigen gesichert. So wertvoll auch die Bestimmungen der §§ 176—178 a. B. G. B. sind, es fehlt an einer Organisation, welche in jedem solchen Falle den Beistand des Gerichtes auslösen würde, es fehlt dem Gerichte an den Mitteln zur Verwirklichung dieses Beistandes, an der nötigen Fürsorgeeinrichtung und an der gesetzlichen Verpflichtung von Staat, Land oder Gemeinde, den durch den Pflégischastschutz verursachten Kostenaufwand zu tragen.

Die privatrechtliche Grundlage im a. B. G. B. zur Bekämpfung der drohenden Verwahrlosung infolge schuldhaften Verhaltens der Eltern erweist sich daher als völlig unzulänglich um die Verwahrlosung, die nicht nur ein Unglück für das Kind, sondern eine Gefahr für die Allgemeinheit und die Rechtsordnung bedeutet, in wirksamer Weise zu bekämpfen.

Daher die Forderung vom Standpunkte des öffentlichen Interesses nach einem Gesetz, welches dem öffentlichen Rechte angehört und welches von dem Begriffe der Verwahrlosung als eines Zustandes der Erziehungsbedürftigkeit ausgeht, die Abhilfe dieses Zustandes in der Erziehungsfürsorge für das verwahrloste Kind auf öffentliche Kosten und unter öffentlicher Aufsicht in allen Fällen der Verwahrlosung sicherstellt.

Dieses Gesetz würde auch die notwendige Ergänzung unserer Volksschulgesetzgebung bilden und erst die gesetzliche Grundlage zu § 85 der Schul- und Unterrichtsordnung schaffen. Dieses Gesetz, welches die Verwahrlosung durch Behebung ihrer Ursache durch den Ersatz der bisher vernachlässigten Erziehung durch die Fürsorgeerziehung bekämpft, knüpft an die Erscheinungsformen der tatsächlichen Verwahrlosung an. Anlaß zur Entartung des Schulkindes, welches seinen Mitschülern gefährlich und darum aus der Volksschule ausgeschlossen wird, bildet die Straffälligkeit der jugendlichen Person im erziehbaren Alter. Das Gesetz betrachtet die Straftat zunächst als Anlaß zur Untersuchung, ob diese auf Verwahrlosung zurückzuführen ist. Ist dies der Fall, so wird sie nicht als strafwürdiges Delikt, sondern als Voraussetzung der Fürsorgeerziehung behandelt, da verfassungsrechtlich niemand seinem zuständigen Richter entzogen werden darf, so ist zur Anordnung der Fürsorgeerziehung in allen Fällen der Vormundschaftsrichter berufen. Da die Begriffe Verwahrlosung und Straffälligkeit sich nicht decken, so ist als lautere Voraussetzung der Fürsorgeerziehung im Geetze noch das drohende sittliche Verderben anzunehmen. Die Behandlung der strafbaren Handlung als Erkenntnisgrund der Verwahrlosung und deren Bekämpfung im Wege der Erziehungsfürsorge hat ein Hinaufrücken der Staatsunwürdigkeit bis zum 18. Lebensjahre zur Voraussetzung. Strafbare Handlungen Jugendlicher, die nicht auf Verwahrlosung zurückzuführen sind, sind den dem jugendlichen Alter anzu-passenden Jugendstrafrechte zu überlassen.

Das öffentliche Interesse erfordert eine allseitige und frühzeitige Bekämpfung der Verwahrlosung. Daher die Pflicht der politischen als Sicherheitsbehörden sowie der Schulbehörden, jeden Fall der drohenden oder tatsächlichen Verwahrlosung, dem sie in ihrem Wirkungskreise begegnen, dem Vormundschaftsgerichte zur Kenntnis zu bringen. Der Volksschule kommt ein wesentlicher Anteil an der Einleitung der Fürsorgeerziehung zu. Zur unverweilten Unterbringung verwahrloster Kinder im Falle der Gefahr im Verzuge, sind die sicheren Orte zur Unterbringung bis zur endgültigen Entscheidung über die rechtliche Bestimmtheit des Kindes sicherzustellen.

Bei dem schwerwiegenden Eingriffe der Staatsgewalt in das Recht der Eltern, soll die Trennung der Kinder von den Eltern auch nur, im Falle die Verwarnung oder Überwachung in der Erziehung der eigenen Familie keinen Erfolg verspricht, Platz greifen.

Die Entscheidung über die Art der Fürsorgeerziehung, ob diese in der Familie oder in einer Anstalt zu erfolgen hat, trifft die Landeskommission für Jugendfürsorge. Dieser bedient sich in den einzelnen Ländern der Justizminister, als der zur obersten Leitung und Überwachung der Fürsorgeerziehung berufene Ressortminister. Dessen Berufung gründet sich darauf, daß es sich bei der Fürsorgeerziehung um einen Akt der staatlichen Obervormundschaft handelt, welche ein Attribut der richterlichen Gewalt bildet, aber auch um Maßnahmen, welche in letzter Linie in kriminalpolitischen Erwägungen ihren Grund haben.

Die Landeskommission ist der Sammel- und Mittelpunkt aller auf die Jugendfürsorge bezug habenden Angelegenheiten, sie ist zusammengesetzt aus den Vertretern der Justiz, der politischen und der Landesverwaltung. Dort wo die Privatwohlthätigkeit für Kinderchutz und Jugendfürsorge zu einem Landesverbande organisiert ist, aus einem Vertreter derselben, wenn diese Organisation gegliedert ist, aus je einem Vertreter derselben. Zu diesen Vertretern kommen weiter noch ein Vertreter der organisierten Berufsarbeit, der Erzieher im Dienste der verwahrlosten Jugend, die der Verein für Zwangserziehung und Jugendfürsorge namhaft macht. Dazu kommt endlich mit Rücksicht auf den Anteil der geistigen Minderwertigkeit an der Verwahrung ein psychiatrisch gebildeter Arzt. Den Vorsitz führt der politische Landeschef.

Den unmittelbaren Vollzug der Zwangserziehung regelt die Landesgesetzgebung unter Beachtung der im Reichsgesetze aufgestellten grundsätzlichen Bestimmungen.

Das Land, in dessen Gebiete das BG. die Fürsorgeerziehung anordnet, also das Aufenthalt- und nicht das Heimatland, ist zum Vollzuge und daher auch zum Bau der notwendigen Erziehungsanstalten verpflichtet.

Der Staat trägt die Hälfte der notwendigen und zweckmäßigen Baukosten. In die Kosten des unmittelbaren Vollzuges teilen sich der Staat, das Land und die Gemeinden zu je einem Drittel. In das auf die Gemeinde entfallende Drittel teilen sich die Schule, d. i. die Aufenthaltsgemeinde und die Heimatgemeinde. Das Interesse der ersteren an der Reinhaltung ihrer Volksschulen von ansteckenden Elementen, das Interesse der Heimatgemeinde mit Rücksicht auf den der Verarmung vorbeugenden Charakter der Fürsorgeerziehung rechtfertigt die finanzielle Beteiligung der Gemeinde, welche außerdem eine Gewähr bietet, gegen ein abfälliges, sachlich nicht gerechtfertigtes Bestreben, die Kosten der Armen-erziehung von der Gemeinde auf Stadt und Land zu überwälzen. Selbstverständlich bleibt den Trägern der Kostenpflicht der Ersatz gegen die Eltern unter Einräumung aller nach dem Gesetz zulässigen Erleichterungen gewahrt. Der Justizminister übt die Aufsicht über die Fürsorgeerziehung als solche und kann den Staatsbeitrag einstellen, wenn ungeachtet vorhergegangener Einsprache gegen unnötige unzweckmäßige Maßnahmen in deren Vollzuge fortgefahren wird.

Das Gesetz bedroht die Vereitelung des Vollzuges mit Strafe, so zwar, daß die Eltern, denen auf Grund dieses Gesetzes die Erziehungsgewalt abgenommen und auf die vom Staate berufenen Erzieher übertragen wird, jeden störenden Eingriff in den Vollzug mit Strafe zu entgelten haben.

Das Gesetz verbietet die Verwendung von schulpflichtigen Kindern als Begleitpersonen fremder Leute.

Das Gesetz schützt weiter die Privatwohlthätigkeit in dem Vollzuge der von ihr im Einvernehmen mit den Eltern in Angriff genommenen Erziehung aufsichts- und erziehungsloser Kinder gegen die unzeitgemäße Geltendmachung der elterlichen Rechte durch Rückforderung der Kinder vor Beendigung der Erziehung.

Das Gesetz läßt zwar die rechtlichen Grundlagen der Armen-erziehung unberührt. Allein es wendet sich gegen die ärgsten Auswüchse. Das Gesetz schützt die Kinder, welche in der Armenpflege, im Armenhause oder bei Pflegeparteien in die Gewalt von Personen geraten, welche das leibliche, zeitige und sittliche Wohl der Kinder gefährden.

Das Gesetz ermöglicht der Gemeinde in einem solchen Falle zum Zwecke eines anderen einwandfreien Unterkommens zunächst von ihrem Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen. Tut sie dies nicht, so greift die Fürsorgeerziehung und zwar in diesem Falle auf Kosten der Gemeinde Platz.

Dies der Inhalt eines Gesetzes, das dem Schutze der Verwahrlosung und der Fürsorge für die verwahrloste Jugend gewidmet ist. Diese Schutz-fürsorge ist ein Gebot dringendster Notwendigkeit. Die Fürsorgeerziehung ist aber nur ein Erlaß für die von den Eltern und sonstigen Erziehern vernachlässigte Erziehung. Bei unehelichen und verwaissten Kindern soll der Vormund „einem Vater gleich“ für die Person des Mündels sorgen. Der Ersatz des Familienschutzes durch die gerichtlich bestellte Einzelvormundschaft erweist sich als unzulänglich, und daraus ergibt sich eine Verkürzung der Kindesrechte und eine Vernachlässigung der Sorge für die Person des Mündels. Hier muß durch die Gesamt-Vernachlässigung ein Wandel zum Besseren geschaffen werden. Diese Organisation muß einem Vater gleich den Pflegebefohlenen des Staates vor leiblicher, geistiger und sittlicher Entartung schützen. Dieses Problem zu lösen, ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht möglich; es ist noch nicht spruchreif und soll nur in öffentliche Diskussion gestellt werden. Die dringendste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist die Fürsorgeerziehung!

Hinter dieser Aufgabe, die ebensowohl im Interesse des Kindes als des Staates, des Volkes wie der Gesellschaft liegt — treten derzeit alle anderen Aufgaben des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge zurück.

Nach meinen Erfahrungen, die ich in einem Vierteljahrhundert in dem Bestreben nach Besserung auf diesem Gebiete gesammelt habe, nahm bisher die Jugendfürsorge in der öffentlichen Meinung nicht jenen Platz ein, der ihr mit Rücksicht auf das ihr innewohnende öffentliche Interesse gebührt.

So lange die Interessenvertretung unser parlamentarisches Leben beherrschte, hatte die Fürsorge für die armen, verlassenen und verwahrlosten Kinder überhaupt keinen Platz unter den öffentlichen Interessen. Der Volksbegriff fiel mit den Steuerumwälzungen zusammen, und die verwahrlosten Kinder lagen unterhalb dieser Grenze; diese Kinder waren keine Wähler.

Hoffentlich kommt das allgemeine Wahlrecht auch der gefährdeten und verlassenen Jugend des Volkes zugute. Die Jugendfürsorge berührt nicht nur das Interesse des Volkes zunächst, nicht bloß des einen, sondern aller Völker im Reiche — berührt Staat und Gesellschaft in ihren Grundfesten.

Es ist ein ehrendes Zeugnis für ein Volk und die Echtheit des nationalen und sozialen Empfindens, wenn es für seine Jugend und damit für die Zukunft sorgt. Die Deutschböhmen haben durch den Zusammenschluß ihrer Jugendfürsorgevereine den Beweis dafür erbracht, daß es ihnen um eine einheitliche, planmäßige und zielbewußte Jugendfürsorge zu tun ist. Dies berechtigt zu der Annahme, daß Sie auch dem I. Österreichischen Kinderschutzkongresse das größte Interesse entgegenbringen. Je reger Sie sich an

demselben beteiligen, desto größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung und durch diese auf die Gesetzgebung werden Sie gewinnen.

Gesetz

vom

betreffend

die Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Die Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung.

Minderjährige, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes der Fürsorgeerziehung in folgenden Fällen überwiesen werden:

1. Wenn ihr leibliches, geistiges oder sittliches Wohl dadurch gefährdet wird, daß der Vater, beziehungsweise die Mutter oder sonstigen Erzieher des Kindes das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbrauchen, das Kind ganz vernachlässigen, oder den Kindern durch eine verbrecherische Lebensweise, ein arbeitscheues Leben als Landstreicher oder Bettler, durch gewohnheitsmäßige Trunksucht oder gewerbsmäßige Unzucht ein schlechtes Beispiel geben und die Fortnahme des Kindes zur Verhütung der Verwahrlosung geboten erscheint.

2. Wenn der Minderjährige im schulpflichtigen Alter sittlich verwahrlost ist und nach der Persönlichkeit und den Lebensverhältnissen der Eltern oder sonstigen Erzieher anzunehmen ist, daß deren Erziehungsgewalt, sowie die der Schule zur Verfügung stehenden Mittel der Schulzucht sich als unzulänglich erweisen, der Verwahrlosung des Minderjährigen Einhalt zu tun und die weitere Belassung des Minderjährigen in der Schule die Sittlichkeit der Mitschüler gefährden würde.

3. Wenn ein Minderjähriger eine strafbare Handlung begeht, welche mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Tat, die Persönlichkeit des Täters, seiner Eltern oder sonstigen Erzieher auf eine vernachlässigte Erziehung zurückzuführen ist und die Fürsorgeerziehung zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich ist.

Ist dies nicht der Fall, so wird der straffällige Minderjährige im schulpflichtigen Alter der häuslichen Zucht überlassen, im Alter von 14 bis 18 Jahren aber der strafrechtlichen Behandlung überantwortet.

Erfolgt die Verurteilung des Minderjährigen durch das Strafgericht, so kann der Verurteilte nur unter der Voraussetzung zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden, wenn der Vollzug des strafgerichtlichen Urteils im Wege der Gnade nachgesehen wird.

4. Wenn die Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist.

§ 2.

Arten der Fürsorgeerziehung.

Die Fürsorgeerziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt.

Bevor zur Unterbringung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt geschritten wird, kann Überwachung der Erziehung in der eigenen Familie erfolgen.

Allen diesen Maßnahmen kann Verwarnung des Vaters, beziehungsweise der Mutter vorhergehen.

§ 3.

Anordnung der Fürsorgeerziehung durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes.

Das Vormundschaftsgericht hat unter Zuziehung von zwei durch den Justizminister ernannten Mitgliedern der im Gerichtsbezirke bestehenden Pflégenschaftsorganisation (Gemeindewaisenrat, Waisenratsverein), beziehungsweise wo solche nicht bestehen, des Gemeindeausschusses der Aufenthaltsgemeinde des Minderjährigen über die Überweisung des Minderjährigen in die Fürsorgeerziehung Beschluß zu fassen und darin zugleich das Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzung der Anordnung der Fürsorgeerziehung unter Bezeichnung der als erwiesen angenommenen Tatsachen festzustellen, sowie darin gleichzeitig auszudrücken, welche Art der Fürsorgeerziehung (§ 2) im gegebenen Falle als zweckdienlich erachtet wird.

§ 4.

Einleitung der Fürsorgeerziehung durch das Vormundschaftsgericht von Amts wegen oder über Antrag, Antragsrecht und Antragspflicht.

Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amts wegen oder auf Antrag. Jedermann ist berechtigt, die Schul- und Sicherheitsbehörden sowie die Strafgerichte, welche von der drohenden oder tatsächlichen Verwahrlosung eines Minderjährigen Kenntnis erlangen, sind verpflichtet, dem Vormundschaftsgerichte von ihren Wahrnehmungen Anzeige zu erstatten.

§ 5.

Das Verfahren vor Anordnung der Fürsorgeerziehung.

Das Vormundschaftsgericht hat alle zur Entscheidung erforderlichen Ermittlungen zu pflegen und kann sich hiebei der Mitwirkung der politischen Bezirksbehörden (Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut) bedienen.

Die erwähnten Behörden haben in einem solchen Falle das Ergebnis ihrer Ermittlungen mit einem Antrage dem Vormundschaftsgerichte zuzumitteln.

Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeit geschehen kann, die Eltern oder den Vormund des Minderjährigen, außerdem den Gemeindevorsteher (Bürgermeister) der Aufenthaltsgemeinde des Minderjährigen, den zuständigen Seelforger und den Leiter oder Lehrer der Schule, welche der Minderjährige besucht, hören.

Hat die Anhörung der Eltern nicht stattfinden können, so sind dieselben berechtigt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verlangen.

Der Beschluß ist den Eltern oder dem Vormund des Minderjährigen, diesem selbst, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, ferner der politischen Bezirksbehörde (Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut), der staatlichen Polizeibehörde und, wenn die Fürsorgeerziehung angeordnet wird, dem zuständigen Landesausschuß des zahlungspflichtigen Landes (§ 10) zuzustellen.

§ 6.

Rechtsmittel gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichtes.

Gegen den Beschluß, mit dem die Überweisung zur Fürsorgeerziehung ausgesprochen wird, steht den im vorhergehenden Absätze Genannten der Rekurs gegen den Beschluß, demzufolge die Überweisung zu unterbleiben hat, der politischen Bezirksbehörde (Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut), der staatlichen Polizeibehörde und, wenn die Anzeige von der Schulbehörde ausgegangen ist, auch dieser der Einspruch mit der Wirkung des Rekurses zu.

§ 7.

Vorläufige Unterbringung bei Gefahr im Verzuge.

Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht, das Strafgericht oder die Sicherheitsbehörde eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen in einer geeigneten Familie oder Anstalt anordnen.

Die Polizeibehörde des Sitzes der Vormundschaftsbehörde hat in diesem Falle für die Unterbringung des Minderjährigen in einer Anstalt oder geeigneten Familie zu sorgen.

Sofern die Anordnung nicht vom Vormundschaftsgerichte getroffen wird, ist diesem unverzüglich davon Nachricht zu geben.

Das Vormundschaftsgericht kann die vorläufige Unterbringung ändern oder aufheben.

Die Kosten der vorläufigen Unterbringung treffen vorstuchweise das Land, in dessen Gebiet die Behörde sich befindet, welche die vorläufige Unterbringung ausgesprochen hat. Die endgültige Tragung der Kosten wird durch § 28 des Gesetzes geregelt.

§ 8.

Das Verfahren. Die Kosten des Verfahrens.

Auf gerichtliche Verhandlungen über die Überweisung zur Fürsorgeerziehung und deren Aufhebung finden die allgemeinen Vorschriften über das Verfahren in nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten Anwendung.

Diese Verhandlungen sowie die Verträge über die Unterbringung der Zöglinge sind gebühren- und stempelfrei.

Ist nach dem Ermessen des Vormundschaftsgerichtes die mündliche Verhandlung der nach § 5 zu hörenden Personen erforderlich gewesen, so haben sie — mit Ausnahme der Eltern — Anspruch auf Erstattung der notwendigen Barauslagen aus Staatsmitteln.

§ 9.

Die Entscheidung über die Art der Durchführung.

Über die Art der Durchführung der Fürsorgeerziehung entscheidet eine bei der politischen Landesbehörde zu bildende Kommission (§ 12).

Das Vormundschaftsgericht hat den auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung lautenden Beschluß der Kommission unter gleichzeitiger Übersendung der Akten mitzuteilen.

Die Verfügung über die Unterbringung muß spätestens acht Tage nach Bekanntgabe des Beschlusses des Vormundschaftsgerichtes in Vollzug gesetzt werden.

§ 10.

Verpflichtung zur Durchführung.

Die Durchführung der Fürsorgeerziehung obliegt nach Maßgabe der Landesgesetze (§ 18) und, insoweit ein Landesgesetz nicht zu stande gekommen ist, nach Maßgabe dieses Gesetzes jenem Lande, in dessen Gebiete das Vormundschaftsgericht die Überweisung zur Fürsorgeerziehung beschlossen hat.

Die Landeskommission hat das Vormundschaftsgericht von der getroffenen Entscheidung über die Art der Durchführung und von der Unterbringung des Bögling's zu benachrichtigen.

§ 11.

Die Fürsorgeerziehung endet mit Vollendung des 20. Lebensjahres.

Eine frühere Aufhebung der Fürsorgeerziehung kann durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes von Amts wegen oder auf Antrag der Eltern, des Vormundes, sowie der Landeskommission erfolgen, wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweitig sichergestellt ist.

Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden.

Der Widerruf kann, wenn sich die Aufhebung als zweckwidrig erweist, vom Vormundschaftsgericht ausgesprochen werden, ohne daß es der im § 5 vorgesehenen Vernehmungen bedarf.

Gegen den Beschluß über die Aufhebung der Fürsorgeerziehung steht den Eltern und dem Vormunde des Bögling's sowie der Kommission das Rechtsmittel des Rekurses mit aufschiebender Wirkung offen.

Bis zur Rechtskraft der Entscheidung hat die Fürsorgeerziehung fortzudauern.

Ein abgewiesener Antrag darf vor Ablauf von sechs Wochen nicht erneuert werden.

§ 12.

Die oberste Leitung des Vollzuges.

Der Justizminister übt die oberste Leitung der Fürsorgeerziehung in den einzelnen Ländern durch die Landeskommission für Jugendfürsorge.

Die Landeskommission für Jugendfürsorge ist aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt:

1. Der Statthalter (Landespräsident) als Vorsitzender.
2. Ein Beamter der politischen Landesbehörde.

3. Ein vom Oberlandesgerichtspräsidentium namhaft gemachter richterlicher Beamter.

4. Zwei Vertreter des Landesauschusses.

5. Ein Vertreter der für Zwecke des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge zu einem Landesverband organisierten Privatwohlthätigkeit. In Ländern, in denen diese Organisation sprachlich gegliedert ist, können beide Verbände je einen Vertreter entsenden.

6. Ein von dem Vereine für Zwangserziehung und Jugendfürsorge bestimmter Leiter einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.

7. Ein psychiatrisch gebildeter Arzt.

§ 13.

Wirkungskreis der Landeskommision für Jugendfürsorge.

Der Wirkungskreis der Landeskommision für Jugendfürsorge umfaßt die folgenden Aufgaben:

- a) Die Ermittlung der Zahl der für die Jugendfürsorgeerziehung in Betracht kommenden Minderjährigen und des sich sonach ergebenden Bedarfes an Familien und Anstalten;
- b) die Anträge an den Justizminister, betreffend die Sicherstellung des unbedeckten Bedarfes an Erziehungsanstalten sowie des Gelderfordernisses für den Vollzug der Fürsorgeerziehung, behufs budgetärer Bewilligung der erforderlichen Mittel durch den Reichsrat und die Landtage;
- c) die grundsätzlichen Beschlüsse über die Anwendbarkeit der Familien- und Anstaltserziehung und die Entscheidung über die Art der Durchführung der Fürsorgeerziehung (§ 2);
- d) die Antragstellung an das Vormundschaftsgericht wegen Entlassung aus der Fürsorgeerziehung und die Sorge für das weitere Fortkommen des entlassenen Fürsorgezöglings, wobei als Grundsatz zu gelten hat, daß die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung nicht vor Sicherstellung einer entsprechenden Dienst-, Lehr- oder Arbeitsstelle erfolgen darf;
- e) die Bestimmung der Privatanstalten und Vereine im Sinne der §§ 21 und 38;
- f) die Kenntnisaufnahme der Berichte der Aufsichtsorgane über das Ergebnis der Aufsichtsführung in dem betreffenden Lande und die allenfalls notwendige Beschlufsfassung hierüber;
- g) die Erstattung eines Tätigkeitsberichtes für das abgelaufene Verwaltungsjahr;
- h) die Anregung von Einrichtungen und Maßnahmen im Interesse des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge.

§ 14.

Geschäftsordnung der Landeskommision für Jugendfürsorge.

Der vom Oberlandesgerichtspräsidentium als Mitglied der Landeskommision bestimmte richterliche Beamte ist der ständige Referent der Landeskommision für Jugendfürsorge, welcher die Beschlüsse der Kommision vorbereitet und durchführt.

Die Landeskommision für Jugendfürsorge faßt ihre Beschlüsse in monatlichen Sitzungen.

Der Referent trifft die Entscheidung über die Art der Durchführung der Fürsorgeerziehung innerhalb der grundsätzlichen Beschlüsse der Landeskommission (§ 13c) im einzelnen Falle; außerdem in dringlichen Fällen die mittlerweile erforderlichen Verfügungen, welche der demnächst zusammentretenden Landeskommission zur Beschlußfassung vorzulegen sind.

Für solche Fälle kann die Landeskommission aus ihrer Mitte dem Referenten einen engeren Beirat behufs unverweilter und zweckentsprechender Entscheidung über die Art der Durchführung der Fürsorgeerziehung bestellen.

§ 15.

Die Verbindung der Landeskommission für Jugendfürsorge

a) mit den politischen und Gerichtsbehörden.

Die Landeskommission für Jugendfürsorge kann zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Beschlüsse die Mitwirkung der politischen Behörden und der Gerichtsbehörden in Anspruch nehmen und sind diese verpflichtet, innerhalb ihres Wirkungskreises den diesfalls an sie ergehenden Ansuchen der Landeskommission für Jugendfürsorge zu entsprechen.

§ 16.

b) mit der Privatwohltätigkeit.

Die Landeskommission kann mit einer Privaterziehungsanstalt oder einem Vereine, welcher sich mit Kinderschutz und Jugendfürsorge befaßt, Vereinbarungen, betreffend die Durchführung des Vollzuges der Fürsorgeerziehung oder einzelner Vollzugsmaßnahmen, wie die Auswahl der zur Familienerziehung geeigneten Familien, die Ermittlung der Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen für die aus der Fürsorgeerziehung austretenden Böglinge usw., treffen.

§ 17.

c) mit dem Landesausschusse.

In allen anderen Fällen hat die Landeskommission in Durchführung des Beschlusses des Vormundschaftsgerichtes die Entscheidung über die Art der Durchführung der Fürsorgeerziehung dem Landesausschusse zuzufertigen (§ 10).

§ 18.

Der unmittelbare Vollzug der Fürsorgeerziehung, dessen Regelung durch die Landesgesetzgebung.

Die Regelung des unmittelbaren Vollzuges der Fürsorgeerziehung im Lande bleibt innerhalb der nachstehenden grundsätzlichen Bestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen.

§ 19.

Grundsätzliche Bestimmungen der Fürsorger.

Für die Überwachung der Erziehung in der eigenen Familie sowie im Falle der Erziehung in einer geeigneten fremden Familie ist ein Fürsorger zu bestellen.

Hiezu können auch Frauen bestellt werden.

Die Bestellung erfolgt durch das Vormundschaftsgericht, zunächst aus den Mitgliedern des Gemeindevorstandes.

Der Fürsorger hat alljährlich über das Ergebnis seiner Tätigkeit an die Landeskommission zu berichten.

Der Fürsorger hat Anspruch auf Vergütung der mit seiner Tätigkeit verbundenen tarifmäßig festzustellenden Barauslagen.

§ 20.

Die alljährliche Verlautbarung der Orte zur vorläufigen Unterbringung (§ 7).

Die in § 7 des Gesetzes vorgesehenen Orte (Anstalten oder Familien), in welchen Minderjährige bei Gefahr im Verzuge vorläufig unterzubringen sind, sind alljährlich im Vorhinein festzustellen und durch die Gemeindeämter zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

§ 21.

Bestimmung der Privatanstalten.

Als Privaterziehungsanstalten kommen für die Unterbringung von Minderjährigen nur diejenigen in Betracht, welche von der Landeskommission bestimmt wurden.

Im Falle eine solche bestimmte Anstalt infolge zweckwidriger Zustände die Eignung zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen verliert, kann der Justizminister auf Grund der Erhebungen seines Aufsichtsorgans und des Berichtes der Landeskommission die Bestimmung dieser Anstalt zur Aufnahme von Fürsorgezöglingen widerrufen.

In diesem Falle kommt die betreffende Anstalt für den Vollzug der Fürsorgeerziehung nicht mehr in Betracht.

§ 22.

Berücksichtigung des Glaubensbekenntnisses des Zögling.

Der Zögling ist, soweit dies möglich, in einer Familie, beziehungsweise Anstalt seines Glaubensbekenntnisses unterzubringen.

§ 23.

Ausschluß der Korrigendenabteilungen.

In Korrigendenabteilungen der Landes-Zwangsarbeitsanstalten dürfen Fürsorgezöglinge nicht untergebracht werden.

§ 24.

Pflicht der Länder zur Errichtung der erforderlichen Anstalten.
Pflicht des Staates zur Tragung der Hälfte der Kosten des Baues und der inneren Einrichtung.

Die Länder haben für die Errichtung der notwendigen Erziehungsanstalten in dem erforderlichen Ausmaße und mit den notwendigen Einrichtungen Sorge zu tragen.

Zu diesen Kosten, insoweit sie notwendiger- oder zweckmäßigerweise aufgewendet wurden, trägt der Staat die Hälfte bei.

§ 25.

Vorschriften, betreffend die Ausführung der Fürsorge-
erziehung und Verwaltung der Landesanstalten.

Ernennung der Anstaltsleiter.

Erfordernisse für die Anstellung des Erzieher- und Aufsichts-
personals.

Für die nach Maßgabe der Landesgesetzgebung errichteten Erziehungs-
anstalten haben die Landesausschüsse die notwendigen Vorschriften, betreffend
die Ausführung der Fürsorgeerziehung in den Anstalten und die Verwaltung
der Anstalten, zu erlassen.

Diese Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Ministers der Justiz
im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Unterrichts.

Die Ernennung der Leiter dieser Anstalten bedarf der Genehmigung
durch den Justizminister.

Die Landesausschüsse haben bei Bestellung des Erzieher- und Aufsichts-
personals darauf zu achten, daß diese den grundsätzlichen Anforderungen ent-
sprechen, welche der Justizminister im Einvernehmen mit den Ministern des
Innern und des Unterrichts feststellt.

§ 26.

Bereinigung der Länder zu besonderen Anstalten und Ein-
richtungen.

Die Länder können sich zum Bau von Erziehungsanstalten, beziehungs-
weise von besonderen Anstalten, zum Beispiel für hochgradig verwahrloste,
schwachsinnige oder epileptische Zöglinge oder von Einrichtungen für die Aus-
bildung des Erzieher- und Aufsichtspersonals vereinigen.

Auch in diesem Falle trägt der Staat die Hälfte der Kosten des Baues
und der Einrichtung.

Der Justizminister regelt im Einvernehmen mit den Ministern des
Innern und des Unterrichts durch ein besonderes Statut die Vertretung und
die Verwaltung einer solchen gemeinsamen Anstalt.

§ 27.

Reichsgesetzliche Anordnung des Baues von notwendigen
Anstalten.

Wenn ein Landtag die Errichtung einer notwendigen Anstalt zu beschließen
unterläßt, so kann ein Reichsgesetz die Errichtung einer solchen auf der
Grundlage der Teilung der Kosten zwischen Staat und Land anordnen.

§ 28.

Die Kosten des unmittelbaren Vollzuges.

Alle Kosten des unmittelbaren Vollzuges der Fürsorgeerziehung bestreitet
vorläufig das Land, in dem der Minderjährige zur Fürsorgeerziehung über-
wiesen wurde (§ 10).

Diese Kosten umfassen:

- a) den Aufwand für die Barauslagen der Fürsorger (§ 19);
- b) die Sicherstellung der Orte zur vorläufigen Unterbringung der Kinder (§ 7);
- c) die Kosten des Unterhalts und der Erziehung, der in dem betreffenden Lande der Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen;
- d) die Kosten für die Überführung des Zöglings in die Familie oder Anstalt sowie für die Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Zöglings und endlich
- e) die Kosten, welche bei Beendigung der Fürsorgeerziehung zum Zwecke des weiteren Fortkommens behufs Erlangung einer selbständigen Erwerbstätigkeit erforderlich erscheinen.

Auf das Land entfällt endgültig jedoch nur ein Drittel der Kosten, während das Land den Anspruch auf Ersatz der anderen zwei Dritteile hat, und zwar ist zunächst zum Ersatz eines Dritteiles der Kosten an das Land der Staat verpflichtet.

Von dieser Verpflichtung besteht nur für den im § 34 dieses Gesetzes vorgesehenen Fall eine Ausnahme.

In das letzte Drittel teilen sich endlich die bisherige Aufenthalts-, beziehungsweise Schulgemeinde und die Heimatsgemeinde des Fürsorgezöglings, sofern nicht die Landesgesetzgebung eine andere Verteilung der Kostenlast unter den beiden Gemeinden beschließt.

§ 29.

Kostenersatzpflicht des Minderjährigen, beziehungsweise seiner Angehörigen.

Das Land ist verpflichtet, den Ersatz der Kosten des Unterhaltes eines Zöglings (§ 28 c), die während der Fürsorgeerziehung entstanden, von diesem selbst oder von den gesetzlich zu seinem Unterhalte Verpflichteten zu fordern. Auf Grund der Vorschreibung des Landesausschusses findet die politische oder gerichtliche Exekution statt.

Der Ersatzanspruch genießt die Exekutionsprivilegien der Ansprüche auf Gewährung des aus dem Gesetze gebührenden Unterhaltes.

§ 30.

Die oberste Aufsicht über den Vollzug der Fürsorgeerziehung.

Die oberste Aufsicht über den Vollzug der Fürsorgeerziehung übt der Justizminister.

Dieser bedient sich hiezu besonderer dem Justizministerium untergeordneter Aufsichtsorgane, deren Aufsichtsgebiet den Sprachgebieten anzupassen ist.

Ein Aufsichtsorgan weiblichen Geschlechts führt die Aufsicht über die Mädchenanstalten.

§ 31.

Die unmittelbare Aufsicht über die Erziehung in der eigenen Familie und der Familienerziehung in fremder Familie führt der Fürsorger. (§ 19.)

§ 32.

Jahresbericht über das Ergebnis der Fürsorgeerziehung.

Die Berichte der Fürsorger an die Landeskommission für Jugendfürsorge und die Berichte der Aufsichtsorgane des Justizministeriums gehen im Wege der betreffenden Landeskommission an den Justizminister. Dieser faßt das Gesamtergebnis der staatlichen Aufsicht in einem Jahresberichte, welcher dem Reichsrat und den Landtagen mitgeteilt wird, zusammen.

§ 33.

Das in den Schul- und Sanitätsgesetzen begründete Aufsichtsrecht.

Das in den Schul- und Sanitätsgesetzen begründete Staatsaufsichtsrecht wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Der Justizminister hat im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Unterrichts Vorkehrungen zu treffen, daß die Organe zur Ausübung der vorerwähnten Staatsaufsicht, diese wenn tunlich in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsorgane der Fürsorgeerziehung ausüben.

§ 34.

Aufsichtsbefugnisse des Justizministers.

Der Justizminister ist ermächtigt, den Staatsbeitrag zu den Kosten des Vollzuges einzustellen, wenn, ungeachtet vorhergegangener Einsprache gegen vorchriftswidrige, unnötige oder unzweckmäßige Vollzugsmaßnahmen, in diesen fortgefahren wird.

Die Kosten der Aufsicht über den Vollzug der Fürsorgeerziehung trifft die Staatskasse.

§ 35.

Der Justizminister im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Unterrichts genehmigt die Vorschriften der Landesausschüsse, betreffend die Ausführung der Fürsorgeerziehung und die Verwaltung der Landeserziehungsanstalten (§ 25), und stellt die grundsätzlichen Mindestforderungen fest, denen das zu bestellende Erzieher- und Aufsichtspersonal zu entsprechen hat.

Der Justizminister genehmigt die Ernennung der Vorsteher der Landeserziehungsanstalten.

§ 36.

Überwachung der persönlichen Verhältnisse der Fürsorgezöglinge durch das Vormundschaftsgericht.

Das Vormundschaftsgericht hat alljährlich mindestens einmal die Verhältnisse der im Gerichtsbezirke zur Fürsorgeerziehung untergebrachten Minderjährigen zu erheben.

§ 37.

Schlußbestimmungen. Fürsorgeerziehung über Antrag und auf Kosten des gesetzlichen Vertreters.

Unberührt bleibt die Befugnis des Vormundschaftsgerichtes, auf Antrag des Vaters oder des sonstigen gesetzlichen Vertreters den Minderjährigen auch

aufßer den in diesem Gesetze bezeichneten Fällen auf dessen Kosten oder auf Kosten der zu seinem Unterhalte verpflichteten Personen zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder Erziehungsanstalt unterzubringen.

§ 38.

Schutz der Fürsorge durch die Privatwohlthätigkeit gegen unzeitgemäße Geltendmachung der elterlichen Rechte.

In jedem Falle, in dem die Fürsorgeerziehung für zulässig erklärt wird, wird dem Vater beziehungsweise der Mutter die Objsorge über die Person des Kindes entzogen, das Kind dem Vater beziehungsweise der Mutter für die Dauer der Fürsorgeerziehung abgenommen und steht dann dem Vater beziehungsweise der Mutter nicht mehr das Recht zu, den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und das Kind vor Beendigung der Fürsorgeerziehung zurückzufordern.

Aber auch in Fällen, in denen zwar Fürsorgeerziehung auf öffentliche Kosten nicht stattfindet, in denen aber die Privatwohlthätigkeit, das ist ein Verein oder eine Anstalt, welche die Landeskommission für Jugendfürsorge hiezu als geeignet erklärt hat, die Pflege und Erziehung eines verlassenen oder verwahrlosten oder auch nur eines solchen Kindes übernommen hat, dem die Eltern das Mindestmaß der pflichtmäßigen Aufsicht und erzieherischen Leitung nicht leisten können, sind die nunmehrigen Erzieher des Kindes berechtigt, die Übertragung der elterlichen Erziehungsgewalt mit der gleichen Wirkung wie im Falle der Fürsorgeerziehung zu verlangen.

Das Vormundschaftsgericht hat über einen solchen Antrag nach Untersuchung der Verhältnisse und Anhörung der Eltern, beziehungsweise des gesetzlichen Vertreters des Kindes Beschluß dahin zu fassen, daß die Objsorge über die Person des Kindes vom Vater, beziehungsweise Mutter oder Vormund auf den Erzieher des Kindes übergehe und daß den Eltern nun nicht mehr das Recht zusteht, vor Beendigung der Erziehung ohne gerichtliche Zustimmung den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und das Kind dem Erzieher, Anstalt oder Verein abzufordern.

Gegen Beschlüsse, welche das Vormundschaftsgericht auf Grund dieser Bestimmung faßt, steht den Beteiligten das Rechtsmittel des Recurses offen.

Durch diese Bestimmung sowie durch Überweisung zur Fürsorgeerziehung auf Grund dieses Gesetzes wird das Recht des Vormundschaftsgerichtes, dem Vater auf Grund der §§ 176 bis 178 a. B. O. B. die väterliche Gewalt zu entziehen, nicht berührt.

§ 39.

Fürsorgeerziehung eines in der Armenversorgung der Gemeinde stehenden Kindes.

Die Bestimmung des § 24 des Gesetzes vom 3. Dezember 1863, R. G. B. Nr. 105, betreffend die Regelung der Heimatsverhältnisse, wonach die der Gemeinde obliegende Armenversorgung von Kindern auch die Sorge für deren Erziehung in sich begreift, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Dies gilt auch hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden, in welcher Weise die Armenversorgung der Kinder Platz zu greifen habe (§ 25 leg. cit.), sowie hinsichtlich der Geltendmachung des Anspruches auf Versorgung, in dem durch die Gemeindeordnung festgesetzten Beschwerdezuge (44 leg. cit.).

In dem Falle aber als ein in Armenversorgung stehendes Kind durch seine Unterbringung in die Hausgenossenschaft und Gewalt von Personen gerät (Armeneinlege, Armenhaus, Pflegeparteien) bei denen die Voraussetzungen des § 1, Absatz 1 dieses Gesetzes zutreffen, kann das Vormundschaftsgericht zur Sicherung des Kindes dessen vorläufige Unterbringung (§ 7) unter gleichzeitiger Aufforderung an die Heimatsgemeinde, für ein anderes einwandfreies Unterkommen des Kindes innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu sorgen, anordnen.

Kommt die Heimatsgemeinde dieser Aufforderung nicht nach, so erfolgt die Überweisung des Kindes zur Fürsorgeerziehung.

Die Kosten der vorläufigen Unterbringung und der Fürsorgeerziehung treffen in diesem Falle die Heimatsgemeinde.

§ 40.

Verbot der Verwendung von Kindern in Wandergewerben oder als Begleitpersonen fahrender Leute.

Die Verwendung von schulpflichtigen Kindern in Wandergewerben, als Hausierer, Karrenzieher oder als Begleitpersonen fahrender Leute, wie Akrobaten, Seiltänzer usw., ist verboten.

Im Falle Minderjährige unter 18 Jahren in einer dieser Beschäftigungen betreten werden, ist im Sinne des § 4 die Anzeige an das Vormundschaftsgericht zu erstatten, welches daraufhin zu prüfen hat, ob eine der Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung, § 1, Z. 1 bis 4, vorliegt und im zutreffenden Falle dieselbe anzuordnen hat.

§ 41.

Die Vormundschaft über Fürsorgezöglinge, für welche ein Vormund zu bestellen ist.

Auf Antrag der Landeskommision kann der Vorstand einer unter öffentlicher Aufsicht stehenden Erziehungsanstalt vor den in § 196 a. BGB. bezeichneten Personen zum Vormund des in der Anstalt untergebrachten Zöglings bestellt werden.

Das gleiche gilt für Zöglinge, die unter der Aufsicht des Vorstandes der Anstalt in einer Familie erzogen werden.

§ 42.

Die Übertretung der Vereitlung der Fürsorgeerziehung.

Wer, abgesehen von dem Falle des § 96 des Strafgesetzbuches, einen Minderjährigen, bezüglich dessen das gerichtliche Verfahren auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung eingeleitet oder die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung angeordnet ist, dem Verfahren oder der angeordneten Fürsorgeerziehung entzieht oder ihn verleitet, sich dem Verfahren oder der Fürsorgeerziehung zu entziehen, oder wer ihm dazu behülfslich ist, macht sich einer Übertretung schuldig und ist mit strengem Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten, womit auch eine Geldstrafe bis zu 500 Kronen verbunden werden kann, zu bestrafen.

Die Entscheidung über die in dem vorhergehenden Absätze normierte Übertretung der Vereitlung der Fürsorgeerziehung steht dem Bezirksgerichte zu.

§ 43.

Abänderung des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, RGB. Nr. 117.

Mit dem Inseblebentreten dieses Gesetzes tritt

- a) an Stelle des § 2, lit. d des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, RGB. Nr. 117, die folgende Fassung: „daher wird die Handlung nicht als Verbrechen zugerechnet, wenn der Täter das 14. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat. Zu dem Falle jedoch, wenn der Täter zwar das 14., aber noch nicht das 18. Lebensjahr zurückgelegt hat, wird die strafbare Handlung auch dann nicht als Verbrechen angerechnet, wenn sie auf Verwahrlosung zurückzuführen ist (§ 1, Alinea 3 des Gesetzes, betreffend die Fürsorgeerziehung Minderjähriger);
- b) an Stelle der §§ 237, 269 bis 273 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, RGB. Nr. 117, tritt die folgende Bestimmung:

Unmündige, welche eine strafbare Handlung begehen, können wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Minderjährige, welche zwar das 14., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, können wegen einer strafbaren Handlung nur dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn diese nicht auf Verwahrlosung zurückzuführen ist.

Liegt Verwahrlosung vor (§ 1, Alinea 3), erfolgt Überweisung zur Fürsorgeerziehung.

§ 44.

Änderungen der Gesetze vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 89 und 90.

An Stelle der Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 89, tritt folgende Bestimmung:

Gegen Minderjährige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, finden die Strafbestimmungen der §§ 1 bis 7 keine Anwendung.

Dieselben werden, im Falle sie landstreichend oder bettelnd betreten werden, im Sinne des § 1, Z. 3 dieses Gesetzes behandelt.

Minderjährige weiblichen Geschlechts, die mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treiben, desgleichen die Zuhälter öffentlicher Dirnen sind auf Grund des § 1, Z. 4, der Fürsorgeerziehung zu überweisen.

Im Falle die Zuhälter öffentlicher Dirnen das 18. Lebensjahr überschritten haben, sind dieselben im Sinne der §§ 1, 3, 4 und 5, vorletzter Absatz, und 7 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 89, zu behandeln.

§ 45.

An Stelle des Schlusssatzes des § 6 des Gesetzes vom 24. Mai 1885 RGB. Nr. 90, treten die Worte: „5. Personen, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben.“

Ferner werden in der Überschrift sowie in dem ersten Absätze der §§ 16 und 17 und im zweiten Absätze des § -19 die Worte „Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten“ in „Zwangsarbeitsanstalten“ geändert, die §§ 13 bis 15 und 16, Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 90, werden aufgehoben.

§ 46.

Vollzugsklausel.

Dieses Gesetz tritt ein Jahr nach dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Meine Minister der Justiz, des Innern, des Unterrichts und der Finanzen beauftragt.

Oberlehrer A. Brbka-Znaim:

Sicherung guter Erziehungsergebnisse und die Stellungnahme der Lehrerschaft zur Fürsorge-Erziehung.

Die Anschauung der Lehrerschaft in dieser Frage geht dahin, daß man vorerst die in den Schulgesetzen vorgezeichneten Wege betreten müsse, um einerseits gute Erziehungsergebnisse zu sichern, andererseits die in der Schul- und Unterrichtsordnung vorgeschlagenen Hilfsinstitutionen zu schaffen, welche so lange als ein ziemlich ausreichender Notbehelf zu gelten hätten, bis das große Werk der Fürsorgeerziehung auf allen Gebieten ausgestattet wäre.

In dieser Beziehung kommen in Betracht die Momente:

A. 1.

Der Lehrer als Amtsperson.

Geistliche, Lehrer, Mitglieder des Ortschaftsrates mögen, soweit sie in Ausübung ihres Amtes oder Dienstes als Erzieher in Betracht kommen, ausdrücklich im § 68 des österreichischen Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 unter jene Personen subsummiert werden, welchen im Interesse des Staates eine gewisse strafrechtliche Sonderstellung eingeräumt wird. Der Amtsschutz jener Personen bestehe in jener Sonderstellung, wenn gegen sie bei der Ausübung ihres Amtes gewisse im Strafgesetze erwähnte Handlungen vorgenommen werden. Dieser Schutz äußert sich bisweilen in der ausnahmsweisen Verfolgung von Amts wegen, dann in der Strafbarkeit sonst gerichtlich nicht strafbarer Handlungen und schließlich in der Erhöhung des Deliktgrades von Vergehen zum Verbrechen.

A. 2.

Zur Fürsorgeerziehung gehört auch die Sorge für einen guten Schulbesuch; dies wirkt der Verwahrlosung gegenüber vorbeugend. Die bisherigen Mittel, ihn zu erhalten, langen nicht aus, auch ist das Verfahren abzufürzen und das Strafmaß zu erhöhen, beziehungsweise hat die Ahndung der Schulverräumnisse auch bei Vermögenden mit Arrest zu erfolgen, wenn die Absicht der Beschuldigten erwiesen ist, daß sie die Arbeitskräfte ihrer Kinder mißbrauchen.

Bei wiederholter Säumnis seien die Schulbehörden angewiesen, das Verfahren nach § 178 a. BGB. beim Pflegschaftsgerichte einzuleiten. Es möge ausdrücklich im Gesetze betont werden, daß Eltern, welche ihre Kinder die Schule nachlässig besuchen lassen, damit die Erziehung ihrer Kinder so arg vernachlässigen, daß gegen sie im Wege des Pflegschaftsgerichtes vorgegangen werden könne, und sie auch nach den Bestimmungen des Fürsorgegesetzes abgeurteilt werden könnten.

A. 3. 4.

Außer den schon genannten Mitteln, der Verwahrlosung vorzubeugen, wäre zu jenem Zwecke zu empfehlen: die Ahndung der Kinderarbeit.

Im Gesetzeswege ist zu erwirken:

1. das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuches durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder;
2. jede erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder unter zwölf Jahren ist zu verbieten;
3. ebenso die Arbeit älterer Kinder morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr abends und an Sonntagen;
4. die Dauer der regelmäßigen täglichen Erwerbsbeschäftigung ist möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind;
5. ganz zu verbieten ist: Gauflieren, Beschäftigung in Wirtshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden;
6. die staatliche Aufsicht ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft auszudehnen. Ferner ist zu verbieten:
 - a) die Verabfolgung von Tabak und Schnaps an Jugendliche;
 - b) die Tanzunterhaltung Jugendlicher;
 - c) der Ankauf feilgebotener Gegenstände von Jugendlichen;
 - d) der Kinderbettel, und
 - e) die Ausübung der Prostitution im unmündigen Alter.

A. 5.

Verhältnis des PflEGschaftsgerichtes zur Schule.

Der amtliche Verkehr zwischen PflEGschaftsgericht und Schule ist ein direkter.

Anträge betreffend die Garantie der Erziehung oder die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung stellt der Ortschulrat, in dringenden Fällen der Schulleiter.

Zu Waisenräten und Fürsorgern sind Mitglieder des Ortschulrates resp. der Pfarrer und der Schulleiter zu bestellen.

A. 6.

Über öffentliche Zahlungspflicht der Eltern bei Vernachlässigung der öffentlichen Erziehung.

Jede Familie hat für die Kosten der Kindererziehung ganz oder teilweise aufzukommen; nur in äußersten Fällen, bei nachgewiesener vollständiger Invalidität und Arbeitsunfähigkeit ist davon abzusehen. Bei leichtfertiger Entziehung der zur Erziehung der Kinder notwendigen Mittel durch Trunk, Spiel, Leichtsinns usw. sind die Schuldigen gerichtlich zu belangen (siehe § 22 des Entwurfes eines Erziehungsgesetzes).

A. 7.

Über strenge Durchführung der §§ 139–149 des bürgerlichen Gesetzbuches.

Durch Vermittlung des Ortschulrates, der Schulleitung und der Fürsorger hat das PflEGschaftsgericht strenge vorzugehen gegen alle Personen,

welche gegen die ihnen in obigen Paragraphen auferlegten Pflichten verstoßen.

Aber auch die strengste Durchführung dieser Paragraphen ist noch nicht zweckdienlich, weil es Eltern gibt, die sich mit Vorbehalt der Erzieherpflichten entledigen, die Drohung mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte wäre schon entprechender, die Bestimmung des Poor Law-Aktes aber die zweckmäßigste Vorkehrung.

A. 8.

Über Bestellung der Mitglieder des Ortschulrates als Fürsorger und Waisenträte siehe § 3 des Fürsorgegesetzentwurfes.

A. 9.

Für die zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre stehenden Knaben und Mädchen sind Fortbildungsschulen zu schaffen, für Mädchen besonders Koch- und Haushaltungskurse oder Vereinigungen anzustreben, die vielleicht unter dem Namen „Jugendbund“ folgendes anstreben: an Sonntag-Nachmittagen:

Lektüre,

Belehrung durch berufene Personen über Pflichten und Rechte der Staatsbürger,

eine Sparvereinigung,

gesittete Unterhaltungen, gemeinschaftliche Ausflüge, Pflege von Gesang, Musik und Turnen.

A. 10.

Im vierten Abschnitte der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung werden in den §§ 212–220 Maßnahmen getroffen zur Sicherung einer gedeihlichen Erziehung der Jugend, welche mit den Abschnitten vorliegenden Entwurfes innig zusammenhängen. Nähere Anordnungen erwartet die Lehrerschaft mit Sehnsucht von der hohen Landes Schulbehörde.

B.

Waisenfürsorge.

Soweit in den Kronländern das mustergültige Kinderchutzgesetz Steiermarks nicht eingeführt ist und die Anstaltserziehung der Waisenkinder noch nicht in ausreichendem Maße gesichert ist, muß man sich begnügen mit der Familienerziehung (Koloniensystem) und dem Gruppensystem, mit der Gründung von Freiplätzen an geeigneten Privatanstalten und insbesondere mit der Schaffung der Institution der Waisenträte in jeder Gemeinde.

Unter Umständen ließe sich da vieles praktischer gestalten und ausbauen, wenn eine fachkundige Hand sich über das Gebiet und die zur Verfügung stehenden Mittel orientiert.

Ein Beispiel dafür ist Mähren.

Im Jahre 1906 stand dem Kronlande ein Betrag von 2,914.737 Kronen aus den Gebärungsüberschüssen der Waisenkassen zum Zwecke der Waisenfürsorge und der verwandten Gebiete zur Verfügung, nach Abzug der Gesamtausgaben beim Landesfonds 1,293.219 K.

1. Davon votierte man für die drei Landeswaisenhäuser (Raigern, Wjetin, Kromau), 240 Waisen, 124.800 K;

2. für die zwei Landeserziehungshäuser in Mügltitz und Boskowitz (200 Zöglinge) 106.000 K;

3. für 324 Landesstiftsplätze an nicht vom Lande erhaltenen Anstalten 114.460 K;

4. für bleibende Subventionen 5600 K;

5. Dotation zur Unterbringung von schwachsinigen, zugleich verwaisten oder verlassenen Kindern in Anstalten für Schwachsinige, 13 Kinder, 6000 K;

6. Dotation zur Bedeckung der Verpflegskosten für verwaiste und verwahrloste, nach Mähren zuständige Kinder in Erziehungsanstalten anderer Kronländer und für Zwecke der Familienpflege schätzungsweise höchstens 150 Böglinge 80.000 K.

Summe der Verwendung 433.860 K.

Deshalb verbleiben von dem für die 6 angeführten Posten votierten Betrag von 460.000 K 26.140 K verfügbar.

Dabei hat man Vorsorge getroffen für 240 Waisen, 200 Verwahrloste, 13 verwahrloste und 474 Kinder verschiedener Kategorie. Summe 927.

Dieser Summe von 927 Kindern, für welche vorgesorgt ist, stehen gegenüber: Im Jahre 1905 2779 schwachsinige Kinder, von welchen 517 zugleich arm und verwaist sind; 1892 im schulpflichtigen Alter stehende Kinder, welche wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens keinen Unterricht genossen haben; 108 im schulpflichtigen Alter normal entwickelte Kinder, welche keinen Unterricht genossen haben, macht für das Jahr 1905 allein 4779 Kinder, die ohne Vorsorge geblieben sind.

Nimmt man aber die Fürsorge in Anschlag für alle verwaisten, nicht vollsinigen, schwachsinigen, verwahrlosten und gefährdeten Kinder bis zum 18. Lebensjahre, so haben wir es mit einer Summe von 31.000 Individuen zu tun, worunter 10.000 deutsche Kinder gezählt werden.

In Anbetracht der bedeutenden Auslagen, welche für die 324 Landesstiftsplätze und für die in fremden Anstalten untergebrachten Fürsorgebedürftigen aufgewendet werden, erscheint es als praktischer und billiger, im eigenen Lande entsprechende Anstalten zu gründen und zu vermehren. Selbst insofern nur Waisen in Betracht kommen, könnte man eine größere Anzahl derselben unterbringen, wenn entsprechende Anstalten vorhanden wären.

Die Auslagen für 324 Stiftungsplätze und für fremde Anstalten betragen 223.063 K, wofür nur 487 Kinder verpflegt werden, während in Landesanstalten die doppelte Zahl versorgt wäre.

Deswegen hat schon der Deutschmährische Lehrerbund eine Petition in Vorbereitung mit der Bitte um Vermehrung der Anstalten für nicht Vollsinige; Errichtung von Anstalten für Krüppelhafte; Errichtung von Anstalten für Schwachsinige in Brünn und den großen Industriebezirken, z. B. Wittowitz; Errichtung von Hilfsschulen resp. Hilfsklassen auf dem flachen Lande und in Städten für schwachsinige Kinder, für verwahrloste Kinder und für zurückgebliebene, vernachlässigte aber normale Kinder.

Wie arg auch die öffentliche Fürsorgetätigkeit zerplittert ist, erfieht man in Mähren.

Hier existieren drei Waisenhäuser, zwei Landeserziehungshäuser, sechzehn Waisencolonien.

Das Land unterstützt 28 Waiseninstitutionen (Privatinstitute), zählt 324 Stiftsplätze und wendet noch so hohe Summen für anderwärts untergebrachte Fürsorgebedürftige auf.

Dies im Rahmen des Waisenrefforts.

Überdies hat Mähren drei Taubstummeninstitute (Brünn deutsch, Eiben-
schitz und Leipniz tschechisch), zwei Besserungshäuser (Brünn und Orzowo-

hostig) mit 632 Pflegebefohlenen, ein Blindeninstitut mit 136 Zöglingen (gegen 1600 Blinde). Rechnet man dazu den nie versiegenden Quell der Privatwohlthätigkeit, so wird man ermessen können, was mit diesen Mitteln geschaffen werden könnte, wenn alles wohl organisiert in einer Hand läge. Und doch, was ist es im Vergleich zu dem Umfange der ganzen, großen Not!

Die Sorge für die Erziehung der Jugend, welche verwaist ist oder zu verwahrlosen droht, ist eigenen Erziehungs-, Waisenräten oder Fürsorgern zu überantworten. Das Amt der Waisenräte, wie es bisher gedacht ist, wäre mit dem Amte der Fürsorger im Sinne der def. Schul- und Unterrichtsordnung zu verbinden, weil der Wirkungskreis beider sehr verwandt ist. Diese Funktionäre wären in jeder Gemeinde zu wählen, der Gemeindevorstand ist beizuziehen.

Ihre Aufgabe wäre:

1. Überwachung der Ob Sorge der Vormünder oder Kuratoren für die Person des Pflegebefohlenen;

2. Anzeige von Fällen, in welchen ein Vormund oder Kurator zu bestellen ist;

3. Vorschlag von Vormündern in besonders qualifizierten Fällen;

4. Anzeigen von Fällen des Mißbrauches der elterlichen oder vormundtschaftlichen Gewalt;

5. Anzeige von Fällen der Vernachlässigung oder Nichterfüllung der väterlichen oder vormundtschaftlichen Pflichten, von Gefährdung des Mündelgutes;

6. Auskunftserteilung über das persönliche Ergehen und Verhalten eines Pflegebefohlenen oder eines schulpflichtigen Kindes oder eines Minderjährigen überhaupt in der Richtung:

a) ob eine gedeihliche Erziehung überhaupt möglich ist;

b) ob der Schulbesuch, die Ernährung, die Bekleidung und Wohnung gesichert ist;

c) ob genügender Schutz vor Mißhandlung, aber auch die Zucht gesichert ist;

d) ob Verwahrlosung droht oder schon eingetreten ist;

7. Vorschläge zu erstatten, wie ein auftretendes Übel zu beheben wäre, wie der Verwahrlosung zu steuern wäre;

8. Ob Sorge für Versorgung der ihrer Schulpflicht Entwachsenen, um die sich Eltern und Vormünder nicht kümmern;

9. Überwachung der aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen;

10. Ob Sorge für die mit den Gesezen in Konflikt geratenen Jugendlichen.

Der Fürsorger wird vom Schulleiter bezüglich der schulpflichtigen Kinder, vom Gemeindevorstande bezüglich der ihrer Schulpflicht entwachsenen Jugend informiert und der Lehrerkonferenz beigezogen, welche dem Ortschulrate, respektive dem Bezirksschulrate Vorschläge zur Unterbringung in Fürsorgeerziehung erstattet.

Der Fürsorger hat die Familien aufzusuchen und den Tatbestand festzustellen, ratend, ermahnend, aber auch fürsorgend einzugreifen. Für seine Tätigkeit wird ein Regulativ notwendig.

Die Gemeindevaisenräte setzen sich zum Bezirkswaisenrat zusammen, der aus den Gemeindevaisenräten und dem Gerichtsvorsteher besteht. Er hält alle Vierteljahre eine Sitzung ab. Auf diese Weise wird in wirksamer Weise ein Zusammenhang zwischen Schule, Haus- und Pflégschaftsgericht hergestellt und erhalten.

Zum weiteren Ausbau dieser Organisation wäre ein Landeswaisenrat gedacht.

Diesen Institutionen soll fördernd zur Seite stehen ein Kinderschutz- oder Pflégschaftsverein. Er hat die Wirksamkeit des Waisenrates zu unterstützen, insbesondere die Frauenwelt in den Dienst der Sache zu stellen und gemeinsam mit dem Waisenrate gegen die drückende Erziehungsnot anzukämpfen. Auch diese Vereine organisieren sich zu Bezirks- und Landesverbänden.

C.

Rahmen-Entwurf eines Fürsorgegesetzes.

§ 1. Minderjährige, welche das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, können der Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

- a) wenn der Tatbestand der §§ 139 und 141 des bürgerlichen Gesetzbuches nicht Platz greift; wenn im Sinne der §§ 142 und 143 nicht vorgehen werden kann; wenn die Eltern den Bestimmungen des § 145 nicht nachkommen;
- b) wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafgerichtlich nicht verfolgt werden sollte, sondern der sicherheitsbehördlichen Ahndung zu überantworten ist;
- c) um die drohende Verwahrlosung zu verhüten;
- d) wenn die Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstiger Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist;
- e) wenn schulpflichtige Kinder für ihre Mitschüler in moralischer Beziehung eine Gefahr bedeuten, können sie der Fürsorgeerziehung überantwortet werden.

§ 2. Die Fürsorgeerziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie, in einer eigenen Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt.

Von zahlungsfähigen Familien oder von eben solchen Fürsorgezöglingen erhebt das Land den vollen Kostenbetrag, auch kann, je nach Umständen, der teilweise Ersatz der Kosten angesprochen werden.

Die Fürsorgeerziehung kann auch unter Widerruf und unter vom Pflégschaftsgerichte bestellter Aufsicht

- a) in der eigenen Familie des Zöglings,
- b) in einer anderen Familie erfolgen.

Zur Not können Zöglinge, solange keine eigentlichen Fürsorgeanstalten bestehen, in eigenen Abteilungen der Armenhäuser oder in ähnlichen Anstalten, doch nie in Arbeits- oder Korrektionshäusern oder Gefängnissen untergebracht werden.

§ 3. Für in Familien untergebrachte Zöglinge sind Fürsorger zu bestellen. Der Fürsorger ist Mitglied des Gemeindewaisenrates, der auch die Vormundschafspflichten über die verwaiseten, unehelichen und vernachlässigten Kinder übernommen hat. Er wird den Sitzungen des Ortschulrates, den Lehrerkonferenzen, welche im Sinne des Kapitels IV der Schul- und Unterrichtsordnung abgehalten werden, beigezogen, steht im direkten Verkehre mit dem Pflégschaftsgerichte, welches die Fürsorger des Bezirkes je nach Umständen zu Sitzungen einberuft. Größere Gemeindewesen teilt man in Bezirke. Diese Bezirksorganisation kann über das Land und über das Reich ausgebaut

werden. Die Aufgabe der Fürsorger ist sub B. angegeben. Der Fürsorger hat das Einspruchsrecht gegen die Entscheidungen des Pflégschaftsgerichtes. Er hat Anspruch auf Vergütung seiner Barauslagen, auch kann ihm von Staats wegen eine Entlohnung für seine Mühewaltung zugesprochen werden.

§ 4. Der Fürsorger hat die Erziehung und Behandlung der ihm zugewiesenen Zöglinge zu überwachen, er hat den Zögling in der Familie aufzusuchen, sich von der Art der Pflege, Erziehung und Beschäftigung zu überzeugen, sich zu vergewissern, daß der Schulbesuch regelmäßig ist und die verträglichen Bestimmungen eingehalten werden. Er hat für die Unterbringung des Zöglings in die Lehre und ein angemessenes Unterkommen zu sorgen, den Verdienst desselben zu kontrollieren und über alle Wahrnehmungen dem Pflégschaftsgerichte zu berichten.

Familienvorstand und Zögling müssen den Anordnungen des Fürsorgers nachkommen vorbehaltlich der Beschwerde beim Pflégschaftsgericht.

Der Fürsorger muß derselben Nationalität und Konfession wie der Zögling sein. Für Mädchen sollen womöglich Frauen als Fürsorger bestellt werden.

§ 5. Die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung erfolgt, nachdem das Vormundschaftsgericht in kurzem Wege durch Abstimmung das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 1 festgestellt und die Unterbringung beschlossen hat.

§ 6. Den diesbezüglichen Antrag stellt der Fürsorger, in dringenden Fällen die Schulleitung, in Städten mit eigenem Statut der Bezirkschulrat. Der Antrag stützt sich auf die in der Schule gemachten Wahrnehmungen über Schulpflichtige und auf den vom Gemeindevorstande oder von der Polizei eingeholten Bericht.

§ 7. Das Pflégschaftsgericht hat vor der Beschlußfassung die Eltern, Vormünder und den zur Fürsorgeerziehung Beantragten, wenn er das 14. Lebensjahr erreicht hat, zu hören.

Aber auch über der Schulpflicht Entwachsene hat der Schulleiter und der Ortschulrat zu berichten, wenn es sich um eine Fürsorgeangelegenheit handelt.

§ 8. Von der erfolgten Beschlußfassung sind die gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, dieser selbst, wenn er 14 Jahre alt ist, dann die Schulleitung und der Ortschulrat zu verständigen.

§ 9. Die berufenen Personen: Eltern, Vormünder, der über 14 Jahre alte Minderjährige können gegen den Beschluß die Beschwerde erheben. Konnten die Eltern oder die gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen nicht gehört werden, so können sie die Wiederaufnahme des Verfahrens verlangen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, das Pflégschaftsgericht hat die vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anzuordnen.

§ 10. Alle dabei erwachsenen Kosten trägt die Heimatgemeinde, wenn der betreffende Zögling selbst oder dessen Vertreter nicht zahlungsfähig sind, oder wenn die Überweisung endgültig angeordnet wurde.

§ 11. Immer ist auch bei der Anstalts-erziehung auf das nationale Moment und das Glaubensbekenntnis des Zöglings Rücksicht zu nehmen und seine Erziehung in diesem Sinne zu sichern. Die Anstaltsleitung hat von der Aufnahme, von seiner Unterbringung und von seiner Entlassung dem Pflégschaftsgerichte Mitteilung zu machen. Die Unterbringung hat die Polizei zu besorgen. Die Begleiter sind mit besonderer Sorgfalt zu wählen, weibliche Zöglinge erhalten weibliche Begleiter.

§ 12. Die Kosten der Ausstattung des Zöglings, der Reise desselben, der Beerdigung des Verstorbenen, der Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen fallen der Heimatgemeinde zu, wenn die Eltern des Zöglings

über kein Vermögen verfügen oder kein solches Einkommen haben, daß sie dieselben decken könnten, und sei es nur teilweise.

§ 13. Das gerichtliche Verfahren ist gebühren- und stempelfrei, ebenso die Verträge über Unterbringung von Zöglingen, doch müssen den einvernommenen Personen die baren Auslagen aus der Staatskasse ersetzt werden.

§ 14. Die Fürsorgeerziehung ist hauptsächlich eine Erziehung zur Arbeit und endigt mit der Minderjährigkeit.

Der Unterricht führt zur Erwerbung eines Wissens im Umfange der Volksschule.

§ 15. Ist der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung desselben anderweitig gesichert, so kann die Fürsorgeerziehung früher aufgehoben werden. Dies geschieht von Amts wegen oder auf Antrag des Fürsorgers, des Anstaltsvorstandes, der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen beim Pflegschaftsgerichte. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden. Der vorzeitig Entlassene ist der Fürsorgeaufsicht unterstellt.

§ 16. Eine eingebrachte Beschwerde gegen einen ablehnenden Beschluß des Pflegschaftsgerichtes geht an die Obervormundschaft, hat keine aufschiebende Wirkung und kann im Falle der Abweisung vor Ablauf von 6 Monaten nicht erneuert werden.

§ 17. In einem jeden Kronlande sind nach Verhältnis eigene Fürsorgeerziehungsanstalten zu errichten. Bis dahin sind zur Unterbringung der Fürsorgebedürftigen geeignete Privatanstalten heranzuziehen sowie Hilfs- oder Disziplinarklassen und eben solche Schulen zu errichten.

§ 18. Die Kosten der Errichtung der Anstalten, die Erhaltung derselben, die Kosten der Erhaltung der Zöglinge, die Kosten der in Privatinstituten Untergebrachten und auch die Kosten der Hilfsinstitutionen trägt der Staat. Zahlungsfähige Parteien zahlen für ihre Kinder, der Staat ist zur Einholung von Landesbeiträgen berechtigt.

§ 19. In den zu errichtenden Fürsorgeanstalten sind für nicht Vollsinnige, für Schwachsinnige und Minderwertige, eventuell für Krüppel eigene Klassen zu errichten, wenn für solche Unglücklichen nicht eigene Anstalten bestünden. Die nicht Vollsinnigen und Schwachsinnigen sollen über das 18. Lebensjahr hinaus in der Anstalt bleiben und dort dauernde Beschäftigung finden, wenn man für sie anderweitig keine passende Arbeit gefunden hat.

§ 20. Den Landes Schulbehörden der einzelnen Kronländer obliegt es, wegen der Lehrpläne, der Organisation der Anstalt und der Leitung derselben, sowie wegen der Anstaltstarife Vorschläge zu machen.

§ 21. Die Aufsicht über solche Anstalten führt eine Kommission, bestehend aus pädagogischen, juristischen und medizinischen Fachmännern.

Der juristische Fachmann entfällt, wenn der Anstaltsleiter die Vormundschaft über seine Zöglinge führt.

Die Oberaufsicht hat eine Kommission, bestehend aus je zwei Mitgliedern des Landes Schulrates und des Obervormundschaftsgerichtes. Diese Körperschaft faßt die Jahreshauptberichte ab und legt sie in 2 gleichlautenden Exemplaren dem Unterrichts- und Justizminister vor. Das letztere Ministerium hat nun insoweit auf die ganze Fürsorge-Angelegenheit Einfluß, insofern rein juristische Momente in Betracht kommen, während das Unterrichtsministerium in allen übrigen Fällen kompetent ist.

§ 22. Wer die Fürsorgeerziehung in irgendeiner Art behindert oder leichtsinnig Zustände schafft, daß Verwahrlosung droht und die Fürsorgeerziehung ausgesprochen werden muß, oder die zur Erziehung seiner Kinder notwendigen Mittel der Sache leichtsinnig oder geheim entzieht, oder aus

Arbeitszwecken die zur Erziehung seiner Kinder notwendigen Mittel nicht anstrebt, verfällt einer Arreststrafe von einem Tag bis zu zwei Jahren oder einer Geldstrafe von 10 bis 2000 K.

D. und E.

Für schwachsinrige, minderwertige Kinder wären Hilfs- und Arbeitszwecken zu errichten.

Für solche Kinder ist eine eigene Anstaltserziehung einzurichten (siehe §§ 17 und 19 des eigentlichen Fürsorgegesetzes).

Sie dürfen nicht Irrenhäusern überantwortet werden.

Die Inhaftierung eines gemeingefährlichen Schwachsinrigen soll auch ohne vorausgegangenen Delikt erfolgen können. Ebenso sind schwachsinrige Verbrecher nicht in Irrenhäusern, sondern in eigenen Arbeitsanstalten unterzubringen. Diese Haft ist beschränkt oder nach Umständen lebenslänglich.

Die Bestrebungen hochherziger Juristen suchen die Gegensätze in der strafgerichtlichen Behandlung jugendlicher Personen zu überbrücken, wobei vernichtende Härte einerseits, Gnade für Recht anderseits, inmitten das wenig verlässliche Mittel der häuslichen Züchtigung und das Auskunftsmitel der Not: Einschließung an einem gesonderten Orte zu tage treten; mögen sie bald eine Einigung erzielen!

Immer lebendiger wird die Tendenz, jugendliche Verbrecher vor verderblicher Berührung mit älteren Verbrechern zu bewahren. Man strebt allen Ernstes die Separierung jugendlicher Verbrecher an. So wurden Jugendgruppen, z. B. in Mähren bei den Gerichtshofgefängnissen in Tglau und Olmütz in Aussicht genommen.

Doch wären die jugendlichen Verbrecher in eigenen Häusern unterzubringen, wo sie eine systematische Arbeitserziehung genießen sollen. Nach der Freilassung sollten sie überwacht werden, nachdem man ihnen Gelegenheit zur Arbeit gegeben hat. Der Fürsorger kann im Falle der Notwendigkeit einen Antrag auf Rückverweisung zur Arbeitserziehung stellen, wenn der Freigelassene Anlaß dazu gibt.

Nicht Strafe, sondern Macherziehung tut hier Not. Das Verbrechen, das an dem Kinde gestraft werden soll, haben gar oft diejenigen verschuldet, denen der Staat die Jugenderziehung anvertraut hat. Um sich menschenmöglich dem Ideale der Gerechtigkeit zu nähern, wäre die Institution der Jugendrichter nach dem Muster Englands anzustreben.

Weg zur Erreichung der angestrebten Bestimmungen.

Manches davon kann im Verordnungswege, anderes nur im legislativen Weg erreicht werden. Der Weg ginge einerseits durch den hohen Landesrat und das Unterrichtsministerium, anderseits wegen der notwendigen Einigung in pädagogisch-juridischen Fragen durch das Oberlandesgerichtspräsidium und das Justizministerium, endlich durch die gesetzgebenden Körperschaften.

Dem am 18., 19. und 20. März in Wien tagenden Kongresse sind folgende Punkte zur Durchführung zu empfehlen:

Zur Sicherung der guten Erziehungsergebnisse unter normalen Verhältnissen ist anzustreben:

a) Amtsschutz der Lehrerpersonen im Sinne des § 68 des österreichischen St. G., 27. Mai 1852;

b) Minderung der Schulversäumnisse nach § 178 des a. B. G. beim Pflugschafftsgerichte;

c) Aufhebung der Schulbesuchserleichterungen, des Schulgeldes;

- d) Abndung der ausbeuterischen Kinderarbeit;
- e) 1. Tabak- und Schnapsverbot für Jugendliche;
- 2. Verbot der Tanzunterhaltung Schulpflichtiger;
- 3. Verbot des Ankaufes von Gegenständen, welche seitens Jugendlischer feilgeboten werden;
- 4. Verbot des Kinderbettels;
- 5. der Ausübung der Prostitution im unmündigen Alter ist mit allen Mitteln zu begegnen;
- f) Regelung des Verhältnisses zwischen Pflégschaftsgericht und Schule (direkter Verkehr);
- g) öffentliche Zahlungspflicht der Eltern bei Vernachlässigung der öffentlichen Erziehung;
- h) nachdrücklichere Durchführung der §§ 139 bis 149 des a. BGB.;
- i) Bestellung der Lehrerpersonen als Fürsorger im Sinne der def. Schul- und Unterrichtsordnung;
- j) Vorsorge für die Jugend von 14 bis 18 Jahren;
- k) Erlassung zweckmäßiger Durchführungsbestimmungen zu den §§ 212 und 220 der neuen Schul- und Unterrichtsordnung.
- l) Es müsse veranlaßt werden, daß dem § 59 des Reichsvolksschulgesetzes und den §§ 6, 26, 82, 165 der Schul- und Unterrichtsordnung volle Rechnung getragen werde. — Revision des piemesischen Entwurfes eines Erziehungsgesetzes.

Zur Waisenfürsorge:

- a) Schaffung eines Kinderschutzgesetzes (siehe Steiermark);
- b) Regelung der Waisenpflege, Vermehrung der Waisenhäuser;
- c) Aktivierung der Waisenträte;
- d) ihre Organisation im Lande und im Reiche.

Zur Jugendfürsorge:

- a) Schaffung eines Fürsorgegesetzes;
- b) sofortige Schaffung von Hilfsinstitutionen:
 - für vernachlässigte, aber sonst normale Kinder;
 - für schwachsinige Kinder (§ 6 der Schul- und Unterrichtsordnung);
 - für verwahrloste Kinder (§ 82 der Schul- und Unterrichtsordnung);
 - für nicht vollsinige Kinder (§ 26 der Schul- und Unterrichtsordnung);
 - für krüppelhafte Kinder.

Zur Fürsorge für nicht Vollsinige und für Schwachsinige:

Schaffung eigener Anstalten.

Zur Fürsorge für jugendliche Verbrecher:

Nacherziehung und Arbeits- und Zwangserziehung in eigenen Anstalten;
Bestellung von Jugendrichtern.

Zu einer gründlichen Orientierung über Wesen und Einrichtung der Fürsorgeerziehung ist das Studium von Spezialwerken unerlässlich und es wäre ganz vergebliche Mühe, aus der sehr umfangreichen Literatur auch nur das Wesentlichste in kurzer Form zur Darstellung bringen zu wollen.

Insbesondere ist für unsere Verhältnisse das Studium der Schriften des I. Österreichischen Kinderschutzkongresses von großer Wichtigkeit.

Wir haben es im folgenden versucht, wenigstens die Verhandlungen über die Fürsorgeerziehung am I. Österreichischen Kinderschutzkongresse in Schlagworten anzudeuten, um allen Interessenten eine Übersicht über die Debatte zu ermöglichen; diese Darstellung zeigt allerdings auch, wie sehr die Debatten in die Breite statt in die Tiefe gegangen sind und enthalten dadurch eine Mahnung für uns alle, den Hauptwert unserer Arbeit in praktischer Tätigkeit und nicht in endlosem Debattieren zu erblicken.

Grundlage. Gutachten Prof. Dr. Heinrich Reichers über die Organisierung der Fürsorgeerziehung in Österreich und die dadurch bedingte Änderung des Jugendstrafrechtes.

1. Der gegenwärtige Rechtszustand, soweit er die verwahrloste Jugend berührt.
2. Die öffentlich-rechtliche Fürsorge für die verwahrloste Jugend in ihrer geschichtlichen Entwicklung.
3. Die Aufgaben der staatlichen Obervormundschaft. Die sozial- und die kriminalpolitischen Aufgaben der Gesetzgebung und der Regierung in Österreich.
4. Gesetzentwurf.
5. Motivenbericht.
 - a) Begriff der Verwahrlosung.
 - b) Die gesetzlichen Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung (strafbare Handlung, Maßnahmen zur Belebung des Pflichtbewußtseins der Eltern und sonstigen Aufsichtspersonen).
 - c) Die Fürsorgeerziehung. (Einleitung des Verfahrens, oberste Leitung der Fürsorgeerziehung, oberste Aufsicht über dieselbe, der unmittelbare Vollzug, Charakter der Anstalten, Erziehungsanstalten für hochgradig verwahrloste Jugendliche, Anstalten für geistig Minderwertige, Einrichtungen zur Ausbildung der Aufsichtspersonen, das weitere Fortkommen der Fürsorgezöglinge, Regelung der Kostenpflicht).
 - d) Schlußbestimmungen, Abgrenzung der Armenenerziehung von der Fürsorgeerziehung, der Titel des Gesetzes.

Verhandlungen. I. Prof. Dr. Reicher bespricht die **Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung**. Salomea Schwat, Kratau. Notwendigkeit und Nutzen des juristischen Studiums der Frauen für die Jugendfürsorge.

Oberlehrer Urbka, Znaim. Notwendigkeit der Mitarbeit der Lehrerschaft und Forderungen derselben an die gesetzliche Regelung der Fürsorgeerziehung.

Direktor Bolligkeit, Frankfurt a. M. Verhältnisse der Fürsorgeerziehung in Deutschland. Begriff „sittlich“ als zu dehnbar im Gesetzentwurfe durch andere ersetzen.

Direktor Franl, Wien. Auffassung des Begriffes „Verwahrlosung“ durch die Schule.

Dr. Julius Nejedlý von Vysoká, Prag. Schutz den Zigeunerkindern.

Freiherr von Spinette, Wien. Unterschied zwischen subjektiver und objektiver Verwahrlosung.

Dr. Schauer, Wien. Subjektive und objektive Verwahrlosung identisch mit unverschuldeter und verschuldeter.

Redakteur Leih, Wien. Größere Berücksichtigung der schulentlassenen Jugend im Fürsorgeerziehungsgeetze.

Bl. Zeman, Nachod. Fürsorge für Krüppelkinder.

IGK. Jötl, Gerding. Verbindung von Schule und Haus im Gemeindewaisenrate.

Lehrer Lorenz, Wien. Stilistische Änderungen wegen Auffassung des Begriffes „Erziehung“.

Lehrer Gassarek, Marburg. Wichtigkeit der Kinderhorte als prophylaktische Maßnahme der Fürsorgeerziehung.

Dr. Steinberg, Kratau. Gebärungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen dauernd der Jugendfürsorge überweisen.

Direktor Mauf, Wien. Mitwirkung der Priesterschaft. Verderblicher Einfluß der Öffentlichkeit, Anstaltsarten.

Fran Minor, Wien. Jugendhorte für Kinder.

Direktor Blasl, Wien. „Die Summe aller Moral ist im Evangelium gegeben.“

BD. Bayr, Wien. Kurse über Jugendfürsorge in allen Hauptstädten.

Redakteur Koller, Wien. Über Knabenhorte.

II. Prof. Dr. Reicher: Die Arten der Fürsorgeerziehung, die anordnenden Behörden, das einleitende Verfahren, die Durchführung der Fürsorgeerziehung.

H. Kuh, Megg. Einwirkung auf die Eltern zur besseren Erfüllung ihrer Erziehungspflichten.

IGK. Lauterschein, Suzawa. Frauen in den Dienst der Fürsorge einstellen.

Dr. Bolligkeit, Frankfurt a. M. Über die Durchführung des Verfahrens, Refkurs.

Erzbischof von Trauttmansdorff, Ralsburg. Oberste Leitung der Fürsorgeerziehung sei der Unterrichtsbehörde anzuvertrauen. Erst Familienpflege in der eigenen, dann in fremder, dann in der Anstalt.

- Direktor Zwilling, Wien. Errichtung von Orts- und Landeserziehungsräten. Nierisches Erziehungsgeleh.
- Direktor Blajl, Linz. Erziehung den Erziehungsbehörden überlassen. Katholischer Standpunkt. Berücksichtigung der bestehenden Anstalten und Organisationen der Jugendfürsorge.
- Univ.-Prof. Pisk, Prag. Das Studium der Fragen der Jugendfürsorge bedarf einer intensiveren Verwertung der Ergebnisse der psychiatrischen Forschung.
- Dr. Hueber, Wien. Termin für die Fürsorgeerziehung zu kurz bemessen.
- Dr. Schauer, Wien. Überweisung zur Fürsorgeerziehung durch Vormundschafts- und Strafrichter.
- Bl. Kuhnert, Wien. Schlechte Lektüre. Disziplinarclassen. Elternabende. Horte. Mangelnder Respekt vor den Eltern. Lehrer haben über die Abgabe an die Fürsorgeerziehung mitzubestimmen.
- Pfarrer Schmid, Danba. Man erziehe die Kinder zur Nächstenliebe und zur gemeinsamen Arbeit ohne ein Ziel an Religion, dann werde man Menschen für dieses Leben und auch für Himmel und Ewigkeit erziehen.
- L. Lorenz, Wien. Zweck der Erziehungsanstalten. Lehrer als Leiter. Pflegekurse für das Hilfspersonal. Bedenkllichkeit der Erziehung verwahrloster Kinder in der eigenen Familie.
- L. Gassarek, Marburg. Standpunkt allgemeiner Menschlichkeit in der Fürsorgeerziehung.
- Dr. Brbka, Znaim. Belassen von Kindern in der eigenen Familie.
- Dr. Titta, Trebnitz. Zusammensetzung der Landeskommission. Familienpflege. Gute Lektüre für Kinder.
- Dr. von Ambros, Wien. Begriff „Verwahrlosung“.
- Dr. Waiz, Brigen. Erhaltung des Familiensinnes. Diesbezügliche Zustände in den Alpenländern.
- L. Lorenz, Wien. Konfessionelles Moment bei der Zuweisung an Anstalten.
- Dr. Serkowski, Jurawno. Einheitliche Organisation des gesamten Fürsorgeerziehungswesens durch den Staat, aber bloß dem Rahmen nach; im übrigen Regelung desselben durch Landesgesetze (ausführliches Referat).
- Bl. Aluchor, Wien. Berücksichtigung folgender Punkte im Statut von Erziehungsanstalten: Rationelle Ernährung, körperliche Reinigung durch regelmäßiges Baden, Erziehung zur Arbeitsliebe, ausreichendes Maß von Bewegung in frischer Luft, charakterbildende Beeinflussung durch pädagogisch gebildete Erzieher, Inspektion durch sachverständige, behördliche Organe, geringe Kinderanzahl zur individuellen Erziehung.
- W. Börner, Wien. Rhachitische, epileptische und geistig anormale Kinder gehören nicht in Gemeinschaft der übrigen Fürsorgezöglinge.
- Dir. Radauer, Grulich. Über die Wirksamkeit der Besserungsanstalten; sie stehen nicht auf der niedrigen Stufe, wie man allgemein annimmt.
- Fran Warniczek, Troppan. Frauen als Sanitätsinspektorinnen. Koedukation. Sexuelle Aufklärung. Ehereform.
- Dr. Sziner. Fürsorge für Schwachsinnige.
- Fran Garczag, Wien. Jugendhorte, Mittagstische, Parallelklassen, Aufseherunwesen in den Schulen.
- Direktor Bayr, Wien. Ausstellung: Das Kind.
- GRS. Puzer, Wien. Rückführung verwahrloster Kinder zur Landwirtschaft; Jahresrenten für ihre Dienstleistung.
- Dir. Gminger, Wien. Größere Berücksichtigung der Lehrerschaft. Disziplinarclassen.
- Gizner v. Eiseuhof, Wien. Österr. Volkschriftenverein.
- Freiherr v. Michelburg-Labia. Statuten für Erziehungsanstalten.
- L. Gassarek, Marburg. Es mögen von Staats wegen sämtliche Stiftungen, die seinerzeit für wohltätige Zwecke gemacht wurden, einer Durchsicht unterzogen werden, um sie den Zwecken der Jugendfürsorge zukommen zu lassen. Vereinfachung der finanziellen Kostenaufteilung.
- Dr. Steinberg, Krakau. Der Staat soll die Kosten auf sich nehmen. Allseitige Propaganda für den Kinderschutz.
- Dr. Schuster von Bunnott, Wien. Wichtigkeit statistischer Erhebungen über Ursachen, Erscheinungsformen und Verwahrlosung von Jugendlichen.
- Graf Trantmannsdorff, Kalsburg. Kompetenz der Zuweisung: Justizbehörde; Kompetenz der Durchführung und Überwachung: Unterrichtsbehörde. Kostenfrage: Regelung durch eine Enquete.
- Dr. Schauer. Über die Kosten der Fürsorgeerziehung (Preußen 5 Millionen Mark!); beginnen, wenn auch in kleinem Maßstabe.
- RA. Hiller, Salzburg. Veränderung der Fürsorgeerziehung, Art der Zusammensetzung der dem Landeschef zu unterstellenden Landeskommission für Fürsorgeerziehung, zivilrechtliche und exekutive Befugnisse derselben, ihr Verhältnis zu Vereinen und Anstalten für den Kinderschutz; Art und Tätigkeit dieser Vereine; Geldmittel für die Landeskommission, Landesgesetzgebung und Fürsorgeerziehung. Statut und Geschäftsordnung der Landeskommission.

- Frau Hainisch, Wien. Ergänzung der privaten Wohltätigkeit durch öffentliche Faktoren.
 L. Fiala, Wien. Nebenziele von Humanitätsanstalten.
 Dir. Bod, Korneuburg. Notwendigkeit sachlichen Interesses an der Jugendfürsorge.
 L. Lorenz, Wien. Verpflichtung des Staates für die Kosten aufzukommen.
 Hauptmann Opetl, Wien. Militärische Knabenhorte.
 DL. Pözel, Wien. Für Knabenhorte.
 L. Gassaret, Marburg. Allseitige Ausbildung in den Knabenhorten gegen einseitigen Sport.
 D. Zwilling, Wien. Gegen militärischen Drill in Knabenhorten.
 DL. Hofbauer, Wien. Für Bewegungsfreiheit im Knabenhorte.
 Dr. Baštýř, Prag. Gegen militärische Knabenhorte.
 L. Loew, Wien. Militärische Übungen als Nebenbeschäftigung.
 Redakteur Koller, Wien. Beschäftigung jugendlicher Gefangenen in einer vom St. Vinzenz-vereine geleiteten Beschäftigungsanstalt im Landesgericht.
 Hauptmann Opetl. Für militärische Knabenhorte.
 Lehrer Fickert, Wien. Christliche Weltanschauung hat mit Fürsorgeerziehung nichts zu tun, diese hat sich ausschließlich auf der allgemeinen Menschenliebe aufzubauen.
 Hofrat Dr. Lentner, Innsbruck. Bekämpfung von Mädchen- und Kinderhandel.
 DL. Rudolf Krenel, Wien. Für Lehrlingshorte.
 Dr. Popper, Wien. Maßnahmen gegen pflichtvergeffene und erziehungsungeeignete Eltern.

Vorsitzender: Seine Durchlaucht Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein, Marienbad.

Zu der Plenarsitzung wurde sodann über die Sektionsverhandlungen durch Prof. Dr. Reicher Bericht erstattet. Aus den Verhandlungen der Plenarsitzung sind für die Verhältnisse in Böhmen die Ausführungen des Vizepräsidenten des Landesichulrates Franz Babusch, Prag, wichtig, die dem stenographischen Protokolle entnommen sind.

„Soeben haben wir aus dem Munde des Herrn Berichterstatters gehört, welche Aktionen geplant sind und daß die Absicht besteht, ständige Kommissionen ins Leben zu rufen. Ich bitte es mir nicht als Unbescheidenheit auszullegen, wenn ich Ihnen mitteile, was wir in Böhmen diesbezüglich bereits durchgeführt haben und was wir weiterhin planen. Von seiner Exzellenz dem Herrn Statthalter von Böhmen beauftragt, ein Landeskomitee zur Förderung des Kinderchukongresses zu bilden, bin ich in der Ausführung dieses Auftrages weit über den Rahmen desselben hinausgegangen. Ich sagte mir nämlich, daß, wenn auf diesem Gebiete irgend etwas erreicht werden soll, die breitesten Schichten der Bevölkerung erfaßt und mit herangezogen werden müssen. Wir haben daher unter Zuziehung der städtischen Behörden und der kirchlichen Funktionäre ein aus Angehörigen der verschiedensten Berufskreise bestehendes Lokalkomitee gebildet, das bereits in seiner ersten Sitzung über meine Anregung den Beschluß gefaßt hat, sich als ständige Landeskommission für Kinderchuk und Jugendfürsorge zu konstituieren. Gleichzeitig wurde beschlossen, diese Kommission — den Verhältnissen des Landes entsprechend — in zwei Sektionen, in eine deutsche und eine tschechische, zu teilen; überdies wurde ein engeres Komitee eingesetzt, welches auch schon getagt hat. In dessen erster Sitzung habe ich darauf hingewiesen, wie wünschenswert es wäre, daß die Landeskommission so rasch als möglich werktätig eingreife, denn man könne den Hungrigen, dem man Brot verspricht, nicht so lange warten lassen, daß er unterdessen verhungert. Wir müssen also rasch arbeiten; es ist schade um jeden Tag, der nutzlos verstreicht. Selbstverständlich wollen wir nicht gegen die Bestrebungen des Kongresses, nicht gegen die Gesetzgebungen und nicht gegen die schon bestehenden humanitären Vereine und Anstalten arbeiten, sondern mit und neben ihnen.

Und nun, meine verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich mit wenigen Worten auf eine Idee zurückkomme, die vielleicht mit Erfolg in den einzelnen Ländern Verbreitung finden könnte. Zur Ausführung unserer

Bestrebungen ist — wie Sie alle wissen — Geld, und zwar viel Geld nötig. Hat man es, dann geht die Ausführung unserer Pläne leicht von statten. Ich habe nun über die Frage der Geldbeschaffung nachgedacht. Die Beschaffung der Mittel ist wohl in erster Reihe Pflicht der Regierung und steht dieselbe — wie wir gesehen haben — der Frage in wohlwollender Weise gegenüber, so daß wir überzeugt sein können, daß die Regierung unsere Bestrebungen zweifellos unterstützen wird. Die Aufbringung der Geldmittel ist aber auch eine Landesfrage und daher werden wohl die Länder mit ihren Mitteln nicht kargen dürfen. Es ist dies ferner eine Gemeindefache und endlich Sache der Privatwohlthätigkeit.

Ich kam nun auf folgenden Gedanken. Ich habe mir gesagt, daß es sich hier um den Schutz und um die Fürsorge für die Jugend handelt. Pädagogisch wäre es nun zweifellos richtig, daß man den Sinn für humanitäre Bestrebungen schon ins Kindesherz legt und im Kinde das Erbarmen wachruft; denn, was das Kind im zarten Alter in sein Herz aufgenommen hat, das bleibt darin für sein Leben und der reife Mensch wird, wenn er herangewachsen ist, in Erinnerung an die Eindrücke seiner Jugend manches tun, was er vielleicht nicht täte, falls diese Anregung unterblieben wäre. Ich halte es daher schon aus diesen Gründen für pädagogisch richtig, wenn man zu dieser Aktion auch die Jugend heranzieht. Im Lande Böhmen z. B. sind rund 1,300,000 Schulkinder. Wenn ich mir nun denke, daß ungefähr die Hälfte der Kinder arm oder nicht willig ist, etwas zu tun und also nur mit 700.000 Kindern rechne, deren jedes freiwillig, ohne jeglichen Zwang allmonatlich nur zwei Heller bei einer Kassa erlegt, so ergibt das jährlich einen Betrag von 168.000 Kronen. Diese Summe würde selbstverständlich nicht sofort und ganz zur Verwendung kommen, sondern man könnte einen Teil fruchtbringend anlegen. Durch Beiträge von Staat, Land und Gemeinden sowie der Privatwohlthätigkeit würde sich dieses Kapital vermehren und in einer Reihe von Jahren könnten wir über eine so kolossale Summe verfügen, daß wir dann im großen Maßstabe das zu leisten in der Lage wären, wozu uns gegenwärtig die Mittel fehlen. Wir sammeln im Lande für so viele Anstalten und Vereine, warum soll nicht auch für die Kinder gesammelt werden? Ich halte dabei an der Meinung fest, daß über die monatlich abzuführenden Heller seitens der Kinder kein weiterer Beitrag geleistet werden darf, da ein Unterschied zwischen wohlhabenden und unbemittelten Kindern nicht gemacht werden soll. Ich hoffe auf diese Weise, daß das Land Böhmen sehr bald im stande sein wird, an der Lösung der hier angeregten Fragen werktätig mitzuarbeiten.“

Rechtspflege und Jugendfürsorge.

Wie tatkräftig seit langem die Fürsorge der Justizverwaltung gegenüber der Jugend ist, lehrt am besten ein Einblick in die nachfolgend angeschlossenen Verordnungen und Erlässe der obersten Justizbehörden. Den goldenen Worten des Justizministers Dr. Klein hat es auch nicht an Taten gefehlt. Gewiß verdienen die Worte, die er anlässlich der Eröffnung des I. O. R. A. in Wien sprach, auch durch unser Jahrbuch weitere Verbreitung. Seine Exzellenz Justizminister Dr. Franz Klein sagte am 18. März 1907:

Es gereicht mir zur Ehre, Sie namens der Regierung mit den aufrichtigsten Empfindungen achtungsvoll zu begrüßen und Sie zu versichern, daß die Regierung sich des Zusammentretens des Kongresses freut und seinen Arbeiten reiche und fruchtbare Erfolge wünscht. Daß gerade mir die Aufgabe

zugefallen ist, Ihnen den Willkomm der Regierung zu bringen, ist ein Liebenswürdiger Zufall, für den ich besonders dankbar bin, weil ich den Ideen, denen der Kongreß dienen soll, mit Begeisterung anhänge und den Tag, an dem die vielen vereinzelt lokalen Fürsorgebestrebungen, die verschiedenen daran beteiligten Verwaltungsorganisationen, Vereine und Personen und die noch unausgesprochenen oder noch unerfüllten Wünsche und Pläne zum ersten Mal in dieser glänzenden Versammlung Ausdruck und Verkörperung finden, weil ich diesen Tag als einen bedeutsamen in der Geschichte des österreichischen Fürsorgewesens preise und an ihn große, frohe Hoffnungen knüpfe. (Beifall.)

Es ist fast ein Wunder, wie es gekommen ist. Mit einem Male öffneten sich die Herzen dem düsteren Lese der Jugend, der das Glück einer guten häuslichen Zucht und Erziehung versagt ist; es erwacht das Verständnis für das Eigenwesen der sich entfaltenden jungen Menschenseele und man erkennt, daß mitunter die auf reise, voll verantwortliche Personen zugeschnittenen Einrichtungen, um auch für die Jugend gerecht zu wirken, für diese teilweise abweichend gestaltet sein müssen. Mit einem Male einigte der Entschluß, den verlassenen Kindern Hilfe und Stütze zu gewähren, Menschenfreunde zu gemeinsamer Tätigkeit und ohne eigentliche Propaganda, mehr oder weniger wie selbstverständlich, bilden sich fast in allen Ländern Waisenratsvereine, es wird der Schutz gegen Mißbrauch der elterlichen Rechte ins Werk gesetzt, die gerichtliche Tätigkeit in allen Sachen der Jugendlichen ändert sich, bis dahin unbeachtet gebliebene Bestimmungen der Gesetze werden zu diesem Zwecke hervorgeholt und neu belebt und es bemühen sich die Verwaltungen der meisten Länder und Städte und zahlreiche gemeinnützige und Wohltätigkeitsvereine, um das Schicksal der verwahrlosten und gefährdeten Jugend zum Besseren zu wenden. Und auch dorthin, wo es noch nicht zu Taten gekommen ist, ist doch schon das Bewußtsein gedrungen, daß es dieser Jugend gegenüber Pflichten zu erfüllen gibt, die man höchstens noch einige Zeit hinausschieben, denen man sich aber nicht mehr entziehen kann. (Beifall.)

Der Boden ist also vorbereitet. Der eine der beiden Zwecke des Kongresses: die Gedanken des Jugendschutzes zu verbreiten, ihre Berechtigung zu beweisen, die Gewissen zu wecken und neue Befenner zu werben, das Wirken auf die Geister und Gemüter — wie unser geehrter Herr Präsident sagte — wird deshalb leicht zu erreichen sein. Die Gerichte sind größtenteils schon dafür gewonnen. Viel eher als prinzipielle Bedenken hört man über das bisher Geleistete, daß es zu wenig, unzulänglich sei, allerdings die verhüllteste Form des Glaubens an eine Sache, des Einverständnisses und der Sympathien. Dazu kommt, daß auch jene Macht, die oft am schwersten zu überzeugen ist, die Regierung, bereits in Ihrem Lager steht (Beifall und Heiterkeit), gleich Ihnen durchdrungen von der Unerläßlichkeit, die pragmatischen Einrichtungen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge zu ergänzen und zu vervollkommen. Die Bedingungen könnten für den Kongreß kaum günstiger liegen; seine Verhandlungen sind aber nicht etwa deshalb überflüssig. Noch sind über die Frage nach den Ursachen der Verwahrlosung Zweifel verbreitet und die Gelegenheit zu benützen, um sie an der Hand der gediegenen Gutachten etwas aufzuhellen, wird um so verdienstlicher sein, als es für die Zukunft unserer Bestrebungen und für das Maß, in dem sie Verwirklichung beanspruchen und erwarten können, ausschlaggebend sein dürfte, ob die zu Schutz und Rettung der Jugend bestimmten Schöpfungen als Werke der Charitas oder als eine zum Pflichtentfesse der modernen öffentlichen Verwaltung gehörige Maßregel anzusehen sind, was in der Hauptsache entschieden wäre, sowie die größere Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß wir es mit sozusagen gesetz-

mäßigen Rückwirkungen großer wirtschaftlicher und sozialer Prozesse zu tun haben, die von Struktur und Leben des heutigen Staates kaum zu trennen sind. Ferner wird in Ihren Verhandlungen an dem Gegebenen und an den bisherigen Abhilfeversuchen Kritik geübt werden und das wird sehr nützlich und zuträglich sein, denn wir werden, soweit es die staatliche Verwaltung und die Justizpflege angeht, aus den Erfahrungen und dem Tadel, zu dem sie Anlaß gaben, gerne lernen. Die Justiz steht dabei naturgemäß in erster Reihe und da bitte ich, mir zu dieser Kritik ein einleitendes Wort zu gestatten.

Wir waren bis jetzt — das ist das erste, was eine Kritik zu berücksichtigen haben wird — auf Verordnungen angewiesen, ein Mittel, von dem zwar — wie der erste Band der Kongreßschriften und die ausgezeichnete Einleitung des Herrn Präsidenten zeigt — reichlich Gebrauch gemacht wurde, das aber im Gebiete der Rechtspflege von äußerst begrenzter Normierungskraft ist. Dann war es Neuland, das bebaut werden mußte. Erst allmählich wurde der Einblick in das ganze weite Problem und seine Anforderungen tiefer; nur nach und nach konnte dessen voller Gehalt gehoben und zu Tage gebracht werden und offenbarten sich seine verschiedenen Seiten. Trotz alledem sind wichtige Wahrheiten schon Gemeingut geworden. Die Fürsorgetätigkeit der Pflegschaft setzt heute in der Regel mit größerer Energie und Zweckföhrigkeit ein als früher. Man ist sich auch nicht mehr darüber im Unklaren, daß die Verurteilung und Bestrafung eines Jugendlichen nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sondern es mehrten sich zu meiner Freude die Fälle, wo die Gerichte aus eigenem Antriebe nach Wegen suchen, um den Verurteilten auf die richtige Bahn zu bringen und zu verhüten, daß sein Straucheln ihm zum Verhängnis fürs Leben werde. (Beifall.) Aber ich möchte zugleich von hier aus neuerdings die eindringliche Bitte an alle richten, die dabei helfen können, die Gerichte bei diesen Bemühungen tatkräftig zu unterstützen. Der Strafvollzug allein, mag er wie immer beschaffen sein, wird ein jugendliches, Verlockungen und neuen Eindrücken leicht unterliegendes Kind nie dauernd retten! Die staatlichen und autonomen Verwaltungsbehörden werden überhaupt die ihrer im Bereiche unserer Bestrebungen harrenden Aufgaben ohne ständige Mitarbeit der Gesellschaft kaum bewältigen können. Namentlich dort wird eine solche Korporation unentbehrlich sein, wo es gilt, Pflegebefohlene wohlwollend zu überwachen, ihnen mit Rat und Tat beizustehen, ihre Sorgen und Leiden ihnen tragen zu helfen, mit einem Worte: fremden Interessen sich teilnahmsvoll hinzugeben. Da öffnet sich ein weites Feld für opfernde Frauengüte, mit zarter Hand die Unglücklichen in reinere Sphären emporzuleiten und in den Frieden einer bescheidenen ehrlichen Existenz zu führen. (Lebhafter Beifall.) Oft genug wird es gerade von dieser Freiwilligentruppe abhängen, ob der Schutz oder die Fürsorge im konkreten Falle ihrem Zwecke entsprechend wirken. Darum würde ich es von allergrößter Wichtigkeit halten, diese Hilfsarmee aufzustellen, auszubilden, zu gliedern und ihr Zusammengehen mit den Behörden vernünftig und klug zu regeln. Ohne diese Aktion würde alles andere Stückwerk bleiben.

Endlich möchte ich — um auf das Frühere zurückzukommen — einer etwaigen Kritik noch ein subjektives Moment entgegenhalten. Daß so viele Richter, so bald der Gedanke des Jugendschutzes hervorgetreten ist, sich seiner mit aller Wärme annahmen, ihn als Apostel in die fernsten Dörfer trugen und dort in die Herzen der Bevölkerung einpflanzten, damit hat unser Richterstand seinen ehrenvollen Überlieferungen ein neues Verdienst hinzugefügt. (Beifall.) Man darf wohl sagen: Der Richterstand ist es hauptsächlich, der diesen Gedanken bei uns wurzelsest gemacht hat. Wenn daher einzelne Fälle, die Jugendliche betrafen, nicht ganz wünschenswert erledigt wurden,

so wird man daraus keine allgemeinen Folgerungen ableiten dürfen; wir können im Gegentheil sicher sein, daß es den Männern, die aus freiem Entschlusse in selbstloser Liebe zur Jugend neue schwere Arbeitslasten auf sich genommen haben, niemals am besten Willen fehlen wird.

Für seine zweite Aufgabe, auf die Vorbereitung gesetzgeberischer Reformen durch seinen Rat Einfluß zu nehmen, findet sich der Kongreß just zu rechter Zeit ein. Das Vorhaben, junge Leute der Verwahrlosung zu entreißen und ihnen den Rechtsschutz zu gewähren, den ihre Interessen verlangen, ist bis nun fast immer schließlich auf ein Zuwenig oder Zuviel des geltenden Rechtes gestoßen, welches seinen vollen Erfolg verhinderte. Das Verbot der Frauenvormundschaft, die fast alleinige Geltung der Einzelmundschafft, die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches über die Entziehung der väterlichen Gewalt, der Mangel einer behördlich auslegbaren bessernden Nach- oder Erbsenerziehung, die Unterwerfung der kriminellen Jugendlichen unter das gemeine Strafrecht, empfindliche Lücken im materiellen Strafschutze der Jugend, das sind nur einige Ihnen allen bekannte Beispiele der Schwierigkeiten, denen man in der Praxis auf Schritt und Tritt begegnet. In den letzten Jahren schien es aus bekannten Gründen ausichtslos, diese Reformen in Angriff zu nehmen, konnte man doch nicht wissen, daß in der letzten Minute ein Johannistrieb von tropischer Fruchtbarkeit hervorbrehen werde. Nun aber darf keine Zeit mehr verloren werden und dies ist auch die Ansicht der Regierung und ich sage es ohne Umschweife: Die Forderungen, welche die Tagesordnung Ihres Kongresses enthält, figurieren auch unter unseren legislativen Vorarbeiten und haben zum überwiegenden Teile schon in ausgearbeiteten Entwürfen feste Form angenommen. (Lebhafter Beifall.) Darin beabsichtige ich neben anderem vorzuschlagen: Die Zulassung der Frauen zur Vormundschaft, die General- und die Anstaltsvormundschaft, die Einführung von Vormundschafträten, denen auch gewisse Aufsichtsfunktionen bei Regelung des Kost- und Haltekindeweisens zu übertragen wären, die Verbesserung der Fürsorge für uneheliche Kinder, die Änderung der familienrechtlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die einen wirksamen Kinderschutz erschweren, dann die Einrichtung einer Fürsorgeerziehung mit öffentlichen Mitteln und endlich eine Reform des sogenannten Jugendstrafrechtes. (Erneuter Beifall.) Letztere im Wege eines neuen Strafgesetzes, wenn aber dessen Einbringung doch nicht möglich sein sollte, wird, damit nicht noch länger das Bessere des Guten Feind sei, versucht werden müssen, den strafrechtlichen Notstand, unter dem wir seit Dezennien leiden, in diesen wie in anderen Punkten durch Novellen zu beseitigen.

Was den strafrechtlichen Teil der Reform anbelangt, so werden außer der Änderung der Strafmündigkeitsgrenze einige neue materielle Bestimmungen zum Schutze des Kindes und der Jugend in das Strafrecht aufzunehmen sein, vornehmlich aber werden im Strafvollzuge und im Strafverfahren Neuerungen Platz greifen müssen, wie die bedingte Aussetzung des Strafvollzuges, die bedingte Entlassung, der fakultative Ersatz der Bestrafung durch Anordnung einer Fürsorgeerziehung, Jugendgerichte, Sicherung der Verteidigung jugendlicher Angeklagter, Ausschließung des Kontumazialverfahrens gegen jugendliche Personen, Beschränkung der Öffentlichkeit bei Strafverhandlungen gegen Jugendliche, Zuziehung sachkundiger Mitglieder von Vereinen für Kinderschutz und Jugendfürsorge als Vertrauenspersonen zum Verfahren gegen Jugendliche usw. Mit der letzten Redaktion aller dieser Entwürfe wurde einstweilen gewartet, um die Resultate der Kongreßverhandlungen zu verwerten. Dies gilt insbesondere in betreff der Fürsorgeerziehung, zu deren Kosten — wie der Herr Finanzminister schon bei Vorlage des Staatsvoranschlages für

Verwaltungen wissen es, daß Verwahrlosung der Jugend und Hilfsbedürftigkeit im Alter zwei Akte einer und derselben Lebenstragödie sind, und jeder Justizminister wird sich freuen, wenn er infolge der Wirkung der Fürsorgeerziehung und der anderen Reformen an den Ausgaben für die Strafsjustiz und die Strafanstalten einen tüchtigen Abstrich wird machen können. Was uns vorjchwebt, ist doch, die Scharen der Verlorenen, der Ausgestoßenen und ewig Vogelfreien, die Scharen derer, die, trotz einiger Anlagen, zu nichts tauglich sind und den anderen zur Last leben, zu lichten, den Volkskörper kräftiger, arbeitstüchtiger zu machen. In dem Kongresse ist es nun, für diese Ideen ein nachdrückliches Wort zu sprechen, und deshalb wünsche ich Ihren Verhandlungen nochmals den gedeihlichsten Verlauf. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Den Beziehungen zwischen der Gesetzgebung und dem Schutze der Jugend trug die 4. zur Diskussion gestellte Konferenzfrage Rechnung:

„Empfiehlt es sich, zum Schutze der Gesundheit, sowie der körperlichen und moralischen Integrität von Kindern besondere strafrechtliche Normen aufzustellen?“

Hiezu boten die Grundlage die Gutachten von Hofrat Dr. Lammajch-Wien und Oberstaatsanwaltstellvertreter Dr. August Miricka-Prag.

Referent für die Plenarversammlung: Wenzel Graf Gleispach-Prag, Vorsitzender der Sektion: Franz Babusch-Prag, Vizepräsident des Landes-schulrates.

Dr. Miricka: 1. Kinder und überhaupt Jugendliche sind, da sie sich gegen Angriffe auf ihre körperliche und moralische Integrität selbst nicht genügend zu schützen vermögen, grundsätzlich eines erhöhten strafrechtlichen Schutzes teilhaftig zu machen.

2. Dieser erhöhte Schutz kann sich im allgemeinen durch höhere Bemessung der Strafe innerhalb des gesetzlichen Strafrahmens betätigen. Dort, wo dies unzureichend erscheint, sind für Angriffe gegen Jugendliche besondere erhöhte Strafsätze im Gesetze aufzustellen. Das gilt namentlich von allen Unzuchtsdelikten, die auch an Erwachsenen begangen werden können.

3. Es ist ein Gebot der unbedingten Notwendigkeit, die körperliche wie moralische Integrität von Kindern und überhaupt Jugendlichen nebst dem auch durch Aufstellung besonderer strafrechtlicher Normen kräftigt zu schützen. Zu diesem Behufe sind die im geltenden Rechte bereits bestehenden Strafdrohungen gegen Mißbrauch des Züchtigungsrechtes, gegen Kindesweglegung, gegen Entführung, sowie gegen unsittliche Angriffe auf Jugendliche in jeztueller Richtung entsprechend auszugestalten und zu ergänzen, außerdem über neue Normen, insbesondere gegen Mißbrauch jugendlicher Arbeitskraft, gegen Gefährdung jugendlicher Personen durch Verabreichung von geistigen Getränken und gegen Außerachtlassung der wider die Verbreitung ansteckender Krankheiten — namentlich in der Schule — erlassenen Vorschriften aufzustellen.

4. Kindern ist auch gegen grobe Verletzungen der Fürsorgepflichten seitens der Eltern und sonstigen Fürsorgepflichtigen strafrechtlicher Schutz zu gewähren. Dabei ist aber — ebenso wie bei der Ahndung von Überschreitungen des Züchtigungsrechtes — eine ungesunde Überspannung der staatlichen Strafgewalt zu vermeiden. Ist die Verhängung einer empfindlichen Strafe begründet, soll in der Regel zugleich um anderweitige Unterbringung des Kindes gesorgt werden.

Berichterstatte Dr. Wenzel Graf Gleispach bemerkt einleitend, daß die vorliegenden Gutachten in der Bejahung der als Thema gestellten Frage einig sind und auch in den einzelnen Vorschlägen vielfach übereinstimmen.

Bestimmungen zum Schutze der Kinder enthalte schon das geltende Strafrecht, aber das Strafgesetzbuch habe sich überlebt, eine völlige Umgestaltung sei unabweisbar. Deshalb könne die Frage nur dahin gehen, wie im zukünftigen Strafgesetze für den Schutz der Kinder vorzusehen sei, oder genauer: ob die bestehenden Bestimmungen bloß um- und auszugestalten wären oder ob weitergehend auch neue, dem geltenden Recht noch fremde Bestimmungen aufgenommen werden sollten. Referent will nun die in den Gutachten nach beiden Richtungen hin gemachten Vorschläge innerhalb einer Gruppierung des ganzen Materiales, die sich aus der Verschiedenheit der zu schützenden Interessen von selbst ergebe, und zwar jeweils unter Voranstellung der weitergehenden Vorschläge besprechen.

Am ersten Orte stehe das ganz neue Delikt der Verletzung der Fürsorgepflicht. Strafe solle verhängt werden über Eltern, die vorsätzlich der ihnen obliegenden Pflicht zum Unterhalt ihrer Kinder nicht nachkommen, obgleich ihnen dies möglich wäre, oder die sich vorsätzlich oder auch nur fahrlässig durch unordentlichen Lebenswandel, Trunksucht, Spiel, Arbeitsscheu außer Stande setzen, diese Pflicht zu erfüllen. Parallel damit solle auch die Verwahrlosung in sittlicher Beziehung hintangehalten werden, indem Eltern und Vormünder bestraft werden, die durch unordentlichen Lebenswandel oder grobe Vernachlässigung ihrer Erziehungspflicht die Verwahrlosung eines Jugendlichen herbeiführen, so daß dieser der öffentlichen Fürsorgeerziehung überantwortet werden muß. In dieser Richtung wären die Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zu schützen. Die gegen Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen gerichteten Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Gesetzes über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter im Bergbau sollten in das zukünftige Strafgesetzbuch übertragen werden. Während bisher zum Verfahren und zur Aburteilung die Gewerbebehörden berufen seien, solle in Zukunft ein unabhängiges Gericht entscheiden, an die Stelle der bisher verhängten gewerbepolizeilichen Strafen (Zulässigkeit des bloßen Verweises und Einschränkung der Freiheitsstrafe gegenüber den Gewerbetreibenden) sollen gerichtliche, dem Ernst der Sache entsprechendere Strafen treten, die allen gegenüber völlig gleichmäßig anzuwenden wären. Das Gutachten Milička's weiche hier nur formell insofern von dem Lammach's ab, als es vorschläge, daß sich das Strafrecht auf ein Blankettgesetz beschränken solle. Lammach wolle aber auch inhaltlich über das geltende Recht hinausgehen. Es solle jedermann bestraft werden, der einen Jugendlichen vor vollendetem 16. Lebensjahre zu einer Erwerbstätigkeit verwende, von der er einzusehen vermöge, daß sie die Sittlichkeit, Rechtschaffenheit, Gesundheit, körperliche Entwicklung oder persönliche Sicherheit des Jugendlichen gefährdet. Gegenüber dem geltenden Recht (O.D. § 94, Absatz 2 und 4, und § 96 b, Absatz 2) liege die Erweiterung darin, daß die Verwendung zu jeglicher Erwerbstätigkeit, namentlich auch die Heimarbeit einbezogen, daß ferner auch jede in sittlicher Beziehung bedenkliche Verwendung gestraft würde.

Als ein besonderer Fall aus dem eben erwähnten Tatbestand solle die Verwendung Jugendlicher zu öffentlichen Schaustellungen bestraft werden, durch die sie einer Gefahr in den genannten Richtungen ausgesetzt werden, ferner die Überlassung Jugendlicher zum Zwecke solcher Schaustellungen und ihrer Einübung. Der Vormundschaftsbehörde wäre das Recht vorzubehalten, aus besonderen Gründen Ausnahmen zu bewilligen. Im Anschlusse an das geltende Recht solle die Verwendung von Kindern zum Bettel, ihre Überlassung an andere zu diesem Zwecke, aber auch die Duldung des Kinderbettelns durch die Eltern und das Anführenbringen des Erbettelten bestraft werden. Milička erwähne die Überlassung von Kindern an Bettler, Landstreicher,

Gaukler u. dgl. als einen Fall der Verletzung der Fürsorgepflicht und wolle die Verwendung Unmündiger zu öffentlichen Produktionen allgemein bei Strafe verbieten. Besondere behördliche Bewilligung wäre vorzubehalten.

Zur Bekämpfung der schädlichen Wirkungen des Alkohols auf die Jugend wolle Lammajsch den bestraft wissen, der an einen Jugendlichen alkoholische Getränke in solchen Mengen verabreiche, daß dadurch dessen Trunkenheit herbeigeführt wird; er lasse dabei die Frage offen, ob weiter zu gehen sei. Mirićka schlage dagegen vor, die Verabreichung geistiger Getränke an Jugendliche bis zu 16 Jahren in öffentlichen Trinklokalen schlechthin zu bestrafen; auch das Mitnehmen und Zulassen Jugendlicher zu öffentlichen Tanzunterhaltungen sei bei Strafe zu verbieten. Ein Blankettstrafgesetz solle sich gegen die Übertretung der Vorschriften wenden, die zur Verhütung des Unfahrgreifens ansteckender Krankheiten erlassen sind, um die Schuljugend vor dieser Gefahr zu bewahren. Mißhandlungen und Körperverletzungen, begangen von Eltern oder Vormündern an ihren unmündigen Kindern oder Mündeln, seien immer von Amts wegen zu verfolgen, auch wenn das zukünftige Strafgesetz etwa die Mißhandlungen der Privatanklage überlassen sollte. Maßvolle Züchtigung in erzieherischer Absicht bliebe als Rechtsausübung straflos. Überschreitung des Züchtigungsrechtes soll wie bisher grundsätzlich milder behandelt werden.

Eine zweite Gruppe von Vorschlägen betreffe den Schutz jugendlicher Personen gegen Angriffe auf die geschlechtliche Sittlichkeit. In dem absoluten Schutzalter des geltenden Rechtes — 14 Jahre — solle festgehalten werden, doch werde vorgeschlagen, den Knaben dieser Altersstufe nach beiden Richtungen hin denselben Schutz zu gewähren wie den Mädchen, also nicht bloß bezüglich der Schändung, sondern auch bezüglich der Notzucht. Ferner solle jede Verführung eines geschlechtlich unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren bestraft werden, und zwar je nach der Sachlage, als Verführung oder Kuppelei. Aber auch denjenigen solle Strafe treffen, der vor einer unverdorbenen unmündigen Person unzüchtige Handlungen vornimmt oder solche Darstellungen oder Äußerungen vorbringt. Tatbestände, in die ein bestimmtes Alter der zu schützenden Personen als Merkmal aufgenommen wird, böten bei der praktischen Handhabung die große, oft unüberwindliche Schwierigkeit dar, den leugnenden Angeklagten dessen zu überweisen, daß er das Alter des Opfers gekannt habe. Und tatsächlich ereigneten sich Fälle, in denen der Täter das Alter nicht kannte, aber bei einiger Aufmerksamkeit hätte erkennen können, also die höchste Gleichgültigkeit über die Bedeutung und Folgen seiner Handlung an den Tag legte. Um jene Schwierigkeiten zu überwinden und diesen Fällen gerecht zu werden, solle neben der strengen Strafe für den vorsätzlich handelnden Täter eine mildere für jenen angedroht werden, der Bedenken über das Alter seines Opfers tragen mußte, also in dieser Richtung fahrlässig handelte.

Lammajsch erwäge ferner, ob nicht allgemein mit Strafandrohungen gegen die öffentliche Verübung unzüchtiger Handlungen und das öffentliche Darbieten solcher Äußerungen und Vorstellungen über den Rahmen des § 516 StGB. hinauszugehen sei, weil nur so die Jugend hinreichend zu schützen wäre, und komme nach eingehender Erörterung besonders der ausländischen Gesetzgebung zur Bejahung der Frage, ohne konkrete Vorschläge zu machen. Mirićka beschränke sich auf den besonders gegen die pornographische Literatur gerichteten Vorschlag, bei der Bestrafung der Verbreitung unzüchtiger Schriften, Bilder oder anderer Gegenstände nach dem Muster des Schweizer Entwurfes den Umstand als strafe erhöhend zu behandeln, daß die Gegenstände einem Jugendlichen verkauft oder geschäftsmäßig ausgeliehen wurden.

Die letzte Gruppe von Vorschlägen betreffe den Schutz des dem Kinde durch die Geburt erworbenen Familienverbandes. Hier werde vorgeschlagen, die Entführung Minderjähriger ohne Beschränkung auf bestimmte Mittel zu strafen, also im Unterschied zum geltenden Recht auch dann, wenn nicht Gewalt, Drohung oder List angewendet wurden; in gleicher Weise wäre auch das Verborgenhalten Minderjähriger zu bestrafen. Ein weiterer Strafrahmen und strenge Strafe seien vorzusehen, wenn der Minderjährige der Unzucht, dem Bettel oder verwandten Erwerbszweigen zugeführt werden soll. Kindesunterschiebung und Fälschung des Familienstandes — Tatbestände, die jetzt in dem weiten vagen Betrugsbegriff aufgehen — würden künftig als besondere Delikte zu behandeln sein.

Schließlich will Referent noch einer allgemeinen Anregung Miřićs gedenken. Handlungen, die auch an Erwachsenen begangen werden können, seien stets strenger zu strafen, wenn sie an Kindern verübt würden. Diese Straferhöhung wäre im allgemeinen dem richterlichen Ermessen zu überlassen, die Unmündigkeit des Angeklagten solle jedoch einen allgemeinen Strafverschärfungsgrund bilden und an den nämlichen Umstand solle namentlich bei Sittlichkeitsdelikten, die auch an Erwachsenen begangen werden können, ein besonderer höherer Strassatz angeknüpft werden.

Weiters erklärt der Referent, auch er sei von seinem Standpunkte der Ansicht, daß besondere strafrechtliche Normen zum Schutze der Jugend empfehlenswert, ja notwendig seien. Da an dieser Notwendigkeit niemand zweifle, könnte Gegenstand der Diskussion und Meinungsverschiedenheit nur die Frage sein, auf welchen Gebieten und in welchem Ausmaße solche besondere Maßnahmen geboten seien. Die Gutachten beleuchten diesen Gegenstand in so erschöpfender und vortrefflicher Weise, daß dem Referenten nur wenig zu sagen erübrige. Immerhin weiche er in einigen Punkten ab. Er glaube, daß die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Norm nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhange betrachtet werden könne mit den Mitteln, welche zur Abwehr überhaupt zu Gebote stehen, und mit dem Erfolg, der gerade von der Anwendung der Strafmittel zu erwarten sei. Eine Strafandrohung sei nur dann gerechtfertigt, wenn das, was sie bekämpfen solle, mit anderen Mitteln nicht hintangehalten werden könne; ferner wenn sie völlig durchführbar sei und einen nennenswerten Erfolg verspreche; endlich wenn sie nicht zu sozialer Ungerechtigkeit führe. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, dort müsse mit aller Energie eingegriffen werden, weil man es mit der Bekämpfung höchst schädlicher Erscheinungen zu tun habe, die einen hohen Grad sozialer Gefährlichkeit ihrer Urheber bezeugen.

Referent sei darum für große Strenge gegen jede Art von Kindermißhandlung, aber erst dann, wenn durch Kinderschutzorgane die Fruchtlosigkeit bloßer Ermahnungen und Vorstellungen festgestellt sei. Werde dann das Gericht angerufen, so müsse es verschärfte Freiheitsstrafen von nicht zu kurzer Dauer aussprechen; denn es handle sich da um die Bekämpfung von Roheit und noch schlimmeren Erscheinungen und in solchen Fällen könne die staatliche Strafe nur dann wirksam sein, wenn unvernünftiger Milde ein Riegel vorgeschoben werde. Für den Fall besonderer Roheit oder Grausamkeit sei Strafschärfung vorzusehen. Überdies ein allgemeiner Tatbestand: Gestraft soll werden, wer ein Kind quält oder grausam behandelt. Überschreitung des Züchtigungsrechtes dürfe nicht privilegiert werden, sondern sei gleich jeder anderen Mißhandlung oder Körperverletzung zu behandeln. Kleinlichen Bedenken dürfe man hier nicht Raum geben; besser sei noch die Erschütterung der Autorität von Eltern, die ihre Erziehungsaufgabe doch nicht richtig erfassen und erfüllen, als gequälte und verprügelte Kinder. Das Verbrechen

am Kinde könne leicht die Ursache für Verbrechen des heranwachsenden Kindes sein. Selbstverständlich seien im Falle strenger Bestrafung der Eltern die Kinder anderweitig unterzubringen — wie dies auch *Mirička* betone — und die elterliche Gewalt sei mindestens zu beschränken; vor allem aber müsse dafür gesorgt werden, daß die Fälle der Kindermißhandlungen bekannt werden, und das wäre Aufgabe der Kinderschutzorgane, die nach englischem Muster einzurichten wären.

Anlangend die Verletzung der Unterhalts- und Erziehungspflicht glaubt Referent folgende Fälle unterscheiden und verschieden behandeln zu müssen:

1. Jemand sorgt nicht für den Unterhalt seines Kindes, obwohl er die Mittel dazu besitzt. Typischer Fall: Der uneheliche Vater. Kürzere Freiheitsstrafen und selbst Geldstrafe kann hier ganz gut wirken, das Gewissen schärfen. Schon die Aussicht auf einen Strafprozeß wird vielfach ein kräftiges Motiv zur Pflichterfüllung abgeben.

2. Jemand setzt sich schuldhaft außer Stande, die Unterhaltungspflicht zu erfüllen. Typische Fälle: Trinker, Spieler, Arbeitscheue. Kurze Freiheitsstrafe ist hier völlig wirkungslos, hier muß man entweder auf Strafe verzichten oder aber — und dies möchte ich sehr befürworten — lang andauernden Arbeitszwang eintreten lassen und den Verdienstanteil des Zwänglings zum Unterhalt des Kindes verwenden.

3. Eltern oder Vormünder führen die Verwahrlosung des Kindes herbei, gefährden seine moralische Entwicklung. Die Gutachten sind mit Recht einig darüber, daß nur die schweren Fälle gestraft werden können. Als Tätertypus erscheint dann: der Gewohnheitsverbrecher, der Trunkenbold, die Prostituierte. Solchen Menschen müssen die Kinder einfach abgenommen werden, zur Erziehung sind sie gänzlich unfähig und daran vermag keine Strafe etwas zu ändern. Wozu sie dann dienen sollte, vermag ich nicht einzusehen. Ich würde die Strafandrohung auf den Fall beschränken, daß Eltern, welche die Eignung zur Kindererziehung besitzen, ihre Kinder schuldhaft dem außerhalb der Familie drohenden Verderben überantworten.

Der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen müsse das Strafgesetz mit aller Energie entgegentreten. Schon zu lange zögere hier die Gesetzgebung, sich des vollen Ernstes der Sache klar zu werden. Es sei ein schreiendes Mißverhältnis, wenn die leichteste Körperverletzung gerichtlich bestraft wird, während der ungleich schwerere Fall, daß die physische und auch die psychische Entwicklung der Jugend durch übermäßige und schädliche Arbeit langsam, unscheinbar, aber umso nachteiliger geschädigt wird, der ganz ungenügenden Ahndung durch die Gewerbebehörde überlassen bleibe.

Was den Umfang des Schutzes anbelangt, so stimme Referent mit *Lammasch* darin überein, daß endlich wieder ein Schritt nach vorwärts getan werden muß. Er verstehe den Vorschlag *Lammasch* dahin, daß alle die weitgehenden Ausnahmen von den Vorschriften der Gewerbeordnung über den Kinderschutz zu beseitigen wären, und würde vorschlagen, jede Verwendung eines Kindes vor vollendetem 14. Jahre zu regelmäßiger gewerblicher Beschäftigung bei Strafe zu verbieten. Dieses Minimum müsse vom Standpunkte des Kinderschutzes gefordert werden, und daß es durchführbar sei, zeige das Beispiel des Auslandes. Da der Gegenstand der Kinderarbeit vom Kongreßprogramm ausgeschlossen sei, glaubt Referent, sich eingehender Ausführungen enthalten zu müssen. Was den Schutz der Jugendlichen (14 bis 16 oder 18 Jahre) betrifft, so hält Referent den von *Lammasch* vorgeschlagenen allgemeinen Tatbestand für keinen Fortschritt deshalb, weil die Voraussetzungen seiner Durchführbarkeit fehlen. Er verweist diesfalls auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft und bei der Heimarbeit. Die gewiß schädliche

Verwendung der Arbeitskräfte erfolge da vielfach nicht durch Unternehmer, sondern durch Eltern und Angehörige, und diese sei nicht dem Typus der Ausbeutung zu unterstellen, sondern das Ergebnis eines übermäßigen Druckes ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse. Wenn zum Beispiel ein sogenannter Reuschler, der Inhaber eines Zwerggrundbesitzes, seine Kinder schwer arbeiten lasse, so müsse er das tun, weil er sonst samt seinen Kindern hungere. In bezug auf die Heimarbeit fehle es überdies heute noch an jeder Kontrollmöglichkeit. Eine allgemeine Strafandrohung, die auf weite ihr unterfallende Gebiete nicht angewendet werden kann, laufe Gefahr, ganz wirkungslos zu bleiben. Deshalb sollte der von der geltenden Gewerbeordnung eingeschlagene Weg konkreter Normierung, konkreter Verbote und Strafandrohungen vom zukünftigen Strafrechte fortgesetzt werden.

Auf den von diesen Vorschriften unberührten Gebieten müsse durch Hebung der wirtschaftlichen Lage der Boden für strafgesetzhche Normen erst geschaffen werden. Um aber wirklicher Ausbeutung auf dem Gebiet der Heimarbeit entgegenzutreten, empfiehlt Referent, die Bewucherung der Arbeitskraft Jugendlicher mit strenger Strafe zu bedrohen, und erblickt den Tatbestand in dem Zujichern oder Gewähren eines derart niederen Arbeitslohnes, daß nur bei einem die Gesundheit oder die körperliche Entwicklung gefährdenden Ausmaß von Arbeitsleistung der nötige Unterhalt verdient werden kann.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung des Alkoholgenusses befürwortet Referent folgende Kombination der Vorschläge: „Strenge und allgemein zu strafen ist die Verabreichung von Alkohol an Jugendliche in solchen Mengen, daß dadurch Trunkenheit herbeigeführt wird; geringere Strafe wäre anzudrohen für den Fall, daß einem Unmündigen, der sich nicht in Begleitung Erwachsener befindet, in öffentlichen Trinklokalen Alkohol verabreicht wird.“

Auf dem Gebiete der Sittlichkeitsdelikte wären Mädchen gegen einfache Verführung mindestens bis zum 18. Jahre zu schützen und ebenso gegen Ruppelei. Auch wäre hier der Vorschlag L a m m a s c h' zu empfehlen, jede Verwendung eines Jugendlichen zu einer Erwerbstätigkeit, die seine Sittlichkeit gefährdet, mit Strafe zu bedrohen.

Was die Bekämpfung der pornographischen Literatur und unsittlicher Darstellungen anlangt, so möchte Referent vor zu weiten allgemeinen Strafandrohungen warnen. Vieles, was der Jugend schädlich sei, könne hohen künstlerischen Wert besitzen. Von schädlichen Darstellungen und Aufführungen in geschlossenen Lokalen die Jugend fernzuhalten, sei Aufgabe der Eltern und Erzieher. Um die Straße, die Schaufenster zu reinigen und die pornographische Literatur zu bekämpfen, reicht nach Ansicht des Referenten der Rahmen des § 516 StG. aus, wenn die Zuständigkeit der Schwurgerichte, die sich auch auf diesem Gebiet wenig bewährt hätten, beseitigt und das Gesetz wirklich angewendet würde. Dafür zu sorgen, sei Aufgabe der Justizverwaltung, und das müsse gefordert werden. Gegenwärtig stehe § 516 vielfach nur auf dem Papier. Ausländische Gesetzgebungen dehnen zwar ihre Bestimmungen auf diesen Gebiete immer mehr aus, aber die tatsächlichen Verhältnisse ändern sich dabei nicht im mindesten. Wer immer darüber Beobachtungen in größeren Städten gemacht habe, werde das bestätigen müssen. Eine strenge Strafandrohung, namentlich auch hohe Geldstrafen für jene, die unzüchtige Schriften oder Gegenstände an Jugendliche verkaufen, hält Referent für vollkommen gerechtfertigt.

Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft.

In seinem Schlußworte führt Dr. Graf Gleispach aus, die Debatte habe sich vorzugsweise um die Frage der Mißhandlung und des Züchtigungsrechtes gedreht. Was die Züchtigung durch Lehrer anbelangt, sei von keiner Seite eine Änderung des geltenden Rechtes in Vorschlag gebracht worden. Die Lehrer haben — bemerkt Referent — heute nicht das Züchtigungsrecht und sollen es auch in Zukunft nicht haben. Die zur Züchtigung Berechtigten, namentlich die Eltern, sollten nicht strafbar sein, wenn sie maßvoll und in erziehlicher Absicht züchtigen. Es ist Sache des Richters, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen vorliegen. Im Gesetz kann man die Grenze zwischen Rechtsausübung und strafbarem Tun hier so wenig wie auf anderen Gebieten genauer ziehen.

Redner meint ferner, es seien in der Debatte für die Zuständigkeit der Gerichte in Sachen des Kinderschutzes so treffende Gründe vorgebracht worden, daß seine Ansichten über die Notwendigkeit gerichtlicher Kompetenz nur bestärkt wurden. Die Vorschriften über die Verabreichung von Alkohol an Kinder könnten wohl — würde man glauben — als minderwichtig ausgeschieden werden, aber es sprechen verschiedene Gründe für ihre Beibehaltung, vor allem die Notwendigkeit der Konzentration aller einschlägigen Agenden bei einer Behörde.

Was die Belastung der Bezirksgerichte betrifft, hegt Referent die Überzeugung, daß alle Änderungen nur im Zuge der Reform des gesamten Strafrechtes durchgeführt werden sollten. Dessen Modernisierung werde die Gerichte von einer Menge von Tatbeständen entlasten, mit denen sie sich heute zu beschäftigen haben. Und wenn zu wenig Gerichte vorhanden seien, so müßten eben neue errichtet werden. Man dürfe hier auf solche Dinge keine Rücksicht nehmen, sondern müsse den Kinderschutz radikal vertreten; wenn die Sache zur Durchführung kommt, werden sich ohnedies noch genug Hemmnisse einstellen.

Schließlich bemerkt der Referent, daß der von einigen Seiten erhobene Vorwurf der Überspannung des Strafrechtes gegen ihn nicht geltend gemacht werden könne, denn gerade er habe manche Vorschläge der Gutachter für zu weitgehend gehalten. Er sei also nicht für eine Überspannung des Strafrechtes, aber was er befürwortet habe, halte er für notwendig und durchführbar.

Der Vorsitzende Vizepräsident Babusch bemerkt, er könne sich in seinem Resumé angesichts der trefflichen Ausführungen des Berichterstatters auf einen Punkt beschränken. In der Frage, ob der Schutz der Gesundheit sowie der körperlichen und moralischen Integrität der Kinder aus der Kompetenz der Gerichte auszuscheiden und der Verwaltungsbehörde zuzuweisen wäre, seien verschiedene Meinungen geäußert worden. Der erste Redner habe die Frage bejaht, Staatsanwalt Baron Klingpor und Senatspräsident Baron Schenk hätten sie verneint. Einen Mittelweg zwischen diesen Anschauungen habe Oberlandesgerichtspräsident Erzellenz Gertischer gewählt, welcher meinte, es wäre das richtigste, für derartige Fragen ein besonderes Verwaltungsgericht zu schaffen. Der Vorsitzende konstatiert nun, die Ausführungen der beiden früher genannten Herren, die für die Beibehaltung der Gerichtskompetenz eintraten, seien einem so allgemeinen Beifall begegnet, daß er annehmen müsse, es entsprechen diese ihre Ausführungen der communis opinio. Das festzustellen betrachte er als seine Pflicht gegenüber dem Kongreß.

In der Plenarsitzung erstattete Dr. Graf Gleispach folgenden Bericht:

Die beiden Gutachter wie auch der Berichterstatter zu Frage 4 haben sich dafür ausgesprochen, besondere strafrechtliche Normen zum Schutze der Kinder aufzustellen. Mit Übergehung der weniger wesentlichen Abweichungen lassen sich die vorgebrachten Vorschläge in folgende These zusammenfassen:

Strafe hat einzutreten bei Verletzung der Pflicht zum Unterhalt der Kinder und bei grober Verletzung oder Vernachlässigung der Erziehungspflicht, bei Mißbrauch und Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen, bei Verwendung solcher zu öffentlichen Schaustellungen und zum Bettel. Ferner ist bei Strafe zu verbieten die Verabreichung von alkoholhaltigen Getränken an Jugendliche in solchen Mengen, daß dadurch Trunkenheit herbeigeführt wird, und die Verabreichung solcher Getränke an Jugendliche in öffentlichen Trinklokalen überhaupt. Mißhandlungen von Kindern sind immer von Amts wegen zu verfolgen; Züchtigung seitens eines dazu Berechtigten ist als Rechtsausübung straflos, jede Überschreitung des Züchtigungsrechtes aber zu strafen.

Gegen Angriffe auf die sittliche Integrität sind Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre unbedingt zu schützen, und zwar in Abweichung vom geltenden Rechte, Mädchen und Knaben. Der Schutz gegen einfache Verführung ist bis zum vollendeten 16. Lebensjahre zu erstrecken. Auch wenn der Täter das Alter seines Opfers nicht kannte, aber hätte erkennen können, tritt Strafe ein, wenn auch mildere Strafe. Unsittliche Bücher, bildliche Darstellungen und Darbietungen muß das Strafrecht energisch bekämpfen, besonders den Vertrieb solcher Gegenstände unter der Jugend. Schließlich ist der dem Kinde angeborene Familienverband strafrechtlich zu schützen, besonders durch einen weitgefaßten Tatbestand der Entführung.

Dies wären in Kürze die Vorschläge.

Die Debatte in der Abteilung drehte sich namentlich um drei Punkte. Während der Vorschlag, die Verletzung der Unterhaltspflicht zu strafen, allgemeine Zustimmung fand, erblickten zwei Redner in der Bestrafung der Verletzung der Erziehungspflicht eine Überspannung des Strafschutzes und besorgten nachteilige Folgen von einer Vermischung der Gerichte auf diesem Gebiete. Doch fand auch der Standpunkt der Gutachten lebhafteste Befürwortung. Den breitesten Raum nahm die Erörterung des Züchtigungsrechtes ein. Von Vertretern des Lehrerstandes ist auf die Unbotmäßigkeit der Schuljugend hingewiesen worden, auf die Momente, die eine freilich rechtlich unzulässige Züchtigung als sehr entschuldbar erscheinen lassen, auf die Gefahren der Denunziation; von einer Seite wurde selbst die gesetzliche Anerkennung eines Züchtigungsrechtes der Lehrer gewünscht. Die Mehrheit der Redner aber sprach sich dagegen aus und ich glaube sagen zu dürfen, daß die Mehrheit der Versammlung überhaupt den Standpunkt des Berichterstatters billigte, wonach nur maßvolle Züchtigung in erziehlicher Absicht als Rechtsausübung in dem bisherigen Umfange straflos zu bleiben hat, jede Überschreitung des Züchtigungsrechtes und jede Züchtigung seitens eines Unberechtigten jedoch strenge zu strafen ist, gleich jeder anderen Mißhandlung oder Körperverletzung.

Eingehende Besprechung fand in der Abteilung die Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit, der pornographischen Literatur, unzüchtigen Ansichtskarten usw. Eine Erweiterung des geltenden Rechtes in dieser Hinsicht wurde jedoch nicht befürwortet, sondern die Redner stimmten der Ansicht des Berichterstatters zu, daß das geltende Recht ausreiche, seine volle Anwendung aber, an der es gegenwärtig fehle, gefordert werden müsse.

Schließlich wurde von zwei Rednern beantragt, die Untersuchung und Bestrafung einer Reihe der vorgeschlagenen Delikte nicht den Gerichten, sondern den Verwaltungsbehörden oder erst auszugestaltenden Verwaltungsgerichten zu übertragen, so namentlich die Verletzung der Fürsorgepflicht, Ausbeutung der Arbeitskraft Jugendlicher, Verabreichung von Alkohol an Jugendliche. Dagegen wandten sich aber zahlreiche andere Teilnehmer an der Debatte in längeren

Ausführungen, die den lebhaften Beifall der Versammlung fanden, darunter sowohl Vertreter des Richterstandes als auch Verwaltungsbeamte. Sie wiesen auf die große antisoziale Bedeutung der zu ahndenden Handlungen hin, der nur die gerichtliche Strafe gerecht zu werden vermag, und auf die dringende Notwendigkeit der Zentralisation aller gegen Kinder gerichteten Delikte. Den Gerichten sei die Zuständigkeit betreffs anderer geringfügiger Delikte abzunehmen, mit denen sie sich heute ohne sachlichen Grund zu befassen haben; schließlich müßte die Vermehrung der Gerichte gefordert werden. Dieser Standpunkt fand offensichtlich die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit.

Wie aus diesem Berichte zu entnehmen ist, sind viele Vorschläge nicht in Diskussion gezogen worden; wir werden annehmen dürfen, daß sie die stillschweigende Billigung der Sektion gefunden haben. Zusammenfassend möchte ich daher sagen, daß der Kongreß auch auf unserem Gebiete sehr ersprießliche Arbeit geleistet hat. Auf der sicheren Grundlage der ausgezeichneten Gutachten haben die Beratungen unserer Abtheilung der Reform unseres Strafrechtes auf dem Gebiete des Kinderschutzes die Bahn gewiesen. Als Leitmotive, welche die Verhandlung durchzogen, glaube ich die folgenden Grundsätze feststellen zu dürfen: Besondere strafrechtliche Maßnahmen zum Schutze der Kinder sind notwendig, doch darf dabei nicht zu weit gegangen werden. Um so mehr ist volle, strikte Anwendung des Gesetzes des geltenden und des noch zu schaffenden Rechtes zu fordern. Zuviel darf man sich aber von der Wirkung des Strafrechtes nicht erwarten. Immer mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß heute das Verbrechen überhaupt und auch das Verbrechen am Kinde weniger in der Eigenart der Täter wurzelt, als durch ungünstige soziale und durch wirtschaftliche Verhältnisse verursacht wird. Jede sozialpolitische Maßnahme ist daher wirksamer als die Strafe. Gleichwohl darf auf die Mitwirkung auch des Strafrechtes zum Wohle des Kindes nicht verzichtet werden, denn — und damit möchte ich schließen — in dem großen Kampfe gegen die Verwahrlosung und Verderbnis der Kinder, in dem Kampfe für das kostbarste Gut, nämlich für die Jugend und damit für unsere Zukunft, in diesem Kampfe wird der Erfolg uns nur dann beschieden sein, wenn wir eingedenk bleiben des Wahlspruches unseres erlauchten Monarchen, der da lautet: „Viribus unitis“.

Es folgt nun eine

Zusammenstellung

der Verordnungen, Erlässe und Mitteilungen des Justizministeriums in betreff der Bekämpfung der Kriminalität der Jugendlichen, des Rechtsschutzes der Minderjährigen und des Kinderschutzes im allgemeinen.

1. Verordnung des Justizministeriums vom 10. November 1893, B. 19462,

betreffend die pflegschaftsbehördliche Fürsorge für die persönlichen Verhältnisse der Minderjährigen.

An alle Gerichte.

Mehrfach geäußerte Wünsche und Anregungen bieten dem Justizministerium Anlaß, die unterstehenden Gerichte daran zu erinnern, daß sich nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ihre Fürsorge in Ansehung der Minderjährigen nicht bloß auf deren vermögensrechtliche Interessen beschränken darf, sondern daß sie pflichtgemäß innerhalb der im 3. und 4. Hauptstücke des 1. Teiles des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches gezogenen Grenzen auch für die persönlichen Verhältnisse der Minderjährigen ihre Fürsorge zu betätigen haben.

Die notwendige periodische Revision des Waisenbuches wird Anlaß und Gelegenheit zu Erkundigungen über den Stand der Ausbildung und Erziehung der Minderjährigen gewähren, aber auch die gewöhnlichen Agenden, insbesondere die strafgerichtlichen Geschäfte werden häufig Erscheinungen zu Tage treten lassen und Verhältnisse klar legen, welche dem Zivilgerichte Anlaß geben müssen, der Erziehung und dem sittlichen Zustande der Kinder Aufmerksamkeit zuzuwenden. Daher sollen die Strafgerichte und strafgerichtlichen Funktionäre die Zivilgerichte von den diesfalls wahrgenommenen Tatsachen jeweils in Kenntnis setzen.

In Ausübung solcher obervormundschaftlicher Fürsorge werden die Gerichte gemäß § 178 a. BGB. insbesondere auch den Minderjährigen, dessen sittlicher Entwicklung in seiner Umgebung Gefahr droht, in einer anderen Familie unterbringen können, die dem Gerichte volle Gewähr für eine gute Erziehung bietet. Sofern aber hiezu die Gelegenheit fehlt, wird der drohenden Verwahrlosung der Minderjährigen durch deren Überweisung an eine Besserungsanstalt für jugendliche Personen vorgebeugt werden können (§ 16 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90). Die gesetzlichen Vertreter zu der nach dem zitierten § 16 erforderlichen Antragstellung anzuregen, wird den Gerichten mit Hilfe der allgemeinen Anordnungen des kaiserlichen Patentes vom 9. August 1854, RGBl. Nr. 208, möglich sein.

Schließlich wird bei diesem Anlasse den Gerichten die genaueste Befolgung der über die Absonderung jugendlicher Häftlinge von anderen Gefangenen bestehenden Vorschriften neuerlich eingeschärft.

Schönborn m. p.

2. Verordnung des Justizministeriums vom 23. Jänner 1899, Z. 30.430 ex 1898,

betreffend die Verbüßung der Verschließungsstrafe (§ 270 StG.) in Besserungsanstalten.

An alle Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Strafummündige, welche sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, sind gemäß §§ 269 a und 270 StG. mit „Verschließung an einem abgeordneten Bewahrungsorte“ zu bestrafen, außerdem kann gemäß § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, ihre Abgabe in eine Besserungsanstalt für zulässig erkannt werden.

Es sind wiederholt Zweifel aufgetaucht, ob es zulässig sei, die Verschließungsstrafe selbst in einer Besserungsanstalt abbüßen zu lassen. Da das Strafgesetz ausdrücklich nur von der Verschließung an einem abgeordneten Bewahrungsorte spricht, daher keineswegs den Vollzug im Gerichtsgefängnisse anordnet, unterliegt es keinem Anstande, die Verschließung in einer dem Gesetze vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, entsprechenden Besserungsanstalten vollziehen zu lassen, und zwar gleichviel, ob lediglich auf Verschließung erkannt oder ob außerdem noch die Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt ausgesprochen wurde. In dem ersteren Falle darf die Freiheitsentziehung die urteilsmäßige Dauer nicht überschreiten, in beiden Fällen muß die Durchführung der Verschließung dem Urteilsinhalte entsprechen, sie muß sich insbesondere als Freiheitsstrafe, als eine gegenüber der bloßen Anhaltung in der Besserungsanstalt strengere Maßregel darstellen; es muß in den Satzungen der Besserungsanstalt für diesen Fall Vorkehrungen getroffen sein und dem Gerichte, in dessen Sprengel die Besserungsanstalt liegt, die Möglichkeit gewahrt sein, den Strafvollzug zu überwachen.

Handelt es sich um Vollzug der Verschließung in einer Besserungsanstalt außerhalb des Sprengels des erkennenden Gerichtes, so wird nach Analogie des § 406 StPD. vorzugehen sein.

Voraussetzung des aus sachlichen Gründen sehr zweckmäßigen Vollzuges der Verschließung in einer Besserungsanstalt ist jedoch die Bereitwilligkeit der letzteren zur Aufnahme, sofern nicht für die Anstalt bereits bindende Vorschriften vorliegen oder in der Folge geschaffen werden.

Ruber m. p.

3. Verordnung des Justizministeriums vom 3. Dezember 1899,

betreffend die Verwirklichung des Kinderschutzes durch die Gerichte.

An alle Gerichte.

Eine auffehererregende Strafverhandlung wegen Mißhandlung eines Kindes gibt Anlaß, die Gerichte zur genauen und ersten Anwendung der Gesetze und Vorschriften aufzufordern, die einen wirksamen Kinderschutz bezwecken.

Nach § 177 a. BGB. sind Väter, die die Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder gänzlich vernachlässigen, der väterlichen Gewalt für verlustig zu erklären und nach § 178 a. BGB. hat das Gericht gegen den Mißbrauch der väterlichen Gewalt, wodurch das Kind in seinen Rechten gekränkt wird, oder gegen die Vernachlässigung der mit der väterlichen Gewalt

verbundenen Pflichten die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen. Das Gericht kann somit wegen schwerer Mißhandlung und wegen drohender Verwahrlosung der Kinder auch auf den Verlust der väterlichen Gewalt erkennen und die Unterbringung der Kinder in einer anderen Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt verfügen.

Die bestehenden Erkeimprivilegien zu Gunsten der auf dem Gesetze beruhenden Unterhaltsansprüche ermöglichen es ferner bei strengem und energischem Vorgehen, die schuldtragenden Eltern auch zur Bezahlung der Kosten der Unterbringung heranzuziehen und dadurch zu verhindern, daß sie die gerichtliche Maßregel etwa gar als eine wirtschaftliche Erleichterung oder als Befreiung von einer lästigen Pflicht hinnehmen.

Bei Anwendung dieser Vorschriften sind die Gerichte allerdings auf die Mitwirkung der anderen Behörden und darauf angewiesen, daß ihnen aus dem Kreise der unmittelbar Beteiligten, der Verwandten, Nachbarn oder anderen Personen Wahrnehmungen mitgeteilt werden, die ein Einschreiten rechtfertigen. Die Gerichte sind aber auch verpflichtet, die Wahrnehmungen, die sie bei der Verwaltung der Strafrechtspflege machen oder die ihnen bei der vorchriftsmäßigen Erkundigung über die Verpflegung und Erziehung der Pflegebefohlenen zukommen, zum Anlaß gerichtlicher Fürsorgemaßregeln zu nehmen, wie sie das bürgerliche Recht gestattet.

Zu diesem Behufe sollen von den Strafgerichten die Akten über Mißhandlung oder Verwahrlosung von Kindern und insbesondere auch die Akten, aus denen die Verleitung oder Verwendung von Kindern zum Bettel hervorgeht, jedesmal dem zuständigen Pflegschaftsgerichte übermittelt werden.

In dieser Hinsicht werden den Gerichten die Weisungen der Justizministerialverordnung vom 10. November 1893, JMWBl. Nr. 31, neuerlich in Erinnerung gebracht.

Die Pflegschaftsgerichte haben jede derartige, ihnen zugehende Anzeige sorgfältig zu prüfen und durch strenge Handhabung der Gesetze für die Verwirklichung des den Kindern und Pflegebefohlenen zugeachten gesetzlichen Schutzes einzutreten.

Da Organisationen der Privatwohltätigkeit, die sich den Kinderschutz zum Ziele gesetzt haben, das Gericht bei Lösung seiner Aufgabe aufs wirksamste unterstützen können, sollen die Gerichte derartigen Vereinen dienstlich in jeder Weise entgegenkommen und ihre Tätigkeit und Entwicklung möglichst zu fördern suchen.

Kindinger m. p.

4. Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 8. Jänner 1900, Z. 41.744/99.

An alle politischen Landesbehörden.

Das Justizministerium hat die beiliegende Verordnung, betreffend die Verwirklichung des Kinderschutzes, an die k. k. Gerichte erlassen (3. Dezember 1899).

Die erfolgreiche Durchführung der den Gerichten obliegenden Aufgaben bezüglich der Verhütung von Mißhandlungen und der Verwahrlosung der Kinder in körperlicher und geistiger Hinsicht hat zur Voraussetzung, daß die Gerichte rasche und zuverlässige Auskunft über wahrgenommene Ausschreitungen sowie über Fälle, in welchen dieselben die Pflege oder Erziehung der Kinder vernachlässigen, erhalten.

Zu diesem Zwecke ist es geboten, daß die politischen und polizeilichen Behörden die Gerichte bei der Erfüllung dieser Obliegenheiten tatkräftig unterstützen.

Die k. k. Statthalterei (Landesregierung) wird daher eingeladen, durch entsprechende Weisungen an die unterstehenden Behörden und Ämter Vorkehrung zu treffen, daß mißbräuchliche Akte der Ausübung der väterlichen Gewalt, Fälle der Züchtigung, welche sich als Mißhandlungen darstellen, ferner Fälle der Vernachlässigung der Verpflegung und Erziehung der Kinder, sowie überhaupt alle bemerkenswerten Wahrnehmungen, welche für die Gerichte bei der Ausübung ihrer Schutz- und Pflegschaftsfunktionen von Belang sein könnten, unverweilt dem kompetenten Gerichte angezeigt werden.

Bei konstatirten Fällen von Mißhandlungen der Kinder wird insbesondere jeweilig zu erwägen sein, ob nicht etwa zulässige administrative Maßnahmen getroffen werden müßten, durch welche den mißhandelten Kindern wirksamer Schutz vor weiteren Erzeß der häuslichen Strafbefugnisse gewährt wird.

Bei der Tätigkeit der politischen Behörden in dem in Rede stehenden Belange erscheint die zielbewußte Mitwirkung der Gemeinden von größter Bedeutung, und es wird demnach notwendig sein, sich derselben zu versichern.

Auch wird es sich empfehlen, an die Beihilfe der Seelsorgegeistlichkeit, welche durch die unmittelbaren Beziehungen zur Bevölkerung und insonderheit durch die Kanzeltätigkeit wirksam den Kinderschutz zu fördern in der Lage ist, zu appellieren.

Endlich wird den politischen Behörden — wie es seitens des Justizministeriums den Gerichten gegenüber geschehen ist — nachdrücklich aufgetragen, Privatwohltätigkeitsvereine, welche sich den Kinderschutz zum Ziele gesetzt haben, in ihrer Tätigkeit wirkungsvoll zu unterstützen.

5. Verordnung des Justizministeriums vom 11. Mai 1901, betreffend den Kinderschutz.

An alle Gerichte und Staatsanwaltschaften.

I. Die Ergebnisse einer Umfrage über die Tätigkeit der Gerichte zum Zwecke der Verwirklichung des Schutzes der Kinder gegen Mißhandlung und drohende Verwahrlosung geben dem Justizministerium Anlaß, den Gerichten die Weisungen der Verordnungen des Justizministeriums vom 10. November 1893, *JMBL.* Nr. 31, und vom 3. Dezember 1899, *JMBL.* Nr. 49, in Erinnerung zu bringen. Den Strafgerichten wird neuerlich eingeschärft, die Akten über Mißhandlung oder Verwahrlosung von Kindern und insbesondere auch die Akten, aus denen die Verleitung oder Verwendung von Kindern zum Bettel hervorgeht, jedesmal dem zuständigen Pflégschaftsgerichte zu übermitteln, wenngleich eine strafgerichtliche Verurteilung nicht erfolgt ist.

Die Pflégschaftsgerichte haben diese Mitteilungen von ihrem Standpunkte zu prüfen und gegebenen Falls auch dann, wenn keine strafbare Handlung konstatiert wurde, zu ermitteln, wie das Kind behandelt, gehalten und erzogen wird, und ob die Pflichten der Eltern, Pfleger und Erzieher erfüllt werden. Einem Mißbrauch der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt oder Vernachlässigung der damit verbundenen Pflichten muß mit aller Energie, insbesondere, wenn nötig, durch Aberkennung der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt entgegengetreten werden (§§ 177, 178, 254 a. *BGB.*). Wenn eine Vorkehrung im Interesse des Kindes dringend notwendig ist, darf das Strafgericht die Mitteilung an die Pflégschaftsbehörde nicht bis zum Abschluß des Strafverfahrens verschieben, sondern es muß ohne Verzug dem Pflégschaftsgerichte der Sachverhalt mitgeteilt und ihm so die Gelegenheit gegeben werden, das Nötige vorzunehmen, insbesondere einstweilen für den Schutz und die Unterbringung des Kindes vorzusorgen.

II. Das mit der Verordnung vom 3. Dezember 1899 empfohlene Zusammenwirken der Gerichte und der Privatwohlthätigkeitsvereine, die sich den Kinderschutz zum Ziele setzen, hat sich nach den vorliegenden Berichten bewährt. Die Gerichte werden daher angewiesen, wenn tunlich, von allen Fällen der Kindermißhandlung diesen Vereinen Mitteilung zu machen, insbesondere auch ihre Hülfe zur Ermittlung eines geeigneten Pflégers in Anspruch zu nehmen.

III. Wenn eine Überschreitung des häuslichen Züchtigungsrechtes oder ein sonstiger Mißbrauch der Erziehungsgewalt oder eine Vernachlässigung des Kindes konstatiert wird, das Kind aber in der bisherigen Pflége verbleibt, muß das Gericht das weitere Verhalten der Eltern oder Pfléger im Auge behalten und zu diesem Behufe insbesondere die Hülfe der Polizei und, wenn dies zweckmäßig erscheint, auch der Privatwohlthätigkeitsvereine in Anspruch nehmen.

IV. Da den Gerichten nach den vorliegenden Berichten vielfach nicht bekannt ist, welche Wohlthätigkeitsvereine, Anstalten, Stiftungen u. dgl. in jedem Lande sich den Kinderschutz, die Kindererziehung und Rettung zur Aufgabe gemacht haben, werden die Oberlandesgerichtspräsidien ersucht, allenfalls durch ein von ihnen bestimmtes Gerichtshofpräsidium erster Instanz die hier in Frage kommenden Vereine, Anstalten, Stiftungen u. dgl. für jedes Land ihres Sprengels ermitteln und unter kurzer Angabe des Zweckes, der Aufnahmebedingungen, der Anzahl der Plätze und Verpflegskosten u. dgl. in ein Verzeichnis bringen und dieses sodann allen Gerichten des Landes mitteilen zu lassen.

Wo derlei Vereine noch nicht bestehen, namentlich in den größeren Städten, wäre es zu wünschen, daß solche Vereine, etwa nach dem Muster der in Wien bestehenden Vereine dieser Art, ins Leben gerufen werden; überaus dankenswert würde es sein, wenn die Beamten der Gerichte und Staatsanwaltschaften nötigenfalls selbst hiezu Anregung geben wollten.

Spens m. p.

6. Erlass des Justizministeriums vom 13. Mai 1901.

An alle Oberlandesgerichtspräsidien.

Trotz wiederholter gelegentlicher Erinnerungen an die Gerichte wird bei Amtsuntersuchungen noch immer wahrgenommen, daß manche Gerichte sich darauf beschränken, für uneheliche Kinder einen Vormund zu bestellen, daß sie aber hinsichtlich der Feststellung der Vaterschaft und der Unterhaltspflicht sich passiv verhalten, solange nicht der Vormund aus eigenem Antrieb einen Antrag stellt.

Nach Ansicht des Justizministeriums entspricht diese Praxis nicht dem Gesetze.

Der Vormund hat nach § 216 a. *BGB.* gleich dem Vater die Verbindlichkeit und das Recht, für die Erziehung des Minderjährigen Sorge zu tragen, und es obliegt ihm, den Minderjährigen vor Gericht und außer demselben zu vertreten (§ 205 a. *BGB.*). Nach § 217 a. *BGB.* steht jebermann das Recht zu, dem Gerichte Anzeige zu machen, wenn der Vormund die Pflicht der nötigen Obforge und Pflége hintansetzt, und gemäß § 354 a. *BGB.* muß der Vormund von Amts wegen entlassen werden, wenn er die Vormundschaft pflichtwidrig verwaltet, während andererseits das Gericht gemäß § 265 a. *BGB.* für den Schaden haftbar wird, wenn es sein Amt zum Nachteil eines Minderjährigen vernachlässigt.

Danach ist es zweifellos Amtspflicht des Vormundschaftsgerichtes, dafür zu sorgen, daß die Rechte des unehelichen Kindes gegen den Vater auf Verpflegung, Erziehung und Versorgung gewahrt werden (§§ 166, 167 a. BGB.) und es ist Pflicht des Gerichtes, von Amts wegen das hiezu dienliche einzuleiten oder, wenn ein Antrag des Vormundes erforderlich ist, diesen gemäß § 19, Abs. 2, Berl. Pat. zur Stellung des Antrages zu verhalten. Eines solchen Antrages bedarf es zunächst aber nicht, wenn es sich um die Sicherung der wichtigsten Rechte des unehelichen Kindes gegen seinen Vater handelt. Das Gericht hat vor allem durch Vernehmung des Vormundes oder der Mutter zu ermitteln, wer Vater des Kindes sei, ohne daß aber in dieser Hinsicht ein Zwang gegen die Mutter angewendet werden dürfte. Der namhaft gemachte Vater ist sodann zu Gericht zu laden und zu befragen, ob er seine Vaterschaft anerkenne und zur Leistung der seinem Vermögen entsprechenden Verpflegung (§ 166 a. BGB.) bereit sei.

Wenn die Vaterschaft zu dem Kinde und die Pflicht zur Unterhaltsleistung anerkannt wird und auch über deren Ausmaß kein Streit besteht, so ist dies allenfalls in der Form eines gerichtlichen Vergleiches zu beurkunden, um dem Anspruche des Kindes die Exekutionsfähigkeit zu sichern.

Auf die Feststellung der Vaterschaft soll regelmäßig gedrungen werden, da sie für die Folge, insbesondere mit Rücksicht auf die nachfolgende Verehelichung der Eltern und im Hinblick auf die Versorgungsansprüche des unehelichen Kindes von Wert ist und die Feststellung später oft Schwierigkeiten begegnet.

Von der gerichtlichen Festsetzung der Unterhaltspflicht kann dagegen vorläufig abgesehen werden, wenn sich diese nach den Umständen als entbehrlich darstellt, sei es, weil es offenbar ausgeschlossen ist, daß der Vater zur Erfüllung der im § 167 a. BGB. statuierten Pflicht jemals wird herangezogen werden können, sei es, weil an der freiwilligen und ausreichenden Erfüllung dieser Pflicht kein Zweifel besteht.

Wird die Vaterschaft und Alimentationspflicht anerkannt und besteht auch über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Vaters kein Streit oder lassen sich diese Verhältnisse ohne förmliches Beweisverfahren (§ 2, §. 3, 7, Berl. Pat.) im Verfahren außer Streitfachen feststellen, dann betrachten es viele Gerichte als zulässig, das Ausmaß der Unterhaltsleistung im Wege des nichtstreitigen Verfahrens festzusetzen, für diese Praxis spricht außer ihrer offensichtlichen Zweckmäßigkeit der Umstand, daß ein begrifflicher Unterschied zwischen dem Unterhaltsanspruch ehelicher und unehelicher Kinder nicht besteht, daß auch der Anspruch der letzteren kein Gegenstand der freien Disposition der Parteien ist (§ 170 a. BGB.), daß das Ausmaß der Unterhaltspflicht, mag nun das streitige oder das nichtstreitige Verfahren Anwendung finden, vom Gerichte nach freiem Ermessen zu bestimmen ist und daß endlich auch über den Unterhaltsanspruch der ehelichen Kinder im nichtstreitigen Verfahren zu erkennen ist. Ubrigens unterliegt auch die Exekutionsfähigkeit eines im Verfahren außer Streitfachen gefaßten Beschlusses über das Maß der Leistungspflicht des unehelichen Vaters nach § 1, Z. 6, G.D. keinem Zweifel.

Wenn der Prozeßweg zu betreten ist, sei es, weil das Vormundschaftsgericht sich nicht für berufen erachtet, im Falle eines Streites über das Ausmaß der dem außerehelichen Vater obliegenden Leistung zu entscheiden, oder weil über die Vaterschaft oder über die grundlegenden Vermögensverhältnisse Streit besteht, so hat das Vormundschaftsgericht den Vormund zur Erhebung der Klage anzuweisen. Hierbei ist dem Vormund durch protokollarische Aufnahme der Klage (allenfalls nach § 64, Z. 4, ZPO.) und durch Aufstellung des Armutsgengnisses nach § 65, letzter Absatz, ZPO., soweit als möglich an die Hand zu gehen. Über das Ergebnis des Prozesses, falls er nicht beim Vormundschaftsgericht geführt wird, hat der Vormund dem Gerichte Bericht zu erstatten und es muß hiezu eine entsprechende Frist gegeben und deren Einhaltung durch den Geschäftskalender überwacht werden.

Das Vormundschaftsgericht soll auch von Amts wegen für die Verwirklichung der Bestimmung des § 372 G.D. eintreten und dem Vormund den Auftrag geben, um die Exekution zur Sicherstellung gegen den unehelichen Vater anzufuchen, wenn wider ihn wegen Hereinbringung verfallener Unterhaltsraten schon einmal Exekution geführt werden mußte.

Wenn nach den Verhältnissen des unehelichen Vaters und der unehelichen Mutter nicht ausgeschlossen ist, daß die öffentliche Fürsorge für die Verpflegung des Kindes wird in Anspruch genommen werden müssen, muß das Vormundschaftsgericht darauf dringen, daß die Grundlage hiefür, die Heimatsangehörigkeit des unehelichen Kindes, festgestellt wird.

Das k. k. Präsidium wird ersucht, diesen Erlaß allen Gerichten zu verlautbaren.

Klein m. p.

7. Verordnung des Justizministeriums vom 16. Jänner 1902, betreffend die Übernahme und die Führung der Vormundschaft.

An alle Gerichte.

Eine Umfrage hat ergeben, daß es namentlich in den großen Städten und den Orten mit wechselnder Bevölkerung Schwierigkeiten begegnet, solche Personen zu ermitteln, die geeignet

und gewillt sind, das Amt eines Vormundes zu übernehmen und es im Geiste des Gesetzes zu führen. Doch auch dort, wo diese Schwierigkeiten nicht bestehen, läßt die Führung der Vormundschaft, insbesondere über vermögenslose Mündel viel zu wünschen übrig; sie wird mitunter als bloße Formalität betrachtet. Wenngleich die Ursachen dieser Erscheinungen durch Veranstaltungen im Rahmen der bestehenden Gesetze kaum gehoben werden können, wird sich vielleicht doch einwirken auf der gegebenen gesetzlichen Grundlage durch eine sachgemäße Verwaltung der gerichtlichen Pfléggeschäfte manches verbessern lassen.

I. Vor allem sollen es sich die Gerichte angelegen sein lassen, in der Bevölkerung die Überzeugung zu wecken, daß der Vormund ein Amt versteht (§ 204 a. BGB.), dessen Übernahme und gesetzmäßige Verwaltung seinen Pflichten gegenüber dem Gemeinwesen und der Pflicht der Nächstenliebe entspricht, daß demnach der gewissenhafte Vormund sich Verdienste um die Gemeinde, den Staat und die Gesellschaft erwirbt. Die Gerichte werden ihr ganzes Verhalten dieser Auffassung tunlichst anzupassen haben und bestrebt sein müssen, den Vormündern mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, ihnen bereitwillig entgegenzukommen und ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben so weit als möglich zu erleichtern.

Bei ungerechtfertigten Versuchen, die Übernahme einer Vormundschaft abzulehnen, sind zwar die gesetzlichen Entschuldigungsgründe (§§ 193 bis 195 a. BGB.) genau zu prüfen, zugleich soll sich aber das Gericht auch bemühen, durch angemessene Vorstellungen und insbesondere durch Hervorhebung des humanitären Gesichtspunktes und der beteiligten sozialen Interessen denögernden umzustimmen, damit er sich, falls die Ablehnung der Vormundschaft für unbegründet erklärt wird, nicht widerwillig des Pflégbefohlenen annimmt. Verfehlt wäre es, wenn das Gericht die Bedenken des Vormundes mit der Erklärung besetigen wollte, daß die Führung des Amtes ihm nicht viel Mühe machen werde. Die Gerichte müssen vielmehr volles Gewicht darauf legen, daß mit der Bestellung des Vormundes dem Pflégbefohlenen tatsächlich und in wirksamer Weise der ihm vom Gesetze zugedachte Schutz verschafft wird.

II. Aus den Erhebungen hat sich ferner ergeben, daß zum Amte eines Vormundes gerade die Angehörigen derjenigen Bevölkerungsklassen und Schichten weniger herangezogen werden, die vermöge ihrer wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse zu diesem Amte besonders geeignet wären und dazu auch leichter die Zeit finden würden, als Personen, die selbst von wirtschaftlichen Sorgen bedrängt sind. Es ist daher notwendig, daß die Gerichte, wo dies noch nicht der Fall ist, auf eine gleichmäßigere Verteilung der allgemeinen Pflicht sehen, Vormundschaften zu übernehmen. Für jene Orte und Bezirke, in denen die Ermittlung eines geeigneten Vormundes bisher besonders erheblichen Schwierigkeiten unterliegt, wird gleichmäßig durch Aufstellung von Listen eine Verbesserung anzubahnen versucht.

III. Wenn die Familie des Pflégbefohlenen kraft der Berufstätigkeit des Vaters zu einem Interessenverbände in Beziehung steht, wird es häufig von Vorteil sein, den Vormund aus diesem Interessentkreise zu wählen. Denn ein Angehöriger eines bestimmten Berufes oder ein Bediensteter eines bestimmten Unternehmens wird dem Kinde eines verstorbenen Kollegen oder Arbeitsgenossen den Schutz als Vormund gern gewähren, den er dem Kinde eines Fremden vielleicht nur gezwungen angedeihen läßt. Es soll daher von den Gerichten auch darauf das Augenmerk gerichtet werden, gemeinsame religiöse, Ständes-, Berufs- oder wirtschaftliche Interessen für den Schutz der Pflégbefohlenen und ihrer Erziehung nutzbar zu machen.

IV. Da die unmittelbar Beteiligten über das Vorhandensein der Momente, die hienach bei der Auswahl des Vormundes Berücksichtigung verdienen, jedenfalls besser orientiert sind, als die Gemeindeorgane und das Gericht, empfiehlt es sich, wenn eine testamentarische oder gesetzliche Berufung zur Vormundschaft nicht stattfindet, die Beteiligten, insbesondere bei unehe-lichen Kindern die Mutter, zur Erstattung eines Vorschlages für die Bestellung des Vormundes aufzufordern. Hinsichtlich der Bestellung eines Mitvormundes ist die Einholung eines solchen Vorschlages nach § 211 a. BGB. obligatorisch; sie hat sich aber, wie die Erfahrungen der Gerichte zeigen, die diese Praxis beobachten, auch sonst bewährt.

V. Wenn der Vormund auf die Erziehung und sonstigen Verhältnisse seines Mündels keinen Einfluß nimmt, mitunter sogar von seinen Verhältnissen oder von seinem Aufenthalte überhaupt keine Kenntnis hat, so ist dies oft darauf zurückzuführen, daß der Pflégbefohlene weit entfernt vom Vormundschaftsgericht und vom Wohnsitz des Vormundes untergebracht ist. Solchenfalls kann es in der Tat für den Vormund mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, den ihm vom Gesetze zugedachten Einfluß auf die Erziehung des Pflégbefohlenen zu nehmen und sich für die Wahrung seiner Rechte und Interessen einzusetzen. Die Gerichte sollten daher trachten, wenn solche Verhältnisse eintreten, durch Delegation eines anderen Vormundschaftsgerichtes (§ 31 Jur. Norm) oder doch durch Übertragung der Aufsicht und Fürsorge über die Person des Pflégbefohlenen (§ 111 Jur. Norm) und durch Bestellung eines anderen Vormundes (§§ 194, 254 a. BGB.) die Hindernisse für eine ordnungsmäßige Besorgung der vor-mundschaftlichen Geschäfte zu beseitigen.

Die Beobachtung der vorstehenden Weisungen ist bei den Amtsuntersuchungen zu überwachen.

8. Erlaß des k. k. Justizministeriums vom 10. April 1902, Z. 7493.

Das Justizministerium hat an das Oberlandesgerichtspräsidium in Wien unterm 10. April 1902, Z. 7493, nachstehenden Erlaß gerichtet:

„Eine Rücksprache mit den Funktionären jener Privatwohltätigkeitsvereine, die sich die Gewährung der ersten Hülfe bei Mißhandlungen und den Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung zum Ziele gesetzt haben, ergab, daß durch das Zusammenwirken der Polizei- und Gerichtsbehörden und der Privatwohltätigkeitsvereine in allen Fällen, in denen die Hülfe der letzteren in Anspruch genommen wurde, den mißhandelten und in ihrer körperlichen und sittlichen Entwicklung bedrohten Kindern Hülfe gebracht werden konnte. Nach den übereinstimmenden Auskünften von verschiedener Seite wird im Vergleich zu früher mit größerer Festigkeit und mit mehr Entgegenkommen und Umsicht vorgegangen. In einigen Punkten hat sich aber eine weitere Entwicklung der Praxis als Bedingung besserer Wirksamkeit des gesetzlichen Schutzes als wünschenswert herausgestellt.

1. Vor allem dürfte es notwendig sein, prompter als bisher für den mittlerrweiligen Schutz der Kinder zu sorgen, wenn wegen Mißhandlung ein Strafverfahren eingeleitet oder wegen Mißbrauch der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt oder wegen Vernachlässigung der damit verbundenen Pflichten Abhilfe durch eine pflegschaftsbehördliche Verfügung getroffen werden soll. Die endgültige Beschlußfassung des Gerichtes setzt häufig umfassende Ermittlungen voraus, während welcher das Kind nicht selten weiteren, bisweilen sogar nach ärgeren Mißhandlungen ausgelegt ist. Zudem versuchen die Beteiligten hauptsächlich durch Mittel der Einschüchterung den Sachverhalt zu verbunkeln und die Ermittlung der Wahrheit zu erschweren.

Schon in der Verordnung des Justizministeriums vom 11. Mai 1901, JMWBl. Nr. 13, wurde den Strafgerichten zur Pflicht gemacht, im Falle eine Vorkehrung im Interesse des Kindes dringend notwendig ist, die Mitteilung an die Pflegschaftsbehörde nicht bis zum Abschluß des Strafverfahrens zu verschieben, sondern unverzüglich dem Pflegschaftsgerichte den Sachverhalt bekanntzugeben und ihm so die Gelegenheit zu eröffnen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, insbesondere einstweilen für den Schutz und die Unterbringung des Kindes zu sorgen.

Die Handhabe zu solchen einstweiligen Verfügungen, die zumeist in der vorläufigen Abnahme und der mittlerrweiligen Versorgung des Kindes in einer anderen Familie, in einer Anstalt oder durch einen Kinderschutzberein besteht, bietet die Bestimmung des § 178 a. BGB., die dem Gerichte freie Hand läßt, die den Umständen angemessene Vorkehrung zu treffen. Wenngleich die abschließende Entscheidung über die notwendigen Maßnahmen eine eingehende Untersuchung des Gegenstandes der Beschwerde erfordert, so wird man sich zum Zwecke einer einstweiligen Verfügung doch mit einer bloß summarischen Ermittlung des Sachverhaltes, unter Umständen sogar damit begnügen können und müssen, daß nach der Anzeige eine mittlerrweilige Vorkehrung zum Schutze des bedrohten Kindes unerlässlich erscheint, und daß die Voraussetzungen für ein solches Einschreiten glaubhaft gemacht sind. Es liegt somit nicht an einem Mangel des Gesetzes, wenn der Vorwurf erhoben werden kann, daß die Hülfe der Behörden bisweilen zu spät komme und nicht zureiche.

2. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint sich die Praxis auch nicht immer der Tragweite der in ihrer allgemeinen und weiten Fassung außerordentlich wertvollen Bestimmung des § 178 a. BGB. bewußt geworden zu sein.

Hierauf wurde in den Verhandlungen und in der Resolution des niederösterreichischen Landtages vom 26. Juni 1901 hingewiesen. Der niederösterreichische Landtag spricht darin „seine Überzeugung aus, daß unter den im § 178 a. BGB. normierten Verfügungen zum Schutze der Kinder auch die zeitweise Abnahme der väterlichen Erziehungsgewalt inbegriffen sei, und erwartet, daß eine in dieser Richtung sich entwickelnde Rechtsprechung die Grundlage für die Beteiligung moralisch verlassener Kinder aus den Überschüssen der kumulativen Waisenkassen schaffen werde“. Man begegnet jedoch gelegentlich der nach Ansicht des Justizministeriums nicht zutreffenden Auffassung, daß wegen Mißhandlung der Kinder die Entziehung der väterlichen Gewalt nur unter den in den §§ 414 und 415 des Strafgesetzes bezeichneten Voraussetzungen zulässig sei. Hierbei wird übersehen, daß das Strafgesetz die Entziehung der väterlichen Gewalt als Strafe (§ 415 StG.) behandelt, die zu verhängen ist, wenn die im Strafgesetze bezeichneten Voraussetzungen vorliegen, daß aber, unabhängig von den strafrechtlichen Folgen der Mißhandlung, im Falle des Mißbrauches der väterlichen Gewalt durch das Pflegschaftsgericht die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen sind. Es scheint hienach (Stubeurau, Kommentar, 8. Auflage S. 263 — Anders, Familienrecht S. 205 — Jurist. Blätter S. 304/1901) keineswegs ausgeschlossen, daß auch dann, wenn das Strafverfahren zu einem Ergebnis nicht geführt hat, oder wenn es überhaupt nicht eingeleitet worden ist, gemäß § 178 a. BGB. die väterliche Gewalt entzogen werden kann, wo sich dies als die „den Umständen angemessene Verfügung“ darstellt. Aus der Gegenüberstellung der §§ 177 und 178 a. BGB. kann nicht geschlossen werden, daß nur im Falle der gänzlichen Vernachlässigung von Verpflegung und Erziehung die väterliche Gewalt aberkannt werden kann, dagegen wegen Mißbrauches der väterlichen Gewalt nur andere weniger weitgehende Maßnahmen zulässig sind. Es genügt, auf den Fall hinzuweisen, daß eine schwere Mißhandlung des Kindes vorliegt, aber wegen Ver-

jährling oder aus strafprozessualen Gründen eine Verurteilung durch das Strafgericht ausgeschlossen ist, oder daß die Eltern zwar die ihren Verhältnissen entsprechende Verpflegung und Erziehung nicht vernachlässigt haben, die Autorität der Eltern jedoch dazu mißbraucht wird, das Kind einem unnützlichen Lebenswandel zuzuführen. In solchen Fällen ist das nächstliegende und unerläßliche Schutzmittel gegenüber den Gefahren aus dem Mißbrauch der väterlichen Gewalt deren Entziehung nach § 178 a. BGB.

Wenn sich andererseits nach Lage des Falles die Entziehung der väterlichen Gewalt nicht als notwendig oder sachgemäß erweist, dann ermöglicht die Bestimmung des § 178 a. BGB., sich auf eine weniger weitgehende Maßnahme zu beschränken, falls dies zur Sicherung des Kindes gegen Mißhandlung und Verwahrlosung unerlässlich ist. Insbesondere ist es zulässig, auf Grund dieser Gesetzesbestimmung dem Vater die Obsorge über die Person oder über das Vermögen des Kindes zu entziehen, das Kind dem Vater abzunehmen und in einer anderen Familie oder in einer Anstalt oder in einem Kinderheim unterzubringen. Solchenfalls steht dann dem Vater nicht mehr das Recht zu, ohne gerichtliche Zustimmung den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und das Kind der Anstalt oder dem Verein abzufordern.

Ähnliche Verfügungen können gegen die uneheliche Mutter nach § 169 a. BGB. und gegen die eheliche Mutter nach § 218 a. BGB. getroffen werden.

Wenn es sich als notwendig herausstellt, das Kind den Eltern abzunehmen und anderweitig unterzubringen, soll nie unterlassen werden, dies durch einen formellen Beschluß im Sinne des § 178 a. BGB. zu verfügen. Ein solcher Beschluß ist insbesondere auch deshalb von Bedeutung, weil durch das niederösterreichische Landesgesetz vom 29. August 1901, LGBl. Nr. 42, die Gebärungsüberschüsse der kumulativen Waisenfassen zur Pflege und Erziehung armer nach Niederösterreich zuständiger Waisen, sowie verwahrloster oder verlassener Kinder zu verwenden sind und nach § 4, lit. d, als verlassene Kinder auch jene zu gelten haben, deren Eltern wegen Mißhandlung ihrer Kinder verurteilt und deren Vater der väterlichen Gewalt verlustig erklärt wurden, oder gegen deren Vater eine der im § 178 a. BGB. vorgesehenen Verfügungen getroffen worden ist. Ähnliche Bestimmungen enthalten auch die Landesgesetze von Mähren und Oberösterreich. Die Fassung eines Beschlusses im Sinne des § 178 a. BGB. ist somit eine Voraussetzung für die Zuwendung der durch das erwähnte Gesetz den verlassenen Kindern zugedachten Wohltaten.

3. Wenn das Gericht eine Verfügung im Sinne der §§ 169, 178 und 218 a. BGB. getroffen hat, soll nicht auf das bloße Versprechen des Vaters oder der Mutter, daß sie in Zukunft das Kind besser halten und anständig erziehen wollen, die Verfügung rückgängig gemacht werden. Es kam vor, daß das Gericht auf das Versprechen der dem Trunk ergebenen Mutter, sich zu bessern, ohne weitere Ermittlungen verfügte, das Kind sei von der Wohltätigkeitsgesellschaft der Mutter zurückzugeben, obwohl durch deren Lebensführung das Kind der völligen Verwahrlosung preisgegeben war. Tatsächlich mußte das Kind nach kurzer Zeit der Mutter neuerlich abgenommen werden.

In solchen Fällen scheint es sich zu empfehlen, daß das Gericht, ehe es die Abnahme des Kindes rückgängig macht, durch Einvernehmung der Funktionäre der Gesellschaft feststelle, ob mit Rücksicht auf die diesen Funktionären meistens sehr genau bekannten häuslichen und Erwerbsverhältnisse der Eltern, auf den körperlichen und sittlichen Zustand des Kindes und auf den Einfluß, den der Vater oder die Mutter auf das Kind bisher geübt hat, eine Änderung in der Unterbringung des Kindes ratsam ist.

Ähnliche Voricht wird regelmäßig zu beobachten sein, wenn von den Eltern um die Erlaubnis angefragt wird, mit dem in einer Anstalt oder unter dem Schutz einer Kinderschutzgesellschaft untergebrachten Kinde in persönlichen Verkehr treten zu dürfen.

4. Von Seite der Funktionäre der Kinderschutzgesellschaften wurde es als mißlich bezeichnet, daß die Gerichte, wenn sie die Abnahme des Kindes verfügen, sich hie und da darauf beschränken, den bezüglichen Beschluß den Beteiligten zuzustellen, dessen Durchführung aber den Funktionären des Vereines überlassen. Dieser Vorgang ist nicht sachgemäß. Das Gericht hat von Amts wegen durch seine eigenen Organe oder mit Hilfe der Polizei seine Maßnahmen durchzuführen und zu diesem Behufe mit dem Vereine oder der Anstalt, der das Kind übergeben werden soll, wegen der Übernahme sich vorläufig in Verbindung zu setzen.

5. Besondere Schwierigkeiten macht es den Kinderschutzvereinen, die Urkunden zu beschaffen, von deren Beibringung die Landes- und Gemeindeverwaltungen die Übernahme mißhandelter und verlassener Kinder abhängig machen. Hauptsächlich handelt es sich um die Beibringung des Tauf- und Geburtscheines und der Zuständigkeitsdokumente. Die Gerichte werden deshalb angewiesen, wenn sich diese Dokumente in den Akten befinden, sie den Privatvereinen zum Behufe der Abgabe der vorläufig übernommenen Kinder in die Verforgung der öffentlichen Verwaltung entweder in Urschrift gegen seinerzeitige Rückstellung oder in amtlich beglaubigter Abschrift zur Verfügung zu stellen und wenn solche Dokumente noch nicht vorliegen, den betreffenden Vereinen auf Verlangen durch tunlichst rasche amtliche Requisition dieser Befehle hilfsreich an die Hand zu gehen.

6. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß die sachgemäße Beurteilung der Fälle von Kindermißhandlung gefördert werden könnte, wenn sich die Gerichte die reiche

Erfahrung der Kinderschutagesellschaften dadurch zu nütze machen würden, daß sie und zwar nicht nur dann, wenn die Anzeige auf Grund von Recherchen der Gesellschaft erstattet worden ist, sondern auch in anderen zweifelhaften Fällen einen Funktionär einer solchen Gesellschaft über das vorliegende Tatsachenmaterial vernehmen würden. Erscheinungen, die dem Gerichte, das vielleicht weniger häufig mit solchen Mißhandlungsfällen beschäftigt wurde, unwichtig, zufällig und nebensächlich erscheinen, würden eine andere Beurteilung finden, wenn sie durch den Hinweis auf die typischen Erscheinungsformen und auf das Milieu der Kindermißhandlung beleuchtet werden.

Das k. k. Präsidium wird ersucht, diesen Erlaß den Gerichten in Wien bekanntgeben zu lassen."

9. Verordnung des Justizministeriums vom 25. November 1902, betreffend die Begnadigung verurteilter Jugendlicher. (Nr. 51 JMBL.)

Unter der großen Zahl der Jugendlichen, die durch Ausschreitungen der verschiedensten Art gegen die bestehenden Strafgesetze verstoßen, befinden sich viele, welche weniger aus Vererbtheit der Gesinnung als infolge Unbesonnenheit, Verführung und Mangel an Reife handeln. Manche unter ihnen haben zwar jene Altersgrenze erreicht, die sie nach dem Gesetze verantwortlich macht, sie sind aber in ihrer seelischen Entwicklung zurückgeblieben, so daß sie entweder die Tragweite ihrer Handlungen nicht zu erfassen vermögen oder aber noch nicht die nötige Willenskraft erlangt haben, um augenblicklichen Regungen Widerstand zu leisten.

Bei vielen dieser straffällig gewordenen Jugendlichen bedarf es weder einer Zwangserziehung noch aber des Vollzuges der verwirkten Strafe, um sie von weiteren gesetzwidrigen Handlungen abzuhalten. Das gegen sie durchgeführte Strafverfahren, der Urteilspruch genügt als ernste und eindringliche Mahnung zur Umkehr. Bei solchen Jugendlichen erweist sich oft der Vollzug einer Freiheitsstrafe als eine Härte, die infolge des damit verbundenen Risikos, infolge des tiefen, nachhaltenden Eindruckes auf ein jugendliches Gemüt eine Wirkung üben kann, deren Vermeidung zu den Aufgaben einer vom Geiste der Menschlichkeit getragenen Strafrechtspflege gehört.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben in Ausübung des Gnadenrechtes mit Allerhöchster Entschliezung vom 24. November 1902 das Justizministerium ermächtigt, die Gerichte anzuweisen, in allen berücksichtigungswerten Fällen von Verurteilungen Jugendlicher im Sinne der §§ 2 und 411 StPD. Gnadenanträge zu stellen

Hiebei ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

1. In erster Linie sind jene Unmündigen im Alter von 10 bis 14 Jahren zu berücksichtigen, die auf Grund der Bestimmung des § 269 a StG. wegen an sich verbrecherischer Handlungen von den Gerichten zu bestrafen sind, bei denen jedoch nach den Umständen des Falles weder der Vollzug der gemäß § 270 StG. auszusprechenden Verschließung noch die Abgabe in eine Besserungsanstalt gemäß § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, dem Strafrechtswede förderlich erscheint. Zurückgebliebene körperliche und geistige Entwicklung, auf das jugendliche Alter zurückzuführende Beweggründe zur Tat, Reue, ausreichende häusliche Zucht werden genügende Anhaltspunkte dafür geben, ob der Verurteilte des gnadenweisen Erlasses der Strafe würdig erscheint.

2. Als nächste Altersstufe kommt jene vom 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre in Betracht. In der Regel ist daran festzuhalten, daß der Verurteilte noch nicht gerichtlich vorbestraft sein und daß die ausgesprochene und nachzusehende Strafe 3 Monate Freiheitsstrafe oder 500 K Geldstrafe nicht überschreiten darf.

Nur in Ausnahmefällen, wenn eine Vorbestrafung ganz geringfügiger Natur war, ist von der Voraussetzung der Unbescholtenheit abzugehen, allgemein ist aber zu beachten, daß es nicht bloß auf die formelle Tatsache des Mangels einer Vorstrafe, sondern vorzüglich auf eine vorausgegangene sittliche und ehrliche Lebensführung ankommt.

Das Gericht muß aus den Umständen des Falles die Überzeugung erlangt haben, daß es im gegebenen Falle des Strafvollzuges nicht bedarf. Die Art und Schwere der strafbaren Handlung, ihre Nebenumstände, ihre Beweggründe, das der Tat folgende Verhalten des Täters werden einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen sein.

3. Unter den unter 2 bezeichneten Voraussetzungen können auch Jugendliche im Alter vom 16. bis zum vollendeten 18. Jahre der gnadenweisen Strafnachsicht empfohlen werden, wenn sie infolge zurückgebliebener Entwicklung in bezug auf Verstand und Willenskraft Jugendlichen der erwähnten Altersstufen gleichzuachten sind.

4. Das Verfahren richtet sich im allgemeinen nach den im § 411 StPD. gegebenen Vorschriften. Es ist jedoch ein Gnadengesuch des Verurteilten nicht abzuwarten, das Gericht hat vielmehr entweder sofort anlässlich der Urteilsfällung oder aber nach derselben von Amts wegen bei Vorhandensein der Voraussetzungen Beschluß über die Frage zu fassen, ob die gnadenweise Nachsicht der ausgesprochenen Strafe zu beantragen sei. Soweit dies ohne Verzögerung des Verfahrens möglich ist, sind die gesetzlichen Vertreter des verurteilten Jugendlichen

einzuvernehmen und zur Äußerung aufzufordern. Jedenfalls sind jene Umstände festzustellen, die zur Stellung des Gnadenantrages Anlaß geben.

Da es sich hier um die Durchführung von Weisungen handelt, die in Ausübung des in Art. 13 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt vom 21. Dezember 1867, RGW. Nr. 144, vorgesehenen Gnadenrechtes ergehen, so ist in jedem Falle der Stellung eines Gnadenantrages dieser Art mit dem Strafvollzuge innezuhalten.

Fälle von Untersuchungshaft während des Verfahrens über den Gnadenantrag sind der Natur der Sache nach kaum denkbar. Keinesfalls darf die Rücksicht auf die Ungewißheit des Strafvollzuges eine durch die Fürsorge für das Wohl des Jugendlichen gebotene Veränderung des Aufenthaltsortes hindern. Es wird in diesem Falle regelmäßig genügen, wenn sich das Urteilsgericht Kenntnis von dem jeweiligen Aufenthaltsorte verschafft.

5. Findet das Urteilsgericht einen Gnadenantrag im Sinne der vorstehenden Bestimmungen zu stellen, so ist mit der Abgabe der vorgeschriebenen Strafkarte an das Strafregisteramt bis zur Erledigung des Gnadenantrages innezuhalten.

Tritt sodann die gnadenweise Strafnachsicht ein, so ist in Spalte 18 der Strafkarte dieser Umstand deutlich ersichtlich zu machen und die Strafkarte an das Registeramt abzugeben.

Die genaue Befolgung dieser Vorschrift ist wesentlich, weil hiedurch die Gerichte in die Lage kommen, in Fällen neuerlicher Straffälligkeit eines begnadigten Jugendlichen von diesem für die Strafbemessung bedeutenden Umstände Kenntnis zu erlangen.

6. In besonders rücksichtswerten auf öffentliche Anklage zu verfolgenden Fällen bleibt es den Gerichten, beziehungsweise den Staatsanwälten unbenommen, die Akten des Strafverfahrens im Sinne des § 2 StPD., Absatz 4, vorzulegen. Jeder gerichtlichen Vorlage hat die Anhörung der Staatsanwaltschaft voranzugehen.

Unberührt bleiben hiedurch die Vorschriften über die Behandlung von Gnadengesuchen, insbesondere von solchen, die nur eine teilweise Strafnachsicht oder eine Strafumwandlung zum Gegenstand haben.

7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft und erstreckt sich auch auf Strafurteile, die vor diesem Zeitpunkte ergangen, jedoch noch nicht vollstreckt sind.

10. Erlaß des Justizministeriums vom 21. Feber 1903, Z. 3680.

Das Landesgerichtspräsidium Klagenfurt hat zufolge Erlasses des Justizministeriums vom 21. Feber 1903, Z. 3680, an die Gerichte seines Sprengels nachstehende Verfügung in betreff der periodischen Überwachung der persönlichen Verhältnisse der Pflegebefohlenen hinausgegeben.

1. Die wesentlichste Bedeutung einer Änderung der bisherigen Praxis der Gerichte, die vielfach die Bestellung eines Vormundes oder Kurators namentlich für Pflegebefohlene ohne Vermögen oder mit einem besondere Verwaltung nicht erreichenden Vermögen nur als eine Formalität behandelt haben, liegt nicht bloß und nicht so sehr darin, daß eine genaue Kontrolle es ermöglichen soll, einzelne Fälle des Mißbrauches der Gewalt der gesetzlichen Vertreter oder der Vernachlässigung ihrer Pflichten aufzudecken und dagegen repressiv einzuschreiten. Vor allem kommt es darauf an, in der Bevölkerung das gerade durch die Haltung der Gerichte verdunkelte Bewußtsein zu wecken, daß die gesetzlichen Vertreter vom Gerichte überwacht werden. Dadurch wird schon in vielen Fällen eine Beeinträchtigung oder Vernachlässigung der Interessen der Pflegebefohlenen verhütet werden. Wo sich Übelwollen zeigt, kann dann im einzelnen Falle mit Repressivmitteln eingeschritten werden, sonst werden die Gerichte zumeist nur durch Belehrung und Aufklärung auf die Überwindung von Nachlässigkeit und Unverständnis hinzuwirken brauchen. Die Gerichte haben nicht die Gemeinden und die anderen Behörden bei Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben der Sittenpolizei, des Armenwesens und des Schulzwanges zu überwachen, sie sollen nicht deren Agenden besorgen, sondern sie sollen die Erfüllung der dem gesetzlichen Vertreter obliegenden Pflichten überwachen. Wenn eine Vernachlässigung dieser Pflichten auch das Einschreiten der Schulbehörden, der Polizei, gegebenenfalls selbst des Strafgerichtes auslösen kann, so wird dadurch, wie die Erfahrung zeigt, doch nicht das präventive Einschreiten des Gerichtes entbehrlich.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß darauf gedrungen werden, daß auch die Gerichte in Kärnten, den wiederholt und eindringlich betonten Absichten der Justizverwaltung folgend, systematisch und konsequent die gesetzlichen Vertreter der Pflegebefohlenen nicht nur hinsichtlich der Vermögensverwaltung, sondern die Vormünder und Kuratoren auch in betreff der Fürsorge für die persönlichen Verhältnisse ihrer Schutzbefohlenen, nämlich Pflege, Ernährung, Erziehung, Unterricht, Ausbildung zu einem ihren Verhältnissen und Anlagen entsprechenden Nahrungsstande überwachen.

2. Den Bezirksgerichten wird empfohlen, die Gemeindevorsteher, die Lehrer und die Pfarrer dafür zu gewinnen, ihnen bekannt gewordene Mißstände dem Pflegschaftsgerichte anzu-

zeigen. Hiezu ist die Gelegenheit gelegentlichen persönlichen Verkehres zu benützen und allenfalls auch im schriftlichen Wege an die Ortschulräte und die Pfarrvorstellungen heranzutreten.

3. Die periodische Ergänzung und Richtigstellung des Waisenbuchs hinsichtlich der persönlichen Verhältnisse der Pflegebefohlenen muß wenigstens alle zwei Jahre vorgenommen werden.

4. Insofern nicht gelegentliche Amtshandlungen, wie Prüfung von Rechnungen oder der Nachweisung des Stammmögens, Zinszahlung u. a. zum Anlaß genommen werden konnten, zu ermitteln, wie die Pflegebefohlenen gehalten, versorgt und erzogen werden, ob und mit welchem Erfolge sie die Schule besuchen, was für die Zeit nach Beendigung der Schulpflicht vorgekehrt wurde, ist eine systematische Erkundigung vorzunehmen. Wenn die Auskünfte nach irgend welcher Richtung Bedenken rege machen, ist der Fall eindringlicher zu behandeln.

5. Die Nachforschungen können mündlich oder schriftlich gepflogen werden. Bei besonderer Verlässlichkeit der Gemeindebehörden ist es auch nicht ausgeschlossen, der Gemeinde ein Verzeichnis der in der Gemeinde befindlichen Pflegebefohlenen mittels einer Tabelle zu übersenden, deren Rubriken den Fragen des Fragebogens (Form. Nr. 69 Verf. a. Str.) entsprechen. Falls die mündliche Rücksprache mit dem Gemeindevorsteher unentbehrlich ist, kann es von Wert sein, dem Gemeindevorsteher vorher das erwähnte Verzeichnis mit dem Erlichen zu übersenden, sich über die Verhältnisse der Pflegebefohlenen vorerst zu erkundigen.

6. Überflüssige Ladungen der Gemeindevorsteher und Beteiligten sind zu vermeiden; wenn tunlich, ist ihre gelegentliche Anwesenheit bei Gericht zur Vornahme von Erkundigungen zu benützen. Zu diesem Behufe kann es insbesondere bei erheblicher Zahl der Pflegebefohlenen zweckmäßig sein, nach Gemeinden angelegte alphabetisch geordnete Verzeichnisse der Pflegebefohlenen anzulegen.

Werden die Nachforschungen auf schriftlichem Wege geführt, so ist es zu vermeiden, eine Gemeinde gleichzeitig mit einer allzugroßen Zahl von Nachfrageschreiben zu überschütten. Die ganze Aktion ist nach Tüchtigkeit über das ganze Jahr oder einen größeren Teil zu verteilen und es muß auch der Schein vermieden werden, als ob es sich abermals nur um eine weitere inhaltslose Formalität handle.

7. Für die Wahl der zweckmäßigsten Erkundigungsart sind die vom Gerichtsvorsteher zu beurteilenden lokalen Verhältnisse maßgebend. Die verschiedenen Arten des Vorgehens bleiben demnach dem Gerichte zur Wahl gestellt.

8. Den erstatteten Berichten ist es zu entnehmen, daß einzelne Bezirksgerichte die Nachforschungen nur auf jene Fälle erstrecken, die im alten Waisenbuche eingetragen sind, und nicht auf jene Pflegschaften, die im Register P aufscheinen.

Dies ist offenbar irrtümlich.

Unzureichend ist es weiters, wenn die Überwachung nur Kinder bestimmter Altersklassen ins Auge faßt, insbesondere, wenn sie sich auf die Zeit bis zum Austritte aus dem schulpflichtigen Alter beschränkt.

Sind doch gerade in der nächstfolgenden Zeit die Gefahren reicher vorhanden, welche ein Abweichen von dem erwünschten Lebenswege befürchten lassen, und diese Tatsache erheischt ohne Zweifel nur eine Steigerung der Fürsorge für das Wohl des Pflegebefohlenen. Es soll dem letzteren in allen kritischen Lebenslagen ein genügender Schutz geboten werden.

9. Besondere Schwierigkeiten erwachsen den Gerichten nicht selten deshalb, weil der Vormund nicht auffindbar ist, sich um sein Mündel nicht kümmert, weil die Mutter mit dem Kinde ihren Aufenthaltsort wechselt, in andere Gemeinden und Gerichtsprengel übersiedelt, ohne daß dem Gerichte hierüber Anzeige erstattet wird.

Es ist daher darauf zu dringen, daß der Vormund jede Wohnungsänderung in betreff seiner Person sowie des Mündels unverzüglich dem Gerichte zur Anzeige bringt.

Es wird sich empfehlen, auch die Kindesmutter für den Fall des Wegziehens zu der gleichen Anzeige zu verpflichten.

10. Die Vorschrift des § 111 J. N. ist im Interesse einer wirksamen Aufsicht und Fürsorge über die Person des Pflegebefohlenen sowie in Ansehung seiner Vermögensangelegenheiten jederzeit sorgsam im Auge zu behalten. Zweckdienlich dürfte es auch sein, die in den Befestigungsbekreten enthaltene Belehrung vorkommenden Falles mit dem Vormunde oder Kurator in eingehender Weise zu besprechen.

11. Die Benützung von Formularen für Aktenvermerke über das Erfordernis besonderer Verfügungen, das sich gelegentlich der Erhebung zur Überwachung der persönlichen Verhältnisse für den einzelnen Pflegschaftsfall ergeben hat, endlich zur Feststellung etwa mündlich erteilter Aufträge, soferne deren Ersichtlichmachung in den Pflegschaftsakten zweckdienlich erscheinen sollte, ist zu empfehlen.

12. Schließlich bringe ich zur Kenntnis, daß von dem k. k. Landesgendarmeriekommando an die einzelnen Posten der Befehl ergangen ist, die von der Mannschaft gelegentlich ihrer sonstigen Dienstverrichtungen etwa gemachten, dieses Gebiet berührenden, eine Abhülfe erheischenden Wahrnehmungen zur Kenntnis der Gerichte zu bringen.

11. Verordnung des Justizministeriums vom 7. Mai 1903, betreffend die Anhaltung jugendlicher Personen in Besserungsanstalten.

An alle Gerichte.

Das Justizministerium hatte Gelegenheit wahrzunehmen, daß hinsichtlich der Frage, in welchen Fällen nach den bestehenden Vorschriften jugendliche Personen in Besserungsanstalten angehalten werden können, sowie über die Zuständigkeit der Behörden, welche mitzuwirken haben, und über das einzuhaltende Verfahren Unsicherheit und Meinungsverschiedenheiten bestehen. Um zur Beseitigung der Zweifel beizutragen, findet sich das Justizministerium veranlaßt, im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern den Gerichten im nachfolgenden seine Ansicht bekannt zu geben:

Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, können in Besserungsanstalten für jugendliche Korrigenden und, insolange die Errichtung von Besserungsanstalten nicht bewirkt ist, an besondere, für die Aufnahme jugendlicher Korrigenden ausschließlich bestimmte Abteilungen der Zwangsarbeitsanstalten oder in Privatbesserungsanstalten für jugendliche Personen, die hiezu die staatliche Genehmigung haben, in folgenden Fällen abgegeben werden:

1. Auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses über die Zulässigkeit der Anhaltung in einer Besserungsanstalt:

- a) wenn ein Jugendlicher im Alter vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre wegen einer der in den §§ 1 bis 6 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, bezeichneten strafbaren Handlungen verurteilt wird (§ 7, Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, § 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90);
- b) wenn ein Unmündiger im Alter vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre wegen einer strafbaren Handlung schuldig erkannt wird, die nach den Bestimmungen des Strafgesetzes (§§ 2, lit. d, 237 und 269 bis 272 des Strafgesetzes) nur wegen der Unmündigkeit des Täters nicht als Verbrechen zugerechnet, sondern als Übertretung bestraft wird (§ 8, Absatz 1 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89).

Das vom Strafgericht zu fällende Erkenntnis über die Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt ist lediglich die Voraussetzung für die Durchführung dieser Maßregel. Ob und wie die Maßregel zu vollziehen ist, darüber entscheidet die bei der politischen Landesbehörde bestehende Landeskommission (§§ 7 und 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90, Ministerialverordnung vom 26. Juli 1885, RGBl. Nr. 106, P. III.).

Eine Mitwirkung der PflEGschaftsbehörde findet nicht statt. Über den Zeitpunkt der Entlassung entscheidet die erwähnte Kommission (§§ 9 und 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90; Ministerialverordnung vom 26. Juli 1885, RGBl. Nr. 106, P. III.).

2. Auf Grund einer Verfügung der Sicherheitsbehörde. In Fällen, in welchen nach § 273 des Strafgesetzes der Sicherheitsbehörde die Ahndung und Vorkehrung wegen einer von einem Unmündigen begangenen strafbaren Handlung überlassen ist, kann die Abgabe des Unmündigen in eine Besserungsanstalt verfügt werden, wenn er gänzlich verwahrloßt und ein anderes Mittel zur Erzielung einer ordentlichen Erziehung und Beaufsichtigung desselben nicht ausfindig zu machen ist (§ 8, Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89). Eine solche Verfügung kann nur getroffen werden, wenn der Unmündige das 10. Lebensjahr vollendet und den objektiven Tatbestand eines Vergehens oder einer Übertretung gesetzt hat. Die Zustimmung der PflEGschaftsbehörde ist keine Voraussetzung für die Anhaltung in der Besserungsanstalt, jedoch sind die Sicherheitsbehörden durch Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. März 1898, Z. 4480 (Kundmachung des Justizministeriums, RMVB. S. 46 1898) angewiesen, sich vor Erlassung der Verfügung mit der zuständigen PflEGschaftsbehörde ins Einvernehmen zu setzen. Über die Verhängung der Anhaltung, beziehungsweise über die Entlassung entscheidet auf Grund der Verfügung der Sicherheitsbehörde auch in diesem Falle die politische Landeskommission (§ 7, Absatz 2, 9 und 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90; Ministerialverordnung vom 26. Juli 1885, RGBl. Nr. 106, P. III.).

Die Strafgerichte haben in den Fällen des § 273 des Strafgesetzes kein Urteil zu fällen, sondern die Akten der Sicherheitsbehörde zu übermitteln. Das Strafgericht ist auch nicht zu einem Anspruche über die Zulässigkeit der Anhaltung in einer Besserungsanstalt berufen (siehe Plenarentscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 28. November 1893, Z. 13.849, Sammlung Nr. 1746).

Kinder im Alter bis zum vollendeten 10. Jahre, denen eine strafbare Handlung zur Last fällt, sind lediglich der häuslichen Züchtigung zu überlassen (§ 237 StGB.); eine Verfügung der Sicherheitsbehörde tritt nicht ein, dagegen kann allerdings eine pflEGschaftsbehördliche Maßnahme, insbesondere eine solche nach § 16, Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90, getroffen werden. Zu diesem Behufe haben die Strafgerichte die bezüglichlichen Akten stets der PflEGschaftsbehörde zu übersenden.

3. Außer den angeführten Fällen der Anhaltung eines Jugendlichen in einer Besserungsanstalt kann solche auch als Erziehungsmaßregel gemäß § 16, Absatz 2 des Gesetzes vom

24. Mai 1885, RGV. Nr. 90, auf Antrag des gesetzlichen Vertreters (auch des ehelichen Vaters) von der Pflégschaftsbehörde angeordnet werden. Dieses Erziehungsmittel kann auch bei Kindern im Alter unter 10 Jahren angewendet werden, sofern nach den Statuten der für die Durchführung in Betracht kommenden öffentlichen und Privatbesserungsanstalten Kinder in diesem Alter aufgenommen werden.

Über die Aufnahme in die Besserungsanstalt hat in diesen Fällen nicht die politische Landeskommission zu entscheiden, da es sich nicht um den Vollzug einer von einem Strafgerichte für zulässig erklärten oder von der Sicherheitsbehörde verfügten Abgabe in eine Besserungsanstalt, sondern um eine in das Gebiet des Privatrechtes fallende Erziehungsmaßregel handelt.

Der Vollzug steht dem Pflégschaftsgerichte zu, das erforderlichen Falles die Unterstützung der Sicherheitsbehörden in Anspruch nehmen kann. Vor der Anordnung des Vollzuges hat sich das Pflégschaftsgericht mit dem zur Verfügung über die betreffende Anstalt berufenen Landesauschuß oder Vorstand der Privatbesserungsanstalt wegen der Übernahme des Jugendlichen ins Einvernehmen zu setzen. Hierbei ist insbesondere auch darüber Klarheit herzustellen, auf welche Weise die Kosten der Anhaltung zu beschaffen sind. Solche Verfügungen werden in der Regel nur dann vollzogen werden können, wenn die Kosten vom gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen oder von den zu dessen Unterhalt verpflichteten Personen bestritten werden oder hereingebracht werden können, wenn sie in dem eigenen Vermögen des Minderjährigen Deckung finden oder wenn sie von den zur Armenversorgung berufenen Verbänden auf sich genommen werden, beziehungsweise nach dem Gesetze zu bestreiten sind.

Die Dauer der Anhaltung in der Besserungsanstalt wird innerhalb der etwa in den Anstaltsstatuten gesetzten Schranken, insofern man sich ihnen durch Abgabe des Minderjährigen unterworfen hat, von der Pflégschaftsbehörde bestimmt.

4. Endlich kann ein Unmündiger an eine Besserungsanstalt zu dem Zwecke abgegeben werden, damit daselbst die über ihn nach § 270 StG. verhängte Strafe der Verschließung vollzogen wird. Diese Anhaltung wird vom Strafgerichte im Einvernehmen mit der Anstaltsverwaltung angeordnet, worüber mit der Justizministerialverordnung vom 23. Jänner 1899, RMVB. Nr. 6, eine Belehrung gegeben worden ist.

An den Vollzug der Verschließungsstrafe kann sich auf Grund eines entsprechenden Anspruches des Strafgerichtes die Anhaltung im Sinne des §. 1 b anschließen.

Roeber m. p.

12. Verordnung des Justizministeriums vom 10. Juli 1903,

betreffend das Strafverfahren gegen Minderjährige.

An alle Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Wenn auch die Strafprozeßordnung darüber keine Vorschrift enthält, auf welche Weise gesetzliche Vertreter minderjähriger Beschuldiger und Angeklagter von einem gegen diese anhängigen Strafverfahren in Kenntnis zu setzen sind, so sind andererseits in der Strafprozeßordnung eine Reihe von Bestimmungen enthalten, welche es diesen gesetzlichen Vertretern ermöglichen sollen, auch im Strafverfahren ihrer Pflicht zum Schutze ihrer Pflegebefohlenen nachzukommen. So steht ihnen insbesondere das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde und der Berufung selbst gegen den Willen des Minderjährigen (§§ 282 und 465 StPD.), das Recht, die Wiederaufnahme zu beantragen (§§ 354 und 480 StPD.), das Recht, selbst wider den Willen des Pflegebefohlenen für ihn einen Verteidiger zu bestellen (§ 39 StPD.), zu.

Die Ausübung dieser Rechte ist in Frage gestellt, wenn der gesetzliche Vertreter eines Minderjährigen von einem gegen denselben anhängigen Strafverfahren keine Kenntnis besitzt. Es ist ferner naheliegend, daß in vielen Fällen der Minderjährige Scheu tragen wird, die Hülfe seines gesetzlichen Vertreters in Anspruch zu nehmen.

Andererseits ist es im Interesse der Erziehung und Fürsorge für Minderjährige geboten und entspricht den im 3. und 4. Hauptstücke des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches niedergelegten Grundsätzen, daß die gesetzlichen Vertreter Minderjähriger von einem gegen diese anhängigen Strafverfahren und dem Ergebnisse desselben in Kenntnis gesetzt werden, da sie nur auf diese Weise in die Lage kommen, ihrerseits die für deren künftige Wohlfahrt erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Es wird sich daher in allen Fällen eines Strafverfahrens gegen Minderjährige dringend empfehlen, von jedem entscheidenden Schritte die gesetzlichen Vertreter zu verständigen. Als solche Schritte sind insbesondere die Einleitung eines gerichtlichen Vorverfahrens, die Überreichung einer Anklageschrift und die Anordnung der Hauptverhandlung, sei es vor den Gerichtshöfen, sei es vor den Bezirksgerichten, anzusehen.

Eine solche Verständigung wird entfallen können, wenn der gesetzliche Vertreter zweifellos auf andere Weise in Kenntnis der betreffenden Tatsache gelangt, unbekannten Aufenthaltes, an der Straftat des Minderjährigen beteiligt ist oder wenn sie nicht ohne erhebliche Verzögerung des Verfahrens stattfinden könnte.

In vielen Fällen, insbesondere wenn der gesetzliche Vertreter unbekannten Aufenthalts oder an der Straftat beteiligt ist, wird sich die Notwendigkeit herausstellen, die Pflégschaftsbehörde von dem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Sollte eine solche noch nicht bestehen oder nicht bekannt sein, so wird jenes Gericht zu verständigen sein, dem nach den bestehenden Vorschriften die einstweilige Vorkehrung zukommt. Was insbesondere die Verständigung der Pflégschaftsgerichte von erfolgten Verurteilungen Minderjähriger anlangt, so wird auf die Verordnungen vom 3. Dezember 1899, *JMBV.* Nr. 49, und vom 10. November 1893, *JMBV.* Nr. 31, verwiesen. Es wird Sache der Erwägung des einzelnen Falles sein, ob und inwieweit außer den daselbst bezeichneten Fällen es im Interesse des Minderjährigen gelegen ist, die Pflégschaftsbehörde von erfolgten Verurteilungen zu verständigen.

Ebenso wird fallweise zu erwägen sein, ob der bei der Hauptverhandlung nicht erschienene gesetzliche Vertreter von einer erfolgten Verurteilung zu verständigen ist.

Zum Zwecke der Verständigung des gesetzlichen Vertreters können sich die Gerichte der unter einem aufgelegten Formulare 259 a) bis d) zur Strafprozeßordnung bedienenden, während für die Verständigung des Pflégschaftsgerichtes besondere Druckformen nicht aufgelegt werden können, da Umfang und Inhalt dieser Verständigung von der Natur des einzelnen Falles abhängt.
Roerber m. p.

13. Erlass des Justizministeriums vom 31. Oktober 1903, *J.* 21.076.

Das Justizministerium hat unterm 31. Oktober 1903, *J.* 21.076, an die Gerichte nachstehenden Erlass, betreffend die Abgabe jugendlicher Personen an die Besserungsanstalten, gerichtet:

Die Ausführungen der Justizministerialverordnung vom 7. Mai 1903, *JMBV.* Nr. 14, sind in jenem Punkte einer irrtümlichen Auffassung begegnet, der die Abgabe eines Jugendlichen an eine Besserungsanstalt auf Grund einer Verfügung des Pflégschaftsgerichtes betrifft. Die vorgebrachten Bedenken werden durch nachfolgende Erwägungen entkräftet:

Nach dem Gesetze vom 24. Mai 1885, *RGV.* Nr. 90, ist der Anhalt eines Jugendlichen auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses und auf Grund einer Verfügung der Sicherheitsbehörde, somit der Anhalt als öffentlich polizeilicher Maßregel gegenübergestellt die Abgabe jugendlicher Personen an eine Besserungsanstalt als Erziehungsmittel. Wie über die Anwendung anderer Erziehungsmittel ist hiefür zunächst das Ermessen und Befinden des gesetzlichen Vertreters maßgebend. Wegen der einschneidenden Wirkung einer solchen Vorkehrung ist sie auch an die Zustimmung der Pflégschaftsbehörde gebunden. Das Gericht interveniert hiebei als Pflégschaftsbehörde in Erfüllung der ihm im geltenden Privatrecht in den §§ 178 und 217 a. *BGB.* vorgezeichneten Pflicht, die notwendigen Mittel anzuwenden, um die drohende Verwahrlosung eines Pflegebefohlenen hintanzuhalten oder sie zu beheben. Ähnliche Rechte sind auch im neuen deutschen bürgerlichen Gesetzbuch in den §§ 1666 und 1838 dem Pflégschaftsgerichte eingeräumt. Dem Gerichte obliegt, wie in allen anderen Fällen, seine Verfügung in Vollzug zu setzen. Es ist daher wohl nur ein Mißverständnis, wenn ein Widerspruch darin erblickt wird, daß nach der Verordnung das Pflégschaftsgericht zur Durchführung seiner Verfügung erforderlichenfalls auch die Unterstützung der Sicherheitsbehörde in Anspruch zu nehmen berechtigt ist. Denn das Gericht kommt in gleicher Eigenschaft auch in anderen Fällen, z. B. bei Abnahme oder Zurückführung eines Kindes in die Lage, sich der verfügbaren Machtmittel zur Durchführung solcher Maßnahmen zu bedienen.

Desgleichen dürfte es auf einem Übersehen oder Mißverständnis beruhen, wenn in den Ausführungen der Verordnung über die pflégschaftsbehördliche Verfügung, daß ein jugendlicher in einer Besserungsanstalt anzuhalten sei, eine Ignorierung des Rechtes der Landesausschüsse zur Verfügung über die Besserungsanstalten des Landes und seines Rechtes zur Oberleitung erblickt wird. Erklärt doch die Verordnung ausdrücklich, daß sich das Pflégschaftsgericht vor der Anordnung des Vollzuges mit dem zur Verfügung über die betreffende Anstalt berufenen Landesausschuß oder Vorstand der Privatbesserungsanstalt wegen der Übernahme des jugendlichen ins Einvernehmen zu setzen hat. Nach Ansicht der Ministerien des Innern und der Justiz sollte durch diesen Paßus darauf aufmerksam gemacht werden, daß dem Gerichte nicht das Recht zusteht, über die Besserungsanstalten zu verfügen und mit bindender Wirkung für die Leitung der Besserungsanstalt die Übernahme des Zögling anzuordnen. Eine solche Maßregel ist vielmehr nur dann durchführbar, wenn sich der zur Verfügung über die Anstalt berechtigte Landesausschuß oder Verein u. dgl. zur Übernahme des jugendlichen bereit erklärt. Die tatsächliche Abgabe erfolgt somit auf Grund eines Übereinkommens zwischen dem gesetzlichen Vertreter und der Anstaltsleitung. Dem Landesausschuß bleibt nach allen Richtungen das Recht gewahrt, eine ihm auf Grund des § 16, Absatz 2 des zitierten Gesetzes angebotene Übernahme eines jugendlichen anzunehmen oder abzulehnen und es bleibt ihm auch unbenommen, etwa durch die Anstaltsstatuten zu bestimmen, oder sich eine Erklärung darüber anstellen zu lassen, daß die Anstaltsleitung, beziehungsweise der Landesausschuß sich die Entscheidung

darüber vorbehält, ob der Jugendliche als gebessert anzusehen und aus diesem Grunde zu entlassen ist. Auf die Möglichkeit einer Unterwerfung unter die Bestimmungen der Anstaltsstatuten macht die Verordnung durch einen ausdrücklichen Hinweis besonders aufmerksam.

Allerdings kann aber das Befinden der Anstaltsleitung, beziehungsweise des Landesauschusses hinsichtlich der Dauer der Anhaltung des Zöglings nicht in allen Fällen allein maßgebend sein. Da es sich um den Vollzug einer Erziehungsmaßregel auf Grund der Bestimmungen des Privatrechtes handelt, so kann dem Gerichte nicht jede Ingerenz auf die Dauer der Anhaltung in der Anstalt abgesprochen werden. Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß z. B. infolge einer Änderung in den Vermögensverhältnissen des Pflegebefohlenen diese Art der Zwangserziehung nicht mehr entsprechend sein kann, daß für die Kosten der weiteren Anhaltung keine Deckung vorhanden ist oder daß etwa der gesetzliche Vertreter infolge einer Änderung seiner ökonomischen Lage oder einer Besserung seiner Familienverhältnisse mit Recht den Anspruch erhebt, die Erziehung und Verpflegung des Jugendlichen im eigenen Hause zu besorgen.

Der Zweck der Anhaltung in einer Besserungsanstalt kann in der Regel nur durch eine längere erziehlische Einwirkung auf den Zögling in der Anstalt erreicht werden, deren Dauer sich im voraus nicht bestimmen läßt. Es wäre demnach nicht sachgemäß, wenn die Gerichte, wie es wiederholt vorgekommen ist, die Anhaltung in der Besserungsanstalt von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränken oder sich einem vorzeitigen Begehren des gesetzlichen Vertreters auf Entlassung des Zöglings anschließen würden.

Indem die Verordnung darauf hinweist, daß der Vollzug einer als Erziehungsmittel durchzuführenden Abgabe in eine Besserungsanstalt dem Gerichte zusteht, wurde der Gegensatz zu den übrigen Fällen der Anhaltung bezeichnet, in denen der Vollzug der politischen Landeskommission zukommt.

Damit ist aber nicht ausgesprochen, daß die Initiative zur Anhaltung in der Anstalt stets vom Gerichte ausgehen muß oder soll. Es besteht kein gesetzliches Hindernis und kein praktisches Bedenken dagegen, daß sich der gesetzliche Vertreter zunächst an den Landesauschuß wegen Übernahme des Jugendlichen in die Besserungsanstalt wendet und daß die Zustimmung zu dem Antrag des gesetzlichen Vertreters vom Landesauschuß eingeholt wird.

Diesem Vorgang wird von dem Leiter einer großen Besserungsanstalt deshalb der Vorzug gegeben, weil hierbei die Mitwirkung des Gerichtes nach außen hin weniger hervortritt und dadurch einer irrigen Auffassung der Beteiligten über den Charakter der Anhaltung als eines Erziehungsmittels vorgebeugt wird. Auch wird behauptet, daß sich auf diesem Wege die Übernahme des Jugendlichen in die Anstalt rascher vollziehen lasse.

Der Landesauschuß wird dadurch in die Lage versetzt, vorerst zu ermitteln, ob der Antrag auf Übernahme des Jugendlichen nicht etwa auf das in der Praxis wiederholt beobachtete Bestreben der Angehörigen zurückzuführen ist, sich der Sorge für den Unterhalt zu entledigen.

Selbstverständlich bedarf es auch nicht der Intervention von gerichtlichen Organen oder der Anwendung von Zwangsmitteln zur Überbringung des Jugendlichen in die Anstalt, wenn diese durch den gesetzlichen Vertreter selbst bewirkt wird.

14. Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. Juli 1904, B. 24.752.

An sämtliche Statthaltereien und Landesregierungen.

Nach Erhebungen, welche das k. k. Justizministerium gepflogen hat, scheint der hierortige Normalerlaß vom 8. Jänner 1900, B. 41.744 ex 1899, betreffend die Unterstützung der Gerichte bei der Verwirklichung des Kinderschutzes, nur von einer Minderheit der in Betracht kommenden Behörden gehandhabt zu werden.

Noch allgemeiner unterbleibt eine Benachrichtigung der Pflégschaftsgerichte von nach § 273 StG. durch die Polizeibehörden eingeleiteten Maßnahmen, welche gewiß geeignet wären, den Pflégschaftsbehörden zu eindringlichen Ermittlungen über die Verhältnisse der Straf-unmündigen und über die zugrunde liegenden Ursachen der Verfehlung Anlaß zu geben.

Die k. k. Statthalterei (Landesregierung) wird daher aufgefordert, die allgemeine und genaue Einhaltung des eingangs zitierten Erlasses im dortigen Verwaltungsgebiete mit allem Nachdrucke sicherzustellen und Veranlassung zu treffen, daß die Pflégschaftsgerichte auch von den nach § 273 StG. durch die Polizeibehörden eingeleiteten Maßnahmen jeweils ungesäumt verständigt werden.

Einem weiteren Wunsche des Justizministeriums entsprechend, ersuche ich die k. k. Statthalterei (Landesregierung), auf die Leitungen der Besserungsanstalten — nach Maßgabe des Bestandes dieses Institutes im dortigen Verwaltungsgebiete — Einfluß zu nehmen, damit dieselben regelmäßig die Entlassung eines Zöglings seiner Pflégschaftsbehörde rechtzeitig, tunlichst einen Monat vorher, zur Anzeige bringen, um der genannten Behörde die weiteren Vorkehrungen für die schwierige erste Zeit nach der Entlassung des Korrigenden zu ermöglichen.

15. Verordnung des Justizministeriums vom 23. Juli 1904,

betreffend Vorkehrungen zur Hintanhaltung der Verwahrlosung von Minderjährigen.

An alle Gerichte und Strafanstaltsvorkehrungen.

I. Die Begehung einer strafbaren Handlung durch einen Minderjährigen, die auf sittliche Verwahrlosung hinweist, muß das Pflégschaftsgericht veranlassen, der betreffenden Pflégschafts-fache besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Demzufolge wurden die Strafgerichte schon mit Justizministerialverordnung vom 10. November 1893, JMBV. Nr. 31, angewiesen, die Zivilgerichte von Tatsachen jeweils in Kenntnis zu setzen, die zu solchem Einschreiten Anlaß geben müssen. Mit Justizministerialverordnung vom 10. Juli 1903, JMBV. Nr. 22, wurde den Strafgerichten anheim gegeben, in jedem einzelnen Falle zu erwägen, ob auch die Pflégschaftsbehörde von der Beurteilung zu verständigen ist. Diese Vorschriften werden den Gerichten zur genauen Beachtung in Erinnerung gebracht.

II. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist es für die Pflégschaftsgerichte, Kenntnis zu erhalten, wenn ein Kind unter 14 Jahren ein Vergehen oder eine Übertretung begangen hat und die Polizeibehörde nach § 273 StG. im eigenen Wirkungsbereiche gegen den Strafmündigen eine Verfügung trifft. Infolge Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. Juli 1904, Z. 24.752, an alle politischen Landesstellen, sind die Pflégschaftsgerichte jeweils von solchem polizeilichen Einschreiten in Kenntnis zu setzen. Da eine polizeiliche Verfügung gegen Strafmündige nur in Ermangelung der häuslichen Züchtigung stattfindet, so haben die Gerichte aus diesem Anlasse eindringliche Ermittlungen über die persönlichen Verhältnisse des Strafmündigen zu pflegen und festzustellen, ob nicht die Ursache der Verfehlung, namentlich bei Bettel, Vagieren, bei Diebstählen u. dgl. in Verleitung oder Mißhandlung durch die Eltern oder Pfleger des Kindes, in mangelnder Beaufsichtigung oder Erziehung, somit in Verwahrlosung zu suchen ist.

III. Wenn sich aus den Ermittlungen des Pflégschaftsgerichtes, mögen sie aus dem einen oder dem anderen Anlasse gepflogen worden sein, ergibt, daß die körperliche oder sittliche Verwahrlosung des Minderjährigen auf einen Mißbrauch der väterlichen Gewalt zurückzuführen ist, so hat das Gericht die Entziehung oder Beschränkung der väterlichen Gewalt ins Auge zu fassen (JM.-Erl. vom 10. April 1902, Z. 7493, JMBVl. Seite 96) und für die Unterbringung des Kindes bei einer anderen Familie oder in einer geeigneten Anstalt, allenfalls auch einer Besserungsanstalt Sorge zu tragen (§ 178 a. BGB.). Sofern die Kosten nicht aus dem Vermögen des Kindes bestritten werden können (§ 150 a. BGB.), sind sie von den Eltern zu tragen (§§ 141, 143 a. BGB.). Wenn die Eltern dazu außer stande sind, ist die Armenversorgung in Anspruch zu nehmen, die nach § 24, Abs. 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1863, RGBl. Nr. 105, auch die Sorge für die Erziehung der Kinder umfaßt.

Bis zum Einschreiten der Armenverwaltung sowie in dem Falle, als unverweilt eine mittlerweilige Vorkehrung zur Sicherung des Kindes getroffen werden muß, wird man auf die Hilfe eines Menschenfreundes, eines Vereines, der sich mit Kinderschutz beschäftigt, oder einer derartigen Anstalt angewiesen sein. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen zur Annahme, daß die Mitwirkung und Unterstützung durch die organisierte Privatwohlthätigkeit, soweit solche vorhanden ist und ihre Mittel reichen, nicht vergeblich angerufen werden wird.

In gleicher Weise wie bei Mißbrauch der väterlichen Gewalt ist vorzugehen, wenn eine schuldhaft vernachlässigung der Erziehungspflicht vorliegt (§ 178 a. BGB.). Die Unterbringung in einer anderen Familie oder in einer Anstalt kann in diesem Falle auch gegen den Willen der Eltern erfolgen, soweit sie erforderlich ist zur Behebung der Verwahrlosung oder zur Hintanhaltung weiteren sittlichen Verderbens.

Wenn dagegen ein Verschulden der Eltern nicht vorliegt, insbesondere wenn sie infolge ihrer persönlichen Verhältnisse nicht im stande sind, mit Erfolg auf den Minderjährigen erzieherisch einzuwirken, kann die etwa notwendige Unterbringung des Minderjährigen in einer anderen Familie oder Anstalt, insbesondere einer Besserungsanstalt (§ 16, Abs. 2, Gesetz vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90) nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter des Kindes verfügt werden. Das Pflégschaftsgericht muß sich daher zunächst darauf beschränken, zur Einleitung der notwendigen Vorkehrungen die gesetzlichen Vertreter anzuregen.

Ein nicht unter väterlicher Gewalt stehendes Kind ist der Mutter abzunehmen, wenn das Wohl des Kindes durch die mütterliche Erziehung Gefahr läuft (§ 169 a. BGB.) oder wenn das Beste des Kindes eine solche Verfügung erheischt (§ 218 a. BGB.).

IV. Die Gerichtshöfe und Strafanstalten haben von der bevorstehenden Entlassung eines wegen Verbrechens oder Vergehens verurteilten Minderjährigen aus der Strafstift spätestens einen Monat vor dem Ende der Strafzeit das Pflégschaftsgericht zu benachrichtigen. Eine gleiche Benachrichtigung wird ihm auch in Ansehung der aus einer Besserungsanstalt entlassenen Minderjährigen zukommen. Die Pflégschaftsgerichte haben in solchen Fällen den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen vorzuladen, darüber einzunehmen, was vorzutehnen sei, um dem jugendlichen wenigstens in der ersten, meist schwierigen Zeit hilfreich beizustehen und ihn

vor neuerlicher Verschlingung zu behüten. Insbesondere ist für ein entsprechendes Unterkommen des Minderjährigen Sorge zu tragen.

Koerber m. p.

16. Mit Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung vom 10. August 1904, Z. 32.587, wurden alle Landesgendarmierkommanden beauftragt, die unterstehenden Gendarmierposten anzuweisen, die Pflschaftsgerichte behufs erfolgreicher Durchführung ihrer Aufgaben, betreffend den Kinderchutz, dadurch zu unterstützen, daß sie allen einschlägigen Vorkommnissen ihr Augenmerk zuwenden und Fälle der mißbräuchlichen Ausübung der väterlichen Gewalt, Fälle der Züchtigung, welche sich als Mißhandlung darstellen, ferner Fälle der Vernachlässigung der Verpflegung und Erziehung der Kinder, sowie überhaupt alle jene bemerkenswerteren Wahrnehmungen, welche für die Gerichte bei Ausübung ihrer Schutz- und Pflschaftsfunktionen von Belang sein könnten, unverweilt dem kompetenten Gerichte zur Anzeige bringen.

17. Auf eine Anfrage hat das Justizministerium mit Erlaß vom 13. Oktober 1904, Z. 23.450, einer Oberstaatsanwaltschaft folgendes eröffnet:

Von der bevorstehenden Entlassung eines Minderjährigen aus der Strafhaft ist zum Behufe des Einschreitens eines Pflschaftsgerichtes im Sinne der Justizministerialverordnung vom 23. Juli 1904, JMBV. Nr. 13, auch dann Nachricht zu geben, wenn es sich um einen wegen Verbrechens oder Vergehens verurteilten minderjährigen Ausländer handelt.

Die Anzeige ist an das Gericht zu erstatten, das nach § 183 Berl. Pat. als Pflschaftsgericht eingeschritten ist, wenn aber ein solches Einschreiten noch nicht stattfand, an das nach § 109 M. zur Führung der Vormundschafts- oder Kuratelgeschäfte berufene Gericht, bei dem der Minderjährige oder Pflegebefohlene seinen allgemeinen Gerichtsstand in Streitfachen hat (das Gericht des Wohnsitzes des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter). Falls ein solcher allgemeiner Gerichtsstand im Inlande nicht begründet ist, soll die Anzeige an das Bezirksgericht erstattet werden, in dessen Sprengel der Ausländer nach der Entlassung aus der Strafhaft zunächst dauernden Aufenthalt nehmen wird. Dem von der Entlassung des Minderjährigen benachrichtigten Gerichte bleibt es überlassen, sich mit der zuständigen ausländischen Pflschaftsbehörde ins Einvernehmen zu setzen.

In Ansehung der minderjährigen Sträflinge, die landesverwiesen sind, hat die Benachrichtigung des Pflschaftsgerichtes zu entfallen.

18. Verordnung des Justizministeriums vom 13. Dezember 1904,

betreffend die Einführung statistischer Zählkarten für die Fälle strafgerichtlicher Verurteilung von Jugendlichen.

An alle Gerichtshöfe I. Instanz und an alle Bezirksgerichte mit Strafgerichtsbarkeit.

Vom 1. Jänner 1905 angefangen haben die Gerichtshöfe I. Instanz über jeden Fall der Verurteilung eines Jugendlichen bis zum vollendeten 20. Lebensjahre wegen Verbrechens oder Vergehens, dann wegen Übertretung der Trunkenheit nach § 523 StG. sowie über jeden bei ihnen vorkommenden Fall der Verurteilung eines Unmündigen nach § 269 a. StG. eine statistische Zählkarte nach dem in der Beilage Nr. 1 abgedruckten Formular auszufertigen.

Desgleichen haben die Bezirksgerichte vom selben Zeitpunkte an über jeden Fall der Verurteilung eines Jugendlichen bis zum vollendeten 20. Lebensjahre wegen Übertretung der Trunkenheit nach § 523 StG. sowie über jeden Fall der Verurteilung eines Unmündigen nach § 269 a. StG. eine statistische Zählkarte nach dem in der Beilage Nr. 2 abgedruckten Formular zu verassen.

Jedes der beiden Formulare wird in grüner und in roter Farbe aufgelegt; die grünen Druckforten sind ausschließlich für Verurteilte männlichen, die roten anschließend für Verurteilte weiblichen Geschlechtes bestimmt.

Die Zählkarte ist beim Gerichtshofe vom Verhandlungsvorsitzenden, beim Bezirksgerichte vom Einzelrichter, der das Strafurteil geschöpft hat, auszufertigen. Sie ist abzuschließen, sobald ein rechtskräftiges Urteil vorliegt und — soweit ein Zählkarte im Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in Betracht kommt — das Gericht darüber, ob es einen Begnadigungsantrag im Sinne der Justizministerialverordnung vom 25. November 1902, JMBV. Nr. 51, stellt oder nicht, Beschluß gefaßt hat. Alle im Laufe eines Monats abgeschlossenen Zählkarten

sind in den ersten drei Tagen des nächstfolgenden Monats an das Departement 17 des Justizministeriums einzusenden.

Die Fragen der neuen Zählkarten sind so gestellt, daß sie sich durch Befragung des Jugendlichen, beziehungsweise aus dem Strafakte beantworten lassen. Die Vorladung von Auskunftspersonen sowie die Vornahme von Erhebungen lediglich zum Zwecke der Ausfüllung der Zählkarte ist unzulässig. Wurde eine Strafverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführt, so bleiben alle Fragen der Zählkarte, die sich nicht aus dem Strafakte beantworten lassen, unbeantwortet. In solchen Fällen ist zur Aufklärung der Lückenhaftigkeit der Zählkarte unter Punkt 15 dem Worte „Urteil“ der Buchstabe K voranzusetzen.

Hinsichtlich der Beantwortung einzelner Fragepunkte der neuen Zählkarten wird folgendes bemerkt:

Ist ein Jugendlicher noch Schüler oder Lehrling, so ist dies bei Punkt 21 der neuen Zählkarte des Gerichtshofes (Punkt 20 der bezirksgerichtlichen Zählkarte) unter „Erlernter Beruf“ ersichtlich zu machen (zum Beispiel Volksschüler, Schneiderlehrling). Bei demselben Fragepunkte ist es auch anzumerken, wenn der Verurteilte beschäftigungslos ist.

Bei Frage 18 der Zählkarte des Gerichtshofes (17b der bezirksgerichtlichen Zählkarte) ist zutreffenden Falles anzugeben, daß die Zulässigkeit der Stellung des Verurteilten unter Polizeiaufsicht oder seiner Abgabe in eine Zwangsarbeits- oder Besserungsanstalt ausgesprochen oder über ihn die Strafe der Landesverweisung oder der Abschaffung aus sämtlichen Kronländern, beziehungsweise einem Kronlande oder einem Orte verhängt wurde.

Unter Punkt 26 der Zählkarte des Gerichtshofes (Punkt 25 der bezirksgerichtlichen Zählkarte) „Allfällige Anmerkung“ sind solche den Einzelfall charakterisierende, aus Anlaß der strafgerichtlichen Untersuchung bekannt gewordene Umstände oder Tatsachen anzuführen, auf die in der Zählkarte eine Frage nicht gestellt ist. Hier werden daher besonders mißliche Verhältnisse im Elternhause, der Umstand, daß der oder die Jugendliche dem Alkoholismus oder der Prostitution ergeben ist, und ähnliches zu verzeichnen sein.

Die Vorschriften der Justizministerialverordnung vom 8. Dezember 1897, *IMVB.* Nr. 47, betreffend die durch die Staatsanwaltschaften, beziehungsweise durch die Bezirksgerichte auszufertigenden, für das Strafregisteramt bestimmten Strafkarten, sowie die Vorschriften derselben Verordnung, dann der Verordnung vom 25. Feber 1901, *IMVB.* Nr. 5, betreffend die von den Staatsanwaltschaften zu verfassenden, für die k. k. Statistische Zentralkommission in Wien bestimmten Zählblätter, werden durch diese Verordnung nicht berührt.

Da die Zahl der von den Staatsanwaltschaften in Gemäßheit der eben bezogenen Verordnungen für jedes Jahr verfaßten Zählblätter über die wegen Verbrechen und Vergehen, dann über die bei den Gerichtshöfen wegen der Übertretungen nach §§ 269a und 523 StG. verurteilten Jugendlichen, beziehungsweise Unmündigen mit der Zahl der von den Gerichtshöfen für dasselbe Jahr hinsichtlich derselben Delikte ausgefertigten neuen Zählkarten gleich sein und die neue Zählkarte mit dem Zählblatte in den identischen Fragepunkten inhaltlich übereinstimmen muß, so ist auf die streng attemäßige Ausfüllung der Zählkarte sowie darauf zu achten, daß in jedem der Zählung unterliegenden Falle die Zählkarte verfaßt und abgeendet werde.

Röerher m. p.

19. Verordnung des Justizministeriums vom 23. Mai 1905,

betreffend den Rechtsschutz der Unmündigen und Jugendlichen im gerichtlichen Strafverfahren.

An alle Gerichte.

Die mit Justizministerialverordnung vom 10. Juli 1903, *IMVB.* Nr. 22, den Gerichten empfohlenen Vorsehrungen reichen nach den Wahrnehmungen des Justizministeriums zur Erzielung eines vollen Rechtsschutzes der Unmündigen und Jugendlichen im gerichtlichen Strafverfahren nicht aus. Das Justizministerium sieht sich dadurch veranlaßt, der Erwägung der Gerichte nachstehendes anheimzugeben:

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit beginnt nach geltendem Recht in einem Alter, in dem neuere Gesetzgebungen eine solche noch ausschließen, und mit der Verantwortlichkeit beginnt auch die Prozeßfähigkeit. Indessen ist es nicht zu verkennen, daß ein Strafmündiger im Alter vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre kaum jemals, ein Jugendlicher im Alter zwischen 14 und 18 Jahren gewiß nicht immer genügendes Verständnis besitzt für die Wichtigkeit eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens, für die Tragweite seiner Angaben und seines Verhaltens vor Gericht oder für die Bedeutung der ihm drohenden Verurteilung und Strafe. Er ist tatsächlich meistens nicht in der Lage, von den gesetzlichen Mitteln zur Wahrung seiner Rechte Gebrauch zu machen. Es wird daher der Minderjährige in diesen Altersstufen regelmäßig der Stütze und des Schutzes durch den zu seiner Vertretung vor Gericht verpflichteten Vater, Vormund oder Kurator bedürfen. Da es aber an Vorschriften fehlt, welche

die rechtliche Stellung des gesetzlichen Vertreters im Strafverfahren im einzelnen regeln, wird hier die Praxis selbst sich bemühen müssen ergänzend einzugreifen.

Als Richtschnur für die Entwicklung einer sachgemäßen Praxis möchte das Justizministerium den Gerichten nachstehende Grundsätze zur Beachtung empfehlen:

1. Ein Strafunmündiger im Alter unter 14 Jahren soll in der Haupt- und in der Berufungsverhandlung regelmäßig nicht ohne einen gesetzlichen Vertreter als Beschuldigter oder Angeklagter erscheinen. Deshalb wäre — besondere Umstände, die dies als zweifellos ganz überflüssig erscheinen lassen, ausgenommen — mit dem Unmündigen stets auch sein gesetzlicher Vertreter zur Verhandlung zu laden und letzterer, sofern es nicht nach der Beschaffenheit des Deliktes und der Verantwortung des Beschuldigten offensichtlich entbehrlich ist, schon in der Ladung aufmerksam zu machen, daß er für den Unmündigen einen Verteidiger bestellen kann (§ 3 und § 39, Abs. 2, StPD.).

Die Zuziehung des gesetzlichen Vertreters zur Verhandlung ist zunächst von Wichtigkeit im Hinblick auf dessen Befugnis, selbst gegen den Willen des Vertretenen, die Nichtigkeitserklärung zu erheben und den Antrag auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens zu stellen (§§ 282, 283, 465, 354, 480 StPD.). Der bei der Verhandlung anwesende gesetzliche Vertreter wird aber auch dem Gerichte Anskünfte erteilen und Tatsächliches vorbringen sowie die Aufnahme von Beweisen anregen können, deren Bedeutung und Erheblichkeit zu prüfen dem Gerichte nach § 3 StPD. obliegt. Die Gerichte werden zu erwägen haben, ob nicht der gesetzliche Vertreter kraft seiner aus dem bürgerlichen Rechte fließenden Vertretungsbefugnis gewisse Rechte des Beschuldigten, namentlich das Recht, mit Wirkung für den Beschuldigten Anträge zu stellen, selbständig auszuüben befugt ist. Die aus der Verhandlung gewonnene volle Kenntnis des Sachverhaltes wird dem gesetzlichen Vertreter nicht bloß bei Ergreifung von Rechtsmitteln, sondern darüber hinaus auch für die Entscheidung von Nutzen sein, ob und inwiefern eine Änderung der Erziehung oder der Erziehungsmittel nötig ist und wird ihn jedenfalls häufig zu einer Steigerung seiner erzieherischen Tätigkeit bestimmen.

2. Wenn der gesetzliche Vertreter unbekannt ist oder wegen der Entfernung seines Wohnortes überhaupt nicht oder nicht zeitgerecht dem Strafverfahren beigezogen werden kann oder wenn wegen seiner Beteiligung an der strafbaren Handlung oder aus anderen Gründen eine zweckentsprechende Vertretung des Pflegebefohlenen durch den Vater oder Vormund nicht zu gewärtigt ist, so wäre nach § 270 a. BGB. das Pflegeschaftsgericht um die Bestellung eines Kurators zur Vertretung des Unmündigen oder Jugendlichen im Strafverfahren zu ersuchen.

Wenn möglich, wäre mit dem Amte eines Kurators zur Wahrung der Rechte und Interessen des Pflegebefohlenen ein Verteidiger oder sonst ein rechtskundiger oder doch lebenserfahrener Mann zu betrauen.

3. Ist das Pflegeschaftsgericht nicht bekannt und nicht rechtzeitig zu ermitteln oder wäre es nicht in der Lage, den Kurator rechtzeitig zu bestellen, so könnte im Verfahren gegen Unmündige deren Schutzbedürfnis am besten dadurch entprochen werden, daß auf Veranlassung des Gerichtes ein Verteidiger des Unmündigen zugezogen wird. Falls die Verteidiger des Gerichtsortes zur Übernahme solcher Vertretungen bereit sind, wäre ein Verteidiger zu ersuchen, die Vertretung zu übernehmen, andernfalls könnte einem bei Gericht angefallenen, zum Richteramte befähigten Beamten (auch geprüften Auskultanten) die Verteidigung übertragen werden (§ 43, Abs. 2, StPD.).

Die vom Beschuldigten erteilte Bevollmächtigung ist im Verhandlungsprotokolle zu beurfunden.

Von der Ladung des gesetzlichen Vertreters zur Verhandlung und von einer Verfügung behufs Bestellung eines Verteidigers wäre abzusehen, wenn durch den Beschuldigten oder seine Angehörigen ein Verteidiger bestellt wird.

4. Bei Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, die sich vor Gericht zu verantworten haben, soll je nach der physischen und psychischen Beschaffenheit des Beschuldigten, insbesondere seiner Reife und Charakterentwicklung und nach der Beschaffenheit der Tat und der Verantwortung beurteilt werden, ob ein Schutzbedürfnis im Sinne der dargelegten Grundsätze vorhanden und daher die Beiziehung des gesetzlichen Vertreters oder eines Verteidigers zur Verhandlung erforderlich ist, oder ob es genügt, dem gesetzlichen Vertreter von den wichtigsten Stadien des Verfahrens (Einleitung des Verfahrens, Einbringung der Anklageschrift, Ladung zur Verhandlung und Entscheidung) Mitteilung zu machen. In allen Fällen soll aber der Jugendliche und sein gesetzlicher Vertreter über das Recht belehrt werden, einen Verteidiger zu bestellen, und falls er nicht imstande ist, die Verteidigungskosten aus eigenem zu tragen, über das Recht, im Erkenntnisverfahren vor dem Gerichtshofe die Beiziehung eines Armenvertreters zu verlangen (§§ 3, 39, Abs. 2, 41 bis 43 StPD.).

5. Wenn im Verfahren wegen Übertretung ein Unmündiger oder ein Jugendlicher im Alter zwischen 14 und 18 Jahren oder sein gesetzlicher Vertreter die Beiziehung eines Verteidigers wünscht, ersterer aber kein Vermögen besitzt und der gesetzliche Vertreter die Verteidigungskosten auch nicht aus eigenem bestreiten will, so soll, falls die Verteidiger des Gerichtsortes zur Übernahme von solchen Verteidigungen bereit sind, ein Verteidiger ernannt werden, die Vertretung des Unmündigen oder Jugendlichen zu übernehmen. Andernfalls soll der Gerichtsvorsteher einem

der bei Gericht angestellten, zum Richteramte befähigten Beamten (auch geprüften Auskultanten) die Verteidigung übertragen. Im Erkenntnisverfahren vor dem Gerichtshofe hat der Beschuldigte Anspruch auf die Beiziehung eines Armenvertreters (§§ 41 bis 43 StPO.).

6. Die Gerichte werden sorgfältig darauf zu achten haben, daß eine Untersuchungshaft über Unmündige und Jugendliche im vorerwähnten Alter nur im Falle unabweisbarer Notwendigkeit nach genauester Prüfung der Haftgründe verhängt werden soll.

7. Um den Verteidigern, die sich zur Übernahme der Vertretung eines Unmündigen oder Jugendlichen bereit erklären, die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern, empfiehlt es sich, daß die Bezirksgerichte, wenn tunlich, derlei Verhandlungen auf bestimmte Tage der Woche und in der Art anordnen, daß dem für den betreffenden Tag angemeldeten Verteidiger hinreichend Zeit bleibt, noch vor der Verhandlung die Akten einzusehen.

Klein m. p.

20. Verordnung des Justizministeriums vom 30. September 1903,

betreffend den Strafvollzug an Unmündigen und Jugendlichen in den Gefängnissen der Gerichtshöfe und Bezirksgerichte und in den Strafanstalten.

An alle Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Strafanstalten, in denen jugendliche Sträflinge angehalten werden.

Bis zur Errichtung der nötigen besonderen Anstalten, die ausschließlich für die Anhaltung der Jugendlichen bestimmt und diesem Zwecke entsprechend eingerichtet sind, haben für den Strafvollzug an Unmündigen und Jugendlichen folgende Anordnungen zu gelten:

I. Gerichtshofsgefängnisse und selbständige Gefängnisse der Bezirksgerichte.

1. In den Gerichtshofsgefängnissen und in den selbständigen Gefängnissen der Bezirksgerichte sind, wenn die Anzahl der jugendlichen Sträflinge im Alter vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre erfahrungsgemäß durchschnittlich groß genug ist, die jugendlichen Sträflinge desselben Geschlechtes mit Ausnahme derjenigen, die einen verderblichen Einfluß auf ihre Altersgenossen besorgen lassen, in eine Gruppe zu vereinigen.

Falls die Zahl der einer Jugendgruppe Angehörigen 25 erheblich überschreitet, ist die Gruppe in zwei Untergruppen zu teilen, um die Besserungs- und Erziehungsziele mit mehr Erfolg fördern und verwirklichen zu können. Im allgemeinen wird hierbei davon auszugehen sein, daß jene, die aller Voraussicht nach Besserung gewärtigen lassen und in dieser Hinsicht nur mehr geringerer Nachhilfe bedürfen, der einen und die übrigen der zweiten Gruppe zugewiesen werden. Daneben ist bei Auswahl der Sträflinge für die einzelnen Gruppen auch das Alter sowie die Art des begangenen Deliktes und der abzubüßenden Strafe tunlichst zu berücksichtigen.

Die Auswahl hat der mit der Aufsicht über das Gefängnis betraute Rat (der Vorsteher des Bezirksgerichtes) zu treffen, nachdem er durch Einsichtnahme des Urteiles, der Leumunds- und anderer Auskunftsakten, durch Besprechung mit dem Verhandlungs vorsitzenden (Einzelrichter) sowie durch persönlichen Verkehr mit dem Gefangenen ein ausreichendes Bild von dessen Wesen gewonnen hat. Jugendliche, die während des Vollzuges der Strafe das 18. Lebensjahr vollenden, scheiden deshalb nicht aus der Jugendgruppe aus, sondern sind bis zum Ende ihrer Strafe in der Einteilung der Gruppe zu belassen.

Sofern die Überfüllung einzelner Gefängnisse ein Hindernis für die Schaffung von Jugendgruppen sein sollte, ist durch Überstellung von älteren Sträflingen in andere Gefängnisse oder in Strafanstalten Abhilfe zu schaffen.

Das Justizministerium behält sich vor, auf Grund der ihm nach diesen Gesichtspunkten von den Oberlandesgerichtspräsidenten zu erstattenden Vorschläge zu bestimmen, in welchen Gerichtshofs- oder Bezirksgerichtsgefängnissen und in welcher Zahl in den verschiedenen Anstalten solche Jugendgruppen zu errichten sind, und ebenso beim Entfallen der Voraussetzungen ihres Bestandes auf Antrag die Aufhebung der Jugendgruppen in einzelnen Gefängnissen anzuordnen. Die Oberlandesgerichtspräsidenten werden bei ihren Anträgen auch zu erwägen haben, inwiefern etwa, um die Errichtung einer Jugendgruppe in einem gerichtlichen Gefängnisse zu ermöglichen, jugendliche Sträflinge benachbarter Gerichte zur Verbüßung der Strafe dorthin zu überstellen wären, und darüber sowie über die Art, in der die Überstellung zu geschehen hätte, gleichfalls Vorschläge machen.

2. Die Jugendgruppen sind in allen Beziehungen, insbesondere auch während des Aufenthaltes im Freien und des Gottesdienstes von den übrigen Sträflingen streng abgefordert zu halten. Während der Nacht ist jedem einzelnen der einer Jugendgruppe zugewiesenen Sträflinge nach Möglichkeit ein abgesonderter Schlafraum anzuweisen. Wo nur gemeinsame Schlafräume zur Verfügung stehen, müssen diese ausreichend groß, trocken und gut ventiliert sein. Während der Nacht muß eine strenge Überwachung der gemeinsamen Schlafräume stattfinden.

Für die Bewegung im Freien sind besondere Stunden anzusetzen.

Sie darf sich nicht auf Spazierengehen beschränken, sondern hat hauptsächlich im Turnen und in anderen körperlichen Übungen (Laufen, Springen usw.) zu bestehen, die unter Leitung eines Lehrers oder eines sich dazu eignenden Aufsehers stattzufinden haben. Für diese Übungen und den Aufenthalt im Freien sind mindestens zwei Stunden täglich zu bestimmen; dieser Zeitraum kann auf vor- und nachmittag verteilt werden.

Die einer Jugendgruppe angehörigen Häftlinge dürfen zu Außenarbeiten nur unter der Bedingung verwendet werden, daß dabei die volle Abtrennung aufrecht erhalten wird. Auch ist bei ihrer Verwendung zu Außenarbeiten darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie nicht der Öffentlichkeit in einer Weise ausgesetzt werden, die ihr Schamgefühl abstumpft oder zerstört.

3. Ziel des Strafvollzuges muß sein, soweit es geht, aus dem jugendlichen Sträfling einen rechtschaffenen, arbeitsamen Menschen zu machen, der im stande ist, sich in einem seinen Fähigkeiten entsprechenden Berufe im Leben ehrlich fortzubringen. Der Sträfling soll sittlich gehoben, an ein tätiges Leben gewöhnt und zu einer sein Fortkommen sichernden Berufsarbeit befähigt werden. Deshalb müssen sich Unterricht, Erziehung und Anhaltung zur Arbeit beständig — gegenseitig helfend — ergänzen und durch eine einheitliche Leitung ihrer gemeinsamen einheitlichen Aufgabe dienstbar gemacht werden.

- a) Für Jugendliche männlichen Geschlechtes ist ein besonderer Unterricht, an dem alle der Gruppe Angehörigen ohne Rücksicht auf Strafdauer und Vorkenntnisse teilzunehmen haben, einzurichten. Der Unterricht hat wöchentlich mindestens acht Stunden zu umfassen, von denen eine oder zwei Stunden der Unterweisung in Religion zu widmen sind.

Bei dem verschiedenen Alter und der ungleichen Bildungsstufe wird der Unterricht kein für alle gleichmäßiger und einheitlicher sein können. Im allgemeinen wird von den Gegenständen der Volksschule auszugehen und lückenhaftes Wissen zu vervollständigen oder Vergessenes wieder aufzufrischen sein. Soll der Unterricht auch denjenigen Gefangenen, die schon in einem Berufe stehen, geistige Anregung verschaffen und Nutzen bringen, so wird er sich allerdings für sie nicht auf die Unterweisung in den Gegenständen der Volksschule beschränken dürfen, sondern den Lehrstoff in Beziehung zum praktischen Leben setzen und außerdem die Aneignung und Vermehrung der beruflichen, für den Landwirt oder den Gewerbetreibenden dienlichen Kenntnisse vermitteln müssen. So kann, um ein Beispiel anzuführen, Bildhauern, Tischlern, Drechslern im Rahmen des Unterrichtes Gelegenheit geboten werden, sich zur Erhaltung und Förderung ihrer beruflichen Ausbildung im Zeichnen unter kundiger Anleitung zu vervollkommen.

Der Unterricht muß aber stets zugleich darauf gerichtet sein, erzieherisch auf die Sträflinge zu wirken und sie zu bessern, daher ihr Denken und Überlegen zu wecken und zu pflegen, das sittliche Bewußtsein zu kräftigen, auf das Gemüt veredelnden Einfluß zu nehmen, das Verständnis für Recht und Unrecht und die Fähigkeit zur richtigen Entscheidung zwischen ihnen zu befestigen, Liebe zur Arbeit und Abscheu vor dem Verbrechen hervorzurufen und den Willen zum Guten zu stärken.

Eine weitere Stunde von der nach den Hausordnungen der Arbeit vorbehaltenen Zeit ist täglich zur Lösung und Ausarbeitung von Schulaufgaben zu verwenden; solche Aufgaben sind ferner über Sonn- und Feiertage aufzuerlegen.

Sind Untergruppen gebildet, so ist der Unterricht für jede einzelne abgeändert zu erteilen.

- b) Die Art, wie Arbeit und Beschäftigung der jugendlichen Sträflinge gestaltet wird, ist dafür, ob der Strafvollzug an jugendlichen Personen seine früher gekennzeichnete besondere Aufgabe erfüllen und vor weiterem Sinken und Verderben retten wird, von größter Bedeutung. Das Gefängnis darf am allerwenigsten für jugendliche Gefangene ein Ort des Müßigganges sein. Gefangene, die an geordnete Tätigkeit bereits gewöhnt sind, dürfen dieser Gewohnheit nicht entfremdet, Träge müssen zu Fleiß und Ausdauer gehalten werden, der Arbeit Entwöhnte oder Unkundige müssen arbeiten und sich mit der Arbeit befreundeten lernen.

Die Arbeit soll den geistigen und körperlichen Fähigkeiten der jugendlichen Gefangenen angepaßt sein, daneben aber immer auch dem Gedanken künftiger Verwertbarkeit für den Beruf des Sträflings oder die Sicherung seiner Existenz Rechnung tragen. Bloß mechanische Beschäftigungen, die durch ihre Eintönigkeit ermüden, wie Federnschleifen, Säckelleben und dergleichen, sind schlechtthin ausgeschlossen. Bei einer größeren Zahl von Jugendlichen werden Feld- und Gartenarbeiten, zu denen selbst kleinere Anlagen in den Gefängnisböfen Gelegenheit bieten, am meisten entsprechen; sie gewähren Anregung, nehmen die körperliche Kraft in Anspruch und schützen vor nachteiligen Einflüssen der Haft. Auch gewisse Arten von Hausarbeiten werden sich aus ähnlichen Gründen empfehlen. Bei längerer Haft sind Jugendliche, die schon in einem bestimmten Berufe stehen, durch Zuweisung von Arbeiten ihres Handwerkes oder sonstigen Berufes diesem zu erhalten. Wollen Jugendliche erst einen Beruf ergreifen, so soll ihnen Gelegenheit geboten werden, wenigstens die ersten Handgriffe unter sachkundiger Leitung zu erlernen.

Ist die Zahl der Jugendlichen eine größere, so soll ein Handfertigkeitsunterricht eingerichtet werden.

Soweit nicht bei Bildung einer Jugendgruppe die Vereinigung von Kerker- und Arreststräflingen nach den in Punkt 1 gegebenen Direktiven für zulässig erachtet wurde, dürfen die Sträflinge einer Jugendgruppe auch nicht bei der Arbeit mit anderen Sträflingen vereinigt werden.

4. Für jugendliche weiblichen Geschlechtes sind Unterricht und Beschäftigung nach denselben Gesichtspunkten einzurichten. Der Unterricht hat hier insbesondere auch die Aufgabe, die Kenntnis weiblicher Fertigkeiten und Arbeiten zu verschaffen und zu entwickeln, durch die der jugendliche Sträfling die Fähigkeit zu selbständigem Gewerbe oder zur Erlangung einer festen Berufsstellung im Leben gewinnt. Die Beschaffung weiblicher Handarbeiten dürfte selten Schwierigkeiten begegnen und ebenso wenig wird es irgendwo an Gelegenheit zum Erlernen oder Üben von Arbeiten der Hauswirtschaft fehlen.

5. Bei Gerichten, bei denen sich wegen zu geringer Zahl der Sträflinge Jugendgruppen nicht einrichten lassen, aber auch eine Überstellung der Sträflinge in ein anderes gerichtliches Gefängnis nicht stattfinden kann, sind doch die Anordnungen des Punkt 2 über die Absonderung der Jugendlichen genau zu beobachten. Die jugendlichen Sträflinge haben an dem durch die Hausordnung geregelten Unterrichte teilzunehmen, wobei jedoch zu verhüten ist, daß sie mit verurteilten Sträflingen in Berührung gebracht werden.

Bei dem Unterrichte ist, soweit als möglich, auf die besonderen Bedürfnisse der am Unterrichte teilnehmenden Jugendlichen im Sinne der in Punkt 3 und 4 aufgestellten Grundsätze Bedacht zu nehmen. Außerdem ist für eine den Anforderungen dieser Bestimmungen entsprechende andauernde Beschäftigung Vorkehrung zu treffen, damit die Ziele des Strafvollzuges an Jugendlichen auch unter diesen teilweise schwierigen Bedingungen tunlichst erreicht und verwirklicht werden.

6. Jugendlche Untersuchungsgefangene sind stets einzeln, ohne Genossen verwahrt zu halten.

7. Solange nicht neue gesetzliche Bestimmungen neue Grundsätze für die Behandlung straffälliger Unmündiger aufstellen, muß versucht werden, die heute vorherrschende Art ihrer Bestrafung tunlichst so einzurichten, daß die Erziehung und sittliche Gesundung der Unmündigen dadurch Förderung erfährt. Die verhältnismäßig geringe Zahl der von Unmündigen zu verbüßenden Verschließungsstrafen ermöglicht es auch, daß dieser Art Häftlingen vermehrte Obforge zuteil werde. Da die Gefahr, moralischen Schaden zu leiden, bei dem empfänglichen Gemüte dieser Altersstufe eine gesteigerte ist, soll solchen Häftlingen, wo immer es angeht, ein besonderer Verwahrungsraum angewiesen und hiezu ein Raum bestimmt werden, der tunlichst entfernt von anderen Zellen gelegen ist. Die Absonderung ist auch im übrigen Verkehre des Gefangenhauses strengstens aufrecht zu halten. Wo die Einsamkeit nachteilige Folgen für die Gesundheit oder das Gemüt des Häftlings nach sich ziehen könnte und weder beim Unterrichte oder bei der Arbeit, noch während des Aufenthaltes im Freien eine Vereinigung mit anderen Verschließungshäftlingen möglich ist, darf die Absonderung auf ärztliches Geheiß während eines Teiles des Tages oder, falls dies nötig erscheint, während der Nacht aufgehoben werden. Der mit der Aufsicht über das Gefangenhaus betraute Rat (Vorsteher des Bezirksgerichtes) hat die in einem solchen Falle zu treffende Vorkehrung nach Maßgabe der ihm zu Gebote stehenden Mittel sorgfältig auszuwählen und anzuordnen, um den Angehaltenen vor jeder ungünstigen Einwirkung möglichst zu bewahren.

Bestehen in dem Gefängnisse gleichzeitig Jugendgruppen, so sind die zur Verschließung an einem abgesonderten Verwahrungsorte Verurteilten dem Unterrichte der Gruppe beizuziehen. Andernfalls ist den Knaben und Mädchen ein eigener Unterricht durch vier Stunden wöchentlich zu erteilen, von denen eine Stunde der Unterweisung in Religion vorzubehalten ist. Zu diesem Unterrichte sowie zur Arbeit sind die Verschließungshäftlinge, soweit nicht betreffs einzelner aus Gesundheits- und Sittlichkeitsrücksichten Bedenken obwalten, zu vereinigen. Unterricht und Arbeit sind tunlichst nach Maßgabe der in Punkt 3 und 4 erteilten Weisungen zu ordnen. Eine Vereinigung mit Häftlingen der Jugendgruppe ist bei der Arbeit nicht gestattet.

Bei Strafen von weniger als einer Woche ist der Unmündige je nach der Strafdauer ein oder mehrere Male durch den Seelsorger oder Lehrer zu unterweisen, wobei hauptsächlich das Moment der sittlichen Einwirkung ins Auge zu fassen ist.

Abgegeben von der eben erwähnten Ausnahme des Unterrichtes sind die zur Verschließung an einem abgesonderten Verwahrungsorte Verurteilten von allen übrigen im selben Gefängnisse angehaltenen jugendlichen oder sonstigen Sträflingen zu trennen. Sie sind in ihren Hafträumen täglich wiederholt von dem diensttuenden Aufsichtspersonal und bei Gerichtshöfen auch von einem der Gefängnisbeamten zu besuchen. Zugleich ist vorzusehen, daß es den Häftlingen während der Zeit, die weder durch Unterricht noch durch den Aufenthalt im Freien oder durch die Arbeit in Anspruch genommen ist, nicht an geeigneter Beschäftigung fehle.

Betreffs der Bewegung im Freien gilt das in Punkt 2, Absatz 2, Gesagte. Sofern nicht im einzelnen Falle oder einzelnen Personen gegenüber begründete Bedenken bestehen, kann ein häufigerer Besuch der Eltern und Vormünder gestattet werden.

Der Vollzug von Verschließungsstrafen in einer Landes-Besserungsanstalt (Verordnung vom 23. Jänner 1899, ZMBL. Nr. 6) ist nur dann einzuleiten, wenn die Anstalt dem

Gerichte ganz nahe gelegen ist oder wenn die Abgabe in eine solche Anstalt gemäß § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 89, zu erfolgen hat.

Diese Grundsätze sind auch anzuwenden, wenn über Jugendliche verhängte Kerker- oder Arreststrafen im Gnadenwege in die Strafe der Verschließung umgewandelt werden.

Den Gerichten ist es unbenommen, beim Vollzuge von Arreststrafen gegen Jugendliche anzuordnen, daß die für die Vollstreckung der Verschließungsstrafe gestellten besonderen Bestimmungen und Vorkehrungen einzuhalten sind (behüteter Arrest); es wird sich dies insbesondere dann empfehlen, wenn der Verurteilte nach seiner körperlichen und geistigen Entwicklung einem Unmündigen gleichzustellen ist.

8. Die Auswahl der Lektüre für arbeitsfreie Stunden und Sonn- und Feiertage liegt dem Lehrer im Einvernehmen mit dem Seelsorger, eventuell dem Gerichtsvorsteher ob. Die Bücher sollen Belehrung bieten und zugleich auf das Gemüt wirken, das Gewissen wecken und die sittlichen Vorstellungen in die richtigen Bahnen leiten. Schriften, welche die Phantasie übermäßig erregen oder Abenteuerlust wachzurufen vermöchten, sind auszuschließen. Bei Bestimmung der Bücher für den einzelnen ist zudem dessen Eigenart und Bildungsgrad Beachtung zu schenken.

9. Wenn die zurückgebliebene körperliche Entwicklung oder der ungünstige Ernährungszustand eines Jugendlichen nach ärztlichem Gutachten eine Kostzubuße erfordert, kann neben der Morgen- und Abendsuppe zu der für die gesunden Sträflinge bestimmten Mittagskost auch an einem oder einigen jener Tage, an denen nicht ohnehin Fleisch verabreicht wird, mit Ausnahme der Fasttage, Rindfleisch (im Gewichte von 70 g im gekochten Zustande) verabreicht oder eine andere vom Arzte angeordnete Aufbesserung der Kost bewilligt werden.

10. Von überaus großer Wichtigkeit ist die Auswahl des Aufsichtspersonals, dem in größeren Gefängnissen die Überwachung der Jugendlichen vorzugsweise anvertraut wird. Jugendliche verlangen von ihrem Aufsichtspersonal in der Regel ein anderes Interesse als die bloße Fürsorge, daß die Hausordnung eingehalten werde. Die Lebhaftigkeit der Jugend erkennt sehr schnell die Schwächen ebenso wie auch die Vorzüge und guten Absichten derjenigen, die sich mit ihr zu beschäftigen haben. Dies gilt insbesondere bezüglich der eigentlichen Aufseher, die im ununterbrochenen Verkehr mit den Gefangenen stehen und in deren Hand damit ein erheblicher Teil des Strafvollzuges gelegen ist. Zu diesem Dienste sind daher nur die besten und gewissenhaftesten Aufseher zu bestimmen.

Gleiches gilt für die Auswahl der Werkmeister, welche die Arbeit der Jugendlichen zu leiten haben.

11. Die Bestrebungen, die erziehlische und bessernde Funktion des Strafvollzuges bei Jugendlichen zu steigern, werden nur dann praktische Bedeutung gewinnen, wenn das Ende der Strafe nicht auch das Ende dieser Einwirkungen ist, vielmehr mit dem Zeitpunkte der Entlassung gleiche Einflüsse in anderer Form einleiten. Manche Gefangene haben ihre Erwerbstätigkeit verloren; andere wieder sind in Gefahr, in Verhältnisse zurückzufahren, welche die Ursache ihres ersten Fehltrittes waren, von den Vorurteilen und der Mißachtung zu schweigen, mit denen Bestrafte namentlich unmittelbar nach Entlassung aus der Haft meistens zu kämpfen haben.

Die Strafgerichte sind deshalb schon wiederholt, zuletzt mit der Verordnung vom 23. Juli 1904, JMBL. Nr. 13, angewiesen worden, die Zivilgerichte von Tatsachen zu benachrichtigen, die zum Einschreiten auf pflegschaftsbehördlichem Gebiete Anlaß geben; insbesondere sind die Strafgerichtshöfe und Strafanstalten gehalten, den PflEGschaftsbehörden von der bevorstehenden Entlassung eines Minderjährigen Nachricht zu geben. Doch auch die PflEGschaftsgerichte sind nicht immer in der Lage, sofort einzugreifen, und es ist auch damit zu rechnen, daß die Darstellungen der Angehörigen häufig nicht der Wirklichkeit entsprechen, das Gericht daher über die wahren Verhältnisse täuschen können.

Die Lücken, die auf diesem Gebiete bestehen und den Erfolg der meisten Verbesserungen des Strafvollzuges in Frage stellen, werden kaum anders als durch die Unterstützung und Mitarbeit der freiwilligen Vereinigungen und der Anstalten dauernd ausgefüllt werden können, die der Fürsorge für entlassene Sträflinge und dem Kinder- und Jugendschutz gewidmet sind. Hier liegen auch im engeren Bereiche der Jugendfürsorge Aufgaben vor, deren Wichtigkeit keineswegs schon ausreichend erkannt ist und die deshalb einstweilen auch nicht allgemein genug und mit der erforderlichen Eindringlichkeit von den privaten und den öffentlichen, Landes-, kommunalen usw. Organisationen des humanitären Gemeinssinnes gepflegt werden.

Das Justizministerium legt es daher den gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Funktionären nahe, die Tätigkeit der Vereine und Anstalten, in deren Programm und Zweck die hilfreiche Führung, Überwachung und Unterstützung entlassener jugendlicher Sträflinge in irgend einer Form einen Platz einnimmt, für den Schutz und das Fortkommen der aus der Strafhast zu Entlassenden in Anspruch zu nehmen und gegebenenfalls die Privatinitiative zur Gründung solcher Vereine anzuregen.

Der geschäftliche Verkehr derartiger Anstalten und Vereine mit den Gerichten in Sachen der Fürsorge für jugendliche Sträflinge soll sich in den einfachsten Formen abwickeln und das Justizministerium ermächtigt die Vorsteher der Gerichte, den Beauftragten solcher Organisationen,

deren Wirksamkeit Sicherheit für eine ernste Auffassung ihrer Aufgabe gibt, Unterredungen mit den fürsorgebedürftigen Häftlingen noch vor deren Entlassung zu gestalten.

Die Einleitung einer Fürsorge für die Zeit nach der Beendigung der Haft ist bei Unmündigen und Jugendlichen nicht von deren Bitte abhängig zu machen; vielmehr werden die mit der Gefängnisüberwachung befassten Funktionäre selbsttätig einzugreifen und je nach der Sachlage entweder durch das Vormundschaftsgericht die nötigen Vorkehrungen zu treffen oder sich an einen Verein zu wenden haben. Im letzteren Falle ist die geplante Maßnahme dem Pflégschaftsgerichte zugleich mit der obengedachten Nachricht über die bevorstehende Entlassung bekanntzugeben.

Die Mitwirkung der obgedachten Anstalten und Vereine kann sich auch als nützlich erweisen, um für Jugendliche während ihrer Anhaltung Arbeit und Beschäftigung zu beschaffen oder den Unterricht von Mädchen oder von Unmündigen in Ermangelung anderer Lehrpersonen zu übernehmen. Wegen Beistellung von Arbeiten handwerksmäßiger Verrichtung kann versucht werden, die Genossenschaften um ihre Vermittlung anzugeben.

Das Justizministerium wird stets bereit sein, zur Beseitigung von Schwierigkeiten mitzuwirken, die sich dem Zusammenwirken der Gerichte und der mit Kinderchutz oder Sträflingsfürsorge befassten Organisationen etwa entgegenstellen sollten. Es ist ihm daher überall dort, wo ein vollkommeneres Zueinandergreifen der beiden Faktoren wünschenswert erscheint, davon Mitteilung zu machen. Das Justizministerium glaubt aber auch erwarten zu dürfen, daß alle hieran beteiligten Justizorgane innerhalb ihres Wirkungskreises zur Hintanhaltung oder Beseitigung solcher Schwierigkeiten ihr möglichstes tun und es insbesondere vermeiden werden, die Hilfsbereitschaft jener Anstalten und Vereine durch Festhalten an überflüssigen Förmlichkeiten oder durch Weitläufigkeiten der Geschäftsbehandlung zu hemmen oder zu ersticken.

12. Da es an einzelnen Orten möglich sein dürfte, Verschleppungsstrafen in Erziehungsanstalten und Asylen humanitärer Vereine vollziehen zu lassen, werden die Oberlandesgerichtspräsidenten angewiesen, gegebenenfalls darüber Erhebungen einzuleiten, und sofern auf diese Art für die Erreichung der oben angegebenen Ziele des Strafvollzuges gegenüber dem Vollzuge in gerichtlichen Haftstätten irgendwelche Vorteile erzielt werden könnten, dies zu berichten. Als Richtschnur wird hierbei zu gelten haben, daß die Häftlinge von den anderen Pfléglingen getrennt gehalten werden müssen, für Aufsicht, Arbeit und Unterricht ausreichend gesorgt sein und den Gerichten die Überwachung des Vollzuges vorbehalten bleiben müsse.

13. Die Gerichtsvorsteher werden verpflichtet, nach Zulänglichkeit der ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Einrichtungen den Strafvollzug an Jugendlichen und Unmündigen im Sinne der vorstehenden Weisungen zu gestalten und die Beobachtung dieser Anordnungen zu überwachen.

Die gewissenhafte Erfüllung dieser Verpflichtung legt den Gerichten und deren Vorstehern mannigfache Mühewaltungen auf. Es ist aber nach den bisherigen Erfahrungen trotzdem die Hoffnung berechtigt, daß die obigen Anordnungen bei der immer weiter greifenden Erkenntnis der Notwendigkeit einer umfassenden Schutzfürsorge für die Jugend verständnisvoller Aufnahme begegnen und, soweit es die Verhältnisse im einzelnen gestatten, alle dazu Berufenen mit teilnehmendem Interesse nach besten Kräften an ihrer Ausführung mitarbeiten werden. Das Justizministerium wird jederzeit gern Vorschläge entgegennehmen, die dem Zwecke dienen, den Strafvollzug an Jugendlichen unter den in dieser Verordnung ausgesprochenen Gesichtspunkten örtlich oder allgemein zu verbessern.

II. Strafanstalten.

Für die Strafanstalten, in denen jugendliche Sträflinge angehalten werden, wird unter Hinweis auf die bereits bestehenden Vorschriften ergänzend angeordnet:

In den Männerstrafanstalten Prag, Marburg, Capodistria und Göllersdorf, in denen Jugendabteilungen bestehen, sind die in den Dienstvorschriften, Hausordnungen sowie in besonderen Erlassen enthaltenen Anordnungen über die Absonderung und räumliche Trennung der Jugendlichen von anderen Sträflingen in Kirche, Schule, während der Bewegung im Freien, der Außenarbeiten und der Nachtruhe mit aller Strenge zu handhaben.

Das gleiche gilt betreffs der Anordnungen über die gegenseitige Absonderung der in den Anstalten Prag, Marburg und Göllersdorf errichteten Unterabteilungen der Jugendlichen.

Die Einzelabsonderung während der Nacht ist, sofern sie nicht schon besteht, anzustreben; auch sind die Vorschriften über die nächtliche Überwachung genauest zu befolgen.

Was im Punkte 13 über Unterricht, Erziehung und Arbeit angeordnet ist, hat auch für diese Jugendabteilungen volle Geltung zu erlangen. Befreiungen vom Unterrichte, soweit sie nach den Dienstvorschriften und Hausordnungen überhaupt zulässig sind, dürfen nur ausnahmsweise gewährt werden. Rein manuelle Arbeiten der im Punkte 3 (lit. b) bezeichneten Art werden verboten. Die Beschäftigung hat je nach Beruf, Eignung und Fähigkeiten des einzelnen entweder in der Verrichtung von Feld- und Gartenarbeiten oder in der Übung (Erlernung) eines Handwerkes zu bestehen. Bei einer größeren Zahl hiezu geeigneter Jugendlicher soll ein Handfertigkeitsunterricht, wie Holzschnitzerei u. dgl. eingerichtet werden. Andere Arbeiten sind nur ausnahmsweise gestattet. Die Höhe des Ertrages einer Arbeit soll für deren Wahl nicht

ausschlaggebend sein. Der Unterricht hat die berufliche Ausbildung zu unterstützen, indem er in einem weiteren Umfange, als dies bisher vorgeesehen war, den Sträflingen landwirtschaftliche und gewerbliche Kenntnisse zu vermitteln suchen soll.

Die in den Punkten 12, 8, 9, 10 und 11 in Ansehung der Dauer der Bewegung im Freien, der Pflege des Turnens und anderer körperlichen Übungen, des Lesestoffes, der Gewährung von Kostzubußen, der Auswahl des Aufsichtspersonales und der Einleitung von Fürsorgemaßnahmen gegebenen Direktiven gelten sowohl für die Jugendabteilungen der Strafanstalten Prag, Marburg, Capodistria und für die Strafanstalten Gölkersdorf wie für die Strafanstalten Wisnicz, Lemberg und Stanislaw, und zwar in den letztgenannten drei Anstalten bezüglich der jugendlichen Sträflinge, die das zwanzigste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben.

Die Bestimmungen des Punktes 12 über die Dauer der Bewegung im Freien und die Bestimmungen der Punkte 15, 8, 9 und 11 sind auch in sämtlichen Weiberstrafanstalten auf Sträflinge im Alter unter zwanzig Jahren anzuwenden.

Die Einrichtung von Jugendabteilungen für den Bereich der Oberlandesgerichtsprengel Krakau und Lemberg und in den Weiberstrafanstalten Wiener-Neudorf und Repp ist in Aussicht genommen und ergeben diesfalls besondere Weisungen.

Klein m. p.

21. Verordnung des Justizministeriums vom 18. Oktober 1905,

betreffend das Zusammenwirken der Gerichte und der Schulbehörden auf dem Gebiete der Kinderfürsorge und des Kinderschutzes.

An alle Gerichte mit Ausnahme jener in Galizien.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat mit Verordnung vom 29. September 1905, RGW. Nr. 159, eine definitive Schul- und Unterrichtsordnung für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen erlassen, die nach § 223 mit Beginn des der Kundmachung nachfolgenden Schuljahres in Wirksamkeit tritt.

Nach den Vorschriften dieser Verordnung werden die Schulbehörden die Gerichte bei der Durchführung der Kinderfürsorge und des Kinderschutzes unterstützen, andererseits wird aber auch vorausgesetzt, daß die Pflégschaftsgerichte der Schule hilfreich zur Seite stehen, wenn es dessen zur Erreichung der erziehlischen Aufgabe der Schule bedarf.

Indem das Justizministerium die Gerichte auf die für sie belangreichen, in der Anlage abgedruckten Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung aufmerksam macht, wird den Gerichten die Pflicht auferlegt, nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Vorschriften den Schulbehörden das tunlichste Entgegenkommen zu bezeigen.

Die Oberlandesgerichtspräsidenten haben die im Sinne des § 220 der Schul- und Unterrichtsordnung im Einvernehmen mit der Landes Schulbehörde erlassenen näheren Anordnungen über das Zusammenwirken der Schulbehörden und Lehrer mit den Pflégschaftsbehörden dem Justizministerium vorzulegen.

Klein m. p.

22. Erlaß des Justizministeriums vom 26. Jänner 1906 an das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium Wien.

Der niederösterreichische Landesauschuß hat mit der beiliegenden Note dem Justizministerium mitgeteilt, daß das Bezirksgericht in Oberhollabrunn auf die Anregung nicht eingegangen ist, dem Tagelöhner Johann Prügel in Wullersdorf die väterliche Gewalt über seinen 9jährigen Sohn Johann Karl Prügel zu entziehen und den genannten Knaben an eine Besserungsanstalt abzugeben, weil der Knabe Hang zum Stehlen und zur Begehung von Mißhandlungen zeige und der Vater der ihm obliegenden Erziehungspflicht nicht nachkommen könne.

Das Bezirksgericht Oberhollabrunn hat seinen ablehnenden Beschluß damit motiviert, daß weder der Fall eines Mißbrauches der väterlichen Gewalt, noch eine schuldhafte Vernachlässigung der Erziehungspflicht seitens der Eltern vorliege, daß vielmehr diese nur infolge ihrer persönlichen Verhältnisse nicht imstande seien, auf den Knaben so einzuwirken wie es nötig wäre.

Das Justizministerium hält die Richtigkeit der vom Bezirksgerichte im Beschlusse vom

2. Dezember 1905 Nr. I ^{366/5}₃ angeführten Gründe zum mindesten für zweifelhaft. Denn

da im geltenden Rechte die elterliche Gewalt nicht als ein Gewaltverhältnis im Interesse der Eltern, sondern als eine Schutzmaßregel zum Besten des Kindes aufzufassen ist, liegt der Schluß nahe, daß das Kind nicht nur gegen den Mißbrauch oder gegen schuldhafte Vernachlässigung der Elternpflichten, sondern so gut als möglich auch dagegen zu schützen ist, daß es infolge des Mangels der intellektuellen, sittlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Erziehung im Elternhause der Vernachlässigung und damit dem sicheren Glend und Unglück preisgegeben wird. Der Wortlaut des § 178 a. BGW. nötigt nach Ansicht des Justizministeriums

durchaus nicht zu einer dem Wesen und dem Zwecke der väterlichen Gewalt widersprechenden Lösung der Frage, ob das Gericht die den Umständen angemessene Verfügung auch dann zu treffen berechtigt ist, wenn dem Vater ein subjektives Verschulden an der konstatierten Verwahrlosung nicht zugerechnet werden kann. Diese Bestimmung räumt vielmehr jedermann das Recht ein, gegen die Folgen der Unterlassung der mit der väterlichen Gewalt verbundenen Pflichten, mag der Grund der Unterlassung welcher immer sein, den Beistand des Gerichtes anzurufen.

Da nun aber § 178 dem Gerichte vollkommen freie Hand läßt, die nach Lage der Sache entsprechende Verfügung zu treffen, so kann nach Ansicht des Justizministeriums auf Grund dieser Vorschrift — wie auch der Oberste Gerichtshof anerkannte — ohne Aberkennung der väterlichen Gewalt dem Vater die Ob Sorge für die Erziehung und die sonstigen persönlichen Verhältnisse entzogen und zur Wahrnehmung dieser Seite des Mündelschutzes ein Kurator bestellt werden. Dazu liegt aber wohl Anlaß vor, wenn der Vater, obwohl die Verwahrlosung des Kindes festgestellt ist, so wenig Verständnis für die Gefahren dieses Zustandes, für das Interesse des Kindes und für die sittlichen und rechtlichen Pflichten des Erziehers beweist, daß er der Anwendung des vielleicht allein noch zum Ziele führenden Mittels, der Erziehung in einer geschlossenen Anstalt, Widerstand entgegensetzt.

Der Antrag des Kurators genügt jedenfalls zur Fassung eines Beschlusses im Sinne des § 16 Gesetz vom 24. Mai 1883, RGBl. Nr. 90.

Da nach § 178 a. BGB. jedermann berechtigt ist, vom Gerichte Abhülfe zu verlangen, und da insbesondere dem Landesaussschusse als dem obersten autonomen Verwaltungsorgan des zur Fürsorge für die Hülfbedürftigen berufenen Verbandes ein Interesse an der sachgemäßen Behandlung solcher Angelegenheiten nicht abzusprechen sein dürfte, so erachtet das Justizministerium, daß das Einschreiten des Landesaussschusses einerseits als Vorstellung gegen den bezirksgerichtlichen Beschluß vom 2. Dezember 1905, andrerseits als Antrag auf Abnahme der Erziehung wegen Nichtanwendung der zur Besserung des Johann Prügel erforderlichen Mittel aufgefahst werden könnte.

Das Justizministerium ersucht, die Akten dem Bezirksgerichte Oberhollabrunn unter Bekanntgabe der vorstehenden Ausführungen zu übermitteln und binnen 14 Tagen über den Stand der Sache zu berichten.

Klein m. p.

23. Verordnung des Justizministeriums vom 9. März 1906, betreffend Erleichterungen des Verkehrs der Vormünder mit den Gerichten.

An alle Gerichte.

Die geringe Bereitwilligkeit zur Übernahme des Amtes eines Vormundes für vermögenslose Waisen und Mündel, mit der die Gerichte, namentlich in den großen Städten, so häufig zu kämpfen haben, veranlaßte das Justizministerium, mit der Verordnung vom 16. Jänner 1902, JMBBl. Nr. 4, den Gerichten zu empfehlen, sich die Aufklärung der Bevölkerung über die Wichtigkeit dieser Aufgabe angelegen sein zu lassen und den Vormündern mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, ihnen bereitwilligst entgegenzukommen und die Erfüllung ihrer Aufgaben so weit als möglich zu erleichtern.

Indem das Justizministerium mit Befriedigung feststellt, daß die Praxis vieler Gerichte dem bezeichneten Ziele mit warmherzigen Eifer zustrebt, werden den Gerichten auf Grund der bisherigen Erfahrungen im folgenden einzelne weitere Punkte bezeichnet, in denen ohne Schwierigkeit den Vormündern manche Bemühung und damit zugleich manche Klage über die beschwerlichen Anforderungen ihres Amtes erspart werden kann.

1. Wenn es notwendig ist, von den Parteien in Pflégschaftsachen eine Auskunft oder Äußerung einzuholen, ist stets tünlichst darauf Bedacht zu nehmen, ihnen jeden nicht unerlässlichen Weg und jeden vermeidbaren Zeitverlust, der bei den arbeitenden Klassen meist auch mit einer Einbuße an Lohn oder Verdienst verbunden ist, zu ersparen. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, sofern es im einzelnen Falle nicht zweckwidrig erscheint, die Parteien nicht auf einen bestimmten Tag zu laden, sondern ihnen vielmehr freizustellen, innerhalb einer bestimmten Frist (ein oder zwei Wochen) bei Gericht zur Erteilung der mündlichen Auskunft oder zur Abgabe der Äußerung zu erscheinen oder die Äußerung dem Gerichte schriftlich bekanntzugeben. Nur wenn dieser Aufforderung nicht entsprochen wird oder wenn die persönliche Rücksprache mit dem Vormunde oder der Mutter unerlässlich ist, soll die Ladung zu Gericht stattfinden. Hierbei ist den Wünschen und Interessen der Parteien so weit als irgend möglich Rechnung zu tragen. Für manche Kategorie von Arbeitern dürfte es vorteilhaft sein, wenn sie die Mittagspause zu dem Gange zu Gericht benützen können.

Wenn nach dem Bildungsgrade der Partei und nach dem Gegenstande der Vernehmung die Einholung einer schriftlichen Äußerung angemessen erscheint, sollte stets diese Form der Vernehmung gewählt werden. Zu diesem Behufe wird ein neues Formular (Verfahren außer

Streitsachen Nr. 59a, Korrespondenzkarte mit Rückantwortskarte, eingeführt, von dem zur Einholung kurzer schriftlicher Mittheilungen ausgiebig Gebrauch gemacht werden soll. Die Rückantwortskarte ist im Vorhinein mit der Adresse des Gerichtes und mit dem Aktenzeichen, allenfalls auch mit einem von der Partei nur auszufüllenden Texte für die Antwort zu versehen. Die Korrespondenzkarte ist portofrei, wenn sie außerhalb des Bestellbezirktes des Aufgabepostamtes zugestellt wird, die Rückantwortskarte, wenn sie außerhalb des Bestellbezirktes jenes Amtes aufgegeben wird, das die Zustellung beordert. Sofern der Mündel vermögenslos ist und die Verbringung des Portos für den Vormund eine empfindliche Belastung bilden würde, sind die Gerichte ermächtigt, amtliche Sendungen in Vormundchaftssachen an den Vormund, insbesondere auch die Korrespondenzkarten sowie die Karten für die Rückantwort, in dem Falle zu frankieren und den erforderlichen Betrag aus dem Amtspanisale zu entnehmen, als die Portofreiheit im Lokalverkehre nicht eintritt, weil überhaupt nur ein Postbestellbezirk besteht oder weil die Zustellung innerhalb des Bestellbezirktes des Postamtes stattfindet, in dessen Bezirk das Gericht liegt.

2. Wenn das Pflégschaftsgericht zugleich auch das Prozeßgericht für Klagen der Mündel ist, so soll es in jedem Falle der Partei möglich gemacht werden, bei demselben Besuche des Gerichtshauses sowohl das Gesuch um die pflégschaftsbehördliche Ermächtigung zur Klageerhebung als auch die Klage selbst anzubringen. Die Ermächtigung zur Prozeßführung und das Armutzeugnis Verfahren außer Streitsachen, Formular Nr. 62) brauchen nicht besonders ausgestellt zu werden, sondern es genügt, den betreffenden Akt der Prozeßabteilung zu übergeben.

Bei der großen Ausdehnung der Städte Wien und Prag ist es für die Vertreter armer Pfléggebelehner von Wert, wenn sie nach Maßgabe des § 64, Z. 4, ZPD. die Klage bei demjenigen Bezirksgerichte erheben können, in dessen Sprengel sie ihren Wohnsitz haben. Dies ist nach Ansicht der meisten darüber befragten Gerichte auch dann zulässig, wenn als Prozeßgericht ein anderes Gericht desselben Ortes einzuschreiten hat. Es kommt, wie sich auch aus § 65 ZPD. ergibt, nur darauf an, daß die klagende Partei nicht im Sprengel des Prozeßgerichtes wohnt. Das im § 64, Z. 4, ZPD. bezeichnete Mittel, den Parteien einen Weg und Zeitverlust zu ersparen, sollte daher stets benützt werden, wogegen es allerdings in derlei Fällen weniger zweckmäßig wäre, auf die Ladung des gesetzlichen Vertreters des Klägers vor das Prozeßgericht zu verzichten und für dessen Vertretung im Sinne des § 64, Z. 4, ZPD. durch Bestellung eines amtlichen Vertreters zu sorgen.

3. Von der Ladung des Vormundes zur Berichterstattung über die Ergebnisse des Aliminationsprozesses oder von einem Auftrage an den Vormund, darüber schriftlich zu berichten, ist abzusehen. Statt dessen haben die Prozeßgerichte nach Rechtskraft des Urtheiles das Pflégschaftsgericht, das von einem Vergleiche ohnehin durch Einholung der Genehmigung Kenntniß erhält, von Amts wegen von dem Ergebnisse des Rechtsstreites in Kenntniß zu setzen, und zwar wenn das Urtheil schon aus einem anderen Grunde mechanisch vervielfältigt wird, durch Übersendung einer Ausfertigung, sonst durch Übersendung der Streitsakten. An der Kalendervormerkung beim Formular Verfahren außer Streitsachen Nr. 62 wird nichts geändert.

4. Die Gerichte werden ermächtigt, Vormündern, die bei Führung der Vormundchaftsgeschäfte selbstlose Hingabe an die Interessen des Pfléggebelehnten betätigt haben, bei der Enthebung von der Vormundschaft unter Anerkennung dieser Verdienste durch ein in würdiger Form ausfertigtes Schreiben den Dank des Gerichtes auszusprechen.

Klein m. p.

Jugendstrafrecht.

Die Verhandlungen über das Jugendstrafrecht beschäftigen die III. Abteilung des I. O. R. R. unter dem Titel:

„Grundzüge des Jugendstrafrechtes in Oesterreich.“

Gutachten von: Dr. J. M. Baernreither, Wien;

Dr. A. Lenz, Czernowitz;

Dr. H. Reichert, Wien (im II. Theile der Kongreßverhandlungen über Fürsorgeerziehung).

Berichterstatter: Dr. A. Gertischer, Triest.

Dr. A. Lenz stellte folgende Leitsätze auf:

Materielles Strafrecht.

I. Die Altersstufe der Kindheit reicht bis zum vollendeten 14. Lebensjahre.

Kinder können wegen strafbarer Handlungen nicht verfolgt werden.

II. Die Altersstufe der Jugend reicht vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Jugendliche können sich strafbarer Handlungen schuldig machen und werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen behandelt.

§ 1. Hat der Jugendliche noch keine gerichtliche Strafe verbüßt und ist seine Tat nur mit Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 500 K bedroht und aus jugendlichen Beweggründen entsprungen, so kann das Strafgericht nach Feststellung des Tatbestandes und des Verschuldens von der Verhängung einer Strafe absehen und den Täter mit der Mahnung entlassen, daß er bei neuerlicher Begehung einer strafbaren Handlung auf die Nachsicht des Gerichtes nicht mehr rechnen könne.

Die Strafnachsicht kann demselben Schuldigen nur einmal gewährt werden.

§ 2. Unter denselben Voraussetzungen kann das Strafgericht an Orten, wo Fürsorgeeinrichtungen bestehen, nach Feststellung des Tatbestandes und des Verschuldens die Fällung des Strafurteils aussetzen, den Jugendlichen für eine Frist von 6 Monaten bis zu 2 Jahren unter Bewährung stellen und ihm der Schulaufsicht eines Fürsorgevereines zuweisen. Gleichzeitig können demselben für sein Verhalten während der Bewährungsfrist besondere Vorschriften erteilt, insbesondere der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt und die Erlernung eines Gewerbes, eines landwirtschaftlichen Berufes oder sonst eine Beschäftigung auferlegt werden.

Wenn der Jugendliche den Weisungen seines Fürsorgers oder den Vorschriften des Gerichtes nicht entspricht, wenn er sich fortgesetzt dem Trunk, Spiel, Müßiggang oder einem unsittlichen Lebenswandel ergibt, wenn er neuerlich eine strafbare Handlung begeht, so kann das Strafgericht die Stellung unter Bewährung widerrufen und zur Fällung des Strafurteils schreiten. Ist während der Bewährungsfrist kein Widerruf erfolgt, so tritt mit dem Ende derselben die Nachsicht der Strafe ein.

Während des Laufes der Bewährungsfrist ruht die Verjährung.

Die Strafnachsicht und die Aussetzung des Strafurteils sind in das Strafregister einzutragen.

§ 3. Ist die Tat des Jugendlichen nur mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1000 K bedroht und aus sittlicher Verwahrlosung entsprungen, so kann er anstatt zur gesetzlichen Strafe verurteilt zu werden, zur Macherziehung in einer Besserungsanstalt bestimmt werden, wenn er zur Zeit des Urteils das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Das Strafgericht spricht die Macherziehung aus und die autonome Landesverwaltung vollzieht dieselbe unter Aufsicht der politischen Landesbehörde.

Die Macherziehung dauert so lange, bis die geistige und sittliche Ausbildung des Jugendlichen vollendet ist und endet spätestens mit der Vollendung des 21. Lebensjahres.

Die Anstaltsleitung sorgt im Vereine mit den Fürsorgeeinrichtungen für die Unterkunft des Entlassenen in einem Gewerbe, einer landwirtschaftlichen Beschäftigung oder einem anderen Dienstplatze.

Die Entlassung ist stets eine vorläufige und kann innerhalb Jahresfrist widerrufen werden, wenn der Jugendliche den ihm auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, wenn er sich fortgesetzt dem Trunk, Spiel oder Müßiggang

oder einem unsittlichen Lebenswandel ergibt oder neuerlich eine strafbare Handlung begeht.

Wenn binnen Jahresfrist der Widerruf nicht erfolgt, wird die Entlassung eine endgültige.

§ 4. Jugendliche, welche bei Begehung der That geisteskrank waren, sind nach erfolgtem Freispruch oder nach Einstellung des Verfahrens durch die politische Behörde der öffentlichen Irrenpflege zuzuweisen, wenn sie gemeingefährlich sind.

Jugendliche, welche die strafbare That in einem Zustande verminderter Zurechnungsfähigkeit begangen haben, sind nach Feststellung des Thatbestandes und des Verschuldens in einer Anstalt für Minderwertige oder einer besonderen Abtheilung einer Besserungsanstalt unterzubringen, wenn die häusliche Erziehung nicht zureicht.

Hinsichtlich der Dauer ihrer Anhaltung gilt das im § 2 Gesagte.

§ 5. Ist die That aus arger sittlicher Verderbnis entsprungen oder gestattet die Höhe der angedrohten Strafe nicht, daß Strafnachsicht, Stellung unter Bewährung oder Nacherziehung eintreten, so wird der Jugendliche zur gesetzlichen Strafe verurtheilt.

Gleichzeitig kann das Strafgericht die Abgabe in eine Besserungsanstalt nach verbüßter Strafe anordnen.

Hinsichtlich der Dauer der Nacherziehung gilt das im § 2 Gesagte.

§ 6. Die Abgabe in eine Besserungsanstalt kann vom Strafgerichte auch dann angeordnet werden, wenn die Einstellung des Strafverfahrens oder der Freispruch wegen eines Schuldausschließungs- oder eines Strafaufhebungsgrundes erfolgte.

III. Für die Bestrafung der Thaten Jugendlicher gelten folgende Regeln:

1. Die Todesstrafe, die lebenslangen Freiheitsstrafen und die Zuchthausstrafe sind ausgeschlossen und werden durch Gefängnis von 1 bis 5 Jahren ersetzt.

2. Mit der Beurteilung wegen einer in der Altersstufe der Jugend begangenen strafbaren Handlung sind keinerlei Ehrenfolgen verbunden.

Die Stellung unter Polizeiaufsicht ist ausgeschlossen.

3. Geldstrafe kann nur dann verhängt werden, wenn festgestellt ist, daß sie aus dem Vermögen oder dem Einkommen des Jugendlichen ohne Einschränkung des notwendigen Lebensunterhaltes bestritten werden kann.

4. Die Gefängnisstrafe bei Verbrechen Jugendlicher darf nicht unter sechs Monate, die Haftstrafe bei Übertretungen Jugendlicher nicht unter drei Monate herabgesetzt werden.

§ 5. Der Vollzug der Gefängnisstrafe erfolgt in besonderen Jugendstrafanstalten oder in besonderen Abtheilungen der allgemeinen Strafanstalten.

Der Sträfling wird im ersten Drittel, und zwar mindestens durch drei Monate und höchstens durch zwei Jahre, in Einzelhaft, während des Restes des ersten Drittels und im zweiten Drittel in Gemeinschaftshaft mit Arbeitszwang und Unterricht angehalten. Wenn derselbe nach seinem Vorleben und der Aufführung in der Haft Aussicht auf Bewährung in der Freiheit bietet und bereits zwei Drittel und mindestens sechs Monate der Strafe verbüßt hat, kann er vorläufig entlassen werden.

Die Entlassung wird vom Vorsteher der Strafanstalt im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt desjenigen Gerichtshofes, in dessen Sprengel die Strafanstalt liegt, bewilligt; sie kann erst eintreten, wenn für die Unterkunft des Jugendlichen in einem Gewerbe, einer landwirtschaftlichen Beschäftigung oder einem anderen Dienstplatze gesorgt ist.

Die Entlassung wird widerrufen und die Verbüßung des Strafrestes durch die Anstaltsleitung im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt des Gerichtshofsprengels angeordnet:

wenn der Jugendliche den ihm auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt,

wenn er sich fortgesetzt dem Trunk, Spiel, Müßiggang oder einem unsittlichen Lebenswandel ergibt,

wenn er eine strafbare Handlung begeht.

In letzterem Falle kann die vorläufige Verwahrung durch den nicht zuständigen Strafrichter oder Organe der Sicherheitsbehörden ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen des § 177 StPD. erfolgen.

Ist beim Ablauf der urteilsmäßigen Strafzeit kein Widerruf erfolgt, so wird die Entlassung eine endgültige.

6. Die Haftstrafe bei Übertretungen Jugendlicher wird in Einzelhaft verbüßt.

Zu ihrer Vollstreckung werden an den Standorten der Gerichtshöfe Zentralanstalten errichtet.

7. Die Eintragung der Verurteilung wegen einer Jugendtat in das Strafregister ist nach Ablauf der Verjährungsfrist, aber mindestens nach Ablauf von zwei und höchstens von zehn Jahren seit der Verurteilung zu löschen, wenn innerhalb dieser Frist keine neuerliche Verurteilung erfolgt ist. Die Löschung hat zur Folge, daß der Verurteilte in Zukunft bei Aussagen vor Gericht oder einer anderen öffentlichen Behörde nicht mehr zur Angabe seiner Bestrafung verpflichtet ist.

Strafverfahren.

IV. Bei Verbrechen und Vergehen Jugendlicher, die nach der allgemeinen Zuständigkeitsordnung vor das Schwurgericht gehören, ist der Gerichtshof in der Bezeugung von drei Richtern (Erkenntnisgericht) zuständig.

Für den Ausspruch über die Abgabe in eine Besserungsanstalt, der außerhalb der öffentlichen Hauptverhandlung erfolgt, ist bei Verbrechen und Vergehen die Ratskammer des Gerichtshofes, bei Übertretungen das Bezirksgericht zuständig.

V. Im Strafverfahren gegen einen Jugendlichen sind die Familien- und gesellschaftlichen Verhältnisse, in welchen derselbe aufgewachsen ist, durch Einvernahme der Eltern oder anderer Gewalthaber, wie des Vormundes, Lehrers, Seelsorgers oder Dienstherrn zu erheben.

Hiebei sind insbesondere die in der Zählkarte für Jugendliche (Justizministerialverordnung vom 13. Dezember 1904, JMBV. Nr. 19) angeführten Umstände zu berücksichtigen.

VI. Von der Einleitung von Vorerhebungen oder einer gerichtlichen Voruntersuchung, der Verhaftung, der Einbringung der Anklageschrift, der Anordnung der Hauptverhandlung und der Urteilsfällung ist der Vater oder gesetzliche Vertreter des Jugendlichen zu verständigen, wenn seine Person, sein Aufenthaltsort dem Gerichte bekannt sind und er an der Straftat nicht mitbeteiligt ist.

Dem Vater oder gesetzlichen Vertreter stehen gegen alle Verfügungen und Entscheidungen des Gerichtes dieselben Rechtsmittel wie dem Jugendlichen selbst gegen dessen Willen zu. Die Frist zur Anmeldung und Ausführung derselben beginnt an dem Tage zu laufen, an welchem die Entscheidung mündlich bekannt gemacht oder in schriftlicher Ausfertigung zugestellt wurde.

VII. Das Strafgericht hat auf Verlangen des Vaters oder gesetzlichen Vertreters und dann von Amts wegen dem Jugendlichen einen Armenverteidiger zu bestellen, wenn es dies wegen Vernachlässigung oder Mißbrauch der väterlichen, beziehungsweise der vormundschaftlichen Gewalt oder wegen entgegenstehender Interessen der genannten Personen notwendig erachtet.

Dem Armenverteidiger kommen hinsichtlich der Rechtsmittel dieselben Befugnisse wie dem Vater oder gesetzlichen Vertreter zu.

VIII. Die Vertretung des angeklagten Jugendlichen bei der Hauptverhandlung vor dem Bezirksgerichte (§ 455 StPD.) ist unzulässig.

IX. Die sofortige Aburteilung des jugendlichen Angeklagten im bezirksgerichtlichen Verfahren nach § 451 StPD. ist unzulässig.

X. Die Fällung des Urteils in Abwesenheit des Angeklagten (§§ 427 und 459 StPD.) ist unzulässig.

XI. Der Erlaß eines Strafbefehles (Mandatsverfahren nach § 460 StPD. und § 23 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Verbrauchsgegenständen, RGW. Nr. 89 ex 1897) gegen jugendliche Angeklagte ist ausgeschlossen.

XII. Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung kann im Interesse des jugendlichen Angeklagten auf Parteienantrag oder von Amts wegen ausgeschlossen werden (§§ 229, 456 StPD.); dies ist selbst dann zulässig, wenn Erwachsene an der Tat eines Jugendlichen oder Jugendliche an der Tat eines Erwachsenen mitbeteiligt sind.

Der Vater oder gesetzliche Vertreter hat bei der Hauptverhandlung ein Recht auf Anwesenheit und Gehör.

XIII. Die Verhängung der ordentlichen Untersuchungshaft ist im Verfahren gegen Jugendliche nur aus den im § 175, Z. 2, StPD. angeführten Gründen zulässig.

Die Untersuchungshaft Jugendlicher wird in Einzelhaft vollstreckt; Ausnahmen, welche die Gesundheit des einzelnen erfordert, bewilligt der Vorsitzende des Gerichts.

Jugendfürsorge.

XIV. Die Vereine für Jugendfürsorge sind zu einem Reichsverbande zusammenzufassen.

Sie sind derart einheitlich zu organisieren, daß sie den Straf- und PflEGschaftsgerichten einen Fürsorger für die Schulaufsicht von Jugendlichen, die unter Bewährung gestellt oder aus der Strafe oder Macherziehung vorläufig entlassen sind, namhaft machen können.

Das Amt eines Fürsorgers ist als ein öffentliches Ehrenamt einzurichten, dessen pflichteifrige Verwaltung durch staatliche Auszeichnung zu ehren ist.

Dr. Baernreither behandelte insbesondere das amerikanische Strafrechtswesen und stellte den Plan einer vorbildlichen Erziehungsanstalt für straffällige Jugendliche auf. Er sagte:

„Ich schlage daher vor, eine Anstalt für die Macherziehung der straffälligen Jugend zu errichten. Ich denke dabei nicht an die Adaptierung irgend eines alten Gebäudes, sondern an eine neue Schöpfung aus einem Gusse, die voll und ganz dem Zwecke angepaßt sein mußte.

Ich möchte dabei folgende Grundsätze aufstellen:

1. Als oberstes Ziel der zu errichtenden Anstalt wäre die sittliche und körperliche Regeneration des Individuums und die Herstellung seiner Arbeitsfähigkeit anzustreben. Durch eine systematische, genau festgestellte Erziehungsmethode mußte aus dem straffällig gewordenen Jugendlichen ein neuer, mora-

lisch gefestigter, für das Leben in der Freiheit tauglicher Mensch gemacht werden.

2. Als Mittel hätte zu dienen: religiöse Einwirkung, Unterricht, hygienische Behandlung und körperliche Übungen, vollkommen ausreichende Unterweisung in der Landwirtschaft oder in einem gewerblichen Berufe. Strenge Überwachung und Disziplin, jedoch in keiner Weise an eine geschlossene Strafanstalt erinnernd. Ein System von Belohnungen und Strafen, welche das Ehrgefühl nicht abstupfen, sondern im Gegenteil zu wecken geeignet sein müßten. Gesunde, einfache, ausreichende Kost. Unterricht, Arbeit, körperliche Bewegung und Erholung im richtigen Verhältnisse.

3. Die Anstalt wäre nach dem Kottagesystem (Familiensystem) zu erbauen. Landwirtschaftlicher Betrieb und Werkstätten zur Erlernung von Handwerken. Kirche, Schule, Spital, Turnhalle, Bad. Alles dem Zweck angemessen, aber von strenger Einfachheit.

4. Die Kosten der Erbauung der Anstalt wären durch freiwillige Gründungsbeiträge, sowie durch Subventionen des Landes und des Staates zu decken. Es könnte die Form eines Vereines gewählt werden, dessen Leitung in Händen von Personen liegen würde, die teils von den Gründern gewählt, teils von der Regierung und dem Lande zu bezeichnen wären.

5. Baupläne, Hausordnung, Unterrichtsvorschriften, Einrichtung und Betriebsordnung der Anstalt wären dem Justizministerium zur Genehmigung vorzulegen.

6. Die laufenden Kosten müßten durch die Einnahmen des Vereines, Subventionen der Regierung und des Landes und den Erträgnissen der Landwirtschaft und der gewerblichen Betriebe gedeckt werden.

7. Es ist ein Spezialgesetz notwendig, um gewisse Kategorien von straffälligen Jugendlichen in diese Anstalt verweisen zu können. In diesem Gesetze müßte ausgesprochen werden, daß in diesen Fällen an Stelle des gewöhnlichen Strafvollzuges die Macherziehung in der Anstalt zu treten habe. Es müßten darin auch Bestimmungen getroffen werden, die eine objektive Handhabung dieses Gesetzes verbürgen.

8. Für diese Anstalt wäre die Einrichtung der bedingten Entlassung unter Aufsicht (Bewährung) einzuführen. Die Verwaltung der Anstalt hätte die Pflicht, für jeden entlassenen Jugendlichen, falls er nicht seiner Familie zurückgegeben werden kann, eine geeignete Arbeitsgelegenheit ausfindig zu machen und ihm nach jeder Richtung behülflich zu sein, ein ordentliches und arbeitames Leben führen zu können.

9. Die Anstalt würde unmittelbar unter der Aufsicht des Justizministeriums stehen und es wäre ein ständiger Inspektor für dieselbe zu ernennen, der verpflichtet wäre, alljährlich einen Bericht über dieselbe zu veröffentlichen."

Den Bericht in der Sektionsitzung erstattete OLG. Dr. Gertischer-Triefst; er stellte folgende Thesen auf:

1. Auf Personen, welche zur Zeit der Begehung einer strafbaren Handlung oder zur Zeit der Teilnahme an derselben das 16. Lebensjahr nicht zurückgelegt haben, findet das Strafgesetz keine Anwendung. Der Richter hat jedoch zu ermessen, ob dieselben der staatlich überwachten Erziehung zu überweisen sind.

2. Personen, welche zur Zeit der Begehung einer strafbaren Handlung das 16., nicht aber das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, werden je nach der Lage des Falles, wobei die Schwere der Tat, die Gesinnung und Gemütsart des Täters, dessen Erziehung, die Umgebung, in der er lebte, und

dessen größere oder geringere Anpassungsfähigkeit zu berücksichtigen sind, entweder zur Strafe verurteilt oder der staatlich überwachten Erziehung, die bis zum 24. Lebensjahre dauern kann, überwiesen.

3. Erfolgt die Verurteilung zur Strafe, so sind die gesetzlichen Strafen entsprechend zu vermindern. Todesstrafe, lebenslängliche Freiheitsstrafe, entehrende Strafen sowie die Stellung unter polizeiliche Aufsicht sind ausgeschlossen; das Maximum der Freiheitsstrafe beträgt 8 Jahre.

4. Die Dauer der staatlich überwachten Erziehung wird nicht vom Strafrichter bestimmt.

5. Im Falle der Verurteilung zur Strafe hat das Pflégschaftsgericht rechtzeitig vor der Strafabbüßung oder vor dem sonstigen Wegfall der Strafe zu entscheiden, ob eine Nacherziehung einzutreten hat.

6. Ehrenfolgen sind mit der Verurteilung zur Strafe nicht verbunden.

7. Die bedingte Verurteilung und die vorläufige Entlassung sind als Rechtsinstitute auch auf Personen dieser Altersstufe anzuwenden. Sie können nicht nur bei Verurteilung wegen einer strafbaren Tat, sondern auch wegen Unbotmäßigkeit oder liederlichen Lebenswandels widerrufen werden; für den Jugendlichen ist während der Bewährungsfrist nach Umständen ein Fürsorger zu bestellen.

8. Die Strafe wird in eigenen Jugendstrafanstalten nach dem Progressivsystem vollzogen; während der ersten 6 Monate und höchstens durch 2 Jahre tritt Einzelhaft, während des Restes Gemeinschaftshaft mit Arbeits- und Unterrichtszwang ein; dem religiösen Unterricht ist ein entsprechendes, tunlichst weites Feld einzuräumen. Mit den Anstalten sind Ackerbaukolonien zu verbinden und wird für gewerblichen Unterricht vorgeorgt.

9. Nach Ablauf einer zu bestimmenden Frist kann bei Wohlverhalten die Eintragung im Strafregister gelöscht werden."

Das Schlußreferat Erz. Dr. A. Gertichers in der Plenarsitzung hob folgendes heraus:

Mein Resumé über das Ergebnis der Verhandlungen und der Diskussion in der Abteilung für Jugendstrafrecht muß ich mit der Bitte um Entschuldigung dafür einleiten, daß es mir mit Rücksicht auf das umfangreiche Material nicht möglich sein wird, Ihnen mehr als einen Torso der Beratungen vorzuführen. Auch wird mancher der Redner, von denen Anregungen ausgegangen sind, es entschuldigen müssen, wenn ich nicht auf alle vorgebrachten Ausführungen werde zurückkommen können.

In den Verhandlungen der Abteilung, in welcher ich als Berichterstatter fungierte, war die Hauptfrage der kriminellen Behandlung der Jugendlichen und insbesondere der Frage nach Festsetzung von Altersstufen bezüglich ihrer Kriminalität gewidmet. Es wurde die Frage erörtert, wie weit man die Grenzen der Strafunmündigkeit ziehen müsse und in welcher Weise dann, wenn diese Grenzen von dem betreffenden Delinquenten überschritten worden sind, gegen ihn vorzugehen sei, ob sofort nach dem Überschreiten dieser Grenze die volle Verantwortlichkeit für die Handlungen des Betreffenden einzutreten

habe oder ob da eine gewisse Zwischenstufe geschaffen werden soll, welche eine andere Behandlung erheischt und zuläßt. Man war aber allgemein — in dieser Beziehung war kein Widerspruch zu hören — der Ansicht, daß unsere Strafgesetzgebung in der Behandlung der Jugendlichen rückständig ist. Alle Stimmen waren dafür, daß man Schulkinder nicht vor den Strafrichter ziehen sollte, daß sie der Erziehung durch die Schule, durch den religiösen Unterricht usw. überwiesen werden sollten.

Es war nun die Frage, ob die Grenze der Strafunmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr abschließen oder ob sie auch noch weiter, und zwar auf Grundlage der ärztlichen Gutachten bis zum 16. Lebensjahre, ausgedehnt werden sollte. Hier gab sich in der Diskussion eine Verschiedenheit der Meinungen kund, allein sie war nicht allzu scharf. Wie ein Redner erklärte, ist die Beurteilung hier gewissermaßen Sache des Gefühls. Für die Frage des Abschlusses mit dem 14. Lebensjahre wurde geltend gemacht, daß das Kind nach vollendeter Schulbildung ins Leben hinaustritt, daß es einem Gewerbe oder einer anderen Beschäftigung zugeführt werde oder selbständig geworden sei und daher nicht strafrechtlich unverantwortlich bleiben könne. Dagegen wurde von anderer Seite auf die schweren Folgen der Verurteilung hingewiesen und insbesondere auf den von medizinischer Seite hervorgehobenen Standpunkt, daß in der Zeit zwischen dem 14. und 15. Lebensjahre so tiefgreifende Wandlungen im körperlichen und Gemütsleben des Kindes vor sich gehen, daß es äußerst bedenklich wäre, in diese schwierige Periode die volle strafrechtliche Verantwortung hineinzutragen. Es wurde auch ausdrücklich betont, daß, wenn einerseits das Kind den Gefahren des Lebens ausgesetzt wird, weil es schon die sozialen Verhältnisse so mit sich bringen, es doch andererseits gerade da eines besonderen Schutzes bedürfe und nicht durch Strafe, sondern durch Erziehung der Gesellschaft wiedergewonnen werden solle.

Eine weitere Frage war es, ob man dann, wenn die Strafunmündigkeitsgrenze überschritten ist, das Kind oder den Jugendlichen mit der vollen Schärfe des Gesetzes behandeln solle oder ob eine Zwischenstufe, eine Stufe der Halbreife, der teilweisen oder relativen Verantwortlichkeit zu schaffen sei. Die Mehrheit neigte der letzteren Ansicht zu. Über die zeitliche Ausdehnung dieser Stufe ergab sich selbstverständlich, je nachdem die Unmündigkeitsgrenze höher oder tiefer angesetzt wurde, gleichfalls eine Disparität in der Diskussion, indem die einen die Stufe mit dem 14.—18., andere wieder mit dem 16. bis 20. Lebensjahre festgesetzt wissen wollten. Auch hier wurde wieder für die letztere Eventualität geltend gemacht, daß nach ärztlichem Ausspruche die volle Verantwortlichkeit erst mit dem 20. Lebensjahre eintritt und es daher früher, in der Stufe der Halbreife — mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und Umstände, die gleich dem Milieu, in welchem der jugendliche Delinquent lebt, auf ihn bedeutend einwirken, so daß er der Versuchung keinen Widerstand entgegensetzen kann — dem freien Ermessen des Richters überlassen bleiben müsse, ob eine Strafe zu verhängen oder ob der Delinquent der staatlichen Überwachung und Erziehung zu überweisen wäre. Überall zieht sich dieses Moment wie ein roter Faden durch, daß man für Jugendliche, wenn möglich der Strafe die Erziehung, nicht bloß intellektuelle Erziehung, sondern Erziehung des Gemüts und religiöse Erziehung vorgezogen wissen will.

Die Sache ist so wichtig, daß ich in wenigen Zügen die Thesen, welche den Gegenstand unserer Erörterung bilden, vorführen und besprechen will. Die eine These besagt, daß bei Personen, welche das 14. oder das 16. Lebensjahr nicht erreicht haben, die Strafbarkeit vor dem Strafgerichte, nicht aber die Nacherziehung ausgeschlossen sein soll. Ist diese Stufe überschritten worden, dann wird der Richter Strafe oder Nacherziehung verhängen. Für letztere

wird der Richter nicht berufen sein, einen Zeitraum zu bestimmen; dies läßt sich nicht, wie die Strafe, nach Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren festsetzen, sondern muß demjenigen überlassen bleiben, welcher berufen ist, das Kind, welches gefährdet oder wirklich gestraucht ist, solange zu erziehen, bis die Erziehung ein Resultat zeitigt. Es war die Frage zur Diskussion gestellt, wie lange diese Macherziehung dauern soll, wann sie einsetzen darf, wann sie abschließt, und es haben sich da Meinungsverschiedenheiten ergeben, indem die einen diesen Zeitraum bis zum 21., andere wieder bis zum 24. Lebensjahre ausgedehnt wissen wollten. Alle stimmten aber darin überein, daß getrachtet werden muß, den Jugendlichen so lange wie möglich vor der Kerker- oder Gefängnischwelle zu bewahren.

Was den Strafvollzug betrifft, so wurde demselben — wie es bei dem Umfange des Programms selbstverständlich ist — eine detaillierte Diskussion nicht gewidmet; diese mußte einer späteren Erörterung vorbehalten werden. Allein es wurde betont, daß die Jugendlichen grundsätzlich in eigenen Anstalten untergebracht werden müssen und daß beim Vollzuge der Strafe die religiöse und intellektuelle Erziehung nicht außer acht gelassen werden darf, wobei wir gerne anerkennen, daß die Justizverwaltung in dieser Frage vielfach dankenswerte Einrichtungen getroffen hat, welche dem vorarbeiten, was wir diskutiert haben. Ich füge noch hinzu, daß die bedingte Verurteilung, die vorläufige Entlassung bei guter Führung in das Programm aufgenommen wurde, daß man sich für den Ausschluß der Polizeiaufsicht aussprach und zur Rehabilitierung der Jugendlichen die Löschung der Eintragungen in das Strafregister bei guter Führung anregte, so daß dieselben äußerlich von dem Makel befreit würden, der ihnen anlebt. Ich habe damit alle jene Punkte des materiellen Strafrechtes hervorgehoben, welche in der Abteilung Gegenstand wertvoller Erörterungen waren.

Dann wurden strafprozessuale Fragen behandelt und hiebei angeregt, daß der Vertretung und Verteidigung Jugendlicher ein breiterer Raum zuzumessen sei, daß die gesetzlichen Vertreter, Vater, Mutter und wenn es notwendig ist, der Verteidiger mit größeren Rechten ausgestattet werden als heute, weil wir uns vor Augen halten müssen, daß dem Jugendlichen die Bedeutung der Strafe, die Bedeutung des durchgeführten Verfahrens, die Bedeutung der Rechtsmittel unklar ist. Es ist betont worden, daß im Laufe der strafgerichtlichen Erhebungen gegen Jugendliche die persönlichen Verhältnisse, das Milieu erhoben werden sollen, und es ist die allseits begrüßte Anregung gegeben worden, daß nämlich den Ärzten ein größerer Spielraum gewährt werden muß und im Strafverfahren gegen Jugendliche immer Ärzte zuzuziehen sind, die ihr Urteil über die körperliche und geistige Entwicklung abzugeben haben. Der Arzt wird sich dabei vor Augen halten müssen, daß er Sachverständiger ist, daß er sich als Mitarbeiter des Richters betrachten muß, daß er selbst nie über diese Schwelle hinausgehen und sich nicht vielleicht selbst zum Richter aufwerfen darf. Diese Auffassung paßt sich nicht nur dem künftigen Strafprozeß, sondern auch dem jetzigen an und kann sofort in Anwendung gebracht werden.

Ich erwähne noch kurz die Frage der Unzulässigkeit der Verurteilung in contumaciam und der Erlassung von Strafmandaten gegen Unmündige, der Unzulässigkeit der Vertretung von Jugendlichen im Sinne jener Bestimmung der Strafprozeßordnung, welche den Beschuldigten das Recht gibt, sich auch durch freigewählte Nachhaber vertreten zu lassen. Ein wichtiger Punkt war auch die Beratung und Besprechung der Frage der Öffentlichkeit des Verfahrens. Hier wurde einmütig die Ansicht vertreten, daß im Verfahren gegen Jugendliche die Öffentlichkeit auszuschließen ist. Ich glaube der Begründung

dieser unserer Anträge enthoben zu sein, weil die Gründe dafür auf der Hand liegen. Es wurde weiters auf die Untersuchungshaft hingewiesen und eine Einschränkung in der Richtung angeregt, daß sie nur für den Fall dringender Fluchtgefahr zulässig sei. Ich erlaubte mir, die Anregung zu geben, daß sie, wenn möglich, nicht in einem Haftlokal, sondern in einer Anstalt oder in einer Familie — natürlich mit den notwendigen Kautelen — zur Durchführung kommen soll.

Hiermit hätte ich bis auf einen die Punkte erschöpft, die alle in dem ausgezeichneten Gutachten des Herrn Professors Dr. Lenz, welches die Grundlage der Debatte bildete, ausführlich und lichtvoll erörtert sind, was ich in dieser Versammlung rühmend erwähnen muß. Diese eine Frage geht dahin, ob auch gegen Jugendliche die Strafverhandlung vor Geschworenen stattfinden soll. Ich möchte sagen, daß eigentlich die Versammlung mit der Ausschaltung der Schwurgerichte in diesen Fällen einverstanden war; sie konnte es auch, abgesehen von allen anderen Gründen, deshalb sein, weil — wie Herr Professor Lenz beantragt hatte — gegen Jugendliche eine höhere Freiheitsstrafe als 5 Jahre nicht zu verhängen wäre. Damit wäre jene Grenze der Strafe erreicht, bei welcher nach unseren prozessualen Bestimmungen die Kompetenz der Schwurgerichte eintritt. Ich habe auch weiter die Auffassung vertreten, daß man das Schwurgericht für Jugendliche überhaupt ausschalten soll, und zwar mit Rücksicht auf jene These, in welcher gesagt wird, daß der Richter, sobald es sich um Jugendliche handelt, ohnehin freie Wahl hat, zu entscheiden, ob er Strafe oder Erziehung verhängt, womit alle jene Bedenken, die in der Versammlung gegen das Erkenntnis- und für das Schwurgericht geltend gemacht wurden, völlig schwinden würden. Ich habe mir noch eine Anregung erlaubt, dahingehend, daß jene Fälle, bei denen es sich um das Strafverfahren gegen Jugendliche handelt, der Einzelrichter zu judizieren hätte. Damit habe ich den Übergang zu der Einrichtung gefunden, welche man „Jugendgerichte“ bezeichnet; es wäre dann möglich, jene Kräfte zu Jugendrichtern heranzubilden, welche dieser Sache besondere Liebe und den vor ihnen stehenden Individuen ein besonderes Wohlwollen, ja eine — ich möchte sagen: — väterliche Fürsorge entgegenbringen könnten.

Wie tief empfunden das Bedürfnis dafür war, daß rasch etwas geschehen müsse, war auch aus den vielfachen Anregungen zu ersehen, die alle dahin gerichtet waren, es möge schon jetzt, bevor noch neue Gesetze geschaffen werden, alles mögliche daran gesetzt werden, um diese Grundsätze zur Durchführung zu bringen. Wenn diesen Anregungen nicht unbedeutende Bedenken vom Standpunkte des geltenden Gesetzes entgegengesetzt werden mußten, so zeugt gerade die Tatsache, daß solche Anträge gestellt wurden, dafür, wie notwendig eine Reform unseres Strafrechtes ist und wie sehr das Bedürfnis darnach insbesondere für das Jugendstrafrecht empfunden wurde. Daß diese unsere Wünsche in Erfüllung gehen werden und dasjenige, was der Kongreß als richtig befunden hat, auch in die Tat hinübergeleitet werden wird, dafür bürgen die Worte unseres allverehrten Herrn Justizministers, die er bei Eröffnung des Kongresses gesprochen hat, indem er auch dem Jugendstrafrechte einen Teil seiner glänzenden Rede widmete.

Wenn wir nun aber auch in Österreich zur Durchführung der Grundsätze, welche in der Abteilung für Jugendstrafrecht aufgestellt wurden, gelangen, so sind wir damit in die Fußstapfen eines Mannes getreten, auf den unser Vaterland mit Recht stolz sein kann. In der Debatte ist sein Name zwar nicht genannt worden, aber er war doch auf aller Lippen, der Name Franz v. List, des großen Strafrechtslehrers in Berlin. Ich fühle mich an dieser Stelle verpflichtet, diesem unsern berühmten Landsmanne Worte des Dankes

zu sagen, denn er war gewissermaßen bahnbrechend auf dem Gebiete des Strafrechtes überhaupt und des Jugendstrafrechtes im besonderen. Und wenn auch Gegensätze zwischen den einzelnen Schulen bestehen und sich verschiedene Theorien geltend machen, so haben die beiden letzten Tage — wie schon der stellvertretende Vorsitzende der Abteilung III, Herr Professor Dr. Löffler, hervorgehoben hat — den Beweis geliefert, daß trotz alledem eine gedeihliche Arbeit in der Reform des Strafgesetzes möglich, aber auch notwendig sein wird. Und daß es so werde durch die Tätigkeit dieses ersten österreichischen Kinderchutzkongresses, ist mein und gewiß auch Ihrer aller Wunsch.

23. Kindermißhandlung.

Wohl das traurigste Kapitel der Jugendfürsorge! Die Existenz dieser Frage schon ein Hohn auf unsere Zeit, die bereits in der Pflanze etwas wie ein Seelenleben ahnt, aber seinem eigenen Fleisch und Blut nicht gerecht wird! In der „Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters“ herausgegeben von Paul Göhre, lesen wir folgende Stelle. Der Arbeiter erzählt von seiner Frau: „Mir schnitt es jedesmal tief ins Herz, wenn sie im Blatt las, daß der und jener kinderarmen Familie wieder ein kleines Kind gestorben sei und dann ausrief: „Nee, haben diese Leute Glück, haben es die schön, jetzt ist denen das Kind schon wieder gestorben; das wäre nun das sechste, wenn sie bei denen alle noch lebten — sie können alles mitmachen und unsereins ist geplagt, muß alles an die Kinder wenden und kann sich gar nichts bieten. Nicht rechtchaffen einen lumpigen Rock kann man sich auf den Leib schaffen, die Kinder reißen zu viel nieder . . .“ Dazwischen Vermüthungen, harte Redensarten gegen die Kinder, Flüche und am Schlusse Tränen. Sie ist unter den Bauern aufgewachsen, unerzogen, hat mit ihren Schwestern zu Hause nur harte Worte und schmale Kost, meist Kartoffeln, Brot und Zichorienbrühe geteilt. Eine Anschauung von einem höheren geistigen Leben war ihr fremd . . .“

Ursachen? Der rohe Daseinskampf, die Schwierigkeit des Erwerbs, die so viel Barmes und Edles vernichten, die Grausamkeit, Roheit, Haß, Fühzorn, Egoismus, Gefühllosigkeit nicht nur gegen den fremden Mitmenschen, sondern auch gegen Nahestehende großziehen. Alkoholismus, krankhafter Geisteszustand, sittliche Verkommenheit: „Schade um jeden Schlag, der daneben geht“ . . . usw.

Wieviel Kinderelend, hervorgerufen durch harte, grausame Behandlung mag verborgen, wie mancher Schmerzensschrei ungehört, wie manche bittere Träne un gesehen bleiben!

Das österreichische Strafgesetz bestimmt folgendes über Kindermißhandlungen:

§ 413. Das Recht der häuslichen Zucht kann in keinem Falle bis zu Mißhandlungen ausgedehnt werden, wodurch der Gezüchtigte am Körper Schaden nimmt. Daher sind dergleichen Mißhandlungen der Eltern an ihren Kindern, der Vormünder an Mündeln, eines Vatters an dem andern, der Erzieher und Lehrer an ihren Zöglingen, der Lehrherren an ihren Lehrjungen und der Gefinbehalter an dem Dienstvolke als Übertretungen zu bestrafen.

§ 414. Bei Mißhandlungen der Eltern an ihren Kindern sind die ersteren vor Gericht zu berufen und ist ihnen das erste Mal der Mißbrauch der

Gewalt und die gegen die Natur laufende Lieblosigkeit ihres Betragens mit Ernst und Nachdruck vorzuhalten, bei einem zweiten Male ist den Eltern ein Verweis zu geben und die Bedrohung beizusetzen, daß sie bei abermaliger Mißhandlung der elterlichen Gewalt verlustig erklärt, ihnen das Kind abgenommen und auf ihre Kosten werde an einem anderen Orte erzogen werden.

§ 415. Bei einem dritten Rückfalle oder wofern entweder die erste Mißhandlung schon an sich sehr schwer oder die Gemütsart der Eltern so beschaffen wäre, daß für das Kind weiter Gefahr zu befürchten stünde, ist sogleich das erste Mal auf die oben angedrohte Strafe zu erkennen und in dieser Absicht mit der Behörde wegen Benennung eines Vormundes das Einvernehmen zu pflegen.

§ 416. Sind die Eltern die Erziehungskosten zu tragen unvermögend, so soll von der Obrigkeit für die Unterbringung des Kindes gesorgt, die Mißhandlung aber mit verschärftem Arreste je nach Beschaffenheit der Mißhandlung auch mit strengem Arreste von einer Woche bis zu drei Monaten bestraft werden. Ihre Mündel mißhandelnde Vormünder werden der Vormundschaft entsetzt und mit Arrest von einer Woche bis zu einem Monat bestraft (§ 417). Ihre Zöglinge mißhandelnde Erzieher und Lehrer werden das erste Mal mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monat, im Wiederholungsfalle nebst dem noch mit Suspension bestraft (§ 420).

Die auf den Kinderschutz bezüglichen Verordnungen des österreichischen Justizministeriums bis März 1906 erscheinen beim Kapitel Jugendstrafrecht abgedruckt.

Dem Kinderschuze dienen in Österreich im allgemeinen die Kinderschutzvereine u. zw. mit ausgesprochener Tendenz hiefür hauptsächlich die Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in Wien (1900), Verein Kinderschutzstationen in Wien (1901), Pestalozziverein zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in Wien (1903).

Nachdem bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches jedenfalls auch dem Schutze des Kindes vor Mißhandlung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden wird, ist es gewiß nicht ohne Zweck, schon jetzt der Fassung zu gedenken, welche für die daraufbezüglichen Paragraphen in der Schweiz vorgeschlagen wurde:

§ 1. Eltern, Stiefeltern, Pflegeeltern, Vormünder und Erzieher, welche Kinder, die ihrer Fürsorge anvertraut sind, grob vernachlässigen oder grausam behandeln, werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

§ 2. Wird die Gesundheit oder die körperliche oder geistige Entwicklung des Kindes dadurch schwer geschädigt oder gefährdet, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

§ 3. Stirbt das Kind infolge der groben Vernachlässigung oder grausamen Behandlung und konnte der Täter diesen Ausgang voraussehen, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

§ 4. Der Untersuchungsbeamte veranlaßt sofort nach Eingang der Klage die zuständige Behörde, das Kind vorläufig, der Richter, es dauernd unterzubringen.

Dem Schuldigen wird die Vormundschaft über das Kind entzogen.

§ 5. Zur Anzeige an die zuständigen Behörden ist jederman verpflichtet, der Kenntnis von grober Vernachlässigung oder grausamer Behandlung von Kindern hat. Wer die Anzeige unterläßt, wird mit Geldbuße bis zu 100 Frks. bestraft.

§ 6. Wer den zuständigen Behörden Auskunft und Beistand verweigert oder falsche Angaben macht, wird mit Geldbuße bestraft.

Dieser Gegenstand wurde auf dem I. Österr. K. K. unter den Fragen:

6. Ursachen der Kindermißhandlungen und Abhilfe dagegen (Frl. Lydia von Wolfring) und

7. Erfahrungen der Gerichtsärzte in Fällen von Kindermißhandlungen (Dr. A. Haberda-Wien, Dr. A. Kolisko-Wien, Dr. P. Dittrich-Prag) behandelt. Es kam bloß zur Beratung in der Sektion. Wegen verschiedener Umstände war das Gutachten spät erschienen und es wurde deshalb beschlossen, den Gegenstand für den II. Kongreß neuerdings zur Beratung zu stellen.

24. Kinderarbeit.

Die Kinderarbeit ist eine traurige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. In der Großindustrie zwang die verhältnismäßig leichte, mechanische Bedienung das Kind an die Maschine, im Kleinbetrieb und der Heimarbeit war es die ausgezwungene Konkurrenzarbeit mit der Maschine, die den Familienvater verurteilten, Weib und Kind mit an seine Arbeit zu rufen, oder mit anderer Arbeit zu beschäftigen. Es ist geradezu unglaublich, was an Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft geleistet werden konnte, ehe man sich zu einem Schutze des Kindes in dieser Richtung aufschwang. Wir unterlassen es vorläufig, die diesbezüglichen Verhältnisse in Böhmen zur Darstellung zu bringen, weil seitens des k. k. arbeitsstatistischen Amtes des k. k. Handelsministeriums bereits Erhebungen über die Kinderarbeit im Gange sind. Es liegen bis jetzt die Berichte über Prag aus einer anderen Erhebung vor und auch die Berichte der Gewerbeinspektoren über die Heimarbeit in Böhmen bieten wichtiges Material. Die Erhebungen des Handelsministeriums sind keine allgemeinen, sondern es wurden Gebiete verschiedenen wirtschaftlichen Charakters dazu ausgewählt. Das arbeitsstatistische Amt läßt die Erhebungen im Wege der Schulbehörden und Schulleitungen durchführen und schreibt in den Begleitberichten:

„Um die als wünschenswert erkannte Reform der geltenden Vorschriften bezüglich der Kinderarbeit wirksam vorzubereiten, hat das Handelsministerium im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ministerien beschlossen, eine Erhebung über die der Klarstellung noch vielfach bedürftigen Verhältnisse bei der Verwendung von Kindern zu Arbeiten aller Art einzuleiten. Mit der Vornahme dieser Erhebung wurde das arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium betraut.

Da es von vorneherein untunlich und auch entbehrlich schien, die Erhebung auf sämtliche arbeitenden Kinder in ganz Österreich auszudehnen, so ging das arbeitsstatistische Amt zunächst daran, in den einzelnen Ländern Gebiete verschiedenen wirtschaftlichen Charakters auszuwählen, um so alle Arten der Heranziehung von Kindern zur Arbeit unter den verschiedensten wirtschaftlichen Voraussetzungen zu erfassen. Als solche Gebiete kamen z. B. in Betracht: Großstädte, Industrieorte, hausindustrielle Gebiete, kleine Städte und Märkte ohne nennenswerter Industrie und Heimarbeit, ferner Gebiete mit vorwiegend Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Wein-, Obst-, Gemüsebau treibender Bevölkerung usw.

In diesen Gebieten sollen nun im Wege der Schulbehörden alle Volks- und Bürger Schulen, in Krain, Görz und Gradiska, Istrien, Dalmatien, Galizien

und in der Bukowina überdies auch die dort bestehenden Wiederholungs-, beziehungsweise Fortbildungsschulen mit Fragebogen beteiit werden, welche dazu bestimmt sind, Aufschluß über die Tätigkeit der diesen Schulen zugehörigen Kinder im Alter bis zu 14 Jahren zu geben.

Die Fragebogen sind von dreierlei Art, und zwar Schul-, Klassen- und Individualfragebogen für jedes arbeitende Kind.

Der Schulfragebogen, welcher von der Schulleitung auszufüllen ist, enthält zunächst einige Fragen über die Organisation des Unterrichtes an der betreffenden Schule; des weiteren gibt er aber der Schulleitung Gelegenheit, sich allgemein, und zwar womöglich auf Grund einer vorher abzuhaltenden Lehrerkonferenz, über die im Schulsprengel vorkommenden Arten der Kinderarbeit und deren Verbreitung zu äußern. Hier soll eventuell auch der Schularzt oder ein anderer an der Erhebung etwa mitwirkender Arzt sein Gutachten über den Einfluß der Arbeit auf den Gesundheitszustand der Schuljugend abgeben.

Weit kürzer ist der Klassenfragebogen, beziehungsweise der analoge Fragebogen über den Besuch der Wiederholungs- und Fortbildungsschulen gehalten. Derselbe dient im wesentlichen nur dazu, die Gesamtzahl der der betreffenden Klasse angehörenden, beziehungsweise der am Wiederholungsunterricht teilnehmenden Kinder nach Alter und Geschlecht auszuweisen sowie die Zahl der in der Klasse befindlichen arbeitenden Kinder anzugeben.

Die wichtigste Funktion bei der Erhebung fällt zweifellos dem dritten Erhebungsformulare, dem Individualfragebogen zu, welcher in der Regel von dem Klassenlehrer oder der Klassenlehrerin, beziehungsweise von der den Wiederholungsunterricht leitenden Lehrperson, für die keiner Klasse angehörenden Kinder aber von der Schulleitung zu beantworten ist.

Ein solcher Fragebogen soll für jedes schulpflichtige oder am Wiederholungsunterricht teilnehmende Kind im Alter bis zu 14 Jahren ausgefüllt werden, welches während des Schuljahres 1907/1908 oder während der unmittelbar vorhergegangenen Hauptferien Arbeiten irgendwelcher Art verrichtet hat, sei es in der Land- oder Forstwirtschaft, bei Jagden, in der Fischerei, im Bergbau, in einer Hausindustrie oder Heimarbeit, in Fabriksbetrieben, bei Handwerkern, im Gast- und Schankgewerbe, in einem Handels- oder Transportunternehmen, im Haushalte (Kinderhüten u. dgl.) oder sonstige Arbeiten, wie z. B. bei Theaterunternehmungen und anderen öffentlichen Schaustellungen, als Bote, Austräger, Hausierer, Regelaufscher usw. Hierbei soll es keinen Unterschied machen, ob die Arbeit des Kindes in irgendeiner Form besonders entlohnt wurde oder nicht und es sollen hier auch jene Kinder berücksichtigt werden, welche ausschließlich für ihre Eltern oder Wohnungsgeber in deren Betrieb oder Haushalt tätig waren.

Die Ausfüllung eines Fragebogens wird lediglich bei jenen Kindern entfallen können, die während des früher genannten Erhebungszeitraumes keinerlei Arbeiten verrichteten oder von ihren Eltern und Wohnungsgebern nur ausnahmsweise zu geringfügigen Hülfeleistungen herangezogen wurden.

Die Fragepunkte, welches für jedes arbeitende Kind zu beantworten sein werden, beziehen sich auf das Alter, Geschlecht, die Familienverhältnisse und den Wohnungsgeber des Kindes, ferner auf die Art der Beschäftigung, die Arbeitszeit, den Arbeitsort, die Entlohnung und die Gesundheitsverhältnisse des Kindes, sein Verhalten in der Schule und seinen Schulbesuch.

Abgesehen von der womöglich von einem Arzte einzuholenden Äußerung über den Gesundheitszustand der Kinder werden die meisten der verlangten Auskünfte von den Lehrern gewiß schon auf Grund ihrer im Lehrberufe gemachten Beobachtungen erteilt werden können; wo aber im einzelnen Falle

die persönliche Kenntnis der Verhältnisse nicht ausreicht, da dürfte eine zweck-
entsprechende Befragung der Kinder oder eine Erkundigung bei ihren Ange-
hörigen oder bei anderen vertrauenswürdigen Personen fast immer zum Ziele
führen. Allerdings werden solche Angaben noch eine Überprüfung durch den
Lehrer nötig haben.

So sind es denn die Volks- und Bürgerichullehrer, in deren Hand das
Gelingen der trotz der erwähnten Beschränkungen noch immer sehr umfang-
reichen Erhebung zum guten Teile gelegt ist. Nur sie, die ja ihr Beruf in
stete Berührung mit den Schulkindern bringt, und die vorschriftsgemäß auch
dem Betragen der Kinder außerhalb der Schule ihre Aufmerksamkeit zuzu-
wenden haben, können die Fragen richtig beantworten, die im Interesse einer
gründlichen Erforschung der Kinderarbeit gestellt werden müssen.

Von dem Eifer und dem Verständnisse, welches die Lehrer hiebei be-
funden, wird es also in erster Linie abhängen, ob die zu gewinnenden Daten
auch dem menschenfreundlichen Zwecke dienstbar gemacht werden können, zu
dem sie gesammelt wurden: Der Reform und dem Ausbau der Kinderchutz-
vorschriften!"

Die Fragebogen sind in folgender Art angelegt:

(Volks-, Bürgerschule)

(Ort, Straße)

.....-Schule in

Gerichtsbezirk

Land

Schulfragebogen.

(Von der Schulleitung auszufüllen.)

1. Anzahl der Klassen
2. Gibt es im Schulsprenkel wohnhafte, in der Schulmatrik eingetragene
Kinder, die in keiner Klasse eingeschrieben sind? (Ja oder nein?)
- Wie viele?
3. Gibt es im Schulsprenkel wohnhafte, im schulpflichtigen Alter stehende
Kinder, die in der Schulmatrik nicht vorkommen? (Ja oder nein?)
- Wie viele ungefähr?
4. a) Dauer des Schuljahres 1907/08: Von bis
- b) Beginn der vorhergegangenen Hauptferien
- c) Wird alljährlich ein Teil der Ferien auf die Zeit gewisser land-
wirtschaftlicher Arbeiten verlegt? (Ja oder nein?)
- Welche landwirtschaftlichen Arbeiten werden hiebei berücksichtigt?
.....
.....
.....
- d) Wurden während des Schuljahres 1907/08 anlässlich spezieller
Arbeiten freie Tage gewährt? (Ja oder nein?)
- Wie viele Tage? Für welche Arbeiten?
-
.....
.....

5. Gibt es an der Schule eine generelle Schulbesuchserleichterung? (Ja oder nein?) Welcher Art ist diese Schulbesuchserleichterung?

Für welche Zeit gilt diese Schulbesuchserleichterung?

6. Allgemeine Bemerkungen der Schulleitung über die im Schulsprenkel vorkommenden Arten der Kinderarbeit und deren Verbreitung; insbesondere möglichst genaue Beschreibung der einzelnen Arbeitsverrichtungen unter Berücksichtigung der Entlohnungsverhältnisse, ferner Schilderung des Einflusses der Kinderarbeit auf den Schulbesuch und Unterrichtserfolg sowie auf die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung der Schulkinder.*)

7. Bemerkungen der Schulleitung über die etwa wahrgenommene Heranziehung von Kindern im vorschulpflichtigen Alter zu Arbeiten.*)

8. Werden Kinder aus dem Schulsprenkel nach auswärts, das heißt nach inländischen Orten außerhalb des Schulsprenkels oder nach dem Auslande, verdungen? (Ja oder nein?)

Wenn ja, so ist anzugeben, wohin, zu welchen Arbeiten, für welche, Arbeitgeber, zu welcher Jahreszeit, auf wie lange, gegen welche Entlohnung durch wessen Vermittlung diese Verdungung erfolgt, wie viele Kinder und in welchem Alter sie gewöhnlich verdungen werden usw.*)

9. Eventuelle Äußerung des Schularztes oder eines anderen an der Erhebung etwa mitwirkenden Arztes über die von ihm beobachtete Einwirkung der bei Frage 6 erwähnten Arten der Kinderarbeit auf den Gesundheitszustand der Schuljugend. (Diese Äußerung ist weiter unten vom Arzte zu unterfertigen.)

(Ort und Datum der Ausfüllung des Fragebogens)

....., am 1908

(Eventuelle Unterschrift des Arztes zu Frage 9)

(Unterschrift des Schulleiters [Direktors])

(Volks-, Bürgerschule)

(Ort, Straße)

*) Der Inhalt dieser Mitteilungen soll, wenn irgend möglich, früher in einer Lehrerkonferenz (Lokal-Konferenz) erörtert und festgestellt werden.

3. Anzahl der der Klasse angehörenden arbeitenden Kinder, für welche Individualfragebogen ausgefüllt wurden: Knaben, Mädchen.

(Ort und Datum der Ausfüllung des Fragebogens)

....., am 1908.

(Unterschrift des Klassenlehrers,
beziehungsweise der Klassenlehrerin)

(Volks-, Bürger[schule]) (Ort, Straße) Fortlaufende Nummer des Frage-
= Schule in bogens
Gerichtsbezirk Land

Individualfragebogen für das arbeitende Kind.

(Für Kinder, die einer bestimmten Klasse angehören, vom Klassenlehrer, beziehungsweise von der Klassenlehrerin, für andere Kinder von der Schulleitung auszufüllen.)

1. Vor- und Name des Kindes:

2. In welcher Klasse befindet sich das Kind? (Ist das Kind in keiner Klasse eingeschrieben, so ist hier anzugeben, ob es in der Schulf-
matrik eingetragen ist oder nicht.)

3. Geschlecht des Kindes:

4. Alter des Kindes: Das wievielte Lebensjahr hatte das Kind am
31. Dezember 1907 vollendet?

5. Familienverhältnisse des Kindes: (Hier ist anzugeben, ob das Kind ehelich,
unehelich, legitimiert ist, ob die Eltern in gemeinschaftlichem Haushalte leben, gerichtlich
geschieden sind oder bloß tatsächlich getrennt leben, ob der Vater, die Mutter gestorben, das
Kind ganz verwaist, vom Vater, von der Mutter verlassen ist usw.)

6. Das Kind wohnt: (Hier ist anzugeben, ob das Kind bei seinen leiblichen oder
Adoptiveltern oder nur beim Vater, nur bei der Mutter, bei den Großeltern, bei anderen
Verwandten, bei fremden Personen [z. B. bei den sogenannten Pflege- oder Zieheltern, beim
Arbeit- oder Dienstgeber usw.], und zwar gegen Entgelt oder unentgeltlich wohnt, ob für das
Pflegekind der Vater, die Mutter, eine Findelanstalt, ein Verein zahlt usw.)

7. Beruf der Eltern, beziehungsweise Wohnungsgeber des Kindes: (Hier
ist anzugeben, welchem Berufe der Vater [die Mutter] angehört und ob er [sie] in diesem
Berufe selbständig ist als Inhaber [Inhaberin] eines Gewerbes, einer Landwirtschaft usw. oder
in diesem Berufe tätig ist als Angestellter oder Beamter [Angestellte oder Beamtin], Arbeiter,
Gefelle, Gehilfe, Heimarbeiter, Tagelöhner usw. [Arbeiterin, Heimarbeiterin, Tagelöhnerin usw.];
falls der Vater [die Mutter] nicht erwerbstätig ist, hat dies bemerkt zu werden und ist anzu-
führen, ob der Vater [die Mutter] von einem Ruhe- [Witwen-] oder Gnadengehalt oder von
einer Unfallrente, von den Erträgen eines Kapitals, vom Miet- oder Pachtzins eines
Hauses oder Grundstückes, von der Armenversorgung der Gemeinde [Bründe] oder von privater
Wohltätigkeit usw. lebt. Bei ehelichen Kindern ist in der Regel bloß der Beruf des Vaters,
der Beruf der Mutter aber nur dann anzugeben, wenn diese selbständig erwerbstätig ist; bei

NB. Hat das Kind die Schule während des Schuljahres 1907/08 überhaupt nicht besucht, so sind an Stelle der vorstehenden in Frage 9 enthaltenen Fragepunkte die folgenden zu beantworten: Erfolgt die bei Frage 8 angeführte Beschäftigung das ganze Jahr hindurch oder nur während eines Teiles des Jahres, und zwar während welcher Jahreszeit(en)?

..... durch viele Wochen im ganzen?
..... an wie vielen Tagen durchschnittlich pro Woche: während der Hauptferien? Tage pro Woche; während des Schuljahres? Tage pro Woche

(Sind bei Frage 8 mehrere Beschäftigungsarten angeführt, so sind diese Fragepunkte für jede Beschäftigungsart getrennt mit Anführung der bei Frage 8 gewählten Buchstaben zu beantworten; falls sich die Wochen, beziehungsweise Tage, an denen das Kind verschiedenen Beschäftigungen obliegt, ganz oder zum Teile decken, so ist dies ausdrücklich hervorzuheben.)

Gesamtzahl der Arbeitsstunden des Kindes pro Tag einschließlich etwaiger Nachtarbeit:

a) An Wochentagen während der Hauptferien 1907, durchschnittlich Stunden, höchstens Stunden.

Im Winterhalbjahr 1907/08*)		Im Sommerhalbjahr 1908*)	
durchschnittlich	höchstens	durchschnittlich	höchstens
Stunden		Stunden	
b) An Wochentagen während des Schuljahres 1907/08			
c) An Sonn- und Feiertagen			

10. Arbeitet das Kind auch zur Nachtzeit (das ist in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens)? (Ja oder nein?) Wenn ja, durch wie viele Wochen im Jahre? und an wie vielen Tagen durchschnittlich pro Woche? (Sind bei Frage 8 mehrere Beschäftigungsarten angeführt, so sind die vorstehenden Fragen für jede Beschäftigungsart getrennt, mit Anführung der bei Frage 8 gewählten Buchstaben zu beantworten; falls sich die Wochen, beziehungsweise Tage, an denen das Kind verschiedenen Beschäftigungen zur Nachtzeit obliegt, ganz oder zum Teile decken, so ist dies ausdrücklich hervorzuheben.)

Wie viele Stunden arbeitet das Kind durchschnittlich pro Tag:	Während der Hauptferien 1907	Im Winterhalbjahr 1907/08*)	Im Sommerhalbjahr 1908*)
morgens vor 6 Uhr			
abends nach 8 Uhr			

11. Arbeitsort des Kindes: (Hier ist anzugeben, ob das Kind im Freien oder in einem geschlossenen Raume, z. B. in einer Werkstätte und dergleichen oder in einem Wohnraume arbeitet, und zwar in der Werkstätte oder Wohnung der Eltern oder Wohnungsgeber [Frage 6] oder in der Werkstätte oder Wohnung dritter Personen [Arbeit- oder Dienstgeber], ob in dem Wohnraume, in dem das Kind arbeitet, geschlafen, gekocht wird, ob darin Verrichtungen erfolgen, die viel Staub, schädliche Dämpfe und dergleichen entwickeln, ob der Raum niedrig ist, von wie vielen Personen er eventuell als Schlaf- und Arbeitsraum benützt wird, ob er gutes Tageslicht hat oder nicht, woraus die künstliche Beleuchtung besteht [Talglicht,

*) Als Grenze zwischen dem Winter- und dem Sommerhalbjahre ist der 31. März 1908 anzunehmen.

Petroleumlicht] usw.)

12. Seit welchem Lebensjahre arbeitet das Kind?
Welche Arbeiten hat das Kind im vorschulpflichtigen Alter verrichtet?

13. Entlohnung des Kindes: (Hier ist anzugeben, ob die Arbeit des Kindes besonders entlohnt wird, und zwar in Geld oder durch Kost, Wohnung, Kleidung usw., wie hoch im Durchschnitte der tägliche, wöchentliche oder monatliche Verdienst des Kindes ist; falls die Entlohnung pro Stück, Duzend und dergleichen erfolgt, so ist die Höhe des Lohnsatzes anzugeben und mitzuteilen, wie lange das Kind in der Regel arbeiten muß, um die dem Lohnsatze zugrunde liegende Menge [Stück, Duzend usw.] fertigzustellen; weiters ist anzugeben, ob das Kind seinen Arbeitsverdienst ganz oder teilweise an die Eltern oder an andere Personen abliefern muß usw.)

14. Gesundheitsverhältnisse des Kindes: (Hier ist anzugeben, ob das Kind in seiner körperlichen oder geistigen Entwicklung zurückgeblieben ist, ob es eine Verletzung mit bleibenden Folgen erlitten hat, ob es an einer Verkrümmung des Rückgrates, an einer Störung des Sehvermögens, an einer geistigen Störung leidet; ferner sind hier allfällige sonstige Wahrnehmungen über den Gesundheitszustand des Kindes mitzuteilen und es ist insbesondere anzugeben, ob und aus welchen Gründen das etwa vorhandene Gebrechen des Kindes, beziehungsweise dessen Verletzung auf seine jetzige oder frühere Arbeit zurückzuführen ist. Diese Fragen sind, falls ein Schularzt bestellt ist oder sonst ein Arzt an der Erhebung mitwirkt, von diesem oder im Einvernehmen mit diesem, andernfalls selbständig von der Lehrperson zu beantworten; im Falle der Mitwirkung eines Arztes ist der Fragebogen auch von diesem zu unterfertigen.)

15. Zahl der Unterrichtsstunden des Kindes pro Woche:

	Im Winterhalbjahr 1907/08	Im Sommerhalbjahr 1908
a) Zur Zeit des normalen Unterrichts		
b) Zur Zeit der Schulbesuchserleichterung		

16. Verhalten des Kindes in der Schule. Übt die vom Kinde verrichtete Arbeit einen nachteiligen Einfluß aus auf den Fleiß? (Ja oder nein?) die Aufmerksamkeit? (Ja oder nein?), das sittliche Betragen? (Ja oder nein?), den Fortgang? (Ja oder nein?)

17. Schulbesuch des Kindes. Übt die vom Kinde verrichtete Arbeit einen nachteiligen Einfluß auf den Schulbesuch aus? (Ja oder nein?) Zahl der während des Schuljahres 1907/08 versäumten, nicht durch Krankheit entschuldigten Halbtage: Ist das Kind im Laufe des Schuljahres aus der Schule ausgetreten? (Ja oder nein?) Wenn ja, wann und aus welchem Grunde? Ist das Kind während des ganzen Schuljahres der Schule ferngeblieben? (Ja oder nein?) War das Kind während des Schuljahres an einer generellen Schulbesuchserleichterung beteiligt? (Ja oder nein?) oder wurde ihm eine individuelle Schulbesuchserleichterung gewährt? (Ja oder nein?) Worin bestand diese Schulbesuchserleichterung?

erleichterung?
 Dauer der Schulbesuchserleichterung: Von bis

(Ort und Datum der Ausfüllung des Fragebogens)

..... am 1908.

(Eventuelle Unterschrift des Arztes zu Frage 14) (Unterschrift des Klassenlehrers, der Klassen-
 lehrerin, beziehungsweise des Schulleiters)

Anleitung

zur Ausfüllung des Individualfragebogens, betreffend das arbeitende Kind.

Ein Individualfragebogen ist für jedes schulpflichtige Kind auszufüllen, welches während des Schuljahres 1907/08 oder der unmittelbar vorhergegangenen Hauptferien Arbeiten irgend welcher Art verrichtet hat, z. B. in der Land- oder Forstwirtschaft oder bei Jagden, in der Fischerei, im Bergbau, in einer Hausindustrie oder Heimarbeit, in Fabriksbetrieben, bei Handwerkern, im Gast- und Schankgewerbe, in einem Handels- oder Transportunternehmen, bei Theaterunternehmungen oder anderen öffentlichen Schaustellungen, im Haushalte (das sind häusliche Arbeiten, Kinderhüten und dergleichen) oder als Bote, Austräger, Sammler, Hausierer, Regelaufsetzer usw. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Arbeit des Kindes in irgend einer Form besonders entlohnt wurde oder nicht, und es sind hier auch alle jene Kinder zu berücksichtigen, welche ausschließlich für ihre Eltern oder Wohnungsgeber in deren Betrieb oder Haushalt tätig waren.

Die Ausfüllung eines Fragebogens hat lediglich bei jenen Kindern zu entfallen, die während des oben genannten Zeitraumes keinerlei Arbeiten verrichteten oder von ihren Eltern, beziehungsweise Wohnungsgebern nur ausnahmsweise zu geringfügigen Hülfsleistungen verwendet wurden.

Für alle arbeitenden Kinder, die in einer Klasse eingeschrieben sind, hat der Klassenlehrer, beziehungsweise die Klassenlehrerin die Individualfragebogen auszufüllen, und zwar auch dann, wenn solche Kinder die Schule nur während eines Teiles des Jahres oder gar nicht besucht haben. Wenn jedoch im Schulsprenkel arbeitende, im schulpflichtigen Alter stehende Kinder vorkommen, welche aus irgend einem Grunde in keiner Klasse eingeschrieben sind, so fällt es der Schulleitung zu, die Individualfragebogen für diese Kinder sinngemäß zu beantworten.

Die Beantwortung der einzelnen Fragen soll kurz gefaßt sein, dabei aber über die Tatsachen möglichst vollkommenen Aufschluß geben und jeden Zweifel ausschließen. Die mehreren Fragen in Klammern folgenden Erläuterungen sind nur dazu bestimmt, klar zu machen, um was es sich bei Beantwortung der Frage hauptsächlich handelt; es sind darin aber nicht immer alle denkbaren Fälle und Verhältnisse aufgezählt, so daß bei den betreffenden Fragen auch andere, in den Erläuterungen nicht vorgesehene Angaben gemacht werden können.

Bei Ausfüllung des Fragebogens soll der Lehrer, beziehungsweise Schulleiter zunächst die bei seiner beruflichen Tätigkeit gemachten Beobachtungen über die persönlichen Verhältnisse des Schulkindes verwerten; im übrigen sind

die Schulkinder selbst sowie die Familienangehörigen der Kinder, eventuell auch andere vertrauenswürdige Personen in entsprechender Weise zu befragen. Die auf diesem Wege erlangten Angaben hat der Lehrer, beziehungsweise Schulleiter vor der Eintragung in den Fragebogen auf Grund seiner Kenntnis der allgemeinen Verhältnisse im Schulsprengel so weit wie möglich auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Erweist es sich in einem einzelnen Falle als gänzlich unmöglich, eine Frage eventuell auch nur schätzungsweise zu beantworten, so ist dieser Umstand durch Beisetzung des Wortes „unbekannt“ zu der betreffenden Frage ersichtlich zu machen.

Als Erhebungszeitraum haben, wie eingangs erwähnt, das Schuljahr 1907/08 und die unmittelbar vorhergegangenen Hauptferien zu gelten und es sind der Beantwortung der einzelnen Fragen die Verhältnisse, die während dieses Zeitraumes oder doch während des größeren Teiles dieses Zeitraumes geherrscht haben, zu Grunde zu legen.

Die Erhebungen

werden in folgenden deutschen Gerichtsbezirken und Gemeinden durchgeführt:

- Gerichtsbezirk Bischofteinitz, Dauba, Tannwald, Grazen, Kalsching, Kofitnitz vollständig;
- aus dem Gerichtsbezirk Asch die Gemeinden: Haslau, Neuenbrand, Roßbach;
- aus dem Gerichtsbezirk Auffig die Gemeinden: Auffig, Kleische, Schönpriesen, Kleinpriesen;
- aus dem Gerichtsbezirk Hostau die Gemeinde Plöß;
- aus dem Gerichtsbezirk Ronsperg die Gemeinden: Neugramatin, Ronsperg;
- aus dem Gerichtsbezirk Rühr die Gemeinden: Böhren, Johnsdorf.
- aus dem Gerichtsbezirk Ratharinaberg die Gemeinde Ratharinaberg.
- aus dem Gerichtsbezirk Budweis die Gemeinden: Budweis u. zw. mit Beschränkung auf je 2 von der Schulbehörde zu bestimmende von den Kindern der ärmeren Volksklasse besuchte Volksschulen und je 1 Bürgerschule für Knaben und Mädchen; Rudolfsstadt, Lodus;
- aus dem Gerichtsbezirk Dux die Gemeinden: Dux, Georgendorf, Ladowitz;
- aus dem Gerichtsbezirk Eger die Gemeinden: Eger, Liebenstein, Seeberg;
- aus dem Gerichtsbezirk Wildstein die Gemeinden: Fleißen, Schönbach, Wildstein;
- aus dem Gerichtsbezirk Falkenau die Gemeinde Bleistadt;
- aus dem Gerichtsbezirk Friedland die Gemeinde Weißbach;
- aus dem Gerichtsbezirk Gabel die Gemeinde Gabel;
- aus dem Gerichtsbezirk Gablonz die Gemeinden: Josefstal, Obermardorf, Untermardorf;
- aus dem Gerichtsbezirk Grasslitz die Gemeinden: Grasslitz, Heinrichsgrün;
- aus dem Gerichtsbezirk Neudeck die Gemeinde Frühlitz;
- aus dem Gerichtsbezirk Hohenelbe die Gemeinde Hohenelbe;
- aus dem Gerichtsbezirk Neupaka die Gemeinde Widach;
- aus dem Gerichtsbezirk Platten die Gemeinde Platten;
- aus dem Gerichtsbezirk Preßnitz die Gemeinde Weipert;
- aus dem Gerichtsbezirk Raaden die Gemeinde Raaden;
- aus dem Gerichtsbezirk Karlsbad die Gemeinde Altrohlau;

aus dem Gerichtsbezirk Königinhof an der Elbe die Gemeinden: Güntersdorf, Regeisdorf, Königinhof an der Elbe;
 aus dem Gerichtsbezirk Görlau die Gemeinden: Bernau, Kleinpriesen;
 aus dem Gerichtsbezirk Sebastiansberg die Gemeinden: Neudorf, Sonnenberg;
 aus dem Gerichtsbezirk Oberplan die Gemeinde Schwarzbach;
 aus dem Gerichtsbezirk Staab die Gemeinden: Blattwitz, Holleichen, Steinau jezd;
 aus dem Gerichtsbezirk Neubistritz die Gemeinde Neubistritz;
 aus dem Gerichtsbezirk Pilsen die Gemeinde Pittitz;
 aus dem Gerichtsbezirk Winterberg die Gemeinde Obermolbau;
 aus dem Gerichtsbezirk Reichenberg die Gemeinden: Althabendorf, Ratichendorf;
 aus dem Gerichtsbezirk Wernsdorf die Gemeinde Wernsdorf;
 aus dem Gerichtsbezirk Saaz die Gemeinden: Teschnitz, Saaz, Großtischernitz, Holletitz, Liebottschan, Reitschowses, Sattau, Seltitz, Wiffotichan;
 aus dem Gerichtsbezirk Hainzspach die Gemeinde Hainzspach;
 aus dem Gerichtsbezirk Schluckenau die Gemeinde Schluckenau;
 aus dem Gerichtsbezirk Schüttenhofen die Gemeinden: Bergstadt, Schüttenhofen;
 aus dem Gerichtsbezirk Tachau die Gemeinden: Hals, Langendörflas, Tachau, Galtenhof;
 aus dem Gerichtsbezirk Taus die Gemeinden: Klentitz, Haselbach, Meigelsdorf;
 aus dem Gerichtsbezirk Marienbad die Gemeinde Marienbad;
 aus dem Gerichtsbezirk Weseritz die Gemeinde Neumarkt;
 aus dem Gerichtsbezirk Teplice die Gemeinden: Molbau, Teplice-Schöna, Turn, Zinnwald, Witterschan;
 aus dem Gerichtsbezirk Benssen die Gemeinde Dobern;
 aus dem Gerichtsbezirk Böhmisches-Ramnik die Gemeinde Steinschöna;
 aus dem Gerichtsbezirk Tetschen die Gemeinden: Bodenbach, Gulan, Tetschen, Topkowitz;
 aus dem Gerichtsbezirk Trautena die Gemeinden: Altenbuch, Deutsch-Prausnitz, Petersdorf.

In die Beratungen des österr. Kinderschutzkongresses wurde das Thema „Kinderarbeit“ nicht aufgenommen.

Ein diesbezüglich auf der Tagung gestellter Antrag des Vertreters der Wiener päd. Gesellschaft Siegmund Kraus konnte nach den Statuten nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Ein eigenes Kinderschutzgesetz besitzt in Österreich Steiermark.

Der Gesetzentwurf über die Kinderarbeit.

Das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses hat den Entwurf eines Gesetzes über die Kinderarbeit fertiggestellt. Der Entwurf enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Kinder vor dem vollendeten 14. Lebensjahre dürfen unbeschadet weitergehender Bestimmungen in anderen Gesetzen und Vorschriften zur Erwerbsarbeit nur nach Maßgabe dieses Gesetzes verwendet werden. Die bloße gelegentliche Verwendung zu einzelnen Dienstleistungen ist nicht als Erwerbsarbeit anzusehen. Auf Arbeiten der Kinder in Erziehungs-, Unterrichts-, Wohlfahrts- und Besserungsanstalten findet das Gesetz keine Anwendung.

Die Beschränkungen der Kinderarbeit sind vornehmlich folgende: Kinder dürfen nur insoweit beschäftigt werden, als sie dadurch weder in ihrer Gesundheit geschädigt noch in

ihrer körperlichen oder geistigen Entwicklung gefährdet oder in der Erfüllung ihrer Schulpflicht behindert werden. Die Verwendung von Kindern vor vollendetem zwölften Lebensjahre ist nur zu leichteren landwirtschaftlichen Arbeiten gestattet, doch dürfen auch in der Landwirtschaft Kinder vor dem vollendeten 10. Lebensjahre zur Erwerbsarbeit nicht verwendet werden. An Schultagen dürfen Kinder nicht länger als drei Stunden und nicht vor dem Vormittagsunterrichte verwendet werden. Zu Mittag ist eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. An schulfreien Tagen darf die Arbeit nicht länger als vier Stunden, in der Landwirtschaft sechs Stunden dauern. Verboten ist die Verwendung an Sonn- und Feiertagen, ferner mit Ausnahme der Landwirtschaft in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens, in der übrigen Zeit zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens.

Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und sonstigen öffentlichen Produktionen und Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden. Wenn ein besonderes Interesse der Kunst oder Wissenschaft vorliegt, kann die politische Behörde erster Instanz in einzelnen Fällen nach Anhörung der Schulleitung eine Ausnahme zulassen, in welchen Fällen auch das Verbot der Arbeit nach 8 Uhr abends keine Anwendung findet. Gelegentliche, mit Erlaubnis der Schulbehörden abzuhaltende Veranstaltungen von Schulkindern fallen nicht unter diese Vorschriften.

Besondere Bestimmungen gelten für die Verwendung fremder Kinder, d. i. solcher, die nicht zum Familienhaushalte gehören. Wer solche verwenden will, hat der politischen Behörde genaueste Anzeige zu erstatten und ein Verzeichnis der verwendeten Kinder für die Behörde stets bereitzuhalten.

Die Verabreichung geistiger Getränke auf Rechnung des Lohnes oder als Teil der bedungenen Verköstigung ist untersagt. Die Verabreichung gebrannter geistiger Getränke an Kinder ist überhaupt, mögen es eigene oder fremde sein, untersagt.

Die Aufsicht über die Einhaltung des Gesetzes obliegt den politischen Behörden, die von den Gemeindebehörden und Schulleitungen sowie von den Gewerbeinspektoren zu unterstützen sind. Übertretungen werden von den politischen Behörden gestraft, bei besonders erschwerenden Umständen mit Arrest und es kann dann auch die Verwendung fremder Kinder untersagt werden. Die Strafgeelder sind zu Zwecken der öffentlichen Jugendfürsorge zu verwenden.

25. Jugendfürsorge und Sozialreform.

a) Mutterchutz.

b) Hauspflegevereine.

c) Wohnungsreform.

Statuten des Vereins zur Förderung der Wohnungsreform.

d) Nationaler Jugendschutz.

e) Ausbildung von Hilfskräften zur sozialen Fürsorge.

(Dieser Teil mußte leider wegen Raum Mangels für den nächsten Jahrgang zurückgelegt werden.)

26. Organisation der Jugendfürsorge.

Die gegenwärtige Organisation der Jugendfürsorge in Böhmen ist die folgende:

Land- und Stadtgemeinden: Vertrauensmänner, Waisenkomitees oder Gemeindewaisenträte, Waisenanstalten, eigene Waisen- und Fürsorgevereine.

Bezirk: Referenten in den Bezirksvertretungen und Bezirksausschüssen.
Bezirkskindererschuttsvereine.

Land: 1. Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen;

2. Landeskommission für Kindererschutts und Jugendfürsorge;

3. Landesauschutts, Departement IV. Landeswaisenfond.

Reich: Zentralstelle für Jugendfürsorge in Wien.

Jugendfürsorge in den Landgemeinden und Städten.

Gemeindewaisenträte.

Die Organisation des Kindererschutts in der Gemeinde behandelte der I. D. R. R. unter der Frage:

„Empfiehlt es sich, in den einzelnen Gemeinden Organe der Selbstverwaltung zu schaffen, welche die Gerichte in der Ausübung ihrer pflegschaftsbehördlichen Funktionen zu unterstützen hätten?“

Hiezu lag ein Gutachten von Ministerialrat Dr. Hugo Schauer vor, das sich dahin aussprach:

„Es ist unerlässlich, durch eine Ausgestaltung der bestehenden Geseze in den einzelnen Gemeinden Organe der Selbstverwaltung zu schaffen (Vormundschaftsräte), welche die Gerichte in der Ausübung ihrer pflegschaftsbehördlichen Funktionen zu unterstützen haben.“

In der Debatte wurde dieser Auffassung fast einhellig zugestimmt.

Dr. Basthy-Prag beantragte die Ausstattung der zu kreierenden Selbstverwaltungsorgane mit dem Rechte der öffentlichen Budgetierung.

Prof. Dr. Epstein wies auf die Abgeneigtheit und Schwierigkeit in manchen Gemeinden hin, derartige „Gemeinde“organe zu schaffen, er wünscht statt „autonom“, lieber „verantwortliche“ Organe, sowie eine gewisse gesetzliche Freiheit über die Zusammensetzung dieser Organe, damit jeder Bureaukratismus vermieden werde. Wichtig wäre weiters die Bestellung ausschließlicher Pflegschaftsrichter und die statistische Aufnahme des Waisen- und Pflegekinderwesens bei der nächsten Volkszählung.

In der Plenarsitzung wurde seitens des Referenten OÖG. Dr. A. Feldner-Graz folgender Bericht abgegeben:

Der leitende Grundsatz für die sachlich eingeschränkte Erörterung dieser Frage war es, zu prüfen, ob es notwendig ist, wirksam funktionierende Hilfsorgane des Pflegschaftsgerichtes zu besitzen. Wirksame Pflegschaftsführung ist aber nun einmal nicht anders denkbar als beim Vorhandensein zweier kardinaler Voraussetzungen. Deren erste ist es, daß das Pflegschaftsgericht Kenntnis erlangt von den Tatbeständen, welche Schutts, Fürsorge und Abwehr gegen die Verwahrlosung erheischen. Das ist ein Satz, der nun einmal nicht in Zweifel gezogen werden kann. Infolgedessen ergibt sich schon hier von vornherein die Bejahung der gestellten Frage, die auch wir Richter bestätigen müssen. Ja, es fehlt uns bisher oder fehlte uns wenigstens bis vor kurzer Zeit an solchen Hilfsorganen, welche die Schutts und Hilfe Heischenden für uns ermittelt hätten. Deshalb und noch aus einem zweiten Grunde hat sich die Diskussion über diese Frage überhaupt gar nicht komplizieren können. Dieser zweite Grund ist — wie ich als Berichterstatter erfreulicherweise hinweisen konnte — daß wir das, was wir heute in der Diskussion suchen, den Vormundschaftsrat, tatsächlich schon besitzen. Denn im Laufe der letzten Jahre hat der Vormundschaftsrat nach dem Vorbilde des sächsischen Waisen-

rates unter der verdienstvollen Führung unseres Richterkollegen Janisch vom Erzgebirge her seinen siegreichen Einzug nach Österreich gehalten, so daß wir heute tatsächlich in Tausenden und Abertausenden von Orten den Vormundschaftratsrat schon besitzen, welcher nach dem wohl berufensten Zeugnisse des Herrn Ministerialrates Dr. Schauer allüberall mit vorzüglichem Erfolge tätig ist und nur noch der gesetzlichen Anerkennung seines Wirkungskreises bedarf, der Erklärung der Amtlichkeit seiner Funktionen harret. Es wurden daher in der Debatte auch prinzipielle Bedenken gegen die Einführung derartiger Hilfsorgane des Pflegschaftsgerichtes nicht erhoben. Es wurden wohl Anregungen gegeben, die mit der Sache im Zusammenhange stehen, sich jedoch mit der Frage selbst, mit der rein sachlichen Frage, ob es notwendig ist, Vormundschafträte als Hilfsorgane der Gerichte einzuführen, tatsächlich nicht decken, Anregungen, die außerordentlich wertvoll sind und im Verhandlungsprotokolle der Abteilungen bekräftigt wurden, auf die ich also hier nicht weiter eingehen zu sollen glaubte.

Auf der I. db. Z. R. war seitens des k. k. G. A. Gottlieb Werner-Saida folgender Bericht erstattet worden:

Die Gerichte haben sich seit jeher mit der Überwachung der Erziehung der Kinder befaßt, doch blieben die Gerichte stets nur „überwachende“ Behörden, welche erst einschreiten, wenn ein krasser Fall von Kindermißhandlung zu ihrer Kenntnis gelangte. Die gesetzlichen Handhaben, welche den Gerichten zu diesem Behufe geboten, sind ziemlich gering.

Nach § 177 a. BGG. sind Väter, die die Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder gänzlich vernachlässigen, der väterlichen Gewalt für verlustig zu erklären und nach § 178 a. BGG. hat das Gericht gegen den Mißbrauch der väterlichen Gewalt, wodurch das Kind in seinen Rechten gekränkt wird, oder gegen die Vernachlässigung der mit der väterlichen Gewalt verbundenen Pflichten die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen.

Nach der Z. M. B. vom 3. Dezember 1899 wurden den Gerichten die beiden vorgenannten Paragraphen in Erinnerung gebracht und wurde den Gerichten aufgetragen, die Wahrnehmungen, die sie bei der Verwaltung der Strafrechtspflege machen, oder die ihnen bei der vorschriftsmäßigen Erfundigung über die Verpflegung und Erziehung der Pflegebefohlenen zukommen, zum Anlasse gerichtlicher Fürsorgemaßregeln zu nehmen, wie sie das bürgerliche Recht gestattet.

Diese Vorschriften sind allerdings theoretisch schön gesagt, ob mit denselben jedoch der Intention dieser Vorschriften gedient ist und ob der praktische Effekt erzielt wurde, das muß dahin gestellt bleiben, doch glaube ich schon jetzt sagen zu können, daß die Absicht der genannten Vorschriften bisher nicht erreicht wurde und zwar aus dem Grunde, weil die Gerichte, wie ich bereits erwähnte, nur als überwachende Organe fungieren und sich nur auf Erhebungen beschränken müssen und auf die Mitwirkung der Verwandten, Nachbarn etc. der in Frage kommenden Kinder angewiesen sind, und sind derartige Erhebungen oft sehr zweifelhafter Natur, zumal die beteiligten Personen in den meisten Fällen stark befangen sind, ja oft mit dem Strafgesetze in Konflikt kommen, wodurch dann der wahre Sachverhalt verhüllt wird und die Gerichte in ihrer Amtstätigkeit beruhigt werden.

Bisher war der Pflegschaftsrichter durch derartige Vorschriften verbunden, zu erheben, wie ein Kind behandelt, gehalten und erzogen wird, das Gericht soll aber auch, wie es die Z. M. B. vom 11. Mai 1905 vorschreibt, das weitere Verhalten der Eltern und Pfleger im Auge behalten und hierzu die Hilfe der Polizei eventuell auch der Privatwohltätigkeitsvereine in Anspruch nehmen. Wenn nun auch der Pflegschaftsrichter seine Pflicht ganz ernst nimmt,

so ist es ihm doch absolut unmöglich, zuverlässig zu erheben oder zu erfahren, wie ein Kind behandelt wird oder gar das Verhalten der Eltern und Pfleger im Auge zu behalten. Dies würde am sichersten durch persönliche Intervention des Pflégschaftsrichters erzielt werden, doch ist dies aus den verschiedenartigsten Gründen, welche zu erörtern hier nicht der rechte Ort ist — unmöglich und bleibt hier nur ein Auskunftsmittel und das wäre, daß in den einzelnen Gemeinden Organe bestellt werden, welche den Gerichten bei den pflégschaftsbehördlichen Arbeiten an die Hand gehen und hierdurch die gute Absicht des Gesetzes auf Schutz des Kindes der Verwirklichung näher bringen. Die Gerichte blieben dann wie bisher die überwachende, beratende Behörde, während diesen Organen in der Gemeinde die exekutive Tätigkeit zufiele. Dieselben hätten mit den in Pflege befindlichen Kindern und deren Eltern resp. Erziehern in unmittelbare Fühlung zu treten und sich durch persönliche Anschauung von dem Erfolge zu überzeugen. Diese Organe müßten den Gerichten auch alle Fälle von Kinderverwahrlosung bekannt geben und über die gemachten Wahrnehmungen periodisch berichten. — Wenn es gelingt, in allen oder in den meisten Gemeinden derartige Organe zu bestellen, dann wird der Pflégschaftsrichter eine eminente Hülfe daran haben und wird derselbe leichter der idealen Intention des Gesetzes entsprechen können.

Nach der Z. M. B. vom 11. Mai 1901 soll der Pflégschaftsrichter in Fällen von Kindermißhandlung die Hülfe der Privatwohlthätigkeitsvereine in Anspruch nehmen, soll diesen Vereinen von diesen Kindermißhandlungen Mitteilung machen, insbesondere auch ihre Hülfe zur Ermittlung eines geeigneten Pflegers in Anspruch nehmen. — Dies ist allerdings wiederum ganz schön verordnet doch schwer durchgeführt; abgesehen nämlich davon, daß den Gerichten vielfach und wahrscheinlich meistens nicht bekannt ist, welche Vereine sich mit Kinderschutz und Kindererziehung befassen, bestehen in manchen Gemeinden resp. Gerichtsprengeln gar keine solcher Anstalten oder Vereine und wenn solche bestehen, so ist die Aufnahmemöglichkeit oft beschränkt. Aus dem Verzeichnisse der Wohlthätigkeitsvereine, Anstalten und Stiftungen im Königreiche Böhmen ersehe ich, daß im Gerichtshofsprenkel B. Leipa wohl 18 solcher Anstalten vorhanden sind, doch wird die Aufnahme teilweise durch die Zuständigkeit, durch das Alter, durch die geringe Anzahl der Plätze beschränkt. Einige dortige Anstalten sind nur sogenannte Kinderergärten, d. h. die Kinder werden nur über gewisse Stunden in Aufsicht übernommen, so daß z. B. für den Bezirksgerichtsprenkel Haida höchstens 6 dieser 18 Anstalten in Frage kämen, alle jedoch unter der Voraussetzung, daß Kinder aus dem Sprengel Haida in anderen Gerichtsprenkeln aufgenommen werden. Von allen diesen Vorschriften kann aber der Richter keinen Gebrauch machen, weil er von bedürftigen Kindern meistens keine Kenntnis hat.

Wenn nun in den einzelnen Gemeinden selbständige Organe bestellt würden, so würde es für dieselben ein Leichtes sein, einen geeigneten Pfleger im Orte namhaft zu machen, und gleichzeitig die Erziehung des Kindes bei diesem Pfleger zu überwachen.

Die Anfänge zu der Einrichtung derartiger Organe wurden bereits gemacht und zwar in der verschiedenartigsten Form unter dem Namen: Waisenräte, Vertrauensmänner u. a. Doch ist diese Einrichtung lediglich in einigen Ländern und da nicht einheitlich durchgeführt. So bestehen sogenannte Waisenratsvereine in den Gerichtsbezirken Wien, dann korporative Bezirksweisenräte in einigen Gerichtsbezirken Niederösterreichs, dann der korporative Waisenrat in den einzelnen Gemeinden, wie dies Herr LGK. Janisch im Jahre 1900 im Bezirk Sebastiansberg und im Jahre 1902 im Bezirk Friedland ins Leben gerufen hat. Diese letztere Einrichtung hat in

mehreren Landbezirken von Böhmen, Nieder- und Oberösterreich Nachahmung gefunden. Schließlich finden wir noch in Salzburg die Einrichtung der Einzel-Vertrauensmänner in den einzelnen Gemeinden des Gerichtsprengels — aus Deutschland herübergenommen. In Deutschland besteht eine ähnliche Einrichtung und zwar wurde im Jahre 1900 durch das neue bürgerliche Gesetzbuch allgemein der sogenannte Gemeindevaisenrat eingeführt und zwar als Hilfsorgan der Obervormundschaft.

Wie ich bereits erwähnt habe, sind die gesetzlichen Bestimmungen, welche den Kinderschutz betreffen, sehr mager und kommen diese in der Praxis wenig oder gar nicht in Anwendung. Dies dürfte auch das Justizministerium zu den anfangs erwähnten Verordnungen veranlaßt haben, und finde ich dies auch in einem Erlaß, welchen das Justizministerium an das k. k. OLG. Präsidium in Wien unter dem 10. April 1902 herausgegeben hat, bestätigt, dort lautet ein Passus wörtlich:

„Nach den bisherigen Erfahrungen scheint sich die Praxis auch nicht immer der Tragweite der in ihrer allgemeinen und weiten Fassung außerordentlich wertvollen Bestimmung des § 178 a. BGB. (Mißbrauch der väterlichen Gewalt) bewußt geworden zu sein.“

Der Pflégschaftsrichter wird gewiß der guten Intention des Gesetzes entsprechen, wenn die Überwachung der persönlichen Verhältnisse der Kinder nicht allein, wie bisher, durch die Gerichte geschieht, sondern wenn hierfür eigene Organe bestellt und gesetzlich geregelt würden.

Die Tätigkeit dieser Organe — ob sie nun eine Korporation oder Einzelperson wäre — bestände darin, ein wachsamcs Auge auf das persönliche Wohlergehen und Verhalten der Mündel seines Bezirkes zu haben, und alles, was in seiner Macht steht, aufzubieten, um der sittlichen und körperlichen Verwahrlosung des Kindes vorzubeugen. Dazu wäre nötig, daß er in dauernder Verbindung mit den Mündeln, ihren Familien, den Vormündern oder Erziehern bleibt, daß er sie von Zeit zu Zeit besucht, um sich aus eigener Anschauung von allem zu überzeugen.

Welche dieser obengenannten Einrichtungen die geeignetere ist, ob nämlich die Waisenratsvereine, oder der korporative Bezirksweisenrat, oder der korporative Waisenrat in den einzelnen Gemeinden, läßt sich nicht apodiktisch sicherstellen, doch halte ich den korporativen Waisenrat in jeder Gemeinde vielleicht für die geeignetste Einrichtung, weil sie verhältnismäßig die einfachste ist und sich nach den Erfahrungen des Herrn LGK. Janitsch sehr gut bewährt hat.

Dieser Waisenrat könnte in jedem Orte, welcher ein Gemeindeamt besitzt, organisiert werden, jener Ort, welcher lediglich einen Ortsvorsteher besitzt, könnte dem nächstgelegenen Gemeindeamte angegliedert werden.

Dieser Waisenrat hätte zu bestehen aus:

1. dem Gemeindevorsteher oder dessen Stellvertreter,
2. dem Ortsgeistlichen resp. dem Pfarrvorstande,
3. dem Schulleiter,
4. dem Arzte

und dann einigen von der Gemeindevertretung aus derselben gewählten Mitgliedern in einer nicht zu großen Zahl.

Schließlich wäre in den Waisenrat ein insbesondere zur Überwachung der weiblichen Pflegefinder bestimmtes Mitglied weiblichen Geschlechts zu wählen.

Sämtliche Ämter wären unentgeltliche Ehrenämter.

Dies wäre in groben Umrissen das Wesen des Waisenrates in jeder Gemeinde. Was den Wirkungskreis des Gemeindewaisenrates betrifft, so wäre dies folgender:

1. die Überwachung der Ob Sorge der Vormünder oder Kuratoren für die Person des Pflegebefohlenen,
2. Anzeige von Fällen, in welchen ein Vormund oder Kurator zu bestellen ist,
3. Anzeige der Fälle von Mißbrauch der väterlichen Gewalt oder vormundschaftlichen Gewalt,
4. Vorschlag von Vormündern oder Kuratoren in besonders qualifizierten Fällen,
5. Auskunftserteilung über das persönliche Ergehen und Verhalten eines Pflegebefohlenen auf Auftrag des Gerichtes.

Der Gemeindewaisenrat müßte eine eigene Behörde sein, z. B. als Glied des Gemeindeamtes.

Mit dieser Organisation wäre dann überall ein kleiner Anfang zur Besserung der unhaltbaren Zustände auf diesem Gebiete gemacht, und wie ich aus den einzelnen Hilfsquellen ersehen habe, lauten die Berichte über die Wirksamkeit dieser Funktionen fast ausschließlich günstig.

Ich will mir allerdings nicht die Schwierigkeiten der Durchführung einer einheitlichen Organisation verhehlen, denn bei dem Umstande, daß sämtliche Funktionen unentgeltlich sind, also Ehrenämter bilden, dürfte diese Organisation auch mehr Schwierigkeiten kosten, als man erwartet. Denn eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung ist die Intelligenz der Bevölkerung, und diese ist bekanntlich nicht in allen Gemeinden gleich, die Bevölkerung dürfte auch nicht überall diesen Bestrebungen mit dem richtigen Interesse und Verständnis entgegenkommen. Doch darf man annehmen, daß es doch in jeder Gemeinde genug Einsichtsvolle geben wird, die guten Willen mit Opferwilligkeit vereinen, wenn ihnen ein Weg gezeigt wird, auf dem sie sich auch auf diesem Arbeitsfelde betätigen können.

Daß meine geäußerte Befürchtung nicht grundlos ist, daß manchen Gemeinden das Verständnis für diese edlen Bestrebungen mangeln wird und die geplante Organisation großen Schwierigkeiten begegnen wird infolge der niedrigen Intelligenz der Bevölkerung, geht aus dem Aufsatze des Gerichtsadjunkten Dr. Gebauer hervor, welcher sich betitelt: „Ostböhmischer Sklavenhandel“, in welchem die wahrlich haarsträubenden und unglaublichen Verhältnisse geschildert sind, indem Kinder im Alter von 14 Jahren und sogar unter 14 Jahren von den Eltern an die sogenannten Harnner um einen Schandlohn verkauft werden, um dann dem Bettel und der Prostitution zu verfallen. In manchen Gemeinden werden bis 40% der Kinder auf diese Weise dem Elend preisgegeben und nicht vielleicht geheim, im Gegenteil sozusagen unter behördlichem Schutze, denn die Verträge zwischen den Eltern des Kindes und dem Impresario werden manchmal sogar beim Gemeindeamte mechanisch abgeschlossen. Daß auf diese Weise die ganze Bevölkerung samt der Vorstehung von keiner großen Intelligenz zeugt, ist auf der Hand.

Zur Behandlung des obigen Themas ist wohl niemand mehr berufen als der Schöpfer des Gemeindewaisenrates, Landesgerichtsrat Franz Janisch-Friedland, der uns in liebenswürdiger Weise folgenden Aufsatz zur Verfügung stellte.

Die vormundtschaftliche Fürsorge durch den Gemeindewaisenrat in Österreich.

Von K. k. Landesgerichtsrat Franz Janisch in Friedland.
(Alle Rechte vorbehalten.)

In Österreich wird das Vormundschafts- und Pflégschaftsweisen durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 und durch das kais. Patent vom 9. August 1854 über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitjachen gesetzlich geregelt. Im allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche handelt hauptsächlich das vierte Hauptstück in den §§ 187 bis 284 hierüber, während im Verfahren außer Streitjachen im dritten Hauptstücke in den §§ 181 bis 219 das Verfahren in Vormundschafts- und Kuratelsangelegenheiten erörtert wird.

Dem allgemeinen Bedürfnisse nach einem sicheren und gleichen Rechte sollte durch Modifikation des bürgerlichen Rechtes durch eine Regierungssaktion entsprochen, hiebei so viel möglich das bereits übliche Recht beibehalten, die verschiedenen Provinzialrechte in Übereinstimmung gebracht, dabei das gemeine Recht und die besten Ausleger desselben, sowie auch die Gesetze anderer Staaten benützt und zur Berichtigung und Ergänzung stets auf das allgemeine Recht der Vernunft zurückgesehen werden.

Da zu dieser Zeit Recht und Macht nicht allen Klassen gleichmäßig zu teil wurden, die besitzlosen Klassen noch in Unfreiheit und Leibeigenschaft lebten und Recht und Macht ausschließlich die Vorrechte der wohlhabenden herrschenden Klassen waren, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche der Charakter eines Klassengesetzes anhaftet und es den patriarchischen Zuständen seiner Zeit oft nur Rechnung trägt.

Nach diesen Grundsätzen scheint denn auch das Vormundschafts- und Pflégschaftsweisen durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gesetzlich festgelegt. Der gesetzliche Schutz beschränkt sich vorzugsweise auf die Erhaltung des Besitzes, des Vermögens, so daß das Gesetz in geradezu musterhafter Weise die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Pflégebefohlenen regelt, während für die persönliche Fürsorge, die Erziehung, Bildung und Berufsausbildung der Mündel recht stiefmütterlich und ganz ungenügend vorgesorgt ist.

Seit der Erlassung der ersten Gesetze über das Vormundschaftsweisen haben sich in Österreich, wie in den anderen Ländern, das ganze Wirtschaftsleben umgestaltet, die sozialen Verhältnisse haben eine durchgreifende Veränderung erfahren, das Fortschreiten der Industrie hat einen Teil selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender zu Arbeitern in industriellen Unternehmungen gemacht, die selbständige menschliche Arbeitskraft bedient oft nur die mechanisch arbeitende Maschine, das große Anbot Arbeitsuchender und die nicht gleiche Nachfrage nach denselben, steigert die Konkurrenz und drückt die Entlohnung der Arbeit herab, der Mangel einträglicher Arbeit tritt ein, ein Heer von Proletariern entsteht in Hauptstädten und Industrieorten, die Landflucht steigert sich, der Mangel an landwirtschaftlichen und häuslichen Hilfskräften tritt ein, die Familienbände der Arbeiterschaft werden gelockert oder ganz aufgelöst, die Not der Familie erheischt, daß auch die Gattin das Familienhaupt in dem Erwerbe unterstützt, wodurch die Kindererziehung vernachlässigt wird und die Verwahrlosung der Jugend überhandnimmt.

Jetzt dämmert die Erkenntnis, daß der Staat außer dem Schutze der materiellen Güter der Jugend auch noch ein anderes Interesse hat, nämlich die Hebung der idealen Güter seiner Jugend, deren Erziehung und Berufsausbildung.

Die angewendeten Repressivmittel gegen die zunehmende Jugendverwahrlosung versagten, die Strafen selbst heilten die soziale Krankheit nicht, denn trotz alldem wächst stetig die Zahl der jugendlichen Verbrecher, so daß sich endlich die Erkenntnis Bahn bricht, daß man der Jugendverwahrlosung nur durch vorbeugende Mittel beikommen kann, durch Unterdrückung der Gefahr der äußersten Not, sowie dem Schutze der Jugend vor moralischer und physischer Degeneration und daß die Gerichte zuerst dem Wohle der Armen dienen müssen, um für die Reichen wirken zu können.*) Zum Schutze der Jugend erscheint denn notwendig eine tiefeinschneidende Reform des veralteten und unhaltbaren Vormundschaftswezens, eine Reform, welche der schablonenhaften Anwendung oder Vernachlässigung desselben rasch und unentwegt steuert.

Deshalb strebte ich Anfang Mai 1900, ohne daß ich damals von den Gemeindevorständen im Deutschen Reiche, welche dort auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich vom 18. August 1896 in Wirksamkeit traten, unterrichtet war, an, daß sich in allen Gemeinden des Sebastiansberger Gerichtsbezirkes eine Art Waisenrat, bestehend aus Mitgliedern des Gemeindeausschusses, der Geistlichkeit und des Lehrerstandes bilde, welcher das Vormundschaftsgericht in der Ausübung seiner diesbezüglichen Pflichten zu unterstützen hätte. Über meine Anregung versammelten sich an des Reiches äußersten Grenze in dem 842 Meter über dem Meere im rauen Erzgebirge gelegenen königl. freien Berg- und Bezirksstädtchen Sebastiansberg Vertreter der Gemeinde, der Geistlichkeit und des Lehrerstandes — 17 an der Zahl — am 10. Mai 1900 im VersammlungsSaale des Bezirksgerichtes Sebastiansberg.

Ich stützte mich bei der Besprechung auf die Bestimmungen des österreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, wornach ich schon nach diesem Gesetze die Institution des Gemeindevorstandes gesetzlich gegeben erachtete und führte aus:

Nach § 189 a. B.G.B. sind die Verwandten der minderjährigen und pflegebefohlenen Kinder oder andere mit denselben in nahem Verhältnisse stehenden Personen, wie Lehrer, Erzieher, Lehrherren usw. unter angemessener Abmüdung verbunden, wenn der Fall eintritt, daß einem Minderjährigen — er sei von ehelicher oder unehelicher Geburt — ein Vormund bestellt werden muß, dem Vormundschaftsgerichte die Anzeige zu machen.

Auch die politischen Obrigkeiten, die weltlichen und geistlichen Vorsteher der Gemeinde haben zu sorgen, daß das Gericht in solchen Fällen benachrichtigt wird.

Nach §§ 178 und 217 a. B.G.B. hinwiederum sind die Minderjährigen, die Verwandten desselben und jeder, der hiervon Kenntnis erhält, berechtigt, sich beim Vormundschaftsgerichte zu beschweren, wenn der Vater oder der Vormund seine Macht auf was immer für eine Art mißbraucht oder die Pflichten der nötigen Oborge und Pflege des Mündels hintansetzt.

Daraus folgt für die Verwandten der minderjährigen und pflegebefohlenen Kinder, für die Lehrer, Erzieher, Lehrherren derselben und schließlich auch für die politischen Obrigkeiten, für die Pfarrer und Gemeindevorsteher die Pflicht, taugliche Vormünder für die Pflegebefohlenen in Vorschlag zu bringen, die Erziehung und Pflege aller Minderjährigen — mögen sie unter der Gewalt eines Vormundes oder Kurators stehen, mögen sie ehelicher oder unehelicher Geburt sein — zu überwachen und, falls ein Mißbrauch oder eine

*) MDr. Dvořák, Zeitgemäße Reform des PflégschaftsSchutzes. — Künstler, Böhm.-Leipa 1906.

Verletzung der nötigen Ob- und Pflege der Minderjährigen vorkommt, dem Vormundschaftsgerichte behufs Veranlassung der geeigneten Maßnahmen die Anzeige zu erstatten.

Wenn nun in jeder Gemeinde aus jenen Personen, welche nach dem Gesetze die Aufsicht über die Erziehung und Pflege der Mündel wahrzunehmen haben, einige insbesondere vom Vormundschaftsgerichte hierzu ausgewählt werden, also eine Kommission, ein Rat für die Mündel, für die Waisen, der Waisenrat, so ist dies eine nach den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 178, 189 und 217 a. B.G.B. vorgesehene, mit den dortselbst angeführten Rechten und Pflichten ausgestattete Institution.

Und nun wird man fragen, warum beginnt man erst jetzt, wiewohl die mehrgenannten gesetzlichen Bestimmungen schon so lange in Kraft sind, mit der Schaffung von Waisenräten?

Diese gesetzlichen Bestimmungen gelangten teilweise nicht zur praktischen Anwendung und gerieten im Laufe der Zeit auch teilweise in Vergessenheit. Da sich jedoch in letzterer Zeit die Fälle auffallend mehrten, wo die Pflege und Erziehung der Pflegebefohlenen vernachlässigt wurde, wo sich Mißbräuche einschlichen und arge Nachteile für die Mündel sich hierdurch ergaben und durch die Kinderverwahrlosung soziale Gefahren entstanden sind, ist man gezwungen, diese gesetzlichen Bestimmungen wieder zur Geltung zu bringen und zwar in einer Form, welche die Gewähr bietet, daß die Pflege wirksamen Kinderschutzes bei unserem kräftig pulsierenden, fortschrittlichen und verkehrsreichen Leben ersprießlich wirkt, was durch eine Kommission, durch einen Rat, den Waisenrat, möglich ist.

Daß nur eine Kommission, der sogenannte Waisenrat, für ein gedeihliches Wirken bei der Pflege wirksamen Kinderschutzes die Gewähr bietet, erhellt daraus, daß sich in dieser Kommission die Fürsorge für die Pflegebefohlenen konzentriert, daß in jeder Gemeinde hierdurch ein Kollegium ins Leben tritt, wo alle Gemeindebewohner ihre Bitten, Wünsche und Beschwerden diesbezüglich anbringen können und diese, wenn möglich und rätlich, beim Gemeindewaisenrate zum Wohle der Beteiligten ausgetragen und, wenn schließlich notwendig, ans Vormundschaftsgericht geleitet werden können. Überdies finden in einem Räte von auserlesenen Männern der Gemeinde die Pflégschaftsangelegenheiten sachlicher und objektiver ihre Erledigung.

Aus diesen zwingenden sachlichen Gründen muß als Regel festgehalten werden, daß die Gemeindewaisenräte nicht aus einer Einzelperson, sondern aus einer Mehrheit von Personen, einem Kollegium, sich zusammensetzen. In diesem wichtigen Punkte unterscheidet sich der österreichische Gemeindewaisenrat von den Gemeindewaisenräten im Deutschen Reiche sehr wesentlich, indem im Deutschen Reiche teils eine Einzelperson, teils ein Kollegium als Gemeindewaisenrat fungiert.

Ein gedeihliches Wirken in dem Kinderschutze und der Jugendfürsorge wird nur auf die Dauer durch kollegiale Gemeindewaisenräte, nicht aber durch solche in Form einzelner Vertrauensmänner zu erzielen sein, weil in letzterem Falle gar oft objektive und sachliche Erwägungen einseitigen persönlichen Ansichten Platz machen würden und mit der Zeit das erfolgreiche Wirken schwinden müßte, wenn eine Person nach Gutdünken ihre persönlichen Ansichten allein bestimmend in die Wagschale werfen könnte.

Kurzum die Wirksamkeit der Gemeindewaisenräte muß auf die möglichst einfachste und rascheste Art erfolgen, immer aber als ein Kollegium berufener Vertrauensmänner in Tätigkeit treten.

Die nach meinen Erörterungen bei der Sebastiansberger anknüpfende Besprechung ergab den einhelligen freien Entschluß, daß mit dem 1. Juni 1900 in den einzelnen Gemeinden des Gerichtsbezirkes Sebastiansberg der erste Waisenrat in Österreich ins Leben trat.

Die Bezeichnung Waisenrat wurde deshalb angenommen, weil sich dieses Hilfsorgan des Vormundschaftsgerichtes zumeist mit dem Schutze von Waisenkindern zu befassen hat, wiewohl auch verlassene, verwahrloste und sonst schutzbedürftige Kinder in den Schutzbereich des Waisenrates gehören. Man hätte dieses Hilfsorgan des Vormundschaftsgerichtes ebenso gut Vormundschaftsrat und die Mitglieder Vormundschaftsräte benennen können, doch auch diese Bezeichnung hätte sich ebenso wie Waisenrat mit dem Tätigkeitsumfange dieser Institution nicht gedeckt, weil außer bevormundeten Personen auch Kuranden zu schützen kommen. Wohl am zutreffendsten wäre die Benennung Pflégenschaftsrat und Pflégenschaftsräte gewesen, weil unter Pflegebefohlenen sowohl die unter Vormundschaft und Kuratel stehenden Personen, als auch die sonst dem Vormundschaftsgerichte unterstellten Pflegebefohlenen inbegriffen sind.

Als Richtschnur im allgemeinen für die durch den Waisenrat zu führenden Geschäfte wurde den Mitgliedern die Instruktion für Vormünder übergeben und denselben bedeutet, daß der Waisenrat den Vormund bei der Kindererziehung zu überwachen und für das körperliche, geistige und sittliche Wohl der minderjährigen und pflegebefohlenen Kinder in der Gemeinde zu sorgen und so insbesondere einzugreifen hat:

1. bei Bestellung von Vormündern, indem er dafür Sorge trägt, daß nur taugliche Männer als solche vorgeschlagen werden;

2. bei mißbräuchlicher Anwendung der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt, indem er durch gütliche Ermahnungen Abhilfe trifft und falls wiederholte Ermahnungen fruchtlos bleiben, dem Pflégenschaftsgerichte mit seinem Antrage Anzeige erstattet;

3. bei Vernachlässigung der Verpflegung und Erziehung der Kinder, welche erfolgen kann durch Vernachlässigung des Schulbesuches, des moralischen Verkommenlassens, der nachteiligen geistigen Beeinflussung derselben, durch Verwenden der Kinder zum Bettel u. dgl. m.

Schließlich wurde den Mitgliedern des Waisenrates bedeutet, bei den zu erteilenden Ermahnungen hinzuweisen, daß nach § 177 a. BGB. Väter, welche die Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder gänzlich vernachlässigen, der väterlichen Gewalt für verlustig zu erklären sind, und daß nach § 178 a. BGB. das Gericht gegen den Mißbrauch der väterlichen und vormundschaftlichen Gewalt oder gegen die Vernachlässigung der mit der väterlichen Gewalt verbundenen Pflichten, die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen hat, als da sind: Enthebung des Vormundes, Unterbringung der Kinder in einer Familie gegen Bezahlung der Kost von Seite der Eltern oder Abgabe der Kinder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt usw.

Am 18. April 1901, sohin nach beinahe einjähriger Wirksamkeit der Sebastiansberger Gemeindewaisenräte, traten die Mitglieder der Waisenräte — 25 an der Zahl — beim Bezirksgerichte Sebastiansberg abermals zusammen, um über jene Maßnahmen zu beraten, welche nach den Erfahrungen während der einjährigen Wirksamkeit des Gemeindewaisenrates zu treffen sind und über die Tätigkeit dieser Institution zu berichten. Die gepflogene Beratung ergab, daß die Waisenräte von der Bevölkerung des Gerichtsbezirkes sehr sympathisch aufgenommen wurden und für die pflegebefohlenen Kinder manches Nützliche schon geleistet haben. Die Versammlung wurde mit einer von mir verfaßten Geschäftsanweisung für den Waisenrat beteilt, welche für die Zukunft

die Wirksamkeit des Waisennrates genau festlegt und dessen Tätigkeit in feste Bahnen lenkt. Die Geschäftsanweisung selbst wurde, nachdem ich mich nachträglich über die Gemeindewaisenträte im Deutschen Reiche unterrichtet hatte, nach der in Sachsen geltenden, vom königlich sächsischen Ministerium der Justiz in Dresden herausgegebenen Geschäftsanweisung für Gemeindewaisenträte, welche mir in entgegenkommender Weise von diesem Ministerium zur Verfügung gestellt wurde, verfaßt. Den Gemeindewaisenträten wurde schließlich auch von Seite des Gerichtes Listen, in welchen alle Pflegebefohlenen der einzelnen Gemeinden alphabetisch verzeichnet sind, zugemittelt.

Wiewohl die Geschäftsanweisung für die Waisenträte nach sächsischem Muster abgefaßt wurde, sind die Waisenträte selbst nicht den deutschen Gemeindewaisenträten gleich organisiert. Die deutschen Gemeindewaisenträte sind teils eine Einzelperson, teils ein Kollegium, während die Gemeindewaisenträte nach Sebastiansberger und Friedländer Muster immer ausnahmslos ein Kollegium bilden, was gegenüber den Waisenträten nach deutschem Muster einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für ihre Wirksamkeit bildet.

Im Deutschen Reiche finden sich die wenigen Bestimmungen über die mit dem am 1. Jänner 1900 in Kraft getretenen bürgerlichen Gesetzbuches allgemein eingeführten Gemeindewaisenträte in den §§ 1675, 1779, 1849, 1850, 1851, 1862 dieses Gesetzbuches vom 18. August 1896. Die Organisation der Gemeindewaisenträte ist, was für die österreichischen Verhältnisse nicht Erfolg versprechend wäre, im Deutschen Reiche der Landesgesetzgebung überlassen, woraus sich die verschiedenen Organisationen der Gemeindewaisenträte erklärt. Für Preußen ist im Art. 77 A. G. bestimmt, daß ein oder mehrere Gemeindeglieder als Gemeindewaisenträte zu bestellen sind und können durch Beschluß der Gemeinde die Einrichtungen des Gemeindewaisennrates Abteilungen oder Organen der Gemeindeverwaltung übertragen werden.

Als ich im Oktober 1901 von Sebastiansberg über Ansuchen nach Friedland als Gerichtsvorstand versetzt wurde, wirkten die Gemeindewaisenträte im Sebastiansberger Gerichtsbezirke bereits befriedigend. Die Pfléggeschäftsangelegenheiten wurden hiedurch von Seite der Gemeinde gründlicher und sachgemäßer erledigt, die Willkür bei Vorschlag von Vormündern hörte auf, taugliche Vormünder wurden vorgeschlagen und die zumeist gänzlich unbeachtet gebliebenen Pfléggeschäften unehelicher Kinder mit der ihnen notwendigen Aufmerksamkeit behandelt, so daß infolgedessen vielen unehelichen Kindern Unterhaltsbeiträge oder Abfindungssummen zugemittelt wurden, viele derselben durch Verhehlischung der Eltern ihren Vater erhielten, oder, da die Eltern bei ihrer Verhehlischung die Legitimation durchzuführen verabsäumten, nachträglich legitimiert wurden. So wurden 77 Legitimationen durchgeführt.

Der Sonnenberger Waiserrat hat aber besonders viel Arbeit vorgefunden und dieselbe auch bewältigt. Die Stadt Sonnenberg ist eine Musikantenstadt. Die heimische Musik besitzt eine würdige Pflegestätte im Musikvereine dieser Stadt, welcher weit über die heimatlichen Berge gekannt und geschätzt ist und dessen Jahreskonzerte eine Berühmtheit erlangt haben. Viele minderjährige Mädchen aus Sonnenberg und Umgebung reisen unter Leitung eines Musikführers als Musikerinnen in alle Welt, besonders nach Deutschland, Rußland, Ägypten, Griechenland, die Türkei, Indien und Siam. Von dem Stande der reisenden Musikerinnen wird oft in weiten Kreisen gering gedacht, derselbe wird verkannt oder unterschätzt. Ich habe in den Sonnenbergern diesen Stand kennen und schätzen gelernt. In der Regel sind die Musikerinnen und die Musikführer nicht nur menschlich und sittlich sehr hochstehende Personen, sondern auch reichbegabte, welterfahrene Menschen.

Wer die Tagebuchblätter „Reisende Musikerinnen“ *) liest, wird meine Ansicht bestätigt finden. Diese Blätter schrieben zwei Sonnenberger mir wohl bekannte Musikerinnen. Rührend ist es, wie bei aller Empfänglichkeit für die Herrlichkeiten fremder Länder sie für ihre rauhe, im Erzgebirge einsam gelegene Heimatstadt schwärmen, wie sie „mit allen Fasern ihres Daseins an der Scholle, am Vaterlande hängen, so daß ihre Tagebuchblätter fast, wie die Odyssee Homers, ein Lied des Heimwehs“ genannt werden können.

Die Musikerinnen kommen zuweilen in fremden Landen in geradezu fürchterliche Situationen durch eigene Schuld oder die Pflichtvergessenheit anderer. Es ereignet sich, daß diese armen Mädchen von italienischen, griechischen oder anderen ausländischen, manchmal auch von inländischen gewissenlosen Musikküßlern unter listigen Vorspiegelungen von der heimischen Musikgesellschaft abgezogen und für eine andere Gesellschaft, die unter diesem Deckmantel unlautere Geschäfte betreibt, erworben werden. In solchen Fällen tritt rasch und unvermutet Not und Elend ein. Die Armen sind schnell aller Mittel bar, können mangels eines Reisegeldes in ihre Heimat nicht zurückkehren und sind der Verzweiflung nahe. Diesbezüglich wurde unter tatkräftiger Beihilfe des Sonnenberger Waisenrates gründlich Wandel geschaffen. Das Gericht hat bei Pflegebefohlenen veranlaßt, daß erst nach vormundschaftsbehördlicher Bewilligung zum Antritte der Reise die Reisepässe von der zuständigen k. k. Bezirks-hauptmannschaft erfolgt werden.**) Die Bewilligung zur Reise wird den pflegebefohlenen Musikerinnen erst dann gegeben, wenn durch ein Zeugnis der Nachweis erbracht wird, daß die Mädchen musikalisch ausgebildet sind, der Musikküßler eine Kaution beim Waisenrate oder bei Gericht erlegt, über die das Gericht frei verfügen, insbesondere für die anstandslose Rückreise des Mündels sorgen kann, und vor allem die Gewähr gegeben ist, daß die minderjährigen Musikerinnen weder in körperlicher, noch in sittlicher Beziehung Schaden nehmen und sich größere Ersparnisse erübrigen, als bei der heimischen Klöppel- oder Gorkarbeit. Bezüglich der Ersparnisse wurde die Anordnung getroffen, daß in periodisch wiederkehrenden Zeiträumen die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Musikerinnen über die fruchtbringende Anlage derselben sich auszuweisen haben, oder daß der Musikküßler selbst durch die Post einen bestimmten Teil der Ersparnisse der minderjährigen Musikerinnen zum waisenamtlichen Erlage ans Vormundschaftsgericht sendet. Um Beispiele zu geben, sei erwähnt, daß eine minderjährige Musikerin aus Köln in die Heimat mit Zuhilfenahme des Polizeipräsidiums in Köln zurückgebracht wurde, als der Musikküßler seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen angeblich nicht nachkam. Ein Musikküßler kehrte nach dreijähriger Vertragszeit aus Bombay in Vorderindien ohne die von ihm aus Sonnenberg mitgenommenen Musikerinnen in die Heimat zurück, weshalb die Eltern der minderjährigen Musikerinnen, in Sorge um ihre Kinder, durch den Waisenrat bei dem Vormundschaftsgerichte die notwendigen Schritte veranlaßten. Der Musikküßler wurde verhalten, eine Kaution zu erlegen, welche die vertragsmäßigen Ansprüche der Musikerinnen und die Kosten ihrer Rückreise von Bombay nach Sonnenberg in Begleitung einer mitreisenden Vertrauensperson deckte, telegraphisch wurde die Rückbeförderung dieser mehreren jugendlichen Musikerinnen angeordnet

*) Herausgegeben von Max Delia, Wien u. Leipzig, A. Hartlebens Verlag 1893.

**) Diese Verfügung des Vormundschaftsgerichtes ist auch in den §§ 216 und 233 a. BGB., § 80 der Gewerbeordnung und den kais. Verordnungen vom 9. Febr. 1857, Nr. 31 RGBl. und vom 6. November 1865, Nr. 116 RGBl. und den Verordnungen vom 15. Febr. 1857, Nr. 32 RGBl. und vom 10. Mai 1867 Nr. 80 RGBl. (näher ausgeführt im USt. Janisch: „Der Schutz der Kinder und Jugendlichen durch die Gewerbeordnung“) begründet.

und bald gab ein Telegramm des österreichisch-ungarischen Konsulates in Bombay dem Vormundschaftsgerichte zum Troste der besorgten Eltern die Nachricht, daß die Musikerinnen auf einen mit Namen bezeichneten Dampfer des Österreichischen Lloyds in Bombay mit einer Begleitperson eingeschifft wurden. Nach der Ankunft der Musikerinnen in ihre Heimat erstattete der Waisenrat dem Gerichte hiervon die Meldung und wurden mit dem Musikführer und den Musikerinnen die gegenseitigen strittigen Ansprüche geordnet und die letzteren über ihre Behandlung und Beschäftigung gehört.

Das erspriessliche Wirken des Gemeindewaisenrates im Sebastiansberger Gerichtsbezirke fand auch öffentliche Anerkennung durch die Bürgermeister der Stadtgemeinde Sebastiansberg und Sonnenberg anlässlich des mir von der Stadtgemeinde Sebastiansberg und den Vereinen dieser Stadt gegebenen Abschiedsfestes, durch den Komotauer Bezirkschulinspektor bei der Bezirkslehrerkonferenz, durch die Priester des Komotauer bischöflichen Vikariates in Form eines von dem bischöflichen Vikar, 3 Dechanten und 13 Pfarrern mir übermittelten Anerkennungs schreiben und durch verschiedene Zeitungen, die diese Institution zum Schutze der minderjährigen und pflegebefohlenen Kinder von Nutzen und zur Bekämpfung der größten Gefahr, die dem Staate und der menschlichen Gesellschaft durch die fortschreitende Proletarisierung, durch die Verwahrlosung und moralische Verwilderung der Jugend droht, für notwendig erachteten.

Über die gegenwärtige Wirksamkeit des Sonnenberger Waisenrates hat mir das Bürgermeisteramt in Sonnenberg unter dem 27. März 1905 bereitwilligst Auskunft erteilt. Dasselbe berichtet, daß nach den bisherigen Erfahrungen und Erfolgen die Einführung des Gemeindewaisenrates dortselbst im allgemeinen und für die Waisen, Halbwaisen und Minderjährigen insbesondere gegenbringend bezeichnet werden kann. Die in Sonnenberg durch den Gemeindewaisenrat entfaltete Fürsorge für die vielen jugendlichen Musikerinnen, insbesondere durch die Anordnung der Abgabe einer Obhutserklärung*) von Seite der Musikführer, durch Einpendung eines bestimmten Teiles ihrer Ersparnis halbjährlich an die Waisenkasse oder Vormundschaft, die Abschließung eines Vertrages, Erlegung einer Kaution hat sich bezüglich der bevormundeten jugendlichen Musikerinnen gegen die „moralische Schädigung und finanzielle Ausbeutung“ erspriesslich erwiesen und in mehreren Fällen die zumeist Un- erfahrenen vor gewissenloser Ausnützung geschützt und bewahrt. Anfangs wurden zwar diese Maßnahmen von der Bevölkerung „als erschwerend bezeichnet, während sie heute zum Schutze vieler Minderjähriger als erspriesslich dankbar anerkannt werden.

In dem böhmischen Teile Böhmens u. zw. in den Gerichtsbezirken Nechanitz mit einem Teile der angrenzenden Bezirke Neu-Bydžow, Königgrätz und Jaroměř wird ein Export von Harfenspielern unter Führung verschiedener Unternehmer, sogenannter Harfner, nach dem Oriente betrieben. In der Regel werden Knaben und Mädchen nach der Schulpflicht von den Eltern den Harfnern zur Bettelmusik in fremde Länder, zumeist für Bettelmusikreisen in den Orient, übergeben, gegen Zahlung eines Jahreslohnes im voraus an die Eltern dieser unglücklichen Kinder, wodurch die Kindeseltern sich ihren Lebensunterhalt verschaffen, während die Kinder auf den Reisen schlechte Behandlung erfahren und verwahrlosen und, körperlich und geistig verkommen,

*) Das heißt, der Musikführer muß sich durch eine Erklärung verpflichten, die Musikerinnen im selben Hause, in dem er mit seiner Familie wohnt, so unterzubringen, daß er sie beaufsichtigen und ihren Ausgang überwachen kann, nicht aber, wie es geschah, daß er sie in anderen Häusern aufsichtslos sich selbst überließ.

in einem ekelerregenden Zustande in die Heimat zurückkehren. Auf den ostasiatischen Kriegsschauplatz in der Mandschurei wurden auch so viele Kinder als Bettelmusikanten von Harthern gebracht.*) Nach §§ 152, 216 und 233 a. B. G. B. muß der Vater oder Vormund in den vorliegenden Fällen die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes einholen. Ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes darf einem Kinde die Erlaubnis zu einer solchen Reise überhaupt nicht erteilt werden, so daß diesen Kindern, da in solchen Fällen eine vormundschaftsbehördliche Genehmigung nicht gegeben werden kann, auch von der politischen Behörde niemals Reisedokumente und Reisepässe erfolgt werden dürfen und bei Ansuchen um Erholung von Reisedokumenten die Anzeige an das Pfl egisch aftsgericht in jedem einzelnen Falle sofort zur Ergreifung der gesetzlichen Maßnahmen und Entziehung der väterlichen Gewalt des Vaters solcher Kinder nach § 177 a. B. G. B. erfolgen muß.

Als Gerichtsvorstand des k. k. Bezirksgerichtes Friedland habe ich neuerdings Anlaß genommen, die Bürgermeister und Gemeindevorsteher dieses Gerichtsbezirkes bei der am 3. Dezember 1901 zu Friedland abgehaltenen Besprechung nach § 16 der Geschäftsordnung wegen Einführung der Gemeindevaisenträte in den einzelnen 38 Gemeinden dieses Gerichtsbezirkes zu befragen. Nach Darlegung des Sachverhaltes und Mitteilung der Erfahrungen, die ich bei den Gemeindevaisenträten des Sebastiansberger Bezirksgerichtssprengels machte, wurde der einhellige Beschluß gefaßt, in allen Gemeinden des Friedländer Gerichtsbezirkes**) mit Jänner 1902 die Gemeindevaisenträte ebenfalls zur Einführung zu bringen.

Über Aufforderung der Vorsteher der Gemeinden habe ich zur leichteren Einführung der Vaisenträte im Friedländer Gerichtsbezirke die Schrift: „Der Gemeindevaisentrat zur Pflege wirksamen Kinderschutzes“ bei Johann Künstner in Böhm.-Leipa herausgegeben, welche jetzt in dritter Auflage unter dem Titel: „Jugendfürsorge und Kinderschutz durch Gemeindevaisenträte und Schutzvereine“ ebendort erschien und alles Notwendige über die Vaisenträte, Kinderschutzvereine, Tagesheimstätten usw. enthält.

Auf Grund dieser Schrift, welche im Friedländer Bezirke bei allen Vaisenträten in mehr denn siebenhundert Exemplaren Verbreitung fand, brachten die 38 Gemeinden des Friedländer Gerichtsbezirkes die Gemeindevaisenträte zur Einführung.

Die Vaisenträte wurden auch von der Bevölkerung des Friedländer Gerichtsbezirkes sehr sympathisch begrüßt und wirken in befriedigender Weise. Hierdurch wurden in Pfl egisch aftsangelegenheiten die gleichen Erfolge erzielt, wie durch die Sebastiansberger Vaisenträte, weshalb auf die oben geschilderte Wirksamkeit der Sebastiansberger Vaisenträte verwiesen werden kann. Schließlich wurden die periodischen jährlichen Überwachungen der persönlichen Verhältnisse der Pflegebefohlenen in den einzelnen Gemeinden des Friedländer Gerichtsbezirkes mit Zuhülfenahme der Gemeindevaisenträte strikte und derart durchgeführt, daß das Gericht jetzt nicht nur eine von ihm selbst durch Legung der Vormundschaftsrechnungen und Erbringung der einzelnen vorgeschriebenen jährlichen Ausweise veranlaßte periodische Überwachung

*) „Ostböhmischer Sklavenhandel“ von Dr. Gebauer, abgedruckt in der I. Kongresschrift des I. österreichischen Kinderschutzkongresses. Wien 1907, Seite 395 u. ff.

**) Der Friedländer Gerichtsbezirk hat an 50.000 Einwohner, 38 Gemeinden und ist ein hochentwickelter Industriebezirk, das Bezirksgericht ist mit 1 Vorsteher, 4 Gerichtsadjunkten und 5 Kanzleibeamten besetzt.

des Mündelvermögens, sondern auch eine periodische Überwachung der persönlichen Verhältnisse aller ihm unterstehenden Pflegebefohlenen — über viertausend an der Zahl — besitzt, was bis jetzt nicht der Fall war, zumal die nach Tausenden zählenden sogenannten „Erziehungsberichte“ zumeist ganz unzuverlässige und unrichtige Angaben und nur eine Beurteilung der Erziehung der Pflegebefohlenen von den Erziehern selbst enthielten und deshalb ohne Wert waren und schließlich es auch physisch den Vormundschaftsgerichten unmöglich wurde, durch Aussendung vieler Hunderte, ja oft Tausende von Erziehungsberichten jährlich die Überwachung der persönlichen Verhältnisse aller Pflegebefohlenen durchzuführen.

Die periodischen jährlichen Überwachungen der persönlichen Verhältnisse aller Pflegebefohlenen erfolgt dadurch, daß jährlich im Monate Jänner über schriftliche Aufforderung des Vormundschaftsgerichtes zur Erstattung des Berichtes über die Erziehung, das Verhalten und den Aufenthalt der Pflegebefohlenen der Gemeindewaisenrat zu einer Sitzung in jeder Gemeinde zusammentritt und hierüber beschließt.

Hierbei leisten die in jeder Gemeinde vorhandenen, durch den Waisenrat angelegten und von demselben fortgeführten Verzeichnisse der in jeder Gemeinde befindlichen Pflegebefohlenen, Gemeindewaisenbücher genannt, vorzügliche Dienste.

Zur besseren Überwachung der Pflegebefohlenen wurden die größeren Gemeinden in Überwachungsgemeinden eingeteilt und ist jeder Überwachungsbezirk einem oder mehreren dort wohnhaften Mitgliedern des Waisenrates unterstellt.

Wiewohl die Gemeindewaisenräte bei der Bevölkerung ungeteilten Anklang und Anerkennung fanden und ersprießlich wirkten, so fanden die Gemeindewaisenräte anfänglich nicht die gleiche Aufnahme bei manchen Behörden und Richtern.

Ich bekam manchen Vermutstropfen zu kosten und oftmals wäre Anlaß genug gewesen, die Gemeindewaisenräte ungeküßt ihrem Schicksale zu überlassen, doch ich wankte nicht, blieb meiner Schöpfung treu, weil ich wußte, daß sie für den Jugendschutz unentbehrlich und dem Staate und Volke von Nutzen sein werden. Nicht die Ratschläge, ich möge die Einführung der Gemeindewaisenräte im Friedländer Gerichtsbezirke, da hiefür kein Geld sei, unterlassen, nicht die Zweifel in die ersprießliche Wirksamkeit der Gemeindewaisenräte von beachtenswerter Stelle und selbst nicht eine Anregung im Jahre 1902, es empfehle sich nicht ohne gesetzliche Basis Vormundschafts- oder Waisenräte ins Leben zu rufen, welche allerdings nur eine nicht ganz dreimonatliche Lebenszeit zu verzeichnen hatte, indem ich sodann aufgefordert wurde, in meinen anerkennenswerten Bestrebungen zur Besserung der Pflegschaftsverhältnisse fortzufahren, vermochten mich in der Einführung und weiteren Ausgestaltung der Gemeindewaisenräte zu behindern.

Ohne mein Wissen gelangte eine Nachricht in dieser für die junge Schöpfung der Gemeindewaisenräte kritischen Zeit wegen angeblicher Einstellung der Waisenräte in weitere Kreise. Da war es die Presse, welche sich dieser Neuschöpfung aus ureigenster Initiative annahm und sich für den Bestand der Gemeindewaisenräte energisch einsetzte. Ein größeres Fachblatt verlangte im Jahre 1902 in dieser Beziehung, „daß der kalte Nord diese herrliche Blüte am Baume der Menschlichkeit nicht vernichte, daß man das öffentliche Volkswohl nicht dem Gözen falschen Ehrgefühls opfere, und dieses Wohltätigkeitsinstitut nicht nur erhalten bleibe, sondern sich auch immer mehr und mehr in den Gemeinden Eingang verschaffe“. Hieraus ist ersichtlich, daß

die Gemeindewaisenträte schon im Jahre 1902 die Feuertafel bestanden und von der Bevölkerung und Presse der Wert der Gemeindewaisenträte für die Jugendfürsorge in Österreich erkannt und von dieser Seite für deren Einführung eingetreten wurde.

Die Gemeindewaisenträte erstatteten zu Beginn des Jahres 1902 einundfünfzig, zu Anfang des Jahres 1903 zweiundsechzig, mit Beginn des Jahres 1904 sechsundsechzig und Anfang des Jahres 1905 fünfundvierzig Anzeigen von Veränderungen und Anständen in den persönlichen Verhältnissen der Pflegebefohlenen an das Vormundschaftsgericht, welche Berichte zu Eintragungen in die Waisenbücher Anlaß gaben oder ein Einschreiten des Vormundschaftsgerichtes notwendig machten.

Durch die Einführung der Gemeindewaisenträte ist die Fürsorge für die unehelichen Kinder ununterbrochen und fortdauernd, weshalb mehr Unterhaltsbeiträge und Abfindungssummen diesen Kindern zukommen. Das außereheliche Zusammenleben, welches als Massenerscheinung zutage tritt, vermindert sich und die Legitimationen unehelicher Kinder durch nachfolgende Verheiratung ihrer Eltern haben eine Ausdehnung erhalten, die früher niemals vorhanden war. Im Jahre 1902 erfolgten im Friedländer Gerichtsbezirke 168, im Jahre 1903 abermals 111 und im Jahre 1904 wieder 116 Legitimationen unehelicher Kinder durch Eheschließung ihrer Eltern, so daß in drei Jahren 395 Legitimationen durchgeführt wurden.

Vom Jahre 1901 bis 1906 erfolgten im Friedländer Gerichtsbezirke über sechshundert Legitimationen unehelicher Kinder durch nachfolgende Eheschließung ihrer Eltern.

Mit 1. Juli 1906 wurden in 11 Gemeinden des Friedländer Gerichtsbezirkes Generalvormünder für die Unehelichen eingeführt, indem sich über Anregung des Vormundschaftsgerichtes Mitglieder des Gemeindewaisentrates freiwillig zur Übernahme dieses Amtes bereit erklärten.

Die jährlichen Besprechungen im Sinne des § 16 der Verordnung des Justizministeriums vom 5. Mai 1897, Nr. 112 RGW., wozu gemeindeweise alle Mitglieder der Gemeindewaisenträte des Friedländer Gerichtsbezirkes geladen werden, tragen viel zur Fortentwicklung und zu dem gedeihlichen Wirken der Gemeindewaisenträte bei, indem hierbei auch die Erfahrungen, welche bei der Wirksamkeit der Gemeindewaisenträte gemacht wurden, einer Erörterung unterzogen und die weiteren Maßnahmen in der Einrichtung der Gemeindewaisenträte getroffen werden.

Bei der Jahresbesprechung haben die meisten Gemeindewaisenträte auch Tätigkeitsberichte erstattet. Aus denselben ist unter anderem für das Jahr 1904 zu entnehmen, daß die Waisenträte in diesem Jahre an 77 Sitzungen abhielten und hierbei die Waisenratsangelegenheiten der Beratung unterzogen, mehr als 168 Vorschläge von Vormündern erstatteten, an 45 Gutachten dem Vormundschaftsgerichte abgaben, in mehr als 14 Kinderschutzfällen einschritten, viele Anträge wegen Unterstützung und Ergreifung von Maßnahmen zu gunsten schutzbedürftiger Kinder an den Friedländer Kinderschuttsverein stellten und auch in einigen wenigen Fällen die Enthebung von Vormündern in Antrag brachten.

Heute steht fest, daß in der Schaffung der ersten Gemeindewaisenträte in Österreich im Sebastiansberger und Friedländer Gerichtsbezirke, um mit Dr. Reichert zu sprechen, ein bahnbrechendes Vorgehen in der Jugendfürsorge und dem Kinderschutz erfolgte, welches bereits in vielen anderen Gerichtsbezirken Nachfolge gefunden hat. In der von Dr. Baernreither verfaßten Einleitung zum ersten Bande der Schriften des Ersten Österreichischen Kinderschutzkongresses Wien 1907 ist festgestellt, „daß in

mehreren Kronländern schon ein lückenloses Netz von Gemeindewaisenräten, einer Einrichtung, die heute allerdings erst freiwillig geschaffen, in verschiedenen Teilen des Reiches bereits Wirkungen aufweist, besteht und von verschiedenen Seiten die gesetzliche Einführung von Waisenräten verlangt wird, die sich dort, wo sie freiwillig zustande gekommen sind, vollkommen bewähren“.

Die Bildung und Zusammenziehung des Gemeindewaisenrates*) erfolgt nachstehend:

Nach jedesmaliger Wahl der Gemeindevertretung, also alle drei Jahre, beruft der Bürgermeister oder Vorsteher der Gemeinde den Gemeindeausschuß zur Bildung des Gemeindewaisenrates ein. Vorsitzender ist der jeweilige Bürgermeister, der Gemeindevorsteher oder dessen Stellvertreter.

Der Gemeindeausschuß wählt aus seinen Mitgliedern mindestens drei Mitglieder zu Waisenräten.

Die jeweiligen Seelsorger (Pfarrer) und Leiter der Schule in der Gemeinde sind kraft ihres Amtes Mitglieder des Gemeindewaisenrates.

Befinden sich in einer Gemeinde weder ein Geistlicher noch ein Lehrer, so bilden die aus dem Gemeindeausschuße erwählten Mitglieder den Gemeindevaisenrat.

Es ist selbstverständlich, daß der Gemeindewaisenrat mit Zweckbewußtsein durchzuführen ist, und wie sich die Vereinigung mehrerer Gemeinden zu einer Schulgemeinde als notwendig mitunter darstellt, so wird auch ausnahmsweise im Bedarfsfalle ein Gemeindewaisenrat für mehrere Gemeinden vereinigt werden können. So wird sich dies vielleicht in sehr kleinen Ortsgemeinden manchmal empfehlen oder in solchen Gemeinden Galiziens, wo in einer Reihe von Gemeinden es überhaupt oft keine einzige Person gibt, die lesen und schreiben kann. (3 Band der Kongreßschriften des I. österreichischen Kinderschutzkongresses Wien 1907, Seite 93.)

Immerhin muß aber daran festgehalten werden, daß eine feste, unverrückbare Grundlage für die Jugendfürsorge nur dann gegeben ist, wenn die Bezirksfürsorgeeinrichtungen tadellos wirken und gefördert werden, indem sich das Vormundschaftsgericht, welches seine Tätigkeit auf einen Gerichtsbezirk beschränkt, mit den öffentlichen und privaten Fürsorgeeinrichtungen jedes Gerichtsbezirkes, sohin auch mit den Gemeindewaisenräten des Gerichtsbezirkes als taktische Einheit in der Jugendfürsorge darstellt, an der unter allen Umständen festgehalten werden muß, so daß unter Berücksichtigung und Förderung der Bezirksfürsorgeeinrichtungen nur zu einer Zentralisierung der Jugendfürsorge geschritten werden darf.

In den Gemeinden, wo eine Armensektion besteht, besorgt diese, ergänzt durch obige Funktionäre, die Geschäfte des Gemeindewaisenrates. Nach Bildung des Gemeindewaisenrates hat der Vorsitzende desselben dem Vormundschaftsgerichte die Mitglieder bekanntzugeben, ebenso jede spätere Änderung in den Mitgliedern desselben. Auf Grund dieser Mitteilungen wird bei dem Pflégschaftsgerichte ein Verzeichnis geführt, worin alle Mitglieder der Waisenräte gemeindeweise namentlich angeführt sind und alle Veränderungen in den Personen der Gemeindewaisenräte nachgetragen werden.

Der Gemeindewaisenrat tritt, wenn notwendig, wenigstens aber monatlich einmal zu einer Sitzung**) zusammen und erledigt die ihm vom

*) Dr. Reicher bespricht die Friedländer Gemeindewaisenräte in seinem für die Jugendfürsorge so hochschätzbaren Werke: Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, „2. Teil 32 Pflégschafts- und Besserungsanstalten in Österreich“ Seite 187—189—226, 269, 424 bis 427, 473—476.

**) Die Gemeinden berufen diese Sitzungen gewöhnlich behufs Zeitersparung am Tage abgehaltener Gemeindeausschußsitzungen kurze Zeit nach derselben ein.

Vormundschaftsgerichte zugekommenen Aufträge und Ersuchen, entscheidet die vor demselben in Vormundschaftssachen von Gemeindeangehörigen angebrachten Bitten und Beschwerden oder leitet dieselben bei nicht erzielter Einigung mit seinem Antrag ans Vormundschaftsgericht.

Der Gemeindewaisenrat wählt aus seiner Mitte einen sogenannten Waisenvater, welcher in seinem Auftrage die Verfügungen zur Ausführung bringt und auch außerhalb der Sitzungen des Gemeindewaisenrates von Seite der Bevölkerung in Pflegschaftssachen Anliegen, die der Entscheidung des Waisenrates obliegen, entgegennimmt und hierüber dem Waisenrate berichtet.

Alle Erledigungen des Gemeindewaisenrates werden stets von zwei Mitgliedern gefertigt und in der oberen rechten Ecke als „Waisenrats-sache“ bezeichnet.

Nach gesetzlicher Festlegung der Gemeindewaisenräte werden alle Waisenräte in Ausübung ihres Amtes als Waisenrat des Schutzes eines öffentlichen Beamten theilhaftig werden.

Die Geschäftsanweisung für den Gemeindewaisenrat stellt fest:

§ 1. Der Gemeindewaisenrat ist ein Hilfsorgan für die Ausführung der dem Vormundschaftsgerichte obliegenden Verrichtungen im Sinne der §§ 189, 217 und 178 a. BGB.

§ 2. Der Gemeindewaisenrat hat das, was er bei Ausübung seines Amtes erfährt, geheim zu halten und darf davon niemandem, außer wer ein Recht darauf hat, Mittheilung machen. Die Pflicht der Verschwiegenheit dauert auch nach Beendigung des Amtes fort.

§ 3. Bei Behinderung, sowie bei vorzeitigem Ausscheiden eines Gemeindewaisenrates tritt ein Erzkammann an dessen Stelle. Als behindert ist insbesondere ein Waisenrat anzusehen, wenn ein Vormund, Mitvormund, väterlicher Kurator mit ihm verwandt oder verschwägert ist.

§ 4. Der Gemeindewaisenrat hat darüber zu wachen daß die Vormünder für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen.

Nimmt der Waisenrat Mängel oder Pflichtwidrigkeiten wahr, so hat er auf deren Abstellung durch Vorhalte und Ermahnungen hinzuwirken und erforderlichen Falles dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten.

§ 5. Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgerichte auf Ersuchen über das persönliche Ergehen und das Verhalten eines Mündels oder Pflegebefohlenen Auskunft zu erteilen.

§ 6. Erlangt der Waisenrat Kenntnis von einer Gefährdung des Vermögens eines Mündels, so hat er dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten. Eine Überwachung der Vermögensverwaltung des Vormundes oder Kurators steht dem Waisenrate nicht zu.

§ 7. Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten, wenn ein Fall zu seiner Kenntnis kommt, in welchem ein Vormund, Mitvormund oder Kurator zu bestellen ist. Die Anzeigepflicht erstreckt sich insbesondere noch auf die Fälle, in denen der bisherige Vormund, Mitvormund oder Kurator gestorben oder handlungsunfähig geworden oder wegen Geisteschwäche oder Verschwendung unter Kuratel gestellt wurde.

§ 8. Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgerichte die Personen vorzuschlagen, die sich im einzelnen Falle zum Vormunde, Mitvormunde oder Kurator eignen. Nach § 202 a. BGB. hat jeder, der offensichtlich einen untauglichen Vormund in Vorschlag und Bestellung bringt, dem Minderjährigen allen ihm hierdurch entstandenen Schaden und entgangenen Nutzen zu verantworten, so daß bei Vorschlag von Vormündern sehr gewissenhaft

vorgegangen werden muß. Es sind nur solche Personen in Vorschlag zu bringen, welche nach ihren persönlichen Verhältnissen und ihrer Vermögenslage, sowie nach den sonstigen Umständen zur Führung des Amtes geeignet sind. Verwandte oder Verschwägerter des Mündels sind zunächst zu berücksichtigen.

§ 9. Erfährt der Waisenrat, daß ein Vormund, Mitvormund oder Kurator an der Erfüllung seiner Pflichten verhindert ist, oder daß eine Frau, welche die Vormundschaft ihres Kindes führt, sich wieder verehelicht, oder daß bei einem Vormunde, Mitvormunde oder Kurator die im § 254 a. BGB. angeführten Gründe für seine amtliche Entlassung eingetreten sind (das sind pflichtwidrige Verwaltung der Vormundschaft, Unfähigkeit desselben zur Führung der Vormundschaft usw.), so hat er dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu machen.

§ 10. Erlangt der Waisenrat von einem Falle Kenntniss, in welchem das Vormundschaftsgericht hinsichtlich eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes zum Einschreiten berufen ist, so hat er dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten.

Zu einem Einschreiten ist das Vormundschaftsgericht insbesondere berufen:

1. Wenn ein Vater an der Ausübung der elterlichen Gewalt verhindert ist, sei es, daß er geisteskrank wurde, wegen Verschwendung unter Kuratel kam, wegen eines Verbrechens auf länger als ein Jahr verurteilt wurde, eigenmächtig auswanderte, über ein Jahr abwesend ist, ohne von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben. (§ 176 a. BGB.)

2. Wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet ist, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht und dessen Erziehung und Verpflegung gänzlich vernachlässigt. (§ 177 a. BGB.)

3. Wenn das Vermögen des Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Vater des Kindes die mit der Vermögensverwaltung verbundenen Pflichten verletzt, oder wenn er in Vermögensverfall gerät.

Eine Überwachung der Eltern in der Ausübung der elterlichen Gewalt steht dem Waisenrate nicht zu.

Der I. österreichische Kinderschutzkongreß, welcher in der Zeit vom 18. bis einschließlich 20. März 1907 zu Wien in Anwesenheit von 120 Delegierten und über tausend sonstigen Teilnehmern unter dem Voritze des Ministers a. D. Dr. Baernreither stattfand, nahm einen glänzenden Verlauf und hat „unbeirrt durch trennende Strömungen des Tages, dem gemeinsamen Ziele zustrebend, eine nützliche und entscheidende Arbeit auf dem wichtigen Gebiete, das er betritt, geleistet“, wodurch auch der Wunsch des Kongreßpräsidenten in Erfüllung ging.

Die Grundlagen für den Kongreß bildeten die im ersten Bande der Kongreß-Schriften aus den verschiedenen Ländern Österreichs gesammelten Berichte über die Ursachen, Erscheinungsformen und die Ausbreitung der Verwahrlosung der Jugend. „Es sind,“ um mit Dr. Baernreither zu sprechen, „Alarmlaute, die von allen Seiten erhoben werden, laut und eindringlich, aber nicht ohne vorhergehende gewissenhafte Abwägung aller Umstände, die in Betracht kommen. Die Berichte verarbeiteten das ihnen zugekommene Material kritisch, sie behaupten nicht mehr, als sie beweisen können; sie schränken allgemeine Behauptungen ein, wo es notwendig ist; sie malen nicht absichtlich schwarz in schwarz, sie kommen zu Endresultaten, die klar und fest, umschrieben sind. Aber Umfang und Grad der Verwahrlosung der Jugend, die hier festgestellt werden, sind trotzdem eine ernste, furchtbare

Mahnung. Sie erinnern uns alle, was Nationalität, Glaube oder Beruf, wir sind an eine in Österreich lange vernachlässigte Pflicht.*)

Diese Grundlagen für den Kongreß, nämlich daß die Verwahrlosung der Jugend in Österreich vorhanden und die Ausbreitung der Verwahrlosung derselben die Fürsorge für die Jugend notwendig macht, blieben auch bei den Kongreßverhandlungen unangefochten.

Unter anderen Maßnahmen verlangen die Gutachten des ersten Bandes der Kongreß-Schriften über die Jugendverwahrlosung die gesetzliche Einführung von Gemeindewaisenträten, welche sich dort, wo sie freiwillig zustande gekommen sind, vollkommen bewähren.

Auf Grund der mehrgenannten Gutachten gelangte man deshalb zur Ansicht, daß die pflegschaftsbehördlichen Funktionen der Gerichte sich in der Zukunft werden intensiver gestalten müssen, wodurch zugleich der Anstoß gegeben ist, zu untersuchen, ob die Gerichte dabei nicht von Organen der Selbstverwaltung in den einzelnen Gemeinden unterstützt werden sollten.

Das vorbereitende Komitee des Kongresses erachtete es deshalb als notwendig, eine Reihe der wichtigsten Fragen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge einer konkretisierten, aber keineswegs beengten Diskussion zu unterziehen, welche die Meinungen klären soll, damit die Gesetzgebung sicheren Schrittes das neue Gebiet betreten könne, darunter wurde in der Sektionsabteilung „Kinderschutz“ zur Diskussion gestellt, ob es sich empfiehlt, in den einzelnen Gemeinden Organe der Selbstverwaltung zu schaffen, welche die Gerichte in der Ausübung ihrer pflegschaftsbehördlichen Funktionen zu unterstützen hätten. Das Gutachten hierüber erstattete der k. k. Ministerialrat Dr. Hugo Schauer des Justizministeriums, welches im zweiten Bande der Kongreß-Schriften abgedruckt ist.**)

Der Gutachter kommt zu dem Schlusse, daß es unerläßlich ist, durch die Ausgestaltung der bestehenden Gesetze in den einzelnen Gemeinden Organe der Selbstverwaltung (Gemeindewaisenträte oder Vormundschaftsräte) zu schaffen, welche die Gerichte in der Ausübung ihrer pflegschaftsbehördlichen Funktionen zu unterstützen haben.

Als Berichterstatter bei den Kongreßverhandlungen hierüber fungierte Oberlandesgerichtsrat Dr. Alois Feldner in Graz.

Derselbe führte aus, daß eine wirksame Pflegschaftsführung im allgemeinen und insbesondere die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben staatlicher Vormundschaft, des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, durch zwei Voraussetzungen bedingt ist, als:

1. dadurch, daß dem Pflegschaftsgerichte die Kenntnis der konkreten Tatbestände vermittelt werde, die eine Schutz- oder Fürsorgevorkehrung erheischen;
2. dadurch, daß dem Pflegschaftsgerichte insbesondere bei Mittellosigkeit des Pflegebefohlenen die Mittel zu Gebote stehen, Schutz und Fürsorge zu gewähren.

Der Berichterstatter zeigt, daß die vom a. B. G. B. nach beiden Richtungen vorgesehenen Vorkehrungen für die einfachen patriarchalischen Verhältnisse des vorigen Jahrhundertses ausgereicht haben, mit den tief einschneidenden Veränderungen der sozialen Lebensverhältnisse aber, die sich mit der fortschreitenden Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens seit der Mitte des vorigen Jahr-

*) Siehe I. Band der Schriften des I. österreichischen Kinderschutzkongresses in Wien 1907, Einleitung des Dr. Baernreither, S. 7.

**) Siehe Seite 131—136 des 2. Bandes der Schriften des I. österreichischen Kinderschutzkongresses Wien 1907.

hundertes vollzogen haben, unzureichend geworden sind. Die täglichen Erfahrungen der Vormünder und der Vormundschaftsgerichte bestätigen vielmehr, daß mit der Opferwilligkeit der Verwandten im weiteren Familienkreise wegen der im Wandel der sozialen Lebensverhältnisse eingetretenen Lockerung der Familienverbände und deshalb nurmehr in den seltensten Ausnahmssälen gerechnet werden kann, weil diese Hilfsquelle gerade in den hier in Betracht kommenden sozialen Kreisen, in denen die Kapitalsbildung am schwierigsten fällt, mit der Zunahme der Schwierigkeiten im Kampfe um den Erwerb zur Sicherung des Unterhaltes und der Versorgung der eigenen Familie, im allgemeinen nahezu versiegt ist.

Der zweite dem Vormunde eines mittellosen Mündels angewiesene Weg führt, wenn wir nach den für die Zwecke staatlicher Obervormundschaft errichteten öffentlichen Fürsorgeanstalten fragen, in die kassendste Lücke unserer Wohlfahrtseinrichtungen.

So kam es endlich, sagte der Berichterstatter, daß im Hochgange der wirtschaftlichen und der sozialen Umgestaltungen unserer Lebensverhältnisse insbesondere bei Mittellosigkeit der Pflegebefohlenen auch die zweite Voraussetzung wirksamer Pflegerschaftsführung: die Verbindung zwischen Vormund und Mündel, und damit auch jegliche Verbindung zwischen dem Pflegschaftsgerichte und den Pflegebefohlenen verloren gegangen ist.

Den neuen Impulsen folgend hat der österreichische Richter die Arbeiten für die Ziele der Pflegschaftsreformen schon aufgenommen, um zunächst die Verbindung mit seinen Pflegebefohlenen selbst wieder herzustellen und die Pflege und Obforge und die Erziehungsverhältnisse, insbesondere der mittellosen Pflegebefohlenen, aufzuklären.

Bei dieser Arbeit der Pflegschaftsgerichte macht sich der Mangel an Hilfsorganen auf das Empfindlichste fühlbar und gelangt man zu dem Schlusse, daß zur Ergänzung der Organisation unseres Pflegschaftswezens als neue Einrichtung die Schaffung einer, von einsichtsvollem Gemeinfinne getragenen, lebensvollen und unmittelbaren Verbindung des Pflegschaftsgerichtes mit seinen Pflegebefohlenen sich als notwendig darstellt, eine Aufgabe, welche dem Gemeindevorstande oder dem Vormundschaftsrate in der Gemeinde zugebracht ist.

Einer Korporation in der Gemeinde gebührt aber zweifellos der Vorzug vor der Bestellung einzelner Vertrauensmänner schon deshalb, weil einem zu gemeinsamer Tätigkeit berufenen Gemeindevorstande größere Autorität innewohnt als dem einzelnen Vertrauensmanne, der nur allzuleicht von übelwollender Seite als „Angeber und Aufpaffer“, als „Vertrauter“ Anfeindungen ausgesetzt wäre. Überdies schafft eine Korporation auch die Möglichkeit der Korrektur der irrigen Auffassung eines Einzelnen und liegt auch eine verstärkte Verantwortlichkeit darin.

Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Gemeindevorständen oder Vormundschaftsständen in der Gemeinde besteht aber auch in der reichen Literatur keine Meinungsdivergenz und kommt schließlich der Berichterstatter zu dem Schlusse der notwendigen gesetzlichen Ausgestaltung der Vorstände oder Vormundschaftsstände in den einzelnen Gemeinden in Österreich und führt endlich wörtlich aus: „Ich bin in der für den Berichterstatter günstigsten Lage, meinem Berichte über die Notwendigkeit der Schaffung von Hilfsorganen der Pflegschaftsgerichte auch schon den Bericht anschließen zu können, daß der Vorstand (Vormundschaftsstand) über Sebstiansberg und Friedland im Laufe der letzten Jahre unter der verdienstvollen Führung unseres Richterkollegen Janisch in Österreich schon seinen sieghaften Einzug gehalten hat, so daß heute vom Erzgebirge und vom äußersten Nordosten Galiziens bis an die Adria die gegenwärtige Institution des Vorstandes in

tausenden und abertausenden Gemeinden des Reiches schon besteht; des Waiserrates, der nach den berufenen Zeugnissen unseres Gutachters mit vorzüglichem Erfolge überall tätig ist und nur noch der gesetzlichen Anerkennung und Festlegung des freiwillig übernommenen Wirkungskreises harret."

Der Bericht wurde mit allgemeiner Zustimmung von den Kongreßmitgliedern aufgenommen und die Notwendigkeit der gesetzlichen Schaffung von Gemeindewaiserräten (Vormundschaftsgerichten) anerkannt.

Und so können wir denn hoffen, daß das Volksparlament in kurzer Zeit dem Entwurfe nach gesetzlicher Schaffung von korporativen Waiserräten in den einzelnen Gemeinden als Hilfsorgane der Vormundschaftsgerichte die Zustimmung erteilen wird, hierdurch die Gemeindewaiserräte auf gesetzliche Basis im Anschlusse an die Gemeindeverfassung bestellt werden und den Mitgliedern derselben der Schutz öffentlicher Beamter bei Ausübung ihres Amtes als Waiserräte gegeben wird.

Nach dem Gutachten Dr. Schauers hat „die freiwillige Schaffung der Gemeindewaiserräte der gesetzlichen Einführung der Vormundschaftsgerichte den Boden geebnet“.

Ich gebe zu erwägen, ob es ersprißlicher sein wird, die mit vorzüglichem Erfolge freiwillig ins Leben gerufenen „Gemeindewaiserräte“ im Wege des Gesetzes „Vormundschaftsgerichte“ zu benennen. Sollte nicht vielmehr der Zusammenhang der freiwillig geschaffenen Gemeindewaiserräte mit den gesetzlichen auch durch die Namensgleichheit aufrecht erhalten werden?

Die Bevölkerung, welche in Tausenden von Gemeinden sich für die Schaffung der Gemeindewaiserräte in Österreich entschied, hat die Benennung „Gemeindewaiserräte“ gern angenommen. Das „Waisenkind“ ist überdies dem Volke das Symbol des schutzbedürftigen Kindes, das Waisenkind genießt vor allen anderen schutzbedürftigen Kindern bei der Bevölkerung Schutz und Schirm, deshalb ist auch der Name „Gemeindewaiserrat“ dem Volke sympathischer und wurde gewählt. Durch die Bezeichnung des Hilfsorganes des Pflegschaftsgerichtes als Gemeindewaiserrat ist auch der Wirkungskreis und der Zusammenhang mit der Gemeinde festgelegt, ist klargestellt, daß dieser Rat für die Waisen der Heimatsgemeinde geschaffen und an die Gemeindeverfassung angeschlossen, für die schutzbedürftigen Kinder der Gemeinde tätig ist, Umstände, die manchem Waiserrat ein Ansporn zur Amtsübernahme und Führung dieses Amtes zum Wohle der schutzbedürftigen und verwaiseten Kinder seiner engeren Heimat sind. Diese Bezeichnung trägt sicher aber auch in den einzelnen Gemeinden dazu bei, die Autorität des Gemeindewaiserrates zu heben, zu festigen, und fördert die Tätigkeit dieser Institution. Die Bezeichnung „Vormundschaftsgericht“ entbehrt dieser Vorzüge.

Es ist fraglich, ob man mit besonderer Vorliebe wird „Vormundschaftsgericht“ genannt werden wollen, sicher jedoch ist es, daß bisher jedermann „Waiserrat“ mit Stolz und Freude sich nannte.

Die Bezeichnung „Vormundschaftsgericht“ statt „Gemeindewaiserrat“ ist auch nicht prägnanter und zutreffender.

Und schließlich, wenn Gemeindewaiserräte in Anlehnung an die Institution der „Gemeindewaiserräte“ im Deutschen Reiche gesetzlich eingeführt werden sollen, so dürfte es in Erwägung der geschilderten Sachlage vielleicht doch nicht notwendig erscheinen, diese nach deutschem Muster geschaffene Institution — ich halte die Gemeindewaiserräte in Österreich für eine österreichische Einrichtung — mit norwegischer Firma als „Vormundschaftsgerichte“ zu bezeichnen.

Jugendfürsorge und Kinderschutz in Reichenberg.

Von Anton Pfeiffer, Stadtrat, Herausgeber der „Humanität“.

Bei einer vergleichsweisen Betrachtung der gesellschaftlichen Zustände und Einrichtungen unserer Zeit mit jenen weit zurückreichender Vergangenheit, gelangt man unschwer zu der Erkenntnis, daß in der Gegenwart, wie kaum je zuvor, der Pflege der öffentlichen Wohlfahrt hinsichtlich der Hebung des sittlich-volksbildenden, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Tiefstandes der breiteren Volksschichten, die weitgehendste Sorgfalt zugewendet wird und daß nicht nur die reine selbstlose Nächstenliebe des Einzelnen, sondern auch die Gemeinnützigkeitsbestrebungen der öffentlichen Verwaltung des Staates, der Länder, Bezirke und Gemeinden immer mannigfaltigere Blüten zeitigen.

In dem weiten Rahmen der Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsbestrebungen unserer Zeit erhielt die Jugendfürsorge einen Ehrenplatz angewiesen; sie hat eine Bedachtnahme gefunden, die man früher für undurchführbar gehalten hätte, eine Behauptung, die angesichts des Umstandes — es sei nur dieses eine Beispiel angeführt — daß Böhmen im Landeshaushalte für seine Volksschulen gegenwärtig 40 Mill. Kronen jährlich verausgabte, kaum bestritten werden dürfte.

Übergehend auf die Leistungen der Stadt Reichenberg auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, darf freischweg behauptet werden, daß wir eine ansehnliche Zahl verschiedener Einrichtungen und Anstalten aufzuweisen haben, die wohl geeignet scheinen, anderen Gemeinden als Vorbilder zur Nachahmung und Nachahmung zu dienen, wogegen andererseits nicht verschwiegen werden soll, daß uns noch manche Vorkehrung mangelt, die als erwünscht, ja als notwendig bezeichnet werden darf.

Der besseren Übersicht wegen und um das vorhandene Material systematisch zu ordnen, soll die Jugendfürsorge in Reichenberg in drei Gruppen gesondert werden, und zwar: A. Das Kind in der Familie; B. das Kind in der Schule und C. das Kind in der geschlossenen Anstalt, wobei jedoch vornemig bemerkt wird, daß mit Rücksicht auf den dieser kleinen Arbeit zugemessenen knappen Raum, von einer eingehenden oder gar erschöpfenden Behandlung des Gegenstandes keine Rede sein kann.

A. Das Kind in der Familie.

Reichenberg zählte am Jahreschlusse 1906 — 35.100 Zivil- und 1420 Militärpersonen, zusammen sonach 36.520 Einwohner. Im Jahre 1906 wurden in Reichenberg 536 Kinder lebend und 44 tot geboren; die Ziffer der Totgeburten gleichkommend einem Prozentsatze von 7,5 aller Geborenen überhaupt darf als ungewöhnlich hoch bezeichnet werden.

Der letzterhienene Sanitätsbericht für Böhmen, umfassend die Jahre 1899—1901 äußert sich über die Totgeburten in Böhmen u. a. folgendermaßen: „Aufsällig häufig kommen Totgeburten im Bezirke Friedland (23—26 auf 10.000 Einwohner), im Bezirke Reichenberg (20—30), in der Stadt Reichenberg (19—25), im Bezirke Joachimstal (15—20), Graslitz (16—19), Teplitz (16—18), Karlsbad (16—17), Falkenau, Gablonz und Rumburg (15—17), Dux, Trautmann (13—14), Brüx (12—15) vor.“ „Prüft man die lokalen Ursachen, so findet man, daß diese Bezirke Industriebezirke sind, daß in allen, bis auf Dux, Mangel an geprüften Hebammen herrscht. Diesbezüglich durchgeführte Erhebungen in den genannten Bezirken haben ergeben: 1. Schwangere Frauen gehen, um die Kassamitgliedschaft nicht zu verlieren, bis Ende der Schwangerschaft in die Arbeit als Handlangerinnen, müssen Lasten heben, haben daher häufige Fehlgeburten, fehlerhafte Kindeslagen, Nabelschnurvorfälle. In dieser Hinsicht ist eine Erleichterung im geschlichen Wege nötig. 2. Der frühzeitige geschlechtliche Umgang. 3. Künstliche Fruchtabtreibungen. 4. Syphilis, Rachitis und Unregelmäßigkeiten des Beckens, Mangel an körperlicher Entwicklung sind die gewöhnlichen Befunde bei Totgeburten.“

Die abnorm hohe Ziffer der Totgeburten in Reichenberg, etwa 7,5 Prozent aller Geborenen betragend, wogegen als fachwissenschaftlicher Normalatz für die Totgeburten nur 3 bis 4 Prozent gelten, verdient jedenfalls eine eingehende Untersuchung.

Die Behauptung des Landes-sanitätsberichtes, daß an der Höhe der Totgeburten in Reichenberg der Mangel an geprüften Hebammen die Mitschuld trage, dürfte wohl eine entsprechende Einschränkung erfahren, wenn man berücksichtigt, daß der Stand der Hebammen hier selbst im Jahre 1906 von 23 auf 19 gesunken ist, ein Rückgang, der wohl auf ein wenig zureichendes Einkommen der Hebammen in Reichenberg zurückzuführen sein dürfte. Übrigens wäre beim Studium der Frage der Totgeburten in Reichenberg auch das Alter der Mütter, ferner die Ehelichkeit beziehungsweise Unehelichkeit der totgeborenen Kinder angemessen zu berücksichtigen.

Jedenfalls bildet das Kapitel „Totgeburten in Reichenberg“ ein Arbeitsfeld, das sozialer Fürsorge in erhöhtem Umfange bedarf.

Hinsichtlich der Höhe der Kindersterblichkeit in Reichenberg liegen die nachstehenden amtlichen Ziffern aus dem Jahre 1906 vor: Im Alter bis zu einem Monat starben 31 Kinder, das sind 4% aller Verstorbenen; bis zu einem Jahre verschieden 108 Kinder, d. i. 14,2% der Gesamtsterblichkeit und im Alter bis zu 5 Jahren starben 149 Kinder, gleich 19,7% aller Todesfälle.

Bemerkenswert sind die Ernährungsverhältnisse der im ersten Lebensjahre verstorbenen 108 Kinder.

Von diesen Kindern wurden mit Muttermilch ernährt nur 9 Kinder; Tiermilch erhielten 31, Tiermilch und Muttermilch 5, Ersatzmittel 22, Tiermilch und Ersatzmittel 14, gemischte Nahrung 10, und keine Nahrung 14 Kinder. — Blinde, taubstumme, geistesranke oder blöde Kinder sind in Reichenberg keine vorhanden.

Bezüglich der Förderung der Körperpflege besitzt Reichenberg verschiedene Einrichtungen, die auch eine rege Inanspruchnahme gestatten.

Großer Beliebtheit erfreute sich bis in die letzten Jahre herein das Schlittschuhlaufen; auf dem Eislaufplatze des Eisflusses, auf dem sogenannten Gondelteiche, ja in günstig gelegenen Straßen und Gassen in der Stadt, konnte man zur Winterszeit bei entsprechendem Wetter Jugend und Alter diesen schönen und gesunden Sport betreiben sehen.

Seit etwa drei Jahren aber ist ein auffallender Umchwung eingetreten; die Eislaufplätze werden weniger besucht, alle Welt, ob alt ob jung huldigt ausnahmslos dem Vergnügen des Rodelns.

Weniger günstig sind die Verhältnisse hinsichtlich der Bäder im Freien. Der vorteilhaft gelegene Schwimmbad an der Kaiser Josef-Straße fiel der Stadterweiterung zum Opfer, ein Ersatz hierfür wurde nicht geschaffen und der an der Stadtgrenze in Nieder-Rosental gelegene Volksbadeteich ist für den größten Teil der Jugend wegen dessen weiter Entfernung von einer lebhaften Benützung fast ausgeschlossen.

Einer großen Beliebtheit erfreuen sich die vom Deutschen Gebirgsvereine für das Jeschen- und Isergebirge ins Leben gerufenen und bisher erhaltenen Ferienkolonien. Zum größten Teile durch freiwillige Spenden erhalten, gewährten diese Kolonien in den letzten Jahren stets 50 Knaben und 60 Mädchen einen unentgeltlichen vierwöchentlichen Aufenthalt in frischer Land- und Waldluft.

Die Pflege der Jugendspiele gestaltete sich seit einer langen Reihe von Jahren ziemlich abwechslungsreich. Als Mangel dieser Einrichtung ist der Umstand zu beklagen, daß es bisher noch nicht gelungen ist, einen günstig gelegenen Platz für diesen Zweck dauernd zu erwerben; das bisherige Hin- und Herwandern von einem Platze zum andern konnte einer Förderung der Sache natürlich nicht dienlich sein.

Eine wesentliche Vordubleistung der Wanderlust der Jugend in der Ferienzeit erzielen die auf dem Boden Deutschböhmens zuerst zur Einführung gelangten Schüler- und Studentenherbergen.

Diese vom Österr. Riesengebirgsvereine in Hohenelbe zuerst versuchte Einrichtung fand keinen hinreichenden Anklang; das Riesengebirge bot nicht genügenden Anreiz um die wanderlustige Jugend aus weiterer Ferne zum Besuche anzulocken.

Als sich jedoch der Jeschen- und Isergebirgsverein in Reichenberg entschloß, diese Sache auch in seinem Gau zur Einführung zu bringen, erfuhren die Verhältnisse eine plötzliche Änderung zum Besseren. Gegenwärtig haben die Schüler- und Studentenherbergen, welche dem reisefreudigen Studio freies Nachtlager und in vielen Fällen auch Beköstigung bieten, nicht nur ganz Österreich und Deutschland erobert, sie sind sogar bis in die Schweiz vorgebrungen; überall ist der fahrende Schüler in der Ferienzeit ein lieber Gast, freundlicher Aufnahme und guter Unterkunft sicher.

Dem zum kräftigen Baume herangewachsenen Stamme der Schülerherbergen ist in Reichenberg ein neuer Zweig entsproßt — die Schülerwanderungen. Einzelne Schulen sammeln freiwillige Beiträge, um kleinen Gruppen von Schülern, etwa 4–6 Jünglingen, durch Verabreichung des entsprechenden Reisegeldes eine kleine mehrtägige Ferienreise nach einer unbekannten Gegend zu ermöglichen.

Um die Förderung dieser Sache hat sich der gegenwärtige Direktor der Staatsgewerbeschule Professor Hans Hartl sehr verdient gemacht.

Von Reichenberg hat auch die Anregung zur Umgestaltung unserer bisher üblichen Weihnachts- oder Christbescherungen den Ausgang genommen. Vor 20 Jahren besprach ein Reichenberger Fachblatt die Mängel unserer öffentlichen Weihnachtsbescherungen, namentlich jener, die von Vereinen in Wirtshäusern veranstaltet werden, wobei die armen, zu beschenkenden Kinder in wenig schonungsvoller Weise vor aller Welt mit Almosen beteilt werden.

Wenn auch langsam, so zieht die Idee der Unterdrückung der öffentlichen Weihnachtsbescherungen doch immer weitere Kreise, insbesondere verliert diese bekämpfte Einrichtung, die allenfalls in geschlossenen Instituten, in Kranken-, Blinden-, Taubstummen- und ähnlichen Anstalten, in Waisenhäusern und sonstigen Kinderasylen ihre Berechtigung haben mag, in Deutschland immer mehr an Boden.

Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß das schöne Fest der Bescherung der Kinder am Christabend in die Familie gehöre und durch die Veranstaltung in der Öffentlichkeit oder gar im Wirtshause seine hehre Weise einbüße.

In Reichenberg werden alljährlich von den Armenpflegern Sammlungen zur Veranstaltung von Weihnachtsbeteiligungen eingeleitet. Die auf diese Weise erzielten Einnahmen von rund 5000 K werden verwendet zur Anschaffung von Kleidungsstücken und Wäsche, welche Sachen an eine große Zahl von armen Kindern zu Weihnachten zur Verteilung gelangen.

In sinngemäßer Ausgestaltung der in Deutschland vielseitig zur Einführung gelangenden Brockenhäuser, veranstaltete der Schreiber dieser Zeilen zur Weihnachtszeit der Jahre 1906 und 1907 mit überraschend günstigem Erfolge in Reichenberg eine Sammlung von abgelegten Spielsachen, Bilder- und Geschichtsbüchern, Kleidung, Wäsche und sonstigen für Kinder nützlichen Sachen und vermochte im Jahre 1906 aus den reichlich eingegangenen Spenden 57 Kinder, im Jahre 1907 aber gar 184 arme Kinder mit Geschenken zu erfreuen.

Hoffentlich regt dieser schöne Versuch auch Kinderfreunde in anderen Orten zur Nachahmung an.

Als eine erfreuliche Erscheinung auf dem Gebiete der Organisation der Jugendfürsorge ist das Inslebentreten eines Kinderschutzvereines in Reichenberg zu begrüßen. Der Bestand dieses Vereines ist jedoch noch von zu kurzer Dauer, daher es verfrüht wäre, über dessen Leistungen und die erzielten Erfolge schon jetzt ein Urteil abgeben zu wollen.

Mit Bedauern muß berichtet werden, daß die auf die Einführung eines Gemeindewaisens gerichteten Bemühungen bisher erfolglos geblieben sind, obzwar die hierauf bezughabenden Vorarbeiten längst fertiggestellt sind.

Unter diesen Umständen kann es kaum überraschen, daß das Vormundschaftswesen in Reichenberg ebenfalls an allen jenen Mängeln und Gebrechen kränkt, die auch andernorts so häufig wahrgenommen werden können.

Nicht unerwähnt darf es bleiben, daß die Obervormundschaftsbehörde redlich bemüht ist, die verschiedenen Unzukönnlichkeiten im Vormundschaftswesen zu beseitigen.

Besondere Anerkennung verdient das Bestreben der Reichenberger Armenverwaltung, der Schule entwachsene Waisenknaben bei vertrauenswürdigen Meistern zu tüchtigen Handwerkern ausbilden zu lassen.

B. Jugendfürsorge in geschlossenen Anstalten.

An verschiedenen Zwecken dienenden Kinderasylen hat Reichenberg folgende Anstalten aufzuweisen:

1. Die Krippe, Kinderbewahr- und Waisenanstalt.

Diese aus Anlaß des 50jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers mit einem Kostenaufwande von etwa 80.000 fl. erbaute ansehnliche Anstalt wird von geistlichen Schwestern geleitet. Im Jahre 1906 wurden in der Krippe 10 Knaben und 16 Mädchen gegen eine tägliche Gebühr von 12 h verpflegt. Die Kinderbewahranstalt und deren Filiale in der Rudolfschule beherbergten 146 Knaben und 141 Mädchen. Die Mehrzahl der Kinder fand unentgeltliche Aufnahme, 10 Kinder zahlten die ermäßigte Gebühr von 10 h täglich.

In der Waisenanstalt befanden sich vom Vorjahre 15 Knaben und 15 Mädchen. Im Jahre 1906 wurden aufgenommen 2 Knaben und 3 Mädchen, hingegen 2 Knaben und 3 Mädchen entlassen.

Die Summe der Verpflegstage für die Waisen betrug 10.502 und die Summe der Auslagen für deren Verpflegung 7561 K 44 h. Es stellten sich daher die durchschnittlichen Kosten der Verpflegung pro Kopf und Tag auf 72 h und pro Kopf und Jahr auf 262 K 80 h. Außerdem befanden sich 7 Waisenknaben in Privatpflege, wofür 841 K 50 h ausgegeben wurden und 7 in der Lehre befindliche Waisenknaben verursachten 357 K 7 h Auslagen.

2. Die städtischen Kindergärten.

In dem im 1. Stadtteile gelegenen waren 54, in dem im 2. 74 und in dem im 3. 71 Kinder eingeschrieben. Die Auslagen erreichten den Betrag von 7897 K 28 h, welche gedeckt wurden durch eingezahlte Verpflegsgeldern im Betrage von 211 K 20 h (für Kinder bemittelter Eltern werden 6 h pro Tag eingehoben), durch den Beitrag der Reichenberger Sparkasse von 4000 K und der Stadtgemeinde von 3686 K 8 h.

3. Das deutsche Kinderheim.

Hier selbst wurden 30 Knaben und 30 Mädchen verpflegt und hiefür 7067 K 93 h ausgegeben. Die Deckung dieses Betrages erfolgte durch die Zinsen des Kinderheimfonds per 1335 K 72 h, durch die Zinsen der Baron Heinrich Liebiegischen Stiftung per 1800 K und durch den Zuschuß aus der Stadtkasse per 3942 K 21 h. Das Vermögen des Fonds erhöhte sich durch die eingelaufenen Spenden im Betrage von 902 K 14 h auf 37.182 K 15 h.

4. Das Kinderasyl „Vincentinum“.

In dieser vom Vincentiusvereine errichteten und verwalteten Anstalt standen in Obhut 80 Kinder und zwar 50 Knaben in zwei Abteilungen und 30 Mädchen in einer Abteilung. Im Studentenheim des „Vincentinums“ waren 25 Schüler untergebracht. Die Ausgaben beliefen sich auf 7268 K.

5. Das Kinderasyl der Marie Pauline Freiin von Liebieg.

In dieser Anstalt finden 100 Kinder und zwar 48 Knaben und 52 Mädchen tagsüber Unterkunft. Dieselben gehören zum größten Teile Eltern an, welche in der Fabrik der Firma Johann Liebieg & Comp. beschäftigt sind. Einige Kinder erhalten den Winter hindurch in der Anstalt mmentgeltlich das Mittagessen.

6. Katholisches Gesellen- und Lehrlingsheim.

Diese Anstalt wurde mit einem Kostenaufwande von 160.000 K erbaut. Hier erhalten in der Stadt in Arbeit stehende Gesellen Kost und Wohnung gegen eine Zahlung von 90 h täglich und durchreisende Gesellen unentgeltliche Aufnahme und Verpflegung. Im Lehrlingsheim wird Lehrlingen freie Wohnung und Verpflegung geboten, sofern sie dieselbe nicht beim Meister haben. Es wird daselbst für Lehr- und Arbeitsvermittlung gesorgt. Auch werden arme Studierende, von denen gewerbliche den Vorzug haben, zu billigem Preise in ganze Verpflegung genommen.

7. Die Marien-Krippe.

Diese Anstalt ist eine Schöpfung der Baronin Marie, Gemahlin des Großindustriellen Theodor Freiherrn von Liebtog. Sie wurde nach den Plänen des Architekten Ernst Schäfer in Reichenberg mit einem Kostenaufwande von 65.000 K erbaut und eingerichtet und am 16. Oktober 1906 eröffnet.

Den Zweck dieser Anstalt schilderte die Frau Stifterin in ihrer Ansprache bei der Eröffnungsfeier mit nachstehenden Worten: „Die Kindheit ist einer der schönsten und wichtigsten Lebensabschnitte. Wird sie glücklich und zufrieden verlebt, so ist sie die Grundlage zu späterer Zufriedenheit und Tüchtigkeit und bleibt eine schöne Erinnerung. Soll dies aber erreicht werden, so muß für die körperliche und geistige Gesundheit von frühester Jugend an gesorgt werden, denn ein krankes Kind ist mißmutig, hat wenig Freude am Spiel und Lernen. Es ist deshalb sehr wichtig, daß die Kleinen in den ersten Monaten die richtige Pflege erhalten und ich möchte diese den arbeitenden Frauen der Firma durch diese Krippe erleichtern. Ich hoffe, daß die Mütter das Vertrauen zu mir haben werden, daß diese Kleinen gut aufgehoben sind, die auch auf das sorgfältigste verpflegt werden sollen und mit Gottes Hülfe hoffentlich gut gedeihen werden. Vom vollendeten 2. Monate bis zum vollendeten 3. Lebensjahre sollen sie hier verpflegt werden, damit sie gesund und kräftig in den Kindergarten eintreten können.“

Die Krippe ist demalen für 18 Kinder eingerichtet. Stillenden Müttern ist durch Bewilligung von Arbeitspausen die Gelegenheit gegeben, hier dieser Mutterpflicht nachzukommen.

Das Gebäude ist mit einem großen Garten umgeben. Das Kellergechoß enthält den Raum für die Kindervagen; das Erdgechoß das Schlafzimmer, das Kriechlingszimmer, ein weiteres Zimmer nebst Küche, den Baderaum und die Speisekammer; der 1. Stock zwei Zimmer für die Wärterinnen, ein Schlafzimmer mit 6 Betten, ein Dienstbotenzimmer und die Waschküche mit Trockenkammer.

Die ärztliche Überwachung der Krippe besorgt der hiefür bestellte Anstaltsarzt; für die Wirtschaftsführung und Aufsicht sorgt eine Leiterin.

C. Das Kind in der Schule.

Reichenberg besitzt für seine deutschen Volks- und Bürgerschulen fünf stattliche Gebäude, die jedoch zur Unterbringung der 3704 Schüler im Jahre 1906 nicht zureichten, daher die Erbauung einer weiteren Schule als dringende Notwendigkeit bezeichnet werden muß.

Außer den deutschen Volks- und Bürgerschulen, die von der Stadtgemeinde erhalten werden, bestehen hieftadts noch folgende Schulen:

a)	die Privatbürgerschule der Ursulinen	mit	73	Schülern,
b)	„ tschechische öffentliche Volksschule	„	353	„
c)	„ „ „ Übungsschule	„	149	„
d)	„ Privatvolksschule am Johannisstein	„	126	—
e)	„ „ „ der Ursulinen	„	72	„
f)	„ „ „ der Frau Falger	„	7	„ und
g)	„ tschechische Privatvolksschule	„	194	„

Im Jahre 1906 betrug die Zahl der Schulklassen aller öffentlichen und Privatschulen 93 und die Schülerzahl 4680.

Schulbäder sind in den Reichenberger Volks- und Bürgerschulen noch nicht zur Einführung gelangt, auch entbehren selbe bisher der Bestellung von Schulärzten.

Die Auspeisung armer Schulkinder steht ebenfalls einer notwendigen Regelung entgegen. Das Turnen findet eine anerkennenswerte Pflege, auch der Handfertigkeitsunterricht wird den Kindern ermöglicht.

Die Fußböden in den Schulen sind überall mit Stauböl eingelassen, eine Einrichtung, die sich bisher sehr gut bewährt hat.

Die von den hervorragendsten Schulhygienikern vertretene Forderung, den Unterrichtsbeginn wenigstens die Winterszeit hindurch in den untersten Klassen vormittags von 8 Uhr auf 9 Uhr zu verlegen, die schon wiederholt in Verhandlung gezogen wurde, vermochte bisher nicht zur Geltung zu gelangen, da sich die Lehrerschaft dieser Frage gegenüber ablehnend verhielt.

Das städtische Gesundheitsamt unterzog sich früher wiederholt der mühsamen Arbeit, statistische Erhebungen über verschiedene gesundheitliche und auch wirtschaftliche Verhältnisse der Schulkinder durchzuführen. So gelangten zur Zählung die kurzfristigen und mit Gehörstörungen behafteten Kinder, die verschiedenen Formen der verkrüppelten Schulkinder, ferner jene Kinder, die außer der Schulzeit durch ihre Tätigkeit beitragen müssen, das Einkommen der Familie zu erhöhen.

Die diesfälligen Ergebnisse hier zu besprechen, würde zu weit führen.

Verzeichniss der in Prag und den Vororten bestehenden Anstalten für Jugendfürsorge.

Von JUDr. Maczák Viktor von Ottenburg.

A. Allgemeine Armenpflege.

1	Armensektion des deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten
2	Bund der Deutschen in Böhmen nebst Bundesgruppen
3	Armenkasse der deutsch-evangelischen Gemeinde in Prag
4	Verein zum Wohl hilfbedürftiger Kinder (utraquistisch)
5	Privatarmen-Verein zur Unterstützung der Hausarmen (utraquistisch)

B. Jugendfürsorge und Kinderschutz.

I. Heim- und Unterkunftsstätten.

	Anstalt	Erhalter
a) Krippen und Kleinkinderbewahranstalten.		
1	Krippen	Zentralverein für Krippen
2	Kleinkinderbewahranstalt in Prag V	Josefstädter Kleinkinderbewahranstalt
b) Kindergärten.		
1	Prag I., Raftulusplatz Nr. 784	Deutscher Schulpfennigverein in Prag
2	Prag I., Bartholomäusgasse	Deutscher Prager Frauen-Erwerbverein
3	Prag II., Kesselgasse Nr. 308	Deutscher Schulpfennigverein in Prag
4	Prag III., Anjezd Nr. 452	Deutscher Schulpfennigverein in Prag
5	Prag III., Karmelitergasse	K. f. deutsche Lehrerinnenbildungsanstalt in Prag

	Anstalt	Erhalter
6	Prag IV., Hohlweg	Orden der Barmherzigen Schwestern vom heil. Karl Borromäus
7	Prag VII, Deutsche Privat-Volkschule	Prager Schülerhaltungsverein
8	Prag VIII, Deutsche Privat-Volkschule	Prager Schülerhaltungsverein
9	Brschowitz Deutsche Privat-Volkschule	Prager Schülerhaltungsverein
10	Smichow	Verein deutscher Schulfreunde in Smichow
11	Rgl. Weinberge	Deutscher Kindergartenverein in Rgl. Weinbergen
12	Břzkow	Deutscher Kindergartenverein in Břzkow
13	Karolinental	Deutscher Kindergartenverein in Karolinental

c) Waisenhäuser und Pensionate.

1. Knaben.

1	Privat-Waisenhaus zu St. Johann b. Täufer	
2	Italienisches Waisenhaus (Deutsche, Tschechen, Italiener)	

2. Mädchen.

3	Ursulinerorden	
4	Orden der englischen Fräuleins	
5	Marienanstalt	
6	Dienstmägde Christi	

d) Diverse Unterkunftsstätten.

1	Lehrerinnenheim des Vereines Frauenfortschritt	Deutscher Verein Frauenfortschritt
---	--	------------------------------------

	Anstalt	Erhalter
	Lehrerinnenheim des deutschen pädagogischen Vereines	Deutscher pädagogischer Verein
3	Mägdeheim	Verein deutsches Mägdeheim und Dienstbotenschule
4	Herberge für durchreisende Handwerkerburschen	Deutscher Handwerkerverein
5	Deutsches Lehrlingsheim	Deutscher Handwerkerverein
6	Deutscher Lehrlingshort	Deutscher Handwerkerverein

II. Kinderbekleidung (Ehriftbescherungen).

1	Kinder aus allen Schulen Prags und der Vororte	Deutsches Kasino
2	Kinder der deutschen Schulen auf d. Kleinseite u. d. Grabschin	Verein deutscher Schulfreunde für die Kleinseite u. d. Grabschin
3	Kinder der deutschen Knaben-Volkschule und der deutschen Mädchen-Volks- und Bürgerschule in Smichow	Verein deutscher Schulfreunde in Smichow
4	Kinder d. deutschen Knaben- u. Mädchen-Volkschule u. d. deutschen Mädchen-Bürgerschule in Rgl. Weinbergen	Verein deutscher Schulfreunde in Rgl. Weinbergen
5	Kinder der deutschen Knaben- und Mädchen-Volkschule in Karolinenthal	Verein deutscher Schulfreunde in Karolinenthal
6	Kinder der deutschen Privat-Volkschule in Holleschowitz (Deutscher Schulerhaltungsverein)	Schulleitung der Privat-Volkschule in Holleschowitz
7	Kinder der deutschen Privat-Volkschule in Wrtschowitz	Schulleitung der Privat-Volkschule in Wrtschowitz
8	Kinder der deutschen Privat-Volkschule in Lieben	Schulleitung der Privat-Volkschule in Lieben
9	Kinder der Altstadt, Neustadt und Kleinseite des deutschen Schulpfennigvereines	Deutscher Schulpfennigverein in Prag
10	Schüler der deutschen evang. Schule in Prag II., Gerbergasse	Schulleitung der deutschen evang. Schule
11	Kinder der deutschen Schule in Biskow	Verein deutscher Schulfreunde in Biskow
12	Vereinspfleglinge des	Vereines zum Wohl hilfsbedürftiger Kinder in Prag

	Anstalt	Erhalter
III. Gesundheitspflege und Heilstätten.		
1	Jugendspiel	Deutscher Verein zur Pflege von Jugend=spielen in Prag (Gr. 1901)
2	Ferienkolonien	Verein für deutsche Ferienkolonien in Prag
3	Klarische Blindenanstalt Blinden-Kindergarten	Klarische Blindenanstalt
4	Pradschiner Blindenerziehungs= Institut	Privat-Erziehungs- und Heilinstitut für arme blinde Kinder
5	Taubstummenpflege	Taubstummeninstitut Prag III.
6	Siechen	Vincentinum
7	Tuberkulose	Landeshilfsverein und Zweigverein Prag des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke
8	Epilepsie	Deutscher Verein für Epileptikerpflege
9	Kaiser Franz Josef-Kinderspital	
10	Kaiser Franz Josef-Rekonvaleszenten= heim in Luchoměř	Böhmische Sparkasse
11	Schwach sinnige	Ernestinum Prag IV.
IV. Auspeisung.		
1	Schulkinder-Auspeisung	Damensektion des deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten
2	Volkstüchen-, Tee- und Suppen= anstalten	
V. Fortbildungsschulen.		
a) für Mädchen.		
1	Deutsche Kochschule (Ausbildung von Berufstöchinnen)	Verein deutsche Kochschule Prag II., Wladislawgasse 1798
2	Deutsche Dienstbotenschule (Ausbildung von Dienstmädchen)	Verein deutsche Dienstbotenschule und Wägebheim Prag I., Bartholomäusgasse

	A n s t a l t	E r h a l t e r
3	Handelschule mit 4 Kursen: Vorbereitungskurs, Handelskurs, Kurs für tschech. und franz. Sprache	Deutscher Prager Frauen-Erwerbverein Prag I., Bartholomäusgasse
4	Lehrkurs für Kindergärtnerinnen	dto.
5	Arbeitschulen (Handnäherei, Stopfen, Flicken, Maschinennäherei, Zuschneiden, Wäscheflickerei, Verdienstarbeiten)	dto.
6	Mädchen-Fortbildungsschule der deutschen Mädchenbürgerschule in den Rgl. Weinbergen	Deutscher Schulerhaltungsverein in Prag
7	Deutsches Mädchen-Lyzeum	Berein zur Erhaltung eines deutschen Mädchen-Lyzeums in Prag
8	Deutsches Mädchen-Gymnasium	dto.
b) für Knaben.		
1	Gewerbliche Fortbildungsschule	Deutscher Handwerkerverein
2	Handelschule Wertheimer (Freiplätze)	Direktor Wertheimer

Erster Jahresbericht des Ortsausschusses Prag und Umgebung der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen für das Jahr 1907.

Als im Jahre 1906 in Böhmen die „Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen“ gegründet wurde, plante dieselbe die Einsetzung eines Ortsausschusses für die Beforgung ihrer Aufgaben in Prag und Umgebung. Da jedoch bei der großen Anzahl der in Prag und Vororten bereits bestehenden Vereine ein neuer Ausschuß nur schwer Mitarbeiter gefunden hätte und andererseits auch die bereits bestehenden Wohlfahrtsvereine in keiner Weise geschädigt werden sollten, gelang es dem vermittelnden Einfluß mehrerer Mitglieder der Zentralstelle, die seit 9 Jahren in Prag für die deutsche Armenpflege mit bestem Erfolg wirkende Armensektion des Deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten in Prag für die

Aufgaben dieses Ortsausschusses derart zu gewinnen, daß sämtliche Mitglieder der Armensektion sich bereit erklärten, diesem Ortsausschusse beizutreten, wodurch zwar die Selbstständigkeit der Armensektion in keiner Weise beeinflusst wurde, und doch deren reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der deutschen Armenpflege in Prag dem Ortsausschuß nutzbar gemacht wurden.

Gleichzeitig erklärte sich auch die Armensektion bereit, die Bestrebungen des Ortsausschusses nach Tunslichkeit zu fördern.

Sonach konstituierte sich der Ortsausschuß wie folgt: Dr. Robert Zilchert, Obmann, Dr. Viktor von Ottenburg, Stellvertreter, Karl Gruß, Geschäftsleiter, Richard Martius, Stellvertreter, Ludwig Hasenbraedl, Schatzmeister, Josef Schüpp, Stellvertreter. Überdies gehören dem Ausschuß an die Herren: Karl Bender, Franz Gattermann, Josef Krause, MUDr. Arnold Brandeis, MUDr. Franz Bunzel, Josef Senfert, Josef Müller, Dr. Josef Kempf, H. A. Kamm, Richard Martius, Robert Nowak, Josef Schopp, Karl Wolrab, Prof. Dr. Jaus.

Der Ortsausschuß begann seine Tätigkeit am 1. Jänner 1907. Da der Ortsausschuß sich nur als ein Hilfsverein der Zentralstelle betätigen wollte, unterließ er es, sich selbständig an die Öffentlichkeit um Unterstützung zu wenden und richtete vielmehr sein Bestreben dahin, durch Zusammenwirken mit anderen Vereinen sein Ziel zu erreichen. Erfreulicherweise fand der Ortsausschuß bei einer Reihe deutscher Vereine Verständnis und weitestens Entgegenkommen.

In erster Linie war es die Armensektion, welche für 6 Waisenfinder in monatlichen Unterstüzungen 300 K spendete, desgleichen der Verein deutscher Schulfreunde für die Kleineseite und Grabschm, der 381 K 56 h widmete und die Ortsgruppe Kleineseite des Deutschen Schulvereines mit einer Spende per 100 K, das Christbaumkomitee für die deutschen Schulen der Kleineseite (Verein deutscher Schulfreunde für Kleineseite und Grabschm und Verein „Austria“) beteiligte fünf Kinder mit vollständiger Kleidung, bestehend in Anzügen und Schuhwerk.

Der Verein deutscher Ferienkolonien ermöglichte drei Pflinglingen unentgeltlich einen achtwöchentlichen Sommeraufenthalt.

Bei dem Landesauschusse des Königreiches Böhmen wurde für zwei Mädchen der unentgeltliche Kurgebrauch in Bad Hall erwirkt, welcher von bestem Erfolge begleitet war und die vollständige Heilung erwarten läßt.

Aber auch von seiten einzelner Personen erfuhr der Ortsausschuß wesentliche Förderung durch Spenden. Insbesondere förderten Herr Dr. Franz Wien, Advokat in Prag und dessen Gattin Frau Hilda Wien den Ortsausschuß, indem sie zum Andenken an ihr leider so früh verstorbenes Söhnchen Reinhard den Betrag pr. 5000 Kronen widmeten, welcher als Reinhard Wien-Fond angelegt ist und dessen Zinsen zur Unterstützung eines deutschen Waisenfindes in Prag verwendet werden.

Allen vorgenannten Gönnern wird hiemit der beste Dank ausgesprochen.

Auf diese Weise war es dem Ortsausschuß möglich, die Bestrebungen der Zentralstelle zu unterstützen, indem derselbe sechs Pflinglinge vollständig zur Erhaltung übernahm und überdies Verpflegs- und Reisekosten für vorübergehend in Prag untergebrachte Waisenfinder bestritt. Die ständigen Pflinglinge sind bei 3 deutschen Familien untergebracht und ist somit der Anfang zur Gründung einer Prager Waisenkolonie gemacht, welche hoffentlich aus bescheidenen Anfängen sich weiter entwickeln wird.

In der Ausgestaltung dieser Waisenkolonie sieht der Ortsausschuß seine nächste Aufgabe. Jedoch muß derselbe sich weitere Ziele stecken, wenn er seinen Zweck, die Waisenpflege und Jugendfürsorge für Prag und Umgebung zu organisieren, erreichen will.

Dazu wurde zunächst der Anfang gemacht durch Anlage eines Kinderkataksters, welcher nicht nur Waisenfinder, sondern alle wegen Armut, geistiger und körperlicher Gebrechen oder Verwahrlosung hilfsbedürftige deutsche Kinder Prags und der Vororte umfassen soll.

Die Vollendung dieses Kataksters steht bevor und wird derselbe die Grundlage bieten, auf welcher für diese Kinder, zunächst wenigstens von den dringendsten Fällen Hilfe geschaffen werden kann.

Indem der Ortsausschuß seinen ersten Jahresbericht der Öffentlichkeit übergibt, hofft er zuversichtlich daß seine Bestrebungen in den deutschen Wohlfahrtsvereinen sowie bei den Deutschen Prags überhaupt Verständnis und Unterstützung finden werden.

Kinderschutzvereine in Deutschböhmen.

Sitz	Wirkungs- gebiet	Gründungs- jahr	Mitglieder- Anzahl	Ausgaben für Verinszwecke im Jahre 1907 und Vereins- vermögen K	Eigene oder verwaltete Anstalten	Vorstand
Aussig, Ahl- und Waisenhaus- Verein	Stadt und Bez. Aussig	1886	455	18.000 — 63.000 —	1. Kaiser Franz Josef Ahl- und Waisen- haus. 2. Kinderasyl	Dr. Franz Ohnsorg, Bürgermeister
Bilin	Gerichts-Bez. Bilin	1905	626	654 — 2.601 83	—	Franz Hauser, f. f. LGR.
Brüx	Gerichts-Bez. Brüx	1904	350	354 50 7.935 47	—	Karl von Bohnert, Bürgermeister in Brüx
Dauba	Gerichts-Bez. Dauba	1905	465	75 — 1.312 62	—	Carminé, f. f. LGR.
Deutsch-Gabel	Gerichts-Bez. D. Gabel	1905	297	197 28 750 29	—	Adolf Klein, f. f. LGR.
Duppau	Bezirk Duppau	1904	272	230 60 348 17	—	Karl Frank, f. f. LGR.
Dux	Bezirk Dux	1904	1055	4.813 45 4.794 75	Waisenheim der Deutschen Hilfsge- sellschaft in Ossegg	Anton Heber, Privatier
Friedland	Gerichts-Bez. Friedland	1902	1327	4.239 25 38.997 81	Tagesheimstätte. Bau einer Bezirks- heimstätte ist in An- griff genommen	Franz Janisch, f. f. LGR.
Grazen	Gerichts-Bez. Grazen	1906	110	8 — 316 82	—	Dr. Karl Hirsch, f. f. Bezirksrichter
Haida	Gerichts-Bez. Haida	1906	395	400 — 1.320 —	Errichtung eines Waisenhauses in Ansicht genommen	Johann Sieber, f. f. LGR.
Hainšpach	Gerichts-Bez. Hainšpach	1905	450	461 08 438 82	—	Josef Kahler, f. f. LGR.
Hohenelbe	Gerichts-Bez. Hohenelbe	1905	629	1.855 13 5.749 —	Errichtung einer Be- zirkswaisenheimstätte ist geplant.	Dr. Jul. Koller, f. f. LGR.
Hohenfurt	Gerichts-Bez. Hohenfurt	1906	292	341 70 1.887 50	—	Bruno Bommer, Abt u. Bez.-Obm.
B.-Ramnitz	Bezirk B.-Ramnitz	1905	350	87 — 1.622 16	—	Ant. Segert, f. f. LGR.

Sitz	Wirkungs- gebiet	Gründungs- jahr	Mitglieder= Anzahl	Ausgaben für Verenszweife im Jahre 1907 und Vereins- vermögen K	Eigene oder verwaltete Anstalten	Vorstand
Karlsbad	Gerichts-Bez. Karlsbad	1902	600	3.493 53 1.201 —	—	Leonard Kohl, Privatier
Komotau	Gerichts-Bez. Komotau	1903	149	459 46 1.280 41	—	Heinr. Graß, f. f. LGR.
B.=Leipa	Gerichts-Bez. B.=Leipa	1905	690	809 70 3.097 40	—	Franz Merker, f. f. LGR.
Marienbad	Gerichts-Bez. Marienbad	1904	—	— —	—	Friedr. Adam, f. f. LGR.
Marschendorf	Gerichts-Bez. Marschendorf	1906	156	1.452 — 1.301 22	—	Frau Ferd. Gräfin v. Czernin v. Chu- denitz
Niemess	Gerichts-Bez. Niemess	1905	—	468 68 1.300 —	—	Robert Hantschel, f. f. BR.
Oberleutens- dorf	Gerichts-Bez. Oberleutens- dorf	1906	685	869 96 3.570 27	—	Josef Dostal, f. f. Bezirksrichter
Plan	Gerichts-Bez. Plan	1907	—	— —	—	Dr. L. Zimmer- mann, f. f. BR.
Postelberg	Gerichts-Bez. Postelberg	1907	169	235 —	—	Dr. Frz. Jedlitschka, f. f. Bezirksrichter
Reichenberg Stadt	Stadt Reichenberg	1907	300	2.300 —	—	Anton Hein, Stadtrat
Reichenberg Land	Landbezirk Reichenberg	1906	764	978 85 3.232 82	—	Karl Wimmer, f. f. LGR.
Rumburg	Bezirk Rumburg	1905	373	160 31 1.225 41	—	Willibald Knechtel, f. f. LGR.
Saaß	Gerichts-Bez. Saaß	1904	530	1.521 — 3.329 12	Kinderheim (wird 1908 eröffnet)	Franz Willomitzer, f. f. Bezirksschul- inspektor
Schludenan	Gerichts-Bez. Schludenan	^{25/11} 1905	278	— —	Kinderheim projek- tiert	Adolf Grohmann, f. f. LGR.
Tannwald	Gerichts-Bez. Tannwald	1906	342	330 21 1.380 17	Errichtung eines Kinderschulheimes ist geplant	Robert Rothe, f. f. LGR.

Sitz	Wirkungs- gebiet	Gründungs- jahr	Mitglieder- Anzahl	Ausgaben für Vereinszwecke im Jahre 1907 und Vereins- Vermögen K	Eigene oder verwaltete Anstalten	Vorstand
Trautenau	Gerichts-Bez. Trautenau	1905	200	525 61 1.873 86	—	Jur. Dr. Mojs Kluge, Rechtsanwalt und Bez.-Obmann
Wärnsdorf	Gerichts-Bez. Wärnsdorf	1905	917	1.283 80	—	H. Paulich, f. t. LGK.
Zwifkau	Gerichts-Bez. Zwifkau	1905	300	8 — 1.532 49	Die Errichtung eines Kinderschutzheimes ist geplant	Rudolf Schneider, f. t. Bezirksrichter
Unterausschuß für Waisen- versorgung des Bundes d. D. i. B.	ganz Böhmen	1898	Die Mitglieder des Bundes d. Tausenden in Böhmen (70.000)	40.000 — 10.000 —	3 Familienan- sied- lungen. Waisenheim Neudorf. Dr. Karl Schücker- heim zu Niederjohns- dorf	Jur. Dr. Karl Schücker, Reichen- berg

Berichte der Kinderschutzvereine.

Bericht über die Tätigkeit des Asyl- und Waisenhausvereines in Aussig. 1886—1907.

Im Anfange des Jahres 1886 traten über Einladung des Herrn Anton Niederndorfer edelgesinnte Männer zusammen und begründeten den Asyl- und Waisenhausverein in Aussig, dessen konstituierende Hauptversammlung schon am 15. September 1886 abgehalten werden konnte. Der erste Ausschuß bestand aus den Herren: Kögler, Niederndorfer, v. Wöfel, Lange, Mendl, Weiss und Rädler.

Der Verein trat sogleich an die Erfassung seiner Aufgabe heran, übernahm die Beaufsichtigung und Unterbringung der im Stadtgebiete wohnhaften Waisenkinder, bewilligte den Pflegeeltern Erziehungsbeiträge und sorgte für das Fortkommen der Kinder nach erfüllter Schulpflicht.

Er ließ aber auch seine zweite Aufgabe — die Erbauung eines eigenen Hauses — nicht aus den Augen, verstand es, das Interesse aller Kreise wachzurufen, den Wohltätigkeitsfönn der Bevölkerung zu wecken und hatte die Freude, am 2. Dezember 1888 das neuerbaute Kaiser Franz Josef-Asyl- und Waisenhaus in feierlicher Weise eröffnen zu können. Am 1. April 1889 zogen die ersten Bewohner in das neue Haus ein.

Es wurden aufgenommen: 72 Pfleglinge für das Asyl (nur tagsüber) und 13 Waisenkinder in volle Verpflegung.

Aber schon im nächsten Jahre machte sich Platzmangel fühlbar und der Verein mußte daran denken, auch für das Asyl ein eigenes Haus zu schaffen. Er hatte das Glück, in Herrn Ed. J. Weinmann einen Freund und Gönner zu finden, der sich in bereitwilliger Weise in den Dienst der guten Sache stellte. Durch seine Unterstützung wurde es möglich, am 7. April 1896 ein zweites, der Jugendfürsorge dienendes Haus: Kinderasyl — Ed. J. Weinmannstiftung — der Benützung zuführen zu können.

Das Asyl, an welches sich ein Garten schließt, faun in vier großen Sälen 100—120 Kinder unterbringen und ist seit der Eröffnung fast immer vollbesetzt. Die Kleinen (im Alter von 2—6 Jahren) werden früh (ab 6 Uhr) gebracht und nach 5 Uhr abends wieder abgeholt.

Durch den Neubau des Kinderasyls wurde es möglich, das Waisenhaus vollständig einzurichten. Es hat jetzt Platz für 20 Knaben und 20 Mädchen, enthält 2 Schlaffsäle, einen Speisesaal, Garberoben, Küchen, Bad, Waschkammer, hat Hof, Garten und Veranda. Die Einrichtung ist in jeder Beziehung zufriedenstellend.

In dasselbe werden verwaiste und verlassene Kinder vom 3. - 14. Lebensjahre aufgenommen. Die in Auffig oder in einem Orte des Bezirkes heimatberechtigten Kinder werden in erster Reihe berücksichtigt. Die kleinen besuchen den Kindergarten des Asyls, die größeren die öffentlichen Schulen.

Bisher wurden 242 Kinder in das Waisenhaus aufgenommen. Die Verpflegsdauer bewegt sich zwischen $\frac{1}{2}$ —11 Jahren; die Zahl der Verpflegstage beläuft sich auf 240.000; die Kosten pro Tag und Kind bewegen sich zwischen 60—80 h. Die 14-jährigen Knaben werden entlassen und in den meisten Fällen von der Anstalt aus bei Gewerbetreibenden als Lehrknaben untergebracht. Die Mädchen bleiben gewöhnlich noch länger im Hause, um eine gewisse Übung im Verrichten häuslicher Arbeiten zu erlangen, ehe sie als Kinder- und Dienstmädchen in das öffentliche Leben treten.

Das Präliminar des ersten Verwaltungsjahres betrug 10.000 K, das des letzten Jahres 18.000 K; Spenden an Naturalien sind dabei nicht eingerechnet.

Das Kindersahl verzeichnet mit Schluß des Jahres 1907 an Verpflegstagen 285.000. Die Kosten pro Tag und Kind belaufen sich auf 30—40 h. Die meisten Kinder werden unentgeltlich verpflegt, ein Drittel von ihnen zahlt pro Tag 10 h.

Die bisherigen Ausgaben des Vereines für verwaiste und verlassene Kinder belaufen sich auf 350.000 K. Außerdem wurden die Bausummen für die beiden Anstalten im Betrage von 85.000 K aufgebracht. Die Einnahmen stellen sich zusammen aus den Beiträgen der Vereinsmitglieder (im 1. Jahre: 2 Gründer, 159 ordentliche und 121 beiträgende Mitglieder; im Jahre 1907: 111 Gründer, 195 ordentliche und 149 beiträgende Mitglieder), aus den Subventionen (von Sparkassen, Gemeinden, Bezirksvertretung), aus den Verpflegsbeiträgen des Landesauschusses (Landeswaisenfond), aus Spenden, welche die Bewohner der Stadt bei freudigen, wie bei traurigen Ereignissen der Anstalt zuwenden, aus den Beiträgen, die für einzelne Kinder gezahlt werden und aus den Zinsen der Stiftungen.

Die Anstalten sind Eigentum des Asyl- und Waisenhausvereines.

Zur Verwaltung und Leitung ist ein Kuratorium berufen, welches aus 7 Personen besteht. Als Obmann fungiert der jeweilige Bürgermeister der Stadt, drei Mitglieder wählt der Asyl- und Waisenhausverein, drei Mitglieder der Gemeindeauschuß. Das ausübende Organ des Kuratoriums ist der Waisenvater, die Pflege der Kinder und die Bewirtschaftung des Hauses ist 8 Schwestern vom hl. Kreuze (in Eger) anvertraut.

Das Kuratorium für das Jahr 1907 bestand aus folgenden Herren: MDr. Franz Ohnsorg, Bürgermeister der Stadt Auffig, Ritter des Ordens der eisernen Krone, Konrad Moissl, Direktor der 1. Volks- und Bürgerschule, Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone, Anton Niederndorfer, Realitätenbesitzer und Mitglied der Stadtvertretung, Tech.-Dr. Max Schaffner, weiland, Präsident des österr. Vereines für chem. und metall. Produktion, MDr. Wenzel Weiß, kaiserlicher Rat, Ed. J. Weinmann, k. k. Kommerzialrat, P. Anton Zimmerler, bishöflich. Konsistorialrat und Stadtbedient. Als Waisenvater fungiert Eduard Wagner, Oberlehrer.

Die Vereinsleitung führen folgende Herren: MDr. W. Weiß, Obmann, Leopold Herzum, Apotheker, Obmann-Stellvertreter, Anton Niederndorfer, Schriftführer, Stadtrat Robert Ostermann, Kassier, Franz Dörfel, Kaufmann, Josef Rädler, Obmann-Stellvertreter des Bezirksauschusses, Hermann Wilfert, Privatier, als Beiräte.

Seit Jahren geht das Bestreben der Leitung dahin, die gegründeten Anstalten für die Zukunft zu sichern und einen Fond für die Erhaltung derselben zu schaffen. Den eifrigen Bemühungen in dieser Beziehung ist es zu danken, daß heute bereits Stiftungen im Betrage von 63.000 K vorhanden sind.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß der Verein auch Kinder in Privatpflege gegeben hat und die Kosten für die Unterbringung trägt.

Bericht des Vereines „Kinderschuh“ für den Gerichtsbezirk Bilin über das Vereinsjahr 1907.

Der derzeitige Stand der Vereinsmitglieder bezieht sich im abgelaufenen Jahre wie folgt: 26 Gründer, 600 ordentliche Mitglieder, daher zusammen 626 Mitglieder.

Als Vorstandsmitglieder fungierten im Jahre 1907: Obmann Herr OLGK. Franz Hauser, Obmann-Stellvertreter Herr Bezirksobmann Josef Barwinek, 1. Schriftführer Herr Dr. Karl Landa, k. k. Notar, 2. Schriftführer Herr Ger.-Kanzelist Th. Lebr, 1. Schatzmeister Herr Stadtrat Franz Schütz, 2. Schatzmeister Herr Bürgerschuldirektor Josef Wunderlich, Besitzer die Herren: Domänenrat Anton Hannakamp, Bürgermeister Josef Schmettan, Dr. Karl Proßlinger, Rechtsanwalt, Dr. Karl Cerny, k. k. Ger.-Adjunkt, ferner die Herren Gemeindevorsteher. Fiedler-Hofstomik, Reyr-Liebshausen, Schilha-Kostenblatt, Swoboda-Langugest und Scheithauer-Sellnig.

An Mitgliedsbeiträgen sind im Jahre 1907 K 674— von ordentlichen Mitgliedern, ferner K 25— von der Gemeinde Krzemusch als gründendes Mitglied eingegangen.

Der derzeitige Stand des Vereinsvermögens beziffert sich mit 31. Dezember 1907 mit K 2601 83.

Im Jahre 1907 fanden 2 Vorstandssitzungen u. zw. am 10. März 1907 und 28. Juni 1907 statt; die geringe Zahl der stattgehabten Vorstandssitzungen ist dadurch zu rechtfertigen, daß in der 2. Hälfte dieses Jahres der derzeitige Obmann dieses Vereines, Herr OGH. Franz Hauser, in den Ruhestand getreten ist und auch der Einlauf an Schriftstücken die Abhaltung von Vorstandssitzungen nicht erforderlich machte.

Die Bildung von Vereins- d. h. Gemeindevorständen ist noch nicht verwirklicht worden und es muß deren Realisierung dem neuen Vereinsjahre vorbehalten werden.

Im verflossenen Vereinsjahre 1907 wurden 13 Parteien mit dem Gesamtbetrage von K 654— aus Vereinsmitteln unterstützt.

Die nächste Vollversammlung findet wie alljährlich anfangs des Monats März bzw. noch im Monate Feber 1908 statt.

Jugendfürsorgeverein für den Gerichtsbezirk Brüx.

In der diesjährigen Hauptversammlung erstattete Herr k. k. Landesgerichtsrat Josef Lufsch den Jahres- und Tätigkeitsbericht über das humanitäre Wirken des Vereines. In 5 Fällen nahm sich der Verein teils verwahrloster, teils ganz verwaister und in drückender Armut befindlicher Kinder an und veranlaßte deren Unterbringung bei Zieheltern. Ein neunjähriges Mädchen wurde im Taubstummeninstitut in Leitmeritz untergebracht. Außerdem wurde eine Reihe von Eingaben erledigt. Da die Fälle, in welchen Kinder von ihren auf Arbeit befindlichen Eltern tagsüber sich selbst überlassen, häufig vorkommen und sehr oft, wie die Erfahrungen ergaben, Unglücksfälle herbeiführten, so wurde die Errichtung eines Kinderhortes oder einer Kleinkinderbewahranstalt für die Kinder der arbeitenden Klassen in Brüx in Beratung gezogen. Der Verein ist aber derzeit noch nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln eine derartige wohlthätige Einrichtung ins Leben zu rufen und zu erhalten.

Der Verein zählt 34 gründende Mitglieder und 305 beitragende Mitglieder.

Im Laufe des Jahres wurden als gründende Mitglieder gewonnen: Fürst Ferdinand von Lobkowitz 100 K, Herr R. Dittrich, Hausbesitzer, 100 K und die Herren Dr. Kellner, Dr. Grünfeld und die Firma Helle und Dittrich in Hawran je 50 K.

Die Einnahmen im Jahre 1906 betrugen 2104 K 29 h. Die Ausgaben 366 K 14 h. Das Vereinsvermögen betrug mit Ende Dezember 6503 K 72 h.

Als Rechnungsprüfer wurden Herr Direktor Josef Reiz und Herr Sparkassen-Direktor R. Horner wiedergewählt.

Über Antrag des Rechnungsprüfers Herrn Horner wurde dem Ausschusse und insbesondere dem Obmann-Stellvertreter k. k. Landesgerichtsrat Herrn Josef Lufsch für seine erfolgreiche Tätigkeit die Anerkennung durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck gebracht, worauf der Herr Vorsitzende Karl von Pohnert die Versammlung für geschlossen erklärte.

Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichts-Sprengel Dautsa.

Unser Verein wurde am 10. Dezember 1905 gegründet und zählt heute 465 Mitglieder (darunter 14 Gründer).

Unterstützungen wurden gewährt:

- a) an fünf Schüler der hiesigen Bürgerschule Geldbeträge bis zu 30 K zur Anschaffung von Kleidern und Schulrequisiten;
- b) an einen Bürgerschüler ein monatlicher Zuschuß zum Kostgelde mit 4 K 50 h.

Weiters wurden wegen Unterbringung von 7 Kindern in Erziehungsanstalten die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Das Vereinsvermögen beträgt dermalen 1312 K 62 h.

Jahresbericht des Kinderschutzevereines des Gerichtsbezirkes Deutsch-Gabel für das Jahr 1907.

Der Verein hat in dem abgelaufenen 2. Jahre des Bestandes ganz erfreuliche Fortschritte gemacht.

Gründende Mitglieder sind 2 neu beigetreten (Kriesdorf und Groß-Walten) und beträgt die Zahl derselben nunmehr 16. Die Zahl der beitragenden Mitglieder hat sich um 62 vermehrt

und entfallen diese neu eingetretenen Mitglieder auf nachstehende Gemeinden: Böhmischdorf 3, D.=Gabel 5, Gr.=Walten 11, Hermisdorf 11, Kriesdorf 1, Ringelsbain 20, Seifersdorf 14 — zusammen 65. Dagegen sind infolge eines Todesfalles und Übersiedlung 3 Mitglieder in Abfall gekommen und ergibt sich zum vorjährigen Stande von 235 Mitgliedern nunmehr eine Zahl von 297 Mitgliegern.

Zu dem mit Schluß des Jahres 1906 ausgewiesenen Vermögen per 585 K 22 h	
ist zugewachsen: von 2 gründenden Mitgliedern	40 " — "
von beitragenden Mitgliedern	300 " — "
Spenden (Gr.=Walten)	2 " — "
Zinsenzuwachs	20 " 35 "
Zusammen	947 K 57 h

Hievon wurden verausgabt:

1. Drucksorten und Porto	15 K — h
2. an Unterstützungen	182 " 28 "
Zusammen	197 K 28 h

Verbleibt ein Vermögensstand von 750 K 29 h
welcher Betrag in der D.=Gabler Gemeindeparkassa erliegt.

Der Verein kann im Ausweisjahre nachstehende Unterstützungen ausweisen:

1. In Hennersdorf an 2 Witwen, jede mit mehreren unmündigen Kindern, zum besseren Fortkommen, Anschaffung von Kleidern, Erhaltung der Wohnung, Zahlung des Lehrgeldes wegen Erlernung einer Profession.

2. In Markersdorf einem elternlosen Kinde zur Anschaffung von Lehrmitteln und Kleidung.

3. In Gr.=Walten an 3 elternlose Kinder; von diesen wurden 2 Kinder von fremden Personen kostenlos in gänzliche Verpflegung übernommen. Das dritte Kind, kaum 2 Jahre alt, körperlich zurückgeblieben, wurde im St. Josefs=Waisenhaus in Georgswalde untergebracht und ist nunmehr auf Kosten des Landeswaisenfondes übernommen worden. Hierbei hat die Frau des Herrn Gemeindevorstehers in Gr.=Walten sich besondere Verdienste erworben, welche sich in den Dienst der guten Sache gestellt hat und nach vorausgegangener Verpflegung das Kind selbst in die Anstalt überführt und besucht hat.

4. In Postrum einer kranken Witwe mit 3 Kindern zum besseren Fortkommen.

5. In Seifersdorf einer Frau mit 4 unmündigen Kindern zur Verpflegung derselben, nachdem der Gatte durch mehrere Monate unfreiwillig abwesend war.

6. In Spittelgrund an 3 elternlose Kinder, welche bei ihrem 74 Jahre alten vermögenslosen Großvater erzogen werden.

7. In Deutsch=Gabel zur Überführung eines schwachsinnigen Knaben in eine entsprechende Anstalt.

8. In Klein=Walten einer Witwe mit 5 unmündigen Kindern, deren Vater vor kurzem gestorben ist, zum besseren Fortkommen.

Durch Vermittlung des Vereines wurden weiter 2 Mädchen in die Waisenanstalt=Kongregation der Schwestern der göttlichen Liebe in St. Georgental kostenlos untergebracht.

Ein blinder Jüngling wurde in der Blindenanstalt in Prag auf Kosten des Landeswaisenfondes übernommen und erlernt daselbst eine Profession.

Besonderen Dank verdient Frau Gürlich in Hennersdorf, welche einen von seinem Vater zur Gänze verlassenen Sohn nach dem Tode der Mutter in vollständige Erziehung und Verpflegung kostenlos übernommen hat.

Ein Kind, dessen Vater die Verpflegung und Erziehung nach dem Tode der Mutter gänzlich vernachlässigte und die väterliche Gewalt verloren hat, wurde vorläufig beim Vormunde untergebracht und ist für eine Unterstützung bereits vorgemerkt. Außerdem liegen einige Fälle vor, in welchen ganz oder halb verwaisete Kinder in Familien kostenlos in Erziehung und Verpflegung aufgenommen wurden.

Leider wurde auch die traurige Erfahrung gemacht, daß öfter die die schukbedürftigen Kinder betreffenden Anordnungen durch die nächsten Anverwandten gestört werden und wird durch Eigennutz, persönliche Gefälligkeit das Interesse der hiebei unschuldigen Kinder gefährdet.

Die Herren Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Vormünder und Waisenträte werden ersucht, alle Fälle, in welchen sich Gelegenheit bietet, zweckentsprechend einzugreifen, der Vereinsleitung zur Kenntnis zu bringen, denn es liegt nicht im Zwecke des Vereines, Gelder aufzusammeln, sondern selbe nutzbringend zu verwenden.

Je mehr das wohlthätige Wirken des Vereines in der Bevölkerung bekannt wird, werden auch bisher ferner stehende Personen dem Vereine gewonnen werden.

Verein „Kinderschul.“ für den Gerichtsbezirk Duppau.

Gründung des Vereines am 24. April 1904.

Mitgliederstand am 31. Dezember 1907 272.

Vermögensstand am 1. Jänner 1907	423 K 73 h
Einnahmen im Jahre 1907	155 „ 04 „
Zusammen	578 K 77 h
Ausgaben für Kinderschulzwecke	230 K 60 h
Vermögensstand am 31. Dezember 1907	348 K 17 h.

Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Deutschen Hilfsgesellschaft für Kinder. (Kinderschulverein für den Gerichtsbezirk Dux.)

Der Verein zählt gegenwärtig 14 Sektionen mit 1055 Mitgliedern. Die Tätigkeit der Sektionen war auch in diesem Jahre eine zufriedenstellende, da das Wirken von 6 Sektionen als sehr gut, das von 8 als gut bezeichnet werden kann.

Die Beiträge laufen dank der monatlichen Einkassierung regelmäßig und auch in der vorgeesehenen Höhe ein.

An besondern Zuwendungen sind die Subventionen des Bezirkes, der Gemeinden, Kassen und sonstigen Körperschaften zu nennen.

Der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge hat sich der Verein gleich nach deren Konstituierung angeschlossen und auf ihre Anregung in sämtlichen Gemeinden des Bezirkes Waisenträte ins Leben gerufen. Die Waisenträte bestehen hier aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden, dem Leiter der Schule und dem Obmann der betreffenden Sektion.

Der Verein hat vertretungsweise an der im Febr. l. J. in Prag abgehaltenen 1. deutsch-böhmischen Jugendfürsorgekonferenz und an dem im März stattgefundenen I. Österreichischen Kinderschutzkongress in Wien teilgenommen.

In die Durchführung der verschiedenen Kinderschutzfälle wird jedermann bereitwilligst Einblick gestattet.

Über den Betrieb des vom Vereine erhaltenen Waisenheimes in Osseg kann mitgeteilt werden, daß auch im abgelaufenen Jahre das Kuratorium, dessen Mitglieder ihr Amt als reines Ehrenamt verwalteten, bemüht war, die ihm obliegenden Pflichten nach seinen besten Kräften zu erfüllen.

Zu diesem Zwecke hat es im abgelaufenen Jahre 12 Sitzungen abgehalten, in welchen die gesamten Angelegenheiten des Waisenheimes erledigt wurden.

Das Personale des Waisenheimes besteht aus dem Leiter des Waisenheimes, der Kindergärtnerin und der Wirtschaftlerin.

Die Zahl der Kinder beträgt gegenwärtig 24, hievon sind 3 als im Alter unter 4 Jahren stehend auf Kosten und Verantwortung des Vereines bei Familien, 21 im Waisenheime untergebracht.

Der Gesundheitszustand der Kinder war im abgelaufenen Jahre insofern ein guter, als in dieser Zeit kein einziger ernsterer Krankheitsfall zu verzeichnen war.

Es ist wohl nicht unrichtig, wenn diese erfreuliche Tatsache aus der zweckmäßigen Ernährung, Wartung und Pflege der Kinder abgeleitet, vor allem aber als eine Folge der hygienisch nahezu einwandfreien Beschaffenheit der Räumlichkeiten des Waisenheimes betrachtet wird.

Zur Verfolgung der körperlichen Entwicklung werden die Kinder vierteljährlich gewogen und jährlich einmal auf ihre Körperdimensionen als Körperlänge, Kopf-, Hals- und Brustumfang gemessen.

Aus gesundheitlichen und Nützlichkeitsgründen und mit Rücksicht darauf, daß unsere ländlichen Verhältnisse hiezu besonders günstig sind, ist den Kindern — Knaben wie Mädchen — Gelegenheit geboten worden, das Schwimmen zu erlernen.

Rücksichtlich der geistigen Entwicklung sei auf die Erfolge der Kinder in der Schule hingewiesen, wonach das sittliche Verhalten durchgehends lobenswert (1), der Fleiß im Durchschnitt befriedigend (2), der Fortgang genügend (3) waren.

Auch dies ist ein erfreulicher Erfolg, wenn erwogen wird, daß die Kinder der überwiegenden Zahl nach mit der denkbar schlechtesten Qualifikation in das Heim eintreten.

Bauliche Änderungen am Hause sind im abgelaufenen Jahre nicht erforderlich gewesen. Der Garten des Waisenheimes ist zur Hälfte als Gemüsegarten, zur Hälfte als Spiel- und Tummelplatz für die Kinder eingerichtet.

Die Arbeiten im Gemüsegarten wurden zur Gänze von den Kindern verrichtet. Ein Teil des Spielplatzes ist mit einigen einfachen Turngeräten ausgerüstet und kann als Turnplatz verwendet werden.

Im abgelaufenen Jahre haben u. a. folgende Personen das Waisenheim besichtigt: Landes-sanitätsreferent Dr. Glöckner, Prag und Oberbezirksarzt Dr. Wolf, Dux; Univ.-Prof. Dr. Max Grünert, Ernst Ritter von Kuh, Prof. J. Höhm, Amtsleiter Dr. Frank, Reichsrats-abgeordneter Otto Kroh und Hofrat A. Schöffl.

Verein „Kinderschuh“ für den Friedländer Amts- und Gerichtsbezirk.

Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1907!

Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß im Jahre 1907 die innere Konsolidierung des Vereines erfreuliche Fortschritte machte, sein Vermögensstand gewachsen, die Mitgliederzahl seit seiner Gründung in stetiger Zunahme begriffen ist und der Verein an Ansehen und Anerkennung in den maßgebenden Kreisen gewonnen hat.

Mit Schluß des Jahres 1907 gehören dem Vereine 59 Gründer und 1268 Mitglieder, zusammen 1327 Vereinsmitglieder an, was eine Zunahme von 60 Mitglieder trotz mehrfachen Abganges infolge Todes und Domizilwechsels der Vereinsmitglieder gegenüber dem Mitgliederstande im Jahre 1906 darstellt.

Am 9. März 1907 fand im I. Verhandlungs-Saale des k. k. Bezirksgerichtes in Friedland die Vollversammlung statt, in welcher der Tätigkeitsbericht und die durch die Revisoren überprüften, rechnungsmäßig und richtig befundenen Kassaberichte genehmigend zur Kenntnis genommen wurden. Der Vereinsvorstand wurde überdies ermächtigt, den Bau der Bezirksheimstätte schutzbedürftiger Kinder in Friedland mit einem Kostenaufwande von 50.000 K durchzuführen und den Bau auf Grund eines vom Vereinsvorstande zu fassenden Beschlusses zu vergeben.

Der Vereinsvorstand brachte im Jahre 1907 in 3 Vorstandssitzungen alle Vereinsangelegenheiten zur Erledigung. Am 23. und 24. Feber 1907 fand zu Prag im „Deutschen Vereinsheime“ die von der „Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Böhmen“ einberufene I. deutsch böhmische Jugendfürsorge-Konferenz statt, an welcher der I. Vereinspräsident und das Vorstandsmitglied Herr Franz Kaulfersch teilnahmen. Der I. Vereinspräsident sprach hierbei über das Thema: „Übertragung der Vormundschaften an Anstalten und Körperschaften“ am 23. Feber 1907 und am 24. Feber 1907 über „Die Ursachen der Jugendverwahrlosung in Böhmen“.

Auf Grund eines Vorstandsbeschlusses bildete sich ein Komitee, bestehend aus einem Hauptausschusse am Sitze des Vereines und aus einem in jeder Gemeinde gewählten Ortsausschusse, welcher im Einvernehmen mit dem Vereinsvorstande die Maßnahmen zu treffen hat, auf daß mit dem Baue der Bezirksheimstätte im Jahre 1908 zur Feier des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers begonnen werden kann.

Der Verein trat dem I. österr. Kinderschuh-Kongresse, welcher in der Zeit vom 18. bis 20. März 1907 zu Wien stattfand, als Mitglied bei.

Der I. Vereinspräsident beteiligte sich als offizieller Vertreter des k. k. Oberlandesgerichts-Präsidiums Prag am Wiener Kinderschuh-Kongresse.

Dieser Kongreß war auch für den Gerichtsbezirk Friedland von besonderer Bedeutung, weil derselbe anerkannte, daß die Gemeindewaisenträte Österreichs ihren Ausgangspunkt von Böhmen nahmen, indem nach dem Muster der zuerst im Sebastiansberger und Friedländer Gerichtsbezirke eingeführten Gemeindewaisenträten in Tausenden von Gemeinden anderer Länder Österreichs Gemeindewaisenträte zur Einführung gelangten.

Von Seite der Kongreßmitglieder wurde im Einverständnisse mit dem erstatteten Gutachten die Notwendigkeit der Schaffung von Gemeindewaisenträten anerkannt und sich für die notwendige gesetzliche Festlegung derselben ausgesprochen. Geteilte Meinungen waren nicht vorhanden, so daß der Berichterstatter, k. k. Oberlandesgerichtsrat Dr. Feldner, Graz, in der Sektions-sitzung und bei der Vollversammlung des Kongresses ausdrücklich erklärte: „Ich bin in der für einen Berichterstatter günstigsten Lage, meinem Berichte über die Notwendigkeit der Schaffung von Gemeindewaisenträten auch schon den Bericht anschließen zu können, daß der Gemeindewaisentrat über Sebastiansberg und Friedland unter der verdienstvollen Führung unseres Richterkollegen Janisch seinen sieghaften Einzug gehalten hat, so daß heute vom Erzgebirge und vom äußersten Nordosten Galiziens bis an die Adria die segensreiche Institution der Gemeindewaisenträte in tausenden und abertausenden Gemeinden des Reiches schon besteht, des Waisentrates, der nach dem berufenen Zeugnisse unseres Gutachters (Ministerrates Dr. Schauer) mit vorzüglichem Erfolge überall tätig ist, und nur noch der gesetzlichen Anerkennung und Festlegung des freiwillig übernommenen Wirkungsbereiches harret.“

Der Verein hat in der allgemeinen Ausstellung für Erziehung, Schutz und Gesamtwohl des Kindes „Das Kind“ unter dem Protektorate Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Karl zu Wien, Rotunde, seine Jahresberichte, sowie in einem geschmackvollen Tableau die 3 Projekte für die in Friedland zu erbauende Bezirksheimstätte schutzbedürftiger Kinder und photographische Aufnahmen über die Friedländer Tagesheimstätte, welche die Heimstättenkinder im Garten, bei ihrer Beschäftigung und am Spielplatze zeigen, zur Aus-

stellung gebracht. Die Jury der Ausstellung „Das Kind“ hat dem Friedländer Vereine „Kinderschutz“ für seine vorzüglichen Leistungen in der Kinderpflege die goldene Fortschrittsmedaille mit dem Diplome zu dieser Medaille verliehen, die höchste Auszeichnung, welche in dieser Ausstellung verliehen wurde.

In Prag wurde die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen ins Leben gerufen, welche in einer böhmischen und deutschen Sektion wirkt. Der deutschen Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge gehören von den Gründern und Mitgliedern des Friedländer Vereines „Kinderschutz“ nachstehende Personen an: Exzellenz Herr Franz Graf Clam-Gallas, Herr Bezirksobmann Heinrich Ehrlich, Herr Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Adolf Glöckner, Frau Helena Jäkel, Herr Landesgerichtsrat Franz Janisch, Frau Rosa Edle von Klinger geb. Kiehl, Frau Marie Richter geb. Edle von Heintischel und Fräulein Margaretha Edle von Siegmund.

Seine k. u. k. Apostolische Majestät der Kaiser haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. September 1907 die vom I. Präsidenten des Friedländer Vereines „Kinderschutz“ behufs Unterbreitung an Allerhöchster Stelle in Vorlage gebrachten fünf bisherigen Jahresberichte des Vereines der huldreichsten Annahme für die k. u. k. Familien-Fideikommiß-Bibliothek zu würdigen geruht.

Die Protektorin der Tagesheimstätte, Frau Marie Richter, beehrte im Juli 1907 dieselbe mit ihrem Besuche, Montag, den 21. Oktober 1907 beehrte die Protektorin des Vereines „Kinderschutz“ Exzellenz Frau Marie Gräfin Clam-Gallas die Tagesheimstätte zu Friedland mit ihrem Besuche.

Exzellenzen Herr Franz Graf Clam-Gallas und Frau Marie Gräfin Clam Gallas besuchten am 20. November 1907 nachmittags die in einem Raume des k. k. Bezirksgerichtes Friedland ausgestellten Arbeiten der Heimstättenkinder der Friedländer Tagesheimstätte des Vereines.

Die Arbeiten der Heimstättenkinder der Friedländer Tagesheimstätte des Vereines wurden in einem Raume des k. k. Bezirksgerichtes Mittwoch, den 27. November 1907 tagsüber zur Besichtigung für die Gründer und Mitglieder des Vereines ausgestellt.

Der Verein hat seit Jahren erkannt, daß die Jugendfürsorge und der Kinderschutz gebieterisch verlangt, wenn hierin ein voller Erfolg erzielt werden soll, die Fürsorgeerziehung verwaister, verlassener und schutzbedürftiger Kinder in Bezirksheimstätten ergänzend zur Familienpflege durchzuführen. Bezirksheimstätten für verwaiste und schutzbedürftige Kinder können vom Vormundschaftsgerichte leichter beaufsichtigt werden; der Vormund des Waisenkindes bleibt mit demselben im Verkehr und kann ein gewichtiges Wort bei der Erziehung seines Mündels mitsprechen. Überdies kann das Interesse der Bevölkerung für die Waisenpflege auch nur durch Bezirkswaisenhäuser stets rege und wach erhalten werden; denn die Bezirkswaisenkinder haben im Bezirke Angehörige, Verwandte und Freunde der verstorbenen Eltern, denen sie nahestehen, ihnen wird Teilnahme und Mitleid vor allem entgegengebracht, nicht aber im gleichen Maße fremden, unbekannten Waisen, die außerhalb ihrer engeren Heimat, der Gemeinde oder dem Bezirke geboren sind. Es müssen also gemeinlame religiöse, Standes-, Berufs- oder wirtschaftliche Interessen für den Schutz pflegebefohlener, verwaister Kinder und für deren Erziehung nutzbar gemacht werden, was eben nur wieder bei Errichtung von Erziehungsanstalten im Bezirke, nicht aber in Landeserziehungsanstalten erreichbar ist. Endlich werden die Pflegebefohlenen durch die Erziehung in Erziehungsanstalten im Heimatsbezirke ihrer Heimat, ihren Verwandten und Freunden, ihren Jugendgespielen nicht entrisen und erhalten dieselbe Erziehung wie alle anderen Heimatsangehörigen. Schließlich kann nur bei Bezirks-Erziehungsanstalten die Anstaltserziehung mit der Familienerziehung getauscht werden, was sich sehr oft als notwendig und für die Erziehung sehr vorteilhaft erweist, zumal die Erziehung dem Verhalten und Alter des Kindes angepaßt werden muß. Die Erziehungsanstalten, wie wir sie jetzt besitzen, nämlich in Landeshauptstädten oder Landesanstalten, in denen schutzbedürftige Kinder aus allen Teilen des Landes gemeinsam ihre Erziehung erhalten, entbehren dieser Vorteile; deshalb hat der Verein „Kinderschutz“ auch die Bitte an die Wohltäter und Gönner armer verwaister und verlassener Kinder gerichtet, die Jubiläumsspenden diesem Zwecke, dem Schutze verwaister und verlassener Bezirkskinder zuzuwenden. Für die Bevölkerung des Gerichtsbezirkes Friedland gilt es auch die Verwirklichung einer großen sozialen Tat: den Schutz und die Fürsorge für die gefährdete deutsche Jugend des Bezirkes. Nie wird die deutsche Bevölkerung des Bezirkes Friedland den Schimpf auf sich laden, seine gefährdete Jugend rettungslos aufzugeben und mit seiner Jugend seine eigene Zukunft preiszugeben.

Mit Ende des Jahres 1906 schritt der Verein in 111 Kinderschutzfällen ein, ausschließlich der 17 verwaisten und schutzbedürftigen Pflegekinder, welche sich auf Kosten des Landeswaisenfondes in der Obhut des Vereines in Einzelpflege bei Familien befinden und der 26 zeitweise aufsichtslosen Kinder, welche in der Friedländer Tages-Heimstätte Beaufsichtigung und Pflege erhalten haben. Hiedurch erstreckt sich die Tätigkeit des Vereines mit Schluß des Jahres 1906 auf 154 Schutzfälle. Im Jahre 1907 war die Schutztätigkeit des Vereines folgende:

155. (79.) Der Jüngling der Grulicher Besserungsanstalt Franz G. aus Friedland wurde bei einem Haindorfer Tischlermeister in die Lehre gebracht und die Überwachung desselben dem

Vereine mit dem zuständigen Gemeindevaisenrate von der Direktion der Besserungsanstalt übertragen. Der Verein hat den Lehrvertrag mit dem Meister abgeschlossen. Die Führung des Zöglinges ist zufriedenstellend. Derselbe hat bei der Lehrlingsarbeitenausstellung in Haindorf für seine hübschen Arbeiten einen Preis erhalten und wurde deshalb von der Direktion der Besserungsanstalt belobt. Der gefährdete Knabe wurde durch die getroffenen Maßnahmen auf die richtige Bahn gebracht. Heute freut sich selbst sein Vater, welcher eine einwandfreie Erziehung demselben nicht zu geben vermochte, über die tadellose Führung seines Kindes und dessen vollständige Besserung.

156. Der Zögling Max H. aus Hermsdorf der Grulicher Besserungsanstalt wurde nach Abschluß des Lehrvertrages mit dem Schneidermeister Karl H. in Dittersbach durch Vermittlung des Vereines bei demselben von der Anstaltsdirektion der Grulicher Besserungsanstalt in die Lehre gebracht und ist dessen Führung und Fachausbildung zufriedenstellend.

Beide Zöglinge wurden auch von dem Anstaltsdirektor besucht. Diese Begegnung zeigte, wie fürsorglich die Anstaltsdirektion der Grulicher Besserungsanstalt selbst bei bedingter Entlassung der Zöglinge aus der Anstalt für ihr weiteres Fortkommen sorgt und gab Zeugnis von dem innigen und herzlichen Verhältnisse zwischen der Anstaltsdirektion und ihren Zöglingen.

157. (98.) Der durch Vermittlung der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Prag in der Anstalt „St. Josefsheim“ in Gemünden a. M., Deutschland, untergebrachte schwachsinrige Knabe Anton Streit aus Haindorf, welcher infolge seines Schwachsinnes zur Arbeit nicht verwendbar war und stete Pflege und Aufsicht bedurfte, dürfte nach dem Anstaltsberichte sogar erwerbsfähig werden. Der Verein trug bisher 80 K zur Unterbringung dieses unglücklichen Knaben in die Anstalt bei.

158. Der minderjährige Rudolf M. aus Friedland, bei Pflegeeltern in Wien, wird durch Vermittlung des Vereines vom Pestalozzivereine in Wien bezüglich Pflege und Erziehung überwacht. Da sich in seinem Schulfortgange Anstände ergaben, hat der Verein seinen Pflegevater zur strengeren Bewachung des Knaben angehalten.

159. Der Verein hat die notwendigen Schritte getan, um die minderjährige, am 4. Jänner 1900 geborene taubstumme Emma Elsa Feuser aus Hohenwald, Tochter des Fabrikarbeiters Gustav Feuser, da die eingeleiteten Erhebungen die Bildungsfähigkeit des Mädchens ergaben, in der Leitmeritzer Taubstummenanstalt unterzubringen.

160. Der in der Besserungsanstalt gewesene Zögling Adolf H. aus Neustadt a. T. wurde infolge zufriedenstellenden Benehmens entlassen. Der Verein mit dem zuständigen Gemeindevaisenrate führen die Überwachung und ist dieser Knabe derzeit als Gartenarbeiter beschäftigt und gibt seine Führung zu keinem Besorgnis Anlaß.

161. Der Waisenknabe Gustav T. aus Ober-Verzdorf, am rechten Fuße gelähmt, sollte als Lehrling untergebracht werden, um sich später sein Brot verdienen zu können. Die Unterbringung stieß wegen seiner Körperbeschaffenheit auf Schwierigkeiten. Schließlich wurde derselbe bei dem Gürtler Josef S. in Neustadt a. T. untergebracht.

162. (88.) Der minderjährige Oskar L. aus Friedland verübte mehrere strafbare Handlungen, weshalb die Unterbringung in die Landesbesserungsanstalt Opatowitz veranlaßt wurde. Derselbe entfloß aus dieser Anstalt, wurde jedoch von der Behörde abermals dorthin überstellt.

163. Mit dem zuständigen Gemeindevaisenrate überwacht der Verein die Führung der minderjährigen P. aus Neustadt a. T., welche aus der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Kostenblatt entlassen wurde.

164. Der Vormund des minderjährigen Josef R. aus Friedland suchte beim Vereine um Unterbringung seines Mündels als Lehrling bei einem Schlosser an. Der Verein verwendete sich für eine geeignete Lehrlingsstelle.

165. Über Ersuchen des Gemeindevaisenrates in Lusdorf, die Herkunft des am 10. Dezember 1900 außerehelich geborenen Kindes Hermine, sowie den Aufenthalt der außerehelichen Mutter dieses Kindes zu erforschen, wurden die Schritte beim Vormundschaftsgerichte eingeleitet. Dieses Kind wurde von Anna L. in Lusdorf über eine Zeitungsnotiz gegen eine Abfindungssumme von 300 Mark am Bahnhofe in Koblitz in Pflege und Erziehung übergeben. Ein Vormund für das Kind wurde bereits bestellt.

166. Durch den deutschen Herbergverein in Friedland wurde für den am 15. Mai 1893 zu Dittersbach geborenen Schulknaben Hugo D. nach Schulentlassung eine Lehrlingsstelle bei einem Schlosser ermittelt.

167. Der bezüglich seiner Führung vom Vereine und Gemeindevaisenrate überwachte Knabe Franz R. aus Schönwald hat sich gebessert, steht in einer Fabrik in Friedland in Arbeit, wohnt jedoch zu Hause bei seinen Angehörigen.

168. Der Fabrikarbeiter Ferdinand Kessel in Raspenau ersuchte den Verein, sein geisteschwaches, am rechten Fuß und der rechten Hand gelähmtes 6jähriges Kind Berta, in eine Idiotenanstalt unterzubringen. Die mehrseitig eingeleiteten Erhebungen, so auch bei der Pflege- und Erziehungsanstalt für schwachsinrige Kinder „Ernestinum“ in Prag, waren aus dem Grunde vergeblich, da nach dem Statute gelähmte oder mit schweren körperlichen Gebrechen behaftete Kinder nicht aufgenommen werden.

169. Nach dem außerehelichen Vater des minderjährigen Otto Sch. aus Arnsdorf wurden Nachforschungen gepflogen, um denselben zu Unterhaltsbeiträgen heranziehen zu können. Derselbe soll einer von jenen drei Männern sein, welche im Monate Juni 1906 des nachts auf einem Fuhrwerke bei Arnsdorf die Kindesmutter überwältigten.

170. (91.) Die Führung des minderjährigen Josef P., welcher beim Gürtlermeister Ludwig R. in Neustadt a. T. in der Lehre steht, ist nach dem Berichte des Gemeindevaierates tabellos.

171. Das fünf Jahre alte Kind Emma R. wurde, da die Erziehung bei ihrem Großvater zu wünschen übrig ließ, gegen einen vom Kindesvater zu entrichtenden Pflégskostenbetrag von monatlich 14 Kronen in der Friedländer Krippe untergebracht.

172. Die minderjährigen Kinder des Josef M. aus M., welche nicht gehörig behandelt werden, wurden trotzdem bei ihrem Vater belassen, deren Erziehung jedoch wurde überwacht. Bisher ergab sich kein Anstand.

173. Franz Schmidt, Fabrikarbeiter in Filippstberg, Vater von 4 Kindern, gänzlich vermögenslos, wurde bei dem Vereine bittlich, daß sein am 19. Feber 1900 geborener geistesschwacher Sohn Franz in der Pflég- und Erziehungsanstalt für schwach sinnige Kinder „Ernestinum“ in Prag untergebracht werde. Über Befürwortung des Gemeindevaierates Olbersdorf wurden mit Rücksicht auf die Würdigkeit des Bittstellers die notwendigen Erhebungen eingeleitet. Die Direktion des „Ernestinums“ hat mitgeteilt, daß Franz Schmidt zur Aufnahme in die dortige Anstalt wohl geeignet ist, derzeit aber alle Vereinsfreiplätze besetzt sind. Es wurde daher behufs baldiger Unterbringung dieses Kindes an den Landesauschuß das Ansuchen um Verleihung eines Freiplaces auf Kosten des Kaiserin Elisabeth-Fonds gerichtet.

174. Die Führung des straffällig gewordenen Anton W., 15jährigen Arbeiters in Friedland, wird überwacht.

175. Der Volksschüler Franz Sch., geboren am 20. Dezember 1894, hat in Gesellschaft mit dem Schulknaben Franz F. in einer Scheuer Feuer gelegt. Nur durch das Hinzukommen eines Wächmannes wurde ein größeres Brandunglück verhütet. Beide Knaben werden überwacht.

176. Über Einschreiten des Vereins hat der Landesauschuß in seiner Sitzung am 10. Oktober 1907 beschlossen, das blinde Kind Richter Anna Pauline aus Christiansau, heimatsberechtig in Arnsdorf, in die Pflég des Klar'schen Blindeninstitutes in Prag gegen Verichtigung der Verpflegskosten von täglich 1 K 24 h aus dem Landeswaisenfonde vom 1. Jänner 1908 angefangen zu übernehmen. Dieses am 30. Dezember 1892 geborene bildungsfähige blinde Kind wurde, nachdem die jahrelangen Bemühungen des Vereins wegen Unterbringung in eine Anstalt erfolglos waren, gegen einen herabgesetzten Verpflegskostenbetrag daselbst untergebracht. Zur Deckung dieses Betrages hatte Seine Erzellenz der Herr Graf Clam Gallas für das Jahr 1907 eine Subvention von 300 K, ein ungenannter Wohltäter 50 K gespendet und der Restbetrag von 100 K wurde aus Vereinsmitteln beigezahlt.

Das Vormundschaftsgericht hat veranlaßt, daß ihm alle schulentlassenen, verwaisen und unehelichen Kinder jährlich bekannt gegeben werden, damit sie einem Lebensberufe zugeführt werden können, nicht als ungelernte Arbeiter ihr Leben fristen müssen, wodurch ihr Fortkommen oft erschwert wird. Der deutsche Herbergerverein in Friedland hat sich mit dem Vereine „Kinderschutz“ bereit erklärt, das Vormundschaftsgericht in seinen Bemühungen zu unterstützen und wurde bereits in einigen Fällen die schulentlassene Bezirksjugend der Berufswahl zugeführt und deren Ausbildung im Interesse ihres Fortkommens veranlaßt. So wurden:

177. Der am 7. April 1893 geborene minderjährige Reinhard P. aus Weißbach in einer Fabrik zur Ausbildung als Spinner gebracht;

178. dem am 28. Juni 1893 geborenen minderjährigen Julius G. aus Friedland eine Lehrlingsstelle bei einem Bäckermeister in Neustadt a. T. ausgemittelt;

179. der am 11. November 1893 geborene minderjährige Franz F. wurde ebenfalls bei einem Bäckermeister in die Lehre gebracht;

180. der am 15. Dezember 1893 geborene minderjährige Richard Z. aus Bullendorf bei einem Landwirte in Schönwald unter gebracht;

181. der am 29. Mai 1893 geborene minderjährige Franz B. aus Heinersdorf 'a. T. in Bärnsdorf zur Ausbildung in der Landwirtschaft und zum Besuche der Winterschule veranlaßt;

182. der am 8. Oktober 1893 geborene minderjährige Wilhelm A. aus Arnsdorf zum späteren Besuche der Winterschule in Friedland behufs weiterer Ausbildung in der Landwirtschaft bestimmt;

183. der am 27. August 1893 geborene minderjährige Adolf H. aus Milbenau soll als Schlosserlehrling untergebracht werden;

184. der am 18. April 1893 geborene minderjährige Fritz L. aus Heinersdorf a. T. soll die Fabrikarbeit mit der Erlernung eines Handwerkes tauschen;

185. der am 27. September 1892 geborene minderjährige Alfred R. aus Bad Lieberda soll als Lehrling bei einem Drechsler eintreten und

186. der am 7. September 1893 geborene minderjährige Gustav W. aus Dittersbach soll das Bäckergerwerbe erlernen und den Fabriksbesuch bis nach Erlernung dieses Berufes aufgeben.

187. Die minderjährige Lidia H., geboren am 5. Jänner 1896, erhielt als uneheliches Kind von ihrem außerehelichen Vater einen Abfindungsbetrag. Nachdem die Mutter dieses Kindes starb, wurde dasselbe bei ihren Verwandten in Tirol tabellos erzogen und verpflegt, da sich der Kindesvater bis dahin nicht weiter um die Erziehung seines Kindes kümmerte, vielmehr heiratete. Nachdem das außereheliche Kind das Alter von 12 Jahren erreicht hat, verlangte derselbe dieses Kind zu sich in Erziehung. Da jedoch die minderjährige Lidia H. eine bessere Erziehung als durch die Verwandten ihrer Mutter nicht erhalten, vielmehr zu Dienstarbeiten herangezogen würde, gab das Vormundschaftsgericht nach Erhebung des Sachverhaltes von Seite des Vereins dem Antrage des Kindesvaters auf Übernahme seines außerehelichen Kindes in seine Erziehung keine Folge. Der Verein überwacht durch einen Tiroler Schutzverein die Erziehung dieses Kindes.

188. Stephan St., Fabrikarbeiter in Ebersdorf, zuständig nach Bärnsdorf, hat sich durch 8 Jahre um seine vier minderjährigen Kinder Oskar, Wilhelm, Karl und Hulda in feiner Weise gekümmert. Diese Kinder wurden von ihrer von ihm getrennt lebenden Mutter verpflegt und erzogen, weshalb veranlaßt wurde, daß dem Vater dieser Kinder die Obforge über die Person seiner durch ihn verlassenen Kinder nach § 178 a. BGG. entzogen, für dieselben ein Vormund bestellt und die Erziehung an die Mutter übertragen wurde.

189. (106—107) Die Verpflegung und Erziehung der beiden von dem Landwirte Franz Sch. in Oberwittig als Eigen angenommenen Kinder Ernst Hirschmann aus Friedland und Marie Geißler ist in jeder Beziehung gut und zufriedenstellend.

190. Die minderjährigen Emil und Ida K., Kinder des im August 1907 zu Dörfel bei Reichenberg verstorbenen und nach Heinersdorf a. T. zuständigen Bruders Franz K. befauden sich nach dem Tode ihres Vaters in der größten Nothlage. Der Verein veranlaßte die Unterstützung derselben aus dem Landeswaisenfonde und hat dem minderjährigen Emil K. zum Besuche der Bürgerschule in Friedland bei seinem in Weigsdorf befindlichen Wohnsitze einen halben Freiplatz in der Friedländer Tagesheimstätte gewährt, wo er tagsüber verköstigt wird und Aufenthalt erhält.

191. Das am 23. April 1907 geborene Findelkind Josef K. aus Heinersdorf a. T., welches im Orte Tauschim, Gerichtsbezirk Brandeis a. G., bei tschechischen Pflegeeltern untergebracht war, wird behufs Erziehung in seiner Muttersprache bei Pflegeeltern in Heinersdorf a. T. untergebracht werden.

192. Die Gemeindevorstände wurden vom Vereine benachrichtigt, daß in einer Wiener Weißnäherei, welche nach den Auskünften eines Jugendfürsorgevereines in Wien anempfohlen wird, ein Waisenmädchen gegen ganze Verpflegung in die Lehre genommen wird.

193. Unter Mitwirkung des Vormundschaftsgerichtes wurde die minderjährige Hermine B. aus Neustadt a. T. bis zur erreichten Großjährigkeit dem Vater des unehelichen Kindesvaters auf Grund eines Notariatsaktes in Erziehung und Verpflegung übergeben, wodurch dieses Kind eine einwandfreie Erziehung gleich einem ehelichen Kinde erhält.

194. Die minderjährige Elfriede Sch. aus Haindorf hat sich ohne Einverständnis ihres Vormundes nach Frankfurt a. M. begeben. Der Verein hat über Eruchen des Vormundschaftsgerichtes bei einem Jugendfürsorgevereine in Frankfurt a. M. vermittelt, daß dieselbe in gehörige Stellung kommt oder aber in ihre Heimat rückbefördert wird.

195. Über Antrag des Gemeindevorstandes in Weigsdorf gewährte der Verein den vier minderjährigen halbverwaisten Kindern E. aus Weigsdorf, welche sich in größter Nothlage nach dem Tode ihres Vaters befanden, einen Erziehungsbeitrag von 50 K.

196. Über Befürwortung des Gemeindevorstandes in Haindorf erhielten die drei halbverwaisten minderjährigen Kinder der in größter Armut befindlichen Witwe Anna H. aus Haindorf einen Erziehungsbeitrag von 60 Kronen aus Vereinsmitteln, überdies wurde die dauernde Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde für diese beiden Kinder eingeleitet und für das am 3. Mai 1906 geborene Kind Hermine H. ein dauernder monatlicher Erziehungsbeitrag von 9 K aus den Mitteln des Landeswaisenfondes erwirkt.

197. Den verwaisten minderjährigen Kindern Josef und Hedwig K. in Neustadt a. T., welche sich in trostloser Lage befinden, wurde abermals ein Erziehungsbeitrag von 40 K aus Vereinsmitteln gewährt und für die am 26. Jänner 1902 geborene Hedwig K. ein dauernder monatlicher Erziehungsbeitrag von 9 K aus dem Landeswaisenfonde erwirkt.

198. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Friedland brachte dem Vereine zur Anzeige, daß in Ferdinandstal das uneheliche Kind Josefa B. des nach Haindorf zuständigen Fabrikarbeiters Anton N. von einem mutverdächtigen Hunde gebissen und deshalb zur Schutzimpfung nach Wien gebracht werden muß. Da der Kindesvater in ärmlichen Verhältnissen sich befindet, wurde aus Vereinsmitteln zur Bestreitung der Reiseauslagen nach Wien dem Kinde ein Betrag von 20 K bewilligt. Im Rudolfspitale zu Wien wurde dieses Kind einer 14maligen Schutzimpfung unterzogen und befindet sich seither wieder gesund bei seinem Vater.

199. Über Befürwortung des Gemeindewaisenrates in Lusdorf wurde den drei minderjährigen Kindern Raimann, im Alter von $\frac{3}{4}$ —3 Jahren, da sich deren Eltern in Strafhaft befinden, vorläufig eine Unterstützung von 30 K aus Vereinsmitteln bewilligt und dem Vormundschaftsgerichte zur Veranlassung der weiteren Maßnahmen die Mitteilung gemacht.

200. Den halbverwaisten minderjährigen drei Kindern der Witwe Elisabeth T., Fabrikarbeiterin in Friedland, wurde bei deren Notlage ein halber Freiplatz in der Friedländer Tagesheimstätte für ein Kind bewilligt, womit außer Beaufsichtigung desselben Mittagstoft und Vesperbrot verbunden ist.

Über Befürwortung des zuständigen Gemeindewaisenrates wurden bei nachgewiesener Bedürftigkeit Vereinsunterstützungen gewährt:

201. an die vier minderjährigen halbverwaisten Kinder der Witwe Franziska H. in Neustadt a. T.;

202. dem halbverwaisten minderjährigen Kinde Karl W. in Wustung;

203. den minderjährigen Kindern der Fabrikarbeiterin Amalia R. in Neustadt a. T., zuständig nach Schönwald, welche gerichtlich geschieden, sich in Notlage befand;

204. den halbverwaisten minderjährigen Kindern der Witwe B. in Wiese, welchen bereits in früheren Jahren größere Unterstützungen gegeben wurden;

205. den beiden halbverwaisten minderjährigen Kindern des Josef B., Fabrikarbeiters in Lusdorf;

206. dem minderjährigen halbverwaisten Kinde der Antonia H. in Friedland, zuständig nach Tschernhausen;

207. den minderjährigen Kindern des Ferdinand R. in Raspenau;

208. den beiden minderjährigen Kindern Otto und Berta E. des Fabrikarbeiters E. bei der Firma W. Siegmund in Friedland wurden in der Friedländer Tagesheimstätte zwei halbe Freiplätze, womit außer Beaufsichtigung Mittagstisch und Vesperbrot verbunden ist, gewährt.

209 bis 236. In der Friedländer Tagesheimstätte sind die durch den Erwerb ihrer Eltern zeitweise unbeaufsichtigten schulpflichtigen minderjährigen Kinder, 27 an der Zahl, im Laufe des Jahres 1907 untergebracht gewesen, wodurch sie Beaufsichtigung, Mittagstoft und Vesperbrot erhielten.

Aus dem Tätigkeitsberichte erhellt, daß der Verein sich stetig fortentwickelte, den meisten Kinderschutzvereinen Österreichs zum Vorbilde gereichte und auf der Höhe seiner Aufgabe steht.

Die Leitung des Vereins seit seiner Gründung bis Ende 1907 führte k. k. Landesgerichtsrath Franz Janitsch als erster Vereinspräsident und Bezirksobmann Heinrich Ehrlich als zweiter Vereinspräsident mit den Mitgliedern des Vorstandes.

Der Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Grazen

zählt 110 Mitglieder und hat derzeit ein Vereinsvermögen von 316 K 82 h. Bisher wurde erst einmal an den Verein und zwar im Erteilung eines Beitrages an Kostgeld für ein in Grazen die Bürgerschule besuchendes, armes Kind herangetreten und dieser Beitrag per 8 K monatlich ab 1. Dezember 1907 auch gewährt.

Der Verein nimmt eine zuwartende Stellung ein, da der Beitritt zur Zentralstelle in Prag in Aussicht genommen ist.

Bericht des Vereines zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsprengel Haida.

Der Verein besteht aus 22 gründenden und 373 ordentlichen Mitgliedern.

Der Verein hat in 17 Fällen unterstützend eingegriffen mit Geldbeträgen von 6, 10, 20, 30, 10, 15, 20, 30, 40, 30, 30, 60 zusammen 400 K, während 3 Gesuche abschlägig beschieden wurden. Der Vermögensstand des Vereines beträgt bis zum heutigen Tage 1320 K.

Von den Geldern des Landes-Waisenfondes wurden bis jetzt 23 Kinder deutscher Nationalität aus diesem Bezirke unterstützt.

Der Bezirk Haida ist einer von den wenigen der deutschen Bezirke, welcher mehr Unterstützungen vom Landesausfusse erhalten hat, als die Waisenkassa Haida an Überschüssen abgeliefert hat. Es muß deshalb konstatiert werden, daß auch der Bezirksausfuss Haida seinen völkischen Verpflichtungen vollauf nachgekommen ist.

Es harren noch über 20 Gesuchsbittsteller auf die Erledigung ihrer Gesuche um Unterstützung. Hervorgehoben wird an dieser Stelle, daß über Ansuchen des Vorstandes die Haidauer Sparkassa eine Subvention von 100 K gegeben hat. Einstimmig wird beschlossen, daß über Ansuchen der Maria Wazel derselben für ihre 4 minderjährigen Kinder eine Unterstützung von 24 K in 3 Raten bewilligt wird; ferner daß der Zentralstelle für deutsche Waispflege und

Jugendfürsorge in Böhmen eine Beitragsleistung von 50 K außer dem jährlichen Mitgliedsbeitrage von 10 K bewilligt wird.

Die Beitragsleistung vom vorigen Jahre betrug 66 K.

Vorgelesen wird das heute eingelangte Ansuchen des evangelischen Pfarramtes Haida, um eine Unterstützung zur Errichtung eines deutschen evangelischen Waisenhauses in Habern.

Es wird einhellig beschlossen mit Rücksicht darauf, als zunächst die Geldmittel des Vereines zur Unterstützung von Waisenkindern dienen, und die Mittel hiezu nicht bedeutend sind, dieses Gesuch abzuweisen, jedoch beschlossen, falls jeenerzeit ein Waisenkind in diesem Waisenhaus untergebracht werden sollte, mit dessen Unterstützung nach Maßgabe der Vereinsmittel nicht zu fargen.

Rudolf Schlegel namens des abwesenden Bezirksobmannes Franz Schiffner gibt an, daß sich der Bezirksausschuß mit der Absicht der Errichtung eines Waisenhauses in Haida trage und ersucht gleichfalls den Kinderschutverein um Unterstützung.

Einhellig wird beschlossen, aus denselben Gründen wie oben vorläufig eine Unterstützung abzuweisen, dem Unternehmen aber unbedingt die moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

Sodann wird durch die gewählten Revisoren Theodor Rautenstrauch und Dr. Friedrich Fritsch die Kassagebarung geprüft. Dieselbe wird für richtig befunden und daher genehmigt, weshalb dem Kassier Gottlieb Werner die Entlastung zuteil wurde.

Nachdem weitere Anträge nicht gestellt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 4 Uhr nachmittags mit dem Danke an alle Förderer des Vereines.

Kinderschutverein für den Gerichtsbezirk Hainspach.

Die Vereinsakungen wurden mit Erlaß der k. k. Statthalterei in Prag vom 28. April 1905, Z. 93 738 genehmigt und es fand sodann die erste Hauptversammlung am 29. Oktober 1905 statt, bei welcher die Vereinsfunktionäre gewählt wurden.

Inzwischen hatten sich bereits in 11 Gemeinden des hiesigen Gerichtsbezirkes die Waisenträte konstituiert, denen die Aufgabe obliegt, die schutzbedürftigen Kinder in ihren Gemeinden ausfindig zu machen, dieselben zu überwachen und nötigenfalls die Unterstützung derselben dem Vereine vorzuschlagen.

Solchen Kindern wurden im Jahre 1906 Unterstützungen im Gesamtbetrage von 476 K 50 h gewährt, während im laufenden Jahre 461 K 03 h zu diesem Zwecke verwendet werden sollen.

Außerdem besitzt der Verein ein Stammvermögen von zusammen 438 K 82 h, welches aus Spenden herrührt und hoffentlich sich im Laufe der Jahre immer mehr vergrößern wird.

Bericht über die Tätigkeit des Vereines „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Hohenelbe

in den Jahren 1906 und 1907.

Der Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Hohenelbe hat auch in den Jahren 1906 und 1907 den ihm durch die Vereinsakungen vorgeschriebenen Zielen eifrig nachgestrebt.

Die Zahl der Gründer des Vereines ist im Jahre 1906 von 24 auf 26, jene der anderen Vereinsmitglieder von 558 auf 603 gestiegen, der derzeitige Mitgliederstand beträgt 629.

Die Beiträge der Mitglieder betrugen im Jahre 1906 1266 K und 1907 1551 K 50 h, die Spenden inbegriffen.

Die Stadt Hohenelber Sparfassa hat in beiden Jahren dem Vereine eine Spende von jebeßmal 100 K zufließen lassen.

Ein im Jahre 1906 veranstaltetes Konzert ergab einen Reinertrag von 51 K 90 h.

Durch den von unserer Kassiererin Marie Jirm bereitwilligst besorgten Verkauf der Flugschrift „Was ist Kinderschutz“ wurde dem Vereine ein Erträgnis von 128 K zugeführt.

Dankenswerte Anerkennung verdienen einzelne Vereine und Personen, welche die Zwecke des Kinderschutzes redlich gefördert haben, so insbesondere die Musikvereinigung „Lyra“, welche den Betrag von 50 K als Ertrag eines Konzertes dem Vereine zuwendete und insbesondere die Bürgermeistersgattin Frau Marie Schrimpl in Hohenelbe, welche durch Veranstaltung mehrerer Kinderaufführungen dem Fonde zur Schaffung einer Bezirks-Waisenheimstätte einen Betrag von nahezu 1000 K zuführte.

Für die Schaffung dieser Waisenheimstätte, welche der Verein in Kürze ins Leben rufen zu können hofft, müßte ein Teil der Geldmittel des Vereines in Reserve gehalten werden und da dieselben ohnedies beschränkte sind, konnte die Hilfe des Vereines bedauerlicherweise nicht überall dort einsetzen, wo dies der Vorstand gewünscht hätte.

8 arme Waisenfinder (gegen 5 im Jahre 1905) erhielten fortlaufende monatliche Unterstützungen in der Höhe von 6 K 50 h bis 10 K.

In 5 Fällen wurden Waisenkindern beim Schulanstritte Lehrposten vermittelt und die Kinder zum Lehreintritte mit den notwendigen Kleidungsstücken ausgerüstet.

Auch in zahlreichen anderen Fällen hat der Verein erfolgreich eingegriffen:

So ist es gelungen ein Waisenkind im Taubstummeninstitute in Prag unterzubringen, während für ein zweites ein Platz im Vincentinum in Prag erwirkt und für dasselbe eine Begleitung von einem Vorstandsmitgliede auch die Kosten der Reise nach Prag bestritten wurden.

Für ein blindes Waisenkind gelang es dem Vereine einen Freiplatz in dem Karlschen Blindeninstitute in Prag zu sichern, doch vermochten sich die Angehörigen des Kindes im letzten Augenblicke nicht von demselben zu trennen, daher der erzielte Erfolg des Vereines unangenehm blieb.

Ähnlich erging es dem Vereine bei einem Waisenmädchen, für welches er eine Stelle in der Friedländer Haushaltungsschule erwirkt hatte. Trotzdem der Verein bereit war, einen Teil der mit dem Besuche dieser Schule verknüpften Auslagen zu tragen, war das Mädchen schließlich nicht zu bewegen, nach Friedland zu gehen.

Für 5 Kinder, über deren Vater eine zweijährige Strafsaft verhängt worden war, wurde eine Wohnung, Beheizung und Beleuchtung und für zwei derselben auch Kostorte besorgt und die Kinder in Fürsorge des Vereines übernommen, von welchem sie seitdem beaufsichtigt werden. Die Kinder wären sonst der völligen Verwahrlosung entgegengegangen, zumal sie schon seit längerer Zeit von ihrem dem Trunke ergebenen Vater zum Betteln angehalten worden waren.

Mehreren Waisenkindern aus den Hohenelbe benachbarten Ortschaften wurde der Besuch der in Hohenelbe befindlichen Bürgerschulen, sohin die Erreichung einer besseren Schulbildung dadurch ermöglicht, daß ihnen von Vorstandsmitgliedern Kostorte in Hohenelbe verschafft wurden.

Auch wurden zur Weihnachtszeit einige Waisen Kinder mit Kleidern, Stiefeln und Essenwaren unterstützt.

Einem Waisenknaben wurde in Folge rechtzeitigen Eingreifens des Vereines vom Landesaussschuße ein Stipendium von monatlich 25 K zum Besuche der Hohenelber Weibschule zugewendet.

Die Bemühungen des Vereines, zahlreichen sehr armen Waisenkindern Unterstützungen aus dem Landeswaisenfonde zu gewinnen, waren in vielen Fällen von Erfolg gekrönt, so daß derzeit 37 im Bezirke Hohenelbe zuständige Waisen Kinder solche Unterstützungen beziehen.

Im Stande der Waisenräte haben sich seit 1905 keine belangreichen Veränderungen ergeben.

Ihre Aufgabe, die Beaufsichtigung der in Fürsorge des Vereines befindlichen Pflöglinge, haben sie emsig und getreulich erfüllt und ihrem tätigen Eingreifen sind jene Erfolge mit zu verdanken, welche der Vorstand erreicht hat.

Die wichtigste Aufgabe, welcher der Verein in der nächsten Zukunft zustrebt, ist die Gründung einer Bezirksweisenheimstätte oder eines Kinderheimes. Eine vorläufige Lösung dieser Frage ist durch die werktätige Unterstützung der Stadtgemeinde Hohenelbe ermöglicht worden. Diese hat nämlich ein ihr gehöriges in der Hohenelber Hauptstraße gelegenes Haus dem Vereine als einstweilige Kinderheimstätte, das ist bis zu der bald gewärtigten Gründung eines eigenen Kinderheimes zur Verfügung gestellt. Es wird möglich sein, daselbst 10 Waisen Kinder zu versorgen und zu betreuen. Allerdings wird hiedurch, insbesondere durch die notwendige Anstellung eines Pflögers, sowie durch die aus dem Vereinsvermögen anzuschaffende Einrichtung der einzelnen Räumlichkeiten eine solche Inanspruchnahme der geringen Vereinsmittel erfolgen, daß nur bei Förderung seitens aller maßgebenden Faktoren (Landesaussschuß, Bezirk, Gemeinde, Sparkassa und Private), welche teilweise allerdings schon gesichert ist, an die Errichtung einer eigenen Bezirksweisenheimstätte wird geschritten werden können.

Der Verein „Kinderschutz“ für den Hohenfurter Gerichtsbezirk

bestätigt in seinen Statuten von der k. k. Statthalterei i. B. am 4. April 1906, Z. 79.029.

Gründende Mitglieder (Beitrag mindestens 50 K) sind 17, ordentliche Mitglieder (Jahresbeitrag mindestens 1 K) sind 275, Ehrenmitglieder keine.

Gründer des Vereines und derzeitiger Obmann: Bruno Pammer, Abt und Bezirksobmann.

Schriftführer: P. Paulus Heinrich, Stiftskapitular, beide in Hohenfurt.

Vermögen mit heutigem Tage: 1887 K 50 h.

Der Zweck des Vereines: a) Ermittlung, Beobachtung, Beaufsichtigung schutzbedürftiger Kinder;

b) Einleitung der zur Abhilfe notwendigen Schritte durch Inanspruchnahme geeigneter Hilfsorgane;

c) Anschluß an Behörden und Vereine mit verwandten Bestrebungen;

d) Beeinflussung der öffentl. Meinung zu gunsten rechter Erziehung und Pflege der Kinder.

Zur Erreichung dieser Zwecke ist das vorhandene Vereinsvermögen zu verwenden.
Der Verein intervenierte in mehreren Fällen, gewährte Unterstützungen für schutzbedürftige Kinder, läßt Artikel in südböhm. Zeitungen über obige Vereinszwecke aufnehmen.

Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichtsprengel Böhm. Rammth.

Im Jahre 1907 wurden an Pfleger von Waisenkindern Unterstützungen im Betrage von 87 K gewährt.

Der Verein hat mit Schluß des Jahres 1907 ordentliche Mitglieder 325 und Gründer 25.

In der Generalversammlung am 17. November 1907 wurde der Vermögensstand mit 1622 K 16 h ausgewiesen.

Bericht des Vereines „Kinderschutz“ in Karlsbad.

Unter dem Eindrucke des Kindesmord- und Mißhandlungs-Prozesses Hummel, Wien 1900, gründete sich unter dem derzeitigen Obmann und Ehrenmitgliede Herrn Leonard Kohl eine Tischgesellschaft „Kinderschutz“, welche es sich zur Pflicht machte, mißhandelten, verwahrlosten oder verwaisten Kindern nach Tüchtigkeit Unterstützung und Schutz zu gewähren.

Aus dieser Tischgesellschaft entstand infolge der großen Beteiligung durch die Einwohnergesellschaft Karlsbads im Jahre 1902 der jetzt aus ca. 600 Mitgliedern bestehende Verein „Kinderschutz“.

Die Art und Weise, wie in unserer Korporation der Kinderschutz ausgeübt wird, ist vor allem die Unterbringung verwaister, verwahrloster und verlassener Kinder in das Kaiser Franz Josef I. Bezirkswaisenhaus Einsiedel, woselbst uns der Marienbader Waisenhausverein-Präsident Herr Landesgerichtsrat Adam bereitwilligt eine Anzahl von Plätzen eingeräumt hat. Die Kinder werden dort auf unsere Kosten verpflegt und bis zum 14. Lebensjahre erzogen und in den meisten Fällen wird dann durch die Waisenhaus-Verwaltung, Kurator Herr Bürgermeister Franz Stadler, Einsiedel, Sorge getragen, daß die Zöglinge von dort weg in eine ordentliche Lehre kommen.

Auch hat der Verein in einigen Fällen erfolgreich Schritte gegen das Konkubinat unternommen und durch Unterstützung der betreffenden Personen Ehen zustande gebracht.

In Fällen von Kindesmißhandlung resp. Überschreitung der Züchtigung wurde erfolgreich eingeschritten, wobei die betreffenden Personen vorgeladen und verwahrt wurden; hierzu sei bemerkt, daß der Erfolg immer ein guter war und sich derartige Fälle nie wiederholt haben.

Sehr wünschenswert wäre die Schaffung von Bezirkswaisenhäusern, wozu jetzt im Jubiläumsjahre Sr. Majestät die günstigste Gelegenheit wäre.

Bericht des Kinderschutzvereines für den Gerichtsbezirk Komotau für das Jahr 1907.

Unter Aufsicht des Vereines standen oder stehen noch:

Gerichtlich abgestrafte Schulkinder: 7 Knaben, 4 Mädchen, alle wegen Diebstahls; polizeilich abgestrafte: 5 Knaben wegen Diebstahls und Demolierung; der Schule entwachsene, gerichtlich abgestrafte: 7 männliche, 2 weibliche, alle wegen Diebstahls; die gerichtliche Abstrafung wegen Verbrechen des Diebstahls und Betrugs steht bevor bei 3 Knaben im Alter von 15 Jahren.

Unter Aufsicht stehen noch: 10 Knaben und 4 Mädchen, darunter 8 Schulkinder. Davon waren 5 Knaben bedenklich entgleist, ohne daß sie dem Gerichte übergeben wurden, 2 kamen aus der Besserungsanstalt, 1 aus dem Waisenhause, 2 waren mehr oder weniger der Verwahrlosung verfallen. Im Waisenhause wurden 4 Knaben untergebracht: 1 ganz, 2 zum Teile auf Kosten des Vereines; das übrige wurde von der Stadtgemeinde Komotau geleistet, obwohl die betreffenden Kinder hier nicht heimatunfähig sind.

Im Vereinsjahre waren 2 Knaben in der Lehre; 1 entlief aber nach einem halben Jahre, weil er im Elternhause an keine Zucht und Ordnung gewöhnt war. Mit Knaben, die nicht direkt aus der Schule in die Lehre kommen, hat der Verein schon früher schlimme Erfahrungen gemacht, gar wenn sie verbummelt und vom geraden Wege abgekommen waren. Hier müßte ein Zwang, auch gegen die Eltern, ausgeübt werden, der aber nach dem Gesetze ausgeschlossen ist. Die Besserungsanstalt in Grulich hat 2 Knaben hier als Lehrlinge untergebracht, die beide brav sind. In Besserungsanstalten wurden 2 Knaben abgeliefert, ein 10jähriger und ein 14jähriger. Sie waren beide überreif und hätten früher hinkommen sollen; viel Unheil wäre verhütet worden. Dabei sind auch alle Übelstände zutage getreten, besonders die Hin- und Herschreibereien wegen Tragung der Kosten und der lange Weg bis zur Erledigung. In

bringenden Fällen sollte doch der amtszünftige Weg verlassen werden; die Geldfrage könnte wohl nachträglich ausgetragen werden. 1 Bursche kommt ins Zwangsarbeitshaus, da er 18 Jahre überschritten hat. Bei ihm war die Verlotterung zu weit gediehen; obendrein ist er etwas schwachsinnig.

Der Verein hat auch in der Angelegenheit eines Mädchens mit einem unehelichen Kinde eingegriffen, der gänzlich Mittellosten wenigstens zum Reisegelde in die Heimat verholfen und ihr Ratsschläge erteilt.

Die vorn angeführten Zahlen zeugen von der zunehmenden Verwahrlosung der Jugend, während das Interesse an den Bestrebungen zur Abhilfe leider ein geringes ist. Der Verein steht mit dem Gerichte, der Polizeibehörde und den Schulen in Fühlung und besorgt die Überwachung selbst durch mehrmaligen Besuch in der Familie; in vielen Fällen wurden Eltern mit den Kindern vom Gerichtsvorstande als Vorsikenden des Vereines vorgeladen. Diese Kontrolle hat sich als sehr wirksam erwiesen; nur ist zu wünschen, daß sich mehrere der Mühe unterziehen, Schutzbedürftige zu ermitteln und zu beaufsichtigen. Daran fehlt es aber. Um das Verständnis für Erziehung und Jugendfürsorge in die Massen zu tragen, wurde auch die Presse Komotaus ausgiebig benützt; aber viele, für die geschrieben wurde, befanden keine Zeitung zu Gesicht.

Über die Ursachen der Verwahrlosung der Jugend ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Hier sind es nicht die schlechten Erwerbsverhältnisse, sondern die Genußsucht in allerlei Formen, von der die Jugend auch angesteckt ist. Es wird gestohlen, um zu naschen, „Sport“ zu rauchen, zu trinken, ins Theater zu gehen u. u. Wenn der Staat nicht nach verschiedenen Richtungen energisch eingreift und der grenzenlosen Genußsucht Schranken setzt, um den Nachwuchs zu vermindern, so wird trotz aller Mühe und der angewandten Mittel nicht viel erreicht werden. Der Staat muß auf gewisse Einnahmen verzichten, ja momentan große Summen aufwenden; alles würde ihm anderweitig mit Zinsen ersetzt werden. Der Hüter der Moral hat auch schwere Pflichten zu erfüllen. Mit Worten wird hier nicht viel ausgerichtet; Taten müssen folgen.

Kinderschutverein für den Gerichtsbezirk Böhm.-Leipa.

Mit Ende des Jahres 1907 betrug das gesamte Vereinsvermögen 3097 K 40 h. Die Einnahmen während des Jahres 1907 beliefen sich auf 813 K 91 h und die Ausgaben inklusive der an 24 hilfsbedürftige Kinder gewährten Unterstützungen per 750 K auf 809 K 70 h.

Der Mitgliederstand weist 53 gründende und 637 ordentliche Mitglieder aus, dürfte voraussichtlich jedoch baldigst eine ausgiebige Erhöhung erfahren.

Verein zur Erhaltung eines Waisenhauses für den Gerichtsbezirk Marienbad in Einsiedl.

Die Generalversammlung, welche den 2. Dezember 1906 im Stadthause unter dem Voritze des Vorstandes, Landesgerichtsrates Adam, abgehalten wurde, hat ein erfreuliches Bild der Überwachung und Erziehung der Waisenkinder des Gerichtsbezirkes Marienbad ergeben.

Das im Jahre 1904 für den Gerichtsbezirk Marienbad gegründete Kaiser Franz Josef I. Waisenhaus in Einsiedl bei Marienbad, welches im ersten Jahre für 20 Waisenkinder eingerichtet wurde, mußte bereits im zweiten Jahre seines Bestehens durch Aufstellung von weiteren 10 Betten erweitert werden, so daß in diesem Waisenhause dreißig arme Waisenkinder Unterkunft finden.

Von diesen 30 Plätzen sind 27 Plätze belegt und 6 Kinder in Vormerkung.

Die Leitung des Waisenhauses ist den bewährten Händen der Schulschwestern de Notre Dame anvertraut, welche die armen Waisenkinder sehr sorgfältig pflegen und denselben eine ausgezeichnete Erziehung angedeihen lassen.

Beweis für diese gute Pflege ist, daß wie im ersten auch im zweiten Jahre in dem Waisenhause ein ernstlicher Krankheitsfall nicht vorgekommen ist und die Kinder im Alter bis 14 Jahren frisch und munter aussehen und in der Schule entsprechende Fortschritte machen; auch ist der Kinderschutverein in Karlsbad, welcher sich von den den Waisenkindern zukommenden Vorteilen überzeugt hat, dem Waisenhaus-Vereine beigetreten und hat seine Schützlinge aus dem Gerichtsbezirke Karlsbad diesem Waisenhause in Einsiedl bei Marienbad anvertraut.

Unmittelbare Aufsicht über dieses Waisenhaus übt das Bürgermeisteramt in Einsiedl aus und ist es insbesondere dem Kuratorium, ferner der Tatkraft des Herrn Bürgermeisters Franz Stadler, Brauereibesizers in Einsiedl, und des Herrn k. k. Postmeisters Josef Utichig Dittrich in Einsiedl zu danken, daß dieses Waisenhaus, obzwar mit wenig Geldmitteln dotiert, den an dasselbe gestellten Anforderungen entsprechen kann.

Außerdem zeigen die Waisenräte, zu denen die Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Bürger und Gemeindeglieder der Städte und Ortschaften des Gerichtsbezirkes Marienbad gehören, ein reges Interesse sowohl an der Erziehung dieser im Waisenhause untergebrachten Waisenkinder, als auch an der Erziehung der anderweitig sich aufhaltenden Waisen. Beschwerden oder

Klagen wegen schlechter Behandlung von Kindern sind bisher nicht vorgekommen; nur wegen schlechter Aufführung sind in zwei Fällen gerichtliche Schritte eingeleitet worden und zwar bei einem Knaben (18 Jahre alt), weil bereits gerichtlich bestraft, ist der Antrag auf Unterbringung in einer Besserungsanstalt gestellt worden; ferner bei einem Mädchen (17 Jahre alt), welche infolge psychischer Krankheit einen unordentlichen Lebenswandel führt, mußte gerichtlich eingegriffen werden.

Von den in dem Waisenhanse befindlichen Kindern verläßt nach vollendetem 14. Lebensjahre ein Knabe das Waisenhaus und kommt derselbe, ausgestattet mit zwei Anzügen und Wäsche, zu einem Gewerbetreibenden in Marienbad.

Die Waisenräte haben auch in diesem Falle für diesen Waisenknaben gesorgt und ihm einen tüchtigen Lehrherrn ausgesucht. Möge dieser kräftige, bisher sehr brave Junge den Intentionen des Waisenhanse entsprechend, ein tüchtiger Gewerbetreibender, ein würdiges Glied der Gesellschaft werden.

Betreffend den Vermögensstand des Waisenhanse, ist dem erstatteten Berichte zu entnehmen, daß der Vermögensstand im Jahre 1906 ein sehr günstiger ist, weil die Einnahmen die Ausgaben vollkommen gedeckt haben.

Die Einnahmen betrugen im Jahre 1906 12.919 K 04 h; die Ausgaben dagegen 10.882 K 24 h, bleibt ein Überschuß von 2036 K 80 h.

Von diesem Überschusse wurde dem Fonde ein Teilbetrag von 1000 K zugewiesen, der Rest per 1036 K 80 h auf neue Rechnung gestellt.

Der Fond des Waisenhanse besteht daher mit 2. Dezember 1906 aus:

1. dem Hause Nr. 68 in Einsiedl nebst Garten und Einrichtung im Anschaffungswerte von 14.440 K;
2. der auf dem Hause Nr. 76 in Marienbad sichergestellten Forderung per 25.333 K 33 $\frac{1}{3}$ h;
3. dem Marienbader Sparkassenbuche, Folio 1935, über 3054 K 45 h.

In laufender Rechnung ist: das Sparkassenbuch, Folio 4181 über 1036 K 80 h und ein Barbetrag von 72 K 06 h.

Nachdem der Stand der Pflegerinnen der Waisenfinder von 3 auf 4 Pflegerinnen erhöht worden ist, für die Städte Marienbad und Einsiedl noch je ein Waisenrat gewählt worden sind, wird sämtlichen Gönnern und Beförderern des Kaiser Franz Josef I. Waisenhanse in Einsiedl der Dank ausgesprochen und beschlossen, für die im Waisenhanse untergebrachten Waisen eine würdige Christbescherung zu veranstalten.

Verein Kinderschutz für den Marschendorfer Gerichtsbezirk.

Der Vorstand des Vereines hielt am 30. Mai, 14. August und am 27. November 1906 Beratungen über Vereinsangelegenheiten und zu gewährende Unterstützungen ab.

Über letztere Tätigkeit einiges zu berichten, soll vornehmlich Aufgabe nachstehender Zeilen sein.

Eine Witwe in Rehorn, Mutter von 10 unversorgten Kindern, suchte um einen Beitrag an. Nach dem Tode ihres vor 1 $\frac{1}{2}$ Jahren verstorbenen Mannes wurde ihr das Haus und der Viehstand zwangsweise verkauft, so daß sie trotz ihres von den Waisenräten ihrer Gemeinde anerkannten Fleißes in drückendster Notlage lebt. In Berücksichtigung dieser Umstände wurde der Witwe vorläufig ein Unterstützungsbeitrag von 50 K bewilligt.

Zwei Doppelwaisen, deren Heimatszuständigkeit von den Gemeinden Freiheit und Morchenstern bestritten wird, also auch heimatlos im vollsten Sinne des Wortes, erhielten ratenweise einen Betrag von 44 K ausbezahlt.

Die Mutter einer Halbwaise aus Großpaup III erhielt für ihr Kind, ein Mädchen, den Betrag von 12 K.

Vier Halbweisen aus Abendorf wurde ein Unterstützungsbeitrag von 10 K bewilligt.

Da die Mitgliedsbeiträge und Spenden anfangs nur sehr vereinzelt einfließen, so mußte der Verein mit den Mitteln sparen und manches Ansuchen, das nicht ganz begründet erschien, zurückgewiesen werden. Auch ist das Endziel, die Errichtung einer Kinderschutzstation für den hiesigen Bezirk, stets vor Augen gehalten und die Bewilligung von Unterstützungen vorläufig nur in den dringlichsten Fällen erteilt worden.

Durch Verfassung und Verendung von Aufrufen zum Beitritte beziehungsweise zur Gewährung von Spenden war der Vorstand bemüht, die nötigen Mittel zum Ausbaue des Vereines zu erhalten. Wie aus der nachfolgenden Mitgliederliste zu ersehen, fehlen noch manche Namen, deren Träger sich gewiß den Geboten der Menschlichkeit nicht entziehen und einen Beitrag leisten werden. An dem Vorstande soll es gewiß nicht liegen, sie im kommenden Jahre um ein Scherlein für unsere Schützlinge zu bitten. Möge die Bitte auf einem fruchtbaren Boden fallen!

Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtssprengel Niemes.

Die konstituierende Vollversammlung wurde am 29. Oktober 1905 abgehalten. In die Vereinsleitung wurden gewählt: Obmann: Robert Hantschel, k. k. Bezirksrichter, Stellvertreter: Arthur Fischel, Privatier, Schriftführer: Josef Brinke, Oberlehrer, Stellvertreter: Anton Rieplich, k. k. Ger.-Kanzlist, Kassier: Johann Seisfert, k. k. Ger.-Offizial, Stellvertreter: Johann Waha, Bürgerschul-Direktor. Als Beisitzer: Dechant Franz Czackert, Niemes, Bürgermeister Baumann, Wartenberg, Bürgermeister Held, Reichstadt und Bürgermeister Eichler, Hühnerwasser.

Außerdem wurden 16 Vertrauensmänner aus allen Teilen des Bezirkes gewählt. Als Revisoren wurden gewählt k. k. Steuereinnnehmer Demel und Advokat Karl Koenig, Niemes. Der Verein hielt 2 Generalversammlungen und 5 Sitzungen des Ausschusses und der Vertrauensmänner ab.

Die Einnahmen betrugen seit Bestand 1768 K 68 h, Ausgaben 45 K 68 h, Waisenunterstützungen 423 K, Kassastand 31. Dezember 1907 1300 K.

Jugendfürsorgeverein des Gerichtsbezirkes Oberleutensdorf.

Der Gerichtsbezirk Oberleutensdorf ist der jüngste Gerichtsbezirk in Böhmen. — Das Bezirksgericht in Oberleutensdorf wurde erst mit 1. Jänner 1905 aktiviert und stellte sich die Schaffung dieses Gerichtsbezirkes wegen der in demselben weitaus vorherrschenden Industrie, insbesondere des Kohlenbergbaues als notwendig heraus — der Gerichtsbezirk enthält nur 11 Gemeinden mit 9 zugeordneten Ortschaften, hatte nach der letzten Volkszählung eine Einwohnerzahl von 32.728, die sich aber seit dieser Zeit mit Rücksicht auf den immer stärker betriebenen Kohlenabbau bedeutend vermehrt hat. Schachtanlagen sind dormalen im Gerichtsbezirke acht vorhanden, mit einer Belegschaft von etwa 4500 Mann und da diese Belegschaft nur zum verschwindend kleinen Teile grundständige Bevölkerung ist, der Großteil aus zugewogener meist armer tschechischer Bevölkerung besteht, ist hiermit so ziemlich das Haupttätigkeitsgebiet der Jugendfürsorge charakterisiert, wie aus einigen weiter unten folgenden Daten über die Anzahl der Vollwaisen, der Halbweisen (deren Vater gestorben ist) und der unehelichen Kinder zu entnehmen ist — wobei bemerkt wird, daß der bei weitem größte Teil der Waisen, Waisen nach Bergarbeitern sind und auch die unehelichen Kinder zum Großteil Vergleute zum Erzeuger haben, ein größerer Teil Fabrikarbeiter, der geringste Teil der unehelichen Kinder ist in den Ortschaften mit nur zuständiger Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Spielwarenerzeugung, letztere als Hausindustrie, betreibenden Bevölkerung vorhanden.

Den Zwecken der Jugendfürsorge in der einen oder anderen Beziehung dienen im Gerichtsbezirke Oberleutensdorf außer den in den meisten Orten des Bezirkes bestehenden Suppenanstalten, den Schulfreigerevereinen, Volksbildungsvereinen, dem Vereine für die Weihnachtsbescherung für arme Kinder, insbesondere auch die in sämtlichen Gemeinden bestehenden Gemeindevorstände, die aus Mitgliedern der Gemeindevertretungen gewählt, mit Instruktionen versehen sind und sich bei Bestellung von tauglichen und vertrauenswürdigen Vormündern sehr gut bewähren und der seit 6. Jänner 1906 bestehende Jugendfürsorgeverein des Gerichtsbezirkes Oberleutensdorf.

Zweck des Vereines ist, Minderjährige gegen widerrechtliche Handlungen oder Unterlassungen Erwachsener zu schützen und ihre sittliche Verwahrlosung zu verhüten, insbesondere also:

- a) dem Mißbrauch der Gewalt über Minderjährige seitens der Eltern, des Vormundes oder eines Pflegers durch Mißhandlungen, Verwendung zu übermäßiger Arbeit, Verhalten zu unsittlichen Handlungen oder Lebenswandel oder durch Vernachlässigung entgegen zu wirken;
- b) derartige Fälle zu ermitteln, zu beobachten und die zur Abhülfe führenden Schritte durch Inanspruchnahme der geeigneten Hilfsorgane, der Vereine von verwandten Bestrebungen und der Behörden einzuleiten;
- c) Familien zu ermitteln, welche gewillt und geeignet sind, der Fürsorge bedürftige Minderjährige in Pflege und Erziehung zu nehmen;
- d) die Schaffung von Einrichtungen und Anstalten, welche die Fürsorge für Minderjährige bezwecken, zu fördern und
- e) die öffentliche Meinung zugunsten einer erspriesslichen Pflege und Erziehung der Minderjährigen zu beeinflussen.

Der Vereinsvorstand besteht aus 20 Mitgliedern, die für drei Jahre gewählt werden und aus seiner Mitte den Obmann, den Obmannstellvertreter, 2 Schriftführer, 2 Kassiere und 14 Beisitzer ohne besondere Funktion wählt.

Obmann ist dormalen der Gerichtsvorsteher des Bezirksgerichtes Oberleutensdorf, im Vorstande sind sämtliche Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Gerichtsbezirkes vertreten, Herren des geistlichen und Lehrerstandes.

Die Geschäfts- und Verhandlungssprache des Vereines ist die deutsche.

Der Mitgliedsbeitrag ist mit jährlich mindestens 1 K festgestellt, die Zahl der Mitglieder beträgt mit Ende Dezember 1907 685, wobei bemerkt wird, daß der Großteil der 109 deutschen bürgerlichen Vereine des Bezirkes bereits Mitglieder des Vereines sind und die begründende Hoffnung besteht, daß alle deutschbürgerlichen Vereine im Laufe des Jahres 1908 beitreten werden. Die Einnahmen des Vereines, die sich aus Mitgliederbeiträgen, Gründerbeiträgen, Spenden und Sühnebeiträgen aus Strassachen zusammensetzen, betrugen im Jahre 1907 2038 K 41 h. Das Gesamtvermögen des Vereines beträgt 3570 K 27 h in Form einer vinkulierten Sparkassaeinlage.

Sämtliche Mitglieder des Vereines sind mit den Vereinsstatuten befaßt.

Die Zahl der Geschäftsstücke des Vereines im Jahre 1907 betrug 162. Die Zahl der Gelbbuchposten in derselben Zeit 123.

Auf Grund der Waisenbücher stellt sich die Zahl der Vollwaisen, Halbwaisen väterlicherseits und der unehelichen Kinder mit dem Stande vom 30. November 1907 nachstehend dar: Vollwaisen über 14 Jahre 70, Vollwaisen unter 14 Jahre 31, Halbwaisen väterlicherseits über 14 Jahre 842, solche Halbwaisen unter 14 Jahre 450, uneheliche Kinder über 14 Jahre 134, uneheliche Kinder unter 14 Jahre 547.

Seit Bestand des Gerichtes, also seit 1. Jänner 1905 zugewachsen und noch im Stand befindliche uneheliche Kinder (nach Abzug der seither legitimierten, im Wege der Delegation anderen Gerichten überwiesenen und der Gestorbenen) 279. Davon wurde die Vaterschaft freiwillig anerkannt in 215 Fällen, dieselbe urteilsmäßig festgestellt in 42 Fällen.

Legitimationen wurden in diesem Zeitraume durchgeführt 239.

Über bezügliche Ersuchen seitens des Obmannes des Vereines sind im Jahre 1907 von auswärtigen Heimatsgemeinden, Gewerkschaften und Vereinen für im Gerichtsbezirke wohnhafte Waisenkinder in 8 Fällen für 16 Kinder periodische Geldunterstützungen im Jahresbetrage von 869 K 96 h erwirkt worden — hiebei soll insbesondere eines Falles mit aufrichtiger Freude über den Erfolg gedacht werden. Vor etwa 4 Jahren starb in einer Gemeinde des Bezirkes eine deutsche Bergarbeitersgattin mit Hinterlassung von 8 unmündigen Kindern, von denen das älteste 13 Jahre alt war, dieses dabei noch verkrüppelt, der Vater der Kinder verschwand hierauf und überließ diese Armen den alten aber braven und ehrlichen Großeltern, die sie seit dieser Zeit, fast ohne jede Unterstützung von außen, nur auf den Verdienst des Großvaters, eines über 60 Jahre alten, vor dem Feinde gedienten Veteranen, als Bezirksstrasseneinräumer, von monatlich 60 K, angewiesen, fortbrachte — die Kinder besuchten die Schule und insbesondere der eine Knabe die Bürgerschule mit vorzüglichem Erfolge — diesem verabreichte in hochherziger Weise der Bürgerchuldirektor während des dreijährigen Bürgerchulbesuches unentgeltlich das Mittagessen — auch die Gemeinde ließ sich später herbei, den Großeltern einen monatlichen Unterstützungsbeitrag von 10 K zu verabreichen, ein weiteres geschah dadurch, daß anlässlich der Generalversammlung des Vereines im Feber 1907 die Instruktion des Landesauschusses betreffend die Pflege und Erziehung aus dem Landeswaisenfonde zur Gänze verlesen und erläutert wurde, was zur Folge hatte, daß für 4 der genannten Kinder monatliche Unterstützungsbeiträge von je 6 K vom 1. Juni 1907 ab erwirkt wurden und endlich blieb eine seitens des Vereinsobmannes an die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen gerichtete Bitte nicht ohne Erfolg, indem durch Vermittlung dieser Stelle seitens des Bundes der Deutschen in Böhmen für den erwähnten Bürgerschüler eine monatliche Studienunterstützung von 20 K angewiesen wurde, die vom 15. September 1907 an flüssig gemacht, es dem Knaben ermöglichte, die 4. Bürgerchulklasse in Brüx zu besuchen, um sich, wenn möglich, später dem Lehrberufe zuzuwenden. Gewiß werden diese Großeltern und Kinder das heurige Weihnachtsfest glücklicher gefeiert haben — möchte nur auch der kleine Bürgerschüler später der Zentralstelle und des Bundes der Deutschen in Böhmen werttätig dankbar gedenken — wie es der Verein auch an dieser Stelle zu tun sich verpflichtet hält.

Einmalige Unterstützungen wurden in zwei Fällen erwirkt.

Fruchtlose Ansuchen wurden in 6 Fällen gestellt.

Arbeit wurde in 2 Fällen vermittelt.

Ansuchen um Unterbringung von Minderjährigen in eine Anstalt für Geisteschwache wurden 2 gestellt, beide aber abschlägig beschieden wegen Platzmangels.

Ansuchen um Aufnahme in eine Besserungsanstalt wurden in 2 Fällen gestellt, in beiden Fällen aber ebenfalls ohne Erfolg, weil, da der Antrag nur im Sinne des § 16 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, Nr. 90 RGW., von der Vormundschaftsbehörde gestellt, die politische Behörde im Sinne des JM.-Grl. vom 7. Mai 1903 Nr. 14 FVB. ihre Intervention ablehnte und die Aufenthaltsgemeinden sich weigerten, die namhaften Kosten der Anhaltung zu tragen.

Gerichtliche Befragungen von Minderjährigen sind im Jahre 1907 in 10 Fällen vorgekommen — meistens wegen kleiner Diebstähle. Bemerkenswert ist hiebei, daß wie im Vorjahre die Mehrzahl der Abgestraften wieder eheliche Kinder sind, die bei ihren Eltern wohnen und daß auch in diesem Jahre keine besonders charakteristischen, auf eine allgemeine Verwahrlosung von Minderjährigen hinweisende Straftaten vorgekommen sind.

Der bermalige Vermögensstand des Vereines, insbesondere die Zahl der Mitglieder und sohin die jährlichen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erhoffenden Eingänge von bestimmt mindestens 1000 Kronen ermöglichen es, 6 Kinder mit einem Kostenaufwande von 144 Kronen per Kopf und Jahr in Waisenhäusern (allenfalls Fürsorgeheimen) unterzubringen und wird deshalb auch anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät in der im Monate Feber stattfindenden Generalversammlung der Antrag gestellt werden, um den Allerhöchsten Intentionen auch seitens des Vereines nach Kräften nachzukommen, 6 Kinder auf Kosten des Vereines dauernd in einem Waisenhanse oder Fürsorgeheime unterzubringen.

Verein „Kinderschutz für den Planer Gerichtsbezirk“.

Der Verein kann über sein Wirken im abgelaufenen Vereinsjahre leider nichts berichten, da derselbe mit Rücksicht auf die erst kurze Zeit seines Bestandes (1 Jahr) einerseits und die bisher sehr geringe Beteiligung der Bezirksbevölkerung, sowie die geringen Mittel, welche infolgedessen zur Verfügung standen andererseits, bisher seine statutarische Tätigkeit nicht aufnehmen konnte.

Verein „Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Postelberg“.

Der Verein „Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Postelberg“ hat seine gründende Versammlung am 29. Juni 1907 in Postelberg abgehalten. Anwesend waren 24 Mitglieder, vertreten waren 12 Gemeinden des Bezirkes.

Bisher haben 2 Vorstandssitzungen und 1 Generalversammlung stattgefunden.

Die Mitgliederzahl beträgt bis heute 169 in 17 Gemeinden des Bezirkes.

Die eingelaufenen Vereinsbeiträge 235 Kronen. Unterstützungen wurden bisher nicht gewährt.

Die Vereinsleitung ist eifrig bemüht, das Vereinsinteresse allseitig zu erhöhen und läßt kein Mittel unberührt, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Kinderschutzverein für die Stadt Reichenberg.

Auf die Einladung des k. k. Bezirksgerichtes in Reichenberg hin beschloß das Stadtverordnetenkollegium in der Sitzung vom 26. April 1906, für die Stadt Reichenberg einen Gemeindewaisenrat zu gründen, dessen Vorsitzender der jeweilige Bürgermeister ist. Als Waisenträte wurden bestimmt: Herr Johann Biesch, Stadtverordneter und Verwalter des Waisenhauses, dann die Herren Armenbezirksvorsteher Anton Fein jun., Eduard Salomon, Karl Leopold Herzog, Karl F. Hübner, Anton G. Keil, Karl Michler, Franz Jakob Sohn, Adolf Franz + (heut Josef Tich), Wenzel Seibt und Julius Hübner.

Abgesehen von der Beratung und Festsetzung der Organisation hatte der Gemeindewaisenrat während seines kurzen Bestandes und jedenfalls auch infolge der in Reichenberg bereits bestehenden humanitären Einrichtungen nur wenig Gelegenheit, aktiv zu sein. Es soll deshalb die Anführung der Tätigkeit hier unterbleiben. Übrigens fällt ja das Arbeitsgebiet des Waisentrates zum großen Teile mit jenem des Kinderschutzvereines zusammen.

Am 3. März 1907 fand im Rathause zu Reichenberg die gründende Versammlung des „Reichenberger Kinderschutzvereines“ statt. In derselben nahm Herr Bürgermeister Dr. Franz Bayer das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Ich begrüße Sie in meiner Eigenschaft als Bürgermeister auf das Herzlichste. Es freut mich, daß so viele Damen und Herren erschienen sind, um ein Werk der Menschlichkeit und der Nächstenliebe ins Leben zu rufen. Es gilt, in die Kette unserer Wohltätigkeitsvereine ein neues Glied einzufügen. Wie ich aus einem Berichte entnommen habe, gibt es in Wien allein 10.000 verwahrloste Kinder. Auch in unserer Gegend ist die Zahl der verwahrlosten Kinder eine große. Wenn wir nach den Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung forschen, finden wir, daß sie hauptsächlich in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sind. Der Niedergang des Gewerbes und die heutigen Teuerungsverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß viele Familienväter nicht im Stande sind, mit ihrem Verdienste ihre Familien zu erhalten. Es ist notwendig geworden, daß auch die Frauen Arbeit suchen, um zum Unterhalte der Familie beizutreten. So fehlt der Familie die häusliche Stütze und die Kinder sind sich selbst überlassen. Eine solche Erziehung kann nur schlechte Früchte zeitigen. Dazu kommt noch, daß die ärmeren Landbewohner in die Stadt strömen. — Die jetzigen Wohnungsverhältnisse sind derartige, daß sie keinesfalls auf die Gesundheit und Sittlichkeit fördernd wirken. Zusammengepfercht in einem kleinen Raume, der in vielen Fällen auch noch Astermieter und Schlafgeber beherbergt, müssen die Kinder alles ansehen, was zu Hause geschieht. Sie können sich vorstellen, wie demoralisierend ein solches Hauswesen wirken muß. Da ist Hilfe dringend notwendig. Sie wird von allen Seiten verlangt. Man verlangt, daß der Staat

eingreift. Man fordert, daß die Gemeinden einspringen und Kinderschulanstalten errichten. Ich verweise auf die Waisenhäuser, Kinder- und Krippenanstalten, Kinder- und Ferienheime. Aber diese Anstalten reichen nicht aus. Sie sind nur für wenige Insassen. Es ist daher wünschenswert, daß ein Verein geschaffen wird, welcher schutzbedürftigen Kindern hilfreich beisteht. Die Aufgaben des Vereines eröffnen seinen Mitgliedern einen großen Wirkungskreis, der jedes Herz, das Gefühl für unsere Mitmenschen hat, erheben muß. Ich bitte Sie, diesem neuen Vereine Ihre werktätige Unterstützung zu leihen und dahin zu wirken, daß die Bestrebungen des Vereines einen vollen Erfolg haben. Ich wünsche dem Vereine Glück und Segen."

In den Vorstand des Vereines wurden gewählt die Herren: Stadtrat Anton Hein, Obmann, Stadtverordneter Adolf Horn, Obmann-Stellvertreter, Official Josef Müller, Schriftführer, Stadtverordneter Wilhelm Mößner, Schriftführer-Stellvertreter, Stadtverordneter Alfred Hübner, Zahlmeister, Stadtverordneter Andreas Bener, Zahlmeister-Stellvertreter und die Herren k. k. Landesgerichtsrat Karl Wimmer, Stadtrat Christian Linser, Stadtverordneter Johann Bisch, Stadtverordneter Anton J. Müller, Bezirksvorsteher Karl J. Hübner, Stadtverordneter Karl Jantsch, Magistratsrat Dr. Otto Ringhaan, Stadtrat Dr. Heinrich Staden und Stadtverordneter Anton Pfeiffer als Beisitzer. Das Amt von Rechnungsprüfern bekleiden die Herren Stadtverordneten Friedrich Balbich, Karl J. Müller und Franz Vogner.

Daß der Kinderschutverein allgemein Sympathie genießt, geht wohl daraus hervor, daß er bereits mehr als 300 Mitglieder zählt. An der Spitze der Förderer des humanen Unternehmens steht die Stadtgemeinde Reichenberg mit einer Widmung von 300 K. Ferner floß dem Vereine an Spenden die namhafte Summe von rund 1000 K zu, während die Mitgliedsbeiträge die Höhe von 1002 K erreichten.

Bis Ende des Jahres 1907 griff der Verein in 5 Fällen selbständig mit Rat und Tat ein. Mehrere dem Vereine zur Kenntnis gelangte Fälle veranlaßten die Stadt Reichenberger Armenverwaltung ihrerseits zum sofortigen Einschreiten.

So gehen städtische Armenverwaltung, Waisenrat und Kinderschutverein gemeinsam den arbeitsvollen Weg, der zur Wohlfahrt der Waisen und der vernachlässigten Kinder führen soll. Wenn es gelingt, das Ziel zu erreichen, dann werden die Beteiligten darin ihren schönsten Lohn erblicken.

Reichenberg, Landbezirk.

„Schaffet die Tränen und Schmerzen der Kinder ab!"
Jean Paul.

Das Jahr 1907, über das wir mit nachstehenden Ausführungen Bericht erstatten, nahm einen, dem Vorjahre entsprechenden günstigen Verlauf. Indem wir auf die Vermehrung der Mitgliederzahl um 235 Mitglieder und auf die Einzelheiten der nachfolgenden Kassabewegung verweisen, wollen wir mit größtem Danke und hervorzuhebender Anerkennung die Unterstützungen aller Spender und Mitglieder erwähnen. Diese Zeichen opferwilligen Wohlthuns gaben uns den Mut dem edlen Zweck der Kinderfürsorge noch erprießlicher zu dienen, indem wir den Bau eines Kinderheimes anstreben. Mit fester Zuversicht und dem Vertrauen auf den bewährten Wohlthätigkeitsinn unserer Mitbürger wird unser Verein seine erfolgreiche Tätigkeit nicht allein aufrecht erhalten, sondern hervorragend ausgestalten und sein angestrebtes edles Ziel auch alsbald erreichen.

In diesem Jahre feiert unser erhabener Monarch, unser allgeliebter Kaiser Franz Josef der Erste, sein sechzigjähriges Regierungsjubiläum. Dieses seltene Fest würdig zu feiern ist wohl jedem Staatsbürger Österreichs ein Herzensbedürfnis. Nachdem das Streben unseres edelsinnigen Herrschers während seiner ganzen Regierungszeit darauf gerichtet war, alle seine Untertanen nach Glückseligkeit glücklich zu machen, so liegt es auch in seinem Sinne, seinem Wunsche, der gesamten Bevölkerung durch Wohlthätigkeitsakte so viel als möglich zu nützen. Ja es ist sogar des edlen Kaisers ausdrücklicher Wunsch, das sechzigjährige Jubiläum seiner Regierung nicht durch festliche Veranstaltungen, sondern ausschließlich durch gemeinnützige und wohlthätige Stiftungen begangen zu sehen. Auch der Ministerrat empfiehlt der Öffentlichkeit, eine umfassende Fürsorgeaktion für das Kind als Bestrebungen des Jubeljahres.

Deshalb dürfte das rühmendswerteste Jubiläumsgeschehen, daß wir unserem mildthätigen Kaiser spenden und mit dem wir ihm ein unvergängliches Denkmal setzen könnten, die Gründung eines Bezirkskinderheimes sein.

Ein Kinderheim, ein Segenssahl! Das sich jenen kleinen, hilflosen Wesen erschließt, die der Elternliebe entbehren müssen, die im Banne roher Erziehung seufzen und weinen und oft in Verkrüppelung und Verkommenheit elend untergehen.

Ein Kind ist für uns die Verkörperung der sorglosen Fröhlichkeit, des unbewußten Glückes; nie möchten wir uns ein Kind anders denken, als von zärtlicher Fürsorge umgeben, wohl behütet, weich gebettet, lachend und jauchzend.

Deshalb schmerzt uns das Herz beim Anblicke eines verwaisten, traurigen, darbenenden Kindes. Wie tief uns auch die Not und das Elend der Menschen erschüttert. — Kindesleid

ergreift und rührt doch am meisten. — Es ist ein erhebendes Gefühl, daß unsere Zeit — genannt das Zeitalter der Humanität — vielfach für die armen verlassenen Kinder sorgt, es öffnen an vielen Orten große und kleine Mhle ihre Pforten, um sie schützend aufzunehmen, es strecken sich fort und fort warme Hände nach solch kleinen Unglückswesen aus. Nur in unserem Landbezirke, in dem schon so manch andere Wohltätigkeitsanstalt besteht, fehlt ein derartiges Segenshaus. Hier gibt es noch viel zu sorgen, zu hoffen und zu wünschen, das sich durch Opferwilligkeit gar bald erreichen lassen kann.

Ein Kinderheim ist eine Notwendigkeit für unseren Landbezirk; nicht allein, um diese Unglücksgeschöpfchen einer sorglosen Jugend zuzuführen, sondern auch, um die Kinder an Gehorsam, Ordnung, Tätigkeit und gute Sitten zu gewöhnen, ihnen außer liebevoller Menschenpflege, auch sittliche Pflichtenlehre anzuerziehen, damit sie in späteren Zeiten vor den Einflüssen nachteiliger Gesellschaft gefeit seien.

Wie viele junge Verbrecher saßen nicht frech und ruchlos auf der Anklagebank, um später ungeheffert aus dem Zuchthause heimzukehren, wenn in ihrer Kindheit sich eine edle Menschenseele um ihre Erziehung bekümmert und sie mit Ernst und Liebe auf den rechten Weg gewiesen hätte. Ein Kinderheim ist also ein dringendes Bedürfnis für unseren Landbezirk und der Fond zur Erbauung und Erhaltung eines solchen Segenshauses wäre gewiß das allerschönste Jubiläumsgeschenk für unseren allgeliebten Kaiser.

Zur werktätigen Mithilfe an der Gründung und Erhaltung eines Kinderheimes hat sich ein Damenomitee gebildet, das schon jetzt seine opferwillige Tätigkeit walten läßt.

Segen allen, die dieses edle Unternehmen unterstützen!

Und ehrendes Andenken allen, die in opferwilliger Mithilfe

„die Tränen und Schmerzen der Kinder“

abschaffen helfen.

Eine nach Dörfel zuständige Frau, deren Ehegatte vor kurzem gestorben ist, lebt mit ihrem 6jährigen Kinde in größter Not, da sie infolge Krankheit aus der Fabrik entlassen worden ist.

Derselben wird eine vorübergehende Unterstützung bewilligt.

Eine nach Franzendorf zuständige Witwe befindet sich mit ihren 2 Kindern, das eine 9, das andere 3 Jahre alt, in gedrängter Lage, welcher ebenfalls eine vorübergehende Unterstützung gewährt wird.

Eine Witwe mit 4 Kindern wendet sich an den Verein, da ihre Heimatsgemeinde es nicht einmal der Mühe wert findet, ihr Gesuch um Unterstützung zu erledigen.

Der Verein gewährt ihr eine Unterstützung und veranlaßt die Unterbringung der zwei ältesten Kinder bei einem ihrer Verwandten.

Zwei ganz verwaiste nach Niederhanichen zuständige Kinder, die bei ihrer alten kränklichen Großmutter leben, befinden sich in größter Not.

Der Verein gewährt eine dauernde Unterstützung, verwendet sich beim Landesauschusse, so daß das eine Kind eine dauernde Unterstützung aus dem Waisenfonde erhält.

Eine nach Karolinsfeld zuständige hochschwangere Fabrikarbeiterin wendet sich an den Verein, da sie nicht einmal die nötigen Geldmittel zur Fahrt zwecks Entbindung in der Findelanstalt besitzt.

Der Verein schreitet bei der Firma ein, bei welcher die Arbeiterin in Arbeit stand, und sie erhält von ihr die nötige Unterstützung.

Ein mütterlicherseits verwaister 7jähriger Knabe, der nach Mähren zuständig ist, wird von seinem Vater, der ein arbeitscheues Individuum ist und dessen Aufenthalt die verschiedenen Stallungen des Reichenberger Bezirkes sind, ganz vernachlässigt.

Das Kind wurde dem Manne abgenommen, einer verlässlichen Frauensperson in Pflege gegeben und sodann der Fall dem Kinderschutzvereine für die Stadt Reichenberg mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse abgetreten.

Einer nach Grünwald zuständigen Kindesmutter, die im Landbezirke wohnt, wird zugunsten ihres 4jährigen Kindes eine vorübergehende Unterstützung gewährt, da die Kindesmutter schon seit längerer Zeit krank ist und sich in größter Not befindet.

Einer nach Röchlitz zuständigen Witwe von 8 Kindern, die sich im Alter von 1 bis 16 Jahren befinden, wurde eine dauernde Unterstützung bewilligt. Der Verein setzt auch beim Landesauschusse die Aufnahme zweier Kinder in die Versorgung aus dem Landeswaisenfonde durch.

Ein 17jähriges ganz armes Mädchen leidet an Rückgratverkrümmung, was zur Folge hatte, daß sie in der letzten Zeit immer mehr Schmerzen bei der Arbeit hatte und das nach der Aussage des Arztes mit der Zeit ganz verkrüppeln würde. Die Kosten der ärztlichen Behandlung wurden mit 336 K veranschlagt. Da ihre Mutter, die zum zweitenmale verheiratet ist, nichts für das Kind leisten kann, und auch die Heimatsgemeinde jede Unterstützung abgeschlagen hat, erläßt der Verein einen Aufruf, der den Betrag nahezu zusammen bringt. Der Rest wird aus Vereinsmitteln gedeckt und heute ist das Mädchen wiederum gesund und es kann seiner Arbeit nachgehen.

Eine Witwe mit 2 Kindern wendet sich an den Verein um Unterstützung; da sie vermögende Verwandte hat, werden diese um Unterstützung angegangen.

Eine außereheliche Kindesmutter sucht Hülfe bei obigem Vereine, da der Kindesvater nichts zahle und überhaupt nicht zahlen könne, da er mehrmals auch zu längerer Freiheitsstrafe gerichtlich abgeurtheilt wurde.

Die Heimatsgemeinde wird mit Erfolg um Unterstützung angegangen.

Eine nach Gassal zuständige Witwe mit 4 kleinen Kindern befindet sich in größter Not, da sie laut ärztlichen Zeugnisses fränklich und arbeitsunfähig ist.

Der Verein gewährt eine dauernde Unterstützung und schreitet auch beim Landesauschusse um Unterstützung der Familie ein.

Einer nach Ratschendorf zuständigen Witwe, die infolge Lähmung arbeitsunfähig und Mutter von einem 5jährigen ebenfalls fränklichen Kinde ist, wird eine dauernde Unterstützung aus Vereinskitteln gewährt.

Ein 14jähriger Knabe wird beim Betteln betreten.

Die Eltern werden entsprechend belehrt und es wird eine Überwachung des Kindes angeordnet.

Eine Witwe mit 4 kleinen Kindern bringt sich nur mühsam als Wäscherin durchs Leben. Wiederholte Ansuchen um Unterstützung bei der Heimatsgemeinde blieben unbeantwortet.

Der Verein schreitet selbst bei der Heimatsgemeinde ein, die dann erklärte, die Mutter mit ihren Kindern wohl in der Heimatsgemeinde zu unterstützen, aber daß sie kein Geld in eine fremde Gemeinde schicken wolle. Der Verein macht daher eine Eingabe an den Landesauschuß behufs Erlangung einer Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde.

Auf anonyme Weise wird der Verein benachrichtigt, daß ein außereheliches Kind, dessen Mutter gestorben ist und das sich beim außerehelichen Vater befindet, von demselben schlecht behandelt werde und bereits längere Zeit krank sei.

Das Kind wird dem Vater abgenommen, in die Heimatsgemeinde gebracht, wo es leider bald starb.

Eine außereheliche Kindesmutter lebt mit ihren 2 unehelichen Kindern in größter Not, da sie von ihrem geringen Arbeitsverdienste auch noch die Mutter erhalten müsse. Der Kindesvater ist unbekannten Aufenthaltes.

Der Verein macht dem Kindesvater ausfindig, der sich schließlich bereit erklärt, die Kindesmutter zu heiraten und für die Kinder zu sorgen.

Eine außereheliche Kindesmutter bringt ihr uneheliches Kind unter dem Versprechen, sie werde einen größeren Betrag wöchentlich auf das Kind zahlen, zu einer Pflegerin. Kaum hat sie die erste Rate bezahlt, verschwindet sie.

Die Pflegerin wendet sich an den Verein, der gemeinsam mit dem Kinderschutzeverein für die Stadt Reichenberg vorläufig die Pflegerin bezahlt. Die Kindesmutter wird ausfindig gemacht und ihr ihre Pflichten vorgehalten.

Da das Kind krank ist, wird auch dessen ärztliche Untersuchung veranlaßt, die leider ergab, daß das Kind nicht mehr am Leben erhalten werden könne. Es stirbt auch trotz der besten Behandlung.

Eine nach Dörfel zuständige Witwe mit ihren 2 Kindern ist in größter Not.

Der Verein bringt das eine Kind bei einem Verwandten unter und bezüglich des zweiten Kindes schritt er beim Landesauschusse zwecks Erlangung einer Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde ein.

Eine wegen verschiedener Delikte vorbestrafte Frauensperson hat ein außereheliches Kind, für welches sie nicht sorgt.

Daselbe wird bei braven Zieheltern untergebracht.

Außerdem hat sie 4 eheliche Kinder, von denen das kleinste erst 7 Wochen alt ist. Da sie wieder eine längere Freiheitsstrafe antreten muß, wird der Säugling einer ordentlichen Frau übergeben und der Vater zur Tragung der Kosten bewogen.

Ein väterlicherseits verwaister 10jähriger Knabe ist ganz vernachlässigt und die Macht der Mutter ganz bedeutungslos.

Der Verein reicht ein Gesuch um Aufnahme des Kindes in eine Besserungsanstalt ein. Eine Mutter soll sich mit ihren 2 Kindern infolge häuslicher Zwistigkeiten in größter Not befinden.

Auf Grund des Berichtes des Gemeindegewaisenrates wurde ihr Ansuchen abgewiesen.

Ein außerehelicher 12jähriger Knabe ist bei seinen Zieheltern ganz vernachlässigt.

Der Gemeindegewaisenrat wird davon benachrichtigt, und eine Überwachung des Kindes angeordnet.

Eine nach Voigtzbach zuständige Witwe befindet sich mit ihren 4 Kindern in größter Not.

Der Verein gewährt ihr eine dauernde Unterstützung.

Ein 10 Jahre altes väterlicherseits verwaistes Mädchen, das stark ausgewachsen ist, lebt bei ihrer Mutter, die Fabriksarbeiterin ist. Da das Mädchen eine stete Überwachung braucht, so wird der Verein um Ordnung der Angelegenheit angegangen.

Aus Mangel von Anstalten für derartige Fälle wird dieser Fall zur zweckentsprechenden Behandlung dem Gemeindewaisenrate überlassen.

Zwei ganz verwaiste Kinder befinden sich bei fremden Leuten, die einen größeren Beitrag zur Bestreitung der Erziehungskosten haben wollen, als ihn die Heimatsgemeinde bis jetzt leistet.

Der Verein schreibt beim Landesauschusse um Erlangung einer Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde ein.

Einer außerehelichen, nach Oberberzdorf zuständigen Kindesmutter, die in ärmlichen Verhältnissen lebt, wird eine Unterstützung zur Beschaffung von Kleidern und Wäsche ihres Kindes gewährt.

Ein Bahnbediensteter wurde gelegentlich eines Eisenbahnunfalles verletzt. Nach 4 Jahren wird er irrsinnig und seine Ehegattin mit ihren 3 Kindern bekommt von der Bahnverwaltung nur eine Abfertigung. Da sie sich in Not befindet, wendet sie sich an den Verein.

Der Verein erhebt den Fall und schreibt beim Vormundschaftsgerichte ein, ob die Frau nicht auf eine dauernde Unterstützung Anspruch hätte. Die Bahnverwaltung ist auch sofort bereit, ihr abermals einen größeren Beitrag in Ergänzung der Abfertigung zukommen zu lassen.

Die außereheliche Mutter eines 7jährigen Kindes ist unbekannten Aufenthaltes.

Der Verein ersucht den Landesauschuß um Unterstützung des Kindes aus dem Landeswaisenfonde.

Eine außereheliche Kindesmutter leidet laut ärztlichen Zeugnisses an Magenkrämpfen. Da sie längere Zeit arbeitsunfähig ist, kann sie nicht einmal die nötigen Schuhe für ihren 8jährigen Sohn anschaffen.

Der Verein gewährt eine einmalige Unterstützung.

Der Vater zweier außerehelicher Kinder ist unbekannten Aufenthaltes.

Die Mutter kann keinem Verdienste außerhalb des Hauses nachgehen, da das eine Kind erst $1\frac{1}{2}$ Jahre alt ist.

Der Verein gewährt eine einmalige Unterstützung.

Eine nach Oberhanichen zuständige Witwe mit 4 Kindern lebt in größter Not.

Der Verein gewährt ihr eine dauernde Unterstützung.

Eine Witwe mit 4 Kindern ist in bedrängter Lage und trotz ihres bescheidenen Lebens ist es ihr nicht möglich gewesen, den Mietzins für das nächste Vierteljahr aufzubringen.

Der Verein bezahlt den fälligen Mietzins.

Eine nach Ruppertsdorf zuständige Frau mit 4 Kindern, deren Mann nach Amerika ausgewandert ist, lebt in größter Not. Da sie aber mit einem anderen im Konkubinate ist, wird ihr die Auflösung dieses Verhältnisses angeraten, wenn sie eine Unterstützung erlangen wolle.

Ein 16jähriges Mädchen gibt infolge ihres polizeiwidrigen Verhaltens wiederholt Anlaß zum Einschreiten.

Der Fall wird an die Zuständigkeitsgemeinde und an das Pflschaftsgericht abgetreten.

Statistisches:

51 Fälle wurden vom Vereine seit Beginn seiner Wirksamkeit behandelt, davon waren im Vereinsjahre 1907:

43 Kinder weiblichen Geschlechtes,

60 Kinder ehelicher Geburt,

33 Kinder männlichen Geschlechtes;

16 Kinder unehelicher Geburt.

23 Kinder über 10 Jahre alt,

53 Kinder unter 10 Jahre alt.

Wie kann jedermann den Verein fördern?

1. Durch Beitritt als Mitglied, durch Gewinnung von Mitgliedern, durch Spenden, Stiftungen und Vermächnisse.
2. Durch Aufdeckung und Anzeige der in Erfahrung gebrachten Fälle von Jugendverwahrlosung. Niemand wird ein Jahr an sich vorüberziehen sehen, ohne im Laufe desselben von der einen oder anderen Familie zu hören, in welcher die Kinder durch mangelhafte Pflege und Ernährung oder durch brutale Mißhandlungen oder infolge Trunksucht oder Sittenlosigkeit der Erzieher körperlichem oder sittlichem Elend preisgegeben sind. Derartige Fälle rufen sicherlich in jedem tiefe Entrüstung wach, aber damit ist dem vernachlässigten und gefährdeten Kinde nicht geholfen; Hilfe bringt der Verein, wenn er durch Anzeigen Kenntnis erlangt; solche Anzeigen privater Personen werden streng vertraulich behandelt und geben dem Vereine nur Anlaß, den Sachverhalt des einzelnen Falles durch behördliche Organe genauer feststellen zu lassen, und dann die geeigneten Verfügungen zu treffen.

3. Durch Übernahme eines Kindes in Erziehung und Pflege oder durch Vermittlung solcher Übernahme in anderer guter Familie; unter den verwahrlosten oder gefährdeten Jugendlichen sind viele noch leicht lenkbar, verbesserliche, völlig unverdorben und oft recht fähige und talentierte Geschöpfe verschiedenen Alters, an welchen die Folgen vernachlässigter Erziehung bald weichen, wenn die Erziehung in gute Hände übergeht.

Durch Aufnahme eines solchen Kindes könnten Bürgerfamilien, Meister des Gewerbestandes und besonders Familien ordentlicher Landwirte, welche heute mit Grund über den Mangel an Arbeitskräften klagen, dem Kinde eine große Wohltat, sich selbst Genugtunung und Arbeitskraft verschaffen, dem Vereine aber seine fürsorgende Tätigkeit ganz besonders erleichtern, weshalb durch Ermittlung und Namhaftmachung guter Familien, die zur Aufnahme eines Kindes bereit sind, dem Vereine der größte Dienst erwiesen wird.

Durch solche Unterstützung des Vereines wird es ihm möglich sein, der so erschreckend zunehmenden Verrohung der Jugend und der bedenklichen Zunahme des jugendlichen Verbrechertums wirksam entgegenzusteuern und Schutz dem bedrohten Kinde und der bedrohten Gesellschaft zu bieten.

Verein „Kinderschutz“ in Saaz.

Gründungsjahr: 1904.

Zweck des Vereines: Förderung des Wohles der Waisen und der von ihren Eltern vernachlässigten Kinder im Gerichtsprengel Saaz.

Mitglieder: a) Ordentliche (Jahresbeitrag: 2 K);
b) Stifter (einmaliger Beitrag: 100 K).

Obmann (seit der Gründung des Vereines): Franz Willomitzer, k. k. Bezirksschulinspektor in Saaz.

Die Tätigkeit des Vereines erstreckte sich bisher zunächst auf die Beschaffung von Geldmitteln. Zu diesem Zwecke wurden alljährlich neue Mitglieder geworben, so daß die Zahl der ordentlichen von 302 im Jahre 1904 auf 516 im Jahre 1907, die der Stifter in derselben Zeit von 9 auf 14 stieg. Namhafte Spenden seitens des Bezirksausschusses in Saaz, einzelner Gemeindevertretungen, der städtischen Sparkasse in Saaz, der landwirtschaftlichen Vorschufkasse in Saaz, der Domänen direktionen, des k. k. Statthaltereirates Herrn Karl Blach, des Gremiums der Kaufleute, hiesiger humanitärer Vereine (Frauenhilfsverein vom roten Kreuze u. a.), Spenden von Großgrundbesitzern und Großindustriellen, von größeren Hopfenhandlungen und wohlthätigen Persönlichkeiten, Erträgnisse aus öffentlichen Veranstaltungen, gerichtlich verfügte Geldstrafen zugunsten des Vereines und nicht zum geringsten die in den Gasthäusern aufgestellten Sammelbüchsen trugen sehr zur Kräftigung der Vereinskasse bei, so daß der Vermögensstand des Vereines von 1655'56 K im Jahre 1904 auf 3329'12 K im Jahre 1907 stieg.

Die Tätigkeit des Vereines auf dem Gebiete des Kinderschutzes erstreckte sich auf Fürsorge und Rechtsschutz. Vom k. k. Bezirksgerichte, vom Bezirksausschusse, von den Gemeinden und ihren Organen, sowie von den Schulleitungen wirksam unterstützt, wurden jene Kinder ausfindig gemacht, die den Schutz des Vereines bedurften. Waisen und Kinder nachlässiger Eltern, auch brennliche Kinder wurden bei vertrauenswürdigen Familien gegen Vergütung aus Vereinskassmitteln dauernd untergebracht, oder es wurden periodische Unterstützungsbeiträge (gegen jedesmalige Bestätigung eines regelmäßigen Schulbesuches bei schulpflichtigen Kindern) an die zugehörigen Eltern oder Pfleger gewährt; in wiederholten Fällen wurde mit Kleidern, Nahrungsmitteln und dergleichen ausgeholfen. Durch seine Mitglieder übte der Vorstand stets die nötige Aufsicht.

Der Rechtsschutz erstreckte sich zumeist auf Bestellung von Vormündern und auf die Veranlassung der alimentationspflichtigen Gemeinden zur Leistung ihrer Unterstützungsbeiträge.

Die Anzahl der Fälle, in welchen der Verein Kinderschutz betätigte, betrug

im Jahre 1904	13,
" " 1905	16,
" " 1906	25,
" " 1907	35.

Zum Verständnisse der angeführten Zahlen diene jedoch die Bemerkung, daß nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel immer nur die dringendsten Fälle berücksichtigt werden konnten.

Die für Kinderschutzzwecke aufgewendeten Ausgaben betrugen

im Jahre 1904	97'58 K,
" " 1905	621'34 "
" " 1906	1219'29 "
" " 1907	1521'— "
im ganzen:	3459'21 K.

Es ist außer Zweifel, daß sich bei der bisherigen Ausübung der Fürsorge nicht nur die Mittel des Vereines sehr zersplittern, sondern auch die erziehliche Wirksamkeit sehr erschwert wird. Das nächste Ziel des Vereines ist daher, in Saaz ein Kinderheim zu schaffen, welches nicht nur Fürsorgeheim (mit dauernder Versorgung der Kinder), sondern auch Tagesheimstätte werden soll. Der Verein hat begründete Hoffnung, im Jubiläumsjahre sein Ziel zu erreichen, da ihm seitens der städt. Sparkasse in Saaz das Wichtigste hiezu, ein geeignetes Gebäude, in hochherziger Weise zur Verfügung gestellt wurde. — Gleichzeitig ist der Verein in ein neues Stadium seiner Entwicklung getreten, indem durch wohlthätig gesinnte Damen der Stadt und Umgebung eine Frauen-Sektion ins Leben gerufen wurde, die sich vor allem die Verwirklichung und Führung des geplanten Kinderheims zur Aufgabe stellt.

Geschäftsbericht des Vereines zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Schluckenau.

Die Gründung des Vereines erfolgte in der konstituierenden Versammlung am 25. November 1905. Seine eigentliche Tätigkeit hat der Verein, nach Erledigung der notwendigen, mit der Gründung verbundenen Vorarbeiten, erst mit dem 1. Jänner 1906 begonnen.

Die Mitgliederwerbung hatte den Erfolg, daß dem Vereine in den verschiedenen Orten des Gerichtsprengels nach und nach bis Ende des Jahres 1906 beitraten 237 ordentliche mit einem Jahresbeitrage von wenigstens 1 K und 18 gründende Mitglieder mit einem einmaligen Gründerbeitrage von wenigstens 30 K. Diese Mitgliederzahl ist bis Ende Dezember 1907 gestiegen auf 260 ordentliche und auf 18 gründende Mitglieder.

Folgsolge eines Vereinsvorstandsbeschlusses werden die Gründerbeiträge als Grundstock für eine später zu errichtende Kinderheimstätte reserviert und sind zu diesem Zwecke in der Schluckenauer Sparkassa fruchtbringend angelegt. Die Jahresbeiträge der ordentlichen Mitglieder werden zur Erreichung des eigentlichen Vereinszweckes d. i. zur Unterstützung und zum Schutze verwaister, verwahrloster und anderer Kinder gegen die ihnen drohende Gefahren irgendwelcher Art verwendet.

Von dem Vereine wurden bisher 8 Kindern, welche nach den gepflogenen Erhebungen besonders hilfsbedürftig erscheinen, Unterstützungen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel, teils auf bestimmte, teils auf längere, unbestimmte Zeit gewährt.

Einem Kinde wurde durch Beistellung eines Teiles der erforderlichen Kosten, der von den unbemittelten Eltern nicht aufgebracht werden konnte, eine Blinddarmoperation ermöglicht, welche, nebenbei bemerkt, glücklich verlaufen ist.

Einer größeren Anzahl von Kindern sind, über Anregung des Vereinsvorstandes, Erziehungsbeiträge aus dem Landeswaisenfonde verschafft worden. Einzelnen von diesen Kindern wurden bis zum Verablangen der Entscheidung des Landesausschusses über die Bewilligung des angestrebten Verpflegs- und Erziehungskostenbeitrages, welche der vorausgehenden, notwendigen Erhebungen wegen und auch, wie es scheint, aus anderen Gründen, erfahrungsgemäß meist lange Zeit, oft mehrere Monate auf sich warten läßt, inzwischen Geldaushilfen aus Vereinsmitteln gewährt und diese Kinder auch anderen, hierorts bestehenden Wohltätigkeitsvereinen zur Unterstützung empfohlen.

Weiter wurden durch Vermittlung des Vereines 3 Kinder bei Pflegeeltern, 4 Kinder in Waisenhäusern untergebracht, weil dieselben teils in ihrer bisherigen Umgebung in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung gefährdet erschienen, teils von ihren Eltern verlassen worden waren und daher ihre anderweitige Unterbringung dringend notwendig erschien. Dem Vereine sind aus diesem Anlasse nur geringe Kosten erwachsen, weil ein Teil der Pflegeeltern in humaner Weise auf ein Entgelt verzichtete und sich besondere, hochherzige Wohltäter fanden, welche den größten Teil der erforderlichen Kosten zur Bestreitung aus eigenem Vermögen auf sich nehmen. Besondere Schwierigkeiten bereitete und bereitet noch dem Vereine die Unterbringung von der Verwahrlosung verfallenen Kindern in Besserungs- oder den im Gesetze vom 29. Oktober 1902, Nr. 78 WBl., vorgezeichneten Fachanstalten auf Kosten des Landeswaisenfondes. Der Landesausschuß scheint in dieser Beziehung die dem Pflégschaftsgerichte in der Verordnung des Justizministeriums vom 7. Mai 1903, Nr. 14 WBl. nach Abs. 3 eingeräumte Befugnis, die Unterbringung eines Jugendlichen in einer Besserungsanstalt als reine Erziehungsmaßregel zu verfügen, gar nicht zu kennen oder nicht anzuerkennen. So verhielt sich derselbe in einem speziellen Falle, in welchem diese Unterbringung eines Kindes nach der Sachlage äußerst dringend erschien, nach längerer Verzögerung der Angelegenheit, ablehnend. Dem Vereine, dem es darum zu tun war, die Sache einer möglichst schnellen Entscheidung zuzuführen, wandte sich an die Zentralkstelle für deutsche Waisenzucht und Jugendfürsorge in Böhmen, fand hier bereitwilligstes Entgegenkommen und baldige Abhülfe, indem das Kind zunächst in Pflege bei geeigneten Pflegeeltern und später in einer zweckentsprechenden Anstalt untergebracht wurde.

Über Anregung des Vereines haben fast sämtliche Ärzte des Gerichtsprengels sich bereit erklärt, verwaiste und solche Kinder, deren Eltern mittellos sind, in Erkrankungsfällen, teils kostenlos, teils gegen ein mäßiges Honorar zu untersuchen und in ärztliche Behandlung zu übernehmen. Auf diese Weise wurde mehreren, darunter einem unehelichen, erkrankten Kinde, welches

von seinen Eltern verlassen und seiner bejahrten, selbst fast erwerbsunfähigen Großmutter überlassen und der Gefahr ausgesetzt war, zu erblinden, unentgeltlich ärztliche Hilfe zuteil. Das in diesem Falle vom Vereine in Form eines Verpflegskostenbeitrages gebrachte Opfer war leider vergebens, weil das Kind, welches übrigens nach dem Ausspruche des behandelnden Arztes zweifellos ganz erblindet wäre, nach längerem Siechtum durch den Tod von seinem Leiden erlöst wurde. Bei seiner Tätigkeit in letzterer Beziehung ging der Verein von der, durch die statistischen Aufzeichnungen vielfach erhärteten Tatsache aus, daß die Sterblichkeit gerade in den ersten Jahren der Kindheit eine auffallend große ist und abgesehen von etwaigen, im vorhinein vorhandenen Mängeln der Lebensfähigkeit in vielen Fällen auf mangelhafte Ernährung und Verpflegung und nicht zum geringsten Teile auf nicht rechtzeitig oder gar nicht in Anspruch genommenen ärztlichen Hilfe in Erkrankungsfällen zurückzuführen ist, so daß gewiß auch diese Frage mit dem Tätigkeitsgebiete der Kinderschutzvereine in engster Berührung steht.

Über die Vereinstätigkeit wurden von Zeit zu Zeit einzelne, gelegentlich auch zum Beitritte und zur Förderung der Bestrebungen des Vereins anregende Artikel in den im hiesigen Bezirke am häufigsten gesehnen Zeitungen veröffentlicht und von diesen mit dankenswerter Bereitwilligkeit entgegengenommen.

In der ersten, am 3. März 1907 abgehaltenen Generalversammlung des Vereines wurde der Beitritt des Vereines zur oberwähnten Zentralstelle mit einem Jahresbeitrage von 20 K beschlossen.

Bei der Konferenz der erwähnten Zentralstelle im Monate Feber 1907 war der Verein auch durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten; ebenso bei der am 10. März 1907 bei dem k. k. Kreisgerichte in Böhmischo-Leipa stattgefundenen Konferenz in Kinderschutzangelegenheiten. Seit seinem Bestande hat der Verein 8 Vorstandssitzungen abgehalten, in welchen alle, den Verein betreffenden Angelegenheiten zur Beratung und Beschlußfassung gelangt sind.

Wenn schließlich auch nicht behauptet werden kann, daß der Stand des Vereines ein vollständig befriedigender sei, da noch viele demselben ferne stehen, die bei den geringfügigen Opfern, welche der Vereinszweck erfordert, als Mitglieder beitreten könnten, so kann doch immerhin mit Genugtuung festgestellt werden, daß die ersten, mit jeder Vereinsgründung verbundenen Schwierigkeiten glücklich überwunden sind und daß eine erfreuliche und gedeihliche Weiterentwicklung vertrauensvoll erwartet werden kann.

Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Tannwald.

Die Tätigkeit dieses Vereines im 1. Jahre seines Bestandes 1907 war zunächst der Ausgestaltung des Vereines zugewendet und doch von immerhin erfreulichem Erfolge. Es wurden 16 gründende Mitglieder (mit einem für allemal zu leistenden Betrage von je mindestens 50 K) und 326 ordentliche Mitglieder (mit einem Beitragsbetrage von je mindestens 1 K) gewonnen.

Der Verein erzielte im ganzen 1710 K 38 h an Einnahmen — darunter an Gründungsbeiträgen 950 K und an Spenden 62 K 35 h — denen Ausgaben in der Höhe von 330 K 21 h gegenüberstehen, so daß das Jahr 1907 mit einem fruchtbringend angelegten Vermögensstande von 1380 K 17 h abschließt.

Anlässlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers hat die Bezirksvertretung Tannwald in ihrer Sitzung vom 28. November 1907 beschlossen, dem Vereine zur Errichtung eines Bezirks-Kinderschutzheimes einen Betrag von 2000 K zu widmen, welcher in den Jahren 1908 und 1909 mit je 1000 K zur Auszahlung gelangt.

Abgesehen von dem mehrseitigen Wirken in der durch die Statuten gegebenen allgemeinen humanen Richtung wurden an hilfsbedürftige Kinder in den Gemeinden Albrechtstorf, Polann, Przychowitz, Schumburg a. d. D. und Tannwald bis Ende 1907 Unterstützungen in der Höhe von 218 K gewährt, Waisenkinder in Vereinsaufsicht übernommen und solchen beziehungsweise deren Vertretern auch mit erforderlichem Räte beigegeben etc.

Der Verein ist auch der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen als außerordentliches Mitglied beigetreten.

Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Trautenau.

Über Anregung des Bezirksobmannes Dr. Alois Kluge in Trautenau wurde im Jahre 1905 für den Gerichtsbezirk Trautenau ein Verein „Kinderschutz“ gegründet, dessen Zweck dahin geht:

1. Den Gerichten in allen Fällen des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge an die Hand zu gehen, z. B. tangliche Vormünder in Vorschlag zu bringen, auf Ansuchen der Gerichte Erhebungen zu pflegen; die Aufsicht über Kinder zu üben, in dringenden Fällen Kinder in vorübergehende Obhut zu übernehmen, eventuell diesen zur dauernden Versorgung zu verhelfen.

2. Alle zur Kenntnis des Vereines gelangten Fälle von sträflichen Vorgehen Kindern gegenüber den Behörden mitzuteilen, auch eigene Erhebungen über diese Fälle zu pflegen und der Behörde vorzulegen.

3. Als Rechtsverteidiger der Minderjährigen bei Gericht zu fungieren.

4. Im Einverständnis mit der Gemeinde die bestehende Kinderfürsorge verbessern zu suchen, im Geiste der modernen Kultur auf die Hebung der Lage bedürftiger Kinder hinzuwirken.

5. Dem modernen Erziehungsgeiste entsprechende eigene Organisationen zur Pflege der Kinder zu schaffen.

6. Aufsicht über die Kostkinder zu führen.

7. Nach Bedarf in armen Gemeinden für bedürftige Schulkinder warme Winterkleider zu beschaffen und ihre Ausspeisung in entlegenen Dorfgemeinden zu veranlassen.

8. Durch Errichtung von Tagesheimstätten, besonders in den Wintermonaten die schulpflichtigen Kinder zu Beschäftigungen zu versammeln, durch Handarbeitsfertigkeit Interesse für Arbeit zu erwecken, durch Spiele und Vorlesen guter Schriften zur Anregung des Geistes beizutragen.

9. Durch populäre Vorträge für die Eltern über Hygiene, Erziehung usw. eine vernünftige körperliche und sittliche Haltung der Kinder in den breitesten Volksschichten anzuregen.

Der Verein hat in zahlreichen Sitzungen, dieses Ziel vor Augen, achtenswerte Erfolge aufzuweisen; die materiellen Mittel sind beschränkt und mußte die moralische Betätigung aller Vorstandsmitglieder helfend eingreifen. Der Verkehr zwischen Verein und Vormundschaftsbehörde ist rege und das Zusammenwirken beider war stets von Erfolg für die Waisen und Halbwaisen gekrönt.

Der Vorstand hat auch die Frage in den Kreis seiner Beratungen gezogen, ob und in welcher Weise der großen Kindersterblichkeit entgegengearbeitet werden könnte. Eine der vielen Ursachen ist gewiß die, daß viele Mütter über die Mutterpflichten wenig unterrichtet sind. Der Vorstand hat daher beschlossen und durchgeführt, leichtverständliche, von einem Kinderarzte abgefaßte Regeln über die Ernährung des Säuglings und das Verhalten der Kindesmutter zusammenzustellen. Diese Regeln wurden den einzelnen Pfarrämtern mit der Bitte abgegeben, nach der Taufe je ein Exemplar dem Vater des Kindes oder der Kindesmutter auszugeben. Wenn auch viele solche Regeln ungelesen weggeworfen werden, so dürfte doch ein kleiner Teil auf fruchtbringenden Boden fallen; wenn auch langsam, so wird auch auf diesem Gebiete der sozialen Frage Besserung eintreten.

Die Zahl der Mitglieder ist bei der Bevölkerung des Bezirkes nicht groß; wir zählen nur 200 Mitglieder; der Beitrag für ein Jahr ist auf eine Krone festgesetzt. Damit soll jedem Gelegenheit gegeben werden, zu dem guten Zwecke des Vereines beizutragen. Der Verein schreitet unentwegt dem vorgesteckten Ziele zu und freut sich bei jedem einzelnen Fall, der praktischen Kinderfürsorge dienlich gewesen zu sein.

Der Vorstand besteht aus 15 Personen. Zwölf Herren werden aus der Mitgliedschaft gewählt, drei Herren werden vom Bezirksausschusse in Trautenua entsendet, weil derselbe die vom Waisenfonde unterstützten Kinder rüchftlich der Erziehung und des körperlichen Fortkommens von dem Vereine überwachen läßt.

Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichtsprengel Warnsdorf.

Der Verein wurde am 15. November 1905 gegründet.

Dieser Verein besteht mit Ende des Jahres 1907 aus 3 gründenden und 914 ordentlichen Mitgliedern.

Im Jahre 1906 hat der Verein 5 Ausschusssitzungen und 1 Generalversammlung, im Jahre 1907 2 Ausschusssitzungen und 1 Generalversammlung abgehalten, bei denen nebst statutenmäßigen Beratungen und Besprechungen auch Fälle mangelhafter Kindererziehung beziehungsweise Pflege zur Sprache kamen und Maßnahmen zur Beseitigung dieser Übelstände getroffen wurden.

Aus den Mitgliedsbeiträgen und den sonstigen dem Vereine zugewendeten Beträgen wurde im Jahre 1906 ein Betrag von 1100 K und im Jahre 1907 ein Betrag von 1283 K 80 h zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder sahrungsgemäß verwendet.

Bericht des Vereines zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Bwida in Jahre 1907.

Die Tätigkeit des Vereines im Jahre 1907 war von dem Bestreben geleitet, möglichst große Einnahmen zu erzielen und möglichst wenig Ausgaben zu machen, weil der Verein beabsichtigt, ein sogenanntes Kinderschutzheim zu gründen und zu diesem Zwecke in diesem Jahre anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers einen Fond ins Leben zu rufen, welchem die vorhandenen Mittel des Vereines gewidmet werden sollen.

Der Vermögensstand mit Ende 1907 war folgender:

Rassastand mit Ende 1906	704 K 36 h
Eingezahlte Mitgliedsbeiträge	257 " — "
Die Hälfte des Reinertrages von der zugunsten dieses Vereines und des hiesigen Schulhellervereines stattgefundenen Aufführung eines Märchenspiels	520 " 23 "
Spartkassazinsen	58 " 90 "
Summa	1540 K 49 h
Von ab die Ausgaben per	8 " — "
verbleibt	1532 K 49 h

Dieser Betrag soll durch die heurigen Mitgliedsbeiträge, durch eine Sammlung und den Ertrag einer für den Frühling beabsichtigten Aufführung auf 2500—3000 K erhöht werden und dann den Grundstock eines „Kinderschutzhelm-Fondes“ bilden.

Von Unterstützungen seitens des Vereines an arme Kinder kann hier abgesehen werden, weil zu diesem Zwecke hier der Schulhellerverein besteht, welcher eine Suppenanstalt unterhält und jährlich Unterstützungen von 350 K an arme Schulkinder gewährt.

Es ist zu erwarten, daß der „Kinderschutzhelm-Fond“ in wenigen Jahren eine solche Höhe erreichen wird, um für den hiesigen Gerichtsbezirk eine Kinderschutzhelm-Heimstätte, wie eine solche in Friedland gegründet wurde errichten zu können.

Unterausschuß für Waisensorge des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Der etwas umfangreiche Bericht mußte für den nächsten Jahrgang zurückgelegt werden.

Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen.

Die Gründung der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen erfolgte nach jahrelangen Vorberatungen und Vorarbeiten am

24. Juni 1906

im deutschen Kasino zu Prag.

Es war eine bedeutsame Neugründung für die Wohlfahrt des deutschen Volkes in Böhmen. Sie kann sich nun als dienendes Glied umso williger in die gegenwärtige Organisation der Jugendfürsorge einreihen, als sie das Bewußtsein in sich trägt, nach allen ihren Kräften den Boden vorbereitet zu haben für eine möglichst erfolgreiche Wirksamkeit der nachkommenden staatlichen Organisation, die sie herbeiführte und als deren Vorläuferin sich in Böhmen die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge gebildet hat, der nun vertrauensvoll die planmäßige Ausgestaltung der Jugendfürsorge in Böhmen überlassen werden kann.

Jahrelange Vorbereitungen —!

Unsere Bevölkerung war jedes Interesses, jedes Verständnisses für die idealen Aufgaben und die soziale Notwendigkeit der Jugendfürsorge bar.

Die große Welle erst humanitären Empfindens um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts war vollständig verebbt. Ganz von Grund auf mußte bei uns angefangen werden.

Zunächst war es der Bund der Deutschen in Böhmen, der durch seinen Unterausschuß für Waisensorge die wichtige Angelegenheit studieren ließ und die Waisensorge praktisch in die Hand nahm. Allein er kam zu der Überzeugung, daß die zu lösenden Aufgaben die Kräfte eines Vereines weit übersteigen.

Nun nahm sich der deutsche Volksrat für Böhmen der Frage an und widmete ihrer Erörterung mehrere erfolgreiche Sitzungen. Durch seine Vermittlung beschäftigten sich weiters die Versammlungen der deutschen

Bezirksobmänner Böhmens mit dieser Angelegenheit auf den Tagungen zu Trautenau (1905), Leitmeritz (1906), Budweis (1907). In die Referate teilten sich ZUDr. Karl Frengl-Falkenau, Lehrer Hugo Heller-Prag, ZUDr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen-Auffig. Das Resultat der langjährigen Vorarbeiten war schließlich die Gründung eines Vereins unter dem Namen

Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen
mit nachfolgenden Satzungen:

Satzungen der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen.

Zweck.

§ 1.

Die Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen bezweckt die Vereinigung sämtlicher der deutschen Waisenerziehung Böhmens dienenden Anstalten, Korporationen, Vereine und Fonds zu gemeinsamer Arbeit, sowie die Zentralisation der privaten Wohltätigkeit hiefür, um nach Maßgabe der dadurch gewonnenen Mittel die Erziehung sämtlicher in Böhmen heimatständigen deutschen Waisen, sowie der deutschen verwahrlosten und verlassenen Kinder bis zu eigener Erwerbsfähigkeit anzustreben, bzw. durchzuführen.

Hiebei haben Waisen von im Kriege oder sonst in unmittelbarer Ausübung des Wehrdienstes um das Leben gekommenen Personen vorzugsweise Berücksichtigung zu finden. Als Waisen werden auch arme, halbverwaiste Kinder angesehen, welche einen Elternteil entbehren, während der andere nicht in der Lage ist, ihnen den nötigen Unterhalt und die nötige Erziehung angedeihen zu lassen. Zu den von den Eltern verlassenen Kindern gehören namentlich auch Kinder, deren eine Elternteil unbekannt oder verschollen, der andere dagegen nicht imstande ist, ihnen den nötigen Unterhalt und die nötige Erziehung angedeihen zu lassen, ferner Findlinge, sowie auch solche Kinder, deren Eltern wegen Mißhandlung derselben verurteilt wurden und deren Vater der väterlichen Gewalt verlustig erklärt wurde, oder Kinder, gegen deren Vater eine der in dem § 178 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Verfügungen getroffen wurde, schließlich Kinder, deren Eltern sich in Untersuchungshaft oder infolge Verurteilung in Strafhast befinden. (Landesgesetz vom 29. Oktober 1902.)

Außerdem übernimmt die Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen die Erziehung solcher Kinder (auch während ihrer Lehrzeit oder während des Studiums), für welche die Erziehungskosten ganz oder zum Teile entweder aus ihrem eigenen Vermögen oder für sie aus dem Landeswaisenfonds, bzw. durch Stipendien von Bezirken, Gemeinden oder Körperschaften anderer Art, sowie von Privatpersonen ersetzt werden.

Das Endziel der Durchführung der Waisensorge bildet die Errichtung großer, moderner, auf Familienpflege und Heranbildung zur Erwerbsfähigkeit innerhalb derselben beruhender Anstalten. Insofern die Mittel hiezu nicht ausreichen, erfolgt die Unterbringung der Zöglinge in Pflegefamilien oder in den bereits bestehenden Waisenanstalten.

Mittel.

§ 2.

Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind:

- a) die Beiträge der Mitglieder,
- b) die Verpflegungskostenerlöse,
- c) sonstige Zuwendungen von Privatpersonen, Korporationen, Vereinen, Gemeinden, Bezirksvertretungen, aus dem Landeswaisenfonds, aus Landes- und Staatsmitteln,
- d) die Erträgnisse der bei der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen errichteten Stiftungen.

Sitz des Vereines und Geschäftssprache desselben.

§ 3.

Der Sitz der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge ist Prag.

§ 4.

Die Geschäftssprache der Zentrale ist die deutsche.

§ 5.

Die Mitglieder sind: a) gründende, b) stiftende, c) beitragende, d) Ehrenmitglieder, e) korrespondierende, f) außerordentliche.

Mit dem Beitritte von 20 Mitgliedern erscheint die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge als gegründet.

Pflichten und Rechte der Mitglieder.

§ 6.

Gründende Mitglieder sind jene Anstalten, welche sich der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen anschließen, und jene Einzelpersonen oder Verbände aller Art, welche derselben Spenden von mindestens 2000 Kronen zukommen lassen, sowie die unterzeichneten Proponenten des Vereines, das sind die Mitglieder des bei der Bezirksobmännerkonferenz in Trautenau am 29. Oktober 1905 gewählten und vom Deutschen Volksrate für Böhmen in seiner Sitzung am 29. Dezember 1905 bestätigten Komitees zur Durchführung einer einheitlichen Waisenorganisation für Deutschböhmen, die Herren: Dr. Karl Frengl, Rechtsanwalt in Falkenau a. d. Elbe; Bezirksobmann W. E. Gröschl in Lettschen a. d. Elbe; Lehrer Hugo Heller in Prag; Bezirksobmann Dr. Alois Kluge in Trautenau; Bezirksobmann Franz Schiffner in Haida und Dr. J. W. Titta, Vorsitzender des Deutschen Volksrates für Böhmen, in Trebnitz und schließlich die durch Kooptation gewonnenen Mitglieder des ersten Vorstandes.

Stiftende Mitglieder sind jene, welche innerhalb der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen Stiftungen gründen, die dem Zwecke derselben dienen.

Beitragende Mitglieder verpflichten sich zu einem Jahresbeitrage von 200 K bis 2000 K.

Ehrenmitglieder werden von der Hauptversammlung mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

Die korrespondierenden Mitglieder werden vom Vorstande zum Zwecke der Unterstützung bei der Durchführung der Waisenerziehung in den Bezirken und Gemeinden ernannt.

Außerordentliche Mitglieder sind Einzelpersonen, die sich zu einem Jahresbeitrage von mindestens 2 Kronen, oder Korporationen, die sich zu einem Jahresbeitrage von mindestens 10 K verpflichten.

Zur Aufnahme der gründenden, stiftenden und beitragenden Mitglieder ist ein Beschluß des Vorstandes notwendig. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Der Eintritt der außerordentlichen Mitglieder erfolgt durch die Abgabe der Beitrittserklärung.

Sämtliche Mitglieder haben die Pflicht, die Zwecke der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen nach besten Kräften zu fördern; sie haben das Recht:

- a) Einsicht in die Verwaltung zu nehmen;
- b) die Mitteilungen der Zentralstelle unentgeltlich zu beziehen;
- c) Anträge zu stellen.

Den gründenden, stiftenden und beitragenden, sowie den Ehrenmitgliedern steht bei der Hauptversammlung Stimmrecht zu. Die außerordentlichen Mitglieder haben bloß beratende Stimme und können nicht gewählt werden.

§ 7.

Der Austritt aus dem Vereine erfolgt auf schriftliche Anzeige bei dem Vorstande; über den Ausschluß von Mitgliedern entscheidet die Hauptversammlung.

Leitung.

§ 8.

Die Leitung der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen liegt in den Händen des Vorstandes, welcher aus 15 Mitgliedern besteht. Außerdem wird der k. k. Statthalterei in Prag, dem böhmischen Landesauschusse, dem k. k. Oberlandesgerichte in Prag, der deutschen Sektion des k. k. Landesschulrates in Prag und dem deutschen Landeslehrervereine in Böhmen in dem Vorstande eine Vertretung durch Entsendung je eines Delegierten deutscher Nationalität eingeräumt.

Zunächst und 3 Jahre nach Konstituierung des Vereines fungieren jene 6 Herren, welche die Gründung des Vereines unternommen und die behördliche Bescheinigung dieser Sakungen erwirkt haben, als Vorstandsmitglieder. Sie ergänzen sich nach Einlangen der Bestätigung der Sakungen durch Kooptation auf die für den Vorstand vorgeschriebene Mitgliederzahl. Die Amtsdauer der so hinzugekommenen Vorstandsmitglieder ist die gleiche wie die der ersteren.

§ 9.

Nach Ablauf der obenerwähnten Zeit treten alljährlich 5 Mitglieder nach der Zeitdauer ihrer Funktion aus dem Vorstande aus. Solange, bis sich die Reihenfolge gebildet hat, werden die Austretenden durch das Los bestimmt. Die zum Austreten Bestimmten können wieder gewählt werden. Erledigte Vorstandsstellen werden von der Hauptversammlung besetzt. Die Wahlen erfolgen durch Zuzuf.

§ 10.

Das Amt eines Vorstandsmitgliedes ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Nur der Geschäftsleiter erhält ein entsprechendes Gehalt, dessen Höhe von den übrigen Vorstandsmitgliedern zu bestimmen ist.

§ 11.

Der Vorstand ist für seine gesamte Geschäftsführung der Hauptversammlung verantwortlich.

§ 12.

Zur Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist die Anwesenheit von 7 Mitgliedern erforderlich.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 13.

Ausfertigungen, kraft deren dem Vereine Rechte erworben oder Verpflichtungen auferlegt werden, sowie die Bekanntmachungen sind vom Präsidenten, in dessen Verhinderung von dem ersten, bezw. dem zweiten Stellvertreter und dem Geschäftsleiter zu unterzeichnen. Für die übrigen, bloß die Geschäftsgebarung betreffenden Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Geschäftsleiters und eines anderen Vorstandsmitgliedes.

§ 14.

Dem Vorstande steht das Recht zu, Sonderausschüsse zu gründen und deren Aufgaben durch besondere Geschäftsordnungen zu bestimmen.

Die näheren Obliegenheiten des Vorstandes, sowie die näheren Bestimmungen über die Durchführung der gestellten Aufgaben der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen enthält die von demselben zu verfassende Geschäftsordnung.

§ 15.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten, zwei Präsidentenstellvertreter, einen Zahlmeister, einen Zahlmeisterstellvertreter und einen Geschäftsleiter. Der Präsident und in dessen Verhinderung der erste, bezw. der zweite Stellvertreter hat die Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge nach außen zu vertreten; er führt die Oberaufsicht über die ganze Geschäftsgebarung, er beruft die Sitzungen des Vorstandes und die Hauptversammlung ein und leitet dieselben.

§ 16.

Alljährlich findet im Laufe des ersten Kalenderhalbjahres eine ordentliche Hauptversammlung statt. Das Recht der Teilnahme an derselben steht sämtlichen Mitgliedern zu.

Der Hauptversammlung sind vorbehalten:

- a) die Wahl des Vorstandes,
- b) die Ernennung eines Protektors und einer Protektorin,
- c) Ernennung der Ehrenmitglieder und

- d) Wahl zweier Rechnungsrevisoren mit einjähriger Amtsdauer und der Vollmacht, dem Vorstand die Entlastung zu erteilen,
- e) Bestellung eines Schiedsgerichtes aus Vereinsmitgliedern zur Austragung von Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern als solchen (das Schiedsgericht hat aus drei Mitgliedern und drei Ersatzmännern zu bestehen),
- f) Abänderung der Statuten und Auflösung des Vereines.

Die Hauptversammlung entscheidet mit absoluter Mehrheit der Stimmberechtigten. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von wenigstens 20 Mitgliedern notwendig.

Auflösung.

§ 17.

Ein Antrag auf Auflösung der Zentralstelle für deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge in Böhmen kann nur dann zum Beschlusse erhoben werden, wenn in der Hauptversammlung wenigstens zwei Drittel aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und von diesen wenigstens drei Viertel für die Auflösung stimmen.

Im Falle der Auflösung der Zentralstelle für die deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge in Böhmen fällt das gesamte Vermögen derselben zu gleichen Teilen dem „Bunde der Deutschen in Böhmen“ und dem „Deutschen Schulvereine“ in Wien zu.

Die deutschen Bezirksvertretungen Böhmens nahmen zu der erfolgten Neugründung auf dem Bezirksobmännertage zu Leitmeritz in folgender Weise Stellung.

„Die am 23. September 1906 in Leitmeritz tagende Bezirksobmännerkonferenz nimmt den Bericht über die Waisenorganisation im Wege eines sich auf ganz Böhmen erstreckenden Waisenvereines unter dem Namen „Zentralstelle für deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge“ zur Kenntnis.

Die Bezirksobmännerkonferenz anerkennt demgemäß die genannte Zentralstelle als das berufene Organ zur Regelung der Fürsorge für die armen Waisen und die denselben im Rahmen des Gesetzes vom 3. Juni 1901, Nr. 62 RGBl., gleich zu haltenden Kinder deutscher Abstammung.

Demzufolge wird der Landesauschuß des Königreiches Böhmen ersucht, die Mittel des Landeswaisenfonds in einem der Abfuhr der Waisentassen deutscher Bezirke entsprechenden Verhältnisse der Zentralstelle direkt zum Zwecke der deutschen Waisen- und Jugendfürsorge im Rahmen des Landesgesetzes vom 29. Oktober 1902, Nr. 78 LGBl., zuzuwenden.

Die Zentralstelle wird ersucht, den Ausbau der Waisenorganisation durch Bildung von Kinderschulvereinen in den einzelnen Bezirken, eventuell durch Bestellung von Ortswaisenräten, sei es direkt, sei es im Wege der Kinderschulvereine zu vervollständigen.

Die Bezirksobmännerkonferenz fordert die deutsche Bevölkerung in Böhmen auf, die Zentralstelle für deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge durch Geldspenden wirksam zu unterstützen, damit es ihr möglich werde, das vorgezeichnete Ziel zu erreichen. Sie empfiehlt den Bezirksvertretungen, in der Opferwilligkeit voranzugehen und der Zentralstelle zum Zwecke der Waisenerziehung einen Jahresbeitrag von mindestens 2‰ der direkten Steuerleistung zuzuführen.

Die Bezirksobmännerkonferenz begrüßt den Vorschlag der Errichtung von Stiftungen oder Fonds, deren Verwaltung der Zentralstelle für deutsche Waisenfürsorge und Jugendfürsorge, eventuell unter behördlicher Aufsicht, über-

tragen werden soll. Sie begrüßt insbesondere auch den Vorschlag des deutschen Volksrates, aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers die Errichtung einer Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Waisenstiftung für deutsche Waisenzuflucht mit mehreren Fonds ins Auge zu fassen, und empfiehlt den deutschen Bezirksvertretungen, sich an die Spitze dieser Aktion zu stellen, indem sie aus diesem Anlasse 1% ihrer direkten Steuerleistung in drei auf die Jahre 1907, 1908 und 1909 zu verteilende Raten zum Zwecke der Bildung eines Bezirksweisenfonds widmen, und soll der Stiftungsbrief hierzu von der Zentralstelle der deutschen Bezirksvertretungen im Einvernehmen mit der Zentralstelle für deutsche Waisenzuflucht und Jugendfürsorge verfaßt und der Statthalterei zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Bezirksobmännerkonferenz spricht ihren Abscheu über die mit den Mitteln des Landesweisenfonds, demnach mit größtenteils deutschen Mitteln durch die tschechischen Kampfvereine betriebene Kinderfängerei aus und beschließt, dem Justizministerium und allen anderen beteiligten Ministerien eine Denkschrift zu überreichen, in welcher unter Hinweis auf diese Unzukömmlichkeiten und darauf, daß es eine nationale Angelegenheit eines jeden Volksstammes ist, die ihm zugehörigen Waisen in ihrer Muttersprache zu erziehen und jeder Volksstamm mit Recht beanspruchen kann, daß die aus seiner Mitte aufgebrachten Mittel der Erziehung seiner Waisen zugewendet werden, nachdrücklich die Forderung vertreten werden soll, in Zukunft die Gebahrungsüberschüsse der Waisenkassen in Böhmen nicht dem Lande, sondern den Bezirksvertretungen zu dem im Gesetze vom 3. Juni 1901, Nr. 62, vorgezeichneten Zweck zu überweisen.

Den deutschen Bezirksvertretungen wird für diesen Fall empfohlen, die übermiesigen Gebahrungsüberschüsse zum Teile mit dem Bezirksweisenfond der Kaiser Franz Josef I. Jubiläumsstiftung, deren Verwaltung der Zentralstelle zu übertragen wäre, zu vereinigen, zum Teile der Zentralstelle direkt für ihre Zwecke zu überweisen."

Die Zentralstelle wandte sich zunächst mit folgendem Aufrufe an die deutsche Öffentlichkeit.

Auf dem Gebiete der Kinderfürsorge — das Wort im engeren und im weiteren Sinne genommen — geht eine gar mächtige Bewegung durch die Welt. Sie geht durch alle Kreise, sie will in Schule und Haus reformieren. Die Idealisten „tragen die Kunst ins Leben des Kindes“ — ist nicht auch für die Realisten die Zeit gekommen, das Wort mit wahr zu machen vom angebrochenen „Jahrhundert des Kindes“? Es berührt so eigentümlich, wenn dem Kinde der Armut hier und da ein Theaterstisch geschenkt wird, wenn es in diese oder jene Veranstaltung mitgenommen wird und doch keiner der Veranstalter oft so recht weiß, was für eine Ironie solche Momente sind zu den alltäglichen Verhältnissen jener Kinder.

Aber schon regt es sich auch unter den Leuten der Tat; sie sehen ein, daß es nicht genügt, diese Kinderwelt mit hinaufphilosophieren und hinaufidealisieren zu wollen; daß es gar harte Arbeit erfordert, sie erst auf jene Basis zu bringen, auf welcher jene Kinder stehen, für die jene schönen Reformideen segensreich und erfolgreich sein werden. Der Humanitätsrealist übersieht das große Heer jener Kinder, die noch so ziemlich außerhalb der Schranken stehen, die Eigendünkel und Vorurteil um die „menschliche Gesellschaft“ gezogen, der Findelkinder, der verwaisten, der verwahrlosten, der fischen, der verkrüppelten Kinder und geht daran, ihnen umso hilfreicher die Hand zu bieten, je härter das Leben wird.

Es ist ganz eigentümlich, daß die Bemühungen, auf dem Gebiete der Waisenzuflucht und Kinderfürsorge zu bessern, trotzdem sie meist ganz unab-

hängig von einander in den verschiedensten Ländern entstehen und die verschiedensten Gesellschaftskreise beschäftigen, doch, als wäre eben die Zeit gekommen, in der die längst heranwachsende Saat der Reformgedanken von selbst zum Reifen kommt und zur Ernte ruft, überall in ganz ähnlicher Weise an die Schaffung der als notwendig erkannten neuen, besseren Zustände schreiten. Die Gründe dafür, daß man sich heute so sehr der heranwachsenden Generation widmet, liegen nicht immer ganz obenauf; schließlich aber ist wohl der mächtigste derselben ein Analogon zu dem obersten Grundsatz der modernen Heilkunde, übertragen auf seelisches und soziales Gebiet: Besser als heilen zu müssen, ist es die Entstehung von Mißständen zu verhüten. Je überzeugter man ist, wie fraglich unsere Heilmittel gegen soziale Krankheiten und Uebelstände aller Art sind, die den Körper der Gesellschaft bedrohen, desto mehr ist man besorgt, das heranwachsende Kind, die neue Gesellschaft vor jeder krankhaften Veranlagung, soweit es im Bereiche der Möglichkeit liegt, zu schützen. Auch bei der sozialen Fürsorge wird man sich der Notwendigkeit bewußt, die Quellen, aus denen immer wieder in das mühsam geläuterte Wasser Trübendes nachträufelt, zu verstopfen; den Elementen, die eine Gefahr für die Gesellschaft und ihre Einrichtungen bedeuten, keinen Nachwuchs mehr zu ermöglichen. Das ist aber unmöglich bei den gegenwärtigen Zuständen unserer Waisenpflege und Jugendfürsorge. Nicht dem Zufalle darf das Schicksal jener überlassen bleiben, die ihrer Eltern und selbstloser Ratgeber beraubt im Leben stehen; nicht zufrieden geben darf sich der Staat mit den 2 Paragraphen im Heimatsgesetze und den Punkten über das Vormundschaftswesen; er muß durch vorjorgende Mittel verhindern, daß diese nirgends eingewurzelten Wesen der Propaganda jener verfallen, die den in der Gesellschaft Rechtlosen, Ausgeschlossenen so verführerisch vom „Rechte“ predigen und willig mitrottende Geschöpfe in ihnen finden, die das große Heer der Haltlosen im Leben, der Gefallenen jeder Art, der Gesellschaftsfeinde verstärken helfen. Wenn der Lump fertig ist, dann nützen gewöhnlich alle Disziplinar-mittel der staatlichen Autorität nichts mehr; seine Devise bleibt nur: sich nicht erwischen zu lassen. Wie leicht des Lasters Hand nach dem Buben, nach dem Mädchen faßt, die nicht gelernt haben, auf eigenen Füßen zu stehen, die auf der weiten Erde keinen Schutz und keinen Rückhalt kennen und bei denen, während der Hunger spricht und andere Stimmen aus der Tiefe — kein Mutterauge mehr aus der Ferne mahnend in solchen Stunden in der Erinnerung wach wird und keines Vaters Strenge — das erzählt so manches Blatt aus der Lebensgeschichte von moralisch Verunglückten.

Noch besteht für den Kinderchutz im allgemeinen (die Fürsorge für die verwahrloste Jugend inbegriffen) keine Reichsbehörde und keine Landesstelle. Aber schon gehen auch bei uns die Behörden daran, die Verhältnisse zu studieren, und regen Verbesserungen an. Die Artikel über die Kinderfürsorge in der neuen Schul- und Unterrichtsordnung, das Entstehen zahlreicher Kinderchutzvereine durch Einflußnahme der k. k. Bezirksgerichte, der für März 1907 in Wien geplante I. österreichische Kongreß für Kinderfürsorge, die rege Tätigkeit der Landesausschüsse auf diesem Gebiete sind Beweise dafür. Bei der Behandlung jugendlicher Missetäter ist man durch die dem Justizminister Dr. Klein zu verdankenden Bestimmungen über Aufsicht und Beschäftigung derselben in eigenen Jugendgruppen, also unter Absonderung von den abgefeimten Verbrechern, einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gekommen. Auch auf dem Gebiete der Vereinstätigkeit ist eine viel größere Regsamkeit für Kinderchutzzwecke bemerkbar. So günstig und wünschenswert diese Vielseitigkeit einesteils ist, so bedauerlich ist es andernteils, daß die demselben Ziele zustrebenden Orga-

nisationen keine Sammelstelle haben, in der gemeinsam über alle nötigen Reformen beraten und entschieden werden könnte. Es ist eine derartige Zentralisation aus vielen Gründen ein Gebot der Notwendigkeit geworden. Nicht dadurch wird der Waisenpflege und Jugendfürsorge des Landes eine bessere Zukunft erblühen, daß für diese Zwecke gearbeitet wird, sondern wie diese Arbeit durchgeführt wird. In Würdigung der sozialen Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller auf dem Gebiete des Kinderschutzes tätigen deutschen Organisationen des Landes gründete sich nach jahrelangen Vorarbeiten die

„Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen“.

Nach § 1 der behördlich bestätigten Satzungen bezweckt die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen die Vereinigung sämtlicher der deutschen Waisenerziehung Böhmens dienenden Anstalten, Korporationen, Vereine und Fonds zu gemeinsamer Arbeit, sowie die Zentralisation der privaten Wohltätigkeit hiefür, um nach Maßgabe der dadurch gewonnenen Mittel die Erziehung sämtlicher in Böhmen heimatständigen deutschen Waisen, sowie der deutschen verwahrlosten und verlassenen Kinder bis zu eigener Erwerbsfähigkeit anzustreben, bzw. durchzuführen.

Hiebei haben Waisen von im Kriege oder sonst in unmittelbarer Ausübung des Wehrdienstes um das Leben gekommenen Personen vorzugsweise Berücksichtigung zu finden. Als Waisen werden auch arme, halbverwaiste Kinder angesehen, welche einen Elternteil entbehren, während der andere nicht in der Lage ist, ihnen den nötigen Unterhalt und die nötige Erziehung angedeihen zu lassen. Zu den von den Eltern verlassenen Kindern gehören namentlich auch Kinder, deren eine Elternteil unbekannt oder verschollen, der andere dagegen nicht imstande ist, ihnen den nötigen Unterhalt und die nötige Erziehung angedeihen zu lassen, ferner Findlinge, sowie auch solche Kinder, deren Eltern wegen Mißhandlung derselben verurteilt wurden und deren Vater der väterlichen Gewalt verlustig erklärt wurde, oder Kinder, gegen deren Vater eine der in dem § 178 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Verfügungen getroffen wurde, schließlich Kinder, deren Eltern sich in Untersuchungshaft oder infolge Verurteilung in Strafhaf befinden. (Landesgesetz vom 29. Oktober 1902.)

Außerdem übernimmt die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen die Erziehung solcher Kinder (auch während ihrer Lehrzeit oder während des Studiums), für welche die Erziehungskosten ganz oder zum Teile entweder aus ihrem eigenen Vermögen oder für sie aus dem Landeswaisenfonds, bzw. durch Stipendien von Bezirken, Gemeinden oder Körperschaften anderer Art, sowie von Privatpersonen ersetzt werden.

Das Endziel der Durchführung der Waisenpflege bildet die Errichtung großer, moderner, auf Familienpflege und Heranbildung zur Erwerbsfähigkeit innerhalb derselben beruhender Anstalten. Insofern die Mittel hiezu nicht ausreichen, erfolgt die Unterbringung der Zöglinge in Pflegefamilien oder in den bereits bestehenden Waisenanstalten.

Unsere Neugründung war sich gleich vom Beginne an der Schwierigkeiten bewußt, die die Durchführung eines so groß angelegten Werkes mit sich bringen würde. Da ist zunächst das Mißtrauen bereits wirkender Korporationen, die sich gewöhnlich Zentralisationsplänen gegenüber kühl bis ans Herz hinan verhalten. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß eine Reform nicht notwendiger Weise das Bestehende beseitigen und anderes an seine Stelle setzen muß, daß es im Gegenteil oft vollkommen genügt, die zur Zeit fungierenden Organi-

sationen mit frischem, neuem Geiste zu durchdringen und einen großen Zug in ihr segensreiches Wirken zu bringen. So geben auch wir die Hoffnung nicht auf, unser Ziel mit Hilfe schon bestehender, ähnlichen Zielen zustrebender Organisationen zu erreichen.

Da war weiters mit der Verschlossenheit der Behörden zu rechnen, die sich umso empfindlicher bemerkbar macht, je vielseitiger die Berührungspunkte mit ihnen sind, wie das bei uns besonders der Fall ist. Die ehrliche Absicht, den in Betracht kommenden Behörden in jeder Weise bei Durchführung ihrer Ideen auf dem ganzen Gebiete des Kinderschutzes zur Verfügung stehen zu wollen, alle Vorarbeiten für ein anzustrebendes Gesetz über die Erziehung verlassener, verwaister und verwahrloster Kinder mit zu besorgen und jene Vorbedingungen schon jetzt zu erforschen und zu schaffen, die einmal hiezu nötig sein werden, läßt uns aber zuversichtlich erwarten, daß wir allseitige Förderung der maßgebenden Behörden finden werden. Auch anderwärts verhielten sich die staatlichen Behörden bei derartigen Versuchen zuwartend: bald machten sie jedoch die Erfahrung, daß ein Zusammenwirken von Behörden und zivilen Organisationen nicht nur gut möglich, sondern für beide Teile nur ersprießlich ist; so kämpften die in Deutschland für das Volkswohl wirkenden Zentralstellen nur ganz kurze Zeit mit Teilnahmslosigkeit der Staatsbehörden; bei der zehnten Hauptversammlung des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege waren bereits mehr als 40 Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden anwesend; über das Zusammenwirken von Behörden und Privatvereinen auf dem Gebiete des Kinderschutzes berichtet Dr. Reicher im ersten Teile seines Werkes „Fürsorge für die verwahrloste Jugend“ über das Großherzogtum Baden, das auf dem genannten Gebiete mit an erster Stelle steht, wie folgt: „Die Beteiligung der Staatsbürger neben dem Berufsbeamtentum an der Verwaltung des Staates begegnete anfänglich auf Seite der letzteren großem Mißtrauen. Doch herrscht heute völlige Einmütigkeit über die Zweckmäßigkeit der Verbindung von Bürgertum mit dem Elemente der staatlichen Berufsbeamten. Nicht nur trägt diese Verbindung dazu bei, die Staatsverwaltung volkstümlich zu machen, sondern bildet auch ein Gegengewicht gegen den bureaukratischen Geist, da in den Bezirksräten der in den Volksgenossen lebende Geist zum Ausdruck kommt.“ Die Gesetzeskenntnis und die Geschäftsgewandtheit der Berufsbeamten, verbunden mit dem von der herrschenden Gewalt im Staate unabhängigen, weil unbefoldeten, ehrenamtlichen Elemente des Bürgertums bewirkt daher eine viel günstigere Vereinigung von Kräften, welche bei dem Bestreben, allseitig zusammenzuwirken, Ersparnis leisten können. Trotz dieser Schwierigkeit, Vertrauen zu erwerben, hofft die Zentralstelle zuversichtlich, die Anteilnahme der maßgebenden Behörden zu erlangen. Sie hat der k. k. Statthalterei, dem kgl. böhm. Landesausschusse, dem k. k. Oberlandesgerichte, der deutschen Sektion des k. k. Landesjuralrates und dem deutschen Landeslehrervereine eine Vertretung im Vorstande der Zentralstelle durch Entsendung je eines Vertreters deutscher Nationalität eingeräumt.

Es ist ganz unmöglich, in einem an die gesamte deutsche Öffentlichkeit gerichteten allgemeinen Aufrufe all der treibenden Momente zu gedenken, die nach eingehendem Studium der gegenwärtigen Verhältnisse der deutschen Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen, nach gründlichen Beratungen über das anzustrebende Bessere, nach praktischen Versuchen endlich die Zentralstelle schufen.

Wir müßten hinweisen auf die nutzlose Zersplitterung der privaten Wohltätigkeit, die oft im blinden Drange, irgend ein jugendfreundliches Werk zu schaffen, in totaler Unkenntnis der Verhältnisse mit großen Summen durch unpraktische Stiftungen nur Unbedeutendes erreicht; eine große Zahl von Stiftungen aller Art bleibt für die in erster Linie Berechtigten ungenützt, weil nicht die richtigen Stiftlinge ausfindig gemacht werden können.

Wir müßten weiters darauf hinweisen, daß in der Unterbringung der in Frage stehenden Kinder überhaupt kein System liegt.

Die Findelpflege leidet hauptsächlich unter der Rückständigkeit der Pflegeeltern in sanitärer und erziehlcher Hinsicht. Ein Erziehen der Pflegeeltern für die Intentionen der Findelanstalt wäre eine höchst zeitgemäße Aufgabe.

Die Waisenpflege findet ihre ganze Regelung, was Objorge anbelangt, durch unser Vormundschaftsweisen, das, was die Erhaltung des den Waisen gehörigen Vermögens anbelangt, ein vortreffliches ist, während es betreffs gewissenhafter Überwachung der Pfleglinge — diese Verpflichtung ist eben für eine einzelne Person oft zu drückend — eines Ausbaues oder der Unterstützung in anderer Form bedürfte.

Die Unterkunft der Waisen in ein Waisenhaus ist eine reine Glücks- und Zufallsache. Nach den Berichten des Landesauschusses gibt es in Deutschböhmen allein gegen 8000 schulpflichtige verwaisete, verwahrloste oder verlassene Kinder, während in unseren 22 deutschen Waisenanstalten zusammen höchstens 800 Aufnahme finden können, also kaum der zehnte Teil; die anderen 90% bleiben nur zu oft dem Zufalle überlassen; denn das Humanitätsgefühl der Gemeinden, denen man die Armen- und Waisenanglegenheiten im 4. Abschnitte des Heimatsgesetzes überwies, ist eine sehr variable Größe, die auch ganz bedenkliche negative Werte annehmen kann. Nur einige Streiflichter auf den Lebensweg von Waisenkindern aus Ansiedlungen des Bundes der Deutschen in Böhmen: Da war ein Kind, das hatte jahrelang vor seiner Aufnahme in keinem Bette geschlafen, sondern reihum bei den Bauern im Stalle; bei einem andern konnten sich wegen mangelhafter Ernährung keine Zähne bilden, sondern nur förmliche Kauleisten wie bei einer Kuh; ein drittes hat länger als ein Jahr mit einem Strolche die Schnapsflasche und den Straßengraben als Nachtlager geteilt; einem andern sind in frühester Jugend in seiner Heimatgemeinde unter Prügeln so schwere Lasten aufgeladen worden, daß förmlich das ganze Knochensystem verkrüppelte und der Bursche als Fünfzehnjähriger den Eindruck eines Neunjährigen macht; andere haben schon in ihren jüngsten Jahren schwere rheumatische Leiden, da sie in jedem Wetter draußen Vieh hüten mußten, ohne auch nur abends warme Kleider und ein geschütztes Lager zu finden, sondern in zugigen Wagenremisen und Schuppen schlafen mußten; ein Bublein ist darunter, das als einziger Leidtragender dem Sarge seiner Mutter nachging und das beinahe nicht gekonnt hätte, da es halbnackend war, wenn ihm nicht die mitleidige Totengräberfrau aus dem Stück des schwarzen Samtkleides — ein Andenken aus besseren Zeiten — der im Sarge liegenden Mutter, das in die sparsam gearbeitete Truhe nicht hinein wollte, schnell zu diesem Gange ein Röcklein zusammengestickt hätte — — — und wieviel, wieviel Kindesleid ließe sich da erzählen! Und was verbirgt sich noch alles draußen im verlassenen Dorf und drinnen im Gewühle der Stadt!

Die 7000 unterstützungsbedürftigen Kinder, die in keiner Waisenanstalt Aufnahme finden, dürfen dem Zufalle nicht überlassen bleiben. Gegenwärtig sorgt der Landesauschuß für einen großen Teil derselben durch Gewäh-

rung von Stipendien aus dem Landeswaisenfonds. Das Provisorische des Landesgesetzes vom 29. Oktober 1902 hindert wohl auch den Landesauschuß, durchgreifende Reformen mit den Mitteln des Landeswaisenfonds vorzunehmen. Es fehlt nach wie vor an einem über das ganze Land sich erstreckenden Netze von Melde- und Beaufsichtigungsorganen.

Das Unklare, oft Unzeitgemäße der gegenwärtig fast allgemein üblichen Waisenpflegesysteme war ein Grund mehr, den Versuch zu machen, einen Fortschritt anzubahnen.

Unser System der Anstaltspflege stammt seinen Grundfesten nach aus Zeiten, die für ein weiteres Fortkommen der Zöglinge ganz andere, günstigere Voraussetzungen fanden, als heutzutage. Es gab keine Übervölkerung, das solide Handwerk nährte seine Leute, erzog und schützte sie, das Knechte- und Mägdewesen war ein ganz anderes, die großen Städte waren noch keine Magnete, die alles, was nicht festgewurzelt ist im Boden, anziehen. Die Geldverhältnisse waren andere, die Lohnverhältnisse, kurz, unsere ganze gesellschaftliche Ordnung hat sich seither geändert. Trotzdem blieb aber unsere Waisenpflege, abgesehen von Neuerungen in sanitärer Hinsicht, so ziemlich beim alten. Die Frage „Anstalts- oder Familienpflege oder beides“ ist keineswegs noch von den hiezu Berufenen genügend erörtert oder gar der Lösung näher gebracht worden. Über die beste Art der Einrichtung zweckdienlicher Anstalten oder befriedigender Familienpflege, über die Erfordernisse in sanitärer und erziehlicher Hinsicht, über die Ob Sorge nach dem Austritte der Zöglinge aus der Anstalt gab es noch keine befriedigende Aussprache.

Für sieche, verkrüppelte fränke Wesen ist so viel wie gar nicht gesorgt; der Landesauschuß geht erst jetzt daran, sich mit dem projektierten Bau von zwei Kinderfiechenanstalten zu beschäftigen.

Schwachjinnige Kinder bleiben erst recht als „Trottel“ ohne jede Fürsorge; die zur Heilung solcher Fälle bestehende Anstalt ist teils unzureichend, teils zu teuer.

Verwahrloste Knaben und Mädchen, deren Behandlung ganz besondere Hingabe und Geduld erfordert, gelangten besten Falls in eine „Korrekptionsanstalt“, einer wo anders längst überholten Kasern- und Strafkolonieeinrichtung, welche sehr selten das gesteckte Ziel erreicht; viel öfters verfallen aber derartige Unglückliche, weil man ihnen keine Möglichkeit bietet, wieder umzukehren, vollständig dem Laster und vermehren den Bodensatz der menschlichen Gesellschaft.

Wir erinnern weiters an den Mangel von Lehrbuben, Knechten, Mägden, brauchbaren Dienstboten, da alles dem Zuge von der Scholle in die Stadt sich anschließt und niemand dafür sorgt, daß jene, die in erster Reihe dazu berufen wären, diese Dienststellen anzutreten, irgendwo fest einzuwurzeln in heimischer Scholle oder in Menschenherzen. Man läßt sie ein Opfer der Propaganda für alle möglichen zentrifugalen Kräfte gesellschaftlicher Ordnung werden. Diese frei beweglichen Elemente, keinem Boden angehörig, durch keine festen Familienbände innerhalb der Grenzen der Ordnung und des Gesetzes gehalten, schließen sich mit Kraft und Urmüchigkeit dem Heere der mit allen sozialen Einrichtungen Unzufriedenen an.

Es wird den von der Zentralstelle herauszugebenden Sonderchriften vorbehalten bleiben, über alle ange deuteten Verhältnisse ausführlicher zu werden. Die gründliche Klarlegung aller diesbezüglichen Fragen und die Ermägung aller zweckdienlichen Mittel wird die theoretischen Arbeiten der Zentralstelle bilden.

In praktischer Hinsicht wird sie nach dem Ziele streben, sämtliche verlassenen, verwaisten und verwahrlosten deutschen Kinder Böhmens in Erziehungsbeförderung zu übernehmen.

Sie wird zunächst daran gehen, die deutschen Bezirksvertretungen, denen der Haupteinfluß innerhalb der Zentralstelle gewahrt bleiben muß und von denen die große Mehrzahl auf dem Bezirksobmännertage in Trautenau (Herbst 1905) den Antrag unterstützte, eine gründliche Organisation der Waisensorge durchzuführen, zu bewegen, die Zentralstelle als maßgebendes Organ in den Waisensachen zu betrachten und sich als gründende Mitglieder der Zentralstelle in der Weise zu beteiligen, daß von den durch die Bezirksvertretung bewilligten Jahresbeiträgen drei Viertel direkt verwendet werden dürfen, während ein Viertel jährlich einem eigenen, unantastbaren Fonds zugeschlagen wird, der den Namen des Bezirks führt und dessen Zinsertragnisse ebenfalls nur für Kinder aus den stiftenden Bezirken verwendet werden dürfen. In ähnlicher Weise sollen sämtliche deutschen Gemeinden des Landes veranlaßt werden, der Zentralstelle als stiftende oder beitragende Mitglieder beizutreten, wogegen die Zentralstelle die Versorgung der den Gemeinden zur Last fallenden Waisen, der verlassenen und verwahrlosten Kinder übernehme.

Die in Böhmen bestehenden deutschen Anstalten für Waisenerziehung werden unter Klarlegung aller Gründe gebeten werden, der Zentralstelle als gründende Mitglieder anzugehören; der Zentralstelle stände ein direkter Einfluß auf die innere Verwaltung der Anstalten nicht zu. Die gegenseitigen besonderen Vereinbarungen würden feststellen, in welcher Weise die betreffenden Anstalten ihre verfügbaren Plätze in den Dienst der Zentralstelle stellen, wofür diese den Anstalten zum bestimmten Termine den Vorschlag machen würde, die in gesundheitlicher und geistiger Hinsicht für Anstalts-erziehung am besten geeigneten Zöglinge aufzunehmen und sich bestreben würde, diesen Anstalten zwecks Ausbau und Reform Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Zentralstelle würde sämtliche aus deutschen Anstalten nach vollendeter Schulpflicht austretenden Kinder in weitere Erziehung übernehmen, wodurch allein sie wohl auf das Entgegenkommen der Waisenanstalten rechnen darf.

Die in der Zentralstelle vereinigten Anstalten und Vereine würden in den Mitteilungen der Zentralstelle das einheitliche Organ erblicken für von ihnen zu behandelnde Fragen auf dem ganzen Gebiete der Kinderfürsorge.

Die von der Zentralstelle einzuberufenden größeren Versammlungen verfolgten ebenfalls den Zweck, Klarung in die ganze Reform zu bringen.

In ähnlicher Weise würde die Zentralstelle alle Kinderschutzvereine zu gemeinsamer Arbeit sammeln.

In jeder deutschen Gemeinde Böhmens gedenkt die Zentralstelle ein korrespondierendes Mitglied zu ernennen, bei dem die gesamten Waisensachen der Gemeinden in erster Instanz zentralisiert sind. Die bei diesem Mitgliede einlaufenden Gesuche werden der Zentralstelle übermittelt, welche die Weiterbehandlung besorgt. Die Gründung von Gemeindevaisenträtern und die Gewinnung des Anschlusses bereits wirkender an die Organisation wird eine weitere Aufgabe dieser Mitglieder sein.

Die Durchführung der Waisensorge geschieht vorläufig durch Unterbringung der Zöglinge in den bestehenden Anstalten und in Waisensiedlungen bei Pflegefamilien. Die Einrichtung neuer, zeitgemäßer Anstalten nach bewährten Systemen wird sofort erfolgen, sobald die Mittel hierzu ausreichen.

Die der Schule entwachsenen Jöglinge sollen bis zur eigenen Erwerbsfähigkeit weiter erzogen werden.

Die gesamten Arbeiten der Zentralstelle werden den einzelnen Sektionen überwiesen.

Vorläufig werden folgende Sektionen gegründet:

1. Werbesektion, Sammlungen und Subventionen;
2. Kasse;
3. Findelpflege, Krippen und Kinderbewahranstalten;
4. Damensektion;
5. Pflegestätten für Knaben;
6. Anstaltserziehung für Knaben;
7. Kinderschutz und Tagesheimstätten;
8. Nichtvollständige und Sieche;
9. Sittlich verwahrloste Knaben;
10. Lehrlinge;
11. Studienunterstützungen;
12. Pensionate und Ferienheime für Knaben;
13. Baulichkeiten;
14. Personal.

Die einzelnen Sektionen arbeiten selbständig unter dem Vorstehe eines Mitgliedes des Gesamtvorstandes. Das Arbeitsgebiet und die Art und Weise der Durchführung ihrer Arbeiten wird durch die Geschäftsordnung der Sektion bestimmt. Ein ganz besonders weites Tätigkeitsgebiet hat die

Damensektion

vor sich liegen, der alle schulentwachsenen Mädchen übergeben werden. Diese sind von der Damensektion zu Dienstmädchen verschiedener Kategorien heranzubilden. Die Damensektion wird sich hauptsächlich mit der Zentralisation aller diesem Zweck dienenden Anstalten und Korporationen befassen, Wirtschaftsschulen nach einheitlichen praktischen Systemen gründen, Frauenheime in Verbindung mit Dienstoffenschulen errichten; sie wird sich der verwahrlosten Mädchen annehmen; wird eines der reichsten Werke schaffen: die Altersversorgung aller von der Damensektion erzogenen deutschen Dienstofften; wird den Fragen der Erziehungsversicherung für bemittelte Kreise, der Heiratsvermittlung und Ausstattung von Mädchen, der weiteren Ausbildung einzelner zu höheren Frauenberufen, der Ausbildung von Mädchen für Krankenpflege und Samariterdienst, der Obforgen über alleinstehende Privatlehrerinnen, der Heranbildung von tüchtigen Pflegeeltern zur Findelpflege und anderen Fragen näher treten, über welche sich die Damensektion der Öffentlichkeit gegenüber des näheren noch aussprechen wird.

Die Reorganisation des Passiven, des Jöglings erfordert auch eine verbessernde Einflußnahme auf die Erziehenden. Wir denken dabei hauptsächlich an die durchzuführenden Reformgedanken bei der Erziehung in der Familie im allgemeinen und besonders jener, die sich in den Dienst der Findel- und Waisenpflege stellen, also auch der Lehrherren und jener Familien, die von uns ausgebildete Dienstmädchen übernehmen werden; vielleicht gelingt es uns, langsam das Bewußtsein dadurch zu erwecken, was diese Erziehung im allgemeinen gegenwärtig ist und was sie mit Rücksicht auf das Gemeinwohl sein sollte und den siegreichen Kampf aufzunehmen mit allen Feinden des Fortschrittes und den Verhinderern des „Über“fortschrittes.

Welche Flut von Schwierigkeiten strömt dahin zwischen dem diesseitigen Ufer des Wollens und dem jenseitigen des Erreichens. Wir haben das Ziel hoch angelegt — wo werden wir landen?

Der Glaube will uns nicht verlassen, daß das Werk gelingen wird. Das Gefühl der Hilfsbereitschaft gegen Kinderelend ist ja daheim in jeder Menschenbrust, im Palaste wie in der fahlen Stube des Armen. Wir wollen uns den Weg hineinbahnen in jedes Herz, und wenn ein tiefer Schmerz zum Wohltun drängen wird; wenn Übermaß des Glückes leise mahnen wird, mit einer milden Gabe die rächenden Grynien zu versöhnen: da werden wir mit unserer Bitte kommen. Und den Gleichgültigen, Teilnahmslosen werden wir erinnern an die Scharen der Krüppel, Siechen und Ausgestoßenen, die freudlos ihren Jammer durchs Leben schleppen müssen; wir werden ihn erinnern an die Tausende von Kindern, die in Fabrikräumen ihren Frohsinn lassen müssen und ihre Herzensfreude. Wir werden ihn erinnern an die Väter und Mütter, denen schwerer als die Todeskrankheit der Gedanke zu ertragen war: Was wird aus meinem Kinde werden? Wir werden ihn erinnern an die Kinder, die dem Messer wahnwitziger Peiniger verfielen — ertränkt wurden, vergiftet, verbrannt — im Stalle schlimmer als Tiere verhungerten — — — und nach der anderen Richtung hin werden wir ihm zeigen, wie jede Spende vieltausendgestaltig sich umwandeln kann in Menschenglück!

So geht denn unsere herzlichste Bitte hinaus an die gesamte deutsche Öffentlichkeit, unser Werk durch Mitarbeit und durch Beitritt zur Zentralstelle fördern zu helfen, auf daß es ein erneuter Beweis werde für Deutschböhmens inneren Wert.

Nicht versäumen möchten wir, zum Schlusse darauf hinzuweisen, daß wir den Rahmen unserer Organisation so weit gezogen haben, daß für sämtliche Bestrebungen, soweit sie Waisenpflege und Kinderschutz betreffen, Platz zur Wirksamkeit ist. Wenn wir dadurch eine noch weitere Zersplitterung der Arbeitskräfte und Geldmittel verhüten hätten, wäre das allein ein großer Gewinn. Daß sich auf dem Arbeitsfelde der Zentralstelle an eine utraquistische Organisation nicht einmal denken läßt, sondern daß sie in nationaler Hinsicht ausgesprochen einheitlich sein muß, wird jeder einsehen, der die Verhältnisse im Lande kennt. Eine große Befriedigung würde es uns gewähren, durch unsere Organisation auch auf tschechischer Seite zu einer durchgreifenden Reform in ähnlichem Sinne, wie wir es planen, angeregt zu haben. Nachdem wir weiters jeden Mitarbeiter in unseren Reihen auf das herzlichste begrüßen und ihm Gelegenheit bieten werden, unseren Zwecken förderliche Ideen auch zur Durchführung zu bringen, bitten wir die gesamte deutsche Öffentlichkeit, bei geplanten Neugründungen oder großen Aktionen im Sinne unserer Tätigkeit den Versuch zu machen, ihre Ziele durch die Zentralstelle zu erreichen. Wir bitten alle Menschenfreunde nochmals herzlich um Unterstützung und Mitarbeit.

Über die theoretischen Arbeiten der Zentralstelle gibt das vorliegende Jahrbuch Aufschluß. Was die praktische Tätigkeit anbelangt, heben wir hervor, daß seitens der Zentralstelle gegenwärtig 98 verwaiste Kinder vollständig erzogen werden. Diese sind untergebracht in den Ansiedlungen Trebnitz, Neudorf, Benesko, Ofegg, Soffental, sowie als Lehrlinge in den verschiedensten Gegenden Böhmens. Der Kassabericht wird den Mitgliedern und Förderern der Zentralstelle unentgeltlich zugesendet.

Die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag.

Am 28. Feber 1907 wurde über Anregung des Vizepräsidenten des k. k. Landesschulrates in Prag, Franz Zabusch, eine Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge ins Leben gerufen.

Dieselbe erklärte sich in der konstituierenden Versammlung für permanent, teilte sich über Antrag Dr. Titta's in zwei national getrennte Sektionen und betraute je ein engeres Komitee mit der Geschäftsführung.

Dem engeren Komitee der deutschen Sektion gehören gegenwärtig an:

Franz Zabusch, Vizepräsident des k. k. Landesschulrates, als Präsident,
Th. Dr. Wenzel Frind, Weihbischof und Dompropst des Metropolitan-Domkapitels bei St. Veit am Hradschin in Prag, als Vizepräsident,
Ph. Dr. Karl Stejskal, k. k. Landesschulinspektor in Prag, als ständiger Referent,

UDr. Maximilian Melnik, Landesadvokat in Prag, als Schriftführer,
Vinzenz von Geemen-Waldek, Großindustrieller in Prag, als Kassier,
UDr. Wenzel Graf Gleispach, k. k. Universitätsprofessor in Prag,
UDr. Eduard Prinz zu Liechtenstein, k. k. Bezirkshauptmann in Marienbad,

UDr. Friedrich Kaufmann, Präsident der Advokatenkammer in Prag,
MUDr. Theodor Altischul, k. k. Sanitätsrat in Prag,
MUDr. Josef Titta, praktischer Arzt in Trebnitz,
Friedrich Pegler, Landtagsabgeordneter, Oberlehrer in Reichenberg,
Julius Pohl, Bürgerchuldirektor in Smichow,
Ph. Dr. Richard Schubert, Redakteur der „Bohemia“ in Prag,
UDr. Wilhelm Mercy, Eigentümer des „Prager Tagblattes“ in Prag,
Siegmund Rann, kaiserl. Rat in Prag,
UDr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen in Aussig.

Alwin Köhler, Bezirksobmann in Aussig,
UDr. Alois Kluge, Bezirksobmann in Trautenau,
UDr. Karl Frengl, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter in Falkenau,
Franz Schiffner, Bezirksobmann in Haida,
UDr. Viktor Maczak von Ottenburg, Landesbankdirektor in Prag,
Lic. Th. Dr. Robert Bilchert, Pfarrer in Prag.

Die Landeskommission veröffentlichte zu Beginn ihrer Wirksamkeit nachfolgenden Aufruf an alle Bewohner Böhmens:

Während des letzten Jahrzehnts ist auch in unserem Vaterlande, dank der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und eines gesteigerten menschlichen Empfindens, das Wort lebendig geworden, daß Staat und Gesellschaft im eigensten Interesse die unabweisliche Pflicht haben, der Kinderfürsorge im weitesten Umfange eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, zumal überall mangels einer planmäßigen und großzügigen Gegenwirkung die Verwahrlosung der Jugend in steter und erschreckender Zunahme begriffen ist.

Und wenn es dem Staate vornehmlich obliegt, zunächst die nötigen Kinderschutz- und Jugendfürsorge-Gesetze und damit den Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte zu schaffen, so muß es die Gesellschaft heute als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, die Schäden vernachlässigter häuslicher Erziehung, wo immer es not tut, durch unmittelbares Eingreifen zu bessern.

Diese Erkenntnis hat sich spät Bahn gebrochen, doch, wie zu hoffen steht, nicht zu spät.

Denn schon im Feber 1907 hat sich unter dem Voritze des Vizepräsidenten des Landes Schulrates Franz Zabusch eine in zwei nationale Sektionen gegliederte Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge gebildet, die es sich zur Aufgabe stellt, alle in den Bereich des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge fallenden Bestrebungen nach gründlicher Erhebung und reiflicher Prüfung der obwaltenden Verhältnisse zu erörtern, sowie die nötigen Pflieg- und Erziehungsanstalten zu errichten und zu erhalten. Sie wird hiebei die bereits bestehenden Anstalten und Verbände in ihrem gemeinnützigen Tun willig unterstützen, wie sie andererseits auch auf deren Unterstützung rechnen zu können vermeint, und demnach ihre Wirksamkeit neben diesen Anstalten und Verbänden und auf sie aufbauend, keineswegs im Gegensatz zu ihnen ausüben.

Insbesondere aber hat es sich die Landeskommission zum Ziele gesetzt, nicht nur der Gefahr jugendlicher Verwahrlosung wirksam vorzubeugen, sondern auch in den schwierigen Kampf gegen die leider bereits vielfach bestehende körperliche und sittliche Verkommenheit der Jugend einzutreten. Sie beabsichtigt zu diesem Zwecke nach Zulaß der Mittel möglichst viele jener Fürsorgeheime (Besserungsanstalten) ins Leben zu rufen, die in erster Linie dazu bestimmt sind, verlassene, in ihrer Erziehung gefährdete oder vielleicht schon verwahrloste Kinder aufzunehmen, ihre natürliche und geistige Entwicklung zu fördern, sie zu redlicher Arbeit anzuhalten und dadurch zu brauchbaren Mitglieðern der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden.

Allein die Errichtung und Verwaltung der geplanten Pflieg- und Erziehungsanstalten und hier zunächst der Fürsorgeheime erfordert so reichliche Mittel, daß sie nur in gemeinsamem Zusammenwirken aller beteiligten Kreise aufgebracht werden können.

Die Kommission wendet sich daher vertrauensvoll an alle Gemeinden und Körperschaften des Landes sowie an alle einzelnen Männer und Frauen, deren Herz in edler Menschlichkeit erglüht, wenn es gilt, an einem großen gemeinnützigen Werke mitzuarbeiten, mit der dringlichen Bitte, durch Zuwendung hochherziger Spenden ihre Bestrebungen zu unterstützen, auf daß es möglich werde, schon im nächsten Jahre aus Anlaß der sechzigjährigen Jubelfeier unseres geliebten Kaisers den ersten verheißungsvollen Anfang merktätiger Kinderschutz zu machen.

Die Landeskommission hat sich die gesamte Jugendfürsorge zur Aufgabe gestellt. Um jedoch die Mittel nicht allzu sehr zu zersplittern, sollen zunächst Hülfsseinrichtungen für die verwahrloste Jugend geschaffen werden. Die verhältnismäßig kurze Tätigkeit der Landeskommission hat bereits die erfreulichsten Erfolge gezeitigt, indem ein Knabenfürsorgeheim in Ossegg eröffnet wurde; ein Mädchenfürsorgeheim in Oberleutensdorf befindet sich im Bau.

Die gesamte Waisenpflege wurde nach einer Vereinbarung mit dem engeren Komitee der deutschen Sektion der Landeskommission der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen überlassen.

In der Sitzung der Landeskommission am 6. Mai 1908 wurde das neue Organisationsstatut durchberaten, nach welchem die deutsche Sektion als selbständiger Verein unter den Namen „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag“ ins Leben getreten ist. Die Sitzungen der Landeskommission sind bereits durch die Statthalterei genehmigt werden.

Es wäre nur zu wünschen, daß die deutsche Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag die eifrigste Förderung

bei der Bevölkerung fände, damit sie recht bald an die Verwirklichung ihrer Ideen zum Wohle der hilfsbedürftigen Jugend schreiten könnte.

Tätigkeit des Landesauschusses für das Königreich Böhmen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge.

Seit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, Nr. 62 RGB., entfaltete der Landesauschuß als Verwaltungsbehörde des Landeswaisenfonds eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Nach der ganzen Anlage der Arbeiten und der Berufenheit des Landesauschusses zu einer umfassenden Regelung der Jugendfürsorgeangelegenheiten wäre zu erwarten gewesen, daß nun endlich alles auf dem richtigen Wege sei und daß seitens des Landesauschusses alle Grundlagen zu einer gesetzlichen Ordnung der gesamten Fragen würden geschaffen werden.

Doch zwei Umstände waren es, die das Werk ungünstig beeinflussten: das Provisorische des oben angeführten Reichsgesetzes und der Umstand, daß der Landeswaisenfond nicht national geteilt wurde.

Es ist gewiß nicht Aufgabe unseres Jahrbuches, Kritik an der Tätigkeit von Behörden oder Korporationen üben zu sollen; im Gegenteil: wir haben das Segensreiche aus den Arbeiten für den Kinderschutz überall aufzusuchen und zum Verständnis der Bevölkerung zu bringen. So ist es uns eine angenehme Pflicht, im nachfolgenden das Wichtigste aus der planvollen, zweckmäßigen Arbeit des Landesauschusses nach dessen eigenen Berichten zur Darstellung zu bringen.

Wir schalten bei dieser Betrachtung das nationale Moment vollständig aus, da dasselbe keine Berücksichtigung an anderer Stelle finden wird.

Das Referat über die Jugendfürsorge gehört in das Ressort des Departements IV des Landesauschusses. (Landesauschußbeisitzer R. Adamek.) Die von uns benützten Berichte des Landesauschusses sind Arbeiten des Landesauschußsekretärs Dr. Anton Tuma.

In der Sitzung vom 15. Juli 1902 hat der Landtag des Königreiches Böhmen einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen nähere Bestimmungen über die Verwendung der dem Königreiche Böhmen in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RGB. Nr. 62, überwiesenen Teile der Gebärungsüberschüsse der gemeinshaftlichen Waisenkassen erlassen werden; zugleich wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Der Landesauschuß wird beauftragt, auf Grund der bereits eingeleiteten Erhebungen zu erwägen, ob und welche Anstalten zum Zwecke der Pflege und Erziehung von armen Waisen sowie von verlassenen und verwahrlosten Kindern aus den Mitteln des Landeswaisenfondes zu errichten wären, oder ob etwa mit den Verwaltungen von bestehenden, ähnliche oder verwandte Zwecke verfolgenden Anstalten dahin zu verhandeln wäre, daß dieselben mit einer Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde und bei angemessener Ingerenz des Landesauschusses ihre Tätigkeit entsprechend erweitern, ferner mit den betreffenden autonomen Korporationen Verhandlungen wegen Errichtung und Erhaltung solcher Anstalten einzuleiten und in der nächsten Landtagsession Bericht samt entsprechenden Anträgen darüber zu erstatten.

II. Der Landesauschuß wird beauftragt, nach durchgeführter gesetzlicher Regelung der öffentlichen Armenpflege im Königreiche Böhmen dafür Sorge

zu tragen, daß die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes mit der zukünftigen Organisation der öffentlichen Armenpflege, welche durch das Armengesetz, dessen Reform in Verhandlung steht, durchgeführt werden wird, in Einklang gebracht werden.

III. Der Landesausschuß wird beauftragt, mit der k. k. Regierung darüber zu verhandeln, daß die Gebahrungsüberschüsse der im Königreiche Böhmen befindlichen gemeinschaftlichen Waisenkassen überhaupt dem Königreiche Böhmen übergeben, eventuell daß dem Königreiche Böhmen mindestens nach dem Jahre 1910, mithin auch für die weitere Zeit wenigstens Teile der Gebahrungsüberschüsse der im Königreiche Böhmen befindlichen gemeinschaftlichen Waisenkassen für die mit dem Gesetze vom 3. Juni 1901, Nr. 62 RGB., festgesetzten Zwecke zugewiesen werden."

Der erwähnte Gesetzentwurf erhielt mit Allerhöchster Entschliesung vom 29. Oktober 1902 die Sanktion und dieses Gesetz wurde sodann im Landesgesetzblatte desselben Jahres unter Nr. 78 kundgemacht.

Der oben unter III angeführte Beschluß des hohen Landtages wurde der k. k. Regierung mitgeteilt, wobei auf die Unerläßlichkeit der Durchführung desselben hauptsächlich aus dem Grunde hingewiesen wurde, weil die dem Königreiche Böhmen überwiesenen Teile der Gebahrungsüberschüsse der Waisenkassen bei weitem nicht ausreichen, um sämtliche Mängel der öffentlichen Fürsorge für die arme, verwaiste und verlassene Jugend in bedeutenderem Maße zu beseitigen.

Nebstdem wurde noch besonders hervorgehoben, daß die Überweisung jener Gebahrungsüberschüsse einstweilen bloß auf die Dauer von 10 Jahren an das Königreich Böhmen die Hauptursache des Umstandes ist, daß bei der Durchführung der Aktion des Landeswaisenfondes die Einführung von Institutionen und Maßnahmen dauernder Natur nicht in Angriff genommen werden kann, sondern daß infolgedessen notwendigerweise nur Vorkehrungen provisorischer Natur ins Leben gerufen werden müssen, was nicht wenig einer zweckmäßigen Regelung der Waisenfürsorge mit Hülfe dieser Überschüsse zum Nachteile gereicht.

In Erledigung dieser Eingabe eröffnete das k. k. Ministerium des Innern im Einverständnisse mit dem k. k. Justizministerium mit dem Erlasse vom 25. April 1903, Z. 16.788, daß in Anbetracht des Umstandes, daß die Frage der Verwendung der erwähnten Gebahrungsüberschüsse für den Zeitraum bis zum Jahre 1910 durch das Gesetz vom 3. Juni 1901, Nr. 62 RGB., endgültig geregelt erscheint, die Zuweisung sämtlicher Gebahrungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen zu dem oben angedeuteten Zwecke zum Gegenstande einer Verhandlung mit der Regierung nicht gemacht werden kann.

Was diese Regelung für die Zeit nach dem Jahre 1910 anbelangt, bemerkte das Ministerium, daß diese Zeit noch in weiter Ferne liege und die bisher gemachten Erfahrungen noch zu gering seien, um bereits jetzt von der Regierung einen Aktionsplan festsetzen zu können.

Inzwischen wurde mit dem Justiz- und Finanzministerium im Einverständnisse mit dem Obersten Rechnungshofe die Art und Weise vereinbart, in welcher die einzelnen Waisenkassen die betreffenden Teile der Gebahrungsüberschüsse dem Königreiche Böhmen in Abfuhr zu bringen haben.

Dieser Modus wurde mit der Verordnung des genannten Ministeriums vom 30. Oktober 1902 ZMBB. Nr. 48, näher bestimmt, mit welcher die Frist zur Abfuhr der auf die Jahre 1901 und 1902 entfallenden Beträge bis

Ende Dezember 1902, der auf die Jahre 1903 bis 1910 entfallenden Beträge längstens bis zum 20. Oktober des betreffenden Jahres festgesetzt wurde.

In Gemäßheit dieser Verordnung wurden bisher von den gemeinschaftlichen Waisenkassen im Königreiche Böhmen die Gebarungsüberschußquoten im Wege der Postsparkassa an die kgl. böhm. Landeskasse in Abfuhr gebracht.

Nach einer zweijährigen Praxis gelangte jedoch der Landesausschuß zur Überzeugung, daß der Postsparkassenverkehr für den Landeswaisenfond von keinem besonderen Nutzen sei, und daß es vorteilhafter wäre, wenn die gemeinschaftlichen Waisenkassen diese Gelder direkt an die kgl. böhm. Landeskasse senden würden; er faßte daher den Beschluß, das Scheckkonto des Landeswaisenfondes aufzulassen und das genannte Ministerium zu ersuchen, in dieser Richtung die nötigen Weisungen zu erlassen.

In Entsprechung dieses Beschlusses änderte das Justizministerium die frühere Verordnung mit Erlaß vom 20. Jänner 1905, Z. 22.973/04, dahin ab, daß vom Jahre 1905 ab die dem Königreiche Böhmen zugewiesenen Überschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen direkt an die kgl. böhm. Landeskasse mittelst Postanweisungen oder Geldbriefe u. zw. nach Artikel VIII des Gesetzes vom 2. Oktober 1865 Nr. 108 RGW. respektive gemäß Verordnung des Handelsministeriums vom 31. August 1884, Nr. 147 RGW., portofrei und nach Abzug sonstiger vielleicht erwachsener Postauslagen abzuführen sind.

Da die Durchführung des bezüglichen Landesgesetzes aus begreiflichen Gründen sofort nach dessen Kundmachung seinem ganzen Umfange nach nicht ins Leben gerufen werden konnte, war es auch nicht möglich, sofort die der kgl. böhm. Landeskasse abgeführten Teile der Gebarungsüberschüsse ihrem geziellich bestimmten Zwecke zuzuführen, und es mußten daher diese Gelder in geeigneter Weise angelegt werden.

Zu diesem Behufe trat der Landesausschuß mit einigen Geldinstituten in Verhandlungen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zinsfuße sie bereit wären, die unverwendeten Teile des Landeswaisenfondes aufzunehmen.

Diese Verhandlungen führten zur Annahme des Anbotes der Landesbank des Königreiches Böhmen, welche sich bereit erklärte, Einlagen für Rechnung des Landeswaisenfondes entgegenzunehmen und dieselben mit einem um $\frac{1}{4}\%$ niedrigeren Zinsfuß als der jeweilig gültige Eskomptfuß der Österreichischen-Ungarischen Bank beträgt, jedoch höchstens mit $4\frac{1}{4}\%$ zu verzinsen.

Gegenwärtig gewährt die Landesbank eine Verzinsung von $3\frac{1}{4}\%$.

Die von den Waisenkassen in Abfuhr gebrachten Teile der Gebarungsüberschüsse werden immer sofort bei der Landesbank angelegt, welche der kgl. böhm. Landeskasse gegen Vorlage der diesbezüglichen Anweisungsdekrete des Landesausschusses und der üblichen Amtsbestätigungen die zur Bestreitung der laufenden Auslagen nötigen Geldbeträge aus den in laufende Rechnung genommenen Einlagen des Landeswaisenfondes auszahlt.

Noch vor der Kundmachung des zitierten Landesgesetzes wurden die vom statistischen Landesbureau über die Zahl der armen verwaisenen, verlassenen und sittlich verwahrlosten Kinder im schulpflichtigen Alter gepflogenen Erhebungen zum Abschlusse gebracht.

Nach den darin enthaltenen Angaben befanden sich im Königreiche Böhmen mit Ende des Jahres 1902 im ganzen 26.918 arme verwaisene, verlassene und sittlich verwahrloste schulpflichtige Kinder u. zw. 19.214 Kinder böhmischer und 7704 Kinder deutscher Muttersprache.

Wird in Erwägung gezogen, daß in dieser Zusammenstellung Kinder im Alter bis zu 6 Jahren und vom 14. bis zum 18. Lebensjahre nicht enthalten sind, so ist zu ersehen, daß die Mittel des Landeswaisenfondes bei weitem nicht ausreichen, um damit in ausgiebigem Maße zur Verbesserung der Erziehung und Versorgung aller armen verwaisten, verlassenen und sittlich verwahrlosten Kinder beizutragen, selbst wenn man zugibt, daß in der oben angeführten Kinderanzahl auch viele Kinder mitinbegriffen sind, welche allen zur Erlangung eines Erziehungsbeitrages aus dem Landeswaisenfonde notwendigen Bedingungen nicht entsprechen.

Diese Rücksicht auf die finanzielle Kraft des Landeswaisenfondes einerseits und auf die Zahl der Kinder andererseits, welche die Hülfe und Unterstützung desselben in Anspruch nehmen, sowie das Bestreben, in den Grenzen der vorhandenen Mittel aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit einer so möglich größten Zahl der Kinder, um welche es sich handelt, eine verbesserte Pflege angeheißen zu lassen, und die Tätigkeit des Fondes mit der bisherigen Entwicklung und Organisation der öffentlichen und privaten Fürsorge für die arme verwaiste, verlassene u. verwahrloste Jugend in Einklang zu bringen, dienten dem Landesauschusse als Wegweiser bei der Durchführung des zitierten Landesgesetzes, dessen Bestimmungen der Administrative genügende Freiheit lassen, um diese Frage unter Rücksichtnahme auf deren Kompliziertheit und Umfang im Rahmen der gesamten Armenfürsorge in einer der Verschiedenheit der sich ändernden Bedürfnisse und Verhältnisse entsprechenden Weise zu lösen.

Dieser Standpunkt des Gesetzes ist vor allem in der Lösung der Frage ersichtlich, ob die aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder der Pflege ordentlicher Pflegeeltern oder Anstalten (Waisenhäusern u. dgl.) anzuvertrauen sind, welche das Gesetz durch die Festsetzung der allgemeinen Bestimmung regelt, daß körperlich und geistig gesunde und sittlich unverdorbene Kinder in der Regel in Familienpflege zu geben sind, soweit allerdings eine entsprechende Anzahl rechthaffener und gewissenhafter Pflegeeltern vorhanden ist, während sonst die Versorgung und Erziehung in geeigneten Anstalten einzutreten hat; dem Landesauschusse bleibt es vorbehalten, unter Berücksichtigung der persönlichen und Familienverhältnisse sowie der Bedürfnisse des Kindes und sonstiger gewichtiger Umstände von Fall zu Fall zu bestimmen, welche Form in Anwendung zu kommen hat.

Das Gesetz schließt also weder die eine noch die andere Form aus, indem es darauf Bedacht nimmt, daß sich beide Formen verbinden und gegenseitig ergänzen.

Nach Maßgabe dieser gesetzlichen Vorschriften und deren Intentionen stellte der Landesauschuß an sämtliche ihm bekannte Anstalten im Königreiche Böhmen, welche sich mit der Fürsorge für die arme verwaiste, verlassene und verwahrloste Jugend befassen, die Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit wären, aus dem Landeswaisenfonde unterstützte Kinder in Pflege zu nehmen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß fast sämtliche Anstalten ihre Bereitwilligkeit erklärten, eine bestimmte Anzahl von Zöglingen um die vereinbarten Beiträge aus dem Landeswaisenfonde in Pflege zu nehmen.

Die Entscheidung darüber, welche Kinder auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes zu versorgen seien, ist im Sinne des Gesetzes dem Landesauschusse vorbehalten.

Die Zahl derartiger Anstalten betrug Ende März 1905 im ganzen 69 u. zw. 9 Fachanstalten, bestimmt zur Verpflegung und Erziehung taubstummer,

blinder, schwachsinziger und sittlich verwahrloster und fieber Kinder, und 60 Waisenhäuser und ähnliche Anstalten, welche sich die Erziehung und Unterbringung körperlich und geistig gesunder Kinder zur Aufgabe gesetzt haben.*)"

Auf Grund der diesbezüglichen Vereinbarungen können in diesen Anstalten im ganzen 754 Kinder um einen Jahresgesamtaufwand von 217.130 K 10 h untergebracht werden.

Darnach würde der auf einen Bögling kommende durchschnittliche Aufwand K 287·97 jährlich oder 78·8 h täglich betragen.

Auf diese Weise wurde die Tätigkeit dieser Anstalten zweckentsprechend unterstützt und denselben ermöglicht, ihren Wirkungskreis entsprechend zu erweitern und zu vervollkommen und — wo dies nötig — ihre innere Verwaltung, Führung und Einrichtung zu verbessern und so umzuändern, damit sie den vom pädagogischen und sanitären Standpunkte gestellten notwendigen Anforderungen entsprechen.

Die Mehrzahl dieser (Bezirks-, Gemeinde- und Vereins-) Anstalten gewähren ihren Böglingen nur Wohnung, Kost und Kleidung, sowie auch die häusliche Aufsicht und Erziehung, während die nötige Schulerziehung ihnen, soweit sich dieselben im schulpflichtigen Alter befinden, an den am Sitze dieser Anstalten errichteten zuständigen Schulen beigebracht wird.

Nur die Fachanstalten und einige Waisenhäuser (in Klöstern) sind gleichzeitig mit Schulen verbunden, welche von den Böglingen besucht werden.

Die nötige Aufsicht über die Erziehung der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder geschieht einstweilen in der Weise, daß diese Anstalten dem Landesauschusse vierteljährliche Berichte über alle persönlichen Verhältnisse der Kinder vorlegen, insbesondere über deren Fortschritte in der Schule, deren sittliches Betragen, Gesundheitszustand u. dgl.

Zu demselben Zwecke werden ferner beim Landesauschuß Evidenz-Bemerkungen über sämtliche aus dem Fonde unterstützten Kinder geführt u. zw.:

1. ein Personen-Blattkataster, welcher nach dem Alphabete über die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Kinder geführt wird;

2. ein Blatt-Kataster enthaltend die Anstalten, deren Pflege die Kinder anvertraut sind, und

3. ein Blatt-Kataster enthaltend die Bezirke, beziehungsweise Gemeinden, deren Angehörige Unterstützungen aus dem Landeswaisenfonde genießen.

Dieser Kataster ist insolgedessen, daß er ein klares und allseitiges Bild über den Stand und Umfang der gesamten Tätigkeit des Fondes bietet, für die Fondsverwaltung ein wichtiges Hilfsmittel bei der Besorgung der betreffenden Agenda und ermöglicht es insbesondere bei der Gewährung von Unterstützungen gerecht und unter gleichmäßiger Berechnung der Kinder aus allen Bezirken des Königreiches Böhmen vorzugehen.

Außerdem werden bei der tgl. böhmischen Landesbuchhaltung noch nachstehende zwei Kataster geführt:

1. ein Blatt-Kataster über die in Anstalten untergebrachten Kinder (nach Anstalten geordnet) und

2. ein Blatt-Kataster über die in Familien erzogenen Kinder (nach Bezirksvertretungen geordnet).

Diese Kataster dienen einerseits als Hilfsmittel bei der Prüfung der von den Anstalten und allen Bezirksauschüssen vierteljährig vorgelegten

*) Diese Zusammenstellung des Landesauschusses ist sehr unvollständig!

Liquidationen, anderseits zur Lieferung von statistischen Ausweisen (für den Voranschlag) und zur Erstattung von verschiedenen Berichten und Äußerungen des Landesauschusses in Angelegenheiten, die sowohl die Verrechnung als auch die Verwaltung betreffen.

Nach § 12 des Landesgesetzes vom 29. Oktober 1902, LGB. Nr. 78, haben auch die Bezirksauschüsse darauf zu achten, daß die aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder ordentlich erzogen werden, was weiter unten ausführlicher erörtert wird.

Außerdem wird diese Aufsicht, soweit es notwendig ist, auch vom Landesauschusse selbst durch seine eigenen Organe ausgeübt.

Laut Ergebnisses der bereits durchgeführten Revisionen entsprechen diese Anstalten größtenteils ihren Aufgaben und eignen sich dazu, daß ihrer Pflege Kinder auf Kosten des Waisenfondes anvertraut werden.

Die hier und da vorgefundenen Mängel, wie z. B. insbesondere ungenügende Lokalitäten, zu wenig Sorgfalt bei der Erziehung, unpraktische Einrichtungen u. dgl. wurden auf entsprechende Weisungen hin beseitigt.

Bei den Fachanstalten wurde seitens des Landesauschusses dahin gewirkt, daß eine größere Sorgfalt als bisher auf die praktische Ausbildung der Pfleglinge in verschiedenen Handwerksarbeiten, wodurch dieselben in Stand gesetzt würden, späterhin das Brot sich selbst zu verdienen, verwendet werde.

Zur Errichtung neuer Anstalten wurden bis jetzt aus dem Landeswaisenfonde grundsätzlich weder Subventionen noch unverzinsliche Darlehen gewährt.

Der Landesauschuß unterstützte die Errichtung neuer Waisenhäuser und ähnlicher Anstalten indirekt auf die Art, daß den betreffenden Faktoren (Bezirken, Gemeinden, Vereinen), welche die Errichtung einer Anstalt beabsichtigten, das Versprechen gegeben wurde, im Falle der tatsächlichen Errichtung der Anstalt, der Pflege derselben eine angemessene Anzahl von aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kindern anzuvertrauen.

Außerdem werden den betreffenden Faktoren über Ansuchen Musterpläne für ein Waisenhaus für 30 bis 35 Kinder, welche der Landesauschuß zu diesem Zwecke von der technischen Abteilung ausarbeiten ließ, zur Verfügung gestellt.

Auf diese Weise kam es, beziehungsweise kommt es zur Errichtung von Waisenhäusern in einigen Bezirken und Gemeinden des Königreiches Böhmen (wie z. B. in Pardubitz, Wies, Blatna, Hlinsko, Kladno und anderen); der Landesauschuß hegt die Hoffnung, daß durch dieses gegenseitige Zusammenwirken des Landeswaisenfondes und der betreffenden autonomen und humanitären Korporationen das Waisenhäuser-Netz die entsprechende Ergänzung finden wird, ohne daß es notwendig wäre, für den Bau der bezüglichen Anstalten Subvention oder unverzinsliche Darlehen aus dem Landeswaisenfonde zu gewähren, dessen Mittel dann umsomehr auf den eigentlichen Zweck desselben, das ist auf die Gewährung von Erziehungsbeiträgen für einzelne Kinder werden verwendet werden können.

Was die Fachanstalten betrifft, so macht sich, wie bereits in den Motiven des Gesetzes erwähnt, insbesondere das Bedürfnis eines Kindererziehungsheuses fühlbar, in welchem die mit unheilbaren Gebrechen oder Krankheiten behafteten und deshalb von der Aufnahme in ein Krankenhaus ausgeschlossenen Kinder die erforderliche Verpflegung und Erziehung finden würden.

Trotz der großen Zahl solcher einer Anstaltspflege höchst bedürftiger armen Kinder besteht hierzulande bisher keine einzige diesem Zwecke dienende Anstalt.

In letzter Zeit wurden bezüglich der Errichtung einer solchen Anstalt mit dem tschechischen Landeshilfsverein für Lungenkranke Verhandlungen eingeleitet, welche bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind.

Es ist im höchsten Grade wünschenswert, daß es mit Unterstützung des Landeswaisenfondes beziehungsweise auch des Landes in der nächsten Zeit zur Errichtung einer solchen Anstalt kommt.

Dasselbe gilt in gleichem Maße von einer Anstalt für mit Epileptie (Fallsucht) behaftete Kinder, für welche gleichfalls im Königreiche Böhmen keine Anstalt besteht.

In einigen Anstalten konnten bis jetzt alle für die aus dem Waisenfonde unterstützten Kinder vorbehaltenen Plätze aus dem Grunde nicht besetzt werden, weil aus den betreffenden Bezirken, in welchen sich die Anstalten befinden und für welche diese Plätze in erster Reihe bestimmt sind, bezügliche Anträge bis jetzt nicht vorgelegt wurden.

Aus dem beiliegenden Ausweise ist zu ersehen, daß die den einzelnen Anstalten für die Verpflegung eines Kindes pro Tag gewährten Erziehungsbeiträge sehr verschieden sind, indem sie zwischen 45 h bis 90 h variieren, und bei Fachanstalten sogar die Höhe von 1 K 65 h erreichen.

Diese Unterschiede sind so bedeutend, daß man sie größtenteils weder mit der Verschiedenheit der Bedürfnisse der Pfléglinge noch mit den verschiedenen Verhältnissen jener Orte, in welchen sich die Anstalten befinden, rechtfertigen kann.

Behufs Beseitigung dieser Unterschiede wurden vom Landesauschusse mit den Anstalten, in welchen die Erziehungsbeiträge den Betrag von 80 h oder auch mehr erreichen, diesbezüglich Verhandlungen und Erhebungen zu dem Zwecke eingeleitet, um diese Gebühren entsprechend herabzusetzen.

Durch diese bereits in kurzer Zeit durchgeführte Regelung wird man es zugleich erreichen, daß mit Unterstützung des Fonds eine größere Zahl von Kindern als bisher wird versorgt werden können.

Aus den oben angeführten Berechnungen geht hervor, daß, solange die Zahl der Waisenhäuser nicht entsprechend vermehrt wird, die zur Erziehung von Kindern in Anstalten gewährten Beiträge den alljährlich aus dem Landeswaisenfonde zu diesem Zwecke disponiblen Betrag selbst in dem Falle nicht erschöpfen würden, wenn alle in diesen Anstalten für die aus dem Waisenfonde unterstützten Kinder vorbehaltenen Plätze besetzt wären.

Außerdem wäre es — wie bereits oben dargelegt wurde — weder zweckmäßig noch vorteilhaft, die Wirksamkeit des Waisenfonds auf die Erziehung und Verpflegung von Kindern in Anstalten zu beschränken, weil bei ausschließlicher Anwendung dieser kostspieligeren Erziehungsart es ohne maßgebende Gründe erschwert würde, der größtmöglichen Anzahl von verwaiseten, verlassenen und verwahrlosten armen Kindern eine bessere Erziehung mit Unterstützung des Landesfonds angedeihen zu lassen.

Denn auch ohne Berücksichtigung jener Fälle, wo auch für ganz verwaisete Kinder ordentliche und gewissenhafte Pflegeeltern gefunden werden, welche denselben gegen einen verhältnismäßig geringen Beitrag genügenden Unterhalt und die erforderliche häusliche Erziehung gewähren und so die kostspielige Erziehung und Verpflegung in den Anstalten ersetzen, ist in Betracht zu ziehen, daß es insbesondere von großem Vorteile ist, die Familienpflege bei den halbverwaiseten Kindern anzuwenden, da dieselben aus an der Hand liegenden Gründen in

der Regel in der Pflege ihrer Mütter, Väter oder Verwandten belassen werden können.

Auch läßt sich nicht leugnen, daß die Kinder auf diese Weise für ihren künftigen Lebenslauf in der Regel zweckmäßiger erzogen werden, indem sich dieselben auf ihren künftigen Beruf und auf die Verhältnisse, in denen sie einmal leben und selbständig wirken sollen, allmählich gewöhnen, während bei der Waisenhauspflege der Übergang aus der Anstalt in das praktische Leben oft beschwerlich und unnatürlich zu sein pflegt.

Aber auch den Geboten der Gerechtigkeit und des öffentlichen Interesses wird besser und zweckmäßiger dadurch entsprochen, daß man den armen verwaisten Kindern wenigstens eine solche Verpflegung und Erziehung, welcher die Kinder ordentlicher vom Tagelohne lebender Eltern teilhaftig sind, angedeihen läßt, falls auf diese Weise bei den verfügbaren Mitteln eine größere Anzahl von Kindern vor Not, körperlichem und geistigem Verderben geschützt wird, als wenn man einer bei weitem geringeren Anzahl von Kindern eine bequemere und vielleicht auch bessere Anstaltspflege gewähren würde, während anderseits der Rest der Kinder wegen Mangels an Mitteln seinem herben Schicksale und dem drohenden Verderben preisgegeben werden müßte.

In Anbetracht dieser Umstände und der oben erwähnten Bestimmungen und Intentionen des Gesetzes fand es der Landesauschuß für zweckmäßig und notwendig, auch die Familienpflege (Verpflegung bei Pflegeeltern), bei welcher nach den bisherigen Erfahrungen bei Beobachtung gewisser Kautelen insbesondere einer wirksamen Beaufsichtigung und einer sorgfältigen Auswahl der Pflegeeltern mit verhältnismäßig geringem Aufwande gute Ergebnisse und Erfolge erzielt wurden, besonders in jenen Bezirken einzuführen, in welchen bis jetzt keine Waisenhäuser bestehen.

Dabei handelte es sich nur darum, auf welche Art und Weise die Verpflegung bei Pflegeeltern zu organisieren wäre.

Die Familienpflege war schon früher bei den Findlingen, das ist bei den unehelichen in der Landesgebäranstalt geborenen Kindern eingeführt, deren Verpflegung und Erziehung auf Landeskosten bis zum 6. (beziehungsweise 4.) Lebensjahre Pflegeeltern auf dem Lande anvertraut wird.

Es war daher zu erwägen, ob die Familienpflege der verwaiste Kinder nicht unter Mitwirkung der Landesfindelanstalt durchgeführt werden sollten.

Im Laufe der zu diesem Zwecke eingeleiteten Erhebungen und Verhandlungen zeigte es sich, daß die Durchführung der Waisenpflege bei Pflegeeltern unter Mitwirkung oder durch Vermittlung des Landesfindelhauses dieser Erziehungsart auf Kosten des Waisenhauses nicht zum Vorteile gereichen würde.

Denn ganz abgesehen davon, daß diese Mitwirkung nur auf die gewesenen Findlinge, somit nur auf einen geringen Teil der Kinder, für welche der Landeswaisenfond bestimmt ist, sich beziehen könnte, liegt der Grund dafür vor allem in der allzugroßen Entfernung der Findelanstalt von den außerhalb des Zentrums des Königreiches Böhmen liegenden Gemeinden und Bezirken, welche einer zweckmäßigen und genauen Durchführung der bei der Familienpflege erforderlichen Funktionen zum Nachteile wäre, indem durch die große Entfernung insbesondere die Auffindung verlässlicher Pflegeeltern, die Aufsicht über dieselben, die Auszahlung der Erziehungsbeiträge u. dgl. erschwert würde.

Hiezu tritt noch der weitere Umstand, daß die jetzige Art der Findelpflege, welche größtenteils auf bereits veralteten und unpraktischen Bestim-

mungen und Einrichtungen beruht, verschiedene Mängel aufweist, welche insbesondere dadurch erhöht werden, daß die Pflegeeltern der aus dem Waisenfonde unterstützten Kinder zum großen Teil eine andere Qualifikation als die Pflegeeltern, welchen Findlinge anvertraut werden, ausweisen müssen, denn die Findlinge werden der Pflege derselben bald nach der Geburt übergeben, so daß die Auswahl der Pflegeeltern hauptsächlich dadurch beschränkt ist, daß die Pflegemütter die physische Fähigkeit zum Stillen haben müssen. Durch diese Bedingung werden die übrigen Eigenschaften, durch welche die Pflegeeltern ihre Fähigkeit zur gewissenhaften Erfüllung der zu übernehmenden Aufgaben nachweisen sollen, weit in den Hintergrund gedrängt. — Dieser Anstand wird jedoch bei den aus dem Waisenfonde unterstützten Kindern in der Regel nicht vorliegen.

Die unter Mitwirkung des Findelhauses durchgeführte Familienpflege wäre somit allzu kompliziert, unpraktisch und dabei noch verhältnismäßig kostspielig.

Man muß daher eine andere Art der Organisierung der Familienpflege in Erwägung ziehen und entsprechende Organe ermitteln, welche der Fondsverwaltung bei der Besorgung der betreffenden Agenda, insbesondere soweit es sich um die Auffindung ordentlicher Pflegeeltern, die Aufsicht über dieselben und die Auszahlung der Erziehungsbeiträge handelt, besser und mit größerem Erfolge behülflich sein könnten.

Und als solche Organe wurden die Bezirksausschüsse erkannt, welche nicht nur die volle Eignung sondern auch die gesetzliche Verpflichtung zur Besorgung dieser Aufgaben haben.

Denn bereits auf Grund des Armengesetzes (§§ 25, 27 und 35) wird es den Bezirksvertretungen zur Pflicht gemacht, sich, wenn auch nicht finanziell, so doch wenigstens administrativ in größerem Maße als bisher an der Fürsorge um arme, verwaiste, verlassene, verwahrloste und auf öffentliche Unterstützungen verwiesene Kinder, somit auch an der Fürsorge um aus dem Waisenfonde unterstützte Kinder, dessen Aufgabe die Verbesserung dieses wichtigen Zweiges der Armenpflege ist, zu beteiligen.

Diese Verpflichtung wird denselben außerdem auch durch die Bestimmung des § 12 des zitierten Gesetzes über die Verwendung des Waisenfondes auferlegt, welcher § die Bestimmung enthält, daß die Aufsicht darüber, daß die zur Gänze oder teilweise auf Kosten des Landeswaisenfondes gepflegten Kinder ordentlich erzogen werden, der Landesauschuß ausübt und zwar teils durch seine eigenen Organe, teils durch Vermittlung der Bezirks- und Gemeindevertretungen, denen es obliegt, den Landesauschuß in der Durchführung dieser Aufgaben zu unterstützen.

Zur Ausführung dieser Aufgabe macht die Bezirksausschüsse unter anderem insbesondere geeignet, einerseits der Umstand, daß sie mit dem erforderlichen Beamten- und Sanitätspersonal (Distriktsärzte) versehen sind, mit Hilfe dessen sie in ihrem nicht großen Territorium die oben erwähnten Funktionen leicht und verläßlich besorgen können, andererseits auch schon ihre Zusammenfassung selbst, welche eine derartige ist, daß das erwünschte Verständnis für die ordentliche Besorgung dieses wichtigen Zweiges der Armenpflege bei ihnen vorausgesetzt werden kann.

In Anbetracht dieser Umstände sowie in Erwägung dessen, daß es nur unter Mitwirkung der Bezirke ermöglicht wird, Erziehungsbeiträge Kindern aus allen Bezirken des Königreiches Böhmen und zwar denjenigen, welche diese Unterstützung am meisten benötigen, gleichmäßig und gerecht zu erteilen, beschloß der Landesauschuß, diesen Zweig der Landeswaisenfondsverwaltung auf die Art zu regeln, daß dieselbe unter Mit-

wirkung aller Bezirksausschüsse besorgt werde, in der Erwartung, daß die Bezirke diese Aufgabe um so eher übernehmen werden, weil dieselben dadurch, daß die Erziehungsbeiträge einer angemessenen Anzahl von Kindern aus jedem Bezirke gewährt werden, der aus diesem Fonde entspringenden Wohltat teilhaftig werden.

Unter diesen Verhältnissen bestand im weiteren der Vorgang bei der Beforgung dieses Zweiges der Waisenpflege darin, daß der Landesausschuß bei Erledigung der aus den einzelnen Bezirken einlangenden Gesuche auf Grund des von den bezüglichen Bezirksausschüssen im Einverständnisse mit den zuständigen k. k. Gerichten als Vormundschaftsbehörden gestellten Anträgen für die aus den Gemeinden seiner Bezirke stammenden Kinder Erziehungsbeiträge bewilligte, wobei die verfügbaren Mittel des Landeswaisenfondes, die Anzahl der in dem bezüglichen Bezirke befindlichen verwaiseten, verlassenen und verwahrlosten Kinder, die Ausdehnung und die Population des Bezirkes, dessen wirtschaftliche und andere maßgebende Verhältnisse in Betracht gezogen wurden.

Die bewilligten Erziehungsbeiträge werden den Pflegeeltern aus der Bezirkskassa monatlich ausbezahlt, die Liquidationen über die ausbezahlten Beiträge legen die Bezirksausschüsse dem Landesausschusse vierteljährig vor.

Damit die mehrerwähnte Mitwirkung der Bezirksausschüsse beziehungsweise der Gemeindevorstände auch den gewünschten Erfolg hätte, gab der Landesausschuß auf Grund des § 13 des bezüglichen Landesgesetzes für diese Organe eine besondere „Instruktion“ (Landesausschusserlaß vom 16 März 1904 Z. 22.925) heraus, welche ausführliche Bestimmungen über die denselben diesbezüglich auferlegten Pflichten und Funktionen enthält.

Im Sinne dieser Instruktion haben die erwähnten Organe insbesondere bei der Vorlage der Gesuche um Gewährung von Erziehungsbeiträgen, bei der Auffindung geeigneter und gewissenhafter Pflegeeltern mitzuwirken, ferner obliegt ihnen die Evidenzhaltung der in ihrem Bereiche aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder, die Auszahlung der Erziehungsbeiträge an die Pflegeeltern, die Überwachung der Pflegeeltern und der Erziehung der denselben anvertrauten Kinder, wobei den gedachten Organen zur Pflicht gemacht ist, dem Landesausschusse diesbezüglich Berichte und Anträge vorzulegen und alle für die weitere Auszahlung oder die Einstellung der bewilligten Beiträge wichtige Umstände und Tatsachen anzuzeigen.

Als Legitimationsurkunde für das aus dem Waisenfonde unterstützte Kind und seine Pflegeeltern dient das „Pflegebuch“, dessen Ausfolgung beim Bezirksausschusse stattfindet.

Dieses Buch enthält die wichtigeren Daten über das Kind, die Pflegeeltern und den bewilligten Erziehungsbeitrag, dessen Auszahlung dort vermerkt wird, sowie eine gedrängte Belehrung über die Pflichten der Pflegeeltern.

Durch diese Regelung der Waisenpflege bei Pflegeeltern wurde zweckentsprechend eine Dezentralisation der bezüglichen Waisenagneda bis zu dem Maße durchgeführt, wie dies das Erfordernis der unmittelbaren Kenntnis der Verhältnisse und Bedürfnisse jener erheischt, für welche die erwähnten Überschüsse des Waisenfondes bestimmt sind, ohne daß andererseits die entsprechende Einheitlichkeit der zentralen Fondsverwaltung gestört wäre, die deshalb unumgänglich erscheint, damit bei der Verfolgung des Zweckes dieses Fondes mit dem erforderlichen Verständnis nach gleichen Grundsätzen vorgegangen werde und so die Wirksamkeit des Fondes sich in allen Bezirken des Königreiches Böhmen in gleichem Maße wohlthätig äußere.

Durch die Überweisung der erwähnten Funktionen an die Bezirksausschüsse wurde außerdem die wünschenswerte Vereinfachung der ganzen Agenda und die Verringerung der bezüglichen Verwaltungskosten erreicht, was am besten daraus erhellt, daß der gesamte Aufwand auf die Verwaltung des Fonds im Jahre 1904 rund nur 11.770 K betrug, also kaum 1,81% von 650.424 K 61 h, d. i. von jener Summe, die nach den oben angeführten Berechnungen samt den von ihr laufenden Zinsen alljährlich für den Fondszweck ausgegeben werden kann.

Dieser Aufwand, sowie die mit der Beschaffung der erforderlichen Drucksorten verbundenen Kosten werden im Sinne des Sitzungsbeschlusses des Landesausschusses vom 4. November 1904, Z. 108.001, aus Landesmitteln bestritten, dies aus dem Grunde, um die Fondsmittel ausschließlich ihrem humanitären Sonderzwecke zu erhalten.

Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß sich die Verwaltung des Waisenfonds in ihren Hoffnungen auf die Mitwirkung der Bezirksausschüsse nicht getäuscht hat, denn diese haben sich der Mehrzahl nach der ihnen übertragenen Aufgabe in richtiger Würdigung ihrer Wichtigkeit und Bedeutung in humanitärer, wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung unterzogen und so die ersprißliche Entfaltung der Wirksamkeit des Fonds ermöglicht.

Von dem oben hervorgehobenen Streben geleitet, durch die Unterstützung aus dem Fonde eine möglichst große Zahl von Kindern eine bessere Erziehung und Versorgung zuteil werden zu lassen, hat der Landesausschuß bei Bemessung der Erziehungsbeiträge vor allem die persönlichen Bedürfnisse der Kinder in Betracht gezogen, die von ihrem Alter, der körperlichen und geistigen Gesundheit und anderen Verhältnissen abhängen, insbesondere davon, ob das Kind ganz oder teilweise auf die öffentliche Hilfe und Unterstützung angewiesen ist, ferner hat die Fondsverwaltung auf die Familien- und Vermögensverhältnisse der Verwandten des Kindes, auf die Teuerungsverhältnisse im Orte, wo es sich in Pflege befindet und auf andere erhebliche Umstände Bedacht genommen.

Auch die Anzahl der Kinder, für die in dem betreffenden Bezirke Waisenbeiträge bewilligt wurden, konnte auf die Festsetzung der Höhe der Erziehungsbeiträge nicht ohne Einfluß bleiben. Wenn diese Anzahl verhältnismäßig größer war als die auf den betreffenden Bezirk nach der Bevölkerungsdichte und den wirtschaftlichen Verhältnissen entfallende Ziffer, so mußten die Beiträge mit entsprechend geringeren Beträgen angesetzt werden.

Da die erwähnten Verhältnisse in den einzelnen Fällen sehr verschieden waren, so war es natürlich, daß auch die Erziehungsbeiträge in mannigfaltigen Sätzen bewilligt wurden.

Auf die Erziehung und Versorgung ganz armer und gänzlich verwaister oder verlassener Kinder wurden in der Regel 9 K monatlich, für halbverwaiste Kinder 6 K monatlich als Beitrag bewilligt. In besonders rücksichtswürdigen Fällen wurden höhere Beiträge bewilligt.

Diese Sätze scheinen freilich allzu niedrig.

Zur Widerlegung dieses Einwandes ist anzuführen, daß auch bei diesen niedrigen Sätzen aus den Jahreseinkünften des Landeswaisenfonds die Beitragsleistung zur Erziehung und Versorgung nur eines bescheidenen Teiles der armen, verwaisten und verlassenen, auf fremde Hilfe und Unterstützung angewiesenen Jugend möglich sein wird und daß durch die Aufstellung höherer Sätze diese Zahl sich noch vermindern würde, ganz abgesehen davon, daß dadurch bedeutende Unterschiede

zwischen den aus dem Waisenfonde unterstützten und jenen Kindern entständen, denen eine solche Unterstützung nicht zuteil werden konnte.

Der Landesausschuß ist ferner von dem Standpunkte ausgegangen, daß der bewilligte Beitrag lediglich als eine Unterstützung zwecks besserer Erziehung und Versorgung des Kindes zu betrachten sei und daß durch seine Gewährung die zuständige Heimatsgemeinde, eventuell die Verwandten keineswegs der gesetzlichen Pflicht enthoben werden, nach Bedarf auch weiter zur Erziehung und Versorgung des Kindes beizusteuern, daß ihnen vielmehr durch die Bewilligung des Waisenbeitrages bloß die ordentliche Erfüllung dieser Pflicht erleichtert werden solle.

Für die Bewilligung niedrigerer Erziehungsbeiträge sprechen auch die bei Findelkindern gemachten Erfahrungen, wo ein ähnlicher Tarif besteht, obgleich die Gebühr dort ein Ersatz für die Bestreitung des ganzen Lebensunterhaltes des Kindes ist und es sich dort um die Verpflegung im jüngsten Kindesalter handelt (bis zum 6. bzw. 4. Lebensjahre), während aus dem Waisenfonde größtenteils schon herangewachsene Kinder unterstützt werden, die keiner so intensiven Pflege mehr bedürfen.

In der Prager Findelanstalt werden fremde Pfleger entlohnt wie folgt:

im I. Lebensjahre des Kindes mit 12 K monatl.

II.	"	"	"	8	"	"
III.—IV.	"	"	"	6	"	"

In Steiermark und in Nieder-Österreich besteht folgender Tarif:

im I. Lebensjahre des Kindes 12 K monatl.

II.	10
III. und den weiteren Lebensjahren	des Kindes 8 K monatlich.

Für Findelkinder, die der Pflege der eigenen Mutter oder der Verwandten anvertraut sind, sind noch niedrigere Gebühren festgesetzt.

Aus dem Angeführten erhellt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Beschränkung auf die Bewilligung kleinerer Erziehungsbeiträge nicht zu vermeiden war.

Aus der Bewilligung des Erziehungsbeitrages aus dem Landeswaisenfond entsteht für diesen Fond keine andere Verbindlichkeit, als die, den festgesetzten Erziehungs- und Alimentationsbeitrag für das Kind bis zu einer anderweitigen Entscheidung der Fondsverwaltung zu zahlen.

Der Landeswaisenfond übernimmt also insbesondere weder die Verbindlichkeit zur Zahlung der Kosten der häuslichen Krankenpflege bei den Pflegeeltern, noch des Aufwandes, den die Überführung des Kindes zu den Pflegeeltern (oder in eine Anstalt) mit sich bringt u. dgl.

Die Deckung dieser Kosten obliegt jenen, die nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften dazu verpflichtet sind, also entweder den Verwandten oder der zuständigen Heimatsgemeinde.

Nur die Kosten der Verpflegung der aus dem Waisenfonde unterstützten Kinder in Privattrankenhäusern werden aus diesem Fonde beglichen, während die Kosten der Verpflegung solcher Kinder in öffentlichen Krankenhäusern aus Landesmitteln bestritten werden.

Wichtig ist noch die Erwähnung der Altersgrenze, bis zu der aus dem Landeswaisenfonde Beiträge zur Versorgung und Erziehung des Kindes gewährt werden sollen.

Das bezügliche Landesgesetz bestimmt hier als äußerste Grenze das vollstreckte 18. Lebensjahr. Bis zu diesem Alter wird freilich die Waisenunterstützung nur in Ausnahmefällen bewilligt werden. In der Regel wird die weitere Zahlung des bewilligten Beitrages schon vor Erreichung dieses Alters eingestellt werden, sobald das Kind nach dem Austritte aus der Schule sich selbst zu ernähren vermag — durch Eintritt in einen passenden Dienst, in eine unentgeltliche Lehre u. dgl. — oder wenn auf andere Weise für seine weitere Versorgung vorgeesehen ist.

Soweit allerdings derartige Fälle nicht eintreten, wird es notwendig sein, eine entsprechende Unterstützung auch weiterhin zu zahlen, solange das Kind nicht durch seine fachliche und praktische Ausbildung die Fähigkeit zum eigenen Lebensunterhalte erworben hat.

Zur Hinblick auf die Wichtigkeit der fachlichen Erziehung der heranwachsenden Jugend für das weitere Leben, hat der Landesauschuß aus den Mitteln des Waisenfondes Stipendien für die fachliche Erziehung armer, verwaister und verlassener Kinder an verschiedenen Handwerks- und Fachschulen mit einem Gesamtaufwand von K 33.961'20 jährlich gestiftet.

Bei der Verleihung dieser Stipendien werden freilich hauptsächlich jene armen Waisen berücksichtigt, die besondere Begabung zeigen.

Außerdem werden arme, der Schule entwachsene Waisen bei ordentlichen Meistern in die Lehre gegeben, denen hiefür nach Bedarf angemessene Beiträge aus dem Waisenfonde gewährt werden. Die Auffindung geeigneter Lehrherren ist unter Mitwirkung der zuständigen gewerblichen oder kaufmännischen Organisationen Aufgabe der Bezirksausschüsse, beziehungsweise der Gemeindevorstände.

Der Landesauschuß hält es für sehr wichtig, in dieser Richtung fortzuschreiten, insbesondere aber mittellosen Waisen und verlassenen Kindern nicht nur den Besuch von gewerblichen Fachschulen zu ermöglichen, sondern auch die Erlernung eines Handwerkes in den Meisterwerkstätten, die unter Hülfsleistung des Landes errichtet werden sollen und bei musterhaften Lehrherren zu erleichtern — ist ja die Erziehung dieser Jugend zum selbstständigen Erwerb des Lebensunterhaltes der Hauptzweck dieser Aktion.

Aber auch in den Fällen, wo nach vollstrecktem 14. Lebensjahre die Notwendigkeit einer materiellen Unterstützung durch den Waisenfond entfällt, wird es wünschenswert sein, daß die Fondsverwaltung und alle sie in dieser Aufgabe unterstützenden Organe den Waisen auch in diesem Lebensalter ihre moralische Unterstützung nicht versagen, vielmehr durch eine ordnungsmäßige Überwachung und passende Winke zur gedeihlichen Entwicklung des Kindes in geistiger, sittlicher, körperlicher und wirtschaftlicher Beziehung beitragen.

Durch diese materielle und moralische Unterstützung der verwaisten, der Schule entwachsenen Jugend wird das auf so vielversprechende und zweckdienliche Art ins Leben gerufene humanitäre Wirken des Landeswaisenfondes gekrönt werden.

Durch die Aktion des Waisenfondes wurde nicht nur die materielle Grundlage für eine verbesserte öffentliche Fürsorge für die arme verwaiste Jugend geschaffen, sondern auch das erforderliche Interesse der zuständigen Faktoren an der ordentlichen Verwaltung dieses wichtigen Zweiges der Armenpflege geweckt und hervorgerufen, dessen Aufgabe es ist, auf präventivem Wege zu verhindern, daß solche Kinder, körperlich und geistig

dem Verderben erliegend, auch in späteren Jahren der Öffentlichkeit dauernd zur Last fallen.

In weiterem Umfange wird sich diese Aufgabe nur dann erfüllen lassen, wenn der Fondsverwaltung aus den breiten Schichten der Öffentlichkeit die notwendige Hilfe zuteil wird, denn hier wie bei der Verwaltung der Armenpflege überhaupt ist die Mitwirkung **privater Kräfte** der Bevölkerung äußerst zweckmäßig und vorteilhaft.

Auf diesen Umstand nimmt § 22 der oben erwähnten Instruktion über die Waisenpflege mit Fondsunterstützung Bedacht, welcher bestimmt, daß die Bezirksvertretung ein eigenes Hilfsorgan (Waisenkommission) schaffen kann, das dem Bezirksausschusse bei der Besorgung der Arbeiten zur Seite stünde, welche die Erfüllung der ihm durch die Instruktion auferlegten Pflichten erfordern wird.

Zu Mitgliedern dieses Armenorganes sollen hiezu besonders geeignete Personen (auch Frauen) gewählt werden — nicht notwendig Mitglieder der Bezirksvertretung — die das nötige Interesse und Verständnis für die ordentliche Erfüllung dieser humanitären Aufgabe besitzen.

Durch die Schaffung dieser Institution, deren Errichtung mit den Vorschriften des Gesetzes über die Bezirksvertretungen (§ 57 des bez. Gesetzes) durchaus nicht in Widerspruch steht, würde das Interesse für die moralische, soziale und wirtschaftliche Seite der Waisenpflege gesteigert und zur Erhöhung der privaten Wohltätigkeit für diese Aufgaben beigetragen werden.

Auf diese Weise würde es ermöglicht werden, daß hiezu besonders befähigte Personen, wie der Bezirksrichter, Pfarrer, Arzt, Lehrer u. a., namentlich aber auch Frauen, die zu dieser edlen Aufgabe durch ihre Naturanlage und ihre Eigenschaften mehr als andere berufen sind, in den Dienst der Waisenpflege treten.

Diese Organe würden dann den Mittelpunkt einer tätigen, geregelten Fürsorge für die arme, verwaiste und verlassene Jugend im Umkreise des ganzen Vertretungsbezirkes bilden und nach Bedarf in den einzelnen Gemeinden besondere Vertrauensmänner besitzen, welche ihnen in der Amtsführung behülflich wären.

Die notwendigen finanziellen Mittel könnten außer durch die Beitragsleistung aus dem Landeswaisenfonde, insbesondere auch durch Unterstützungen seitens der betreffenden Heimatgemeinden und des Bezirkes, sowie durch Privatwohlthätigkeit aufgebracht werden, namentlich durch freiwillige Sammlungen, Geschenke und Vermächtnisse, die gewiß zu diesem Zwecke reichlicher dargeboten würden, wenn die Garantie der öffentlichen Kontrolle über die Art der Verwendung dieser Geldmittel bestünde.

Nähere definitive Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Wirkungskreis dieser Waisenräte werden erst dann getroffen werden können, wenn auf diesem Gebiete die nötigen Erfahrungen gesammelt sein werden.

Die Errichtung von Waisenkommissionen in den einzelnen Gemeinden empfiehlt sich nicht, hauptsächlich aus dem Grunde, weil ihre Tätigkeit wegen der Unmöglichkeit der Auswahl hiezu geeigneter Personen größtenteils faumselig und nachlässig wäre, namentlich wenn hier nicht einmal die nötigen finanziellen Mittel vorhanden wären.

Überdies wäre in vielen Gemeinden, in denen es arme, verwaiste und verlassene Kinder gar nicht oder nur in ganz geringer Zahl gibt, die Errichtung dieser lebensunfähigen, mehrgliedrigen Kommissionen zwecklos und unnütz.

Für die Besorgung der Amtsgeschäfte der Waisenpflege in den einzelnen Gemeinden wären die oben erwähnten Vertrauensmänner der Bezirkskommissionen, eventuell die hiezu gesetzlich verpflichteten Organe der Gemeindeverwaltung oder Armenpflege (Armenväter) vollkommen ausreichend.

Instruktion, welche auf Grund der Bestimmung des § 13 des für das Königreich Böhmen gültigen Gesetzes vom 29. Oktober 1902, RGBl. Nr. 78, für jene Bezirksausschüsse und Vorstände der Gemeinden erlassen wird, in deren Bereiche verwaiste, verlassene und verwahrloste Kinder auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes versorgt und erzogen werden.

(Genehmigt mit dem Beschlusse des Landesauschusses des Königreiches Böhmen vom 23. März 1904, Z. 22.925.)

§ 1.

Zweck des Landeswaisenfondes.

Der aus dem in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RGBl. Nr. 62, dem Königreiche Böhmen überwiesenen Anteile an Gebärungsüberschüssen der gemeinschaftlichen Waisenkassen gebildete Landeswaisenfond wird zur Pflege und Erziehung von Waisen bis zum zurückgelegten achtzehnten Lebensjahre, sowie von verwahrlosten und verlassenen Kindern verwendet, die in einer Gemeinde des Königreiches Böhmen heimatlos sind und auf Grund des Gesetzes über Armenpflege Anspruch auf Versorgung aus öffentlichen Mitteln haben.

§ 2.

Mittel zur Erreichung dieses Zweckes.

Dieser Zweck ist in der Weise zu erreichen, daß solche Kinder auf Kosten des Landeswaisenfondes in die zur Pflege und Erziehung von verlassenen und verwahrlosten Kindern bestimmten Anstalten übergeben oder geeigneten Pflegeeltern (oder Verwandten) gegen angemessene, vom Landesauschusse festgesetzte Gebühren, anvertraut werden.

§ 3.

Verwaltung des Landeswaisenfondes.

Die Verwaltung des Landeswaisenfondes obliegt dem Landesauschusse des Königreiches Böhmen.

Derselbe entscheidet auf Grund der ihm vorgelegten Gesuche und Vorschläge, welche Kinder auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes in Pflege zu nehmen sind; er bestimmt weiter die Art und Weise der Erziehung und Versorgung der Pfleglinge und hat darauf zu achten, daß die Kinder ordentlich erzogen und in den Stand gesetzt werden, sich selbständig zu ernähren.

§ 4.

Mitwirkung der Bezirksausschüsse und der Gemeindevorstände.

In Gemäßheit der Bestimmung des § 12 des Gesetzes vom 29. Oktober 1902, RGB. Nr. 78, sowie der diesbezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über die Armenpflege obliegt den Bezirksausschüssen und den Gemeindevorständen bei der Ausführung dieser Aufgabe dem Landesauschüsse behülflich zu sein.

§ 5.

Evidenzhaltung der auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes erzogenen Kinder.

Die zweckmäßige Mitwirkung der Bezirksausschüsse und Gemeindevorstände erfordert vor allem, daß von denselben auf Grund der einlangenden Verständigungen, Anzeigen und Dokumente genaue Vormerkungen über die persönlichen Verhältnisse der auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes in ihrem Bereiche verpflegten und erzogenen Kinder geführt und in denselben insbesondere jene Umstände und Änderungen betreffs der Pflege und Erziehung der Kinder eingetragen werden, deren Eintreten den Beginn oder die Einstellung des bewilligten Erziehungsbeitrages zur Folge hat.

Besonders haben die Bezirksausschüsse in entsprechender Evidenz zu halten:

- a) sämtliche in dem Bereiche des Vertretungsbezirkes bei Familien (Pflegeeltern, Verwandten) oder in Anstalten (Waisenhäusern etc.) auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes erzogenen Kindern und deren persönlichen Verhältnisse sowie die zu deren Pflege und Erziehung vom Landesauschüsse bewilligten Beiträge;
- b) die Pflegeeltern der Kinder und alle wichtigen Umstände und Änderungen in der Pflege und Erziehung derselben; so im besonderen:

die Übergabe des Kindes den Pflegeeltern (oder den Verwandten) oder der Anstalt, den Übertritt des Kindes aus der Pflege einer Familie in eine andere oder in eine Anstalt oder umgekehrt, den Austritt des Kindes aus der Pflege des Landeswaisenfondes überhaupt ohne Unterschied, ob derselbe durch den Tod des Kindes oder aus anderen Gründen erfolgt, ferner die Übergabe des Kindes in ein Krankenhaus, die Übersiedlung der Pflegeeltern, das Absterben derselben etc.

§ 6.

Art und Weise der Evidenzhaltung bei den Bezirksausschüssen.

Den Bezirksausschüssen wird vorbehalten, die Art und Weise der Evidenzhaltung zu bestimmen.

Im Interesse einer einheitlichen Regelung dieser Angelegenheit erscheint es jedoch angezeigt, zu diesem Behufe die nach dem Muster Beilage A zu verfassenden Evidenztabellen einzuführen.

§ 7.

Auffindung geeigneter Pflegeeltern.

Eine besondere Aufmerksamkeit ist namentlich den bei Pflegeparteien (Verwandten) untergebrachten Kindern zu widmen.

Die Bezirksausschüsse haben unter Heranziehung der Gemeindevorstände und unter Mitwirkung der zuständigen k. k. Bezirksgerichte als Vormundschaftsbehörden dem Landesauschüsse bei der Auffindung von geeigneten Pflegeparteien behülflich zu sein.

Als Pflegeeltern für fremde Kinder sind in der Regel nur solche Familien in Vorschlag zu bringen, welche in der Aufenthaltsgemeinde des Kindes oder in der nächsten Umgebung wohnhaft sind. Dabei sind nur solche Personen in Betracht zu ziehen, deren Eigenschaften in sittlicher und geistiger Beziehung eine verlässliche Garantie dafür bieten, daß sie den mit dieser Aufgabe verbundenen Pflichten ordentlich und gewissenhaft nachkommen werden.

Die Pflege fremder Kinder darf daher nur jenen Personen übertragen werden, welche:

- a) weder selbst in Armenversorgung stehen, noch
- b) sich oder mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, noch
- c) in moralischer Hinsicht (Trunksucht, Unfittlichkeit u. dgl.) zu beanstanden sind;
- d) einen festen Wohnsitz und eine den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprechende, zur Unterbringung eines Pflegekindes geeignete Wohnung haben;
- e) die zu ihrem eigenen Unterhalte erforderlichen Mittel besitzen und
- f) derselben Konfession angehören, wie das ihnen anzuvertrauende Pflegekind. Bei einer Pflegepartei soll in der Regel nicht mehr als ein Kind untergebracht werden.

§ 8.

Übergabe des Kindes an Pflegeeltern (Verwandte).

Die Übergabe des Kindes in die Pflege einer Partei, welche nur auf Grund der diesbezüglichen Entscheidung des Landesauschusses erfolgen kann, sowie die Wegnahme des Kindes aus der Pflege einer Partei ist immer vom Gemeindevorstand des Aufenthaltsortes der Pflegeeltern zu vollziehen.

Die Überbringung des Kindes in den Aufenthaltsort (auf das Gemeindeamt) der Pflegepartei ist Sache der bisherigen Pfleger oder Verwandten, und falls dieselben dazu nicht zu verhalten wären, obliegt die Überführung des Kindes der betreffenden Heimatgemeinde.

§ 9.

Kosten für Überführung des Kindes zu den Pflegeeltern oder in eine Anstalt.

Die Kosten, welche die Transportierung des Kindes zu den Pflegeeltern oder in eine Anstalt, in welcher dasselbe auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes verpflegt und erzogen werden soll, erwachsen, hat derjenige zu tragen, der gesetzlich verpflichtet ist, für die Pflege und Erziehung des Kindes zu sorgen und dem diese Verpflichtung durch Übernahme des Kindes in die Pflege des Landeswaisenfondes erleichtert wird, nämlich die Verwandten des Kindes oder die Heimatgemeinde.

Hat das Kind ein eigenes Vermögen, so werden die Transportkosten aus diesem bestritten.

§ 10.

Legitimationsdokumente des Kindes, Eintritt desselben in die Pflege einer Partei (Familie) und Pflegebuch.

Jedes Pflegekind ist, insofern dasselbe die vorgeschriebenen Dokumente noch nicht besitzen sollte, mit einem (Ex offio-)Taufscheine und Heimatscheine zu versehen.

Diese Dokumente müssen bei Übergabe des Kindes dem Gemeindeamte des Aufenthaltsortes der Pflegepartei vorgelegt werden.

Auf Grund dieser Legitimationsurkunden und des eingelangten amtlichen Erlasses, mit welchem ein Erziehungsbeitrag aus dem Landeswaisenfonde bewilligt und die Pflegepartei bestimmt wurde, sind die nötigen, das Kind und die Pflegepartei betreffenden Daten in ein zu diesem Behufe angelegtes Verzeichnis der in dem Bereiche der Gemeinde auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfonds verpflegten und erzogenen Kinder von dem Gemeindeamte einzutragen und die vorgeschriebene „Eintrittsanzeige“ (Musterbeilage B) entsprechend auszufüllen und zu bestätigen.

Die Eintrittsanzeige hat auch die das Kind in Pflege übernehmende Partei zu unterfertigen, worauf derselben das Kind übergeben und die Legitimationsurkunden zur Aufbewahrung ausgefolgt werden.

Die ordnungsgemäß ausgefüllte und gefertigte Eintrittsanzeige hat das Gemeindeamt im Wege des zuständigen Bezirksausschusses an den Landesausschuß des Königreiches Böhmen einzusenden.

Sobald die Eintrittsanzeige an den Bezirksausschuß gelangt ist, hat derselbe das mit allen nötigen Angaben versehene Pflegebuch (Musterbeilage Ch) der Pflegepartei im Wege des Gemeindeamtes kostenfrei auszufolgen.

In dem Pflegebuche, das zugleich als Legitimation für die Pflegepartei zu dienen hat, sind die Pflichten, welche der Partei durch Übergabe des Kindes in ihre Pflege auferlegt werden, ausführlich angegeben.

Wird das Kind zu einer anderen, jedoch in derselben Gemeinde wohnhaften Pflegepartei transferiert, so haben die bisherigen Pflegeeltern die Legitimationsdokumente des Kindes (den Tauf- und Heimatschein) dem Gemeindeamte rückzustellen, von welchem dann dieselben der neuen Pflegepartei bei Übergabe des Kindes in ihre Pflege ausgefolgt werden.

Ist die neue Pflegepartei in einer anderen Gemeinde wohnhaft, so hat das Gemeindeamt die ihm zurückgestellten Urkunden an das Gemeindeamt des Aufenthaltsortes der neuen Pflegepartei einzusenden, von welchem dieselben sodann der neuen Pflegepartei zur Aufbewahrung auszufolgen sind.

§ 11.

Überwachung der Kinderpflege durch die Gemeindevorstände und Austritt des Kindes aus der Parteienpflege.

Dem Gemeindevorstande des Aufenthaltsortes der Pflegepartei obliegt die unmittelbare Überwachung der in der Pflege des Landeswaisenfondes stehenden Kinder.

Diese Überwachung hat sich nicht nur auf die Eignung der Pflegeeltern und die zweckmäßige Führung des Haushaltes der Pflegeparteien zu erstrecken, sondern auch der Unterkunft, Ernährung, Bekleidung, Wartung und Erziehung der Pflegekinder ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Behufs Beseitigung der in dieser Hinsicht wahrgenommenen Anstände und Mißbräuche hat das Gemeindeamt auf die Pflegepartei entsprechend einzuwirken, und wenn dies erfolglos bleiben sollte, dem Bezirksausschusse behufs weiterer Veranlassung hiervon Anzeige zu erstatten.

Insbefondere wird dem Gemeindeamte zur Pflicht gemacht, dem Landesauschusse im Wege des zuständigen Bezirksausschusses über alle derartigen Umstände und Änderungen in der Pflege und Erziehung der Kinder zu berichten, deren Eintreten für die Frage der weiteren Gewährung des bewilligten Erziehungsbeitrages von großer Wichtigkeit ist.

Diese Berichterstattung hat sich auf den Austritt des Kindes aus der Pflege der Partei (sei es durch das Ableben des Kindes oder zufolge anderweitiger Umstände), ferner auf den Übertritt des Kindes zu einer anderen Pflegepartei u. dgl. zu erstrecken.

Die vorgeschriebene „Austrittsanzeige“ ist stets nach dem Muster Beilage C zu verfassen und an den zuständigen Bezirksauschuß zu richten, der dieselbe dem Landesauschusse vorzulegen hat.

Desgleichen haben die Pflegeeltern, wenn sie aus welchem Grunde immer das Kind in ihrer Pflege nicht mehr behalten wollten oder könnten, diesen Umstand sofort dem Gemeindeamte ihres Wohnsitzes bekannt zu geben, welcher hierüber einen schriftlichen Bericht mit entsprechendem Antrage hinsichtlich der weiteren Unterbringung des Kindes an den zuständigen Bezirksauschuß zu leiten hat.

Diesen Bericht legt der Bezirksauschuß mit seinem diesbezüglichen Gutachten dem Landesauschusse zur weiteren Verfügung vor.

§ 12.

Übersiedlung der Pflegeeltern (Verwandten) und des Kindes in eine andere Gemeinde.

Beabsichtigen die Pflegeeltern mit dem Kinde in eine andere Gemeinde zu übersiedeln, so sind sie verpflichtet, hiervon noch vor der Übersiedlung das Gemeindeamt ihres bisherigen Wohnsitzes in Kenntnis zu setzen und die genaue Adresse ihres neuen Wohnortes (Bezirk, Gemeinde, Gasse und Hausnummer), sowie auch den Tag der Übersiedlung anzuzeigen.

Sobald die Pflegeeltern übersiedelt sind, hat das Gemeindeamt die nach dem Muster Beilage D zu verfassende „Übersiedlungsanzeige“ dem zuständigen Bezirksauschusse einzusenden, von welchem dieselbe nach erfolgter Eintragung der nötigen Daten in die Evidenztabelle dem Landesauschusse unverzüglich vorzulegen ist.

Das Gemeindeamt des neuen Wohnortes der Pflegepartei hat in dem Pflegebuche auf der hiezu bestimmten Stelle den Tag der Übersiedlung einzutragen, nach Durchsicht der Legitimationsdokumente des Kindes die nötigen das Kind und die Pflegeeltern betreffenden Daten vorzumerken und sodann die nach dem Muster Beilage E zu verfassende „Übersiedlungsanzeige“ dem zuständigen Bezirksauschusse zu übermitteln, von welchem dieselbe nach erfolgter Vormerkung der erforderlichen Evidenzdaten an den Landesauschuß zu leiten ist.

Liegt der neue Wohnort der Pflegepartei in dem Bereiche eines andern Vertretungsbezirkes, so hat der Bezirksauschuß ihres früheren Wohnortes die Legitimationsurkunden des Kindes dem Bezirksauschusse, in dessen Bezirk die Pflegeeltern übersiedelt sind, unter gleichzeitiger Mitteilung der nötigen Evidenzdaten zuzumitteln.

Die weitere Auszahlung des Erziehungsbeitrages ist von dem Bezirksausschusse des früheren Wohnsitzes mit dem Übersiedlungstage einzustellen und den Pflegeeltern nur der bis zu diesem Tage (denselben miteingerechnet) entfallende Teil des Erziehungsbeitrages auszusahlen.

Der Bezirksausschuß des neuen Wohnortes hat die nötigen, das Kind und die Pflegepartei betreffenden Daten in die Evidenztabelle einzutragen, den Tag, bis zu welchem der Erziehungsbeitrag der Pflegepartei von dem ersteren Bezirksausschusse ausgezahlt wurde, aus dem Pflegebuche sicherzustellen und sodann der Pflegepartei den Erziehungsbeitrag von dem der Übersiedlung nächstfolgenden Tage angefangen in monatlichen Dekursivraten gegen Vorlage desselben Pflegebuches weiterhin auszusahlen.

§ 13.

Eintritt des Kindes in ein Krankenhaus.

Erscheint es notwendig, das Kind in die Pflege eines Krankenhauses zu übergeben, so sind die Pflegeeltern verpflichtet, hievon das Gemeindeamt ihres Wohnortes behufs Vormerkung dieses Umstandes unverzüglich in Kenntnis zu setzen und demselben ebenfalls den Tag, an welchem das Kind aus dem Krankenhause in ihre Pflege zurückgekehrt ist, anzuzeigen.

Der betreffenden Krankenhausverwaltung wird zur Pflicht gemacht, über den Eintritt des Pfleglings des Landeswaisenfonds in die Pflege des Krankenhauses dem Bezirksausschusse, in dessen Bezirke die Aufenthaltsgemeinde der Pflegeeltern gelegen ist, die nach dem Muster Beilage F, und über dessen Austritt aus dem Krankenhause (oder über das Ableben desselben), die nach dem Muster Beilage G zu verfassende Anzeige zu erstatten.

Die Anzeige hat der Bezirksausschuß nach erfolgter Vormerkung dem Landesausschusse sofort vorzulegen.

§ 14.

Ableben der Pflegeeltern.

Wenn beide Pflegeeltern sterben oder nur einer derselben stirbt und der andere nicht imstande ist, um die Pflege und Erziehung des Kindes Sorge zu tragen, hat das Gemeindeamt diesen Umstand dem Landesausschusse im Wege des zuständigen Bezirksausschusses anzuzeigen und neue, geeignete Pflegeeltern vorzuschlagen.

§ 15.

Dauer der Erziehungsbeiträge.

Der bewilligte Erziehungsbeitrag gebührt den Pflegeeltern (der Familie) vom Tage der Übergabe des Kindes in ihre Pflege eventuell von einem andern, vom Landesausschusse ausdrücklich festgesetzten Tage angefangen auf die Dauer, solange sich das Kind in deren Pflege auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfonds befindet.

Dieser Genuß erlischt mit dem Tage des Austrittes des Kindes aus der Pflege der Partei oder mit dessen Sterbetage.

Der Erziehungsbeitrag gebührt den Pflegeeltern (den Verwandten) sowohl für den Tag des Eintrittes als auch für den Tag des Austrittes aus deren Pflege.

Für die Dauer der Verpflegung des Kindes in einem Krankenhause wird der bewilligte Erziehungsbeitrag eingestellt.

Beim Austritte des Kindes aus der Krankenhauspflege hat die Krankenhausverwaltung die in der Anstalt zugebrachte Verpflegszeit im Pflegebuche auf der hiezu bestimmten Stelle zu bestätigen, worauf der Erziehungsbeitrag den Pflegeeltern vom Tage der Rückgabe des Kindes in ihre Pflege angefangen in der üblichen Weise weiterhin ausgezahlt werden wird.

Der Bezirksausschuß selbst ist berechtigt, die Auszahlung des Erziehungsbeitrages provisorisch einzustellen, wenn gewichtige Gründe vorhanden sind, insbesondere, wenn das Kind bei der bisherigen Familie einer sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt ist oder wenn die Gesundheit des Kindes durch das Ausbrechen einer ansteckenden Krankheit in der Pflegefamilie gefährdet erscheint u. dgl.

Der Bezirksausschuß ist jedoch verpflichtet, in derartigen Ausnahmefällen behufs provisorischer Versorgung des Kindes unverzüglich das Geeignete zu verfügen und hievon dem Landesausschusse behufs definitiver Entscheidung Bericht zu erstatten.

§ 16.

Höhe der Erziehungsbeiträge.

Dem Landesausschusse bleibt vorbehalten, die Höhe des Erziehungsbeitrages in jedem einzelnen Falle zu bestimmen, wobei die persönlichen Verhältnisse des Kindes (Alter, Gesundheit u. dgl.) sowie die Vermögens- und Familienverhältnisse der Verwandten des Kindes (Anzahl von Geschwistern bei halbverwaisten Kindern u. dgl.), ferner die lokalen Preisverhältnisse und sonstige Momente in Betracht kommen.

Der bewilligte Erziehungsbeitrag ist als eine zur Verschaffung der nötigsten Lebensbedürfnisse des Kindes dienende Unterstützung zu betrachten, durch deren Gewährung die Erziehung des Kindes verbessert und der Heimatsgemeinde, respektive den Verwandten des Kindes die denselben in dieser Hinsicht gesetzlich obliegende Verpflichtung erleichtert werden soll.

Die Erziehungsbeiträge werden mit monatlichen Beträgen bemessen.

Mit Rücksicht darauf, daß den Pflegeeltern der Erziehungsbeitrag vom Tage des Eintrittes bis zum Tage des Austrittes des Kindes aus der Pflege gebührt, ist denselben in Fällen, in welchen sich die Pflegezeit mit der Zeitdauer eines Monats nicht decken sollte, bloß die auf diese „Pflege tage“ entfallende Erziehungsbeitragsquote auszuführen.

Die auf einen Tag entfallende Quote wird in der Weise berechnet, daß der monatliche Erziehungsbeitrag immer durch die Ziffer Dreißig dividiert wird; der auf diese Weise berechnete Betrag ist sodann mit der Zahl der Pflegetage zu multiplizieren.

§ 17.

Fälligkeitstermin und Modalitäten der Auszahlung des Erziehungsbeitrages.

Der bewilligte Erziehungsbeitrag wird den Pflegeeltern (Verwandten) aus der Bezirkskassa immer in den ersten Tagen des nächstfolgenden Monats im Wege des zuständigen Gemeindeamtes ausgezahlt.

Im vorhinein darf der Erziehungsbeitrag nie ausgezahlt werden.

Ist die Pflegepartei im Sitze des Bezirksausschusses oder in einer in der Nähe gelegenen Gemeinde wohnhaft, so hat der Bezirksausschuß den Erziehungsbeitrag in den vorgeschriebenen Zahlungsterminen den Pflegeeltern selbst unmittelbar auszuführen; die betreffende Empfangsbestätigung muß

jedoch immer (außer der Bestätigungsklausel des Pfarramtes und der Schulleitung) auch mit der Bestätigungsklausel des Gemeindeamtes versehen sein.

Erfolgt die Auszahlung an die Pflegeeltern direkt durch den Bezirksauschuß, so sind in der Empfangsbestätigung die Worte „im Wege des Gemeindeamtes ihres Wohnortes“ zu streichen.

Für die Pflegeparteien, welche in den vom Sitze des Bezirksauschusses entfernteren Gemeinden wohnhaft sind, hat der Bezirksauschuß den entsprechenden Betrag an Erziehungsbeiträgen der Aufenthaltsgemeinde der Pflegeeltern jeden Monat rechtzeitig einzusenden.

Die Übermittlung des Geldes hat in der Weise zu geschehen, daß die Portogebühren erspart bleiben. Geldsendungen, welche durch die Post erfolgen, sind daher als „für Rechnung des Landes gesammelte Gelder — portofrei“ zu bezeichnen.

Im übrigen bleibt dem Bezirksauschusse unbenommen, sich betreffs Festsetzung geeigneter Zahlungsmodalitäten mit den beteiligten Gemeinden beziehungsweise Pflegeparteien ins Einvernehmen zu setzen.

Der auf diese Weise vereinbarte Modus darf jedoch mit den vom Landesausschusse in dieser Hinsicht erlassenen Vorschriften nicht im Widerspruch stehen.

Bei jeder Auszahlung haben die Pflegeeltern das Pflegebuch und die nach dem Muster Beilage H zu verfassende ungestempelte Empfangsbestätigung vorzulegen. Ohne diese Belege darf der Erziehungsbeitrag der Pflegepartei nicht ausbezahlt werden.

Vor der Auszahlung hat das Gemeindeamt (beziehungsweise Bezirksauschuß) sicherzustellen, ob die Empfangsbestätigung entsprechend ausgefüllt, mit den vorgeschriebenen Klauseln (des Gemeinde- und Pfarramtes und der Schulleitung) versehen und unterfertigt ist; die Bestätigungsklausel des Gemeindeamtes kann bei der Auszahlung beigelegt werden.

Ist die Empfangsbestätigung ordnungsmäßig ausgestellt, so wird der entsprechende vom Bezirksauschusse eingesendete Betrag den Pflegeeltern ausgezahlt, und in dem Pflegebuche der Tag der Auszahlung, der ausgezahlte Betrag und die Zeitdauer, für welche derselbe ausgezahlt wurde, eingetragen, worauf der auszahlende Funktionär (Gemeindevorsteher, Gemeinderat oder der damit betraute Beamte) seine eigenhändige Unterschrift unter Angabe seines Amtstitels beizufügen und das Pflegebuch der Pflegepartei rückzustellen hat. Die Empfangsbestätigung ist dem Bezirksauschusse einzusenden.

Die Druckschriften der Empfangsbestätigungen und die Pflegebücher werden den Pflegeeltern unentgeltlich auf die vom Bezirksauschusse zu bestimmende Weise ausgefolgt.

Ist das Pflegekind gestorben, oder aus welchem Grunde immer aus der Pflege der Partei dauernd ausgetreten, so ist der letzteren das Pflegebuch gelegentlich der letzten Auszahlung abzunehmen, die Einstellung des Erziehungsbeitrages daselbst vorzumerken, und das Pflegebuch sodann dem Landesausschusse zu übermitteln.

Ist das Pflegebuch in Verlust geraten, so ist die weitere Auszahlung des Erziehungsbeitrages bis zur Verschaffung eines Duplikates einzustellen.

In einem solchen Falle haben die Pflegeeltern behufs Ausfolgung des Duplikates eine schriftliche Eingabe an den Bezirksauschuß zu richten; derselbe übersendet das betreffende Gesuch dem Landesausschusse, von welchem dann das verlangte Duplikat ausgefolgt werden wird.

Der Bezirksauschuß hat das neue Pflegebuch mit den nötigen Daten zu versehen, dasselbe ausdrücklich als Duplikat zu bezeichnen, und sodann

den Pflegeeltern im Wege des Gemeindeamtes (beziehungsweise direkt) zuzustellen.

Die Pflegeeltern sind verpflichtet, ebenfalls das neue Pflegebuch auf der daselbst bezeichneten Stelle zu unterfertigen und falls das in Verlust geratene Pflegebuch wieder aufgefunden werden sollte, dasselbe unverzüglich dem Bezirksausschusse abzuführen, von welchem das alte Pflegebuch nach der Beifügung der Bemerkung, daß das Duplikat am . . . sub Z . . . ausgefolgt wurde, an den Landesauschuß zu leiten ist.

§ 18.

Vierteljährige Liquidationen der Bezirksausschüsse.

Die Bezirksausschüsse, in deren Bereiche arme Kinder auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes bei Pflegeparteien (Verwandten) verpflegt und erzogen werden, haben über die aus der Bezirkskassa im verfloffenen Vierteljahre ausgezahlten Erziehungsbeiträge dem Landesauschusse vierteljährige Liquidationen vorzulegen und zwar:

1. über die im Jänner, Feber und März (für die Monate Dezember, Jänner und Feber) ausgezahlten Erziehungsbeiträge am 1. April,
2. über die im April, Mai und Juni (für die Monate März, April und Mai) ausgezahlten Erziehungsbeiträge am 1. Juli,
3. über die im Juli, August und September (für die Monate Juni, Juli und August) ausgezahlten Erziehungsbeiträge am 1. Oktober des laufenden Jahres und
4. über die im Oktober, November und Dezember (für die Monate September, Oktober und November) ausgezahlten Erziehungsbeiträge am 1. Jänner des nächstfolgenden Jahres.

Eine jede in die Liquidation einbezogene Post ist mit der vorgeschriebenen, entsprechend ausgefüllten und gefertigten Bestätigung der Pflegepartei über den Empfang des Erziehungsbeitrages zu belegen.

Die Liquidation ist streng nach dem Muster Beilage I zu verfassen und mit den gehörigen Unterschriften, dem Datum sowie auch dem Abdrucke des Bezirksauschuß-Siegels zu versehen.

Werden im Bereiche des Bezirkes arme Waisenkinder auf Kosten des Landeswaisenfondes in einer Bezirksanstalt verpflegt, so hat der Bezirksauschuß für die in der Anstalt untergebrachten Pfleglinge des Landeswaisenfondes und für die in Familienpflege stehenden Kinder gesonderte Liquidationen zu verfassen.

Die auf diese Weise instruierte Liquidation wird beim Landesauschusse auf Grund des Katasters, welcher ausführliche Daten über alle aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder umfaßt, geprüft, der adjustierte Betrag (gegen vorläufige Vorlage einer ungestempelten, von dem Bezirksobmann [oder dessen Stellvertreter] und zwei Bezirksauschußmitgliedern gefertigten sowie auch mit dem Abdrucke des Bezirksauschuß-Siegels versehenen Quittung) bei der kgl. böhm. Landeskassa in Prag zur Auszahlung angewiesen und eingesendet.

§ 19.

Pflichten der Pflegeeltern (Verwandten).

Den Parteien und Verwandten, deren Pflege die aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder anvertraut sind, wird zur Pflicht gemacht, den

Pflegekindern den notwendigen Unterhalt zu gewähren und um deren ordentliche Erziehung Sorge zu tragen.

Die Pflichten der Pflegeeltern sind in den Pflegebüchern, welche denselben nach Übergabe des Kindes eingehändigt werden, näher angedeutet.

Wird das aus dem Landeswaisenfonde unterstützte Kind in der Pflege der Mutter, der Großeltern oder dessen Verwandten belassen, so sind dieselben im gleichen Maße wie die übrigen Pflegeparteien verpflichtet, den von den kompetenten Organen (nämlich vom Landesausschusse, Bezirksausschusse und Gemeinbeamten) hinsichtlich der Pflege und Erziehung des Kindes erlassenen Anordnungen und Weisungen nachzukommen, wobei jedoch ihre gesetzlichen aus dem Verwandtschaftsverhältnisse resultierenden Rechte unberührt bleiben.

Sollten Pflegeparteien (Verwandte) den amtlichen Anordnungen und Weisungen nicht Genüge leisten, das Kind vernachlässigen oder mißhandeln, so wird die Gewährung des Erziehungsbeitrages eingestellt und behufs Wegnahme des Kindes der Pflegepartei (den Verwandten) die geeignete Verfügung getroffen.

Die Pflegeeltern (Verwandten) sind ferner auch verpflichtet, zum Schlusse eines jeden Schuljahres die Schulzeugnisse der schulpflichtigen Pflegekinder dem Bezirksausschusse zur Einsichtnahme vorzulegen. — Erhebt aus den vorgelegten Zeugnissen, daß der Unterrichtserfolg des Kindes auffallend schwach und ungenügend oder das sittliche Benehmen mangelhaft ist, so hat der Bezirksausschuß die Ursache derartiger Übelstände zu erheben und die Beseitigung derselben zu veranlassen, und wenn dies nicht möglich wäre, eine anderweitige Unterbringung des Kindes dem Landesausschusse zu beantragen.

Desgleichen haben die Pflegeparteien auf die Gesundheit des Kindes zu achten. Dem Bezirksausschusse wird zur Pflicht gemacht, die Gesundheitsverhältnisse der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder durch ihre Sanitätsorgane (Distriktsärzte) zu überwachen und dem Landesausschusse über die hiebei wahrgenommenen Übelstände behufs weiterer Vorlehrung Bericht zu erstatten.

§ 20.

Krankheitskosten.

Die Krankheitskosten, welche für aus dem Landeswaisenfonde unterstützte Kinder in einem öffentlichen Krankenhause erwachsen, werden wie Krankenhaus-Verpflegskosten für Arme überhaupt aus dem Landesfonde, die Kosten der Krankheitspflege in einem Privatkrankenhause aus dem Landeswaisenfonde bestritten.

Die Kosten, welche durch die Transportierung des Kindes in ein Krankenhaus und zurück auflaufen, haben die Verwandten des Kindes oder die Heimatgemeinde zu tragen.

§ 21.

Ausschluß von Nebenbeiträgen aus dem Landeswaisenfonde.

Durch Bewilligung eines Erziehungsbeitrages wird vom Landeswaisenfonde bloß die Verpflichtung zur Zahlung des für die Pflege und Erziehung des Kindes bemessenen Beitrages insoweit übernommen, als eine anderweitige Verfügung in dieser Beziehung vom Landesausschusse nicht getroffen wird.

Der Landesausschuß verpflichtet sich daher weder zur Zahlung der Kosten der häuslichen Krankenpflege, noch zur Befreiung der durch die Transportierung des Kindes zu den Pflegeeltern (oder in die Anstalt) erwachsenden Auslagen noch zur Berichtigung eventueller Begräbniskosten u. dgl.

Diese Auslagen hat derjenige zu tragen, der gesetzlich dazu verpflichtet ist, nämlich die Verwandten des Kindes oder die Heimatsgemeinde.

§ 22.

Hülfsorgan des Bezirksausschusses.

Der Bezirksvertretung bleibt anheimgestellt, ein Hülfsorgan (eine Bezirksweisenkommission) zu bestellen, das den Bezirksausschuß bei der Besorgung der demselben mit der vorstehenden Instruktion auferlegten Pflichten zu unterstützen hätte.

Bei der Zusammensetzung dieses dem Bezirksausschusse direkt untergeordneten und verantwortlichen Armenpflegeorganes ist darauf zu sehen, daß in denselben nur besonders geeignete Personen (auch weiblichen Geschlechtes) gewählt werden, bei denen das erforderliche Interesse und Verständnis für eine gewissenhafte Erfüllung dieser höchst wichtigen humanen Tätigkeit vorausgesetzt werden kann. Diese Personen müssen nicht unbedingt der Bezirksvertretung angehören.

Instruktion, erlassen vom Landesauschusse des Königreiches Böhmen auf Grund des § 13 des Gesetzes vom 29. Oktober 1902, RG. Nr. 78, betreffend die Pflege und Erziehung der aus dem Landesweisenfonde in Anstalten unterstützten verwaisten, verlassenen oder verwahrlosten Kinder.

(Genehmigt mit dem Beschlusse des Landesauschusses des Königreiches Böhmen vom 25. Juli 1906. Erlaß des Landesauschusses vom 29. August 1906, Zahl 16.517.)

§ 1.

Zweck des Landesweisenfondes.

Der aus dem in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RG. Nr. 62, dem Königreiche Böhmen überwiesenen Anteile an Gebahrungsüberschüssen der gemeinschaftlichen Waisenkassen gebildete Landesweisenfond wird zur Pflege und Erziehung von Waisen sowie von verwahrlosten und verlassenen Kindern, die in einer Gemeinde des Königreiches Böhmen heimat zuständig sind und auf Grund des Gesetzes über Armenpflege Anspruch auf Versorgung aus öffentlichen Mitteln haben, bis zum zurückgelegten achtzehnten Lebensjahre verwendet.

§ 2.

Mittel zur Erreichung dieses Zweckes.

Dieser Zweck ist in der Weise zu erreichen, daß solche Kinder auf Kosten des Landesweisenfondes in die zur Pflege und Erziehung von verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kindern bestimmten Anstalten übergeben oder

geeigneten Pflegeeltern (oder Verwandten) gegen angemessene, vom Landesauschusse festgesetzte Beiträge anvertraut werden.

§ 3.

Verwaltung des Landeswaisenfondes.

Die Verwaltung des Landeswaisenfondes obliegt dem Landesauschusse des Königreiches Böhmen.

Derselbe entscheidet auf Grund der ihm vorgelegten gehörig instruierten Gesuche und Vorschläge, welche Kinder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes in Pflege zu nehmen sind; er bestimmt weiter die Art und Weise der Erziehung und Versorgung der Pfleglinge und hat darauf zu achten, daß die Kinder ordentlich erzogen und in den Stand gesetzt werden, sich selbständig zu ernähren.

§ 4.

Mitwirkung der Bezirksauschüsse und der Gemeindevorstände.

In Gemäßheit der Bestimmungen des § 12 des Gesetzes vom 29. Oktober 1902, LGB. Nr. 78, sowie der diesbezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über die Armenpflege, obliegt den Bezirksauschüssen und den Gemeindevorständen bei der Ausführung dieser Aufgabe dem Landesauschusse behülflich zu sein; die Pflichten dieser autonomen Behörden werden in der vom Landesauschusse am 16. April 1904, Z. 22.925, an alle Bezirksauschüsse und Gemeindeämter erlassenen Instruktion näher angeführt.

§ 5.

Die Unterbringung der Kinder in Anstalten verfügt der Landesauschuß.

Die Unterbringung der Kinder in einer im Gebiete des Königreiches Böhmen gelegenen Anstalt verfügt der Landesauschuß auf Grund der vorgelegten Gesuche und Anträge nach seinem freien Ermessen.

§ 6.

Auswärtige Anstalten.

Anstalten, welche außerhalb des Königreiches Böhmen ihren Sitz haben, werden mit der Pflege und Erziehung der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder nicht betraut werden.

§ 7.

Täglicher Erziehungsbeitrag.

Die Höhe des täglichen Erziehungsbeitrages bestimmt der Landesauschuß unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse des Kindes, der lokalen Preisverhältnisse sowie anderer gewichtiger Umstände.

Durch die Bewilligung eines Beitrages aus dem Landeswaisenfonde wird die zuständige Heimatsgemeinde gleichwie die Angehörigen des Kindes ihrer gesetzlichen Verpflichtung keineswegs enthoben, zur Deckung der Bedürfnisse des Kindes beizusteuern, sofern dieser Beitrag nicht ausreicht.

Den aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kindern hat die Anstalt Wohnung, Kost, Wäsche, Kleider, Schuhe, Schulrequisiten und sonstige Bedürfnisse, ferner ordentliche häusliche Erziehung, zeitweilige ärztliche Untersuchungen und im Falle leichter Erkrankung häusliche Krankenpflege zu gewähren.

Die Anstalt ist berechtigt, den täglichen Unterstützungsbeitrag für den ganzen Tag zu berechnen, an welchem das Kind in die Anstalt eingetreten ist, sowie für jenen Tag, an welchem es dieselbe verlassen hat, ohne Rücksicht auf die Stunde des Eintrittes resp. Austrittes.

§ 8.

Transportkosten.

Die Kosten der Überführung des Kindes in die Anstalt, wo es mit Unterstützung des Landeswaisenfondes versorgt werden soll, sowie der Abtransportierung aus der Anstalt hat derjenige zu tragen, dem die Versorgung und Erziehung des Kindes nach dem Gesetze obliegt und dem seine Pflicht durch die Übernahme des Kindes in die Pflege mit Unterstützung des Landeswaisenfondes erleichtert wird, d. i. entweder den Angehörigen des Kindes oder der Heimatsgemeinde desselben.

Besitzt das Kind eigenes Vermögen, so werden die Transportkosten aus diesem Vermögen bestritten.

Dieselben Bestimmungen gelten für die Überführung des Kindes aus der Anstalt in ein öffentliches Krankenhaus und zurück.

Nur dann, wenn das Kind aus einer Anstalt, wo es mit Unterstützung des Landeswaisenfondes versorgt wird, in eine andere Anstalt überführt werden soll, wo es gleichfalls die Unterstützung dieses Fondes genießen soll, und wenn diese Verlegung mit Zustimmung oder über Anordnung des Landesauschusses erfolgt hat, werden die Transportkosten vom Landeswaisenfonde getragen werden.

§ 9.

Kosten der Krankenpflege.

Die Kosten der Krankenpflege eines Pflégelings des Landeswaisenfondes in einem öffentlichen Krankenhause werden gleich wie die Kosten der Armenpflege überhaupt aus dem Landesfonde, diejenigen aber in einer Privatheilanstalt aus dem Landeswaisenfonde bestritten.

Für die Zeit der Versorgung eines aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Böglinges in einem öffentlichen oder privaten Krankenhause kann die Anstalt keine Vergütung des täglichen Versorgungsbeitrages aus dem Landeswaisenfonde beanspruchen.

§ 10.

Beerdigungskosten.

Stirbt ein Kind in der Anstalt, so soll die Anstaltsleitung für seine Beerdigung Sorge tragen. Die Beerdigungskosten hat derjenige zu bestreiten, welcher nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Pflege und Versorgung des verbliebenen Kindes verpflichtet war (§ 8).

Aus dem Landeswaisenfonde werden diese Kosten nie bestritten.

§ 11.

Legitimationsurkunden des Kindes.

Für einen jeden Bögling des Landeswaisenfondes müssen der Tauf- (Geburts-) und der Heimatschein verschafft werden, sofern das Kind dieselben noch nicht besitzt.

Diese beiden Legitimationsurkunden hat die Anstaltsleitung während der Zeit, durch welche das Kind die Unterstützung des Landeswaisenfondes genießt, sorgfältig aufzubewahren.

§ 12.

Anzeigen über den Eintritt, Austritt und das Ableben des Kindes.

Die Anstaltsverwaltung hat in jedem Falle, wenn das Kind in die Anstaltspflege mit Unterstützung des Landeswaisenfondes eintritt, sowie wenn es die Anstalt verläßt oder dortselbst stirbt, dem Landesauschusse darüber unverzüglich eine Anzeige zu erstatten, welche nach den beiliegenden Mustern a und b zu verfassen ist (§ 20). Bei Todesfällen muß der Sterbetag durch das zuständige Pfarramt, bzw. durch die zuständige Matrikenführung beglaubigt und die Todesursache angegeben werden.

Die „Anzeigen“ hat immer auch diejenige Person auf der hiezu bestimmten Stelle des Formulars eigenhändig zu fertigen, welche das Kind der Anstalt unmittelbar übergeben (Muster a) bzw. von der Anstalt übernommen hat (Muster b).

Anstalten, welche sich im Sprengel der kgl. Landeshauptstadt Prag und der Stadt Reichenberg befinden, legen alle „Anzeigen“ dem Landesauschusse unmittelbar vor; die übrigen Anstalten jedoch haben dieselben im Wege des Bezirksauschusses vorzulegen, in dessen Sprengel sie ihren Sitz haben.

Die Gemeinde- und Bezirksanstalten legen alle „Anzeigen“ (Muster a, b, c, d) unmittelbar dem Bezirksauschusse vor, die Vereins- (Privat-) Anstalten haben jedoch dieselben im Wege des Gemeindeamtes derjenigen Gemeinde einzubringen, in deren Gebiete sie liegen; die Leitung der Anstalt hat das Gemeindeamt immer ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß die „Anzeige“ nach Vormerkung an den Bezirksauschuß unverzüglich weiter zu leiten ist.

Bei der Ausfüllung, Datierung und Fertigung aller „Anzeigen“ ist die möglichste Sorgfältigkeit anzuwenden.

Der Bezirksauschuß ist gemäß §§ 5 und 6 der am 23. März genehmigten und am 16. April 1904, sub U. Z. 22.925 herausgegebenen Instruktion verpflichtet, die „Anzeige“ in seine Evidenzbogen sofort einzutragen und dieselbe sodann dem Landesauschusse schleunigst vorzulegen.

Unvollständige, unrichtige oder nicht gefertigte „Anzeigen“ hat der Bezirksauschuß der Anstaltsverwaltung zur unverzüglichen Ergänzung bzw. Richtigstellung zurückzustellen.

§ 13.

Krankenhausanzeigen.

Die Leitung der Anstalt hat gelegentlich der Übergabe des Kindes in ein Krankenhaus die Verwaltung desselben gehörig aufmerksam zu machen, daß das Kind aus dem Landeswaisenfonde unterstützt wird, und zugleich hierüber eine „Krankenhausanzeige“ (Muster c) an den Landesauschuß ohne Verzug zu richten, ohne abzuwarten, bis das Kind aus dem Krankenhause zurückkehren und die Gesamtdauer der Krankenpflege bekannt sein wird.

Sobald jedoch das Kind das Krankenhaus verläßt oder dort selbst stirbt, soll die Anstaltsleitung darüber eine „Krankenhausanzeige“ (Muster d) dem Landesauschusse unverzüglich einsenden.

Alle diese Krankenhausanzeigen (c und d) müssen von der Verwaltung des Krankenhauses, im Sterbefalle auch von der zuständigen Pfarr-(Matriken-) Behörde mitbestätigt werden, was die Anstaltsleitung selbst zu besorgen hat.

§ 14.

Vierteljährige Verpflegskostenliquidationen.

Liquidationen über Verpflegskostenersätze, betreffend die mit Unterstützung des Landeswaisenfondes in der Anstalt erzogenen Kinder, hat die Anstaltsverwaltung — die in Prag und Reichenberg liegenden Anstalten ausgenommen — im Wege des zuständigen Bezirksauschusses dem Landesauschusse vorzulegen und zwar stets nach Ablauf einzelner Vierteljahre, d. i.

für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März am 1. April l. J.,

für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni am 1. Juli l. J.,

für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September am 1. Oktober l. J.

und für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember am 1. Jänner des nächstfolgenden Jahres.

Diese Liquidationen sind genau nach Muster e zu verfassen.

In den Liquidationen ist auf Grund des pro Tag und Kopf vereinbarten Beitrages die faktische, durch Verpflegung aller während des verflossenen Vierteljahres in der Anstalt mit Unterstützung des Landeswaisenfondes erzogenen Kinder entstandene Gebühr zu berechnen.

Die immer gehörig zu datierenden Liquidationen müssen enthalten:

1. Unterschriften der dazu berechtigten und verpflichteten zwei Funktionäre und zwar bei Gemeinde- und Bezirksanstalten die Unterschrift des betreffenden Gemeindevorstehers oder Bezirksobmannes (oder deren Stellvertreter) und die Unterschrift des Anstalts-Direktors (Verwalters), bei den übrigen Anstalten (Vereins-, Privatanstalten) die Unterschriften des statutenmäßig bestellten (Vereins-)Vertreters und des Leiters (Verwalters) der Anstalt;

2. den Abdruck des Amts- bzw. Anstaltsiegels (Vereinsiegels).

Die Kinder sind in den Liquidationen immer in strenger alphabetischer Ordnung, ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht, anzuführen.

Diese Liquidationen werden auf Grund des Waisenkatasters bei der kgl. böhmischen Landesbuchhaltung geprüft, worauf der Landesauschuß den betreffenden adjustierten Betrag bei der kgl. böhmischen Landeskassa in Prag zur Auszahlung anweisen wird. Die Anstaltsleitung erhält sodann diesen Betrag von der genannten Kassa gegen Quittung (§ 15) entweder unmittelbar oder per Post ausbezahlt.

§ 15.

Die Quittung.

Die genau nach Muster f zu verfassenden Quittungen dürfen nicht vorzeitig mit der Liquidation vorgelegt werden, sondern erst dann, bis die Anstaltsleitung vom Landesauschuße schriftlich verständigt wird, daß die Liquidation geprüft und der adjustierte Betrag bei der kgl. böhmischen Landeskassa zur Auszahlung angewiesen worden ist.

§ 16.

Über die Dauer des Genußes des Erziehungsbeitrages.

Die Zeit, durch welche der Genuß des Erziehungsbeitrages dauern soll, bestimmt von Fall zu Fall der Landesauschuß.

In der Regel endet der Genuß dieses Beitrages mit Erreichung des 14. Lebensjahres, er kann jedoch ausnahmsweise auch für weitere Zeit belassen werden, wenn das Kind nach erreichtem 14. Lebensjahre noch außer Stande ist, sich selbst zu ernähren, und wenn zugleich nicht auf eine andere Weise um seinen Lebensunterhalt und seine praktische Erziehung vorgesorgt ist.

Es endet jedoch der Genuß des bewilligten Erziehungsbeitrages ausnahmslos mit zurückgelegtem 18. Lebensjahre des Kindes.

Die Anstaltsleitungen haben jenen Tag sorgfältig in Evidenz zu führen, an welchem der Zögling des Landeswaisenfondes dieses Lebensalter erreicht.

Sollte ein Pflegling des Landeswaisenfondes aus der Anstalt statutenmäßig entlassen werden, so ist hierüber der Landesauschuß rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, um das zur anderweitigen Versorgung und Erziehung des Kindes Notwendige eventuell verfügen zu können.

§ 17.

Periodische Berichte über das Ergehen und Fortkommen der unterstützten Kinder.

Die Verwaltung der Anstalt ist verpflichtet, dem Landesauschuße im Wege des zuständigen Bezirksauschusses vierteljährig, separate Berichte über die Verhältnisse der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder zu erstatten, insbesondere über ihren Schulbesuch, Fortgang, sittliches Betragen

und Gesundheitszustand, welche Berichte nach beiliegendem Muster h, und zwar nach Bedarf mit geeigneten Anträgen betreffend die weitere Erziehung und Verpflegung der Kinder.

Diese Berichte sind nach Ablauf eines jeden Schul-Quartalsjahres vorzulegen.

Nach Ablauf des Schuljahres hat die Anstaltsleitung die Schulzeugnisse der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Pfleglinge dem Bezirksaussschuße alljährlich zur Einsicht vorzulegen. Ausnahmen von dieser Regel werden mit Rücksicht auf die Art und den Zweck einzelner Anstalten vom Landesaussschuße bewilligt (Sanatorien u. a.).

Anstalten in Prag und Reichenberg legen diese Berichte dem Landesaussschuße unmittelbar vor.

§ 18.

Aufsichtsrecht der autonomen Behörden.

Die unmittelbare Zentralaufsicht auf die Erziehung der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Pfleglinge in einzelnen Anstalten übt der Landesaussschuß in Gemäßheit des § 12 des Gesetzes vom 29. Oktober 1902, LGB. Nr. 78, durch den Landesaussschußbeisitzer (Referenten) sowie die der Verwaltung dieses Fonds zugeteilten Konzepts-, erforderlichen Falles auch Rechnungsbeamten aus.

Indem die genannten Organe zu diesem Behufe von Zeit zu Zeit Inspektionen vornehmen, sind sie berechtigt, in die Rechnungsbücher und Rechnungen, sowie in die wirtschaftliche Verwaltung der Anstalt Einsicht zu nehmen und alle aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder sich vorstellen zu lassen; ferner sind sie befugt, Lokalitäten, Kost, Kleider, Wäsche, Schuhe, Betten zc. einer Besichtigung zu unterziehen und falls sie Mängel vorfinden, die zur Beseitigung derselben notwendigen Verfügungen zu treffen.

Zur ständigen direkten Beaufsichtigung der Gemeinde- und Bezirkswaisenhäuser, bei welchen Stipendien des Landeswaisenfondes bestehen, bestellt der Landesaussschuß eigene Vertrauensmänner (Vertreter), welchen gleiche Befugnisse mit den erwähnten Organen des Landesaussschusses zustehen.

Zwecks Erleichterung dieser Aufsicht hat jede Anstalt ein Verzeichnis der aus dem Landeswaisenfonde unterstützten Kinder nach beiliegendem Muster g zu führen.

§ 19.

Jahresberichte der Anstalten.

Die Anstaltsleitung hat einen Jahresbericht über die Gesamttätigkeit der Anstalt alljährlich in 2 Exemplaren dem Landesaussschuße vorzulegen, welcher auch einen übersichtlichen Auszug aus den Jahresrechnungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie einen Ausweis des beweglichen und unbeweglichen Vermögens und der Passiva der Anstalt enthalten soll; in diesem Auszuge aus den Jahresrechnungen müssen auch jene Beträge, welche im Laufe der betreffenden Rechnungsperiode der Anstaltsverwaltung aus dem Landeswaisenfonde ausbezahlt wurden, einzeln unter Angabe der Artikel des Einnahmenjournals, sowie des Tages, an welchem die Anstaltskassa diese Beträge tatsächlich in Empfang genommen hat, ausgewiesen werden.

§ 20.

Druckorten.

Die Druckorten Muster a, b, c, d, e und h werden vom Landesaussschuße unentgeltlich ausgefolgt.

§ 21.

Die Anstalten haben die Bestimmungen dieser Instruktion zu beachten.

Alle öffentliche wie private Anstalten (Vereinsanstalten), welche Kinder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes in ihre Pflege aufnehmen, übernehmen auch die Verpflichtung bezüglich dieser Zöglinge die Bestimmungen dieser Instruktion zu beachten.

§ 22.

Über Zöglinge, welche sich an Fach- oder Mittelschulen ausbilden.

Bezüglich der Zöglinge, welche mit Unterstützung des Landeswaisenfondes eine Gewerbe-, Handels-, Handwerkerschule, landwirtschaftliche Lehranstalt oder andere Fachschule besuchen und welche mit Zustimmung des Landesausschusses in einer Anstalt untergebracht und verpflegt werden, gelten die Bestimmungen der über die aus dem Landeswaisenfonde errichteten Schülerstipendien erlassenen Instruktion (genehmigt mit dem Beschlusse des Landesausschusses des Königreiches Böhmen vom 16. August 1905, Z. 87.161).

Den vierteljährigen Liquidationen muß in diesem Falle die Bestätigung der Direktion (Leitung) der betreffenden Lehranstalt beigelegt werden, daß der Stipendist die Schule tatsächlich fleißig besucht. Diese Bestätigung kann entweder in der Liquidation selbst geschrieben oder als eine separate Beilage zu der betreffenden Post der Liquidation beigelegt werden.

Die gemeinschaftlichen Waisenkassen.

Durch die Schaffung des Landeswaisenfondes auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1901, RGBl. Nr. 62, sind auch bei uns die kumulativen Waisenkassen wieder mehr ins öffentliche Interesse gerückt worden und es dürfte nicht unangebracht sein, das Wesen derselben kurz zu beleuchten.

Die gemeinschaftlichen Waisenkassen entstammen den Zeiten der Patrimonialgerichtsbarkeit. Mit der kaiserlichen Verordnung vom 9. November 1858 wurden sie dem Organismus der österreichischen Justizverwaltung einverleibt und erhielten eine vollständig neue Gestalt.

Bei uns in Böhmen dürften die Waisenkassen zu Beginn des 18. Jahrhunderts entstanden sein. Sicher bestanden sie bereits zur Zeit des Robotpatents (27. Jänner 1738), denn wir lesen im Artikel 28 desselben: „Die Waisenamts-Unkosten sind nicht von der Kontributions-, sondern von der Waisencasse zu tragen.“*)

Doch bestanden solche Waisenkassen lange Zeit hindurch nur auf dem flachen Lande, weil in den Städten nach dem Böhmischem Stadtrecht von 1579 (D. 7, § 4), sowie nach der Instruktion für die königl. Leibgeding-Städte vom 2. März 1651 das Waisenvermögen nicht bei der Obrigkeit zu deponieren war, sondern in der Verwaltung des Vormunds verblieb. Die jüdischen Pupillengelder waren nach einer Verordnung vom Jahre 1749 nicht in einer Waisencasse, sondern in der Landescasse der Stände Böhmens gegen auszustellende Obligation und Verinteressierung anzulegen.**)

*) Codex Austr. Tom. III, pag. 788.

**) Österr. Statistik, Band XXX.

Nach der Darstellung des Hofdekretes vom 11. Feber 1790 wurden in den Waisenkassen die Barschaften sämtlicher Pflegebefohlenen in der Rentamtskassa gesammelt und den ansuchenden Gutsuntertanen gegen Zinsen und hypothekariſche Sicherſtellung als Darlehen gegeben. Dieſe Kassen waren für das flache Land damals von ganz beſonderem Vorteile u. zw. nicht nur für die Untertanen des Gutsherrn, denen langfriſtige Darlehen zur Verſügung ſtanden, die Vormünder, die der Sorge einer zweckentſprechenden, ſicheren Verwaltung der Mündelgelder überhoben waren, ſondern auch für die Gutsherrn ſelbſt, die im Wege der Waisenkassen ihren Untertanen eine regelmäßige Erfüllung ihrer Abgabepflichten ermöglichten.

In die Waisenkassen wurden allmählich auch andere Gelder privater Herkunft und Stiftungen, ja ſelbſt Gemeindegelder hinterlegt.

Zahlreiche Hofdekrete befaſſen ſich von 1790 ab mit den Waisenkassen.

Das günſtige Urteil, das der Staat von den Waisenkassen hatte, ſchlug jedoch allmählich ins Gegenteil um, da allmählich große Unzukömmlichkeiten bei der Verwaltung der Kassen eingetreten waren. Inſolgedeſſen wurde im Jahre 1812 dekretiert: „Alle Pupillar-Inſtanzen haben die Waiſenkapitalien, ſoweit es die Größe des Betrages nur immer zuläßt, auf die eigenen Namen der Pupillen abgeſondert und nicht auf den Namen der Waiſenkasse anzulegen.“ Doch wurde dieſe Verordnung nicht in Praxis umgeſetzt; die Waisenkassen blieben nach wie vor in herrſchaftlicher Verwaltung.

Das Jahr 1848 brachte mit ſeiner vollſtändigen Umwälzung auf wirtſchaftlichem, ſtaatlichem und ſozialem Gebiete auch für die Waisenkassen neue Verhältniſſe. Prinzipiell wurde die gänzliche Abſchaffung der gemeinſchaftlichen Waiſenkassen beſchloſſen — durchgeführt wurde ſie allerdings nicht. Im Gegenteile: nach einem kurzen Rückgange erhob ſich das Inſtitut der Waisenkassen bald aufs neue zu einer heute noch nicht abgeſchloſſenen Weiterentwicklung. Die Haupturſache ihrer Erhaltung war die durch die Grundentlaſtung und die ganzen politiſchen Verhältniſſe ſo ungeahnt geſteigerte Nachfrage nach Kredit auch auf dem Lande. Der landwirtſchaftliche Grundbeſitz war um die Mitte der fünfziger Jahre in die ärgſte Kreditnot geraten. Auf Grund der kaiſ. Verordnung vom 9. November 1858, RGW. Nr. 205, wurde die kumulative Anlegung des Waiſenvermögens „im Intereſſe der Pflegebefohlenen und des landwirtſchaftlichen Kredits“ neuerdings u. zw. auch in jenen Kronländern angeordnet, in welchen ſie biſher noch nicht beſtanden hatte. Nach der oben- zitierten Verordnung ſollten die Gerichte:

a) In Hinfuht die Barschaften der neu zuwachſenden Pupillen und Kuranden ihres Sprengels, wenn ſie nicht nach den beſtehenden Geſetzen zweckmäßiger für dieſelben abgeſondert fruchtbringend zu machen ſind, in einer gemeinſchaftlichen Waiſenkassa anlegen, zu deren Verwaltung die Steuerämter beſtimmt wurden.

b) Die Barschaften dieſer gemeinſchaftlichen Waisenkassen mit Beſchleunigung fruchtbringend auf Hypotheken gegen geſetzliche Sicherheit und nur wenn ſolche Hypotheken nicht zu erlangen ſind, auf eine andere geſetzliche zuläſſige Art anlegen.

In den nachfolgenden Ländern wurden auch trotz der kaiſ. Verordnung vom 9. November 1858 keine gemeinſchaftlichen Waisenkassen eingerichtet: Dalmatien, Küſtenland, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol und Vorarlberg.

In Salzburg und der Bukowina wurden Versuche gemacht, die jedoch zu keinem Erfolge führten, so daß daselbst gegenwärtig keine Waisenkassen mehr bestehen.

In Oberösterreich funktionieren die Waisenkassen in 16 Bezirken, in Galizien bestehen gegenwärtig 125 solcher Kassen.

Kräftig weiterentwickelt haben sie sich bloß in Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien.

Von neueren Verordnungen betreffend die Waisenkassen sind noch hervorzuheben: Gesetz vom 18. März 1876, RGBl. Nr. 51: der kleinste Betrag, von welchem an die Waisenkassen Zinsen zu vergüten haben, wird von zwanzig auf fünf Gulden herabgesetzt. Die Forderungen der Pflegebefohlenen sind mit dem Zinsfuß der verliehenen Gelder zu verzinsen.

Verordnung des Justizministeriums vom 28. November 1885, Z. 19.519 und vom 8. Mai 1887 (RMBl. Nr. 18): die im Sprengel eines Oberlandesgerichtes befindlichen Waisenkassen dürfen einander gegenseitige mit 5 Prozent zu verzinsende Darlehen gewähren.

Die Zahl der Waisenkassen in Böhmen betrug im Jahre 1901 219, die Anzahl der Pflegebefohlenen 130.576; auf eine Waisenkassa entfielen durchschnittlich 596 Pfleglinge.

Die Summe der Aktiven der Waisenkassen in Böhmen betrug 1901 K 116,848.828. Davon entfielen in Prozenten der Aktiva auf

Hypothekendarlehen	81·1%
öffentl. Obligationen	17·6%
laufende Zinsen	0·3%
Vorschüsse und verschiedene Einnahmen	0·2%
Kassabarschaft	0·8%

Die von den Waisenkassen gewährten Darlehen fließen vorzugsweise dem kleineren Grundbesitz zu. Der Stand der Hypothekendarlehen betrug bei uns im Jahre 1901 K 94,718.037, die Zahl der Hypothekarschulden 40.217; es entfielen daher durchschnittlich auf einem Schuldner K 2355.

Jener Teil der Waisengelder, welcher nicht im Hypothekendarlehen unterzubringen ist, wird in gesetzlich zu dieser Anlage bezeichneten Papieren angelegt; auf diese Art waren im Jahre 1901 K 20,541.000 angelegt.

In Sparkassen wurde seitens der böhmischen Waisenkassen nur ein ganz geringer Betrag angelegt zum Unterschiede von Galizien, wo diese Art der Anlegung den Vorzug hat. Auf einen Pflegebefohlenen entfielen in Böhmen durchschnittlich K 768 (1901).

Der Zinsfuß der Waisenkassen beträgt bei uns gegenwärtig 4%.

In rechtlicher Hinsicht wäre noch zu erwähnen, daß die Waisenkassen keine staatlichen Anstalten sind, sondern daß sie als juristische Personen u. zw. als öffentliche Genossenschaften aufgefaßt werden müssen.

Der Gebarungsüberschuß der kumulativen Waisenkassen ist als Reservefond zu behandeln und zunächst zur Deckung etwa sich ergebender Abgänge oder Auslagen heranzuziehen.

Dieser Gebarungsüberschuß betrug in Böhmen am Ende des Jahres 1901 K 15.402.068 d. i. 15·2% der Forderung der Pflegebefohlenen.

Um diese Gebahrungsüberschüsse hat ein jahrelanger Kampf stattgefunden. Es ist insbesondere dem kräftigen Eintreten Sr. Excellenz des Herrn Dr. Ernst von Koerber und Sr. Excellenz des Freiherrn von Spens-Booden zu verdanken, daß dieselben vorläufig für 10 Jahre (von 1901—1910) den Ländern zur Pflege und Erziehung armer Waisen zugewiesen wurden.

Das diesbezügliche Reichsgesetz lautet:

Gesetz vom 3. Juni 1901 betreffend die Verwendung von Teilen der Gebahrungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die in Böhmen, Mähren, Schlesien, Österreich unter der Enns, Österreich ob der Enns, Salzburg und in Galizien bestehenden gemeinschaftlichen Waisenkassen haben während der Jahre 1901 bis einschließlich 1910 alljährlich von der Gesamtsumme ihrer Gebahrungsüberschüsse, die sich bis zum Schlusse des jeweils zweitvorausgegangenen Jahres nach den genehmigten Jahresausweisen ergeben, eine Prozentualquote an die betreffenden Länder abzuführen.

Der Prozentsatz dieser Quote hat $\frac{1}{10}$ Prozent weniger zu betragen, als der bei der Waisenkasse am Schlusse des Ausweisjahres vorschriftsmäßig bestandene Zinsfuß. Von den hienach sich ergebenden Beträgen ist jedoch ein Regiekostenbeitrag von zwei Prozent in Abzug zu bringen und als Staatseinnahme zu verrechnen.

§ 2. Die gemäß § 1 den Ländern überwiesenen Beträge sind zur Pflege und Erziehung armer Waisen bis zur Zurücklegung des achtzehnten Lebensjahres, sowie verwahrloster oder verlassener Kinder zu verwenden, wobei die Waisen von im Kriege oder sonst in unmittelbarer Ausübung des Wehrdienstes um das Leben gekommenen Militärpersonen vorzugsweise Berücksichtigung zu finden haben.

Die näheren Bestimmungen hierüber bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten.

§ 3. Sollte sich bei einer gemeinschaftlichen Waisenkasse ein durch deren Reservefonds nicht gedeckter Verlust ergeben, so ist der Fehlbetrag aus den Gebahrungsüberschüssen anderer gemeinschaftlicher Waisenkassen des betreffenden Landes zu decken.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Mit dessen Vollzug sind Meine Minister der Justiz, des Innern, für Kultus und Unterricht und der Finanzen beauftragt.

Wien, 3. Juni 1901.

Franz Josef m. p.

Koerber m. p.

Böhm m. p.

Spens m. p.

Hartel m. p.

In Ausführung dieses Gesetzes sind die nachstehenden Landesgesetze erlassen:

1. Niederösterreich, Gesetz v. 29. August 1901, LGB. Nr. 42;
2. Oberösterreich, Gesetz v. 29. Jänner 1902, LGB. Nr. 13;
3. Mähren, Gesetz v. 29. Jänner 1902, LGB. Nr. 29;
4. Schlesien, Gesetz v. 24. Oktober 1902, LGB. Nr. 58.
5. Böhmen, Gesetz v. 29. Oktober 1902, LGB. Nr. 78;

Das böhmische Landesgesetz lautet:

Nr. 78.

Gesetz vom 29. Oktober 1902.

gültig für das Königreich Böhmen,

womit nähere Bestimmungen über die Verwendung der dem Königreiche Böhmen in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RGB. Nr. 62, überwiesenen Teile der Gebahrungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen erlassen werden.

Über Antrag des Landtages Meines Königreiches Böhmen finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Der Anteil an den Gebahrungsüberschüssen der gemeinschaftlichen Waisenkassen, welcher dem Königreiche Böhmen in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RGB. Nr. 62, überwiesen wird, bildet den Landeswaisenfond des Königreiches Böhmen.

§ 2.

Der Landeswaisenfond ist zur Pflege und Erziehung von Waisen bis zum zurückgelegten achtzehnten Lebensjahre, sowie von verwahrlosten und verlassenen Kindern zu verwenden, die in einer Gemeinde des Königreiches Böhmen heimatständig sind, und auf Grund des Gesetzes über Armenpflege den Anspruch auf Versorgung aus öffentlichen Mitteln besitzen.

Hiebei haben Waisen von im Kriege oder sonst in unmittelbar er Ausübung des Wehrdienstes um das Leben gekommenen Personen vorzugsweise Berücksichtigung zu finden.

§ 3.

Als Waisen im Sinne des § 2 werden auch arme, halbverwaiste Kinder angesehen, welche einen Elternteil entbehren, während der andere nicht in der Lage ist, ihnen den nötigen Unterhalt und Erziehung angedeihen zu lassen.

§ 4.

Zu den von den Eltern verlassenen Kindern gehören namentlich auch Kinder, deren ein Elternteil unbekannt oder verschollen, der andere dagegen nicht im stande ist, ihnen den nötigen Unterhalt und Erziehung angedeihen

zu lassen, ferner Findlinge, welche der Findlingspflege nicht mehr theilhaftig sind, und für welche anderweitig nicht vorgesorgt ist, sowie auch solche Kinder, deren Eltern wegen Mißhandlung derselben verurteilt wurden und deren Vater der väterlichen Gewalt verlustig erklärt wurde, oder Kinder, gegen deren Vater eine der in dem § 178 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Verfügungen getroffen wurde.

§ 5.

Die Eltern der verwahrlosten und verlassenen Kinder sind verpflichtet die Pflege- und Erziehungskosten für ihre Kinder dem Landeswaisenfonde zu vergüten, wenn sie nach dem bürgerlichen Rechte zu ihrer Erhaltung verhalten werden können.

§ 6.

Die Entscheidung über die Pflege und Erziehung auf Kosten oder mit Unterstützung des Landeswaisenfondes steht dem Landesauschusse zu, der auch die Art der Erziehung und Versorgung der Pfleglinge nach Maßgabe der in dem gegenwärtigen Gesetze bestimmten Regeln festsetzt.

§ 7.

Unmündige, körperlich und geistig gesunde und moralisch unbescholtene Kinder sind, inso lange sie sich nicht einem bestimmten praktischen Berufe widmen, womöglich ordentlichen Pflegeeltern gegen angemessene, vom Landesauschusse festgesetzte Gebühren anzuvertrauen.

Die Art der Erziehung von mündigen Kindern vom 14. bis zum 18. Lebensjahre bestimmt der Landesauschuß im Einvernehmen mit den nach den geltenden Gesetzen hiezu berufenen Organen.

§ 8.

Auf Kosten des Landeswaisenfondes können Kinder in die Pflege und Erziehung von öffentlichen und Privatanstalten übergeben werden, wenn der Landesauschuß diese Versorgungsart für angemessen findet.

§ 9.

Zur Erziehung und Pflege von nicht gefunden, namentlich siechen, schwachsin nigen, blinden, taubstummen Kindern und von moralisch verwahrlosten Kindern sind in der Regel geeignete Fachanstalten zu verwenden.

§ 10.

Sofern es zur erfolgreichen Pflege und Erziehung der im § 2 bezeichneten Kinder an ordentlichen Anstalten fehlt, bleibt es der Landesvertretung überlassen, solche Anstalten aus den Mitteln des Landeswaisenfondes zu errichten.

Zugleich wird es der Landesvertretung überlassen, die Gründung und Erhaltung derartiger Anstalten aus dem Landeswaisenfonde zu unterstützen und in solchen Fällen, wo zwar Anstalten dieser Art im Königreiche Böhmen bestehen, wegen Mangel an Mitteln jedoch ihre Thätigkeit nicht in einem solchen Umfange entwickeln können, wie es dem tatsächlichen Bedarfe entsprechen würde, diesen Anstalten behufs Ausgestaltung Unterstützungen zu gewähren.

In diesen Fällen ist dem Landesauschusse ein gebührender Einfluß auf die Verwaltung der betreffenden Anstalt zu sichern.

§ 11.

Den Landeswaisenfond und die auf Kosten desselben errichteten wohlthätigen Anstalten verwaltet der Landesauschuß nach Maßgabe der Bestimmungen der Landesordnung und der geltenden Instruktionen und erstattet darüber alljährlich einen Bericht dem Landtage des Königreiches Böhmen.

§ 12.

Der Landesauschuß hat darauf zu achten, daß die zur Gänze oder teilweise auf Kosten des Landeswaisenfondes gepflegten Kinder ordentlich erzogen und womöglich in den Stand gesetzt werden, sich selbständig zu ernähren.

Diese Aufsicht übt der Landesauschuß durch Vermittlung der Bezirks- und Gemeindevertretungen, denen es obliegt, den Landesauschuß in der Durchführung dieser Aufgabe zu unterstützen, sowie durch eigene Organe.

§ 13.

Dem Landesauschusse ist die Erlassung von Instruktionen behufs ordentlicher und zweckdienlicher Durchführung dieses Gesetzes vorbehalten.

§ 14.

Durch das gegenwärtige Gesetz wird das der Staatsverwaltung durch die geltenden Gesetze gewährleistete Aufsichtsrecht nicht berührt.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit dessen Vollzuge ist Mein Minister des Innern beauftragt.

Wien, am 29. Oktober 1902.

Franz Josef m. p.

Koerber m. p.

Über die in den deutschen Gerichtsbezirken Böhmens bestehenden Waisenfassen wird folgende Übersicht angeschlossen:

Gerichtsbezirk	Zahl der Pflege- befohlenen	Forderungen der Pflegebefohlenen		Verzinstliche Darlehen von anderen Waisenfassen	Rein- gewinn für 1901	Erbauungs- überschüsse mit Ende 1901	Vebfuhr an den Landes- waisenfonds 1906
		an Kapital	an Zinsen				
		K	K	K	K	K	K
Kreisgerichtsprengel Böhmen-Leipa:							
Böhm.-Ramitz	135	184.266	667	—	1.804	43.935	1.455
Böhm.-Leipa	461	723.945	6.874	86.900	11.787	241.112	9.585
Danba . . .	122	148.098	1.307	8.000	1.489	29.546	1.193
Heida . . .	36	31.629	367	—	1.417	34.600	1.306
Hainespach . . .	574	724.973	7.736	—	11.628	307.458	11.685
Niemetz . . .	433	413.575	2.552	9.800	3.198	67.553	2.628
Rumburg . . .	178	255.388	2.304	9.700	7.000	165.921	6.292
Schludena . . .	181	365.012	4.081	—	5.720	132.333	4.965
Wernsdorf . . .	804	978.169	11.370	647.200	8.550	175.612	6.581
Zwickau . . .	269	275.702	2.293	64.200	4.399	91.378	3.631
Summe .	3.193	4.100.787	39.551	825.800	56.993	1.289.447	49.321
Kreisgerichtsprengel Brüx:							
Bilin . . .	463	412.502	4.506	70.980	1.818	26.825	1.231
Brüx . . .	1.157	1.806.803	14.363	74.320	6.106	70.055	3.030
Duppau . . .	287	205.344	1.084	12.500	1.046	11.678	533
Dux . . .	998	709.164	9.981	—	9.225	207.414	8.428
Görfau . . .	397	375.903	5.136	64.200	2.742	59.794	2.403
Jechitz . . .	335	194.601	1.449	24.300	1.540	28.858	1.195
Kaaden . . .	528	692.480	11.359	35.300	3.469	61.480	2.763
Komotau . . .	486	574.703	5.202	32.140	4.420	85.896	3.808
Podersam . . .	358	566.381	7.073	—	3.927	63.597	2.743
Postelsberg . . .	221	225.228	2.369	36.300	1.394	27.997	1.074
Preßnitz . . .	537	467.912	3.177	21.000	2.024	46.384	1.822
Saaz . . .	811	1.616.890	14.859	972.080	8.498	177.149	6.839
Sebastiansberg	170	154.574	1.931	9.000	879	16.997	667
Summe	6.947	8.002.485	82.488	1.352.120	47.088	884.124	36.536
Kreisgerichtsprengel Budweis:							
$\frac{1}{2}$ Budweis . . .	655	745.657	7.221	83.800	6.287	136.376	5.211
Gräfen . . .	461	329.689	678	12.300	3.318	64.767	2.715
Hohenfurth . . .	615	321.429	2.486	17.600	3.453	74.410	2.830
Kalsching . . .	310	210.581	739	8.000	1.530	28.341	1.139
Kapliß . . .	755	359.936	—	—	3.774	72.020	3.080
$\frac{1}{2}$ Krumman . . .	241	269.131	963	15.250	3.343	69.106	2.738
Neubistritz . . .	352	176.118	256	20.400	1.476	27.849	1.113
Oberplan . . .	360	388.258	1.667	15.800	4.964	108.170	4.496
$\frac{1}{2}$ Neuhäus . . .	401	256.817	1.552	3.000	1.391	57.020	2.281
Summe .	4.170	3.057.616	15.562	176.150	29.536	638.059	25.603
Kreisgerichtsprengel Chrudim:							
Landstreu . . .	300	483.526	2.492	—	6.133	140.263	5.437
$\frac{1}{2}$ Leitomischl . . .	1.164	676.808	2.998	11.000	6.472	131.208	5.126
$\frac{1}{2}$ Polička . . .	366	188.232	1.114	—	3.443	42.262	1.778
Summe .	1.830	1.348.566	6.604	11.000	16.048	313.733	12.341

Berichtsbezirk	Zahl der Pflege= befohlenen	Forderungen der Pflegebefohlenen		Zerinsliche Darlehen von anderen Zu fassen	Rein= gewinn für 1901	Gebärungs= überschüsse mit Ende 1901	Abfuhr an den Landes= waisenfonds 1906
		an Kapital	an Zinsen				
		K	K	K	K	K	K
Kreisgerichtsprängel Eger:							
Asch	431	907.210	16.795	17.000	3.336	58.349	3.552
Buchau	245	148.364	—	180.880	1.789	33.455	1.337
Eger	395	1.324.276	17.447	103.000	1.699	57.623	3.262
Ellbogen	291	360.832	2.478	—	2.883	49.712	2.094
Falkenau	885	493.977	3.989	22.300	3.201	60.192	2.715
Graslitz	541	841.938	3.525	76.400	1.773	52.658	2.072
Joachimstal	83	108.239	949	4.200	1.178	22.046	877
Karlsbad	302	800.067	12.212	—	2.493	32.310	1.399
Königswart	304	290.016	2.189	—	2.184	25.926	1.132
Ludez	164	212.914	1.669	233.700	5	10.945	437
Marienbad	115	247.776	5.055	—	406	5.737	265
Neudorf	143	216.644	3.124	20.800	580	7.169	331
Petschau	360	287.674	353	38.100	1.982	34.162	1.378
Pfraumberg	262	241.651	397	26.100	1.152	20.801	819
Plan	389	230.636	1.664	—	2.466	67.291	2.627
Platten	181	82.069	358	1.000	803	7.785	311
Tachau	184	207.098	2.643	35.800	1.104	21.796	881
Tepl	243	186.034	1.343	28.000	1.090	16.817	698
Weferitz	368	209.294	1.331	—	958	15.548	629
Wildstein	297	343.219	3.748	58.900	1.561	36.505	1.477
Summe	6.183	7.739.934	81.273	846.180	32.644	636.827	27.293
Kreisgerichtsprängel Jicin:							
Arnan	452	272.440	3.311	13.000	1.511	31.169	1.261
Hohenelbe	229	183.749	1.658	—	384	23.143	959
Maršandorf	319	292.143	3.566	41.700	482	23.387	888
Nechlitz	350	274.077	2.278	120.000	2.442	53.578	2.036
Schälar	74	54.955	40	13.200	633	13.511	505
Trautmann	452	720.806	4.467	470.400	4.998	101.096	3.783
Summe	1.876	1.798.170	15.320	768.300	10.450	245.884	9.432
Kreisgerichtsprängel Königgrätz:							
Braunau	668	651.249	7.890	15.100	3.796	68.590	2.707
Grulich	238	153.021	1.529	41.000	1.977	42.705	1.611
Königinhof	771	361.563	1.868	127.500	2.920	61.246	2.345
Kofitz	518	260.734	2.157	503.798	1.188	26.945	1.047
Wedelesdorf	431	293.246	1.210	302.921	287	2.769	147
Summe	2.676	1.719.813	14.654	990.319	10.168	202.255	7.857
Kreisgerichtsprängel Kuttenberg:							
Steden	326	252.524	2.921	288.600	1.025	20.775	788
Kreisgerichtsprängel Leitmeritz:							
Auscha	509	539.339	2.485	26.900	10.694	240.173	9.170
Auffig	932	1.884.770	20.498	1.024.000	5.558	83.198	3.356
Benjen	202	321.136	2.775	—	8.224	174.964	6.743
Karbitz	392	435.113	3.526	9.100	1.533	28.140	1.253
Leitmeritz	854	1.039.370	13.258	202.200	9.655	200.899	7.852
Lobositz	381	391.249	2.739	—	—	50.721	2.037
Teplitz	1.390	2.392.931	24.315	96.800	10.583	196.492	7.880
Tetschen	975	1.656.280	16.010	86.300	6.938	223.975	8.744
Wegstädtl	442	485.498	2.573	35.300	2.917	63.471	2.557
Summe	6.077	6.195.716	88.209	1.480.600	56.102	1.267.134	49.592

Gerichtsbezirk	Zahl der Pflege- befohlenen	Forderungen der Pflegebefohlenen		Verzinstliche Darlehen von anderen Waisenkassen	Rein- gewinn für 1901	Gebahrungs- überschüsse mit Ende 1901	Abfuhr an den Landes- waisenfonds 1906
		an Kapital	an Zinsen				
		K	K	K	K	K	K
Kreisgerichtsprengel Pilsen :							
Bischsteinitz . . .	656	460.685	2.069	15.000	3.690	36.469	3.116
Hoftau	347	316.458	155	—	2.228	39.917	1.615
$\frac{1}{2}$ Manetin	219	177.581	175	—	1.492	25.858	1.051
Nies	506	414.403	869	31.400	4.615	95.685	3.835
Neuern	748	472.346	851	28.800	7.005	86.679	3.326
Ronsperg	334	147.222	1.064	—	2.823	64.960	2.543
Staab	746	489.145	1.662	2.000	3.580	64.414	1.794
$\frac{1}{2}$ Taus	153	137.750	335	—	797	13.404	573
Tuschkau	365	249.355	2.157	38.900	2.084	39.305	1.610
$\frac{1}{10}$ Pilsen	203	349.944	897	24.780	2.656	70.808	1.742
Summe	4.277	3,214.889	10.059	160.880	30.970	537.500	22.205
Kreisgerichtsprengel Pisek :							
$\frac{1}{2}$ Bergreichen- stein	180	96.645	48	—	338	4.056	168
Hartmanitz . . .	586	117.389	191	44.300	—	15.241	581
$\frac{1}{2}$ Prachatz . . .	123	76.939	416	—	417	5.654	235
Wallern	135	80.366	350	16.000	436	8.331	327
Winterberg . . .	659	193.184	95	—	1.565	27.751	1.127
Summe	1.683	564.523	1.100	60.300	2.756	61.033	2.438
Kreisgerichtsprengel Reichenberg :							
Friedland	310	759.846	4.948	7.000	12.668	280.666	10.912
D.-Gabel	245	327.867	1.383	—	3.543	80.471	3.049
Gablonz	820	1,161.120	13.668	301.500	5.560	112.234	4.298
Kraßau	178	312.313	2.057	—	1.999	41.338	1.639
Reichenberg . . .	1.239	1,888.557	19.895	199.600	11.321	245.035	9.934
Tannwald	718	516.092	3.284	—	2.753	32.249	1.403
Summe	3.510	4,965.796	45.235	508.100	37.845	791.993	31.235
Summarium der Kreisgerichtsprengel :							
Böhm. Leipa . . .	3.193	4,100.787	39.551	525.800	56.993	1,289.447	49.321
Brüx	6.947	8,002.485	52.488	1,352.120	47.088	884.124	36.536
Budweis	4.170	3,057.616	15.562	176.150	29.536	638.159	25.603
Chrudim	1.830	1,338.556	6.604	11.000	16.048	313.733	12.341
Eger	6.183	7,739.934	81.273	846.180	32.644	636.827	27.293
Jein	1.876	1,798.170	15.320	768.300	10.450	245.884	9.432
Königgrätz . . .	2.676	1,719.813	14.654	990.319	10.168	202.255	7.857
Kuttenberg . . .	326	252.524	2.921	288.600	1.025	20.775	788
Leitmeritz	6.077	9,195.716	88.209	1,480.600	56.102	1,267.034	49.592
Pilsen	4.277	3,214.889	10.059	160.880	30.970	537.500	22.205
Pisek	1.683	564.523	1.100	60.300	2.756	61.033	2.438
Reichenberg . . .	3.510	4,965.796	45.235	508.100	37.845	791.993	31.235
Summe	42.748	45,950.809	402.976	7,468.349	331.625	6,888.664	274.641

Reichskommission für Jugendfürsorge in Wien.

In der zweiten Plenarsitzung des I. Österr. Kinderschutzkongresses in Wien wurde der Antrag des Ministerialrates Dr. Hugo Schauer-Wien angenommen:

„Es ist aus dem Kongresse ein ständiger Ausschuß zu wählen, in dem alle Länder vertreten sind und der die Aufgabe hätte, den Zusammenhang in den gemeinsamen Bestrebungen der Jugendfürsorge aufrecht zu erhalten und einen nächsten Kongreß vorzubereiten.“

In Durchführung dieses Beschlusses wurden seitens eines vorbereitenden Komitees Statuten für eine zu gründende Zentralstelle für Jugendfürsorge in Wien entworfen und der behördlichen Genehmigung unterbreitet. Die konstituierende Plenarversammlung der Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge findet am 16. Juni im Festsaale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer statt.

Die genannte Zentralstelle wäre wohl der Kristallisationspunkt für eine Österreichische Reichskommission für Jugendfürsorge.

§ 1. Auf Grund des Plenarbeschlusses des I. österreichischen Kinderschutzkongresses vom 20. März 1907 wird eine „Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ in Wien gebildet.

§ 2. Der Zweck der Zentralstelle ist im allgemeinen, das Interesse für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu verbreiten und die Selbsttätigkeit auf diesem Gebiete zu fördern und zu unterstützen. Insbesondere verfolgt die Zentralstelle das Ziel: 1. einen Mittelpunkt für die bestehenden Fürsorgeorganisationen zu bilden, um dieselben durch Austausch der gemachten Erfahrungen, durch Erteilung von Ansichten, durch gegenseitige Mitteilung der Fortschritte und Erfolge sowie durch Anregungen und Vorschläge zu unterstützen; 2. die gewonnenen Erfahrungen durch Vorschläge für Gesetzgebung und Verwaltung zu verwerten. Die Tätigkeit der Zentralstelle erstreckt sich auf das Gebiet der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder.

§ 4. Die Mitglieder der Zentralstelle bestehen aus: 1. Ehrenmitgliedern; 2. stiftenden Mitgliedern; 3. gründenden Mitgliedern; 4. ordentlichen Mitgliedern. Die Ehrenmitglieder werden von der Vollversammlung der Zentralstelle über Vorschlag des ständigen Ausschusses ernannt. Stiftende Mitglieder sind jene, welche einen einmaligen Beitrag von mindestens tausend Kronen leisten. Gründende Mitglieder sind jene, welche einen Jahresbeitrag von mindestens zweihundert Kronen bezahlen. Als ordentliche Mitglieder können entweder Vereine, andere Körperschaften, Stiftungen oder Einzelpersonen beitreten. Die letzteren können sein: die Mitglieder der öffentlichen Vertretungskörper, die Vertreter und Angehörigen aller Vereine und Anstalten, die sich mit Fragen des Kinderschutzes, der Jugendfürsorge und Kindererziehung beschäftigen, die Funktionäre der Religionsgenossenschaften, ferner Personen, die in öffentlicher oder privater Stellung im Unterrichte und Erziehungsweisen tätig sind, richterliche, staatsanwaltschaftliche und Verwaltungsbeamte, Advokaten, Notare, Ärzte und besonders zur Mitgliedschaft vom ständigen Ausschusse aufgeforderte Personen. Die ordentlichen Mitglieder entrichten einen Jahresbeitrag von zehn Kronen.

27. Vorträge, Konferenzen, Kongresse über Angelegenheiten der Jugendfürsorge.

I. Deutschböhmisches Jugendfürsorgekongress in Prag am 23. und 24. Feber 1907.

(Einberufen von der Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen.)

Der Konferenzbericht ist im Selbstverlage der Zentralstelle erschienen, gegenwärtig jedoch vollständig vergriffen.

I. Österreichischer Kinderschutzkongreß in Wien am 18., 19. und 20. März 1907.

Kongreßschriften (3 Bände) in Kommission bei der Manzischen k. und k. Hofverlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien I., Kohlmarkt 20.

VI. Vollversammlung des Vereins für Zwangserziehung und Fürsorge in Prag am 25., 26. und 27. November 1907.

(Siehe Bericht Seite 235 ff.)

Von Einzelvorträgen aus dem Gebiete der Jugendfürsorge sind weiters hervorzuheben die Arbeiten Dr. Max Lederer's-Winterberg.

Auf Grund einer Einladung der deutschen Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag hielt er am 4. Dezember 1907 in der Produktenbörse einen Vortrag über die amerikanischen Jugendgerichte und deren Einführung in Österreich.

Im Anschlusse daran sprach er am 7. Dezember 1907 im Strafgerichtsgebäude zu Prag darüber, in welcher Weise im Rahmen unserer gegenwärtigen Geseze Frauen im Dienste der Vormundschaftsgerichte gemeinnützig wirken könnten. Das Oberlandesgerichtspräsidium und das Justizministerium gaben nämlich seine Zustimmung zu dem Plane, Frauen als „Vormundschaftspflegerinnen“ zuzulassen. Maßgebend hiefür waren folgende Erwägungen:

Die Bestimmungen des kaiserlichen Patentes vom 9. August 1854, Nr. 208 RSB. betreffend das Verfahren außer Streitsachen, geben nämlich dem Vormundschaftsrichter das Recht, alle die Vorkehrungen zu treffen, welche notwendig sind, um denjenigen Personen, die unter dem besonderen Schutze der Geseze stehen (§ 21 a. BGB.), diesen Schutz auch wirklich ange-deihen zu lassen, und da nach § 178 a. BGB. „jedermann, der von dem Mißbrauch der väterlichen Gewalt, wodurch das Kind in seinen Rechten gekränkt wird, oder von der Unterlassung der damit verbundenen Pflichten Kenntnis hat, berechtigt ist, den Beistand des Gerichtes anzurufen“ und gemäß *argumento a maiori ad minus* gewiß jedermann auch dort, wo eine solche väterliche Gewalt nicht besteht und das Kind in seinen Rechten gekränkt wird, die Hülfe des Gerichtes anrufen kann, ist der Vormundschaftsrichter zweifellos auch berechtigt, Personen zu bestellen, welche darüber wachen, daß die Kinder, die unter dem besonderen Schutze der Geseze stehen, nicht in den ihnen zugesicherten Rechten gekränkt werden. Diese Personen sollen nun Frauen sein, die gewiß mehr Zeit und Fähigkeit haben, über das Wohl der Kinder zu wachen als die Vormünder, die meist durch die Androhung gesetzlicher Strafen zur Übernahme der Vormundschaft genötigt werden müssen. Die Frauen, welche von dem Gerichte mit dieser Aufgabe betraut werden, sollen, da sie das Gesetz von der Übernahme der Vormundschaft ausschließt, als „Vormundschaftspflegerinnen“ Legitimationskarten erhalten, durch welche sie sich den Personen gegenüber ausweisen können, in deren Obhut sich die Mündel befinden. Der vorgeschlagene und vom Justiz-Ministerium genehmigte Wortlaut der Legitimationen lautet:

„Das k. k. Bezirksgericht hat Frau ersucht, sich ^{des} minderjährigen, wohnhaft bei anzunehmen.“ _{der}

Durch den Inhalt dieser formlosen Legitimationskarte ist der erstrebte Zweck erreicht und der Schein eines nach dem Gesetze unzulässigen offiziellen Amtes vermieden. Welches die Rechte der „Vormundschaftspflegerinnen“ sind, läßt sich nicht genau bestimmen, da es eben an einem Gesetze mangelt; doch wird ihnen dies im einzelnen Falle ihr natürlicher Takt angeben und das Vormundschaftsgericht wird sie gewiß in jeder Weise unterstützen. Damit sie aber die zulässigen Grenzen ihrer Tätigkeit nicht überschreiten, wurde den Frauen die Einführung eines Lehrkurses in Aussicht gestellt, durch welchen ihnen die Kenntnis der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Kinder vermittelt werden soll. Der Aufforderung, sich möglichst zahlreich zu dieser gemeinnützigen Arbeit zu melden, kamen viele Frauen nach; ihre Namen wurden in Verzeichnisse zusammengestellt und diese dem Bezirksgerichte, in deren Sprengel die Frauen tätig sein wollen, vorgelegt.

Herr Hofrat und Polizeidirektor Kikawa hat in bereitwilligster Weise seine Zusage gegeben, die Sicherheitsorgane anzuweisen, den Frauen, welche sich durch Legitimationskarten als Vormundschaftpflegerinnen ausweisen werden, in allen Fällen, in welchen es sich um Kinder handelt, jeden gewünschten Beistand zu leisten. Hiedurch ist den Frauen immerhin eine halboffizielle Stellung gesichert und die Grundlage für jene Stellung geschaffen, welcher sie bedürfen werden, wenn die in der Novelle für das Jugendstrafrecht vorgesehene Schutzaufsicht in gleicher Weise wie das vorbildliche amerikanische Probationssystem erfolgreich durchgeführt werden soll.

Am 5. Feber hielt Dr. Lederer in der Wiener juristischen Gesellschaft einen Vortrag über das amerikanische Probationssystem (derselbe ist soeben in Form einer Broschüre im Manzischen Verlage in Wien erschienen).

Am 7. Feber hielt er über Einladung des Vereins „Frauen-Fortschritt“ in der Lese- und Redehalle in Prag einen Vortrag über „Frauen als Stütze der Jugendfürsorge“, in welchem er von dem amerikanischen Probationssystem ausging und in Umrissen die Stellung kennzeichnete, welche nach den Novellen zum bürgerlichen Gesetzbuch und zum Strafgesetze (Jugendstrafrecht) der Frau in der Jugendfürsorge zugeordnet wird.

Am 19. April konnte bereits der in Aussicht gestellte Lehrkurs für Frauen, die sich im Wirkungskreise der Gerichte gemeinnützig betätigen wollen, eröffnet werden. Dieser Lehrkurs, der für alle Frauen, auch für diejenigen, die sich nicht öffentlich der Jugendfürsorge widmen wollen, unentgeltlich zugänglich ist, bringt folgende Vorträge:

Auskultant Dr. Hans Basler: Das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern,

Rechtspraktikant Dr. Otto Treusch-Buttlar: Vormundschaftsrecht, Gerichtsadjunkt Dr. Gustav Anton Fuchs: Erbrecht und Obligationenrecht, Gerichtsadjunkt Dr. Max Lederer: Strafrecht und Strafprozeßrecht, Landesausschuß-Konzipist Dr. Paul Pilz: Gewerbeordnung, Schulrat Neubauer, k. k. Direktor der Lehrerinnenbildungsanstalt: Psychologie und Pädagogik,

Polizei-Konzipist Dr. Otto Sellner: die Wohlfahrtsanstalten für vernachlässigte Kinder in Prag.

Herr Dr. Basler hielt am 23., 28. April und 1. Mai einen Vortragszyklus über das von ihm angekündigte Thema, am 5., 8. und 12. Mai besprach Herr Dr. Treusch Buttlar die geltenden Bestimmungen für Vormundschaftsrecht.

Alle diese Vorträge waren äußerst zahlreich besucht, so daß dieser für Österreich erste Versuch, den Frauen für ihre praktische Tätigkeit die notwendigen theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, als vollkommen geglückt bezeichnet werden kann. Das große Interesse, welches die Frauen diesen Vorträgen entgegenbrachten, beweist, welches Bedürfnis nach der Kenntnis unserer einschlägigen Gesetzesbestimmungen bei den Frauen vorhanden ist.

Die weiteren Vorträge werden im Herbst und im Winter gehalten werden.

Dr. Lederer geht nun daran, für die deutschen Sprengel des Kreisgerichtes Pisek, ferner in Budweis und in Reichenberg durch Vorträge die gleiche Aktion einzuleiten und hofft, daß von Reichenberg aus diese Aktion bei den anderen deutschen Kreisgerichten Eingang findet, so daß wohl bedeutend früher, als die Jugend-Strafrechtsnovelle Gesetzeskraft erhält, bei den deutschen Gerichten Böhmens die für die wirksame Durchführung der überaus bedeutungsvollen Schutzaufsicht die notwendige Organisation geschaffen wird.

28. Statistik.

Erhebungen der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen über den Stand des Armenfonds, deren Erträgnisse, die jährlichen Gesamtausgaben für Armenzwecke und die Zahl der zu unterstützenden Kinder in den deutschen Bezirken Böhmens.

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Kron.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Kron.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gerichtsbezirk Arnau:					Johnsdorf . . .	1.967'94	93'67	10	1
Anseit . . .	460'—	976'—	27	12	Kalwik . . .	1.360'—	120'—	50	2
Arnau . . .	85.660'64	4.464'77	50	12	Kninitz . . .	1.991'—	100'—	31	3
Arnsdorf . . .	954'55	82'—	15	7	Konosjed . . .	10.030'08	1.136'44	29	—
Hermanseifen . . .	—	968'86	15	22	Kuttendorf . . .	2.700'—	140'—	52	—
Kottwitz . . .	7.920'—	1.000'—	20	40	Lewin . . .	5.700'—	761'—	62	8
Mohren . . .	2.890'—	176'25	30	—	Liebeschitz . . .	11.054'76	472'60	45	—
Kleinborowitz . . .	900'—	400'—	50	6	Litschütz . . .	2.500'—	—	30	—
Mönchschorf . . .	1.887'19	144'—	50	11	Littmitz . . .	2.326'40	122'10	20	2
Nils-Döberney . . .	2.448'67	184'57	20	—	Loschowitz . . .	1.121'—	140'54	26	7
Niederöls . . .	7.800'—	841'—	20	3	Ludfa . . .	2.524'—	—	13	—
Oberöls . . .	200'—	271'41	27	1	Madei . . .	1.600'—	120'—	80	2
Pollendorf . . .	—	20'60	40	—	Morgendorf . . .	1.899'09	—	15	—
Nieder- Brauhschütz . . .	—	245'—	25	3	Münster . . .	2.469'11	66'79	40	2
Oberprausnitz . . .	1.712'30	222'18	20	2	Mutke . . .	1.783'—	295'—	38	—
Proschwitz . . .	700'—	629'79	45	18	Naschowitz . . .	2.000'—	250'—	26	4
Switschin . . .	5.321'—	250'91	25	3	Neuland . . .	2.671'33	44'—	40	—
Tschernna . . .	—	297'—	50	43	Nieder-Eicht . . .	3.731'—	48'—	18	—
Summa . . .	118.764'35	11.174'34	—	183	Nieder-Koblitz . . .	5.699'21	65'09	30	—
Gerichtsbezirk Asch:					Ober-Koblitz . . .	892'—	24'—	30	—
Asch . . .	22.131'81	16.174'45	60	53	Ohotta . . .	200'—	—	100	—
Friedensreuth . . .	—	5'20	80	—	Petersdorf . . .	500'—	120'—	28	2
Gottmanns- grün . . .	—	633'—	15	4	Petrowitz . . .	1.064'59	270'—	360'K	1
Haslau . . .	1.601'40	1.870'83	70	10	Prause . . .	1.660'35	69'35	13	—
Hirschfeld . . .	—	—	—	—	Raschowitz . . .	500'—	30'—	15	—
Mähring . . .	—	144'11	763 K 22 h	—	Rein . . .	1.619'29	266'—	66	3
Rassengrub . . .	900'—	160'—	30	3	Roche . . .	2.985'—	151'20	30	—
Neuberg . . .	2.500'—	—	19	32	Nieder- Kzebirze . . .	724'78	22'—	15	—
Neuenbrand . . .	—	—	—	—	Simmer . . .	1.100'—	—	59	—
Niederreuth . . .	—	350'—	20	4	Stalken . . .	910'—	75'23	20	—
Oberreuth . . .	—	240'—	15	2	Sterndorf . . .	1.807'48	144'—	95	2
Rommersreuth . . .	—	120'88	39	—	Straßnitz . . .	925'57	62'17	39	—
Rosbach . . .	19.580'—	2.174'—	60	8	Tancherschin . . .	3.210'—	214'—	15	—
Schilberu . . .	—	230'—	43	2	Tetschendorf . . .	2.600'—	96'—	10	1
Schönbach . . .	—	885'50	74	19	Alt-Thein . . .	1.523'—	—	15	—
Steingrün . . .	—	—	—	—	Tischowitz . . .	2.809'—	208'25	15	—
Wernersreuth . . .	—	450'—	80	6	Trnobrand . . .	1.962'94	40'12	30	—
Summa . . .	46.713'21	23.437'97	—	143	Trzebutschfa . . .	1.756'—	—	40	3
Gerichtsbezirk Aufsa:					Wedlitz . . .	2.846'24	137'15	47	3
Aufsa . . .	8.172'12	2.991'46	45	9	Weißkirchen . . .	3.482'71	60'—	15	—
Bleiswedel . . .	1.628'40	255'44	11	8	Nieder-Weßig . . .	200'—	20'—	24	—
Brzechor . . .	734'38	75'—	36	—	Zierbe . . .	1.540'—	—	80	—
Domaschitz . . .	1.495'11	126'—	27	1	Zöpsnitz . . .	2.150'—	98'—	25	—
Drahobus . . .	1.500'—	180'—	40	6	Summa . . .	121.387'98	11.712'81	—	88
Gießdorf . . .	1.146'64	246'52	15	3	Gerichtsbezirk Auffig:				
Graber . . .	5.670'46	650'—	14	1	Arnsdorf . . .	754'—	77'92	20	—
Haber . . .	400'—	203'69	68	7	Auffig . . .	50.271'—	46.141'—	45	33
Hermsdorf . . .	2.454'—	150'—	40	—	Birnai . . .	413'71	24'43	60	—
Hrobitisch . . .	100'—	144'—	20	4	Böhm.-Potsau . . .	4.471'04	50'—	79	—
Hubina . . .	1.900'—	500'—	60	3	Budowe . . .	1.087'—	—	58	—
Groß-Jober . . .	2.100'—	108'—	15	—	Deutschfahm . . .	2.127'82	34'—	18	—
					Deutsch- Neubörsfel . . .	104'71	10'—	20	—
					Doppitz . . .	400'—	—	30	—
					Dubitz . . .	2.690'—	192'—	50	1

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwede in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Kronen	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwede in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Kronen	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gartitz . . .	495.29	62.—	20	1	Gerichtsbezirk Bensen:				
Gratfchen . .	3.116.34	—	6	—	Algersdorf . .	4.272.61	1.008.09	25	4
Groß-Kaudern .	1.839.—	80.—	12	—	Bensen	18.800.—	3.900.—	30	25
Groß-Briesen .	7.033.70	1.252.—	45	—	Biebersdorf . .	3.442.08	966.79	20	2
Habrowan . . .	2.090.95	127.54	34	—	Blankersdorf . .	4.114.20	325.86	30	3
Hottowies . . .	1.566.—	100.—	118	—	Groß-Bocken . .	415.—	570.—	34	4
Klein-Kaudern .	621.22	25.—	20	—	Klein-Bocken . .	1.910.—	240.—	27	7
Briesen	4.072.46	218.—	5 1/2	1	Dobern	800.—	405.18	24	8
Kojeditz	920.—	—	30	—	Nieder-Ebersdorf .	500.—	279.43	45	—
Kosten	4.040.18	217.70	47	3	Ober-Ebersdorf .	800.—	500.—	40	6
Leinitz	51.04	42.56	—	—	Franzenthal . .	5.765.97	569.12	12	4
Leissen	119.96	40.60	35	—	Güntersdorf . .	1.243.14	466.40	20	4
Leschtine . . .	1.033.60	2.—	—	3	Habendorf . . .	2.021.48	91.74	15	—
Leufersdorf . .	1.130.—	156.34	15	10	Hermersdorf . .	52.92	214.50	20	—
Lieben	200.—	—	3	—	Mertendorf . .	5.565.65	755.57	34	7
Luschwitz . . .	284.46	—	35	—	Parlosa	300.—	120.—	30	—
Malichen . . .	844.—	17.05	158	—	Reichen	6.291.14	666.07	60	13
Mörtan	900.—	365.—	54	—	Alt-Schockau . .	889.—	48.—	20	—
Mosern	570.—	—	30	—	Klein-Schockau .	1.691.—	149.—	23	5
München . . .	1.400.—	—	8	—	Schnau	6.053.78	647.24	33	4
Nemtschen . .	425.—	—	35	—	Schidschel . . .	1.049.43	54.—	218	3
Nestersitz . . .	441.52	188.93	25	—	Voitzdorf . . .	300.—	308.—	32	5
Nestomitz . . .	5.621.09	298.—	23	—	Vernstadt . . .	19.753.45	2.114.40	30	12
Neudörfel . . .	1.460.—	230.38	35	—	Klein-Böhlen . .	474.65	239.64	18	3
Oberjedlitz- Krammel . . .	1.733.—	788.27	40	5	Groß-Böhlen . .	—	—	—	—
Radloschin . .	140.—	100.—	4)	—	Summa	86.535.50	14.669.08	—	119
Postitz	1.366.07	219.86	40	6	Gerichtsbezirk Bilsin:				
Posau	5.403.—	664.—	50	4	Bilsin	45.182.02	14.442.38	40	34
Bünmerle . . .	2.010.38	80.—	15	—	Briesen	2.034.51	144.—	50	—
Prelei	1.090.—	8.—	63 1/3	—	Charwas	1.800.—	100.—	34	2
Brödlitz . . .	14.658.59	470.—	60	13	Hofomitz	9.807.87	221.23	50	—
Dualen	923.44	60.—	50	—	Grobtschitz . . .	9.032.67	369.60	8	5
Reindlitz . . .	1.779.96	—	20	—	Kosel	5.100.—	713.82	45	7
Salefel	400.—	318.—	—	—	Kostenblatt . . .	2.772.62	938.14	40	3
Schöbritz . . .	5.072.22	545.37	25	—	Krzemulch . . .	1.400.—	632.64	80	1
Schwaben . . .	2.103.79	360.—	20	1	Kutterschitz . .	—	16.—	3434K 80 h	—
Schreckenstein	800.—	84.—	46	3	Langgust	4.216.94	438.—	75	7
Seefitz	254.60	90.—	46	—	Liebhausen . . .	8.573.54	1.295.93	121	4
Saubernitz . .	2.121.49	319.82	40	9	Luschnitz	589.34	115.20	22	—
Soblsitz	822.75	30.—	14	—	Meromitz	5.033.36	314 10 743.41	—	4
Spanisdorf . .	400.—	180.—	10	—	Prieschen	4.612.—	4.—	—	—
Slabitsch . . .	72.27	3.—	15	—	Prohn	—	250.—	50	4
Staditz	894.—	100.—	13	—	Radowesitz . . .	20.590.—	358.25	10	4
Steben	1.200.—	50.—	50	—	Schelfowitz . . .	200.—	29.60	59	—
Stöbgen	631.18	60.—	34	—	Schwaz	8.000.—	753.—	40	3
Sudci	1.432.—	18.—	40	—	Sellnitz	4.166.03	367.48	12	3
Groß-Tschochau	939.36	342.74	49	1	Welkenitz . . .	1.200.—	642.70	30	—
Klein-Tschochau	2.000.—	—	26	—	Summa	134.310.93	23.033.48	—	81
Türmitz	22.418.80	2.432.05	75	12					
Wannow	1.078.87	175.—	15	—					
Wittin	384.—	76.—	—	—					
Ziebornitz . . .	600.—	180.—	20	—					
Summa	175.259.86	57.707.14	—	106					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gerichtsbezirk B.-Rammitz:					Quittkau . . .	2.232·96	368·19	37	—
Alt-Ohlisch . . .	263·82	600·—	114	6	Sandau . . .	14.711·98	422·22	37	1
B.-Rammitz . . .	36.836·79	12.274·50	41	12	Schäßlowitz . . .	2.938·90	257·37	56	3
Dittersbach . . .	621·06	295·—	45	3	Schönborn . . .	—	—	—	—
Freudenberg . . .	1.533·50	2.056·63	57	3	Schoffendorf . . .	3.153·—	326·—	47	3
Gersdorf . . .	2.751·83	567·59	32	1	Schwaben . . .	3.785·07	166·—	27	—
Hafel . . .	9.762·17	698·—	29	5	Schwora . . .	3.700·—	430·—	60	12
Hillemühl . . .	4.252·27	757·93	61·5	14	Straußnitz . . .	10.692·42	606·85	51	6
Hohenleipa . . .	1.391·77	210·—	65·5	2	Ugest . . .	3.279·50	200·—	7	2
Johnsbach . . .	1.398·57	280·—	60	1	Schießnig . . .	1.845·07	72·—	10	—
Kaltenbach . . .	238·79	213·53	56	1	Waltersdorf . . .	4.295·—	180·—	15	—
Rammitz- Neudörfel . . .	1.310·—	62·—	50	—	Wesseln . . .	3.365·92	82·32	9	—
Runnersdorf . . .	2.255·66	176·56	10	—	Wolfersdorf . . .	39.797·78	2.433·96	43	5
Markersdorf . . .	3.653·90	876·92	45	9	Summa . . .	277.036·17	42.944·39	—	129
Meistersdorf . . .	4.045·22	1.269·—	40	5	Gerichtsbezirk Braunan:				
Neu-Ohlisch . . .	1.398·—	120·20	37	—	Barzdorf . . .	6.638·61	1.760·36	20	15
Nieder-Rammitz . . .	7.412·34	1.005·53	35	5	Birkigt . . .	700·—	80·24	77	—
Nieder- Preßkau . . .	30·—	300·—	75	6	Bobitz . . .	478·88	418·89	30	6
Ob.-Rammitz . . .	6.404·98	270·—	30	—	Braunan . . .	97.894·77	7.148·39	72	7
Ob.-Preßkau . . .	937·88	437·44	63	7	D.-Werners- dorf . . .	2.205·—	340·22	50	1
Parchen- Schelten . . .	6.039·26	900·—	50	2	Dittersbach . . .	3.127·04	768·84	30	7
Rennersdorf . . .	939·23	11·12	40	—	Großdorf . . .	1.617·—	552·—	5020K	—
Schemmel . . .	273·—	203·63	47	—	Halbstadt . . .	6.546·63	273·08	17	1
Stein-Schönan . . .	37.206·54	4.064·14	50	3	Hauptmanns- dorf . . .	1.100·—	780·—	10	6
Ulbrichstal . . .	—	700·—	45	2	Heinzenndorf . . .	1.117·92	242·—	22	1
Windisch- Rammitz . . .	8.452·18	595·80	34	5	Hermisdorf . . .	500·—	—	—	—
Summa . . .	139.408·76	23.945·52	—	92	Hutberg . . .	4.160·—	1.594·58	36	6
Gerichtsbezirk B.-Leipa:					Johannesberg . . .	300·—	300·—	95	5
Alt-Leipa . . .	500·—	374·—	—	5	Märzdorf . . .	200·—	—	90	1
Aischendorf . . .	2.027·46	32·—	30	—	Märzdorf . . .	2.720·—	1.171·77	30	4
Böhm.-Leipa . . .	69.789·77	30.222·70	30	48	Ottendorf . . .	4.242·—	1.798·72	25	3
Dobern . . .	2.166·44	205·93	18	2	Rosental . . .	701·20	343·52	25	2
Drum . . .	3.982·70	372·40	25	2	Ruppersdorf . . .	5.026·64	626·63	26	15
Habslein . . .	7.869·60	834·34	—	5	Schönan . . .	4.500·—	2.000·—	27	12
Hermisdorf . . .	2.221·32	4·—	19	—	Wettersdorf . . .	3.647·80	792·06	32	—
Hohlen . . .	12.985·84	468·08	2018K 59 h	7	Wiesen . . .	5.985·93	380·59	25	3
Jägersdorf . . .	3.468·25	152·62	47	—	Summa . . .	153.409·42	21.371·89	—	95
Karsch . . .	4.093·03	34·15	23	—	Gerichtsbezirke Bräx-Katharinaberg:				
Köfel . . .	1.836·—	156·—	15	—	Bettelgrün . . .	400·—	300·—	30	—
Künast . . .	2.796·78	84·—	25	—	Brandau . . .	7.570·—	1.315·—	23	10
Lauben . . .	4.276·12	159·80	20	—	Bräx . . .	84.946·—	22.240·—	28	74
Monitz . . .	2.019·88	36·—	30	—	Deutsch-Blatnit . . .	1.430·—	70·—	15	—
Mickenhan . . .	4.644·48	197·53	9	2	Gebirgsneudorf . . .	6.128·09	1.323·18	30	16
Neudörfel . . .	4.282·12	56·—	36	—	Göhen . . .	7.314·83	275·—	128	4
Neugarten . . .	11.877·35	940·05	46·5	5	Hammer . . .	944·36	541·66	30	4
Neustadt . . .	7.395·79	419·12	30	3	Hareth . . .	2.217·18	218·70	75	—
Nieder-Politz . . .	1.720·—	161·59	50	—	Hawran . . .	6.033·60	600·—	11	1
Nieder-Liebig . . .	6.665·98	462·—	20	3	Hochpetitz . . .	742·72	632·80	58	4
Ober-Politz . . .	5.054·04	1.392·03	30	10	Johnsdorf . . .	5.087·35	1.742·70	25	3
Ober-Liebig . . .	14.100·24	431·14	30	5	Katharinaberg . . .	7.559·70	1.572·79	—	5
Pieknitz . . .	7.465·38	204·—	28	—	Rhan . . .	28·56	206·—	24	1

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Armenumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Armenumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Kommern . . .	6.301·60	390 70	70	—	Pirf	300—	196·34	—	1
Kopitz	7.047·71	3.524·88	54	12	Bobitz	100—	—	30	—
Lischütz . . .	5.845·87	755 —	32	4	Reschwitz . . .	245·26	48—	—	—
Maltheuern . .	2.991·70	629·56	12 454 56 h	1	Schönan	800—	300—	15	4
Morawes	2.610·65	200—	10	5	Schwinau	2.040—	106·70	15	—
Nieder-Georgental .	5.000—	1.000—	30	4	Sollmus	1.219·04	60—	35	—
Nieder-Leutensdorf	2.578·99	627·46	25	2	Taschwitz	600—	70—	50	—
Ober-Georgental .	6.981·63	1.039·37	30	13	Teltitz	—	145—	15	4
Ober-Leutensdorf	158·0 0—	10.191—	40	18	Tescheditz . . .	518—	60—	15	—
Ober-Priesen . .	1.810—	—	10	—	Thönischen . . .	1.436—	400—	10	4
Pohlehrad . . .	4.882—	100—	30	—	Tschies	—	30—	72	—
Rudelsdorf . . .	6.059·20	558·39	7	2	Tyß	519·96	15—	—	2
Rüllna	3.000—	—	—	2	Udritsch	1.629·20	315·86	660 K 46 h	7
Sedlitz	—	60—	—	—	Waltitz	11.168·55	1.247·05	11	6
Sabnitz	1.900—	40—	10	2	Wohlan	800—	—	20·5	—
Schweß	1.332—	48—	25	—	Summa	58.330·49	8.046·33	—	69
Schwidowitz . .	2.344·08	106—	67	1	Gerichtsbezirk Dausa:				
Schyriz	1.061·87	—	20	—	Binai	6.174·83	294·49	25	1
Scriemitz . . .	3.871—	140—	15	2	Groß-	—	—	—	—
Tschauß	3.815·52	506—	40	4	Bläßen	4.848·84	316·08	30	2
Triebitz	3.562·88	201·60	22	—	Dausa	13.373·24	1.976·39	20	10
Wiesa	986·65	1.257—	45	3	Dobrzin	11.430—	614·82	109·5	2
Welbubitz . . .	714·62	—	21	—	Draßchen	1.300—	350—	32	2
Wolpeßnitz . . .	—	8 24	55	—	Dubus	9.578·15	124·24	30	3
Summa	363.904·14	52.424·03	—	197	Dürschel	8.915·05	261·98	65	2
Gerichtsbezirk Buchau, B.-V.:					Gestzebitz . . .	4.000—	267·46	43	1
Alberitz	600—	48—	40	—	Hauska	4.300—	268·06	70	—
Bergles	—	—	—	—	Hirschberg . . .	33.100—	5.870—	20	20
Buchau	11.520—	1.130·56	50	5	Hirschmantel . .	2.872·68	332·62	50	1
Budau	—	195·50	60	3	Horta	971—	180—	50·5	—
D.-Kilmes	738—	86—	38	—	Alt-Kalken . . .	5.394·76	121·48	8	—
Dießhübel	1.449·84	563—	47	4	Klum	8.956·82	866·70	30	2
Girichen	1.309·58	58·52	29	—	Kortichen	10.514·93	298·67	34	—
Hartmannsgrün .	217·76	529·06	35	2	Kroh	3.395·52	237·47	38	2
Höfen	550—	15—	—	—	Liebowitz	2.200—	260—	96	8
Holebitz	900—	50—	63	—	Lufen	5.764·74	105·12	21·3	3
Klein-Lubigan . .	1.600—	70—	35	1	Nedam	3.765—	375·94	39	—
Klein-Werscheditz	1.303—	184—	10	3	Nablitzka	2.044·66	147·55	10	2
Koslau	2.684—	350—	50	5	Boblowitz	11.692·18	831·43	53	6
Krippau	—	—	—	—	Sakschen	22.212·03	488·44	20	4
Langgrün	826—	410—	20	5	Sattai	2.284—	180—	31	3
Langlamitz . . .	2.552—	379·29	30	4	Schedowitz . . .	5.631—	410—	53	6
Lochotin	2.100·05	260·80	18	5	Sebitz	8.598·83	402·28	40	4
Groß-Lubigan . .	—	—	—	—	Schloßbösig . . .	4.000—	250—	22	4
Luf	1.800	396·45	250 K	2	Tuhau	4.908·40	89·75	65	—
Mirsditz	1.428·25	150·80	30	2	Tsch	8.435·80	452—	20	—
Motowitz	250—	20—	15	—	Töfchen	15.355·66	70—	5	—
Ohorn	1.000—	100—	—	—	Tuhan	—	—	—	—
Oltzhaus	4.126—	55·40	21·4	—	Tuhanzl	2.878·38	69·40	—	3
					Welhütte	1.726·21	82·48	75	1
					Wichaben	5.780—	406·89	17	—
					Ober-	—	—	—	—
					Widim	6.259·09	355—	59	8
					Woborn	5.751·88	248·56	12	—
					Wofen	4.955—	136—	12	2

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Prop.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Prop.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Wolleschno . . .	4.070.47	254.49	40	3	Neudorf . . .	7.859.34	615.12	56	—
Gr.-Wosualitz . .	2.000.—	121.99	75	2	Offegg . . .	—	—	57	—
Žbiar	5.805.07	90.—	185	—	Sobrusan . . .	9.844.72	500.—	37	8
Summa	266.244.22	18.210.78	—	107	Summa	46.143.74	14.031.25	—	47
Gerichtsbezirk Deutsch-Gabel:					Gerichtsbezirk Eger:				
Böhmischdorf . .	944.86	181.60	20	4	Alt-Albenreuth .	—	270.—	7	—
Beims	4.262.96	244.02	10	8	Alt-Rinsberg . .	2.059.41	593.32	10	7
Deutsch-Gabel . .	13.003.66	2.724.72	40	13	Dürnbach . . .	1.331.60	60.—	35	—
Groß-Hirndorf . .	1.471.65	168.—	30	1	Eger	132.393.26	65.721.35	20	25
Henndersdorf . .	4.710.—	863.57	50	13	Eichelberg . . .	686.36	341.—	19	2
Hermisdorf . . .	1.310.32	2.243.67	53	17	Franzensbad . .	41.845.—	3.833.—	70	—
Johnsdorf	920.—	506.82	40	—	Gahitz	527.86	360.54	11	1
Kriesdorf	8.300.77	816.22	20	11	Gehaag	1.415.—	364.—	15	6
Lämberg	5.000.—	1.504.—	45	—	Konradsgrün . .	560.—	50.—	55	—
Markersdorf . . .	800.—	1.188.75	30	8	Kulsam	254.31	121.88	25	—
Marfraz	4.063.80	689.44	40	11	Lapitzfeld . . .	264.62	—	20	—
Petersdorf	1.700.—	130.—	20	8	Liebenstein . . .	337.06	1.819.—	28	29
Posttrum	2.638.—	300.85	50	4	Mahlbach	518.29	—	12	—
Ringelsheim . . .	10.593.88	637.88	1644 K 61 h	1	Mostau	1.227.73	590.43	15	—
Schnefendorf . . .	—	269.24	20	5	Mühlbach	—	217.74	9	—
Schönbach	5.548.22	501.51	50	2	Nebanitz	—	144.—	22	1
Seifersdorf	8.422.—	957.—	70	5	Ober-Lohma . . .	1.872.35	650.38	33	7
Spittelgrund . . .	1.630.—	403.20	80	3	Palitz	13.590.—	369.—	11	12
Groß-Walten . . .	1.700.—	73.40	48	3	Pilmersreuth . .	—	220.—	12	—
Summa	77.020.12	14.403.89	—	107	Scheibeneuth . .	359.62	100.—	20	—
Gerichtsbezirk Dobrujan:					Schlada	—	211.—	20	—
Dobrujan	4.200.—	2.700.—	61	9	Schüba	—	193.—	15	—
Elbotten	—	72.—	39	5	Groß-Schüttüber .	437.—	52.—	8	—
Drobischitz	400.—	320.72	50	—	Seeburg	206.—	924.24	15	—
Lihn	600.—	311.31	144	1	Thurn	204.72	288.—	24	3
Neudorf	150.—	60.—	66	—	Trebendorf . . .	—	192.—	6	—
Przeštawlk	800.—	220.—	42	3	Summa	200.090.19	77.688.88	—	93
Rot-Ängezd	694.78	264.—	—	—	Gerichtsbezirk Elbogen:				
Schlomitz	—	200.—	40	—	Alt-Sattl	2.200.—	925.55	45	15
Stich	600.—	132.—	78	—	Chodau	5.114.46	1.822.—	73	5
Tschernotin	800.—	1.000.—	20	5	Doglasgrün . . .	200.—	450.—	56	7
Wasser-Ängezd . .	300.—	35.—	35	—	Dotterwies . . .	300.—	200.—	15	3
Summa	8.544.78	5.315.03	—	23	Elbogen	10.788.—	10.541.94	22.000 Kron. 40	61
Gerichtsbezirk Dux:					Elbernhof	—	96.—	40	—
Bruch	—	653.20	45	—	Gfoll	122.—	150.—	45	—
Dux	4.685.33	5.854.09	53	10	Granesau	6.274.—	200.—	30	—
Fleisch	465.26	1.150.12	85	4	Griesbach	630.48	82.—	12	10
Georgenborn . . .	2.521.94	738.17	25	3	Grünlas	5.499.78	168.—	59	4
Janegg	4.858.56	1.385.55	20	3	Höfen	230.—	123.52	55	—
Klostergrab	3.400.—	2.041.—	55	12	Horn	71.51	432.64	75	3
Ladowitz	2.300.—	279.—	—	—	Jmlligan	1.102.59	8.—	70	—
Liquitz	5.000.74	50.—	55	—	Kösteldorf	—	288.31	52	5
Loosch	3.081.—	213.—	10	2	Kührberg	—	152.—	20	1
Maria-Ratschitz . .	2.126.85	552.—	43	5	Lanterbach St. . .	8.177.94	2.599.75	—	19
					Leßnitz	25.77	3.07	38	—
					Littmitz	200.—	283.46	98	3
					Münchhof	4.800.—	224.79	60	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwende in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwende in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder
Kallesgrün . . .	—	400.—	59	7	Schaben . . .	909.36	62.87	15	—
Neu-Kohlan . . .	816.62	203.90	52	—	Schönbrunn . .	730.—	856.—	15	6
Neu-Sattl . . .	—	1.737.93	97	9	Schönwind . . .	134.—	272.—	40	—
Rehgrün . . .	400.—	102.—	50	3	Steinhof . . .	2.565.86	243.60	37	—
Recheran . . .	524.—	100.—	60	1	Teschwitz . . .	153.17	20.20	15	1
Reichau . . .	—	40.—	15	—	Thein . . .	560.60	60.—	30	—
Rebengrün . . .	100.—	—61	23	—	Theuffau . . .	650.—	200.64	15	—
Rohmeißl . . .	784.—	201.—	37	—	Unter-Neugrün .	610.—	500.—	30	—
Schlaggenwald .	—	5.896.47	88	15	U.-Reichenau .	1.890.—	700.—	30	21
Schönsfeld . . .	5.337.21	3.150.06	55	6	Wert . . .	420.—	600.—	15	4
Selzengrün . . .	473.44	293.35	60	3	Wöhr . . .	400.—	138.—	29	—
Stein . . .	—	30.—	15	—	Wudingrün . . .	1.920.—	96.—	40	—
Wintersgrün . .	1.510.—	296.—	90	12	Wieditz . . .	2.757.70	48.—	20	—
Zeche . . .	174.68	225.10	70	—	Zwodau . . .	6.694.89	743.34	45	6
Summa . . .	55.886.48	31.427.48	192	—	Summa . . .	103.901.24	27.400.52	155	—

Gerichtsbezirk Falkenau:

Arnitzgrün . . .	1.840.—	168.—	22	6
Birndorf . . .	13.50	280.—	25	1
Bleistadt . . .	3.580.—	3.748.05	50	12
Buckwa . . .	460.—	259.19	14	8
Dahnitz . . .	1.567.—	1.515.66	25	—
Emet . . .	2.067.—	230.74	67	4
Falkenau . . .	20.288.90	3.944.70	45	7
Frohna . . .	2.132.—	613.85	35	4
Goffengrün . .	600.—	254.—	40	3
Graßet . . .	600.—	375.—	26	3
Habersbirt . .	3.670.82	391.20	120	2
Hasselbach . .	845.17	150.—	18	—
Horn . . .	300.—	541.—	40	10
Kabengrün . . .	943.42	400.—	34	—
Kirchbirt . . .	700.—	148.—	20	3
Kloben . . .	700.—	150.—	15	—
Kogerau . . .	2.230.—	98.02	25	—
Königsberg . .	20.270.81	5.507.94	70	12
Königswert . .	1.260.45	320.—	45	4
Lanz . . .	1600.—	212.82	25	—
Lauterbachdorf	—	50.—	50	2
Leopoldshammer	300.—	495.—	55	3
Liebau . . .	1.658.—	180.—	15	3
Liebenau . . .	—	629.75	80	—
Lobs . . .	1.555.54	269.83	12	3
Loch . . .	—	360.—	75	2
Mariakulm . .	5.977.33	311.02	31	4
Marklesgrün . .	—	—	40	—
Müllu . . .	705.—	86.—	38	2
Ober-Neugrün .	80.—	168.—	40	4
Pichelberg . . .	800.—	378.—	40	—
Plumberg . . .	164.—	21.—	40	—
Pochlowitz . .	2.119.39	290.05	26	6
Pröbau . . .	1.926.92	—	25	—
Prünles . . .	—	1.028.—	37	4
Pürgles . . .	300.—	12.—	53	1
Reichenbach . .	913.77	70.—	61	—
Rebesgrün . . .	136.64	—	15	—
Ruditzgrün . .	900.—	210.—	35	4

Gerichtsbezirk Friedland:

Arnsdorf . . .	2.022.50	404.37	10	—
Bärnsdorf . . .	8.349.79	767.89	16	3
Bullendorf . . .	5.369.46	1.433.12	38	8
Buschullersdorf	3.340.—	1.595.93	40	5
Christiansau . .	4.199.58	314.44	100	11
Dittersbach . .	9.245.70	1.411.32	50	10
Dittersbächel . .	6.496.36	989.96	30	—
Dörfel . . .	1.419.66	—16	22	—
Ebersdorf . . .	2.212.80	567.16	—	4
Einsiedel . . .	6.161.35	1.538.50	32	3
Engelsdorf . . .	5.612.16	400.17	60	2
Friedland . . .	163.608.49	18.240.44	30	20
Göhe . . .	2.700.30	277.58	75	—
Haindorf . . .	10.557.84	2.025.33	5	11
Hegewald . . .	1.232.38	52.—	25	—
Heimersdorf . .	5.411.10	1.132.04	25	23
Hermesdorf . .	—	194.—	30	5
Kunnersdorf . .	4.940.30	640.68	15	11
Liebwerda . . .	—	531.98	20	1
Lusdorf . . .	5.100.—	780.72	28	19
Milsdenau . . .	11.849.20	643.06	26	3
Mildeneichen . .	1.972.50 4.293.96	161.82 250.45	18	4
Neustadt a. L. .	37.520.46	1.921.70	45	12
Nied.-Bergdorf .	3.794.62	311.99	28	3
Ober-Bergdorf .	2.824.—	724.42	35	5
Obersdorf . . .	1.711.89	177.12	35	—
Prieblanz . . .	1.131.77	83.—	8	—
Raspenau . . .	12.349.57	638.82	8	12
Ringenhain . .	5.846.75	682.50	25	4
Rückersdorf . .	9.102.91	949.76	13.5	—
Schönwald . . .	8.369.28	725.12	40	11
Tschernhausen .	3.500.—	279.36	24	3
U.-Allersdorf . .	1.777.08	192.65	30	2
Weigsdorf . . .	6.146.79	418.60	16	3
Weißbach . . .	10.549.85	1.292.29	55	14
Wiese . . .	74.35 3.223.74	—	30	—
Wünschendorf .	5.782.94	289.23	20	2
Wustung . . .	4.922.90	367.71	10	—
Summa . . .	384.728.43	43.460.40	214	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.- umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gerichtsbezirk Görkau:					Unt.-Mardorf	7.518.—	592.—	105	10
Partelsdorf	3.939.47	120.—	38	—	Wiesental	28.550.82	2.684.42	50	18
Bernau	283.88	136.64	—	2	Summa	188.871.52	47.119.90		247
Gersdorf	—	72.—	—	—	Gerichtsbezirk Graslich:				
Görkau	26.757.83	7.239.14	29	6	Altengrün	520.—	48.—	20	—
Güttersdorf	771.20	334.58	55	—	Franken-	—	303.—	33	4
Holltschitz	773.50	194.39	50	2	hammer	—	—	—	—
Kallisch	10.675.42	2.167.31	25	7	Graslich	47.739.15	16.031.89	100	16
Klein-Briefen	400.—	—	24	—	Grünberg	1.465.—	1.086.—	130	8
Kunnersdorf	500.—	78.—	45	—	Heinrichsgrün	3.368.69	2.423.83	100	11
Neundorf	2.868.32	1084.57	24	4	Hochgart	2.995.82	807.42	85	13
Pirken	800.—	145.45	10	2	Kirchberg	—	—	—	—
Platten	—	277.63	20	3	Konstadt	485.70	95.48	27	3
Böschwitz	1.195.—	—	13	—	Marthausen	633.28	498.88	97	2
Quinau	—	416.47	80	2	Neundorf	652.—	500.—	80	3
Rodenau	—	250.—	40	—	Rechbech	500.—	700.—	175	5
Rotenhaus	2.36.43	465.62	28	—	Rotau	3.719.78	4.182.67	90	5
Schergau	40.—	268.—	—	—	Schönan	200.—	964.62	45	5
Schössl	—	296.95	24	1	Schönwert	500.—	104.—	29	4
Seefstadt	12.487.75	1.251.16	57	1	Schwaderbach	3.870.—	1.420.—	100	3
Sperbersdorf	600.—	106.25	5	1	Schwarzenbach	39.24	—	28	—
Stolzenhan	310.—	—	50	—	Silberbach	3.355.62	2.082.—	80	16
Trupschitz	2.679.72	262.93	28	—	Silbergrün	1.000.—	150.—	62	8
Türnaul	1.226.27	144.—	15	3	Weizengrün	500.—	400.—	80	5
Udweis	4.534.94	502.32	26	—	Summa	71.514.28	31.792.79		111
Ubrissen	331.65	120.—	15	7	Gerichtsbezirk Grahen:				
Uffern	600.—	50.—	24	—	Alt-Hütten	900.—	1.300.—	30	5
Ulbersdorf	536.—	1.200.—	64	3	Brünnel	1.500.—	295.31	66	2
Uthernitz	2.683.63	96.—	55	—	D.-Beneschau	—	2.206.51	37	4
Ujzenberg	6.295.19	685.—	51	2	D.-Reichenau	1.000.—	1.100.—	40	7
Wurmes	300.—	50.—	30	—	Gollnetschlag	—	347.—	15	3
Summa	83.950.20	18.014.41		46	Grahen	13.900.—	3.052.49	15	4
Gerichtsbezirk Gablonz:					Hardetschlag	700.—	348.92	10	—
Dalleschitz	2.282.45	642.77	90	3	Heilbrunn	1.352.—	333.62	94	2
Gablonz	38.607.48	23.091.72	63	48	Hermannschlag	1.000.—	500.—	—	4
Grünwald	19.163.—	2.159.—	40	16	Kropfischlag	200.—	17.—	12	4
Heinersdorf	4.153.—	280.—	90	7	Langstrebmitz	2.400.—	664.92	25	5
Johannesberg	10.262.—	1.785.39	103	21	Luschnitz	7.600.—	3.000.—	70	11
Josefstal	8.772.15	1.161.67	95	5	Niedertal	—	400.—	15	5
Kufan	1.440.—	2.197.64	30	6	Pibersschlag	—	260.—	10	1
Laban	6.217.48	793.30	80	22	Rauchenschlag	—	—	—	—
Lautschnei	5.970.98	297.09	65	3	Sacherles	800.—	538.—	12	5
Luzdorf	6.454.29	320.80	78	2	Scheiden	—	—	—	—
Marischowitz	—	62.—	100	3	Sohors	—	293.—	28	2
Neudorf	6.306.33	1.491.96	75	4	Sonnenberg	—	—	16	5
Ober-	—	—	—	—	Zweindorf	—	100.—	13	4
Mardorf	3.000.—	737.50	105	2	Summa	31.352.—	14.756.77		73
Proschwitz	3.996.07	1.533.42	55	2	Gerichtsbezirk Grulich:				
Puletschnei	2.331.98	527.84	110	11	B.-Petersdorf	1.200.—	381.62	54	4
Radl	6.590.19	1.386.70	70	6	D.-Petersdorf	520.—	74.—	40	4
Reichenau	12.914.66	2.730.77	80	17	Grulich	11.250.29	4.600.—	55	17
Reinowitz	3.534.—	862.86	40	28	Herrnsdorf	200.—	190.—	120	1
Schlag	7.593.28	369.33	60	4					
Schumburg	1.867.14	437.92	50	5					
Seidenschwanz	1.316.24	970.80	50	4					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Lichtenau . . .	1.500.—	350.—	77	11	Harta	1.247.30	114.—	26	—
Luisdorf . . .	2.291.88	504.15	50	9	Hackelsdorf . .	2.700.—	378.—	97	4
Mittel-Lipka . .	357.—	232.74	40	4	Hohenelbe . . .	29.618.12	19.755.—	55	36
Nieder-Erlitz . .	675.36	374.56	877 K	—	Hennersdorf . .	1.998.90	853.45	34	6
Nied.-Heidisch .	400.—	511.—	60	5	Krausebuden . .	4.495.22	360.37	115	12
Nieder-Lipka . .	100.—	—	37	—	Lauterwasser . .	2.000.—	300.—	25	6
Nied.-Möhran . .	1.400.—	246.—	75	—	Mtl.-Langenau . .	1.876.16	267.63	25	16
N.-Mörsdorf . .	—	635.—	55	5	Niederhof . . .	6.511.—	1.198.01	71	11
Ober-Erlitz . . .	1.128.86	355.60	70	2	N.-Langenau . .	1.163.61	847.82	20	3
Ober-Lipka . . .	—	273.75	85	5	O.-Langenau . .	1.369.—	470.60	35	1
Ober-Möhran . .	—	141.—	40	—	Ochsengraben . .	1.100.—	825.—	115	10
Rot-Floß	—	233.—	90	1	O.-Hohenelbe . .	6.349.—	1.281.—	49	12
Wichstadt . . .	3.100.—	818.—	50	4	Pilsdorf	300.—	109.68	27	—
Wöllsdorf . . .	200.—	170.—	373 K	10	Pommernhof . .	1.400.—	420.—	85	10
Zöllnei	1.400.—	452.32	106	7	Schwarzental . .	7.500.—	1.400.—	70	12
Summa	25.719.30	10.572.74	—	89	Spindelmühle . .	5.915.—	875.—	98	13
Gerichtsbezirk Saïda:					Summa	76.236.37	29.730.83	—	156
Arnsdorf	13.083.10	2.127.62	50	10	Gerichtsbezirk Hohenfurt:				
Alt-Schiedel . .	—	398.45	40	9	B.-Gillowitz . .	2.700.—	140.—	5	3
Blottendorf . .	14.446.84	1.191.89	52	13	Friedberg . . .	5.020.—	1.713.14	20	12
Bokwen	1.728.20	144.10	35	—	Gerberschlag . .	2.600.—	90.—	—	—
Bürgstein . . .	10.490.76	720.20	51	10	Heuraff	4.019.19	492.—	50	—
Falkenau	8.071.09	901.12	33	6	Hohenfurt . . .	26.675.03	2.075.73	25	4
Haïda	83.118.61	3.958.59	40	4	Kaltenbrunn . .	2.400.—	772.54	35	3
Kottowitz . . .	4.000.—	185.—	20	4	Luppetschlag . .	420.—	421.—	30	5
Langenau	54.000.—	4.278.22	55	11	Minichschlag . .	2.235.—	120.—	10	—
Lindenau	9.641.82	863.10	30	9	Oberhaib	29.269.29	284.64 1.057.56	25	9
Pöhl	3.623.99	528.41	35	18	Reiter Schlag . .	3.456.08	1.400.—	32	14
Radowitz	4.248.—	232.30	50	—	Rosenberg . . .	5.558.34	1.427.60	25	7
Schaiba	2.281.30	309.58	30	2	Ruckendorf . .	2.000.—	61.44	7	—
Schwoika	3.800.—	176.31	33	1	Schönfelden . .	72.—	453.—	24	5
Sonneberg . . .	15.500.—	1.074.44	50	5	Unterschlag . .	5.400.—	200.—	—	—
Wellwitz	14.000.—	622.—	50	4	Wadetschlag . .	3.307.20	418.22	12	2
Zwitze	1.055.—	105.40	29	2	Wadetsstift . .	2.000.—	84.—	10	2
Summa	243.088.71	17.816.73	—	108	Wiesle	1.700.—	80.—	10	—
Gerichtsbezirk Sainspach:					Wörles	1.900.—	174.—	17	—
Sainspach	14.800.—	1.906.26	66	1	Willachen . . .	2.200.—	315.12	8	3
Sielgersdorf . .	86.812.62	3.885.96	30	1	Summa	102.962.19	10.779.99	—	69
Lobendau	11.359.—	985.24	20	3	Gerichtsbezirk Soslan:				
Neudörfel . . .	10.000.—	340.—	80	—	Amplatz	744.—	267.—	—	1
N.-Giniedel . . .	11.487.96	1.233.90	35	8	Czerinahora . .	—	—	21	—
Nixdorf	74.134.43	7.640.17	80	30	Dobranen	646.23	—	—	—
O.-Giniedel . . .	2.225.32	516.74	30	2	Gienendorf . . .	2.200.—	633.96	89	7
Röhrsdorf . . .	1.314.12	49.60	40	—	Alt-Gramatin . .	—	12.—	—	—
Schönan	50.095.24	7.411.01	45	16	Holubischen . .	—	150.—	15	3
Wolmsdorf . . .	4.150.—	281.—	20	3	Heiligenkreuz . .	2.040.32	553.04	25	5
Reidler	14.300.—	902.40	36	12	Hajchowa	—	110.—	265 K	2
Summa	280.678.69	25.152.28	—	76	Soslan	7.926.66	1.433.95	50	3
Gerichtsbezirk Hohenelbe:					Kržeberscham . .	—	85.—	—	—
Forst	693.06	204.—	22	—	Liebeswar	1.895.54	87.08	—	—
Friedrichstal . .	—	71.22	70	4	Groß-Gajchim . .	494.—	56.—	18	1
					Meeden	1.238.02	42.75	3	1
					Mełmitz	—	—	—	—
					Mirkowitz	—	52.—	—	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem. umlagen in Prop.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahres- ausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem. umlagen in Prop.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Muttersdorf . . .	3.670.—	327.08	17	4	Schmihof . . .	160.—	218.—	39	4
Neubau . . .	—	—	—	—	Soffen . . .	224.80	31.60	39	—
Plöß . . .	2.800.—	721.38	75	1	Steben . . .	1.600.—	343.—	60	1
Pölschitz . . .	—	—	—	—	Tlesko . . .	1.095.72	100.24	76	7
Pöfzigkau . . .	2.000.—	294.98	28	1	Tschentschitz . . .	100.—	40.—	15	—
Przeß . . .	380.—	178.—	12	3	Wahlaw . . .	300.—	355.—	—	—
Sabl . . .	—	—	—	—	Wedl . . .	800.—	50.—	15	—
Schlattin . . .	371.40	378.—	15	3	Welhotten . . .	400.—	80.—	970 K	—
Schmolau . . .	1.000.—	113.91	7	—	Wellschitzin . . .	—	160.—	—	—
Schüttarschen . . .	360.—	24.—	—	2	Willenz . . .	963.37	86.—	—	1
Schwänen- brüchl . . .	—	—	50	10	Willkau . . .	931.58	92.60	85	3
Sirb . . .	1.000.—	400.—	1000 K	6	Woratschen . . .	3.473.60	61.74	40	—
Taschlowitz . . .	300.—	52.—	—	2	Summa . . .	86.807.23	10.421.19	—	74
Wasseran . . .	—	155.—	194 K 55 h	2	Gerichtsbezirke Saaden-Duppau:				
Weißensulz . . .	3.613.82	1.550.60	2600 K 63 h	9	Abrendorf . . .	621.—	24.—	55	—
Wiedlitz . . .	1.222.08	100.70	1625 K 35 h	—	Altchau . . .	6.107.—	286.—	30	—
Wisteritz . . .	540.—	72.36	24	—	Borgrün . . .	2.365.—	346.—	46	1
Zwischen . . .	679.26	144.—	12	1	Böhm. Rast . . .	2.126.—	208.—	40	3
Wittana . . .	280.—	50.—	—	—	Brunnersdorf . . .	5.570.—	3.863.—	56	13
Zemichen . . .	650.—	34.—	100	2	Dobrenz . . .	3.164.—	236.—	18	1
Zwingau . . .	430.—	96.—	208	—	Dörfler . . .	1.032.—	147.—	76	—
Summa . . .	36.336.33	8.174.79	—	69	Duppau . . .	5.180.—	1.122.—	100	9
Gerichtsbezirk Jeschnitz:					Dürmaul . . .	2.319.—	212.—	—	—
Alberitz . . .	400.—	120.—	18	4	Flahae . . .	988.—	93.—	20	—
Defau . . .	600.—	367.70	30	1	Fünfhunden . . .	3.171.—	464.—	51	3
Dereisen . . .	7.352.—	140.24	27	7	Gäffing . . .	2.718.—	63.—	24	3
Deslauen . . .	120.—	109.—	9	2	Gesseln . . .	1.600.—	95.—	60	—
Drahuschken . . .	2.416.—	152.74	15	1	Göfen . . .	1.751.—	122.—	67	—
D.-Horschowitz . . .	—	250.—	35	3	Hermerisdorf . . .	409.—	121.—	48	—
Fürwitz . . .	—	128.—	100	1	Jurau . . .	1.241.—	24.—	110	—
Gerten . . .	100.—	500.—	—	1	Kaaden . . .	42.229.—	12.807.—	75	34
Gossawoda . . .	938.30	96.—	—	—	Kettwa . . .	1.743.—	—	65	—
Groß- Schmeleschen . . .	800.—	194.26	—	—	Klösterle . . .	4.059.—	3.021.—	90	15
Gochlibin . . .	2.848.—	550.—	19	2	Kottitz . . .	3.338.—	886.—	67	—
Hofau . . .	—	—	—	—	Krondorf . . .	1.958.—	132.—	25	—
Horoschl . . .	7.000.—	579.88	30	2	Laucha . . .	922.—	149.—	145	—
Jeschnitz . . .	35.777.51	1.266.89	57	10	Liebotitz . . .	11.423.—	599.—	32	—
Kletscheding . . .	—	1.295.84	116.5	—	Luschitz . . .	501.—	339.—	25.5	2
Kolleischowitz . . .	5.739.16	1.212.45	—	—	Mannelsdorf . . .	1.100.—	350.—	52	1
Kottischau . . .	2.100.—	60.—	22	—	Mekl . . .	4.417.—	495.—	55	—
Kedowitz . . .	600.—	50.—	40	4	Mereditz b. Kl. . .	1.299.—	250.—	50	—
Neuwallitz . . .	1.700.—	300.—	—	3	Mereditz b. R. . .	787.—	60.—	60	—
Nudhof . . .	—	—	20	—	Merzdorf . . .	3.600.—	650.—	75	—
Paßluchowitz . . .	—	70.—	—	5	Mitlasdorf . . .	2.886.—	144.—	65	—
Petersburg . . .	2.500.—	500.—	61	2	Ofenau . . .	2.420.—	586.—	63	—
Pladen . . .	830.49	6.—	12	—	Oleischau . . .	1.622.—	251.—	30	—
Podersanka . . .	1.129.44	100.—	20	—	Petersdorf . . .	575.—	300.—	100	16
Pischhoritz . . .	31.87	36.04	—	—	Prohlig . . .	7.520.—	625.—	53	1
Pischobitz . . .	779.67	29.97	37	3	Pröhl . . .	5.410.—	363.—	43	—
Röscha . . .	1.350.24	72.—	59	7	Promut . . .	619.—	65.—	37	9
Schaar . . .	400.—	85.—	15	—	Pürstein . . .	5.466.—	896.—	29	5
Scheles . . .	1.244.48	531.—	41	—	Rachl . . .	3.110.—	121.—	26	—
					Radigan . . .	779.—	170.—	60	—
					Radonitz . . .	3.781.—	888.—	55	4
					Radischitz . . .	1.774.—	323.—	45	3
					Redenitz . . .	2.719.—	535.—	49	5

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gesamtlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenanstalten lebenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gesamtlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenanstalten lebenden Kinder
Rednitz (D. B.)	3.743.—	111.—	70	—	Kapitz	19.089.56	2.109.99	8	10
Roschitz	3.849.—	354.—	62	7	Kobetschlag	1.700.—	127.—	25	—
Saar	3.957.—	279.—	—	24	Liebesdorf	2.000.—	250.96	398 K	—
Sachsengrün	3.332.—	294.—	28	3	Litzschau	1.100.—	210.—	40 h	—
Schönbad	683.—	100.—	45	1	Lobus	2.400.—	200.—	395 K	2
Sebetitzsch	1.780.—	141.—	11	5	Meinetschlag	1.900.—	262.—	9	6
Tomitschau	1.318.—	160.—	89.5	—	Omaw	1.600.—	320.—	60	3
Tosau	1.026.—	261.—	25	—	Opolz	—	—	20	—
Tschachwitz	1.394.—	260.—	24	—	Ottenschlag	1.100.—	304.65	11.5	1
Tuschwitz	2.625.—	88.—	17	—	Pernsdorf	1.300.—	450.—	7	3
Warta	1.120.—	569.—	80	1	Pflanzen	600.—	200.—	15	—
Weinern	1.746.—	164.—	17	1	Rabischen	500.—	160.—	13	—
Wernsdorf	1.529.—	647.—	53	4	Rappetschlag	950.—	114.—	13	3
Willomitz	7.900.—	1.025.—	63	3	Reichenau	—	—	—	—
Winteritz	4.942.—	282.—	84	4	a. d. Maltzsch	5.931.99	878.71	166	7
Wistritz	1.275.—	40.—	60	—	Rosental	3.292.55	255.90	12	—
Wotzsch	6.280.—	486.—	80	—	Sinnetschlag	800.—	1.624.60	60	6
Summa	204.918.—	37.192.—	—	181	Sohorz	—	400.—	670 K	5
Gerichtsbezirk Kallching:					Suchental	2.300.—	179.45	283 K	—
Andreasberg	1.600.—	124.46	21	10	Uhretschlag	1.100.—	220.—	90 h	2
Alt-Spißenberg	1.946.—	96.—	638 K	2	Umlowitz	800.—	560.—	40.5	5
Verlau	—	—	10 h	—	Unterhaid	3.317.56	365.44	—	1
Dobrusch	1.222.—	101.86	849 K	—	Zartlesdorf	—	300.—	—	4
Christianberg	2.600.—	673.86	34 h	15	Zierung	1.800.—	224.14	10	2
Gr.-Zmetsch	280.—	283.—	80 h	—	Zettmung	2.892.80	364.73	20	1
Hörwisch	376.—	94.—	256 K	1	Zierneslag	1.200.—	300.—	30	—
Johannestal	4.700.—	540.64	15.2	3	Summa	62.537.46	14.661.77	—	95
Kallching	18.850.—	4.338.—	—	13	Gerichtsbezirk Karbitz:				
Krenau	1.341.66	80.—	627 K	—	Arbesau	258.90	49.—	15	—
Kriebaum	1.110.—	78.60	28 h	1	Aufschine	6.000.—	124.—	30	2
Krzizowitz	1.521.26	83.35	3 h	1	Böhm.-Rahn	4.527.16	51.52	15	—
Mistholz	639.93	124.30	533 K	7	B.-Neudorf	2.272.92	49.13	30	—
Neudorf	—	—	84 h	—	Cbersdorf	4.262.15	842.55	10	11
Persebitz	1.581.20	93.69	248 K	1	Gerbitz	4.093.63	98.10	30	1
Plattenschlag	2.052.—	102.67	257 K	—	Hohenstein	1.700.—	501.—	10	—
Polletitz	746.—	50.—	4 h	1	Johnsdorf	2.300.—	144.—	15	—
Richterhof	570.—	99.40	139 K	2	Karbitz	18.087.94	6.385.12	45	13
Schwiebgrub	355.10	16.82	66 h	—	Klein-Rahn	1.484.02	390.—	11	—
Tisch	588.—	588.—	19.9	4	Krinitz	2.000.—	500.—	10	8
Summa	42.079.15	7.568.65	149 K	60	Kulm	4.234.33	614.45	25	—
Gerichtsbezirk Kapitz:					Liesdorf	460.—	—	20	—
Böhmendorf	63.—	60.—	66 h	—	Lochitzsch	2.670.—	229.—	22	1
Buchers	—	2.817.—	655 K	20	Mariafchein	7.900.—	2.265.74	25	7
Buggaus	1.400.—	70.—	35 h	—	Marfchen	2.500.—	122.—	35	—
Bluhe	—	—	—	—	Modlan	12.309.45	542.45	37	—
Gallitzsch	1.400.—	65.—	86 h	2	Nollendorf	2.060.—	86.—	30	—
Haag	2.000.—	296.60	10.25	5	Peterswald	25.160.—	3.876.16	10	5
Jarmirn	—	374.—	14	7	Priesten	3.285.—	300.—	30	1
					Raudnig	2.786.69	465.36	47	—
					Saara	2.200.—	18.—	14	—
					Schanda	300.—	62.46	25	—
					Schönfeld	12.285.—	738.—	38	3
					Schönwald	9.884.—	1.359.—	35	19
					Senfeln	640.20	86.4	15	—
					Sobochleben	1.600.—	160.—	80	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.-Umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gem.-Umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Straden . . .	242.—	300.—	40	2	Taschwitz . . .	1.898.54	—	25	—
Str. denwald . .	3.087.68	375.—	15	4	Unter-Lomitz . .	358.48	295.36	18	2
Strifowitz . . .	3.272.97	—	15	—	Webeditz . . .	2.351.10	262.64	45	—
Tellnitz . . .	4.000.—	400.—	15	2	Welchau . . .	2.367.90	213.94	40	2
Tillisch . . .	5.425.31	186.80	—	—	Wettitz . . .	4.107.14	622.70	44	—
Troschitz . . .	—	—	14	—	Zwetbau . . .	200.—	140.—	15	2
Witzitz . . .	8.000.—	232.—	50	6	Summa . . .	433.930.49	9.401.60	—	287
Summa . . .	161.289.35	21.573.24	—	85			64.476.04	—	—
							73.877.64		

Gerichtsbezirk Karlsbad:

Nich . . .	4.352.89	591.23	—	—
Altdorf . . .	302.57	29.26	—	—
Alt-Rohlau . .	4.871.63	1.523.66	130	41
Dallwitz . . .	1.300.—	2.636.—	40	25
Donawitz . . .	4.605.—	611.93	30	1
Donitz . . .	1.526.21	772.67	40	—
Drahowitz . .	2.623.39	1.104.60	30	—
Edergrün . . .	700.—	—	35	—
Eichenhof . . .	273.08	44.26	15	—
Ellen . . .	1.020.41	—	66	1
Engelhaus . .	6.956.—	653.—	20	4
Espertor . . .	3.027.63	649.49	10	7
Fischern . . .	31.827.—	4.000.—	45	40
Funkenstein . .	900.—	186.—	70	3
Gsell . . .	556.90	72.—	10	—
Grafengrün . .	226.92	52.36	25	1
Haib . . .	4.125.28	215.50	12	6
Halmgrün = Sodau . . .	2.124.55	242.80	38	14
Hohendorf . .	2.339.50	—	30	—
Janeffen . . .	4.822.79	239.01	85	—
Karlsbad . . .	290.737.66	47.492.08	24.5	80
Rohlau . . .	501.76	392.40	50	2
Langgrün . . .	608.63	222.23	—	1
Lappersdorf . .	1.012.43	261.02	37	3
Leßau . . .	2.357.32	—	12	—
Lichtenstadt . .	1.500.—	2.270.54	10	9
Meierhöfen . .	5.142.51	190.—	47	—
Mühldorf . . .	408.18	24.—	18	—
Neudörfel . . .	1.626.—	—	12	—
Ober-Lomitz . .	412.40	77.20	20	4
O.-Meierhöfen .	—	—	—	—
Ottowitz . . .	4.696.51	697.57	70	—
Pirkenhammer .	4.203.14	1.416.76	45	8
Pullwitz . . .	224.92	31.24	15	11
Putschn . . .	1.342.88	1.404.72	30	1
Ranzengrün . .	430.—	—	15	—
Rittersgrün . .	1.335.25	—	15	—
Robisfort . . .	2.941.44	232.34	10	4
Ruppelgrün . .	1.071.50	—	15	—
Sattels . . .	—	—	7.5	—
Schlackenwert .	15.178.51	3.000.—	40	10
Schneidemühl .	4.400.—	677.10	42	5
Schobrowitz . .	2.660.36	—	54	—
Sittmesgrün . .	1.174.46	310.—	25	—
Schömitz . . .	—	—	—	—
Spittengrün . .	204.62	19.94	120	—

Gerichtsbezirk Königswart:

Altvasser . . .	1.964.—	213.45	10	—
Amosgrün . . .	—	186.—	34	1
Dreihacken . .	—	30.—	63	4
Grafengrün . .	354.15	308.—	30.4	4
Klemensdorf . .	1.014.80	115.—	41	—
Königswart . .	5.400.—	1.672.—	66	20
Krottensee . .	200.—	89.55	27	—
Lohäuser . . .	700.—	200.—	430 K 88 h	—
Maiergrün . . .	558.75	66.—	10	2
Markusgrün . .	200.—	50.—	24	—
Miltigan . . .	1.314.56	332.—	20	—
Perlberg . . .	—	400.—	103	8
Reckendorf . .	611.19	155.01	55	6
Ober-Sandau . .	200.—	140.—	52	2
Schanz . . .	1.331.—	104.—	26	5
Schönficht . . .	2.300.—	164.68	50	3
Schöntal . . .	92.59	70.—	24	—
Klein- Schüttüber . .	600.—	250.—	41	3
Groß- Siedbichfür . .	1.161.01	233.37	32	2
Klein- Siedbichfür . .	338.11	18.52	15	—
Tannaweg . . .	90.—	40.—	25	2
T.-Dreihacken .	—	900.—	28	4
T.-Schmelztal .	—	310.—	48	12
U.-Sandau . . .	1.770.09	1.002.09	30	15
Teschau . . .	382.—	—	15	1
Reidlweid . . .	160.15	5.—	—	—
Summa . . .	20.742.40	7.054.67	—	94

Gerichtsbezirke Komotau-Sebastiansberg:

Bielenz . . .	—	200.—	15.5	—
D.-Kralupp . . .	—	800.72	20	6
Demina . . .	1.140.41	60.—	—	—
Dörntal . . .	1.539.70	6.14	—	—
Eibitz . . .	1.608.70	1.062.—	41	2
Glieben . . .	200.—	150.—	50	3
Grün . . .	—	168.—	75	—
Hagendorf . . .	184.—	88.—	30	1
Hohentann . . .	1.040.—	310.—	30	2
Holletitz . . .	766.04	120.—	15	2
Holchnitz . . .	770.94	108.—	19.5	—
Bruschan . . .	2.800.—	46.—	15	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Glem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Glem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Rienhaid . . .	5.139.02	847.34	69	6	N.-Berzdorf . .	2.680.10	480.25	50	8
Romotau . . .	47.995.—	35.502.—	50	6	N.-Wittig . . .	—	700.—	49	2
Rörbich . . .	1.632.—	307.—	40	—	O.-Berzdorf . .	260.—	232.—	60	5
Rrima	813.08	315.44	15	6	O.-Krahan . . .	1.552.—	706.74	50	—
Riebiß	922.21	48.—	61.8	—	O.-Wittig . . .	1.510.—	490.92	50	5
Rosan	1.344.07	192.—	20	1	Ullersdorf . . .	1.885.—	325.—	30	—
Ralkau	505.—	55.—	15	—	U.-Krahan . . .	1.000.—	496.—	35	5
Rärzdorf . . .	3.383.42	710.—	—	4	Weißkirchen . .	4.574.—	1.312.62	30	5
Raschan . . .	432.71	530.—	70	4	Weßwalde . . .	5.780.58	1.355.85	38	5
Ratschung . .	830.—	882.98	46	5	Summa	127.454.77	26.696.18	—	125
Regrantz . . .	551.74	22.07	16.5	—	Gerichtsbezirk Leitmeritz:				
Rosabitz . . .	160.—	224.—	16	—	Babina A . . .	726.18	10.—	30	—
Rendorf . . .	698.—	312.—	36	6	Babina B . . .	340.08	—	23	—
Rosowitz . . .	100.—	110.—	15	—	Czaloßitz . . .	1.321.16	146.60	10	—
Rberdorf . . .	1.229.85	1.779.81	35	—	D.-Mißojed . .	744.85	360.20	12	—
Retich	2.952.73	50.—	40	—	D.-Welhotta . .	800.—	84.—	10	—
Rlaßdorf . . .	1.500.—	46.—	—	2	Enzowan . . .	—	—	—	—
Rlaß	1.774.30	430.—	82	6	Gr.-Angezd . .	1.170.21	103.09	38	—
Rrahn	1.448.19	155.83	15	—	Gr.-Cernosek . .	3.000.—	96.—	37	—
Rriefen	6.207.28	868.65	24	6	Gr.-Rutchnitz- Woden	5.267.92	327.—	20	2
Rritschapl . .	—	464.96	35	5	Hlinay	1.765.39	36.12	30	4
Rreizenhain . .	200.—	132.02	31	—	Ramaß	1.401.63	68.30	43	—
Rretichitz . . .	460.—	60.—	22	—	Rrzelchitz . . .	2.692.33	198.80	5	—
Rsalefel	—	230.—	30	3	Ruttslawitz . .	—	—	—	—
Rschönlind . .	1.540.—	48.—	—	1	Ruttlitz	400.—	—	91	—
Rsebastiansberg	3.173.—	2.051.54	50	40	Leitmeritz . . .	96.653.69	30.772.44	29	57
Rstavl	509.—	210.—	25	1	Ribochowan . .	265.—	583.07	40	1
Ronnenberg . .	19.257.76	1.184.07	70	2	Rurpitz	940.—	75.—	33	—
Rosau	762.98	20.—	25	—	Rralitschen . .	—	—	—	—
Rporitz	710.12	346.26	40	—	Rraschkowitz . .	52.—	—	11	—
Rstrahn	800.—	22.—	15	—	Rrichelsberg . .	—	60.—	68	—
Rströbau . . .	204.60	160.—	30	—	Rrischowitz . .	200.—	48.—	70	1
Rtenetitz . . .	980.—	—	15	—	Rrieder-Tenzel .	1.097.53	19.40	32	—
Rranschkowitz .	1.732.60	157.60	23	—	Rber-Röfel . . .	300.—	—	14	—
Rroschitz . . .	1.400.—	48.—	15	1	Rber-Czepsh . .	1.350.87	100.—	40	—
Rtschermich . .	200.—	48.—	43	—	Rber-Tenzel . .	600.—	80.55	38	—
Rtschern . . .	200.—	100.—	17	—	Riftian	1.064.60	230.—	10	1
Rtschernowitz .	2.220.—	250.—	30	4	Ritschkowitz . .	—	—	—	—
Rtschopfl . . .	318.—	150.—	—	—	Rlahof	—	—	—	—
Rumbach . . .	—	91.—	37	—	Rloschkowitz . .	2.408.62	50.—	25	—
Rwiset	800.—	100.—	30	2	Rbohrichan . . .	300.—	700.—	40	4
Rwischitz . . .	1.389.—	227.—	30	—	Rbohraz	488.91	—	8	—
Rwischa	691.28	175.50	35	—	Rbofratitz . . .	700.—	429.27	20	9
Summa	127.216.73	52.782.93	—	127	Rbolepp	1.578.—	150.—	100	—
Gerichtsbezirk Arahau:					Rroboßicht . . .	2.000.—	65.—	—	3
Christofzgrund .	4.263.14	500.—	20	3	Rrozsmif	616.55	339.82	40	4
Dönitz	2.729.28	1.038.36	55	4	Rritschen	1.600.—	500.—	13	3
Engelsberg . .	1.000.—	340.—	20	3	Rrübenbörßl . .	—	—	—	—
Görßdorf . . .	8.581.06	2.072.60	90	18	Rruschowan . .	—	—	—	—
Grafenstein . .	—	96.—	20	—	Rrazettau . . .	17.—	—	—	—
Grottan	24.032.03	3.293.71	60	—	Rrazettau . . .	400.—	51.16	31	—
Ketten	3.268.—	619.—	5955 K 15 h	3	Rrazpnitz . . .	220.81	12.—	40	—
Krahan	47.000.—	8.569.—	60	31	Rsalefel	2.444.83	82.—	10	—
Rachenbornf . .	2.869.78	1.020.66	70	14	Rschüttentitz .	7.277.—	1.900.—	30	9
Reuland	1.179.04	267.—	30	2					
Reundorf . . .	13.290.76	2.780.47	50	12					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwette in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwette in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gebusein . . .	4.576.—	110.—	30	1	Welhotta . . .	956.88	143.06	30.3	—
Selz	268.74	44.—	15	—	Weiß-Ängeb . .	330.—	72.—	10	—
Salitz	1.386.—	54.—	15	—	Wellemin . . .	4.905.—	413.5	13	—
Sobonitz	1.100.—	464.—	20	4	Wopparn	1.050.—	94.20	15	—
Sullobitz	1.146.85	—	24	—	Woborschitz . .	1.739.82	80.55	77	8
Taschow	472.48	346.87	—	—	Summa	120.069.96	11.893.36	—	52
Tauberwitz . . .	400.—	81.10	17	—	Gerichtsbezirk Lüditz:				
Tschobusch . . .	2.066.42	10.—	18	—	Badstübl	401.61	68.—	44	—
Theresienstadt .	2.610.44	5.012.08	10	10	Bohentsch	1.121.25	74.54	50	2
Tuzen	2.000.—	54.30	17	16	Chiesch	3.400.—	1.880.69	29	8
Triebisch	11.353.83	257.52	15	—	Domaschin . . .	—	—	15	—
Trnowan	690.—	164.94	45	1	Drabenz	—	—	—	—
Trnower	351.14	240.—	37	4	Hzeppan	1.992.52	64.—	5.4	—
Trschebautitz . .	1.600.—	168.—	45	1	Dreiböfen	690.—	150.—	10	4
Tscherfing . . .	24.—	274.—	50	1	Gefling-Rintsch .	236.—	—	11	—
Werbitz	2.100.—	136.—	44	—	Gr.-Fürwitz . . .	2.000.—	121.—	15	—
Winnei	767.—	—	19	—	Gr.-Werscheditz .	552.—	—	29	—
Wirkowitz	779.—	47.19	39	1	Herscheditz . . .	500.—	35.—	15	—
Summa	175.899.56	45.144.77	—	139	Jablou	200.—	40.—	44	—
Gerichtsbezirk Lobositz:					Klum	1.600.—	136.—	—	2
Borek	1.700.—	120.—	23	—	Krönitz	3.000.—	—	25	—
Billinka	104.38	10.—	20	—	Kobyla	300.—	15.—	21	—
Diafowa	2.300.—	40.—	—	—	Kolleichau . . .	75.—	252.—	80	—
Dlaſchkowitz . . .	2.118.38	315.20	60	2	Kosterzan	1.737.48	185.80	—	—
Dubkowitz	1.309.72	167.55	15	—	Kowarschen . . .	120.—	—	15	—
Jentschitz	2.761.67	921.06	15	4	Kraſzin	200.—	—	—	—
Kl.-Gzeruofel . . .	400.—	192.25	21	—	Kumerau	6.100.—	222.60	10	—
Kletſchen	632.36	—	8	—	Lachowitz	1.032.—	—	15	—
Kottomirſch . . .	2.623.38	14.—	10	—	Laſchin	690.—	36.—	15	—
Koſauer	1.000.—	68.12	43	—	Lubin	—	376.62	65	—
Leſſai	678.—	60.—	28	—	Liebkowitz	1.679.21	378.—	15	—
Lhotta	1.148.16	14.54	—	—	Lindles	—	19.46	100	—
Lichtowitz	2.730.78	376.—	30	—	Lohof	2.509.44	220.—	32.5	4
Lobositz	8.310.—	4.489.12	23	8	Lubenz	4.273.68	633.55	20	—
Lufawetz	2.075.19	212.—	20	6	Lüditz	3.420.—	1.080.—	63	12
Merskles	6.920.06	78.77	10	2	Mariaſtock	—	50.—	15	1
Milleſchan	18.250.—	490.67	23	1	Maſtung	10.—	—	15	—
Medwieditzſch . .	7.261.—	317.97	52	1	Modſchiedl	918.—	302.—	—	2
Netluſt	5.800.—	210.—	480 K	—	Mofrau	160.—	80.—	46.7	2
Neaſchkowitz . . .	8.986.70	624.86	26	4	Nahorſcheditz . .	1.123.95	—	—	—
Prifeſen	2.862.—	—	—	—	Neborſedl	700.—	141.42	20	1
Rabzein	1.348.27	26.—	25	—	Paſſnan	1.500.—	120.—	30	—
Radoſitz	959.08	113.30	30	4	Bohlem	570.—	20.—	10	—
Ruſcholk	1.177.47	70.—	10	—	Brasles	500.—	120.—	15	3
Schima	1.250.—	200.—	14	—	Prohorz	3.280.—	145.49	12	4
Schirſchkowitz . .	300.—	444.—	10	—	Protiwitz	630.—	254.—	10	8
Schelſchowitz . . .	—	150.—	50	—	Prſteſtein	464.45	33.20	15	—
Skaliſ	1.000.—	40.—	30	—	Pürles	1.575.—	42.24	33	—
Sullowitz	1.591.20	432.—	45.3	6	Radotin	300.—	80.—	30	—
Suttom	1.365.—	44.20	15	—	Ratiworz	1.964.—	183.—	40	5
Teplei	3.594.65	34.—	139 K	—	Schaub	595.39	91.44	15	—
Tſchiſchkowitz . .	10.600.—	300.—	15 h	10	Schorz	—	—	—	—
Watiſlaw	6.152.81	133.44	60	3	Scheer	600.—	35.—	32	1
Wſchinitz	1.778.—	381.—	22	3	Schmiedles	1.001.96	30.—	29	—
					Seimtiſch	100.—	—	12.5	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwette in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwette in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Serles . . .	1.206.26	49.49	—	3	Kaptsch . . .	—	85.—	48	3
Sicheritz . . .	662.43	730.—	72	2	Kladrau . . .	7.022.49	1.000.—	33	6
Sichlau . . .	5.602.—	—	12	—	Kostelzen . . .	1.523.98	471.39	10	—
Stadthöfen . . .	423.48	54.—	26	2	Kschenz . . .	765.55	887.24	40	10
Stiedra . . .	1.500.—	200.—	28	—	Laas . . .	2.000.—	140.—	4	2
Tyß . . .	200.—	200.—	23	1	Labez . . .	200.—	180.—	5	—
Walfowa . . .	122.—	61.—	26	—	Leiter . . .	300.—	130.—	12	1
Wittowitz . . .	400.—	350.—	25	4	Lohm . . .	200.—	104.—	14.6	4
Wladarz . . .	135.—	—	—	1	Lomitscha . . .	—	120.—	8	4
Worka . . .	100.—	—	17	—	Lošan . . .	487.68	252.48	9.88	—
Zoboles . . .	1.037.08	17.61	130 K 20 h	—	Mallowitz . . .	—	450.—	100	2
Summa .	65.031.19	9.378.15		72	Mies . . .	91.443.99	14.247.36	60	10
Gerichtsbezirk Marschendorf:					Militau . . .	400.—	80.—	—	—
Dörrengrund . . .	—	55.—	32	6	Mühlhöfen . . .	1.095.—	200.—	12	—
Dunkeltal . . .	—	100.—	34	—	Nedraschitz . . .	6.000.—	571.72	52	—
Freiheit . . .	7.774.38	938.64	70	14	Nicheln . . .	1.423.—	—	—	—
Glasendorf . . .	—	102.—	50	2	Nitran . . .	937.59	10.—	4	5
Gr.-Aupa I . . .	4.103.64	500.67	50	—	Ostrowitz . . .	285.—	50.—	7	1
Gr.-Aupa II . . .	2.123.42	286.63	45	1	Ottroschitz . . .	2.802.50	54.—	27	—
Gr.-Aupa III . . .	1.141.64	740.47	60	5	Pivana . . .	1.600.—	350.—	9.75	—
Johannisbad . . .	4.299.68	419.80	63	4	Plahuffen . . .	200.—	52.—	5	—
Marschendorf I. . .	5.300.—	420.—	45	6	Prostibor . . .	—	—	—	—
Marschen- dorf II . . .	1.900.—	229.52	20	1	Radlowitz . . .	3.070.—	126.—	13	—
Marschen- dorf III . . .	1.200.—	190.—	27	6	Rajowa . . .	2.502.—	449.51	10	2
Marschen- dorf IV . . .	9.806.—	652.90	73	13	Rochlowa . . .	360.—	587.32	20	1
N.-Albendorf . . .	1.000.—	100.—	55	3	Schöntal . . .	260.—	40.—	22	5
N.-Kleinaupa . . .	820.—	267.50	60	5	Schweiffing . . .	2.300.—	354.—	45	3
N.-Kolbendorf . . .	800.—	94.—	25	1	Sittna . . .	860.86	80.—	15	—
O.-Albendorf . . .	1.200.—	140.—	25	3	Sollisau . . .	—	—	—	—
Ob.-Kleinaupa . . .	998.04	191.—	30	—	Techlowitz . . .	2.700.—	278.—	25	7
O.-Kolbendorf . . .	1.078.—	61.—	70	6	Tinchan . . .	600.—	400.—	15	8
Rehorn . . .	120.—	220.—	40	6	Trpitz . . .	100.—	240.—	12	8
Schwarzenberg . . .	1.760.—	80.—	45	2	Tschernoschin . . .	2.800.—	1.100.—	30	8
Summa .	45.429.80	5.789.13		84	Ulitz . . .	1.800.—	800.—	—	—
Gerichtsbezirk Mies:					Uuola . . .	700.—	1.040.60	250	4
Beneschan . . .	600.—	280.—	—	5	Wellana . . .	1.024.—	980.—	—	—
Brod . . .	730.—	165.37	21	—	Welperischitz . . .	2.672.79	42.—	40	—
Dölitzen . . .	2.250.—	39.—	—	—	Weshorsch . . .	—	298.—	10	3
Elhotten . . .	400.—	1.000.—	44.5	2	Widau . . .	1.410.—	740.—	5.9	3
Elsheln . . .	400.—	110.—	—	2	Wilfischen . . .	7.075.66	446.40	22.3	6
Elzbach . . .	3.800.—	1.572.60	15	—	Wranowa . . .	220.—	72.—	11	8
Gibian . . .	300.—	300.—	—	1	Wrbitz . . .	676.—	24.—	—	—
Guratin . . .	140.—	10.—	—	—	Wuttan . . .	100.—	20.—	—	—
Huicemitz . . .	1.000.—	200.—	—	—	Zwinomas . . .	400.—	64.75	49	—
Hollezrieß . . .	768.—	198.—	—	—	Summa .	167.606.19	30.512.74		129
Gerichtsbezirk Neu-Bistritz:					Adamsfreiheit . . .	11.175.92	410.—	40	5
Adamsfreiheit . . .	11.175.92	410.—	40	5	Albern . . .	—	910.63	88	6
Albern . . .	—	910.63	88	6	Althütten . . .	—	245.55	26	1
Althütten . . .	—	245.55	26	1	Altstadt . . .	—	612.47	71	5
Altstadt . . .	—	612.47	71	5					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Artholz . . .	—	240.—	35	—	Chudowa . .	387.—	413.—	40	3
Auern-Weslers	—	30.—	35	3	Depoldowitz .	—	400.—	298 K	1
B.-Bernschlag	200.—	720.—	24	9	Deschenitz . .	—	1.600.—	60	11
D.-Bernschlag	—	320.—	56	4	Dimischowitz .	—	190.—	33	—
Gebhards . .	—	627.50	81	3	Eisenstein Dorf	1.300.—	900.—	85	6
Gottschallings	—	600.—	60	20	Eisenstein . .	—	—	—	—
Grambach . .	—	126.—	—	3	Markt . . .	11.581.—	2.643.—	85	14
Guttenbrunn .	—	365.20	72	19	Eisenstraß . .	900.—	500.—	23.7	15
Heumot . . .	400.—	275.95	190	6	Glashütten . .	—	923.99	12	7
Rain	35.—	300.—	12	8	Grün	—	1.387.30	40	3
Kaltenbrunn .	—	183.83	—	1	Hadrnwa . . .	—	79.80	26	1
Konrads . . .	—	385.73	14	9	Hammern . . .	—	906.24	31	5
Kunas	—	781.—	113	—	Holletitz . . .	—	—	—	—
Leinbaum . .	—	350.—	48	5	Krotitz	—	496.—	30	3
Münichschlag	—	425.—	2923 K 60 h	3	Neuern	300.—	2.646.87	35	14
Neubistritz .	12.741.97	6.425.23	90	40	Petrowitz . . .	391.32	128.40	12	—
Neustift . . .	—	50.—	48	—	Rotenbaum . .	—	—	—	—
Reichers . . .	—	200.—	15	2	Schiebnetitz . .	—	24.—	32	1
Roman	—	544.75	12.27	5	St. Katharina .	—	213.58	16	3
Schamers . .	1.521.78	817.96	30	2	Todlau	—	232.—	79	1
Sichelbach . .	—	164.16	55	6	Summa	15.059.32	13.956.50	—	97
Weissenbach .	—	20.—	112	—					
Wittingau . .	81.16	361.76	39.5	7					
	1.020.—	130.—	—	3					
Summa	27.175.83	16.622.72	—	175					
Gerichtsbezirk Neudek:									
Bernau	1.534.28	1.195.35	82	9	Barzdorf . . .	3.298.34	350.82	5	—
Eigenberg . .	1.403.95	867.70	10	2	Brenn	4.046.—	375.33	9	1
Frühbush . .	—	2.000.—	77	6	Drausendorf . .	1.864.—	125.—	35	—
Gibitz	—	390.—	70	—	Gablonz	2.282.50	218.05	47	8
Hermannsgrün	—	—	55	—	Gözdorf	1.346.74	298.06	26	—
Hirschenstand	2.725.78	1.429.66	1806 K 27 h	4	Grünau	1.065.35	99.52	20	5
Hochofen . . .	1.000.—	225.—	70	2	Halbehaupt . .	1.485.58	54.05	43	—
Hohenfollern .	100.—	101.55	132	—	Hammer	1.006.31	188.40	45	1
Kammersgrün .	184.—	90.—	15	4	Höflitz	1.935.36	440.22	1.06	2
Kobling	931.75	1.018.45	50	17	Hühnerwasser .	1.147.89	598.52	30	6
Mühlberg . . .	2.000.—	441.09	74	23	Hultschken . .	1.180.—	240.—	—	3
Neudek	46.192.55	5.829.53	30	—	Johannestal . .	1.872.80	132.08	687 K	2
Neuhammer . .	3.576.76	2.404.11	72	3	Kaminitz	2.157.—	253.—	10	7
Neuhaus . . .	596.72	632.41	110	1	Kessel	1.133.22	140.—	68	6
Nedt	221.95	50.19	30	—	Kraja	209.54	21.—	865 K	—
Sauerfack . .	970.—	1.063.86	110	9	Kridai	882.39	15.44	—	—
Scheft	—	150.—	20	—	Kummer	1.505.39	185.20	20	2
Schindswald .	2.326.40	662.14	40	8	Kummersdorf .	3.600.—	480.—	25	5
Schönlind . .	3.203.31	1.593.50	55	8	Luh	1.392.88	129.68	10	—
Schwarzebach	—	232.—	96	2	Merzdorf . . .	837.66	72.—	233 K 35 h	—
Thierbach . .	100.—	130.11	70	6	Nahlau	1.500.—	305.—	—	—
Trinkfaisen .	3.100.—	1.100.—	77	5	Neuland	3.009.09	288.79	60	3
Ullersloh . . .	773.50	351.43	30	—	Niemes	22.256.25	7.686.84	18	28
Voigtsgrün . .	200.—	365.09	65	3	Ober-Gruppai .	3.317.03	93.90	70	—
Summa	71.145.95	22.323.17	—	112	Dichtz	4.999.—	541.13	35	7
					Plauschnitz . .	1.640.51	224.14	45	2
					Proschwitz . . .	524.—	281.52	218	6
					Rabendorf . . .	711.40	513.92	34	—
					Reichstadt . . .	28.136.—	2.317.—	32	3
					Sabert	416.31	51.10	30	—
					Schiebel	3.057.91	32.—	10	—
					Schwabitz . . .	7.074.—	534.09	46	6
					Schwarzwald . .	1.187.81	88.20	53	3
					Voitzdorf . . .	1.000.46	400.—	30	1
Gerichtsbezirk Neuern:									
Auborsko . . .	—	95.18	15	8					
Bistritz	200.—	177.14	10	1					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gemeinlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gemeinlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Wartenberg . . .	10.214·32	2.957·44	50	9	Schönburg . . .	160—	6·40	24	—
Wofen . . .	2.620·89	48·50	28	—	Schöntal . . .	5.597·81	402·52	150	3
Wolfstal . . .	2.039·77	89·20	30	—	Schönwehr . . .	—	317·90	100	—
Wolfschen . . .	530—	60—	32	—	Teichhänseln . . .	1.853·75	31·97	16	—
Zetten . . .	933—	141·83	28	1	Theusing . . .	5.280—	1.755·52	45	2
Summa . . .	132.437·70	21.100·97		117	Tiefenbach . . .	1.734·08	134·20	82	8
Gerichtsbezirk Ober-Plan:					Tiffau . . .	2.785·32	26·60	55	—
Eggettschlag . . .	—	252—	25	4	Töppelès . . .	100—	227—	105	2
Glöckelberg . . .	750—	887·14	40	2	Trossau . . .	1.644·14	1.166·69	—	12
Hintring . . .	50·30	476—	10·5	14	Tschebon . . .	1.002—	680—	13	2
Honetschlag . . .	—	304·20	11	—	Uttwa . . .	4.400—	305·66	35	1
Irresdorf . . .	1.630·89	93—	436 K 48 h	—	Wasserhänseln . . .	293—	9·20	413 K 21 h	—
Mautstadt . . .	566·92	172·99	13	7	Summa . . .	54.977·82	9.690·75		66
Mugrau . . .	—	233·05	15	—	Gerichtsbezirk Pfraumberg:				
Münckern . . .	—	200—	15	3	Altsattel . . .	4.026·88	158·88	15	—
Neufsen . . .	—	1.093·45	48	3	Darmschlag . . .	2.646—	145—	15	2
Ober-Plan . . .	4.900—	2.072·72	14	6	Dehnten . . .	729—	390—	536 K	4
Ogfolderhaid . . .	—	212·80	570 K 21 h	1	Drißgloben . . .	1.400—	150—	55	10
Parfrieb . . .	—	776—	17	5	Esch . . .	3.828·12	2—	7·2	1
Bernef . . .	—	838—	14	16	Eschowitz . . .	1.779·03	101·22	15	5
Planles . . .	—	119·20	683 K 69 h	—	Godrusch . . .	2.833·18	176—	90 K 69 h	—
Sarau . . .	5.517—	202—	28	—	Goffau . . .	1.600·29	180—	15	3
Schwarzbach . . .	—	349·50	889 K 5 h	—	Haid . . .	11.000—	1.000—	50	8
Stögenwald . . .	—	236·46	15	—	Häffelsdorf . . .	2.500—	315·19	146	11
Stuben . . .	—	608·60	11	—	Juratin . . .	400—	24·28	15	5
Tuffet . . .	—	133·13	70	—	St. Katharina . . .	4.992—	279—	950 K 50 h	4
Summa . . .	13.415·11	9.260·24		61	Groß- Meierhöfen . . .	4.000—	200—	17	3
Gerichtsbezirk Petschau:					Klein- Meierhöfen . . .	573·98	108—	13	4
B.-Kilmes . . .	852—	48·20	97	—	Labant . . .	600—	250—	110	2
Döllnitz . . .	1.207·20	18·88	150	—	Konraditz . . .	—	—	—	—
Gabhorn . . .	1.240—	144—	80	—	Kufen . . .	2.196·14	58·10	7·5	—
Gängerhof . . .	1.291—	450—	100	—	Mallowitz . . .	1.682—	87·64	10	1
Goschowitz . . .	479—	150—	23	4	Molgau . . .	524·78	239·70	33	—
Gosmanul . . .	781·33	126—	—	4	Milles . . .	1.860—	15—	7	5
Grün . . .	2.519·18	180·84	43	3	Neuhänsel . . .	1.579·42	974·93	55	9
Killitz . . .	1.342·82	112·80	15	—	Neudorf . . .	4.160—	1.036—	37	5
Leimgruben . . .	1.422·23	184·88	30	1	Neustadt . . .	7.057·13	500—	30	5
Mies . . .	1.101·05	305·86	95	5	Pabelsdorf . . .	1.500—	55—	—	—
Müllersgrün . . .	—	104·88	215	—	Pfraumberg . . .	7.823·85	725·23	49	3
Neudorf . . .	5.195·28	1.012·03	56·5	6	Pernatitz . . .	3.834·02	580·75	30	5
Neu-Kamitz (D.=G.) . . .	775·08	29·40	114	2	Rail . . .	1.176—	54—	8	—
Neschowitz . . .	2.147·53	—	339·2	—	Rasau . . .	2.446·54	548·27	14	—
Petschau . . .	2.416—	1.350—	75	7	Rosshaupt . . .	3.734·59	837·06	44	—
Pirten . . .	1.112·16	8—	125	—	Speierling . . .	2.262·41	44—	—	—
Polliten . . .	540·10	46—	15	—	Strachowitz . . .	981—	31—	—	—
Poschitz . . .	1.022·28	125—	72·5	—	Turban . . .	2.700—	300—	16	5
Pröles . . .	1600—	100—	20	—	Tutz . . .	1.500—	79·02	—	—
Rading . . .	1.273·84	35·32	15	4	Toll . . .	2.351—	9—	9	—
Sattl . . .	1.809·64	95—	34	—	Ujest . . .	1.212·14	32—	34	—
					Wischkun . . .	6.187—	—	3	—
					Wonetitz . . .	3.795·67	3—	5	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Woschnitz . . .	1.864.—	195.—	10	2	Platten . . .	10.400.—	2.425.—	130	12
Wurken . . .	2.151.—	172.81	13	4	Salmthal . . .	10.000.—	400.—	34	2
Wusleben . . .	1.139.06	117.43	141	—	Summa . . .	54.014.06	12.534.24		34
Wummern . . .	2.220.—	225.62	45	1					
Summa . . .	111.445.73	10.620.08		107	Gerichtsbezirk Pödersam:				
Gerichtsbezirk Pfan:					Chmeleschen . . .	452.40	20.—	60.5	—
Brand . . .	—	600.—	60	4	D.=Trebetitzsch . . .	1.187.—	62.55	20	—
Bruck . . .	5.910.53	139.90	17	—	Dollanka . . .	2.300.—	30.—	22.1	—
Dammann . . .	400.—	204.—	14	3	Höhan . . .	7.474.—	1.314.86	20	2
Dürmann . . .	—	—	—	—	Hödefin . . .	200.—	30.—	30	—
Elshotten . . .	150.—	50.—	10	2	Holleschau . . .	1.983.19	93.—	100	—
Gammitz . . .	—	15.—	115 K	—	Groschau . . .	2.529.—	101.16	10	—
Glasau . . .	600.—	20.—	30	—	Gr.=Dischehan . . .	9.966.87	228.94	23	—
Glashütten . . .	711.18	115.—	—	—	Kaschitz . . .	1.074.29	103.80	1618 K 24 h	3
Glitichau . . .	100.—	13.—	18	—	Kettowitz . . .	—	48.—	15	—
Gottschau . . .	400.—	93.—	25	—	Hohentreibitzsch . . .	1.474.24	516.40	27	3
Gröna . . .	377.27	375.—	11	—	Kl.=Fürwitz . . .	3.059.83	—	30	—
Gumpitz . . .	110.—	100.—	30	—	Knischitz . . .	5.896.92	473.78	18.1	7
Hangendorf . . .	8.910.20	341.69	—	—	Kriegern . . .	3.463.80	670.—	35	4
Heiligentkreuz . . .	8.910.20	341.69	—	—	Lebau . . .	1.400.—	126.—	27	—
Heischigau . . .	110.—	100.—	30	—	Leichtau . . .	—	256.—	15	3
Hinterkotten . . .	3.226.98	303.26	—	—	Lieboritz . . .	6.305.22	406.—	60	3
Hohenzettlitz . . .	—	—	—	—	Lischwitz . . .	3.810.41	262.60	29	—
Rebau . . .	735.10	24.54	75	—	Lobeditz . . .	2.421.25	186.72	25	3
Riesenrent . . .	200.—	46.—	13	—	Luban . . .	3.100.—	160.—	43	1
Rafetendörflas . . .	4.500.—	145.—	12	4	Maichau . . .	11.440.96	1.337.64	10.5	11
Ruttenplan . . .	—	—	—	—	Michelsdorf . . .	500.—	40.—	20	3
Michelsberg . . .	—	—	—	—	Mohr . . .	6.889.12	236.44	33	—
Neudorf . . .	3.694.—	167.—	—	—	Mofotill . . .	1.481.52	264.79	52	2
Oberdorf . . .	2.000.—	—	—	—	Neprowitz . . .	1.373.68	48.—	532 K 75 h	—
Ober-Godrisch . . .	658.15	—	—	—	Niemtschau . . .	5.897.74	170.15	40	—
Ottenrent . . .	—	—	—	—	Oberflee . . .	7.360.78	693.94	46	1
Pawlowitz . . .	—	—	—	—	Oblat . . .	538.—	173.20	18	2
Pfan . . .	17.167.51	5.403.53	36	9	Gr.=Witzschitz . . .	400.—	200.—	18	—
Prommenhof . . .	2.705.83	600.—	1454 K	4	Kl.=Tschernitz . . .	2.176.83	425.40	78	—
Punna . . .	300.—	200.—	15	6	Kl.=Dtschehan . . .	1.214.08	400.04	33	5
Schorf . . .	—	—	30	—	Pödersam . . .	9.764.50	2.310.81	30	2
Schlef . . .	1.32	124.80	36.5	—	Pobletitz . . .	14.153.88	618.55	19	1
Ruttenplan=Schmelztal . . .	—	—	—	—	Pomeißl . . .	5.880.56	537.44	26	4
Pfan=Schmelztal . . .	—	—	—	—	Przibenz . . .	365.44	72.—	24	5
Stodau . . .	330.—	30.—	24	—	Pröllas . . .	5.181.67	289.89	46.5	—
Thein . . .	—	—	—	—	Ruschwitz . . .	16.371.62	92.50 759.08	22	1
Triebel . . .	1.700.—	200.—	43	—	Rudig . . .	21.528.42	2.027.86	50	32
Unt.-Godrisch . . .	5.20	30.—	—	5	Schaab . . .	14.064.17	224.11	42	5
Wafchagrün . . .	—	60.—	15	—	Schöllesau . . .	7.612.70	1.422.65	35	11
Wesigan . . .	320.—	55.—	10	1	Schönhof . . .	4.344.19	453.70	25	—
Wieschka . . .	6.488.—	240.—	19	4	Sirbitz . . .	1.500.—	100.—	20	—
Summa . . .	60.721.47	10.137.41		42	Styhal . . .	2.941.79	47.18	20	—
Gerichtsbezirk Platten:					Strojebitz . . .	3.771.95	355.02	40	1
Abertham . . .	9.733.18	4.909.24	100	12	Teufchenruff . . .	5.054.04	216.36	24	6
Bärtingen . . .	16.946.30	2.000.—	95	6	Weitentreibitzsch . . .	3.986.39	658.35	40	—
Breitenbach . . .	6.934.58	2.800.—	48	2	Wärzen . . .	1.442.—	56.—	29	2
					Weß-Lünz . . .	820.—	—	31	4
					Widhostitz . . .	2.730.—	693.08	24	1
					Wiesfen . . .	129.78	58.—	13	—
					Würau . . .	2.122.92	87.19	47	—
					Summa . . .	221.137.09	20.149.18		128

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-Umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-Umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder
Gerichtsbezirk Postelberg:					Verzdorf . . .	400.—	70.60	80	3
Ferbenz . . .	3.774.88	132.—	24	2	Dörfel . . .	12.359.—	4.407.—	45	31
Ferbka . . .	1.775.—	40.—	348 K 84 h	—	Eichicht . . .	6.244.17	342.32	24	3
Gr.-Lippen . .	1.528.49	233.—	58	—	Franzendorf . .	6.996.76	1.266.—	40	9
Jmiling . . .	—	—	—	—	Friedrichswald	2.434.33	2.165.55	43	11
Lewantitz . . .	3.606.15	64.—	30	—	Gränzenorf . .	500.—	394.04	80	—
Lippenz . . .	2.842.50	602.—	63	3	Heinersdorf . .	1.230.—	141.86	12	—
Lischan . . .	6.855.27	289.03	42	—	Hermanstal . .	4.726.20	1.200.—	20	15
Malnitz . . .	792.04	120.—	36	2	Jaberlich . . .	567.40	73.—	30	4
Mraibitz . . .	2.153.37	24.—	19	—	Johannestal . .	12.384.23	895.23	65	—
Neßahitz . . .	5.223.59	180.—	99.5	—	Karolinsfeld . .	2.000.—	397.51	70	3
Noscha . . .	6.400.—	479.42	20	—	Katharinberg . .	1.210.82	801.85	30	3
Postelberg . .	10.000.—	—	—	—	Kunnersdorf . .	2.560.—	74.—	95	3
Postelberg . .	16.814.87	3.664.70	30	16	Langenbrunn . .	15.454.71	992.14	40	4
Posticherad . .	1.886.74	—	15	—	Liebenau . . .	34.287.83	6.163.74	62	6
Priesen . . .	4.261.14	702.37	42	5	Lubotitz . . .	1.300.—	172.—	55	2
Semenkowitz . .	2.664.—	268.—	40	4	Maffersdorf . .	46.814.33	10.978.68	59	—
Stupitz . . .	2.100.03	101.36	37	—	Münkendorf . .	889.22	395.81	60	5
Storfowitz . .	2.266.48	604.71	40	3	Neu-Paulsdorf .	8.117.50	495.—	20	1
Tattina . . .	2.800.—	100.—	45	2	N.-Hanichen . .	3.992.73	407.76	60	2
Wiedobl . . .	3.752.04	—	23	—	O.-Hanichen . .	3.033.34	417.98	55	—
Weberschan . .	4.688.62	233.73	45	—	O.-Kosental . .	17.410.02	526.—	70	5
Wiskfowa . . .	5.089.73	137.80	33	—	Belkowitz . . .	2.689.24	258.15	70	1
Wittofsch . . .	5.295.87	366.80	21	—	Ratschenhof . .	2.502.62	997.33	75	5
Schießglock . .	4.000.—	—	—	—	Röschitz . . .	17.683.01	1.976.23	50	9
Summa . . .	100.570.86	8.842.92	—	37	Rosental I . . .	3.473.73	762.55	36	2
Gerichtsbezirke Presnitz-Weipert:					Rudolfsthal . .	1.900.44	164.46	126	—
Bettlern . . .	880.60	66.30	82	1	Ruppersdorf . .	—	1.966.51	12.256 K 27 h	2
Christofshammer	3.267.14	685.72	55	2	Saßtal . . .	2.942.—	395.—	71	10
Dörnsdorf . .	1.811.75	855.49	20	12	Schimsdorf . .	—	180.—	90	—
Köfelwald . . .	1.661.44	1.067.22	153	—	Schönborn . . .	1.708.20	451.26	50	9
Kunau . . .	370.—	204.12	20	—	Schwarau . . .	1.442.—	48.—	43	—
Kupferberg . .	5.151.12	700.04	85	2	Voigtsbach . . .	3.755.88	786.62	38	6
Kendörfl . . .	851.41	77.60	118	—	Summa . . .	246.807.43	44.807.45	—	184
Oberhals . . .	1.475.26	58.94	51	1	Gerichtsbezirk Rochlitz:				
Pleil . . .	1.491.64	1.022.80	30	5	Harrachsdorf . .	9.710.28	2.391.68	70	27
Pöllma . . .	410.74	153.06	60	2	Rochlitz . . .	47.000.—	9.713.89	70	32
Presnitz . . .	14.200.—	3.328.39	30	9	Wittkowitz . . .	6.020.04	1.283.45	70	20
Reichsdorf . .	1.710.98	2.237.07	60	4	Summa . . .	62.730.32	13.389.02	—	79
Schmiedeberg .	4.529.42	3.076.01	100	15	Gerichtsbezirk Rokitzsch:				
Steingrün . . .	—	125.30	101	5	Bärenwald . . .	4.200.—	278.32	30	—
Tribischl . . .	380.—	30.—	—	—	Bazdorf . . .	4.860.20	680.30	55	6
Weigensdorf . .	4.529.65	143.47	72	—	Bieleh . . .	700.—	438.—	30	2
Weipert . . .	13.321.14	20.371.95	87	30	Friedrichswald	2.600.—	2.680	97	8
Wohlan . . .	1.818.—	90.—	—	1	Gr.-Murgim . .	2.604.—	682.68	46	15
Zieherle . . .	814.—	40.—	—	—	Gr.-Stiebnitz . .	7.200.—	889.29	50	12
Zobietitz . . .	550.—	409.07	—	5	Halbzeiten . . .	1.430.25	70.—	105	5
Summa . . .	50.927.29	34.742.55	—	94	Hernfeld . . .	5.680.—	724.21	102	6
Gerichtsbezirk Reichenberg:					Himmll . . .	—	—	—	—
Alt-Habendorf .	6.662.14	1.479.95	40	2	Kiebueh . . .	967.98	1.037.11	46	10
Alt-Harzdorf . .	13.105.14	2.182.82	35	24	Klaska . . .	1.767.—	309.35	30	1
Alt-Paulsdorf .	4.030.39	381.—	60	4	Höhenerlitz . .	6.619.28	406.42	120	4
					Kattcher . . .	590.—	414.37	80	7
					Kerndorf . . .	400.—	449.—	75	2

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Al.-Aurzim	2.000.—	395.88	71	5	Gerichtsbezirk Saaz:				
Al.-Stiebnitz	3.808.68	204.32	58	2	Bezdia	1.527.87	329.86	39	5
Kronstadt	1.757.88	481.69	55	5	Dobritschan	2.103.27	972.—	33	2
Kunzendorf	3.402.47	212.72	35	4	Drahomischl	—	500.—	100	2
Mittelsdorf	2.595.22	231.20	33	7	Dreiböf-	—	—	—	—
Neudorf	240.—	46.07	39	—	Welchan	587.65	486.—	60	2
Niederdorf	1.546.—	72.11	153	—	Dubshan	324.32	228.46	20	9
Oberdorf	2.059.—	259.91	23	2	Gr.-Hollitz	1.585.14	804.64	40	2
Brorub	1.561.69	101.55	15	—	Gr.-Tschornitz	4.065.22	234.25	25.5	4
Rampusch	200.—	438.—	73	4	Horatitz	2.704.04	207.12	20	—
Ritiska	2.776.40	669.34	82	4	Draibisch	4.800.—	15.—	35	—
Rokitnitz	34.600.—	2.513.65	80	6	Raunowa	3.820.—	432.40	39	2
Sanktloß	2.314.—	577.68	100	6	Rlitichin	1.000.—	104.—	30	1
Schönwald	1.000.—	40.—	48	—	Rlitichkan	1.032.—	—	130	—
Schwarzwasser	1.540.—	251.86	54	4	Liebeschitz	250.—	138.06	30	1
Tanndorf	2.000.—	675.43	94	7	Liebotichan	3.242.—	425.40	40	3
Summa	103.020.05	13.807.26		134	Litschkau	2.624.—	748.19	100	11
Gerichtsbezirk Ronsperg:					Michelob	2.003.37	703.46	27	4
Frohnau	100.—	56.—	278 K	—	Milofschitz	—	60.40	25	—
Grafenried	16.880.—	1.129.87	32.2	5	Müniz	2.400.—	204.—	25	1
Höslau	400.—	37.04	—	2	Nettschenitz	1.225.74	172.65	19.8	—
Al.-Semlowitz	400.—	237.04	—	1	Neufatkl	5.952.—	385.50	40	5
Linz	300.—	27.40	—	—	Bressern	200.—	120.—	27	6
Mauthaus	850.—	820.—	78	12	Pfischeau	972.—	84.—	14.5	—
Mexling	—	—	—	—	Quon	819.—	—	—	—
Münchsborn	500.—	320.—	—	5	Reitshowes	3.052.—	530.—	12	3
Natschetin	700.—	280.—	500 K	2	Ribnian	—	70.—	33	—
Neu-Gramatin	100.—	69.—	1099 K	1	Saaz	100.770.68	30.819.34	52	51
Reib	—	—	—	—	Saluschitz	1.688.58	331.78	15	—
Rindl	1.274.60	190.85	155 K 69 h	—	Satkau	—	200.—	43	1
Ronsperg	8.023.12	2.188.—	34	4	Schaboglad	310.37	64.—	28	—
Schilligkau	1.600.—	50.—	9	2	Schiekelitz	484.—	144.—	792 K	—
Schüttwa	700.—	37.64	—	2	Schünau	1.300.—	10.—	—	—
Stokau	750.—	50.—	240 K	—	Schischitz	3.562.—	554.09	29	—
Schwarzbach	—	—	—	—	Sellowitz	1.006.—	35.—	55	—
Trohatin	1.700.—	149.—	14	1	Seltich	2.072.—	136.98	40	9
Wäter	800.—	381.61	33	5	Sobieslad	5.006.10	400.—	4	4
Waldersgrün	—	340.—	50	5	Stankowiz	1.000.—	488.—	15	2
Wilkenau	200.—	—	—	—	Stednitz	1.658.75	92.—	44.5	1
Wonschen	800.43	100.—	1000 K	—	Strampitz	1.288.—	110.—	73.6	2
Wottawa	407.26	354.30	—	—	Telchnitz	—	498.—	106	6
Summa	36.485.41	6.812.75		47	Tronitz	880.11	40.—	91	—
Gerichtsbezirk Rumburg:					Tschekowiz	—	300.—	5	—
Daubitz	8.853.43	820.—	50	4	Tscheraditz	1.169.40	200.—	27.5	—
Khau	1.500.—	835.71	24	5	Tschesowiz	795.95	276.—	68	10
Al.-Threnberg	16.555.19	1.633.32	55	6	Tschorschitz	2.204.—	1.296.08	51.5	2
Ober-	—	—	—	—	Twerschitz	2.762.—	200.—	54	—
Heunersdorf	15.100.—	1.556.68	53	15	Wedruschitz	200.—	258.—	26	20
Rumburg	68.537.89	21.992.67	67	38	Welleititz	2.200.—	593.—	60	5
Schönborn	5.800.—	1.849.45	65	18	Welmischloß	8.300.—	500.—	62	1
Schönbüchel	22.050.38	2.079.89	43	5	Wissotichan	8.208.—	102.80	8	—
Schönlinde	155.246.31	8.417.72	45	40	Summa	193.155.56	45.604.46		177
Wolfsberg	29.820.—	1.614.97	35	2	Gerichtsbezirk St. Joachimstal:				
Summa	323.463.20	40.800.41		133	Arleßgrün	697.45	27.—	20	—
					B.-Wiesental	3.274.—	1.300.—	30	15
					Dammitz	480.—	—	28	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proj.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proj.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gezmesgrün . . .	3.974.08	147.62	20	4	Gerichtsbezirk Staab:				
Gottesgab . . .	4.724.88	487.60	10	—	Auherzen . . .	400.—	60.—	—	—
Holzbad . . .	1.369.23	53.12	36	—	Blattitz . . .	260.—	460.—	10	—
Honnnersgrün . .	566.85	24.10	—	—	Chotieschau . .	2.800.—	1.381.40	21	8
Hüttmesgrün . .	873.80	80.—	94	—	Gottowitz . . .	687.14	163.28	42	3
Jokos	739.03	150.—	^{695 K} 23 h 2	2	Holleischen . . .	2.700.—	50.—	—	2
Lindig	300.—	407.28	40	1	Honositz . . .	—	400.—	62	2
Marlesgrün . . .	200.—	70.82	12	—	Horschowitz . .	300.—	20.—	—	1
Merkelsgrün . . .	300.—	50.—	19	—	Gradzen . . .	2.800.—	522.36	25	3
Möritschau . . .	900.—	100.—	30	2	Lellowa . . .	150.—	12.—	—	—
Oberbrand . . .	1.083.80	156.70	15	4	Lischin . . .	—	440.—	—	—
Pernesgrün . . .	1.300.—	51.50	26	2	Lissowa . . .	—	39.48	—	—
Pfaffengrün . . .	524.18	120.—	—	4	Lochutzen . . .	900.—	250.50	15	—
St. Joachimstal .	78.989.—	151.63	20	69	Losin . . .	129.84	96.—	48	—
Schönwald . . .	4.728.52	194.67	53	—	Mantau . . .	500.—	544.—	39	—
Seifen	9.950.53	2.239.80	65	12	Mirschowitz . .	328.—	80.—	19	—
Stolzenhain . . .	6.912.57	717.54	52	4	Nürchan . . .	7.000.—	950.53	50	1
Tiefenbach . . .	1.990.28	60.—	—	6	Poppowa . . .	369.72	—	—	—
Ullersgrün . . .	300.—	36.—	25	1	Przeheischen . .	—	320.—	—	—
Unterbrand . . .	1.300.—	65.10	10	1	Rablstien . . .	200.—	—40	7.75	—
Wickwitz	600.—	274.88	50	1	Salluschen . . .	—	388.24	22	4
Summa	127.078.20	6.965.29	—	128	D.-Sefrischan . .	200.—	176.—	9.5	4
Gerichtsbezirk Schafhar:					U.-Sefrischan . .	227.30	96.—	15	3
Bernsdorf . . .	4.040.—	738.23	28	13	Staab	3.577.20	2.401.96	40	22
Bober	1.600.—	414.24	64	10	Steinanzeb . . .	—	72.—	—	—
Brettgrund . . .	290.—	143.06	50	1	Strelitz . . .	400.—	131.—	—	—
Königshan . . .	600.—	223.48	15	—	Teinitz . . .	300.—	—	6.25	—
Krimsdorf . . .	1.397.08	235.71	70	—	Tuschan Dorf . .	1.000.—	164.40	13	—
Lampersdorf . .	126.79	1.214.13	46	10	Wittowa . . .	200.—	308.—	20	5
Potschendorf . .	—	30.—	15	3	Zwug	200.—	216.—	38	—
Schafhar	5.394.80	2.298.30	72	19	Summa	25.629.20	9.743.55	—	58
Schwarzwasser . .	—	150.72	50	3	Gerichtsbezirk Stecken:				
Wernsdorf . . .	900.—	60.75	45	—	Bergersdorf . . .	700.—	120.60	32	2
Summa	14.343.67	5.508.62	—	59	Blumendorf . . .	—	22.—	15	3
Gerichtsbezirk Schluckenau:					Bosowitz . . .	50.38	48.—	^{324 K} 50	8
Alt-Chrenberg . .	15.000.—	2.287.92	74	8	D.-Gießhübel . .	10.000.—	804.90	29.5	5
Filippsdorf . . .	14.926.18	532.40	33	5	D.-Reuhof . . .	100.—	38.—	50	1
Fugau	2.000.—	214.80	44	1	D. Schützenhof .	—	160.—	14	—
Fürstenwalde . .	4.000.—	204.—	43	2	Dobrenz . . .	900.—	50.—	30	—
Georgsvalde . . .	102.362.15	300.—	48	2	Gersdorf . . .	680.—	250.—	55	8
Herrnwalde . . .	7.655.88	125.20	79	—	Friedrichsdorf . .	1.727.52	279.—	25	1
Kaiserwalde . . .	11.046.—	1.393.80	^{1231 K} 86 h 2	2	Gilbersdorf . . .	600.—	350.48	12	6
Königsvalde . . .	14.000.—	2.100.—	30	9	Höfen	40.—	40.—	24	—
Neu-	—	—	—	—	Irching . . .	670.41	300.—	20	1
Grafenwalde . . .	4.710.76	463.63	59	5	Muckenbrunn . .	320.—	100.—	15	—
Rosenhain . . .	2.149.96	154.66	30	1	Petrowitz . . .	—	146.—	15	2
Schluckenau . . .	30.000.—	6.809.78	56	15	Schlappenz . . .	400.—	46.31	12.9	2
Wiefental	7.654.61	691.—	—	—	Schrittenz . . .	1000.—	1.150.—	84	15
Summa	224.173.39	15.978.19	—	50	Seelenz . . .	690.38	193.33	40	2
					Simmersdorf . .	—	726.42	15	6
					Smilau . . .	649.—	30.—	—	1
					Steden . . .	4.524.98	1.913.90	30	7
					Steindorf . . .	100.—	200.—	78.7	2
					Unt.-Weznitz . .	—	45.—	73	1
					Waldhof . . .	459.27	380.—	^{1000 K} —	2
					Summa	23.611.94	7.393.94	—	75

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwede in Kronen	Höhe der Gem. = Einlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwede in Kronen	Höhe der Gem. = Einlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Gerichtsbezirk Tachau:					Gerichtsbezirk Tepl-Marienbad:				
Albersdorf	600.—	188.—	26	7	Abaschin	1.189.—	120.—	45	—
Alt- Fürstenhütte	706.—	57.97	99	4	Altjattl	1.400.—	98.12	15	7
Alt- Zedlisch	4.100.—	1.217.80	60	5	Anschowitz	7.954.66	514.74	10	—
Bernekreit	400.—	60.—	40	—	Beslau	262.08	10.—	10	—
Böhmischdorf	3.650.—	425.48	67.5	16	Böhm.-Borau	666.34	56.—	10	—
Brand	2.700.—	459.68	88	14	Branišchau	82.35	80.—	9	4
Frauenkreut	1.087.14	15.—	15	13	D.-Borau	400.—	19.40	10	—
Galtendorf	102.65	596.91	54	—	Deutsch- Thomasschlag	1.154.64	—	14	—
Groß- Gropitzkreit	762.—	120.—	—	6	Dobrawod	6.—	8.67	20	—
Halz i. B.	2.759.94	418.—	42	5	Einfiel	5.689.20	601.19	25	12
Jannichen	885.60	110.—	8	1	Entengrün	649.31	50.80	10	—
Jangendörflas	1.450.—	645.88	112.5	7	Habakladrau	2.900.—	162.52	30	—
Lohn	1.823.—	130.—	—	—	Hohendorf	679.—	150.—	60	—
Majschafotten	732.40	45.12	—	3	Hurich	2.282.—	40.—	10	—
Mautdorf	1.098.—	195.89	—	7	Hollowing	—	—	—	—
Neu- Losimland	13.858.—	870.58	42	14	Kaderlas	2.767.87	—	30	—
Neu- Zedlisch	3.740.40	655.—	—	1	Kishiha	600.—	—	40	—
Osttau	800.—	80.—	10	2	Kuttau	471.60	48.—	30	—
Paulusbrunn	3.660.—	2.195.05	82	17	Landek	3.168.87	217.48	50	—
Pettarn	1.320.—	115.—	—	1	Lusading	1.061.—	320.—	10	4
Pirkau	486.89	100.—	—	3	Marienbad	157.047.—	10.278.70	35	2
Purichau	2.216.86	240.—	11.2	—	Marttau	488.—	30.—	10	—
Ringelberg	2.241.82	584.40	75	4	Neschkau	300.—	26.—	10	—
Schönbrunn	—	—	—	—	Nesnit	—	—	15	—
Schönwald	4.780.—	540.—	—	5	O.-Gramling	392.—	50.—	10	—
Schoffenreit	692.26	112.50	51	—	Paelas-	—	—	—	—
Sorghof	1.100.—	703.07	122	7	Pfaffengrün	—	—	—	—
Stiebenreit	300.—	50.—	8	—	Pauten	6.995.33	232.33	50	5
Tachau	6.327.31	8.014.40	86	19	Bern	400.—	50.—	30	12
Tiergarten	1.060.—	691.66	81	7	Pfaffengrün	700.—	85.—	10	2
Tissa	3.133.10	272.04	28	4	Pistau	245.—	24.—	10	—
Ullersreit	808.82	95.—	15	2	Bobitz	1.200.—	48.80	30	—
Utschau	800.—	70.—	—	—	Böcken	—	17.—	15	—
Waldheim	1.756.—	126.94	88	—	Brochomut	600.—	72.—	18	1
Wittingreit	941.30	217.50	—	3	Brotau	360.—	13.52	37	—
Wosant	1.100.—	109.—	—	3	Rankowitz	4.562.—	150.—	15	—
Summa	73.979.49	20.663.87	—	170	Rauschenbach	6.040.—	275.35	25	4
Gerichtsbezirk Tannwald:					Rohan	1.400.—	60.—	30	2
Albrechtsdorf	6.078.—	1.123.—	82	25	Sahrat	1.400.—	50.—	30	—
Antonwald	5.061.—	413.90	56	7	Sangerberg	23.765.75	2.297.39	122	2
Deßendorf	9.625.39	1.561.79	105	35	Schrafowitz	800.—	60.—	15	5
Morchensfern	35.976.57	7.014.49	74	40	Tepl Stadt	14.786.41	1.234.93	100	13
Polsau	78.400.—	14.539.07	55	28	Tepl Stift	—	—	—	—
Przichowitz	28.707.99	2.823.81	77	14	U.-Gramling	640.—	48.—	77	—
Schumburg	—	—	—	—	Weserau	400.—	35.—	14	2
a. D.	12.500.—	2.042.20	90	13	Wilfowitz	360.—	15.—	15	—
Tannwald	20.800.—	3.200.—	50	13	Wirschowitz	600.—	26.—	15	—
Summa	206.304.36	32.718.26	—	175	Wittschin	1.238.40	72.89	200	—
					Zeberhisch	600.—	24.—	21.23	—
					Summa	365.626.46	17.772.83	—	77
					Gerichtsbezirk Teplitz:				
					Borešlau	2.112.—	51.—	47	—
					Dreibunten	1.139.19	147.—	50	—

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gemeinumlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Eichwald . . .	3.373·82	1.034·95	30	—	Dhren	581—	200—	31	2
Graupen . . .	10.613·73	2.028·86	63	4	Politz	1.168·87	368·09	20	—
Grünwald . . .	556·60	94·42	38	—	Riegersdorf . .	1.463·08	868·24	60	11
Hertine	8.204·88	650—	18	—	Rittersdorf . .	350—	492—	38	8
Hundorf	4.359·94	164—	20	3	Rongstoc	5.326·22	293·12	65	—
Judenborf . . .	700—	104—	50	—	Rosendorf . . .	4.898·02	681·20	19	11
Kl.-Augezd . . .	2.313·13	300—	48	—	Schneeberg . . .	1.055·76	947·15	25	3
Kradrob	2.446·56	600—	40	—	Schönborn . . .	648—	318—	45	2
Kofen	—	2.038·85	35	8	Stimmersdorf . .	2.635·57	83·88	56·5	—
Moldau	1.464—	423·26	29	4	Tetschen	62.617·87	9.214·55	30	13
Mittlasberg . .	10.038·13	529·21	—	—	Tichlowitz . . .	1.316·72	348·94	1164 K 71 h	2
Ober-Graupen .	1.945·60	228·30	20	—	Topkowiz	500—	382—	20	2
Pyhanten . . .	—	351·56	84	—	Tysa	5.649—	520—	60	6
Probstau	—	105—	40	—	Wilsdorf	200—	80—	28	2
Rofental	1.404·95	72—	58	—	Summa	182.708·02	31.230·40	—	148
Schalan	4.501·08	150—	34	—	Gerichtsbezirk Trautenau:				
Serbitz	2.063—	290—	45	3	Altenbuch . . .	4.000—	1.200—	40	13
Settenz	5.852·41	1.253·36	50	—	Bausnitz	200—	456—	15	12
Soborlen	4.551—	749·67	40	—	Bösig	1.422·68	30—	26	1
Sudhei	2.843—	—	25	—	Burkersdorf . .	528—	200—	50	3
Tepitz	243.278·86	51.310·52	40·5	46	Döberle	612—	354·72	90	3
Tischau	—	1.354·60	38	—	Gabersdorf . . .	227·32	137·60	40	—
Turn	30.405·91	2.199·85	25	9	Goldenöls	2.427·30	600—	50	9
Ufersdorf . . .	1.500—	150—	—	41	Hartmannsdorf . .	1.153·84	234·64	24	5
Voitzdorf . . .	1.000—	300—	20	5	Jungbusch	9.676—	1.054·83	60	9
Weißkirchitz . .	200—	900—	44	11	Kaile	2.297·14	388—	10	12
Wefchen	1.622·60	160—	15	—	Markausch . . .	3.200—	274—	25	2
Wieferschan . .	15.000—	800—	55	5	Niederjohr . . .	552·61	100·35	50	—
Wifritz	6.300—	600—	40	12	Nimmerjatt . . .	—	154·10	35	4
Zinnwald	3.950—	900—	50	12	O.-Altstadt . . .	938·44	1.262·93	35	14
Zudmantel . . .	—	5.192—	20	—	Oberjohr	400—	439—	35	6
Summa	573.740·39	75.232·41	—	163	Parichnitz . . .	—	1.679—	38	11
Gerichtsbezirk Tetschen:					Petersdorf . . .	3.147·06	219·94	120	3
Altstadt	400—	795·40	44	3	Pilnikau	5.038—	1.227—	15	12
Arnsdorf	—	139·60	15	2	Pilsdorf	2.764—	450—	—	12
Barken	3.200—	144—	15	—	D.-Frausnitz . .	2.900—	5.238·30	20	14
Biela	6.377·20	1.892·66	30	10	Qualitz	6.937—	528·36	35	4
Binsdorf	3.200—	385·70	39	1	Raatzsch	1.900—	188·06	10	3
Birkigt	2.841·06	208—	38·5	1	Radowenz	—	414·23	37	6
Bodenbach . . .	42.339·99	5.403·54	40	20	Alt-Rognitz . . .	2.616—	333—	38	2
Böhmen	2.297·86	64—	46	—	Alt-Sedlowitz . .	3.209·58	468·37	40	7
Elbleiten	977·27	215·34	88	3	Elatim	940—	100·40	80	1
Eulan	8.390·69	1.531·23	20	6	Staubenz	180—	23—	25	—
Gleimen	1.700—	150—	23	—	Trautenau	52.406·07	16.736·59	40	35
Herrnskretschken	2.484·45	361·70	31	3	Trautenbach . . .	1.065·08	47—	739 K 66 h	—
Hortau	694·61	108·29	20	—	Weigelsdorf . . .	2.263·25	150—	20	—
Jonsdorf	143·97	110·80	25	—	Welhotta	1.868·92	438·88	55	5
Ramnitzleiten . .	927·44	84—	25	6	Wildschütz . . .	16.044·92	772·58	20	12
Königswald . . .	3.526·97	1.482·62	—	1	Wolfa	—	250—	40	2
Krißwitz	—	80—	43	—	Summa	130.915·21	36.150·88	—	222
Krochwitz	2.300·42	—	43	—	Gerichtsbezirk Wernsdorf:				
Kosdorf	4.385—	967·98	47	14	Kreibitz	21.158—	768·73	33	10
Mittelgrund . . .	3.711·56	1.744—	15	10	Neu-Kreibitz . .	2.500—	36·19	23	3
Neschwitz	282·86	216·17	20	—					
Niedergrund a. G.	4.116·56	348·22	40	6					

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gemeinlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenpflege in Kronen	Höhe der Gemeinlagen in Proz.	Anzahl der in öff. Armenpflege stehenden Kinder
Niedergrund . . .	—	—	—	—	Schelesen . . .	2.298.—	266.07	35	—
N.-Kreibitz . . .	3.443.20	1.254.06	25	15	Schneidowiz . . .	2.649.—	216.—	61	—
Obergrund . . .	12.287.17	2.092.46	45	10	Schwarzeniz . . .	1.250.—	89.—	22	3
O.-Kreibitz . . .	11.300.—	1.500.—	17	15	Strachel . . .	1.068.—	109.20	75	4
St. Georgental . . .	24.145.02	1.426.17	21	7	Stratschen . . .	3.020.59	88.27	37	1
Schönfeld . . .	1.681.62	1.191.65	25	6	Strischowiz . . .	1.028.63	91.—	18	—
Teichstadt . . .	5.418.44	814.84	48	4	Sufobrad . . .	1.591.16	102.60	16	—
Tollenstein . . .	6.600.—	436.34	35	5	Tschafowiz . . .	860.—	70.—	36	—
Warnsdorf . . .	43.873.08	24.077.93	73	36	Tupabl . . .	1.484.20	117.30	24	4
Summa . . .	132.406.53	33.598.37	—	111	Wallach . . .	929.60	44.20	34	—
Gerichtsbezirk Bockelsdorf:					Webrutz . . .	3.309.81	59.86	22	6
Chlinitz . . .	—	6.—	100	—	Wegstädtl . . .	8.800.—	1.536.01	35	18
Deutsch-Matfa . . .	467.09	127.20	35	2	Welleichiz . . .	1.211.—	82.02	59	—
Dreiborn . . .	2.067.64	235.—	996 K 21 h	—	Zebus . . .	5.809.—	401.28	30	2
Gottendorf . . .	970.—	353.14	51	3	Summa . . .	77.776.04	8.120.61	—	66
Jibka . . .	—	36.—	20	—	Gerichtsbezirk Deseritz:				
Johnsdorf . . .	538.98	268.89	1209 K 58 h	4	B.-Domaschlag . . .	2.729.91	375.—	29	3
Liebenau . . .	3.598.74	71.10	39	—	Fürwitz . . .	725.61	32.—	64	—
Pöchan . . .	280.—	156.—	15	5	Geischowiz . . .	1.215.15	115.—	37.5	—
Werkelsdorf . . .	7.836.60	266.55	36	4	Girsch . . .	4.900.—	168.—	50	1
N.-Abersbach . . .	1.880.50	278.33	2056 K 79 h	1	Girschowa . . .	1.087.89	89.—	25	—
Nieb.-Mohren . . .	328.12	—	30	—	Gosolup . . .	1.893.08	187.10	19	9
N.-Abersbach . . .	3.500.—	680.—	17	6	Gstom . . .	1.971.93	72.—	45	1
N.-Drewitzsch . . .	100.—	500.—	45	3	Hangendorf . . .	1.367.71	38.—	3	—
Ober-Mohren . . .	300.—	31.40	25	—	Hohenjanny . . .	2.012.—	62.—	30	5
N.-Bockelsdorf . . .	2.978.79	389.35	15	10	Honau . . .	933.16	90.—	20	—
Ober- . . .	—	—	—	—	Hurz . . .	2.779.70	157.60	24.5	6
Wernersdorf . . .	2.690.04	325.59	29	4	Kotafschiz . . .	3.501.15	700.—	51	4
Stalka . . .	1.000.—	522.—	60	15	Krips . . .	1.237.72	124.48	13	—
Startstadt . . .	4.200.—	860.72	75	12	Krzellowiz . . .	994.19	86.72	—	—
Unter- . . .	—	—	—	—	Kurschin . . .	1.407.22	78.75	48.87	4
Bockelsdorf . . .	4.993.—	362.—	25	7	Kutisch . . .	1.477.51	—	23	—
Unter- . . .	—	—	—	—	Langenradisch . . .	1.441.56	114.37	13	—
Wernersdorf . . .	—	247.12	50	1	Leßau . . .	8.251.32	2.183.76	20	4
Bockelsdorf . . .	—	—	—	—	Lohm . . .	1.631.01	96.69	16	—
Markt . . .	2.698.54	1.132.29	25	3	Mariafels . . .	612.—	60.84	22	—
Wüstrei . . .	—	338.34	23	5	Müllowa . . .	654.32	27.54	13	—
Summa . . .	40.428.04	7.187.02	—	85	Neudorf . . .	1.864.76	97.60	17.25	4
Gerichtsbezirk Wegstädtl:					Neumarkt . . .	4.170.47	794.66	21	8
Aujezd . . .	1.650.—	81.80	80	—	Planes . . .	877.48	120.—	15	—
Broben . . .	5.611.—	168.04	20	7	Plaschin . . .	868.48	50.—	15	1
Chudolas . . .	1.427.86	105.80	24	1	Potellav . . .	1.206.29	24.04	18	—
Gastorf . . .	9.075.12	1.878.27	48	11	Polinten . . .	1.466.43	36.43	17	—
Jeschowiz . . .	343.60	187.—	62	—	Pollschitz . . .	1.807.—	16.—	12	—
Kochowiz . . .	560.—	49.65	40	1	Pollutichen . . .	809.94	50.—	8 1/3	4
Krzelschow . . .	2.070.92	100.—	35	—	Röfin . . .	765.18	42.—	26	—
Liboch . . .	4.500.—	1.197.24	31	2	Sabuba . . .	1.380.—	86.13	43	—
Majschitz . . .	1.484.—	52.20	18	—	Scheiben- . . .	—	—	—	—
Mastirschowiz . . .	1.383.30	26.10	—	—	radisch . . .	1.630.21	238.14	23	—
Medonost . . .	909.—	59.34	24	—	Schirnit . . .	1.422.36	230.—	12	2
Molschen . . .	1.417.38	265.33	40	3	Schwitz . . .	684.98	86.46	9	2
Podicheplitz . . .	3.864.87	173.84	5	2	Seklam . . .	793.97	38.—	28	1
Radaun . . .	8.170.—	503.19	24	1	Stupsch . . .	3.272.76	166.18	14.3	—
					Stipoff . . .	2.557.41	210.25	14	3
					Strahof . . .	1.956.18	40.22	—	4
					Trahowa . . .	1.848.70	148.57	14	12

Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder	Gemeinde	Höhe des Armenfonds in Kronen	Letzte Jahresausgabe für Armenzwecke in Kronen	Höhe der Gem.-umlagen in Proz.	Anzahl der in öff.-Armenpflege stehenden Kinder
Tschelief . . .	1.568.48	30.—	—	—	Schönbach . .	16.882.10	2.327.19	133	11
Unterjamny . .	3.875.01	379.—	15	3	Schoffenrent .	—	—	—	—
Wesamin . . .	804.54	150.—	28	1	Sirmitz . . .	583.86	133.60	43	—
Weleritz . . .	9.600.—	1.124.—	40	6	Steingrub . .	—	220.—	45	1
Woltersdorf . .	1.485.50	205.62	11	2	U.-Schönbach .	300.—	72.—	37	1
Wostrowa . . .	1.137.89	72.78	3	—	Wotterrent . .	397.55	163.60	15	1
Zebau . . .	1.165.10	135.—	32	—	Wahgenrent . .	50.—	—	10	—
Summa . . .	92.043.31	9.379.93	—	90	Wildstein . .	12.500.—	1.137.—	68	14
Gerichtsbezirk Wildstein:					Zweifelsrent .	—	500.—	32	10
					Summa . . .	34.083.44	10.117.25	—	90
Gerichtsbezirk Zwickau:									
Abzrot . . .	803.87	657.15	25	1	Glasert . . .	2.021.67	58.—	33	—
Altenteich . .	900.—	900.—	30	—	Groß-Mergtal .	16.044.72	453.80	35	3
Berg=					Hoffnung . .	2.220.88	137.66	32	—
Nonnengrün . .	187.78	—	10	19	Klein=				
Dürngrün . .	108.78	162.44	^{243 K} _{29 h}	—	Mergtal . .	958.50	166.07	75	1
Fassattengrün .	—	372.—	69	2	Krombach . .	6.472.—	828.—	25	19
Fleßen . . .	—	1.368.69	100	15	Kunnersdorf .	7.532.10	1.670.58	75	3
Frauenrent . .	—	564.69	17	3	Nieder=				
Großloh . . .	—	3.0.—	45	—	Lichtenwalde .	4.202.88	561.70	86	14
Höflas . . .	200.—	100.—	9	—	Ober=				
Hörsin . . .	—	300.—	48	6	Lichtenwalde .	1.949.79	560.70	52	3
Klinghart . .	—	—	—	—	Röhrsdorf . .	3.345.24	687.20	29	5
Mühlfleßen . .	679.50	5.84	25	—	Zwickau . . .	50.479.—	7.060.—	70	13
Neudorf . . .	—	707.95	55	6	Kleingrün . .	100.—	64.25	30	—
Neufkirchen . .	—	120.—	13	—	Summa . . .	95.326.78	12.247.96	—	61
Rohr . . .	490.—	—	—	—					
Schnecken . .	—	—	—	—					

Übersicht.*)

Gerichtsbezirk	Summe der Armenfonde in den Gemeinden des Bezirkes	Legte Jahresaus- gabe für Armen- zwede in Kronen	Anzahl der in öffentl. Armen- pflege steh. Kinder	Anzahl der Gemeinden	Gerichtsbezirk	Summe der Armenfonde in den Gemeinden des Bezirkes	Legte Jahresaus- gabe für Armen- zwede in Kronen	Anzahl der in öffentl. Armen- pflege steh. Kinder	Anzahl der Gemeinden
Arnan . . .	118.764.35	11.174.34	183	17	Marfchendorf .	45.429.80	5.789.13	84	20
Alsch . . .	46.713.21	23.437.97	143	17	Nies . . .	160.606.19	30.512.74	129	51
Aufcha . . .	121.387.98	11.712.81	88	55	Neubek . . .	71.145.95	22.323.17	112	21
Auffig . . .	175.259.86	57.707.14	106	61	Neuern . . .	15.059.32	13.956.50	97	21
Benfen . . .	86.535.50	14.669.08	119	24	Niemes . . .	132.437.70	21.100.97	117	39
Bilin . . .	134.310.93	23.033.48	81	20	Oberplan . . .	13.415.11	9.260.24	61	19
B.-Ramnik .	139.408.76	28.945.52	92	25	Petschau . . .	54.977.82	9.690.75	66	33
B.-Leipa . .	277.036.17	42.944.39	129	36	Pfraumberg .	111.445.73	10.620.08	107	41
Braunau . .	153.409.42	21.371.89	95	20	Plan . . .	60.721.47	10.137.41	41	41
Brüx-Rathar.	363.904.14	52.424.03	197	37	Platten . . .	54.014.06	12.534.24	34	5
Buchau . . .	58.330.49	8.046.33	69	38	Roderlam . .	221.137.06	20.149.18	128	51
Dauba . . .	266.244.22	18.210.78	107	39	Postelberg . .	100.570.86	8.342.92	37	21
Deutsch-Gabel	77.020.12	14.403.89	107	19	Preßnitz . .				
Dobrzan . .	8.544.78	5.315.03	23	11	Weipert . .	59.227.29	34.742.55	94	20
Dug . . .	46.143.74	14.031.25	47	13	Reichenberg .	246.807.43	44.807.45	148	36
Eger . . .	200.090.19	77.688.88	93	26	Rochlitz . .	62.730.32	13.389.02	79	3
Elbogen . . .	55.886.48	31.427.48	192	33	Rofitznit . .	103.020.05	13.807.26	134	29
Falkenau . .	103.901.21	27.400.52	155	53	Ronsperg . .	36.485.41	6.812.75	47	23
Friedland . .	384.728.43	43.460.40	214	38	Rumburg . .	323.463.20	40.800.41	133	9
Gablonz . .	188.871.52	47.119.—	247	23	Saaz . . .	193.155.56	45.604.46	177	49
Görfau . . .	83.950.20	18.014.41	46	30	St. Joachim=				
Graslit . . .	71.544.28	31.792.79	111	19	tal . . .	127.078.20	6.965.29	128	24
Grazen . . .	31.352.—	14.756.77	73	20	Schatlar . . .	14.348.67	5.508.62	59	10
Grulich . . .	25.719.30	10.572.74	89	19	Schludenan .	224.173.39	15.978.19	50	12
Haida . . .	243.088.71	17.816.73	108	17	Staab . . .	25.629.20	7.743.55	58	29
Hainzspach .	280.678.69	25.152.28	76	11	Steden . . .	23.611.94	7.433.94	75	23
Hohenelbe . .	76.236.37	29.730.83	156	18	Tachau . . .	73.979.49	20.663.87	170	36
Hohenfurt . .	102.962.19	10.779.99	69	19	Tannwald . .	206.304.36	32.718.26	175	8
Hoftau . . .	36.336.33	8.174.79	69	36	Tepl . . .				
Jednitz . . .	86.806.23	10.421.19	74	42	Marienbad	365.626.45	17.772.83	77	48
Kaaden=					Teplitz . . .	373.740.39	75.232.41	163	32
Duppau . .	204.918.—	37.192.—	181	59	Tetschen . .	182.708.02	31.230.40	148	36
Kalsching . .	42.079.15	7.568.65	60	20	Trautenau . .	130.915.21	36.150.88	222	33
Karbitz . . .	161.289.35	21.573.24	85	34	Warnsdorf . .	132.406.53	33.598.37	111	11
Karlshad . .	433.930.49	73.877.64	287	52	Wetelsdorf . .	40.428.04	7.187.02	85	22
Königswart .	20.742.40	7.054.67	94	26	Wegstädtl . .	77.776.04	8.120.61	66	28
Komotau . .	127.216.73	52.782.93	127	55	Weferitz . . .	92.043.31	9.379.93	90	46
Kraňau . . .	127.454.77	26.694.18	125	20	Wildstein . .	34.083.44	10.117.25	90	25
Leitmeritz . .	175.899.56	45.144.77	139	59	Zwidau . . .	95.326.78	12.247.96	61	11
Loßnitz . . .	120.069.96	11.893.36	52	39	Kaplit . . .	62.537.46	14.664.17	95	32
Lubitz . . .	65.031.19	9.378.15	72	58	Neubistritz . .	27.175.83	16.622.72	175	27
						9,956.016.45	1,774.237.52	8.403	2,289

*) Bei den Erhebungen wurden nur die rein deutschen Gerichtsbezirke berücksichtigt; die Bezirke Hartmanitz und Tuschau haben die Erhebungsblätter nicht eingefandt.

29. Schriftwesen über die Jugendfürsorge.

Die folgende Bibliographie umfaßt die wichtigsten in deutscher Sprache erschienenen Werke und wird jährlich vervollständigt werden. Die mit * bezeichneten Werke wurden bei Herausgabe unseres Jahrbuches benützt. Eine Bibliographie war umso nötiger, als wir zu oft um Literaturangaben angegangen werden, Bitten, denen wir privat unmöglich immer nachzukommen vermögen. Bei der großen Schwierigkeit, das nötige Material zu sammeln, ist die Bibliographie gegenwärtig noch recht unvollständig, ein Fehler, der sich von Jahr zu Jahr bessern soll.

I. Säuglingsfürsorge.

- Behnke Gust., Krippen. H. d. Arch.
 Bendix B., Die Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen, (Ämtliche Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung X. Jg.).
 Berliner Krippenverein. 1877—1902, Berlin 1902.
 Bluhm, Die Stillungsnot, ihre Ursachen und die Vorschläge zu ihrer Bekämpfung, (Zeitschr. f. soziale Medizin 3. Bd. Heft 1).
 Boehm, Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit in Bromberg, (Zentralblatt f. allgemeine Gesundheitspflege 1906).
 Brenneke Dr., Hebung des Hebammenstandes durch Fortbildung in der Säuglingshygiene, (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge, Bd. I, S. 12).
 Brünning und Dalek, Säuglingssterblichkeit in Klostorf, (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge, Bd. I, Heft 11).
 Brünning, Säuglingsmilchküche und Säuglingsheime als Mittel zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit, (Zeitschr. f. Krankenpflege H. 3, 1906).
 Brügger, Finkelschtein, Baum, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, (Leipzig, Dunder u. Humblot 1905).
 Deutsch Ernö, Kindersterblichkeit und Milchküche, (Archiv f. Kinderheilkunde, Bd. 47, S. 1—3).
 Dietrich E. Dr., Das Fürsorgewesen f. Säuglinge, (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge, Jg. 1908).
 Ebert Max Dr., Die Grundsätze einer vernünftigen Säuglingsernährung, (Berlin-Wilmersdorf, Sanitäts-Verlag 1907).
 Finkelschtein H., Fürsorge für Säuglinge, (Jena-G. Fischer 1904).
 Fuchs Philipp, Die Städteversorgung mit Milch und Säuglingsmilch, (Mannheim, Bensheimer 1906).
 Groth Alfr. u. Hahn M., zur Methodik statist. Erhebungen über Säuglingsernährung, (Zentralblatt f. allgem. Gesundheitspflege 1906).
 Hagenbach, Bruckhardt, Die Krippen und ihre hygienische Bedeutung, (Jena 1899).
 Hauser, Taube, Fürsorge für Säuglinge (Dunder u. Humblot, Leipzig).
 Heubner, Säuglingsernährung und Säuglingspitäler, (Berlin 1897).
 *Kaube W., Der Säugling, seine Ernährung und seine Pflege, (B. G. Teubner, Leipzig).
 Keller Art. Dr., Ergebnisse der Säuglingsfürsorge, (Leipzig, F. Dentke).
 Keller Art. Dr., Säuglingssterblichkeit und Säuglingsfürsorge, (Dorn, E. Strauß 1903).
 Kriege, Lentemann, Ernährungsverhältnisse und Säuglingssterblichkeit in Barmen, (Zentralblatt f. allg. Gesundheitspflege 1906).
 Krutenberg Elisabeth, Hebung des Hebammenstandes durch Fortbildung in der Säuglingshygiene, (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge, Jänner 1908).
 *Kühner A. Dr., Zur Säuglingssterblichkeit und deren Abhilfe, (Leipzig B., Koenig 1907).
 Langstein L., Das Problem der künftigen Ernährung der Säuglinge, (Berliner klinische Wochenschrift Dez. 1907).
 Litman, Über Säuglingsbewahranstalten oder Krippen, (Vortrag geh. in Berlin 1852).
 Maré B., Des Kindes Ernährung und Pflege von der Geburt bis zum Schulbeginn, (Leipzig, Krüger u. Co.).
 Mosser Dr., Beitrag zur Kenntnis der Verbreitung der künstlichen Säuglingsernährung, ihrer Ursachen und Folgen, (Straßburger mediz. Zeitung 15. Dez. 1907).

- Neter Eugen, Mutterpflicht und Kindesrecht, (München, Gmelin (1906).
- Pescatore, Pflege und Ernährung des Säuglings, (Berlin, Springer 1906).
- Pfeiffer, Über Pflegekinder und Säuglingskrippen, (Wiesbaden 1884).
- Pot und Albrecht, Musterstätten pers. Fürsorge v. Arbeitsgebern für ihre Geschäftszugehörigen, (Bd. I. Die Kinder jugendlicher Arbeiter, Berlin, Oppenheim).
- Prinzing Friedrich Dr., Die Entwicklung der Kindersterblichkeit in Stadt und Land, (Zeitschr. f. soz. Medizin, III. Bd. 2. H.).
- Raudnitz R. W. Dr., Die Arbeiten aus dem Gebiete der Milchwissenschaft in Molkereipraxis im J. 1907, (Monatschr. f. Kinderheilkunde 1907).
- Reicher Heintr. Dr., Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vom Standpunkte d. öffentl. Armenpflege, (Armenpflege, Wien, VI. Jg. S. 8).
- Reyher Paul, Die Ernährung des Säuglings, (Blätter für Volksgesundheitspflege, Berlin VI. Jhr.).
- Salge B. Dr., Die bisherigen Ergebnisse der Säuglingsmilchküchen, (Berlin, klin. Wochenschr. 1907, B. 44).
- Salge B. Dr., Zeitschrift f. Säuglingsfürsorge, (Leipzig, Ambr. Barth, Monatschr.).
- Schlossmann A., Über die Fürsorge für kranke Säuglinge unter bes. Berücksichtigung d. neuen Dresdener Säuglingsheimes, (Stuttgart, Enke 1906).
- Seiffert, Die staatswirtschaftliche Bedeutung einer hohen Säuglingssterblichkeit, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 11).
- Selter Paul, Eine wichtige Aufgabe der Landesverwaltung bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, (Zentralbl. f. allgem. Gesundheitspflege 1906).
- Sigert, Über die Aufgaben der Gemeinden im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit mit bes. Berücksichtigung der Versorgung der Städte mit Säuglingsmilch, (Zentralblatt f. allg. Gesundheitspflege 1906).
- Sieveking, Die Säuglingsmilchküche d. patriotischen Gesellschaft in Hamburg, (erster Jahresber. 1904/05, Hamburg, Boylen).
- Späthcr Jos., Private Säuglingsfürsorge, (Charitas, 11 Jg.).
- Studium und Vorschläge zur Förderung d. Selbststillens in Österreich, (Wien, A. Hölder 1906).
- *Szana Alex. Dr., Staatliche Säuglingsfürsorge in Ungarn, (Münchener mediz. Wochenschr. Nr. 44, 1905).
- Szana Alex. Dr., Untersuchungen über die Versorgung der Säuglinge in öffentlicher Fürsorge, (Archiv f. Kinderheilkunde Bd. 47, (S. 1-3).
- *Szana Alex. Dr., Zur Lehre von der Schädigung durch die Säuglingsanhäufung, (Archiv f. Kinderheilkunde Bd. 44, S. 4-6).
- Taube Dr., Das Fürsorgewesen für Säuglinge, (Zeitschr. f. Säuglingsfürsorge, Jänner 1908).
- Temme Gust., Die sozialen Ursachen der Säuglingssterblichkeit, (Berlin, Schöneberg, Verlag der Hülfe 1908).
- Thun, Die Bekämpfung d. Säuglingssterblichkeit, eine Pflicht d. Familien, Vereine u. Gemeinden (Charitas XII. Jg.).
- Unger Ludw., Die Pflege des vorchulpflichtigen Kindes in Krippen, Kinderbewahranstalten, Kindergärten, (Österreichs Wohlfahrtszeitschrift 1848-1898, II. Bd.).
- Vierordt O., Die Säuglingsabteilung, Säuglingsambulanz und Milchküche d. Luiseuanstalt zu Heidelberg, (Stuttgart, Ernst S. Moritz 1904).
- *Vogl R. Dr., Der Verein für Säuglingsfürsorge in Basel, (Basel, Helbing u. Lichtenhahn 1907).
- Weber A. Dr., Herstellung tadelloser Kindermilch, (Zeitschrift f. Säuglingsfürs. Bd. 1, S. 12).
- Ziegenfack S. Dr., Über das Selbststillen der Mütter, (Deutsche Ärztezeitung, 1. Dez. 1907).

II. Findelwesen.

- Behnke Gust., Findelhäuser, (Handb. d. Arch.).
- Canrad J., Die Findelanstalten, ihre geschichtliche Entwicklung und Umgestaltung in der Gegenwart, (Sep. Abdr. aus Jahrb. f. Nat.-Ökonomie u. Stat. XII. 1869).
- Desnoyers, Die Findelkinder vor dem hl. Vinzenz.
- *Dvořák Joh. Dr., Einheitliche Organisation der Aufsicht über Findlinge, verwaisene und verlassene Kinder im Königr. Böhmen, (B. Leipa, Joh. Künstner).
- Finkelstein S., L. Ballin, Die Waisensäuglinge Berlins und ihre Verpflegung im städt. Kinderasyl, (Wien und Berlin, Urban u. Schwarzenberg 1904).
- Hügel Fr. S., Die Findelhäuser und das Findelwesen Europas, (Wien 1883).
- Meißner, Abhandlungen über die Frage: Sind die Findelhäuser vorteilhaft oder schädlich? (Göttingen 1779).
- Pütter Ernst, Das Findelwesen, (Leipzig, Duncker u. Humblot).
- Raudnitz, R. W. Dr., Die Findelpflege, (Sonderabdr. a. d. 2. Aufl. d. Realenzyklopädie der ges. Heilkunde, Wien 1886).

- Kiemer Rud., Findlingschutz, (Die Armenpflege, Wien 1906, IV. Jg., S. 10).
 Szalardi M., Gegenwärtiger Stand des Findelwesens in Europa, (Budapest 1896).
 *Sjanna Alex. Dr., Über die Beaufsichtigung der in entgeltliche Außenpflege gegebenen Kinder, (Braunschweig, Fr. Bierweg u. Sohn).
 Turesängi Emerich, Engel Sigism., Das italienische Findelwesen, (Braunschweig, Bierweg u. Sohn 1903).
 Unger Ludw., Die Pflege des kleinen Kindes in den Findelanstalten Österreichs, (Österr. Wohlfahrtseinrichtungen 1848—1898, II. Bd. Jugendpflege).

III. Waisenpflege.

- *Aichelberg Douglas, Der Gemeindewaisenrat, (Graz, Leisam).
 *Badstübner P., Der Waisenrat als Hilfsorgan d. Vormundschaftsrichters und seine Mitwirkung in Erziehungsangelegenheiten, (Dunder u. Humblot) 1895).
 Baum F., Die Pflichten des Waisenrates, (Berlin, Dunder u. Humblot 1897).
 Behne Gust., Waisenhäuser, (Leipzig, Dunder u. Humblot).
 Cerman Alois Dr., Der Gemeindewaisenrat in Böhmen, (Neuhaus, A. Landsfrass).
 Comandi's Dr., Glaubens- u. Liebeswerk in Italien, (Viel, Expedition d. „Vrosamen“ 1899).
 *Cuno, Schmidt, Die Organisation der Gemeindewaisnpflege, (Leipzig, Dunder u. Humblot).
 Das Waisenhaus in St. Gallen, (St. Gallen 1861).
 Dietert, Die Stellung der Gemeindewaisenräte nach dem bürgerl. G. B. (Berlin, Dunder u. Humblot).
 *Fischer A., Waisnpflege der Stadt Berlin, (Berlin 1892).
 Freudenberg Joh., Die Waisenfürsorge der deutschen Reichsfechtshule (Verein „Waisenhort“, Berlin).
 — — Reichswaisenhäuser u. ihre Bedeutung, (Magdeburg 1899).
 — — Waisennot und Hilfe, (Magdeburg 1899).
 *Geller, J. P. Dr., Die gemeinschaftlichen Waisenkassen, (Wien, M. Perles).
 Hänfelmann L., Das erste Jahrhundert der Waisenschule in Braunschweig, (Braunschweig 1897).
 Hantschel, Die Zulassung der Frauen zur öffentlichen Armenpflege, (Leipzig 1902).
 *Hesdörffer M. H., Waisnversicherung u. Waisenfürsorge, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 5).
 Hinterwaldner Joh. Max, Waisenhäuser, Kinderasyle, Kinderheime, Internate, (Österr. Wohlfahrtseinrichtungen II. Bd. Jugendpflege).
 Ludwig, Wolf, Die Ausübung vormundschaftl. Funktionen durch die Gemeindebehörden, (Bl. f. soz. Praxis 1893, Leipzig, Dunder u. Humblot).
 Münsterberg E., Die Frauen in der öffentlichen Armen- und Waisnpflege, (Die Jugendfürsorge Berlin 1900).
 — Waisenrat und Vormund in Stadt und auf dem Lande, (Generalbericht 1897).
 Petersen Johannes, Die Hamburgische Waisnpflege 1604—1904, (Hamburg, Waisenhauskollegium).
 Reichsfechtshule, Die deutsche, (Wohltätigkeitsverein zum Zwecke der Waisnpflege, Magdeburg 1891).
 *Schmidt P., Der Gemeindewaisenrat, seine Tätigkeit, Pflichten und Rechte, (Dresden, Henkler Hellm.).
 Schriften des Vereines „Waisenhort“, (Berlin).
 Stetter Kath., Die Volksschullehrerin als Waisnpflegerin, (Gera, Th. Hoffmann 1900).
 *Voigt, Der Gemeindewaisenrat, seine Pflichten und Rechte, (Berlin-Lichtenf., Schulze u. Co.).
 Weißweiler J., Leitfaden f. preussische Waisnräte, (C. Meyer, Hannover).
 Welzky A. v., Die Frau in der öffentl. Armen- und Waisnpflege, (Leipzig, Frl. Dietrich).
 Welle R., Waisnpflege und Waisenkinder in Berlin, (Berlin, R. Virchow u. Fr. v. Holzendorff).

e) Katholische Jugendfürsorge.

- Bartels, Wie hat die kath. Caritas bei der Ausführung des Fürsorgegesetzes mitgewirkt und welches sind ihre weiteren Aufgaben? (Charitas, 11. Jg.).
 Comandi's Dr., Glaubens- und Liebeswerk in Italien, (Viel, Expedition der „Vrosamen“, 1899).
 Die barmherzige Bruderschaft zum hl. Vinzenz v. Paul zu Münster in W., (Münster i. W., 1898).
 Fieze, Die kath. Jugendvereine, (Charitas 11. Jg.).
 Neuhaus, Die Aufgaben der Fürsorgevereine (Charitas 11. Jg.).
 Wegweiser durch die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Köln für Katholiken, (Köln J. P. Bachem 1902).

Werthmann, Die soziale Bedeutung d. Caritas u. die Ziele des Caritasverbandes, (Freiburg i. Br., Verb. d. Caritasverbandes).
Zeitschrift für christliche Erziehungswissenschaft (1. Jg., Paderborn, Schöningh.).

f) Evang. Jugendfürsorge.

Die Innere Mission in Berlin, (Pastor Wilh. Pfeiffer, Berlin, Alt-Moabit 133, ersch. vierteljährlich i. 1904).
Evers Ernst, Die Berliner Stadtmission, (Berlin, Verl. d. Buchhandlung d. Berliner Stadtmission S. W. Johanniterstr. 6).
Hassel Utr. v., Wer trägt die Schuld? Reformgedanken über die Erziehung der männlichen Jugend nach d. Konfirmation, (Stuttgart, Beller 1907).
Pahschke, Familienleben und Haushaltungsschule, (Berl. d. ev.-soz. Zentralausschusses Berlin).
Petrau G., Kinderpflege und Kinderschutz, (Die Innere Mission im ev. Deutschland, 1906 1. Jg.).
Pudor, Bericht über die Einführung d. hauswirtschaftl. Unterrichtes in der 1. Mädchenklasse der ev. Gemeindefschule II in Marienburg seit Ostern 1901, (Schriften d. Vereines f. Armenpflege und Wohltätigkeit).
Reimpell Joh. Chr., Geschichte der Inneren Mission d. 19. Jrb. in d. ev. Kirche Deutschlands, Monatsschr. f. Innere Mission).
Rheinisches Fürsorgeerziehungsblatt, (Her. v. d. ev. Fürsorgeerziehungskonferenz, ersch. 6mal jährl. v. Pastor Schlegtenal in Düsseldorf, Grafenberg).
Statistik der evang. Rettungshäuser Deutschlands, (Berlin, M. Warnack).
Weigle, Die Not unserer männl. Jugend und ihre Helfer, (Die Innere Mission im ev. Deutschland, Feber u. März 1908).
Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evang. Kirche, (Berlin W., Genthinerstr. 38, allg. Berichte).
Dimmer Fr., Frauennot u. Frauentienst, (Berlin-Zehlendorf, Verl. d. evang. Diafonie v. 1901).

g) Jüdische Jugendfürsorge.

Bing Anton, Statistische Untersuchungen über private Wohltätigkeitspflege mit bes. Berücksichtigung der aktiven Teilnahme der Konfessionen an derselben, (Frankfurt a. M., J. Baar u. Co. 1904).
Cardona Heinr. R. v., Die Armenpflege der Israeliten mit bes. Rücksicht auf d. israelitischen Kultusgem. in Oöterr., (Sonderabdr. aus Oöterr. Wohlfahrts-einrichtung).
Feldmann Gust., Jüdische Krankenpflegerinnen, (Cassel, Gebr. Gotthelfst).

h) Fürsorge der evang. Bruderkirche und innere Mission.

Hohnström Olof., Die Gemeindepflege in der evang. deutschen Kirche, (Hamburg, Gust. Schömanns Verlagsbuchh. 1903).
Kraabe Joh., Die kirchliche Gemeindepflege, (Moskau, Stillersche Verlagsbuchhandlung 1903).
Mathuskus Martin v., 50 Jahre innere Mission, (Verlag d. Lindenhofes z. Meinstedt am Harz).
Wichern, Die Bruderschaft des Rauhen Hauses, (Jubiläumsausgabe Hamburg 1898).
— Wichern u. die Brüderanstalt d. Rauhen Hauses, (Agentur des Rauhen Hauses).

IV. Bildung und Fortbildung der Jugend.

Die Fortbildungsschule als Jugendfürsorge - Veranstaltung, (Deutsche Gemeindezeitung, 12. Oktober 1907).
Die Fortbildungsschulen in Stadt Odenberg, (Deutsche Gemeindezeitung, 14. März 1908).
Dietrich O., Wie kann die Schule bei der Fürsorge um die schulentlassene männliche Jugend mitwirken? (Langensalza, H. Beyer u. Söhne 1907).
*Fluri Adolf, Die bernische Schulordnung von 1591 und ihre Erläuterungen und Zusätze bis 1616, (Berlin, M. Hofmann u. Co.).
Ritschy Mich., Lehr- und Stundenplan für ländliche Fortbildungsschulen, (Colmar, Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt 1907).
Meyer Mathias, Die Schulstätten der Zukunft, (Hamburg, Leop. Voß).
Osenberg Ev., Die Organisation von hauswirtschaftlichen und kaufmännischen Mädchenfortbildungsschulen, (Leipzig, B. G. Teubner).

Troeltzsch W., Was muß geschehen, um unsere der Volksschule entwachsene männliche Jugend stärker als bisher auf die religiösen, nationalen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Volkslebens vorzubereiten? (Göttingen, Vandenhoeck und Rupprecht 1900).
Zimmer Fr. Dr., Die Zimmerschen Töchterheime, (Berlin, F. Wunder 1907).

Handfertigkeitsunterricht.

- Balliet Th.**, Der erziehlische Wert des Handfertigkeitsunterrichtes, (Blätter für Knabenhandarbeit 1901, Nr. 1—3).
Baumann F., Zehn Jahre Arbeitsunterricht, (Hildesheim 1900).
Bendel H., Der Handfertigkeitsunterricht in englischen Volksschulen, (Zürich 1901),
 Berichte über die Kongresse des Deutschen Vereines für Knabenhandarbeit, (Leipzig).
 Bericht über den V. österr. Kongreß für Knabenhandarbeit, (Brünn 1906).
Beyer O. W., Handarbeit der Knaben, (Langensalza 1905).
Biedermann K., Die Erziehung zur Arbeit, (Leipzig 1883).
 Blätter für Knabenhandarbeit, (v. A. Pabst, XX. Jg., Leipzig).
 Blätter zur Förderung der Knabenhandarbeit in Österreich, (XVII. Jg., Wien).
Enderlin M., Erziehung durch Arbeit, (Leipzig 1903).
Gaertig W., Der gegenwärtige Stand des Handfertigkeitsunterrichtes in Deutschland, (Leipzig 1900).
Göthe W., Die Ergänzung des Schulunterrichtes durch praktische Beschäftigung, (Leipzig 1880).
 — Werkstätte zum Aufbau des Arbeitsunterrichtes, (Leipzig 1887).
 — Der Handfertigkeitsunterricht an den Lehrerseminarien, (Leipzig 1894).
 — Der Handfertigkeitsunterricht außerhalb Deutschlands, (Leipzig 1896).
 — Schulhandfertigkeit, (Leipzig 1894).
 — Katechismus des Knabenhandarbeitsunterrichtes, (Leipzig 1892).
Höhn G., Der Handfertigkeitsunterricht und die höheren Schulen, (Eisenach 1887).
Hurppe F., Die hygienische Bedeutung der erziehenden Knabenhandarbeit, (Leipzig 1889).
Jessen B., Die Schülerwerkstätten als Erziehungsmittel für Handwerk u. Kunst, (Berlin 1897).
Kapp C., Grundlinien einer Philosophie der Technik, (Braunschweig 1877).
Kerschensteiner G., Die gewerbliche Erziehung der deutschen Jugend, (Darmstadt 1901).
Knoch K., Der Handfertigkeitsunterricht, (Munster 1904).
Kump J., Anschauung und Darstellung, (Darmstadt 1890).
 Kunstserziehung, Ergebnisse und Anregungen des Kunstserziehungstages in Dresden, (Leipzig 1901).
Lange K., Die künstlerische Erziehung der deutschen Jugend, (Darmstadt 1883).
Lindemann F., Der derzeitige Stand der Handfertigkeitsbestrebungen in Deutschland, (Hannover 1905).
Mittag M., Die physiologischen Grundlagen des Handarbeitsunterrichtes, (aus „Blätter für Knabenhandarbeit“ 1903).
 — Über die physiologischen Grundlagen des Handarbeitsunterrichtes, (aus „Blätter für Knabenhandarbeit“ 1904).
 — Der Handfertigkeitsunterricht als praktischer Raumlehreunterricht, („Blätter für Knabenhandarbeit“ 1905).
Pabst A., Die Bedeutung des Modellierens für den naturgeschichtlichen Unterricht, (In „Natur und Schule“, IV. Bd., 9. H., Leipzig 1905).
 — Der Handfertigkeitsunterricht für Knaben, (Im „Buch vom Kinde“, Leipzig 1906).
 — Der Handfertigkeitsunterricht auf der Pariser Weltausstellung, („Blätter für Knabenhandarbeit“, 1900 Nr. 12, 1901 Nr. 1).
 — Über den Knabenhandarbeitsunterricht in schottischen, englischen und holländischen Schulen, („Blätter für Knabenhandarbeit“, 1903, Nr. 6).
 — Die Volkserziehung in Nordamerika, (Zeitschrift für die Reform der höheren Schulen).
 — Amerikanische Erziehungsschulen, (1905, Heft 1).
 — Eine Volksschule in New-York, (Säemann, 1905, Heft 3).
 — Amerikanische Lehrerbildungsanstalten, (pädagog. Blätter, Bd. XXXIV).
 — Künstlerische Erziehung und technischer Unterricht in amerikanischen Schulen, („Kind und Kunst“, 1905, H. 8, Darmstadt).
 ***Pabst A.**, Die Knabenhandarbeit in der heutigen Erziehung, (Leipzig, Teubner).
 — Schule und Erziehung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, („Jahrbuch für Zeichen- und Kunstunterricht“, II. Jg. 1906, Hannover).
Pallat L., Kunst und Schule in Amerika, (Leipzig 1906).
Rißmann R., Der Handarbeitsunterricht der Knaben, (Langensalza 1907).
Ratgeber zur Einführung der erziehlischen Knabenhandarbeit, (Leipzig 1903).
Schenkendorf E. v., Die Ausgestaltung der Volksschule, (Görlitz 1895).
Scherer H., Der Werkunterricht nach seiner soziologischen und physiologisch-pädagogischen Begründung, (Berlin 1902).

- Schweizerische Blätter für Knabenhandarbeit, (v. E. Dertsi, XI. Jg., Zürich).
 Seidel R., Der Arbeitsunterricht, (Tübingen 1885).
 Sinkinger A., Einrichtung und Bedeutung der Knabenhandarbeitschulen im Rahmen des Volksschulwesens größerer Städte, (Leipzig 1905).
 Todd L., Neue Wege zur künstlerischen Jugend, (Leipzig 1905).
 Weigl F., Praktische Volksschulbildung, (München 1904).
 Weisig E., Der Dreihund von Formenkunde, (Zeichnen und Handfertigkeitunterricht, Langensalza 1901).

V. Hilfseinrichtungen für die bedürftige Schuljugend.

- Baginsky Ad., Über Waldschulen und Walderholungsstätten, (Zeitschrift für pädag. Psychologie, Pathologie und Hygiene, 8. Jg. 1906, S. 3/4).
 César P., Die Speisung armer Schulkinder, (Berlin, G. Apolant, 1892).
 Cuno, Fürsorge für arme Schulkinder durch Speisung beziehungsweise Verabreichung von Nahrungsmitteln, (Schr. d. d. Ver. für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 Dietrich, Über Kinderasyle, (Die Jugendfürsorge, Berlin).
 Einrichtungen der Suppenbeköstigung auswärtiger Schulkinder in Schulen des Kreises Malmédy, (Zentralbl. f. d. gei. Unterrichtsverwaltung in Preußen).
 Emminghaus, Fleisch, Die Behandlung von Armenstiftungen, (Schr. d. Vereines für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 *Feld Wilh. Dr., Die Kinder der in Fabriken arbeitenden Frauen und ihre Verpflegung, (Dresden 1906, D. B. Böhmert).
 Fleisch, Armenstiftungen, (Schr. d. Ver. für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 Herrenritt R. v., Das österreichische Stiftungerecht, (Wien, Manzische Verlag).
 Hüker, Über Walderholungsstätten und Waldschulen, (Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege 1906).
 Kaup J. Dr., Schulpeisung armer Kinder, (Concordia 15. Feber 1907).
 *Lohse, Kinderheil- und Erholungsstätten, (Leipzig, Duncker und Humblot).
 Muensserberg, Das Stiftungswesen, (Schr. d. Ver. für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 Neufert, Die Waldschulen, (Zeitschr. f. Gesundheitspflege, 19. Jg. 1906).
 *Peterßen J., Die öffentliche Fürsorge für die hilfssbedürftige Jugend, (G. Teubner, Leipzig).
 Schmidt Fer., Über Statistik und Verwaltungsrecht der Stiftungen, (Sep.-Abdr. aus den statistischen Monatschr., XVI. Jg., Wien).
 Soziale Fürsorge für Kinder im schulpflichtigen Alter, (Jena, G. Fischer, 1904).

VI. Fürsorge für die schulentlassene Jugend.

- Agahd Konrad, Gewerbeinspektion, Lehrerorganisation und Vereinstätigkeit auf dem Arbeitsgebiete der Kinder- und Jugendfürsorge, (Concordia 1. Dezember 1907).
 Blich Hugo, Die allgemein geistig-sittliche Fortbildung unserer schulentlassenen männl. Volksschuljugend in obligatorischen Jugendvereinen, (Lüneberg, G. Daur, 1907).
 Der Kampf um die Gewinnung der schulentlassenen Jugend zur regelmäßigen körperlichen Betätigung, (Concordia 15. November 1907).
 Felsch Dr., Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend, (Deutsche Ärztezeitung Nr. 3 u. 4 1903).
 *Felsch Dr., Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend, (Schr. d. Vereine für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 Forschner C., Fürsorge für die schulentlassene Jugend, (Mainz, Kirchheim u. Co., 1906).
 Fürsorge für die schulentlassene Jugend, (Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen, Nr. 19).
 Fürsorge für die weibliche Jugend, (Pfarrer Burckhardt, Berlin N., Bernauerstr. 4, ersch. monatlich).
 Hasse Paul, Leitfaden für weibliche Jugendpflege, (Berlin 1899).
 *Juristischer Leitfaden zum praktischen Gebrauche für die Pfleger und Pflegerinnen des freiwilligen Erziehungsbeirates für schulentlassene Waisen, (Schr. d. freiw. Erz.=Beir. für schulentl. Waisen, Berlin 1903).
 Köhne B. Dr., Jugendfürsorge, (aus d. Zeitschr. f. d. Armenwesen, März 1908).
 Pagel, Der freiwillige Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen, (Berlin 1896).
 Schenkendorf v., Zur Frage der werktätigen Erziehung der Jugend, (Deutsche Gemeindezeitung, 30. November 1907).
 *Sommerfeld, Wegweiser für die Berufswahl, (Hamburg, Agentur des Rauhen Hauses).

- Suck Hans, Fürsorge für die schulentlassene Jugend, (Jena, G. Fischer, 1904).
 Über die Erziehung unserer männlichen Jugend von der Entlassung aus der Volksschule bis zum Eintritte ins Heer, (Volkswohl, 31. Jg.).
 Vereinsmitteilungen des freiwilligen Erziehungsbeirates für schulentlassene Waisen, (Berlin, jährlich 10 M. f. 1898).
 Volgt Andreas Dr., Die schulentlassene Jugend, (Berlin, Heymann).
 Bollinger Dr. F., Probleme der Jugendfürsorge, (Zürich 1906, Zürcher u. Furrer).

VII. Kranke Kinder.

- Becher Wolf, Über Walderholungsstätten für kranke Kinder mit besonderer Berücksichtigung d. Tbe., (Berlin, Aug. Hirschwald, 1903).
 Bericht über den Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit, (Berlin 1899).
 Feis Osw., Die Walderholungsstätten und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, (Berlin, Dsm. Coblenz, 1905).
 Hürlimann, Beitrag zur Prophylaxis der Lungenschwindsucht, (Zürich, schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit, 39. Jg.).
 Kellner Dr., Die Heilerfolge bei der Epilepsie und die Notwendigkeit der Errichtung von Heilstätten für Epileptiker, (Hamburg, D. Meißner, 1903).
 Kinderheilkunde und Kinderschutz in Ungarn, (Budapest, Viktor Hornyansky, 1899).
 Timan, Heilstätten für skrofulöse Kinder an den deutschen Ostseeküsten, (Berlin 1901).
 Monti A., Heilstätten für skrofulöse Kinder, (Soziale Verwaltung in Österreich am Ende des 19. Jahrhunderts, II. Bd., H. 4, Wien, Fr. Deuticke, 1900).
 Reinfelder Dr., Die Schwerhörigenschule, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 9).
 Schäfer Theod., Die Kinderpoolsbäder in Deutschland, (Monatsschr. für innere Mission 1901, Hamburg).
 Schmidt Ewald, Heil- und Pflgeanstalten für skrofulöse und rachitische Kinder, (Stuttgart. Arnolt Bergsträsser, 1903).
 Schmidt-Monnard, Sonderkrankenanstalten und Fürsorge für Kinder, (Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege, G. Meyer, Berlin).
 Sonnenberger, Zeitschrift betreffend die Errichtung von Erholungsheimen für kränkliche und schwächliche Schulkinder der Provinz Rheinhesen, (Worms 1906).
 Uffelmann, Anstalten zur Pflege unbemittelter, skrofulöser und schwächlicher Kinder, (Zeitschr. für öffentliche Gesundheitspflege, Bd. XII).
 Unterholzner B., Die Kinderpitäler Österreichs, (Wien, Österreichs Wohlfahrtsseinrichtungen).
 Wernersche Kinderheilanstalt Ludwigsburg, (Festschrift zum 30jähr. Jubelf. 1891).

VIII. Sieche Kinder.

- Becher Wolf, Über Walderholungsstätten für kranke Kinder, (aus Mitteilungen über Erholungsstätten, Heft 1, Berlin, Hirschwald, 1903).
 Feis Osw., Die Walderholungsstätten und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, (Berlin, Dskar Coblenz, 1905).
 Timan, Heilstätten für skrofulöse Kinder an der deutschen Ostseeküste, (Berlin 1901).
 Monti A., Heilstätten für skrofulöse Kinder, (aus Österreichs Wohlfahrtsseinrichtungen 1848 bis 1898, II. Bd., 4. Heft).
 Rüssel, Fürsorge für arme, schwächliche, kranke Kinder, (Schriften des Deutschen Vereines für Armenpflege und Wohltätigkeit).
 Schäfer Theod., Die Kinderpoolsbäder in Deutschland, (Monatsschrift für innere Mission 1901).
 Tuszkai D. Dr., Kinderheilkunde in Ungarn, (Budapest, Vikt. Hornyansky, 1899).
 Uffelmann, Anstalten zur Pflege unbemittelter, skrofulöser und schwächlicher Kinder, (Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege, Bd. XII).
 A. H. Wernersche Kinderheilanstalt Ludwigsburg, (Festschrift).

IX. Krüppel.

- Bade Dr. Peter, Über Krüppelfürsorge, mit Berücksichtigung der Prov. Hannover, (Concordia, 1. J., 1908).
 Beyr Th., Die Aufgaben der Krüppelfürsorge und deren gegenwärtige Erfüllung in Deutschland, (Monatsschr. f. innere Mission, herausgegeben von Th. Schäfer, Bd. 26).

- Das Kinderkrüppelhaus in Nowawes und seine Einweihung.** (Nowawes, Oberlinhaus 1894).
Gleiß D., Pastor Knudsen und der Verein für Verkrüppelte in Kopenhagen, (Monatschrift für innere Mission, 1886, S. 465—479. — Gütersloh, C. Bertelsmann).
Guttschadt A., Die Fürsorge für Krüppel in ihrer sozialen Bedeutung, (Zeitschrift für soziale Hygiene, 1906, Bd. 1).
Hoffa A., Über Krüppelkinder und Krüppelfürsorge, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 6).
Katalog der Bibliothek des evang. Vereins in Hannover, (Krüppel, S. 123).
Krukenberg Herrn., Über Anstaltsfürsorge für Krüppel, (Die Kinderfehler 1902, Heft 5 u. 6, S. 229 ff.).
Krüppelfürsorge, (Volkswohl, 17. Oktober 1907).
Literatur der Krüppelpflege, (Hoppe Th., Die ersten 25 Jahre, S. 226. — Verl. des Oberlinhauses in Nowawes 1899).
Nachweisung über Zahl und Lage der Verkrüppelten in der Rheinprovinz, (Direktion der Diakonissen-Anstalten zu Kreuznach, S. 33, 1903).
Rosenfeld Leonhard, Krüppelschulen, (J. L. Stich, Nürnberg).
 — Sonderkrankenanstalten und Fürsorge für Krüppel, (Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege, S. 681—701; herausgeg. von Dr. G. Liebe, G. Jakobsohn, G. Meyer, Berlin).
Schäfer Th., Jahrbuch der Krüppelfürsorge, (1. Jahrg. 1899, 2. Jahrg. 1900, Hamburg, Agentur des rauhen Hauses, 1900 u. 1901).
 — Jahrbuch der Krüppelfürsorge, (3., 4. und 5. Jahrg., Agentur des rauhen Hauses, Hamburg).
 — Der gegenwärtige Stand der Verkrüppelten-Fürsorge, (Monatschr. für innere Mission 1888, S. 225—236, 329—341, 379—393, Gütersloh, C. Bertelsmann).
Schmidt Eduard, Chirurgische und orthopädische Heil- und Pflegeanstalten. Handbuch der Architektur, S. 114, Stuttgart, A. Bergsträsser, 1903).
Vulpinus Osk., Das Krüppelheim, (S. 38, Heidelberg, Carl Winters Universitäts-Buchhandlung, 1902).
Zabel G., Mecklenburgs Krüppelfürsorge in der Landeskrüppelanstalt „Elisabethheim“ zu Rostock, (S. 51, Rostock, C. Boldtsche Hofbuchdruckerei 1903).

X. Blinde.

- Bürgers Leben und Bildungsgeschichte nebst dessen aus eigener Erfahrung geschöpften Anweisung zur zweckmäßigen Beschäftigung der Blinden.**
Der Blindenfreund, (Zeitschrift f. d. Verbesserung des Loses der Blinden, Düren).
Flemming, Geschichte der Blindenanstalt zu Hannover, (Hannover, Hahn'sche Hofbuchhandlung).
Guttschadt, Verbreitung der Blinden und Taubstummen, (Zeitschrift d. kgl. stat. Bureaus 1883, Heft 1 und 2).
Henrich, Karl und Heinrich Wagner, Blindenanstalten, Handb. d. Arch. S. 194—215).
Hienrich, Jahresbericht über das Blindenwesen im Allgemeinen, wie über die Blindenanstalten Deutschlands im besonderen, (Berlin 1854).
Katalog der Bibliothek des evang. Vereins Hannover, (Blinde, S. 120).
Katalog des Museums für Blindenunterricht in Steglitz, (1898, S. 37).
Klein Joh. Wilhelm, Beschreibung eines gelungenen Versuches, blinde Kinder zur bürgerl. Brauchbarkeit zu bilden, (Wien 1822).
 — Geschichte des Blindenunterrichtes in den den Blinden gewidmeten Anstalten in Deutschland samt Nachrichten von Blindenanstalten in anderen Ländern, (204 S., Wien, A. Pichlers Witwe, 1837).
Kull Gotthilf, Erinnerungen an d. Blinden Felix Kundig, (1824—1899, 108 S., Zürich 1900).
 — Rückständigkeit im schweizerischen Blindenwesen und notwendige Maßnahmen zu ihrer Beseitigung, (Organ der Taubstummenanstalten 1906).
Kunz M., Zur Geschichte der Blindenfürsorge und Blindenbildung, (Blindenanstalt zu Alzach bei Mühlhausen i. Elz.).
Libanski, Die Blindenfürsorge in Österreich, Ungarn und Deutschland, (Wien, A. Pichlers Wtw. u. Sohn, 1898).
Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich, (Berlin, Asher u. Co. 1904. — III. Bd., 3. Abt., S. 391 ff.): **Matthies J.**, Das Blindenunterrichtswesen im Deutschen Reich.
Mell Alex., Enzyklopädisches Handbuch des Blindenwesens, (2 Bde, Wien, A. Pichlers Wwe. u. Sohn, 1899).
Merle, Das Blinden-, Idioten- u. Taubstummenbildungswesen, (Nordens, Soltaus Verl. 1887).
Pablasek, Die Blindenbildungsanstalten, deren Bau, Einrichtung und Tätigkeit, (Wien 1876, Univ.-Buchhandlung).
 — Die Fürsorge für die Blinden von der Wiege bis zum Grabe, (Wien).

- Paly**, Blindenstatistik und Blindenversorgung, (Sonderabdruck von Prof. Dr. Reicheberg, S. 583—601, Bern 1902).
- Rücker Jul.**, Der Unterricht und die Erziehung nicht vollsinniger Kinder, (Blinde, S. 55—85).
- Schaidler Ant.**, Die Blindenfrage im Königreich Bayern, (144 S., München, R. Oldenbourg 1905).
- Siler**, Sonderfrankenanstalten und Fürsorge für Blinde, (Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege, S. 642—654, Dr. G. Liebe, P. Jacobsohn, G. Meyer).
- Valentin Haug**, Zeitschrift für die Angehörigen, Lehrer und Freunde der Blinden, (Herausgeg. von der Assoziation Val. Haug).
- *Wagner Emil**, Beiträge zur Blindenstatistik Österreichs in den Jahren 1880, 1890 und 1901, (Tätigkeitsbericht 1902 und 1903 der Clarischen Blindenanstalt, Prag).

XI. Taubstumme.

- Beck**, Fürsorge für die aus der Schule entlassenen Taubstummen, (Organ der Taubstummenanstalten in Deutschland 1906).
- Bergmann Bernhard**, Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer und der Taubstummenanstalten zu Breslau, 1894.
- Blätter für Taubstummenbildung**, (Berlin, Schulrat Ed. Walther).
- Brunner M.**, Die Entwicklung des Taubstummen-Bildungswesens in Österreich in der Zeit 1848—1898, (Österr. Wohl.-Gedr., 2. Bd., S. 416—456, Wien 1898).
- Crouter A. L. E.**, Pflege u. Erziehung der Taubstummen, (Organ der Taubstummenanstalten in Deutschland 1906).
- Danger Otto**, Fünzigjährige Arbeit für das Wohl d. Taubstummen Ostfrieslands. Emden 1894.
- Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich**, (III. Bd., 3. Abt., S. 347 ff.): **Walther E.**, Das Taubstummenwesen im Deutschen Reich.
- Der Taubstummenfreund**, (Herausg. von Fr. Anna Schenk, Elisabethstr. 45 a).
- Die Blindenbildung und Taubstummenbildung im allgem. und besond. im Kanton Zürich**, (96. Jahresblatt der Hilfsgesellsch. in Zürich).
- Gapp Alfons**, Die Taubstummenpflege, (Charitas S. 57 ff., S. 83 ff., Geistl. Rat Dr. Lorenz Wertmann zu Freiburg i. Br.).
- Gratshoff**, Beitrag zur Lebenserleichterung der Taubstummen durch Gründung einer Taubst.-Gemeinde, (Berlin).
- Gutzmann Albert**, Öffentliche Maßnahme gegenüber der großen Ausbreitung der Sprachbrechen unter der Schuljugend, (Medizinal-pädagogische Monatschrift für die gesamte Sprachheilkunde, 1891).
- Sonderfrankenanstalten und Fürsorge für Taubstumme, (Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege, S. 559—678, Dr. G. Lieben, P. Jacobsohn, G. Meyer).
- Kleine Streiflichter auf die kirchl., soziale und gesell. Stellung der Taubstummen, (Berlin, Elwin Staudé 1899).
- Vor- und Fortbildung der Taubstummen, (Berlin, Elw. Staudé 1899, Heft I und II).
- Die städtische Taubstummenschule in Berlin, (Jubiläumsschrift 1875—1900).
- und **Jul. Vatter**, Enzyklopädisches Handbuch des ges. Taubstummenwesens und der verwandten Gebiete, (Fichlers Witwe u. Sohn, Wien 1900).
- Henrici Karl und Fried. Sander**, Taubstummenanstalten, (S. v. Arch., S. 215—229, Stuttgart, H. Bergsträsser 1903).
- Hirzel**, Mitgabe für Taubstumme, (Gmünd).
- Huschens**, Der Taubstummenführer, (Trier, Paulinus-Druckerei).
- Karlh. Johannes**, Das Taubstummenbildungswesen im XIX. Jahrh. in den wichtigsten Staaten Europas, (Breslau 1902. — Berl. Wilh. Gottl. Korn).
- Maßnahmen zur Fürsorge für die erwachsenen Taubstummen, (Organ der Taubstummenanstalten 1906).
- Klein**, Die Taubstummen-Anstalten nach ihrer Entstehung, Entwicklung und Verfassung, (Düsseldorf 1890).
- Knapp L.**, Bericht über den Besuch der Idioten- und Taubstummenanstalten in Skandinavien und Norddeutschland, (Wien, Braumüller 1884).
- Kull**, Das Taubstummen-Bildungswesen mit bes. Berücksicht. unserer Schweizer Verhältnisse, (Zürich, Separat-Abdr. a. d. Schweiz. Lehrer-Zeitung, Jahrg. 1900).
- Kurze Anleitung zur Ausbildung taubstummer Kinder in Volksschulen**, (Herausgegeben von dem Vereine für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer, 2. Auflage, Breslau 1876).
- Kurz Hubreich und Gotthilf Kull**, Entscheid des Lehrerkonvents, (Zürich 1901, Sep.-Abdruck a. d. Organ).
- Neuert Georg**, Verzeichnis der Abhandlungen und wichtigeren Artikel des „Organs der Taubstummenanstalten“ seit seinem Erscheinen (1855) 1904, Heft 2, 3, 4.

- Organ der Taubstummen-Anstalten in Deutschland**, (Herausgegeben v. J. Batter, Schleswig).
Radomski, Ratgeber für Eltern und Mahrnfür für Lehrer, Geistliche, Behörden und alle
 Menschenfreunde betreffend die Taubstummen, (Marienburg 1875).
 — **Statistische Nachrichten über die Taubstummenanstalten Deutschlands und deren Lehrkräfte**
 pro 1900, (Posen, Fr. Ebbecke, 1900).
 — **Statistische Nachrichten über die Taubstummen-Anstalten Deutschlands sowie über deren**
Lehrkräfte, für das Jahr 1908, (12. Jahrg., Posen, Fr. Ebbecke 1908).
Rückert Jul., Der Unterricht und die Erziehung nicht vollsinniger Kinder, (S. 36–54, Trier,
 H. Stefanus 1885).
Saegert, Das Taubstummenbildungsweisen in Preußen, (Sep.-Abdr. des Taubstummenfreund).
Schibel Georg, Direktor der Zürcherischen Anstalt für Blinde und Taubstumme. (Siehe oben.)
Schneider, Bremen, Das Volksschulwesen im preuß. Staate.
 354 b: Das Taubstummen-, Blinden- und Idiotenbildungsweisen.
 382: Unterricht und Erziehung der Taubstummen.
 — **Mathias**, Das Denken und Sprechen der Taubstummen, (Osterwiel, A. W. Zwickfeld).
Stelling, Die Fürsorge für die schwachbegabten Kinder der Volksschulen und Taubstummen-
 anstalten, (Emden 1900).
Vatter J., Ludwig Gafel und die Entstehung der Taubstummenanstalt in Frankfurt a. M.,
 (Organ der Taubstummenanstalten, 1881, S. 17–26).
Waltner, Geschichte des Taubstummenbildungsweisen, (Bielefeld, Velhagen u. Klasing 1882).
 — **Die kgl. Taubstummenanstalt zu Berlin in ihrer Entwicklung und gegenw. Verfassung**,
 (Berlin, Edwin Staude 1888).
Weise W., Die Taubstummenanstalten und Schulen in Preußen am 1. Jänner 1907, (Berlin=
 Berl. des K. statist. Landesamts 1907).

XII. Jugendspiel, Sport und Wanderungen.

- Hartung Dr. J.**, Der Nutzen und die Gefahren des Jugendsportes, (Konservative Monatschr.,
 Dez. 1907).
Hermann weil. Turninsp. A., Ratgeber zur Einführung der Volks- und Jugendspiele, (Im
 Auftrage des Zentralausschusses bearb., herausgeg. unter Mitwirkung von Prof. Dr.
 R. Koch und Dr. E. Kohlrausch 1907).
Hoffa A. Über Muskelübung und Bewegungsspiele in ihrer Bedeutung für die Gesundheit,
 (Jugendfürsorge, Berlin 1906, H. 3 und 4).
Kissinger R., Darmstädter Schülerwanderungen, (Werde gesund, 6. Jahrg. 1906).
Lehmann Ida, Die Reform des Mädchenturnens und die Turnlehrerinnen, (Monatschr. für
 das Turnwesen, 27. Jahrg., 3. H.).
Schenkendorff v., Die Frage der öffentlichen Spielplätze, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906,
 Heft 12).
Schneider Dir. Dr., Obligatorische Spielnachmittage, (Monatschrift für das Turnwesen,
 Dez. 1907).
Schriften, kleine, des Zentralausschusses zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in
 Deutschland, (Leipzig, B. G. Teubner).
Vogl Dr. v., Das Schulturnen und der Waffendienst, (Monatschr. für das Turnwesen,
 Dez. 1907).
Vögler R., Ein Wort zum Turnen in der Fortbildungsschule, (Monatschr. für das Turn-
 wesen, 27. Jahrg., 3. H.).

XIII. Ferienkolonien.

- Behnke Gust.**, Ferienkolonien (Handb. v. Arch. S. 249–251; Stuttgart, Arnold Berg-
 sträker. 1903).
Bergknecht Johannes, Ferienkolonien (Heft II. d. Schriften d. sozialwissenschaftl. Vereins Berlin
 v. Stille; Frankfurt a. M. Berl. v. Dr. E. Schnapper. — 1902).
Berliner Verein für Ferienkolonien, (25 Jahre Sommerpflege. — 1904).
Bion Walter, Die Ferienkolonien und verwandte Bestrebungen auf dem Gebiete der Kinder,
 Gesundheitspflege, (Zürich IV., Sekretariat der „Zürcher Ferienkolonien“. 1901).
 — Zum 20jährigen Bestehen der Ferienkolonien, (Bericht von Zürich 1895).

- Centralsstelle der Vereinigungen für Sommerpflege in Deutschland**, (Berlin W., Steinmeh-
straße 16).
- Die Entstehung und Entwicklung der Ferienkolonien in Deutschland bis zum Schlusse
des Jahres 1891—1893.
 - Die Ergebnisse der Sommerpflege in Deutschland (Ferienkolonien, Kinderheilstätten usw.,
jährlicher Bericht über die Gesamtbewegung in Deutschland, zuletzt über das Jahr 1898.
— Berlin 1899.
 - Konferenzen der Vertreter von Vereinigungen für Sommerpflege, Berichte über die Kon-
ferenzen 1881, 1885, 1887, 1890 und 1896.
- Eisenreich L.**, Der Verein für Ferienkolonien in Leipzig in seiner 25jährigen Tätigkeit, (Leipzig,
Selbstverl. 1905).
- Falkenheimer W.**, In der Ferienkolonie, (Kassel).
- Hoch Jul.**, Die Entwicklung der Ferienkolonien, (Lübeck 1884).
- Marthaler H.**, Die Ferienkolonien für arme Schulkinder in der Schweiz in den Jahren
1891—1895, (Bern 1897).
- Monti A.**, Ferienkolonien in Österreich, Soziale Verwaltung in Österreich am Ende des
19. Jahrh., (Wien, Franz Deuticke 1900).
- Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit**, Dunder und Humblot,
Leipzig.
- **Küffel**, Zur Statistik der deutschen Ferienkolonien und Kinderheilstätten in Sool- und
Seebädern.
 - — Bericht über den gegenwärtigen Stand der Sommerpflege für arme Kinder.
- Salge B.**, Über die Auswahl der Kinder für die Ferienkolonien, (Berliner mediz. Wochenschr.
1908, Nr. 7).
- Siebelt**, Über Kinderheilstättenwesen und verwandte Bestrebungen in Deutschland, (Das rote
Kreuz 1900. — Dr. Gotthold Pannewitz, Berlin).
- Sonnenberger Dr. M.**, Über Ferienkolonien und verwandte Bestrebungen, II., (Concordia
1. Dez. 1907).

XIV. Sanitäre Fürsorge für die Jugend.

a) Schulärzte.

- Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen**,
(Schweidnitz, L. Heege 1907).
- Auszug aus dem Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904/05**.
(Zentralblatt für die ges. Unterrichtsverwaltung in Preußen.)
- Baur Alfr.**, Die Entwicklung der Schulgesundheitspflege, (Soziale Kultur 1906).
- Doblin**, Was läßt sich für die Gesundheit unserer Schülerinnen tun? (Frauenbildung 7, 3.)
- Fürst Dr. M.**, Ein Vorschlag zur Rußbarmachung der Schulgesundheitsheime. (Soziale Med.
und Hygiene Bd. 3, Nr. 2.)
- Gaspard**, Gutachten über die Schularztfrage in Stuttgart, (Stuttgart, Gemeinderat).
- Illing Ferd.**, Schulärzte, Schulgesundheitskommissionen und Vorkehrungen gegen Infektions-
krankheiten in Schulen, (Österreichs Wohlfahrtsvereine 1848—1898, II. Bd. S. 297
bis 317, Dr. Hans Heger, Wien).
- Kewandowski Dr. A.**, Atemgymnastik zur Bekämpfung der Schülertuberkulose, (Blätter für
Volksgesundheitspflege, 7. Jahrg., 9. Heft).
- Koth Rich.**, Die Stellung des Arztes bei der Überführung der Kinder aus der Volksschule in
die Hilfsschule, (Zeitschrift für die Schulgesundheitspflege 1906, Nr. 9).
- Moses Jul.**, Schularzt und Fürsorgeerziehung, (Der Schularzt, 4. Jahrg. 1906, Nr. 9).
- Piwko Theophil**, Danzigs Verhältnisse der Schularztfrage gegenüber, (Denkschrift 1899).
- Schiller Hermann**, Die Schularztfrage, (Berlin, Reuther und Reichard, 1899).
- Schubert Paul**, Das Schularztwesen in Deutschland, (Hamburg und Leipzig, Leop. Voß, 1905).
- Sing R.**, Gesamtbericht über die Tätigkeit des Schularztes in Ulm im Wintersemester 1906/07,
(D. Viertelj. f. öffentl. Gesundheitspflege 1907, Bd. 39, Heft 4).
- Wehrhahn**, Becker, Über die Anstellung von Schulärzten, (Protokoll des am 11. und 12. Juni
1900 in Hannover-Binden abgehaltenen Städtetages des Hannoverschen Städtevereins,
S. 41—66).
- Weller**, Schulärzte, (Vortrag, gehalten auf dem 22. ordentl. Brandenburgischen Städtetag zu
Potsdam, 1899).
- ***Zeitschrift für Schulgesundheitspflege**, (Hamburg, Leop. Voß).
- Zimmer**, Ist die Forderung von Schul-Zahnkassen eine berechtigte Forderung? (Greifswald,
L. Bamberg 1907).

Zimmermann Phil., Schularzte, (Bl. f. soz. Praxis, Dr. C. Franke, Berlin).
 Bollinger F., Bestrebungen auf dem Gebiete der Schulgesundheitspflege, (Zürich 1901).

b) Alkoholfrage.

- *Alkoholismus, (Herausg. vom Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus).
 Alkohol und Wehrkraft, (Ein Belehrungs- und Mahnwort an die jungen Soldaten zu Lande und zu Wasser, Berlin, Mäßigkeitsverein 1907).
 Alkoholmonopol der Schweiz laut Gesetz vom 22./23. Dezember 1886, (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Herausg. von Prof. N. Reichesberg, Bern, XIV. Jhrg. 1. Bd., 1906).
 Aschrott, Einfluß des Alkoholismus auf Verbrechen, Verarmung und Geisteskrankheit, (Blätter für das Armenwesen in Württemberg 1897, S. 127).
 Asmussen G., Was tut dem deutschen Volke not? (Flensburg, Deutschlands Großloge II.)
 Bader Pfr. H., Alkoholismus und Gottesherrschaft, (Basel, Helbing und Lichtenhahn 1908).
 Behrens Pet., Alkohol und Kunst, (Flensburg, Deutschlands Großloge II., 1907).
 Bender Pfr., Unsere Arbeit auf dem Lande, (Berlin, Mäßigkeitsverlag 1907).
 Blocher Dr. Herm., Die Alkoholfrage in ihrem Verhältnis zur Arbeiterfrage, (Basel, Schriftstelle des Alkoholgegnerbundes 1907).
 Boas Kurt W., Wesen, Ursachen Verbreitung und Bekämpfung des Alkoholgenusses in den Volksschulen, (Zentralbl. für allgemeine Gesundheitspflege 1908, Heft 1—2.).
 Bode W., Ratschläge an Trinker und ihre Freunde. — Hildesheim 1897.
 Böhmert Prof. Dr. Bikt., 200 Urteile über die Alkoholfrage, (Dresden, D. B. Böhmert 1907).
 Buchner Prof. Dr. H., Die studierende Jugend und die Alkoholfrage, (Basel, Schriftstelle des Alkoholgegnerbundes 1907).
 Burns John, Arbeit und Trunk, (Wien, Verlag Brüder Eusebius, 1907).
 Colla, Die Trinkerversorgung unter dem bürgerl. Gesetzbuche, (Hildesheim 1898).
 Der Alkoholismus, (Eine Vierteljahrschrift zur wissenschaftl. Erörterung der Alkoholfrage. Geh. San.-Rat Dr. A. Baer, Berlin).
 Deutsche Krankenpflegezeitung 1899, (S. 124, Herausg. von Dr. P. Jakobsohn, Berlin).
 Die Alkoholfrage, (Dresden, Prof. Dr. Böhmert und Dr. Meinert).
 Die deutschen Heilanstalten für Alkoholiker im Jahre 1903, (Bremen 1903).
 Endemann F., Die Entmündigung wegen Trunksucht und das Zwangsheilungsverfahren wegen Trunkfälligkeit, (Halle a. S., Carl Marhold 1904).
 Flade E., Sonderkrankenanstalten und Fürsorge für Trinker, (Alkoholfrage und Alkoholbewegung. Handb. der Krankenvers. und Krankenpfl. S. 522—557, Dr. G. Liebe, P. Jakobsohn, G. Meyer).
 Flaig J., Frauenarbeit im Kampf gegen den Alkoholismus, (Berlin 1907, Mäßigkeitsverlag).
 Forel, Die Errichtung von Trinkerasylen und deren Einfügung in die Gesetzgebung, (Bremerhaven 1892).
 — Prof. Dr. August, Jugend, Evolution, Kultur und Narke, (München, E. Reinhardt 1908).
 Frankenberg v. H., Der Alkoholgenuß der Schulkinder, (Zeitschrift für Schulgesundheitspflege 1906, Nr. 10).
 Gaule Dr. J., Wie wirkt der Alkohol auf den Menschen? (Basel, Schriftstelle des Alkoholgegnerbundes).
 Gerényi F., Die Trinkerasyle Englands und die projektierte Trinkeranstalt für N.-Österreich vom Standpunkte der Administration, (Wien, F. Deuticke, 1893).
 Gosser J., Alkohol und Verbrechen, (Berlin, Mäßigkeitsverein, 1907).
 Hiller J., Das große Rettungswerk, (Bregenz, Deutsch. 1899).
 Hirschfeld Dr. Magnus, Alkohol und Geschlechtsleben, (Berlin, Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund 1907).
 Hoppe Hugo, Alkohol und Kriminalität in allen ihren Beziehungen, (Heft 42 der Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens, Wiesbaden, Bergmann 1906).
 Kabrbel Prof. Dr. Gust., Der Abstinenzismus und seine Bedeutung für das Individuum und für die Gesellschaft, (München, R. Oldenbourg 1907).
 Katalog der Bibliothek des evang. Vereins in Hannover 1898, (S. 143—146: Die Mäßigkeit).
 Kakenstein Sim., Moderne Jugendbewegung und Alkoholfrage, (Berlin, Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund).
 Krufe, Die deutschen Heilanstalten für Alkoholiker im Jahre 1903, (Bremen 1903).
 Kubak Dr. Afr., Zur Frage einer Alkoholkonsumstatistik, (München, D. Reinhardt 1907).
 Kürz, Der Wein und die Kriminalität, (Monatschr. für Kriminalpsych. und Strafrechtsref. III. Jhrg. Heft 1).
 Laquer B., Das Verhältnis von Trunksucht zur Armut und Verbrechen in den vereinigten Staaten, (Zeitschrift Der Alkoholismus 1905).
 — Dr. B., Göttinger System und Alkoholismus, (Wiesbaden, J. F. Bergmann 1907).

- Kattinen, Taar, Über die Einwirkung der kleinsten Alkoholmengen auf die Widerstandsfähigkeit des tierischen Organismus mit besonderer Berücksichtigung der Nachkommenschaft (Zeitschr. für Hygiene, Bd. 58, Heft 1).
- Marthaler, Die schweizerischen Trinkerheilstätten, (Schweiz. Zeitschrift für Gemeinnützigkeit. XXXIX. Jahrg. 1900, S. 118, Organ der Schw. gemeinnütz. Gesellschaft; Zürich).
- Martius, Die Trinkerentmündigung und die öffentl. Armenpflege. Blätter für das Breslauer Armenwesen, 1900, Nr. 60—64. Amtliche Mitteilungen (zwangslose Folgen).
- Mäßigkeitsblätter, (Mitteilungen des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke).
- Mayr-Kowalski Jos., Wie wird man Abstinente? (Berlin, Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund 1907).
- Mehr alkoholfreie Schulausflüge, (Volkswohl 31. Jhrg.).
- Popert Dr. Herm., Ein Schritt auf dem Wege zur Macht. Ein Wort an die deutschen Abstinenten. (Jena, G. Fischer 1907.)
- Preuß Max., Die rechtliche Behandlung der Trunksüchtigen, (Hannover, W. Fürgens 1900).
- Pütter, Trunksucht und städtische Steuern, (Halle, Buchdruckerei des Waisenhauses).
- Puppe, Alkohol und Zurechnungsfähigkeit, (Berlin, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt 1907).
- Rundschau in der Alkoholfrage, (Herausg. vom Vorstande des Charitasverbandes. Heimbach, Baden).
- Schenk Paul, Die Notwendigkeit der Errichtung von Trinkerheilstätten. Bd. 32, Heft 3, Seite 391 bis 409, (Braunschweig, Vieweg u. Sohn, 1900).
- Schmidt Peter, Bibliographie des Alkoholismus d. l. 20 Jahre (1880—1900), (Der Alkoholismus, S. 279—306, 396—403. G. S.-Kat Dr. A. Baer, Berlin).
- Schroeder Eduard Aug., Der Alkoholismus und die soziologischen Grenzen seiner Bekämpfung, (Leipzig, Kossberg 1907).
- Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, Dunder u. Humblot, Leipzig.
- 1883, Lammers, Trunksucht als Ursache der Verarmung.
 - 1888, " Trunksucht und Armenpflege.
 - 1896, Muensterberg, Generalbericht S. 80.
 - 1901, Samter, Waldschmidt, Die Aufgaben der Armenpflege gegenüber trunksüchtigen Personen.
 - Eichle, Zur Frage der Gründung von Volksheilstätten für Kinder, (Ther. Monatshefte 1900, Heft 1).
- Smith A., Die Alkoholfrage, (Tübingen, Osiander).
- Die Behandlung von Trunksucht, Wiesbaden, J. F. Bergmann 1893).
 - Zur Behandlung sarkotischer Suchten, (Tübingen, Osiander).
 - Über Temperenzanstalten und Volksheilstätten für Nervenranke, (Würzburg, A. Stubers Verlag, 1899).
- Streichhan Gertrud, Der Alkohol und das Kind, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, Heft 5).
- Tilkowsky A., Die Trinkerheilstätten der Schweiz und Deutschlands, (Wien, F. Deuticke, 1893).
- Vandervelde Emile, Alkoholismus und soz. Frage, (Berlin, Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund).
- Waldschmidt, Samter, Die Aufgaben der Armenpflege gegenüber trunksüchtigen Personen, Leipzig, Dunder u. Humblot, 1901.
- Die Trinkerfürsorge in Preußen. Sonderabdr. d. Zeitschr. d. kgl. preuß. statist. Bureaus. J. 1901. Berlin.
 - Die Bekämpfung der Trunksucht in ihrer Bedeutung für die Arbeiter-Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Düsseldorf Kongreß.
- Waldschmidt Dr. J., Ein wirksames Mittel für die Aufklärung in der Alkoholfrage, (Concordia, 1. März 1908).
- Weigl F., Aufklärungsarbeit über die Bewahrung der Jugend vor Genußgiften. (Zeitschr. für pädag. Psychologie 1907, S. 4/5.)
- Aufklärungsarbeit über die Bewahrung der Jugend vor den Genußgiften, (Deutsche Vierteljahrschr. f. öffentl. Gesundheitspflege 1907, Bd. 39, Heft 42).
- Weber Dr. Paul, Künstlerische Erziehung und Trinksitten. Berlin, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt 1907.
- Weiß Wilh., Die Aufgabe der Schule im Kampfe gegen den Alkoholismus, (Basel, Schriftstelle des Alkoholismus).
- Witte Emil, Die Alkoholfrage in religiöser Beleuchtung, (Bonn, B. Hauptmann).
- Wurm Emil, Alkoholfrage und Sozialdemokratie, (Berlin, Vorwärts 1908).

c) Sexuelle Aufklärung.

- Chohen Dr. Mart., Sexualeben und Erziehung, (Wien, W. Braumüller 1907).
- Ebeling Dr. Med., Die sexuelle Aufklärung der Jugend, (Das nationale Deutschland, 9. März 1908).

- Ehrenfels Dr. v. Christ., *Sexualethik*, (Wiesbaden, F. J. Bergmann 1907).
 Forster Dr. Fr. W., *Sexualethik und Sexualpädagogik*, (Rempten, F. Kösel 1907).
 *Heidenhain San.-R. Dr. A., *Sexuelle Belehrung der aus der Volksschule entlassenen Mädchen*, (Vortrag, Leipzig, Barth 1907).
 Mitteilungen der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, (Leipzig, Joh. Ambr. Barth).
 Rosenkranz Refl. C., *Über sexuelle Belehrung der Jugend*, (Halle, H. Schroedel 1908).

XV. Geistig abnormale Kinder.

a) Minderbegabte.

- Fisler A., Bericht über die Spezialklassen für Schwachbegabte, (Aus d. Bericht der Stadtschulpflege in Zürich; a. e. Festschrift f. d. Landesanstalten in Genf. 1896).
 Frenzl Jr., *Die Hülfschulen für schwachbegabte Kinder in ihrer Entwicklung, Bedeutung und Organisation*, (Hamburg, Leop. Voß, 1903).
 Kielhorn, *Die Braunschweiger Hülfschule-Kinderfehler*, 1897, (Jena, F. Trüper).
 — *Die Erziehung geistig zurückgebliebener Kinder in Hülfschulen*, (Ostervieck a. Harz, A. W. Zickfeldt, 1897).
 Kölle, *Der Sprechunterricht bei geistig zurückgebliebenen Kindern*, (Zürich 1896).
 Arenberger S., *Über Hülfschulen für schwachbefähigte Kinder*, (Schulzeitung, Wien 1890).
 Koeper, *Unterricht für schwachbegabte Kinder*, Kinderfehler, 1897, (Jena, F. Trüper).
 *Maennel, *Vom Hülfschulwesen*, (Leipzig, Teubner).
 Nachtrag zu der im Jahre 1901 herausgegebenen statistischen Zusammenstellung der Heilerziehungs- und Pflégeanstalten für schwachbegabte Kinder, Idioten und Epileptiker, (Agentur d. Krahen Hauses 1904).
 Neufert, *Schulen für schwachbegabte Kinder*, (22. ordentl. Brandenburgischer Städtetag in Potsdam 1899).
 Stadelmann Heinr., *Der Stand des Unterrichts an den Schulen für Schwachbefähigte in Deutschland*, (Zeitschr. f. päd. Psychologie, 1907, S. 4 u. 5).
 Stelling Heinr., *Die Fürsorge für die schwachbegabten Kinder der Volksschulen und der Taubstummenanstalten*, (Emden 1900).
 Stöckner H. C., *Schulen für schwachbefähigte Kinder*, (1864).
 Weigl Franz, *Die Mittel zur Abhülfe in der Not geistig Minderwertiger*, (Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 10).

b) Schwachsinnige.

- Auer Konr., *Sorget für die schwachsinnigen Kinder*, (Artist. Institut Drell Fühl, Zürich 1896).
 Baiter, *Schweizerische Anstalten für schwachsinnige Kinder*, (Schweiz. Zeitschr. f. Gemeinnützigkeit, 39. Jahrg. 1900, Zürich).
 Belniko Gust., *Anstalten für Schwachsinnige*, (Handb. d. Arch. S. 228—237, Stuttgart. Arn. Bergsträßer 1903).
 Bösbauer, Hans, Leopold Miklas, Hans Schiner, (Handb. d. Schwachs.-Fürsorge, Leipzig, B. G. Teubner 1905).
 — *Handbuch der Schwachsinnigenfürsorge* (1905).
 Die Kinderfehler. (Herausg. v. F. Trüper, Jena, seit 1896; jährl. 6 Hefte.)
 Fisler A., Bericht über die Spezialklassen für Schwachbegabte (aus d. Bericht der Stadtschulpflege in Zürich, a. e. Festschrift f. d. Landesausstellung in Genf. 1896).
 Gerhardt J. P., *Zur Geschichte und Literatur des Idiotenwesens in Deutschland* (Selbstverl. d. Alsterdorfer Anstalten bei Hamburg, 1904).
 Gündel A., *Zur Organisation der Geisteschwachenfürsorge*, (Halle, Marhold 1906).
 Hochacker, *Die Hülfschule für Schwachbegabte*, (Düsseldorf).
 Jauch A., *Lohnt es sich, Lehrer und Erzieher der „Schwachen“ zu sein*, (Med.-päd. Monatschr. f. d. gef. Sprachheilkunde, Okt. 1907).
 Irrenpflege. Monatschrift f. Hebung u. Belehrung des Irrenpflegepersonals, (Dir. C. Alt, Uchtirringe, seit 1897).
 Kallischer S., *Was können wir für den Unterricht und die Erziehung unserer schwachbegabten und schwachsinnigen Kinder tun?* (Berlin, L. Dehmißes Verlag, 1897).
 Kielhorn, *Die Braunschweiger Hülfschule*, Kinderfehler 1897, S. 115. Jena, F. Trüper).
 Kreuser, *Die Zeugnisfähigkeit der Schwachsinnigen*, (Zeitschr. für d. Behandlung Schwachsinniger u. Epileptiker, 22. Jahrg. Nr. 12).
 Laquer Leop., *Die ärztliche und erziehlische Behandlung von Schwachsinnigen in Schulen und Anstalten und ihre weitere Versorgung*, (Klinik f. psychische und nerv. Krankheiten, Bd. I, S. 3 u. 4).

- Melzer E., Die staatliche Schwachsinningenfürsorge im Königreich Sachsen, (Dresden, Bleyl u. Kaemmerer 1904).
- Mittschke G., Die Erziehung schwachsinziger Kinder zur Selbsttätigkeit, (päd. Studien, 29. Jahrgang, 2. Heft).
- Reinke Wihl., Die Unterweisung und Erziehung schwachsinziger Kinder, (Berlin 1897).
- Richter Karl., Die Leipziger Schwachsinningenschule nach ihrer Geschichte und Entwicklung, (Leipzig, M. Giese 1893).
- Ritter Ab., Verhandlungen der I. schweizer. Konferenz für das Idiotenwesen in Zürich am 3. u. 4. Juni 1889 (Zürich, S. Höhr 1889).
- Roscher H., 12. Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen, (Zeitschr. f. d. Behandlung schwachsinziger, Nov. 1907).
- Wücker Jul., Der Unterricht und die Erziehung nicht vollsinziger Kinder: der Idioten, Taubstummen und Blinden, (Trier, H. Stefames 1885).
- Sengelmann H., Idiotophilus. Syst. Lehrbuch d. Idiotenheilpflege, (Nordens, Diedr. Soltans Berl. 1883).
- Die Arbeiten an den Schwach- und Blödsinnigen, (Gotha, F. Berthes 1891).
- Die Idiotenanstalten Deutschlands und der deutschen Schweiz im J. 1895, (Nordens, Diedr. Soltans Verlag).
- Starlinger Joh. Dr., Zum gegenwärtigen Stand der Pflegerfrage, (Psychiatrisch-neurol. Wochenschrift, S. 9 ff.).
- Stritter Gerhardt, Die Heilerziehungs- und Pflegeanstalten für schwachbefähigte Kinder, Idioten und Epileptiker, (Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 1902).
- Schaefer, Der moralische Schwachsinn, (Halle, Marhold 1906).
- Schriften des Deutschen Vereins f. Armenpflege u. Wohltätigkeit, (Dunder u. Humblot, Leipzig. Brandes. Der Idiotismus und die Idiotenanstalten, (Hannover 1862). — Knapp, Bericht über den Besuch von Idioten- und Taubstummenanstalten in Skandinavien und N. Deutschland und die IV. Konferenz für Idiotenheilpflege im J. 1883, (Wien, Braumüller 1884). — Laehr, Die Idiotenanstalten Deutschlands.
- Trost, Wie können wir unsere Schwachen fördern? (Neue Blätter aus Süddeutschland f. Erziehung u. Unterricht, 36. Jahrg.).
- Verhandlungen der IV. schweiz. Konferenz f. d. Idiotenwesen in Luzern am 11. u. 13. Mai 1903, (herausg. v. C. Auer, R. Köhle u. H. Graf, Glarus 1903).
- Weigl Franz, 2. Konferenz des Verbandes katholischer Anstalten Deutschlands für Geistes- schwache in Beeresheim, (Charitas, 13. Jahrg. Nr. 1).
- Wildermuth, Sonderfrankenanstalten und Fürsorge für Nervenkranken, Epileptische und Idioten. Handb. d. Krankenversorgung und Krankenpflege. S. 434—521. (Dr. G. Liebe, P. Jakobsohn, G. Mayer).
- Welche Schuleinrichtungen machen es möglich, sowohl den leistungsfähigeren als auch den schwächeren Schülern gerecht zu werden?
- Übersicht der vorhandenen Schuleinrichtungen für nicht normal begabte Kinder schulpflichtigen Alters, (Zentralbl. f. d. ges. Unterrichtsverwaltung in Preußen).

d) Geisteskranke.

- Bodelschwingh Fr. v., Die Mitarbeit der Kirche an der Pflege der Geisteskranken, (Vielefeld, 1896).
- Bothe, Die familiäre Verpflegung Geisteskranker in Dalldorf 1885—93, (Berlin, F. Springer).
- Erlenmeyer, Unser Irrenwesen, (Wiesbaden 1896).
- Finkh, Dr. F., Das heutige Irrenwesen, (München, Berl. d. ärztl. Rundschau 1907).
- Guttenberger Fr., Irrenanstalten, (Berlin, H. Walther 1907).
- Hagner Christ. Aug. Kirchegott, Aufforderung an Regierungen zur Abstellung einiger schweren Gebrechen in Behandlung der Irren, (Leipzig 1817).
- Hermann, Dr., Heilerziehungshäuser, (Kinderirrenanstalten) als Ergänzung der Rettungshäuser und Irrenanstalten, (Langensalza, H. Beyer u. Söhne 1907).
- Kraepelin Emil, Die psychiatrischen Aufgaben des Staates, (Jena, Gust. Fischer 1900).
- Laehr Heinrich und Max Lewald, Die Heil- und Pflegeanstalten für Psychisch-Kranke des deutschen Sprachgebietes, (Berlin, G. Reimer 1899).
- Die Literatur der Psychiatrie, Neurologie und Psychologie von 1450—1799. (Umfasst 19.000 Schriften u. bef. sich in d. Bibliothek d. Anstalt „Myl Schweizerhof“ in Zehlendorf b. Berlin.)
- Landesheil- und Pflegeanstalten, die niederösterreichischen, für Geistes- und Nervenkranken „am Steinhof“ in Wien, (Halle, C. Marhold 1907).
- Lewald, Sonderfrankenanstalten und Fürsorge für Geisteskranken. (Handb. d. Krankenvers. u. Krankenpflege. Dr. G. Liebe, P. Jakobsohn, G. Meyer.)

- Literatur-Zusammenstellung für Irrenpflege a. d. J. 1898 von Dr. E. Roth.** (Die „Irrenpflege“ 1898–99, S. 290 ff. Direktor E. Alt, Uchtprünge. Seit 1897.)
- Literatur-Zusammenstellungen in** *Eulenburgs Realenzyklopädie d. ges. Heilkunde*, (3. Aufl. „Irrenanstalten“).
- 1896, *Muensterberg*, Generalbericht, S. 65/66. Dunder u. Humblot, Leipzig.
 - 1889, *Wintzingerode*, Paek, Offene Pflege f. ungesch. Irren. Dunder u. Humblot, Leipzig.
 - Michael**, Die Heil- und Pflegeanstalten des Deutschen Reichs und die an ihnen beschäftigten Oberpfleger und Oberpflegerinnen, (Halle a. S., Karl Marhold 1900).
 - Möhl**, Die Irrenanstalt Herzberge, (Berlin, D. Enslin, 1896).
 - Pandy**, Dr. R., Das Irrenwesen in Finnland, (Psychiatrisch-Neurolog. Wochenschrift 9. Jg. N. 41).
 - Snell**, Grundzüge der Irrenpflege für Studierende und Ärzte, (Berlin, G. Reimer 1897).
 - Stäbler** Gottlob, Notwendigkeit u. Einrichtung von Heilsschulen für abnorme Kinder, (Blätter f. d. Armenwesen, herausgeg. von der Zentralleitung d. Wohltätigkeitsvereines in Württemberg, 59 Jg. Nr. 46).
 - Schlöß** Heintz., Leitfaden zum Unterricht für das Pflegepersonal an öffentl. Irrenanstalten, (Wien, Fr. Deuticke, 1898).
 - Scholz** Friedr., Über Fortschritte in der Irrenpflege, (Leipzig, E. S. Mayer, 1894).
 - Vorträge über Irrenpflege, (Bremen, M. Heinsius, 1894).
 - Tippel**, Leitfaden zum Unterricht in der Behandlung und Pflege der Geisteskranken, (Berlin, G. Reimer 1897).
 - Wildermuth** H., Die Unterbringung geisteskranker Kinder (Zeitschrift f. d. Behandlung Schwachsinniger u. Epil. 22. Jg. Nr. 5).
 - Wille**, Die Aufgaben u. Leistungen d. Statistik d. Geisteskranken, (Sep.-Abd. aus Conrads Jahrb. f. Nat.-Ökonomie u. Volkswirtschaft. 1880).
 - Bürcher Hilfsverein f. Geisteskranker**, u. zw. folg. Aufsätze:
 - 1894, **Bleuler**, Die Erweiterung d. Zürcherischen Irrenpflege (S. 13–33).
 - 1898, **Bleuler**, Die allg. Behandlg. d. Geisteskrankheiten (S. 15–42).
 - 1892, **Delbrück**, Über Irrenkolonien u. agrarische Irrenanstalten (S. 19–34).
 - 1891, **Forel**, Jugendliche Geisteskranken (S. 12–27).
 - 1893, **Forel**, Zum Entwurf eines schweiz. Irrengesetzes (S. 13–30).
 - 1897, **Forel**, Kurzer Rückblick u. Ausblick auf d. Tätigkeit u. d. Organisation des Zürcher Hilfsver. f. Geisteskr., sow. auf gewisse Schäden unseres Irrenwesens (S. 14–22).
 - 1895, **Redlich**, Über die projektierte Reform d. schweiz. Irrenwesens (S. 17–38).
 - 1896, **Wille**, Irrenärztl. Tagesfragen (S. 15–25).

XVI. Epileptische.

- Denkschrift zur Feier des 50jähr. Bestehens der Heil- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige und Epileptische in Stettin i. R.**, (D. A. Cannstadt, Württemberg, 17. Mai 1899).
- Nachtrag zu der im J. 1901 herausgegebenen statistischen Zusammenstellung der Heilerziehung und Pflegeanstalten für schwachbegabte Kinder, Idioten und Epileptiker**, (Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 1904).
1883. **Pelman u. Podelschwingh**, Die öffentliche Fürsorge für Epileptische, (Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, Dunder u. Humblot, Leipzig).
- Stritter J., Gerhardt J. P.**, Die Heilerziehungs- und Pflegeanstalten für schwachbefähigte Kinder, Idioten und Epileptiker in Deutschland und den übrigen europ. Staaten, (Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 1902).
- Wiederkehr**, Epileptisch! (Zur Orientierung auf diesem Krankheitsgebiete. 24. u. XIV. S. Straßburg 1893).
- Wildermuth**, Sonderkrankenanstalten und Fürsorge für Nervenkranken, Epileptische und Idioten, (Handb. der Krankenversorgung u. Krankenpflege, S. 434–521. Dr. G. Liebe, P. Jakobsohn, G. Meyer).
- Über die Aufgaben des Pflegepersonals bei Epileptischen, (II. S. Halle 1898).
- Zeitschrift für die Behandlung Schwachsinniger und Epileptischer**, (Organ der Konferenz für das Idiotenwesen v. W. Schröter, Wildermuth u. Reichelt. Dresden).

XVII. Kinderforschung.

- *Die **Kinderfehler**, Zeitschrift für Kinderforschung, (v. Dr. Koch, Dr. Martinat, J. Trüper. Berl. Herm. Meyer u. Söhne, Langensalza).
- *Die **vier Temperamente bei Kindern**, (v. Leop. Hellwig, Paderborn 1888).

XVIII. Sittlich Gefährdete.

- Fiebig M.**, Über Vor- und Fürsorge für die intellektuell schwach und sittlich gefährdete Jugend, (Langensalza, Beyer u. Söhne 1906).
- Krohne**, Erziehungsanstalten für die verlassene, gefährdete und verwahrloste Jugend in Preußen, (Berlin, Karl Heymanns Berl. 1901).
- Nathusius, D. Martin v.**, 50 Jahre innerer Mission, (Festschrift zur Feier des 50jähr. Bestehens des Knabenrettungs- und Brüderhauses auf dem Lindenhofe zu Reinstedt a. Harz. Berl. d. Lindenhofes zu Reinstedt a. Harz 1900).
- *Peter sen J.**, Die öffentliche Fürsorge für die sittlich gefährdete und gewerblich tätige Jugend.
- Piet sch A.**, Die Erziehung der sittlich gefährdeten Kinder in der sächsischen Erziehungsanstalt zu Bräunsdorf, (Dresden, Blehl u. Raemmerer 1906).
- Erllinger J.**, Zur Frage der Erziehung unserer sittlich gefährdeten Jugend, (Langensalza, Herm. Beyer u. Söhne 1900).
- Wichern J.**, Die Einrichtung von Anstalten für sittlich gefährdete konfirmierte Knaben, mit besonderer Berücksichtigung der von der internationalen kriminalistischen Vereinigung dem Reichstage unterbreiteten Petition betreffend die Behandlung und Bestrafung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Personen, (Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 1893).

XIX. Sittlich Verwahrloste.

- Appelius H.**, Die Behandlung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Kinder, (Berlin, J. Gutterstag, 1892).
- Aschrott P. F.**, Die Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend. (Berlin, D. Liebmann, 1892).
- Bächtelen**, Die Rettungsanstalt — — — b. Bern, (Neujahrsblatt der Hülfsgesellschaft in Zürich, 1865).
- *Baernreither Dr. Joh.**, Die Ursachen, Erscheinungsformen und die Ausbreitung der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen in Österreich, (Mantzsche Hofverlagsbuchhandlung Wien).
- Berger Alsbelt**, Jugendschutz und Jugendbesserung, (Leipzig, Selbstverl. 1897).
- Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, (Dunder und Humblot, Leipzig).
- 1884, Ohly, Fürsorge für verwaiste, verlassene und verwahrloste Kinder.
- Boesche, Über die Zwangserziehung verwahrloster Kinder nach dem preussischen Gesetz vom 13. März 1878.
- 1885, Ohly, Gebert, Fürsorge für verwahrloste Kinder und jugendliche Personen, welchen noch keine Übertretung des Strafgesetzes zur Last fällt.
- 1896, Muensterberg, Generalbericht, S. 62/63.
- *Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Angelegenheit der Ausgestaltung der Fürsorge für verwahrloste Jugend**, (V. Session 1900/1901).
- Bode Wilh. Dr.**, Barnardos Liebeswerke in London, (Leipzig, Dunder und Humblot 1899).
- Denkschrift über landesgeschliche Regelung der Zwangserziehung**, (Berlin, 1897).
- Der Rettungshausbote**, (Herausg. P. Kirstein, Templin).
- Fliegende Blätter aus dem Rauhen Hause**, (General-Register 1844/45—1890 enthält auf S. 47—57 ein Verzeichnis der in der Zeitschrift erschienenen Aufsätze über Erziehungsvereine, Rettungshäuser und Zwangserziehung. Agentur d. Rauhen H., Hamburg).
- Freienstein**, Die Rettungsanstalt — — — bei Zürich, (63. Neujahrsblatt der Hülfsgesellschaft in Zürich).
- Friedheim**, Die Rettungsanstalt — — — bei Zürich, (63. Neujahrsblatt der Hülfsgesellschaft in Zürich).
- Fuhr**, Gegenberichte über die richtige Handhabung der Fürsorge für jugendlich Verwahrloste und Bestrafte usw., (Gießen 1894).
- Geller S.**, Rettungs- und Besserungsanstalten in Österreich, (Österreichische Wohlfahrts-einrichtung 1848—1898).
- Lenz Ad.**, Die Zwangserziehung in England, (Stuttgart, F. Enke, 1894).
- Metker J.**, über Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder, (Berlin, C. Habel 1897).
- Peters H.**, Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, (Flensburg, Aug. Westfahlen 1899).
- Redderfen H. D.**, Die Behandlung verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher, (Bremen, 1893).

- Reicher Heinr., Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, (Wien, Manz'sche Verlags-Buchhandlung).
- *— Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, II. Teil, Pflegschaftsschutz- und Besserungsanstalten in Österreich, (Wien, Manz, 1906).
- Die Verwahrlosung des Kindes und das geltende Recht, (Langensalza, Beyer 1906).
- Rohdera v., Rettungsanstalten, (Artikel in Reins Enzyklopädischem Handbuch der Pädagogik).
- Simons D., Die neuen niederländischen Gesetze betreffend verwahrloste und verbrecherische Kinder, (Monatsschr. f. Kriminalpsych. u. Strafrechtsref., 3. Jahrg., S. 7).
- Wirdemann A., Gesetz betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, (Berlin, Puttkamer u. Mühlbrecht 1887).
- Wolfring Lydia v., Minderjährige Verbrecher, (Wien, Berl. d. allg. österr. Pestalozzibundes 1904).
- Ducker A., Über die Behandlung der verbrecherischen und arg verwahrlosten Jugend in Österreich, (Prag).

XX. Jugendsiche.

- Appelius H., Die Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend, (Berlin, D. Liebmann 1892).
- Aschaffenburg Dr. G., Das Verbrechen und seine Bekämpfung, (Heidelberg 1906).
- Baernreither F. M., Jugendfürsorge und Strafrecht in den vereinigten Staaten von Amerika, (Leipzig, Duncker u. Humblot).
- Dir A., Die Jugendsichen in der Kriminal- und Sozialpolitik, (Jena, G. Fischer 1902).
- Fuhr, Gegenbericht über die richtige Handhabung der Fürsorge für jugendliche Verwahrloste und Bestrafte usw., (Gießen 1894).
- Fenz Ab., Die Zwangserziehung in England, (Stuttgart, F. Enke 1894).
- Fisli F. v., Die Kriminalität der Jugendsichen, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1904).
- Reddersen H. D., Die Behandlung verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher, (Bremen 1893).
- Rohden v., Rettungsanstalten, (Art. in Reins Enzyklopädischem Handb. d. Pädagogik).
- Statistik der evangelischen Rettungshäuser Deutschlands, (Berlin, Martin Warnke 1897).
- Trüper J., Zur Frage der Behandlung unserer jugendlichen Missetäter, (Langensalza, Beyer 1906).
- Wichern J., Die Einrichtung von Anstalten für sittlich gefährdete, konfirmierte Knaben, mit besonderer Berücksichtigung des von der internationalen kriminalistischen Vereinigung dem Reichstage unterbreiteten Petition, betreffend die Behandlung und Bestrafung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Personen, (Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 1893).
- Ducker A., Über die Behandlung der verbrecherischen und arg verwahrlosten Jugend in Österreich, (Prag).

XXI. Prostitution.

- Kampffmeyer P., Über Prostitution und Volkserziehung, (Sozialistische Monatshefte 1906, Band II).
- Ring Dr. R., Jahresbericht für die Kreishauptstadt Ulm pro 1906 mit besonderer Berücksichtigung des Kostkinderwesens, des Prostitutionswesens und der Kindersterblichkeit während der Jahre 1902—06, (Deutsch. Vierteljahrsschr. f. öffentl. Gesundheitspflege, Bd. XXXIX, S. 4, 2).

XXII. Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge.

a) Uneheliche.

- Blasing, Erörterungen aus der Praxis zu § 1708, 1714 BGB., (Unterhaltungspflicht d. Vaters eines unehel. Kindes in: Das Recht, 10. Sp. 1365/68, Nr. 23 v. 10. 17. 1906).
- Bolte Rich., Uneheliche Herkunft und Degeneration, (im Archiv f. Rassen- und Geschlechtsbiologie, 1906, 2. S.).
- *Janitsch Fr., Die öffentliche Schutzfürsorge für die unehelichen Kinder, (Leipzig, Carl Fromme).
- Kuttner Dr., Die Klagen auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der unehelichen Vaterschaft, (Sberings Jahrbücher f. d. Dogmatik d. bürgerl. Rechts, 2. Jahrg., XIV. Bd., 1906, 5. u. 6. S.).

- Marcuse Max, Uneheliche Mütter, (Monatschrift für Harnkrankheiten und sexuelle Hygiene, 3. Jahrg. 1906, S. 10).
- Meierowik Arthur, Zulässigkeit der Eideszuschiebung über die allgemeine Behauptung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs, (Königsberg, Jur. Wochenchr. 1906, 35. Jahrg., Nr. 4).
- Neumann, Die unehelichen Kinder in Berlin, (Jena, Gustav Fischer 1900).
- Uneheliche Geburten, (Gustav Fischer, Jena).
- Schöfö, Das Rechtsverhältnis der unehelichen Vaterchaft, (Archiv f. d. zivilist. Praxis, Bd. XCIX, S. 3, Tübingen 1906).
- Spann Othmar, Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M., (Dresden, Berl. v. D. B. Böhmert, 1905).
- Die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs, (Berlin, Georg Reimer 1904).
- Taube Max, Der Schutz der unehelichen Kinder in Leipzig, (Leipzig, Veit u. Co. 1893).

b) Vormundschafswesen und Berufsvormundschaf.

- Badstübner P., Der Waisenrat als Hilfsorgan des Vormundschaftsrichters und seine Mitwirkung in Erziehungsangelegenheiten, (Berlin 1895).
- Der Waisenrat als Hilfsorgan des Vormundschaftsrichters und seine Mitwirkung in Erziehungsangelegenheiten, (Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht, 1898).
- Brugger, Die Bedeutung der Berufsvormundschaf für die zeitgemäße Ausgestaltung des Kinderschutzes, (Jugendfürsorge, Jahrg. 1906).
- Die Berufsvormundschaf in Gotha, (Deutsche Gem.-Z., Feber 1908).
- Die Stellung des Vormundes eines unehelichen Kindes zu dem Kinde und dessen Mutter, (Blätter f. d. Hamburger Waisenspflege und Jugendfürsorge 1906).
- *Die Bedeutung der Berufsvormundschaf für den Schutz der unehelichen Kinder, (Dresden, D. B. Böhmert).
- *Dvorák Joh. Dr., Zeitgemäße Reform des Vormundschafts- und Pflégschaftswezens, (B.-Leipa, Joh. Künstner).
- *Klümker Dir. Prof. Chr. Z., Berufsvormundschaf, (Leipzig, Dunder u. Humblot).
- Die Berufsvormundschaf in Deutschland, (Zeitschrift f. Sozialwissenschaft, Bd. IX, 1906).
- Die Berufsvormundschaf in ihrer Bedeutung für die Jugendfürsorge, (Blätter für das Armenwesen in Württemberg, 1906, 59. Jahrg., Nr. 27).
- Kneilmann, Generalvormundschaf und Einzelvormundschaf und die Fürsorge für die bedormundete und gefährdete Jugend in der Stadt Dortmund, (Charitas, 11. Jahrg.).
- Koehne Paul, Zur Reform der Vormundschafsverwaltung, (Deutsche Juristenzeitung, 11. Jahrg., 1906, Nr. 12).
- Pallmann, Die gesetzliche Vormundschaf in Leipzig, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 9).
- Petersen J., Die Generalvormundschaf und der Schutz der unehelichen Kinder, (Arch. f. soz. Medizin u. Hygiene 1905, II. Bd., 3. Heft, S. 193—207).
- Polligkeit Wilh., Die Bedeutung der Berufsvormundschaf im Kampfe gegen Verwahrlosung und Verbrechen, (Monatschr. f. Kriminalpsychologie u. Strafrechtsreform, 3. Jahrg., S. 4, 1906).
- Siebecking, Sekretär der Vormundschafsbehörde, Hamburg. Geht bei geschiedenen Ehen die Sorge für die Person des Kindes, wenn sie dem einen Ehegatten entzogen ist, auf den anderen Ehegatten, der seine elterliche Gewalt nicht vermischt hat, von selbst über? (Das Recht X 107/8, Nr. 2, 23. Jänner 1906).
- Spann Othmar, Zur Begründung der Forderung einer Berufsvormundschaf für uneheliche Kinder, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 1).
- Die Berufsvormundschaf als Forderung der Unehelichkeitsstatistik, (Gutachten aus: Schriften d. Ersten Österr. Kinderschutzkongresses in Wien 1907).
- Schriften des deutschen Vereines für Armenpflege und Wohlthätigkeit, (Leipzig, Dunder u. Humblot).
- 1889, Münsterberg, Familienrecht.
- 1896, Münsterberg (Generalbericht S. 56—58).
- 1892/93, Wolf Lubw., Ausübung vormundschafil. Funktionen durch die Armenbehörden.
- Thiesing, Frauen als Vormünder, (Leipzig, F. Dietrich 1907).
- Waisenrat und Vormund in der Stadt und auf dem Lande, 1897.
- Weißweiler J., Leitfaden für preussische Waisenräte, (C. Meyer, Hannover).
- Wolf Ludwig, Die Ausübung vormundschafilicher Funktionen durch die Gemeindebehörden (Schrift. d. deutsch. Ver. f. Armenpfl. u. Wohl., Dunder u. Humblot).
- Wreschner S., Entlassung eines Vormundes wegen seines relig. Bekenntnisses, (Jur. Wochenchrift, 85. Jahrg., 1906, Nr. 10).
- Zur Frage der Berufsvormundschaf, (Bericht über die erste Beratung deutscher Berufsvormünder zu Frankfurt a. M. 1906, Dresden, Böhmert 1906).

c) u. d) Fürsorgeerziehung.

- Baakes, Rekt. Chr., Bedeutung der Frauenarbeit in der Fürsorge und Waisenspflege, (Vielefeld, N. Helmich 1907).
- Baehr von, Die Furcht vor der Erziehungsanstalt, (die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 5).
- Fürsorge für die jugendlichen Strafgefangenen in bezug auf Invalidenversicherung, Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 1).
- Dannemann, Fulb, Baller, Best u. Klumka, die Zwangs-(Fürsorge-)Erziehung, (Juristisch-psychiatr. Grenzfragen, III., 8., Halle a. S., Marhold).
- Die Zwangserziehung minderjähriger Personen in Bayern im Jahre 1906, (Zeitschrift des Königl. Bayer. Statist. Bureau, 39. Jahrg. Nr. 4).
- Fürsorgeerziehung Minderjähriger in Bayern im Jahre 1904, (Zeitschrift d. bayer. statist. Bureau, 1905, Nr. 4).
- Fuchs Malvi, Korrekptionsanstalten in Ungarn, (Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 1).
- Gocke, Züchtigungsrecht oder elterliche Gewalt, (Monatsschrift f. Kriminalpsychologie u. Strafrechtsreform, 3. Jg., S. 7).
- *Gordan Kurt, Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, Berlin, Carl Heymann.
- Hennig M., Rettungshaus u. Fürsorgeerziehung, (Die innere Mission im ev. Deutschland, 1. Jg., S. 6).
- Hülsberg, Fürsorgeerziehung oder Gefängnis, (Blätter f. Gefängniswesen, Blatt 41, S. 2).
- Jahrbuch der Fürsorge, (herausg. v. Dr. Chr. J. Klumfer u. Wilh. Polligkeit, 2 Jahrg., Dresden, O. B. Böhmert 1907).
- Kehrbad R., Das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen in den Ländern deutscher Zunge, (Berlin 1898).
- Kluge, Dr., Die Beziehungen der Psychiatrie zur Fürsorgeerziehung, (Concordia 1. März 1908).
- Kluge O., Über die Behandlung u. Unterbringung psychischabnormer Fürsorgezöglinge, (Monatssch. f. Kriminalpsych. u. Strafrechtsreform, Jg. 1906).
- Köhne Paul, Die Ausgestaltung des Preussischen Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger v. 2. Juli 1900, (Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung u. Jg. 1906).
- *Landsberg J. F., Das Recht der Zwangs- und Fürsorgeerziehung, Berlin, Dr. W. Rothchild.
- Lindheim Afr. v., Saluti juventutis. Der Zusammenhang körp. u. geist. Entwicklung in den ersten 20 Lebensjahren des Menschen, (Wien, F. Deuticke 1908).
- Rein, Enzyklopädisches Handb. d. Pädagogik, (Langensalza, Herm. Beyer u. Söhne).
- Recke, Dr. Fr., Die Durchführung der Fürsorgeerziehung in Preußen, (Concordia 1. Jänner u. 1. Feber 1908).
- Rohr, Mißbräuche in der Fürsorgeerziehung, (Vorwärts 18. April 1906, Staatsbürgerzeitung 24. April 1906, Vorwärts 8. Mai 1906).
- Samter, Stadtrat, Zur Kostenfrage bei der Fürsorgeerziehung, (Preussisches Verwaltungsblatt 7. März 1908).
- *Szana Alex. Dr., Die obligatorische staatliche Fürsorge für die der öffentlichen Versorgung bedürftigen Kinder in Ungarn, (Jugendfürsorge Berlin).
- *Schiller F., Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, (Leipzig, Dietrich 1906).
- Schoch, Dr. Otto, Die körperliche Mißhandlung v. Kindern durch Personen, welchen die Fürsorgepflicht f. dieselben obliegt, (Zürich, Schultheß u. Co. 1907).
- *Verhandlungen über die Wirksamkeit des Fürsorgegesetzes, Konf. der Zentralstelle f. Jugendfürsorge, Berlin, 15. und 16. Jänner 1906, (Berlin, Carl Heymann).
- *Schmidt Ludwig, Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, (Düsseldorf, L. Schwann).
- *Wittig O. B., Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, (Breslau v. M. H. Maxns).

e) Jugendstrafrecht.

- Budde, Strafverfahren gegen Minderjährige, Zuziehung der gesetzlichen Vertreter, (Deutsche Juristenzeitung, XI. Jg., 1906, N. 11).
- Groß u. Klein, Dr., Gutachten über die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Personen.
- *Kahl Wilh., Dr., Strafrecht und freie Liebestätigkeit, (Berlin, Otto Liebmann).
- Krone u. Puppe, Dr., Referate über die strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen. (Verhandlungen d. 27. deutschen Juristentages Innsbruck 1904).
- Kulemann W., Die forensische Behandlung der Jugendlichen, (Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 12).
- Kongard, Die geminderte Zurechnungsfähigkeit, (Monatsschr. f. Kriminalpsych. u. Strafrechtsref. 3. Jrg., S. 2).
- Alttermaier W., Die Behandlung jugendlicher Übeltäter im Strafgesetz, (Jugendfürsorge 1902).
- Müller A., Das dänische Gesetz über die Behandlung verbrecherischer und verwahrloster Kinder, (Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 8 u. 9).
- Oehlert, Die Freisprechung Jugendlicher wegen mangelnder Einsicht, (Monatsschr. f. Kriminalpsych. u. Strafrechtsref. III. Jg. S. 5/6).

Raschke M., Die strafrechtliche Behandlung der Kinder und Jugendlichen, (die Jugendfürsorge 1904).

f) Jugendgerichte.

Borofini, Dr. Viktor v., Das Jugendgericht in Chicago (Concordia 1. März 1908).

Freudenthal, Prof., Dr., Zur Organisation der Jugendgerichte, (Deutsche Juristen-Zeitung 1. Feber 1908).

Kleimm Gust., Besondere Gerichtshöfe f. Jugendliche, (eth. Kultur 15. Feber 1908).

Köhne Paul, Jugendgerichte. (Monatsschr. f. Kriminalpsychologie u. Strafrechtsreform 1906).
— Jugendgerichte, (die Jugendfürsorge, Berlin 1906,) Praxis der Gerichte betr. Fürsorge-
erziehung, (die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 11).

Ketke, Dr., Jugendgerichtshof u. Fürsorgeausschuß, (Soziale Praxis 19. Dezember 1907).

Schirmacher Käthe, Die amerikanischen Kindergerichte, (Sozialer Fortschritt St. 78).

Westerkamp A., Jugendgerichte, (Monatsschr. f. Kriminalpsych. u. Strafrechtsref. 3. Jg. S. 2).

XXIII. Kindermißhandlung.

1884. Böhmert, Die Fürsorge für vernachlässigte und mißhandelte Kinder, (Schriften des
deutsch. Vereines f. Armenpfl. und Wohltätigkeit, Leipzig, Dunder u. Humblot).

Büchting Landrat, Der Jugendschuß im Kreise Limburg a. d. Lahn, (Das Land, 1. Nov. 1907).

Guber Franz, Über Kindermißhandlungen, (Mitteilungen d. Leipziger Vereines d. Kinderfreunde,
4. Jahrg. 1906).

Poch Heinr., Der Kinderschut in Ungarn, (Mediz. Ref., Jahrg. 1908, Nr. 2).

Trautmannsdorff-Weinsberg Graf, Kinderschut und Jugendfürsorge, (Österreichische Rundschau,
15. Feber 1908).

Walder Karl, Der Schut der Frauen und Kinder gegen Mißhandlungen, (Leipzig, Roß-
berg'sche Hofbuchhandlung 1900).

*Wild A., Die körperliche Mißhandlung von Kindern durch Personen, welchen die Fürsorgepflicht
für dieselben obliegt, (Zürich, Rascher u. Co.).

Wolfring Lydia von, Wie schützen wir die Kinder vor Mißhandlung und Verbrechen? (Wien,
Franz Deuticke 1899).

*— Die Kindermißhandlungen, ihre Ursachen und die Abhilfe, (Wien 1907, k. k. Hof- und
Staatsdruckerei).

*— Was ist Kinderschut? (Wien, Pestalozziverein).

XXIV. Kinderarbeit.

Ayahd Konrad, Fort- und Rückschritte, Ursache und Wirkung der neuen Ausnahmebestim-
mungen des Bundesrates betreffend Kinderarbeit in Werkstätten, (Soz. Praxis, 15. Jahrg.
1906, Nr. 16).

Arbeitende Jugend, (Monatsschrift für Interessen der jugendl. Arbeiter und Arbeiterinnen,
Berlin, 3. Jahrg. Nr. 10).

Bauch E., Reichsgesetz betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903,
(Potsdam, A. Stein).

Deutsch Jul., Die Bekämpfung der Kinderarbeit, (Soz. Monatsh. 1906, II. Bd.).

*— Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung, (Zürich, Rascher u. Co.).

*Dunker Käthe, Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung, (Stuttgart, Dietz 1906).

Laenel-Aeschi v., Die Berufsarbeit Minderjähriger, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 11).

Lüders Else, Die Nachtarbeiten Jugendlicher in Glashütten, (Soz. Praxis, 16. Jahrg.).

*Rohmer Gust. Dr., Das Kinderschutgesetz, (München, Gust. Rohmer).

XXV. Jugendfürsorge und Sozialreform.

a) Mutterschut.

Braucamp, Die Pflege der Wöchnerinnen und Neugeborenen, (Bonn 1907, P. Hauptmann).

Belden, von den, Fr., Die voraussichtlichen Folgen der Mutterschaftsversicherung, (Polit.-
anthrop. Revue, V. Jahrg. Nr. 10. Jänner 1907).

- Borgius W., Mutterschaftsrentenversicherung, (Mutterschutz 1906, S. 4).
- Braun Lilly, Die Mutterschaftsversicherung, (Mutterschutz, 2. Jahrg., S. 1—3).
- Brennede, Die Geburts- und Wochenbettshygiene, (Vortrag 1895, Magdeburg).
- Die soziale Bewegung auf geburtshilflichem Gebiete während der letzten Jahrzehnte, (Halle, Karl Marhold 1896).
- Errichtung von Heimstätten für Wöchnerinnen, Referat und Diskussion (Kiel 1896, Braunschweig 1897).
- Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege, (Dr. G. Liebe, P. Jacobsohn, G. Meyer).
- Buckeley Aug. Dr., Zur Frage der Mutterschaftsversicherung, (Regensburg, G. F. Manz 1908).
- Die neue Generation. Publikationsorgan des Bundes für Mutterschutz (v. A. Helene Stöcker. 1. Jahrg. 1908. Berlin, Desterheld u. Co.).
- Fischer, Alfons Dr., Die Mutterversicherung und ihre praktische Durchführung, (Soz. Medizin u. Hygiene, Bd. 2, Nr. 11).
- *Fürth Henriette, Mutterschutz durch Mutterschaftsversicherung, (Mannheim, J. Bensheimer). 1897.
- Häuser-Muensterberg, Die Fürsorge für Wöchnerinnen.
- Häuser, Über Wochenbettspflege und ihre Beziehungen zur öffentl. Armenpflege, (1897).
- Alexis Friedr., Die Ausdehnung der Krankenkontrolle auf die Wöchnerinnen, (Die Arbeiterversorgung, 21. Nov.).
- Morgenstern Lina, Errichtet Entbindungsschule für notleidende Ehefrauen, (Vortrag 1895, Berlin).
- Papprich Anna, Die Errichtung von Wöchnerinnenheimen und Säuglingsasylen — eine soziale Notwendigkeit, eine nationale Pflicht, (Felix Dietrich 1904).
- Schantz Friedr., Die österreichischen Gebäranstalten in den Jahren 1848—1898, (3 Bb.).
- Schmide Kaspar, Die Mutterschaftsversicherung als Grundlage einer mütterrechtlich-polygamischen Sexualordnung, (Polit.-anthrop. Revue, V. Jahrg., Aug. 1906).
- *Schmidt Marie v., Mutterdienst, (Leipzig, F. Dietrich 1907).
- Schreiber Adele, Der Bund für Mutterschutz und seine Gegner, (Gautsch b. Leipzig, Fel. Dietrich 1908).

c) Wohnungsreform.

- Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung von Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerung in Karlsruhe, (Malsch u. Vogel 1895).
- Berichte über die 5. Mitgliederversammlung des Westf. V. reines zur Förderung des Kleinwohnungswezens, (1906, Münster, Der Westfale v. J.).
- Die Hamburger Behörde für Wohnungspflege, (Volkswohl, 9. Jänner 1908).
- Blätter für die Hamburgische Wohnungspflege, (von der Behörde für Wohnungspflege, Hamburg).
- Braun A., Berliner Wohnungsverhältnisse, Berlin, Verlag d. „Vorwärts“ 1893, Soziale Praxis, (herausg. v. Dr. E. Franke, Berlin).
- Die Wohnungsverhältnisse der ärmsten Klassen in Frankfurt a. M. und ihre Reform durch kommunale Fürsorge, (Frankfurt a. M. Reinh. Hülsen 1899).
- Ergebnisse der Wohnungsaufnahme in westfäl. Städten vom 1. Dez. 1905, (Münster F. Budt 1907).
- Flügge Prof., Wohnungshygiene, (Blätter f. Volksgesundheitspflege 7. Jahrg. 9. S.).
- Fuchs Prof. Dr., Zum Streit um Kleinhaus und Mietskasernen, (Dresden, D.B. Bohnert 1907).
- Fürth Henriette, Wohnbedarf und Kinderzahl, (Leipzig, Dietrich 1907).
- Golz Freiherr, Die Wohnungsinspektion und ihre Ausgestaltung durch das Reich, (Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht 1900).
- Gill Oct., Aus Londoner Armenpflege, (Wiesbaden, Riedner 1878).
- Kalkstein W. v., Die Wohnungsaufsicht, (Gautsch b. Leipzig, F. Dietrich 1908).
- Deutsche Wohnungsordnungen, (Leipzig, F. Dietrich 1907).
- Kupffer E., Das Arbeiterwohnhaus auf der „Ausstellung für Arbeiterwohnungen und Volks-ernährung“ Riga 1907, (Riga, G. Köppler 1907).
- Leidiger Emil Dr., Bodenpekulation und Wohnungsfrage, (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik, Nov. 1907).
- Kieber Arnulf, Gänge durch Jammer und Not (Heilbronn, Eng. Salzer 1901).
- Außbaum Prof. S. Chr., Die Hygiene des Städtebaues, (Leipzig, Göschen 1907).
- Die Hygiene des Wohnungswezens, (Leipzig, Göschen 1902).
- Radomski, Über Förderung der Wohnungshygiene in Posen, (Veröff. d. Vereines zur Fürsorge f. kranke Arbeiter zu Posen).
- Schirmer Karl, Das Wohnungselend der Minderbemittelten in München, (Frankfurt a. M., Reinh. Hülsen 1899).
- Schmidt R., Entwürfe für Kleinwohnungen in Stadt- und Landgemeinden, (Dresden, G. Rühlmann).
- Schott, Die Wohnungsverhältnisse der Mannheimer Armenunterstützten, (Mitteilungen aus d. Armen- und Waisenpflege d. Stadt Mannheim 1902).

- Schulke, Naumburg B., Kulturarbeiten Bd. 5. Kleinbürgerhäuser, (München, Callwey 1907).
 Sobotta Dr. C., Neuerungen in der Wohnungsdesinfektion, (D. Rothe Kreuz Nr. 26).
 Straus Casar, Die praktische Lösung der Wohnungsfrage mit Hilfe des Erwerbskapitals, (Frankfurt a. M. 1905, Dr. Ed. Schnapper).
 Swienty Wilhelm, Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Halle a. S., (Halle a. S., Verl. d. Volksbuchhandlung 1901).
 Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerungsklassen in Berlin, (Berlin, Karl Heymann 1893).
 Voigt Prof. Dr. Andr., Zum Streit um Kleinhaus und Mietskasernen, (Dresden, D. Böhnert).
 Wohnungsnot und Säuglingssterblichkeit, (Volkswohl, 31. Jahrg.).
 Wohnungssatistik der Stadt Hannover f. d. J. von 1880—1904, (Heft 6 der Veröffentlichungen d. stat. Amtes Hannover 1905).
 Zeller, Polizeiliche Beaufsichtigung der Mietwohnungen, (Blätter f. soziale Praxis Jahrg. 1894.)

d) Nationaler Jugendschutz.

- *Heller Hugo, Die Erziehung zu deutschem Wesen, (Prag, Bund d. Deutschen in Böhmen).

e) Ausbildung von Hilfskräften zur sozialen Fürsorge.

- Bachr, von, Die Hilfskräfte an den Jugendabteilungen unserer Gefängnisse und deren Schulung, (Die Jugendfürsorge Berlin 1906, S. 8 u. 9).
 *Levy Alb. Dr., Die berufliche und fachliche Ausbildung in der Armenpflege, (Leipzig, Dunder u. Humblot).
 Molsberger Clara, Wie erziehen wir unsere Töchter zur sozialen Arbeit? (Köln, J. P. Bachem, 1904).
 Pudar Heinrich, Mutter Schulen, (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, Heft 12).
 Stelter Katharina, Die Volksschullehrerin als Waisenflegerin, (Referat Gera, Th. Hoffmann, 1900).
 Schäfer Th., Die weibliche Diaconie in ihrem ganzen Umfange dargestellt, (3 Bde., Stuttgart).
 Welczek A. von, Die Frau in der öffentlichen Armen- und Waisenflege, (Leipzig, Felix Dietrich 1904).
 Zimmer, Die Wohlfahrtspflege durch Frauen, (Hamburg, Lenas, Gräfe u. Sillem 1899).
 — Die Ausbildung der Frau zum häuslichen Samariterdienst, (Deutscher Samariterbund Breslau, Nikolaikirchhof 2).

XXVI. Organisation der Jugendfürsorge.

- *Allerlei Wissenswertes über den freiwilligen Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen, Berlin, (Freiw. Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen).
 Deutsche Landeserziehungsheime, Erziehungsgrundsätze und Organisation, (Das neunnte und zehnte Jahr im Deutschen Landerziehungsheim von H. Rieck, Voigtländers Verlag in Leipzig).
 *Drošák Joh. Dr., Einheitliche Organisation der Aufsicht über Findlinge, Waisen und verlassene Kinder, Prag, Buršil u. Kobout.
 Friedemann H., Branchen wir Kinderschutzevereine, (Mitteilungen d. Leipziger Vereins d. Kinderfreunde, 4. Jahrg. 1906).
 *Koscher Wilh., System d. Armenpflege u. Armenpolitik.
 Dollinger Edwin, Probleme der Jugendfürsorge. (Separatabdruck aus: VII. Jahrbuch der Schweiz. Gesellsch. f. Schulgesundheitspflege, Zürich, Zürcher u. Furrer 1906).

XXVII. Kongresse, Konferenzen, Vorträge.

- *Bericht über die erste deutschböhmisches Jugendfürsorgekonferenz (Zentralstelle für deutsche Waisenflege und Jugendfürsorge in Böhmen, Prag).
 Der 8. Weltkongress für Wohnungsreform in London (Volkswohl, 31. Jahrgang).
 Die Zwangs-(Fürsorge-)Erziehung (Vorträge, geh. in der Vereinigung für gerichtl. Psychiatrie und Psychologie im Großherzogtum Hessen, Halle a. S., Carl Marhold).
 *Entachten zu den Verhandlungsgegenständen des Ersten österreichischen Kinderschuttkongresses in Wien 1907 (Mansche Hofverlagsbuchhandlung).

- ***Ländliche Wohlfahrtsarbeit.** Zehnte Hauptversammlung des deutschen Vereines für ländl. Wohlfahrts- und Heimatspflege in Berlin (12.—13. Feber 1906; Berlin, Deutsche Landbuchhandlung 1906).
- ***Protokoll** über die Verhandlungen des Ersten österreichischen Kinderschuttkongresses in Wien (18.—20. März 1907; Wien, Manz'sche Hofverlagsbuchhandlung).
- ***Schaefer L. R.,** Bericht über den Kongreß für Kinderforschung und Jugendfürsorge in Berlin (1.—4. Okt. 1906; Langensalza, H. Beyer u. Söhne).
- Wiegand B.,** Die internationalen Konferenzen vom Roten Kreuz, (Berlin, Carl Heymann).

XXVIII. Statistik.

- Beiträge zur Statistik der öffentlichen Armenpflege in Frankfurt a. M. (bearbeitet vom statistischen Amte).
- Berthold G.,** Armenlast und Freizügigkeit mit bes. Bezugnahme auf die Armenpflege der Stadt Berlin (Berlin, J. Sittenfeld 1881).
- Vermehrt die Freizügigkeit die Armenlast? (Berlin, G. Aschenfeld 1884).
- Böhmert B.,** Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit).
- Die Ergebnisse der sächsischen Armenstatistik in den Jahren 1880, 1885, 1890 (Zeitschrift f. d. fgl. sächs. statist. Bureau, Jhrg. 1893).
- Behl,** Die einheitliche Gestaltung der Armen-Finanzstatistik (Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit).
- Vergleich der Armenstatistik deutscher Städte (Hamburg, Grese u. Tiedemann 1900).
- Charlottenburger Statistik** (vom stat. Amte der Stadt).
- Die deutsche Städtestatistik** am Beginn des Jahres 1903 (Tübingen, Laupp'sche Buchhandl.).
- Die ersten Ergebnisse der Armenstatistik in Preußen 1885.**
- Die Hauptergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege im Herzogthume Baden für das Jahr 1885** (statist. Bureau, Braunschweig 1886).
- Evert G.,** Zur Theorie und Technik der Armenstatistik (Zeitschrift des preussischen statistischen Bureau's, 1889).
- Hollmann Paul,** Die Armenstatistik (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Band, Jena, G. Fischer).
- Klunker J.,** Armenstatistik einiger deutscher Städte für d. J. 1896/97 (Jena, Gust. Fischer 1902).
- Klunker Chr. J.,** Armenpflege und Wohltätigkeit im Jahre 1896/97 (Breslau, Wilt. Gottf. Korn).
- Lehr A.,** Individualstatistik der öffentlichen Armenpflege in Leipzig (XX. Heft der Mittheilungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig, 1890).
- Maasch Ludw.,** Armenstatistik und Armenverwaltung (ein Gutachten an den Stadtmagistrat München).
- Mischler Ernst,** Die Methode der Armenstatistik (Referat, erstattet an der IX. Session des internationalen statistischen Institutes, Berlin 1903).
- Armenkataster als Grundlage der Armenstatistik (Budapest, Druckerei Athenaeum 1901).
- Mittheilungen** des statistischen Amtes der Stadt Magdeburg.
- Muensterberg,** Die deutsche Armengesetzgebung und das Material zu ihrer Reform (Leipzig, Duncker u. Humblot 1887).
- Die Armenstatistik.
- Neefe M.,** Entwurf zu einer Armenstatistik großer Städte (Frankfurt a. M.).
- Protokoll** über die 23., 24., 25. und 27. April 1896 im Rathause zu Magdeburg abgehaltene X. Konferenz der Vorstände der statistischen Ämter deutscher Städte.
- Pongratz Georg, Allgem. Statistik** über die Landstummten Bayerns (München, Kellner 1906).
- Reitlich H.,** Die Stuttgarter Armenbevölkerung im Lichte der Statistik (Nr. 2 der Beiträge zur Stat. der fgl. Haupt- und Reichsstadt Württembergs).
- Schiller F.,** Zur Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger f. d. J. 1903 (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, S. 12).
- Schriften des deutschen Vereines für Armenpflege und Wohltätigkeit:**
1881. **Böhmert-Berthold,** Armenstatistik und Anstellung möglichst gleichmäßiger Erhebungen der auf die Armenpflege bez. Tatsachen.
1882. **Berthold,** Bericht über Einleitung u. Fortgang der für das Jahr 1883 beschlossenen Individual-Armenstatistik.
- Böhmert,** Bericht über die im Königreiche Sachsen bearbeiteten Erhebungen über Armenwesen und Armenstatistik. Dazu Bericht von Volth über die statistischen Aufgaben der Gemeindebehörden.

1884. Böhmer, Bericht über die Individual-Armenstatistik des Deutschen Vereines für Wohltätigkeit und Armenpflege.
Böhmer, Einige neuere Ergebnisse der Armenstatistik der Städte Berlin und Dresden.
1885. Böhmer, Bericht über die weitere Bearbeitung der Armenstatistik des Deutschen Vereines.
1895. Generalbericht von E. Muensterberg, Armenstatistik.
- Sonderabdruck aus der Zeitschrift d. kgl. preuß. statist. Bureaus v. J. 1886 (Heft I/II., Berlin 1886).
- Statistik der öffentlichen Armenpflege im J. 1885 (Berlin, Buttammer u. Mühlbrecht 1887).
- Statistische Beschreibung der Stadt Frankfurt a. M. (Sonderabdruck aus: Der Umfang der öffentlichen Armenpflege).
- Statistische Nachweisungen über die Armenpflege im Königreiche Bayern (Separatabdruck aus der Zeitschrift d. kgl. bayr. stat. Bureaus v. J. 1884).
- Statistische Nachweisungen für die Armenpflege im Königreiche Bayern für die Jahre 1871 bis 1900 (veröffentlicht in der Zeitschrift d. kgl. bayr. stat. Bureaus).
- Statistische Übersicht über die kommunalen Verhältnisse der Städte und Flecken der Provinz Schleswig-Holstein f. d. J. 1900/01.

XXIX. Schriftwesen über die Jugendfürsorge.

a) Bibliographie.

- Bibliographie der Sozialwissenschaften von Dr. H. Beck (Verlag von D. B. Böhmer, Dresden 1905).
- Das Jahrbuch der Fürsorge, Zentralstelle für private Fürsorge, Frankfurt a. M. (Verlag von D. B. Böhmer, Dresden).
- Erster Nachtrag zum Katalog der Charitas-Bibliothek zu Freiburg in Breisgau.
- *Handbuch der Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege in Dresden (Dresden, D. B. Böhmer).
- Katalog der Bibliothek des Provinzialausschusses für innere Mission in der Provinz Sachsen.
- Katalog der Charitas-Bibliothek zu Freiburg in Breisgau (Freiburg, Verlag des Charitasverbandes 1900).
- Muensterberg Emil, Die Armenpflege (Berlin, D. Liebmann 1897, mit zahlreichen Literaturangaben).
- Schäfer Th., Die weibliche Diakonie, in ihrem ganzen Umfang dargestellt (3 Bde., Stuttgart, mit zahlreichen Literaturangaben).
- Uhlhorn G., Die christl. Liebestätigkeit (3 Bde., Stuttgart, mit zahlreichen Literaturangaben).
- Verzeichnis der auf dem Gebiete der Frauenfrage während der Jahre 1851—1901 in Deutschland erschienenen Schriften (Hannover, Verlag von Heinr. Feesche 1904).

b) Zeitschriften.

- Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien, ersch. monatl., Schriftleitung des Wiener Magistrats.
- Bayerische Caritas-Blätter, Monatschrift v. Dr. Hans Scharer, München.
- Blätter für die Hamburgische Waisenpflege und Jugendfürsorge, ersch. 5mal jährl. (Herausgeber: Waisenhaus zu Hamburg).
- Charitas, Zeitschr. f. d. Werke der Nächstenliebe im kath. Deutschland (Freiburg i. Br., Red. Dr. Lor. Werthmann).
- Die Alkoholfrage, Vierteljahrschrift von Dr. Böhmer und Dr. Meinert, Dresden.
- Die Armenpflege, ersch. monatl., Wien I., Tiefer Graben 36, Mitteilungen des Vereins gegen Verarmung und Bettel in Wien.
- Die Helfer, Blätter für Armenpflege und Wohltätigkeit, Dresden, v. Böhmer u. Scheven.
- Der Barmherzige Samaritan, Zeitschrift der christlichen Nächstenliebe, Lana in Tirol (Red.: Max Bader).

Die Humanität, Reichenberg i. B.

*Die Kinderfehler, Zeitschrift für Kinderforschung, Langensalza (H. Beher u. Söhne).

Die innere Mission in Berlin, Zeitschrift für Verständnis und Förderung v. Liebesarbeit in

d. Hauptstadt, ersch. viertelj. (Wilh. Pfeiffer, Berlin).

*Die Jugendfürsorge, Berlin (Franz Pagel).

Frauendienst, Zeitschrift für das Gesamtgebiet der weibl. Wohlfahrtspflege, ersch. mon. (Carl

Heymann, Berlin).

Gemeinwohl, Zeitschr. d. Bergischen Vereines f. Gemeinwohl, Barmen (Red. C. Cr. Halbach).

*Generalbericht des Deutschen Vereines für Armenpflege und Wohltätigkeit.

*Jahrbuch der Fürsorge, 1. Jhrg. 1906, Dresden (O. B. Böhmert).

Mitteilungen der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in Wien (Wien, Herausgeber Dr.

Fr. Huber).

Rheinisches Fürsorgeerziehungsblatt (Pastor Schlegel, Düsseldorf-Grafenberg).

Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen (Berlin, Carl Heymann).

Zentralblatt d. Verb. f. hauswirtsch. Frauenbildung, ersch. monatl. (Leipzig, B. G. Teubner).



